Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/3774

19. 11. 92

Sachgebiet 700

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahresgutachten 1992/93 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorwort

1. Gemäß § 6 Absatz 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967 [1]) legt der Sachverständigenrat sein 29. Jahresgutachten vor [2]).

2. An der Schwelle zum Jahre 1993 befindet sich die deutsche Wirtschaft in einer schwierigen Lage. Die Entwicklung im Osten des Landes weckt Besorgnis, nachdem deutlich geworden ist, daß der Aufbau weitaus höhere Anstrengungen erfordert und beträchtlich mehr Zeit in Anspruch nimmt als erwartet worden war. Hinzu kommt, daß die weltweite Konjunkturschwäche in diesem Jahr auch Deutschland erreicht hat.

Die Wirtschaftspolitik steht vor einer großen Herausforderung: im Westen die Flaute zu überwinden und auf dem Wachstumspfad zu bleiben, im Osten mit allem Nachdruck darauf hinzuarbeiten, daß die produktiven Kräfte aktiviert werden und ein wettbewerbsfähiges Angebot entsteht. Daß die Verteilungskonflikte stärker werden, wenn sich neue Aufgaben stellen und neue Prioritäten zu setzen sind, ist nicht überraschend. Sorge muß es aber machen, wenn die Verteidigung von Besitzständen und das Bemühen, Lasten auf andere zu verschieben, die wirtschaftspolitische Diskussion beherrschen.

---

[1]) Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 sowie der §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/67 erläutert.

[2]) Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und Sondergutachten ist als Anhang III abgedruckt.

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers — 021 (421) — 600 06 — Gu 23/92 — vom 19. November 1992

Die Wirtschaftspolitik muß wieder an Vertrauen gewinnen und Zweifel daran ausräumen, daß sie die vor ihr liegenden Aufgaben angemessen bewältigen kann. Sie muß mit Entschlossenheit einen Kurs verfolgen, der die Wachstumskräfte im Osten wie im Westen des Landes stärkt. Verteilungsstreit lähmt, wenn er dazu führt, daß ein wachstumsorientierter Kurs keine Akzeptanz mehr findet und die Grundlagen dafür — stabiles Geld, solide öffentliche Finanzen, wettbewerbsfähige und investitionsbereite Unternehmen — im Gegeneinander der wirtschaftspolitischen Akteure unterminiert werden.

Das Jahresgutachten 1992/93 des Sachverständigenrates trägt aus diesen Gründen den Titel

FÜR WACHSTUMSORIENTIERUNG —
GEGEN LÄHMENDEN VERTEILUNGSSTREIT

Mit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte muß der Staat den Anfang machen; er muß mit Entschlossenheit neue Prioritäten setzen, damit den dringenden Erfordernissen Rechnung getragen werden kann: die Leistungen zu erbringen, die der Aufbau im Osten verlangt, das Anschwellen der Staatsschuld einzudämmen, die Wirtschaft nicht durch Steuern und Abgaben übermäßig zu belasten. Ansprüche, die sich damit nicht vereinbaren lassen, muß er mit Entschiedenheit zurückweisen. Je erfolgreicher der Staat bei der Bewältigung seiner Konsolidierungsaufgaben ist, um so eher wird er bei Investoren und Konsumenten Vertrauen und Zuversicht wecken; je glaubwürdiger er ein Beispiel gibt, um so überzeugender ist auch der Appell an die Tarifpartner, den Verteilungsspielraum nicht zu überfordern; um so leichter wird es dann auch, zu stabilem Geldwert zurückzufinden.

Es steht vieles auf dem Spiel: Die Teilung Deutschlands muß auch im Bereich der Wirtschaft überwunden werden. Zugleich trägt die Bundesrepublik besondere Verantwortung dafür, daß die Wirtschaftsverfassung der Europäischen Gemeinschaft Gewähr für ein auf Stabilität und Wettbewerb gegründetes Wachstum bietet. Will sie überzeugend wirken, so muß sie zeigen, daß sie das eigene Haus in Ordnung zu bringen vermag.

3. Der gesetzlichen Regelung entsprechend schied Professor Dr. Hans Karl Schneider, Köln, am 29. Februar 1992 aus dem Sachverständigenrat aus. Er hat dem Sachverständigenrat seit dem 12. Juli 1982 angehört und war vom 1. März 1985 bis zu seinem Ausscheiden dessen Vorsitzender.

Professor Schneider hat zehn Jahre lang Inhalt und Stil der Arbeit des Sachverständigenrates maßgeblich geprägt. Durch die Bereitschaft und Fähigkeit, bei eindeutiger ordnungspolitischer Grundorientierung pragmatisch nach Lösungen für konkrete Probleme zu suchen, durch unvoreingenommene Offenheit in kontroversen Fragen hat er im Sachverständigenrat entscheidend zur klärenden Auseinandersetzung mit drängenden Problemen beigetragen. Die Gestaltung der während seiner Amtszeit entstandenen Gutachten hat er mit seinem reichen Erfahrungsschatz, mit klarem Blick für das Wesentliche, nicht zuletzt auch mit unerbittlichem Bestehen

auf analytischer Präzision und sprachlicher Prägnanz grundlegend beeinflußt.

Der Sachverständigenrat wählte Professor Dr. Herbert Hax, Köln, zu seinem neuen Vorsitzenden.

Der Bundespräsident berief am 29. April 1992 Professor Dr. Juergen B. Donges, Köln, für die Amtsperiode bis zum 28. Februar 1997 in den Sachverständigenrat.

4. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit, mit dem Bundeskanzler, mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Vertretern des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung sowie mit dem Präsidenten und Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Bundesbank aktuelle wirtschaftspolitische Fragen zu erörtern.

Mit dem Präsidenten und leitenden Mitarbeitern der Bundesanstalt für Arbeit führte der Sachverständigenrat ausführliche Gespräche über konzeptionelle und aktuelle Fragen des Arbeitsmarktes in Deutschland.

Wie in den vergangenen Jahren hat der Rat auch in diesem Jahr zur Vorbereitung des Jahresgutachtens Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Deutschen Angestelltengewerkschaft, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu anstehenden Problemen gehört.

Aktuelle Fragen und Probleme, die sich aus der tiefgreifenden Umstellung der ostdeutschen Wirtschaft für die Arbeit der Treuhandanstalt ergeben, konnte der Sachverständigenrat in Gesprächen mit Vertretern der Treuhandanstalt erörtern.

Mit Vertretern der Kommission der Europäischen Gemeinschaft diskutierte der Sachverständigenrat die wirtschaftliche Lage und die Aussichten für 1993 in den Ländern der Gemeinschaft sowie Themen im Zusammenhang mit der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion nach den Maastrichter Beschlüssen.

Mit Vertretern der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in Westdeutschland und in Ostdeutschland hat der Sachverständigenrat Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Anregungen vermittelt haben.

5. Der Sachverständigenrat hat auch in diesem Jahr besonderen Wert darauf gelegt, sich über die wirtschaftliche Dynamik, die dringenden Aufgaben, aber auch über die Stimmungslage in den jungen Bundesländern zu informieren. Er hat deshalb durch Informationsreisen nach Thüringen und nach Mecklenburg-Vorpommern versucht, sich ein Bild über die wirtschaftliche Situation und die Aussichten zu verschaffen. Gespräche führte der Sachverständigenrat mit Vertretern der Regierung des Landes Thüringen, an ihrer Spitze Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel und die Landesminister Dr. Jürgen Bohn, Franz Schuster und Dr. Klaus Zeh, in Mecklenburg-Vorpommern mit dem Landesminister für Wirtschaft, Technik, Energie, Verkehr und Tourismus Dr. Conrad-Michael Lehment, mit Vertretern des Finanzministeriums sowie in

beiden Ländern mit Repräsentanten von Kommunen. Besuche in Industriebetrieben haben dem Sachverständigenrat wichtige Hinweise auf die Fortschritte und Aussichten, aber auch über die noch zu lösenden Probleme vermittelt.

6. Professor Dr. Ulrich Koester, Kiel, hat in einer Expertise zu Fragen der europäischen Agrarpolitik Stellung genommen.

Professor Dr. Gerd Aberle, Gießen, stand dem Sachverständigenrat in einem Gespräch zu Fragen der nationalen und europäischen Verkehrspolitik zur Verfügung.

7. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat uns auch in diesem Jahr die Ergebnisse der Herbstumfrage bei seinen Kammern in Westdeutschland und Ostdeutschland zur Verfügung gestellt und dadurch unsere Urteilsbildung über die wirtschaftliche Situation der Unternehmen, insbesondere auch der in den neuen Bundesländern erheblich erleichtert.

8. Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten fanden wir wiederum wertvolle Unterstützung durch Dr. Hans Hagen Härtel, Hamburg, und Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Kiel. Ihnen gilt ein ganz besonderer Dank des Sachverständigenrates.

9. Die Bundesanstalt für Arbeit mit ihrem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die Treuhandanstalt, die Deutsche Bundesbank und die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben den Sachverständigenrat wie schon in den Vorjahren bei seinen Arbeiten in vielfältiger Weise unterstützt und empirisches Material zur Verfügung gestellt.

Wertvolle Hilfe erhielt der Sachverständigenrat für seine Analysen der internationalen Wirtschaftslage durch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

10. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr sehr gut. Nicht selbstverständlich ist, daß Jahr für Jahr viele Mitarbeiter des Amtes sich in weit über das Normale hinausgehendem Maße für die Aufgaben des Rates einsetzen. Dies gilt besonders für die Angehörigen der Verbindungsstelle zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Sachverständigenrat. Ihr Leiter, Herr Leitender Regierungsdirektor Ulrich Maurer, und sein Stellvertreter, Herr Regierungsdirektor Wolfgang Glöckler, sowie die ständigen Mitarbeiter Frau Maria Carillo, Frau Kerstin Scheuerer, Herr Klaus-Peter Klein, Herr Peter Leonhardt und Herr Hans-Jürgen Schwab haben den Rat mit Tatkraft und Anregungen hervorragend unterstützt. Allen Beteiligten zu danken, ist dem Sachverständigenrat ein besonderes Anliegen.

11. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner wissenschaftlichen Mitarbeiter nicht erstellen können. Dem Stab des Rates gehörten während der Arbeiten an diesem Gutachten an:

Diplom-Volkswirt Burkhard Allgeier, Diplom-Volkswirt Gerd Helmut Diestler, Dr. Michael Hüther, Diplom-Volkswirtin Gabriele

Kabelac, Diplom-Volkswirt Martin Müller, Dr. Joachim Ragnitz und Diplom-Volkswirt Joachim Wolff.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Arbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Michael Heise, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichner.

Wiesbaden, 13. November 1992

Juergen B. Donges **Herbert Hax** **Rolf Peffekoven** **Rüdiger Pohl** **Horst Siebert**

Inhalt

Seite

Eine kürzere Fassung ... 1

Erstes Kapitel: Die wirtschaftliche Lage ... 27

Teil A: Der internationale Rahmen ... 27

I. Überblick ... 27

II. Schwache Aufwärtsentwicklung in den Industrieländern ... 30

Nur langsame Belebung der Konjunktur in Amerika ... 30

Schwächere Konjunktur in Ostasien ... 34

Nur schleppende Konjunkturbelebung in Westeuropa ... 36

Zunahme der Arbeitslosigkeit in den Industrieländern ... 41

Abnehmender Inflationsdruck ... 44

Risiken für den freien Welthandel ... 46

III. Mittel- und Osteuropa: Umstellungsprozeß dauert an, tiefe Anpassungskrise in Rußland ... 53

Polen, Ungarn, Tschechoslowakei: Noch keine durchgreifende Aufwärtsentwicklung ... 54

Ausgangsbedingungen belasten Reformen in Rußland ... 59

IV. Mittel- und Osteuropa: Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt ... 65

Teil B: Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ... 67

I. Überblick ... 67

II. Stagnation in Westdeutschland ... 71

Enttäuschte Exporterwartungen ... 71

Stagnierende Investitionstätigkeit in Westdeutschland ... 77

Bauinvestitionen: Nochmals hoher Zuwachs ... 80

Schwache Verbrauchskonjunktur — steigender Staatsverbrauch ... 81

Ende des Importsogs — aber weitere Passivierung der Leistungsbilanz ... 82

Gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung geht zurück ... 83

Unverminderter Preisauftrieb auf Verbraucherebene ... 84

III. Ostdeutsche Wirtschaft — Noch kein Durchbruch zu kräftiger Expansion ... 86

Differenzierte Entwicklung im Unternehmenssektor ... 86

Deutliche Belebung der Investitionstätigkeit in Ostdeutschland ... 93

Fortschritte im Aufbau des privaten Unternehmenssektors ... 95

Hohe Einkommenssteigerungen stimulieren den Privaten Verbrauch ... 97

Hohe Güterbezüge ... 100

IV. Konjunkturelle Abschwächung am Arbeitsmarkt in Westdeutschland — Noch keine Trendwende in Ostdeutschland ... 101

Hohe Tarifabschlüsse erzeugen Kostendruck ... 102

Weiterer Anstieg der Arbeitseinkommensquote ... 112

Seite

Ende der Beschäftigungsexpansion in Westdeutschland 113
Wieder Zunahme der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland 115
Beschäftigungsabbau in Ostdeutschland deutlich verlangsamt ... 119
Arbeitskräfteangebot in Ostdeutschland kaum noch rückläufig .. 120
Arbeitsmarktpolitik fängt Unterbeschäftigung in den jungen Bundesländern auf 121
Zur geplanten Einführung eines Arbeitszeitgesetzes 124

V. Geldpolitik: Übermäßige monetäre Expansion 124
Geldmengenwachstum überschreitet Zielvorgabe 124
Zur Geldmarktsteuerung: Bis zum Sommer hohe Zinsen 131
Finanzmärkte: Inverse Zinsstruktur, im Herbst abgeflacht 133
Turbulenzen im Europäischen Währungssystem 135

VI. Finanzpolitik: Konsolidierung noch nicht auf den Weg gebracht 139
Bislang keine Revision der Ausgabenpolitik 141
Kräftig sprudelnde Steuerquellen 146
Öffentliche Haushalte mit sprunghaft gestiegenem Defizit 148
Sozialversicherung erstmals wieder mit hohem Defizit 151
Gesetzliche Krankenversicherung erneut in der Krise 153
Exkurs: Zu den Verteilungswirkungen der „Finanzierung der Einheit" 155

Zweites Kapitel: Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1993 162

I. Die Ausgangslage 162
II. Die Annahmen der Prognose 162
III. Das weltwirtschaftliche Umfeld 163
IV. Die wirtschaftlichen Aussichten für die Bundesrepublik 166

Drittes Kapitel: Wirtschaftspolitik für 1993 und danach 179

Teil A: Aufgaben und Möglichkeiten 179

I. Was auf dem Spiel steht 179
II. Ziele und Wirklichkeit 180
III. Grundlinien der Wirtschaftspolitik 182
Wachstumskräfte nicht durch Verteilungsstreit lähmen 182
Möglichkeiten, Grenzen und Gefahren eines „Solidarpakts" 183
Der Standort Deutschland in einer sich wandelnden Weltwirtschaft 184

IV. Wirtschaftspolitik für die jungen Bundesländer: An der wachstumsorientierten Politik festhalten 186
Zwei Jahre nach der Vereinigung: Wie steht es mit dem wirtschaftlichen Neuaufbau 186
Gibt es Alternativen? 188
Vorrangige Aufgaben der staatlichen Wirtschaftspolitik 190

Teil B: Zu den Politikbereichen im einzelnen 195

I. Geldpolitik: Rückkehr zu einer potentialgerechten Geldversorgung . 195

Seite

Geldpolitische Gratwanderung im Jahre 1992 195
An der potentialorientierten Geldpolitik festhalten 197
Geldpolitische Verantwortung bei fortschreitender Integration in Europa 199
Orientierungslinien für die monetäre Expansion 1993 200

II. Finanzpolitik: Neue Prioritäten setzen 202
Weiterhin hohe Leistungen an die neuen Bundesländer 203
Gewaltige Konsolidierungsaufgabe 204
Alternative I: Ausgaben drastisch einschränken 207
Alternative II: Steuererhöhungen unvermeidbar 209
Änderungen in der Abgabenstruktur 210
Reform des Finanzausgleichs: Akuter Handlungsbedarf 212
Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung: An den Ursachen der Krise ansetzen 218

III. Lohnpolitik: Deutlicher Kurswechsel geboten 226
Verantwortung für die Beschäftigung 227
Neue Bundesländer: Mehr Raum für Lohndifferenzierung schaffen, vorgesehene Lohnerhöhungen strecken 227
Westdeutschland: Löhne enger an der Produktivität orientieren . 231

Viertes Kapitel: Wirtschaftspolitik für Europa nach Maastricht 233

I. Ein ehrgeiziges Integrationsvorhaben verständlich machen 233

II. Europäische Währungsunion: Auf stabilitätspolitischen Grundkonsens bauen 236

III. Gemeinsamer Binnenmarkt: Wettbewerbsorientierung bewahren ... 243

IV. Binnenmarkt und Drittländer: Auf Handelsliberalisierung setzen ... 247

V. Innergemeinschaftliche Finanztransfers: Möglichkeiten und Grenzen beachten 249

Anhang

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 255

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 257

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 258

IV. Methodische Erläuterungen 259

V. Statistischer Anhang 266

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland 269

A. Internationale Tabellen 273

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland 295

Sachregister 393

Verzeichnis der Schaubilder im Text

		Seite
1	Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe in ausgewählten Ländern	37
2	Wirtschaftsentwicklung in ausgewählten Ländern	38
3	Reales Geldmengenwachstum in ausgewählten Ländern	42
4	Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in ausgewählten Ländern	43
5	Zur Entwicklung der Verbraucherpreise und der Lohnstückkosten in ausgewählten Ländern	45
6	Ausrüstungsinvestitionen/Gewinn-Erlös-Relation	76
7	Zur Entwicklung der Bauinvestitionen im früheren Bundesgebiet	80
8	Verfügbares Einkommen und Privater Verbrauch	81
9	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential	84
10	Zur Entwicklung der Verbraucherpreise	85
11	Produktion in den neuen Bundesländern	91
12	Investitionshindernisse für Investoren aus dem früheren Bundesgebiet in Ostdeutschland	95
13	Zur Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland	100
14	Zur Entwicklung der Löhne und der Lohnstückkosten im früheren Bundesgebiet	102
15	Beschäftigung im früheren Bundesgebiet	113
16	Arbeitslosigkeit im früheren Bundesgebiet	115
17	Bewegungen am Arbeitsmarkt im früheren Bundesgebiet	116
18	Geldpolitische Zielvorstellungen der Deutschen Bundesbank	126
19	Bereinigte Zentralbankgeldmenge	127
20	Zur Entwicklung der Umlaufsgeschwindigkeit der bereinigten Zentralbankgeldmenge	128
21	Entwicklung ausgewählter Zinsen	132
22	Geldmarktzins und Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere	134
23	Zinsstruktur am Rentenmarkt	135
24	Außenwert der D-Mark gegenüber ausgewählten Währungen	136
25	Finanzierungsdefizit aller dem öffentlichen Bereich zuzuordnenden Haushalte im Jahre 1992	139
26	Die Entwicklung der Gemeindeausgaben im früheren Bundesgebiet	143
27	Der öffentliche Gesamthaushalt 1992	149
28	Leistungsausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung	153
29	Aufwendungen der Gesetzlichen Krankenversicherung nach Leistungsarten	155
30	Sozialprodukt und wichtige Komponenten im früheren Bundesgebiet	168
31	Bruttoinlandsprodukt im früheren Bundesgebiet	177

Verzeichnis der Tabellen im Text

		Seite
1	Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	28
2	Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland	47
3	Indikatoren für Mittel- und Osteuropa	54
4	Ausländische Direktinvestitionen in ausgewählten Reformländern	55
5	Zur Entwicklung des privaten Sektors in ausgewählten Reformländern	56
6	Außenhandel ausgewählter Länder Mittel- und Osteuropas mit der EG	57
7	Zur Struktur des Außenhandels ausgewählter mittel- und osteuropäischer Länder mit der EG	58
8	Wichtige Elemente der Wirtschaftsreform in Rußland	60
9	Ausfuhr der neuen Bundesländer in ausgewählte mittel- und osteuropäische Länder	62
10	Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse in Osteuropa	63
11	Wirtschaftliche Eckdaten für das frühere Bundesgebiet	68
12	Wirtschaftliche Eckdaten für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost	69
13	Ausfuhr des früheren Bundesgebietes in ausgewählte wichtige Partnerländer	72
14	Zur Exportentwicklung ausgewählter Industriewaren	74
15	Zur Gewinn-Erlös-Relation	78
16	Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland	79
17	Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe	83
18	Entwicklung der Erzeugerpreise	86
19	Zur Lage der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland	88
20	Zur Nettoproduktion im Produzierenden Gewerbe in Ostdeutschland	89
21	Zum Strukturwandel im Produzierenden Gewerbe in Ostdeutschland	90
22	Der Auftragseingang für das Bauhauptgewerbe in Ostdeutschland	92
23	Investitionsausgaben in Ostdeutschland	93
24	Investitionstätigkeit westdeutscher Unternehmen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	94
25	Zur Bestandsentwicklung der Unternehmen mit Treuhandbeteiligung	96
26	Haushaltsbudgets ausgewählter Haushalte in Ostdeutschland	98
27	Zur Entwicklung der Verbraucherpreise und der Erzeugerpreise in Ostdeutschland	99
28	Die Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt	101
29	Tarifpolitisch wichtige Ereignisse in Westdeutschland	103
30	Tarifpolitisch wichtige Ereignisse in Ostdeutschland	107
31	Verteilung der Erwerbs- und Vermögenseinkommen	112
32	Zur Entwicklung am Arbeitsmarkt des früheren Bundesgebiets im Verlauf der Jahre 1991 und 1992	113
33	Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in Westdeutschland	114
34	Regionale Arbeitslosenquoten in Westdeutschland	117
35	Zur Struktur der Arbeitslosigkeit	118
36	Zur Entwicklung am Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern und in Berlin-Ost im Verlauf der Jahre 1991 und 1992	119
37	Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern und in Berlin-Ost	121
38	Regionale Arbeitslosenquoten in den neuen Bundesländern und in Berlin-Ost	123
39	Entstehung und Verwendung von Zentralbankgeld im September 1992	131
40	Geldpolitisch wichtige Ereignisse	137

x A

		Seite
41	Maßnahmen im Jahre 1992 zur Absicherung der finanziellen Basis der Länder und Gemeinden in Ostdeutschland	140
42	Die Haushaltspläne der neuen Bundesländer 1992	145
43	Öffentliche Leistungen für das Beitrittsgebiet im Jahre 1992	146
44	Aufkommen aus wichtigen Steuerarten	147
45	Kapitalmarktbelastung durch die öffentlichen Haushalte in den Jahren 1991 und 1992	150
46	Die finanzielle Situation der Sozialversicherung	151
47	Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit in den Jahren 1991 und 1992	152
48	Einnahmenerhöhende Maßnahmen seit dem 1. Januar 1991	156
49	Finanzpolitisch wichtige Ereignisse	158
50	Die voraussichtliche Entwicklung in den Industrieländern	165
51	Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im früheren Bundesgebiet	170
52	Die voraussichtliche Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt	173
53	Öffentliche Leistungen für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost im Jahre 1993	174
54	Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte 1992 und 1993	175
55	Zur voraussichtlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern	176
56	Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte 1992 bis 1996: Konsolidierungsmodell I	205
57	Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte 1992 bis 1996: Konsolidierungsmodell II	206
58	Zum Finanzausgleich: Regelungen nach dem Grundgesetz und Ausnahmen nach Artikel 7 Einigungsvertrag	213
59	Finanzielle Auswirkung einer vollen Einbeziehung der neuen Bundesländer in den Umsatzsteuerausgleich und den horizontalen Finanzausgleich im Jahre 1995	214
60	Modell des Sachverständigenrates zur Reform des Finanzausgleichs zum 1. Januar 1995	216
61	Finanzausgleich im Jahre 1995 nach dem Modell des Sachverständigenrates	217
62	Wichtige gesundheitspolitische Maßnahmen seit Ende 1985	222
63	Zu den Konvergenzkriterien in Europa	238
64	Innergemeinschaftlicher Handel der EG-Länder	243
65	Direktinvestitionen ausgewählter EG-Länder	244
66	Die Fonds und sonstigen Ausgaben im Haushalt der EG	250
67	Steueraufkommen in den EG-Ländern 1991	253

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

		Seite
1*	Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern	273
2*	Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose in wichtigen Industrieländern	274
3*	Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern	275
4*	Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern	276
5*	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern	277
6*	Zinsen in wichtigen Industrieländern	278
7*	Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern	279
8*	Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern	280
9*	Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern	281
10*	Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern	282
11*	Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern	284
12*	Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU)	285
13*	Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	286
14*	Außenwert der D-Mark	288
15*	Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern	289
16*	Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	290
17*	Internationale Energiepreise	292
18*	Energieverbrauch im internationalen Vergleich	293
19*	Indikatoren für die Welt und für ausgewählte Ländergruppen	294
20*	Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit	296
21*	Wirtschaftliche Eckdaten für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost	297
22*	Sozialprodukt für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost	298
23*	Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer im Inland nach Wirtschaftsbereichen	299
24*	Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit	300
25*	Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	302
26*	Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	304
27*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Entstehung des Sozialprodukts	306
28*	Verteilung des Volkseinkommens	307
29*	Verwendung des Volkseinkommens	308
30*	Einkommen, Produktivität und Lohnstückkosten	309
31*	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen	310
32*	Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen	311
33*	Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte	312
34*	Verwendung des Sozialprodukts	314
35*	Bruttoinvestitionen	316
36*	Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen	318
37*	Einnahmen und Ausgaben des Staates	320
38*	Subventionen des Staates	324
39*	Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken	325
40*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Verwendung des Sozialprodukts	326
41*	Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	328
42*	Ausgaben und Einnahmen der staatlichen und kommunalen Haushalte nach Ländern	330
43*	Kassenmäßige Steuereinnahmen	332
44*	Verschuldung der öffentlichen Haushalte	333
45*	Vermögensbildung und ihre Finanzierung	334

		Seite
46*	Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	336
47*	Geldbestände, Euromarkteinlagen und bereinigte Zentralbankgeldmenge	338
48*	Absatz und Erwerb von Wertpapieren	339
49*	Index der Aktienkurse nach Wirtschaftsbereichen	340
50*	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	341
51*	Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	344
52*	Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe	347
53*	Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	348
54*	Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	349
55*	Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	350
56*	Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	352
57*	Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	353
58*	Betriebe, Beschäftigte, Arbeiterstunden, Verdienste und Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	354
59*	Baugenehmigungen	356
60*	Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	357
61*	Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe	359
62*	Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe	360
63*	Betriebe, Beschäftigte, Verdienste, Arbeitsstunden, Umsatz und Auftragseingang im Baugewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	361
64*	Zahlungsbilanz	362
65*	Kapitalverkehr mit dem Ausland	364
66*	Außenhandel (Spezialhandel)	366
67*	Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik	367
68*	Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	368
69*	Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	369
70*	Ausfuhr und Einfuhr der neuen Bundesländer und Berlin-Ost nach Warengruppen	370
71*	Warenausfuhr nach Ländergruppen	371
72*	Wareneinfuhr nach Ländergruppen	372
73*	Ausfuhr und Einfuhr der neuen Bundesländer und Berlin-Ost nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern	373
74*	Einzelhandelsumsatz	374
75*	Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes	375
76*	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	376
77*	Index der Ausfuhrpreise	377
78*	Index der Einfuhrpreise	378
79*	Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	379
80*	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten (1970 = 100)	380
81*	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten (1985 = 100)	381
82*	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1985 = 100)	382
83*	Preisindex für die Lebenshaltung (nach Haushaltstypen und nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung)	383
84*	Preisindex für die Lebenshaltung für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost	384
85*	Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	385
86*	Löhne und Gehälter	386
87*	Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	387
88*	Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	388
89*	Energieverbrauch nach Bereichen	389
90*	Entwicklung im Mineralölbereich	390
91*	Ausgewählte Umweltindikatoren	391

Statistische Materialquellen — Abkürzungen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf Deutschland; andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

AFG = Arbeitsförderungsgesetz
BA = Bundesanstalt für Arbeit
BMA = Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BMBW = Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
BMF = Bundesministerium der Finanzen
BML = Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMWi = Bundesministerium für Wirtschaft
DIW = Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EFTA = Europäische Freihandelszone, Genf
EG = Europäische Gemeinschaften, Brüssel/Luxemburg
ERP = Europäisches Wiederaufbauprogramm (Marshallplan)
ESVG = Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EUV = Vertrag über die Europäische Union vom 7. Februar 1992
EWGV = Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWS = Europäisches Währungssystem
EZB = Europäische Zentralbank
FAG = Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern
GATT = Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, Genf
HWWA = HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung
IAB = Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
Ifo = Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IFW = Institut für Weltwirtschaft, Kiel
IAO/ILO = Internationale Arbeitsorganisation, Genf
IWF/IMF = Internationaler Währungsfonds, Washington
JG = Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB = Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
OECD = Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris
Öffa = Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG
OPEC = Organisation erdölexportierender Länder, Wien
RGW = Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, Moskau
RWI = Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
SAEG = Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg/Brüssel
SG = Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
SZR = Sonderziehungsrechte
UN = Vereinte Nationen, New York
WSI = Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf

Zeichenerklärung

-	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
.	=	kein Nachweis
...	=	Angaben fallen später an
— oder |	=	der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
X	=	Nachweis ist nicht sinnvoll beziehungsweise Fragestellung trifft nicht zu
( )	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Eine kürzere Fassung

Der internationale Rahmen
(Ziffern 1 ff.)

1*. Die wirtschaftliche Lage in den Industrieländern hat sich in diesem Jahr kaum verbessert. Zwar scheint der Tiefpunkt des konjunkturellen Abschwungs fast überall erreicht worden zu sein. Die Auftriebskräfte blieben jedoch noch schwach, und es ist derzeit ungewiß, ob sie sich überall bereits haben durchsetzen können. Die Gefahr einer erneuten Verzögerung des Aufschwungs ist daher noch nicht gebannt. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in den Industrieländern im Durchschnitt dieses Jahres um 1½ vH (Vorjahr: 0,9 vH) zugenommen haben. Dabei gab es auch weiterhin eine deutliche regionale Differenzierung im Konjunkturmuster. Länder, die sich bereits auf dem Weg der Erholung befanden, standen Ländern gegenüber, in denen sich der konjunkturelle Abschwung im Jahresverlauf noch verstärkte: So konnten die Staaten Nordamerikas bereits im letzten Jahr auf einen — freilich flachen — Expansionspfad einschwenken, während eine spürbare konjunkturelle Erholung in den meisten Ländern Westeuropas bis zum Herbst ausblieb. In Japan hielt der Konjunkturabschwung bis zuletzt an; allerdings blieb hier selbst in der Abschwungsphase des Konjunkturzyklus die wirtschaftliche Dynamik vergleichsweise hoch.

Die so lange anhaltende Nachfrageschwäche in den OECD-Ländern hat mit dazu beigetragen, daß sich die Beschäftigungssituation deutlich verschlechterte; mittlerweile sind mehr als 8 vH aller Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet (1991: 7,2 vH). Angesichts der Zunahme der Arbeitslosigkeit kam es allenthalben zu niedrigeren Nominallohnsteigerungen als im Vorjahr; der Lohnkostendruck hat in den meisten Ländern fühlbar nachgelassen. Der Preisauftrieb hat unter diesen Bedingungen deutlich abgenommen; die Verbraucherpreise lagen zuletzt nur noch um 3½ vH über ihrem Vorjahresniveau.

2*. In den anderen Regionen der Welt — mit Ausnahme Mittel- und Osteuropas — hat sich die Wirtschaftslage hingegen trotz der Nachfrageschwäche in den Industriestaaten überwiegend verbessert. Vor allem die ostasiatischen Schwellenländer konnten ein weiteres Mal überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten bei der Produktion erzielen. In den Golf-Anrainerstaaten nahm die Produktion — unter anderem wegen des nach dem Golfkrieg notwendig gewordenen Wiederaufbaus — deutlich zu. Auch in zahlreichen Ländern Afrikas konnte das Bruttoinlandsprodukt kräftig gesteigert werden; allerdings blieb die Produktionszunahme hier weiterhin vielfach hinter dem Wachstum der Bevölkerung zurück. Ebenso verbesserte sich in vielen Staaten Lateinamerikas die Wirtschaftslage, nicht zuletzt dank marktwirtschaftlicher Reformen. In den mittel- und osteuropäischen Staaten hingegen dauerte die schwere Anpassungskrise an. Zwar mehren sich die Anzeichen dafür, daß der Rückgang von Produktion und Einkommen in den fortgeschritteneren Reformstaaten (Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei) allmählich zu Ende geht. Hingegen hat sich die Wirtschaftslage vor allem in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion nochmals drastisch verschlechtert.

3*. In Nordamerika und in Japan hat die Geldpolitik durch eine Lockerung der monetären Bedingungen der Konjunktur expansive Impulse zu geben versucht. Trotz kräftiger Zinssenkungen blieb die monetäre Expansion jedoch schwach, was zum Teil damit zusammenhing, daß die Unternehmen und die privaten Haushalte wegen der angespannten Verschuldungssituation ihre Kreditnachfrage nur wenig ausweiteten und die Banken vielfach größere Vorsicht bei der Vergabe von neuen Krediten walten ließen. In Europa hingegen blieb der Spielraum für eine monetäre Lockerung gering, da die meisten Notenbanken zur Stabilisierung der Wechselkurse dem von der Deutschen Bundesbank eingeschlagenen Kurs folgten. Im Herbst kam es trotzdem zu heftigen Turbulenzen an den europäischen Devisenmärkten, die ein Realignment der Währungsparitäten im Europäischen Währungssystem erzwangen und in deren Folge Italien und Großbritannien schließlich aus dem Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems ausscherten.

Auch die Finanzpolitik hat der konjunkturellen Entwicklung in diesem Jahr nur geringe Impulse gegeben, da budgetpolitische Spielräume für stimulierende Maßnahmen wegen drängender Konsolidierungserfordernisse vielfach nicht bestanden. In einigen europäischen Ländern wurden unter dem Druck der für die Teilnahme an der geplanten Europäischen Währungsunion verbindlichen finanzpolitischen Konvergenzkriterien Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen vorgenommen. In Japan hat demgegenüber der Staat eine deutliche Ausweitung seiner Ausgaben beschlossen; diese werden freilich zum überwiegenden Teil erst im kommenden Jahr ihre volle Wirkung entfalten können.

4*. Die Expansion des Welthandels hat sich nach der nur schwachen Zunahme im Vorjahr in diesem Jahr wieder etwas beschleunigt. Im Jahresverlauf stieg das Welthandelsvolumen insgesamt um 4½ vH; dies entspricht einer jahresdurchschnittlichen Zunahme von knapp 5 vH. Der Handelsaustausch zwischen den verschiedenen Ländern expandierte damit wiederum deutlich stärker als die Produktion, die weltweit nur um gut 1 vH zugenommen haben dürfte. Die internationale Arbeitsteilung hat sich damit weiter intensiviert. Der Handel zwischen den Industrieländern expandierte allerdings weniger stark (gut 3 vH) als der Warenaustausch der Industriestaaten mit Drittländern (fast 7 vH). In diesen unterschiedlichen Zuwachsraten spiegeln sich insbesondere die kräftige Belebung der Nachfrage in einigen lateinamerikanischen Ländern sowie der Importsog aus den ostasiatischen Schwellenländern wider. Auch einige Staaten Mittel- und

Osteuropas haben ihre Importe aus den Industrieländern in diesem Jahr kräftig gesteigert, freilich von niedrigem Niveau aus. Der Hauptgrund für die nur zögerliche Zunahme des Handels zwischen den Industrieländern ist sicherlich in der schleppenden Konjunkturentwicklung in diesen Ländern zu sehen.

5*. Die wirtschaftliche Aktivität in den Industrieländern blieb deutlich hinter dem zurück, was im vergangenen Jahr allgemein erwartet worden war. Vor allem die Hoffnungen auf einen kräftigen konjunkturellen Aufschwung in den Vereinigten Staaten haben sich nicht erfüllt; damit entfiel in den europäischen Ländern und in Japan der außenwirtschaftliche Nachfragesog, der über eine Exportausweitung die binnenwirtschaftlichen Expansionskräfte hätte wiedererstarken lassen können.

Die Gründe für die hinter den Erwartungen zurückbleibende wirtschaftliche Dynamik sind vielfältig. In den Vereinigten Staaten scheint insbesondere die hohe Verschuldung der privaten Haushalte eine raschere Erholung der Wirtschaft behindert zu haben; angesichts drohender Arbeitslosigkeit und niedrigerer Einkommenszuwächse waren sie nicht zu einer stärkeren Ausweitung ihrer Konsumausgaben bereit, sondern bemühten sich vorrangig darum, zunächst ihre Verschuldung zurückzuführen. Geldpolitische Impulse blieben damit weitgehend wirkungslos. In Japan hat der Verfall von Aktienkursen und Immobilienpreisen nicht nur die allgemeine Stimmungslage beeinträchtigt, sondern zum Teil auch zu akuten Liquiditätsproblemen geführt. In vielen europäischen Ländern schließlich dürften die im Herbst aufgetretenen Turbulenzen im Europäischen Währungssystem der ohnehin labilen Konjunktur einen zusätzlichen Dämpfer versetzt haben.

Erschwerend kommt hinzu, daß vor allem in Europa — aber nicht nur dort — die Wirtschaftspolitik zur Verunsicherung beiträgt. Die Finanzpolitik und die Geldpolitik sind nicht ausreichend aufeinander abgestimmt, mitunter stehen sie sogar im Konflikt zueinander. Unklarheit herrscht ferner über den weiteren Fortgang der europäischen Integration; die Diskussion um die Maastrichter Verträge hat viele Konsumenten und Investoren irritiert. In Deutschland wird die wirtschaftspolitische Debatte zudem von der Frage nach der gerechten Verteilung der mit dem Aufbau Ostdeutschlands verbundenen Belastungen beherrscht. Unsicherheit — nicht nur in Europa — besteht schließlich auch über den Ausgang der nunmehr seit sechs Jahren andauernden GATT-Verhandlungen, vor allem nach der jüngsten Eskalation des Handelsstreits zwischen Europa und den Vereinigten Staaten.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

(Ziffern 60 ff.)

6*. In Deutschland hat sich das wirtschaftliche Klima im zweiten Jahr nach der Vereinigung deutlich abgekühlt. In Westdeutschland ist die starke Expansion, die infolge des Nachfragesogs aus den neuen Ländern länger als in den übrigen westlichen Industrieländern angehalten hatte, vollends zum Stillstand gekommen. Die westdeutsche Produktion stagnierte im Verlauf des Jahres 1992, und die Lageeinschätzung sowie die Absatzerwartungen der Unternehmen deuten nicht auf Zuversicht für die weitere Entwicklung hin. In Ostdeutschland hat sich nach dem drastischen Einbruch die wirtschaftliche Aktivität seit Mitte 1991 zwar wieder belebt; der Wettbewerbsnachteil, mit dem die ostdeutsche Wirtschaft in die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion eingetreten war, besteht aber weiter. Die Aufwärtsentwicklung blieb im ganzen schwach. Aufwärts ging es nur in der Bauwirtschaft und dem tertiären Sektor, Bereichen, die nicht in so starkem Maße wie das Verarbeitende Gewerbe überregionalem Wettbewerb ausgesetzt sind. Die Industrieproduktion ist dagegen weiter gesunken, wenn auch nur leicht. Nimmt man Ostdeutschland und Westdeutschland zusammen, so lag die gesamtwirtschaftliche Produktion im Durchschnitt des Jahres 1992 um 2 vH höher als im Vorjahr. Die Arbeitsmarktlage hat sich nicht nur im Osten, sondern auch im Westen verschlechtert; insgesamt ging die Beschäftigung um 780 000 Personen zurück, und die registrierte Arbeitslosigkeit nahm um rund 380 000 Personen zu.

7*. Nach der starken Expansion der **westdeutschen Wirtschaft** in den vergangenen Jahren war zwar eine gesamtwirtschaftliche Abschwächung im Jahre 1992 zu erwarten gewesen; die Stagnation kam jedoch unerwartet (Tabelle A). Das lag vor allem daran, daß eine durchgreifende Belebung der Auslandskonjunktur, von der man im Jahre 1992 eine Schrittmacherrolle erhofft hatte, nicht eingetreten ist. Gerade in den europäischen Nachbarländern, in die der Großteil deutscher Exporte geht, blieben die Auftriebskräfte schwach. Hinzu kam, daß die für deutsche Exporteure besonders wichtige Investitionsgüternachfrage in den meisten großen Industrieländern weiter zurückging. Schließlich hat sich auch der internationale Preiswettbewerb aufgrund der realen Höherbewertung der D-Mark für deutsche Exportunternehmen verschärft. Aus diesen Gründen blieb die Zunahme des deutschen Warenexports mit real 2 vH, wie schon in den vergangenen beiden Jahren, deutlich hinter dem Wachstum des Handels der Industrieländer von 4½ vH zurück.

8*. Anders als in den vorangegangenen beiden Jahren gelang es der westdeutschen Wirtschaft in diesem Jahr nicht, den Mangel an Auslandsaufträgen durch Absatzsteigerungen im Inland auszugleichen. Auch die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte kamen zum Erliegen. Die Nachfrageschwäche war nicht zuletzt damit zu erklären, daß die einzelnen Bereiche der Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren immer stärker in Konflikt zueinander geraten sind und auch im Jahre 1992 nicht zu einer kohärenten Linie zurückfanden. Die Tarifvertragsparteien überschätzten bei ihren Lohnabschlüssen sowohl den Verteilungsspielraum als auch die Möglichkeiten der Überwälzung. Die Bundesbank reagierte auf den bereits eingetretenen und drohenden Kosten- und Preisauftrieb mit einer kräftigen Anhebung der Notenbankzinsen, zumal die Expansion der Geldmenge bereits weit über das selbstgesteckte Ziel hinausgegangen war. Der öffentliche Sektor steigerte seinen Anspruch an das Sozialprodukt nochmals und erhöhte zur Konsolidie-

Tabelle A

Wirtschaftliche Eckdaten für das frühere Bundesgebiet

	Einheit	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992[1]	1993[2]
Bruttosozialprodukt	vH[3]	−1,1	1,9	3,1	1,8	2,2	1,5	3,7	4,0	4,9	3,6	1½	0
Inlandsnachfrage[4]	vH[3]	−2,3	2,3	1,9	0,9	3,3	2,6	3,6	2,8	4,9	3,1	1½	−0
Ausrüstungsinvestitionen	vH[3]	−7,2	6,0	−0,9	9,0	4,2	4,9	6,6	8,9	13,1	9,1	− ½	−2
Bauinvestitionen	vH[3]	−4,0	1,6	1,1	−5,8	3,1	−0,0	3,1	4,4	4,9	4,1	3½	1
Privater Verbrauch	vH[3]	−1,5	1,3	1,6	1,5	3,4	3,3	2,7	2,7	5,4	3,6	1	0
Staatsverbrauch	vH[3]	−0,9	0,2	2,5	2,1	2,5	1,5	2,2	−1,7	2,4	0,5	3	−1
Ausfuhr[5]	vH[3]	3,6	−1,0	8,6	7,2	0,1	0,9	5,9	11,5	11,1	12,7	3	2
Einfuhr[5]	vH[3]	−0,1	0,1	5,1	4,9	3,4	4,2	5,8	8,4	11,9	12,2	4½	1½
Außenbeitrag[6]	Mrd DM	43,89	37,83	58,84	75,19	56,17	37,35	39,99	64,23	66,15	78,10	70½	77½
Nachrichtlich: Außenbeitrag[6] (nominal)	Mrd DM	40,35	40,67	55,67	75,19	110,72	112,48	121,73	144,80	163,60	186,02	195	206
Erwerbstätige (Inland)	Tausend[7]	−321	−379	42	196	367	194	211	397	829	732	240	−160
Arbeitslosenquote[8]	vH	7,2	8,8	8,8	8,9	8,5	8,5	8,4	7,6	6,9	6,1	6½	7½
Lohnstückkosten[9]	vH[10]	4,0	0,6	0,8	1,8	2,8	2,5	0,1	0,9	2,7	4,6	4	2½
Terms of Trade[11]	vH[10]	1,9	2,1	−2,3	1,2	16,5	4,7	0,8	−1,6	2,4	0,9	4½	...
Verbraucherpreise[12]	vH[10]	5,2	3,3	2,4	2,0	−0,1	0,2	1,3	2,8	2,7	3,5	4	3½
Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere[13]	Prozent	9,1	8,0	7,8	6,9	6,0	5,8	6,0	7,1	8,9	8,7	8½	...
Gewinn-Erlös-Relation[14]	vH[15]	−0,6	1,9	0,5	0,6	1,5	0,2	1,0	0,0	0,6	−1,2	−1½	...
Realer Wechselkurs[16]	vH[10]	1,5	0,5	−4,9	−2,8	6,1	3,6	−2,8	−2,6	3,1	−2,4	3	...

[1]) 1992 eigene Schätzung.
[2]) 1993 Prognose.
[3]) In Preisen von 1985; Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[4]) Letzte inländische Verwendung (Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung).
[5]) Waren und Dienstleistungen (einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen). Ausfuhr und Einfuhr enthalten den Güterverkehr mit Ostdeutschland.
[6]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.
[7]) Veränderung in Tausend.
[8]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer nach dem Inländerkonzept plus Arbeitslose).
[9]) Berechnet als: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 je Erwerbstätigen (Produktivität).
[10]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[11]) Index der Ausfuhrpreise in Relation zum Index der Einfuhrpreise.
[12]) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1985 = 100).
[13]) Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt; Quelle: Deutsche Bundesbank.
[14]) Unternehmen ohne die Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung. Zur Berechnung siehe Anhang IV, Abschnitt B.
[15]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten.
[16]) Außenwert der D-Mark auf Basis der Verbraucherpreise; Quelle: Deutsche Bundesbank.

rung des Staatsdefizits die Abgabenlast. Diese Haushaltspolitik schuf zwar auf der einen Seite mehr Nachfrage, auf der anderen Seite hat sie aber den Spielraum für Zinssenkungen eingeschränkt und den Anstieg der für die private Konsum- und Investitionsnachfrage wichtigen Einkommen vermindert. Eine Belastung für die konjunkturelle Entwicklung erwuchs schließlich aus einer um sich greifenden Verunsicherung darüber, ob die Wirtschaftspolitik überhaupt noch in der Lage ist, mit den anstehenden Herausforderungen fertigzuwerden — also einen Kurs zu finden, der einerseits den konjunkturellen und stabilitätspolitischen Erfordernissen Rechnung trägt und andererseits die wirtschaftliche Integration Deutschlands voranbringt.

9*. Der Mangel an Nachfrageimpulsen, die Schrumpfung der Gewinnmargen und die Verunsicherung über die Wirtschaftspolitik dämpften vor allem die Investitionsneigung. Die realen Ausrüstungsinvestitionen, die von Anfang 1988 bis Ende 1991 um 80 vH gestiegen waren, gingen im Laufe dieses Jahres zurück. Bei sinkender Auslastung der Kapazitäten haben die Unternehmen insbesondere auf deren Erweiterung verzichtet und ihre Anstrengungen verstärkt auf die Rationalisierung bestehender Produktionsanlagen gerichtet.

Obwohl sich auch die Baunachfrage der Unternehmen und des Staates deutlich verminderte, blieb die Baukonjunktur insgesamt noch aufwärts gerichtet, da die Aufträge für Wohnbauten trotz der hohen Zinsen nochmals zunahmen. Anreize gaben nicht nur die staatliche Förderung, sondern auch anhaltend starke Mietsteigerungen.

Die größte Komponente der Binnennachfrage, der Private Verbrauch, lag im Durchschnitt des Jahres nur

um 1 vH über dem Vorjahresstand. Ausschlaggebend für den geringen realen Konsumanstieg waren zum einen beträchtliche Preissteigerungen, die die Kaufkraft der Einkommen entwerteten. Zum anderen blieb der Anstieg des verfügbaren Einkommens deutlich hinter dem in den Vorjahren zurück. Auch in der zweiten Jahreshälfte blieb die Konsumkonjunktur kraftlos. Zwar fiel der Solidaritätszuschlag zur Jahresmitte weg, aber nun machten sich der Abbau von Überstunden, die zunehmende Kurzarbeit und die Freisetzung von Arbeitskräften in der Einkommensentwicklung bemerkbar.

10*. Insgesamt lagen Nachfrage und Produktion in Westdeutschland, auch dank eines weiter steigenden Absatzes in den neuen Bundesländern, im Jahre 1992 nochmals um 1½ vH über Vorjahresstand. Entsprechend der Struktur der Nachfrageentwicklung ist der Produktionszuwachs vor allem von der Bauwirtschaft und dem Dienstleistungssektor erbracht worden. Die Industriegütererzeugung lag dagegen etwas unter ihrem Vorjahresniveau; in einigen Industriezweigen, die stark vom Ausfuhrgeschäft abhängen, ist es sogar zu starken Produktionsrückgängen gekommen. Die nach Sektoren unterschiedliche Produktionsentwicklung zeigte sich auch am Arbeitsmarkt. Während die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes ihre Belegschaften bereits seit Herbst letzten Jahres abbauten, nahm der Beschäftigungsstand in den Dienstleistungsbereichen und auch in der Bauwirtschaft weiterhin zu. Expansive und kontraktive Entwicklungen haben sich 1992 ungefähr die Waage gehalten, so daß die Gesamtbeschäftigung — gemessen an der Anzahl der Erwerbstätigen — im Verlauf des Jahres in etwa konstant blieb. Bei weiterhin zunehmendem Arbeitskräfteangebot hat sich allerdings die Arbeitslosenzahl wieder deutlich erhöht.

11*. Der Auslastungsgrad der volkswirtschaftlichen Sachkapazitäten hat sich im Jahre 1992 um rund einen Prozentpunkt vermindert; er liegt aber mit knapp 98 vH noch immer über seinem langfristigen Durchschnittswert. Nach der starken Expansion der vergangenen Jahre, die die Kapazitätsauslastung weit über das normale Maß hinaus ansteigen ließ, konnte ein gewisser Rückgang vor allem aus stabilitätspolitischen Gründen nicht unerwünscht sein. Eine deutliche Abschwächung des Preisauftriebs hat sich bislang allerdings nicht eingestellt. Der Preisindex für die Lebenshaltung stieg gegenüber 1991 nahezu unverändert mit einer laufenden Rate von knapp 4 vH. Das lag vor allem an einem kräftigen Anstieg der Mieten und der Preise für Dienstleistungen. Die Industrieunternehmen dagegen, deren Kapazitätsauslastung überdurchschnittlich stark zurückging und die in intensiver außenwirtschaftlicher Konkurrenz standen, haben ihre Preise kaum angehoben.

12*. Die Entwicklung der **ostdeutschen Wirtschaft** war auch im zweiten Jahr nach der Vereinigung noch nicht durch eine breite und selbsttragende Expansion gekennzeichnet (Tabelle B). Die gesamtwirtschaftliche Produktion, die bis Mitte 1991 als Folge des wirtschaftlichen Umbruchs drastisch gesunken war, hat sich im Jahre 1992 von ihrem niedrigen Niveau aus lediglich um knapp 4 vH erhöht. Dieser Zuwachs wurde in erster Linie von den Unternehmen der Bauwirtschaft und den Unternehmen des tertiären Sektors getragen. Die Industrieproduktion dagegen war von der Tendenz her weiter rückläufig, wobei allerdings eine starke Differenzierung nach Wirtschaftszweigen und Branchen zu verzeichnen war.

13*. Die Schwierigkeiten, die mit der Transformation einer ehemals sozialistischen Wirtschaft einher-

Tabelle B

Wirtschaftliche Eckdaten für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost

	Einheit	1990	1991		1992	
		2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.[1]	2. Hj.[2]
Bruttosozialprodukt (real)[3]	vH[4]	.	.	*–7,7*	*6½*	*8*
Letzte inländische Verwendung (real)[3]	vH[4]	.	.	*18,4*	*10*	*8*
Erwerbstätige (Inländer)	Tausend	8 525	7 792	7 146	6 605	6 455
	vH[4]	.	.	*–16,2*	*–15,0*	*–9½*
Kurzarbeiter	Tausend	1 515	1 944	1 288	476	285
	vH[4]	.	.	*–15,0*	*–75,5*	*–78*
Arbeitslose[5]	Tausend	433	796	1 030	1 213	1 145
	vH[4]	.	.	*138,0*	*52,5*	*11½*
Preisindex für die Lebenshaltung[6]	Index[7]	95,6	104,4	112,3	119,9	121½
	vH[4]	.	.	*17,5*	*14,8*	*8*
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte[8]	Index[9]	62,9	63,2	63,2	63,7	64
	vH[4]	.	.	*0,5*	*0,8*	*1½*

[1]) Bruttosozialprodukt, letzte inländische Verwendung und Erwerbstätige eigene Schätzung.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) In Preisen von 1991.
[4]) Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum.
[5]) Durchschnitt aus Monatsendständen (Halbjahresende jeweils zur Hälfte angerechnet).
[6]) Alle Arbeitnehmerhaushalte.
[7]) 2. Halbjahr 1990/1. Halbjahr 1991 = 100.
[8]) Inlandsabsatz.
[9]) 1989 = 100.

gehen und die vielfach unterschätzt worden waren, wirkten sich auch auf die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1992 noch sehr fühlbar aus. Ungeklärte Eigentumsfragen und fehlende Verwaltungskapazitäten haben die Entfaltung marktwirtschaftlicher Antriebskräfte nach wie vor behindert. Die Modernisierung der ostdeutschen Wirtschaft erfordert angesichts des völlig veralteten Kapitalstocks, überholter Technologien und beträchtlicher Umweltaltlasten viel Zeit. Die rasche Angleichung der Tariflöhne an westdeutsche Verhältnisse hat die Anpassungsschwierigkeiten vieler ostdeutscher Unternehmen weiter vergrößert. Schließlich bedeutete der Zusammenbruch des Absatzes in Osteuropa eine Zuspitzung der insbesondere in vielen Treuhandunternehmen ohnehin kritischen Lage.

All dies sollte aber nicht den Blick dafür verstellen, daß sich wichtige Rahmenbedingungen für die Entfaltung marktwirtschaftlicher Aktivitäten in diesem Jahr weiter deutlich verbessert haben. So ist die Privatisierung erneut einen großen Schritt vorangekommen. Von dem Gesamtbestand der übernommenen und neu entstandenen Unternehmen der Treuhandanstalt (11 659) stehen noch 3 451 Unternehmen zur Privatisierung an. Auch wenn die Veräußerung von Treuhandunternehmen zunächst häufig mit einem weiteren Arbeitsplatzabbau und der Stillegung unrentabler Produktionen einhergeht, ist sie doch für den Aufbau wettbewerbsfähiger Produktionsstätten und für die Schaffung neuer rentabler Arbeitsplätze von herausragender Bedeutung. Zu den unverkennbaren Verbesserungen der Produktionsbedingungen gehört es auch, daß die Verkehrsinfrastruktur und die Telekommunikationsnetze schon wesentlich leistungsfähiger geworden sind. Dies ist Folge beträchtlicher Investitionen, die von den Gebietskörperschaften in Ostdeutschland, vom Bund, sowie von der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Bundespost Telekom vorgenommen worden sind. Diese Investitionsausgaben, die überwiegend der Infrastrukturausstattung zugute kommen, sind je Einwohner vermutlich fast eineinhalb Mal so hoch wie in Westdeutschland.

Ein gewichtiges Indiz für bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen ist es, daß die gewerblichen Investitionen inzwischen kräftig steigen. Die Unternehmen — ohne die Deutsche Reichsbahn, die Deutsche Bundespost Telekom und die Wohnungsvermietung — haben ihre Investitionsausgaben von rund 40 Mrd DM im Jahre 1991 auf 60 Mrd DM im Jahre 1992 erhöht. Zwei Drittel dieser Investitionen werden von westdeutschen Unternehmen vorgenommen, wobei die Industrieunternehmen in der Führungsrolle sind. Gerade deren Investitionsprojekte sind durch lange Planungs- und Durchführungszeiten gekennzeichnet; bei einem beträchtlichen Teil der Produktionskapazitäten steht die Inbetriebnahme noch bevor.

14*. Trotz steigender Investitionsbereitschaft gingen im Jahre 1992 nochmals mehr Arbeitsplätze verloren als neue geschaffen wurden. Der Beschäftigungsabbau hat sich zwar verlangsamt; aber die Wende in der Beschäftigungsentwicklung blieb, wie zu erwarten war, aus. Im letzten Quartal des Jahres dürften knapp 300 000 Personen weniger erwerbstätig gewesen sein als im ersten Quartal. Somit ist die Anzahl an Erwerbstätigen seit der deutschen Vereinigung um mehr als 2,6 Millionen gesunken. Dieser drastische Beschäftigungsabbau führte nicht in gleichem Umfang zu einer Erhöhung der registrierten Arbeitslosigkeit, die zuletzt bei 1,1 Millionen Personen lag. Die Arbeitsmarktpolitik hat in erheblichem Umfang Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen oder aufrechterhalten; gegenwärtig befinden sich rund 370 000 Personen in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme und 240 000 Personen in Kurzarbeit. Über 400 000 Personen haben als Pendler eine neue Beschäftigung in Westdeutschland gefunden, weitere 385 000 Personen nehmen schätzungsweise an Fortbildungs- und Umschulungskursen in Vollzeit teil, und schließlich haben seit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mehr als 900 000 Personen von der Möglichkeit des vorzeitigen Ruhestandes Gebrauch gemacht. Die registrierte Arbeitslosigkeit spiegelt somit nur einen Teil der Unterbeschäftigung in den neuen Bundesländern wider.

15*. Die gravierenden Absatzschwierigkeiten ostdeutscher Unternehmen sowie die damit verbundenen Beschäftigungsverluste kennzeichneten nur eine Seite der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland. Auf der anderen Seite stand ein weiterhin kräftiger Anstieg der Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern. Das Nachfragevolumen lag im Jahre 1992 ungefähr doppelt so hoch wie die eigene Produktion. Aus Westdeutschland und dem Ausland wurden Güter im Werte von rund 260 Mrd DM bezogen. Dem standen Lieferungen nach Westdeutschland und Exporte von zusammen rund 75 Mrd DM gegenüber. Positiv zu vermerken ist, daß der Anteil der Investitionsgüter an der Gesamtnachfrage und damit wohl auch an der Importnachfrage merklich zugenommen hat.

16*. Einmal mehr zeigte sich im Jahre 1992, wie schwierig es ist, einen zu starken Preisauftrieb, wenn er erst einmal eingetreten ist, mit Hilfe der **Geldpolitik** zurückzuführen, ohne dabei die realwirtschaftliche Dynamik zu beeinträchtigen. Obwohl die Bundesbank die Notenbankzinsen deutlich über das Vorjahresniveau hinaus anhob und der Tagessatz am Geldmarkt bis zum Herbst durchweg über 9 % lag, stiegen die Liquiditätsnachfrage der Nichtbanken und die Zentralbankgeldnachfrage der Banken weiterhin kräftig an. Der Anstieg des nominalen Sozialprodukts in Deutschland war mit schätzungsweise 7 vH um 2 Prozentpunkte stärker als das dem Zielpfad zugrunde liegende Wachstum des nominalen Produktionspotentials. Von dem Versuch, über weitere Zinserhöhungen die Expansion der Geldmenge M3 auf eine dem Geldmengenziel entsprechende Rate zurückzuführen, sah die Bundesbank ab. Dabei mögen Rücksichten auf die schwächer werdende Konjunktur und im letzten Drittel des Jahres auch auf die Stabilität der Währungsverhältnisse in Europa eine Rolle gespielt haben. Wichtig erscheint uns, daß bei der Bewertung der Geldmengenentwicklung nach wie vor Unsicherheiten einzuräumen sind. Dazu gehörte zum einen Unsicherheit über das Verhalten der Geldnachfrager in Ostdeutschland. Schwierig zu bewerten war es zum anderen, daß die Kreditvergabe an Nichtbanken trotz der konjunkturellen Abschwä-

chung und der steigenden Zinsen weiterhin dynamisch zunahm. Hinter dem starken Kreditwachstum standen die durch Zinssubventionen wenig zinsreagible Kreditnachfrage des Wohnungsbaus, aber auch ein hoher Kreditbedarf für Investitionen und Unternehmenskäufe in Ostdeutschland. Dem expansiven Kreditwachstum standen nur schwache kontraktive Effekte seitens der Geldkapitalbildung gegenüber. Denn zu den besonderen monetären Konstellationen des Jahres 1992 gehörte es, daß kurzfristige Einlagen deutlich höher verzinst wurden als langfristige Kapitalanlagen. Im Verbund mit unsicheren Zinserwartungen in der ersten Jahreshälfte machte dies die zur Geldmenge M3 zählenden Termingeldeinlagen gegenüber der Geldkapitalbildung attraktiv, freie Mittel wurden hier zwischengeparkt. Alles in allem ist den besonderen monetären Bedingungen in diesem Jahr aber nicht ein solch hohes Gewicht beizumessen, daß die Geldpolitik als stark restriktiv bezeichnet werden könnte. Die Geldpolitik hat versucht, sich der hohen Geldentwertung und der monetären Dynamik entgegenzustellen, sehr stark war ihr dämpfender Effekt aber nicht.

17*. Obwohl in der **Finanzpolitik** der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte oberste Priorität eingeräumt werden sollte, sind die konsolidierten Ausgaben der Gebietskörperschaften in Deutschland im Jahre 1992 um 8 vH gestiegen. Die Ausgaben des Bundes expandierten mit einer Rate von knapp 6½ vH; dafür war — wie schon im Vorjahr — in erster Linie der Zuwachs bei den einigungsbedingten Ausgaben ausschlaggebend. Auch die konsolidierten Ausgaben der Länder und Gemeinden nahmen mit weiterhin hohem Tempo zu, in Westdeutschland mit insgesamt 7½ vH, in Ostdeutschland mit 8½ vH. Eine Revision der Ausgabenpolitik, bei der auf allen Ebenen öffentliche Ausgaben zu überprüfen und Prioritäten und Schwerpunkte neu zu setzen wären, ist bislang ausgeblieben.

Obwohl auch in diesem Jahr die öffentlichen Einnahmen kräftig stiegen — weil die Steuererhöhungen des letzten Jahres sich nun voll auswirkten und die zunehmende Inflation die Bemessungsgrundlagen nominal aufblähte —, konnte das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts, das neben den Gebietskörperschaften den Fonds „Deutsche Einheit", den Kreditabwicklungsfonds, den Lastenausgleichsfonds und das ERP-Sondervermögen umfaßt, mit 120 Mrd DM kaum unter das Niveau des Vorjahres geführt werden. Eine zusätzliche Kapitalmarktbelastung entstand dadurch, daß die Sozialversicherung, anders als im Vorjahr, nicht mit einem Überschuß, sondern mit einem Defizit von 28 Mrd DM abschloß. Rechnet man schließlich auch die Kreditaufnahme der Treuhandanstalt, der Deutschen Bahnen, der Deutschen Bundespost und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft hinzu, so beanspruchte der gesamte öffentliche Bereich den Kapitalmarkt mit 194 Mrd DM, das waren über 60 Mrd DM mehr als im Jahre 1991.

Zur voraussichtlichen Entwicklung

(Ziffern 212 ff.)

18*. Die Entwicklung der letzten Monate hat alle Erwartungen enttäuscht, die deutsche Wirtschaft könne — nach kurzer Verschnaufpause — ihre Schwäche überwinden und auf einen Expansionspfad zurückkehren. Statt dessen läuft sie Gefahr, auf eine abschüssige Bahn zu geraten — seit dem Frühsommer nehmen Nachfrage und Produktion spürbar ab, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu. Ob sie weiter abrutscht oder sich bald wieder fängt, läßt sich aus heutiger Sicht schwer sagen. Das hängt von mehreren Faktoren ab: von der weltwirtschaftlichen Entwicklung, den Entscheidungen der Geldpolitik und der Finanzpolitik und nicht zuletzt vom Ausgang der Lohnverhandlungen im kommenden Jahr.

Annahmen

19*. Die Finanzpolitik, so unsere Annahme, wird sich in den meisten westlichen Industrieländern um Haushaltskonsolidierung bemühen, weil angesichts der hohen Defizite kaum etwas anderes übrigbleibt. Neue kostenträchtige Programme mit dem Ziel, die träge Konjunktur in Schwung zu bringen, wird es in kaum einem Land geben, zumal die Einsicht wächst, daß in der augenblicklichen Situation höhere Haushaltsdefizite mehr Schaden anrichten als Nutzen stiften. In der Bundesrepublik hat die Konsolidierungsaufgabe hohe Priorität. Wir nehmen an, daß es wie geplant gelingen wird, den Anstieg der konsolidierten Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts im nächsten Jahr von 8 vH auf 6 vH herabzudrücken. Dabei ist unterstellt, daß sich der Bund an die eigenen mittelfristigen Vorgaben (2½ vH) hält und seine Einsparbemühungen nicht von den westdeutschen Ländern und Gemeinden sowie den Sozialversicherungen konterkariert werden.

20*. Die Geldpolitik wird weiterhin auf niedrigere Zinsen hinwirken, jedenfalls dort, wo sie dazu über Spielraum verfügt. Der Spielraum ist in den Vereinigten Staaten und in Japan vermutlich nur noch klein, denn die kurzfristigen Zinsen bewegen sich schon längere Zeit auf niedrigem Niveau. Wir nehmen an, daß die Bundesbank im kommenden Jahr ihre straffe Geldpolitik weiter lockern wird, ohne dabei das Ziel, die Geldmenge auf einen potentialorientierten Pfad zurückzuführen, aus dem Auge zu verlieren. Wir gehen davon aus, daß sie wieder ein Geldmengenziel setzt, das einer Ausweitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge um 6½ vH entspricht. Da sich bei diesen Annahmen das Zinsgefälle zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten verringern wird, dürfte sich die D-Mark gegenüber dem Dollar etwas abwerten; wir setzen in unserer Rechnung für den Durchschnitt des Jahres 1993 die Relation mit 1,65 DM/Dollar an.

21*. Zu den Annahmen der Prognose gehört auch eine Setzung für die Entwicklung des Welthandels. Wir orientieren uns dabei an Schätzungen internationaler Organisationen, die wiederum auf den Prognosen einzelner Länder über deren voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung basieren. Diese Schätzungen, die uns als Fixpunkt bei der Exportprognose dienen, haben sich zwar schon öfters als Irrlicht erwiesen, vor allem dann, wenn sich die Weltwirtschaft in einer labilen Verfassung befand. Vor dem Hintergrund einer fortschreitenden konjunkturellen

Erholung erscheint diesmal aber das Risiko einer Fehleinschätzung als nicht so groß. Wir veranschlagen die Expansionsrate für das Handelsvolumen der westlichen Industrieländer auf 4½ vH und für den gesamten Welthandel auf 5½ vH.

Die Prognose unterstellt, daß der Welthandel im kommenden Jahr nicht durch die Errichtung zusätzlicher Handelsschranken beeinträchtigt wird. Das ist zweifellos eine optimistische Annahme, denn der augenblickliche Stand der GATT-Verhandlungen rechtfertigt sie strenggenommen nicht. Wir halten es jedoch für möglich, daß buchstäblich „in letzter Sekunde" eine Kompromißformel gefunden wird, die den Forderungen der streitenden Parteien, vor allem der Vereinigten Staaten auf der einen und den Europäischen Gemeinschaften auf der anderen Seite, Rechnung trägt.

Das weltwirtschaftliche Umfeld

22*. Seit 18 Monaten spricht die Welt vom Ende der Rezession. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß die meisten westlichen Industrieländer den Tiefpunkt der konjunkturellen Abwärtsbewegung in diesem Jahr erreicht oder schon hinter sich gelassen haben. Ungewiß ist aber noch, wie schnell die Auftriebskräfte sich durchsetzen können.

Im ganzen ist die Konstitution der Weltwirtschaft heute besser als vor einem Jahr, auf jeden Fall besser als am Ende der letzten Rezession zu Beginn der achtziger Jahre.

- Anders als in früheren Rezessionsphasen weisen die meisten Industriestaaten heute relativ niedrige Inflationsraten auf. Der Preisanstieg betrug in diesem Jahr durchschnittlich 3½ vH; im nächsten Jahr wird er sich nach unserer Einschätzung weiter abflachen.
- Der Lohnkostendruck hat im Gefolge der konjunkturellen Schwäche deutlich nachgelassen.
- Hinzu kommt, daß die Kapazitätsauslastung in den meisten Ländern im Verlauf des konjunkturellen Abschwungs weitaus weniger zurückgegangen ist als etwa in der Rezession zu Beginn der achtziger Jahre.
- Nicht zu übersehen ist schließlich, daß eine Reihe die Weltwirtschaft belastender Faktoren mittlerweile erheblich an Bedeutung verloren haben. So hat sich die Verschuldungssituation der privaten Haushalte in den Vereinigten Staaten aufgrund der Konsolidierungsanstrengungen der vergangenen beiden Jahre deutlich entspannt. Auch der Verfall der Vermögenswerte in Großbritannien und Japan scheint zum Stillstand gekommen zu sein.

Nimmt man alles zusammen, so besteht durchaus Grund zu vorsichtigem Optimismus. Die tatsächliche Lage der Weltwirtschaft ist bei weitem besser, als es in der derzeitigen Stimmungslage zum Ausdruck kommt, und die Erwartung ist wohlbegründet, daß die meisten Industrieländer im Jahre 1993 auf einen Pfad sich allmählich beschleunigender Expansion einschwenken werden.

23*. Nach unserer Einschätzung wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in den Industriestaaten im Durchschnitt des nächsten Jahres um reichlich 2 vH zunehmen — bei einer deutlichen Beschleunigung des Expansionstempos im Jahresverlauf. Die Vorreiterrolle werden dabei die Vereinigten Staaten spielen; hier rechnen wir mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um knapp 3 vH im Verlauf und um 2½ vH im Durchschnitt des kommenden Jahres. Aber auch in Japan wird die Wirtschaft wieder stärker expandieren. Nicht ganz so günstig erscheinen die Aussichten für die europäischen Länder. Hier wird die wirtschaftliche Dynamik im nächsten Jahr zunächst noch schwach bleiben und sich erst nach der Jahresmitte verstärken. Im ganzen ist wohl nur mit einem Produktionszuwachs von knapp 1½ vH zu rechnen.

Prognose für die Bundesrepublik

24*. Für die deutsche Wirtschaft wird 1993 ein schwieriges Jahr. In den alten Bundesländern wird es bis weit ins nächste Jahr zumindest keinen Zuwachs bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion geben. In den östlichen Bundesländern tritt der Umstrukturierungsprozeß in eine entscheidende Phase. Im dritten Jahr nach der Vereinigung muß die deutsche Wirtschaft somit ihre erste große Bewährungsprobe bestehen.

Ungeachtet der sich abzeichnenden Schwierigkeiten in West und Ost werden beide Teile Deutschlands im nächsten Jahr wirtschaftlich weiter zusammenwachsen. Die Unterschiede in der Leistungskraft werden von nun ab kleiner werden, auch wenn es noch geraume Zeit brauchen wird, um sie einzuebnen.

25*. Wir verzichten auch in diesem Jahr darauf, die Prognosen für die alten und die neuen Bundesländer in einem Tableau zusammenzuführen. So etwas hätte wenig Sinn — das Ergebnis wäre ein wenig aussagefähiger Durchschnitt aus zwei ganz unterschiedlichen Entwicklungen. Hinzu kommt, daß wir uns bei der Prognose erneut vor unüberwindbare statistische Probleme gestellt sehen. Es gibt noch immer keine vollständigen, amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das Gebiet der neuen Bundesländer. Zwar sind inzwischen deutlich mehr Informationen verfügbar, aber diese sind teilweise inkonsistent und schwer zu interpretieren. So ist die paradoxe Situation entstanden, daß die Summe der Einzelinformationen heute zwar viel größer ist als in der Vergangenheit, daß es aber schwerer fällt, sich ein Bild von der wirtschaftlichen Entwicklung in den jungen Bundesländern zu machen, das frei von Widersprüchen ist. Wir haben dem wie folgt Rechnung getragen: Die Prognose nimmt zwar die ganze deutsche Wirtschaft in den Blick, verzichtet aber weitgehend auf quantitative Vorausschätzungen für die neuen Bundesländer.

26*. Dreh- und Angelpunkt der Prognose, so schrieben wir schon vor einem Jahr, ist der Export. Damals konnte man mit Fug und Recht annehmen, die Konjunktur in der westlichen Welt werde sich weiter erholen — und mit ihr auch der deutsche Export. Die Hoffnungen haben getrogen. Daß der deutsche Export in die westliche Welt trotz der beginnenden konjunk-

turellen Erholung in einer Reihe von Ländern in diesem Jahr nur wenig und daß er vor allem deutlich schwächer expandierte als der gesamte Welthandel, ist ungewöhnlich und muß zu denken geben. Gewiß, für die anhaltende Exportflaute lassen sich einige Gründe anführen: Die Auftriebskräfte waren insgesamt schwach, vor allem bei den wichtigen westeuropäischen Partnerländern; die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern, die einen großen Anteil am Exportsortiment der Unternehmen haben, ging in vielen Ländern zurück; die Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar und gegenüber einer Reihe europäischer Währungen verteuerte deutsche Waren. Es ist aber zu fragen, ob das alles zur Erklärung ausreicht. Möglicherweise spiegeln sich im Verlust von Marktanteilen auch gewisse strukturelle Schwächen beim deutschen Export wie eine Vernachlässigung von Wachstumsmärkten oder gar ein Zurückbleiben im internationalen Technologiewettbewerb.

Welches Gewicht diese strukturellen Effekte im kommenden Jahr haben werden, ist schwer zu sagen. Nach allen Überlegungen und Erfahrungen dürften sich aber einige der negativen Vorzeichen umkehren: So erwarten wir, daß die Konjunktur in den westeuropäischen Ländern anspringt, in denen sie bisher noch lahmt; in diese Länder insgesamt gehen immerhin rund drei Viertel des deutschen Exports. Die Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar, die teils schon eingetreten, teils noch zu erwarten ist, verstärkt die Position deutscher Unternehmen im Preiswettbewerb. Das Muster der konjunkturellen Erholung begünstigt dagegen den deutschen Export vermutlich nicht. Denn nach wie vor bleibt insbesondere in den europäischen Ländern die Investitionstätigkeit gedrückt.

27*. Trübe sind die Aussichten für den sogenannten Ostexport. Man sollte sich da nichts vormachen: Die Exportmärkte in den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion sind inzwischen vollständig zusammengebrochen, und kurzfristig gibt es so gut wie keine Chancen, sie wieder aufzubauen. Auch trickreiche Geschäftspraktiken, bei denen das Geld der Ware vorangetragen wird, vermögen daran nichts zu ändern. Allenfalls bei Exporten in die mitteleuropäischen Reformländer gibt es berechtigte Hoffnungen auf eine Trendwende im nächsten Jahr.

28*. Wägt man sorgfältig gegeneinander ab, was auf der Sollseite und was auf der Habenseite der Bilanz steht, dann muß man sagen: Eine Konjunkturstütze wird der Export im nächsten Jahr noch nicht sein.

— Für Westdeutschland rechnen wir mit einer Zunahme des Exportvolumens (Waren und Dienste zusammengenommen) um 2 vH im Durchschnitt und um reichlich 3 vH im Verlauf des Jahres 1993. Bei den Warenlieferungen in das Ausland betragen diese Raten 1 vH und 3 vH (Tabelle C).

— Für Ostdeutschland setzen wir für den Warenexport, ohne die Lieferungen nach Westdeutschland, eine zweistellige Rate an. Dabei ist das niedrige Niveau mit in den Blick zu nehmen, auf das der Export dort inzwischen abgesackt ist. Die Schätzung ist aber mit großen Unsicherheiten behaftet, weil das Ostgeschäft kaum noch nach marktmäßigen Gesetzen abläuft. So könnte sich das Bild schnell ändern, falls die teilweise schon versandbereiten Güter, die sich derzeit in ostdeutschen Unternehmen stauen, doch noch im Osten ihre Abnehmer finden würden.

29*. Unsicher sind wir, wie sich im nächsten Jahr die Investitionen entwickeln werden. Die Enttäuschungen über das schleppende Exportgeschäft, die Belastungen durch steigende Lohnkosten, hohe Zinsen, vielleicht auch das Unbehagen über das politische Umfeld — das alles hat in diesem Jahr die Investitionsneigung stark gedrückt. Im kommenden Jahr werden sich die Investitionsbedingungen zwar insoweit verbessern, als mit einer Belebung der Auslandsnachfrage und mit einer Dämpfung des Kostenanstiegs als Folge geringerer Lohnsteigerungen und sinkender Zinsen zu rechnen ist. Das könnte jedoch mehr oder weniger wieder aufgewogen werden durch die Ungewißheit über den Ausgang der Steuer- und Abgabendebatte, denn die Investoren dürften neue Belastungen auf sich zukommen sehen. Es spricht alles in allem nicht viel für eine rasche und nachhaltige Erholung der Investitionsneigung. Nach unserer Einschätzung wird sie bis weit ins nächste Jahr schwach bleiben. Das gilt wiederum nur für die alten, nicht für die jungen Bundesländer, in denen die Investitionen durch Investitionszulagen, Investitionszuschüsse und Sonderabschreibungen weiterhin massiv gefördert werden. Allerdings wird es nicht zu vermeiden sein, daß sich die Investitionszurückhaltung im Westen auch im Osten bemerkbar macht. Einige westdeutsche Unternehmen, die in Ostdeutschland neue Kapazitäten schaffen wollen, haben schon angekündigt, daß sie solche Pläne zunächst einmal aufschieben werden. Wohlgemerkt: Wir rechnen nicht damit, daß sich die hohe Investitionswelle in Ostdeutschland im kommenden Jahr bricht. Aber sie wird wohl etwas flacher sein, als es sonst der Fall gewesen wäre.

30*. Zur Abstützung unserer Prognose haben wir versucht, uns ein Bild davon zu machen, in welchen Wirtschaftsbereichen die größten Veränderungen im Investitionsverhalten zu erwarten sind und welche Gründe es dafür gibt.

— In den alten Bundesländern ist mit einem spürbaren Rückgang der Investitionstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe, im Handel und vermutlich auch im Transportgewerbe zu rechnen. In diesen Bereichen wirkt sich nicht nur die anhaltende Konjunkturschwäche aus. Auch das hohe Investitionstempo der letzten Jahre spielt eine Rolle: Der Kapazitätsausbau ist stark forciert worden, und er ging teilweise weit über das hinaus, was mittelfristig an Nachfrage zu erwarten ist. Etwa gleich hohe Investitionen wie in diesem Jahr zeichnen sich bei der Bauwirtschaft ab; dort sorgt vor allem der Wohnungsbau für die Auslastung der Kapazitäten. Zu einer deutlichen Aufstockung der Investitionen dürfte es nur in der Energiewirtschaft und in einigen Dienstleistungsbranchen kommen.

— In den jungen Bundesländern zeichnet sich eine weitere kräftige Zunahme der Investitionen ab — im Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe, im Handel, in den übrigen Dienstleistungsbereichen und vor allem im Infrastrukturbereich wie der Energie- und Wasserversorgung, der Eisenbahn

Tabelle C

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im früheren Bundesgebiet
Schätzung für das 2. Halbjahr 1992 und Vorausschau auf das Jahr 1993
Absolute Werte

	Einheit	1991	1992	1993	1992		1993	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen								
Privater Verbrauch	Mrd DM	1 420,7	1 490,5	1 547,5	725,4	765,0	749,0	798,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	468,1	499,5	508,0	230,5	269,0	235,5	272,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	565,1	597,0	614,5	287,4	309,5	289,5	325,0
Ausrüstungen	Mrd DM	261,6	266,0	265,5	126,9	139,0	124,5	141,0
Bauten	Mrd DM	303,5	331,0	349,0	160,5	170,5	165,0	184,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	− 8,6	− 1,0	+ 0,0	+10,5	− 11,5	+ 11,0	− 11,0
Außenbeitrag	Mrd DM	+186,0	+195,0	+206,0	+94,9	+100,0	+103,0	+103,0
Ausfuhr	Mrd DM	1 013,2	1 062,5	1 099,0	522,4	540,0	538,5	560,5
darunter: Warenausfuhr in das Ausland	Mrd DM	605,5	622,0	631,5	308,0	314,0	309,0	322,0
Einfuhr	Mrd DM	827,2	867,5	893,0	427,5	440,0	435,5	457,5
darunter: Wareneinfuhr aus dem Ausland	Mrd DM	583,0	583,0	582,0	293,0	289,5	287,0	295,0
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	2 631,2	2 780,5	2 876,0	1 348,6	1 432,0	1 388,5	1 488,0
In Preisen von 1985:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	1 274,6	1 284,0	1 287,0	629,9	654,5	626,0	661,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	393,6	405,5	401,0	197,6	208,0	196,0	204,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	485,0	492,0	490,0	238,5	253,5	232,5	258,0
Ausrüstungen	Mrd DM	239,6	238,5	234,0	114,0	124,5	110,0	124,0
Bauten	Mrd DM	245,4	253,5	256,0	124,5	129,0	122,5	133,5
Vorratsveränderung	Mrd DM	− 4,5	+ 3,5	+ 3,0	+14,8	−11,5	+13,5	−10,5
Außenbeitrag	Mrd DM	+78,1	+70,5	+77,5	+32,6	+38,0	+37,5	+40,5
Ausfuhr	Mrd DM	962,3	993,0	1 011,5	490,8	502,0	498,5	513,0
darunter: Warenausfuhr in das Ausland	Mrd DM	592,5	604,0	609,0	300,0	304,5	299,5	309,5
Einfuhr	Mrd DM	884,2	922,0	934,0	458,3	464,0	461,5	473,0
darunter: Wareneinfuhr aus dem Ausland	Mrd DM	672,5	685,5	682,5	344,0	341,5	339,0	343,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	2 226,8	2 256,0	2 258,5	1 113,3	1 142,5	1 105,0	1 153,5
Realwert des Bruttosozialprodukts [1]	Mrd DM	2 312,2	2 350,0	2 349,0	1 162,6	1 187,5	1 153,0	1 196,0
Preisentwicklung (Deflator)								
Privater Verbrauch	1985 = 100	111,5	116,0	120,0	115,2	117,0	119,5	120,5
Bruttosozialprodukt	1985 = 100	118,2	123,0	127,5	121,1	125,5	125,5	129,0
Letzte inländische Verwendung	1985 = 100	113,8	118,5	122,5	116,0	120,5	120,5	124,5
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige (Inland)	Tausend	29 219	29 460	29 300	29 386	29 535	29 255	29 340
nachr.: Pendlersaldo mit Ostdeutschland	Tausend	292	380	395	360	395	395	395
Arbeitszeit [2]	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985	Mrd DM	2 209,6	2 245,5	2 248,5	1 108,5	1 137,0	1 101,0	1 147,5
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	1 422,1	1 499,5	1 540,5	702,5	797,0	723,0	817,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	586,7	599,0	608,5	315,4	284,0	312,0	297,0
Volkseinkommen	Mrd DM	2 008,8	2 098,5	2 149,0	1 018,0	1 080,5	1 035,0	1 114,0
Reales Volkseinkommen [1]	Mrd DM	1 765,2	1 773,5	1 755,0	877,5	896,5	859,5	895,5
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit [3]	Mrd DM	778,8	805,5	819,5	376,0	429,5	384,0	435,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	494,2	504,5	508,5	267,0	237,0	261,5	247,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte [4]	Mrd DM	1 640,0	1 710,5	1 773,0	830,5	880,0	862,0	911,0

[1] Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen in jeweiligen Preisen, deflationiert mit dem Deflator der letzten inländischen Verwendung (1985 = 100).
[2] Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.
[3] Nettolohn- und -gehaltssumme.
[4] Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

noch Tabelle C

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im früheren Bundesgebiet
Schätzung für das 2. Halbjahr 1992 und Vorausschau auf das Jahr 1993
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1991	1992	1993	1992		1993	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen							
Privater Verbrauch	+ 7,5	+ 5	+ 4	+ 5,0	+ 5	+ 3½	+ 4½
Staatsverbrauch	+ 5,3	+ 6½	+ 1½	+ 6,6	+ 7	+ 2	+ 1½
Anlageinvestitionen	+11,5	+ 5½	+ 3	+ 7,6	+ 4	+ 1	+ 5
Ausrüstungen	+11,8	+ 1½	− 0	+ 2,1	+ 1	− 2	+ 1½
Bauten	+11,3	+ 9	+ 5½	+12,3	+ 6	+ 3	+ 8
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+14,8	+ 5	+ 3½	+ 6,0	+ 4	+ 3	+ 4
darunter: Warenausfuhr in das Ausland	− 1	+ 2½	+ 1½	+ 3½	+ 2	+ 1	+ 5
Einfuhr	+15,1	+ 5	+ 3	+ 5,6	+ 4	+ 2	+ 4
darunter: Wareneinfuhr aus dem Ausland	+14	− 0	− 0	+ ½	− 1	− 2	+ 2
Bruttosozialprodukt	+ 7,9	+ 5½	+ 3½	+ 6,0	+ 5½	+ 3	+ 4
In Preisen von 1985:							
Privater Verbrauch	+ 3,6	+ 1	+ 0	+ 0,4	+ 1	− ½	+ 1
Staatsverbrauch	+ 0,5	+ 3	− 1	+ 3,3	+ 3	− ½	− 1½
Anlageinvestitionen	+ 6,5	+ 1½	− ½	+ 3,0	+ 0	− 2½	+ 1½
Ausrüstungen	+ 9,1	− ½	− 2	− 0,3	− ½	− 3½	− 0
Bauten	+ 4,1	+ 3½	+ 1	+ 6,2	+ 1	− 2	+ 3½
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+12,7	+ 3	+ 2	+ 4,1	+ 2½	+ 1½	+ 2
darunter: Warenausfuhr in das Ausland	− 1½	+ 2	+ 1	+ 2½	+ 1½	− 0	+ 1½
Einfuhr	+12,2	+ 4½	+ 1½	+ 4,8	+ 4	+ ½	+ 2
darunter: Wareneinfuhr aus dem Ausland	+11½	+ 2	− ½	+ 2	+ 1½	− 1½	+ ½
Bruttosozialprodukt	+ 3,6	+ 1½	+ 0	+ 1,4	+ 1½	− ½	+ 1
Realwert des Bruttosozialprodukts[1]	+ 3,5	+ 1½	− 0	+ 1,7	+ 1½	− 1	+ ½
Preisentwicklung (Deflator)							
Privater Verbrauch	+ 3,8	+ 4	+ 3½	+ 4,7	+ 3½	+ 4	+ 3½
Bruttosozialprodukt	+ 4,1	+ 4½	+ 3½	+ 4,6	+ 4	+ 3½	+ 3
Letzte inländische Verwendung	+ 4,2	+ 4	+ 3½	+ 4,3	+ 3½	+ 4	+ 3
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige (Inland)	+ 2,6	+ 1	− ½	+ 1,3	+ ½	− ½	− ½
Arbeitszeit[2]	− 1,0	− 0	− 1	− 0,2	+ 0	− 1	− ½
Arbeitsvolumen	+ 1,6	+ 1	− 1½	+ 1,1	+ ½	− 1½	− 1
Produktivität	+ 2,1	+ 1	+ 1½	+ 0,8	+ 1	+ ½	+ 2
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985	+ 3,7	+ 1½	+ 0	+ 1,9	+ 1½	− ½	+ 1
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 7,9	+ 5½	+ 2½	+ 6,3	+ 4½	+ 3	+ 2½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 3,4	+ 2	+ 1½	+ 0,5	+ 4	− 1	+ 4½
Volkseinkommen	+ 6,5	+ 4½	+ 2½	+ 4,4	+ 4½	+ 1½	+ 3
Reales Volkseinkommen[1]	+ 2,2	+ ½	− 1	+ 0,2	+ 1	− 2	− 0
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit[3]	+ 4,7	+ 3½	+ 1½	+ 2,5	+ 4½	+ 2	+ 1½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 1,5	+ 2	+ 1	− 1,9	+ 7	− 2	+ 4
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[4]	+ 7,2	+ 4½	+ 3½	+ 3,6	+ 5	+ 4	+ 3½

[1] Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen in jeweiligen Preisen, deflationiert mit dem Deflator der letzten inländischen Verwendung (1985 = 100).
[2] Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.
[3] Nettolohn- und -gehaltssumme.
[4] Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

und der Nachrichtenübermittlung. Darin spiegelt sich nicht nur der enorme Nachholbedarf von Ausrüstungen und Bauten, sondern vermutlich auch die Tatsache, daß die mannigfachen Investitionshemmnisse allmählich an Einfluß verlieren. Insgesamt dürften in den neuen Bundesländern im nächsten Jahr — die staatlichen Stellen eingeschlossen — etwa 129 Mrd DM investiert werden, rund 20 Mrd DM mehr als in diesem Jahr.

31*. Die Grundrichtung der Entwicklung bei den Bauinvestitionen wird ähnlich sein wie bei den Ausrüstungsinvestitionen: relativ flach in den alten Bundesländern und steil aufwärts in den jungen Ländern. Im Westen wird allerdings nur der Wohnungsbau zunehmen, doch dieser recht kräftig. In den neuen Bundesländern sorgen dagegen vor allem steigende Aufträge der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand für einen kräftigen Anstieg der Bauinvestitionen. Schwerpunkte der Bautätigkeit werden wiederum die Erschließung von Gewerbeflächen, die Erstellung von Gewerbe- und Bürogebäuden sowie der Ausbau der Infrastruktur sein. Der Bau neuer und die Modernisierung alter Wohnungen kommt dagegen auch im nächsten Jahr voraussichtlich noch nicht so recht in Gang. Die Gründe dafür sind vielschichtig: unklare Eigentumsverhältnisse, fehlende Bauleitpläne, schleppende Genehmigungsverfahren und vor allem finanzielle Nöte der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.

32*. Die Investitionstätigkeit im kommenden Jahr hat eine Signalfunktion. Sie stellt die Weichen für die wirtschaftliche Entwicklung auf mittlere und längere Frist. Bliebe sie das ganze Jahr über gedrückt, müßte das als eine Verschlechterung der Wachstumschancen in den alten Bundesländern betrachtet werden. Der Neuaufbau in den jungen Bundesländern würde sich dann verzögern. Würde sich die Investitionstätigkeit wieder erholen, wäre das ein Zeichen eines neuen Vertrauens. Die westdeutsche Wirtschaft könnte auf einen Expansionspfad zurückkehren, und der ostdeutschen Wirtschaft könnte das nur nützen.

33*. Viel hängt vermutlich davon ab, wie die Lohnpolitik auf das veränderte wirtschaftliche Umfeld reagiert — ob sie aus dem Debakel dieses Jahres die richtigen Lehren zieht, oder ob sie abermals die Risiken hoher Lohnabschlüsse für die Investition und die Arbeitsplätze falsch einschätzt. Ein neuerlicher hoher Lohnkostenschub würde schwerwiegende Folgen haben. Es muß daran erinnert werden, daß den Investitionsrückgängen und Beschäftigungseinbrüchen Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre jeweils ein starker Anstieg der Lohnstückkosten voranging.

Die Löhne, die die Unternehmen im nächsten Jahr zu zahlen haben, sind überwiegend noch nicht bekannt. In der Prognose müssen wir dennoch eine Setzung vornehmen. Dabei sind wir von der Annahme ausgegangen, daß die tariflichen Stundenlöhne in den alten Bundesländern im nächsten Jahr um durchschnittlich 4 vH angehoben werden. Zu beachten ist, daß es für einige Bereiche, darunter für die Metallindustrie, schon vertragliche Festlegungen gibt. In der Metallindustrie werden die tariflichen Stundenlöhne (einschließlich des Ausgleichs für die Verkürzung der Arbeitszeit) mit Wirkung vom 1. April 1993 um mehr als 5½ vH angehoben. Unsere Setzung, die sich auf den Durchschnitt aller Branchen bezieht, ist also nur realistisch, wenn in gewichtigen Bereichen deutlich niedrigere Abschlüsse zustande kommen, womit wir rechnen.

Als Lohnannahme für die neuen Bundesländer haben wir unterstellt, daß bis Ende 1993 die Arbeitnehmer in Ostdeutschland im Durchschnitt etwa 80 vH der westdeutschen tariflichen Monatslöhne erhalten. Bei den Effektivlöhnen wird dieses Niveau allerdings noch nicht erreicht, weil im Osten in der Regel nicht so hohe tarifliche oder freiwillige Sonderzahlungen (wie Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld oder Erschwerniszulagen) gezahlt werden wie im Westen.

34*. Nach unserer Rechnung wird sich der Anstieg der Lohnstückkosten in den alten Bundesländern im nächsten Jahr zwar deutlich abflachen, aber — und das ist entscheidend — der Druck auf die Erträge der Unternehmen erst allmählich nachlassen, wenn, konjunkturell bedingt, die Produktivität wieder rascher zunimmt. Wir rechnen deshalb damit, daß viele Unternehmen die Konjunkturflaute zum Anlaß nehmen werden, um bei den Lohnkosten den Rotstift anzusetzen. Die Folgen wiegen doppelt schwer: Ein starker Abbau von Arbeitsplätzen in Westdeutschland, wie er sich für das nächste Jahr abzeichnet, wird nicht nur dort die Arbeitslosenzahl nach oben treiben. Er wird auch die Beschäftigungschancen für die Arbeitnehmer aus Ostdeutschland verschlechtern; denn es wird fortan schwieriger sein, einen Arbeitsplatz im Westen zu finden:

— In den alten Bundesländern wird sich der seit der Jahresmitte 1992 erkennbare leichte Beschäftigungsrückgang deutlich verstärken. Wir schätzen, daß im Verlauf des kommenden Jahres etwa 250 000 Arbeitsplätze verlorengehen werden, der überwiegende Teil davon im Produzierenden Gewerbe.

— In den neuen Bundesländern muß ebenfalls noch mit einem spürbaren Abbau von Arbeitsplätzen gerechnet werden. Schwerpunkte sind wiederum die Industrie und der Braunkohlenbergbau. Betroffen sind in erster Linie Beschäftigte in Treuhandunternehmen, die insgesamt noch immer einen zu hohen Personalstand aufweisen. In anderen Bereichen, in der Bauwirtschaft, im Handel und im Verkehrsgewerbe, dürften sich Einstellungen und Entlassungen etwa ausbalancieren, in den übrigen Dienstleistungsbereichen, insbesondere bei den Banken und Versicherungen, beim Gastgewerbe und bei den Freien Berufen wird die Beschäftigung hingegen zunehmen. Alles in allem rechnen wir damit, daß im Verlauf des nächsten Jahres per Saldo noch einmal 200 000 Arbeitskräfte freigesetzt werden.

35*. Aus der Prognose folgt, daß die Anzahl der registrierten Arbeitslosen in den alten Bundesländern sowohl im Durchschnitt des nächsten Jahres als auch im Verlauf des Jahres um etwa 340 000 steigt. Es wird dann zum ersten Mal seit drei Jahren wieder mehr als zwei Millionen Arbeitslose geben. In den neuen Bundesländern rechnen wir, falls die Mittel für

arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie vorgesehen gekürzt werden, ebenfalls mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahl, den wir für den Durchschnitt des Jahres auf knapp 100 000 und für den Verlauf des Jahres auf 150 000 veranschlagen.

36*. Die öffentlichen Leistungen für die jungen Länder werden im nächsten Jahr netto etwa 150 Mrd DM betragen. Sie werden damit nicht höher sein als in diesem Jahr. Zum einen liegt das daran, daß das „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" nicht fortgesetzt wird und die damit verbundenen Ausgaben nur teilweise durch die einzelnen Bundesressorts übernommen werden. Zum anderen werden die Leistungen der Sozialversicherung nur schwach expandieren.

Das Defizit aller Gebietskörperschaften und der Nebenhaushalte (Fonds „Deutsche Einheit", Kreditabwicklungsfonds, Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen) wird mit 137 Mrd DM im Jahre 1993 deutlich höher liegen als in diesem Jahr. Dabei ist unterstellt, daß der Bund wie auch einzelne westdeutsche Länder nicht nur die in den Haushaltsplänen vorgesehenen beachtlichen Ausgabenbeschränkungen tatsächlich einhalten, sondern daß sie darüber hinaus Kürzungen vornehmen werden. So erwarten wir bei den Subventionen einen deutlicheren Rückgang als in den Vorjahren. Kräftig sinken wird nach unseren Annahmen auch die Zuwachsrate des Staatsverbrauchs. Die vorgesehenen Sparmaßnahmen, wie sie beispielsweise vom Bund angekündigt wurden, werden aber nicht ausreichen, die Defizite unter das Niveau dieses Jahres zu senken. Das liegt vor allem an den zu erwartenden Steuerausfällen. Gegenüber den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Mai 1992, die den aktuellen Finanzplänen zugrunde liegen, ist aus heutiger Sicht mit einem um etwa 10 Mrd DM geringeren Steueraufkommen zu rechnen. Dies ist in unserer Abschätzung bereits einbezogen. Berücksichtigt man auch die Defizite der Treuhandanstalt, der Deutschen Bahnen und der Deutschen Bundespost, der ostdeutschen Wohnungswirtschaft sowie der Sozialversicherungen, dann ist auch im nächsten Jahr wieder ein staatliches Gesamtdefizit von über 200 Mrd DM wahrscheinlich.

37*. Der Staat hat im nächsten Jahr nicht nur konjunkturell bedingte Mindereinnahmen zu erwarten, er muß sich auch — trotz der geplanten Leistungskürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik — auf steigende Ausgaben für Arbeitslosengeld und Sozialhilfe einstellen. Was bei den Lohneinkommen als Folge von zunehmender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verlorengeht, ist beträchtlich. Das werden auch die privaten Haushalte zu spüren bekommen, denn die sogenannten Lohnersatzleistungen gleichen das nicht voll aus.

— In den alten Bundesländern werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte etwas schwächer zunehmen als in diesem Jahr. Der Grund dafür ist neben dem verlangsamten Anstieg bei der Nettolohn- und -gehaltssumme als Folge geringerer Lohnerhöhungen und geringerer Beschäftigung auch eine schwächere Zunahme bei den Einkommensübertragungen. So sind, anders als in diesem Jahr, bei den Sozialleistungen keine Leistungsverbesserungen vorgesehen. Insgesamt veranschlagen wir den Zuwachs bei den verfügbaren Einkommen auf reichlich 3½ vH nach knapp 4½ vH in diesem Jahr.

— In den jungen Bundesländern werden die verfügbaren Einkommen erheblich stärker zunehmen als in den alten Bundesländern — und auch kaum schwächer als in diesem Jahr. Denn zum einen wird — trotz weiter rückläufiger Beschäftigung — die Summe der Nettolöhne und -gehälter, zum anderen die der Einkommensübertragungen kräftig steigen.

38*. Eine Zunahme der verfügbaren Einkommen schafft nicht notwendig mehr Kaufkraft, es muß auch die Preisentwicklung mit ins Bild genommen werden. In diesem Jahr hat die starke Teuerung einen großen Teil des Einkommenszuwachses aufgezehrt, in den alten wie in den jungen Bundesländern. Die Chancen, daß sich der Preisanstieg im nächsten Jahr deutlich abflachen wird, stehen nicht schlecht, auf alle Fälle sind sie deutlich besser als vor einem Jahr.

— In den alten Ländern rechnen wir für den Verlauf des Jahres (Jahresende 1993 gegenüber Jahresende 1992) mit einer Anstiegsrate von knapp 3 vH. Die Rate im Durchschnitt des Jahres wird mit 3½ vH allerdings höher ausfallen, doch das liegt vor allem an der Entwicklung in diesem Jahr: Am Jahresende 1992 wird der Indexstand schon um 1½ vH bis 2 vH höher sein als im Jahresdurchschnitt (Überhang). Die Mehrwertsteuererhöhung wird am Jahresanfang zu einem Preissprung führen: Die Steigerungsrate im Vorjahresvergleich dürfte dann die Marke von 4 vH deutlich übersteigen. Das sollte indes nicht als Verstärkung des inflatorischen Prozesses interpretiert werden. Schon im Frühjahr dürften die Wirkungen abklingen und die Rate wieder unter die 4 vH-Marke sinken. Am Jahresende könnte, wenn alles gutgeht, im Vorjahresvergleich dann sogar wieder eine Zwei vor dem Komma stehen.

— In den jungen Bundesländern wird die Preisentwicklung der Grundtendenz nach ähnlich wie in den alten Bundesländern verlaufen. Das gilt vor allem für die Preise für Nahrungs- und Genußmittel, für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter und für Dienstleistungen. Eine Ausnahme bilden die Mieten, die in den jungen Bundesländern noch stark subventioniert werden. Nach den bekanntgewordenen Plänen sollen die Mieten im nächsten Jahr abermals angehoben werden. Wir haben angenommen, daß die Grundmieten im Durchschnitt um 1,20 DM je qm steigen werden, bei Zu- und Abschlägen entsprechend der Qualität der Wohnung. Das hat zur Folge, daß sich in der Prognose beim Preisindex für die Lebenshaltung wiederum eine relativ hohe Steigerungsrate ergibt, die wir auf 8½ vH bis 9 vH veranschlagen. Für einen Teil der privaten Haushalte werden die Belastungen aus der Anhebung der Mieten allerdings nicht voll spürbar, weil sie durch die Zahlung von Wohngeld teilweise ausgeglichen werden.

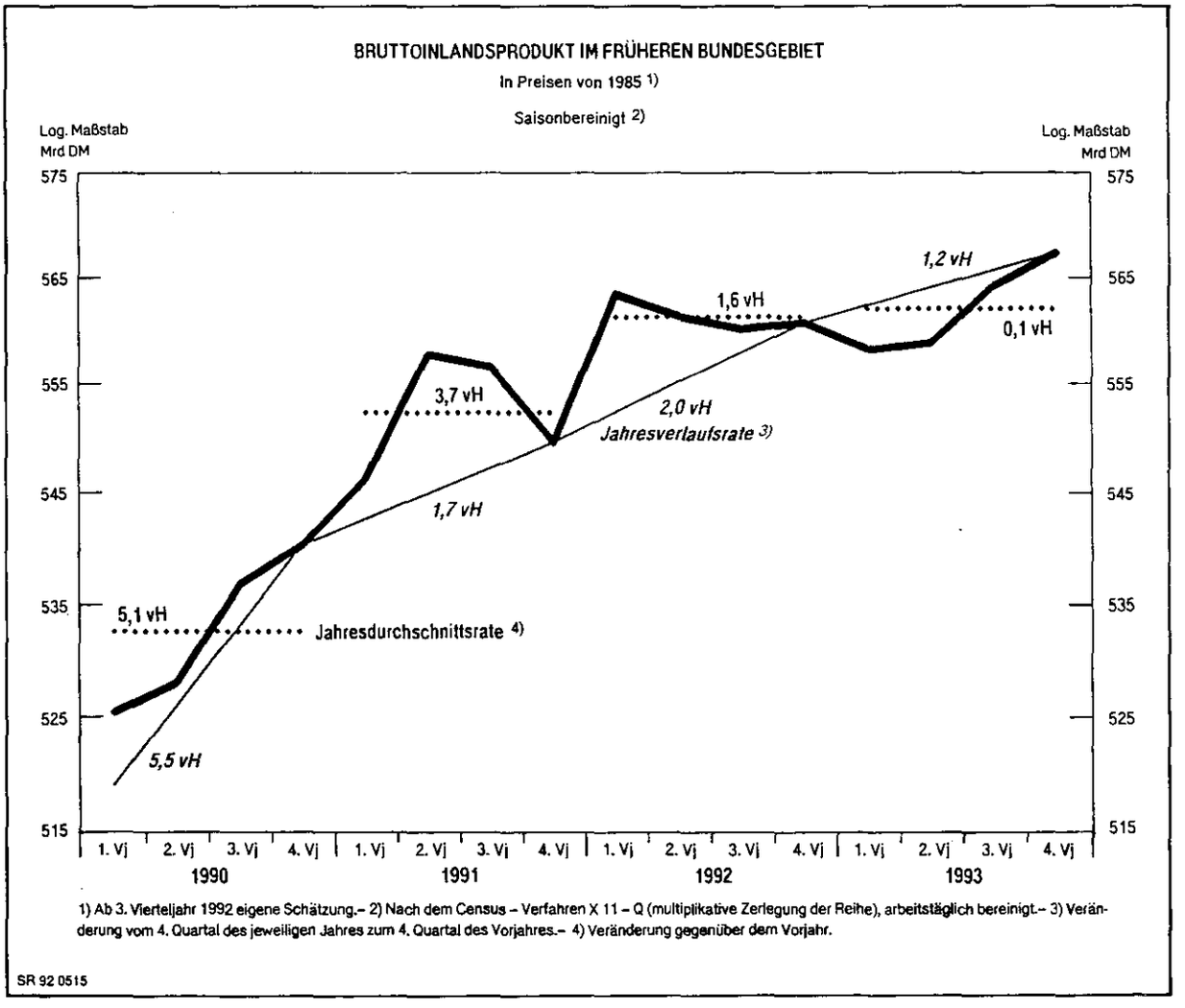
39*. Obwohl der Einkommenszuwachs in den jungen Bundesländern durch den Anstieg der Mieten erheblich geschmälert wird, bleibt Raum für eine kräftige Ausweitung des Privaten Verbrauchs. In realer Rechnung dürfte — bei gleicher Sparquote wie in diesem Jahr — der Zuwachs etwa 4 vH bis 5 vH betragen. Es ist also keineswegs so, daß die Menschen in Ostdeutschland bisher nur geringe wirtschaftliche Vorteile aus der Vereinigung ziehen, wie das mitunter behauptet wird. Bei den meisten, wenn vielleicht auch nicht bei allen, wird sich die Kaufkraft im kommenden Jahr jedenfalls spürbar erhöhen.

In den alten Bundesländern zeichnet sich dagegen für das kommende Jahr nur eine schwache Ausweitung des Privaten Verbrauchs ab. Der Anstieg der verfügbaren Einkommen wird durch Preissteigerungen abermals weitgehend aufgezehrt. Wir nehmen aber an, daß die privaten Haushalte auf die Stagnation ihrer Realeinkommen mit einem etwas nachlassenden Spareifer reagieren werden.

40*. Nimmt man alles zusammen, die Entwicklung beim Export, bei den Investitionen, bei den Ausgaben des Staates, beim Privaten Verbrauch und bei den Lagerdispositionen, dann bleibt in den alten Bundesländern wenig Raum für eine Ausweitung der Produktion. Bis ins Frühjahr hinein dürfte dort das Bruttoinlandsprodukt nochmals leicht schrumpfen (Schaubild A). Eine Wende bei der Produktion erwarten wir erst in der zweiten Jahreshälfte, wenn Anstöße vom Ausland kommen und auf die inländische Nachfrage, vor allem auf die nach Investitionsgütern, durchwirken werden. Bei dieser Entwicklung wird das Bruttoinlandsprodukt, im Durchschnitt des nächsten Jahres betrachtet, 1993 nicht zunehmen.

In den neuen Bundesländern wird es dagegen bei der Produktion weiter aufwärtsgehen. Der Grund dafür ist dort weniger die Entwicklung der Nachfrage, sondern mehr der fortschreitende Aufbau eines wettbewerbsfähigen Angebots. Wir sehen uns aber außerstande, das Ausmaß des Produktionsanstiegs präzise zu schät-

Schaubild A



1) Ab 3. Vierteljahr 1992 eigene Schätzung.– 2) Nach dem Census – Verfahren X 11 – Q (multiplikative Zerlegung der Reihe), arbeitstäglich bereinigt.– 3) Veränderung vom 4. Quartal des jeweiligen Jahres zum 4. Quartal des Vorjahres.– 4) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

SR 92 0515

Tabelle D

Zur voraussichtlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern[1])

Schätzung für 1992 und Vorausschau auf das Jahr 1993

	1991	1992	1993	1992	1993
	Absolute Werte			**Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH**	
	in Preisen von 1991				
Bruttoinlandsprodukt	186,2	193,5	206,0	*4*	*6½*
Bruttosozialprodukt	195,4	209,5	224,5	*7*	*7*
darunter:					
Letzte inländische Verwendung	358,5	390,0	408,5	*9*	*4½*
darunter:					
Privater Verbrauch	186,7	193,5	202,0	*3½*	*4½*
Anlageinvestitionen	82,9	102,0	114,5	*23½*	*12*
	Preisentwicklung (Deflator) 1991 = 100				
Bruttosozialprodukt	100	117,0	132,0	*17*	*13*
darunter:					
Letzte inländische Verwendung	100	110,0	119,0	*10*	*8*
	2. Halbjahr 1990/1. Halbjahr 1991 = 100				
Preisindex für die Lebenshaltung[2])	108,3	120,5	131,0	*11*	*9*

[1]) Einschließlich Berlin-Ost.
[2]) Alle Arbeitnehmerhaushalte.

zen. Die in der Tabelle D ausgewiesene Zuwachsrate für das Bruttoinlandsprodukt — 6½ vH für den Durchschnitt des Jahres 1993— ist nur eine Rechengröße — das Mittel aus einem relativ breiten Band alternativer Schätzgrößen, die man allesamt für plausibel halten kann.

41*. Anders als vor einem Jahr, als in unserer Prognose noch die hellen Farben dominierten, überwiegen diesmal die Schatten. Wir rechnen zwar damit, daß sich die deutsche Wirtschaft im nächsten Jahr von ihrer Schwäche erholt, aber sicher ist das nicht, denn ihre Konstitution ist bei weitem nicht mehr so gut. Die Risiken, daß die Entwicklung schlechter verläuft, als wir aus heutiger Sicht erwarten, sind größer geworden. Mehr denn je ist deshalb unsere Prognose mit Bedingungen verknüpft, die erst noch erfüllt werden müssen.

Wirtschaftspolitik für 1993 und danach

Was auf dem Spiel steht

(Ziffern 267 ff.)

42*. Zwei Jahre nach der deutschen Vereinigung breitet sich in beiden Teilen des Landes Pessimismus aus. Zu der Enttäuschung darüber, daß die tatsächliche Entwicklung im Osten hinter der erwarteten zurückbleibt, kommt Beunruhigung über die Höhe und Finanzierung der Belastungen, die Vereinigung und wirtschaftliche Integration für Westdeutschland bringen. Besorgnis erweckt die weltweite Konjunkturschwäche, deren Auswirkungen die deutsche Wirtschaft erreicht haben. Es droht die Gefahr, daß die Wirtschaft in eine Rezession abgleitet. Zudem hat sich der Eindruck verstärkt, daß die Wirtschaftspolitik ihre Aufgaben nicht mehr angemessen zu bewältigen vermag.

43*. In der Wirtschaftspolitik muß Klarheit darüber geschaffen werden, worum es heute geht und was auf dem Spiel steht. Bei der Bewältigung der Anpassungskrise im Osten Deutschlands liegt das eigentliche Problem nicht in der „Finanzierung der Einheit"; in diesem die Diskussion beherrschenden Schlagwort kommt eine verkürzte Problemsicht zum Ausdruck. Es geht vielmehr darum, daß mit der Vereinigung für beide Teile Deutschlands neue Bedingungen entstanden sind, denen sich auch Westdeutschland anzupassen hat. Die Verwendung knapper Ressourcen muß sich nach neuen Prioritäten richten.

Auf dem Spiel steht das wirtschaftliche Zusammenwachsen beider Teile Deutschlands, das auf lange Zeit hinausgeschoben wird, wenn es nicht gelingt, die Wachstumskräfte im Osten zu mobilisieren und im Westen weiter zu stärken. Auf dem Spiel steht die Vollendung der wirtschaftlichen Integration in Europa, bei der die Bundesrepublik beispielhaft einer an Wettbewerb, Stabilität und weltwirtschaftlicher Öffnung orientierten Politik den Weg bereiten muß. Wenn schon Größe und Bedeutung der Aufgaben und die sich bei ihrer erfolgreichen Bewältigung eröffnenden Perspektiven und Chancen keinen hinreichenden Anreiz für eine wachstumsorientierte Politik bieten — bei allen wirtschaftspolitisch maßgeblichen Akteuren sollte die Einsicht vorhanden sein, daß ein Scheitern einer solchen Politik die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, aber nicht nur dort, zurückwerfen und zu unübersehbaren Schäden für alle Beteiligten führen würde.

Ziele und Wirklichkeit
(Ziffern 270ff.)

44*. Die Konstitution der deutschen Wirtschaft zeigt zu Ende des Jahres 1992 Schwächen. Mißt man die Entwicklung an den Zielen, die der Sachverständigenrat seinem Urteil zugrunde zu legen hat — Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum —, so ergibt sich ein im Vergleich zu vorangegangenen Jahren deutlich eingetrübtes Gesamtbild. Das Ziel der Preisniveaustabilität wurde, wie schon im Vorjahr, deutlich verfehlt. Verfehlt wurde auch das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes. In den neuen Bundesländern ist die teils offene, teils verdeckte Arbeitslosigkeit bedrükkend hoch; eine durchgreifende Besserung ist nicht in Sicht. Aber auch im Westen ist die Entwicklung unbefriedigend; die hohe Beschäftigungsdynamik früherer Jahre ist verlorengegangen; das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes ist nicht nähergerückt, vielmehr ist der Abstand dazu größer geworden.

45*. Die Auslastung des Produktionspotentials in den alten Bundesländern ist gegenüber dem Vorjahr gesunken; sie liegt allerdings immer noch auf hohem Niveau. Noch spricht nichts dafür, daß es zu einer dauerhaften Abschwächung des Potentialwachstums und damit zu einer Absenkung des langfristigen Wachstumstrends kommt. Die Ausrüstungsinvestitionen sind zwar rückläufig, aber auch nur gegenüber dem außerordentlich hohen Niveau des Vorjahres; ob es auf mittlere Frist zu Wachstumseinbußen kommt, hängt davon ab, wie lang die Konjunkturflaute noch anhält und ob sie zu einer nachhaltigen Investitionsschwäche führt.

Im östlichen Teil Deutschlands bleibt der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion weit hinter den Erwartungen zurück. Enttäuschend war vor allem die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe, wo sich zwar die Einbrüche der Jahre 1990 und 1991 nicht fortsetzten, die erhoffte Erholung aber ausblieb. Hinter dem weiteren leichten Rückgang der Industrieproduktion steht allerdings ein differenziertes Bild. Der Abbau veralteter und nicht wettbewerbsfähiger Produktionen hat sich fortgesetzt, ohne daß es in der Industrie insgesamt in entsprechendem Maße zu einem Rückgang der Produktion gekommen wäre; daran wird erkennbar, daß auch im Bereich des Verabeitenden Gewerbes neue, am Markt orientierte Produktion im Vordringen ist.

Wachstumskräfte nicht durch Verteilungsstreit lähmen
(Ziffern 276ff.)

46*. Eine auf Zusammenführung der beiden Teile Deutschlands gerichtete Wirtschaftspolitik steht heute in Ost und West vor sehr unterschiedlichen, gleichwohl aber eng miteinander zusammenhängenden Problemlagen. Im Westen geht es darum, die konjunkturelle Schwächephase zu überwinden, zugleich aber auch die Voraussetzungen für kontinuierliches Wachstum bei wieder stabilem Geldwert in der Zukunft zu sichern. Im Osten gilt es, den Strukturwandel voranzubringen und die Aufwärtsentwicklung, die bisher nur in schwachen Anzeichen erkennbar ist, zu festigen und auf eine breitere Basis zu stellen. Beide Aufgaben haben gleichen Rang und sind eng miteinander verbunden. Eine nachhaltige Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik in Westdeutschland würde nicht nur die Finanzierung der für den Aufbau im Osten notwendigen Leistungen außerordentlich erschweren, sondern auch die Bereitschaft der Unternehmen zu Investitionen in den jungen Bundesländern beeinträchtigen. Andererseits würde ein Verharren der ostdeutschen Wirtschaft in der Stagnation auf lange Dauer Transferzahlungen erforderlich machen, die in Westdeutschland in dieser Höhe nicht ohne nachhaltige Schäden für die Wirtschaftsentwicklung aufgebracht werden könnten. Es gilt also, die wirtschaftliche Erneuerung im Osten durch Hilfen voranzubringen, die in steigendem Maße investive Verwendung finden, zugleich aber dafür zu sorgen, daß die Wachstumskräfte im Westen durch die Aufbringung dieser Mittel so wenig wie möglich beeinträchtigt werden.

47*. Zur Bewältigung der kritischen Lage müssen alle Bereiche der Wirtschaftspolitik zusammenwirken. Es darf nicht weiterhin so sein, daß sie sich gegenseitig hemmen und Konflikte heraufbeschworen werden. Mehr Kohärenz zwischen den Politikbereichen herzustellen, ist heute ein dringendes Erfordernis. Die Finanzpolitik steht vor der Aufgabe, den Aufbau im Osten nachhaltig zu unterstützen, dabei aber zugleich die im Verlauf des Einigungsprozesses aus dem Gefüge geratenen Staatsfinanzen wieder zu konsolidieren. Hierzu müssen neue Prioritäten gesetzt werden. Den für die Lohnpolitik verantwortlichen Tarifpartnern muß bewußt sein, daß dem legitimen Interesse der Arbeitnehmer an der Teilhabe am Einkommenszuwachs nicht gedient ist, wenn Tariflöhne durchgesetzt werden, die diesen Zuwachs gefährden. Wenn Finanzpolitik und Lohnpolitik einen der Lage gerecht werdenden Kurs steuern, erleichtern sie auch der Geldpolitik die Aufgabe, wieder zur Stabilität zurückzufinden. Die Sicherung der Geldwertstabilität über eine potentialorientierte Geldpolitik kann nur dann ohne restriktiven Druck und die Gefahr einer Stabilisierungsrezession gelingen, wenn alle Beteiligten das ihre zur Dämpfung des Preisauftriebs beitragen.

48*. In der öffentlichen Diskussion um die wirtschaftspolitische Bewältigung der Folgen der deutschen Einheit werden Verteilungsfragen in unangemessener Weise in den Vordergrund gerückt. So ist die Auffassung verbreitet, es gehe in erster Linie darum, die „Finanzierung der Einheit" unter dem Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit zu regeln. Verteilungsaspekte dürfen in ihrer Bedeutung für die Akzeptanz eines wirtschaftspolitischen Kurses nicht unterschätzt werden; soweit in diesem Punkt Fehler gemacht worden sind, etwa durch ungerechtfertigte Abwälzung von Lasten auf die Arbeitslosenversicherung, bedürfen sie der Korrektur. Entscheidend ist aber nicht nur und in erster Linie, wie verteilt wird, sondern daß mehr an verteilbarem Einkommen erarbeitet werden kann. Maßgeblicher Gesichtspunkt

für wirtschaftspolitische Entscheidungen muß daher sein, die Wachstumskräfte nicht zu beeinträchtigen. Wachstum eröffnet auch wieder Verteilungsspielräume, und wenn die wirtschaftspolitischen Anstrengungen sich auf dieses Ziel konzentrieren, haben letztlich alle Beteiligten davon den höheren Nutzen.

49*. Die einseitige Orientierung an der Verteilung kommt vor allem in Auseinandersetzungen über Steuern und Abgaben zum Ausdruck. Demgegenüber muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, worauf es in erster Linie ankommt: Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft dürfen nicht beeinträchtigt werden. Die durch die Vereinigung veränderten Prioritäten erfordern, daß Ausgaben in allen Bereichen zurückgeführt werden. Steuererhöhungen kommen dann und nur dann in Frage, wenn die Möglichkeiten, Ausgaben zu kürzen, in vollem Umfang genutzt worden sind. Wer sich über die kritische Lage der deutschen Wirtschaft und die vorrangigen wirtschaftspolitischen Erfordernisse im klaren ist, wird auch zu der Einsicht kommen müssen, daß dies kein geeigneter Zeitpunkt ist, groß angelegte sozialpolitische Projekte voranzutreiben, die entweder die öffentlichen Haushalte belasten oder zu zusätzlichen Abgaben führen und damit ebenfalls den finanzpolitischen Spielraum einschränken. Neue Instrumente wie Zwangsanleihen oder Investitionsabgaben zu ersinnen, ist wenig hilfreich. Zwangsanleihen bedeuten zusätzliche Verschuldung und wirken, soweit der Staatshaushalt von Zinszahlungen entlastet wird, nicht anders als Steuern. Abgaben, die Investitionen nach Ostdeutschland lenken sollen, kommen einer Strafsteuer gleich und sind ordnungspolitisch sehr bedenklich.

Möglichkeiten, Grenzen und Gefahren eines „Solidarpakts"

(Ziffern 281 ff.)

50*. Von zentraler Bedeutung ist, daß es gelingt, neue Prioritäten nicht nur zu verkünden, sondern auch durchzusetzen, und Ansprüche, die damit nicht vereinbar sind, einzudämmen. Dies setzt den Willen und die politische Kraft voraus, auch schwierige und unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Ebenso setzt es voraus, daß ein klarer politischer Kurs eingeschlagen und durchgehalten wird; wenn selbst aus der Regierung und den sie tragenden Parteien ständig neue und widersprüchliche Rezepte und Maßnahmen zur Diskussion gestellt werden, kann die Politik nicht die Überzeugungskraft gewinnen, die sie braucht, um sich gegen vielfältige Widerstände zu behaupten. Die Verantwortung der politischen Führung muß mit Nachdruck betont werden. Aber ebenso wie die Bundesregierung müssen Länder und Gemeinden, ebenso die Tarifvertragsparteien und die Bundesbank dazu beitragen, daß die einzelnen Politikbereiche bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele zusammenwirken und nicht in destruktive Konflikte geraten.

51*. Das heute zur Diskussion stehende Projekt eines „Solidarpakts" zwischen den maßgeblichen Akteuren der Wirtschaftspolitik ist als Versuch, mehr Kohärenz zwischen den Politikbereichen herzustellen und Konfliktpotential auszuräumen, nicht unproblematisch. Die Gefahr liegt in dem spektakulären Charakter eines Solidarpakts. Je stärker seine Bedeutung in der Öffentlichkeit herausgestellt wird, desto höhere Erwartungen werden geweckt, und desto größer wäre die Enttäuschung, wenn es schließlich doch zu einem Scheitern käme.

52*. Ein Solidarpakt kann nichts daran ändern, daß jeder der wirtschaftspolitischen Akteure die Aufgaben seines Bereichs verantwortlich wahrzunehmen hat. Von Anfang an muß klar sein, daß auch bei einem Scheitern des Pakts keiner der Beteiligten aus seiner Verantwortung entlassen wäre. Es geht auch nicht an, für eine dieser Verantwortung gerecht werdende Politik von anderen Akteuren Gegenleistungen einhandeln zu wollen. Die Möglichkeiten, im Rahmen des Solidarpakts in verbindlicher Form Leistungen und Gegenleistungen zu vereinbaren, sind überdies begrenzt. Schon gar nicht kann sich jemand dazu verpflichten, für unternehmerische Investitionen oder für Preisdisziplin zu sorgen; Entscheidungen über Investitionen und Preise kommen dezentral in den Unternehmen zustande und richten sich nach den jeweils für sie maßgeblichen Bedingungen. Die Bundesregierung und die Vertreter der Sozialpartner können allenfalls Absichten über den künftigen Kurs der Finanzpolitik und der Lohnpolitik bekunden. Die Bundesbank kann in einen Solidarpakt nicht eingebunden werden, da sie keine Verpflichtungen für eine bestimmte Zinspolitik auf mittlere Sicht eingehen kann; Zinssenkungen können das Ergebnis einer sinnvoll abgestimmten Wirtschaftspolitik sein, nicht Vorleistungen dafür.

Ist man sich über die Grenzen der in einem Solidarpakt möglichen Vereinbarungen im klaren, so kann sein Nutzen vor allem darin liegen, daß die politische Auseinandersetzung versachlicht wird und gemeinsam erarbeitete Lösungen überzeugender nach außen vertreten werden können. Ein Kurswechsel ist ohne Gesichtsverlust möglich und kann gegen Widerstände im eigenen Lager mit dem Hinweis auf ein Gesamtpaket von Vereinbarungen und Verabredungen leichter durchgesetzt werden.

Der Standort Deutschland in einer sich wandelnden Weltwirtschaft

(Ziffer 284 ff.)

53*. Deutschland ist ein Hochlohnland. Dies gilt eindeutig für den Westen des Landes, mit Einschränkungen aber auch schon für die neuen Bundesländer; aus der Sicht von langfristig orientierten Investoren trifft die Feststellung uneingeschränkt für das ganze Land zu. Hohe Löhne bedeuten Wohlstand; die Grundlagen dafür müssen im Wettbewerb auf internationalen Märkten geschaffen und ständig gesichert werden. Ein im internationalen Vergleich hohes Lohnniveau kann nur gehalten werden, wenn ein Land über komparative Vorteile verfügt, die es ihm ermöglichen, seine Produkte trotz hoher Lohnkosten auf den Märkten abzusetzen.

54*. Es ist nicht Sache der staatlichen Wirtschaftspolitik, Produkte herauszufinden und zu fördern, die der deutschen Wirtschaft Exporterfolge versprechen.

Wohl aber gehört es zu den Aufgaben des Staates, die allgemeinen Voraussetzungen für die Ausbildung und Entfaltung von Humankapital zu schaffen. Hierzu zählt neben einem breiten und qualitätsvollen Bildungsangebot, vornehmlich im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, die Förderung der Grundlagenforschung. Darüber hinaus gilt es technikfeindlichen Strömungen entgegenzutreten. Das Starren auf wirkliche oder vermeintliche Restrisiken führt dazu, daß die Risiken, die mit der Unterlassung einer technischen Innovation verbunden sind, gar nicht mehr im Blickfeld stehen. Die Wirtschaftspolitik liefert weiterhin ihren Beitrag zur Standortsicherung, indem sie die Voraussetzungen für die Entfaltung der Wachstumskräfte verbessert. Dies hat nicht nur aus dem besonderen Anlaß einer vermuteten Standortgefährdung zu geschehen, ist vielmehr eine ständige Aufgabe. Wirtschaftspolitik, die sich auf die Gestaltung von Angebotsbedingungen richtet, ist immer auch Standortpolitik. Dazu gehören solide Staatsfinanzen, stabiles Geld — nicht zuletzt auch, weil damit Verteilungskämpfe in Grenzen gehalten werden können —, ebenso aber auch eine Lohnpolitik, die sich an der Produktivitätsentwicklung orientiert. Darüber hinaus stellt der Staat die Infrastruktur zur Verfügung, und gestaltet den rechtlich-institutionellen Rahmen des Wirtschaftens. Nicht zuletzt setzt er mit der Besteuerung wichtige Daten, an denen sich Investoren orientieren, und zwar im Vergleich mit den steuerlichen Bedingungen in anderen Ländern.

Als wesentliche Elemente einer auf Standortsicherung zielenden Politik sind hervorzuheben:

— Der Wettbewerb muß als Leistungsansporn voll zur Geltung kommen. Dazu gehört der Abbau von Marktzugangshemmnissen im Inneren ebenso wie die Öffnung der Märkte nach außen.

— Subventionen, die der Erhaltung alter und ohne sie nicht wettbewerbsfähiger Strukturen dienen, belasten nicht nur den Staatshaushalt, sondern führen auch zu Verkrustungen und zu ineffizienter Verwendung von Ressourcen. Der Abbau solcher Subventionen verbessert die Standortqualität.

— Die staatliche Umweltpolitik zielt darauf, die natürlich-ökologischen Grundlagen eines Standorts und die Lebensqualität für die Menschen zu sichern; zugleich ist sie mit Kosten verbunden. Die Umweltpolitik steht hier vor dem Problem, Ineffizienz durch Vergeudung von Umweltgütern zu verhindern, ohne die Produktion mehr als notwendig zu belasten. Wo allerdings umweltpolitischen Zielen absoluter Vorrang eingeräumt wird und die erforderliche Abwägung gar nicht mehr stattfindet, aber auch wo bürokratische Überregulierungen wuchern, verfehlt die Umweltpolitik ihr Ziel, dem Standort eine intakte natürliche Umwelt zu erhalten und gerade dadurch seine Wirtschaftskraft zu stärken.

— Wirtschaftliche Tätigkeit unterliegt in vielfacher Hinsicht, auch im Hinblick auf den Umweltschutz, bürokratischen Kontrollen und Genehmigungsverfahren. Bis zu einer gewissen Grenze hat dies seinen guten Sinn. Dies gilt jedoch nicht mehr, wenn die Verfahrensweisen wegen ihrer Komplexität und Dauer lähmend wirken.

— Arbeitsverhältnisse unterliegen zahlreichen Regelungen, teils auf gesetzlicher, teils auf tarifvertraglicher Basis, durch die die Gestaltungsfreiheit und Anpassungsfähigkeit von Unternehmen stark eingeschränkt werden. Zwingende Vorschriften über Arbeitszeiten, Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung und ähnliches haben ihren Sinn, soweit sie durch ein besonderes Schutzbedürfnis der Arbeitnehmer begründet werden können. Schutznormen verfehlen aber ihren Zweck, wenn sie falsche Anreize für Arbeitnehmer setzen oder die Flexibilität der Unternehmen so stark beeinträchtigen, daß Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen unattraktiv werden.

— Das System der Sozialversicherung ermöglicht ein durch soziale Spannungen nicht belastetes Arbeitsangebot, es ist insoweit ein positiver Faktor der Standortqualität. Von der Ausgestaltung im einzelnen hängt jedoch die Höhe der Arbeitskosten ab; gelingt es nicht, die Anreize so zu setzen, daß die Kosten unter Kontrolle bleiben, so besteht die Gefahr, daß der von der Standortqualität her tragbare Spielraum der Arbeitskosten überschritten wird.

— Den Bestrebungen, die Unternehmensbesteuerung im Sinne von mehr Leistungs- und Investitionsfreundlichkeit zu reformieren, sind heute durch die dringende Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung enge Grenzen gesetzt. Systematische Lösungen, wie sie der Sachverständigenrat im Jahresgutachten 1989/90 erörtert hat, werden sich in absehbarer Zeit kaum realisieren lassen. Das geplante Standortsicherungsgesetz enthält Regelungen zur steuerlichen Entlastung der Unternehmen, die aus systematischer Sicht anfechtbar sind und neue Verzerrungen bringen, immerhin aber für ausländische Investoren die Doppelbelastung ausgeschütteter Gewinne mildern. Zu begrüßen ist das Signal, daß die Reform der Unternehmensbesteuerung nicht aufgegeben ist; zu hoffen ist, daß die Neuregelungen den Weg für konsequente und systematisch einwandfreie Lösungen in der Zukunft nicht verstellen.

Wirtschaftspolitik für die jungen Bundesländer: An der wachstumsorientierten Politik festhalten

(Ziffern 290ff.)

55*. Die für die jungen Bundesländer betriebene Wirtschaftspolitik entspricht heute in wesentlichen Elementen einer Konzeption, die als wachstumsorientiert bezeichnet werden kann. Sie zielt mit einem ganzen Bündel von staatlichen Maßnahmen — Infrastrukturaufbau, Beseitigung von Investitionshemmnissen, Privatisierung — darauf, die Rahmenbedingungen herzustellen, unter denen die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Ostdeutschland dauerhaft verbessert werden kann. Zur Beschleunigung des strukturellen Wandels in der Breite fördert sie nach Kräften die privaten Investitionen; es bleibt freilich den einzelnen Investoren überlassen zu entscheiden, in welcher Branche und in welcher Region sie bestehende Produktionsstätten modernisieren oder wo sie neue errichten wollen. Auf ein Gelingen des notwendi-

gen Anpassungsprozesses setzen heißt, darauf verzichten, überkommene wirtschaftliche Strukturen zu erhalten, und heißt, darauf vertrauen, daß sich viele zukunftsträchtige wirtschaftliche Aktivitäten Bahn brechen werden. Es wird in Kauf genommen, daß der Abbau alter, nicht wettbewerbsfähiger Produktionen und Arbeitsplätze schnell voranschreitet, schneller auch, als der Aufbau neuer, wettbewerbsfähiger Produktionen und Arbeitsplätze gelingen kann. Aber den Königsweg eines synchronen Verlaufs zwischen Zusammenbruch und Neuaufbau gibt es nicht. Der Mangel an rentabler Beschäftigung bleibt — vermutlich noch auf lange Zeit — das gravierendste Problem in Ostdeutschland. Gerade aus diesem Grund muß die wachstumsorientierte Politik konsequent weiterbetrieben und — wo es eben geht, noch verbessert werden. Und aus dem gleichen Grund werden noch auf viele Jahre flankierende sozialpolitische Maßnahmen erforderlich sein, um die Härten für die von der Anpassungskrise besonders Betroffenen zu mildern.

56*. Es mußte damit gerechnet werden, daß greifbare Erfolge der wachstumsorientierten Politik sich nicht so schnell einstellen würden, wie dies im Jahr der Vereinigung erhofft worden war. Aber auch wer diese euphorischen Erwartungen nicht geteilt und mit einer längeren Anpassungszeit gerechnet hat, kann von den bisherigen Resultaten nicht befriedigt sein. Noch gibt es keine zuverlässigen Anzeichen dafür, daß es in absehbarer Zeit gelingen kann, eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt und beim Verfall der Industrie zu erreichen. Die wachstumsorientierte Politik steht zunehmend unter Rechtfertigungsdruck.

Gefordert wird vielfach, der Staat müsse der drohenden Deindustrialisierung durch eine Industriepolitik entgegenwirken. Dabei wird anscheinend übersehen, in wie großem Umfang dies bereits geschieht. Die Bemühungen, alten Industriebetrieben die Neuorientierung und das Überleben zu erleichtern, ebenso aber auch die Ansiedlung von neuen voranzubringen, werden von der staatlichen Wirtschaftspolitik nachdrücklich und mit großem Mitteleinsatz unterstützt. Die Infrastruktur wird ausgebaut, Investitionen werden mit einem breitgefächerten Instrumentarium gefördert, und die Treuhandanstalt geht in dem Bestreben, den Fortbestand alter Unternehmen zu sichern, bis an die Grenze des wirtschaftlich Vertretbaren, indem sie bei der Veräußerung vielfach nicht nur auf einen Verkaufserlös verzichtet, sondern dem Erwerber sogar noch Zuzahlungen leistet.

57*. Allerdings verbinden sich mit der Forderung nach einer aktiven Industriepolitik auch Vorstellungen, die auf eine Aufgabe der wachstumsorientierten Konzeption zugunsten einer erhaltungsorientierten Konzeption hinauslaufen. Eine auf Erhaltung zielende Industriepolitik könnte der befürchteten Deindustrialisierung nicht nachhaltig entgegenwirken. Man kann eine bedrohte Exportbasis nicht sichern, indem man alte und nicht aus eigener Kraft wettbewerbsfähige Industrien durch Subventionen am Leben erhält. Auch mit hohem Mitteleinsatz ließe sich allenfalls erreichen, daß die Industrie nicht noch weiter hinter ihren gegenwärtigen Stand zurückfiele. Die strukturelle Erneuerung würde hingegen gehemmt. Erfahrungen in Westdeutschland und anderswo haben gezeigt, daß Regionen mit notleidenden und durch Subventionen gestützten Industrien nur mit großen Schwierigkeiten einen Prozeß der Erneuerung einleiten können.

Eine erhaltungsorientierte Industriepolitik ist keine gangbare Alternative zum wachstumsorientierten Kurs, und sie ist es nie gewesen. Wenn die Treuhandanstalt in den letzten zwei Jahren den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit nicht auf Privatisierung, sondern auf Erhaltung (mit Sanierung als erhofftem Fernziel) gesetzt hätte, gäbe es heute mehr, aber nicht mehr wettbewerbsfähige industrielle Arbeitsplätze. Die letztlich vom Bund zu tragende Schuldenlast würde die 250 Mrd DM, mit denen nach jetzigem Stand zu rechnen ist, weit überschreiten. Mit weiteren Defiziten wäre auf unabsehbare Zeit zu rechnen. Dieser ungeheure Aufwand würde nur der Erhaltung des Bestehenden dienen und die Wirtschaft im Osten Deutschlands um keinen Schritt der Gesundung näher bringen, wohl aber die Wirtschaft im Westen so stark belasten, daß Wachstum und Beschäftigung im ganzen Land fühlbar beeinträchtigt würden.

58*. Erfolgversprechende Alternativen zum wachstumsorientierten Kurs gibt es nicht; um so drängender stellt sich die Frage, wie man im Rahmen dieses Kurses die zwei grundlegenden Probleme angehen kann, die heute Anlaß zu Besorgnis und Befürchtungen sind: Wie ist der Gefahr eines Verfalls der Industrie zu begegnen, und wie kann man mit dem einschneidenden Rückgang an Beschäftigungsmöglichkeiten fertig werden?

Daß im Prozeß des Strukturwandels alte Industrien verdrängt werden, noch ehe der Aufbau von Neuem in Sicht ist, muß hingenommen werden. Der industrielle Neuaufbau kann nur durch Stärkung der Kräfte vorangebracht werden, die den komparativen Vorteil der gesamten Region ausmachen: In den jungen Bundesländern gibt es qualifizierte und der modernen Technik aufgeschlossene Arbeitskräfte, und es gibt Industriestandorte, die verkehrsgünstig liegen und deren Ausgestaltung mit wirtschaftlicher Infrastruktur sich stetig verbessert. Diese Standortvorteile gilt es zu entwickeln und zu pflegen. Die staatliche Wirtschaftspolitik muß sich wie bisher schon vorrangig dem Ausbau der Infrastruktur, der Beseitigung von Investitionshemmnissen, dem Fortgang der Privatisierung und der Förderung von Investitionen widmen. Es wird trotzdem noch einige Zeit dauern, bis das Heranwachsen einer neuen Industriestruktur in der Breite erkennbar wird.

Weit gravierender und folgenreicher sind die Probleme am Arbeitsmarkt. Bedrückend ist, daß viele Arbeitnehmer, obwohl qualifiziert und einsatzbereit, aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen und daß viele Jugendliche, nach abgeschlossener Ausbildung, vergeblich einen Arbeitsplatz suchen. Man kann letztlich zwar darauf vertrauen, daß es aufgrund der vorhandenen und zu entwickelnden Standortvorteile über kurz oder lang auch zur Neuansiedlung von Industrien kommen wird.

Die Beschäftigungsprobleme wären damit aber noch nicht gelöst. Auch ein in die Breite gehender industrieller Neuaufbau wird auf lange Zeit nicht so viele

Arbeitsplätze schaffen, daß ein hoher Beschäftigungsstand auch nur annähernd erreicht werden kann. Es ist schwer abzuschätzen, inwieweit die ungleichgewichtige Lage auf dem Arbeitsmarkt durch Anpassung auf der Seite des Arbeitskräfteangebots entspannt werden wird, durch Änderung des Erwerbsverhaltens und durch Wanderungen. Die Wirtschaftspolitik kann zur Entspannung beitragen, indem sie Anreize für solche Anpassungen schafft und Hindernisse beiseite räumt. Das verstärkte Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen kann den Interessen der Arbeitnehmer entgegenkommen. Steuerliche Regelungen sollten die räumliche Mobilität nicht benachteiligen, sondern begünstigen, etwa bei der steuerlichen Berücksichtigung der Kosten eines zweiten Wohnsitzes. Auch eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt durch Erweiterung des Angebots würde die Mobilität der Arbeitskräfte fördern.

Es muß auf jeden Fall damit gerechnet werden, daß auf dem Arbeitsmarkt die Nachfrage nach Arbeitskräften auf längere Zeit noch in erheblichem Umfang hinter dem Angebot zurückbleibt. Das erfordert nicht nur hohe finanzielle Transfers, um den Lebensstandard der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen zu sichern. Darüber hinaus kann bei allen begründeten Vorbehalten, die man gegenüber Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik vorbringen mag, auf den weiteren breiten Einsatz dieser Instrumente nicht verzichtet werden. Es geht darum, durch Ausbildung, Fortbildung und Umschulung, aber auch durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Qualifikation und Motivation der Menschen zu erhalten und zu fördern, ohne zugleich den Prozeß der Umstrukturierung und des Neuaufbaus zu hemmen. Hierzu muß die Arbeitsmarktpolitik geeignete Wege finden.

Geldpolitik: Rückkehr zu einer potentialgerechten Geldversorgung

(Ziffern 313 ff.)

59*. Das Jahr 1992 war durch eine alle Zielvorstellungen überschreitende monetäre Expansion gekennzeichnet. Dies nährt die Sorge, daß die Geldwertstabilität über die Preissteigerungen dieses Jahres hinaus auch weiterhin gefährdet bleibt. Daher ist die Rückführung der monetären Expansion auf den Pfad einer mittelfristig potentialgerechten Geldversorgung notwendig. Angesichts der raschen Liquiditätsausweitung versagte sich die Bundesbank bis weit in dieses Jahr hinein zu Recht den Stimmen, die auf eine deutliche Absenkung der hohen Refinanzierungszinsen drängten. Doch ebenfalls mit Recht unterließ die Bundesbank eine zusätzliche Verschärfung des monetären Kurses. Der Versuch, die monetäre Entwicklung schnell auf ein potentialgerechtes Maß zurückzuführen, hätte hohe Zinsen erfordert, wahrscheinlich extrem hohe, die sich auf die wirtschaftliche Entwicklung im Inland und im Ausland weit stärker ausgewirkt hätten. Das wäre unverhältnismäßig gewesen.

Die Geldpolitik hat bis weit in dieses Jahr hinein angemessen auf die wirtschaftlichen Herausforderungen reagiert; die Anhebung des Diskontsatzes im Juli war hingegen schlecht begründet. Mit dieser Maßnahme ließ sich jedenfalls die intendierte Abbremsung der monetären Expansion nicht erreichen. Spekulationen über weitere Zinsschritte der Bundesbank verunsicherten die Finanzmärkte. Die unter außenwirtschaftlichem Druck zustande gekommene Zinssenkung im September überraschte die Märkte erneut. Denn diese Maßnahme stand im Widerspruch zu den Argumenten, mit denen die Bundesbank bis dahin ihren geldpolitischen Kurs, zuletzt die vorangegangene Diskontsatzerhöhung, zu rechtfertigen suchte. Im übrigen stellte die von Mitte September an betriebene Zinssenkung eine geldpolitische Vorleistung dar, die ihre binnenwirtschaftliche Rechtfertigung dann und nur dann findet, wenn sich das Expansionstempo der monetären Aggregate wieder verlangsamt, der inflationäre Druck von den Märkten her nachläßt und die D-Mark nicht unter Abwertungsdruck gerät. Ohne daß diese Voraussetzungen erfüllt sind, können weitere Zinssenkungen kaum vertreten werden.

60*. Die widersprüchlichen Erfahrungen des Jahres 1992 — beschleunigte monetäre Expansion trotz hoher Refinanzierungszinsen, konjunkturelle Abschwächung trotz rascher monetärer Expansion — zeigen, daß die Konzeption der mittelfristig potentialorientierten Geldpolitik in der Praxis nicht einfach umzusetzen ist. Die in diesem Jahr erneut eingetretenen Zielverfehlungen mögen zudem Zweifel begründen, ob geldpolitische Zielvorgaben den Märkten eine verläßliche Orientierung über die Geldpolitik vermitteln können. Aber wenn auch nach wie vor Unsicherheiten bei der Interpretation der monetären Entwicklung bestehen — die Ursachen des hohen Bargeldumlaufs, die Gelddispositionen in den neuen Bundesländern —, dürfen daraus nicht falsche Schlüsse gezogen werden. Falsch wäre es, die monetäre Expansion einfach zu vernachlässigen und statt dessen zu einer kurzfristig konjunkturorientierten Geldpolitik überzugehen. Das würde die Unsicherheiten nicht beseitigen, die Stabilitätsprobleme nicht lösen. Falsch wäre es auch, von monetären Vorgaben fortan abzusehen. Nach wie vor kann mit Blick auf die Geldwertstabilität nicht auf einen Maßstab verzichtet werden, an dem aktuelle Geldmengenbewegungen zu messen sind.

Nach unserer Einschätzung ergibt sich für das Jahr 1993 eine nach mittelfristigen Maßstäben potentialgerechte Zuwachsrate der bereinigten Zentralbankgeldmenge von gut 6½ vH. Allerdings ist der mittelfristige Zielpfad des Sachverständigenrates im Jahre 1992 deutlich überschritten worden. Folglich bleibt die Rückführung der Zentralbankgeldmenge auf den Potentialpfad Aufgabe der Geldpolitik. Wie schnell die Rückführung auf den Potentialpfad vorgenommen werden kann, läßt sich im vorhinein schwer beurteilen. Einiges spricht dafür, daß die Geldnachfrageexpansion durch die schwache konjunkturelle Entwicklung im Jahre 1993 sehr rasch gedämpft werden könnte; die Rückführung der Geldmenge zum Potentialpfad könnte sich dann ebenso rasch und sogar bei sinkenden Zinsen vollziehen. Ob es so kommt und welche zinspolitischen Maßnahmen sich als notwendig erweisen werden, um die bereinigte Zentralbankgeldmenge auf den Potentialpfad zurückzubringen, muß im Verlauf des nächsten Jahres immer wieder

neu ausgelotet werden. Die Bundesbank formuliert ihre Zielvorgaben nicht mit der bereinigten Zentralbankgeldmenge, sondern mit der Geldmenge M3. Da auch diese Geldmenge im Laufe des Jahres 1992 weit über das Geldmengenziel der Bundesbank hinaus anstieg, sollte eine Zuwachsrate von 6½ vH für 1993 als Obergrenze des von der Bundesbank anzustrebenden Zieltrichters gelten.

61*. Die Krise des Europäischen Währungssystems in diesem Herbst hat das außenwirtschaftliche Dilemma der deutschen Geldpolitik deutlich gemacht. Mit der Liberalisierung im europäischen Kapitalverkehr und mit der zunehmenden Integration der Gütermärkte (der innereuropäische Handel wächst im Vergleich zum Sozialprodukt der europäischen Länder schon seit langem überproportional) wachsen die nationalen Kapital- und Gütermärkte mehr und mehr zu einer Einheit zusammen. Längst sind die Zeiten vorbei, in denen deutsche Geldpolitik vornehmlich nur auf die deutsche Volkswirtschaft wirkte. Mit der Integration der Märkte verwischen sich die nationalen Grenzen, und deutsche Geldpolitik wird in der Wirkung auch europäische Geldpolitik. Anders als über weite Strecken der achtziger Jahre kollidieren heute die binnenwirtschaftlichen Anforderungen an die deutsche Geldpolitik, die Inflationsbekämpfung, mit den konjunkturellen Erfordernissen anderer europäischer Länder. Insoweit mutet die deutsche Geldpolitik den Partnerländern viel zu. Letztlich wird das geldpolitische Dilemma wirksam nur dadurch zu lösen sein, daß in Deutschland der Anlaß für einen restriktiven geldpolitischen Kurs entfällt. Die Preisauftriebskräfte müssen wirksam zurückgedrängt werden. Stabilitätsgerechtes Verhalten aller würde es der Bundesbank ermöglichen, auf ein niedrigeres Zinsniveau hinzuwirken. Das käme auch den europäischen Partnerstaaten zugute.

Finanzpolitik: Neue Prioritäten setzen

(Ziffern 335 ff.)

62*. Die Finanzpolitik wird im Jahre 1993 und in den folgenden Jahren vor allem vor den Belastungen stehen, die durch die wirtschaftliche und soziale Integration in Deutschland bedingt sind. Um die dafür erforderlichen finanziellen Mittel aufbringen zu können, müssen in allen öffentlichen Haushalten die Prioritäten neu festgelegt werden; es bedarf einer umfassenden Revision der Staatstätigkeit. Öffentliches Geld ist knapper denn je.

In einer Situation dauernder Unsicherheit über das Ausmaß der Finanzierungsprobleme, zunehmender Ungewißheit über die Art der Finanzierung und aufkommender Zweifel an der Belastbarkeit unserer Volkswirtschaft, ist die Finanzpolitik zu folgenden Schritten aufgerufen:

— Anhand einer Gesamtübersicht, die alle Neben- und Schattenhaushalte umfassen muß und aus der die finanziellen Belastungen für die nächsten Jahre deutlich werden, muß den staatlichen Instanzen und den privaten Wirtschaftssubjekten veranschaulicht werden, daß für weitere Anforderungen an den öffentlichen Sektor auf Jahre hinaus kein Spielraum mehr besteht.

— Die Finanzierungspflichten müssen institutionell eindeutig zugeordnet werden. Es darf kein Zweifel bestehen, daß die Konsolidierungsaufgabe nach dem bündischen Prinzip von allen Gebietskörperschaften gemeinsam zu leisten ist. Dabei müssen alle entsprechend ihrer Leistungskraft beitragen.

— Es muß eine überzeugende Konsolidierungskonzeption entwickelt werden, in der Bund, Länder und Gemeinden verbindlich festlegen, daß ihre Ausgaben in den nächsten Jahren nur noch im Rahmen fester Vorgaben zunehmen werden. Eine einmal gewählte Konsolidierungsstrategie sollte eingehalten werden, um zu vermeiden, daß durch dauernde Diskussionen und ständig neue Finanzierungsvorschläge der Verunsicherung über den Kurs der Finanzpolitik weiter Vorschub geleistet wird.

— Erforderlich ist eine drastische Sparpolitik. Es ist eine generelle Revision der Staatstätigkeit geboten. Sämtliche Ausgabenposten müssen auf den Prüfstand gestellt und auf ihre Berechtigung hin überprüft werden. Kurzfristig könnte durch ein Haushaltssicherungsgesetz versucht werden, in bereits verbindlichen Haushältsplänen und bei bestehenden Leistungsgesetzen Einsparungen zu erreichen. Mit der „Operation '82" hat die Politik — wenngleich unter weniger schwierigen Bedingungen — bewiesen, daß dies möglich ist. In den öffentlichen Haushalten besteht ein Einsparpotential. Nach wie vor unbefriedigend ist der Abbau von Subventionen. Offenbar fehlt es den politischen Entscheidungsträgern an Kraft, vielleicht aber auch an Willen, sich gegen die Interessenvertreter durchzusetzen. In dieser Situation können nur noch andere Verfahren weiterhelfen, selbst wenn sie unter ökonomischen Gesichtspunkten nur zweitbeste Lösungen darstellen. Ein Ansatz wäre die lineare Kürzung aller Subventionen. Aber nicht nur die an Unternehmen gezahlten Leistungen, auch die an die privaten Haushalte fließenden Transfers sind zu überprüfen. Dabei ist zu fragen, ob einzelne Leistungen überhaupt noch eine Rechtfertigung haben oder ob sie infolge des sozialen Wandels entbehrlich geworden sind. Auch gilt es die Transfers so zu gestalten, daß nur wirklich Bedürftige in den Genuß der Leistungen kommen. Schließlich muß bei einer konsequenten Politik der Ausgabenkürzung auch die Privatisierung bisher öffentlicher Leistungen erneut angegangen werden.

— Den Bürgern müssen die Alternativen deutlich gemacht werden: Scheitert die Politik der Ausgabenkürzungen und Ausgabenumschichtungen oder kommen weitere Belastungen auf die öffentlichen Haushalte zu, dann sind Steuererhöhungen unausweichlich. Hat die Konsolidierungsstrategie über Ausgabenkürzungen dagegen Erfolg, dann bestehen gute Aussichten, daß die Belastung für die westdeutsche Wirtschaft tragbar bleibt und Verteilungskonflikte entschärft werden.

63*. Der Weg einer Konsolidierung über die Ausgabenseite, an der sich alle Gebietskörperschaften beteiligen müssen, ist gegenüber den Alternativen

— Kreditfinanzierung, Steuererhöhungen — diejenige Strategie mit den geringsten volkswirtschaftlichen Kosten. Gleichwohl: Die Notwendigkeit von Steuererhöhungen ist damit angesichts der Größe der Konsolidierungsaufgabe nicht auszuschließen. Wenn Steuererhöhungen unvermeidlich sind, gleichwohl aber die Rahmenbedingungen für private Investitionen nicht verschlechtert werden sollen, dann würde es sich empfehlen, die (konsumtive) Einkommensverwendung und nicht die Einkommensentstehung zu besteuern.

Auch bei gegebener Abgabenquote ist es angebracht, die Struktur der Steuern und Abgaben zu verändern, wenn dafür gewichtige verteilungspolitische oder wachstumspolitische Argumente sprechen. So sind die hohen Belastungen der Arbeitslosenversicherung durch den Strukturwandel im Osten und die damit verbundene Arbeitslosigkeit als Erblast des sozialistischen Regimes anzusehen, die grundsätzlich von der Gesamtheit der Steuerzahler zu tragen ist. Dies könnte in der Weise geschehen, daß der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte gesenkt wird und die damit verbundenen Mindereinnahmen der Bundesanstalt für Arbeit durch einen entsprechenden Bundeszuschuß ausgeglichen werden. Um dem Bund Zeit für die Anpassung seiner Ausgaben zu geben, wäre eine Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 7 vH der Steuerschuld einzuführen, die auf fünf Jahre befristet und degressiv ausgestaltet sein könnte. Die Höhe des Bundeszuschusses zur Arbeitslosenversicherung oder andere Ausgabenposten müßten entsprechend von Jahr zu Jahr reduziert werden.

Eine Strukturveränderung in der Besteuerung wird auch erforderlich sein, wenn das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Regelung des Grundfreibetrages in der Einkommensteuer umgesetzt wird. Die damit verbundenen Steuerausfälle sollten durch Steuererhöhungen — besser: durch den Abbau von Steuervergünstigungen — an anderer Stelle kompensiert werden. Eine Lösung sollte in jedem Fall das Kernstück der Einkommensteuerreform 1988 bis 1990, nämlich den linear progressiven Tarif, erhalten und auch aus wachstumspolitischen Gründen eine Verschärfung der Progression vermeiden.

Eine wichtige Aufgabe bleibt es schließlich auch, durch ein investitionsfreundliches Steuersystem die Bedingungen für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung zu verbessern. Angesichts der Haushaltsprobleme müssen Steuersenkungen jedoch gegenfinanziert werden. Dafür empfiehlt sich der Abbau von Steuervergünstigungen. Eine aufkommensneutrale Unternehmensteuerreform liegt auch deshalb nahe, weil die steuerlichen Nachteile deutscher Unternehmen im internationalen Wettbewerb wohl eher eine Folge struktureller Besonderheiten des deutschen Steuersystems als einer im Niveau höheren Besteuerung sind.

Reform des Finanzausgleichs: Akuter Handlungsbedarf

(Ziffern 363 ff.)

64*. Mit dem 1. Januar 1995 sind die neuen Bundesländer voll in die Finanzverfassung einzubeziehen, weil die Übergangsregelungen des Einigungsvertrages auslaufen. Würde man die neuen Bundesländer ohne jede Einschränkung in den Länderfinanzausgleich integrieren, so müßten die alten Bundesländer Transfers in Höhe von etwa 26 Mrd DM leisten. Da die Beseitigung der Finanzschwäche der neuen Bundesländer wegen des Prinzips der Solidarität auch eine Bundesaufgabe ist, sollte der Bund in die Finanzierungspflicht einbezogen werden. Der Sachverständigenrat schlägt vor, dies durch Zahlungen des Bundes zu erreichen, die die Finanzkraft der neuen Bundesländer auf ein bestimmtes Niveau anheben (Vorabauffüllung). Gleichzeitig sollte ein einfaches und transparentes System für den Länderfinanzausgleich geschaffen werden, das für die leistenden und empfangenden Länder die Anreize erhält, selbst Steuereinnahmen zu erzielen. Dies könnte erreicht werden, wenn unterdurchschnittliche Finanzkraft nur zum Teil aufgefüllt und überdurchschnittliche Finanzkraft nur zum Teil abgeschöpft würde (linearer Ausgleichstarif). Der Länderfinanzausgleich sollte ein Finanzkraftausgleich und ein Spitzenausgleich bleiben. Das vom Sachverständigenrat vorgeschlagene Modell enthält zwei Gestaltungsparameter, die politisch fixiert werden müssen: die Quote für die Vorabauffüllung und die Quote des linearen Ausgleichstarifs. Mit der Festlegung der ersten Größe bestimmt man die Belastung des Bundes, mit der zweiten den Umfang des Finanzausgleichs zwischen den Ländern. Beide Quoten gemeinsam legen die Mindestgarantie für die Empfängerländer fest.

Selbst wenn die neuen Bundesländer zum 1. Januar 1995 in den Länderfinanzausgleich einbezogen werden, sind damit nicht alle Probleme gelöst: Die neuen Bundesländer würden dann eine Finanzausstattung erhalten, die in etwa der der alten Bundesländer entspricht. Der Länderfinanzausgleich ist lediglich ein Finanzkraftausgleich. Sonderbedarfe einzelner Länder können und dürfen nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht berücksichtigt werden. Dafür sollten Zuweisungen geleistet werden, die zweckgebunden sind und eine Eigenbeteiligung vorsehen.

65*. Sonderbedarfe werden die neuen Bundesländer insbesondere im Zusammenhang mit dem Aufbau der Infrastruktur geltend machen. Das wird erhebliche Transfers außerhalb des Länderfinanzausgleichs notwendig machen. Ein weiterer Sonderbedarf ist für die neuen Bundesländer abzusehen: Nach Art. 23 Abs. 3 und 4 Einigungsvertrag haben der Bund und die neuen Länder mit Wirkung vom 1. Januar 1994 die Schulden des Kreditabwicklungsfonds je zur Hälfte zu übernehmen. Damit würden die neuen Länder einen (Pro-Kopf-) Schuldenstand erreichen, der den der alten Bundesländer übersteigt. Da sich das Problem der Schuldenübernahme auch im Zusammenhang mit der Treuhandanstalt und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft ergeben wird, sollte eine einheitliche Lösung gefunden werden. Es spricht vieles dafür, diese Schulden einem Fonds zu übertragen und langfristig auch die Tilgung der Schulden anzugehen. Nach welchem Schlüssel die Finanzierungslast auf die einzelnen Gebietskörperschaften verteilt werden kann, läßt sich nicht isoliert entscheiden. Die Verteilung der Lasten aus der Reform des Finanzausgleichs,

aus dem Aufbau der Infrastruktur, aus der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und aus der Abwicklung der Altschulden muß in einer Gesamtkonzeption geregelt werden.

Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung: An den Ursachen der Krise ansetzen

(Ziffern 377 ff.)

66*. Alle bisherigen Versuche, der defizitären Entwicklung in der Gesetzlichen Krankenversicherung entgegenzuwirken, sind gescheitert. Statt durch eine Kostendämpfung nur an den Symptomen zu kurieren, geht es darum, grundlegende Veränderungen in den Anreizwirkungen des Systems vorzunehmen. Die wiederholt vorgetragenen Vorstellungen des Sachverständigenrates zielen darauf ab, finanzielle Verantwortung und Kostenverursachung stärker zusammenzuführen sowie durch eine Ausweitung der Handlungsalternativen und durch einen Abbau der Marktzugangsbeschränkungen den Wettbewerbsdruck zu erhöhen. Entsprechende Maßnahmen betreffen sowohl die Anbieter als auch die Nachfrager.

Um das Kostenbewußtsein der Nachfrager zu erhöhen, müßte den Versicherten die individuelle Kostenverursachung deutlich gemacht werden. Zu denken wäre auch an eine direkte Kostenbeteiligung durch die Patienten oder an ein Wahlrecht für die Versicherten, anstelle einer Kostenerstattung eine Rückerstattung gezahlter Beiträge zu verlangen. Um den Anreiz für wirtschaftliches Verhalten auch für die Anbieter von Gesundheitsleistungen deutlich zu erhöhen, wäre es wichtig, wettbewerbsverhindernde Regulierungen abzubauen. Dazu gehört die Lockerung der strengen Trennung zwischen ambulanter und stationärer Behandlung, die erleichterte Zulassung von fachübergreifenden Gemeinschaftspraxen und Ambulatorien ebenso wie die Beschäftigung von Ärzten durch Ärzte.

Ein Kernpunkt jeder erfolgversprechenden Reform betrifft die Krankenhausfinanzierung. Nach der dualen Finanzierung tragen die Länder derzeit die Investitionskosten, während die Krankenkassen die laufenden Kosten zu zahlen haben. Die Investitionsentscheidung wird deshalb ohne Berücksichtigung der Folgekosten gefällt; für eine umfassende Kosten-Nutzen-Analyse besteht somit keine Veranlassung. Dieses System sollte zugunsten einer Finanzierung aus einer Hand aufgegeben werden. Überträgt man diese beispielsweise den Krankenkassen, dann würde dadurch auch deren Verhandlungsposition gegenüber den Krankenhausträgern gestärkt. Wichtig ist auch, daß der Wettbewerb zwischen den Kassen erhöht wird. Dazu muß zunächst den Kassen eine weitgehende Gestaltungsfreiheit über ihr Leistungsangebot gegeben werden; dies schließt die regionale Differenzierung der Beitragssätze ebenso ein wie die des Leistungsangebots. Dazu gehört auch die Möglichkeit, Gesundheitsleistungen in eigener Regie anzubieten, also direkt Ärzte zu beschäftigen sowie Krankenhäuser und Apotheken zu betreiben. Dies dürfte einen kostendämpfenden Anbieterwettbewerb auslösen, wenn den Versicherten gleichzeitig die Möglichkeit eröffnet würde, frei zwischen den Kassen wählen zu können. Bei Wahlfreiheit der Versicherten wären die unterschiedlichen, nicht selbst zu verantwortenden Risikostrukturen der einzelnen Versicherungen zu kompensieren. Bei der Ausgestaltung des Finanzausgleichs, insbesondere bei seiner regionalen und zeitlichen Begrenzung, ist jedoch dafür Sorge zu tragen, daß nicht jene Kassen auf Dauer geschützt werden, die unwirtschaftlich arbeiten.

Das Gesundheits-Strukturgesetz 1993, mit dem erneut versucht wird, die Ausgabenentwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung in den Griff zu bekommen, trägt den hier skizzierten Grundlinien nur zum Teil Rechnung.

Lohnpolitik: Deutlicher Kurswechsel geboten

(Ziffern 389 ff.)

67*. Die Lohnfindung für das Jahr 1993 bewegt sich in schwierigem Gelände. Der deutsche Arbeitsmarkt weist am Jahresende 1992 mit 3 Millionen registrierten Arbeitslosen und 2,3 Millionen Personen, die durch beschäftigungspolitische Maßnahmen vor allem in Ostdeutschland aufgefangen werden, ein starkes Überangebot an Arbeit auf. Der Zuwachs an verteilbarem Einkommen hat sich deutlich vermindert und die konjunkturelle Entwicklung ist mit erheblicher Unsicherheit behaftet. In dieser Situation muß die Lohnpolitik ihren Beitrag leisten, damit es zu einem Anstieg der Beschäftigung und einer raschen Überwindung der konjunkturellen Schwäche kommen kann.

68*. Die Lohnpolitik in den jungen Bundesländern verfolgte bisher das Ziel, die Tariflöhne schnell an das westdeutsche Niveau anzupassen. Die tariflichen Monatslöhne sind im Jahre 1992 nach unserer Schätzung um 37 vH gestiegen, die tariflichen Stundenlöhne dürften Ende des Jahres 1992 etwa 70 vH des westdeutschen Niveaus ausmachen. Ein Kurswechsel in der Lohnpolitik ist dringend. Die Löhne können in vielen Betrieben, die tief in einer Anpassungskrise stecken, nicht am Markt erwirtschaftet werden. Lohnkosten und Leistungskraft der Unternehmen entwikkeln sich noch immer auseinander. Unter diesen Bedingungen kann sich die Beschäftigungslage nicht verbessern.

Auch im Jahre 1993 wird die wirtschaftliche Situation in den Unternehmen, in den Sektoren, aber auch in den Regionen Ostdeutschlands äußerst unterschiedlich sein. Die Tarifvertragsparteien müssen mehr Raum für Differenzierung schaffen, um diesen unterschiedlichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen.

Bei einjährigen wie bei mehrjährigen Tarifverträgen ist stärker auf die Leistungskraft der Unternehmen Rücksicht zu nehmen. Die in vielen mehrjährigen Tarifverträgen bereits vorgesehenen Lohnerhöhungen sollten zeitlich gestreckt oder doch deutlich zurückgenommen werden. Zu denken wäre etwa daran, die für das Jahr 1993 vorgesehenen Lohnerhöhungen erst mit einer Verzögerung von einem Jahr zu vollziehen. Die für 1993 geplanten Lohnerhöhungen würden also erst im Jahre 1994 wirksam. Bei einer

solchen Streckung bleiben die Tariflöhne im Verlauf des Jahres 1993 konstant. Da im Jahresverlauf aber die Preise weiter steigen werden, bedeutet das über das Jahr gesehen einen Rückgang der Reallöhne. Jedoch sind im Vorjahr die Reallöhne sehr kräftig angestiegen. Wenn die Tarifvertragsparteien zu einer Lohnpolitik mit diesen Konsequenzen nicht in der Lage sind, so kann die äußerste Linie nur sein, bei den Nominallöhnen keinesfalls über das hinauszugehen, was im Verlauf des Jahres 1993 den Reallohn sichert. Die geplanten Lohnerhöhungen zu strecken und die Löhne stärker zu differenzieren, würde erlauben, auf die Lohndrift zu setzen. In den Bereichen, in denen der Anpassungsprozeß vorankommt, kann ein Lohn gezahlt werden, der über dem Tariflohn liegt.

Die Tarifvertragsparteien sollten es zudem ermöglichen, daß durch Betriebsvereinbarungen befristet von den Verträgen abgewichen werden kann, wenn auf diese Weise Betriebe überleben und dadurch Arbeitsplätze gehalten werden können. Die Tarifvertragsparteien sind mit der Aufgabe, bei der Öffnung, bei der Streckung und bei der Differenzierung in eigener Verantwortung Lösungen zu finden und neue Wege zu gehen, nicht überfordert.

69*. In Westdeutschland muß die Lohnpolitik einen Kurswechsel vollziehen. Dazu mahnen das Ende des seit neun Jahren andauernden Beschäftigungsaufbaus, die zunehmende Arbeitslosigkeit und die unsicheren Konjunkturaussichten. Berücksichtigt man zusätzlich die geänderten Bedingungen eines zusammenwachsenden Arbeitsmarktes im vereinten Deutschland und die Auswirkung der Lohnanhebungen auf die Ausgaben des Staates, so muß eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik für das Jahr 1993 die Nominallohnsteigerung eng an der Produktivitätszunahme halten. Der Ausgleich für den Preisanstieg muß unterhalb der erwarteten Preissteigerungsrate liegen, da die Nominallohnsteigerungen selbst zum Preisanstieg beitragen und damit den gegenwärtigen Preistrend tendenziell festschreiben. Ein Ausgleich in Höhe der erwarteten Preissteigerungsrate käme einer Indexierung gleich.

Damit würde die Lohnpolitik auch einen wichtigen Beitrag dazu leisten, daß der für die Ziele Wachstum, Beschäftigung und Preisniveaustabilität so wichtige Policy-Mix zwischen Finanzpolitik, Lohnpolitik und Geldpolitik verbessert werden könnte. Die Arbeitnehmer müssen in bezug auf ihren Reallohn nicht schlechter fahren, wenn sich die Nominallohnsteigerungen im Einklang mit der Produktivitätsentwicklung befinden, anstatt weit darüber hinauszugehen. Da Löhne als Kostenfaktor das Preisniveau beeinflussen, nähme ein Anstieg des Preisniveaus, der durch überhöhte Lohnsteigerungen induziert wird, einen Teil der Lohnerhöhung real wieder weg.

Es spricht alles dafür, die Neuorientierung in einem großen Schritt vorzunehmen, der den Kurswechsel in der Lohnpolitik klar zum Ausdruck bringt. Es ist zu hoffen, daß die Tarifvertragsparteien — im Einklang mit der Produktivitätsregel — deutlich unter den Abschlüssen des letzten Jahres bleiben, und zwar sehr deutlich darunter, war doch die Rate für das Jahr 1992 bereits nicht angemessen.

Wirtschaftspolitik für Europa nach Maastricht

Ein ehrgeiziges Integrationsvorhaben verständlich machen

(Ziffern 413ff.)

70*. Die Europäische Gemeinschaft tritt in eine neue Phase. Zum Jahreswechsel wird der Binnenmarkt weitgehend verwirklicht sein, spätestens zur Jahrtausendwende soll es eine Europäische Währungsunion geben. Die Aufnahme neuer Mitglieder, besonders Staaten aus dem EFTA-Raum, wird alsbald aktuell werden. Betonter als früher wird die Fortentwicklung der Gemeinschaft zu einer Politischen Union anvisiert. Noch nie in ihrer langjährigen Geschichte hat sich die Gemeinschaft ein so ehrgeiziges Integrationsziel vorgenommen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß das Vertragswerk von Maastricht in praktisch allen Mitgliedstaaten eine lebhafte öffentliche Diskussion über das Für und Wider ausgelöst hat, und es ist nicht von vornherein selbstverständlich, daß die Bevölkerung — jenseits parlamentarischer Entscheidungen — den weiteren Integrationsprozeß bis hin zur politischen Union Europas trägt. Die Politik muß auf die Akzeptanz des Maastricht-Projektes durch die Bevölkerung hinwirken. Vordringlich ist zweierlei: Zum einen sollten die Regierungen das Ziel einer politischen Union neu überdenken, es jedenfalls behutsam und nicht mit festen Terminvorgaben verfolgen. Zum anderen sollten sie alles tun, um das Subsidiaritätsprinzip inhaltlich zu präzisieren, damit es nicht zu einer übermäßigen Ausdehnung der Kompetenzen der Gemeinschaft zu Lasten der Mitgliedstaaten kommt.

Der Vertrag von Maastricht beinhaltet Risiken, sein Scheitern aber auch. Die Regierungen haben es in der Hand, in Kenntnis der Risiken zu handeln, etwaigen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken und auf diese Weise letztlich die Weichen für eine funktionstüchtige Wirtschafts- und Währungsunion zu stellen. Zeit hierzu ist vorhanden.

Europäische Währungsunion: Auf stabilitätspolitischem Grundkonsens bauen

(Ziffern 422ff.)

71*. Das Kernstück des Maastrichter Vertrages ist die Bildung der Europäischen Währungsunion. An ihr sollen nur Länder teilnehmen können, die einen hohen Grad an Konvergenz erreicht haben, gemessen an dem Binnenwert und dem Außenwert der Währung des Landes, der Finanzsituation der öffentlichen Haushalte und der langfristigen Zinsen. Der Versuch, die Teilnahmebedingungen durch Vorgabe quantitativer Größen festzulegen, sollte sich als hilfreich erweisen, auch wenn die Kriterien kaum Schlüsse darüber zulassen, ob und in welchem Ausmaß sich die EG-Länder auch realwirtschaftlich, das heißt hinsichtlich ihres Entwicklungsstandes und Produktivitätsniveaus, angeglichen haben. Wichtig ist aber, daß die Konvergenzkriterien auch wirklich streng gehandhabt werden. Im deutschen Ratifizierungsgesetz ist unmißverständlich klarzustellen, daß die Bundesre-

gierung anderen als den ökonomisch zu rechtfertigenden Interpretationen die Zustimmung versagen würde. Politisch gefärbte Interpretationen der Konvergenzkriterien würden die Funktionstüchtigkeit der Europäischen Währungsunion genauso gefährden, wie es vor kurzem das Europäische Währungssystem erfahren mußte, weil einige Regierungen — regelwidrig — ein Realignment der Leitkurse politisch nicht für opportun gehalten hatten und glaubten, den Marktkräften dauerhaft trotzen zu können.

Nicht überzeugend begründet ist, daß zum 1. Januar 1999 die Europäische Währungsunion gleichsam automatisch in Kraft treten können soll, mit Beteiligung jener Länder, die dann die Konvergenzkriterien erfüllen. Die Aufgabe der nationalen Souveränität über die Geldpolitik ist von solcher Tragweite, daß die Politik bis zuletzt über deren Sinnhaftigkeit befinden dürfen muß. Im Ratifizierungsgesetz sollte daher vorgesehen werden, daß die Zustimmung des Deutschen Bundestages zu den Ratsentscheidungen über die Teilnehmerländer eingeholt wird.

Bei strenger Anwendung der Konvergenzkriterien spricht vieles dafür, daß einige Mitgliedstaaten erst zu einem späteren Zeitpunkt der Währungsunion werden beitreten können. Wenn über diesen Beitritt entschieden wird, sollten die Stimmen jener Länder den Ausschlag geben, die bereits der Währungsunion angehören. Denn bis dahin ist, so die Erwartung, die Stabilitätsgemeinschaft eingeübt, und es muß alles getan werden, damit dieses Kapital bei einer Erweiterung der Währungsunion erhalten bleibt.

72*. Der Vertrag von Maastricht schafft entscheidende institutionelle Grundlagen dafür, daß die künftige Europäische Zentralbank das Ziel der Preisniveaustabilität verfolgen kann. Eine Gewähr für Geldwertstabilität gibt es freilich nicht. Sie gibt es in keiner Währungsordnung. Das neue europäische Geld ist nur dann gut, wenn es von den Menschen für gutes Geld gehalten wird. Mit Deklarationen allein ist es nicht getan. Die institutionellen Voraussetzungen für eine stabilitätsorientierte Geldpolitik schaffen ist eine Sache, zweifellos eine eminent wichtige, der Vollzug dieser Politik in der Praxis ist eine andere. Und es wird dieser Vollzug sein, an dem sich entscheidet, ob die europäische Notenbank die dringend benötigte Reputation als Hüterin der neuen Währung gewinnt, und zwar schnell. In dieser Hinsicht hat Anlaß zu Sorgen gegeben, daß die Kompetenz in der Wechselkurspolitik gegenüber Drittländern im Grundsätzlichen beim EG-Ministerrat liegt und daß Konflikte mit der Finanzpolitik der nationalen Regierungen möglich sind.

Daß die Wechselkurskompetenz für die zukünftige Einheitswährung dem EG-Ministerrat zugewiesen wird, entspricht der gegenwärtigen Regelung in den Mitgliedstaaten in bezug auf ihre Währungen. Aber immerhin: Die europäische Notenbank ist am Entscheidungsverfahren zu beteiligen, und das Primat des Ziels der Preisniveaustabilität muß respektiert werden. Das muß heißen: Die europäische Geldpolitik darf nicht in den Dienst der Stabilisierung des Wechselkurses auf einem politisch bestimmten Niveau gestellt werden, sonst könnte sich die Notenbank gezwungen sehen, zur Verteidigung dieses Wechselkurses die Geldmenge stärker ausdehnen zu müssen als mit der Sicherung von Preisniveaustabilität vereinbar ist.

Der Vertrag von Maastricht versucht, dem Grundsatz, daß es für das Funktionieren der Europäischen Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft einer dauerhaft soliden Finanzpolitik der Mitgliedsländer bedarf, Rechnung zu tragen. Ob die Vorkehrungen ausreichen, um Konfliktgefahren wirksam zu begegnen, bleibt freilich ungewiß. Daher ist mehr zu tun. Es sollte mit aller Klarheit in das Bewußtsein der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger gerückt werden, daß diejenigen Länder, die bis zur Entscheidung über den Beginn der Europäischen Währungsunion ein übermäßiges Haushaltsdefizit verzeichnen, ausgeschlossen bleiben, ohne Wenn und Aber. Dabei darf von den gegenwärtigen Referenzwerten für die tolerierbaren Budgetdefizite nicht nach oben abgewichen werden, und die im Vertrag vorgesehenen Sanktionsmechanismen sollten gegebenenfalls wirklich als ein Instrument zur Disziplinierung einer für die anderen Teilnehmerstaaten belastenden nationalen Finanzpolitik angewandt werden. Die Begrenzung der öffentlichen Verschuldung muß sich auf den Staatssektor im weitesten Sinne beziehen.

Gemeinsamer Binnenmarkt: Wettbewerbsorientierung bewahren und auf Handelsliberalisierung mit Drittländern setzen

(Ziffern 437 ff.)

73*. Ungeachtet des hohen Stellenwertes in der wirtschaftspolitischen Diskussion, der gegenwärtig — zu Recht — der Bildung der Europäischen Währungsunion zuteil wird, gilt es auch noch, wichtige Herausforderungen bei der Vollendung des europäischen Binnenmarktes zu meistern. Dieses bedeutende Integrationsvorhaben soll, wie in der Einheitlichen Europäischen Akte vorgesehen, am 1. Januar 1993 verwirklicht sein. Dies gilt unabhängig davon, ob der Vertrag von Maastricht nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt rechtswirksam wird.

Für die Funktionstüchtigkeit des Binnenmarktes mußte der EG-Ministerrat eine adäquate Rechtsordnung schaffen. Es war dafür zu sorgen, daß die letzten Handelsschranken im Warenverkehr verschwinden, die Niederlassungsfreiheit und die Dienstleistungsfreiheit für EG-Ausländer herbeigeführt werden, Steuergrenzen wegfallen und der Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten vollkommen frei ist. Den größten Teil der hierfür notwendigen Regelungen hat der Ministerrat erlassen. Die unerledigten Aufgaben betreffen unter anderem den Bereich des Gesellschaftsrechts (Statut einer Europäischen Aktiengesellschaft) und den des geistigen Eigentums (Gemeinschaftspatent, gemeinschaftliche Handelsmarke, gemeinschaftlicher Sortenschutz) sowie vor allem wichtige noch verbleibende Marktzugangsbeschränkungen für EG-Ausländer, so zum Beispiel im Straßengüterverkehr und im Schienenverkehr (Kabotage-Regelungen), ferner in der leitungsgebundenen Energiewirtschaft und im Sprach- und Telefondienst. Bei der Mehrwertsteuer kommt bis Ende 1996 eine Übergangsregelung zur Anwendung, die am bisherigen

Bestimmungslandprinzip festhält. Um dem Problem grenzübergreifender negativer externer Wirkungen der Produktion oder des Verbrauchs Rechnung zu tragen, muß eine gemeinschaftliche Umweltpolitik größtenteils erst noch entwickelt werden.

Die bisher vom Ministerrat verabschiedeten Maßnahmen sind in den einzelnen Mitgliedstaaten erst zum Teil in nationales Recht umgesetzt worden. Am zügigsten wurden die Binnenmarkt-Regeln in Dänemark und Frankreich in Kraft gesetzt. Es ist nötig, diesen rechtspolitischen Rückstand möglichst rasch aufzuholen, damit Investoren und Verbraucher klare Entscheidungsgrundlagen haben.

74*. Aus ordnungspolitischer Sicht weist der Maastrichter Vertrag Mängel auf. Er schützt nicht vor Wettbewerbsverfälschungen durch einzelne Mitgliedstaaten. Nationale Importbeschränkungen können beibehalten, verschärft oder neu eingeführt werden. Am besten wäre es, nationale handelspolitische Alleingänge würden von den anderen Mitgliedstaaten nicht toleriert. Die Bundesregierung sollte diesen Vorbehalt im Ratifizierungsgesetz verankern.

Eine klare ordnungspolitische Linie zu vertreten wird auch nötig sein, um den Binnenmarkt nicht mit einer sektoralen Industriepolitik zu durchziehen. In diesem Bereich enthält der Vertrag von Maastricht gravierende Bestimmungen: Er stattet die Gemeinschaft erstmals mit einem gezielten industriepolitischen Auftrag aus. Da die einzelnen Mitgliedsländer unterschiedliche Vorstellungen darüber haben, was Industriepolitik ist und mit welchen Mitteln und welchen Zielsetzungen sie betrieben werden soll, und da die Kommission noch einmal eine eigene industriepolitische Konzeption haben wird, muß für die Gemeinschaft im ganzen ein Übermaß an staatlichem Interventionismus mit selektiver Subventionierung und differenzierenden Importbeschränkungen sowie wettbewerbsfeindlichen Unternehmenskooperationen befürchtet werden. Der Vertrag von Maastricht beugt diesen Gefahren nicht ausreichend vor. Diese Gefahren sind freilich sehr ernst zu nehmen, wie die Erfahrungen mit der Gemeinsamen Agrarpolitik lehren. Am besten wäre es, die Maastrichter Bestimmungen über eine gemeinschaftliche Industriepolitik würden aufgehoben.

75*. Sollen die an die Vollendung des Binnenmarktes geknüpften positiven Erwartungen über die künftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht enttäuscht werden, ist in der Außenhandelspolitik der Gemeinschaft ein beträchtliches Maß an Robustheit vonnöten. Mehr wirtschaftliche Dynamik gibt es, wenn auf den Märkten der Wettbewerbsdruck hoch ist und der Strukturwandel mit dem in anderen Volkswirtschaften vorgelegten Tempo Schritt hält, nicht aber, wenn Handelsprotektionismus betrieben wird, in welcher Form auch immer. Das wird grundsätzlich auch in der Gemeinschaft so gesehen. Gleichwohl bereitet uns Sorge, daß nach wie vor in verschiedenen Bereichen protektionistische Kräfte eifrig am Werke sind und daß im Zuge der Vollendung des Binnenmarktes die Protektionsbegehren zunehmen könnten. Ein handelspolitisches Problem eigener Art erwächst der EG aus ihrer Agrarpolitik; deren grundlegende Reform, besonders die Hinwendung zu einer Preispolitik, die nachhaltig auf die Marktlage und Marktentwicklung im Inneren und im Ausland ausgerichtet ist, ist unabdingbar, damit die EG von ihrem bisherigen Agrarprotektionismus wegkommt.

Die Gemeinschaft muß ihrer großen Verantwortung für die Funktionstüchtigkeit der multilateralen Welthandelsordnung gerecht werden. Ihre Mitgliedstaaten haben in der Vergangenheit viel Nutzen daraus gezogen, daß weite Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes in die internationale Arbeitsteilung integriert wurden und diese Arbeitsteilung sich laufend vertieft hat. Diese Erfahrung sollte bei der Fortentwicklung der gemeinsamen Handelspolitik genutzt werden. Aktiv an der Härtung der Regeln eines multilateralen Welthandels, wie im GATT vorgesehen, mitzuwirken, lohnt sich allemal. Der erfolgreiche Abschluß der Uruguay-Runde wäre ein höchst bedeutsames Signal.

Innergemeinschaftliche Finanztransfers: Möglichkeiten und Grenzen beachten

(Ziffern 452 ff.)

76*. Der Maastrichter Vertrag wird auch finanzielle Konsequenzen haben. EG-Kommission und Europäisches Parlament begehren zusätzliche Einnahmen, um neue Aufgaben wahrnehmen zu können. Der Finanzierungsbedarf in bisherigen Bereichen der Gemeinschaftspolitik (besonders in der Agrarpolitik) dürfte hoch bleiben. Verschiedene Mitgliedstaaten hoffen auf verstärkte finanzielle Transfers aus dem Gemeinschaftshaushalt. Die Grundzüge für zusätzliche innergemeinschaftliche Transferzahlungen liegen bereits fest: Zum einen sollen die schon bestehenden Gemeinschaftsfonds (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, Europäischer Sozialfonds) aufgestockt werden. Zum anderen soll vor Ende 1993 ein neuer Fonds, der sogenannte Kohäsionsfonds, hinzukommen. Aus diesen Fonds sollen jenen Mitgliedsländern finanzielle Hilfen zuteil werden, deren Bruttosozialprodukt je Einwohner weniger als 90 vH des Gemeinschaftsdurchschnitts beträgt.

Öffentliche finanzielle Transfers vermögen für sich allein einem strukturschwachen Land oder einer strukturschwachen Region freilich nicht zu beschleunigtem wirtschaftlichem Wachstum und einer dauerhaften Beschäftigungsexpansion zu verhelfen. Um eine positive Wirkung zu haben, müssen sie sich mit einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik im Empfängerland ergänzen, die dafür sorgt, daß eine möglichst breite Investitionstätigkeit stattfindet. Die jüngsten Erfahrungen in Deutschland zeigen, daß selbst bei hohen Transfers die erhofften Wachstums- und Beschäftigungseffekte nicht schnell eintreten. Die Wirkungserwartungen der europäischen Strukturfonds haben sich in der Breite auch nicht erfüllt. Am größten sind die Enttäuschungen, wenn die Mittel zu sehr konsumtiv verwendet werden beziehungsweise bei investiver Verwendung zu viele Projekte zum Zuge kommen, deren volkswirtschaftliche Rentabilität niedrig ist oder bei denen ein akuter Mangel an komplementären inländischen Produktionsfaktoren

herrscht. Regierungen, die mit Finanztransfers aus dem Ausland fest rechnen können, sind nicht gegen die Versuchung gefeit, wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen im eigenen Lande erst einmal hinzunehmen und die Korrektur solange wie möglich hinauszuzögern. Damit es zu solchen Fehlentwicklungen nicht kommt, plädieren wir dafür, daß bei der künftigen Handhabung der Gemeinschaftsfonds, nachhaltiger als in der Vergangenheit, nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit und der Transparenz verfahren und unnötiger Verwaltungsaufwand vermieden wird. Die Transferzahlungen sind auf die unabweisbaren Erfordernisse zu beschränken, und ihre Verwendung ist mit strengen Auflagen zu versehen.

ERSTES KAPITEL
Die wirtschaftliche Lage

Teil A
Der internationale Rahmen

I. Überblick

1. Die wirtschaftliche Lage in den Industrieländern hat sich in diesem Jahr kaum verbessert. Zwar scheint der Tiefpunkt des konjunkturellen Abschwungs fast überall erreicht worden zu sein. Die Auftriebskräfte blieben jedoch noch schwach, und es ist derzeit ungewiß, ob sie sich überall bereits haben durchsetzen können. Die Gefahr einer erneuten Verzögerung des Aufschwungs ist daher noch nicht gebannt. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in den Industrieländern im Durchschnitt dieses Jahres um 1½ vH (Vorjahr: 0,9 vH) zugenommen haben. Dabei gab es auch weiterhin eine deutliche regionale Differenzierung im Konjunkturmuster. Länder, die sich bereits auf dem Weg der Erholung befanden, standen Ländern gegenüber, in denen sich der konjunkturelle Abschwung im Jahresverlauf noch verstärkte: So konnten die Staaten Nordamerikas bereits im letzten Jahr auf einen — freilich flachen — Expansionspfad einschwenken, während eine spürbare konjunkturelle Erholung in den meisten Ländern Westeuropas bis zum Herbst ausblieb. In Japan hielt der Konjunkturabschwung bis zuletzt an; allerdings blieb hier selbst in der Abschwungsphase des Konjunkturzyklus die wirtschaftliche Dynamik vergleichsweise hoch (Tabelle 1).

Die so lange anhaltende Nachfrageschwäche hat mit dazu beigetragen, daß sich die Beschäftigungssituation in den OECD-Ländern deutlich verschlechterte; mittlerweile sind mehr als 8 vH aller Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet (1991: 7,2 vH). Angesichts der Zunahme der Arbeitslosigkeit kam es allenthalben zu niedrigeren Nominallohnsteigerungen als im Vorjahr; der Lohnkostendruck hat in den meisten Ländern fühlbar nachgelassen. Der Preisauftrieb hat unter diesen Bedingungen deutlich abgenommen; die Verbraucherpreise lagen zuletzt nur noch um 3½ vH über ihrem Vorjahresniveau.

In den anderen Regionen der Welt — mit Ausnahme Mittel- und Osteuropas — hat sich die Wirtschaftslage hingegen trotz der Nachfrageschwäche in den Industriestaaten überwiegend verbessert. Vor allem die ostasiatischen Schwellenländer konnten ein weiteres Mal überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten bei der Produktion erzielen. In den Golf-Anrainerstaaten nahm die Produktion — unter anderem wegen des nach dem Golfkrieg notwendig gewordenen Wiederaufbaus — deutlich zu. Auch in zahlreichen Ländern Afrikas konnte das Bruttoinlandsprodukt kräftig gesteigert werden; allerdings blieb die Produktionszunahme hier weiterhin vielfach hinter dem Wachstum der Bevölkerung zurück. Ebenso verbesserte sich in vielen Staaten Lateinamerikas die Wirtschaftslage, nicht zuletzt dank marktwirtschaftlicher Reformen. In den mittel- und osteuropäischen Staaten hingegen dauerte die schwere Anpassungskrise an. Zwar mehren sich die Anzeichen dafür, daß der Rückgang von Produktion und Einkommen in den fortgeschritteneren Reformstaaten (Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei) allmählich zu Ende geht. Hingegen hat sich die Wirtschaftslage vor allem in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion nochmals drastisch verschlechtert.

2. In Nordamerika und in Japan hat die Geldpolitik durch eine Lockerung der monetären Bedingungen der Konjunktur expansive Impulse zu geben versucht. Trotz kräftiger Zinssenkungen blieb die monetäre Expansion jedoch schwach, was zum Teil damit zusammenhing, daß die Unternehmen und die privaten Haushalte wegen der angespannten Verschuldungssituation ihre Kreditnachfrage nur wenig ausweiteten und die Banken vielfach größere Vorsicht bei der Vergabe von neuen Krediten walten ließen. In Europa hingegen blieb der Spielraum für eine monetäre Lockerung gering, da die meisten Notenbanken zur Stabilisierung der Wechselkurse dem von der Deutschen Bundesbank eingeschlagenen Kurs folgten. Im Herbst kam es trotzdem zu heftigen Turbulenzen an den europäischen Devisenmärkten, die ein Realignment der Währungsparitäten im Europäischen Währungssystem erzwangen und in deren Folge Italien und Großbritannien schließlich aus dem Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems ausscherten.

Auch die Finanzpolitik hat der konjunkturellen Entwicklung in diesem Jahr nur geringe Impulse gegeben, da budgetpolitische Spielräume für stimulierende Maßnahmen wegen drängender Konsolidierungserfordernisse vielfach nicht bestanden. In einigen europäischen Ländern wurden unter dem Druck der für die Teilnahme an der geplanten Europäischen Währungsunion verbindlichen finanzpolitischen Konvergenzkriterien Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen vorgenommen. In Japan hat demgegenüber der Staat eine deutliche Ausweitung seiner Ausgaben beschlossen; diese werden freilich zum überwiegenden Teil erst im kommenden Jahr ihre volle Wirkung entfalten können.

3. Die Expansion des Welthandels hat sich nach der nur schwachen Zunahme im Vorjahr in diesem Jahr wieder etwas beschleunigt. Im Jahresverlauf stieg das Welthandelsvolumen insgesamt um 4½ vH; dies entspricht einer jahresdurchschnittlichen Zunahme

Tabelle 1

Wirtschaftsdaten

Land	Bruttoinlandsprodukt [1] [2]				Inlandsnachfrage [1] [3]				Privater Verbrauch [1]			
	1981–1990 [a]	1990	1991	1992 [19]	1981–1990 [a]	1990	1991	1992 [19]	1981–1990 [a]	1990	1991	1992 [19]
Deutschland [21]	2,1	5,1	3,7	1½	1,7	4,9	3,1	1½	1,9	5,4	3,6	1
Frankreich	2,3	2,2	1,1	2	2,4	2,6	1,0	1	2,6	2,9	1,5	1½
Großbritannien	2,6	0,5	–2,2	–1	3,2	–0,5	–3,2	0	3,4	0,7	–2,1	– ½
Italien	2,2	2,2	1,4	1	2,3	2,4	2,3	2	2,7	2,8	2,8	2
Belgien	2,0	3,5	1,5	1½	1,6	3,2	1,6	1½	1,7	2,6	1,6	2
Niederlande	1,9	3,9	2,1	2	1,5	3,6	1,8	1	1,4	3,9	3,0	1½
Spanien	3,0	3,6	2,4	1½	3,4	4,7	2,9	2	2,6	3,7	2,9	3
Schweiz	2,1	2,3	–0,1	0	2,4	2,3	–0,6	–2	1,6	1,5	1,5	1½
Österreich	2,2	4,4	3,1	2½	2,0	4,3	3,5	2	2,4	3,7	2,8	2½
Vereinigte Staaten	2,6	0,8	–1,2	2	2,8	0,4	–1,8	2	2,9	1,2	–0,6	2
Japan	4,2	5,2	4,4	1½	4,2	5,4	3,0	1	3,7	4,2	2,7	2

Land	Erwerbstätige [4] [5]				Bruttostundenverdienste [5] [6]				Arbeitslosenquote [7]			
	1981–1990 [a]	1990	1991	1992 [19]	1981–1990 [a]	1990	1991	1992 [19]	1981–1990 [a]	1990	1991	1992 [19]
Deutschland [21]	0,5	2,8	1,9	1	4,0	5,2	6,1	5½	6,1	4,9	4,3	4½
Frankreich	0,2	1,1	0,5	– ½	7,2	4,5	4,3	4	9,3	9,0	9,5	10
Großbritannien	0,6	0,9	–3,4	–2	9,3	9,4	8,7	6	10,0	6,8	8,9	10
Italien	0,4	1,9	0,9	0	10,8	7,2	9,8	6½	9,8	10,3	9,9	10
Belgien	0,2	1,4	–0,3	– ½	4,4	4,3	5,1	4½	10,6	7,2	7,1	8
Niederlande	0,4	2,1	1,3	½	2,7	2,9	3,6	4½	9,9	7,5	7,0	6½
Spanien	0,9	2,6	0,2	–1	11,5	8,7	8,2	7½	18,0	15,9	16,0	17½
Schweiz	1,2	1,3	–0,1	–1½	4,4	6,0	7,4	5½	0,6	0,6	1,3	3
Österreich	1,1	2,1	1,8	1	5,1	7,2	5,2	4½	4,0	4,6	5,1	6
Vereinigte Staaten	1,7	0,5	–0,9	½	4,1	3,5	3,3	3½	7,0	5,4	6,6	7½
Japan	1,2	2,0	1,9	1	3,5	3,7	3,5	3	2,5	2,1	2,1	2

Land	Zinssätze in Prozent p.a.								Geldmenge [5] [10]			
	kurzfristig [8]				langfristig [9]							
	1981–1990 [a]	1990	1991	1992	1981–1990 [a]	1990	1991	1992	1981–1990 [a]	1990	1991	1992
Deutschland	6,68	8,49	9,25	9,70	7,56	8,83	8,64	8,20	6,0	5,8	6,3	8,4
Frankreich	10,76	10,32	9,62	10,21	12,11	10,42	9,48	9,12	9,8	8,9	2,5	4,4
Großbritannien	11,17	13,98	10,84	9,65	10,91	11,08	9,92	9,18	15,2	12,0	5,8	4,4
Italien	15,03	12,06	12,02	13,48	14,32	11,87	11,37	11,67	10,7	8,7	9,4	9,4
Belgien	10,12	9,67	9,38	9,59	10,39	10,06	9,28	8,86	8,2	4,5	5,4	7,9
Niederlande	6,97	8,68	9,28	9,56	8,03	8,93	8,74	8,28	8,4	8,1	4,9	6,6
Spanien	14,89	15,15	13,23	12,94	14,27	14,68	12,43	11,82	14,7	11,3	11,4	5,6
Schweiz	4,82	8,32	7,60	7,71	4,81	6,45	6,24	6,61	6,2	3,1	3,1	3,7
Österreich	7,94	8,41	9,38	9,73	8,13	8,74	8,62	8,47	7,5	6,8	7,2	4,8
Vereinigte Staaten	9,40	8,15	5,83	3,76	10,18	8,73	8,16	7,58	7,5	1,4	1,4	–0,1
Japan	5,80	6,93	7,01	4,35	6,31	7,36	6,53	5,35	9,2	7,4	2,3	0,5

[1] In konstanten Preisen; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. — [2] Bruttosozialprodukt für Japan. — [3] Bruttosozialprodukt abzüglich Außenbeitrag bzw. Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung. — [4] Zivile Erwerbstätige (außer Schweiz, Japan, Österreich). — [5] Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. — [6] Industrie, Quelle: IWF; für Frankreich, Quelle: OECD. — Italien: Tarifliche Stundenlöhne. — Großbritannien, Österreich, Japan: Bruttomonatsverdienste. — [7] Von der OECD aus den nationalen Angaben standardisierte Arbeitslosenquoten: Anteil der Arbeitslosen (gemäß Definition der ILO) an den gesamten Erwerbspersonen. — Schweiz, Österreich: nicht standardisiert. — [8] Überwiegend für Dreimonatswechsel. Für 1992 Durchschnitt der Monate Januar bis September; für Italien und Österreich: Januar bis August. — [9] Umlaufsrendite festverzinslicher Staatsschuldpapiere mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren. Für 1992 Durchschnitt der Monate Januar bis September. — [10] M2 (Geldmenge M1 plus Quasigeld) für Italien, Belgien, Niederlande, Österreich. M3 für Deutschland (bis 1990 Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990), Frankreich, Schweiz, Vereinigte Staaten. M2 + CD für Japan. ALP (Gesamte Zahlungsmittelbestände) für Spanien. M4 für Großbritannien. Für 1992 1. Halbjahr 1992 gegenüber 1. Halbjahr 1991 in vH (Endstände). — [11] Japan: Einschließlich Nichtwohnbauten. [12] Waren und Dienstleistungen. — [13] Verarbeitendes Gewerbe.

Tabelle 1

ausgewählter Länder

Ausrüstungsinvestitionen [1] [11]				Ausfuhr [1] [12]				Einfuhr [1] [12]				Land
1981–1990 [a]	1990	1991	1992 [19]	1981–1990 [a]	1990	1991	1992 [19]	1981–1990 [a]	1990	1991	1992 [19]	
3,8	13,1	9,1	– ½	5,5	11,1	12,7	3	4,2	11,9	12,2	4	Deutschland [21]
3,7	4,2	– 4,2	–5½	3,9	5,5	3,9	5½	4,2	6,5	3,0	1	Frankreich
4,4	– 3,9	–11,9	½	3,3	4,9	0,3	3	5,6	1,0	– 3,1	6	Großbritannien
3,2	3,1	0,7	2	4,8	7,8	– 0,8	4	4,7	7,8	2,9	6	Italien
7,2	10,3	1,5	1	5,0	5,0	3,9	3½	4,3	4,6	3,9	3½	Belgien
5,1	7,7	0,1	–1	4,3	5,0	4,3	3½	3,7	4,5	4,0	2½	Niederlande
6,0	1,4	– 2,5	0	5,7	3,2	8,4	6½	7,5	7,8	9,4	7½	Spanien
5,7	3,7	– 1,2	–3	3,3	3,0	– 0,7	3	3,8	2,9	– 1,7	–2	Schweiz
2,7	6,9	5,4	0	5,0	8,1	8,1	4	4,6	7,8	8,8	4	Österreich
3,0	– 1,0	– 4,6	7	4,8	8,1	5,8	5½	6,8	3,0	– 0,1	8	Vereinigte Staaten
8,4	12,4	6,0	–3	7,5	10,7	5,1	3	7,0	12,0	– 2,8	–2	Japan
Industrieproduktion [13]				**Erzeuger-/ Großhandelspreise [14]**				**Verbraucherpreise [15]**				**Land**
1981–1990 [a]	1990	1991	1992 [19]	1981–1990 [a]	1990	1991	1992 [20]	1981–1990 [a]	1990	1991	1992 [19]	
1,9	5,1	2,9	– ½	2,1	1,7	2,4	2,0	2,7	2,6	3,8	4	Deutschland [21]
1,1	1,9	0,2	0	5,1	–1,2	–1,3	–1,1	6,2	3,0	3,1	3	Frankreich
1,7	–0,6	–2,8	–1½	5,7	5,9	5,6	4,6	6,0	5,6	7,5	4	Großbritannien
1,3	–0,7	–2,1	1	8,5	7,4	5,2	1,8	10,0	6,2	6,7	5½	Italien
2,1	3,8	–2,0	½	3,2	–1,0	–1,0	–0,4	4,5	3,5	3,2	2½	Belgien
1,4	2,3	3,9	1	2,1	1,0	2,3	3,7	2,3	2,3	3,3	3½	Niederlande
1,9	0,1	–1,0	–1½	7,2	2,2	1,5	1,2	9,2	6,4	6,1	6½	Spanien
2,0	2,6	0,8	–1½	1,6	1,5	0,4	0,4	3,5	5,3	5,7	4	Schweiz
2,8	7,4	1,8	1	1,5	2,9	0,8	–0,6	3,6	3,3	3,4	4½	Österreich
2,6	1,0	–2,0	1½	2,6	3,6	0,2	–0,3	4,9	5,2	4,3	3	Vereinigte Staaten
4,0	4,8	2,2	–5	–1,0	2,0	0,2	–1,5	1,9	2,5	2,6	2	Japan
Leistungsbilanz [16]				**Staatsquote [17]**				**Staatsdefizit [18]**				**Land**
1981–1990 [a]	1990	1991	1992 [19]	1981–1990 [a]	1990	1991	1992 [19]	1981–1990 [a]	1990	1991	1992 [19]	
(2,6)	(3,1)	(–1,2)	(–1½)	(47,6)	(45,9)	(49,2)	(49)	(– 2,0)	(– 2,0)	(– 3,6)	(– 3)	Deutschland
–0,7	–1,3	–0,5	½	50,6	49,5	50,2	50½	– 2,2	– 1,4	– 1,9	– 2½	Frankreich
–0,5	–3,1	–1,1	–2	42,1	39,8	40,6	43	– 1,7	– 0,8	– 2,0	– 6	Großbritannien
–0,8	–1,3	–1,8	–3	50,1	53,5	53,9	55	–11,2	–10,9	–10,2	–11	Italien
0,4	1,9	2,2	2	53,6	49,0	49,4	50	– 8,8	– 5,3	– 6,1	– 6	Belgien
3,0	3,7	3,3	3½	57,6	54,1	53,9	54	– 5,8	– 5,3	– 2,8	– 3½	Niederlande
–0,9	–3,4	–2,9	–3	40,2	42,8	44,4	45½	– 4,5	– 4,0	– 4,9	– 5½	Spanien
4,4	3,8	3,9	5	36,6	35,7	36,1	35½	0,6	0,6	...	...	Schweiz
–0,0	0,7	–0,1	½	51,1	49,5	49,9	50	– 3,0	– 2,2	– 2,4	– 2	Österreich
–2,0	–1,6	–0,1	–1	33,1	33,3	34,2	35½	– 2,6	– 2,5	– 3,4	– 5	Vereinigte Staaten
2,3	1,2	2,2	3	33,5	32,0	31,2	31½	– 0,8	2,9	2,4	1½	Japan

[14] Erzeugerpreise: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich (intermediate industrial goods), Großbritannien, Spanien, Vereinigte Staaten; Großhandelspreise: Italien, Niederlande, Österreich, Schweiz, Japan. — [15] Deflator des Privaten Verbrauchs. — [16] Leistungsbilanzsaldo im Verhältnis zum Bruttoinlands-/Bruttosozialprodukt. — [17] Staatsausgaben abzüglich empfangene Vermögensübertragungen (für die Schweiz: laufende Ausgaben plus Investitionen, für die Vereinigten Staaten laufende Ausgaben) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt. — [18] Finanzierungssaldo (Überschuß: +; Defizit: –) der öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt. — [19] Eigene Schätzung. — [20] 1. Halbjahr 1992 gegenüber 1. Halbjahr 1991. — [21] Früheres Bundesgebiet.

a) Für mehrjährigen Zeitraum: durchschnittlich jährliche Veränderung in vH (geometrisches Mittel, errechnet mit den Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahr für die Jahre 1981 bis 1990); für Quoten: durchschnittlich jährliche Quote (arithmetisches Mittel).

Quellen: EG, IWF, OECD und nationale Veröffentlichungen

von knapp 5 vH. Der Handelsaustausch zwischen den verschiedenen Ländern expandierte damit wiederum deutlich stärker als die Produktion, die weltweit nur um gut 1 vH zugenommen haben dürfte. Die internationale Arbeitsteilung hat sich damit weiter intensiviert. Der Handel zwischen den Industrieländern expandierte allerdings weniger stark (gut 3 vH) als der Warenaustausch der Industriestaaten mit Drittländern (fast 7 vH). In diesen unterschiedlichen Zuwachsraten spiegeln sich insbesondere die kräftige Belebung der Nachfrage in einigen lateinamerikanischen Ländern sowie der Importsog aus den ostasiatischen Schwellenländern wider. Auch einige Staaten Mittel- und Osteuropas haben ihre Importe aus den Industrieländern in diesem Jahr kräftig gesteigert, freilich von niedrigem Niveau aus. Der Hauptgrund für die nur zögerliche Zunahme des Handels zwischen den Industrieländern ist sicherlich in der schleppenden Konjunkturentwicklung in diesen Ländern zu sehen.

4. Die Leistungsbilanzsalden der Industrieländer haben sich in diesem Jahr wieder etwas vergrößert, nachdem sie im vergangenen Jahr unter dem Einfluß von Transferzahlungen an die Vereinigten Staaten zur Begleichung der Kosten des Golfkriegs und wegen des vereinigungsbedingten Abbaus der deutschen Außenhandelsüberschüsse stark zurückgegangen waren. So hat sich das Leistungsbilanzdefizit in den Vereinigten Staaten in diesem Jahr auf 56 Mrd US-Dollar (knapp 1 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) erhöht. Freilich liegt es damit noch immer niedriger als in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, als diese Relation zeitweise auf mehr als $3^1/_2$ vH anstieg. Ursache für diese im längerfristigen Vergleich deutliche Verbesserung der amerikanischen Leistungsbilanz ist zum einen die Zunahme der preislichen Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Anbieter nach der realen Abwertung des US-Dollar um 40 vH seit 1985; zum anderen spiegelt sich hierin aber auch die im Vergleich zu damals verringerte Kapitalnachfrage in den Vereinigten Staaten wider, die den Rückgriff auf Auslandskapital weniger dringlich gemacht hat.

Japan verzeichnete auch in diesem Jahr einen Aktivsaldo in der Leistungsbilanz. Der Überschuß ist sogar nochmals kräftig angestiegen und beläuft sich nunmehr auf etwa 116 Mrd Dollar oder gut 3 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Insbesondere im Waren- und Dienstleistungshandel hat sich der japanische Überschuß unter dem Einfluß der konjunkturbedingt schwachen Inlandsnachfrage stark erhöht.

Auch innerhalb Europas bestehen weiterhin erhebliche außenwirtschaftliche Salden, die zum Teil in einer Größenordnung von mehr als 4 vH liegen. Die zusammengefaßte Leistungsbilanz der europäischen Länder wies demgegenüber in diesem Jahr nur ein kleines Defizit in Höhe von 62 Mrd Dollar auf (knapp 1 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt).

5. Die wirtschaftliche Aktivität in den Industrieländern blieb deutlich hinter dem zurück, was im vergangenen Jahr allgemein erwartet worden war. Vor allem die Hoffnungen auf einen kräftigen konjunkturellen Aufschwung in den Vereinigten Staaten haben sich nicht erfüllt; damit entfiel in den europäischen Ländern und in Japan der außenwirtschaftliche Nachfragesog, der über eine Exportausweitung die binnenwirtschaftlichen Expansionskräfte hätte wiedererstarken lassen können.

Die Gründe für die hinter den Erwartungen zurückbleibende wirtschaftliche Dynamik sind vielfältig. In den Vereinigten Staaten scheint insbesondere die hohe Verschuldung der privaten Haushalte eine raschere Erholung der Wirtschaft behindert zu haben; angesichts drohender Arbeitslosigkeit und niedrigerer Einkommenszuwächse waren sie nicht zu einer stärkeren Ausweitung ihrer Konsumausgaben bereit, sondern bemühten sich vorrangig darum, zunächst ihre Verschuldung zurückzuführen. Geldpolitische Impulse blieben damit weitgehend wirkungslos. In Japan hat der Verfall von Aktienkursen und Immobilienpreisen nicht nur die allgemeine Stimmungslage beeinträchtigt, sondern zum Teil auch zu akuten Liquiditätsproblemen geführt. In vielen europäischen Ländern schließlich dürften die im Herbst aufgetretenen Turbulenzen im Europäischen Währungssystem der ohnehin labilen Konjunktur einen zusätzlichen Dämpfer versetzt haben.

Erschwerend kommt hinzu, daß vor allem in Europa — aber nicht nur dort — die Wirtschaftspolitik zur Verunsicherung beiträgt. Die Finanzpolitik und die Geldpolitik sind nicht ausreichend aufeinander abgestimmt, mitunter stehen sie sogar im Konflikt zueinander. Unklarheit herrscht ferner über den weiteren Fortgang der europäischen Integration; die Diskussion um die Maastrichter Verträge (Ziffern 413 ff.) hat viele Konsumenten und Investoren irritiert. In Deutschland wird die wirtschaftspolitische Debatte zudem von der Frage nach der gerechten Verteilung der mit dem Aufbau Ostdeutschlands verbundenen Belastungen beherrscht. Unsicherheit — nicht nur in Europa — besteht schließlich auch über den Ausgang der nunmehr seit sechs Jahren andauernden GATT-Verhandlungen, vor allem nach der jüngsten Eskalation des Handelsstreits zwischen Europa und den Vereinigten Staaten.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist nicht klar abzusehen, ob die Expansionskräfte in der Weltwirtschaft tatsächlich bereits die Überhand über diese retardierenden Faktoren gewonnen haben. Noch immer gibt es ernstzunehmende Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Nach unserer Einschätzung haben die meisten Industriestaaten den Tiefpunkt des Konjunkturzyklus aber erreicht, und es ist damit zu rechnen, daß sich die konjunkturellen Auftriebskräfte im nächsten Jahr weltweit durchsetzen werden (Ziffern 222 ff.).

II. Schwache Aufwärtsentwicklung in den Industrieländern

Nur langsame Belebung der Konjunktur in Amerika

6. Die noch zu Jahresanfang vorherrschende Hoffnung auf eine rasche Überwindung der Konjunkturschwäche in den **Vereinigten Staaten** hat sich nicht erfüllt. Zwar kam es in diesem Jahr zu einer allmählichen Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten, doch blieb sie deutlich schwächer als zunächst erwar-

tet worden war. In den ersten sechs Monaten des Jahres übertraf die gesamtwirtschaftliche Leistung das Ergebnis des vorangegangenen Halbjahres lediglich um 1 vH. Im Verlauf des zweiten Halbjahres scheinen die expansiven Kräfte den vorliegenden Indikatoren zufolge zwar leicht an Einfluß gewonnen zu haben. Nach unserer Schätzung dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt gleichwohl nur um 1¾ vH über dem Niveau des Vorjahres gelegen haben. Dies reichte nicht aus, die Kapazitätsauslastung in stärkerem Maße zu steigern und die Beschäftigung so weit zu erhöhen, daß die Arbeitslosigkeit sich spürbar verringert hätte.

Getragen wurde die allmähliche Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage von der Zunahme des Privaten Verbrauchs. Im Jahresdurchschnitt lag die Konsumnachfrage der privaten Haushalte um 2 vH höher als im Vorjahr; sie trug damit etwa anderthalb Prozentpunkte zur Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts bei. Ausschlaggebend hierfür waren — bei nachlassenden Preissteigerungsraten — wieder stärker zunehmende verfügbare Realeinkommen. Die Ersparnisbildung blieb allerdings unverändert; die Sparquote verharrte auf einem Niveau von knapp 5 vH. Sie ist damit weiterhin höher als in den ausgehenden achtziger Jahren; die noch immer angespannte Verschuldungssituation vieler Privathaushalte könnte der Grund hierfür sein.

Deutlich zugenommen hat die Nachfrage der privaten Haushalte nach Wohnraum, so daß die Bautätigkeit stimuliert wurde. In den ersten neun Monaten des Jahres lag die Anzahl der Baubeginne von Ein- und Mehrfamilienhäusern um mehr als 20 vH über dem Niveau des Vorjahres. Eine Ursache für die Belebung der Nachfrage im Wohnungsbau waren dabei sicherlich die sinkenden Zinsen für Hypothekarkredite. Im Vergleich zum Vorjahr blieb deren Rückgang mit etwa einem Prozentpunkt (auf 8½%) allerdings relativ gering, so daß zu vermuten ist, daß die Belebung der Nachfrage nach Wohnbauten auch andere Gründe hat, so zum Beispiel einen seit längerem aufgestauten Nachholbedarf oder die Erwartung künftig wieder stärker steigender Immobilienpreise.

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen, die im vergangenen Jahr um mehr als 7 vH zurückgegangen war, hat sich in diesem Jahr deutlich belebt. Im ganzen dürfte das Investitionsvolumen im Jahre 1992 um etwa 5 vH höher gewesen sein als im Vorjahr. Die Nachfrage nach neuen Wirtschaftsbauten ging dabei angesichts des fortbestehenden Überangebots an Gewerbeimmobilien nochmals zurück. Demgegenüber haben die Unternehmen den Kauf von Ausrüstungsgütern im Vorjahresvergleich um mehr als 6 vH ausgeweitet.

Ausschlaggebend für die erhöhte Investitionstätigkeit war die deutlich verbesserte Gewinnsituation der Unternehmen; die Unternehmensgewinne lagen im zweiten Quartal 1992 um 12 vH höher als im entsprechenden Vorjahresquartal. Darüber hinaus scheint die Investitionsschwäche der vergangenen Jahre die Notwendigkeit des Ersatzes von alten Anlagen erhöht zu haben. Erweiterungsinvestitionen dürften demgegenüber bei im ganzen eher pessimistischen und sich im Jahresverlauf eher noch verschlechternden Konjunkturerwartungen kaum vorgenommen worden sein, zumal der Bedarf an neuen und moderneren Produktionsanlagen bei unterausgelasteten Kapazitäten vermutlich nur gering war. Dämpfend auf die Investitionsneigung wirkte sich auch die Unsicherheit über den Ausgang der Präsidentschaftswahlen im November aus. Hinzu kommt schließlich, daß trotz der geldpolitischen Lockerung die für die Finanzierung von Investitionen relevanten langfristigen Zinsen im Verlauf dieses Konjunkturabschwungs nur verhältnismäßig wenig gesunken sind; sie lagen im Sommer bei 7½% und damit nur um etwa einen Prozentpunkt niedriger als ein Jahr zuvor. Hierbei dürfte — neben den hohen langfristigen Zinsen in Westeuropa — auch eine Rolle gespielt haben, daß der Übergang zu einem expansiveren Kurs der Geldpolitik Erwartungen wieder anziehender Preissteigerungsraten geschürt hat.

Die Nachfrage des Auslands nach Gütern aus amerikanischer Produktion nahm in diesem Jahr weiter zu, wenn auch nicht mehr ganz so kräftig wie im Vorjahr. Im Jahresdurchschnitt lag die Ausfuhr von Waren und Diensten um gut 5 vH höher als im Jahre 1991. Insbesondere die Warenausfuhr in die lateinamerikanischen Staaten und die von ihrem Umfang her besonders bedeutsamen Exporte nach Kanada konnten beträchtlich gesteigert werden, was zu einem guten Teil auf die dort vergleichsweise starke Belebung der Nachfrage zurückzuführen ist. Doch auch die Ausfuhr in andere Staaten — vor allem nach Europa — nahm trotz der Nachfrageschwäche in diesen Ländern zu; hier hat sich die dank des gesunkenen realen Außenwertes des US-Dollar verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Anbieter positiv ausgewirkt.

Der konjunkturelle Impuls der Auslandsnachfrage ist durch die Zunahme der Importe, die im Jahresdurchschnitt etwa 8½ vH betrug, allerdings vollständig kompensiert worden. Der negative Außenbeitrag von 40 Mrd Dollar — das entspricht etwa 0,8 vH des realen Bruttoinlandsprodukts — lag in diesem Jahr deutlich höher als im vergangenen Jahr (22 Mrd Dollar).

7. Für wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur war in diesem Jahr nur wenig Raum. Dies gilt besonders für die Finanzpolitik. So scheiterte ein von der Administration zu Jahresbeginn vorgelegtes Programm, die private Investitionstätigkeit durch steuerliche Erleichterungen für Unternehmen zu beleben, an politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und dem Kongreß. Zudem hat das Defizit im amerikanischen Bundeshaushalt infolge der fehlgeschlagenen Konsolidierungsbemühungen in der Vergangenheit mittlerweile eine solche Höhe erreicht, daß ein Spielraum für eine weitere Nettokreditaufnahme kaum mehr besteht. Im Haushaltsjahr 1991/92 (Oktober bis September) betrug das Defizit des Zentralstaats 290 Mrd Dollar (das entspricht 4,9 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt); das Defizit des gesamten öffentlichen Sektors beläuft sich auf etwa 4½ vH. Expansive Impulse dürften hiervon freilich kaum mehr ausgegangen sein.

Um so mehr bemühte sich die Geldpolitik um eine Stimulierung der schwachen Nachfrage. Nachdem die amerikanische Notenbank schon in den letzten

beiden Jahren die von ihr kontrollierten Zinssätze von damals 8 % auf weniger als 4 % reduziert hatte, setzte sie den Diskontsatz im Verlauf dieses Jahres weiter bis auf 3,0 % herab, das niedrigste Niveau seit 29 Jahren. Dies hat zwar der Expansion der Geldmenge M1 weiteren Auftrieb gegeben; sie übertraf ihr Vorjahresniveau im September um immerhin gut 13 vH. Die Expansion der weiter abgegrenzten Geldmenge M2 erwies sich hingegen bis zuletzt als sehr schwach und blieb hinter den Zielvorstellungen der Notenbank (2,5 vH bis 6,5 vH) zurück. Die unterschiedliche Dynamik der monetären Aggregate erklärt sich vor allem dadurch, daß die Geldanlage in Einlagen mit längerer Laufzeit, die zur Geldmenge M2 zählen, wegen niedriger kurzfristiger Zinsen im Vergleich zu hochrentierlichen längerfristigen Kapitalanlagen nur wenig attraktiv ist. Darüber hinaus hielt sich aber auch die Kreditexpansion infolge der nach wie vor verhaltenen Konjunkturerwartungen und der fortbestehenden Verschuldungsprobleme von Haushalten und Unternehmen sowie einer vorsichtigeren Kreditvergabepraxis der Geschäftsbanken in Grenzen. Der monetäre Impuls dürfte daher schwächer gewesen sein, als es der Blick auf die niedrigen Notenbankzinsen allein nahelegt. Nicht zu verkennen ist allerdings, daß die derzeit um Expansion bemühte Geldpolitik den Nährboden für eine künftige Beschleunigung des Preisauftriebs bereiten könnte.

8. Wenngleich die Rezession in den Vereinigten Staaten mittlerweile überwunden scheint, blieb die konjunkturelle Belebung bislang deutlich schwächer als in den Aufschwungsphasen früherer Konjunkturzyklen. Eine Rolle mag dabei gespielt haben, daß sich die Nachfrage in diesem Konjunkturabschwung weniger abgeschwächt hat als in früheren Zyklen. Der Nachholbedarf bei Konsumenten und Investoren war daher nicht so ausgeprägt wie beispielsweise nach der Rezession zu Beginn der achtziger Jahre. Weitere häufig genannte Gründe sind struktureller Art: der demographische Wandel, der zu einem im Trend langsameren Anstieg der Nachfrage nach langlebigen Gebrauchsgütern sowie Wohnungen führe; die temporär nachfragedämpfenden Effekte verringerter Verteidigungsausgaben; die Nachwirkungen der Sparkassenkrise der ausgehenden achtziger Jahre, die die Bereitschaft der Kreditinstitute zur Vergabe weiterer Kredite beeinträchtige; die hohe Verschuldung in den öffentlichen Haushalten, die zu einem tiefen Vertrauensverlust bei den Konsumenten geführt habe. Die im Vergleich zu früheren Konjunkturzyklen überaus hohen langfristigen Realzinsen dürften ebenfalls bremsend gewirkt haben. Als wichtigster Grund wird jedoch meist angeführt, daß der hohe Verschuldungsgrad der privaten Haushalte bislang eine stärkere Erholung der Verbrauchsnachfrage verhindert habe. Nachdem die Konsumenten im letzten Konjunkturaufschwung nämlich in erheblichem Umfang Kredite aufgenommen hätten, wären sie jetzt vor allem bestrebt, den erreichten Schuldenstand zu verringern.

9. Tatsächlich hat sich die Kreditaufnahme der privaten Haushalte in den letzten Jahren deutlich abgeschwächt. Im Jahre 1991 betrug sie 157 Mrd Dollar, nach 316 Mrd Dollar im Jahre 1988 und immerhin noch 258 Mrd Dollar im Jahre 1990. Bei den Konsumentenkrediten überwogen im vergangenen Jahr sogar die Tilgungen. Die hierin zum Ausdruck kommende Zurückhaltung bei der Kreditnachfrage hat mit dazu beigetragen, daß die Sparquote von 4,1 vH im Jahre 1989 auf 4,9 vH im vergangenen Jahr stieg. Im Jahre 1992 scheinen die privaten Haushalte ihre Kreditaufnahme zwar wieder stärker erhöht zu haben; die Sparquote blieb jedoch im großen und ganzen unverändert.

Die Gesamtverschuldung der privaten Haushalte hat sich von Ende 1984 bis Ende 1991 von 2,0 Billionen Dollar auf 4,1 Billionen Dollar mehr als verdoppelt. Umfrageergebnisse aus dem Jahre 1989 deuten darauf hin, daß damals mehr als 70 vH aller Konsumentenhaushalte mit Schulden belastet waren, so unter anderem für Hauskäufe (39 vH aller Haushalte), für Autokäufe (35 vH) sowie — quantitativ freilich weniger beachtlich — für Anschaffungen auf Kreditkarte (40 vH). Die Verschuldung nahm dabei in den letzten zehn Jahren weitaus stärker zu als das verfügbare Einkommen, so daß sich die Schuldenquote, definiert als Bruttoverschuldung der privaten Haushalte in Relation zum verfügbaren Einkommen, von 75 vH im Jahre 1982 auf 102 vH im Jahre 1991 erhöhte.

Zu beachten ist allerdings, daß gleichzeitig auch das Vermögen der privaten Haushalte deutlich zugenommen hat. Im Jahre 1989 machten die Nettovermögen der privaten Haushalte mehr als das Fünffache der verfügbaren Einkommen aus; im Jahre 1984 lag diese Relation erst bei 4,7. Seit 1989 ist zwar eine leichte Verschlechterung der Nettovermögensposition zu verzeichnen. Mittlerweile scheint sich die Relation von Nettovermögen zu verfügbarem Einkommen aber wieder stabilisiert zu haben.

10. Es erscheint zwar plausibel, von einem direkten Zusammenhang zwischen Verschuldungsniveau beziehungsweise Nettovermögen einerseits und Ersparnisbildung andererseits auszugehen. Wenn nämlich die privaten Haushalte eine bestimmte Nettovermögensposition anstreben, um auf diese Weise ihre Ausgabenpläne in bessere zeitliche Übereinstimmung mit dem zu erwartenden Einnahmenstrom zu bringen oder Vorsorge für unerwartete Einkommensausfälle zu treffen, werden sie auf Verschlechterungen ihrer Vermögensposition möglicherweise mit einer Erhöhung ihrer Ersparnisbildung reagieren. Ein derartiger Zusammenhang läßt sich indes für die Vereinigten Staaten über einen längeren Zeitraum hinweg nicht eindeutig nachweisen. Vielmehr scheinen andere Einflußfaktoren zu überwiegen.

So nehmen nämlich bei steigender Verschuldung — und damit sinkendem Nettovermögen — die Nettozinserträge des Haushaltssektors auch bei konstantem Zinsniveau ab. Wollen die Haushalte ihr derzeitiges Ausgabenniveau aufrechterhalten, könnten sie sich zu einer Verringerung der Ersparnis veranlaßt sehen. Anders sieht es bei den Schuldnerhaushalten aus. Mit steigender Verschuldungsquote wächst deren Belastung mit Zins- und Tilgungszahlungen. Nimmt nun der Schuldenstand schneller zu als das verfügbare Einkommen, so muß ein immer größerer Teil des verfügbaren Haushaltseinkommens für Schuldendienstleistungen aufgebracht werden. Die Haushalte werden daher ihre Kreditaufnahme einschränken, wenn — wie derzeit — die tatsächliche oder die erwartete Zunahme der verfügbaren Einkommen kleiner ausfällt als zum Zeitpunkt der Kreditaufnahme vorausgeschätzt. Schließlich sind auch die Effekte von Zinsänderungen zu berücksichtigen. Steigende

Zinsen erhöhen zum einen die Zinseinkünfte der Gläubigerhaushalte, was deren Ersparnisbildung tendenziell positiv beeinflussen wird. Zum anderen nehmen aber auch die Zinszahlungsverpflichtungen der Schuldnerhaushalte zu. Dies kann — wie beschrieben — diese zu einer Einschränkung ihrer Kreditaufnahme veranlassen. Beides zusammen wirkt auf eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Sparquote hin.

Entscheidend für die Auswirkungen steigender Verschuldung auf die Sparentscheidungen der privaten Haushalte sind vor allem die Zins- und Tilgungsverpflichtungen. Tatsächlich haben sich die Belastungen der privaten Haushalte durch den Schuldendienst in den Jahren 1983 bis 1990 stark erhöht; erst im vergangenen Jahr sind sie — auch unter dem Einfluß der seit 1989 rückläufigen Neuverschuldung — wieder zurückgegangen, freilich nur in geringem Maße. Die monetäre Lockerung der letzten Jahre hat dabei kaum zu einer Entlastung der Schuldnerhaushalte geführt, denn die Kreditinstitute haben die Verbesserung der Refinanzierungskonditionen aus Gründen der Risikovorsorge nur unvollständig an ihre Kreditkunden weitergegeben. Dies gilt insbesondere für die Zinsen auf Konsumentenkredite; der Zinssatz für Schulden aus Kreditkartenkäufen blieb mit 18 % von 1989 bis heute faktisch unverändert.

Verglichen mit den Kreditzinsen haben sich die Habenzinsen in den letzten Jahren deutlich ermäßigt, so daß sich die Zinserträge der privaten Haushalte trotz der gestiegenen Bruttovermögen von 15,4 vH des Bruttoeinkommens im Jahre 1990 auf 13,9 vH im 1. Quartal 1992 verminderten. Soweit die Haushalte ihr Konsumniveau beibehalten haben, hat dies die aus den Konsolidierungsbemühungen der Schuldnerhaushalte herrührende Tendenz zu einem Anstieg der Sparquote gedämpft.

Eine Gesamtwürdigung der Zinssenkungen hätte freilich weitere Faktoren zu berücksichtigen. So können niedrigere Habenzinsen die Ersparnis möglicherweise weniger lohnend erscheinen lassen, so daß ein Anreiz zu zusätzlichem Konsum entsteht. Hinzu kommt, daß die erhöhten Zinsspannengewinne der Geschäftsbanken über vergrößerte Dividendenzahlungen zu einem Teil an die privaten Haushalte weitergegeben werden, was die Konsumnachfrage der hiervon begünstigten Haushalte anregen kann. Insoweit schließlich die Schuldnerhaushalte in stärkerem Maße als die Gläubigerhaushalte gegenwärtigem Konsum einen höheren Wert beimessen als künftigem Konsum, können auf seiten der Schuldner möglicherweise bereits geringe Zinssenkungen ausreichen, der Konsumnachfrage Impulse zu verleihen. Eine Quantifizierung dieser Effekte ist nicht möglich.

11. Obwohl also die Konsumentenverschuldung einen Einfluß auf die Konsum- und Sparentscheidungen der privaten Haushalte haben dürfte, läßt sich die derzeitige Kaufzurückhaltung der Konsumenten allein hierdurch wohl nicht erklären. Immerhin aber hat sich die Verschuldungssituation der privaten Haushalte durch die verstärkten Konsolidierungsanstrengungen in den letzten beiden Jahren etwas entspannt. Von hier aus sind also die Chancen für eine Belebung der Konsumnachfrage größer geworden, wenn auch die nach wie vor relativ hohen Schuldzinsen einer deutlichen Steigerung der Ausgabenneigung im Wege stehen.

12. Die Wirtschaft **Kanadas** hat in diesem Jahr den Weg aus der Rezession finden können. Nach dem scharfen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,7 vH im vergangenen Jahr dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahre 1992 um etwa 1 1/2 vH zugenommen haben; dabei scheint sich das Expansionstempo in der zweiten Jahreshälfte deutlich beschleunigt zu haben.

Die Besserung der Wirtschaftslage ging vor allem auf eine kräftige Belebung der Auslandsnachfrage zurück. Während die Importe in diesem Jahr um gut 4 vH zugenommen haben, konnte die Ausfuhr um 7 vH gesteigert werden. Den kanadischen Exportunternehmen kam dabei insbesondere die kräftige Abwertung des kanadischen Dollar zugute; zusätzlichen Schwung erhielt die Ausfuhr aber auch von der sich allmählich belebenden Nachfrage in den Vereinigten Staaten, die mit Abstand der wichtigste Handelspartner Kanadas sind.

Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung wurde aber auch von der Binnennachfrage getragen. Der Private Verbrauch dürfte bei wieder steigenden verfügbaren Realeinkommen um 1/2 vH zugenommen haben, unterstützt auch dadurch, daß sich ein gewisser Nachholbedarf bei den Konsumenten aufgestaut hatte. Die Unternehmen haben auf die expandierende Nachfrage mit einer Ausweitung ihrer Investitionspläne reagiert, angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung freilich erst mit einiger Verzögerung. Nachdem viele Unternehmen im ersten Halbjahr ihre Investitionsbudgets nochmals eingeschränkt hatten, scheinen sie in der zweiten Jahreshälfte ihre Investitionen leicht ausgeweitet zu haben. Für zahlreiche Unternehmen spielt bei Investitionsentscheidungen darüber hinaus auch die geplante Ausweitung der Nordamerikanischen Freihandelszone auf Mexiko eine Rolle: Sie müssen sich darauf einstellen, daß insbesondere bei arbeitsintensiven Produktionen der Wettbewerbsdruck in Kanada zunehmen wird und infolgedessen Produkt- und Verfahrensinnovationen notwendig werden, mit denen sie im künftigen außenwirtschaftlich bedingten Strukturwandel bestehen können.

13. Deutlich verbessert hat sich in den letzten Jahren die wirtschaftliche Lage in vielen Staaten **Lateinamerikas.** Vor allem in den letzten beiden Jahren hat sich das Wirtschaftswachstum hier kräftig beschleunigt, und die Inflationsraten konnten erheblich vermindert werden. Dies gilt insbesondere für Chile (Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 1992 rund 6 vH bei einer Inflationsrate von etwa 12 vH), Argentinien (Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts 6 vH, Inflationsrate rund 20 vH) und Mexiko (Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts 4 vH, Inflationsrate 15 vH). Die günstige Wirtschaftslage ist dabei nicht in erster Linie ein konjunkturelles Phänomen. Ins Bild zu rücken ist, daß gerade in diesen Ländern in den letzten Jahren umfassende ordnungspolitische Reformen in die Wege geleitet worden sind, die nun zu ersten Erfolgen führen. Dazu gehören die Reduktion des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft, insbesondere durch Privatisierung von Staatsunternehmen, sodann die Schaffung gesicherter rechtlicher Rahmenbedingungen, eine Stabilitätsorientierung der Geld- und

Finanzpolitik, ferner die Liberalisierung des Außenhandels und die Förderung von ausländischen Direktinvestitionen. Tatsächlich kehrt Fluchtkapital allmählich zurück, und die Investitionen westlicher Unternehmen in der Region haben deutlich zugenommen. Unterstützung finden die Reformanstrengungen der lateinamerikanischen Staaten dabei durch die ihnen gewährte Schuldenbefreiung im Rahmen der Brady-Initiative (JG 91 Ziffern 25ff.).

Schwächere Konjunktur in Ostasien

14. In **Japan** hat sich die Konjunktur im Verlauf der letzten beiden Jahre deutlich abgekühlt. Die laufende Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts ermäßigte sich von 6,5 vH im ersten Halbjahr 1991 auf nur noch 1/2 vH in der zweiten Hälfte dieses Jahres, und die Industrieproduktion war sogar rückläufig. Im Jahresdurchschnitt dürfte das Bruttosozialprodukt um etwa 1 3/4 vH über dem Stand des Vorjahres gelegen haben. Gemessen am Wachstum des Produktionspotentials, das auf 3 vH bis 4 vH veranschlagt werden kann, befindet sich die japanische Volkswirtschaft also in einer Rezession. In den letzten Monaten des Jahres dürfte die konjunkturelle Schwäche den verfügbaren Indikatoren zufolge jedoch ihren Tiefpunkt erreicht haben.

15. Die Konjunkturabkühlung war zu einem großen Teil Folge der in den Jahren zuvor eingetretenen Überhitzungserscheinungen und der wirtschaftspolitischen Reaktionen hierauf. In den Jahren 1987 bis 1990 war das reale Bruttosozialprodukt mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von mehr als 5 vH gestiegen, nicht zuletzt auch deswegen, weil eine Politik des billigen Geldes die Unternehmen zu einer starken Ausweitung der Produktionskapazitäten veranlaßt hatte. Parallel zu der kräftigen Expansion des realen Sektors haussierten die Aktienmärkte, das Kursniveau japanischer Aktien entfernte sich mehr und mehr von den realwirtschaftlichen Fundamentalfaktoren. Zunehmend zeigten sich allerdings Verspannungen in der Wirtschaft, so daß die japanische Notenbank zur Dämpfung der Nachfrageexpansion und zur Bekämpfung aufkommender inflationärer Tendenzen von 1989 an ihren Kurs deutlich verschärfte; diese monetäre Restriktion kann als eigentlicher Auslöser des Konjunkturumschwungs gelten.

16. Zusätzlich belastet wird die japanische Wirtschaft durch die inzwischen an den Aktien- und Immobilienmärkten ausgebrochene Baisse. So sind in einigen Regionen die Immobilienpreise in den letzten Jahren um etwa 40 vH gesunken. Stärker noch war der Kursverfall an den Aktienmärkten; japanische Aktien haben von Ende 1989 bis Mitte 1992 mehr als 60 vH an Wert verloren. Nach der Ankündigung von Hilfsmaßnahmen für die betroffenen Banken haben sich die Aktienkurse indes wieder deutlich erholen können.

Bei den Kursrückgängen am Aktienmarkt wie auch bei dem Sinken der Immobilienpreise handelt es sich zu einem erheblichen Teil um die Korrektur vorangegangener Überhitzungserscheinungen; dies ist insoweit nicht unbedingt schädlich. Gleichwohl sind negative Auswirkungen der mit den Kurs- und Preisrückgängen verbundenen Vermögenswertverluste auf die Nachfrageentscheidungen von Konsumenten und Investoren nicht auszuschließen. So hat der Verfall der Vermögenswerte — freilich zusammen mit anderen Faktoren — zu einer deutlichen Verschlechterung der Stimmungslage in der japanischen Wirtschaft beigetragen. Umfrageergebnissen zufolge schätzen die Unternehmen die Geschäftslage so schlecht ein wie seit 1987 nicht mehr, und trotz der niedrigen Zinsen bezeichnet die Mehrzahl der Unternehmen ihre derzeitige finanzielle Lage als angespannt. Umfragen bei den privaten Haushalten deuten auf ein deutlich abgekühltes Konsumklima hin, und dies, obwohl sie angesichts vergleichsweise kleiner Aktienbestände vom Kursverfall nur wenig betroffen sind.

Hinzu kommt, daß der Verfall der Aktienkurse und Immobilienpreise die japanischen Geschäftsbanken zu einer größeren Zurückhaltung bei der Vergabe von Investitionskrediten veranlaßt zu haben scheint. Zahlreiche Banken mußten Wertberichtigungen beim Anlagevermögen vornehmen. Zudem entfiel häufig die Möglichkeit, nicht-realisierte Aktienkursgewinne — wie in Japan zulässig — teilweise auf das Eigenkapital anzurechnen. Der Aktienkursverfall hat damit bei einigen Kreditinstituten die Erfüllung der von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ab 1. April 1993 geforderten Eigenkapitalnormen für international tätige Bankinstitute gefährdet, so daß diese Institute ihre Kreditvergabepraxis überprüfen mußten. Daneben hat die Konjunkturschwäche viele Schuldner bei der Zahlung von fälligen Zins- und Tilgungsleistungen in Verzug gesetzt, was die Banken ebenfalls eine vorsichtigere Haltung im Kreditneugeschäft einnehmen ließ. Dies erklärt — wenigstens zum Teil — das schleppende Wachstum des Kreditvolumens.

Spezielle Belastungen bringt der Vermögenswertverfall für den Unternehmenssektor mit sich. Einerseits erschwert der Wertverlust der zum Teil großen Aktienbestände vieler Unternehmen wegen der nunmehr geringeren Beleihungsmöglichkeiten die Aufnahme zusätzlicher Investitionskredite. Andererseits haben sich gerade die Großunternehmen unter dem Eindruck steigender Aktienkurse in den letzten Jahren zu einem erheblichen Teil über die Ausgabe von zinsgünstigen Options- und Wandelschuldverschreibungen finanziert, die jetzt fällig werden. Da für die Gläubiger eine Umwandlung der Anleihen in Aktien zur Zeit nicht attraktiv ist, wird durch die fälligen Tilgungszahlungen die Liquiditätssituation der betroffenen Unternehmen belastet und damit deren Investitionsneigung gebremst.

17. Die Geldpolitik hat auf die für japanische Verhältnisse äußerst schwache Wirtschaftslage mit einer zunehmenden Lockerung der Refinanzierungskonditionen reagiert. Der Diskontsatz, der bereits im vergangenen Jahr deutlich herabgesetzt worden war, wurde in diesem Jahr in mehreren Schritten weiter reduziert; er betrug zuletzt nur noch 3,25 %, was eine Halbierung gegenüber dem Stand von 1990 bedeutet. Die langfristigen Zinsen folgten der zinspolitischen Lockerung der Zentralbank; der Kapitalmarktzins lag im September bei 5 %, gut 2 1/2 Prozentpunkte niedri-

ger als auf dem Höhepunkt der geldpolitischen Restriktion vor zwei Jahren. Demgegenüber hat die Geldmengenexpansion wegen der konjunkturbedingt schwachen Kreditnachfrage und der erwähnten Zurückhaltung der Banken bei der Vergabe von Neukrediten auf die erleichterten Refinanzierungskonditionen bislang noch nicht im erwarteten Ausmaß reagiert; die weiter abgegrenzte Geldmenge (M2+CD) lag zuletzt in etwa gleich hoch wie ein Jahr zuvor.

Daneben hat die japanische Regierung der erlahmenden Konjunktur durch finanzpolitische Impulse neuen Schwung zu geben versucht. So wurde ein Großteil der vorgesehenen öffentlichen Investitionsausgaben in die erste Hälfte des Haushaltsjahres 1992/93 (April bis März) vorgezogen. Ziel dieser vom Finanzvolumen her weniger bedeutsamen Maßnahme war es vor allem, die pessimistische Grundstimmung in der Wirtschaft zu überwinden. Angesichts der sich dennoch weiter verschlechternden Konjunkturlage wurde im August dann ein zusätzliches Ausgabenpaket im Umfang von 10,7 Billionen Yen (2,4 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt) zur Stützung der Aktienkurse und zur Belebung der Nachfrage angekündigt, von dem allerdings nur etwa die Hälfte unmittelbar nachfragewirksam werden wird. Zudem dürften die konjunkturanregenden Wirkungen zum größten Teil erst im kommenden Jahr spürbar werden. Im ganzen hat die Finanzpolitik der Konjunktur in diesem Jahr daher nur geringe Impulse gegeben.

18. Die konjunkturelle Abschwächung in diesem Jahr spiegelte sich vor allem in der nachlassenden Investitionsbereitschaft der Unternehmen wider. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Investitionsvolumen um etwa 3 vH vermindert. Insbesondere die großen Industrieunternehmen haben ihre Investitionsbudgets stark eingeschränkt. Ein Grund liegt in den erwähnten Vermögenswertverlusten bei Aktien und Immobilien, die die Kreditaufnahmefähigkeit der Unternehmen beeinträchtigten und die Zukunftserwartungen eintrübten. Investitionshemmend wirkte sich aber auch aus, daß der Produktionsapparat — er war im vorangegangenen Boom unter dem Einfluß der niedrigen Finanzierungskosten stark ausgeweitet worden — jetzt bei nachlassender Nachfrage vielfach unterausgelastet blieb. Außerdem hat sich die Gewinnsituation vieler Unternehmen im Verlauf des konjunkturellen Abschwungs drastisch verschlechtert, so daß für eine Ausweitung des Investitionsvolumens eigene Mittel häufig nicht mehr zur Verfügung standen. In dem Maße, wie die Gewinnverschlechterung die Gewinnerwartungen beeinträchtigt hat, blieb die zinspolitische Lockerung ohne große Wirkung. Im internationalen Vergleich ist das Investitionsvolumen (Ausrüstungen und Bauten) mit mehr als 25 vH des Bruttosozialprodukts gleichwohl immer noch überdurchschnittlich hoch.

Demgegenüber hat der Schrumpfungsprozeß im Wohnungsbau im Frühjahr dieses Jahres seinen Tiefpunkt erreicht; der Rückgang der Hypothekenzinsen, aber auch die gesunkenen Bodenpreise zeigten hier erste Wirkungen. Freilich reichte dies angesichts der eher untergeordneten Bedeutung der Baunachfrage für die Gesamtwirtschaft nicht aus, der Konjunktur insgesamt wieder stärkeren Schwung zu verleihen.

Gestützt wurde die konjunkturelle Entwicklung hingegen von der Zunahme des Privaten Verbrauchs, der sich trotz einer deutlichen Abschwächung in den Sommermonaten im Jahresdurchschnitt um knapp 2 vH erhöht haben dürfte. Ausschlaggebend für die vergleichsweise robuste Verbrauchskonjunktur war, daß die nominalen verfügbaren Einkommen der Haushalte nochmals um 4½ vH anstiegen. Zwar waren die nominalen Einkommenszuwächse — als Folge niedrigerer Tariflohnabschlüsse, verminderter Bonuszahlungen und einer Verringerung der geleisteten Arbeitszeit — deutlich niedriger als im Vorjahr; aufgrund des geringeren Verbraucherpreisanstiegs konnten die privaten Haushalte aber trotzdem noch einen beachtlichen Realeinkommenszuwachs erzielen. Die Sparquote hat sich hingegen trotz der deutlich gesunkenen Zinsen leicht erhöht. Hierin spiegelt sich die verschlechterte Stimmungslage der japanischen Verbraucher.

19. Lagerzyklische Bewegungen haben den konjunkturellen Abschwung verschärft. Die Produktion litt in vielen Bereichen der Industrie darunter, daß die Unternehmen das Ausmaß der Konjunkturschwäche unterschätzt hatten und einen Teil der Produktion auf Lager hatten nehmen müssen. Die Unternehmen bemühten sich daher, die Nachfrage in diesem Jahr so weit wie möglich aus Lagerbeständen zu decken. Bislang konnten insbesondere im Konsumgüterbereich die als zu hoch angesehenen Vorratsbestände jedoch noch nicht im gewünschten Maße abgebaut werden. Es ist nunmehr damit zu rechnen, daß die Anpassung der Lagerhaltung bis ins nächste Jahr hinein andauern wird.

20. Die abgeschwächte Entwicklung der japanischen Binnennachfrage hat dazu geführt, daß die Einfuhr nach Japan in diesem Jahr ein weiteres Mal zurückging. Demgegenüber sind die Exporte um real 3 vH angestiegen, obwohl sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit japanischer Anbieter wegen eines kräftigen Anstiegs der Lohnstückkosten deutlich verschlechtert hat. Die Auslandsnachfrage hat also zu einer Stabilisierung der Wirtschaftslage beigetragen; der Außenbeitrag hat sich im Vergleich zum letzten Jahr fast verdoppelt. Die Hersteller von Exportwaren konnten dabei vor allem von der zum Teil stürmischen Nachfrageentwicklung auf den für Japan besonders wichtigen ostasiatischen Absatzmärkten profitieren; so konnte die Ausfuhr nach China im Vergleich zum Vorjahr dem Wert nach um 40 vH gesteigert werden, die Ausfuhr nach Hongkong erhöhte sich immerhin noch um fast 25 vH, und der Export nach Taiwan stieg um 15 vH. Allein diese drei Länder nehmen 15 vH der Gesamtexporte Japans ab. Die Exporte nach Westeuropa und Nordamerika nahmen demgegenüber wegen der dort schwachen Binnennachfrage nur mäßig zu; ihr Wert erhöhte sich lediglich um 4 vH bis 5 vH.

21. Die **ostasiatischen Schwellenländer** — hierzu zählen Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur, Thailand und Malaysia — konnten sich der Konjunkturabschwächung in den Industrieländern zwar nicht vollständig entziehen; gleichwohl blieb der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts in diesen Ländern mit etwa 7 vH immer noch sehr hoch. Nicht zu verkennen ist freilich, daß damit das gesamtwirt-

schaftliche Expansionstempo deutlich niedriger liegt als noch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, als in der Region zumeist zweistellige Wachstumsraten erzielt werden konnten. Dies geht in erster Linie auf dämpfende wirtschaftspolitische Maßnahmen zurück, mit denen die konjunkturellen Überhitzungserscheinungen — eine zunehmende Arbeitskräfteknappheit, überhöhte Lohnsteigerungen und inflationäre Tendenzen — bekämpft werden sollten.

Treibende Kraft des gleichwohl immer noch starken Wachstums in der Region war die rasche Expansion der Investitionstätigkeit. Impulse von der Auslandsnachfrage blieben hingegen in den meisten Ländern aus. Lediglich Taiwan konnte auch in diesem Jahr einen Außenhandelsüberschuß erzielen. Ausschlaggebend hierfür war unter anderem ein starker Importsog aus der Volksrepublik China, wo sich nach der Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen in den südlichen Provinzen Guangdong und Fujian die gesamtwirtschaftliche Expansion stark beschleunigt hatte. Auch Hongkong konnte hieraus Nutzen ziehen; zwischen China und der Kronkolonie hat sich inzwischen eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit entwikkelt, die zu einer Verlagerung eines erheblichen Teils der Industrieproduktion in die Volksrepublik geführt hat. Ein guter Teil der kräftigen Expansion in China — im Jahre 1992 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 10 vH zugenommen haben — ist wohl hierauf zurückzuführen.

Nur schleppende Konjunkturbelebung in Westeuropa

Fehlende Impulse von außen

22. Die Konjunktur in **Westeuropa** ist nach wie vor von nur geringer Dynamik geprägt. Im Vorjahresvergleich dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt der westeuropäischen Länder (ohne Deutschland) lediglich um 1 vH zugenommen haben. Die gesamtwirtschaftliche Expansion blieb damit deutlich hinter dem Potentialwachstum zurück. Die Kapazitätsauslastung hat sich weiter vermindert (Schaubild 1). Mittlerweile scheinen die meisten Länder den Tiefpunkt der konjunkturellen Entwicklung aber erreicht zu haben. In einigen Ländern wird der Aufschwung aber erst im nächsten Jahr einsetzen (Ziffer 225).

23. Ein Grund für die gedämpfte Wirtschaftsentwicklung in Europa war, daß Anregungen durch den Außenhandel lange Zeit ausblieben. Zum einen kam der Aufschwung in den Vereinigten Staaten, die mehr als 23 vH der Exporte der europäischen Staaten in Drittländer abnehmen, nur schleppend in Gang. Zudem beeinträchtigte auch die Aufwertung der europäischen Währungen gegenüber dem US-Dollar die Exportchancen europäischer Anbieter in den Vereinigten Staaten; die Ausfuhr nahm daher in diesem Jahr nur geringfügig zu. Zum anderen konnten die westeuropäischen Staaten nur geringen Nutzen aus der stark expandierenden Nachfrage aus den Entwicklungsländern vor allem in Lateinamerika ziehen, da diese Länder als Exportmärkte für die westeuropäischen Unternehmen nur geringe Bedeutung besitzen. Schließlich blieben auch Impulse aus dem Handel der europäischen Staaten untereinander weitgehend aus, nicht zuletzt deshalb, weil der vereinigungsbedingte Nachfragesog aus Deutschland, der im vergangenen Jahr die Nachfrage in vielen westeuropäischen Ländern gestützt hatte, in diesem Jahr allmählich nachließ.

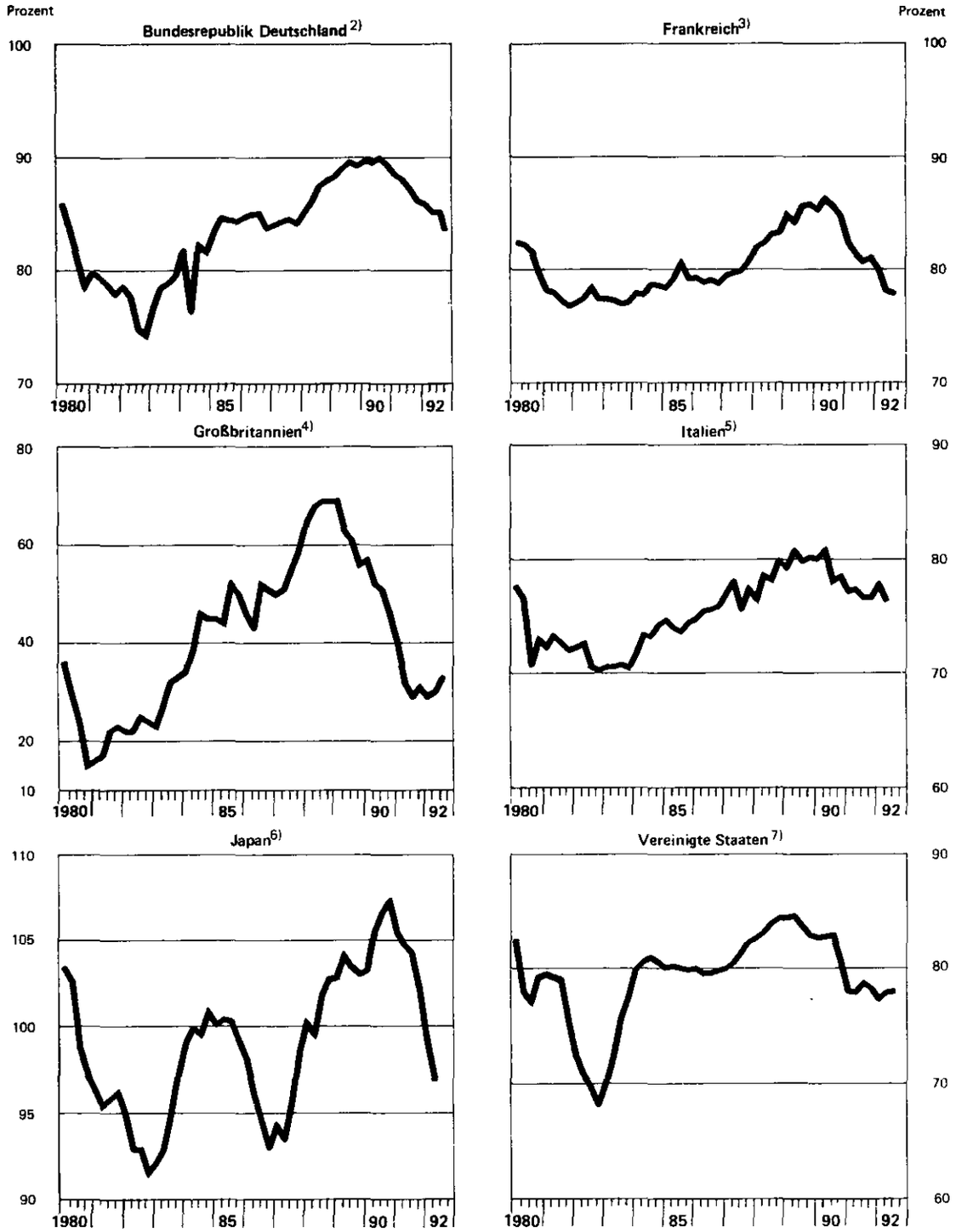
Die Binnennachfrage in den meisten westeuropäischen Staaten belebte sich ebenfalls nur langsam (Schaubild 2). Impulse kamen am ehesten noch vom Privaten Verbrauch, der um 1¼ vH zunahm, kaum mehr als im vergangenen Jahr. Ausschlaggebend für die gedämpfte Verbrauchskonjunktur war ein im Vergleich zum Vorjahr deutlich niedrigerer Zuwachs der Haushaltseinkommen, bedingt durch moderatere Lohnabschlüsse, stagnierende oder gar abnehmende Beschäftigung und — in einer Reihe von Ländern — durch zusätzliche Steuer- und Abgabenerhöhungen. Gleichzeitig blieb die Ersparnisbildung der privaten Haushalte hoch. Der Grund hierfür dürfte vor allem in der fortbestehenden Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung und in den ungewissen Perspektiven am Arbeitsmarkt liegen. Hierauf deutet jedenfalls die sich bis weit in den Sommer hinein stetig verschlechternde Stimmungslage bei den Verbrauchern hin. In manchen Ländern scheinen auch die hohe Verschuldung der privaten Haushalte und die daraus resultierende Zinsbelastung einer stärkeren Ausweitung der Konsumnachfrage entgegengewirkt zu haben.

Die Unternehmen haben ihre Investitionen in diesem Jahr nochmals eingeschränkt; im Durchschnitt der westeuropäischen Länder (ohne Deutschland) lag das Niveau der Anlageinvestitionen um 1¼ vH niedriger als im Vorjahr. Bei den Ausrüstungsinvestitionen war der Rückgang sogar noch etwas stärker ausgeprägt. Ursache hierfür war vor allem, daß infolge der Rezession in vielen Bereichen die Kapazitäten schon längst nicht mehr voll ausgelastet waren, so daß Neuinvestitionen vielfach nicht notwendig waren und sich angesichts wenig optimistischer Absatzerwartungen auch nicht lohnten. Zusätzlich wurde die Investitionstätigkeit wohl auch durch die vergleichsweise hohen Realzinsen gedämpft; insbesondere die Bautätigkeit sowohl im gewerblichen als auch im Wohnungsbau dürfte hiervon beeinträchtigt worden sein.

Nicht auszuschließen ist zudem, daß die konjunkturelle Erholung in einigen Ländern durch die im September 1992 ausgebrochenen Währungsturbulenzen verzögert worden ist, in deren Verlauf das britische Pfund und die italienische Lira aus dem Wechselkursverbund ausscherten und die spanische Peseta um 5 vH abgewertet wurde (Ziffer 172). Betroffen von der Unruhe an den Devisenmärkten waren nicht nur die EWS-Länder, sondern auch die nordischen Länder, die ihre Währungen zum Teil an den ECU gekoppelt hatten. Die Währungsturbulenzen dürften zu erhöhter Unsicherheit bei den Verbrauchern und den Unternehmern beigetragen haben. Zudem hat die Abwertung von Lira, britischem Pfund und Peseta die Exportmöglichkeiten der übrigen Länder beeinträchtigt. Investitionsentscheidungen sind daher möglicherweise erst einmal zurückgestellt worden.

Schaubild 1

KAPAZITÄTSAUSLASTUNG IM VERARBEITENDEN GEWERBE IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN[1]

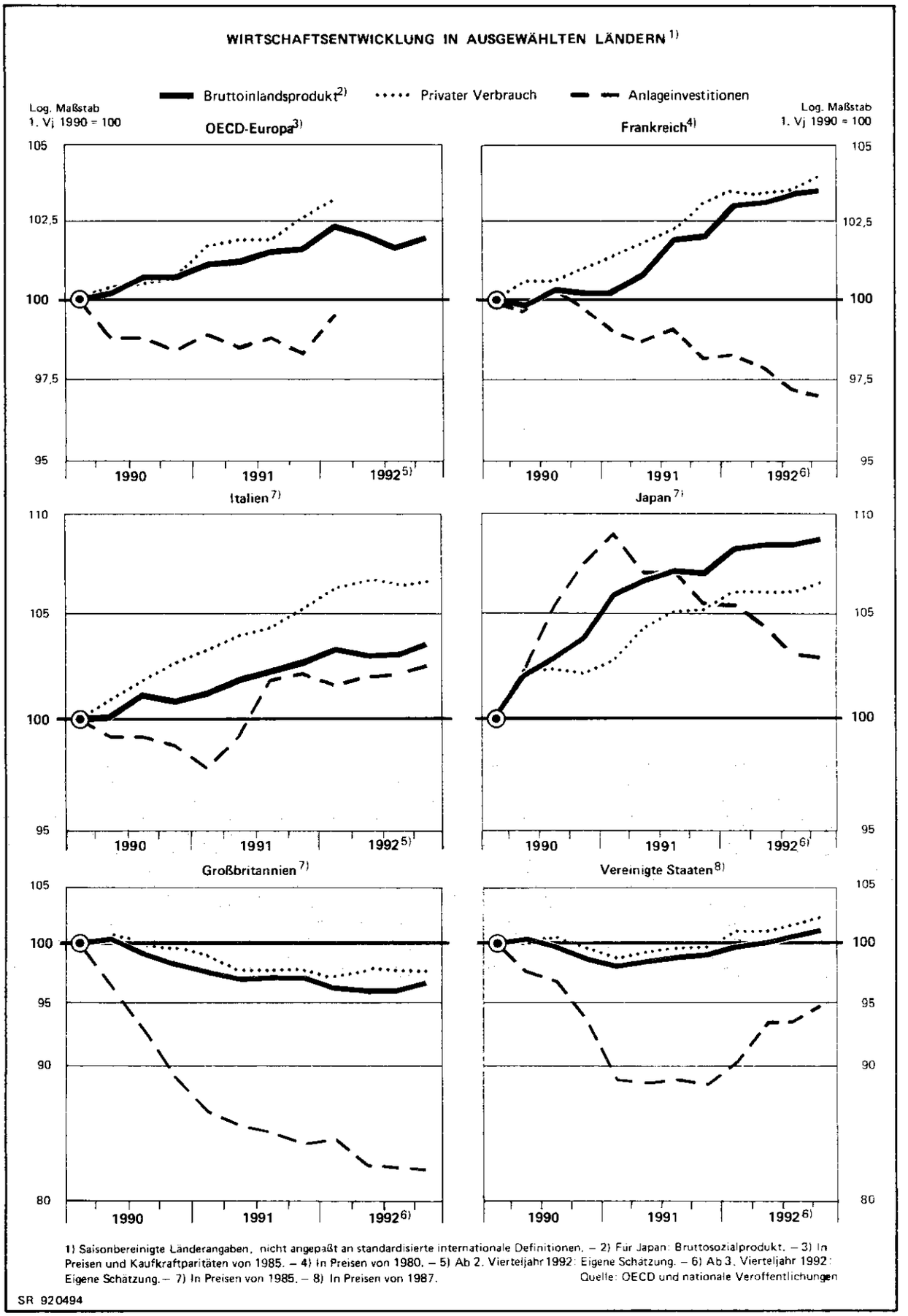


1) Auslastungsgrad der Sachkapazitäten. Ergebnisse basieren auf Unternehmensbefragungen nationaler Stellen mit unterschiedlichen Fragestellungen und Antwortmöglichkeiten (business surveys). 2) Früheres Bundesgebiet. Normale betriebliche Vollauslastung = 100, ohne Chemische Industrie und ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (Quelle: Ifo – Institut für Wirtschaftsforschung). – 3) Bestehende Kapazitäten (= 100) abzüglich des Prozentsatzes der nicht ausgelasteten Kapazitäten, die jedoch mit zusätzlichem Personal genutzt werden könnten, einschl. Bergbau, saisonbereinigt (Quelle: INSEE – Institut National de la Statistique et des Études). – 4) Prozentsatz der Unternehmen mit voll ausgelasteten Kapazitäten (Quelle: CBI – Confederation of British Industry). – 5) Betriebliche Vollauslastung = 100 (Quelle: INSC – Instituto Nazionale per lo Studio della Congiuntura). – 6) Index 1985 = 100 (Index of Operating Rate), saisonbereinigt (Quelle: MITI = Ministry of International Trade and Industry). – 7) Nach Berechnungen des Federal Reserve Board.

Quelle: OECD

SR 92 0506

Schaubild 2



1) Saisonbereinigte Länderangaben, nicht angepaßt an standardisierte internationale Definitionen. – 2) Für Japan: Bruttosozialprodukt. – 3) In Preisen und Kaufkraftparitäten von 1985. – 4) In Preisen von 1980. – 5) Ab 2. Vierteljahr 1992: Eigene Schätzung. – 6) Ab 3. Vierteljahr 1992: Eigene Schätzung. – 7) In Preisen von 1985. – 8) In Preisen von 1987.

Quelle: OECD und nationale Veröffentlichungen

SR 920494

Nachlassende Konjunkturdifferenzierung in Westeuropa

24. In **Frankreich** konnte die konjunkturelle Schwächephase im Vergleich zu anderen großen europäischen Industrieländern relativ früh überwunden werden; auch blieb die Konjunkturabschwächung hier vergleichsweise moderat. Allerdings reichten die Auftriebskräfte nicht aus, den Rückgang des Kapazitätsauslastungsgrades in der Industrie zu stoppen und die Beschäftigung zu erhöhen; die Arbeitslosigkeit hat daher im Jahresverlauf weiter zugenommen.

Der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts dürfte in Frankreich in diesem Jahr 2 vH betragen haben. Dies beruhte vor allem darauf, daß negative Impulse aus dem Außenhandel weitaus weniger zu Buche schlugen als in früheren Jahren. Während sich die Importe nur leicht erhöhten, stieg die Ausfuhr trotz des sich abschwächenden Importsogs aus Deutschland um mehr als 5 vH; der traditionell negative Außenbeitrag ging um mehr als die Hälfte (auf weniger als 1 vH des Bruttoinlandsprodukts) zurück. Insbesondere die französischen Automobilhersteller konnten ihre Marktanteile im Ausland nach der Modernisierung der Produktpalette ausdehnen. Im Vergleich zu früheren Jahren hat die Wettbewerbsfähigkeit französischer Produzenten deutlich zugenommen, und zwar sowohl in Bezug auf die Qualität der hergestellten Produkte wie auch hinsichtlich des Preises. Die auf die Schaffung angebotsfreundlicher Rahmenbedingungen zielende Wirtschaftspolitik der letzten Jahre und die Anstrengungen der Unternehmen zur Verbesserung ihrer Marktposition tragen damit erste Früchte; die französische Wirtschaft ist heute in deutlich besserer Verfassung als zu Beginn der achtziger Jahre. Nicht zu übersehen ist allerdings, daß die Aufwertung des französischen Franc gegenüber den Währungen so wichtiger Handelspartner wie Großbritannien (Exportanteil 9 vH im Jahre 1991), Italien (Exportanteil 11 vH) und Spanien (Exportanteil 7 vH) die Ausfuhrchancen französischer Anbieter zum Jahresende hin deutlich verschlechtert hat.

Die Binnennachfrage blieb demgegenüber vergleichsweise schwach. Der Private Verbrauch expandierte zwar wieder etwas kräftiger als im vergangenen Jahr, im Jahresdurchschnitt um etwa 1½ vH. Bei einem Anstieg der realen verfügbaren Einkommen um fast 2 vH stieg die Sparquote nochmals auf jetzt 13 vH an. Im ganzen reichte die Nachfragebelebung bei weithin unterausgelasteten Kapazitäten jedoch nicht aus, die Unternehmen zu verstärkten Investitionen zu veranlassen; vielmehr ging die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern nochmals zurück. Lediglich die Bauinvestitionen stiegen leicht an.

25. In **Italien** hat die neue Regierung die Sanierung der Staatsfinanzen und der Wirtschaft zu ihrem wichtigsten Anliegen erklärt; auf diese Weise will das Land bis zum Ende des Jahrzehnts die für die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion geforderten Konvergenzkriterien erfüllen. Als dringlichste Aufgaben werden dabei die Eindämmung der ausufernden Haushaltsdefizite des Zentralstaats (mehr als 11 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) und die Rückführung der mit 5½ vH deutlich über dem EG-Durchschnitt liegenden Inflationsrate angesehen. Dazu sind Einschränkungen bei den Sozialausgaben (insbesondere im Rentensystem), Steuererhöhungen, die Aufhebung der Lohnindexierung und ein zweijähriger Lohnstopp vorgesehen. Außerdem soll die Privatisierung von Staatsunternehmen beschleunigt vorangetrieben werden. Selbst wenn es mit diesen Maßnahmen gelingen sollte, die gravierenden Finanzprobleme und die strukturellen Schwächen der italienischen Volkswirtschaft zu beheben, ist kurzfristig aber eher mit nachfragedämpfenden Auswirkungen auf die Wirtschaftstätigkeit zu rechnen. Die in diesem Jahr eingeleiteten Schritte haben daher der ohnehin wenig kraftvollen Konjunkturentwicklung einen zusätzlichen Dämpfer versetzt.

Impulse für die Konjunktur kamen in diesem Jahr vor allem vom Privaten Verbrauch, der um etwa 2 vH zugenommen haben dürfte; in der zweiten Jahreshälfte wirkten sich allerdings die vereinbarte Aufhebung der Lohnindexierung und dadurch niedrigere Lohnsteigerungsraten hemmend auf die Entwicklung der Verbrauchsausgaben aus. Auch die Stimmungslage bei den Konsumenten hat sich nach der Ankündigung von Steueranhebungen und Ausgabeneinsparungen im Sommer spürbar verschlechtert. Hingegen stagnierte die Investitionstätigkeit auf dem Niveau des Vorjahres, zum einen wegen der bei gedrückten Absatzerwartungen weiterhin äußerst hohen — und in der zweiten Jahreshälfte sogar noch steigenden — langfristigen Zinssätze von zuletzt 13½ %, zum anderen wegen der abermals rückläufigen Kapazitätsauslastung. Vom Ausland kamen ebenfalls keine Impulse; der negative Außenbeitrag verschlechterte sich und beträgt mittlerweile 5 vH des Bruttoinlandsprodukts. Die Ursachen hierfür liegen nicht nur in der gedrückten Konjunktur in wichtigen Abnehmerländern, sondern vor allem in der in den letzten Jahren sich immer mehr verschlechternden preislichen Wettbewerbsfähigkeit italienischer Anbieter. Die deutliche Abwertung der Lira nach der Suspendierung der Teilnahme am Interventionsmechanismus des Europäischen Währungssystems hat diesen Wettbewerbsnachteil zwar ausgeglichen; sie wirkte sich aber in diesem Jahr noch nicht anregend auf die Auslandsnachfrage aus.

26. **Großbritannien** ist das westeuropäische Land, in dem die wirtschaftliche Talfahrt wohl am längsten anhielt. Zwar scheinen sich Nachfrage und Produktion zuletzt stabilisiert zu haben, doch konnten sich die konjunkturellen Auftriebskräfte bislang noch nicht auf breiter Front durchsetzen. Im Jahresdurchschnitt ist das reale Bruttoinlandsprodukt daher ein weiteres Mal gesunken; es lag etwa 1 vH niedriger als im vergangenen Jahr. Die Rezession hat sich über neun Quartale hingezogen und war damit eine der längsten und schwersten der britischen Nachkriegsgeschichte; im Vergleich zum 2. Quartal 1990 verminderte sich die Produktion um 5 vH. Die Anzahl der Beschäftigten ist im Verlauf des Konjunkturabschwungs um mehr als 5 vH zurückgegangen, und die Arbeitslosenquote liegt mittlerweile bei 10,4 vH.

Vom Privaten Verbrauch gingen auch in diesem Jahr keine Impulse aus; im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die reale Konsumnachfrage sogar nochmals leicht. Ursache hierfür war zum einen, daß sich die

verfügbaren Realeinkommen auch als Folge relativ niedriger Lohnabschlüsse nur mäßig erhöhten. Zum anderen stieg die Sparquote kräftig an; sie liegt jetzt bei mehr als 12 vH, nach 10,3 vH im vergangenen Jahr und 5,4 vH im Jahre 1988. Offenbar stand die vergleichsweise hohe Verschuldung vieler Haushalte bei gleichzeitigem Preisverfall auf den Immobilienmärkten — vielfach übersteigt die Hypothekenverschuldung den Wert der Häuser — einer stärkeren Belebung der Verbrauchsnachfrage entgegen; zusammen mit der fortbestehenden Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung und der verbreiteten Sorge um den Arbeitsplatz hat dies die Bereitschaft zu zusätzlichen, möglicherweise sogar kreditfinanzierten Konsumgüterkäufen erheblich beeinträchtigt. Zudem hat sich die Einschätzung der Verbraucher hinsichtlich ihrer finanziellen Möglichkeiten im Verlauf dieses Jahres eher weiter verschlechtert. Es ist daher zu erwarten, daß die hohe Verschuldung der Haushalte in Großbritannien auch weiterhin einer stärkeren Belebung der Verbrauchsnachfrage entgegensteht.

Auch die Investitionstätigkeit kam in diesem Jahr nicht in Schwung. Die Bauproduktion wurde als Folge eines Überangebots an gewerblich und privat nutzbaren Immobilien bis zuletzt weiter eingeschränkt. Da zudem die Produktionsanlagen in weiten Bereichen der Wirtschaft nur unzureichend ausgelastet waren, blieb auch die Nachfrage der Unternehmen nach Ausrüstungsgütern schwach. Insgesamt ging das private Investitionsvolumen in diesem Jahr nochmals um fast 3 vH zurück.

Wieder stärker angestiegen ist demgegenüber die Exportnachfrage, zum einen weil viele Unternehmen angesichts der schleppenden Entwicklung an den heimischen Märkten ihre Exportanstrengungen intensivierten, zum anderen weil die konjunkturelle Dynamik bei wichtigen Handelspartnern britischer Firmen stärker blieb als im eigenen Land. Das Ausfuhrvolumen konnte in diesem Jahr um 3 vH ausgedehnt werden. Dies wurde freilich durch einen mit 6 vH deutlich stärkeren Anstieg der Importe überkompensiert, was wenigstens zum Teil auf die bis zur Suspendierung der Teilnahme am Interventionsmechanismus des Europäischen Währungssystems überhöhte Bewertung des britischen Pfundes zurückgehen dürfte. Vor allem Grundstoffe, aber auch Fertigwaren wurden mehr als im vergangenen Jahr eingeführt. Per Saldo gingen somit vom Außenhandel dämpfende Impulse auf die Konjunkturlage aus; der negative Außenbeitrag stieg auf 4 vH des Bruttoinlandsprodukts.

27. Unter den kleineren europäischen Ländern stellte sich die Konjunkturlage vergleichsweise günstig in den **Niederlanden** und in **Österreich** dar. Hier schwächte sich die Expansion in den vergangenen zwei Jahren nur geringfügig ab, und auch in diesem Jahr verzeichneten diese beiden Länder überdurchschnittliche Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts. Zwar wickeln beide Staaten einen besonders hohen Anteil ihres Außenhandels mit Deutschland ab, so daß sie ganz besonders vom Nachlassen des vereinigungsbedingten Nachfragesogs aus Deutschland betroffen waren; vielfach konnten die Exporteure jedoch andere Märkte für sich erschließen, so daß sich die Konjunkturschwäche in Deutschland nur wenig auf diese Länder auswirkte. Österreich zog dabei Nutzen aus der Nachfragebelebung in den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten; allerdings machen sich Anbieter aus gerade diesen Ländern mehr und mehr auch als Konkurrenten für österreichische Unternehmen bemerkbar. Auch in **Dänemark** hat sich die weltweite Konjunkturflaute nur in abgeschwächter Form gezeigt. Ausschlaggebend hierfür war vor allem, daß die preisliche Wettbewerbsfähigkeit dänischer Anbieter dank niedrigerer Preissteigerungsraten bei stabilen nominalen Wechselkursen gegenüber wichtigen Handelspartnern gestiegen ist. Darüber hinaus haben sich auch die Angebotsbedingungen in der dänischen Wirtschaft in den letzten Jahren nachhaltig verbessert. Daher konnte Dänemark die konjunkturelle Abschwächung vergleichsweise rasch überwinden.

28. In anderen Ländern konnten sich die wirtschaftlichen Expansionskräfte hingegen auch in diesem Jahr nicht in voller Breite durchsetzen. In der **Schweiz** stagnierte die gesamtwirtschaftliche Produktion, nachdem sie im vergangenen Jahr sogar leicht geschrumpft war. Ausschlaggebend hierfür war ein weiterer Rückgang der Binnennachfrage; der Export konnte sich demgegenüber festigen, und der Außenbeitrag stieg kräftig an. In **Spanien** flachte sich die gesamtwirtschaftliche Expansion weiter ab. Zwar wurde die Konjunktur in der ersten Jahreshälfte noch wegen eines weiteren Anstiegs der öffentlichen Investitionen für die Durchführung der Olympischen Spiele und der Weltausstellung gestützt; auch die mit diesen Großveranstaltungen verbundene Steigerung der Einnahmen aus dem Tourismus hat der Konjunktur einige Impulse verleihen können. Infolge forcierter Konsolidierungsbemühungen in den öffentlichen Haushalten schwächten sich die Auftriebskräfte im weiteren Jahresverlauf jedoch deutlich ab, so daß der jahresdurchschnittliche Zuwachs des Bruttosozialprodukts nur bei 1½ vH lag.

Auch in den nordischen Ländern war noch keine durchgreifende Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zu erkennen. Lediglich in **Norwegen** expandierte die Wirtschaft, vor allem dank höherer Erdölexporte. Andere Wirtschaftszweige konnten ihre Produktion hingegen nur leicht steigern; infolge finanzieller Anspannungen im Unternehmenssektor und bei den privaten Haushalten hat die Nachfrage hier nur mäßig zugenommen. **Finnland, Schweden** und **Island** hatten demgegenüber nochmals einen Rückgang des realen Bruttosozialprodukts hinzunehmen. Konjunkturdämpfend wirkten sich hier vor allem weitere Bemühungen um eine Verringerung der aus der Vergangenheit herrührenden makroökonomischen Ungleichgewichte durch Kürzung staatlicher Ausgaben und eine Verschärfung des geldpolitischen Restriktionskurses aus. Hinzu kamen die Währungsturbulenzen im Herbst des Jahres, die vor allem in Schweden zeitweilig drastische Zinserhöhungen notwendig machten. Die finnische Wirtschaft hatte zudem weiter unter den Folgen des Zusammenbruchs der für dieses Land ehedem so bedeutenden Ostmärkte zu leiden. Nach einer Abnahme der Ausfuhr um 6,3 vH im vergangenen Jahr konnten jedoch

wieder Marktanteile im Ausland zurückerobert und neue hinzugewonnen werden, vor allem dank der drastischen Abwertung der Finnmark im Herbst 1991. Die erneute Abwertung der Finnmark nach der Freigabe des Wechselkurses im September dieses Jahres dürfte sich demgegenüber noch nicht belebend auf die Wirtschaft ausgewirkt haben.

Wenig Spielraum für die Wirtschaftspolitik

29. Geldpolitische Impulse für eine stärkere Konjunkturbelebung blieben in den westeuropäischen Ländern bis zum Spätsommer weitgehend aus. Bestimmend hierfür war in erster Linie die auf die übrigen Länder ausstrahlende Geldpolitik der Deutschen Bundesbank, die bis zum Spätsommer die kurzfristigen Zinsen auf einem Niveau von mehr als 9 1/2 % hielt. Zur Verteidigung ihres Wechselkurses waren die Notenbanken der übrigen am Europäischen Währungssystem beteiligten Staaten ebenfalls zur Beibehaltung hoher Zinsen gezwungen, obwohl mancherorts Zinssenkungen aus konjunkturellen Gründen als erwünscht und angesichts des erreichten Niveaus an Preisstabilität auch als möglich angesehen wurden. Einige andere europäische Staaten — Österreich, die Schweiz und zum Teil auch die nordischen Länder —, die ihre Währungen an das Europäische Währungssystem gekoppelt haben, folgten ebenfalls dem von der Deutschen Bundesbank eingeschlagenen Kurs. Frankreich und Großbritannien haben im Frühjahr den monetären Kurs innerhalb der von der deutschen Geldpolitik vorgegebenen Grenzen leicht gelockert. Auch Portugal, das im April dem Interventionsmechanismus des Europäischen Währungssystems beitrat, konnte die Zinsen im Jahresverlauf leicht zurücknehmen.

In manchen Ländern waren freilich zur Abwehr von spekulativ bedingten Kapitalabflüssen deutliche Zinssteigerungen erforderlich. Hierzu zählte vor allem Italien, wo die Zinsen im Sommer zeitweilig um mehr als 2 Prozentpunkte angehoben werden mußten, um den Wechselkurs der Lira innerhalb der im Europäischen Währungssystem vorgegebenen Bandbreite halten zu können. Zinserhöhungen waren im September auch in Frankreich nötig. Bereits im Frühjahr geriet die Finnmark — und mit ihr die schwedische Krone — zeitweilig unter erheblichen Abwertungsdruck und konnte nur durch drastische Zinssteigerungen stabilisiert werden; im Spätsommer mußte die bis dahin verfolgte Strategie einer Stabilisierung der Finnmark gegenüber dem ECU allerdings aufgegeben werden. Der Kurs der schwedischen Krone konnte nur durch massive Zinssteigerungen — die Leitzinsen wurden zeitweilig auf 500 % angehoben — stabilisiert werden.

Nach der Neufestsetzung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem, dem Ausscheiden von Lira und Pfund aus dem Interventionsmechanismus und einer Lockerung der Refinanzierungskonditionen in Deutschland konnten die kurzfristigen Zinsen in den meisten europäischen Staaten etwas zurückgenommen werden. Für die konjunkturelle Entwicklung in diesem Jahr sind die Zinssenkungen jedoch ohne Bedeutung geblieben.

30. Die Expansion der Geldmengenaggregate blieb in den meisten europäischen Ländern äußerst schwach; nach Bereinigung um den Anstieg der Verbraucherpreise lagen die weit gefaßten Geldmengenaggregate im Sommer meist nur wenig höher als ein Jahr zuvor (Schaubild 3). In einigen Ländern kam es sogar zu einem Rückgang der realen Geldmenge; in Italien stieg sie dagegen.

31. Auch die Finanzpolitik hat in den meisten europäischen Ländern nicht zu einer Stimulierung der Konjunktur beigetragen. Nahezu überall waren die budgetpolitischen Spielräume aufgrund unzureichender Konsolidierungserfolge in den Jahren zuvor relativ gering. Die Priorität mußte vielmehr auf weiterer Konsolidierung liegen, zumal eine Ausweitung der Budgetdefizite wegen der im Zusammenhang mit der geplanten Europäischen Währungsunion vereinbarten Konvergenzkriterien vermieden werden sollte. Die in diesem Jahr dennoch festzustellende Erhöhung der öffentlichen Haushaltsdefizite — im Durchschnitt der europäischen Industriestaaten stiegen die Budgetdefizite von 4,1 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 5 1/2 vH an — gingen im wesentlichen auf konjunkturell bedingte Mehrausgaben oder Steuermindereinnahmen zurück. Lediglich in Großbritannien und — in freilich geringerem Maße — auch in Frankreich wurden zur Überwindung der Konjunkturschwäche expansive finanzpolitische Maßnahmen in die Wege geleitet.

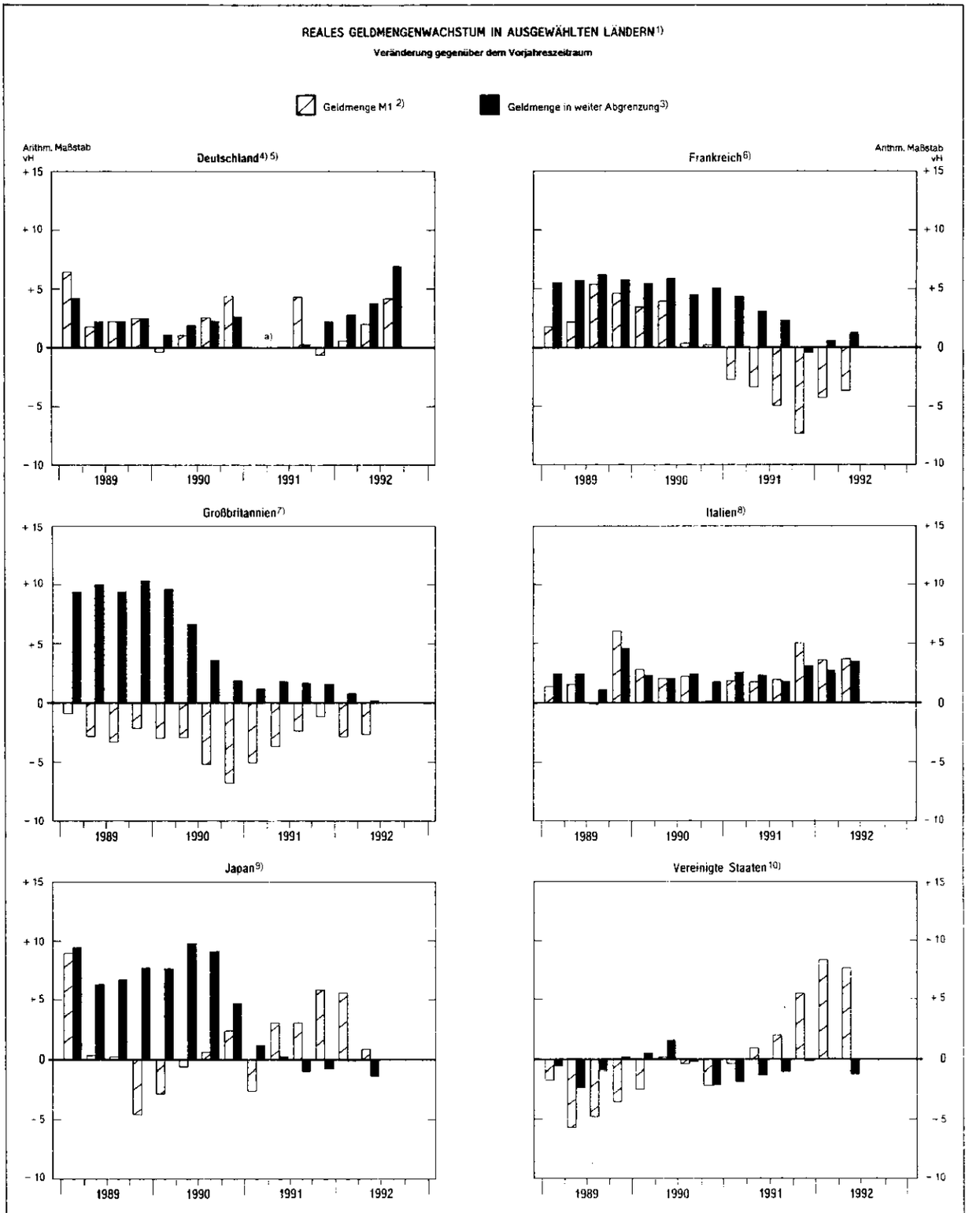
Zunahme der Arbeitslosigkeit in den Industrieländern

32. Die Beschäftigungsexpansion vergangener Jahre ist im Zuge der konjunkturellen Abschwächung zum Stillstand gekommen (Schaubild 4). Nur in den Vereinigten Staaten gab es im Jahresverlauf eine wieder stärker zunehmende Arbeitskräftenachfrage. In Europa wurden im Durchschnitt dieses Jahres weniger Personen beschäftigt als im Jahr zuvor. Vor allem in Großbritannien wurden Arbeitsplätze abgebaut; die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer lag hier zuletzt um mehr als 5 vH niedriger als im Jahre 1990.

Bei einem nochmaligen Anstieg des Angebots an Arbeitskräften hat sich die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern in diesem Jahr deutlich erhöht; in den OECD-Ländern waren im Jahresdurchschnitt mehr als 30 Millionen Personen als arbeitslos registriert, das sind fast 8 vH aller Erwerbspersonen. Anders als in früheren Phasen konjunktureller Abschwächung nahm dabei auch die Arbeitslosigkeit in einigen bisher von konjunkturellen Einflüssen kaum berührten Dienstleistungsberufen deutlich zu.

In Großbritannien stieg die Arbeitslosigkeit am stärksten an. Die Arbeitslosenquote hat sich hier von 8,3 vH im vergangenen Jahr auf 10 1/2 vH im Herbst dieses Jahres erhöht. Auch in den anderen europäischen Staaten nahm die Anzahl der Arbeitslosen deutlich zu; insgesamt waren in Europa im Durchschnitt dieses Jahres 10 vH aller Erwerbspersonen ohne Beschäftigung. In den Vereinigten Staaten stieg die Arbeitslosigkeit hingegen nur noch langsam an; die Arbeitslosenquote verharrte auf einem Stand von 7,5 vH.

Schaubild 3



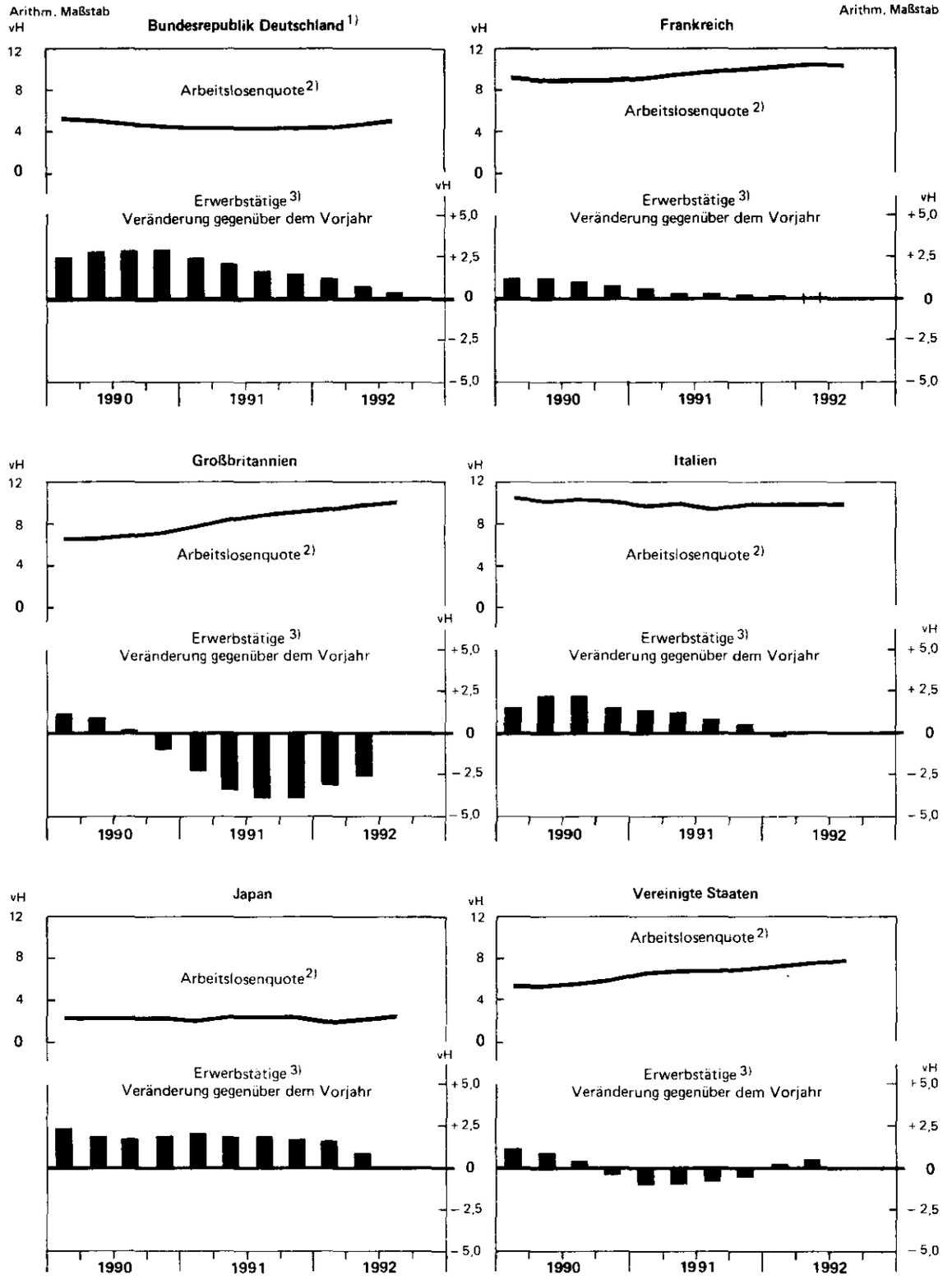
1) Geldmengen deflationiert mit dem Preisindex des Privaten Verbrauchs (1985 = 100).– 2) Bargeldumlauf und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken. Für Großbritannien: Geldmenge M0 = Bargeldumlauf und Bankreserven.– 3) Siehe Fußnoten (5 bis 10) an den jeweiligen Länderbezeichnungen.– 4) Gebietsstand: Für die Geldmengen bis einschließlich 4. Vierteljahr 1990 früheres Bundesgebiet, danach einschließlich neue Bundesländer und Berlin (Ost); für den Preisindex im gesamten Zeitraum früheres Bundesgebiet.– 5) Geldmenge M3 = M1 zuzüglich Termineinlagen bis unter vier Jahren inländischer Nichtbanken und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist inländischer Nichtbanken.– 6) Geldmenge M3 = M1 zuzüglich zinstragender Sichteinlagen bei Banken und Sparkassen, Einlagen in fremder Währung, nicht handelbare Einlagen bei Banken und dem Schatzamt sowie Geldmarkteinlagen (Geldmarktzertifikate, Wechsel finanzieller Institute und der "Caisse Nationale des Télécommunications").– 7) Geldmenge M4 = Bargeldumlauf, Sicht-, Termin- und Spareinlagen.– 8) Geldmenge M2 = M1 zuzüglich Einlagen in Lira von Gebietsansässigen bei Banken (Termin- und Spareinlagen plus Geldmarktzertifikate) und Spareinlagen bei Postämtern.– 9) Geldmenge M2 + CD = M1 zuzüglich Quasigeld (Einlagen des privaten und des öffentlichen Sektors sowie Ratenzahlungen von Sogo Banken abzüglich Sichteinlagen bei Finanzinstituten, die der Bankenaufsicht unterstehen sowie Einlagenzertifikate (CD).– 10) Geldmenge M2 = M1 zuzüglich täglich fälliger Wertpapierpensionsgeschäfte der Geschäftsbanken, von Zweigstellen der US – Banken im Ausland an Gebietsansässige der Vereinigten Staaten ausgegebene täglich fällige Eurodollars, Anlagekonten mit eingeschränkten Zahlungsverkehrsmöglichkeiten ("MMDA"), Spareinlagen, Termineinlagen mit einer kleinen Stückelung und Guthaben in für die Allgemeinheit und für Händler im Freiverkehr bestimmte Geldmarkt – Investmentfonds.– a) Keine Angaben wegen Ausweitung des Währungsgebietes auf die neuen Bundesländer und Berlin (Ost).

Quellen: IWF, OECD, nationale Veröffentlichungen

SR 92 0495

Schaubild 4

ARBEITSLOSIGKEIT UND BESCHÄFTIGUNG IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN



1) Früheres Bundesgebiet. – 2) Von der OECD aus nationalen Angaben standardisierte Arbeitslosenquoten (berechnet aus saisonbereinigten Zahlen): Anteil der Arbeitslosen (gemäß Definition der ILO) an den gesamten Erwerbspersonen. – 3) Zivile Erwerbstätige. Quelle: OECD

SR 920493

In Japan stellt Arbeitslosigkeit demgegenüber trotz der konjunkturellen Abschwächung noch kein wirtschaftspolitisches Problem dar. Der vorausgegangene Aufschwung hatte hier nämlich zu einer überaus kräftigen Nachfrage nach Arbeitskräften geführt. In Erwartung einer auch langfristig fortbestehenden Knappheit an qualifizierten Arbeitnehmern haben die Unternehmen auf die nachlassende konjunkturelle Dynamik vor allem mit einem Abbau von Überstunden reagiert, auf Freisetzungen jedoch so weit wie möglich verzichtet. Teilweise haben sie sogar ihre Belegschaften noch vergrößert, so daß die Beschäftigung bis weit ins Jahr hinein anstieg. Die Arbeitslosenquote verharrte auf einem weithin als Vollbeschäftigungsniveau interpretierten Stand von 2,2 vH.

33. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gilt in vielen Ländern heute als die vorrangige wirtschaftspolitische Aufgabe. Einige Länder haben daher spezielle arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergriffen, so zum Beispiel Beschäftigungsprogramme für Langzeitarbeitslose (Frankreich) oder die Förderung von arbeitsplatzschaffenden Investitionen (Dänemark).

Bei der Einführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ist freilich zu bedenken, daß die derzeitigen Arbeitsmarktprobleme in den Industrieländern zum größten Teil nicht auf die zyklische Konjunkturabschwächung zurückzuführen sind. Vielmehr ging die Arbeitslosigkeit während des letzten Konjunkturaufschwungs in einer Reihe von Ländern nur sehr schleppend zurück oder stieg — wie in einigen europäischen Ländern — sogar noch an. Die jüngste Zunahme der Arbeitslosenquoten vollzog sich daher von einem vergleichsweise hohen Niveau aus. Das spricht dafür, daß die Arbeitslosigkeit noch andere als konjunkturelle Ursachen hat. So klagten beispielsweise noch im Jahre 1989 die Unternehmen in vielen Ländern über die mangelnde Übereinstimmung von gesuchten und angebotenen Qualifikationen. Eine Ursache hierfür dürfte darin liegen, daß die Arbeitskräfte in manchen Ländern nicht entsprechend den Erfordernissen einer modernen Industriegesellschaft ausgebildet sind. Zusätzlich könnte in manchen Ländern ein stärkerer Abbau der Arbeitslosigkeit auch durch restriktive Arbeitsmarktregulierungen verhindert worden sein. Außerdem gab es in vielen Ländern beträchtliche regionale Unterschiede in den Arbeitslosenquoten, was auf eine eingeschränkte Mobilität vieler Arbeitsuchender hindeutet. Vor allem in den europäischen Ländern verschlechterten sich die Chancen vieler Arbeitsuchender auch durch eine sehr lange Dauer der individuellen Arbeitslosigkeit. Teilweise mag schließlich auch eine nicht an die jeweiligen Knappheiten angepaßte Lohnstruktur den Abbau der Arbeitslosigkeit erschwert haben.

Abnehmender Inflationsdruck

34. Der Preisauftrieb hat sich in diesem Jahr fast überall abgeschwächt (Schaubild 5). Im Durchschnitt der Industriestaaten übertrafen die Verbraucherpreise ihr Vorjahresniveau in diesem Jahr um 3¾ vH; im Jahr 1991 hatte die durchschnittliche Inflationsrate noch 4,8 vH betragen. Ohne die Türkei, die in den vergangenen Jahren eine sehr hohe Inflationsrate (70 vH im Jahre 1992) aufwies, beträgt die durchschnittliche Preissteigerungsrate 3¼ vH (Vorjahr: 4,4 vH). Nach wie vor gibt es allerdings deutliche Unterschiede hinsichtlich des erreichten Maßes an Preisniveaustabilität; während die Verbraucherpreise in Westeuropa um durchschnittlich 4¼ vH (Vorjahr 5,3 vH) anstiegen, ging der Preisauftrieb in den Vereinigten Staaten um knapp 1 Prozentpunkt auf nur noch 3 vH zurück, und in Kanada ermäßigte sich die Inflationsrate gar von 4,8 vH im vergangenen Jahr auf nur noch 1½ vH in diesem. Auch in Japan konnte der Preisauftrieb eingedämmt werden; die Verbraucherpreise stiegen hier mit einer Rate von 2 vH an.

Unter den europäischen Ländern konnte vor allem Großbritannien die Preissteigerungsrate auf der Verbraucherstufe deutlich reduzieren; die Teuerung ging hier von 7,5 vH im letzten Jahr auf 4 vH zurück. Dies war zu einem guten Teil durch den Rückgang der Hypothekenzinsen bedingt, die in Großbritannien bei der Ermittlung des Preisindex berücksichtigt werden. In Frankreich, Dänemark und Belgien ermäßigte sich der Preisauftrieb auf weniger als 3 vH. Demgegenüber wiesen die südeuropäischen Länder (Italien, Spanien, Portugal und Griechenland) noch immer eine überdurchschnittlich hohe Inflationsrate auf; allerdings lagen die laufenden Preissteigerungsraten auch hier deutlich niedriger als im Vorjahr.

35. Der Rückgang der Preissteigerungsraten vollzog sich, bei in zahlreichen Ländern stabilitätsorientierter Geldpolitik, vor dem Hintergrund der schwachen Expansion der Nachfrage; bei meist rückläufiger Kapazitätsauslastung haben sich die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen verengt. Preisstabilisierend wirkten sich außerdem die maßvolleren Nominallohnsteigerungen aus, die in diesem Jahr unter dem Eindruck der wieder stärker zunehmenden Arbeitslosigkeit deutlich niedriger ausfielen als in den Jahren zuvor. Hatte der Anstieg der Einkommen je abhängig Industriebeschäftigten in den OECD-Staaten im Durchschnitt der achtziger Jahre noch mehr als 6 vH betragen, so stiegen die Löhne je Beschäftigten in diesem Jahr nur noch um 4½ vH. Da gleichzeitig die Arbeitsproduktivität wieder etwas stärker zunahm, belief sich der Anstieg der Lohnstückkosten nur noch auf 2½ vH; im Vorjahr waren es 4,2 vH gewesen.

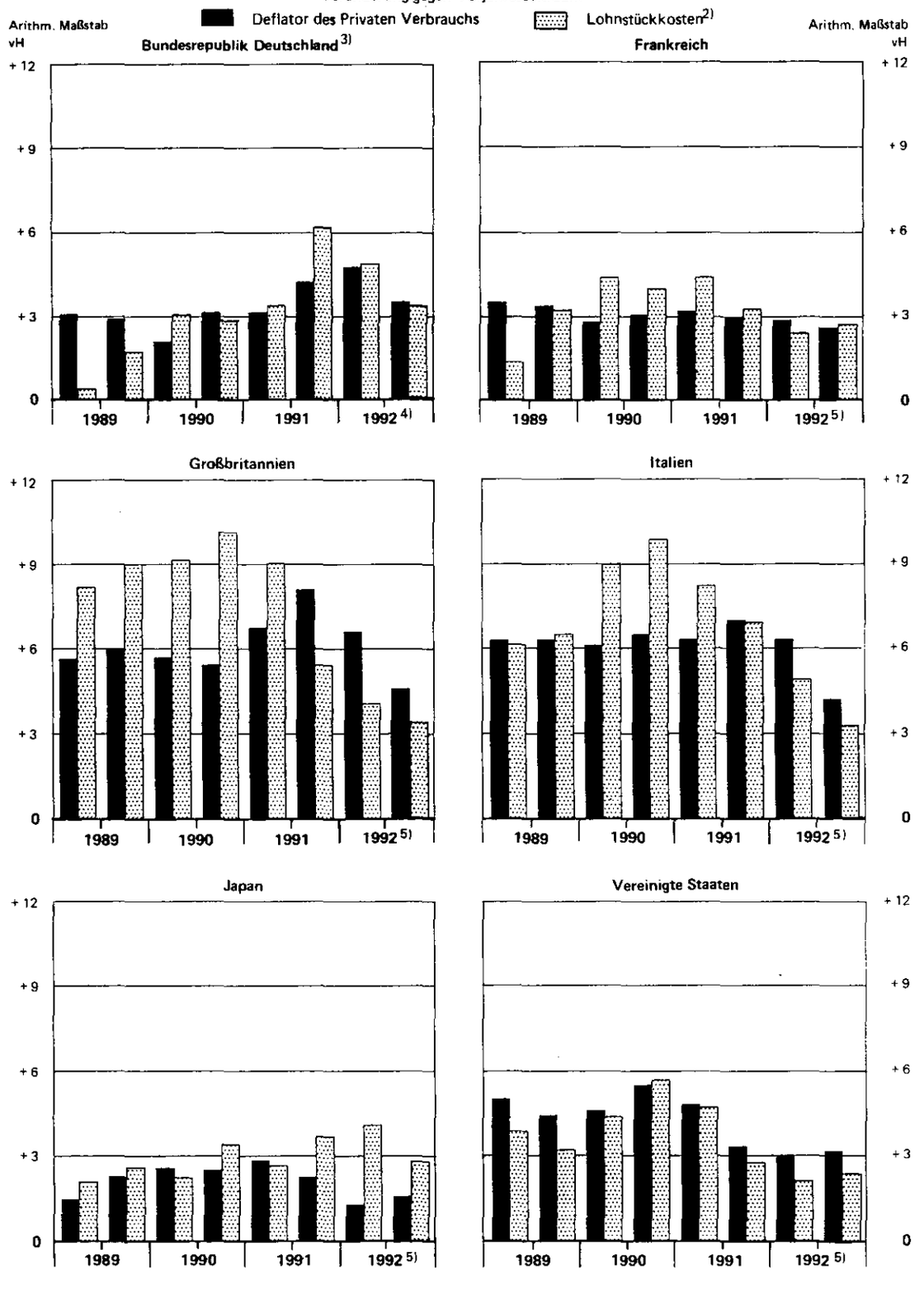
In vielen Ländern wurde der Preisauftrieb dadurch gedämpft, daß die Importpreise nur leicht anstiegen oder sogar sanken. Ein Grund hierfür ist darin zu sehen, daß sich der Dollarkurs im Durchschnitt dieses Jahres deutlich ermäßigte; vor allem in Japan, aber auch in einigen europäischen Ländern hat dies zu rückläufigen Importpreisen beigetragen. Stabilisierend wirkte sich auch aus, daß die Weltmarktpreise für Rohstoffe angesichts der Nachfrageschwäche in den Verbraucherländern bis zur Jahresmitte nur leicht anstiegen und erst in der zweiten Jahreshälfte wieder stärker anzogen. Die Verteuerung von Rohwaren im Jahresverlauf reichte nicht aus, die Preissenkungen des vergangenen Jahres rückgängig zu machen; im Durchschnitt lagen die Rohstoffpreise auf Dollarbasis leicht unter dem Niveau des Vorjahres.

In Europa — wo im Zuge der Vollendung des Binnenmarktes eine Harmonisierung der Verbrauchsteuersätze angestrebt wird — wurde die Preisentwicklung

Schaubild 5

ZUR ENTWICKLUNG DER VERBRAUCHERPREISE UND DER LOHNSTÜCKKOSTEN IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum[1]



1) Halbjahreswerte aus saisonbereinigten Vierteljahresdaten.– 2) In der Definition der OECD; Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit reales Bruttoinlandsprodukt.– 3) Früheres Bundesgebiet; nationale Quellen.– 4) Eigene Schätzung.– 5) Schätzung der OECD vom Mai 1992.

Quelle: OECD

SR 920492

schließlich auch durch die Anpassung der Steuersätze bei verschiedenen indirekten Steuern beeinflußt (Tabelle 2). Nach Schätzungen der OECD dürfte dies den Preisauftrieb in den europäischen Ländern im ganzen leicht beschleunigt haben.

Risiken für den freien Welthandel

36. Das Beispiel der europäischen Integration findet mehr und mehr auch in anderen Weltregionen Nachahmung. So schlossen in diesem Jahr die Vereinigten Staaten, Kanada und Mexiko ein Freihandelsabkommen (North American Free Trade Agreement), das freilich nur als erster Schritt auf dem Wege zur Bildung eines panamerikanischen Freihandelsraumes verstanden werden soll. In Südamerika streben Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und neuerdings auch Bolivien die Bildung eines gemeinsamen Marktes (Mercosur) bis zum 1. Januar 1995 an; Venezuela und Kolumbien haben Verhandlungen zur Bildung einer Freihandelszone unter Einbeziehung von Mexiko aufgenommen. Auch in Ost- und Südostasien wurden die Anstrengungen zur Bildung eines gemeinsamen Marktes verstärkt. So haben sich die ASEAN-Staaten auf die vollständige Liberalisierung ihres Außenhandels bis zum Jahre 2008 verständigt. Australien und Neuseeland haben bereits im Jahre 1990 sämtliche Hemmnisse im bilateralen Handel abgeschafft und streben die Gründung einer Freihandelszone innerhalb der Asian Pacific Economic Cooperation (APEC) an, der neben Japan und den anderen ostasiatischen Staaten auch Kanada und die Vereinigten Staaten angehören. Unabhängig davon hat Japan seine Bemühungen um eine koordinierte Industriepolitik in den ostasiatischen Ländern mit dem Ziel verstärkt, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Region zu fördern.

Die Bildung von regional begrenzten Freihandelszonen begünstigt über die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums zwar auch den Handel zwischen den Regionen, birgt aber auch erhebliche Risiken für den Welthandel. Es besteht die Gefahr, daß aus den Freihandelszonen Blöcke entstehen, die den Handelsverkehr untereinander beschränken und ihre Konflikte in Form von Handelskriegen austragen und durch Vereinbarungen zu Lasten Dritter oder durch wettbewerbsverzerrende politische Kompromisse lösen. Auch die Europäische Gemeinschaft ist gegen diese Gefahr nicht gefeit.

37. Wie akut die Gefahren der Blockbildung für die Freizügigkeit des Welthandels bereits sind, zeigen die nun schon sechs Jahre andauernden GATT-Verhandlungen zur weiteren Liberalisierung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs im Rahmen der Uruguay-Runde. Die im Jahre 1986 unter großen Anlaufschwierigkeiten in Punta del Este begonnenen Verhandlungen sollten die in der Nachkriegszeit erreichte Freizügigkeit im internationalen Handel sichern und ausbauen. Zu ihren Zielen gehören

- der weitere Abbau von Zöllen, insbesondere der hohen Sätze bei sensiblen Produkten, und die Eindämmung der nicht-tarifären Handelshemmnisse,
- die Einbeziehung von Ausnahmebereichen (insbesondere Agrarprodukte sowie Textilien und Bekleidung) unter die Regeln des GATT,
- Vorkehrungen gegen die mißbräuchliche Anwendung von GATT-konformen Schutzmaßnahmen gegen Importe,
- die Erweiterung des GATT auf den Handel mit Dienstleistungen und den Schutz geistigen Eigentums,
- institutionelle Reformen zur Überwachung von Verstößen gegen das GATT und zur Schlichtung von Streitfällen.

Im Frühjahr 1992 hatte es den Anschein, als könnten die widerstreitenden Interessen der 108 Teilnehmerstaaten in Form einer Paketlösung in Einklang gebracht und substantielle Fortschritte in allen Bereichen erzielt werden. Ein erfolgreicher Abschluß — ursprünglich war das Ende der Verhandlungen für Ende 1990 vorgesehen — wurde jedoch durch den Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft über die Exportsubventionen, Importbeschränkungen und flächengebundene Beihilfen an die Landwirte im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik blockiert. Beispielsweise war die EG-Ölsaatenmarktordnung durch zwei Panelentscheidungen des GATT als mit den GATT-Regeln nicht vereinbar bezeichnet worden; die Vereinigten Staaten bestehen darauf, daß die EG das widerrechtliche Subventionssystem aufgibt oder angemessene Kompensationszahlungen leistet. Die EG hat im Frühjahr 1992 mit Neuregelungen für den Getreidemarkt und den Rindfleischmarkt, die erstmals die stärkere Hinwendung zu einer marktorientierten Preispolitik vorsehen, zwar die Voraussetzungen für einen Kompromiß geebnet. Doch scheitert die Einigung bislang am Widerstand der französischen Regierung. Wie zu erwarten war, hat daraufhin die amerikanische Regierung Anfang November angekündigt, gezielt Strafzölle gegen Produkte aus der Gemeinschaft zu verhängen; für diesen Fall hat die französische Regierung Vergeltungsmaßnahmen gefordert. Beides wäre GATT-widrig.

Die Blockade durch die Europäische Gemeinschaft verstößt schon aufgrund des geringen und abnehmenden Gewichts der Landwirtschaft in der Gesamtwirtschaft und im Außenhandel gegen europäische Interessen. Für einzelne Mitgliedstaaten gibt es allerdings den Anreiz, auf Interventionen zu bestehen, die zwar die Steuerzahler oder Konsumenten aller Mitgliedstaaten belasten, aber vorzugsweise eigenen Produzenten zugute kommen. Die anderen Länder können sich allerdings gegen derartigen Protektionismus wehren, indem sie die betreffende Regierung im EG-Ministerrat überstimmen. Es wäre ein schlechtes Vorzeichen für die weltwirtschaftliche Entwicklung, wenn die Bundesregierung in solchen Konflikten nicht mehr verläßlich auf der Seite des Freihandels stünde. Ließe man zu, daß sich die Gemeinschaft protektionistisch verhält, und sei es nur auf einzelnen Gebieten, so wird sie andere wichtige Partnerländer, allen voran die Vereinigten Staaten, nicht davon abbringen können, ähnliches zu tun. Handelskriege nützen letztlich niemandem: Der Warenaustausch

Tabelle 2

Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland

Datum	
	Internationale Ereignisse
1991	
5. Dezember	Die Präsidenten der Andenstaaten (Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru und Venezuela) beschließen, zum 1. Januar 1992 eine Zollunion zu gründen; Peru und Ecuador sollen allerdings erst zum 1. Juli 1992 beitreten. Infolge fehlender Einigung über die Zollsätze verzögert sich das Inkrafttreten des Vertrages.
1992	
28. Januar	Die sechs ASEAN-Staaten einigen sich auf die Gründung einer Freihandelszone bis zum Jahr 2008.
8. Juli	Die Staats- und Regierungschefs der sieben wichtigsten Industriestaaten sowie der Präsident der EG-Kommission treffen in München zum Weltwirtschaftsgipfel zusammen.
12. August	Die Vereinigten Staaten, Kanada und Mexiko einigen sich auf die Bildung einer Freihandelszone in Nordamerika (North American Free Trade Agreement).
5. November	Die Vereinigten Staaten kündigen Strafzölle gegen EG-Agrarprodukte an, um auf diese Weise die festgefahrenen GATT-Verhandlungen doch noch zu einer Lösung zu bringen.
	Europäische Gemeinschaft
1991	
11. Dezember	Die EG-Staats- und Regierungschefs einigen sich in Maastricht auf einen Zeitplan zur Schaffung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU). Danach soll der Eintritt in die 2. Phase zur EWWU zum 1. Januar 1994 geschehen; die 3. Phase beginnt frühestens zum 1. Januar 1997, spätestens zum 1. Januar 1999. Die Teilnahme ist für alle Mitgliedstaaten verbindlich, die bestimmte Konvergenzkriterien erfüllen; lediglich Großbritannien wird eine Ausstiegsklausel eingeräumt.
1992	
12. Februar	Die EG-Kommission legt einen Finanzplan für die Jahre 1993 bis 1997 vor (Delors-II-Paket). Auf der Ausgabenseite schlagen insbesondere steigende Ausgaben für den innergemeinschaftlichen Finanzausgleich (Bildung eines Kohäsionsfonds zugunsten von Spanien, Portugal, Griechenland und Irland ab 1994) zu Buche. Mehrausgaben sind auch für industriepolitische Zwecke vorgesehen. Zur Finanzierung sollen in Ergänzung der bisherigen Einnahmequellen die Beitragszahlungen in Abhängigkeit vom BSP der Mitgliedstaaten erhöht werden. Damit würden neben Frankreich, Deutschland und Großbritannien auch Dänemark und die Niederlande zu Nettozahlern in der EG werden.
18. März	Finnland stellt als drittes EFTA-Land (nach Österreich und Schweden) einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EG.
6. April	Portugal nimmt am Wechselkursmechanismus des EWS teil. Der Leitkurs für 100 Escudos beträgt 1,15023 DM, die Schwankungsbreite wird auf 6 vH festgesetzt.
2. Mai	Die Staats- und Regierungschefs der EG-Staaten und der EFTA-Mitgliedstaaten unterzeichnen den EWR-Vertrag.
21. Mai	Die EG-Agrarminister einigen sich auf die Grundzüge einer Agrarreform. Unter anderem sollen die Getreidepreise um 29 vH gesenkt, den Bauern dafür ein Ausgleich durch direkte Einkommensbeihilfen gewährt werden.
2. Juni	Die dänische Bevölkerung lehnt in einem Referendum den Vertrag von Maastricht mit knapper Mehrheit ab. Dies führt zu heftigen Turbulenzen an den europäischen Finanzmärkten. Frankreich kündigt ebenfalls eine Volksabstimmung zum Maastrichter Vertrag an.
18. Juni	Eine Volksabstimmung in Irland ergibt eine Mehrheit für die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages.
22. Juni	Die EG-Verkehrsminister einigen sich auf ein Abkommen zur Liberalisierung des Luftverkehrs in Europa. Hierzu gehören unter anderem die Freigabe der Tarife, die Aufhebung des Kabotageverbots sowie eine Vereinfachung der Lizenzvergabe ab 1997.
23. Juli	Die EG-Finanzminister beschließen den Gemeinschaftshaushalt für das Jahr 1993; das Haushaltsvolumen soll mit etwa 63 Mrd ECU 0,3 vH weniger als im Vorjahr betragen.
28. Juli	Die Finanzminister beschließen Maßnahmen zur Harmonisierung der Mehrwertsteuer und spezieller Verbrauchsteuern im Europäischen Binnenmarkt. Der Normalsatz der Mehrwertsteuer soll ab 1. Januar 1993 in allen Mitgliedsländern mindestens 15 vH betragen.
13. September	Der Kurs der italienischen Lira im Europäischen Währungssystem wird um 7 vH abgewertet.

noch Tabelle 2

Datum	
noch 1992	noch Europäische Gemeinschaft
16. September	Großbritannien verkündet die Suspendierung der Teilnahme am Interventionsmechanismus des EWS.
17. September	Die Peseta wird um 5 vH abgewertet; gleichzeitig schert die Lira aus dem Interventionsmechanismus des EWS aus.
20. September	Das Referendum in Frankreich ergibt eine knappe Mehrheit für die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages.
	Belgien
1991	
19. Dezember	Nach der deutschen Leitzinserhöhung wird der Diskontsatz von 8 % auf 8,5 % heraufgesetzt.
1992	
17. März	Die Regierung kündigt eine Anhebung des Normalsatzes bei der Mehrwertsteuer von 19 vH auf 19,5 vH zum 1. April 1992 an. Die besonderen Sätze für Luxusgüter und Kraftstoffe (33 vH) und elektrische Geräte (25 vH) werden aufgehoben. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 6 vH für lebensnotwendige Güter wird beibehalten, ein neuer ermäßigter Satz in Höhe von 12 vH eingeführt. Weiterhin wird die Mineralölsteuer erhöht. Außerdem werden Einsparungen im Verteidigungshaushalt und bei den allgemeinen Verwaltungskosten sowie eine beschleunigte Privatisierung von Staatsunternehmen zur Verringerung des Budgetdefizits angekündigt.
5. April	Die Regierung kündigt eine Anhebung des Beitragssatzes zur Sozialversicherung um 1 Prozentpunkt an. Einsparungen sollen durch eine Kürzung der Arbeitslosenbezüge und der Erstattungen in der Krankenversicherung erreicht werden.
17. Juli	Die Nationalbank erhöht den Zins für wöchentliche Kredittender von 9,3 % auf 9,45 %.
3. August	Die Regierung legt den Haushaltsplan für 1993 vor. Der Haushaltsentwurf sieht eine Verringerung der Neuverschuldung in Relation zum BIP auf 5,2 vH vor.
25. September	Die Zentralbank senkt den Geldmarkt-Interventionssatz um 10 Basispunkte auf 9,5 %. Am 28. September wird auch der Satz für siebentägige Liquiditätsbereitstellung um 0,1 Punkte auf 9,0 % gesenkt.
8. Oktober	Die Zentralbank senkt den Geldmarkt-Interventionssatz und den Satz für siebentägige Sonderliquidität um jeweils 10 Basispunkte auf 9,4 % beziehungsweise 8,9 %.
22. Oktober	Die Notenbank senkt sämtliche Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte. Der Diskontsatz beträgt damit nur noch 7,75 %.
29. Oktober	Die Regierung kündigt eine Steuer auf Wegwerfverpackungen zur Abfallvermeidung an, die von Beginn des nächsten Jahres schrittweise eingeführt werden soll.
	Dänemark
1991	
19. Dezember	Das Parlament beschließt ein Steuerreformprogramm, das unter anderem eine Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 38 vH auf 34 vH zum 1. Januar 1992 vorsieht. Der Mehrwertsteuersatz wird von 22 vH auf 25 vH erhöht, gleichzeitig entfällt die Arbeitsmarktabgabe in Höhe von 2,5 vH, die seit 1987 zur Förderung des Exports auf alle im Inland getätigten Umsätze erhoben wurde.
20. Dezember	Nach der deutschen Leitzinserhöhung wird der Diskontsatz von 9 % auf 9,5 % und der Tagesgeldsatz von 9,5 % auf 10 % heraufgesetzt.
1992	
1. Mai	Eine Kohlendioxidabgabe für Energieprodukte (Ausnahme: Erdgas) wird eingeführt.
2. Juni	Die dänische Bevölkerung stimmt in einer Volksabstimmung mit knapper Mehrheit gegen den Vertrag von Maastricht. In der Folge kommt es zu heftigen Turbulenzen an den Finanzmärkten; die dänische Nationalbank muß zur Kursstützung der Krone die Geldmarktsätze um 0,65 Prozentpunkte anheben.
25. August	Die Regierung kündigt Ausgabenkürzungen für das Budget 1993 an, um das Haushaltsdefizit in Relation zum BIP auf 3,8 vH zu verringern.

noch Tabelle 2

Datum	
	Finnland
1991	
15. November	Die Finnmark wird gegenüber dem ECU um 12,3 vH abgewertet.
1992	
18. März	Finnland stellt einen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft. Der Basisausleihsatz der Notenbank wird um einen Punkt auf 9,5 % erhöht; die Zinsobergrenze wird auf 12 % festgelegt.
20. August	Die finnische Regierung kündigt kräftige Ausgabenkürzungen für das Budget 1993 an. Außer den Verwaltungskosten sollen auch die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung gekürzt werden. Zusätzlich sollen Energiesteuern erhöht werden. Weitere Ausgabenkürzungen werden im Oktober angekündigt. Die Nationalbank nimmt eine leichte Lockerung der Geldpolitik vor. Als die Finnmark daraufhin unter massiven Abwertungsdruck gerät, muß der Refinanzierungszins für kurzfristige Wertpapiergeschäfte am 26. August 1992 um 1 1/2 Prozentpunkte auf 17 % angehoben werden, später sogar auf 18 %. Der Abwertungsdruck bleibt in den nächsten Wochen bestehen.
9. September	Die Bindung der Finnmark an den ECU muß aufgegeben werden; die Währung wertet sich innerhalb eines Tages um 13 vH ab. In der darauffolgenden Woche werden die Zinsen am Geldmarkt schrittweise wieder bis 11,6 % zurückgeführt.
	Frankreich
1991	
18. November	Die Nationalbank erhöht den Geldmarktinterventionssatz von 8,75 % auf 9,25 %, den Satz für 5- bis 10tägige Pensionsgeschäfte von 9,75 % auf 10 %.
26. November	Die Nationalbank senkt die Mindestreservesätze für Sichteinlagen von 5,5 % auf 4,1 % und hebt die Mindestreserve auf Termineinlagen mit einer Befristung von mehr als einem Jahr mit Wirkung vom 1. Dezember auf.
5. Dezember	Die Regierung beschließt ein Geldmengenziel für das Jahr 1992; die Geldmenge M3 soll im Jahresverlauf um 4 vH bis 6 vH ausgedehnt werden.
23. Dezember	Nach der deutschen Leitzinserhöhung wird der Geldmarktinterventionssatz von 9,25 % auf 9,6 % und der Satz für 5- bis 10tägige Pensionsgeschäfte von 10 % auf 10,35 % heraufgesetzt.
1992	
8. April	Die Regierung kündigt expansive fiskalische Maßnahmen zur Überwindung der Konjunkturschwäche an. Hierzu gehören die Verringerung des erhöhten Mehrwertsteuersatzes (unter anderem für PKW und Luxusgüter) von 22 vH auf den Normalsatz von 18,6 vH, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Langzeitarbeitslose und die Förderung von Teilzeitbeschäftigung durch Verringerung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Die Kosten sollen durch beschleunigte Privatisierung von Staatsunternehmen und Ausgabenkürzungen aufgebracht werden.
27. April	Die Regierung kündigt eine Ausweitung des Budgetdefizits um 45 Mrd Franken auf 135 Mrd Franken für das Jahr 1992 an. Gleichwohl bleibt das französische Budgetdefizit in Relation zum BIP damit noch unter 2 vH.
7. Mai	Die französische Nationalbank senkt mit Wirkung vom 16. Mai 1992 die Mindestreserve auf Sichteinlagen von 4,1 vH auf 1 vH und für Spareinlagen von 2 vH auf 1 vH.
11. Mai	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für das Jahr 1993 vor. Die Ausgaben sollen um 3,5 vH steigen, das Defizit soll bei 150 Mrd Franken (etwa 2,2 vH in Relation zum BIP) gehalten werden. Steuererhöhungen werden ausgeschlossen.
20. September	Die Volksabstimmung über den Vertrag von Maastricht ergibt eine knappe Mehrheit von 51 vH für den Vertrag.
23. September	Die Nationalbank erhöht wegen der Spannungen im Europäischen Währungssystem den Zinssatz für kurzfristige Pensionsgeschäfte von 10,5 % auf 13 %. Der Zins wird am 29. Oktober wieder auf 10,5 % zurückgenommen, am 2. November 1992 dann auf 10,25 % gesenkt.
	Großbritannien
1992	
1. Januar	Die Regierung setzt die Umsatzsteuer auf Hausverkäufe für acht Monate aus.
10. März	Das Geldmengenziel für die Geldmenge M0 wird mit 0 vH bis 4 vH für den Zeitraum April 1992 bis März 1993 festgesetzt.
	Im Budget für das Haushaltsjahr 1992/93 sind zur Überwindung der Rezession Steuersenkungen vorgesehen. Hierzu gehört vor allem, daß ein neuer Eingangssatz bei der Einkommensteuer von 20 vH eingeführt wird. Außerdem wird die Sondersteuer für Kfz-Käufe von 10 vH auf 5 vH gesenkt; im Gegenzug werden einige spezielle Verbrauchsteuern (Tabak, Alkohol, Mineralöl) angehoben.

noch Tabelle 2

Datum	
noch 1992	noch Großbritannien
5. Mai	Die Notenbank senkt die Geldmarktsätze um einen halben Prozentpunkt auf 10 %.
22. Juli	Die britische Regierung kündigt wegen des hohen Budgetdefizits (4,5 vH in Relation zum BIP) eine Konsolidierung der Staatsausgaben sowie Reformen bei der Budgetierung an; bereits beschlossene Mehrausgaben für das Haushaltsjahr 1993/94 werden wieder rückgängig gemacht.
16. September	Die Notenbank setzt den Leitzins von 10 % auf 12 % herauf, um auf diese Weise den Pfundkurs zu stützen. Da diese Maßnahme keine Wirkung zeigt, verläßt Großbritannien das Europäische Währungssystem; der Pfundkurs sackt daraufhin deutlich ab. Am 17. September wird die Leitzinserhöhung zurückgenommen, später der Leitzins sogar auf 9 % gesenkt.
16. Oktober	Die Notenbank senkt die Leitzinsen von 9 % auf 8 %, um der Konjunktur zusätzliche Impulse zu geben.
	Italien
1991	
10. Dezember	Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften verständigen sich, die Lohnindexierung (scala mobile) bis zum Juni 1992 auszusetzen.
23. Dezember	Nach der deutschen Leitzinserhöhung wird der Diskontsatz von 11,5 % auf 12 % heraufgesetzt.
1992	
30. Januar	Die Nationalbank erhält das Recht, den Diskontsatz selbständig festzulegen.
5. Juni	Die Nationalbank erhöht den Lombardsatz von 12,5 % auf 13 %, um auf diese Weise den nach der dänischen Entscheidung gegen die Maastrichter Verträge unter Druck geratenen Wechselkurs der Lira zu stützen. In den darauffolgenden Tagen werden weitere Zinserhöhungen vorgenommen.
6. Juli	Zur Stützung der Lira erhöht die italienische Notenbank den Diskontsatz und den Lombardsatz um jeweils einen Prozentpunkt auf 13 % bzw. 14,5 %.
10. Juli	Die italienische Regierung beschließt erste Schritte zur Haushaltskonsolidierung. Im Jahre 1992 sollen durch Einnahmenerhöhungen (Einführung einer einmaligen Vermögensabgabe, Erhöhung von Grundsteuern und Sozialbeiträgen) und Ausgabenkürzungen (Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Stellenabbau im öffentlichen Dienst) jeweils 15 Bio Lire eingespart werden. Das öffentliche Defizit soll damit von 175 Bio Lire auf 145 Bio Lire gesenkt werden.
13. Juli	Die italienische Regierung kündigt die Teilprivatisierung von vier bedeutenden Staatsholdings an. Der Erlös soll zur Haushaltskonsolidierung beitragen.
17. Juli	Die Notenbank erhöht nach der Diskontsatzerhöhung in Deutschland den Diskontsatz und den Lombardsatz um jeweils 0,75 Prozentpunkte auf 13,75 % bzw. 15,25 %.
31. Juli	Die Tarifparteien und die Regierung einigen sich auf die Abschaffung der Lohnindexierung (scala mobile) und einen Lohnstopp bis Ende 1993.
3. August	Die Notenbank reduziert den Diskontsatz und den Lombardsatz um jeweils einen halben Prozentpunkt auf 13,25 % bzw. 14,75 %.
4. September	Die Notenbank erhöht zur Stützung der Lira den Diskontsatz und den Lombardsatz um jeweils 1,75 Prozentpunkte auf 15 % bzw. 16,5 %.
13. September	Aufgrund des anhaltenden Drucks auf den Kurs der Lira wird der Wechselkurs der Lira gegenüber den übrigen EWS-Währungen um 7 vH abgewertet. Da die Spannungen im EWS anhalten, wird am 17. September 1992 die Teilnahme der Lira am Interventionsmechanismus des EWS vorübergehend ausgesetzt.
17. September	Die Regierung beschließt, das Haushaltsdefizit im Jahre 1993 gegenüber den ursprünglichen Plänen um 93 Bio Lire zu verringern. Geplant sind Ausgabenkürzungen (43,5 Bio Lire) und Einnahmensteigerungen (49,5 Bio Lire), davon 7 Bio Lire aus der Privatisierung von Staatsunternehmen. Die Sparmaßnahmen umfassen einen Einstellungs- und Lohnstopp im öffentlichen Dienst, Einsparungen bei den Verteidigungs- und Sozialausgaben sowie den Abbau der Regionalförderung. Die Einkommensteuer soll angehoben, eine Vermögensteuer für Unternehmen und eine spezielle Steuer für alle Selbständigen eingeführt werden.
9. Oktober	Die Notenbank senkt den Lombardsatz von 16,5 % auf 16 %.
26. Oktober	Der Diskontsatz wird von 15 % auf 14 % herabgesetzt; gleichzeitig wird der Lombardsatz von 16 % auf 15 % reduziert. Zusätzlich werden quantitative Vorgaben für die Kreditvergabe der privaten Geschäftsbanken angekündigt, um auf diese Weise die Geldmengenexpansion zu verlangsamen.

noch Tabelle 2

Datum	
	Japan
1991	
14. November	Die Bank of Japan senkt den Diskontsatz von 5,5 % auf 5 %.
30. Dezember	Die Notenbank setzt den Diskontsatz von 5 % auf 4,5 % herab.
1992	
30. Januar	Als Ziel für die Geldpolitik wird eine Zunahme von M2+CD um 2 vH bis 3 vH festgelegt.
31. März	Die japanische Regierung beschließt ein Programm zur Stimulierung der Konjunktur. Kernstück ist das Vorziehen öffentlicher Investitionen in die erste Hälfte des im April beginnenden Haushaltsjahres 1992/93. Zur Förderung der privaten Investitionstätigkeit werden zinsverbilligte Darlehen für Rationalisierungsinvestitionen vergeben und Maßnahmen zur Deregulierung der Finanzmärkte geplant. In geringem Maße gibt es Vergünstigungen für die privaten Haushalte zur Stimulierung des Konsums.
1. April	Die japanische Zentralbank senkt den Diskontsatz von 4,5 % auf 3,75 %.
27. Juli	Die Notenbank reduziert den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt auf 3,25 %.
18. August	Die Regierung beschließt zur Förderung des Vertrauens an den Aktienmärkten: Nicht realisierte Verluste sollen in Zukunft erst zum Ende des Geschäftsjahres offengelegt werden, die Vorschriften über die Mindestgewinnausschüttung werden aufgehoben. Am 25. August 1992 wird außerdem die Verschiebung der geplanten Privatisierung der staatlichen Telefongesellschaft angekündigt, um dem Markt keine Liquidität zu entziehen.
28. August	Die Regierung kündigt ein weiteres Ausgabenpaket zur Konjunkturstimulierung im Umfang von 10,7 Bio Yen (2,4 vH in Relation zum BSP) an. Die Mehrausgaben erstrecken sich auf zusätzliche Infrastrukturinvestitionen, öffentliche Landvorratskäufe, Kredithilfen und Investitionsförderprogramme. Außerdem soll der private Wohnungsbau gefördert werden.
	Niederlande
1991	
20. Dezember	Nach der Leitzinserhöhung in Deutschland werden der Diskontsatz von 9,25 % auf 9,75 %, der Lombardsatz von 8,75 % auf 9,25 % und der Wechseldiskontsatz von 8 % auf 8,5 % heraufgesetzt.
1992	
17. Juli	Die niederländische Notenbank erhöht nach der Diskontsatzerhöhung in Deutschland den Sonderzins am Geldmarkt von 9,3 % auf 9,5 %.
15. September	Der von der Regierung vorgelegte Haushaltsplan für 1993 sieht eine Verminderung der Defizitquote von 4,25 vH auf 3,75 vH (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) vor.
24. September	Die Nationalbank senkt den Sonderzins für kurzfristige Liquiditätsbereitstellungen von 9,1 % auf 9,0 %; in den folgenden Wochen werden diese Zinsen weiter bis auf 8,8 % zurückgenommen.
1. Oktober	Der Normalsatz der Mehrwertsteuer wird von 18,5 vH auf 17,5 vH herabgesetzt.
22. Oktober	Die Zentralbank senkt den Diskontsatz auf 7,75 %.
	Schweden
1991	
5. November	Die Regierung schlägt einen Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 1991/92 vor, der unter anderem Einsparungen bei Sozialleistungen und eine Begrenzung der Gemeindeausgaben sowie eine Erhöhung der Ausgaben für Investitionen vorsieht.
26. November	Die schwedische Reichsbank erhöht den Tagesgeldsatz von 10,5 % auf 11,5 %.
5. Dezember	Die Reichsbank erhöht den Tagesgeldsatz von 11,5 % auf 17,5 %, um auf diese Weise dem anschwellenden Kapitalexport entgegenzuwirken. Bis zum 10. Januar 1992 wird der Zins stufenweise wieder gesenkt.
18. Dezember	Das Parlament beschließt u. a. Steuererleichterungen bei den Einkommen- und Kapitalgewinnsteuern durch Senkung des Spitzensteuersatzes von 75 vH auf 55 vH sowie durch Aufhebung der Vermögensteuer ab 1995.

noch Tabelle 2

Datum	
	noch Schweden
1992	
16. Januar	Die Reichsbank erhöht den Diskontsatz von 8 % auf 8,5 %.
2. April	Der Diskontsatz wird nur noch als Referenzsatz verwendet; er verliert damit sämtliche geldpolitischen Funktionen.
24. April	Die schwedische Regierung beschließt eine Senkung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte auf 22 vH sowie die Aufhebung der allgemeinen Energiesteuern. Gleichzeitig sollen Ausgaben gekürzt werden.
20. August	Die Reichsbank erhöht den marginalen Ausleihsatz für Geschäfte mit Banken von 12 % auf 13 %, um auf diese Weise die Krone zu stützen. Am 26. August 1992 wird dieser Zinssatz sogar um 3 Prozentpunkte auf 16 % angehoben, da der Druck auf den Wechselkurs der Krone anhält. Anfang September muß der Zins dann nochmals auf zunächst 24 % und dann kurzzeitig sogar auf 75 % angehoben werden, um die Krone zu stützen.
2. September	Die Regierung kündigt die Aufhebung weiterer Kapitalverkehrskontrollen zum 1. Januar 1993 an.
16. September	Im Zuge der Währungsturbulenzen im Europäischen Währungssystem wird der marginale Ausleihsatz der schwedischen Notenbank kurzzeitig von 20 % auf 500 % angehoben. Bis Ende November werden diese Zinsen schrittweise wieder auf unter 12 % zurückgeführt.
30. September	Die Regierung kündigt zum 1. Januar 1993 Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der schwedischen Wirtschaft und zur Haushaltskonsolidierung an. So sollen die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und Verkehrsleistungen von 18 vH auf 21 vH angehoben, die von den Arbeitgebern zu tragenden Sozialbeiträge um 4 vH gesenkt, der gesetzliche Urlaubsanspruch gekürzt, die Freibeträge bei der Einkommensteuer reduziert und außerdem die Mietsubventionen zurückgeführt werden.
	Schweiz
1991	
13. Dezember	Die Nationalbank erwartet für das Jahr 1992 ein Geldmengenwachstum (bereinigte Notenbankgeldmenge) von etwa 1 vH, was dem mittelfristigen Zielpfad entspricht.
1992	
26. Mai	Die Schweiz kündigt einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EG an.
29. Mai	Die Schweiz wird als 164. Mitglied in den IWF und die Weltbank aufgenommen.
24. Juni	Wegen der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit werden die Arbeitslosenversicherungsbeiträge von 1993 an von 0,4 vH auf 1,5 vH des Bruttoeinkommens erhöht. Gleichzeitig werden geänderte Vorschriften zur Indexierung von Renten erlassen.
14. September	Die Nationalbank senkt parallel zu entsprechenden Zinssenkungen der Deutschen Bundesbank den Diskontsatz von 7 % auf 6,5 %.
25. September	Die Nationalbank senkt den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt auf 6 %.
	Spanien
1991	
23. Dezember	Nach der Leitzinserhöhung in Deutschland erhöht die spanische Nationalbank den Schatzwechselsatz von 12,2 % auf 12,45 % und den Diskontsatz von 12,5 % auf 12,75 %.
1992	
1. Januar	Die Mineralölsteuer für Benzin und Diesel wird im Durchschnitt um 15 vH angehoben. Außerdem treten Änderungen bei der Mehrwertsteuer in Kraft: Der erhöhte Satz beträgt nunmehr 28 vH statt 33 vH, der allgemeine Satz 13 vH statt 12 vH.
9. Januar	Die spanische Nationalbank beschließt ein Geldmengenziel; die Geldmenge M3 soll im Jahre 1992 um 7 vH bis 11 vH, die Geldmenge M4 um 8 vH bis 11 vH ausgedehnt werden.
1. Februar	Die Kapitalverkehrskontrollen werden weiter gelockert.
25. Februar	Die Nationalbank reduziert den Geldmarktinterventionssatz von 12,65 % auf 12,4 %. Am 28. Februar 1992 wird der Mindestreservesatz von 5 % auf 4,5 % gesenkt.
22. Juli	Die Regierung beschließt Steuererhöhungen und Einschränkungen bei den Staatsausgaben. Der allgemeine Mehrwertsteuersatz wird von 13 vH auf 15 vH erhöht, die Einkommensteuersätze um durchschnittlich 2 Prozentpunkte angehoben. Im öffentlichen Dienst wird ein Einstellungsstopp erlassen.

noch Tabelle 2

Datum	
noch 1992	noch Spanien
23. Juli	Die Notenbank erhöht die Geldmarktsätze um 0,6 Prozentpunkte auf 13,0 %.
17. September	Der Kurs der Peseta wird im Europäischen Währungssystem um 5 vH abgewertet.
23. September	Angesichts des anhaltenden Drucks im Europäischen Währungssystem werden befristet (bis zum 7. Oktober 1992) erneut Kapitalverkehrskontrollen eingeführt.
9. Oktober	Die Regierung beschließt weitere Änderungen der Mehrwertsteuersätze: Der ermäßigte Satz soll von 6 vH auf 3 vH reduziert, der auf Luxusgüter von 28 vH auf 15 vH vermindert werden. Gleichzeitig wird die Sondersteuer für Automobile auf 13 vH angehoben.
	Vereinigte Staaten
1991	
20. Dezember	Das Federal Reserve Board (FED) verringert den Diskontsatz von 4,5 % auf 3,5 %.
1992	
29. Januar	Präsident Bush legt den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1992/93 vor. Das Ausgabenwachstum soll auf 2,8 vH begrenzt werden, das Defizit in Relation zum BIP von 6,7 vH auf 5,6 vH sinken (entspricht 352 Mrd Dollar nach 399 Mrd Dollar im Haushaltsjahr 1991/92). Außerdem werden für das laufende Jahr Steuererleichterungen für Hauskäufe, Abschreibungserleichterungen und ein Vorziehen von öffentlichen Infrastrukturausgaben vorgeschlagen. Die Vorschläge werden am 29. Juli vom Kongreß angenommen.
19. Februar	Die FED gibt das Geldmengenziel für das Jahr 1992 bekannt; danach sollen die Geldmenge M2 vom 4. Quartal 1991 bis zum 4. Quartal 1992 um 2,5 vH bis 6,5 vH und die Geldmenge M3 mit 1 vH bis 5 vH zunehmen.
2. April	Die Mindestreservesätze werden von 12 % auf 10 % herabgesetzt.
9. April	Die FED senkt die Federal Funds Rate um 1/4 Prozentpunkt auf 3,75 %, um auf diese Weise der auflebenden Konjunkturdynamik zusätzlichen Schwung zu verleihen und die Aktienmärkte zu stützen.
22. Mai	Der Kongreß beschließt ein (nicht-bindendes) Haushaltsgesetz für das Haushaltsjahr 1992/93. Der Haushaltsentwurf beinhaltet Kürzungen von 17 Mrd Dollar bei den Militärausgaben sowie verglichen mit den Vorschlägen des Präsidenten eine weitere Reduktion des Defizits um 25 Mrd Dollar auf 327 Mrd Dollar.
2. Juli	Angesichts eines Erlahmens der wirtschaftlichen Auftriebskräfte vermindert die FED den Diskontsatz auf 3 % und die Federal Funds Rate auf 3,25 %.
2. September	Die Regierung beschließt Subventionen für Landwirte (1,75 Mrd Dollar) sowie Hilfen für die von Naturkatastrophen Geschädigten in Höhe von 7,6 Mrd Dollar. Außerdem werden Rüstungsexporte im Wert von 11 Mrd Dollar genehmigt.
4. September	Die Notenbank senkt die Federal Funds Rate auf 3 %.

würde schrumpfen, die positiven Wirkungen der internationalen Arbeitsteilung wären kleiner. Und angesichts der derzeit so labilen Weltkonjunktur wäre ein Scheitern der Uruguay-Runde ein großes Hemmnis auf dem Weg zu der allseits erwünschten Wiederbelebung der wirtschaftlichen Auftriebskräfte.

III. Mittel- und Osteuropa: Umstellungsprozeß dauert an, tiefe Anpassungskrise in Rußland

38. Die mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften befinden sich weiterhin in einem tiefgreifenden Umstellungsprozeß. Ein neuer marktorientierter Wirtschaftsraum ist erst im Entstehen. In einigen Ländern — in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei — wurden die Reformen vorangetrieben, wenn auch in manchen Bereichen nur schleppend. Ein Zurückdrehen der Reformen, ein Rückfall gar in das frühere planwirtschaftliche System kann für diese Länder ausgeschlossen werden. Trotz des kräftigen Einbruches in der Produktion, der steigenden Arbeitslosigkeit und der hohen Inflationsrate haben bereits erkennbare Erfolge die Akzeptanz der Reformen erhöht. Zunehmende Direktinvestitionen lassen auf wachsendes Vertrauen ausländischer Investoren in die Reformpolitik schließen. Überdies hat sich die Ausfuhr in westliche Länder, allerdings ausgehend von einem niedrigen Niveau, kräftig erhöht. Viele sehen Anlaß zur Hoffnung, daß schon im nächsten Jahr die Talsohle durchschritten werden kann und die binnenwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung einsetzt.

Ungünstiger ist hingegen die Lage in Bulgarien und in Rumänien. Beide Länder befinden sich nicht nur in einer tiefen ökonomischen Krise. Zurückgeblieben sind sie trotz verstärkt einsetzender reformpolitischer Bemühungen auch in der strukturellen Neuordnung ihrer Volkswirtschaften.

Gänzlich anders ist die Lage in Rußland und in den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die Reformpolitik befindet sich dort erst im Frühstadium, weitgehend fehlt ihr eine glaubwürdige Ausrichtung. Im Zuge der ersten Reformschritte wurde das Ausmaß der Transformationskrise deutlich; eine drastische Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage war unvermeidlich. Wird dies — zu Unrecht — der neu zu schaffenden marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung angelastet, ist der Fortgang der Wirtschaftsreformen ungewiß, zumal der Punkt der Unumkehrbarkeit noch nicht erreicht ist. Offen ist zudem, inwieweit politische Instabilitäten die gesamtwirtschaftliche Entwicklung weiter verschlechtern und inwieweit Widerstände mächtiger Interessengruppen überfällige Reformen weiter hinauszögern.

Polen, Ungarn, Tschechoslowakei: Noch keine durchgreifende Aufwärtsentwicklung

39. Die wirtschaftliche Lage der im Reformprozeß fortgeschritteneren Länder war auch im Jahre 1992 weiterhin durch die Folgen der Anpassungskrise geprägt. Obwohl mittlerweile stabilisierende Kräfte mehr und mehr an Gewicht gewinnen, hat sich noch keine durchgreifende Aufwärtsentwicklung durchsetzen können (Tabelle 3). Im Vergleich zum Vorjahr

Tabelle 3

Indikatoren für Mittel- und Osteuropa

	Bulgarien	Polen	Rumänien	Rußland	Tschecho-slowakei	Ungarn
Bruttoinlandsprodukt, real (vH) [1]						
1990	-11,8	-12,0	- 7,4	- 2,0	- 4,7	- 4,0
1991	-23,0	- 9,3	-13,0	- 9,0	-16,0	- 8,0
1992 [2]	-12	- 1	-10	-20	- 6	- 4
Industrieproduktion, brutto (vH) [1]						
1990	-12,6	-26,1	-14,3	- 0,1	- 3,7	- 8,5
1991	-27,3	-12,0	-22,7	- 8,0	-24,7	-19,1
1992 [2]	-20	- 2	-18	-20	-19	-10
Bruttoinvestitionen (vH) [1]						
1990	-12,0	-10,1	-38,3	- 4,0	7,7	- 8,7
1991	-50,0	- 8,0	-16,8	-10,0	-30,0	-11,0
1992 [2]	...	- 2	...	-46	...	- 8
Arbeitslosenquote (vH) [3]						
1990	1,6	6,1	1,3	1,4	1,0	1,6
1991	11,7	11,5	2,7	2,0	6,8	7,5
1992 [2]	16	14	10	8	6	13
Verbraucherpreise (vH) [1]						
1990	19,3	585,8	4,2	5,6	10,0	28,2
1991	249,8	70,3	305,5	89,1	57,8	35,2
1992 [2]	110	45	220	1 000	11	23
Staatshaushalt, Saldo in Relation zum BIP (vH)						
1990	-13,0	2,7	1,1	- 8,2	- 7,0	0,8
1991	- 5,8	- 3,8	- 3,1	-18,0	- 2,0	- 4,7
1992 [2]	- 5	- 8	- 2	-17	0	- 4
Auslandsverschuldung, brutto [3] (Mrd US-Dollar)						
1990	11,1	48,5	1,2	38,1	8,1	21,5
1991	11,2	48,4	3,1	39,8	9,3	22,8
1992 [2]	14	46	4	45	9	23
Leistungsbilanzsaldo (Mrd US-Dollar)						
1990	- 1,2	3,1	- 3,3	- 4,3	- 1,2	0,4
1991	- 0,9	- 2,1	- 1,2	7,1	0,9	0,4
1992 [2]	- 1½	½	- 1½	- 8	- ½	½

[1] Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[2] Eigene Schätzung.
[3] Stand am Jahresende.

Quellen: IWF, OECD, UN und nationale Veröffentlichungen

ist eine weitere Abnahme der industriellen Produktion eingetreten, doch konnte der Rückgang im Verlaufe dieses Jahres weitgehend zum Stillstand gebracht werden. Ausschlaggebend für die rückläufige Produktion war vor allem der Zusammenbruch der früheren Handelsbeziehungen untereinander und mit den übrigen osteuropäischen Ländern, der durch die erzielten Exportsteigerungen in den Westen nicht ausgeglichen werden konnte. Absatzeinbußen im Außenhandel wurden in ihrer Wirkung durch eine verminderte Inlandsnachfrage noch verstärkt. Hohe Arbeitslosigkeit und sinkende Realeinkommen sorgten für eine ausgeprägte Schwäche des privaten Konsums; geldpolitische Restriktionsmaßnahmen und Verzögerungen bei der Privatisierung dämpften die Investitionstätigkeit.

Zu den positiven binnenwirtschaftlichen Entwicklungen in den Reformländern zählt, daß sich der Preisauftrieb im Jahresverlauf verlangsamt hat. Auch im Vergleich zum Vorjahr konnten die Inflationsraten deutlich zurückgeführt werden. Gleichwohl ist die Rate der Geldentwertung noch immer sehr hoch, und aus den anhaltend hohen staatlichen Budgetdefiziten in Polen und Ungarn erwachsen diesen beiden Ländern ernsthafte Gefahren für weitere Stabilisierungsbemühungen.

40. Als wesentliche wirtschaftliche Probleme erweisen sich zusehends die Schwierigkeit des Anpassungsprozesses im Unternehmensbereich und in Verbindung damit die unzureichende Investitionstätigkeit. Die Gründe für die Investitionsschwäche sind vielfältig. Infolge der unstetigen und teilweise stokkenden Privatisierung werden viele Investitionsentscheidungen vorerst aufgeschoben. Außerdem mindert neben Kreditverknappungen die verschlechterte Gewinnsituation der Unternehmen die Investitionsmöglichkeiten. Nicht zuletzt erklären unsichere und zumeist stark eingetrübte Absatzerwartungen die Zurückhaltung der Investoren. Allerdings dürften sich infolge höherer Ersparnisse — am deutlichsten ist die Trendumkehr in Ungarn — zumindest die Möglichkeiten zur Finanzierung künftiger Investitionen verbessert haben; freilich ist die höhere Sparquote zu einem gewissen Teil auch Ausdruck einer Verunsicherung angesichts steigender Arbeitslosigkeit und ungewisser wirtschaftlicher Zukunftsaussichten.

Der schwachen inländischen Investitionstätigkeit standen in jüngster Zeit ansteigende Direktinvestitionen aus westlichen Ländern gegenüber (Tabelle 4). Die Hauptmotive des ausländischen Engagements liegen in der Erschließung des osteuropäischen Marktpotentials und in der Nutzung kostengünstiger Produktionsstandorte. Auch in der ständig steigenden Anzahl von Joint Ventures zeigt sich, daß die osteuropäischen Reformländer vermehrt in die Standortüberlegungen ausländischer Investoren einbezogen werden. Die Anzahl von Gemeinschaftsunternehmen hat sich von Ende 1990 bis April dieses Jahres in der Tschechoslowakei von 1 600 auf 4 500 nahezu verdreifacht, in Polen und Ungarn verdoppelte sie sich indessen von 2 800 auf 6 000 beziehungsweise von 5 700 auf 12 000. Der Zufluß von privatem Auslandskapital ist aber gemessen am Kapitalbedarf der Reformländer noch gering. Bedingt durch die Unsicherheiten über die Reformpolitik setzen potentielle Investoren in ihrem Kalkül eine vergleichsweise hohe Risikoprämie ein. Selbst wenn dies anders wäre — ausländisches Kapital kann bei der Umgestaltung und Modernisierung der osteuropäischen Volkswirtschaften nur eine zu den Inlandsinvestitionen komplementäre Rolle spielen. Diese Erfahrung haben auch andere Länder in ihrem Entwicklungsprozeß gemacht.

Tabelle 4

Ausländische Direktinvestitionen in ausgewählten Reformländern

Mio US-Dollar

Land	1990	1991	1992 [1]
Polen	89	300	700
Tschechoslowakei	187	586	1 000
Ungarn	450	1 462	1 700

[1] Eigene Schätzung

Quelle: IWF

Privatisierung: Nur geringe Fortschritte

41. Die Privatisierung ist eine der wichtigsten Aufgaben im Transformationsprozeß. Die Probleme bei der mikroökonomischen Umgestaltung der Wirtschaft sind komplexer und hartnäckiger als ursprünglich vermutet. Immer wieder stehen politische Auseinandersetzungen um geeignete Strategien einem zügigen Fortgang der Privatisierung entgegen (JG 91 Ziffern 42 ff.). Maßgebend für erfolgreiche Reformen ist nicht nur eine möglichst schnelle Neuordnung der Eigentumsverhältnisse; maßgebend ist ebenso, daß es den privatisierten Unternehmen gelingt, sich im Wettbewerb zu behaupten.

42. In Polen sind die Eigentumsreformen nach anfänglichen Fortschritten ins Stocken geraten. Während im Rahmen der „kleinen Privatisierung" bereits rund 90 vH der Kleinbetriebe in private Hände übertragen sind, ist die „große Privatisierung" mit ihren verschiedenen, zum Teil kombinierbaren Verfahren kaum über die Konzeptionsphase hinausgekommen.

Die Ursachen für das enttäuschende Tempo der polnischen Eigentumsreform liegen vor allem in der politisch bedingten Verzögerung der Massenprivatisierung, der bedeutendsten Strategie innerhalb der großen Privatisierung. Dabei sollen 400 mittlere und große Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften umgewandelt werden. Anschließend wird das Aktienkapital zu 60 vH in nationale Investitionsfonds eingebracht, 30 vH verbleiben in Staatsbesitz, und die restlichen 10 vH werden kostenlos an die Mitarbeiter verteilt. In einem letzten Schritt ist die Privatisierung der Fonds vorgesehen, indem ihre Anteilsscheine gegen Gebühr an alle erwachsenen Bürger verteilt werden.

In Vorbereitung ist auch ein weiteres Verfahren, die sogenannte Kommerzialisierung. Dabei wird zunächst eine Umwandlung in eine privatrechtliche Unternehmensform mit einem anfänglichen Staatsanteil von 100 vH vorgenommen. Anschließend soll durch Verkauf an inländische und ausländische Investoren privatisiert werden. Bislang wird die Privatisierung der meisten staatlichen Unternehmen durch Liquidation vorgenommen. Bei

diesem Verfahren werden im Anschluß an die Auflösung des bisherigen Unternehmens — sofern möglich — einzelne Teilbereiche privatisiert.

43. Die Neuordnung der Eigentumsverhältnisse in Ungarn kam bislang nur schleppend voran. Zu Anfang dieses Jahres waren 10 vH des gesamten Kapitals der ehemaligen Staatsbetriebe in private Hände übertragen, weitere 10 vH wurden in privatrechtliche Unternehmensformen umgewandelt, standen aber noch nicht in Privateigentum. Um der Privatisierung neue Impulse zu geben, trat Ende August ein Gesetzespaket in Kraft, mit dem die Schwächen der bisherigen Privatisierungspraxis beseitigt werden sollten. Maßnahmen für eine schnellere Privatisierung größerer Unternehmen fehlen jedoch nach wie vor.

Künftig wird klar getrennt zwischen der seit 1990 bestehenden staatlichen Vermögensagentur, die nur noch mit der Abwicklung und Überwachung der Privatisierungsprojekte betraut ist, und der neu geschaffenen Holding, welche als Aktiengesellschaft zu 100 vH in Staatsbesitz ist und die Eigentümerrolle bei den Betrieben übernehmen wird, die mittel- bis langfristig ganz oder teilweise in Staatsbesitz bleiben. Hiervon betroffen sind 100 bis 150 Unternehmen von sogenannter „strategischer Bedeutung". Des weiteren sollen durch die Einführung neuer und die Erweiterung bestehender Privatisierungstechniken die Eigentumsreform beschleunigt und der Zugang für inländische Investoren gefördert werden. Von dem zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Konkursgesetz wird die beschleunigte Liquidation nicht mehr sanierungsfähiger Betriebe erwartet, zugleich aber auch die Privatisierung der überlebensfähigen Teilbereiche. Tatsächlich laufen zur Zeit über 7 000 Konkurs- und Vergleichsverfahren.

44. Die vor zwei Jahren eingeleitete „kleine Privatisierung" in der Tschechoslowakei, die die Versteigerung von Handels-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben vorsah, ist inzwischen weitgehend abgeschlossen worden. Gegenwärtig läuft die „große Privatisierung", in deren Verlauf bis 1996 in zwei Schüben und mit unterschiedlichen Verfahren (Kupon-Privatisierung, direkter Verkauf und Teilübernahme durch die Belegschaft) über 4 000 staatliche Betriebe veräußert werden sollen. Angesichts der bevorstehenden Teilung des Landes sind Verzögerungen bei der Privatisierung kaum vermeidbar.

An der im Mai gestarteten ersten Runde der Kupon-Privatisierung waren diejenigen 8,5 Millionen tschechoslowakischen Bürger beteiligt, die zuvor ein Kuponheft im Werte von 1 035 Kcs (etwa 60 DM) erworben hatten. Die darin enthaltenen 1 000 Investitionspunkte sicherten Anteilsrechte an den zur Kupon-Privatisierung anstehenden Unternehmen. Insgesamt sind 1 500 Unternehmen zum Kauf angeboten. Allerdings steht von deren Buchwert (500 Mrd Kcs) nur ein Anteil von knapp 60 vH für eine Privatisierung über Kupons zur Verfügung; der Rest wird mit anderen Verfahren privatisiert oder verbleibt vorerst in Staatsbesitz. Die Mehrzahl der Investitionspunkte (rund 72 vH) wurde den eigens errichteten, mehr als 400 Investitionsfonds anvertraut. Diese dürfen jedoch höchstens 20 vH des Kapitals eines einzelnen Unternehmens erwerben, und sie müssen sich an mindestens zehn verschiedenen Unternehmen beteiligen. Während in der ersten Runde 100 Investitionspunkte den Anspruch auf drei Aktien eines Unternehmens verbrieften, wurden in den folgenden Runden die in Investitionspunkten ausgedrückten Preise der Aktien über ein computerisiertes Auktionsverfahren ermittelt. Bis zum Jahresende soll dieses Verfahren abgeschlossen sein.

45. Der im ganzen träge Fortgang der Privatisierung in den genannten Ländern hat viele Ursachen. Inländisches und ausländisches Kapital ist knapp. Sodann stehen oft Unternehmen zur Eigentumsübertragung an, die nur unterdurchschnittliche Wachstums- und Gewinnperspektiven haben. Aber gerade die Frage der Behandlung schwer privatisierbarer Unternehmen — Sanierung oder Stillegung — ist bislang konzeptionell nicht befriedigend gelöst worden. Die mangelnde Transparenz der Privatisierungsverfahren ist ein weiteres Hemmnis, ebenso die recht komplizierten administrativen Prozeduren. Schließlich wird mancherorts — insbesondere in Polen — die Eigentumsreform durch das Management und die Gewerkschaften sowie durch die Selbstverwaltungsorgane der Arbeitnehmer blockiert, welche gemeinsam — de facto — die Kontrolle über die Staatsbetriebe ausüben. Sie eint das Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo.

Die Entwicklung eines privaten Sektors und der Aufbau wettbewerbsfähiger Strukturen sind angesichts der genannten Privatisierungshemmnisse eher zu bewerkstelligen, wenn verstärkt neue Betriebe gegründet werden. In den Reformländern gibt es einen „Gründungsboom". Dementsprechend ist der Anteil der vom Privatsektor erbrachten Wertschöpfung an der wirtschaftlichen Gesamtleistung gestiegen (Tabelle 5). Der vergleichsweise niedrige Anteil in der Tschechoslowakei ist vor dem Hintergrund der im früheren System beispiellosen Dominanz des staatlichen Sektors zu sehen: Ende der achtziger Jahre lag der Anteil des privaten Sektors an der nicht-landwirtschaftlichen Produktion in der Tschechoslowakei bei weniger als 0,5 vH, in Polen und Ungarn hingegen bei jeweils etwa 15 vH.

Tabelle 5

Zur Entwicklung des privaten Sektors in ausgewählten Reformländern

Anteil am realen Bruttoinlandsprodukt in vH

Land	1989	1990	1991	1992 [1]
Polen	28,4	35,0	40,0	43
Tschechoslowakei	4,1	5,3	8,1	12
Ungarn	.	20,0	25,0	33

[1] Schätzungen aufgrund nationaler Veröffentlichungen.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Einbindung in die internationale Arbeitsteilung

46. Nach dem endgültigen Auseinanderbrechen der RGW-Handelsordnung suchen deren ehemalige Mitgliedsländer die Eingliederung in das weltwirtschaftliche, multilaterale Handelssystem. Kurzfristig konnte der Einbruch im RGW-internen Handel — Schätzungen zufolge hat dieser Handel seit der Auflösung des RGW volumenmäßig um mehr als 50 vH abgenommen — nicht durch ein Umlenken der Handelsströme hin zu westlichen Ländern ausgeglichen werden. Der Aufbau neuer Handelsbeziehungen erfordert eine Orientierung an den Bedürfnissen und Qualitätsstandards westlicher Märkte, die weitgehend noch aussteht. Immerhin konnten aber Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei bereits seit 1988 ihre Ausfuhr in die Staaten der Europäischen Gemeinschaft — wenn auch

von einem niedrigen Niveau aus — beträchtlich steigern (Tabelle 6). Hauptabnehmerland ist dabei Deutschland, das im abgelaufenen Jahr gut 55 vH der gesamten Ausfuhr dieser drei Länder in die Europäische Gemeinschaft aufnahm. Inwieweit die sich belebende Exporttätigkeit bereits eine tragfähige und auf Dauer angelegte Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen widerspiegelt, ist nicht eindeutig zu beurteilen. Unsicher ist auch, ob die mehrfache nominale Abwertung der nationalen Währungen den Export tatsächlich erleichtert hat. Denn die hohen Preissteigerungen der letzten Jahre haben einen großen Teil des abwertungsbedingten Wettbewerbsvorteils aufgezehrt.

Der starken nominalen Abwertung der polnischen Währung im Jahre 1989 von 503 Zloty/Dollar auf 6 500 Zloty/Dollar folgte 1990 eine weitere Abwertung auf 9 500 Zloty/Dollar. Der Wechselkurs wurde anschließend bis Mai 1991 auf diesem Niveau fixiert, bis zum Jahresende fiel er aber um 42 vH auf 13 497 Zloty/Dollar. Im Oktober 1991 ging Polen zu einer

Tabelle 6

Außenhandel ausgewählter Länder Mittel- und Osteuropas mit der EG[1])

Zeitraum	Ausfuhr in die EG						Einfuhr aus der EG					
	Bulgarien	Polen	Rumänien	ehemalige Sowjetunion	Tschechoslowakei	Ungarn	Bulgarien	Polen	Rumänien	ehemalige Sowjetunion	Tschechoslowakei	Ungarn
	Mio ECU											
1987 1. Hj.	253	1 369	1 099	5 989	990	924	601	1 095	312	4 672	893	1 149
2. Hj.	267	1 533	1 331	7 113	1 063	1 072	849	1 237	341	4 509	1 191	1 221
1988 1. Hj.	201	1 594	1 059	6 023	1 050	959	685	1 203	303	4 866	950	1 088
2. Hj.	257	1 758	1 171	6 947	1 159	1 198	720	1 552	307	5 235	1 219	1 266
1989 1. Hj.	260	1 920	1 294	7 588	1 233	1 202	704	1 881	305	5 898	1 046	1 400
2. Hj.	271	1 939	1 247	7 488	1 324	1 379	773	2 063	384	6 689	1 339	1 587
1990 1. Hj.	290	2 392	845	7 499	1 340	1 373	519	1 849	666	6 388	1 163	1 418
2. Hj.	294	2 749	760	8 649	1 345	1 558	381	2 533	556	4 782	1 443	1 454
1991 1. Hj.	332	2 768	708	8 111	1 570	1 631	469	3 522	582	4 501	1 606	1 633
2. Hj.	403	3 056	719	8 037	2 136	1 869	479	3 858	644	5 070	1 889	1 668
1992 1. Hj.	405	3 107	623	4 552[a])	2 580	1 867	471	3 542	739	3 380[a])	2 457	1 863
	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in vH											
1988 1. Hj.	*-20,7*	*16,4*	*-3,7*	*0,6*	*6,1*	*3,7*	*13,9*	*9,9*	*-3,0*	*4,2*	*6,4*	*-5,3*
2. Hj.	*-3,5*	*14,7*	*-12,1*	*-2,3*	*9,0*	*11,8*	*-15,1*	*25,4*	*-9,9*	*16,1*	*2,3*	*3,7*
1989 1. Hj.	*29,2*	*20,4*	*22,2*	*26,0*	*17,4*	*25,4*	*2,8*	*56,4*	*0,6*	*21,2*	*10,1*	*28,7*
2. Hj.	*5,3*	*10,3*	*6,5*	*7,8*	*14,3*	*15,1*	*7,3*	*33,0*	*25,2*	*27,8*	*9,9*	*25,4*
1990 1. Hj.	*11,8*	*24,6*	*-34,7*	*-1,2*	*8,7*	*14,2*	*-26,3*	*-1,7*	*118,5*	*8,3*	*11,2*	*1,3*
2. Hj.	*8,6*	*41,7*	*-39,1*	*15,5*	*1,5*	*13,0*	*-50,7*	*22,8*	*44,5*	*-28,5*	*7,8*	*-8,4*
1991 1. Hj.	*14,3*	*15,7*	*-16,2*	*8,2*	*17,2*	*18,8*	*-9,5*	*90,4*	*-12,6*	*-29,5*	*38,0*	*15,1*
2. Hj.	*37,0*	*11,2*	*-5,4*	*-7,1*	*58,8*	*19,9*	*25,8*	*52,3*	*16,0*	*6,0*	*30,9*	*14,7*
1992 1. Hj.	*22,2*	*12,2*	*-12,0*	*-14,4[a])*	*64,3*	*14,5*	*0,4*	*0,6*	*27,0*	*13,4[a])*	*53,0*	*14,1*
	Anteil am Gesamtaußenhandel der EG-Länder in vH											
1987 1. Hj.	*0,06*	*0,34*	*0,27*	*1,48*	*0,24*	*0,23*	*0,15*	*0,27*	*0,08*	*1,17*	*0,22*	*0,29*
2. Hj.	*0,06*	*0,36*	*0,31*	*1,68*	*0,25*	*0,25*	*0,20*	*0,29*	*0,08*	*1,05*	*0,28*	*0,29*
1988 1. Hj.	*0,04*	*0,36*	*0,24*	*1,34*	*0,23*	*0,21*	*0,16*	*0,28*	*0,07*	*1,12*	*0,22*	*0,25*
2. Hj.	*0,05*	*0,37*	*0,25*	*1,45*	*0,24*	*0,25*	*0,15*	*0,33*	*0,07*	*1,11*	*0,26*	*0,27*
1989 1. Hj.	*0,05*	*0,36*	*0,24*	*1,41*	*0,23*	*0,22*	*0,14*	*0,36*	*0,06*	*1,14*	*0,20*	*0,27*
2. Hj.	*0,05*	*0,36*	*0,23*	*1,40*	*0,25*	*0,26*	*0,15*	*0,39*	*0,07*	*1,28*	*0,26*	*0,30*
1990 1. Hj.	*0,05*	*0,42*	*0,15*	*1,33*	*0,24*	*0,24*	*0,10*	*0,34*	*0,12*	*1,18*	*0,21*	*0,26*
2. Hj.	*0,05*	*0,49*	*0,14*	*1,55*	*0,24*	*0,28*	*0,07*	*0,48*	*0,10*	*0,90*	*0,27*	*0,27*
1991 1. Hj.	*0,06*	*0,46*	*0,12*	*1,36*	*0,26*	*0,27*	*0,09*	*0,64*	*0,11*	*0,82*	*0,29*	*0,30*
2. Hj.	*0,07*	*0,51*	*0,12*	*1,35*	*0,36*	*0,31*	*0,09*	*0,69*	*0,12*	*0,91*	*0,34*	*0,30*
1992 1. Hj.	*0,07*	*0,51*	*0,10*	*1,10[a])*	*0,42*	*0,30*	*0,08*	*0,62*	*0,13*	*0,88[a])*	*0,43*	*0,33*

[1]) Ergebnisse ermittelt aus den Statistiken der EG über den Außenhandel ihrer Mitgliedsländer mit den Ländern Mittel- und Osteuropas.

[a]) Januar bis April.

Quelle: EG

Tabelle 7

Zur Struktur des Außenhandels ausgewählter mittel- und osteuropäischer Länder mit der EG[1])

Land	SITC[2])	Einfuhr aus der EG				Ausfuhr in die EG			
		1987	1988	1989	1990	1987	1988	1989	1990
Bulgarien	Insgesamt Mio ECU (0 bis 9)	1 453,1	1 405,8	1 477,2	900,8	517,3	461,7	531,0	583,0
	darunter Anteil in vH								
	0+1	4,2	7,4	6,6	8,7	17,8	21,0	22,3	23,5
	2	2,5	3,1	3,1	3,2	6,8	9,3	10,1	8,0
	3	1,6	0,3	0,4	0,7	17,8	7,8	7,4	6,6
	5	18,7	19,2	16,0	13,5	10,8	16,6	12,0	10,7
	6	19,3	19,5	20,3	17,1	18,7	17,6	19,6	21,9
	7	41,7	38,6	39,7	43,8	8,2	10,3	12,1	10,5
	8	5,8	6,1	7,7	7,8	13,0	12,5	12,2	15,2
	9	5,9	5,4	6,2	4,8	6,8	4,7	4,1	3,3
Polen	Insgesamt Mio ECU (0 bis 9)	2 331,7	2 755,8	3 945,0	4 393,9	2 906,6	3 360,6	3 857,7	5 156,7
	darunter Anteil in vH								
	0+1	9,8	10,4	17,7	12,6	20,2	17,3	19,4	18,7
	2	2,7	3,1	2,2	2,2	10,9	11,1	10,9	9,3
	3	0,7	0,4	0,6	3,0	14,4	12,5	12,2	9,8
	5	20,7	21,5	15,0	11,2	5,2	5,7	6,0	8,6
	6	18,5	18,7	17,7	18,7	19,0	22,4	22,2	22,9
	7	31,8	31,5	32,8	37,2	10,5	13,5	11,9	11,2
	8	6,8	7,0	7,9	10,3	15,6	15,3	14,9	16,7
	9	8,0	6,6	5,2	4,2	3,9	1,8	2,2	2,6
Rumänien	Insgesamt Mio ECU (0 bis 9)	651,4	614,5	689,0	1 227,1	2 429,0	2 233,9	2 548,4	1 603,9
	darunter Anteil in vH								
	0+1	5,0	4,5	10,7	20,6	4,5	4,2	3,6	2,2
	2	9,2	9,3	11,0	7,7	2,9	3,1	2,6	2,1
	3	0,7	2,3	1,8	2,8	36,9	28,1	33,1	24,6
	5	18,3	18,9	15,9	17,5	4,5	5,0	4,4	3,3
	6	34,9	36,5	34,9	22,2	13,5	20,2	19,3	19,1
	7	12,2	10,8	9,4	12,5	6,5	6,6	5,7	7,0
	8	10,3	12,1	10,7	8,8	29,6	32,1	30,5	41,1
	9	9,4	5,6	5,1	7,3	1,6	0,6	0,8	0,6
Sowjetunion	Insgesamt Mio ECU (0 bis 9)	9 188,7	10 113,6	12 603,4	11 184,5	13 128,5	12 990,0	15 165,8	16 167,4
	darunter Anteil in vH								
	0+1	9,2	8,1	10,7	13,2	1,1	1,1	1,2	1,2
	2	1,8	1,3	1,3	0,9	10,1	11,0	11,0	9,0
	3	0,5	0,5	0,3	0,7	57,3	51,2	50,1	53,8
	5	14,8	14,4	16,0	12,7	4,8	5,5	4,3	4,1
	6	33,1	28,7	22,1	14,2	8,4	11,8	14,3	11,1
	7	28,7	34,8	36,0	43,9	3,1	3,2	3,3	3,2
	8	5,6	6,7	8,5	9,6	0,5	0,6	0,8	0,8
	9	5,8	5,2	4,7	4,5	14,7	15,5	15,0	16,8
Tschecho-slowakei	Insgesamt Mio ECU (0 bis 9)	2 077,8	2 168,9	2 384,6	2 608,2	2 055,1	2 210,8	2 557,6	2 689,7
	darunter Anteil in vH								
	0+1	6,2	5,8	6,8	5,1	6,3	6,5	7,9	7,2
	2	4,8	5,5	5,4	4,2	12,6	13,3	12,6	10,7
	3	0,4	0,3	0,2	0,7	9,2	6,9	7,6	5,6
	5	16,8	19,0	18,3	15,3	10,2	11,9	11,1	11,1
	6	14,0	11,8	12,2	12,5	30,6	30,8	30,5	33,3
	7	42,8	41,2	41,8	46,5	13,4	14,1	14,3	15,4
	8	8,5	9,5	8,6	9,8	15,2	14,0	12,9	14,4
	9	6,2	6,7	6,6	5,8	2,5	2,4	2,8	2,1
Ungarn	Insgesamt Mio ECU (0 bis 9)	2 371,9	2 354,5	2 988,2	2 875,6	1 996,4	2 158,1	2 587,2	2 934,2
	darunter Anteil in vH								
	0+1	3,3	3,1	3,1	3,4	23,2	23,4	24,7	21,0
	2	3,7	3,8	3,0	2,9	9,5	9,3	8,3	7,5
	3	0,4	0,4	0,2	0,1	3,4	3,1	3,1	2,9
	5	18,5	19,8	16,7	14,6	10,0	10,2	9,9	9,7
	6	25,0	23,3	22,6	23,8	18,6	18,3	18,2	20,6
	7	33,0	32,5	38,8	38,1	11,1	12,1	12,7	15,1
	8	8,6	9,0	10,0	12,5	20,7	21,1	20,2	21,3
	9	7,3	8,1	5,5	4,3	3,0	1,8	2,2	1,6

[1]) Ergebnisse ermittelt aus den Statistiken der EG über den Außenhandel ihrer Mitgliedsländer mit den dargestellten mittel- und osteuropäischen Ländern. — [2]) Systematik des internationalen Warenverzeichnisses Rev. 3 (für 1987: Rev. 2); SITC 0+1 = Nahrungsmittel und lebende Tiere vorwiegend zur Ernährung; Getränke und Tabak; SITC 2 = Rohstoffe (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe); SITC 3 = Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse; (SITC 4 = Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse); SITC 5 = Chemische Erzeugnisse; SITC 6 = Bearbeitete Waren vorwiegend nach Beschaffenheit gegliedert; SITC 7 = Maschinenbau- und elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge; SITC 8 = Sonstige bearbeitete Waren; SITC 9 = Waren, Warenverkehrsvorgänge, anderweitig nicht erfaßt.

Quelle: EG

stufenweisen Paritätsanpassung („crawling peg") über, die eine monatliche Abwertung des Zloty von bis zu 1,8 vH gegenüber einem der polnischen Außenhandelsstruktur entsprechenden Währungskorb zuläßt. Im Februar dieses Jahres wurde zusätzlich um knapp 15 vH abgewertet, so daß sich in der ersten Jahreshälfte der Außenwertverlust der polnischen Währung gegenüber dem Dezemberniveau des Vorjahres auf über 23 vH summierte. Auf der Basis von Verbraucherpreisen ergab sich seit 1989 aber eine reale Aufwertung um rund 40 vH.

In Ungarn kam es seit 1989 ebenfalls zu starken Wertverlusten des Forint. Der nominalen Abwertung um etwa 19 vH gegenüber dem Dollar im Jahre 1989 schloß sich eine relativ stabile Phase an. Zu Beginn des Jahres 1991 verlor die ungarische Währung gegenüber dem Dollar mit etwa 22 vH allerdings weiter an Wert. Doch auch in Ungarn wertete die Währung seit Anfang 1989 real (gemessen am effektiven Wechselkurs auf Verbraucherpreisbasis) um gut 26 vH auf.

In der Tschechoslowakei sank im letzten Quartal des Jahres 1990 der Kurs der Krone gegenüber dem Dollar binnen kurzem um rund 80 vH. In der Folgezeit schwankte der Wechselkurs bis heute nur geringfügig um das zu Beginn des Jahres 1991 erreichte Niveau (von 28 Kronen/Dollar). Im Zeitraum vom dritten Quartal 1990 bis zur Mitte dieses Jahres ergab sich eine reale Abwertung um etwa 9 vH.

47. Wie stark Mittel- und Osteuropa in Zukunft wirtschaftlich mit der übrigen Welt verflochten sein wird, hängt nicht nur von der Entwicklung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der dortigen Unternehmen ab, sondern auch davon, daß die westlichen Länder ihre Märkte öffnen oder, soweit dies bereits geschehen ist, offenhalten. Eine besondere Rolle fällt hierbei der Europäischen Gemeinschaft zu. In den im Dezember vergangenen Jahres zwischen der Gemeinschaft einerseits und Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei andererseits unterzeichneten Assoziierungsabkommen (Europa-Abkommen) wurden im handelspolitischen Teil eine stufenweise Liberalisierung des Handels mit Industriegütern und ein asymmetrischer Abbau der Zölle und mengenmäßigen Importbeschränkungen vereinbart, beginnend im März 1992 (Tabelle 10, Seiten 63 f.). Die Gemeinschaft vollzieht im Industriegüterbereich die Liberalisierung bis zum Ende des vierten Vertragsjahres; den drei Partnerländern wird eine längere Zeitspanne eingeräumt, bei einigen Produkten (zum Beispiel Kraftfahrzeuge im Falle Polens und Ungarns, Alteisen im Falle der Tschechoslowakei) bis zu zehn Jahren. Sofern heimische Produzenten infolge der Liberalisierung unter Anpassungsdruck geraten, können beide Vertragsparteien Ausnahmebestimmungen geltend machen. Für Textilien, Kohle und Stahlprodukte sowie für landwirtschaftliche Erzeugnisse gelten Sonderregelungen. Im Bereich dieser aus Sicht der Gemeinschaft sensiblen Erzeugnisse werden die Liberalisierungszeiträume teilweise gestreckt oder weitgehend offengehalten, teilweise wird der Marktzugang aber dadurch erleichtert, daß Zollkontingente erweitert oder daß — bei Marktordnungsgütern im Agrarbereich — Abschöpfungssätze bei stufenweise erweiterten Kontingenten verringert werden. Damit sehen die Abkommen gerade in Bereichen, in denen die Reformländer am ehesten ein aktuelles Exportpotential haben, zwar Marktzugangsvorteile im Vergleich zu Drittländern (auch den osteuropäischen Ländern) vor, bei weitem aber keine handelspolitische Gleichstellung mit EG-Mitgliedstaaten.

Schon in den zurückliegenden Jahren entfiel der weitaus größte Teil der gesamten Ausfuhr der mittel- und osteuropäischen Länder in die Europäische Gemeinschaft auf arbeits- und rohstoffintensive Produkte wie Nahrungsmittel, Brennstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse (Tabelle 7). Hingegen lag bei der Einfuhr aus der Gemeinschaft das größte Gewicht bei kapitalintensiven Erzeugnissen (chemische Erzeugnisse, Maschinen und Fahrzeuge). Längerfristig werden jedoch infolge des Modernisierungsprozesses der dann erneuerte Kapitalstock und die verbesserte Ausstattung mit Humankapital das derzeitige Spezialisierungsmuster im Außenhandel verändern.

Ausgangsbedingungen belasten Reformen in Rußland

48. Nach dem Zerfall der Sowjetunion befinden sich die sie bisher bestimmenden politischen und ökonomischen Strukturen in einem tiefgreifenden Auflösungsprozeß. In den Nachfolgestaaten ist ein konsistentes wirtschaftspolitisches Konzept zur Umgestaltung der Wirtschaftsordnung noch nicht zu erkennen. Dies gilt auch für die Russische Föderation — Rußland, trotz der auf den Weg gebrachten Reformmaßnahmen. Auch dort treffen noch unzureichende institutionelle Bedingungen mit einer oft widersprüchlichen, teils noch der alten Denkweise verhafteten Reformpolitik zusammen, so daß sich neue marktwirtschaftliche Strukturen nur zögernd herausbilden. Die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands ist geprägt von einer schweren Transformationskrise. Diese strahlt auch auf die deutsche Wirtschaft aus. In den jungen Bundesländern hat der nahezu völlige Wegfall des russischen Marktes den Produktionseinbruch in der Industrie verschärft.

49. Erschwert wird die ordnungspolitische Umgestaltung in Rußland durch die überkommene Wirtschaftsstruktur, die im Vergleich mit entwickelten Volkswirtschaften durch ein überproportionales Gewicht der Industrie und der Landwirtschaft gekennzeichnet ist. Der Dienstleistungssektor dagegen ist stark unterentwickelt. In allen Sektoren ist der Kapitalstock veraltet, und die Kapitalproduktivität ist im internationalen Vergleich niedrig. Überdies erschweren die Übermacht des staatlichen Sektors und die bislang völlig fehlende Tradition privater Eigentumsformen die Privatisierung. Eines der schwierigsten Strukturprobleme ist die Konversion des Rüstungssektors auf zivile Produktionen. Demgegenüber liegt in der Rohstoffproduktion, insbesondere in der Erdöl-, Gas- und Kohleförderung, und in der Ausschöpfung des beträchtlichen landwirtschaftlichen Potentials ein Schlüssel zur wirtschaftlichen Wende.

Der Umstellungsprozeß wird auch durch die bisher einseitig ausgerichtete Struktur der Handelsbeziehungen erschwert. Zum einen war die ehemalige Sowjetunion aufgrund der Vorrangstellung des Handels mit den übrigen sozialistischen Ländern nur schwach in das internationale Handelsgefüge eingebunden; im Jahre 1990 betrug ihr Anteil am Weltexport 3,1 vH, der Anteil an den Weltimporten 3,4 vH. Zum anderen verzeichnete die sowjetische Volkswirtschaft für sich gesehen ein hohes Maß an komplemen-

tärer Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Republiken, woraus starke wechselseitige Abhängigkeiten resultierten.

50. Nach der breit angelegten Preisliberalisierung Anfang Januar 1992 wurde von der russischen Regierung Ende Februar das wirtschaftspolitische Reformprogramm angenommen (Tabelle 8). Es enthielt die bis Ende dieses Jahres beabsichtigten Reformschritte und wurde Anfang Juli durch eine mittelfristige Reformstrategie ergänzt. Danach sollen ab 1996 jährliche Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts von 3 vH bis 4 vH erreicht werden.

Tabelle 8 **Wichtige Elemente der Wirtschaftsreform in Rußland**

1. Preisliberalisierung

Ziel: Liberalisierung von 98 vH aller Preise bis Ende 1993

Anfang Januar 1992 Freigabe der Preise für 80 vH der Produktionsgüter und 90 vH der Konsumgüter, im März Preisfreigabe für Grundnahrungsmittel (mit Ausnahme der Preise für Milch und Brot).

Administrative Preisregulierung für eine begrenzte Gruppe von Halbfabrikaten sowie für Medikamente, Mieten, Post- und Verkehrstarife und weitere kommunale Leistungen. Laut offiziellen Angaben und bei Bewertung zu durchschnittlichen Preisen des Jahres 1991 entfallen 5 vH der nominalen Geldausgaben auf Güter mit staatlich regulierten Preisen.

Schrittweise Erhöhung der Preise für Rohstoffe, Primärenergieträger und verschiedene Produktionsgüter; begrenzte Freigabe der Preise für Erdöl und Erdölprodukte im September 1992, bei Überschreitung von Höchstpreisen progressive Besteuerung der Anbieter.

Gegenwärtige Lage: noch stark verbreitete Kontrolle der Preise auf lokaler Ebene.

2. Privatisierung

Ziel: Abschluß der „kleinen" Privatisierung Ende 1994, Privatisierung von 30 vH der mittleren und größeren Unternehmen bis 1994

Privatisierungsverfahren: „kleine" und „große" Privatisierung; „kleine" Privatisierung (Handel, Handwerk, sonstige Dienstleistungen) vor allem über Versteigerung, Privatisierung von Großbetrieben nach Umwandlung in Aktiengesellschaften mit unterschiedlichen Verfahren: kostenlose Vergabe von Anteilsscheinen („Privatisierungsschecks") an die Bevölkerung ab 1. Oktober 1992, vergünstigter Verkauf von Unternehmensteilen (bis zu 51 vH) an die Belegschaft und Verkauf über Ausschreibungen und Auktionen.

Obligatorische Privatisierung für Betriebe des Groß- und Einzelhandels, des Bauwesens sowie der Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

Beschränkungen: Untersagt ist die Privatisierung von Rohstoffvorkommen, von Teilen der Energiewirtschaft, von Verkehrs- und kommunalen Infrastruktureinrichtungen sowie von Radio- und Fernsehstationen; für die Pharma-, Tabak- und Alkoholindustrie fehlen bislang die gesetzlichen Voraussetzungen. Staatlicher Genehmigung bedarf die Privatisierung von Betrieben der Schwer- und Rüstungsindustrie sowie von Banken.

Gegenwärtige Lage: erste Fortschritte bei der „kleinen" Privatisierung (bis zum 1. Juli 1992 Privatisierung von 25 vH des Gesamtbestandes an Betrieben), „große" Privatisierung noch im Anfangsstadium.

3. Fiskalpolitik

Ziel: Rückführung des Haushaltsdefizits und Begrenzung der Neuverschuldung

Maßnahmen:

a) auf der Ausgabenseite:

- Abbau der direkten Unternehmenssubventionen von 5 vH in Relation zum BIP im ersten Quartal auf 1,5 vH zum Ende des Jahres,
- merkliche Reduzierung der Ausgaben im Verteidigungsbereich,
- Personalabbau im Staatssektor (um 5 vH bis Mitte dieses Jahres und um weitere 10 vH bis zum Jahresende),
- Aufhebung der engen Indexierung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor an die Inflationsentwicklung.

b) auf der Einnahmenseite:

- Neugestaltung des föderalen Steuersystems:

  Mehrwertsteuer (Normalsatz 28 vH, ab 1. Januar 1993: 20 vH; ermäßigter Satz 15 vH),
  verschiedene Verbrauchsteuern (mit Sätzen von 10 vH bis 90 vH),
  Einkommensteuer (stufenweise progressiver Tarif, Sätze: 12 vH bis 40 vH),
  Körperschaftsteuer (allgemeiner Satz bis 32 vH, Satz für Joint Ventures 15 vH),
  Lohnsummensteuer (Satz: 37 vH).

- Gewährung kommunaler Steuerautonomie.

Gegenwärtige Lage: keine Konsolidierungserfolge. Bis zum Jahresende wird ein Budgetdefizit in Höhe von etwa 17 vH (in Relation zum BIP) erwartet.

noch Tabelle 8

4. Geldpolitik

Ziel: Begrenzung der Kredit- und Geldmengenexpansion

Zuwachs des nominalen Kreditvolumens entsprechend der erwarteten Inflationsrate und dem Zuwachs der Devisenreserven

Steuerung des Kreditvolumens mit einheitlichen Kreditlimits der Russischen Zentralbank an die Geschäftsbanken und mit Mindestreserven

Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen: Weiterentwicklung der Finanzmärkte, des zweistufigen Bankensystems und des Zahlungsverkehrssystems

Gegenwärtige Lage: monetäre Alimentierung öffentlicher Defizite mit einer das Ziel überschreitenden Geldmengenexpansion, keine Koordinierung der Geldpolitik in der Rubelzone

5. Außenwirtschaftspolitik

Ziel: Abschaffung des Außenhandelsmonopols

Aufhebung der allgemeinen Registrierungspflicht, jedoch weiterhin für die Ausfuhr von Rohstoffen und Rohwaren mit strategischer Bedeutung sowohl Exportkontrollen als auch eine Einschränkung des Kreises der ausfuhrberechtigten Unternehmen

Einführung eines Importzolltarifs mit einem Mindestsatz von 5 vH des Zollwertes auf alle Güter (außer Arzneimittel und Nahrungsmittel) am 1. Juli; ab 1. September Erhöhung der Sätze für die meisten Waren auf 15 vH bis 25 vH. Waren mit Ursprung aus Staaten, denen Rußland die Meistbegünstigung einräumt, werden mit niedrigeren Sätzen verzollt.

Ausfuhrzölle und Ausfuhrquoten insbesondere für Rohstoffe, Rüstungsgüter und Agrarprodukte

Verpflichtung für exportierende Unternehmen, 50 vH ihrer Ausfuhrerlöse an die Staatliche Devisenreserve der Zentralbank und an einen Fonds zur Bedienung von Auslandsschulden zu verkaufen, Pflichtverkauf auch für Joint Ventures und Auslandsunternehmen

Gegenwärtige Lage: zögernde Realisierung der angestrebten Liberalisierungsschritte

6. Wechselkursregime

Ziel: Konvertibilität des Rubels (bis Ende 1993)

Abschaffung des Systems multipler Wechselkurse am 1. Juli und Einführung eines einheitlichen Wechselkurses (Einführungskurs: 125,26 Rubel/Dollar) für alle Transaktionen des Staates, der Unternehmen und der Privatpersonen; Bestimmung des Kurses auf wöchentlich stattfindenden Devisenauktionen

Gegenwärtige Lage: drastischer Kursverfall des Rubel (Kurs am 5. November 1992: 399 Rubel/Dollar)

7. Lohnpolitik und Sozialpolitik

Ziel: Tarifvertragliche Lohnabschlüsse, Neuordnung der sozialen Sicherungssysteme nach westlichem Vorbild

Progressive Steuer auf den über dem Sollwert liegenden Zuwachs des Arbeitslohns (anwendbar ausnahmslos für staatliche Betriebe)

Arbeitslosenunterstützung: zunächst 90 vH des durchschnittlichen Arbeitslohnes, nach 6 Monaten 75 vH des Mindestlohnes

Aktive Arbeitsmarktpolitik (Programme zur Umschulung von Arbeitslosen und zur Förderung des Unternehmertums)

Sozialhilfesystem mit begrenzter Indexierung

Gegenwärtige Lage: Finanzierungsprobleme der im Aufbau befindlichen sozialen Sicherungssysteme

8. Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen

Gesetzlicher Schutz ausländischer Investitionen

Ungehinderter Transfer des in ausländischen Währungen erwirtschafteten Gewinns

Einheitlicher Gewinnsteuersatz in Höhe von 32 vH für alle juristischen Personen, einschließlich Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung (unabhängig vom Kapitalanteil)

Genehmigungspflicht für ausländische Beteiligungen an Unternehmen der Schwerindustrie, keine Beteiligung ausländischer Investoren an der Privatisierung im Dienstleistungs- und Verkehrsbereich sowie von Industrie- und Baubetrieben mit weniger als 200 Beschäftigten, Erwerb von Grund und Boden ist Ausländern untersagt.

Gegenwärtige Lage: nur geringe ausländische Kapitalzuflüsse (Bestand an Auslandskapital etwa 2 Mrd Dollar)

Zwar hat Rußland im Gegensatz zu den anderen Nachfolgerepubliken eine Reformstrategie formuliert, doch sie wird nur schleppend umgesetzt. Teilweise werden vorgegebene Reformziele — etwa in der Geldpolitik und in der Finanzpolitik — nachträglich wieder aufgeweicht, bisweilen sogar ignoriert. Von einer gerade im Prozeß der Systemtransformation notwendigen Konsequenz in der Wirtschaftspolitik kann nicht gesprochen werden. Insbesondere hat es den Anschein, daß bisher einem der Kernprobleme der Transformation, nämlich der realwirtschaftlichen Anpassung auf Unternehmensebene, also der mikroökonomischen Umstrukturierung durch Privatisierung, zu wenig Bedeutung beigemessen wird.

51. Die quantitative Erfassung der wirtschaftlichen Veränderungen in Rußland wie auch in den übrigen Staaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) ist schwierig. Dessen ungeachtet läßt sich die Entwicklung der russischen Volkswirtschaft in diesem Jahr eindeutig beurteilen (Tabelle 3, Seite 54): Der Produktionsrückgang beschleunigte sich, die Arbeitslosigkeit schwoll an, und die Geldentwertung mündete in eine Hyperinflation. Die sich vertiefende binnenwirtschaftliche Krise spiegelte sich im stark rückläufigen Außenhandel und in akuten Zahlungsbilanzkrisen wider. Auch alle Bemühungen um Stabilität schlugen fehl: weder das Budgetdefizit noch die Geldmenge konnten unter Kontrolle gebracht werden.

52. Schätzungen über die bis zum Jahresende tatsächlich zu erwartende Höhe des Budgetdefizits liegen bei etwa 17 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Denn angesichts eines fehlenden Kapitalmarktes wurden sowohl die Defizite der öffentlichen Haushalte als auch der Finanzbedarf der staatlichen Betriebe durch Geldschöpfung gedeckt. Damit scheiterte die monetäre Stabilisierung. Die Freigabe der Preise zu Jahresbeginn führte zunächst zu einer Anpassungsinflation — die Verbraucherpreise lagen im Januar 1992 um 350 vH über dem Niveau vom Dezember 1991 —, aber die Inflationsraten blieben auch im weiteren Verlauf des Jahres als Folge der explodierenden monetären Expansion hoch.

Die stark rückläufige binnenwirtschaftliche Nachfrage führte zu drastischen Rückgängen in der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Die um 30 vH gesunkenen Realeinkommen zwangen die privaten Haushalte zur Einschränkung ihrer Nachfrage. Zudem war die Investitionstätigkeit der Unternehmen aufgrund der verminderten Nachfrage und getrübter Zukunftserwartungen äußerst schwach. Schließlich verstärkte der Einbruch im russischen Außenhandel den durch die schwache Binnennachfrage ausgelösten Produktionsausfall. Die Außenhandelsumsätze sanken in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 27 vH auf insgesamt 43 Mrd Dollar, wobei der Außenhandel mit den Staaten des früheren Ostblocks nur noch die Hälfte des Vorjahresniveaus erreichte. Im

Tabelle 9

Ausfuhr der neuen Bundesländer in ausgewählte mittel- und osteuropäische Länder

Zeitraum	Insgesamt [1]	Davon					
		Bulgarien	Polen	Rumänien	ehemalige Sowjetunion	Tschechoslowakei	Ungarn
	Mio DM						
1990	29 723	1 412	2 944	1 505	17 761	3 405	2 696
1991	11 417	130	997	219	9 049	647	376
1990 1. Vj.	6 461	372	421	373	3 738	970	587
2. Vj.	7 547	447	648	376	4 314	1 086	675
3. Vj.	7 642	320	767	369	4 726	732	726
4. Vj.	8 073	272	1 109	386	4 982	617	707
1991 1. Vj.	3 276	78	463	123	2 275	208	131
2. Vj.	1 937	14	204	37	1 447	158	77
3. Vj.	2 627	16	157	35	2 191	146	81
4. Vj.	3 577	22	173	24	3 136	136	87
1992 1. Vj.	2 207	18	108	15	1 851	160	55
2. Vj.	1 787	14	112	10	1 389	221	41
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH						
1991	*-61,6*	*-90,8*	*-66,1*	*-85,5*	*-49,1*	*-81,0*	*-86,1*
1991 1. Vj.	*-49,3*	*-79,1*	*9,8*	*-67,0*	*-39,1*	*-78,6*	*-77,7*
2. Vj.	*-74,3*	*-96,8*	*-68,5*	*-90,2*	*-66,5*	*-85,5*	*-88,6*
3. Vj.	*-65,6*	*-94,9*	*-79,5*	*-90,5*	*-53,6*	*-80,1*	*-88,8*
4. Vj.	*-55,7*	*-92,0*	*-84,4*	*-93,8*	*-37,1*	*-77,9*	*-87,7*
1992 1. Vj.	*-32,6*	*-76,8*	*-76,6*	*-88,2*	*-18,6*	*-22,7*	*-58,0*
2. Vj.	*- 7,7*	*- 0,1*	*-45,2*	*-71,8*	*- 4,1*	*40,2*	*-46,9*

[1] Einschließlich Berlin-Ost.

Sog dieser Entwicklungen ist im Verlauf des Jahres die Arbeitslosigkeit rasant angestiegen. Derzeit gibt die offiziell angegebene Anzahl der registrierten Arbeitslosen die tatsächliche Lage auf dem Arbeitsmarkt aber nicht wieder.

53. Die drastische Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation hat die Zweifel daran verstärkt, daß Rußland wie auch die übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion ihren Schuldendienstverpflichtungen fristgerecht nachkommen werden. Die Bruttoauslandsverschuldung wird inzwischen auf gut 70 Mrd Dollar geschätzt, wovon Rußland 61 vH übernommen hat. Die vornehmlich aus dem Ausfall von Deviseneinnahmen herrührenden Zahlungsrückstände, insbesondere die Rußlands, wurden immer augenscheinlicher. In Anbetracht dessen gewährten sowohl die öffentlichen Kreditgeber (Pariser Club) als auch die westlichen Gläubigerbanken der gesamten GUS-Gruppe einen mehrfach verlängerten Tilgungsaufschub. Mit langfristigen Umschuldungsabkommen ist dagegen erst im nächsten Jahr zu rechnen. Westliche Finanzhilfen werden an die Erfüllung von Reformbedingungen geknüpft, um Fehlverwendungen zu vermeiden. Doch der Kapitalbedarf ist weder hinreichend genau abschätzbar, noch — so er denn ermittelbar wäre — allein mittels westlicher Transfers zu decken. Insofern sind auch die bereits angelaufenen technischen Hilfeleistungen ein unverzichtbares Element zur Unterstützung der Reformen. Zu denken ist dabei insbesondere an den Aufbau einer funktionsfähigen institutionellen Infrastruktur, vor allem bei der Schaffung des Bankensystems, des Kapitalmarktes oder des Steuersystems. Unabdingbar ist auch, daß der Westen seine Märkte für Rußland und die anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion öffnet, so daß diese sich im Zuge der Umstrukturierung ihrer Wirtschaft möglichst frühzeitig effizient spezialisieren und Wohlfahrtsgewinne aus der Teilhabe am multilateralen System der internationalen Arbeitsteilung ziehen.

54. Der Transformationsprozeß in Mittel- und Osteuropa hat erhebliche Auswirkungen auf die bisherige Struktur der Außenhandelsbeziehungen. Besonders betroffen sind auch die jungen Bundesländer. Sie mußten 1991 eine Halbierung ihrer Ausfuhr in die ehemalige Sowjetunion hinnehmen. Noch deutlich stärker gingen die Lieferungen in die übrigen osteuropäischen Länder zurück — sie erreichten 1991 nur noch ein Fünftel ihres Vorjahresniveaus —, teilweise kamen sie nahezu völlig zum Erliegen. Diese Entwicklung änderte sich im Laufe dieses Jahres nicht grundlegend (Tabelle 9). Staatliche Stützungsmaßnahmen, insbesondere in Form von Exportfinanzierungen über Hermes-Bürgschaften, sollten Abhilfe schaffen. Doch die Erfahrungen im abgelaufenen Jahr zeigen, daß das Hermes-Instrumentarium nur begrenzt helfen kann. Wenn kaufkräftige Nachfrage fehlt oder das Angebot nicht zur Nachfrage paßt, vermögen staatliche Bürgschaften wenig auszurichten. Wie die mittel- und osteuropäischen Unternehmen müssen auch die ostdeutschen Unternehmen Produktion und Vertrieb der Entwicklung auf den westlichen Märkten anpassen.

Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse in Osteuropa Tabelle 10

Datum	
1991	
16. Dezember	Nach einjähriger Verhandlungsdauer werden in Brüssel die Assoziierungsverträge (Europa-Abkommen) der Europäischen Gemeinschaft mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei unterzeichnet. Die Abkommen sehen Liberalisierungen beim Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr zwischen den Signatarstaaten vor; ferner wird in den Verträgen die politische, finanzielle und kulturelle Zusammenarbeit geregelt. Um die zeitlichen Verzögerungen im Zuge des Ratifizierungsprozesses zu überbrücken — die Verträge sind von den Parlamenten aller EG-Staaten zu ratifizieren —, werden mit Hilfe von Interimsabkommen die Verträge zum 1. März 1992 vorzeitig in Kraft gesetzt.
1992	
2. Januar	Mit einer umfassenden Preisfreigabe leitet Rußland die wirtschaftspolitischen Reformen ein. 80 vH der Preise für Produktionsgüter und 90 vH der Verbraucherpreise werden liberalisiert. Ende Januar liegt der Index der Verbraucherpreise um etwa 350 vH über dem Wert des Vormonats.
22. Januar	Die Bundesregierung beschränkt die Hermes-Bürgschaften für Lieferungen in die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) für das laufende Jahr auf 5 Mrd DM. Künftig soll die Vergabe von Kreditgarantien erst nach strenger Einzelfallprüfung erfolgen. Außerdem sollen einzelne Bürgschaften ein Geschäftsvolumen von 100 Mio DM nicht übersteigen.
10. Februar	Ungarn wird als erstes ehemaliges Ostblockland von den Ausfuhrrestriktionen des Koordinationskomitees für multilaterale Exportkontrollen (COCOM) befreit.
19. Februar	Das 6. deutsch-polnische Schuldenabkommen erfaßt erstmals sämtliche Forderungen des Bundes in Höhe von 9,1 Mrd DM. Die Hälfte der Schulden wird in zwei Schritten erlassen; die verbleibende Hälfte ist innerhalb von 18 Jahren zum Marktzins zu tilgen.
27. Februar	In Rußland wird das wirtschaftspolitische Reformprogramm für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1992 von der Regierung angenommen.
20. März	Der Gemischte Ausschuß der EFTA-Länder und der Tschechoslowakei unterzeichnet in Prag ein Freihandelsabkommen. Der Tschechoslowakei wird eine fast uneingeschränkte freihandelspolitische Behandlung gewährleistet; ausgeklammert von der multilateralen Vereinbarung ist die Landwirtschaft.

noch Tabelle 10

Datum	
noch 1992	
2. April	Die G7-Länder verständigen sich auf eine Finanzhilfe für Rußland im Umfang von 24 Mrd US-Dollar, einschließlich eines Rubel-Stabilisierungsfonds in Höhe von 6 Mrd US-Dollar. Die Finanzierung des Stabilisierungsfonds wird über die Allgemeine Kreditvereinbarung (General Agreements to Borrow — GAB) beim Internationalen Währungsfonds abgewickelt. Von den restlichen 18 Mrd US-Dollar sollen 11 Mrd von den G7-Ländern finanziert werden, 4,5 Mrd über den Internationalen Währungsfonds und 2,5 Mrd über Schuldenerleichterungen für Rußland.
14./19. Mai	Die Assoziierungsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaft mit Bulgarien und Rumänien werden aufgenommen und sollen bis zum Jahresende abgeschlossen sein. Bislang basieren die Beziehungen der Gemeinschaft zu diesen Staaten auf Handels- und Kooperationsabkommen.
1. Juni	Rußland wird Mitglied des Internationalen Währungsfonds mit einer Quote von 2,876 Mio SZR (3,986 Mio US-Dollar).
5./6. Juni	Die Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei auf Bundesebene und in den Teilrepubliken ergeben eine Pattsituation auf Bundesebene. Die in der Folgezeit aufkommenden Separationsbestrebungen führen zur Auflösung der Föderation. Die ab 1. Januar 1993 selbständigen Republiken wollen zunächst eine Zoll- und Währungsunion bilden. Mittelfristig ist die Einführung eigener Währungen geplant.
1. Juli	In Rußland wird das System multipler Wechselkurse abgeschafft und ein einheitlicher Wechselkurs eingeführt (Ausgangskurs: 125,26 Rubel/US-Dollar). Der Kurs wird auf zweimal wöchentlich stattfindenden Auktionen der Moskauer Interbanken-Devisenbörse bestimmt.
11. Juli	Mit der Vereidigung eines neuen Kabinetts ist die polnische Regierungskrise vorerst beendet. Vordringliche Aufgabe der aus sieben Parteien bestehenden Minderheitenregierung ist die Umsetzung des im Juni verabschiedeten, mit den Auflagen des IWF konformen Haushaltsgesetzes für 1992. Die finanzielle Unterstützung des IWF ist davon abhängig, daß das polnische Budgetdefizit im laufenden Jahr auf etwa 65 Bio Zloty (5 vH in Relation zum BIP) begrenzt wird.
6. August	Der Internationale Währungsfonds gewährt Rußland die erste, nicht konditionierte Tranche von 719 Mio SZR (etwa 1,05 Mrd US-Dollar) des in Aussicht gestellten Beistandskredits über rund 4 Mrd US-Dollar.
28. August	In Ungarn tritt ein dreiteiliges Paket von Privatisierungsgesetzen in Kraft. Damit werden frühere Gesetze abgelöst und die Privatisierungsverfahren sowie die Aufgaben der staatlichen Vermögensagentur (AVÜ) neu geregelt. Wichtigste Neuerung ist die Schaffung einer staatlichen Holding, die die Eigentümerrolle bei den Unternehmen übernimmt, die mittel- bis langfristig staatliches Eigentum bleiben sollen.
1. Oktober	In Rußland beginnt die Privatisierung von etwa 6 000 Staatsbetrieben durch die Ausgabe von Anteilsscheinen (Vouchers) an die Bevölkerung. Bis zum 31. Dezember dieses Jahres soll jeder russische Bürger einen Anteilsschein im Nennwert von 10 000 Rubel erhalten, mit dem bis zum 31. Dezember nächsten Jahres Aktien an staatlichen Unternehmen erworben werden können. Alternativ kann der Anteilsschein (an Banken, Unternehmen oder an Privatpersonen) meistbietend verkauft oder in Investitionsfonds eingezahlt werden. Auch Ausländer können Vouchers erwerben. Ausgeschlossen von diesem Privatisierungsverfahren sind die Bereiche Energie, Medien sowie die für „nationale Sicherheit" relevanten Unternehmen. Grund und Boden sowie Immobilien können — nach anfänglichem Ausschluß — mit den Privatisierungsscheinen erworben werden. Der Gesamtwert der ausgegebenen Vouchers beträgt 1,5 Bio Rubel.
9. Oktober	Die neue polnische Regierung stellt ihr Wirtschaftsprogramm für das kommende Jahr vor. Kernpunkte sind neben einer konsequenten Fortführung der Reformpolitik die Stärkung der inländischen Investitionstätigkeit, die Förderung ausländischer Kapitalzuflüsse und die Reduzierung der polnischen Auslandsverschuldung. Das Programm geht ab 1993 von einem stetigen Wirtschaftswachstum aus.
29./30. Oktober	Künftig soll die Koordinierung der langfristigen Hilfsprojekte für die Staaten der GUS grundsätzlich in Länder-Konsultativgruppen unter Vorsitz der Weltbank erfolgen. Darauf einigen sich 70 Länder und 20 internationale Organisationen auf der dritten „Koordinierungskonferenz über die Hilfe an die Neuen Unabhängigen Staaten". Besonderes deutsches Anliegen ist eine gerechtere Lastenverteilung. So entfällt von den gesamten finanziellen Hilfen in Höhe von rund 145 Mrd DM, die von September 1990 bis zum 27. Oktober 1992 geleistet worden sind, auf Deutschland ein Anteil von 55 vH. Für die übrigen Staaten der Siebener-Gruppe ergeben sich folgende Quoten: Vereinigte Staaten 9,4 vH, Italien 6 vH, Japan 2,9 vH, Frankreich 2,7 vH, Kanada 1,9 vH und Großbritannien 0,7 vH.

IV. Mittel- und Osteuropa: Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt

55. Die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa werden in den neunziger Jahren nicht ohne Einfluß auf den deutschen Arbeitsmarkt sein. Mögliche Wirkungskanäle sind der Güterhandel, die Mobilität von Kapital und die Wanderung von Arbeitskräften. Dabei hängen die Auswirkungen vom Erfolg der Reformen ab.

— Beim Güteraustausch liegen die komparativen Vorteile Mittel- und Osteuropas, solange das Lohnniveau dort relativ niedrig bleibt, in arbeitsintensiven und leicht humankapitalintensiven Produktionen sowie in Bereichen mit standardisierter Technologie, die nicht mehr an die Industrienationen gebunden ist. Indem solche Güter dort erzeugt werden, kann die eine oder die andere Produktion in der deutschen Volkswirtschaft zurückgehen. Das westdeutsche Arbeitskräfteangebot wird also über den internationalen Austausch in einzelnen Wirtschaftszweigen im Wettbewerb mit dem Arbeitskräfteangebot mittel- und osteuropäischer Länder stehen. Auch die neuen Bundesländer konkurrieren mit den Reformländern; in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei liegt das Lohnniveau in grober Rechnung etwa fünf- bis siebenmal niedriger.

  Aus Mittel- und Osteuropa kommen aber nicht nur neue Anbieter von Gütern, es entsteht bei erfolgreichen Reformen auch ein interessanter Markt, insbesondere für die deutschen Exporteure, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil der Aufbau des Kapitalstocks in den Reformländern eine verstärkte Nachfrage nach Investitionsgütern mit sich bringen wird. Mit wirtschaftlichem Wachstum in Mittel- und Osteuropa wird also der deutsche Export dorthin zunehmen. Von daher kann bei uns die Nachfrage nach Arbeitskräften steigen, allerdings in anderen Produktionsbereichen als denen, die von einer verschärften Importkonkurrenz betroffen sein werden. Arbeitsintensive Bereiche, die bei den international handelbaren Gütern mit Mittel- und Osteuropa im Wettbewerb stehen, werden es schwerer haben.

  Damit sind strukturelle Anpassungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt erforderlich. Dies betrifft auch die Lohnrelationen und die Qualifikationen der Arbeitnehmer. Die notwendigen Anpassungen bürden den Betroffenen Lasten auf, aber für die deutsche Volkswirtschaft insgesamt sind mit einem verstärkten Handel positive Wohlstandseffekte und günstige Auswirkungen für die Beschäftigung zu erwarten.

— Bei erfolgreichen Reformen wird es sich lohnen, in Mittel- und Osteuropa zu investieren. Kapital kann dann aus dem einen oder anderen Bereich wegwandern; in diesen Fällen werden Arbeitsplätze nicht bei uns, sondern in den mittel- und osteuropäischen Ländern geschaffen. Dagegen werden zunehmende Exporte nach Mittel- und Osteuropa die deutsche Kapitalbildung stimulieren. Es wird wichtig sein, in Deutschland für gute Investitionsbedingungen zu sorgen, damit Güter mit höherer Qualität, die einen neuen Produktzyklus beginnen, erstellt werden und technischer Fortschritt in der Produktion realisiert wird.

— Neben dem Güteraustausch und dem Kapitalverkehr können sich die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa durch Zuwanderung auf den deutschen Arbeitsmarkt auswirken. Gründe für die Zuwanderung liegen in dem starken Einkommensgefälle, aber auch in der Arbeitslosigkeit, die mit der Transformation der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften einhergeht.

56. Es ist nicht möglich, das Wanderungspotential Mittel- und Osteuropas zu bestimmen. Um grobe Umrisse möglicher Wanderungen zeichnen zu können, kann man allenfalls verschiedene Szenarien unterscheiden. Im günstigsten Fall gelingt der Transformationsprozeß in allen Ländern, wenn auch mit unterschiedlichem Zeitbedarf, und es treten keine politischen Instabilitäten auf. Im Falle der GUS wird man dabei von einem Zeitbedarf von einer Generation ausgehen müssen. Der ungünstigste Fall ist wohl der, bei dem wirtschaftliche Schwierigkeiten von militärischen Auseinandersetzungen größerer Dimension überlagert werden. Zwischenszenarien beziehen sich auf militärische Konflikte und politische Instabilitäten, die regional begrenzt bleiben.

Bei erfolgreich fortschreitenden Reformen kann man erwarten, daß nur ein geringer Prozentsatz des Arbeitskräfteangebots aus diesen Ländern abwandern wird. Die Erfahrungen mit Wanderungen in Westeuropa legen nahe, daß Menschen auch bei beachtlichen Einkommensunterschieden wegen ihrer Verbundenheit mit der eigenen Region nicht sehr mobil sind. Auch die deutsche Vereinigung, bei der allerdings Einkommensunterschiede durch Transfers erheblich eingeebnet wurden, deutet darauf hin, daß selbst innerhalb eines Landes die Bereitschaft zur Wanderung eher gering ist. In diesem Zusammenhang ist zu vermerken, daß sich in den Reformländern Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei eine Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Situation abzuzeichnen beginnt. Schwieriger und kaum abzuschätzen wäre allerdings eine Situation, in der der auslösende Faktor einer Wanderung eine politisch-militärische Krise wäre.

57. Die Wanderung wird nicht nur von der Wanderwilligkeit der Menschen abhängen, sondern auch von der Aufnahmebereitschaft der Länder, in die sie sich begeben wollen. Damit stellen sich, wenn man etwa das Problem der ethnischen Integration betrachtet, schwierige Bewertungsfragen, die auch außerökonomische Aspekte berühren, zu denen hier nicht Stellung bezogen wird. Was die wirtschaftlichen Aspekte der Zuwanderung betrifft, so sind Kosten und Nutzen für das Empfängerland gegenüberzustellen. Als Kosten der Zuwanderung wird in aller Regel ein geringerer Anstieg im realen Einkommen pro Kopf verstanden, etwa wenn durch das zusätzliche Angebot an Arbeitskräften die Zunahme im Nominallohn geringer wird, wenn steigende Mieten das den Haushalten verbleibende verfügbare Einkommen schmälern oder wenn sich Kosten der Agglomeration und der Überfüllung in der Infrastruktur, von der Ausbildung bis zum Verkehr, bemerkbar machen. Diesen

Kosten stehen positive Effekte gegenüber. Das zusätzliche Arbeitskräfteangebot stimuliert das wirtschaftliche Wachstum eines Landes, und zwar besonders dann, wenn junge Arbeitnehmer zuwandern, die entweder gute Qualifikationen mitbringen oder sich diese schnell aneignen können und die — wie oft bei Zuwanderern zu beobachten — durch hohe Leistungsbereitschaft schnell im neuen Land vorankommen wollen. Der so initiierte Wachstumsprozeß kann auf lange Sicht zu einer Zunahme des Volkseinkommens pro Kopf führen.

58. Wie groß die Aufnahmefähigkeit aus ökonomischer Sicht ist, läßt sich schwerlich bestimmen. Ein Rückgriff auf historische Erfahrungen vermag allenfalls Anhaltspunkte zu geben. Man wird wohl davon ausgehen dürfen, daß die Aufnahme von 9,4 Millionen Personen in Westdeutschland im Zeitraum bis zum Jahre 1950 — 48 pro Tausend der Bevölkerung pro Jahr — als Folge des Zweiten Weltkrieges ein Sonderfall war. Auch die Vereinigte Staaten mit einer Aufnahmerate, die im Durchschnitt der Jahre 1901 bis 1910 auf einen Wert von 10,4 pro Tausend der Bevölkerung heranreichte, kann kein Maßstab sein, da damals ein schier unbegrenzter Wirtschaftsraum zur Verfügung stand. Schließlich ist offen, ob die Erfahrungen der Bundesrepublik mit den Gastarbeitern in der Zeit von 1962 bis 1973, dem Jahr des Anwerbestopps, als Anhaltspunkt dienen können. Damals lag die jährliche Aufnahmerate unter Berücksichtigung der Rückwanderung bei 7,4 pro Tausend der westdeutschen Erwerbstätigen oder 5,2 pro Tausend der Bevölkerung relativ hoch. Der Anteil der Gastarbeiter an den Erwerbstätigen stieg von 2,4 vH im Jahre 1962 auf 9,2 vH im Jahre 1973. Der Anteil aller Ausländer an der Bevölkerung nahm von 1,2 vH auf 6,4 vH zu.

Ein wichtiger Aspekt in der Diskussion um die Aufnahmebereitschaft ist, daß die Zuwanderung in den sechziger Jahren wegen der Knappheit der Arbeitskräfte von Westdeutschland ausging und somit von der Nachfrage nach Arbeitskräften stimuliert war. Im Gegensatz zu einer solchen Nachfragesogwanderung gehen die Wanderungen der neunziger Jahre von der Notsituation in den Auswanderungsländern aus; es sind Angebotsdruckwanderungen. Die wirtschaftlichen Determinanten der Aufnahmebereitschaft liegen in beiden Arten der Wanderung unterschiedlich, beide Formen erfordern auch ein anderes wirtschaftspolitisches Instrumentarium. An die Stelle aktiver Anwerbungsmaßnahmen tritt heute die Frage, ob und gegebenenfalls wie der Zuwanderungsstrom geregelt werden soll. Soweit eine Regelung erforderlich ist, wäre wohl an eine EG-weite Lösung zu denken.

59. Die Interdependenzen zwischen den drei Mechanismen — Güteraustausch, Kapitalverkehr und Wanderung — sind zu beachten. Wanderungsbewegungen werden eingegrenzt, wenn Westeuropa seine Gütermärkte gegenüber Mittel- und Osteuropa öffnet. Dann können sich Produktionen in Mittel- und Osteuropa besser entwickeln. Die Europa-Abkommen mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei sind hierzu ein erster Ansatz. Allerdings müßten die westeuropäischen Märkte auch für die sogenannten sensiblen Produkte geöffnet werden. Indem Mittel- und Osteuropa seine Wirtschaft erfolgreich umstrukturiert, lockt es auch Kapital an. Wenn Kapital wandert, können die Menschen bleiben.

Teil B
Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

I. Überblick

60. In Deutschland hat sich das wirtschaftliche Klima im zweiten Jahr nach der Vereinigung deutlich abgekühlt. In Westdeutschland ist die starke Expansion, die infolge des Nachfragesogs aus den neuen Ländern länger als in den übrigen westlichen Industrieländern angehalten hatte, vollends zum Stillstand gekommen. Die westdeutsche Produktion stagnierte im Verlauf des Jahres 1992, und die Lageeinschätzung sowie die Absatzerwartungen der Unternehmen deuten nicht auf Zuversicht für die weitere Entwicklung hin. In Ostdeutschland hat sich nach dem drastischen Einbruch die wirtschaftliche Aktivität seit Mitte 1991 zwar wieder belebt; der Wettbewerbsnachteil, mit dem die ostdeutsche Wirtschaft in die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion eingetreten war, besteht aber weiter. Die Aufwärtsentwicklung blieb im ganzen schwach. Aufwärts ging es nur in der Bauwirtschaft und dem tertiären Sektor, Bereichen, die nicht in so starkem Maße wie das Verarbeitende Gewerbe überregionalem Wettbewerb ausgesetzt sind. Die Industrieproduktion ist dagegen weiter gesunken, wenn auch nur leicht. Nimmt man Ostdeutschland und Westdeutschland zusammen, so lag die gesamtwirtschaftliche Produktion im Durchschnitt des Jahres 1992 um 2 vH höher als im Vorjahr. Die Arbeitsmarktlage hat sich nicht nur im Osten, sondern auch im Westen verschlechtert; insgesamt ging die Beschäftigung um 780 000 Personen zurück, und die registrierte Arbeitslosigkeit nahm um rund 380 000 Personen zu.

61. Nach der starken Expansion der **westdeutschen Wirtschaft** in den vergangenen Jahren war zwar eine gesamtwirtschaftliche Abschwächung im Jahre 1992 zu erwarten gewesen; die Stagnation kam jedoch unerwartet (Tabelle 11). Das lag vor allem daran, daß eine durchgreifende Belebung der Auslandskonjunktur, von der man im Jahre 1992 eine Schrittmacherrolle erhofft hatte, nicht eingetreten ist. Gerade in den europäischen Nachbarländern, in die der Großteil deutscher Exporte geht, blieben die Auftriebskräfte schwach. Hinzu kam, daß die für deutsche Exporteure besonders wichtige Investitionsgüternachfrage in den meisten großen Industrieländern weiter zurückging. Schließlich hat sich auch der internationale Preiswettbewerb aufgrund der realen Höherbewertung der D-Mark für deutsche Exportunternehmen verschärft. Aus diesen Gründen blieb die Zunahme des deutschen Warenexports mit real 2 vH, wie schon in den vergangenen beiden Jahren, deutlich hinter dem Wachstum des Handels der Industrieländer von 4½ vH zurück.

62. Anders als in den vorangegangenen beiden Jahren gelang es der westdeutschen Wirtschaft in diesem Jahr nicht, den Mangel an Auslandsaufträgen durch Absatzsteigerungen im Inland auszugleichen. Auch die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte kamen zum Erliegen. Die Nachfrageschwäche war nicht zuletzt damit zu erklären, daß die einzelnen Bereiche der Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren immer stärker in Konflikt zueinander geraten sind und auch im Jahre 1992 nicht zu einer kohärenten Linie zurückfanden. Die Tarifvertragsparteien überschätzten bei ihren Lohnabschlüssen sowohl den Verteilungsspielraum als auch die Möglichkeiten der Überwälzung. Die Bundesbank reagierte auf den bereits eingetretenen und drohenden Kosten- und Preisauftrieb mit einer kräftigen Anhebung der Notenbankzinsen, zumal die Expansion der Geldmenge bereits weit über das selbstgesteckte Ziel hinausgegangen war. Der öffentliche Sektor steigerte seinen Anspruch an das Sozialprodukt nochmals und erhöhte zur Konsolidierung des Staatsdefizits die Abgabenlast. Diese Haushaltspolitik schuf zwar auf der einen Seite mehr Nachfrage, auf der anderen Seite hat sie aber den Spielraum für Zinssenkungen eingeschränkt und den Anstieg der für die private Konsum- und Investitionsnachfrage wichtigen Einkommen vermindert. Eine Belastung für die konjunkturelle Entwicklung erwuchs schließlich aus einer um sich greifenden Verunsicherung darüber, ob die Wirtschaftspolitik überhaupt noch in der Lage ist, mit den anstehenden Herausforderungen fertigzuwerden — also einen Kurs zu finden, der einerseits den konjunkturellen und stabilitätspolitischen Erfordernissen Rechnung trägt und andererseits die wirtschaftliche Integration Deutschlands voranbringt.

63. Der Mangel an Nachfrageimpulsen, die Schrumpfung der Gewinnmargen und die Verunsicherung über die Wirtschaftspolitik dämpften vor allem die Investitionsneigung. Die realen Ausrüstungsinvestitionen, die von Anfang 1988 bis Ende 1991 um 80 vH gestiegen waren, gingen im Laufe dieses Jahres zurück. Bei sinkender Auslastung der Kapazitäten haben die Unternehmen insbesondere auf deren Erweiterung verzichtet und ihre Anstrengungen verstärkt auf die Rationalisierung bestehender Produktionsanlagen gerichtet.

Obwohl sich auch die Baunachfrage der Unternehmen und des Staates deutlich verminderte, blieb die Baukonjunktur insgesamt noch aufwärts gerichtet, da die Aufträge für Wohnbauten trotz der hohen Zinsen nochmals zunahmen. Anreize gaben nicht nur die staatliche Förderung, sondern auch anhaltend starke Mietsteigerungen.

Die größte Komponente der Binnennachfrage, der Private Verbrauch, lag im Durchschnitt des Jahres nur um 1 vH über dem Vorjahresstand. Ausschlaggebend für den geringen realen Konsumanstieg waren zum einen beträchtliche Preissteigerungen, die die Kaufkraft der Einkommen entwerteten. Zum anderen blieb

Tabelle 11

Wirtschaftliche Eckdaten für das frühere Bundesgebiet

	Einheit	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992[1]	1993[2]
Bruttosozialprodukt	vH[3]	-1,1	1,9	3,1	1,8	2,2	1,5	3,7	4,0	4,9	3,6	1½	0
Inlandsnachfrage[4]	vH[3]	-2,3	2,3	1,9	0,9	3,3	2,6	3,6	2,8	4,9	3,1	1½	-0
Ausrüstungsinvestitionen	vH[3]	-7,2	6,0	-0,9	9,0	4,2	4,9	6,6	8,9	13,1	9,1	- ½	-2
Bauinvestitionen	vH[3]	-4,0	1,6	1,1	-5,8	3,1	-0,0	3,1	4,4	4,9	4,1	3½	1
Privater Verbrauch	vH[3]	-1,5	1,3	1,6	1,5	3,4	3,3	2,7	2,7	5,4	3,6	1	0
Staatsverbrauch	vH[3]	-0,9	0,2	2,5	2,1	2,5	1,5	2,2	-1,7	2,4	0,5	3	-1
Ausfuhr[5]	vH[3]	3,6	-1,0	8,6	7,2	0,1	0,9	5,9	11,5	11,1	12,7	3	2
Einfuhr[5]	vH[3]	-0,1	0,1	5,1	4,9	3,4	4,2	5,8	8,4	11,9	12,2	4½	1½
Außenbeitrag[6]	Mrd DM	43,89	37,83	58,84	75,19	56,17	37,35	39,99	64,23	66,15	78,10	70½	77½
Nachrichtlich: Außenbeitrag[6] (nominal)	Mrd DM	40,35	40,67	55,67	75,19	110,72	112,48	121,73	144,80	163,60	186,02	195	206
Erwerbstätige (Inland)	Tausend[7]	-321	-379	42	196	367	194	211	397	829	732	240	-160
Arbeitslosenquote[8]	vH	7,2	8,8	8,8	8,9	8,5	8,5	8,4	7,6	6,9	6,1	6½	7½
Lohnstückkosten[9]	vH[10]	4,0	0,6	0,8	1,8	2,8	2,5	0,1	0,9	2,7	4,6	4	2½
Terms of Trade[11]	vH[10]	1,9	2,1	-2,3	1,2	16,5	4,7	0,8	-1,6	2,4	0,9	4½	...
Verbraucherpreise[12]	vH[10]	5,2	3,3	2,4	2,0	-0,1	0,2	1,3	2,8	2,7	3,5	4	3½
Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere[13]	Prozent	9,1	8,0	7,8	6,9	6,0	5,8	6,0	7,1	8,9	8,7	8½	...
Gewinn-Erlös-Relation[14]	vH[15]	-0,6	1,9	0,5	0,6	1,5	0,2	1,0	0,0	0,6	-1,2	-1½	...
Realer Wechselkurs[16]	vH[10]	1,5	0,5	-4,9	-2,8	6,1	3,6	-2,8	-2,6	3,1	-2,4	3	...

[1]) 1992 eigene Schätzung.
[2]) 1993 Prognose.
[3]) In Preisen von 1985; Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[4]) Letzte inländische Verwendung (Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung).
[5]) Waren und Dienstleistungen (einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen). Ausfuhr und Einfuhr enthalten den Güterverkehr mit Ostdeutschland.
[6]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.
[7]) Veränderung in Tausend.
[8]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer nach dem Inländerkonzept plus Arbeitslose).
[9]) Berechnet als: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 je Erwerbstätigen (Produktivität).
[10]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[11]) Index der Ausfuhrpreise in Relation zum Index der Einfuhrpreise.
[12]) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1985 = 100).
[13]) Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt; Quelle: Deutsche Bundesbank.
[14]) Unternehmen ohne die Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung. Zur Berechnung siehe Anhang IV, Abschnitt B.
[15]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten.
[16]) Außenwert der D-Mark auf Basis der Verbraucherpreise; Quelle: Deutsche Bundesbank.

der Anstieg des verfügbaren Einkommens deutlich hinter dem in den Vorjahren zurück. Auch in der zweiten Jahreshälfte blieb die Konsumkonjunktur kraftlos. Zwar fiel der Solidaritätszuschlag zur Jahresmitte weg, aber nun machten sich der Abbau von Überstunden, die zunehmende Kurzarbeit und die Freisetzung von Arbeitskräften in der Einkommensentwicklung bemerkbar.

64. Insgesamt lagen Nachfrage und Produktion in Westdeutschland, auch dank eines weiter steigenden Absatzes in den neuen Bundesländern, im Jahre 1992 nochmals um 1½ vH über Vorjahresstand. Entsprechend der Struktur der Nachfrageentwicklung ist der Produktionszuwachs vor allem von der Bauwirtschaft und dem Dienstleistungssektor erbracht worden. Die Industriegütererzeugung lag dagegen etwas unter ihrem Vorjahresniveau; in einigen Industriezweigen, die stark vom Ausfuhrgeschäft abhängen, ist es sogar zu starken Produktionsrückgängen gekommen. Die nach Sektoren unterschiedliche Produktionsentwicklung zeigte sich auch am Arbeitsmarkt. Während die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes ihre Belegschaften bereits seit Herbst letzten Jahres abbauten, nahm der Beschäftigungsstand in den Dienstleistungsbereichen und auch in der Bauwirtschaft weiterhin zu. Expansive und kontraktive Entwicklungen haben sich 1992 ungefähr die Waage gehalten, so daß die Gesamtbeschäftigung — gemessen an der Anzahl der Erwerbstätigen — im Verlauf des Jahres in etwa konstant blieb. Bei weiterhin zunehmendem Arbeitskräfteangebot hat sich allerdings die Arbeitslosenzahl wieder deutlich erhöht.

65. Der Auslastungsgrad der volkswirtschaftlichen Sachkapazitäten hat sich im Jahre 1992 um rund 1 Prozentpunkt vermindert; er liegt aber mit knapp 98 vH noch immer über seinem langfristigen Durchschnittswert. Nach der starken Expansion der vergangenen Jahre, die die Kapazitätsauslastung weit über

das normale Maß hinaus ansteigen ließ, konnte ein gewisser Rückgang vor allem aus stabilitätspolitischen Gründen nicht unerwünscht sein. Eine deutliche Abschwächung des Preisauftriebs hat sich bislang allerdings nicht eingestellt. Der Preisindex für die Lebenshaltung stieg gegenüber 1991 nahezu unverändert mit einer laufenden Rate von knapp 4 vH. Das lag vor allem an einem kräftigen Anstieg der Mieten und der Preise für Dienstleistungen. Die Industrieunternehmen dagegen, deren Kapazitätsauslastung überdurchschnittlich stark zurückging und die in intensiver außenwirtschaftlicher Konkurrenz standen, haben ihre Preise kaum angehoben.

66. Die Entwicklung der **ostdeutschen Wirtschaft** war auch im zweiten Jahr nach der Vereinigung noch nicht durch eine breite und selbsttragende Expansion gekennzeichnet (Tabelle 12). Die gesamtwirtschaftliche Produktion, die bis Mitte 1991 als Folge des wirtschaftlichen Umbruchs drastisch gesunken war, hat sich im Jahre 1992 von ihrem niedrigen Niveau aus lediglich um knapp 4 vH erhöht. Dieser Zuwachs wurde in erster Linie von den Unternehmen der Bauwirtschaft und den Unternehmen des tertiären Sektors getragen. Die Industrieproduktion dagegen war von der Tendenz her weiter rückläufig, wobei allerdings eine starke Differenzierung nach Wirtschaftszweigen und Branchen zu verzeichnen war.

67. Die Schwierigkeiten, die mit der Transformation einer ehemals sozialistischen Wirtschaft einhergehen und die vielfach unterschätzt worden waren, wirkten sich auch auf die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1992 noch sehr fühlbar aus. Ungeklärte Eigentumsfragen und fehlende Verwaltungskapazitäten haben die Entfaltung marktwirtschaftlicher Antriebskräfte nach wie vor behindert. Die Modernisierung der ostdeutschen Wirtschaft erfordert angesichts des völlig veralteten Kapitalstocks, überholter Technologien und beträchtlicher Umweltaltlasten viel Zeit. Die rasche Angleichung der Tariflöhne an westdeutsche Verhältnisse hat die Anpassungsschwierigkeiten vieler ostdeutscher Unternehmen weiter vergrößert. Schließlich bedeutete der Zusammenbruch des Absatzes in Osteuropa eine Zuspitzung der insbesondere in vielen Treuhandunternehmen ohnehin kritischen Lage.

All dies sollte aber nicht den Blick dafür verstellen, daß sich wichtige Rahmenbedingungen für die Entfaltung marktwirtschaftlicher Aktivitäten in diesem Jahr weiter deutlich verbessert haben. So ist die Privatisierung erneut einen großen Schritt vorangekommen. Von dem Gesamtbestand der übernommenen und neu entstandenen Unternehmen der Treuhandanstalt (11 659) stehen noch 3 451 Unternehmen zur Privatisierung an. Auch wenn die Veräußerung von Treuhandunternehmen zunächst häufig mit einem weiteren Arbeitsplatzabbau und der Stillegung unrentabler Produktionen einhergeht, ist sie doch für den Aufbau wettbewerbsfähiger Produktionsstätten und für die Schaffung neuer rentabler Arbeitsplätze von herausragender Bedeutung. Zu den unverkennbaren Verbesserungen der Produktionsbedingungen gehört es auch, daß die Verkehrsinfrastruktur und die Telekommunikationsnetze schon wesentlich leistungsfähiger geworden sind. Dies ist Folge beträchtlicher Investitionen, die von den Gebietskörperschaften in Ostdeutschland, vom Bund, sowie von der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Bundespost Telekom vorgenommen worden sind. Diese Investitionsausgaben, die überwiegend der Infrastrukturausstattung zugute kommen, sind je Einwohner vermutlich fast eineinhalb mal so hoch wie in Westdeutschland.

Tabelle 12

Wirtschaftliche Eckdaten für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost

	Einheit	1990	1991		1992	
		2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.[1]	2. Hj.[2]
Bruttosozialprodukt (real)[3]	vH[4]	.	.	*-7,7*	*6½*	*8*
Letzte inländische Verwendung (real)[3]	vH[4]	.	.	*18,4*	*10*	*8*
Erwerbstätige (Inländer)	Tausend	8 525	7 792	7 146	6 605	6 455
	vH[4]	.	.	*-16,2*	*-15,0*	*-9½*
Kurzarbeiter	Tausend	1 515	1 944	1 288	476	285
	vH[4]	.	.	*-15,0*	*-75,5*	*-78*
Arbeitslose[5]	Tausend	433	796	1 030	1 213	1 145
	vH[4]	.	.	*138,0*	*52,5*	*11½*
Preisindex für die Lebenshaltung[6]	Index[7]	95,6	104,4	112,3	119,9	121½
	vH[4]	.	.	*17,5*	*14,8*	*8*
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte[8]	Index[9]	62,9	63,2	63,2	63,7	64
	vH[4]	.	.	*0,5*	*0,8*	*1½*

[1] Bruttosozialprodukt, letzte inländische Verwendung und Erwerbstätige eigene Schätzung.
[2] Eigene Schätzung.
[3] In Preisen von 1991.
[4] Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum.
[5] Durchschnitt aus Monatsendständen (Halbjahresende jeweils zur Hälfte angerechnet).
[6] Alle Arbeitnehmerhaushalte.
[7] 2. Halbjahr 1990/1. Halbjahr 1991 = 100.
[8] Inlandsabsatz.
[9] 1989 = 100.

Ein gewichtiges Indiz für bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen ist es, daß die gewerblichen Investitionen inzwischen kräftig steigen. Die Unternehmen — ohne die Deutsche Reichsbahn, die Deutsche Bundespost Telekom und die Wohnungsvermietung — haben ihre Investitionsausgaben von rund 40 Mrd DM im Jahre 1991 auf 60 Mrd DM im Jahre 1992 erhöht. Zwei Drittel dieser Investitionen werden von westdeutschen Unternehmen vorgenommen, wobei die Industrieunternehmen in der Führungsrolle sind. Gerade deren Investitionsprojekte sind durch lange Planungs- und Durchführungszeiten gekennzeichnet; bei einem beträchtlichen Teil der Produktionskapazitäten steht die Inbetriebnahme noch bevor.

68. Trotz steigender Investitionsbereitschaft gingen im Jahre 1992 nochmals mehr Arbeitsplätze verloren als neue geschaffen wurden. Der Beschäftigungsabbau hat sich zwar verlangsamt; aber die Wende in der Beschäftigungsentwicklung blieb, wie zu erwarten war, aus. Im letzten Quartal des Jahres dürften knapp 300 000 Personen weniger erwerbstätig gewesen sein als im ersten Quartal. Somit ist die Anzahl an Erwerbstätigen seit der deutschen Vereinigung um mehr als 2,6 Millionen gesunken. Dieser drastische Beschäftigungsabbau führte nicht in gleichem Umfang zu einer Erhöhung der registrierten Arbeitslosigkeit, die zuletzt bei 1,1 Millionen Personen lag. Die Arbeitsmarktpolitik hat in erheblichem Umfang Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen oder aufrechterhalten; gegenwärtig befinden sich rund 370 000 Personen in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme und 240 000 Personen in Kurzarbeit. Über 400 000 Personen haben als Pendler eine neue Beschäftigung in Westdeutschland gefunden, weitere 385 000 Personen nehmen schätzungsweise an Fortbildungs- und Umschulungskursen in Vollzeit teil, und schließlich haben seit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mehr als 900 000 Personen von der Möglichkeit des vorzeitigen Ruhestandes Gebrauch gemacht. Die registrierte Arbeitslosigkeit spiegelt somit nur einen Teil der Unterbeschäftigung in den neuen Bundesländern wider.

69. Die gravierenden Absatzschwierigkeiten ostdeutscher Unternehmen sowie die damit verbundenen Beschäftigungsverluste kennzeichneten nur eine Seite der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland. Auf der anderen Seite stand ein weiterhin kräftiger Anstieg der Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern. Das Nachfragevolumen lag im Jahre 1992 ungefähr doppelt so hoch wie die eigene Produktion. Aus Westdeutschland und dem Ausland wurden Güter im Werte von rund 260 Mrd DM bezogen. Dem standen Lieferungen nach Westdeutschland und Exporte von zusammen rund 75 Mrd DM gegenüber. Positiv zu vermerken ist, daß der Anteil der Investitionsgüter an der Gesamtnachfrage und damit wohl auch an der Importnachfrage merklich zugenommen hat.

70. Einmal mehr zeigte sich im Jahre 1992, wie schwierig es ist, einen zu starken Preisauftrieb, wenn er erst einmal eingetreten ist, mit Hilfe der Geldpolitik zurückzuführen, ohne dabei die realwirtschaftliche Dynamik zu beeinträchtigen. Obwohl die Bundesbank die Notenbankzinsen deutlich über das Vorjahresniveau hinaus anhob und der Tagessatz am Geldmarkt bis zum Herbst durchweg über 9 % lag, stiegen die Liquiditätsnachfrage der Nichtbanken und die Zentralbankgeldnachfrage der Banken weiterhin kräftig an. Der Anstieg des nominalen Sozialprodukts in Deutschland war mit schätzungsweise 7 vH um 2 Prozentpunkte stärker als das dem Zielpfad zugrunde liegende Wachstum des nominalen Produktionspotentials. Von dem Versuch, über weitere Zinserhöhungen die Expansion der Geldmenge M3 auf eine dem Geldmengenziel entsprechende Rate zurückzuführen, sah die Bundesbank ab. Dabei mögen Rücksichten auf die schwächer werdende Konjunktur und im letzten Drittel des Jahres auch auf die Stabilität der Währungsverhältnisse in Europa eine Rolle gespielt haben. Wichtig erscheint uns, daß bei der Bewertung der Geldmengenentwicklung nach wie vor Unsicherheiten einzuräumen sind. Dazu gehörte zum einen Unsicherheit über das Verhalten der Geldnachfrager in Ostdeutschland. Schwierig zu bewerten war es zum anderen, daß die Kreditvergabe an Nichtbanken trotz der konjunkturellen Abschwächung und der steigenden Zinsen weiterhin dynamisch zunahm. Hinter dem starken Kreditwachstum standen die durch Zinssubventionen wenig zinsreagible Kreditnachfrage des Wohnungsbaus, aber auch ein hoher Kreditbedarf für Investitionen und Unternehmenskäufe in Ostdeutschland. Dem expansiven Kreditwachstum standen nur schwache kontraktive Effekte seitens der Geldkapitalbildung gegenüber. Denn zu den besonderen monetären Konstellationen des Jahres 1992 gehörte es, daß kurzfristige Einlagen deutlich höher verzinst wurden als langfristige Kapitalanlagen. Im Verbund mit unsicheren Zinserwartungen in der ersten Jahreshälfte machte dies die zur Geldmenge M3 zählenden Termingeldeinlagen gegenüber der Geldkapitalbildung attraktiv, freie Mittel wurden hier zwischengeparkt. Alles in allem ist den besonderen monetären Bedingungen in diesem Jahr aber nicht ein solch hohes Gewicht beizumessen, daß die Geldpolitik als stark restriktiv bezeichnet werden könnte. Die Geldpolitik hat versucht, sich der hohen Geldentwertung und der monetären Dynamik entgegenzustellen, sehr stark war ihr dämpfender Effekt aber nicht.

71. Obwohl in der Finanzpolitik der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte oberste Priorität eingeräumt werden sollte, sind die konsolidierten Ausgaben der Gebietskörperschaften in Deutschland im Jahre 1992 um 8 vH gestiegen. Die Ausgaben des Bundes expandierten mit einer Rate von knapp 6½ vH; dafür war — wie schon im Vorjahr — in erster Linie der Zuwachs bei den einigungsbedingten Ausgaben ausschlaggebend. Auch die konsolidierten Ausgaben der Länder und Gemeinden nahmen mit weiterhin hohem Tempo zu, in Westdeutschland mit insgesamt 7½ vH, in Ostdeutschland mit 8½ vH. Eine Revision der Ausgabenpolitik, bei der auf allen Ebenen öffentliche Ausgaben zu überprüfen und Prioritäten und Schwerpunkte neu zu setzen wären, ist bislang ausgeblieben.

Obwohl auch in diesem Jahr die öffentlichen Einnahmen kräftig stiegen — weil die Steuererhöhungen des letzten Jahres sich nun voll auswirkten und die

zunehmende Inflation die Bemessungsgrundlagen nominal aufblähte —, konnte das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts, das neben den Gebietskörperschaften den Fonds „Deutsche Einheit", den Kreditabwicklungsfonds, den Lastenausgleichsfonds und das ERP-Sondervermögen umfaßt, mit 120 Mrd DM kaum unter das Niveau des Vorjahres geführt werden. Eine zusätzliche Kapitalmarktbelastung entstand dadurch, daß die Sozialversicherung, anders als im Vorjahr, nicht mit einem Überschuß, sondern mit einem Defizit von 28 Mrd DM abschloß. Rechnet man schließlich auch die Kreditaufnahme der Treuhandanstalt, der Deutschen Bahnen, der Deutschen Bundespost und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft hinzu, so beanspruchte der gesamte öffentliche Bereich den Kapitalmarkt mit 194 Mrd DM, das waren über 60 Mrd DM mehr als im Jahre 1991.

II. Stagnation in Westdeutschland

72. Die Abkühlung der Konjunktur in diesem Jahr ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß sich die westdeutsche Wirtschaft seit dem letzten konjunkturellen Tiefpunkt im Jahre 1982 in einer ungewöhnlich langen Phase stetiger und spannungsfreier Aufwärtsentwicklung befand. In einem günstigen Investitionsklima beschleunigte sich das Wachstum der Produktionskapazitäten, und es fanden zusätzlich mehr als 3 Millionen Personen Beschäftigung. Da außerdem die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Einklang mit dem Produktionspotential expandierte, konnte auch der Geldwert schrittweise stabilisiert werden.

Erst Anfang der neunziger Jahre trieb die zusätzliche Nachfrage aus den neuen Bundesländern die Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials weit über das als normal einzustufende Niveau hinaus (Schaubild 9, Seite 84). Der Geldwertschwund hat sich wieder beschleunigt. Der Rückgang der Zuwachsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion auf 1½ vH nach 3,7 vH im Jahre 1991 scheint vor diesem Hintergrund nicht besorgniserregend. Bedenklich ist jedoch, daß die Produktion seit Jahresbeginn stagniert und sich eine Belebung nicht abzeichnet. Im Gegenteil: Die Nachfrage nach Industriegütern aus dem Inland ist vom Herbst 1991 zum Herbst 1992 gesunken, auch der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ist nach einem kräftigen Anstieg seit dem Frühjahr abwärts gerichtet. Aufgrund der schleppenden Auslandskonjunktur gingen keine nachhaltigen Impulse vom Export aus; schwer wog, daß die Auslandsbestellungen bis zur Jahresmitte abnahmen.

Enttäuschte Exporterwartungen

73. Noch vor Jahresfrist bestand Hoffnung, die Ausfuhr werde eine Schrittmacherrolle für die konjunkturelle Entwicklung übernehmen. Im vergangenen Jahr hatten neben der konjunkturellen Schwäche im Ausland hoch ausgelastete Kapazitäten und stark verlängerte Lieferfristen in den alten Bundesländern das Exportgeschäft erschwert. Mittlerweile sind jedoch ausreichend Kapazitäten frei, und die Lieferzeiten westdeutscher Exporteure sind stark zurückgegangen. Obwohl das konjunkturelle Umfeld im Inland die Ausfuhr nicht behindert hat, kam das Exportgeschäft nicht in Schwung. Ein wichtiger Grund hierfür war, daß sich die konjunkturelle Lage im Ausland nicht entschieden besserte, dementsprechend haben sich dort die Unternehmen mit Investitionen weiterhin zurückgehalten. Die Auslandsbestellungen erreichten deshalb insbesondere bei Investitionsgütern zur Jahresmitte einen Tiefstand. Daraufhin haben die westdeutschen Unternehmen, die im Frühjahr noch mit einer günstigeren Entwicklung des Exports rechneten, ihre Erwartungen nach unten revidiert.

Ein weiterer Grund für die ausbleibende Belebung des Exports lag darin, daß der reale Außenwert der D-Mark im Verlaufe des Jahres kräftig anstieg. Auf der Basis von Verbraucherpreisen lag der reale Außenwert im September um 6,2 vH höher als vor Jahresfrist. Verteuert haben sich deutsche Exportgüter vor allem gegenüber dem Konkurrenzangebot aus dem Dollarraum. Gegenüber einigen europäischen Ländern, deren Währungen in den letzten Jahren real höher bewertet wurden, hatten deutsche Exporteure dagegen wechselkursbedingte Wettbewerbsvorteile. Insgesamt stieg die Warenausfuhr im Jahresdurchschnitt mit weniger als 2 vH an, einer Rate, die deutlich hinter der Expansion des Welthandels zurückblieb.

74. Eine Bilanz des Exports nach Ländergruppen spiegelt bei vielen wichtigen Handelspartnern die konjunkturelle Lage wider. Die Ausfuhr in die Europäische Gemeinschaft stieg nur mäßig an, in die übrigen Industrieländer wurde sogar weniger ausgeführt als vor Jahresfrist. Der Export in einige Ländergruppen wie die Entwicklungsländer, die OPEC-Länder sowie die ehemaligen Staatshandelsländer entwickelte sich hingegen lebhaft.

Die Ausfuhr in die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft lag in den ersten acht Monaten um 2,6 vH über Vorjahresstand (Tabelle 13). Dazu trug vor allem der Export nach Italien und Großbritannien bei. Dies muß angesichts der nach wie vor schlechten konjunkturellen Lage im Vereinigten Königreich und der Abschwächung in Italien überraschen. Den deutschen Unternehmen kam jedoch die hohe reale Bewertung des britischen Pfundes und der italienischen Lira gegenüber der D-Mark zugute, bis im September beide Währungen aus dem EWS ausscherten und danach gegenüber der D-Mark stark an Wert einbüßten. Womöglich haben auch Wettbewerbsprobleme der Industrie in diesen Ländern zu einer Steigerung der Nachfrage nach deutschen Produkten beigesteuert. Der Export nach Spanien übertraf in den ersten acht Monaten, trotz einer nachlassenden Konjunktur dort, den Wert des Vorjahres um 16,9 vH. Hier dürfte die stark gewachsene Präsenz westdeutscher Unternehmen auf der iberischen Halbinsel und zunächst eine Überbewertung der Peseta zu dem hohen Export beigetragen haben. Die Ausfuhr nach Frankreich, dem wichtigsten Handelspartner, behauptete dagegen nicht ganz den Vorjahresstand. In Frankreich hat sich die Konjunktur zwar leicht erholt, doch hat sich dies nicht auf die Investitionen ausgewirkt; die Ausrüstungsinvestitionen gingen sogar stark zurück.

Tabelle 13

Ausfuhr des früheren Bundesgebietes in ausgewählte wichtige Partnerländer [1])

Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in vH

Zeitraum	Ausfuhr insgesamt	Westliche Industrieländer [2])							Mittel- und osteuropäische Länder [3])	Entwicklungsländer [4])	OPEC-Länder [5])
		zusammen	darunter								
			Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Österreich	Schweden	Schweiz			
Anteil 1991 [6])	100	29,1	6,4	0,8	2,5	6,0	2,3	5,8	4,0	7,7	3,3
1984 bis 1991 [7])	4,1	3,1	- 1,7	2,0	13,2	7,0	1,8	5,4	3,6	3,4	- 3,8
1985	10,0	14,3	18,6	26,7	14,0	12,6	13,5	11,5	5,4	4,1	- 9,8
1986	- 2,0	1,2	- 0,6	- 3,5	10,4	2,6	0,1	7,5	- 8,4	- 7,7	-28,9
1987	0,2	- 1,4	- 9,6	- 9,9	21,1	1,0	7,4	3,5	- 9,3	- 0,5	-20,2
1988	7,6	3,7	- 8,4	1,8	24,3	12,2	5,1	7,2	11,0	1,8	8,2
1989	12,9	9,1	2,1	5,6	16,4	10,7	10,2	10,8	24,5	17,9	6,1
1990	0,3	1,3	0,5	- 8,0	14,1	4,5	- 9,3	0,8	- 4,3	3,3	11,0
1991	0,9	- 5,0	-11,3	5,5	- 5,5	6,3	-11,9	- 2,6	10,9	6,9	16,7
1992 Jan bis Aug	2,0	- 3,7	1,5	-12,5	- 8,2	- 0,7	- 2,9	- 7,5	10,7	7,3	16,4

Zeitraum	Europäische Gemeinschaft										
	zusammen	davon									
		Belgien und Luxemburg	Dänemark	Frankreich	Griechenland	Großbritannien [8])	Irland	Italien	Niederlande	Portugal	Spanien
Anteil 1991 [6])	55,1	7,4	1,9	13,4	1,0	7,8	0,4	9,4	8,5	1,2	4,1
1984 bis 1991 [7])	5,6	5,1	2,9	5,1	3,6	3,1	4,5	7,1	4,0	19,2	17,3
1985	9,7	8,7	17,8	4,3	10,3	13,3	23,7	11,0	9,8	20,3	13,0
1986	0,1	0,6	3,4	- 2,6	- 4,4	- 3,0	- 3,4	2,6	- 1,7	10,6	24,4
1987	3,9	4,5	- 8,6	2,0	- 5,0	4,6	- 8,7	7,4	1,4	26,6	20,0
1988	10,9	8,2	1,0	12,0	11,6	13,4	5,7	12,2	6,7	23,6	19,1
1989	14,4	9,4	7,3	18,3	16,5	12,3	22,0	15,8	10,6	21,2	25,4
1990	- 0,6	3,9	- 1,4	- 0,6	- 1,4	- 7,7	- 8,2	0,3	- 0,2	7,5	4,8
1991	1,9	1,1	2,3	3,6	- 0,0	- 8,0	5,0	1,5	1,9	25,8	15,7
1992 Jan bis Aug	2,6	2,7	2,2	- 0,2	20,7	3,5	- 1,7	5,5	1,2	- 9,1	16,9

[1]) Spezialhandel nach Bestimmungsländern.
[2]) Westliches Europa (ohne Europäische Gemeinschaft), Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika, Vereinigte Staaten.
[3]) Ehemalige Staatshandelsländer (Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, ehemalige Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn).
[4]) Afrika (ohne Republik Südafrika), Mittel- und Südamerika, Asien (ohne Japan und Staatshandelsländer), Ozeanien. Ohne OPEC-Länder.
[5]) Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.
[6]) Anteil an der Gesamtausfuhr in vH.
[7]) Durchschnittlich jährliche Veränderung.
[8]) Einschließlich Nordirland.

Vorwiegend konjunkturelle Gründe hat der Rückgang des Exports nach Österreich, der Schweiz, Schweden sowie nach Japan. Insbesondere in Japan hat sich die gesamtwirtschaftliche Expansion stark abgeschwächt; die Nachfrage nach Investitionsgütern und auch nach Kraftfahrzeugen, letztere machen rund ein Drittel des deutschen Exports nach Japan aus, ging spürbar zurück. Die gesamten Lieferungen lagen in den ersten acht Monaten um 8,2 vH unter dem Stand des Vorjahres. Der Export in die Vereinigten Staaten wurde dagegen von der allmählichen konjunkturellen Erholung begünstigt. Nach einem Rückgang im vergangenen Jahr wurden in den ersten acht Monaten 1,5 vH mehr Waren in die Vereinigten Staaten ausgeführt als vor Jahresfrist.

Die Nachfrage nach westdeutschen Produkten seitens der ehemaligen Staatshandelsländer, der OPEC-Länder sowie der Entwicklungsländer war abermals kräftig. Auf sie entfielen etwa 15 vH (1991) der gesamten Ausfuhr Westdeutschlands. Der Export in die ehemaligen Staatshandelsländer überstieg in den ersten acht Monaten den Vorjahreswert um 10,7 vH. Noch stärker entwickelte sich die Ausfuhr in die OPEC-Länder. Darin kam allerdings ein vorübergehender Nachfrageschub zum Ausdruck, den die Normalisierung des Wirtschaftslebens in der Golfregion nach dem Ende des Golfkrieges nach sich zog. Dagegen dürfte die Belebung in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern nachhaltiger sein. Sie äußerte sich merklich im Export in diese Ländergruppe, der von Januar bis August um mehr als 7 vH über dem Stand des Vorjahres lag.

75. Die alles in allem wenig zufriedenstellende Entwicklung des Exports betraf die einzelnen Produktionszweige unterschiedlich. Während für die Hersteller von Grundstoff- und Produktionsgütern der Rückgang der Ausfuhr anhielt, bewegte sich die Ausfuhr von Verbrauchsgütern und mehr noch die von Investitionsgütern auf einem höheren Niveau als im vergangenen Jahr. Von Januar bis August 1992 wurden etwa 1,3 vH mehr Verbrauchsgüter und 3,8 vH mehr Investitionsgüter ausgeführt als vor Jahresfrist. Bei den Investitionsgütern wird das Bild jedoch dadurch verzerrt, daß auch der Export von Kraftfahrzeugen, der gemessen an den Stückzahlen in den ersten acht Monaten mit 19 vH außerordentlich stark anstieg, darin enthalten ist. Bei den Investitionsgütern im engeren Sinne hingegen lag der Export in den ersten acht Monaten nur um 0,8 vH höher als im selben Zeitraum des Vorjahres. Das anhaltend schlechte Investitionsklima im Ausland wirkte sich besonders nachteilig auf die Ausfuhr von Maschinen aus, die weiter gedrosselt werden mußte.

76. Eine wichtige Frage ist, wie sich die Präsenz deutscher Anbieter auf den wachstumsstärksten Exportmärkten für Industrieerzeugnisse verändert hat, auf welchen Märkten also Stärken und Schwächen der Unternehmen gegenüber Konkurrenten bestehen, die aufgrund einer vergleichbaren Ausstattung mit Sachkapital und Humankapital ähnliche komparative Vorteile vorweisen.

Die Relation zwischen der Zuwachsrate des nationalen Exports innerhalb einer Produktgruppe und der Zuwachsrate des Weltexports dieser Produktgruppe zeigt bei Werten, die größer als 1 sind, Marktanteilsgewinne an (Tabelle 14, Relation). Gemäß dieser Relation hat die Bundesrepublik im Jahre 1989 im Vergleich zum Jahre 1981 ihre Position auf den wachstumsstärksten Exportmärkten nicht ausbauen können. Gleiches gilt jedoch für die anderen großen Industrienationen mit Ausnahme von Japan, das deutliche Marktanteilsgewinne aufweist. Die Bundesrepublik hatte Marktanteilsgewinne in erster Linie bei Produkten wie Maschinen und Maschinenteilen, medizinische Instrumente sowie Personenkraftwagen und Kfz-Zubehör. Auf den Exportmärkten für Datenverarbeitungsgeräte, Bekleidung und Schuhe, optische Instrumente, aber auch Geräte für die Nachrichtentechnik, gingen in hohem Maße Marktanteile verloren; außer bei Bekleidung und Schuhen handelt es sich um höherwertige Produkte, für die sich komparative Vorteile für die Bundesrepublik vermuten lassen. Auf den Märkten für Datenverarbeitungsmaschinen sowie für Güter der Nachrichtentechnik haben japanische Hersteller ihre Stellung außerordentlich verbessern können. Bei optischen Instrumenten haben Frankreich, Japan und die Vereinigten Staaten an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen.

Tabelle 14

Zur Exportentwicklung
1989 gegen

Waren[1]	Welt[2]			Bundesrepublik Deutschland[2][3]		
	Rang-zahl	vH	Anteil 1989[4]	vH	Rang-zahl	Relation (4):(2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
759 Teile und Zubehör für Büromaschinen sowie für automatische Datenverarbeitungsmaschinen und ihre Einheiten	1	*303,9*	2,43	*144,4*	9	0,47
776 Elektroröhren, Fotozellen, Dioden usw.; Teile davon	2	*291,9*	3,38	*243,9*	4	0,84
752 Automatische Datenverarbeitungsmaschinen und ihre Einheiten	3	*276,0*	2,95	*132,9*	14	0,48
896 Kunstgegenstände, Sammlungsstücke und Antiquitäten	4	*236,0*	0,67	*704,9*	1	2,99
898 Musikinstrumente, Teile und Zubehör davon	5	*200,0*	0,87	*268,4*	3	1,34
831 Reiseartikel, Einkaufstaschen usw. aus Leder, Kunstleder und dgl.	6	*172,1*	0,35	*65,1*	64	0,38
781 Personenkraftwagen einschließlich Kombinationskraftwagen	7	*144,2*	8,59	*158,7*	7	1,10
845 Oberbekleidung aus Gewirken, Bekleidungszubehör u. andere Wirkwaren	8	*139,7*	1,08	*47,0*	89	0,34
848 Bekleidung und Bekleidungszubehör[5]; Kopfbedeckungen aller Art	9	*136,5*	0,47	*56,3*	73	0,41
667 Echte Perlen, Edelsteine und Schmucksteine[6]	10	*126,6*	1,63	*85,6*	38	0,68
895 Bürobedarf	11	*125,4*	0,21	*139,6*	10	1,11
844 Unterkleidung aus Geweben	12	*123,5*	0,28	*77,1*	46	0,62
531 Synthetische organische Farbstoffe usw., natürlicher Indigo u. Farblacke	13	*123,3*	0,38	*90,9*	34	0,74
893 Waren aus Stoffen des SITC-2-Stellers 58	14	*121,0*	0,95	*101,0*	26	0,83
633 Korkwaren	15	*119,9*	0,04	*226,0*	5	1,89
846 Unterkleidung aus Gewirken	16	*116,1*	0,47	*14,2*	123	0,12
772 Elektr. Geräte zum Schließen und Öffnen von elektr. Stromkreisen	17	*114,3*	1,67	*134,1*	12	1,17
847 Bekleidungszubehör aus Spinnstoffen	18	*109,9*	0,20	*99,1*	27	0,90
894 Kinderwagen, Spielzeug, Spiele und Sportgeräte	19	*109,3*	0,92	*62,6*	68	0,57
843 Oberbekleidung aus Geweben für Frauen, Mädchen und Kleinkinder	20	*108,1*	1,05	*101,4*	25	0,94
872 Medizinische Instrumente	21	*100,5*	0,37	*106,1*	21	1,06
583 Polymerisations- und Mischpolymerisationserzeugnisse	22	*99,7*	1,85	*73,9*	50	0,74
784 Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge der SITC-3-Steller 722. 781 bis 783	23	*99,4*	3,97	*133,5*	13	1,34
611 Leder	24	*99,0*	0,38	*34,3*	108	0,35
515 Organisch-anorganische Verbindungen u. heterocyclische Verbindungen	25	*98,3*	0,64	*54,5*	75	0,55
851 Schuhe	26	*95,4*	1,07	*54,4*	77	0,57
871 Optische Instrumente, Apparate	27	*94,0*	0,14	*18,3*	121	0,19
684 Aluminium	28	*93,5*	1,31	*64,3*	65	0,69
582 Kondensations-, Polykondensations- und Polyadditionserzeugnisse	29	*92,3*	0,78	*68,9*	57	0,75
764 Geräte für die Nachrichtentechnik; Teile, Zubehör[7]	30	*89,8*	2,21	*30,1*	112	0,34
749 Teile und Zubehör, nicht elektrisch, für Maschinen, Apparate	31	*89,7*	1,78	*103,5*	24	1,15
714 Motoren und Kraftmaschinen, nicht elektrisch; Teile	32	*87,1*	0,95	*172,3*	6	1,98
726 Druckerei- und Buchbindereimaschinen; Teile davon	33	*87,1*	0,39	*95,9*	32	1,10
821 Möbel und Teile davon	34	*84,4*	1,08	*69,0*	56	0,82
585 Andere Kunststoffe	35	*82,9*	0,06	*105,0*	23	1,27
774 Elektromedizinische und radiologische Apparate und Geräte	36	*81,4*	0,32	*139,2*	11	1,71
664 Glas	37	*81,4*	0,38	*127,4*	15	1,56
612 Waren aus Leder oder Kunstleder, Sattlerwaren, Schuhteile	38	*80,5*	0,10	*46,1*	91	0,57
778 Elektrische Maschinen, Apparate und Geräte	39	*79,9*	1,51	*73,6*	51	0,92
718 Andere Kraftmaschinen; Teile	40	*78,8*	0,16	*151,1*	8	1,92
Nachrichtlich:						
Anteil an der Weltausfuhr der 40 dargestellten Waren nach dem SITC-3-Steller		100			15,5/14,6	
Anteil an der Weltausfuhr der 150 Waren nach dem SITC-3-Steller		100			14,7/14,9	
Anzahl der Gütergruppen mit Relation > 1	X	X	X	X	X	15
Rangkorrelationskoeffizient (nach Spearman)[8]		X			0,64	

[1] Als Auswahlgrundlage diente das Internationale Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC-Rev. II) für die Gütergruppen 5 bis 8 mit 150 Industriewaren (SITC-3-Steller); daraus wurden die 40 Waren mit dem höchsten Zuwachs (in vH) im Zeitraum zwischen 1981 und 1989 ausgewählt und dargestellt.

[2] Die Rangzahlen für die Welt und für die einzelnen Länder ergeben sich aus der Höhe der Veränderungsraten (in vH) der einzelnen Gütergruppen zwischen 1981 und 1989 (höchste positive Veränderungsrate = Rangzahl 1).

[3] Früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin (West).

Tabelle 14

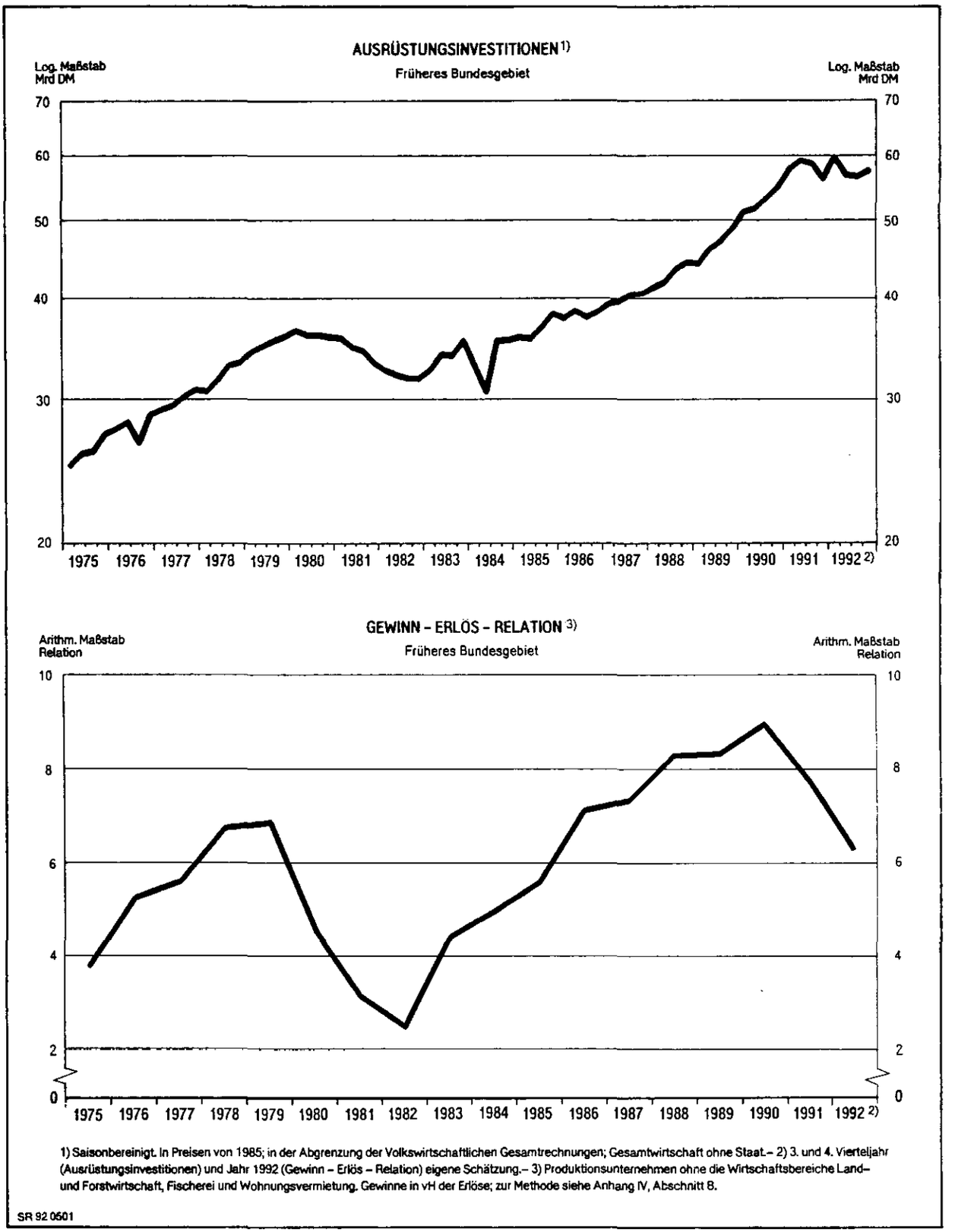
ausgewählter Industriewaren[1])
über 1981

Frankreich[2])			Großbritannien[2])			Italien[2])			Japan[2])			Vereinigte Staaten[2])			Lfd. Nr.
vH	Rang-zahl	Relation (7):(2)	vH	Rang-zahl	Relation (10):(2)	vH	Rang-zahl	Relation (13):(2)	vH	Rang-zahl	Relation (16):(2)	vH	Rang-zahl	Relation (19):(2)	
(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)	(14)	(15)	(16)	(17)	(18)	(19)	(20)	(21)	
154,3	12	0,51	*189,1*	8	0,62	*601,7*	2	1,98	*981,8*	2	3,23	*143,4*	13	0,47	1
176,4	11	0,60	*366,6*	2	1,26	*326,7*	3	1,12	*430,6*	3	1,48	*196,7*	5	0,67	2
114,0	18	0,41	*157,6*	10	0,57	*79,6*	40	0,29	*1230,5*	1	4,46	*164,6*	9	0,60	3
298,3	6	1,26	*286,4*	4	1,21	*1048,7*	1	4,44	*110,9*	33	0,47	*218,4*	3	0,93	4
115,0	17	0,58	*182,2*	9	0,91	*47,0*	80	0,24	*97,1*	37	0,49	*189,6*	7	0,95	5
394,9	4	2,29	*18,7*	69	0,11	*134,3*	17	0,78	*–21,4*	110	–0,12	*–34,0*	131	–0,20	6
93,1	25	0,65	*133,9*	11	0,93	*195,9*	8	1,36	*110,4*	34	0,77	*135,3*	15	0,94	7
56,5	42	0,40	*3,4*	87	0,02	*111,1*	27	0,80	*–58,8*	138	–0,42	*–48,2*	139	–0,35	8
3,0	115	0,02	*26,3*	61	0,19	*117,7*	24	0,86	*71,7*	43	0,53	*23,5*	67	0,17	9
4,7	110	0,04	*90,2*	17	0,71	–	150	0,00	*74,9*	41	0,59	*65,6*	34	0,52	10
87,0	28	0,69	*67,5*	22	0,54	*141,8*	14	1,13	*155,2*	18	1,24	*56,7*	37	0,45	11
34,1	69	0,28	*– 7,2*	105	–0,06	*69,0*	52	0,56	–	150	0,00	*5,9*	89	0,05	12
1298,4	1	10,53	*110,2*	13	0,89	*128,7*	20	1,04	*134,1*	23	1,09	*80,8*	28	0,66	13
68,5	36	0,57	*111,6*	12	0,92	*55,1*	72	0,45	*181,2*	13	1,50	*198,5*	4	1,64	14
137,3	15	1,15	*–59,8*	148	–0,50	*279,8*	4	2,33	*51,3*	50	0,43	*233,8*	2	1,95	15
17,7	91	0,15	*– 1,0*	92	–0,01	*181,6*	10	1,56	*176,2*	14	1,52	*–34,6*	132	–0,30	16
88,3	27	0,77	*62,6*	25	0,55	*90,0*	33	0,79	*165,2*	16	1,45	*103,9*	23	0,91	17
95,6	23	0,87	*34,9*	53	0,32	*221,8*	6	2,02	*14,2*	84	0,13	*49,0*	39	0,45	18
19,7	88	0,18	*17,1*	70	0,16	*29,4*	98	0,27	*201,4*	10	1,84	*35,7*	51	0,33	19
34,3	68	0,32	*41,4*	44	0,38	*88,0*	37	0,81	*–35,4*	124	–0,33	*–26,3*	124	–0,24	20
108,8	20	1,08	*– 6,9*	103	–0,07	*89,3*	35	0,89	*139,6*	20	1,39	*112,8*	20	1,12	21
71,1	35	0,71	*34,8*	54	0,35	*74,4*	47	0,75	*24,7*	72	0,25	*72,2*	31	0,72	22
94,5	24	0,95	*35,6*	51	0,36	*121,7*	22	1,22	*273,1*	6	2,75	*33,0*	56	0,33	23
57,2	41	0,58	*66,9*	23	0,68	*197,2*	7	1,99	*– 6,4*	100	–0,06	*30,5*	58	0,31	24
178,4	10	1,81	*95,1*	15	0,97	*67,9*	55	0,69	*52,7*	49	0,54	*647,2*	1	6,58	25
19,1	89	0,20	*– 8,1*	107	–0,08	*64,4*	57	0,68	*–61,8*	139	–0,65	*39,8*	48	0,42	26
140,2	14	1,49	*93,8*	16	1,00	*31,0*	96	0,33	*160,3*	17	1,70	*192,8*	6	2,05	27
17,7	92	0,19	*83,7*	18	0,89	*62,4*	63	0,67	*28,0*	67	0,30	*122,3*	18	1,31	28
40,2	56	0,44	*59,6*	28	0,65	*94,3*	32	1,02	*78,2*	39	0,85	*172,8*	8	1,87	29
2,5	116	0,03	*–32,5*	133	–0,36	*44,3*	85	0,49	*199,6*	11	2,22	*51,8*	38	0,58	30
58,1	39	0,65	*39,5*	47	0,44	*116,0*	26	1,29	*118,1*	30	1,32	*29,8*	60	0,33	31
569,6	2	6,54	*– 6,0*	102	–0,07	*–20,9*	132	–0,24	*–11,8*	102	–0,14	*129,9*	16	1,49	32
43,7	50	0,50	*46,9*	38	0,54	*47,4*	79	0,54	*352,3*	4	4,05	*7,5*	85	0,09	33
104,3	21	1,24	*–11,7*	114	–0,14	*102,6*	30	1,21	*73,7*	42	0,87	*74,9*	30	0,89	34
153,5	13	1,85	*37,2*	50	0,45	*24,7*	106	0,30	*183,8*	12	2,22	*100,6*	24	1,21	35
89,8	26	1,10	*76,6*	19	0,94	*48,8*	78	0,60	*297,9*	5	3,66	*11,0*	79	0,13	36
39,4	59	0,48	*21,0*	67	0,26	*63,7*	58	0,78	*102,0*	36	1,25	*9,9*	81	0,12	37
–6,3	125	–0,08	*–29,1*	131	–0,36	*– 8,8*	127	–0,11	*50,0*	53	0,62	*–17,2*	113	–0,21	38
49,8	45	0,62	*52,0*	31	0,65	*75,7*	45	0,95	*132,3*	25	1,66	*43,4*	47	0,54	39
3,4	114	0,04	*74,4*	20	0,94	*42,3*	89	0,54	*–20,1*	108	–0,25	*149,3*	12	1,90	40
	7,3/6,0			*7,2/5,4*			*6,3/5,7*			*13,3/16,4*			*15,9/13,8*		
	7,4/6,6			*6,9/5,6*			*6,2/6,0*			*14,4/13,9*			*15,4/13,0*		
X	X	11	X	X	2	X	X	14	X	X	19	X	X	10	
	0,58			*0,47*			*0,52*			*0,53*			*0,66*		

[4]) Anteil der Waren (SITC-3-Steller) an der Weltausfuhr (150 Waren) in vH.
[5]) Aus anderen Stoffen als aus Spinnstoffen.
[6]) Roh und bearbeitet.
[7]) Zubehör für Apparate und Geräte des SITC-2-Stellers 76.
[8]) Aus 150 Rangzahlen.

Quelle für Grundzahlen: UN „International Trade Statistics Yearbook" Volume II (1984 und 1989)

Schaubild 6



1) Saisonbereinigt. In Preisen von 1985; in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; Gesamtwirtschaft ohne Staat.– 2) 3. und 4. Vierteljahr (Ausrüstungsinvestitionen) und Jahr 1992 (Gewinn – Erlös – Relation) eigene Schätzung.– 3) Produktionsunternehmen ohne die Wirtschaftsbereiche Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Wohnungsvermietung. Gewinne in vH der Erlöse; zur Methode siehe Anhang IV, Abschnitt B.

SR 92 0501

Stagnierende Investitionstätigkeit in Westdeutschland

77. Bereits im Herbst vergangenen Jahres war abzusehen, daß von der Investitionsnachfrage der Unternehmen in diesem Jahr keine starken Impulse auf die westdeutsche Konjunktur ausgehen würden. Nachdem die Ausrüstungsinvestitionen im Verlauf der Jahre von 1988 bis Ende 1991 um rund 80 vH gestiegen waren, gingen sie im Jahre 1992 dem Volumen nach wieder etwas zurück. Die von uns erhoffte Wende im Verlauf des Jahres 1992 blieb aus. Im Herbst lag das Volumen an Ausrüstungsinvestitionen nur wenig höher als anderthalb Jahre zuvor, als die starke Investitionsdynamik der späten achtziger und frühen neunziger Jahre zu Ende gegangen war (Schaubild 6). Der Befund einer schwachen Investitionsneigung westdeutscher Unternehmen gilt allerdings nur für das Gebiet der alten Bundesländer. Bezieht man die Investitionen in den ostdeutschen Produktions- und Vertriebsstätten mit ein, so haben die westdeutschen Unternehmen ihre Budgets für den Kauf von Investitionsgütern nochmals kräftig aufgestockt. Die stark gegenläufige Entwicklung deutet darauf hin, daß die Investitionen auf dem Gebiet der alten Bundesländer jedenfalls in der kurzen Frist stärker konjunkturreagibel sind als die Investitionen in Ostdeutschland, mit denen in noch stärkerem Maße strategische, hauptsächlich auf die längerfristige Markterschließung gerichtete Ziele verfolgt werden. Im übrigen stellt die in den nächsten Jahren auslaufende Investitionsförderung für die Unternehmen einen Anreiz dar, geplante Investitionsvorhaben möglichst schnell in Angriff zu nehmen und innerhalb der vorgesehenen Fristen abzuschließen.

78. Wichtige Bedingungen für das Investieren haben sich im Jahre 1992 verschlechtert. Zum einen ist die Rentabilität der Investitionen aufgrund eines anhaltenden Kostendrucks zurückgegangen, die Kapitalrendite liegt in etwa wieder auf dem Niveau von Mitte der achtziger Jahre. Zum anderen hat die Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage den Produktionsanstieg erheblich gebremst und in weiten Teilen der Wirtschaft Produktionskapazitäten frei werden lassen. Da angesichts der wirtschaftlichen Abschwächung auch die Absatzperspektiven im Laufe des Jahres immer zurückhaltender eingeschätzt wurden, schienen vielen Unternehmen die vorhandenen Kapazitäten durchaus ausreichend, also Erweiterungsinvestitionen wenig dringlich zu sein.

79. Die Ertragslage der Unternehmen geriet im Jahre 1992 von mehreren Seiten unter Druck. Hatte sich die Gewinn-Erlös-Relation, an der wir die Entwicklung der Ertragslage im Unternehmenssektor ablesen, im vorigen Jahr vor allem aufgrund der Aufwendungen für importierte Vorleistungen verschlechtert, so waren in diesem Jahr die inländischen Kostenkomponenten maßgebend; vor allem die indirekten Steuern (abzüglich der Subventionen) und die Kapitalkosten, aber auch die Arbeitskosten sind stärker als die Erlöse gestiegen (Tabelle 15). Der kräftige Anstieg des Saldos von indirekten Steuern und Subventionen geht vor allem auf die Erhöhung der Mineralölsteuer im letzten Jahr und der Tabaksteuer in diesem Jahr zurück. Die indirekten Steuern (abzüglich der Subventionen) sind in der Gewinn-Erlös-Relation einerseits als Kosten erfaßt, andererseits gehen sie, da sie weitestgehend in die Preise überwälzt werden dürften, auch in die Gesamterlöse der Unternehmen ein. Dieser Tatbestand ist bei der Interpretation der anderen Kostenkomponenten zu berücksichtigen. Eine in die Preise überwälzte Verbrauchsteuererhöhung steigert unter sonst gleichen Bedingungen die Erlöse des Unternehmenssektors. Der Anstieg der anderen Kostenkomponenten in Relation zu den Erlösen fällt deswegen schwächer aus, als er es ohne Steuererhöhung gewesen wäre.

Die Gewinn-Erlös-Relation ist eine Art gesamtwirtschaftliche Umsatzrendite, die über die Ertragsbedingungen im Unternehmenssektor der Wirtschaft Auskunft gibt (Anhang IV, Abschnitt B). Bei ihrer Berechnung werden die Gesamtkosten, unterteilt in sieben Komponenten, zu den Gesamterlösen in Beziehung gesetzt. Wir haben uns in diesem Jahr entschlossen, bei der Berechnung der kalkulatorischen Zinskosten eine Änderung vorzunehmen und das von den Unternehmen gehaltene Geldvermögen nicht mehr als Bestandteil des im Unternehmen zu verzinsenden Kapitalstocks zu behandeln. Bislang waren wir von der Annahme ausgegangen, daß ein Großteil des Geldvermögens der Unternehmen als betriebsnotwendig angesehen werden kann, und somit als Teil des zur Produktion eingesetzten Kapitalstocks kalkulatorische Zinskosten verursacht. Diese Annahme ist in den letzten Jahren mit einer rasant ansteigenden Geldvermögensbildung der Unternehmen weniger überzeugend geworden. Eine weitere Unschärfe ist nach der deutschen Vereinigung hinzugekommen. Die Vermögensstatistik erfaßt die gesamten Geldvermögen der westdeutschen Unternehmen; welcher Teil davon für die Produktionstätigkeit in Ostdeutschland benötigt wird, und damit nach der bisherigen Konzeption bei der Berechnung der westdeutschen Gewinn-Erlös-Relation nicht berücksichtigt werden dürfte, läßt sich nicht ermitteln. Nach neuer Rechnung, die die Geldvermögen nicht als Bestandteil des Kapitalstocks einbezieht, liegt das Niveau der Gewinn-Erlös-Relation deutlich höher als nach alter Rechnung, ihr Verlauf ist in kurz- und mittelfristiger Sicht aber weitgehend unverändert. Da es bei der Interpretation der Gewinn-Erlös-Relation vor allem auf Veränderungen und Veränderungstendenzen dieser Größe ankommt, behalten frühere Analysen mit Hilfe der Gewinn-Erlös-Relation trotz der Niveauverschiebung ihren Aussagewert.

Eine Verschlechterung der aktuellen Ertragslage muß nicht zwangsläufig negative Wirkungen auf die Investitionen haben; entscheidend sind die Erwartungen der Unternehmen über zukünftige Erträge. Ob die Unternehmen die aktuelle Entwicklung als vorübergehend ansehen, läßt sich allerdings schwer beurteilen, weil keine Indikatoren der längerfristigen Gewinnerwartungen vorliegen. Umfragen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung weisen für die kurze Frist darauf hin, daß die Unternehmen überwiegend noch eine Verschlechterung der Geschäftslage erwarten und für die nächsten Monate nicht mit einem Anstieg der Inlandsverkaufspreise im Verarbeitenden Gewerbe rechnen. Dies läßt nicht darauf schließen, daß die Unternehmen schon in naher Zukunft auf eine deutliche Verbesserung der Ertragslage setzen.

80. Da die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Laufe des Jahres 1992 praktisch stagnierte und in weiten Teilen der Wirtschaft Produktionskapazitäten frei wurden, verwundert es nicht, daß die Investitionstätigkeit stärker auf die Rationalisierung, weniger auf die Erweiterung der Produktionskapazitäten gerichtet wurde. Dazu gaben die rückläufigen Gewinnmargen auch Anlaß. Überdies haben mehr und mehr Unternehmen versucht, mit zusätzlichen Investitionen die

Tabelle 15

Zur Gewinn-Erlös-Relation [1]

Jahr	Bruttolohn- und -gehaltssumme	Arbeitgeberbeiträge	Kalkulatorischer Unternehmerlohn [2]	Zinskosten [3]	Abschreibungen	Indirekte Steuern abzüglich Subventionen [4]	Vorleistungen Ausland [5]	Kosten-Erlös-Relation	Gewinn-Erlös-Relation	Kapitalrendite [6]	
										ohne	mit
										Berücksichtigung der Zinskosten	
	in vH der Erlöse									vH	
1960	34,11	5,22	6,98	6,17	5,60	13,35	13,34	84,77	15,23	21,92	15,60
1961	35,55	5,43	7,01	6,25	5,94	13,67	12,54	86,38	13,62	19,78	13,55
1962	36,37	5,50	6,83	6,31	6,29	13,71	12,55	87,58	12,42	18,32	12,15
1963	36,66	5,50	6,76	6,50	6,68	13,63	12,92	88,66	11,34	16,90	10,74
1964	36,74	5,12	6,44	6,42	6,76	13,36	12,93	87,78	12,22	17,89	11,72
1965	36,67	5,26	6,29	6,53	6,82	12,84	13,91	88,32	11,68	17,56	11,26
1966	37,12	5,46	6,36	7,08	7,18	12,90	13,61	89,71	10,29	16,18	9,59
1967	36,65	5,31	6,52	7,65	7,67	13,37	12,98	90,14	9,86	15,31	8,62
1968	36,11	5,42	6,36	7,42	7,48	12,36	14,00	89,14	10,86	16,49	9,80
1969	35,82	5,45	6,00	7,13	7,10	13,30	14,83	89,63	10,37	16,56	9,81
1970	37,35	5,98	6,03	7,18	7,21	12,15	14,38	90,29	9,71	16,56	9,52
1971	37,88	6,20	5,75	7,43	7,55	12,26	14,29	91,36	8,64	15,78	8,49
1972	38,05	6,53	5,69	7,60	7,70	12,28	14,22	92,08	7,92	15,30	7,81
1973	38,40	6,93	5,67	7,81	7,64	11,93	14,70	93,07	6,93	14,96	7,03
1974	37,85	7,11	5,59	8,13	7,85	11,18	17,55	95,26	4,74	13,45	4,95
1975	37,71	7,45	5,67	8,41	8,40	11,29	17,28	96,21	3,79	12,44	3,86
1976	36,27	7,54	5,37	7,84	8,01	11,01	18,71	94,75	5,25	14,20	5,69
1977	36,82	7,54	5,27	7,48	7,97	10,95	18,37	94,39	5,61	14,21	6,09
1978	36,75	7,65	5,18	7,07	8,01	11,08	17,51	93,25	6,75	15,08	7,36
1979	35,88	7,56	4,98	6,85	7,83	11,04	19,00	93,14	6,86	15,43	7,72
1980	36,09	7,66	4,90	7,02	7,98	10,92	20,88	95,46	4,54	13,01	5,11
1981	36,12	7,63	4,91	7,65	8,33	10,81	21,41	96,87	3,13	11,92	3,46
1982	36,17	7,82	5,05	7,92	8,72	10,71	21,12	97,52	2,48	11,28	2,69
1983	34,89	7,72	5,03	7,77	8,80	10,78	20,58	95,58	4,42	13,31	4,83
1984	33,91	7,67	4,99	7,52	8,68	10,60	21,65	95,03	4,97	13,87	5,52
1985	33,54	7,58	4,98	7,24	8,62	10,31	22,14	94,41	5,59	14,25	6,21
1986	34,62	7,81	5,14	7,05	8,77	10,28	19,21	92,88	7,12	15,24	7,66
1987	35,12	7,98	5,20	6,87	8,86	10,33	18,30	92,66	7,34	14,90	7,69
1988	34,63	7,86	5,15	6,61	8,75	10,17	18,55	91,71	8,29	15,68	8,72
1989	33,81	7,59	5,05	6,54	8,64	10,45	19,60	91,68	8,32	15,89	8,90
1990	33,48	7,51	4,93	6,71	8,45	10,52	19,45	91,05	8,95	17,24	9,85
1991	33,45	7,54	4,89	6,79	8,44	11,14	20,01	92,26	7,74	16,36	8,71
1992 [7]	33,82	7,71	4,97	7,07	8,80	11,90	19,42	93,69	6,31	14,70	6,93
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten										
1980	0,21	0,10	–0,08	0,18	0,14	–0,12	1,88	2,32	–2,32	–2,41	–2,61
1981	0,03	–0,04	0,01	0,63	0,36	–0,10	0,53	1,41	–1,41	–1,10	–1,65
1982	0,05	0,19	0,14	0,27	0,39	–0,10	–0,29	0,65	–0,65	–0,63	–0,77
1983	–1,28	–0,09	–0,02	–0,15	0,08	0,07	–0,54	–1,94	1,94	2,02	2,13
1984	–0,98	–0,05	–0,05	–0,25	–0,12	–0,17	1,07	–0,55	0,55	0,56	0,69
1985	–0,37	–0,10	–0,01	–0,28	–0,06	–0,29	0,49	–0,62	0,62	0,38	0,69
1986	1,08	0,23	0,16	–0,19	0,15	–0,04	–2,92	–1,53	1,53	1,00	1,45
1987	0,50	0,17	0,06	–0,18	0,09	0,06	–0,91	–0,22	0,22	–0,34	0,03
1988	–0,49	–0,12	–0,05	–0,27	–0,11	–0,16	0,25	–0,95	0,95	0,77	1,03
1989	–0,83	–0,27	–0,09	–0,07	–0,10	0,28	1,05	–0,03	0,03	0,22	0,18
1990	–0,33	–0,08	–0,12	0,17	–0,19	0,07	–0,16	–0,63	0,63	1,35	0,95
1991	–0,03	0,04	–0,05	0,08	–0,02	0,62	0,56	1,21	–1,21	–0,88	–1,14
1992 [7]	0,37	0,16	0,08	0,27	0,36	0,76	–0,59	1,42	–1,42	–1,66	–1,78

[1] Unternehmen ohne Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung.
[2] Dabei wird unterstellt, daß jeder Selbständige/mithelfende Familienangehörige das durchschnittliche Bruttoeinkommen eines beschäftigten Arbeitnehmers erhält.
[3] Auf Anlage- und Vorratsvermögen der Unternehmen. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang IV, Abschnitt B.
[4] Wegen der fehlenden Aufgliederung sind für die nicht berücksichtigten Wirtschaftsbereiche (siehe Fußnote 1) von den indirekten Steuern (abzüglich Subventionen) nur die Produktionssteuern (abzüglich Subventionen), nicht jedoch die nichtabziehbare Umsatzsteuer, die Einfuhrabgaben und die Verwaltungsgebühren abgesetzt.
[5] Einfuhr von Waren (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) abzüglich Einfuhr von Investitionsgütern (Spezialhandel).
[6] Gewinne in vH des der Berechnung der Zinskosten zugrundeliegenden Vermögensbestandes (Anlage- und Vorratsvermögen jeweils zu Anschaffungspreisen).
[7] Eigene Schätzung

Effizienz der Produktionsabläufe im Sinne einer „schlanken Produktion" zu erhöhen.

Allerdings verdeckt die gesamtwirtschaftliche Sicht beträchtliche Unterschiede in der Nachfrageentwicklung und der Investitionstätigkeit in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Gesteigert wurden die Investitionen im Baugewerbe, weil dort anders als im Verarbeitenden Gewerbe die Nachfrageentwicklung günstig war. Auch im Handel wurden die Investitionsbudgets — trotz des nachlassenden Umsatzwachstums — nochmals kräftig aufgestockt. Die Investitionen zielten vielfach auf eine Ausschöpfung weiterer Rationalisierungspotentiale. Im Großhandel spielte auch die hohe Nachfrage von Einzelhändlern aus Ostdeutschland bei Investitionsentscheidungen eine Rolle.

Tabelle 16

Direktinvestitionen [1]) im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland

Mio DM

Jahr [2])	Deutsche Direktinvestitionen [3]) im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: −)		Ausländische Direktinvestitionen [3]) im Inland (Zunahme/Kapitaleinfuhr: +)		Saldo der Direktinvestitionen
	insgesamt (netto)	darunter in Kapitalanteilen [4])	insgesamt (netto)	darunter in Kapitalanteilen [4])	
1960	− 587	− 561	+ 900	+ 968	+ 313
1961	− 821	− 692	+ 1 332	+1 248	+ 511
1962	− 1 141	− 1 071	+ 1 444	+1 185	+ 303
1963	− 866	− 921	+ 2 010	+1 384	+ 1 144
1964	− 1 193	− 1 114	+ 2 532	+1 714	+ 1 339
1965	− 1 241	− 1 262	+ 3 660	+2 913	+ 2 419
1966	− 1 428	− 1 354	+ 4 061	+3 061	+ 2 633
1967	− 1 342	− 1 216	+ 3 361	+2 644	+ 2 019
1968	− 1 979	− 1 924	+ 2 163	+2 237	+ 184
1969	− 2 788	− 2 751	+ 2 067	+2 276	− 721
1970	− 3 194	− 2 975	+ 2 176	+1 654	− 1 018
1971	− 3 656	− 2 210	+ 3 905	+1 709	+ 248
1972	− 4 988	− 3 461	+ 6 157	+4 350	+ 1 169
1973	− 4 417	− 3 427	+ 5 324	+4 749	+ 907
1974	− 4 959	− 3 481	+ 5 495	+5 059	+ 536
1975	− 4 940	− 3 099	+ 1 690	+2 203	− 3 250
1976	− 6 179	− 3 847	+ 3 378	+2 663	− 2 801
1977	− 5 122	− 4 237	+ 2 249	+1 460	− 2 873
1978	− 7 242	− 5 693	+ 3 270	+2 123	− 3 972
1979	− 8 235	− 6 819	+ 3 194	+ 960	− 5 042
1980	− 7 281	− 6 556	+ 771	+ 900	− 6 510
1981	− 8 727	− 9 133	+ 770	+2 106	− 7 957
1982	− 6 020	− 6 104	+ 1 988	+2 456	− 4 032
1983	− 8 095	− 7 268	+ 4 533	+2 096	− 3 562
1984	−12 492	− 8 683	+ 1 573	+2 064	−10 920
1985	−14 142	− 7 973	+ 1 727	+1 392	−12 415
1986	−20 885	−15 738	+ 2 585	+1 315	−18 300
1987	−16 364	−10 959	+ 3 417	+ 71	−12 947
1988	−20 074	−16 877	+ 2 114	−2 614	−17 960
1989	−27 326	−21 018	+13 155	+5 086	−14 170
1990	−37 010	−30 670	+ 3 737	+5 044	−33 274
1991	−35 737	−29 229	+ 4 844	+ 443	−30 894
1992 Jan bis Aug	−14 735	−12 142	+ 3 106	+1 605	−11 630

[1]) Nach der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank. Als Direktinvestitionen gelten alle Beteiligungen inländischer Unternehmen oder Investoren an ausländischen Aktiengesellschaften, die mehr als 20 vH des Nominalkapitals erreichen; entsprechendes gilt für Beteiligungen des Auslands an inländischen Aktiengesellschaften. In Einzelfällen (anderer Art der Einflußnahme, großer Betrag) genügt auch ein Anteil von nicht mehr als 20 vH. Beteiligungen von mehr als 20 vH an Unternehmen anderer Rechtsform als der einer Aktiengesellschaft, zum Beispiel GmbH, Genossenschaft, Kommanditgesellschaft, offene Handelsgesellschaft, stille Beteiligungen an Einzelhandelsunternehmen bzw. deren Entsprechung im Ausland, werden ebenfalls als Direktinvestitionen behandelt. Zweigniederlassungen, Betriebsstätten und kommerziell genutzte Grundstücke werden stets dieser Kategorie zugerechnet. — Ausgewiesen werden die Differenzen von Neuanlagen und Liquidation.

[2]) Bis Juli 1990 früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin (West), danach Deutschland.

[3]) Soweit erkennbar, einschließlich langfristige Kredite und reinvestierter Gewinne.

[4]) Aktien und sonstige Kapitalanteile (Kauf und Verkauf von Anteilen an Unternehmen in anderer Rechtsform als Aktiengesellschaften; einschließlich Zuführung externer Mittel zur Abdeckung von Verlustvorträgen oder zur Rücklagenbildung).

Quelle: Deutsche Bundesbank

Kaum noch angestiegen sind dagegen die Investitionsausgaben der Industrieunternehmen. Nach Befragungen des Ifo-Instituts ist im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt mit einem leichten Rückgang des realen Investitionsvolumens gegenüber 1991 zu rechnen. Innerhalb der Industrie ist die Lage aber wiederum nicht einheitlich. Vor allem in den stark exportabhängigen Sparten hat die nun schon seit Beginn der neunziger Jahre schwache Auslandsnachfrage das Investitionsklima stark beeinträchtigt. In Investitionsgüterbranchen wie dem Maschinenbau und der Feinmechanik und Optik dürften die Investitionsausgaben in diesem Jahr merklich zurückgegangen sein. In den anderen Hauptgruppen des Verarbeitenden Gewerbes, dem Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, dem Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, sowie dem Verbrauchsgütergewerbe, ist noch mit Investitionszuwächsen zu rechnen, aber auch hier blieb der Anstieg deutlich hinter den Ergebnissen vorangegangener Jahre zurück.

81. *Die Auslandsinvestitionen westdeutscher Unternehmen haben sich im Laufe des vergangenen Jahrzehnts beträchtlich erhöht (Tabelle 16). Diese Entwicklung, die auch in anderen Ländern zu beobachten war, hat verschiedene Ursachen. Produktion geographisch zu diversifizieren, ist ein wichtiges Element der Unternehmensstrategien geworden. Auch die informationstechnologische Revolution hat einen Trend zu Investitionen im Ausland verstärkt; sie hat die Möglichkeiten verbessert, Investitionschancen weltweit zu identifizieren und zu beurteilen. Die achtziger Jahre brachten aber vor allem günstigere Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen. Weitreichende institutionelle Reformen wie die Liberalisierung der Finanzmärkte — insbesondere die Abschaffung der Devisenkontrollen — aber auch das Binnenmarktprogramm in Europa haben vor allem in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre westdeutschen Unternehmen den Weg zu verstärkten Engagements im Ausland geebnet.*

Unter diesen Gesichtspunkten hätten auch ausländische Unternehmen ihre Investitionen in Deutschland verstärken müssen. Gerade von dem Binnenmarktprogramm und der deutschen Vereinigung hätte man nachhaltige Impulse auf die Direktinvestitionen in der Bundesrepublik erwarten können. Die tatsächliche Entwicklung zeigt aber, daß sich die Direktinvestitionen außer im Jahre 1989 nicht von ihrem niedrigen Niveau gelöst haben.

Schaubild 7



Bauinvestitionen: Nochmals hoher Zuwachs

82. Gestützt auf eine hohe Nachfrage nach Wohnbauten haben die Bauinvestitionen im Jahre 1992 um 3½ vH zugenommen (Schaubild 7). Allerdings hat sich die Bautätigkeit bis zum Jahresende abgeflacht. Dies lag zum einen daran, daß dank der günstigen Witterung am Jahresbeginn Aufträge deutlich rascher abgearbeitet werden konnten, als es der Jahreszeit entsprach, zum anderen hat die Nachfrage nach Bauten im Verlauf des Jahres dem Volumen nach deutlich nachgelassen, ebenso sind die Auftragsbestände gesunken. Gleichwohl haben die Unternehmen die Preise für Bauleistungen mit 5½ vH und damit kaum weniger stark als im Vorjahr (6,9 vH) angehoben.

83. Die einzelnen Bausparten entwickelten sich sehr unterschiedlich. Am kräftigsten war der Auftrieb im Wohnungsbau. Die realen Investitionen sind mit einem Zuwachs von 4½ vH ebenso stark gestiegen wie im Vorjahr. Die Nachfrage nach Wohnbauten hatte sich bis zur Jahreswende deutlich erhöht, ging aber seither wieder zurück. Von Januar bis August übertrafen die Aufträge im Wohnungsbau den entsprechenden Vorjahresstand dem Volumen nach um 8,8 vH.

Anreize zu vermehrten Investitionen im Wohnungsbau gingen von der angespannten Lage am Wohnungsmarkt aus, die sich unter anderem darin zeigte, daß in Westdeutschland die Mieten schon seit geraumer Zeit beträchtlich ansteigen. Um die Wohnungsknappheit zu bekämpfen, hatte die Bundesregierung die Fördermaßnahmen im Wohnungsbau nochmals verstärkt. Das Wohnungsbauprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau, das die Entstehung von Mietwohnungen im Gebäudebestand mit zinsverbilligten Krediten fördert, wurde fortgeführt; die Mittel für den

sozialen Wohnungsbau wurden kräftig aufgestockt. Dies stützte den Geschoßwohnungsbau. Außerdem wurde durch das Steueränderungsgesetz 1992 der Erwerb beziehungsweise die Herstellung selbstgenutzten Wohneigentums stärker gefördert. Der Abschreibungssatz für die ersten vier Jahre wurde um einen Prozentpunkt angehoben, und für Neubauten, die vor dem Jahre 1995 fertiggestellt werden, wurde pro Jahr ein Schuldzinsenabzug in Höhe von bis zu 12 000 DM eingeräumt. Allerdings ist im Rahmen dieses Steueränderungsgesetzes auch der Personenkreis begrenzt worden, der die Förderung in Anspruch nehmen darf. Berechtigt sind Haushalte, die im Jahr der Steuerveranlagung ein Einkommen von nicht mehr als 120 000 DM (Ledige) beziehungsweise 240 000 DM (Ehepaare) erzielen. Ob diese vielfältigen Maßnahmen den Wohnungsbau nachhaltig beleben, muß sich erst noch zeigen.

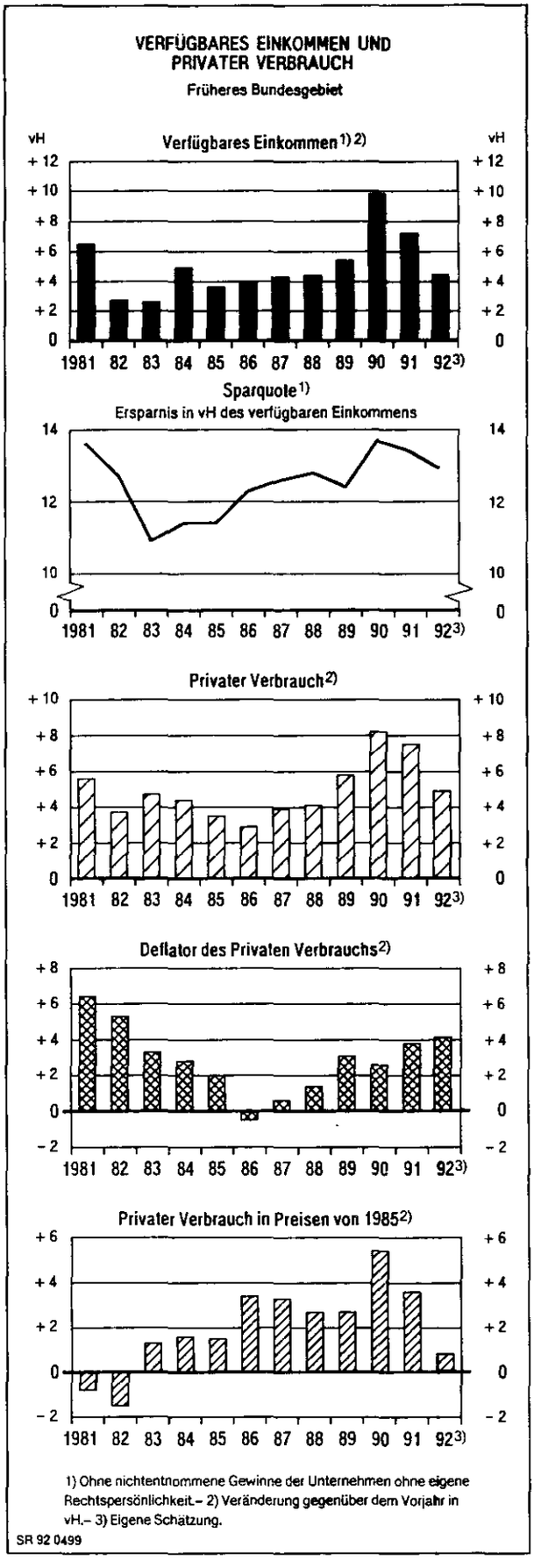
84. Im gewerblichen Bau machte sich das verschlechterte Investitionsklima in den alten Bundesländern bemerkbar. Während die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen gegenüber dem Vorjahr zurückgingen, stiegen die Investitionen in gewerbliche Bauten mit 2½ vH an. Dies lag vor allem an hohen Auftragsbeständen, die es noch abzuarbeiten galt. Der Auftragseingang blieb zwar dem Werte nach stabil, doch ergibt dies in Anbetracht einer Preissteigerung von 5 vH einen Rückgang des Volumens. Zugleich muß beachtet werden, daß im Auftragseingang Aufträge für Bauten in den neuen Bundesländern enthalten sind, die wahrscheinlich stärker zugenommen haben.

85. In den alten Bundesländern blieb den öffentlichen Haushalten infolge der angespannten Finanzlage wenig Raum für eine Aufstockung investiver Mittel. Dies äußerte sich bei den Bauinvestitionen und vor allem bei den Bauaufträgen der öffentlichen Hand, die in Westdeutschland im Verlauf des Jahres zurückgegangen sind. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Investitionen im öffentlichen Bau real weniger als 1½ vH an. Die Mittel konzentrieren sich in zunehmendem Maße auf die neuen Bundesländer.

Schwache Verbrauchskonjunktur — steigender Staatsverbrauch

86. Im Zuge der abgeschwächten konjunkturellen Entwicklung sind auch die verfügbaren Einkommen in diesem Jahr nicht mehr so stark wie in den Vorjahren angestiegen. Dies schlug sich bei einem ähnlich hohen Preisanstieg in einer Abkühlung der Verbrauchskonjunktur nieder (Schaubild 8). Der Private Verbrauch stieg nur um 1 vH an. Auch der Wegfall des Solidaritätszuschlags und womöglich vorgezogene Anschaffungen der privaten Haushalte in Hinblick auf die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 1993 haben den Privaten Verbrauch in der zweiten Jahreshälfte nur wenig belebt; dafür dürfte die stockende Beschäftigungsentwicklung und die steigende Arbeitslosigkeit ausschlaggebend gewesen sein. Ebenso hat eine Verunsicherung der Verbraucher in Hinblick auf den künftigen Kurs der Wirtschaftspolitik auf die Ausgabenneigung eher restriktiv gewirkt.

Schaubild 8



1) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. – 2) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. – 3) Eigene Schätzung.

SR 92 0499

87. Die Lohn- und Gehaltssumme ist im Jahre 1992 wesentlich langsamer gestiegen als im Vorjahr. Zwar nahmen die Tariflöhne je Stunde im Vorjahresvergleich um beinahe 6 vH nochmals kräftig zu, doch blieb der Anstieg der Effektivverdienste mit 5 vH dahinter zurück. Anders als in den Vorjahren steuerte die Zunahme der Beschäftigung um ½ vH nur wenig zu dem Anstieg der Arbeitseinkommen bei. Weniger noch als die Bruttolohn- und -gehaltssumme (5½ vH) stieg die Nettolohn- und -gehaltssumme mit 3½ vH. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nahmen letztlich infolge eines anhaltenden Kostendrucks mit einer Rate von lediglich 2 vH zu. Demgegenüber sind im Jahre 1992 die Transfereinkommen der privaten Haushalte mit einer Rate von 8½ vH kräftig angestiegen. Dahinter standen neben Leistungsverbesserungen beim Kindergeld stark steigende Ausgaben der Sozialversicherung, die sich auch aus der zunehmenden Arbeitslosigkeit ergaben. Bei den Transfers der Gesetzlichen Rentenversicherung, die insgesamt um rund 6 vH zunahmen, war neben der Anhebung der Altersrenten um 2,71 vH die Zunahme der Anzahl von Rentenempfängern ausschlaggebend. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte war im Jahre 1992 knapp 4½ vH höher als im Vorjahr. Angesichts eines Anstiegs der Verbraucherpreise von 4 vH reichte dies zu wenig mehr als zur Erhaltung der Kaufkraft. Der Zuwachs des Privaten Verbrauchs war somit auf eine etwas höhere Ausgabenneigung zurückzuführen. Freilich wäre eher damit zu rechnen gewesen, daß die Verbraucher infolge der labileren Wirtschaftslage die Sparquote erhöhen; jedoch scheint es, daß andere Einflüsse, insbesondere die höhere Steuer- und Abgabenlast, in diesem Jahr die Dispositionen der privaten Haushalte dominierten.

88. Der Staatsverbrauch expandierte in diesem Jahr kräftiger als im Vorjahr. In realer Rechnung betrug der Zuwachs 3 vH nach nur 0,5 vH im Jahre 1991; in jeweiligen Preisen erhöhten sich die Ausgaben des Staates für Personal, Sachleistungen und Verteidigung um rund 6½ vH nach 5,3 vH im Vorjahr. Dabei nahm der Sachaufwand mit 7 vH deutlich stärker zu als die Ausgaben für Löhne und Gehälter (5½ vH). Während die Ausgaben für den gesamten zivilen Bereich nominal mit über 7 vH anstiegen, wirkte die Entwicklung bei den Verteidigungsausgaben wiederum dämpfend auf den Staatsverbrauch. Diese gingen infolge der Reduzierung der Personalstärke real leicht zurück und nahmen nominal nur geringfügig zu. In den einzelnen Sektoren ist das Bild unterschiedlich: Bei den Gebietskörperschaften, die etwa zwei Drittel des gesamten Staatsverbrauchs verursachen, stiegen die entsprechenden Ausgaben nominal um gut 4 vH, real um knapp 1½ vH. Besonders hoch war in diesem Jahr der Anstieg des Staatsverbrauchs bei der Sozialversicherung, dieser betrug nominal knapp 11½ vH und real 6½ vH. Hier wirkte sich vor allem die verstärkte Ausgabenexpansion bei der Gesetzlichen Krankenversicherung aus (Ziffern 202ff.). So nahmen die Ausgaben für soziale Sachleistungen um 12½ vH zu.

89. Auch im Jahre 1992 hat die Nachfrage aus den jungen Bundesländern die westdeutsche Konjunktur gestützt. Die Lieferungen von Waren und Diensten in das Beitrittsgebiet nahmen dem Werte nach um 18 vH zu, was vorwiegend auf die Warenlieferungen zurückzuführen war, die sich im Jahresdurchschnitt um 24 vH erhöhten. Zugleich sahen sich die jungen Bundesländer einer stark zunehmenden Nachfrage aus Westdeutschland gegenüber, die — freilich von niedrigem Niveau aus — im Jahre 1992 um etwa 40 vH anstieg. Dieser Zuwachs konzentrierte sich vorwiegend auf Dienstleistungen. Insgesamt lieferte Westdeutschland für 180 Mrd DM mehr Güter in die jungen Bundesländer, als es dort nachfragte.

Ende des Importsogs — aber weitere Passivierung der Leistungsbilanz

90. Der Warenimport stieg in diesem Jahr bei weitem nicht mehr in dem Ausmaß wie im Jahre 1991, als ein starker Nachfragesog aus Ostdeutschland wirksam war (JG 91 Ziffer 115). Vielmehr lehnte sich die Einfuhrexpansion wieder stärker an die konjunkturelle Entwicklung in den alten Bundesländern an. Dem Volumen nach stieg der Warenimport mit einer Zuwachsrate von 2 vH. Dabei lag der Import von Verbrauchsgütern leicht unter Vorjahresstand. Hierin spiegelte sich sowohl die schleppende Verbrauchskonjunktur im Westen Deutschlands als auch das besonders hohe Importniveau des vergangenen Jahres wider, das zu einem guten Teil ostdeutscher Nachfrage zuzuschreiben war. Ebenso wirkte sich ein schlechteres Investitionsklima nachteilig auf die Einfuhr von Investitionsgütern aus. Ein Reflex der sich abschwächenden Industriekonjunktur war, daß weniger Grundstoff- und Produktionsgüter eingeführt wurden.

91. Die Handelsbilanz hat sich in diesem Jahr weiter aktiviert, nicht zuletzt dank einer starken Verbesserung der Terms of Trade. Während die Exportpreise leicht anzogen, sind die Importpreise in diesem Jahr deutlich gefallen. Auch der Überschuß der gesamtdeutschen Handelsbilanz stieg von rund 22 Mrd DM 1991 auf knapp 35 Mrd DM an, obgleich der Aktivsaldo Ostdeutschlands schrumpfte. Allerdings hat sich die Dienstleistungsbilanz erheblich passiviert; der Aktivsaldo von etwa 2,6 Mrd DM im Jahre 1991 schlug in ein Defizit in Höhe von 25 Mrd DM um. Hierfür war ein kräftiger Rückgang der Nettokapitalerträge verantwortlich; in den vergangenen Jahren war das Nettoauslandsvermögen kaum mehr angestiegen, zudem setzten sich im Ausland Zinssenkungstendenzen früher durch als in Deutschland. Zugleich hat ein scharfer Anstieg der Reiseverkehrsausgaben um 10 vH das Defizit der Reiseverkehrsbilanz erhöht. Die zunehmende Reisetätigkeit ostdeutscher Bürger dürfte hierfür nicht unerheblich gewesen sein. Demgegenüber fiel das Defizit in der Übertragungsbilanz mit rund 50 Mrd DM etwas geringer aus. Dies ist zu einem guten Teil darauf zurückzuführen, daß die Bundesrepublik im vergangenen Jahr zu einmaligen Sonderzahlungen wegen des Golfkrieges verpflichtet war. Die Leistungsbilanz wies weiterhin einen Passivsaldo aus, der sich von etwa 33 Mrd DM auf rund 40 Mrd DM erhöhte.

Gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung geht zurück

92. Die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten waren im Jahre 1992 nicht mehr so stark ausgelastet wie in den beiden Jahren zuvor. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts lag mit 1½ vH deutlich unter dem Wachstum des Produktionspotentials, das wir auf gut 2½ vH veranschlagen. Der Grad der Kapazitätsauslastung ist damit um rund einen Prozentpunkt gesunken, noch aber liegt er mit 98 vH deutlich über dem langfristigen Durchschnittswert (Schaubild 9). Im Verarbeitenden Gewerbe ist der Auslastungsgrad allerdings deutlich stärker zurückgegangen als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt (Tabelle 17).

93. Das anhaltend hohe Wachstum des Produktionspotentials ist vor allem auf die lebhafte Investitionstätigkeit der vergangenen Jahre zurückzuführen, die das Wachstum des Kapitalstocks von 3 vH im Jahre 1987 auf eine Rate von 4,1 vH im Jahre 1991 angehoben hat. Potentialsteigernd hat sich auch die hohe Zuwanderung von Arbeitskräften in den letzten Jahren ausgewirkt; sie hat offenbar dazu beigetragen, daß Engpässe im Arbeitsangebot, die einer Besetzung bestehender Arbeitsplätze im Wege standen, abgebaut wurden. Unser Berechnungsverfahren für das Produktionspotential fängt diesen Effekt nur allmählich in Form einer geringeren Abnahmerate der Kapitalproduktivität ein.

Bei der Interpretation des Potentialwachstums und des Kapazitätsauslastungsgrades bereitet zunehmend die Trennung von ost- und westdeutschen Kapazitäten Probleme. Die Investitionen, die westdeutsche Unternehmen in den jungen Bundesländern durchführen, lassen in nennenswertem Umfang zusätzliche Produktionsstätten entstehen, die in unserer Potentialrechnung nicht berücksichtigt sind. Wie nahe ein Unternehmen an der Kapazitätsgrenze arbeitet und ob es entsprechende Erweiterungsinvestitionen oder Produktionskapazitäten in Betracht zieht, hängt aber nicht mehr allein von der Auslastung der westdeutschen Kapazitäten ab. Als Bestimmungsfaktoren für die Investitionsentscheidungen und das Preissetzungsverhalten der westdeutschen Unternehmen sind das Produktionspotential und die Kapazitätsauslastung für Westdeutschland somit nur noch mit Einschränkungen verwendbar.

Tabelle 17

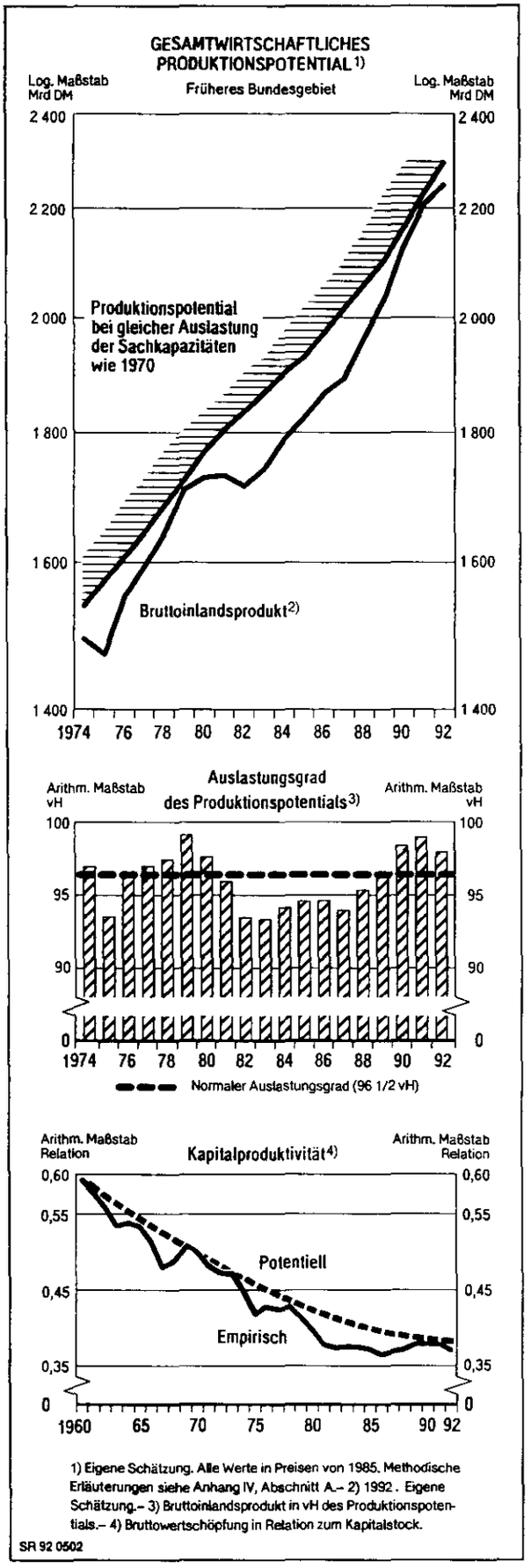
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Zeitraum[2])	Verarbeitendes Gewerbe[3])	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe[3])	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1980	82,3	77,5	84,9	84,7	81,5
1981	79,2	73,9	81,3	81,9	81,2
1982	76,8	71,1	78,3	80,0	80,1
1983	78,6	75,1	78,0	83,9	80,2
1984	80,3	80,4	78,7	85,5	78,5
1985	83,7	81,7	85,5	86,1	79,6
1986	84,1	81,3	86,4	86,8	80,0
1987	83,8	82,3	84,6	87,3	79,7
1988	86,1	86,7	86,1	88,1	81,5
1989	88,3	88,8	89,0	89,8	82,7
1990	89,4	88,4	90,2	90,5	86,6
1991	87,3	85,8	88,1	89,0	85,9
1989 März	87,3	87,3	88,0	89,3	82,2
Juni	88,1	88,3	88,9	90,0	81,8
September	88,8	89,5	89,3	90,0	83,9
Dezember	89,0	89,9	89,8	90,1	82,8
1990 März	88,8	88,7	89,8	89,4	83,4
Juni	88,9	87,7	90,2	90,0	84,6
September	89,8	88,2	90,5	91,1	89,1
Dezember	90,0	88,9	90,1	91,6	89,3
1991 März	88,1	86,0	89,0	89,8	88,0
Juni	88,0	85,7	88,8	89,4	88,0
September	86,9	86,1	87,4	88,7	84,5
Dezember	86,4	85,4	87,2	88,0	83,2
1992 März	85,1	84,4	86,2	86,0	81,7
Juni	84,8	83,3	86,1	85,1	83,2
September	83,1	82,1	83,3	84,8	82,4

[1]) Betriebliche Vollausnutzung = 100 vH.
[2]) Vierteljahresangaben saisonbereinigt.
[3]) Ohne Chemische Industrie.

Quelle: Ifo-Institut

Schaubild 9



1) Eigene Schätzung. Alle Werte in Preisen von 1985. Methodische Erläuterungen siehe Anhang IV, Abschnitt A.– 2) 1992. Eigene Schätzung.– 3) Bruttoinlandsprodukt in vH des Produktionspotentials.– 4) Bruttowertschöpfung in Relation zum Kapitalstock.

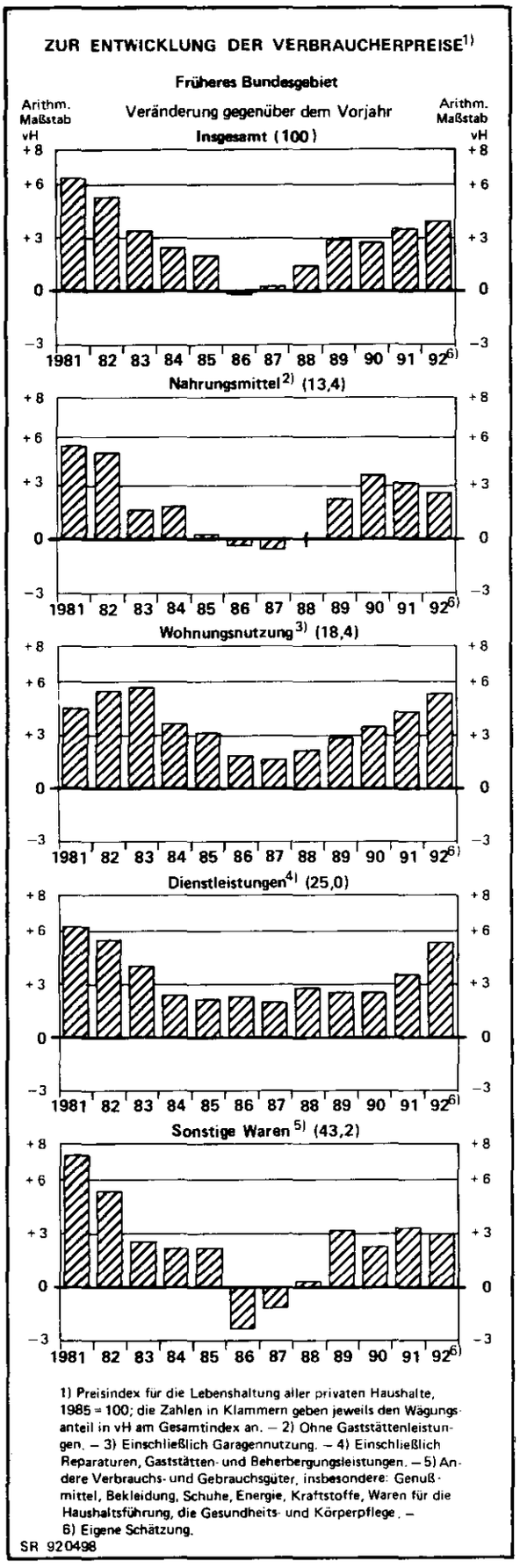
SR 92 0502

94. Will man die in der Gesamtwirtschaft noch immer hohe Kapazitätsauslastung richtig interpretieren, so muß man die starke sektorale Differenzierung in den Blick nehmen. Der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion war im Jahre 1992 vor allem auf eine expansive Entwicklung im Dienstleistungssektor zurückzuführen. In der Industrie dagegen war die Produktion rückläufig; in allen großen Industriebereichen hat sich die Nutzung der industriellen Produktionskapazitäten deutlich vermindert. Vor allem die konsumnahen Sektoren, die gestützt auf die starke ostdeutsche Verbrauchsnachfrage nach der Errichtung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion besonders hohe Produktionszuwächse erzielen konnten, hatten in diesem Jahr Absatzrückgänge und zunehmend freie Kapazitäten zu verzeichnen. Die ostdeutschen Verbraucher wenden sich wieder vermehrt Produkten aus der örtlichen Produktion zu. Schließlich hatten der Solidaritätszuschlag und weitere Steueranhebungen dazu beigetragen, daß die Verbrauchsnachfrage zunächst an Schwung verlor. Die Nahrungs- und Genußmittelhersteller hatten schon Mitte vergangenen Jahres einen Einbruch bei Nachfrage und Produktion und daher auch bei der Kapazitätsauslastung verzeichnet; zwar hat sich die Produktionsentwicklung in diesem Jahr wieder etwas gebessert, der Auslastungsgrad der Kapazitäten ging erneut zurück. Für die Hersteller von Investitionsgütern hat sich die Konjunkturlage dagegen weiter verschlechtert. Während die Nachfrage in Ostdeutschland positive Impulse ausstrahlte, trugen das schlechtere Investitionsklima in Westdeutschland sowie die immer noch kraftlose Investitionsnachfrage aus dem Ausland wesentlich dazu bei, daß die Produktion seit dem dritten Quartal vergangenen Jahres deutlich gedrosselt werden mußte und die Kapazitätsauslastung kontinuierlich abnahm. Besonders bei Erzeugern von Maschinen mangelte es bei nachlassender Inlandsnachfrage noch immer an Aufträgen aus dem Ausland. Auch die Automobilhersteller, für die zunächst die Auslandsbestellungen stiegen und der Export kräftig zunahm, sahen sich im August 1992 wieder einer abgeschwächten Auslandsnachfrage gegenüber. In der Herstellung von Grundstoff- und Produktionsgütern ist die Kapazitätsauslastung verhältnismäßig wenig zurückgegangen. Die Unternehmen partizipierten an der hohen Baunachfrage in den jungen Bundesländern und ebenso an der gestiegenen Bautätigkeit Westdeutschlands. Die nachlassende Industriekonjunktur wirkte hingegen dämpfend auf die Erzeugung von Grundstoff- und Produktionsgütern ein. In der Summe blieb die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe hinter dem hohen Ergebnis des Vorjahres leicht zurück.

Unverminderter Preisauftrieb auf Verbraucherebene

95. Die Preise für die Lebenshaltung stiegen im Jahresdurchschnitt um 4 vH (Schaubild 10). Auf Verbraucherebene war damit die Preissteigerungsrate so hoch wie seit neun Jahren nicht mehr. Auch im Verlauf des Jahres hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise kaum abgeschwächt. Mit einer Rate von weniger als 4 vH stiegen sie bis Dezember 1992 zwar nicht ganz so stark an wie vor Jahresfrist, doch waren

Schaubild 10



damals starke Anhebungen administrierter Preise wirksam, die die Lebenshaltungspreise um etwa 0,7 vH erhöht haben (JG 91 Ziffern 121 f.). Dies schlug in der Preissteigerung im Verlaufe des Jahres 1992 nicht mehr zu Buche. Der Anstieg administrierter Verbraucherpreise hielt sich im Verlauf des Jahres im Rahmen des allgemeinen Preisanstiegs. Erneut zeigte sich, daß die Preise für die Lebenshaltung gewöhnlich mit einer langen Verzögerung auf die konjunkturelle Entwicklung reagieren. Auf Erzeugerebene hat allerdings die Nachfrageschwäche, aber auch die Verbilligung importierter Vorleistungen den Preisanstieg gedämpft.

96. An den Weltmärkten fielen als Reflex der schleppenden Auslandskonjunktur die besonders nachfragereagiblen Produktpreise, insbesondere die für Rohstoffe. Auf D-Mark-Basis unterschritten die Weltmarktpreise für Rohstoffe von Januar bis September den Stand des Vorjahres um 6,2 vH. Dies hat sich in den Einfuhrpreisen niedergeschlagen. Überdies gaben die Preise für Einfuhrgüter der Ernährungswirtschaft, Halbwaren und Fertigwaren nach. Die Importpreise insgesamt unterschritten von Januar bis August den Vorjahresstand um 2,8 vH.

Die sinkenden Einfuhrpreise wirkten sich bei der Preisbildung für Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes aus. Die Preise für Eisen und Stahl sowie für Nicht-Eisenmetalle gingen spürbar zurück. Verlangsamt stiegen die Preise für Verbrauchsgüter, die allmählich auf die kraftlose Verbrauchsnachfrage reagierten. Erzeugnisse des Investitionsgütergewerbes verteuerten sich demgegenüber nahezu ebenso stark wie im Vorjahr. Der Preisanstieg gewerblicher Erzeugnisse insgesamt begann sich abzuflachen. Das Preisniveau für alle gewerblichen Erzeugnisse war in den ersten neun Monaten nur noch um 1,7 vH höher als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres (Tabelle 18).

97. Für den nach wie vor hohen Anstieg der Verbraucherpreise waren andere Faktoren maßgebend. Angesichts der anhaltenden Engpaßsituation am Wohnungsmarkt hat sich der Anstieg der Mietpreise weiter verschärft. Die Teuerung der Preise für Wohnungsnutzung hat in diesem Jahr die 5-Prozentmarke überschritten. Womöglich hat auch die Diskussion um die Senkung der Kappungsgrenze von 30 vH auf 20 vH für Mietanhebungen über einen Zeitraum von drei Jahren die Vermieter dazu veranlaßt, die Mieten nochmals stärker anzuheben. Auffällig stark stiegen in diesem Jahr die Gebühren für kommunale Dienstleistungen. Hierunter fallen auch Gebühren, die sich im Preisindex für die Wohnungsnutzung niederschlagen. So lagen im September die Gebühren für Abwasserbeseitigung um 9,7 vH und für Müllabfuhr um 20,6 vH über Vorjahresstand.

Auch Dienstleistungen haben sich in diesem Jahr mit einer Rate von 5½ vH stark verteuert. Hierin schlägt sich ein kräftiger Stückkostenanstieg vor allem von den Löhnen her in besonderem Maße nieder. Daneben wirkten sich auch bei einigen Dienstleistungen starke Gebührenerhöhungen aus. So sind die Rundfunk- und Fernsehgebühren zu Jahresbeginn um 26 vH erhöht worden.

Tabelle 18

Entwicklung der Erzeugerpreise [1])

Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in vH

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse ohne Erdgas	Elektrizität [2]), Erdgas, Fernwärme, Wasser	Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes						Fertigerzeugnisse	
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter [3])	Verbrauchsgüter [3]) [4])
					zusammen	darunter Mineralölerzeugnisse	produzierendes Gewerbe				
Gewicht [5])	100	2,5	15,8	81,7	23,9	5,5	31,0	13,8	13,1	14,0	14,9
1984 bis 1991 [6])	0,8	0,4	- 0,8	1,1	- 0,5	- 2,7	2,2	2,0	0,2	2,6	1,4
1985	2,5	1,9	3,6	2,1	2,9	4,2	2,5	2,6	-0,8	2,8	3,0
1986	-2,5	-2,6	- 3,6	-2,4	-10,9	-33,1	2,1	1,0	-0,9	2,6	-5,2
1987	-2,5	-0,5	-13,6	-0,4	- 3,1	- 6,6	1,7	0,9	-2,3	2,2	0,3
1988	1,3	0,1	- 0,6	1,6	1,9	- 6,6	1,6	1,9	1,2	2,0	0,4
1989	3,1	1,6	1,9	3,4	6,3	17,8	2,2	2,6	2,4	2,5	4,8
1990	1,7	1,7	3,4	1,5	- 0,3	6,0	2,7	2,4	0,3	2,9	2,8
1991	2,4	0,5	4,6	2,0	0,5	8,6	3,0	2,7	1,5	3,3	4,2
1992 Jan bis Sep	1,7	4,7	0,1	1,8	- 1,0	0,8	2,9	1,8	3,6	3,0	3,7

[1]) Früheres Bundesgebiet; Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (1985 = 100), Inlandsabsatz ohne Mehrwertsteuer.
[2]) Im Preisindex für elektrischen Strom ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt.
[3]) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.
[4]) Ohne Nahrungs- und Genußmittel.
[5]) Wägungsanteil in vH am Index der Erzeugerpreise.
[6]) Durchschnittlich jährliche Veränderung.

Nahrungsmittel haben sich mit einer Rate von gut 2½ vH verteuert. Im Vergleich zum Jahre 1991 hat sich der Preisanstieg zurückgebildet. Damals war die Teuerung für Nahrungsmittel wegen ungünstiger Witterungsbedingungen, die außerordentlich starke Preisausschläge bei den saisonabhängigen Nahrungsmitteln verursachten, höher ausgefallen. In diesem Jahr kam es bei Getränken und Tabakwaren zu der höchsten Teuerung. Zu letzterem hat auch die Tabaksteuererhöhung vom März beigetragen.

Die Teuerung der sonstigen Waren fiel im Jahresdurchschnitt mit 3 vH unvermindert hoch aus. Zwar gingen die Preise für Energieträger im Jahresverlauf zurück, doch war der Preisanstieg der übrigen Waren ohne Energie und Kraftstoffe steiler als vor Jahresfrist. Der langsamere Anstieg der Preise auf Erzeugerebene war auf Verbraucherebene noch nicht wirksam.

III. Ostdeutsche Wirtschaft — Noch kein Durchbruch zu kräftiger Expansion

98. Der Produktionsanstieg in den jungen Bundesländern war im Jahre 1992 nach unseren Schätzungen schwächer, als es im Herbst 1991 erwartet worden war. Das in Ostdeutschland erwirtschaftete Realeinkommen, das reale Bruttoinlandsprodukt, lag nur um etwa 4 vH über dem Vorjahreswert. Das reale Bruttosozialprodukt, welches auch die Pendlereinkommen enthält, ist hingegen um etwa 7 vH gestiegen.

Die Voraussetzungen für künftige Produktionssteigerungen haben sich verbessert. Zum einen wurde in diesem Jahr mit 109 Mrd DM deutlich mehr investiert als im Vorjahr. Zum anderen ist die Privatisierung zügig vorangekommen: Für mehr als drei Viertel ihrer Unternehmen hat die Treuhandanstalt Investoren aus dem Inland und dem Ausland gefunden. Mit der schnellen Privatisierung der ehemaligen Staatsbetriebe wurden die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Unternehmenssektors wesentlich verbessert.

Differenzierte Entwicklung im Unternehmenssektor

99. Die Entwicklung in den einzelnen Sektoren und Wirtschaftszweigen Ostdeutschlands verlief im Jahre 1992 sehr unterschiedlich. Günstig war sie in den Wirtschaftsbereichen, die vorwiegend für regionale Märkte produzieren und somit weniger der überregionalen Konkurrenz ausgesetzt sind. Hierzu gehören die meisten Anbieter von Dienstleistungen, die Bauwirtschaft und diverse Industriebranchen, wie Druckereien und der Bereich Steine und Erden. Das Baugewerbe und viele Zulieferbetriebe konnten überdies von der hohen Nachfrage nach Bauleistungen, insbesondere aus dem öffentlichen Bereich, Nutzen ziehen. Eine ungünstige Geschäftsentwicklung hatten hingegen Branchen zu verzeichnen, die starker überregionaler Konkurrenz ausgesetzt sind. Betroffen waren vor allem der Bergbau und Teilbereiche des Verarbeitenden Gewerbes. Obwohl die Unternehmen bereits mit der Anpassung ihrer Produktsortimente an die Markt-

bedürfnisse begonnen hatten, waren sie in der Breite noch nicht konkurrenzfähig. Hinzu kam, daß sie noch nicht über die notwendigen Vertriebsstrukturen und Absatzbeziehungen verfügten. Nach einer Umfrage des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Sommer dieses Jahres hatten viele ostdeutsche Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes Schwierigkeiten, in die Listung von Einzelhandelsketten aufgenommen zu werden, und mußten gegen ein schlechtes Image ostdeutscher Produkte ankämpfen. Aufträge an Treuhandunternehmen unterblieben nicht selten aus Sorge, daß nachträgliche Serviceleistungen oder Ersatzteillieferungen im Falle einer Stillegung ausbleiben könnten. Verschärft wurde der Absatzmangel noch dadurch, daß die osteuropäischen Märkte weitgehend ausfielen. Davon waren vor allem der Maschinenbau und die Elektrotechnische Industrie betroffen. Die Schwäche der internationalen Konjunktur verstärkte die Absatzprobleme im Ausland zusätzlich.

Aufgrund der hohen Kosten und der niedrigen Produktivität fehlte den Unternehmen häufig die Liquidität, um hinreichende Investitionen zur Verbesserung bestehender und zur Einführung neuer Produkte durchzuführen. In der ostdeutschen Industrie dürfte außerdem in vielen Bereichen ein Defizit an Innovationspotential und an marktorientierter Industrieforschung bestanden haben.

Beträchtliche Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung gab es aber nicht nur zwischen den Wirtschaftsbereichen, sondern auch innerhalb derselben. Wie aus der Umfrage des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hervorgeht, standen für Treuhandunternehmen andere Probleme im Vordergrund als für private Unternehmen, und auch zwischen den privaten Unternehmen bestanden Unterschiede, je nachdem, wann sie gegründet worden waren, ob sie ehemals in Treuhandbesitz waren und woher der Investor stammte (Tabelle 19). Die Befragung ergab außerdem, daß vor allem die Treuhandunternehmen über Wettbewerbsprobleme klagten.

100. Gemessen am Index der Nettoproduktion lag die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe in den Monaten Juli/August 1992 um 4 vH unter ihrem Vorjahreswert (Tabelle 20). Im Vergleich zu den Monaten November/Dezember 1991 wird der Produktionsrückgang statistisch mit 7,4 vH deutlich höher ausgewiesen, weil die Produktion in der zweiten Hälfte des Jahres 1991 in vielen Branchen bereits wieder ausgeweitet worden war. In einigen Bereichen unterscheiden sich die Zuwachsrate im Vorjahresvergleich und die Verlaufsrate beträchtlich. Bei der Interpretation der Verlaufsrate ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Daten nicht saisonbereinigt sind.

Trotz der insgesamt negativen Entwicklung gab es viele Branchen, die sowohl im Vorjahresvergleich als auch im Jahresverlauf expandierten. Zu den bedeutendsten zählen neben dem Bauhauptgewerbe die Industriebereiche Steine und Erden, Druckerei und Vervielfältigung, Ernährungsgewerbe, Eisen-, Blech- und Metallwaren sowie Stahl- und Leichtmetallbau/Schienenfahrzeugbau. Allein diese Branchen gingen im ersten Halbjahr 1992 mit einem Gewicht von 46,4 vH in den Produktionsindex des Produzierenden Gewerbes ein (Tabelle 21).

Der Index der Nettoproduktion unterzeichnete allerdings bis zum Beginn dieses Jahres die Entwicklung der Wertschöpfung, das heißt der um Vorleistungen bereinigten Produktion. Vom vierten Quartal 1990 bis zum vierten Quartal 1991 nahm die Wertschöpfung real um 13 vH ab, während der Index der Nettoproduktion um 18,9 vH zurückging. Der Unterschied in den Wachstumsraten kann mehrere Gründe haben, die sowohl in der Methodik der Indexberechnung als auch in Erfassungsproblemen bestehen können. Da nicht alle Unternehmen erfaßt werden, ist es möglich, daß die Produktion in den Unternehmen, die nicht in die Stichprobe eingehen, höhere Wachstumsraten aufweist als die in den erfaßten Unternehmen. Eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung deutet darauf hin, daß dies tatsächlich zu einer Unterschätzung der Entwicklung der Wertschöpfung führt. Ein anderer Grund kann darin bestehen, daß der Index der Nettoproduktion anhand von Indikatoren der Bruttoproduktion, die nicht von Vorleistungen bereinigt ist, fortgeschrieben wird. Im Jahre 1990 war die Vorleistungsverflechtung in den jungen Bundesländern wesentlich höher als in der früheren Bundesrepublik.

Es ist zu erwarten, daß sich die Vorleistungsverflechtung in Ostdeutschland im Zuge der Anpassung an marktwirtschaftliche Verhältnisse an diejenige in Westdeutschland annähert. Der damit verbundene Rückgang der Vorleistungen würde die Wachstumsrate der Bruttoproduktion geringer ausfallen lassen als diejenige der Wertschöpfung.

Zwischen der Branchenstruktur im Produzierenden Gewerbe in Ostdeutschland und derjenigen in Westdeutschland bestehen wesentliche Unterschiede. Während der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes Ostdeutschlands am Nettoproduktionsindex des Produzierenden Gewerbes im ersten Halbjahr 1992 nur etwa 50 vH betrug, waren es in Westdeutschland 85 vH.

101. Die einzelnen Branchen im Verarbeitenden Gewerbe haben sich sehr unterschiedlich entwickelt. Nachdem sich die Produktion vom Frühjahr bis zum Herbst vergangenen Jahres von ihrer Talfahrt etwas erholt hatte, ging die ausgewiesene Produktion seit Dezember 1991 wieder tendenziell zurück (Schaubild 11). In den ersten acht Monaten dieses Jahres lag sie um 3,7 vH unter ihrem Vorjahreswert. Dieser Rückgang ist vor allem auf das Investitionsgüter produzierende Gewerbe zurückzuführen. Allerdings war im Verlauf des Jahres 1992 auch die Erzeugung im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe rückläufig.

102. Die Entwicklung im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe war vom Produktionsrückgang im Maschinenbau und der Elektrotechnischen Industrie geprägt, die ehemals das bei weitem höchste Gewicht in diesem Sektor hatten und in den letzten zwei Jahren einen drastischen Einbruch ihrer Produktion hinnehmen mußten. Der erneute Produktionseinbruch im Maschinenbau zeigt, daß das Produktsortiment bisher nur unzulänglich auf die Anforderungen der internationalen Märkte ausgerichtet werden konnte. Die zuvor in Mittel- und Osteuropa abgesetzten Produkte entsprachen bezüglich ihrer Funktionalität und Qualität häufig nicht den Erfordernissen in den westlichen Industrieländern. Daß noch in nennenswertem Umfang in diese Region exportiert werden konnte, lag im wesentlichen an Ersatzlieferungen; außerdem gab es staatliche Förderungsmaßnahmen. Wesentlich gün-

Tabelle 19

Zur Lage der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland[1])

Probleme und Aufgaben	Insgesamt	Davon						
		THA-Unternehmen	private Unternehmen					
			zusammen	davon			davon	
				privatisierte und reprivatisierte THA-Unternehmen[2])	Unternehmen		Unternehmen mit Sitz	
					die 1989 und früher in privater Hand waren	die 1990 und später gegründet wurden	in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	im früheren Bundesgebiet oder im Ausland
Probleme[4])	vH der Unternehmen[3]) der jeweiligen Gruppe haben derzeit das Problem							
Die Löhne und Gehälter steigen zu schnell	74	83	72	78	69	64	71	73
Die Finanzierungsmittel für Investitionen fehlen	64	82	59	59	58	60	63	34
Die Produktionsanlagen und -gebäude sind veraltet	54	66	50	60	48	40	50	49
Die kommunale Verwaltung ist zu „schwerfällig"	53	37	58	50	61	61	60	45
Der Vertrieb ist unzureichend	51	71	45	57	37	38	46	43
Die Infrastruktur[5]) am Standort ist unzureichend	46	32	50	49	49	56	50	53
Qualifizierte Mitarbeiter sind schwer zu bekommen	40	20	45	35	55	50	46	40
Der Absatz nach Osteuropa wird immer schwieriger	37	61	31	49	17	22	27	51
Die Anbieter vergleichbarer Produkte sind preiswerter	37	44	35	41	32	28	33	44
Die Qualifikation vieler Mitarbeiter reicht nicht aus	31	26	33	31	35	34	32	37
Grundstücks-/Gewerbeflächen sind knapp/zu teuer	30	12	36	25	43	50	38	20
Aufgaben[4])	vH der Unternehmen der jeweiligen Gruppen sehen als wichtige zu bewältigende Aufgabe							
Suche nach neuen Kunden	81	89	79	89	69	78	78	81
— im Inland	73	78	72	80	64	71	71	71
— im westlichen Ausland	31	54	25	40	9	23	23	36
— im osteuropäischen Ausland	31	43	28	40	14	28	26	40
Aufbau/Ausbau des Marketing	58	72	54	61	44	60	54	51
Umfangreiche Erneuerung der Produktionsanlagen	52	54	52	61	49	38	51	57
Weiterbildung der Mitarbeiter	52	43	54	51	56	58	53	59
Herstellung neuer/erheblich veränderter Produkte	50	61	47	60	36	42	45	58
— auf der Grundlage eigener Forschung und Entwicklung	25	37	21	31	10	21	19	34
— auf der Grundlage gemeinsamer Forschung und Entwicklung mit Kooperationspartnern	15	21	13	20	7	12	12	22
— in Lizenz	6	8	5	9	3	3	5	8
— in Lohnfertigung	15	17	15	17	14	13	15	8
Aufbau/Ausbau von Vertriebseinrichtungen	45	58	41	47	36	40	41	43
Aufbau einer effizienten innerbetrieblichen Organisation	44	52	42	51	33	42	40	53

[1]) Nach einer Umfrage des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) bei Unternehmen (einschließlich Kleinunternehmen und Handwerksunternehmen) des Verarbeitenden Gewerbes im Sommer 1992. Die Ergebnisse basieren auf den bis September 1992 eingegangenen schriftlichen Angaben von 2 500 Unternehmen mit insgesamt 280 000 Beschäftigten sowie auf einer Reihe von Interviews.

[2]) Einschließlich teilprivatisierter Unternehmen.

[3]) Unternehmen, die den jeweiligen Umstand als „sehr großes Problem" oder „wichtiges Problem" ansehen.

[4]) Mehrfachnennungen möglich.

[5]) Verkehr, Telekommunikation usw.

Quelle: DIW

Tabelle 20

Zur Nettoproduktion im Produzierenden Gewerbe in Ostdeutschland
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

2. Halbjahr 1990 = 100
Fachliche Unternehmensteile
Kalendermonatlich

Wirtschaftszweig	Gewicht	1991		1992		1992 Juli/August		
		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	vH[1]	Beitrag[2]	vH[3]
Produzierendes Gewerbe	100	-26,0	-18,9	- 6,0	- 2,8	- 4,0	-4,0	- 7,4
Elektrizitäts- und Gasversorgung	12,42	-4,5	1,1	-15,4	-6,4	0,7	0,1	-15,7
Bergbau	9,56	-34,6	-42,2	-37,1	-29,4	-24,2	-1,6	-25,6
Verarbeitendes Gewerbe	59,95	-38,5	-26,7	- 2,9	- 3,0	-5,9	-3,0	-11,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	11,51	-30,0	-11,0	6,1	13,0	4,1	0,5	- 3,7
darunter:								
Mineralölverarbeitung	1,27	16,5	47,4	6,6	15,1	0,5	0,0	- 7,8
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	2,51	-42,7	- 6,2	60,1	50,5	54,8	2,0	63,3
Eisenschaffende Industrie	0,79	-44,8	-36,1	-25,2	-11,2	- 8,3	-0,1	28,8
Gießerei	1,07	-54,1	-46,0	-18,0	-20,3	-32,8	-0,2	-26,4
Chemische Industrie	4,04	-25,2	-11,0	6,2	1,7	-14,7	-0,5	-38,8
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	32,90	-47,6	-38,1	-11,5	-14,5	-16,8	-3,5	-20,2
darunter:								
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	2,93	24,7	24,2	50,8	23,1	14,3	0,9	21,2
Maschinenbau	15,24	-51,6	-42,7	-25,9	-40,1	-44,5	-2,6	-48,1
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	8,51	-57,8	-46,4	-12,7	- 3,9	-2,3	-0,1	-13,0
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen	2,71	-61,5	-53,8	-29,3	- 2,0	- 1,0	-0,0	3,3
Feinmechanik, Optik, Uhren	1,09	-80,0	-85,4	-64,8	- 9,0	- 6,0	-0,0	- 7,3
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1,05	- 9,0	31,5	18,4	11,3	12,7	0,2	4,0
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	7,22	-36,3	-21,3	9,0	7,9	4,1	0,3	-10,0
darunter:								
Holzverarbeitung	1,53	-32,6	-22,4	3,4	1,7	- 0,7	-0,0	-28,3
Druckerei, Vervielfältigung	1,33	12,8	52,1	45,3	27,8	17,7	0,5	0,7
Textilgewerbe	1,69	-63,5	-56,7	-25,5	-20,2	-34,1	-0,2	-31,0
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	8,32	-12,2	- 7,7	0,3	1,2	3,8	0,4	2,0
davon:								
Ernährungsgewerbe	6,90	-22,3	- 6,2	10,7	10,5	10,2	0,9	2,0
Tabakverarbeitung	1,42	46,7	-13,4	-30,1	-29,9	-16,0	-0,3	1,9
Bauhauptgewerbe	18,07	6,3	4,8	14,2	8,7	3,5	1,0	15,4
davon:								
Hochbauleistungen	8,79	6,2	2,7	- 2,0	- 5,2	- 7,1	-0,9	10,8
Tiefbauleistungen	9,28	6,3	6,8	35,4	23,6	14,0	2,1	19,4

[1]) Veränderung gegenüber Juli/August 1991.
[2]) Beitrag zur Gesamtveränderung im Produzierenden Gewerbe in Prozentpunkten; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[3]) Veränderung gegenüber November/Dezember 1991.

Tabelle 21

Zum Strukturwandel im Produzierenden Gewerbe in Ostdeutschland

Nettoproduktion im Produzierenden Gewerbe

Anteile in vH[1])

Wirtschaftszweig	1990	1991		1992	Strukturverschiebung seit 2. Hj. 1990[3])	Nachrichtlich	
						früheres Bundesgebiet	
	2. Hj.[2])	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.		1985	1. Hj. 1992
Produzierendes Gewerbe	100	100	100	100	0,0	100	100
darunter:							
ohne Bauhauptgewerbe	81,93	78,1	75,2	74,5	- 7,44	93,93	93,6
Elektrizitäts- und Gasversorgung	12,42	17,5	15,6	16,2	+ 3,79	6,37	6,2
Bergbau	9,56	9,9	7,6	6,8	- 2,77	2,87	1,9
Verarbeitendes Gewerbe	59,95	50,6	52,0	51,5	- 8,41	84,69	85,4
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	11,51	10,9	11,7	12,5	+ 1,00	22,78	21,9
darunter:							
Mineralölverarbeitung	1,27	2,0	2,1	2,3	+ 0,99	3,22	2,9
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	2,51	1,7	2,3	2,8	+ 0,28	1,92	2,0
Eisenschaffende Industrie	0,79	0,8	0,6	0,7	- 0,14	2,41	1,9
Gießerei	1,07	0,9	0,7	0,7	- 0,35	1,20	1,1
Chemische Industrie	4,04	3,9	4,3	4,2	+ 0,20	10,30	10,2
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	32,90	23,7	24,2	21,5	-11,36	41,55	43,0
darunter:							
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	2,93	3,6	4,7	5,1	+ 2,14	1,67	1,7
Maschinenbau	15,24	10,0	10,4	7,0	- 8,22	11,32	10,5
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen	2,71	2,0	1,5	1,7	- 1,00	9,80	11,0
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	8,51	5,3	5,2	5,1	- 3,45	10,01	11,0
Feinmechanik, Optik, Uhren	1,09	0,4	0,2	0,2	- 0,84	1,37	1,4
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1,05	1,5	1,5	1,8	+ 0,75	2,95	3,4
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	7,22	6,4	6,6	7,3	+ 0,07	12,19	12,3
darunter:							
Holzverarbeitung	1,53	1,6	1,4	1,7	+ 0,14	1,76	2,0
Druckerei, Vervielfältigung	1,33	1,8	2,2	2,5	+ 1,20	1,47	1,5
Textilgewerbe	1,69	1,0	0,9	0,8	- 0,87	1,73	1,4
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	8,32	9,9	9,7	10,4	+ 2,08	8,17	8,3
davon:							
Ernährungsgewerbe	6,90	7,6	7,6	8,8	+ 1,91	5,82	6,1
Tabakverarbeitung	1,42	2,2	2,0	1,6	+ 0,19	2,35	2,2
Bauhauptgewerbe	18,07	21,9	24,8	25,4	+ 7,36	6,07	6,4
davon:							
Hochbauleistungen	8,79	11,8	11,9	11,9	+ 3,14	3,17	3,5
Tiefbauleistungen	9,28	10,0	12,9	13,5	+ 4,23	2,90	2,9

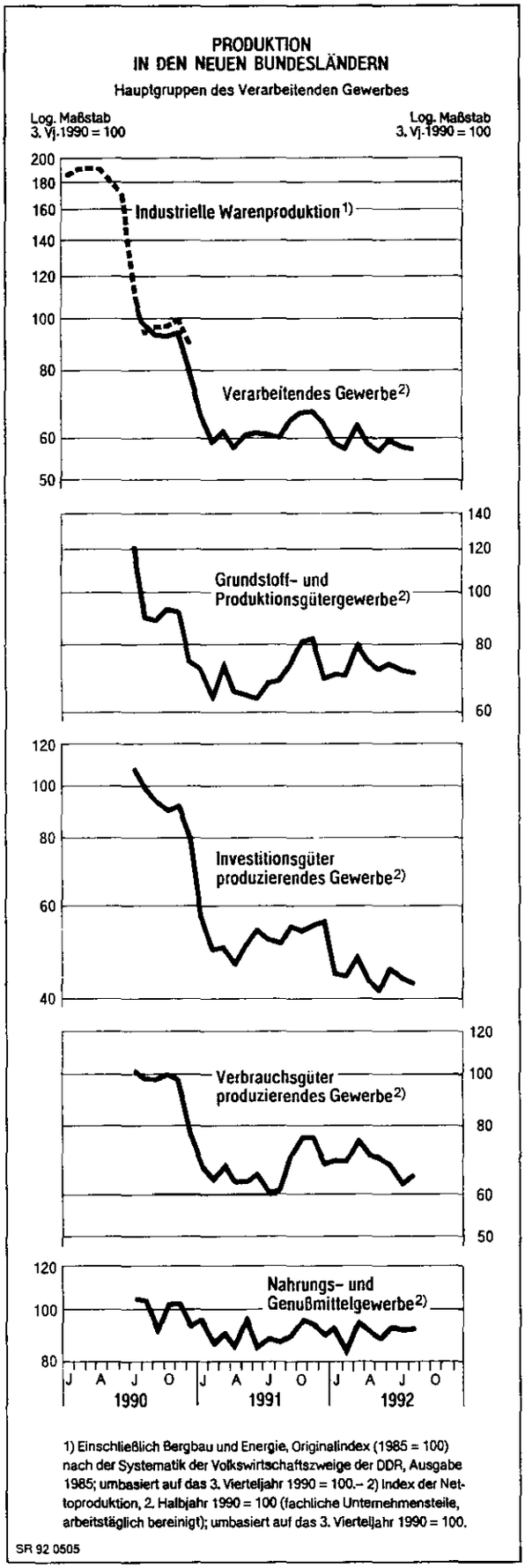
[1]) Berechnet aus dem arbeitstäglich bereinigten Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

[2]) Gewicht im Originalindex, 2. Halbjahr 1990 = 100.

[3]) 1. Halbjahr 1992 abzüglich 2. Halbjahr 1990.

[4]) Berechnet aus dem arbeitstäglich bereinigten Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (1985 = 100).

Schaubild 11



1) Einschließlich Bergbau und Energie, Originalindex (1985 = 100) nach der Systematik der Volkswirtschaftszweige der DDR, Ausgabe 1985; umbasiert auf das 3. Vierteljahr 1990 = 100.– 2) Index der Nettoproduktion, 2. Halbjahr 1990 = 100 (fachliche Unternehmensteile, arbeitstäglich bereinigt); umbasiert auf das 3. Vierteljahr 1990 = 100.

SR 92 0505

stiger verlief die Entwicklung im Stahl- und Leichtmetallbau, dem insbesondere Aufträge vom öffentlichen Sektor im Zusammenhang mit dem Ausbau der Infrastruktur zugute kamen. Der Schienenfahrzeugbau erhielt bedeutende Aufträge aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten.

Auch das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe konnte teilweise aus der regen Bautätigkeit Nutzen ziehen. Die Produktion im Bereich Steine und Erden lag im ersten Halbjahr 1992 um 54,5 vH über dem Vorjahreswert. Die Anbieter in diesem Bereich sind aufgrund hoher Transportkosten kaum überregionaler Konkurrenz aus dem Westen ausgesetzt. Demgegenüber waren die Absatzmöglichkeiten in der Eisenschaffenden Industrie und in der Chemischen Industrie relativ schlecht. Die Überlebenschancen der ostdeutschen Stahlunternehmen werden nicht nur von der weltweiten Überproduktion, sondern auch von dem wesentlich günstigeren Angebot mittel- und osteuropäischer Hersteller beeinträchtigt. Die Chemische Industrie, die ebenfalls stark vom Einbruch der Nachfrage aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten betroffen war, wird erst nach einer grundlegenden Erneuerung, die eine langwierige Umstellung von Braunkohlen- auf Erdölbasis und die Beseitigung der Umweltaltlasten einschließt, mit westlichen Anbietern konkurrieren können.

Unter den verbrauchernahen Wirtschaftszweigen gibt es relativ viele Anbieter, die einerseits von einer starken Nachfrageexpansion begünstigt und andererseits nur wenig der überregionalen Konkurrenz ausgesetzt sind. Hierzu gehören die Druckereien, die ihren Absatz mit der Zunahme von Presseartikeln und Werbung erheblich steigern konnten. Des weiteren sah sich die Holzverarbeitung einer erhöhten Nachfrage nach Holz für Bauten und Innenausstattungen gegenüber. Eingetrübt wurde die Absatzentwicklung im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe durch die fortgesetzte Schrumpfung des Textilgewerbes, dessen Aussichten angesichts der scharfen Preiskonkurrenz aus den mittel- und osteuropäischen Ländern und der hohen Qualitätsanforderungen des Handels unsicher sind.

Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe wurden dagegen schon hohe Investitionen zur Verbesserung der Produktqualität und zur Steigerung der Produktivität durchgeführt. Mit der erhöhten Produktqualität und der Rückbesinnung der ostdeutschen Verbraucher auf heimische Produkte hat die Nachfrage nach ostdeutschen Lebensmitteln wieder zugenommen. Das Ernährungsgewerbe war, gemessen am Gewicht des Nettoproduktionsindex, im ersten Halbjahr 1992 der bedeutendste Zweig des Verarbeitenden Gewerbes.

103. Im ostdeutschen Bauhauptgewerbe haben staatliche Aufträge und Fördermittel sowie ein hoher Nachholbedarf an Bauleistungen die günstige Geschäftsentwicklung, die bereits im Frühjahr des Vorjahres eingesetzt hatte, im ersten Halbjahr 1992 nochmals belebt. Ein Aufschwung für den Wohnungsbau scheint allerdings noch nicht gesichert (Tabelle 22).

Auch wenn die Auftragsvergabe insgesamt deutlich anstieg, standen der Entfaltung der Baunachfrage

Tabelle 22

Der Auftragseingang für das Bauhauptgewerbe in Ostdeutschland[1])

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private[2])	öffentliche[3])			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau[3])
				Auftraggeber					
1991	143,4	123,0	83,4	130,3	274,0	187,2	192,0	184,6	328,2
1991 Januar	82,4	79,1	68,7	81,1	118,2	89,7	50,0	111,2	139,0
Februar	73,0	71,2	65,3	73,2	87,1	77,0	53,8	89,7	162,1
März	103,0	98,3	80,9	103,0	155,3	112,9	77,8	132,0	206,0
April	115,0	106,9	73,3	111,4	245,8	132,4	108,3	145,5	252,5
Mai	127,5	120,0	69,1	128,1	321,0	143,8	153,9	138,3	232,1
Juni	161,1	136,2	103,0	141,4	269,0	214,5	265,8	186,7	323,1
Juli	169,0	144,8	89,0	154,1	363,7	221,0	237,5	212,0	350,2
August	176,7	137,3	92,7	140,1	342,2	261,6	315,2	232,5	433,7
September	199,2	152,9	87,1	165,4	400,6	298,9	373,6	258,4	481,5
Oktober	189,4	152,9	84,2	177,1	338,8	267,9	254,3	275,3	545,5
November	165,5	132,8	88,6	139,6	310,4	235,7	237,2	234,9	465,0
Dezember	159,0	144,1	99,0	149,3	335,7	191,0	176,3	198,9	347,3
1992 Januar	147,2	138,1	96,6	147,1	287,5	166,6	141,2	180,4	242,8
Februar	152,8	154,5	95,1	178,6	294,0	149,3	112,7	169,2	306,9
März	194,5	166,3	94,1	199,8	309,4	255,2	193,7	288,5	445,9
April	189,7	167,5	108,1	198,1	265,7	237,5	181,0	268,1	470,4
Mai	200,7	180,1	103,5	210,6	364,3	245,0	214,7	261,4	419,5
Juni	235,0	201,1	127,2	236,4	340,0	308,0	263,1	332,3	567,2
Juli	219,3	193,9	124,7	210,5	431,3	274,1	272,2	275,1	450,1
August	216,4	175,8	92,8	220,5	299,1	303,7	279,5	316,8	544,3

[1]) Wertindex, 2. Halbjahr 1990 = 100; Monatsbericht im Bauhauptgewerbe für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten.
[2]) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen, landwirtschaftlicher Bau und Bauten für Deutsche Reichsbahn und Deutsche Bundespost Telekom.
[3]) Bauten für öffentliche Auftraggeber und Organisationen ohne Erwerbszweck.

noch gravierende Investitionshemmnisse entgegen. Engpässe in der öffentlichen Verwaltung führten in diesem Jahr erneut dazu, daß Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Klärung der Eigentums- und Vermögensfragen nur langsam vorankamen. Das behinderte die Durchführung notwendiger Bauinvestitionen im öffentlichen und im privaten Bereich. Es herrschte Knappheit an ausgewiesenen Baugrundstücken. Zusätzlich hielten Finanzierungsengpässe und die verschlechterte Arbeitsmarktlage viele ostdeutsche Haushalte vom Bau neuer Eigenheime ab.

Das Ausbaugewerbe war vielerorts besser ausgelastet als das Bauhauptgewerbe. Hierzu trugen großzügige Subventionen für Modernisierungsmaßnahmen bei. Der Bedarf an Renovierungsleistungen im Wohnungsbestand ist sehr hoch. Das Durchschnittsalter der Wohngebäude beträgt etwa 60 Jahre. Knapp 55 vH der Wohngebäude wurden vor 1946 erstellt. Da Modernisierungsmaßnahmen nur in unzureichendem Maße durchgeführt wurden, ist ein großer Teil der Wohnungen in einem schlechten Zustand, teilweise sogar unbewohnbar.

Etwa 2,4 Millionen ehemals volkseigene Wohnungen befinden sich im Eigentum der Kommunen oder werden von ihnen verwaltet. Hier kommt die Modernisierung nur schleppend voran. Den kommunalen Wohnungsgesellschaften fehlen dazu die erforderlichen Finanzmittel. Für die Kommunen ist es schwer, Käufer zu finden, vor allem weil für die Wohnungen hohe Renovierungskosten anfallen und ungeklärte Eigentumsfragen bestehen. Zudem ist der Wohnungsbestand mit Altschulden belastet, die Ende 1993 etwa 50 Mrd DM betragen werden.

104. Im Einzelhandel entsprach das Angebot bereits im wesentlichen dem westdeutschen Standard, wodurch der Einkaufstourismus in die alten Bundesländer deutlich zurückging. Nach Umfragen des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels hat der Anteil der ostdeutschen Produkte im Sortiment ostdeutscher Einzelhändler insbesondere im Lebensmittelbereich wieder zugenommen. In den alten Bundesländern spielten ostdeutsche Produkte hingegen immer noch eine geringe Rolle.

Die Unternehmensstruktur im Einzelhandel befand sich auch in diesem Jahr noch im Wandel. Kleinere Läden wurden weiterhin durch Verbrauchermärkte, Einkaufszentren und Fachmärkte verdrängt, die über ein reichhaltigeres Angebot verfügen und preisliche Wettbewerbsvorteile haben. Ein Hindernis für Investitionen blieb der Mangel an geeigneten Gewerbeflächen in den Innenstadtbereichen. Zudem hatten kleinere Einzelhandelsgeschäfte wegen nicht ausreichender Sicherheiten oft Probleme, Fremdkapital aufzunehmen.

Im Großhandel hat sich die Absatzlage weiter verschlechtert. Nachdem der Umsatz bereits zu Beginn des Jahres 1991 stark zurückgegangen war, kam es im Januar dieses Jahres zu einem erneuten Einbruch. Das dürfte vor allem auf den weiteren Rückgang des Handels mit den ehemaligen RGW-Staaten zurückzuführen sein. Im Juli 1992 lag lediglich der Umsatz von Holz, Baustoffen und Installationsbedarf aufgrund der regen Bautätigkeit über dem Wert vom Dezember 1991.

105. Im Zuge zahlreicher Unternehmensgründungen stieg das Angebot an Dienstleistungen weiter an. Die Anpassung an marktwirtschaftliche Verhältnisse ist im Dienstleistungssektor wesentlich besser vorangekommen als in der Industrie. Dies liegt nicht zuletzt an der verhältnismäßig schnellen Privatisierung der Dienstleistungsbetriebe. Ein breiter Aufschwung fand allerdings auch hier nicht statt. Die allgemein unbefriedigende wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland bestimmt auch die Lage des Dienstleistungssektors.

106. Die Anzahl der handwerklichen Betriebe in Ostdeutschland hat sich seit der Vereinigung stark erhöht. Während es Ende 1989 in der DDR nur noch etwa 85 000 handwerkliche Betriebe mit 460 000 Beschäftigten gab, waren es nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Instituts für Weltwirtschaft Ende 1992 bereits 140 000 Betriebe mit 560 000 Beschäftigten.

Auch im Handwerk setzte sich der Strukturwandel fort. Zu den Branchen, in denen die wirtschaftliche Entwicklung günstig verlief, gehörten neben dem Bauhandwerk insbesondere das Kfz-Handwerk, das durch die starke Erhöhung des Automobilbestandes kräftigen Auftrieb bekam. Große Probleme hatten hingegen vor allem Handwerksbetriebe, die vom Produktionsrückgang stark betroffene Industriebereiche belieferten. Hierbei handelt es sich beispielsweise um Tischler und verschiedene Berufe des Metallbauhandwerks. Auch Handwerksbranchen, die für den Privaten Verbrauch produzieren und die mit preisgünstigen industriellen Anbietern konkurrieren müssen, hatten Absatzprobleme. Darunter befinden sich Raumausstatter, Schneider, Schuhmacher, Kürschner, Goldschmiede und Uhrmacher. Im Handwerk bestand ein Mangel an qualifizierten Fachkräften, insbesondere weil in der Vergangenheit zu wenig Personal ausgebildet worden war oder weil die Qualifikation den Anforderungen nicht gerecht wurde. Im ehemaligen Zonenrandgebiet kam es auch zu Abwanderungen aufgrund des Lohngefälles zu Westdeutschland.

107. Die DDR hatte etwa 4 530 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, 580 Volkseigene Güter und 3 558 landwirtschaftliche Privatbetriebe hinterlassen. Durch Entflechtungsmaßnahmen und Rechtsformumwandlungen sind daraus etwa 16 000 einzelbäuerliche Betriebe sowie 2 700 Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung entstanden. Zum 31. Dezember 1991 wurde die Umwandlung der ehemaligen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften abgeschlossen. Für etwa 34 Genossenschaften, die ihre Rechtsform bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht geändert hatten, wurde gemäß Landwirtschaftsanpassungsgesetz vom 29. Juni 1990 die Liquidation eingeleitet. Mit der Verpachtung und dem Verkauf von 1,5 Mio Hektar landwirtschaftlicher Fläche aus dem Eigentum der DDR hat die Treuhandanstalt die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH betraut, die am 1. Juli 1992 ihre Tätigkeit aufnahm. Die Gesellschaft soll zunächst die Flächen nicht verkaufen, sondern verpachten. Die Pachtverträge sollen in der Regel langfristig sein mit einer Laufzeit von bis zu 12 Jahren. Bis zum September lagen bereits 2 767 Anträge auf den Kauf von Flächen vor, von denen 36 abgeschlossen worden waren, und 10 697 auf Pacht, von denen 761 abgeschlossen worden waren.

Deutliche Belebung der Investitionstätigkeit in Ostdeutschland

108. Die Investitionsausgaben, private und öffentliche zusammengenommen, sind in den jungen Bundesländern im Jahre 1992 kräftig gestiegen. Mit 109 Mrd DM lagen sie um ein Drittel — in realer Rechnung um ein Viertel — über dem Wert des Jahres 1991 (Tabelle 23). Die Unternehmensinvestitionen — ohne die Deutsche Bundespost Telekom, die Deutsche Reichsbahn und die Wohnungsvermietung — stiegen von rund 40 Mrd DM auf 60 Mrd DM. Hauptinvestoren im gewerblichen Bereich waren westdeutsche Unternehmen, die ihre Investitionsbudgets im Jahre 1992 auf rund 36 Mrd DM aufstockten.

Tabelle 23

Investitionsausgaben in Ostdeutschland

	1991	1992
I. Unternehmensinvestitionen (ohne Deutsche Bundespost Telekom, Deutsche Reichsbahn und Wohnungsvermietung)	40,5	60,0
davon:		
Westdeutsche Unternehmen [1]	18,5	36,0
Ostdeutsche und ausländische Unternehmen [2]	22,0	24,0
II. Investitionen der Gebietskörperschaften, der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Bundespost Telekom	30,0	36,0
davon:		
Bund, Länder und Gemeinden [3]	14,0	18,0
Deutsche Bundespost Telekom	7,0	9,0
Deutsche Reichsbahn	9,0	9,0
III. Private Wohnungsbauinvestitionen [4]	12,5	13,0
Insgesamt	83,0	109,0

[1] Quelle: Ifo-Institut, eigene Schätzung.
[2] Schätzungen auf der Basis von Angaben der Treuhandanstalt.
[3] Schätzungen auf der Basis von Angaben des BMF, der Zentralen Datenstelle der Länderfinanzminister und des Ifo-Instituts.
[4] 1991 DIW-Schätzung; 1992 eigene Schätzung.

Trotz hoher Steigerungsraten in den letzten beiden Jahren liegen die Investitionsausgaben der Unternehmen pro Kopf der Bevölkerung jedoch erst bei rund 65 vH des westdeutschen Niveaus.

109. Die Investitionen in die Infrastruktur sind dagegen auch im Vergleich zu Westdeutschland bereits recht hoch. Nach unserer Schätzung dürften rund 36 Mrd DM vom Bund und den Gebietskörperschaften, der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Bundespost Telekom investiert worden sein; pro Kopf der Bevölkerung ist das fast anderthalbmal soviel wie in den westlichen Bundesländern. Nach wie vor niedrig sind die Investitionen im Wohnungsbau, die wir auf 13 Mrd DM schätzen.

Die Angaben über Niveau und Struktur der Investitionen sind grobe Schätzungen. Daten über die Investitionen nach den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liegen für 1992 noch nicht vor. Große Unsicherheiten bestehen vor allem bei den Investitionsausgaben der Länder und Gemeinden, der ostdeutschen Unternehmen (Treuhandunternehmen eingeschlossen) sowie bei den Investitionen im Wohnungsbau.

110. Die Struktur der Investitionen westdeutscher Unternehmen in den jungen Bundesländern wird vom Ifo-Institut periodisch in Umfragen erfaßt. Dabei zeigt sich, daß die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes ihre Investitionen von 1991 auf 1992 mehr als verdoppelt haben und inzwischen über die Hälfte der Gesamtinvestitionen der Unternehmen (ohne Deutsche Bundespost Telekom, Deutsche Reichsbahn, Wohnungsvermietung) bestreiten (Tabelle 24). In den ersten Monaten nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion waren vor allem die Investitionen im tertiären Sektor rasch gestiegen, die in der Regel nur einen geringeren Planungsvorlauf verlangen.

Die Anstoßwirkungen der hohen Investitionsausgaben blieben bislang hauptsächlich auf die Bauwirtschaft beschränkt. Im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe sind die Produktionsentwicklung und die Auftragslage trotz des Investitionsanstiegs nach wie vor unbefriedigend. Den Herstellern von Investitionsgütern in Ostdeutschland ist es bislang noch nicht gelungen, in nennenswertem Umfang Nachfrage auf sich zu lenken. Ein Großteil der Ausrüstungsgüter dürfte vielmehr aus Westdeutschland geliefert worden sein. Wichtiger noch als die unmittelbaren Nachfrageeffekte der Investitionen ist deren Bedeutung für die Entstehung eines rentabel nutzbaren Produktionsapparates. In Dienstleistungsbereichen wie dem Handel und dem Finanzsektor, aber auch im Handwerk ziehen Investitionen zumeist ohne große Zeitverzögerung zusätzliche Produktion nach sich. Im Industriesektor haben Investitionen dagegen eine sehr viel längere Ausreifungszeit. Dies zeigt sich auch in der Entwicklung in den jungen Bundesländern. Es wird zwar in beträchtlichem Umfang auch in industrielle Produktionskapazitäten investiert, aber viele Investitionsprojekte sind noch nicht produktionsreif geworden.

111. Vielfach wird über ein unzureichendes Niveau der Unternehmensinvestitionen geklagt. In der Tat müssen die privaten Investitionen noch deutlich steigen, wenn es gelingen soll, die Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft an westdeutsche Verhältnisse heranzuführen und gleichzeitig das Angebot an rentablen Arbeitsplätzen kräftig auszuweiten. Daraus jedoch auf einen allgemeinen Investitionsattentismus der Unternehmen zu schließen, wäre falsch. Es ist nämlich ins Bild zu nehmen, daß 1992 noch beträchtliche Investitionshemmnisse bestanden, insbesondere lange Entscheidungsprozesse in der Verwaltung, Unklarheiten über die Eigentumsverhältnisse und Engpässe in der Infrastruktur.

Der Herbstumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) zufolge sind Rechtsunsicherheit in Eigentumsfragen und mangelnde Funktionsfähigkeit der Verwaltung nach wie vor die Haupthindernisse, die westdeutsche Unternehmen beklagen (Schaubild 12). Dem gewaltigen Arbeitsanfall sind die Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen, die Grundbuch- und Katasterämter, die Bau- und Planungsämter sowie die Wirtschaftsförderungsgesellschaften vielfach nicht gewachsen. Verzögerungen bei der Feststellung und Beurkundung von Eigentumsansprüchen sowie bei Genehmigungs- und Planungsverfahren halten Investitionen zurück. So wer-

Tabelle 24

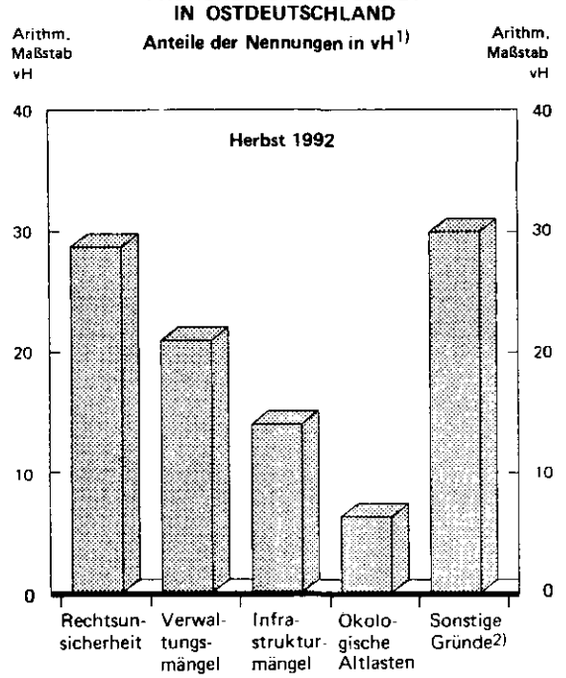
Investitionstätigkeit westdeutscher Unternehmen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost[1])

Bereich	Investitionen[2])		
	1991	1992	
	Mrd DM		vH[3])
Energie-/Wasserversorgung und Bergbau	3,0	5,5	*83*
Verarbeitendes Gewerbe	8,0	17,5	*119*
davon:			
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2,3	5,9	*157*
Investitionsgütergewerbe	2,9	6,8	*134*
Verbrauchsgütergewerbe	1,0	2,0	*100*
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1,8	2,8	*56*
Baugewerbe	1,2	1,8	*50*
Handel	2,8	4,5	*61*
Dienstleistungsunternehmen[4])	2,4	3,7	*54*
Zusammen	17,4	33,0	*90*
nachrichtlich:			
Anteil des Verarbeitenden Gewerbes in vH	*46*	*53*	X
Verkehr und Nachrichtenübermittlung[5])	8,0	12,0	*50*
Unternehmen insgesamt	25,4	45,0	*77*

[1]) Schätzungen des Ifo-Instituts aufgrund einer Sonderbefragung von April bis August 1992 bei westdeutschen Unternehmen einschließlich Tochterunternehmen ausländischer Konzerne.
[2]) Zugänge neuer Bauten und Ausrüstungen ohne Anmietungen.
[3]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[4]) Ohne Wohnungsvermietung.
[5]) Einschließlich Deutsche Bundespost Telekom; ohne Deutsche Reichsbahn.

Quelle: Ifo-Institut

Schaubild 12



Anteile der Hauptgründe in vH 3)

Wirtschaftszweig	Rechtsunsicherheit		Verwaltungsmängel		Infrastrukturmängel		Ökologische Altlasten	
	1991	1992	1991	1992	1991	1992	1991	1992
Industrie	37	38	25	29	24	21	14	12
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	34	34	28	33	17	15	21	18
Investitionsgüterindustrien	41	39	24	28	26	22	9	11
Verbrauchsgüterindustrien	33	37	28	29	25	26	14	8
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	42	40	26	28	23	19	9	13
Bauwirtschaft	42	41	35	43	17	11	6	5
Handel	42	48	29	30	24	18	5	4
Dienste	39	46	30	27	26	22	5	5
Insgesamt	**39**	**41**	**27**	**30**	**24**	**20**	**10**	**9**

1) Alle Gründe: 100 vH.– 2) Unter anderem: Keine betriebliche Notwendigkeit für Investitionen in Ostdeutschland, ausreichende Produktionskapazitäten im früheren Bundesgebiet, zu schneller Rückgang des Lohnkostenvorteils der neuen Bundesländer, Kosten der Sozialpläne, überzogene Grundstückspreise.– 3) Alle Hauptgründe im jeweiligen Wirtschaftszweig: 100 vH.

Quelle: Deutscher Industrie- und Handelstag

SR 920513

den die Privatisierung von Unternehmen oder der Ausweis neuer Gewerbegebiete erschwert, wenn über das Vorliegen von Restitutionsansprüchen oder über Grundbucheintragungen Unklarheit besteht. Infrastrukturmaßnahmen oder städtebauliche Maßnahmen hängen davon ab, ob die notwendigen Planungs- und Genehmigungsverfahren abgeschlossen werden. Schließlich können Unternehmen bei der Finanzierung ihrer Investitionen Schwierigkeiten bekommen, solange die Immobilien nicht beleihungsfähig sind.

Bei der Klärung von offenen Eigentums- und Vermögensfragen ist erst ein kleiner Teil der Anträge bearbeitet worden. So sind von rund 1,7 Millionen Restitutionsansprüchen auf Gebäude und Grundstücke bislang knapp 10 vH bearbeitet worden. Günstiger ist die Lage bei den Restitutionsansprüchen auf Unternehmen und Unternehmensteile. Hier sind von 15 456 Ansprüchen 6 438 bearbeitet, bei 1 010 Ansprüchen wurde eine Investitionsvorrangentscheidung getroffen. Der Abbau des Antragstaus vor allem bei den Restitutionsansprüchen auf Gebäude und Grundstücke wird noch lange Zeit in Anspruch nehmen; offene Vermögensfragen werden somit auch weiterhin zu den Investitionshemmnissen zählen.

Mängel in der Infrastruktur werden ebenfalls noch als ein Investitionshemmnis angesehen, sie rangieren aber erst an dritter Stelle und ihre Bedeutung hat abgenommen. Das ist wohl darauf zurückzuführen, daß die Bedingungen für Verkehrs- und Telekommunikationsleistungen, aber auch für die Energieversorgung in den neuen Bundesländern aufgrund der hohen Investitionen schon deutlich besser geworden sind. Damit wurde sicher ein wichtiger Schritt getan, wenngleich bei weitem noch nicht alle gravierenden Defizite in der Infrastrukturausstattung beseitigt sind, und die Verkehrsinfrastruktur, sowohl die Straßen- als auch die Schienenverbindungen, und das Telekommunikationsnetz bei weitem noch nicht westdeutschen Standard erreicht haben.

Fortschritte im Aufbau des privaten Unternehmenssektors

112. Die Privatisierung ist im Laufe des Jahres 1992 weiterhin zügig vorangekommen. Am 30. September 1992 hatte die Treuhandanstalt von 11 659 Unternehmen, die sie seit der Aufnahme ihrer Tätigkeit betreut hat, 4 499 Unternehmen vollständig privatisiert. Mehrheitlich in ihrem Besitz befanden sich noch 5 239 Unternehmen. Für 1 788 dieser Unternehmen war bereits die Stillegung eingeleitet worden, so daß noch 3 451 Unternehmen zur Privatisierung anstanden. Daneben hat die Treuhandanstalt 5 220 Teilprivatisierungen durchgeführt. Es handelt sich dabei überwiegend um Verkäufe von Betriebsteilen, zum Beispiel Bau- und Reparaturabteilungen, Fuhrparks, Lagerbetriebsstätten, oder um Verkäufe von Vermögensgegenständen wie bebaute Liegenschaften, Bearbeitungsmaschinen, Hebezeuge und Fördermittel sowie Fahrzeuge. Bei 541 Teilprivatisierungen wurden mehrheitliche Geschäftsanteile verkauft.

Im Zusammenhang mit den Privatisierungen wurden Zusagen für 1,32 Mio Arbeitsplätze und für Investitionen in Höhe von 125,3 Mrd DM gegeben. Für die Modernisierung im Energiebereich wurden weitere

Investitionen in Höhe von 30 Mrd DM zugesagt. Der Zeitraum, innerhalb dessen die Investitionen vorgenommen werden sollen, erstreckt sich in der Regel auf drei bis vier Jahre. Bei Nichterfüllung drohen Vertragsstrafen. Allerdings ist die Treuhandanstalt bereit, dann auf die Zahlungen zu verzichten, wenn die wirtschaftliche Situation des privatisierten Unternehmens sich derart ungünstig entwickelt, daß die Zusagen nicht eingehalten werden können; sie hat dies bereits in einigen Fällen getan.

113. Besonders schwierig war die Privatisierung in den Branchen, in denen die Unternehmen noch immer überdurchschnittlich große Probleme hatten, sich am Markt zu behaupten. Hierunter fielen bis zur Mitte des Jahres vor allem der Bergbau, der Maschinenbau, die Leder- und Schuhindustrie sowie die Textil- und Bekleidungsindustrie. Weit vorangeschritten war die Privatisierung hingegen bei Unternehmen des Bereichs Steine und Erden, im Baugewerbe und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (Tabelle 25).

Tabelle 25 **Zur Bestandsentwicklung der Unternehmen mit Treuhandbeteiligung**

Stand am 30. September 1992

Hauptbranchen[1]	Unternehmen[2] insgesamt	Darunter[3]					
		vollständig privatisierte Unternehmen	Unternehmen zur Zeit noch mehrheitlich im Eigentum der Treuhandanstalt[4]				
			Anzahl	darunter			
				noch zu privatisierende Unternehmen			
				Anzahl	Struktur[5]	mit Beschäftigten	
						Anzahl	Struktur[5]
Insgesamt	11 659	4 499	5 239	3 451	*100*	606 257	*100*
Land- und Forstwirtschaft	646	108	448	415	*12,0*	14 391	*2,4*
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	191	73	53	48	*1,4*	37 409	*6,2*
Bergbau	37	10	25	22	*0,6*	71 853	*11,9*
Chemische Industrie	244	98	118	79	*2,3*	45 486	*7,5*
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	175	59	83	42	*1,2*	4 183	*0,7*
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe	451	220	164	114	*3,3*	13 933	*2,3*
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	237	80	132	93	*2,7*	33 973	*5,6*
Stahl- und Leichtmetallbau	197	65	87	70	*2,0*	21 451	*3,5*
Maschinenbau	1 090	401	583	428	*12,4*	102 009	*16,8*
Fahrzeugbau	362	177	147	105	*3,0*	29 905	*4,9*
Elektrotechnik, Elektronik	491	161	261	140	*4,1*	33 087	*5,5*
Feinmechanik und Optik	78	24	40	20	*0,6*	2 836	*0,5*
EBM-Waren, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spiel- und Schmuckwaren	314	83	173	89	*2,6*	6 806	*1,1*
Holzindustrie	504	130	263	148	*4,3*	11 203	*1,8*
Papier- und Druckgewerbe	238	107	110	60	*1,7*	6 913	*1,1*
Leder- und Schuhindustrie	168	24	124	59	*1,7*	5 385	*0,9*
Textil- und Bekleidungsindustrie	511	64	369	217	*6,3*	31 218	*5,1*
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	840	375	347	184	*5,3*	11 706	*1,9*
Bauhauptgewerbe	935	540	191	134	*3,9*	32 044	*5,3*
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	206	92	41	32	*0,9*	2 314	*0,4*
Handel	1 273	529	579	319	*9,2*	29 458	*4,9*
Verkehrswesen, Nachrichtenübermittlung, Spedition, Lagerei	393	125	190	172	*5,0*	27 931	*4,6*
Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute; Versicherungsgewerbe	13	5	3	3	*0,1*	391	*0,1*
Dienstleistungen	1 871	902	670	427	*12,4*	26 041	*4,3*
Nicht zuzuordnen	194	47	38	31	*0,9*	4 331	*0,7*

[1]) Nach der Abgrenzung der Treuhandanstalt.

[2]) Alle von der Treuhandanstalt seit 1. Juli 1990 übernommenen und neu entstandenen Unternehmen; nicht enthalten sind 654 Unternehmen (durch Fusion/Aufspaltung aufgelöst, Forstvermögen, Treuhandbeteiligung in Prüfung, Bergwerksrechte), die die Treuhandanstalt in ihr Gesamtportfolio von dann 12 313 Unternehmen einrechnet.

[3]) Nicht gesondert aufgeführt sind die 1 921 Unternehmen, von denen 541 Unternehmen mehrheitlich privatisiert, 1 039 vollständig reprivatisiert, 244 in Kommunaleigentum übertragen, für 69 vorläufige Besitzanweisungen erfolgt sowie 28 durch Liquidation aus dem Bestand der Treuhandanstalt ausgeschieden sind.

[4]) Unternehmen, bei denen die Gesamtvollstreckung/Liquidation eingeleitet ist, bzw. die noch zur Privatisierung anstehen.

[5]) Anteil der Unternehmen/Beschäftigten in den noch zu privatisierenden Unternehmen in vH.

Quelle: Treuhandanstalt

Zur Vorbereitung der Privatisierung wurden Sanierungen durchgeführt. Die Treuhandanstalt veranschlagte ihre Ausgaben für die Sanierung und Kapitalausstattung ihrer Unternehmen im Jahre 1992 mit etwa 65 Mrd DM. Zudem sind Maßnahmen zur Sanierung der noch verbliebenen Treuhandunternehmen geplant, um eine Umorientierung zu Westmärkten zu beschleunigen. Bei der Umstrukturierung soll dem Management mehr Eigenverantwortung zugestanden werden; verstärkt sollen Managementgesellschaften mit der Sanierung von Unternehmen betraut werden.

Um den Zustand ihrer Unternehmen einzuschätzen, hat die Treuhandanstalt die Unternehmen auf deren Sanierungsfähigkeit hin überprüft; hierzu mußten sie unter anderem Konzepte für ihre Umstrukturierung vorlegen. Knapp drei Viertel sind als sanierungsfähig eingestuft.

Die Privatisierung unterlag nach Angaben der Treuhandanstalt auch in diesem Jahr nicht unerheblichen zeitlichen Verzögerungen durch ungeklärte Eigentumsfragen. Das Zweite Vermögensrechtsänderungsgesetz, das die Regelung von Restitutionsansprüchen beschleunigen sollte, hat deren Klärung im Zusammenhang mit der Privatisierung kaum vereinfacht. Bei jedem Unternehmen und jedem Grundstück muß vor der Veräußerung weiterhin die Eigentumsfrage gelöst werden. Wird dabei ein Investitionsvorrangverfahren erforderlich, so kann dies mehrere Monate dauern. Die gleiche Situation tritt auch bei der Sanierung auf, da § 3 Abs. 3 Vermögensgesetz jede nachhaltige Veränderung eines mit Restitutionsansprüchen belasteten Unternehmens untersagt. Somit ist auch vor einer Sanierung die Eigentumsfrage zu regeln. Bei Stillegungen hat das Zweite Vermögensrechtsänderungsgesetz eine Erleichterung mit sich gebracht. Bevor das Gesetz erlassen wurde, hatte die Treuhandanstalt die Auflage, bei anspruchsbehafteten Unternehmen die Stillegung zu vermeiden. Jetzt kann ein Unternehmen stillgelegt werden, wenn dies zum Zwecke der Liquidation geschieht und ein Anspruchsberechtigter nicht bis zum 1. September 1992 einen Antrag auf vorläufige Besitzeinweisung gestellt hatte. Ab dem 1. Dezember 1992 kann die Treuhandanstalt Unternehmen liquidieren, ohne vorliegende Anträge auf vorläufige Besitzeinweisungen zu berücksichtigen.

Die Liquidation ist das wesentliche Verfahren für die Stillegung. Dabei kann das Vermögen des aufzulösenden Unternehmens nach eigenem Ermessen veräußert werden. Beim zweiten Verfahren, der Gesamtvollstreckung, wird das Vermögen durch einen Konkursverwalter veräußert, und aus dem Veräußerungserlös werden die Gläubiger bedient. Bis zum 30. September 1992 hatte die Treuhandanstalt für 224 Unternehmen die Gesamtvollstreckung und für 1 554 Unternehmen die Liquidation eingeleitet. Davon waren 273 082 Arbeitsplätze betroffen.

114. Im Jahre 1990 hatte in Ostdeutschland eine Welle von Gewerbeanmeldungen eingesetzt. Allein im zweiten Halbjahr 1990 gab es 150 000 mehr Gewerbeanmeldungen als Gewerbeabmeldungen. Seitdem ist beides zurückgegangen, die Anmeldungen stärker als die Abmeldungen. Im ersten Halbjahr 1992 betrug der Saldo 54 000. Von den Abmeldungen entfielen 6 500 auf das Handwerk und 22 000 auf Handel und Gaststättengewerbe. Die Statistik überzeichnet jedoch die Gründung neuer Existenzen. Zum einen steht nicht hinter jeder Anmeldung auch eine Gewerbegründung. Zum anderen stellen viele kleine Betriebe ihre Tätigkeit ein, ohne sich bei den Gewerbeämtern abzumelden. Schätzungen zufolge ist nur etwa die Hälfte der ausgewiesenen Gewerbebetriebe wirtschaftlich tätig.

Die rege Gründungstätigkeit ist nicht zuletzt auf staatliche Fördermittel zurückzuführen. Für Existenzgründer in den jungen Bundesländern werden erhebliche finanzielle Mittel in Form von Investitionszulagen und Investitionszuschüssen, steuerlichen Vergünstigungen, zinsverbilligten Krediten sowie Bürgschaften bereitgestellt. Neben diesen direkten Investitionshilfen gibt es auch eine indirekte Investitionsförderung. Die Kommunen können im Rahmen der Regionalförderung bei Investitionen „auf der grünen Wiese" Investitionszuschüsse für wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen erhalten.

Hohe Einkommenssteigerungen stimulieren den Privaten Verbrauch

115. Die privaten Haushalte erhielten in diesem Jahr verfügbare Einkommen in Höhe von schätzungsweise 245 Mrd DM, das waren 22½ vH mehr als im Vorjahr. Die Ausgaben für den Privaten Verbrauch dürften in diesem Jahr etwa 215 Mrd DM betragen haben, 15 vH mehr als im Vorjahr. Der Pro-Kopf-Konsum in Ostdeutschland ist damit von 53 vH des westdeutschen Niveaus auf knapp 60 vH angestiegen. Mit den steigenden Einkommen, dem erweiterten Güterangebot und der veränderten Preisstruktur wandelte sich auch die Struktur der Verbrauchsausgaben (Tabelle 26). Der Anteil der Mieten stieg vom ersten Quartal 1991 bis zum ersten Quartal 1992 auf rund 10 vH des Einkommens, das im Durchschnitt für Haushalte von Ehepaaren mit 2 Kindern 3 544 DM und für Zweipersonen-Rentnerhaushalte 2 326 DM betrug. Für Güter des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung wurde absolut weniger als im Vorjahr ausgegeben. Hierin spiegelt sich der Rückgang der Käufe von Kraftfahrzeugen, nachdem der Nachholbedarf im Jahre 1991 weitgehend gedeckt worden war.

116. Während die Entwicklung der Verbraucherpreise in den beiden Vorjahren von einem massiven Subventionsabbau und der Anhebung von administrierten Preisen geprägt war, blieb die Preisentwicklung im Verlauf dieses Jahres vergleichsweise moderat (Tabelle 27). Im September dieses Jahres lag der Preisindex für die Lebenshaltung für alle Arbeitnehmerhaushalte lediglich um 2,3 vH über dem Stand vom Dezember 1991. Im Vorjahr hatte der Anstieg noch 10,1 vH betragen. Allerdings wurden auch im Jahre 1992 weitere Tarif- und Gebührenerhöhungen in den Bereichen Gesundheit, Nachrichtenübermittlung und Verkehr vorgenommen.

Die Verbraucherpreise dürften im Jahresdurchschnitt um 11½ vH über dem Vorjahresstand liegen. Die große Differenz

Tabelle 26

Haushaltsbudgets ausgewählter Haushalte in Ostdeutschland
Je Haushalt und Monat[1])

Art der Einnahmen und Ausgaben	Haushalte von Ehepaaren mit 2 Kindern					Zweipersonen-Rentnerhaushalte[2])				
	1. Vj. 1991[3])		1. Vj. 1992			1. Vj. 1991[3])		1. Vj. 1992		
	DM	Anteile[4])	DM	Anteile[4])	vH[5])	DM	Anteile[4])	DM	Anteile[4])	vH[5])
	Einkommen/Einnahmen									
Haushaltsbruttoeinkommen	3 312	100	4 501	100	35,9	1 690	100	2 330	100	37,9
— Einkommen- und Vermögensteuer	155	4,7	317	7,0	104,5	0	0,0	0	0,0	—
— Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	439	13,3	644	14,3	46,7	0	0,0	0	0,0	—
= Haushaltsnettoeinkommen	2 718	82,1	3 541	78,7	30,3	1 690	100	2 330	100	37,9
+ Sonstige Einnahmen[6])	3	0,1	3	0,1	0,0	–3	–0,2	–4	–0,2	33,3
= Ausgabefähige Einkommen/Einnahmen	2 720	82,1	3 544	78,7	30,3	1 687	99,8	2 326	99,8	37,9
	Verwendung der ausgabefähigen Einkommen/Einnahmen									
Ausgabefähige Einkommen/Einnahmen	2 720	100	3 544	100	30,3	1 687	100	2 326	100	37,9
davon für:										
Privater Verbrauch	2 188	80,4	2 463	69,5	12,6	1 323	78,4	1 717	73,8	29,8
darunter:										
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	695	25,6	764	21,6	9,9	467	27,7	502	21,6	7,5
Bekleidung, Schuhe	202	7,4	222	6,3	9,9	97	5,7	110	4,7	13,4
Wohnungsmieten[7]), Energie, Wasser	123	4,5	343	9,7	178,9	101	6,0	299	12,9	196,0
Möbel, Haushaltsgeräte[8])	275	10,1	341	9,6	24,0	188	11,1	302	13,0	60,6
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	64	2,4	85	2,4	32,8	70	4,1	95	4,1	35,7
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	588	21,6	410	11,6	–30,3	255	15,1	211	9,1	–17,3
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	211	7,8	225	6,3	6,6	110	6,5	140	6,0	27,3
Güter für persönliche Ausstattung, Reisen[9])	30	1,1	72	2,0	140,0	36	2,1	56	2,4	55,6
Übrige Ausgaben[10])	242	8,9	367	10,4	51,7	135	8,0	213	9,2	57,8
Veränderung der Vermögens- und Finanzkonten[11])	290	10,7	714	20,1	146,2	229	13,6	396	17,0	72,9

[1]) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[2]) Ohne Arbeitseinkommen.
[3]) Angaben ohne Berlin-Ost.
[4]) Anteil am Haushaltsbruttoeinkommen/an den ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen in vH.
[5]) Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum.
[6]) Geldeinnahmen aus Verkäufen von Gebrauchtwaren und Sekundärrohstoffen, Nettogeldeinnahmen aus im Haushalt erzeugten Waren.
[7]) Ohne unterstellte Mieten für Eigentümerwohnungen.
[8]) Einschließlich anderer Güter für die Haushaltsführung.
[9]) Einschließlich Kauf von Reisezahlungsmitteln.
[10]) Steuern (ohne Einkommen- und Vermögensteuern), Versicherungen, Beiträge, Spenden.
[11]) Ersparnis.

Tabelle 27

Zur Entwicklung der Verbraucherpreise und der Erzeugerpreise in Ostdeutschland

Verbraucherpreise

Zeitraum	Alle Arbeitnehmerhaushalte	Nach Ausgabengruppen[1]: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Bekleidung, Schuhe	Wohnungsmieten und Energie: zusammen	davon: Wohnungsmieten	davon: Energie (ohne Kraftstoffe)	Möbel, Haushaltsgeräte[2]	Güter für: Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung, Freizeit[3]	persönliche Ausstattung[4]	4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen
Gewicht[5]	*100*	*29,9*	*9,6*	*5,6*	*2,7*	*2,9*	*11,5*	*2,9*	*22,9*	*11,2*	*6,3*	*100*
	2. Halbjahr 1990/1. Halbjahr 1991 = 100											
1991	108,3	102,7	104,1	167,6	176,6	159,2	102,8	104,1	105,3	106,0	115,7	108,2
1990 3. Vj.	94,3	98,7	90,6	80,0	97,1	63,8	96,7	96,0	96,0	92,0	85,0	94,3
4. Vj.	96,8	97,8	101,8	80,1	97,1	64,0	98,9	98,7	98,5	98,8	86,3	97,0
1991 1. Vj.	103,2	100,7	103,5	116,6	102,2	130,5	101,7	101,6	100,9	103,2	114,0	103,1
2. Vj.	105,5	102,7	104,1	123,2	103,6	141,8	102,6	103,7	104,5	105,9	114,6	105,6
3. Vj.	106,9	103,4	103,5	126,4	103,9	147,8	102,9	104,9	107,8	106,5	116,8	107,2
4. Vj.	117,8	103,9	105,4	304,2	396,8	216,5	104,1	106,3	108,2	108,4	117,3	117,0
1992 1. Vj.	119,3	105,4	105,2	304,8	398,4	216,1	104,9	108,7	110,1	112,1	118,1	118,4
2. Vj.	120,5	106,4	105,3	304,3	400,2	213,3	105,4	111,4	112,3	112,5	121,9	119,7
3. Vj.	120,7	105,7	105,4	304,5	400,2	213,7	105,8	112,7	112,8	113,0	124,2	119,9
1992 Januar	118,8	104,9	105,4	304,4	397,9	215,9	104,8	107,6	109,3	111,3	118,0	117,9
Februar	119,2	105,4	105,0	304,6	397,7	216,4	105,0	108,9	109,7	112,5	118,1	118,4
März	119,8	105,9	105,1	305,3	399,6	215,9	105,0	109,6	111,4	112,4	118,2	119,0
April	120,0	106,2	105,2	304,8	400,4	214,1	105,3	110,8	111,8	112,2	118,3	119,2
Mai	120,6	106,4	105,4	304,3	400,1	213,5	105,5	111,4	112,4	112,7	123,5	119,8
Juni	120,8	106,7	105,3	303,7	400,0	212,4	105,5	111,9	112,8	112,5	123,9	120,0
Juli	120,7	106,1	105,2	303,6	400,1	212,1	105,7	112,3	113,0	112,6	124,1	119,9
August	120,6	105,6	105,2	304,4	400,3	213,5	105,8	112,7	112,8	112,8	124,3	119,8
Sept.	120,7	105,3	105,7	305,4	400,3	215,5	105,8	113,0	112,7	113,5	124,3	119,9

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse ohne Erdgas	Elektrizität[6], Erdgas, Fernwärme, Wasser	Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes: zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe: zusammen	darunter: Mineralölerzeugnisse	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Fertigerzeugnisse: Investitionsgüter[7]	Verbrauchsgüter[7][8]
							produzierendes Gewerbe				
Gewicht[9]	*100*	*3,0*	*5,1*	*92,0*	*30,1*	*3,5*	*28,5*	*17,2*	*16,3*	*9,3*	*17,3*
	1989 = 100										
1991	63,2	96,0	127,0	58,6	51,8	34,7	64,8	52,0	67,4	63,3	61,1
1990 3. Vj.	63,4	95,9	95,1	60,6	52,4	30,0	68,6	53,1	69,7	67,6	58,3
4. Vj.	62,5	97,2	95,4	59,6	52,6	39,1	66,8	52,3	67,6	65,5	57,5
1991 1. Vj.	63,3	93,7	123,3	59,0	52,4	34,6	65,7	52,0	66,9	63,8	60,4
2. Vj.	63,1	95,7	126,1	58,6	51,8	32,6	64,7	52,1	67,2	62,8	61,4
3. Vj.	63,1	95,5	129,3	58,4	51,7	35,7	64,2	52,0	67,4	62,5	61,3
4. Vj.	63,2	99,2	129,3	58,5	51,4	35,8	64,4	51,8	68,1	64,0	61,3
1992 1. Vj.	63,6	101,4	131,9	58,6	51,2	34,6	64,4	51,9	69,3	64,4	61,9
2. Vj.	63,8	100,8	134,6	58,8	51,4	34,9	64,1	52,0	70,1	63,6	62,8
3. Vj.	63,9	101,6	135,0	58,8	51,4	34,9	64,3	52,2	70,0	63,9	63,2
1992 Januar	63,4	101,2	130,9	58,5	51,2	34,7	64,4	51,8	68,7	64,2	61,6
Februar	63,5	101,5	131,3	58,5	51,1	34,4	64,4	51,8	69,2	64,4	61,9
März	63,8	101,6	133,5	58,7	51,2	34,6	64,4	52,1	69,9	64,5	62,3
April	63,9	102,1	134,6	58,8	51,4	34,5	64,0	52,2	70,1	63,6	62,9
Mai	63,8	100,1	134,6	58,7	51,3	34,5	64,1	51,9	70,1	63,6	62,7
Juni	63,8	100,1	134,6	58,8	51,5	35,7	64,1	52,0	70,1	63,6	62,7
Juli	63,9	100,1	134,9	58,8	51,5	35,2	64,2	52,1	70,1	63,8	63,0
August	63,9	100,1	135,0	58,8	51,4	34,6	64,3	52,1	70,0	63,9	63,2
Sept.	64,0	104,6	135,0	58,8	51,3	34,9	64,3	52,3	70,0	63,9	63,4

[1] In der Gliederung nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983.
[2] Einschließlich anderer Güter für die Haushaltsführung.
[3] Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes.
[4] Einschließlich Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art.
[5] Typische Ausgabenstruktur (Warenkorb) der in die Berechnungen einbezogenen Haushaltsgruppen für das Jahr 1989.
[6] Einschließlich der Verkäufe der Weiterverteiler bei Elektrizität, Erdgas und Wasser.
[7] Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.
[8] Ohne Nahrungs- und Genußmittel.
[9] Gemäß den Produktionswerten aus dem Jahre 1989 — bewertet zu Industrieabgabepreisen in Mark der ehemaligen DDR.

der Durchschnittsrate zur Verlaufsrate ergab sich aufgrund der Verdoppelung der Grundmieten und der Erhöhung der Mietnebenkosten im Oktober letzten Jahres, die zu einem Überhang von rund 9 vH im Preisindex für die Lebenshaltung führten. Der Preisindex für die Lebenshaltung verzerrt allerdings die Preissteigerungsrate. Er beruht auf einem Warenkorb, dem eine Konsumstruktur aus dem 2. Halbjahr 1990/1. Halbjahr 1991 zugrunde liegt. Die Mieten gehen mit einem zu geringen Gewicht ein.

Die Erzeugerpreise sind auch in diesem Jahr nur geringfügig angehoben worden. Im September waren die Preise lediglich 1,3 vH höher als vor Jahresfrist. Hierin spiegeln sich die Absatzprobleme, die das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe auch in diesem Jahr hatte.

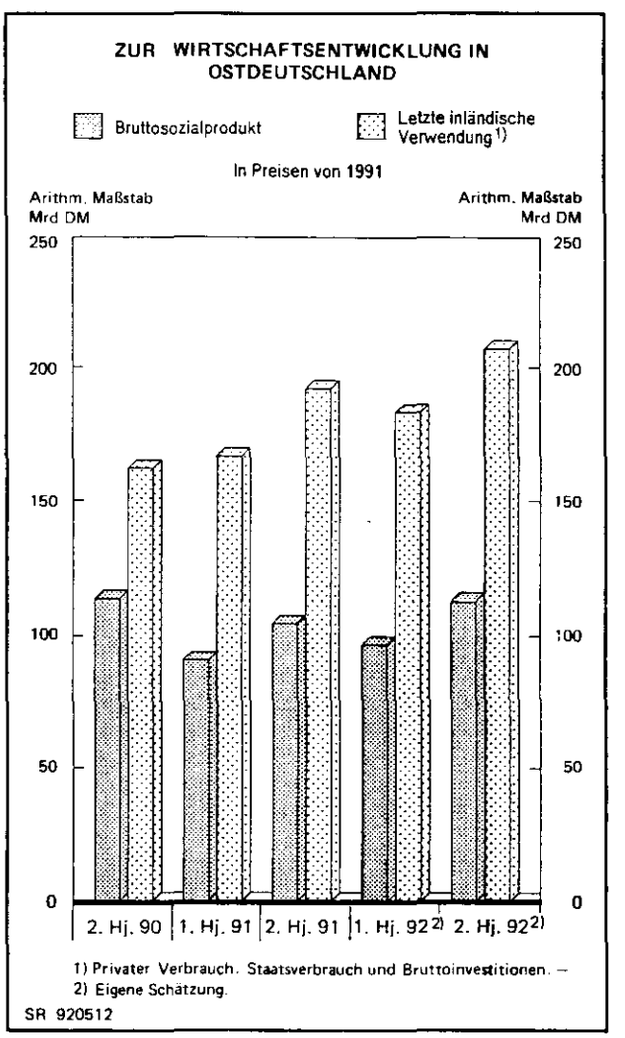
Hohe Güterbezüge

117. Die Handelsbeziehungen zum Ausland verblieben im Jahre 1992 weiterhin auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres. Sowohl der Import als auch der Export waren mit jeweils etwa 20 Mrd DM nahezu konstant. Der Warenexport ging jedoch deutlich zurück. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf den rückläufigen Außenhandel mit der GUS, vornehmlich mit Rußland, zurückzuführen. Ein großer Teil der Warenlieferungen in diese Region war im letzten Jahr durch die Vergabe von Hermes-Bürgschaften abgesichert worden. Seit Beginn dieses Jahres werden neue Bürgschaften nur noch bewilligt, wenn Staatsgarantien der Empfängerländer vorliegen. Zudem begrenzte die Bundesregierung den Bürgschaftsrahmen für Lieferverträge mit Zahlungsfristen von mehr als einem Jahr auf 5 Mrd DM. Da Rußland und andere Länder der GUS die Garantie zunächst verweigerten, ließ die Bundesregierung keine weiteren Bürgschaften mehr vergeben. Daraufhin gingen die Warenlieferungen in diese Region stark zurück. Bis zum Ende dieses Jahres wird das Bürgschaftsvolumen deutlich geringer sein als der Betrag von 9,7 Mrd DM, der im vorhergehenden Jahr gewährt wurde.

Da nicht zu erwarten war, daß sich die Lage in der GUS in absehbarer Zeit grundlegend verbessert, hat die Bundesregierung im September ein Maßnahmenpaket beschlossen, das die Absatzchancen der ostdeutschen Unternehmen erhöhen soll. Um den Außenhandel mit Mittel- und Osteuropa zu fördern, wurden unter anderem die Möglichkeiten für die Inanspruchnahme von Hermes-Bürgschaften erweitert; das schließt die Absicherung von reinen Bartergeschäften ein. Außerdem sollen Kooperationen mit mittel- und osteuropäischen Unternehmen unterstützt werden. Damit der Absatz im westlichen Ausland und im Inland steigen kann, sollen ostdeutsche Produkte bekannter gemacht werden, zum Beispiel durch die Förderung der Teilnahme ostdeutscher Unternehmen an internationalen Messen. Zudem ist beabsichtigt, die Umstrukturierung und Privatisierung der Treuhandunternehmen zu beschleunigen, um ihre Absatzchancen zu verbessern. Bei der Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand sollen ostdeutsche Unternehmen in stärkerem Maße berücksichtigt werden. Die Wirkung dieser Maßnahmen kann noch nicht beurteilt werden.

118. Auch in diesem Jahr klaffte zwischen den Lieferungen der jungen Bundesländer nach Westdeutschland und den Bezügen aus Westdeutschland eine große Lücke. Die Warenbezüge waren nochmals höher als im letzten Jahr. Diese Entwicklung dürfte zu einem großen Teil die Folge des starken Anstiegs der Investitionstätigkeit gewesen sein, der in Ostdeutschland in diesem Jahr zu beobachten war. Viele Investoren kauften ihre Ausrüstungen in den alten Bundesländern, da es am Ort kein ausreichendes Angebot an technisch ausgereiften Investionsgütern gab. Auch verfügten viele westdeutsche Investoren bereits über etablierte Lieferbeziehungen zu westdeutschen Anbietern. Die kräftige Ausweitung der Nachfrage nach Konsumgütern aus den alten Bundesländern, die nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zu beobachten war, setzte sich hingegen nicht mehr fort. Das hohe Defizit, das sich bei einer Gesamtbetrachtung des Handelssaldos mit Westdeutschland und dem Ausland ergibt, spiegelt den hohen Überschuß der Güternachfrage in Ostdeutschland über das Angebot aus eigener Produktion (Schaubild 13).

Schaubild 13



IV. Konjunkturelle Abschwächung am Arbeitsmarkt in Westdeutschland — Noch keine Trendwende in Ostdeutschland

119. Starke Veränderungen haben im Jahre 1992 den deutschen Arbeitsmarkt geprägt, für die freilich in Ostdeutschland und in Westdeutschland höchst unterschiedliche Ursachen ausschlaggebend gewesen sind. Während Ostdeutschland noch immer unter den Spätfolgen sozialistischer Zwangswirtschaft litt, deren Bewältigung erneut zu einem krassen Beschäftigungsrückgang in der Industrie führte, prägte in Westdeutschland die schwierige Lage einiger Wirtschaftszweige das Bild. Auch hier haben die Industrieunternehmen Beschäftigung abgebaut (Tabelle 28). Soweit westdeutsche Unternehmen in größerem Umfang in den neuen Bundesländern Produktionskapazitäten und Arbeitsplätze geschaffen haben, kann dies die insgesamt verhaltene westdeutsche Beschäftigungsentwicklung zumindest teilweise erklären. In Ostdeutschland wurde dadurch ein noch stärkeres Absinken der Beschäftigtenzahl verhindert. Eine ins-

Tabelle 28

Die Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt

Jahresdurchschnitte in Tausend

	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Bundesländer [1]		
	1990	1991	1992 [a]	1990	1991	1992 [a]	1990	1991	1992 [a]
Erwerbspersonen (im Inland)	39 479	39 000	38 605	30 370	30 908	31 265	9 109	8 092	7 340
davon:									
Registrierte Arbeitslose [2]	2 124	2 602	2 985	1 883	1 689	1 805	241	913	1 180
Erwerbstätige	37 355	36 398	35 620	28 487	29 219	29 460	8 868	7 179	6 160
davon:									
Selbständige [3]	3 341	3 531	3 630	3 024	3 041	3 050	317	490	580
beschäftigte Arbeitnehmer	34 014	32 867	31 990	25 463	26 178	26 410	8 551	6 689	5 580
Nachrichtlich:									
Pendlersaldo [4]	−88	−60	−35	−8	230	340	−80	−290	−375
Arbeitslosenquote (vH)									
bezogen auf									
— alle Erwerbspersonen [5]	*5,4*	*6,7*	*7½*	*6,2*	*5,5*	*6*	*2,6*	*10,9*	*15½*
— die abhängigen Erwerbspersonen [6]	*5,9*	*7,3*	*8½*	*6,9*	*6,1*	*6½*	*2,7*	*11,6*	*16½*
Kurzarbeiter [2]	814	1 761	630	56	145	250	758	1 616	380
Arbeitsausfall in vH	X	X	X	*34,1*	*30,1*	*32,0 [b]*	*45,6 [c]*	*55,9*	*52,1 [d]*
Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen [2]	86	266	470	83	83	80	3	183	390
Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Weiterbildung [7]	192	395	585	168	189	205	24	206	380
Deutsch-Sprachlehrgänge [2]	110	76	50	110	76	50	.	.	.
Bezieher von									
— Vorruhestandsgeld [2] [8]	271	407	290	90	60	.	181	347	290
— Altersübergangsgeld [2]	4	176	520	.	.	.	4 [a]	176 [a]	520
Ältere Arbeitslose, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen [2] [9]	63	63	80	63	63	80	0	0	0

[1] Einschließlich Berlin-Ost.
[2] Quelle: BA.
[3] Einschließlich mithelfende Familienangehörige.
[4] Negatives Vorzeichen bedeutet, daß mehr beschäftigte Arbeitnehmer auspendeln als einpendeln. Für das frühere Bundesgebiet: Pendlersaldo mit den neuen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost und dem Ausland. Für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost: Pendlersaldo mit dem früheren Bundesgebiet und dem Ausland.
[5] Arbeitslose in vH aller Erwerbspersonen (Inländer: beschäftigte Arbeitnehmer, Selbständige und mithelfende Familienangehörige, Arbeitslose).
[6] Arbeitslose in vH der abhängigen Erwerbspersonen (Inländer: beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose)
[7] Teilnehmer in Vollzeitmaßnahmen: Berufliche Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung. Eigene Schätzung.
[8] Früheres Bundesgebiet eigene Schätzung.
[9] 58-jährige und ältere Arbeitslose, die nach § 105 c AFG der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen müssen und deshalb nicht als Arbeitslose registriert werden.
[a] Eigene Schätzung.
[b] Januar bis August.
[c] September bis Dezember.
[d] Januar bis Oktober.

gesamt positive Arbeitsmarktentwicklung in den jungen Bundesländern vermochten die Aktivitäten westdeutscher Unternehmen aber nicht auszulösen.

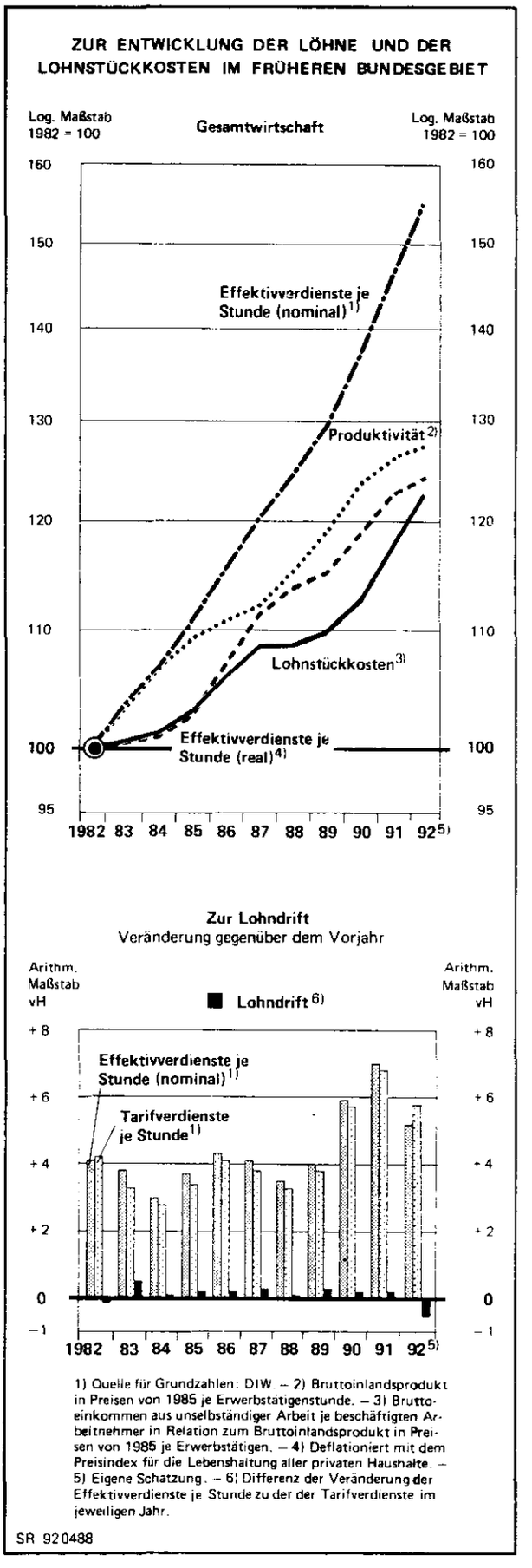
120. In Westdeutschland setzte sich die positive Entwicklung der letzten Jahre, die neben einer kräftigen Beschäftigungszunahme seit dem Jahre 1985 auch einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um über 600 000 Personen mit sich gebracht hatte, nicht fort. Erstmals seit Anfang 1983 ist die Arbeitslosigkeit wieder in größerem Umfang angestiegen. Die verschlechterte konjunkturelle Lage war vor allem im Verarbeitenden Gewerbe spürbar, wo viele Unternehmen ihre Belegschaften kräftig verringert haben. Dadurch ist der Beschäftigtenanteil des sekundären Sektors allein in diesem Jahr um 1 Prozentpunkt gesunken, weit mehr, als es dem langfristigen Trend entspricht. Zahlreiche Unternehmen haben nun in einer Phase abgeschwächter Konjunktur mit vorsichtigeren Personaldispositionen auf die bereits seit einigen Jahren stark steigenden Lohnstückkosten reagiert.

Der ostdeutsche Arbeitsmarkt stand auch im Jahre 1992 im Zeichen der wirtschaftlichen Transformation, die einen weiteren Abbau unrentabler Arbeitsplätze erforderlich gemacht hat. Dabei haben die Arbeitsmarktpolitik und die Wirtschaftspolitik das Tempo des Beschäftigungsabbaus stark verringert. Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit blieben zusammengenommen auf hohem Niveau. Eine Wende am ostdeutschen Arbeitsmarkt wurde indes noch nicht eingeleitet. Die Anzahl der am Jahresende Erwerbstätigen sank bis auf 6 Millionen — das waren über 3½ Millionen Personen weniger als noch drei Jahre zuvor. In diesem Zeitraum hat sich auch die Beschäftigungsstruktur stark gewandelt. So ist der zusammengefaßte Anteil des primären und des sekundären Sektors um etwa 10 Prozentpunkte zurückgegangen und liegt nunmehr sogar unter dem in Westdeutschland. In vielen Bereichen sind die tariflichen Verdienste — auch aufgrund mehrjähriger Stufenverträge — am Jahresende auf knapp 75 vH des westdeutschen Niveaus angestiegen. Während in einigen neu entstandenen Unternehmen und Betrieben bereits jetzt oder in absehbarer Zukunft durch den Einsatz modernster Produktionsverfahren das Lohnstückkostenniveau unter dem Westdeutschlands liegen dürfte, hat das relativ hohe ostdeutsche Lohnniveau die Leistungsfähigkeit vieler alter ostdeutscher Unternehmen und Betriebe stark strapaziert.

Hohe Tarifabschlüsse erzeugen Kostendruck

121. Der in den beiden Vorjahren kräftige Anstieg der tariflichen Stundenlöhne in **Westdeutschland** hat sich in diesem Jahr etwas abgeschwächt. Da in vielen Tarifbereichen die letztjährigen Abschlüsse teilweise bis weit in dieses Jahr hineinwirkten, lagen die Tariflöhne auf Stundenbasis im ersten Halbjahr um 6,1 vH über ihrem Vorjahresstand. Erst im weiteren Jahresverlauf hat sich der Anstieg aufgrund niedrigerer Neuabschlüsse auf schätzungsweise 5,4 vH verringert. Der Tarifpolitik ist es hierdurch aber nicht gelungen, die Lohnentwicklung wieder in Fühlung mit der Produktivitätsentwicklung zu bringen. Bei

Schaubild 14



1) Quelle für Grundzahlen: DIW. – 2) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 je Erwerbstätigenstunde. – 3) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 je Erwerbstätigen. – 4) Deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. – 5) Eigene Schätzung. – 6) Differenz der Veränderung der Effektivverdienste je Stunde zu der der Tarifverdienste im jeweiligen Jahr.

SR 920488

einem Produktivitätsanstieg um 0,9 vH ist der Tariflohnanstieg mit 5,8 vH deutlich über das als noch für vertretbar erachtete Maß hinausgegangen (JG 91 Ziffer 384). Die Lohnstückkosten haben nur wenig langsamer als im Vorjahr zugenommen (Schaubild 14).

122. Die Spanne der in den einzelnen Branchen vereinbarten Tarifverdiensterhöhungen war beachtlich. Sie reichte von 4,7 vH im Steinkohlenbergbau bis zu 6,7 vH bei der Volkswagen AG und 7,0 vH in Teilen des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes. Vereinzelt gingen kleinere Wirtschaftsbereiche sogar noch beträchtlich darüber hinaus (Tabelle 29). Vor allem in einigen größeren Tarifbereichen gestalteten sich die Verhandlungen schwierig. Sie zogen sich dementsprechend in die Länge. Die meisten Bereiche warteten zudem erst auf die Einigung im öffentlichen Dienst, bevor sie die eigenen Verhandlungen abschlossen.

Tabelle 29

Tarifpolitisch wichtige Ereignisse in Westdeutschland

Abschlußmonat	Tarifbereich Begünstigte Arbeitnehmer	Vereinbarungen
1991		
Oktober	Papiererzeugende Industrie 53 000	Für September pauschal 10 vH eines Bruttomonatseinkommens, ab Oktober 1991 bis August 1992 Anhebung der **Löhne und Gehälter** um 6,7 vH, der **Ausbildungsvergütungen** um DM 90 monatlich.
November	Volkswagen AG 128 000	Erstmals **gemeinsamer Entgelttarifvertrag** für Arbeiter und Angestellte mit einer Anhebung der Entgelte im Gesamtvolumen von 6,7 vH ab dem 1. 11. 1991, Einkommenserhöhungen mindestens 6,5 vH und höchstens 8,8 vH bei Höhergruppierungen. Arbeitnehmer, die herabgestuft werden, erhalten zur Überbrückung der Differenz zu 6,5 vH eine individuelle Ausgleichszahlung. Die Ausbildungsvergütungen werden von DM 1 019/1 044/1 084/1 179 auf DM 1 149/1 174/1 214/1 309 angehoben.
	Deutsche Bundespost 221 100	Vereinbarung über Leistungszulagen bei der Deutschen Bundespost Telekom. Neben Verbesserungen der Berechnungsgrundlagen wird die Anwendung bei allen Dienstbereichen vereinbart. Die Höhe der monatlichen Zulage liegt zwischen DM 140 und DM 1 260.
	Reisebürogewerbe 45 000	Nach Schlichtung Anhebung der **Entgelte** um 5,5 vH ab dem 1. 6. 1991 sowie Stufenanhebung von 2,8 vH ab dem 1. 1. 1992.
	Zivilbeschäftigte der Bundeswehr 200 000	Tarifvertrag über einen sogenannten sozialverträglichen Personalabbau, der unter anderem vorsieht: — Vorruhestand ab dem 55. Lebensjahr; — Übergangsgeld bis zum Bezug der gesetzlichen Rente; — Abfindung bei Entlassung in Höhe von bis zu 16 Monatseinkommen; — Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen.
1992		
Januar	Rheinischer Braunkohlenbergbau 15 000	Anhebung der tariflichen **Entgelte** um durchschnittlich 6,5 vH ab dem 1. 12. 1991; Anhebung der **Ausbildungsvergütungen** von DM 753/915/1 093/1 288 auf DM 824/986/1 164/1 359.
Februar	Stahlindustrie	Einmalzahlung von DM 175 ab 1. 11. 1991. Erhöhung der **Löhne und Gehälter** um 5,9 vH rückwirkend. Anhebungen der Ecklöhne und -gehälter ab dem 1. 9. 1992.
	Chemische Industrie 25 000	Pauschal ansteigende Erhöhung der **Mindestjahresbezüge** für akademisch gebildete Angestellte z. B. um DM 3 200 auf DM 70 850 im ersten Berufsjahr, um DM 4 800 auf DM 94 050 im fünften Berufsjahr.
März	Steinkohlenbergbau Aachen, Ibbenbüren Saar, Ruhr 130 200	Pauschale **Einmalzahlung** für den Monat Februar 1992 in Höhe von DM 200. Ab 1. 3. 1992 Anhebung der **Löhne, Gehälter** und **Ausbildungsvergütungen** um 4,7 vH, ebenso des Weihnachtsgeldes. Erhöhung der persönlichen Freischichten von 13 auf 14 im Jahre 1992 auf 15 bis 16 im Jahre 1993.
April	Privates Bankgewerbe 376 600	Pauschale **Einmalzahlung** für Januar 1992 in Höhe von DM 300 (Auszubildende DM 100), Erhöhung der **Entgelte** um 5,4 vH ab dem 1. 2. 1992 für zwölf Monate; zusätzliche Einmalzahlung im Mai 1992 in Höhe von DM 350 (Auszubildende DM 100). Erhöhung der **Ausbildungsvergütungen** von DM 981/1 071/1 171 auf DM 1 034/1 129/1 234. Vereinbarung über die bezahlte Freistellung am 31. Dezember sowie drei arbeitsfreie Tage für Auszubildende zur Prüfungsvorbereitung.

noch Tabelle 29

Abschluß-monat	Tarifbereich Begünstigte Arbeitnehmer	Vereinbarungen
noch 1992		
Mai	Groß- und Außenhandel Nordrhein-Westfalen 288 200	Nach einem Nullmonat **Lohn- und Gehaltssteigerungen** um 5,9 vH ab dem 1. 4. 1992; überproportionale Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen zwischen 6,1 vH und 7,8 vH. Anhebung der **Ausbildungsvergütungen** von DM 850/950/1 050 auf DM 925/1 025/1 125 ab dem 1. 9. 1992.
	West-Berlin 21 900	**Lohn- und Gehaltssteigerungen** um 5,4 vH ab 1. 4. 1992. Verpflichtung der Tarifvertragsparteien, über eine weitere Anhebung der Tariflöhne und -gehälter zu verhandeln mit der Zielsetzung, den Abstand zwischen den Tarif- und den Effektiveinkommen zu verringern. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen erhält ein Sonderkündigungsrecht des gesamten Tarifvertrages bereits zum 31. 12. 1992, falls nicht bis Ende Oktober 1992 durch eine vereinbarte Vorweganhebung bis zur nächsten Tarifrunde (reguläre Laufzeit des Tarifvertrages bis zum 31. 3. 1993) die übertariflichen Zahlungen abgesichert sind. Anhebung der **Ausbildungsvergütungen** von DM 830/940/1 060 auf DM 875/991/1 117.
	Niedersachsen 121 300	Anhebung der **Löhne und Gehälter** um durchschnittliche 5,6 vH ab 1. 5. 1992, wobei die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen stärker angehoben wurden. Erhöhung der **Ausbildungsvergütungen** um DM 60 auf DM 860/965/1 040 monatlich ab dem 1. 5. 1992.
	Hessen 124 100	Anhebung der **Löhne** um durchschnittlich 6,5 vH in den Lohngruppen 1 bis 4; 5,5 vH in den Lohngruppen 5 bis 7 rückwirkend ab 1. 4. 1992. Anhebung der Gehälter (bei den jeweiligen Endstufen) um durchschnittlich 6,3 vH in den Gehaltsgruppen 1 bis 3; 5,5 vH in den Gehaltsgruppen 4 bis 7 ab 1. 4. 1992. Streichung der untersten Altersstufe in Gehaltsgruppe 3. Erhöhung der **Ausbildungsvergütungen** von DM 872/954/1 083 auf DM 932/1 019/1 158/1 240 ab 1. 4. 1992.
	Saarland 15 100	Nach einem Nullmonat Erhöhung der **Löhne und Gehälter** um 5,5 vH ab 1. 5. 1992. Vorweganhebung der unteren Stufen in den Gehaltsgruppen 1 bis 3. Anhebung der Ausbildungsvergütungen um DM 70 auf DM 800/870/1 030 ab 1. 5. 1992. Erhöhung des **Urlaubsgeldes** für Auszubildende, Arbeiter und Angestellte von DM 390/505/595/705 auf DM 420/620/620/740 für Auszubildende/Arbeitnehmer bis zum 23./bis 29./ab dem 30. Lebensjahr.
	Baden-Württemberg 165 700	Nach einem Nullmonat Anhebung der **Löhne** um 5,6 vH ab 1. 5. 1992 sowie zusätzlichen Pf 20 bzw. Pf 25 pro Stunde in den meisten Lohngruppen. Nach einem Nullmonat Anhebung der **Gehälter** um 5,6 vH ab 1. 5. 1992. In den Gehaltsgruppen 2 und 3 belaufen sich die Anhebungen wegen Strukturveränderungen auf bis zu 18,1 vH. Erhöhung der **Ausbildungsvergütungen** um DM 75 monatlich auf DM 946/1 027/1 117/1 205 ab 1. 4. 1992.
	Bayern 209 000	Anhebung der **Löhne** und **Gehälter** um 5,6 vH ab 1. 4. 1992. Erhöhung der **Ausbildungsvergütungen** um DM 75 monatlich auf DM 925/985/1 045 ab 1. 4. 1992.
	Einzelhandel	
	Hamburg 60 500	Anhebung der **Löhne** um 5,8 vH ab 1. 5. 1992. In der Lohngruppe A 1 b: 9,5 vH mit weiterer Erhöhung um DM 0,10/Std. ab 1. 4. 1993. Anhebung der **Gehälter** im Durchschnitt der Endstufen um 5,8 vH ab 1. 5. 1992. Lediglich in den Endstufen 2 a und 2 b nach einem Nullmonat Anhebung um 6,4 vH bzw. 6,1 vH ab 1. 6. 1992.
	Nordsee (Bremen, Bremerhaven) 27 900	Anhebung der **Löhne** ab 1. 5. 1992 um 5,8 vH und Streichung der Lohngruppe 1. In den Gehaltsgruppen 1 bis 3 Erhöhung der **Gehälter** um 5,8 vH ab 1. 5. 1992 und teilweise weitere Erhöhung in Gehaltsgruppe 2 ab 1. 4. 1993. In den Gehaltsgruppen 4 und 5 nach einem Nullmonat Anhebung um 5,6 vH ab 1. 6. 1992.
	Nordrhein-Westfalen 463 400	Anhebung der **Löhne** ab 1. 4. 1992 um 5,8 vH. Weitere Anhebung der Lohngruppe II a um DM 50 ab 1. 3. 1993. In den Gehaltsgruppen I und II Erhöhung der **Gehälter** in den Endstufen um 5,8 vH ab 1. 4. 1992 und eine weitere Erhöhung ab 1. 3. 1993 der Endstufe G I um DM 45. Die Gehaltsgruppen III und IV werden nach einem Nullmonat ab 1. 5. 1992 um 5,6 vH angehoben.
	Hessen 150 300	Anhebung der **Löhne** ab 1. 3. 1992 um 5,8 vH und eine weitere Erhöhung um DM 50 in Lohngruppe 1 c ab 1. 2. 1993. In allen Gehaltsgruppen außer III und IV Anhebung der **Gehälter** in den Endstufen um 5,8 vH ab 1. 3. 1992 und eine weitere Erhöhung um DM 45 in den Gehaltsgruppen 1 a und 1 b ab 1. 2. 1993. Nach einem Nullmonat Anhebung der Gehaltsgruppen III und IV ab 1. 4. 1992 um 5,6 vH.
	Baden-Württemberg Saarland 273 900	Anhebung der **Löhne** um 5,8 vH ab 1. 4. 1992 und weitere Anhebung bei unteren Lohngruppen. In den Gehaltsgruppen I bis III Erhöhung der **Gehälter** in den Endstufen um 5,8 vH und in den Gehaltsgruppen IV und V um 5,6 vH ab 1. 4. 1992. Weitere Erhöhung ab 1. 3. 1993 der Endstufe G II um DM 40.

noch Tabelle 29

Abschluß-monat	Tarifbereich Begünstigte Arbeitnehmer	Vereinbarungen
noch 1992		
noch Mai		
	Bayern 300 300	**Lohnsteigerungen** ab 1. 5. 1992 um durchschnittlich 6,3 vH; ab 1. 4. 1993 weitere Anhebung der Lohngruppe II a um DM 50. Anhebung der **Gehälter** in den Gehaltsgruppen I bis III um 5,8 vH in den Endstufen und in den Gehaltsgruppen IV und V um 5,6 vH ab 1. 5. 1992. Weitere Erhöhung der Endstufe G II um DM 40 ab 1. 4. 1993.
	Textilreinigungsgewerbe 46 300	Anhebung der **Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen** um 5,7 vH ab 1. 5. 1992. Vorweganhebung in den Lohngruppen IV und V. Durch Wegfall von Altersstaffelungen bei den Ausbildungsvergütungen teilweise überproportionale Anhebungen.
	Zivilbeschäftigte bei den Stationierungs-streitkräften 89 300	**Pauschalzahlung** von DM 750 (Auszubildende DM 200) für die Monate Januar bis Mai, Anhebung der **Löhne** und **Gehälter** um 5,4 vH ab 1. 6. 1992 bis zum 28. 2. 1993.
	Öffentlicher Dienst 2 269 800	Nach Streik und gescheiterter Schlichtung Vereinbarung über pauschale **Einmalzahlungen** für die Arbeiter und Angestellten in Höhe von DM 750 für die Vergütungsgruppen X bis V b bzw. Kr I bis Kr XIII; DM 600 für die Vergütungsgruppe V a bis III; keine Einmalzahlung für die Vergütungsgruppen II bis I. Anhebung der **Löhne** und **Gehälter** um 5,4 vH (Grundvergütung, Monatstabellenlöhne, Orts- und Sozialzuschläge) ab 1. 5. 1992, für Angehörige der Vergütungsgruppen II bis I erst ab dem 1. 6. 1992. Erhöhung des Urlaubsgeldes um DM 200. Erhöhung der **Ausbildungsvergütungen** um DM 150 monatlich ab 1. 1. 1992. Obwohl sich in der ÖTV-Urabstimmung 55,9 vH der Teilnehmer gegen dieses Ergebnis ausgesprochen hatten, das erforderliche Quorum damit verfehlt worden ist, hat es der geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV angenommen.
	Metallindustrie 3 992 300	Pilotabschluß in Nordwürttemberg-Nordbaden, der von allen Tarifregionen übernommen wurde, mit folgenden wichtigen Regelungen: **Lohn- und Gehaltsanhebungen** um 5,4 vH ab 1. 4. 1992, weitere Stufenerhöhung mit 3,0 vH ab 1. 4. 1993. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die bereits im April 1990 vereinbarte Verkürzung der **Wochenarbeitszeit** von 37 Stunden auf 36 Stunden in Kraft. Die **Ausbildungsvergütungen** werden (regional unterschiedlich) erhöht von DM 883/946/1 040/1 120 ab 1. 4. 1992 auf DM 958/1 021/1 115/1 195 und dann auf DM 1 008/1 071/1 165/1 245 ab 1. 4. 1993. Erhöhung der **Jahressonderzahlung** gestaffelt nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit bei 6/12/24/36 Monaten im Jahre 1992 von 20/30/40/50 vH auf 25/35/45/55 vH; im Jahre 1993 30/40/50/60 vH eines Monatseinkommens. Für die Auszubildenden erhöht sich die Sonderzahlung im Jahre 1992 von 50 vH auf 55 vH und im Jahre 1993 auf 60 vH der monatlichen Ausbildungsvergütung.
	Papier- und pappeverarbeitende Industrie 104 100	Erhöhung der **Löhne** und **Gehälter** um 5,8 vH rückwirkend zum 1.2.1992 für ein Jahr. Stufenweise **Arbeitszeitverkürzung** von 37 Wochenstunden auf 36 Wochenstunden ab 1. 2. 1996; auf 35 Wochenstunden ab 1. 11. 1997.
	Bauhauptgewerbe 884 700	Nach Schiedsspruch Erhöhung von **Löhnen, Gehältern** und **Ausbildungsvergütungen** um 5,8 vH rückwirkend ab dem 1. 4. 1992 für ein Jahr. Einführung von vier Gehaltsgruppen für Poliere (ohne für Bayern). Vereinbarung einheitlicher **Rahmentarifverträge** für Ost- und Westdeutschland, Verlängerung des Urlaubsanspruchs je nach Lebensalter von 23 oder 26 Arbeitstagen auf 30 Arbeitstage ab dem 1. 1. 1993 (für Westdeutschland), davon sind 22 Tage für die Arbeitnehmer frei verfügbar, 8 Arbeitstage (bisher 5) an die Winterzeit (1. Dezember bis 31. März) gebunden. Festschreibung der 39-Stunden-Woche bis zum Jahre 1995.
	Maler- und Lackiererhandwerk (ohne Saarland) 122 200	Anhebung der **Löhne** und **Gehälter** um 5,8 vH (Ecklohn) ab 1. 5. 1992 sowie 2,6 vH als Lohnausgleich für eine 1991 vereinbarte Arbeitszeitverkürzung von 40 auf 39 Arbeitsstunden. Anhebung der **Ausbildungsvergütungen** von DM 589/711/920 auf DM 689/753/974 ab 1. 8. 1992. Im Jahre 1993 Erhöhung der **Jahressonderzahlung** von 30 vH auf 40 vH der ab 1. 1. 1993 geltenden Ecklöhne. Auszubildende erhalten 30/169 der Ausbildungsvergütung im Jahre 1992 und 40/169 der Ausbildungsvergütung im Jahre 1993 als Jahressonderzahlung.
	Druckindustrie 185 200	Nach Schiedsspruch Anhebung der **Löhne, Gehälter** und **Ausbildungsvergütungen** um 5,8 vH rückwirkend ab 1. 4. 1992 für die Dauer eines Jahres.
Juni	Bekleidungsindustrie 154 500	Anhebung der **Löhne, Gehälter** und **Ausbildungsvergütungen** um 5,8 vH ab 1. 5. 1992. Hierin sind 1,4 Prozentpunkte enthalten als Lohnausgleich für eine bereits vereinbarte Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Stunde auf 38 Wochenstunden, die ab 1. 5. 1992 in Kraft tritt.

noch Tabelle 29

Abschluß-monat	Tarifbereich Begünstigte Arbeitnehmer	Vereinbarungen
noch 1992		
noch Juni	Textilindustrie Baden-Württemberg 60 700	Anhebung der **Löhne** und **Gehälter** um 5,7 vH ab 1. 5. 1992. In dieser Anhebung sind 1,4 Prozentpunkte enthalten als Lohnausgleich für eine bereits vereinbarte stufenweise Arbeitszeitverkürzung, derzufolge ab Mai 1992 die Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden auf 38 Stunden verkürzt wird, und 0,2 Prozentpunkte für eine bereits zuvor vereinbarte Erhöhung der Jahressonderzahlung um 2,5 vH. Ab 1. 5. 1993 werden die **Löhne** und **Gehälter** um weitere 6,17 vH angehoben. Hierin sind enthalten 1,4 Prozentpunkte als Lohnausgleich für eine weitere Arbeitszeitverkürzung von 38 auf 37,5 Wochenstunden sowie 0,6 Prozentpunkte für eine Erhöhung der **Jahressonderzahlung** um 7,5 vH. Erhöhung der **Ausbildungsvergütungen** von bisher DM 808/879/990/1 081 monatlich um DM 75 und um weitere DM 50 im Monat ab 1. 5. 1993.
	Chemische Industrie 726 700	Anhebung der **Entgelte** um 5,1 vH, regional unterschiedlich ab 1. 7./1. 8./1. 9. 1992 für die Dauer von 16 Monaten. Anhebung der **Ausbildungsvergütungen** um DM 70 monatlich je Ausbildungsjahr. Neuer Manteltarifvertrag ab 1. 1. 1993 mit einer Laufzeit bis zum 30. 6. 1997: u. a. Verkürzung der **Wochenarbeitszeit** von 39 auf 37½ Stunden ab dem 1. 4. 1993 bei vollem Entgeltausgleich. Anhebung des **Urlaubsgeldes.** Aufhebung der Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten.
	Bekleidungs-lohngewerbe 40 000	Anhebung der **Löhne** und **Gehälter** um 4,4 vH rückwirkend ab 1. 5. 1992 für ein Jahr. Zusätzlich 1,4 vH Lohnausgleich für die bereits vereinbarte Arbeitszeitverkürzung von 38½ auf 38 Arbeitsstunden pro Woche. Erhöhung des **Urlaubsgeldes** um 5,8 vH.
	Dachdeckerhandwerk 66 300	Anhebung der **Löhne** um 5,8 vH ab 1. 6. 1992 und der **Gehälter** und **Ausbildungs-vergütungen** um ebenfalls 5,8 vH ab 1. 8. 1992 für jeweils ein Jahr. Erhöhung der **Jahressonderzahlung** von 60 Stundenlöhnen auf 65 Stundenlöhne (Ausbildungs-vergütungen von 31 vH auf 35 vH) im Jahre 1992, 75 Stundenlöhne im Jahre 1993.
	Kfz-Gewerbe	
	Hessen 40 000	**Lohn-** und **Gehaltserhöhungen** ab 1. 7. 1992 um 6,5 vH, mindestens 160 DM (effektiv: 7,8 vH bis 8,6 vH); Festschreibung der arbeitsfreien Wochenenden.
	Bayern 46 500	Erhöhung ab 1. 6. 1992 der **Löhne** um 5,9 vH, der **Gehälter** um 6,0 vH; ab 1. 10. 1992 gemeinsamer Vergütungstarifvertrag für Arbeiter und Angestellte.
August	Volkswagen AG 127 000	Vereinbarungen über Umsetzungsmöglichkeiten der **Arbeitszeitverkürzung** von 37 auf 36 Wochenstunden ab 1. 4. 1993.
September	Lufthansa AG	Einigung über einen Tarifabschluß, der durch eine Vielzahl von Einzelregelungen im **Gehalts-** und **Arbeitszeitbereich** im Ergebnis Personalkosteneinsparungen von rund 500 Mio DM bewirken soll. Im einzelnen sind vorgesehen: — keine Tariferhöhung bis zum 30. September 1993 — Veränderungen in der Vergütungsstruktur beim Boden- und Bordpersonal (u. a. Streckung der Vergütungssteigerungen nach Beschäftigungsjahren) — Umstellung des Schichtzulagensystems und anderer Zulagen — Arbeitszeitflexibilisierung auf der Basis der 37,5-Stunden-Woche; im Bereich des Bordpersonals neue Grundlagen für die Schichtplanaufstellung sowie Reduzierung der „Bordpersonalreserven"; veränderte Mehrflugstundenvergütungen. Das Vorhaben, die geplante Inlandsfluggesellschaft Lufthansa-Express aus dem Gesamttarifgefüge der Muttergesellschaft herauszulösen, wird nicht weiterverfolgt.

Im öffentlichen Dienst einigten sich die Tarifvertragsparteien nach gescheiterter Schlichtung und elftägigem Arbeitskampf grundsätzlich darauf, die Verdienste ab Mai 1992 um 5,4 vH anzuheben. Zusätzlich wurden sozial gestaffelte Einmalzahlungen für die Vormonate vereinbart, auf die Angestellte des höheren Dienstes verzichten mußten. Zusammengenommen haben sich in diesem Jahr Verdiensterhöhungen ergeben, die von 3,5 vH für obere Verdienstgruppen bis zu 7,0 vH für niedrige Vergütungsgruppen reichten. Dieser Abschluß wurde im wesentlichen bei der Anpassung der Beamtenbesoldung übernommen.

Eine Veränderung der Lohn- und Gehaltsstruktur im öffentlichen Dienst wurde durch den Tarifabschluß nicht angelegt, da diesmal die soziale Komponente nicht durch Vorweganhebungen der unteren Verdienstgruppen, sondern durch gestaffelte Einmalzahlungen realisiert worden ist.

In der Metall- und Elektroindustrie konnte in diesem Jahr ein Streik nur knapp vermieden werden. Erst nachdem die Verhandlungen im öffentlichen Dienst beendet waren, sind zügig flächendeckende Anhebungen der Löhne und Gehälter um 5,4 vH vereinbart

worden. Die Laufzeit der Tarifverträge beträgt insgesamt 21 Monate. Dabei sollen ab dem 1. April nächsten Jahres die Tarifverdienste um linear 3 vH angehoben werden. Zwar bringt die längere Tariflaufzeit den Unternehmen der Metall- und Elektrobranche eine höhere Planungssicherheit. Zum gleichen Zeitpunkt tritt jedoch eine weitere Stufe der bereits im April 1990 vereinbarten Arbeitszeitverkürzung von 37 auf 36 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich in Kraft. Dieser beträgt Gewerkschaftsangaben zufolge knapp 2,8 Prozentpunkte. Deshalb wird im nächsten Jahr die zusätzliche Lohnkostenbelastung mit einer beschleunigten Steigerung der tariflichen Stundenentlohnung um knapp 5,8 vH deutlich höher ausfallen, als die Anhebung der monatlichen Tarifverdienste zunächst vermuten läßt.

123. Ein anderes Bild zeichnet der in diesem Jahr zwischen der Deutschen Lufthansa AG und den Gewerkschaften abgeschlossene Firmentarifvertrag. In schwieriger wirtschaftlicher Lage wurde ein Tarifkompromiß gefunden, der vor allem durch eine einjährige Lohnzurückhaltung, durch eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten sowie durch eine Streckung der bislang je nach Betriebszugehörigkeit üblichen Vergütungssteigerungen die Bedingungen für eine Gesundung des Unternehmens verbessern soll. Auch sinkende Personalkosten sollen dazu beitragen, daß es der Lufthansa gelingt, im starken Wettbewerb auf den Luftverkehrsmärkten zu überleben.

124. In **Ostdeutschland** hat seit Mitte letzten Jahres eine Vielzahl von Tarifverhandlungen stattgefunden. Dabei verfolgten mehrere Gewerkschaften weiterhin das Ziel, möglichst schnell zu dem westdeutschen Verdienstniveau aufzuschließen. Die Höhe der monatlichen Tariflöhne und -gehälter wurde verstärkt an das Niveau ausgewählter westdeutscher Partnerbezirke gekoppelt. In vielen Tarifbereichen sind darüber hinaus Stufenpläne zur Angleichung des östlichen an das westliche Tarifniveau ausgehandelt worden, die überwiegend bis zum Frühjahr des Jahres 1994 eine Angleichung bei den Tarifverdiensten anstreben. Tarifliche Öffnungsklauseln, Revisionsmöglichkeiten und Mittelstandsklauseln spielten weiterhin nur eine untergeordnete Rolle.

Neben Tarifvereinbarungen auf Verbandsebene sind viele Tarifverträge auf der Firmen- oder Betriebsebene abgeschlossen worden. Bereits am Jahresende 1991 waren insgesamt 1 252 Firmentarifvertäge beim Tarifregister des Bundesarbeitsministeriums erfaßt, darunter allein 671 Einkommenstarifverträge. Diese Tarifabschlüsse spiegeln jedoch keine grundsätzlichen Abweichungen von den jeweiligen Branchentarifverträgen wider. Zum 1. Juli 1992 waren 43 Tarifverträge auch für die jungen Bundesländer als allgemeinverbindlich in das Tarifregister eingetragen.

125. In den meisten Bereichen haben die monatlichen Tarifverdienste bis Ende des ersten Quartals 1992 mindestens 70 vH des Niveaus ihrer westdeutschen Partnerbezirke erreicht. Nur wenige Bereiche blieben dahinter zurück (Tabelle 30). Da im weiteren Jahresverlauf häufig bereits erneute Stufenanhebungen vorgenommen sowie neue Tarifvereinbarungen getroffen wurden, kann zum Jahresende von einer Ost-West-Relation der monatlichen Tarifverdienste ausgegangen werden, die bei knapp 75 vH gelegen haben dürfte. Davon zu unterscheiden sind allerdings die Verdienste pro Arbeitsstunde. Obwohl eine umfassende Verkürzung der Arbeitszeit in Gang gesetzt worden ist, sind die regelmäßigen Wochenarbeitszeiten in Ostdeutschland noch immer deutlich höher als in Westdeutschland. In den Bereichen, in denen in diesem und dem vergangenen Jahr die

Tabelle 30

Tarifpolitisch wichtige Ereignisse in Ostdeutschland

Abschlußmonat	Tarifbereich Begünstigte Arbeitnehmer	Vereinbarungen
1991		
April	Eisen- und Stahlindustrie 75 000	Für die **Tarifbezüge** Übernahme der westdeutschen Lohn- und Gehaltsstruktur und schrittweise Anpassung auf das westdeutsche Niveau von etwa 50 vH auf 60 vH bis 62,5 vH ab 1. 4. 1991; auf 70 vH ab 1. 4. 1992, auf 80 vH ab 1. 4. 1993 und auf 100 vH ab 1. 4. 1994. Verkürzung der **Wochenarbeitszeit:** von 40 Stunden auf 39 Stunden ab 1. 4. 1994, auf 38 Stunden ab 1. 10. 1996. Schrittweise Erhöhung der **Jahressonderzahlung:** von 30 vH eines Monatseinkommens ab 1. 1. 1993, auf 50 vH ab 1. 1. 1994, auf 110 vH ab 1. 1. 1995.
	Feinkeramische Industrie 25 000	Für die **Tarifbezüge** Übernahme der westdeutschen Lohn- und Gehaltsstruktur und schrittweise Anpassung auf das westdeutsche Niveau von etwa 50 vH bis 55 vH auf 55 vH ab 1. 4. 1991, auf 70 vH ab 1. 4. 1992, auf 85 vH ab 1. 4. 1993 und auf 100 vH ab 1. 4. 1994. Verkürzung der **Wochenarbeitszeit** von 40 Stunden auf 39 Stunden ab 1. 4. 1994, auf 38 Stunden ab 1. 4. 1995. Einführung einer **Jahressonderzahlung** für 1991 von 20 vH eines Monatseinkommens und jährliche Anhebung um 20 Prozentpunkte auf 100 vH ab dem Jahre 1995. Schrittweise Verlängerung des jährlichen **Urlaubsanspruchs** von 24 Tagen im Jahre 1991 auf 26 Tage im Jahre 1992, 28 Tage im Jahre 1993 und 30 Tage ab dem Jahre 1994.

noch Tabelle 30

Abschluß-monat	Tarifbereich Begünstigte Arbeitnehmer	Vereinbarungen
noch 1991		
Mai	Glasindustrie 25 000	Übernahme der westdeutschen Lohn- und Gehaltsstruktur mit **Lohn- und Gehaltssteigerungen** von etwa 55 vH auf 60 vH ab dem 1. 6. 1991; 70 vH ab dem 1. 6. 1992 auf 85 vH ab dem 1. 7. 1993 auf 100 vH ab dem 1. 7. 1994 der entsprechenden Tarifbezüge im Westen. Einführung einer **Sonderzahlung** von 20 vH eines Monatseinkommens und schrittweise Erhöhung auf 40 vH ab dem Jahre 1992, 60 vH ab dem Jahre 1993, 80 vH ab dem Jahre 1994 und 100 vH ab dem Jahre 1995. Verkürzung der **Wochenarbeitszeit** von 40 Stunden auf 39 Stunden ab dem 1. 7. 1994, auf 38 Stunden ab dem 1. 7. 1995.
Juli	Öffentlicher Dienst Reichsbahn Deutsche Bundespost 2 000 000	Für neun Monate Anhebung der **Löhne** und **Gehälter** von etwa 45 vH bis 50 vH auf 60 vH der entsprechenden Tarifbezüge in Westdeutschland; Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 43,75 Stunden auf 40 Stunden ab 1. 4. 1991; Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen in Höhe von 13 DM monatlich.
Oktober	Groß- und Außenhandel 50 000	Bei den **Tarifbezügen** schrittweise Anpassung auf das entsprechende Niveau von Westdeutschland: von 60 vH auf 70 vH ab 1. 10. 1991, auf 75 vH ab 1. 1. 1992, auf 80 vH ab 1. 7. 1992, auf 85 vH ab 1. 1. 1993, auf 90 vH ab 1. 7. 1993, auf 95 vH ab 1. 1. 1994 und auf 100 vH ab 1. 5. 1994.
	Textilindustrie	Verlängerung des Arbeitszeitabkommens, das frühestens zum 30. 4. 1994 kündbar ist, die **Wochenarbeitszeit** bleibt bei 40 Stunden. Schrittweise Verlängerung des jährlichen **Urlaubsanspruchs** von 20 Tagen im Jahre 1991 auf 24 Tage im Jahre 1992, 26 Tage im Jahre 1993, 28 Tage im Jahre 1994 und auf 30 Tage ab dem Jahre 1995. **Jahressonderzahlung** in Höhe von 60 vH eines Monatseinkommens im Jahre 1991.
Dezember	Bekleidungsindustrie	Laufzeitverlängerung der **Arbeitszeitvereinbarung** von 40 Wochenstunden bis zum 30. 4. 1994. Zusätzliches **Urlaubsgeld** frühestens im Jahre 1995; **Jahressonderzahlung** in Höhe von 60 vH eines Monatseinkommens, Laufzeit bis zum 30. 4. 1993, bei besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten kann durch Vereinbarung mit dem Betriebsrat von dieser Regelung abgewichen werden.
	Privates Bankgewerbe	**Einkommenserhöhungen** auf 70 vH des westdeutschen Tarifniveaus bei den Anfangs- und auf 75 vH bei den Endgehältern einschließlich der Erhöhung im Umfang des westdeutschen Abschlusses ab 1. 4. 1992; ab 1. 7. 1992 Übernahme des westdeutschen **Vorruhestandsabkommens,** falls die gesetzlichen Regelungen zum Altersübergangsgeld wie geplant zur Jahresmitte auslaufen sollten.
1992		
Januar	Chemische Industrie 100 000	Anhebung der **Löhne** und **Gehälter** um 25,6 vH, davon 17,9 vH ab 1. 1. 1992, 7,7 vH ab 1. 10. 1992 sowie strukturelle Verbesserungen.
	Kunststoffverarbeitende Industrie	Anhebung der **Löhne** und **Gehälter** um 24 vH in Stufen, davon 12 vH ab 1. 1. 1992, 6 vH ab 1. 7. 1992 und 6 vH ab 1. 10. 1992.
	Süßwarenindustrie Neue Bundesländer	**Lohn-** und **Gehaltssteigerungen** um 19,9 vH in Stufen, davon 10,8 vH ab 1. 1. 1992 und 9,1 vH ab 1. 7. 1992.
	Kraftfahrzeuggewerbe Thüringen	**Lohn-** und **Gehaltssteigerungen** um 10,7 vH bis 11,7 vH.. Einführung einer **Jahressonderzahlung** von 10 vH bis 30 vH eines Monatseinkommens. Verlängerung des **Urlaubs** von 24 auf 26 Tage im Jahr und Einführung eines **Urlaubsgeldes** von 20 vH eines Monatseinkommens.
	Papierindustrie 11 000	**Steigerungen** der **Stundenlöhne** von minimal 7,13 DM auf 8,41 DM ab 1. 1. 1992 auf 8,56 DM ab 1. 6. 1992 und von 9,82 DM auf 11,59 DM bzw. 11,78, Anstieg der **Gehälter** um 20 vH in 2 Stufen. Erhöhung der **Jahressonderzahlung** von 25 vH auf 33 vH eines Monatseinkommens.
Februar	Ledererzeugende Industrie	Anhebungen der **Löhne** und **Gehälter** auf 71 vH ab 1. 3. 1992 und auf 75 vH ab 1. 11. 1992 des westdeutschen Niveaus.
	Schuhindustrie	Anpassung der **Löhne** und **Gehälter** ab 1. 3. 1992 auf 68 vH und ab 1. 11. 1992 auf 71 vH des westdeutschen Niveaus.
März	Kfz-Gewerbe Berlin-Brandenburg	Schrittweise Anhebung der **Löhne** und **Gehälter** von 60 vH auf 70 vH ab 1. 4. 1992, auf 75 vH ab 1. 10. 1992 und 80 vH ab 1. 3. 1993 des Westberliner Niveaus.
	Hotel- und Gaststättengewerbe der Konsumgenossenschaften 10 000	Erhöhung der **Entgelte** um 13,8 vH ab dem 1. 3. 1992 sowie weitere 8,3 vH Stufenerhöhung ab 1. 11. 1992.

noch Tabelle 30

Abschluß-monat	Tarifbereich Begünstigte Arbeitnehmer	Vereinbarungen
noch 1992		
noch März	Wohnungswirtschaft Brandenburg/Berlin-Ost	Erhöhung der **Löhne, Gehälter** und der **Ausbildungsvergütungen** von 60 vH auf 75 vH ab 1. 6. 1992, auf 85 vH ab 1. 6. 1993 und auf 100 vH ab 1. 1. 1994. Neuer Manteltarifvertrag für die **Arbeitszeit** von 40 Wochenstunden auf 38,5 ab 1. 1. 1993 und auf 37 Wochenstunden ab 1. 1. 1994. Verlängerung des **Jahresurlaubs** von 28 Arbeitstage für 1992, auf 29 Arbeitstage für 1993 und auf 30 Arbeitstage ab 1994. **Urlaubsgeld** 300 DM für 1992. **Jahressonderzahlung** 75 vH eines Monatseinkommens für 1992. **Zusatzvereinbarungen:** Zuschuß zum Krankengeld bis zu 26 Wochen nach Ende der Lohnfortzahlung, Zahlung von 20 DM Kindergeld monatlich je Kind, besonderer Arbeitsschutz für Arbeitnehmer ab 10/15 Jahre Betriebszugehörigkeit und einem Lebensalter von 55/50 Jahre.
April	Druckindustrie 21 000	Nach Schlichtung schrittweise Erhöhung der **Löhne** und **Gehälter** von 65 vH auf 70 vH ab 1. 4. 1992, 75 vH ab 1. 10. 1992, 80 vH ab 1. 7. 1993, 85 vH ab 1. 4. 1994, 90 vH ab 1. 10. 1994 und 100 vH ab 1. 10. 1995 des entsprechenden Tarifniveaus in Westdeutschland. Sofern wegen der wirtschaftlichen Entwicklung für eine der Vertragsparteien die Erfüllung des Stufenplans unzumutbar wird, kann das Abkommen frühestens zum 30. 9. 1994 gekündigt werden. Die Termine für die einzelnen Stufen sind dann neu zu vereinbaren. Als Kriterien für eine Unzumutbarkeit wurden insbesondere festgelegt: die Kosten der Lebenshaltung in den neuen Bundesländern, die Gefährdung von Arbeitsplätzen bei Inanspruchnahme der nächsten Stufenerhöhung, der Produktivitätsfortschritt, die Gewinnentwicklung. Vereinbarung über eine **Öffnungsklausel:** Betriebe, deren Existenz und Arbeitsplätze durch Inanspruchnahme der nächst höheren Stufe gefährdet wären, können durch Betriebsvereinbarungen ihr Inkrafttreten um längstens ein Jahr hinausschieben. Eine solche Vereinbarung bedarf der Zustimmung der Tarifvertragsparteien.
	Textilindustrie 70 000	Anhebung der **Löhne** und **Gehälter** in Stufen um 10 vH ab dem 1. 4. 1992 und um 8,9 vH ab 1. 10. 1992 sowie strukturelle Verbesserungen um 8,9 vH ab dem 1. 10. 1992.
	Einzelhandel 500 000	Anhebung der **Löhne** und **Gehälter** in drei Stufen von etwa 72 vH auf 85 vH des derzeitigen Westberliner Niveaus ab 1. 12. 1992. Verlängerung der sogenannten Mittelstandsklausel bis zum 30. 4. 1993, wonach kleinere Betriebe mit weniger als 20 Arbeitnehmern eine Entlohnung unterhalb des vereinbarten Tarifniveaus bezahlen dürfen, und zwar maximal 12½ vH Einkommensabschlag bis zum 30. 9. 1992; maximal 10 vH Einkommensabschlag bis zum 30. 4. 1993.
Mai	Groß- und Außenhandel Berlin-Brandenburg 40 000	Schrittweise Erhöhung der **Löhne** und **Gehälter** von 75 vH der Vorjahrestabelle auf 75 vH des Neuabschlusses ab 1. 4. 1992, auf 80 vH ab 1. 6. 1992 und auf 85 vH ab 1. 3. 1993 der entsprechenden Tarifeinkommen in Berlin-West.
	Textilreinigungsgewerbe 16 000	Anhebung der **Löhne** und **Gehälter** um 10 vH ab dem 1. 5. 1992 sowie um weitere 8 vH Stufenerhöhung ab dem 1. 10. 1992; ab dem 1. 2. 1993 auf 70 vH des entsprechenden Niveaus in Westdeutschland vom 30. 4. 1992.
	Bekleidungsindustrie 10 000	Einmalzahlung von DM 100 für April und Mai, danach **Lohn-** und **Gehaltsanhebungen** um 8 vH ab 1. 6. 1992, um 6,5 vH ab 1. 10. 1992, um 4,4 vH ab 1. 1. 1993. Vereinbarung einer Öffnungsklausel: Abweichende Regelungen sind möglich, wenn ein Betrieb oder ein Unternehmen durch die Tariferhöhung unmittelbar in seiner wirtschaftlichen Existenz gefährdet wird, mit der unausweichlichen Folge von Entlassungen.
	Bauhauptgewerbe 500 000	Nach Schlichterspruch: Erhöhung der **Löhne, Gehälter** und **Ausbildungsvergütungen** gemäß dem bereits im Jahre 1991 ausgehandelten Stufenplan um 5,8 vH auf dann 77 vH des westdeutschen Tarifniveaus. Einheitlicher Rahmentarifvertrag in Ost- und Westdeutschland: Angleichung der **Wochenarbeitszeit** in drei Stufen von derzeit 42 Stunden auf 39 Stunden wie in Westdeutschland bis zum 1. 9. 1994. Verlängerung des **Urlaubsanspruchs** von derzeit 23/26 Tagen jährlich auf 27 Tage im Jahre 1993, 28 Tage im Jahre 1994, 30 Tage im Jahre 1995. **Urlaubsgeld**: 1995 je Urlaubstag 25 DM, ab 1996: 50 DM.
	Maler- und Lackiererhandwerk 12 000	Nach Schlichtung schrittweise Anhebung auf westdeutsches Niveau, der **Löhne** von 65 vH auf 75 vH ab 1. 5. 1992, zum Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung auf 77,5 vH ab 1. 10. 1992, der **Gehälter** von 65 vH auf 72,5 vH ab 1. 5. 1992. Für Berlin-Ost schnellere Angleichung von 75 vH auf 82,5 vH bis 85 vH bzw. auf 87,5 vH ab 1. 10. 1992.

noch Tabelle 30

Abschluß-monat	Tarifbereich Begünstigte Arbeitnehmer	Vereinbarungen
noch 1992		
noch Mai		**Arbeitszeitverkürzung** für Arbeiter und Angestellte von 42 Wochenstunden auf 41 Wochenstunden ab 1. 10. 1992; auf 40 Wochenstunden ab 1. 10. 1993 und auf 39 Wochenstunden ab 1. 5. 1994. Vereinbarung einer **Jahressonderzahlung** in Höhe des zehnfachen des jeweiligen Tarifstundenlohns beziehungsweise -gehalts im Jahre 1992; zwanzigfachen des jeweiligen Tarifstundenlohns beziehungsweise -gehalts im Jahre 1993.
	Groß- und Außenhandel Mecklenburg-Vorpommern 20 000	Anhebung der **Löhne** und **Gehälter** von 80 vH auf 90 vH ab 1. 1. 1993 (mit Revisionsklausel); 100 vH ab 1. 2. 1994 des entsprechenden Hamburger Tarifniveaus.
	Papier- und pappeverarbeitende Industrie 10 000	Zahlung eines **Pauschalbetrages** von DM 270 für die Monate Februar bis April, Anhebung der **Löhne** und **Gehälter** um 20 vH ab 1. 5. 1992. Stufenerhöhung auf westdeutsches Niveau: 75 vH ab 1. 5. 1993, 80 vH ab 1. 2. 1994, 88 vH ab 1. 2. 1995, 96 vH ab 1. 2. 1996 und 100 vH ab 1. 7. 1997. Vereinbarung einer Öffnungsklausel: Jede der Vertragsparteien kann eine vorzeitige Verhandlung über die Änderung des Stufenplans verlangen, wenn die wirtschaftliche Lage sich entscheidend schlechter oder auch besser entwickelt, als angenommen worden ist.
	Mitteldeutsche Kali AG	Anhebung der **Löhne** und **Gehälter** ab 1. 7. 1992 um 18,7 vH, ab 1. 1. 1993 um weitere 4,2 vH.
Juni	Zigarettenindustrie 2 000	Anhebung der **Entgelte** auf 70 vH ab 1. 7. 1992, auf 80 vH ab 1. 12. 1992 und auf 100 vH ab 1. 10. 1994 der entsprechenden Entgelte in Westdeutschland.
	Dachdeckerhandwerk 35 000	Anhebung der **Löhne** und **Gehälter** um 5,8 vH (Facharbeiterecklohn um 5,9 vH). Diese Steigerung der Tarifentlohnung entspricht dem westdeutschen Verhandlungsergebnis. Anhebung der **Jahressonderzahlung** für Arbeiter und Angestellte in Höhe von 60 Stundenlöhnen auf 62 Stundenlöhne im Jahre 1992, 65 Stundenlöhne im Jahre 1993.
	Konsumgenossenschaften	Erhöhung der **Löhne** und **Gehälter** von 72 vH auf 80 vH ab 1. 6. 1992, auf 85 vH ab 1. 12. 1992 des Niveaus in West-Berlin. Laufzeit 13 Monate.
	Deutsche Reichsbahn Deutsche Bundespost Ost Öffentlicher Dienst 1 626 000	Anhebung der **Löhne, Gehälter** und **Ausbildungsvergütungen** von 60 vH auf 70 vH ab 1. 5. 1992, 74 vH ab 1. 12. 1992, 80 vH ab 1. 7. 1993 der jeweils in Westdeutschland gültigen Tarifentlohnungen. Erhöhung des **Urlaubsgeldes** von DM 300 auf DM 500 im Jahre 1992. Laufzeit des Tarifvertrages bis zum 31. 12. 1993. Im Öffentlichen Dienst darüber hinaus Tarifvertrag ab 15. 6. 1992 (mit unbegrenzter Laufzeit) zum Rationalisierungsschutz für Arbeiter und Angestellte. Hierin wurde u. a. festgelegt, daß bei notwendigen Umstrukturierungen die Sicherung von Beschäftigungsmöglichkeiten und das Angebot von Qualifizierungsmaßnahmen den Vorrang vor Entlassungen haben soll. Bei unvermeidlichen Entlassungen sollen Abfindungen in Höhe von 25 vH des letzten Monatseinkommens je Beschäftigungsjahr, jedoch höchstens DM 10 000 gezahlt werden.
	Groß- und Außenhandel Sachsen	Anhebung der **Löhne** und **Gehälter** auf 75 vH des bayerischen Niveaus, bei Betrieben unter 20 Arbeitnehmer 70 vH, z. B. für Arbeiter von 1 364 DM auf 1 543 DM bzw. von 1 975 DM auf 2 235 DM.

tarifliche Arbeitszeit neu geregelt worden ist, herrscht die 40-Stunden-Woche vor. Weitere vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen greifen häufig erst in den nächsten Jahren. Auch der Umfang des tariflichen Urlaubsanspruchs, der zwar in diesem Jahr auf breiter Basis ausgedehnt worden ist, hat bislang noch nicht das in Westdeutschland übliche Ausmaß erreicht. Hierfür sind vielfach Stufenvereinbarungen getroffen worden, die dann ab Mitte der neunziger Jahre eine Angleichung an das westdeutsche Niveau vorsehen. Alles in allem läßt sich durch diese Vielfalt an Vereinbarungen das zur Beurteilung des Lohnkostendrucks ausschlaggebende Tarifverdienstniveau auf Stundenbasis allenfalls grob abschätzen. Wegen der längeren Wochen- und Jahresarbeitszeit der tarifgebundenen Arbeitskräfte in den neuen Bundesländern liegt die Ost-West-Relation der Stundenverdienste insgesamt unterhalb des Verhältnisses der entsprechenden Monatsverdienste. Sie könnte zum Jahresende 70 vH betragen haben. Wird von einer durchschnittlichen Arbeitszeitverkürzung von einer Wochenstunde gegenüber dem Jahresende 1991 ausgegangen, so wären die tariflichen Stundenverdienste binnen Jahresfrist damit um knapp 25 vH angestiegen.

126. Von den Tarifverdiensten und deren Veränderungsraten scharf zu trennen sind die von den Unternehmen bezahlten Löhne und Gehälter. Diese werden vor allem bestimmt durch den Umfang der geleisteten Überstunden und der Kurzarbeit, durch die Höhe tariflicher oder freiwilliger Sonderzahlungen wie zum Beispiel Urlaubsgeld oder Jahressonderzahlungen, eventueller übertariflicher Bezahlungen sowie durch die Eingruppierungsstruktur der beschäftigten Arbeitnehmer in die einzelnen Tarifgruppen. Beim Vergleich der effektiven Entlohnungen dürfte Ostdeutschland insgesamt deutlicher hinter dem westdeutschen Niveau zurückbleiben, als dies bei den tariflich fixierten Entlohnungen der Fall ist. So hat im vierten Quartal 1991 die Bruttolohn- und -gehaltssumme pro beschäftigten Arbeitnehmer in den jungen Bundesländern gut 51 vH des westdeutschen Niveaus erreicht. Selbst wenn diese Relation um die in Ostdeutschland weitaus umfangreichere Kurzarbeit bereinigt würde, bliebe sie immer noch hinter der geschätzten monatlichen Tarifverdienstrelation von 60 vH zurück. Diese Verzerrung ist seitdem geringer geworden, da die Kurzarbeit in den jungen Bundesländern stark rückläufig war. Damit hat sich auch die Differenz zur Tariflohnrelation verkleinert; insgesamt könnte zum Jahresende 1992 eine Ost-West-Relation der Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer von 67½ vH erreicht worden sein.

Die Abweichung von der Tariflohnrelation ist zum einen dadurch begründet, daß wegen der schlechten Arbeitsmarktlage in den jungen Bundesländern sowie des bereits hohen Tariflohnniveaus von einer deutlich niedrigeren Lohndrift als in Westdeutschland auszugehen ist. Zum anderen ist die betriebliche Umsetzung von Lohn- und Gehaltsrahmentarifverträgen noch nicht abgeschlossen. Zwar dürfte die formale Ablösung der alten, eher qualifikationsorientierten Lohnsysteme hin zu mehr anforderungsbezogenen Eingruppierungen der Arbeitskräfte inzwischen weitgehend vollzogen sein. Jedoch deutet alles darauf hin, daß die effektive Eingruppierungsstruktur der Beschäftigten noch nicht den westdeutschen Gepflogenheiten entsprochen hat. Zum Teil liegt dies an praktischen Eingruppierungsschwierigkeiten, zum Teil daran, daß viele Unternehmen nicht Mitglieder der Arbeitgeberverbände und daher nicht an tarifvertragliche Vereinbarungen gebunden sind. Die Gewerkschaften berichteten dies vor allem für die Bereiche Holzverarbeitende Industrie, Nahrung, Genußmittel und Gaststätten, für die Ernährungsindustrie und für Bereiche des Einzel- und Großhandels sowie für das Verlagswesen.

Von der Möglichkeit, den Lohnkostendruck durch Abweichungen von den tariflichen Bestimmungen abzumildern, ist bislang nur wenig Gebrauch gemacht worden. Tariföffnungsklauseln sind unter anderem im Einzelhandel vereinbart worden. Hier konnten Unternehmen mit bis zu 20 Beschäftigten bereits zwischen Februar und August 1991 Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen zahlen, die bis zu 10 vH unter dem Tarifniveau lagen. Diese Möglichkeit ist bis zum 30. April 1993 verlängert worden, wobei bis zum 30. September dieses Jahres ein Einkommensabschlag bis zu 12½ vH und danach bis zu 10 vH zugelassen worden ist. Inwieweit diese Möglichkeit genutzt wurde, ist nicht bekannt. Darüber hinaus ist es einzelnen Betrieben in der Druckindustrie und in der Bekleidungsindustrie möglich, bei langjährigen Tarifverträgen die jeweiligen Erhöhungsstufen durch Betriebsvereinbarungen um längstens ein Jahr hinauszuschieben, wenn ansonsten die wirtschaftliche Existenz dieser Betriebe und deren Arbeitsplätze gefährdet wären. Allerdings müssen in der Druckindustrie die Tarifvertragsparteien den Tarifabweichungen jeweils zustimmen.

Über die bereits im letzten Jahr vereinbarten Revisionsklauseln hinaus sind in diesem Jahr nur wenig neue Vereinbarungen hinzugekommen. In der Druckindustrie wurde im Rahmen eines mittelfristigen Stufenplans eine Klausel aufgenommen, die zum 30. September 1994 eine Revision der vereinbarten vollständigen Anpassung an das westliche Verdienstniveau zum Oktober 1995 erlaubt. In der Papier- und Pappeverarbeitenden Industrie können die Tarifvertragsparteien Änderungen im Vollzug des bis zum 1. Juli 1997 laufenden Stufenplans verlangen, wenn sich die wirtschaftliche Lage entscheidend schlechter oder auch besser als bei Vertragsabschluß angenommen entwickelt hat.

127. Der ostdeutschen Tarifpolitik ist es in diesem Jahr insgesamt nicht gelungen, die Verdienstanhebungen an der Entwicklung der sektoralen Leistungskraft zu orientieren. Tarifanhebungen trafen die Wirtschaftszweige in grundsätzlich ähnlichem Maße — ungeachtet ihrer aktuellen und ihrer erwarteten Entwicklung. Amtliche Daten über die effektive Lohndifferenzierung aus diesem Jahr liegen zwar bislang nicht vor. Es dürften sich aber die sektoralen Lohndifferenzen, gemessen an den effektiven Bruttomonatsverdiensten in ausgewählten Wirtschaftszweigen, wie bereits im zweiten Halbjahr 1991 weiter zurückgebildet haben. Bis Oktober 1991 war der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der erfaßten Vollzeitbeschäftigten in Industrie, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe auf monatlich 2 086 DM angestiegen. Das waren 31 vH mehr als noch ein Jahr zuvor. Die Relation zum durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst in Westdeutschland hat von 39 vH auf 49 vH zugenommen.

Auch in regionaler Betrachtung hat sich bis zum Herbst 1991 keine sonderlich große Einkommensdifferenzierung herausgebildet. Bei den Angestellten — nur für diese Gruppe liegen amtliche Daten in der benötigten Aufgliederung vor — überstiegen in Berlin-Ost die durchschnittlichen Bruttomonatsgehälter in der Industrie einschließlich Bauhandwerk den Durchschnitt der jungen Bundesländer um 6,9 vH. Auch in Mecklenburg-Vorpommern wurden deutlich überdurchschnittliche Gehälter gezahlt. Die übrigen jungen Bundesländer lagen nahe beim Durchschnitt, nur in Thüringen waren die Gehälter niedriger.

Die Ergebnisse einer gemeinsam von der Treuhandanstalt, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit sowie der SÖSTRA e.V. durchgeführten Stichprobenbefragung bei Treuhandunternehmen und bereits privatisierten, kommunalisierten und reprivatisierten Unternehmen vom Frühjahr dieses Jahres bestätigen diesen Befund. Im März 1992 hatte sich bei den noch der Treuhandanstalt unterstehenden Unternehmen die branchenmäßige Spreizung der Löhne und Gehälter gegenüber dem Vorjahr wieder zurückgebildet.

Die Durchschnittseinkommen lagen zwischen 2 899 DM monatlich in der Energiewirtschaft/Wasserversorgung und 1 811 DM in der Leder- und Schuhindustrie. Bei einer Differenzierung nach Beschäftigtenzahl und Umsatz zeigt sich, daß sowohl umsatzstarke als auch große Unternehmen im Durchschnitt höhere Löhne und Gehälter als umsatzschwache oder kleine Betriebe zahlten. In Berlin-Ost wurden die höchsten Vergütungen gezahlt, was damit begründet wird, daß sich hier Branchen mit überdurchschnittlich hohem Lohnniveau konzentrieren, die zudem Personen höherer Qualifikation beschäftigten. Gegenüber September 1991 hat sich das Verhältnis der durchschnittlich ausbezahlten Vergütungen zwischen Treuhandunternehmen und den privatisierten Unternehmen umgekehrt. Lag im Herbst letzten Jahres der Durchschnitt bei den Treuhandunternehmen noch um 100 DM über dem der privatisierten Unternehmen, so zahlten im März 1992 die privaten Firmen durchschnittlich 60 DM mehr im Monat.

Die Kostenbelastung der ostdeutschen Unternehmen und Verwaltungen ist somit in diesem Jahre weiter angestiegen. Die Lohnstückkosten haben gegenüber ihrem Vorjahresdurchschnitt um 14 vH zugenommen, sie liegen schätzungsweise um 75 vH über dem westdeutschen Niveau.

Der statistische Indikator Lohnstückkosten für Ostdeutschland ist auch weiterhin nur begrenzt aussagefähig, da die zur Berechnung herangezogene Wertschöpfung in hohem Maße durch Stützungsmaßnahmen verzerrt ist und da auch die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer immer noch höher liegt als eigentlich zur Produktion benötigt (JG 91 Ziffer 370). Zudem erlauben die Lohnstückkosten nur eine gesamtwirtschaftliche Durchschnittsbetrachtung, hinter der sich vor allem in Ostdeutschland gänzlich unterschiedliche strukturelle Entwicklungen verbergen. Neue Unternehmen und Betriebe können sich bereits jetzt an das aktuelle und noch erwartete Lohnniveau durch eine geeignete Auswahl der eingesetzten Produktionsverfahren anpassen, sofern sie angesichts der Lohnhöhe überhaupt in Ostdeutschland produzieren wollen. Sie dürften deshalb bereits heute, zumindest aber in naher Zukunft, eher geringere denn höhere Lohnstückkosten als der Durchschnitt Westdeutschlands aufweisen. Alte Betriebe und Unternehmen hingegen sehen sich derzeit sogar überdurchschnittlich hohen Lohnstückkosten gegenüber. Vielfach könnten sie die Arbeitskosten ohne Stützungsmaßnahmen bereits heute nicht tragen. Durch die bislang ausgehandelten Tarifverträge sind zudem künftige Verdienststeigerungen angelegt, die in den nächsten Jahren eine weitere Verstärkung dieses Arbeitskostendrucks erwarten lassen. Dadurch wird der Umstrukturierungsprozeß dieser Betriebe hin zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit weiter belastet.

Weiterer Anstieg der Arbeitseinkommensquote

128. Die Lohnsteigerungen dieses Jahres und der immer noch hohe Beschäftigungsstand haben in **Westdeutschland** zu einer weiteren Zunahme des Anteils der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen geführt (Tabelle 31). Dies entspricht dem üblichen konjunkturellen Muster; in Phasen wirtschaftlicher Abschwächung steigt die Quote erfahrungsgemäß an (JG 91 Ziffer 127). Die Arbeitseinkommensquote hat allerdings mit 0,7 Prozentpunkten nicht mehr zugenommen als im letzten Jahr. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß zwar die Steigerungsraten der Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer und der Effekt der Arbeitgeberbeiträge zusammengenommen um einen Prozentpunkt hinter ihrer Vorjahresrate zurückgeblieben sind, zugleich aber der Anstieg der Bruttoerwerbstätigenproduktivität nur in etwa gleichem Ausmaß geringer war. Bislang hat sich in vergleichbaren Wirtschaftsphasen

Tabelle 31

Verteilung der Erwerbs- und Vermögenseinkommen

Anteil am Volkseinkommen in vH

Jahr[1]	Arbeitseinkommensquote[2]	Vermögenseinkommen		„Gewinn"-Einkommen[5]
		der privaten Haushalte[3]	des Staates[4]	
		a) Westdeutschland		
1982	87,0	7,6	−1,1	6,5
1983	84,4	7,2	−1,5	9,9
1984	82,9	7,6	−1,5	11,0
1985	82,4	8,0	−1,5	11,1
1986	81,3	7,8	−1,6	12,4
1987	81,6	7,7	−2,0	12,6
1988	80,3	7,9	−2,4	14,2
1989	78,9	8,7	−1,7	14,1
1990	78,2	9,0	−1,5	14,4
1991	79,1	9,0	−1,9	13,8
1992	79,8	...	−1,9	...
		b) Ostdeutschland		
1990 2. Hj.	87	...	...	...
1991	113	...	...	...
1992	110	...	...	...

[1] 1992 und Ostdeutschland eigene Schätzung.
[2] Von Inländern empfangene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und kalkulatorischer Unternehmerlohn (dabei wird unterstellt, daß jeder Selbständige/mithelfende Familienangehörige das durchschnittliche Bruttoeinkommen eines beschäftigten Arbeitnehmers erhält).
[3] Empfangene Vermögenseinkommen von den Unternehmen, vom Staat, von der übrigen Welt und Einkommen der privaten Haushalte aus Wohnungsvermietung, nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.
[4] Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.
[5] Einkommen aus Unternehmertätigkeit (entnommene und nichtentnommene Gewinne der Unternehmen) abzüglich des kalkulatorischen Unternehmerlohns und der Einkommen der privaten Haushalte aus Wohnungsvermietung.

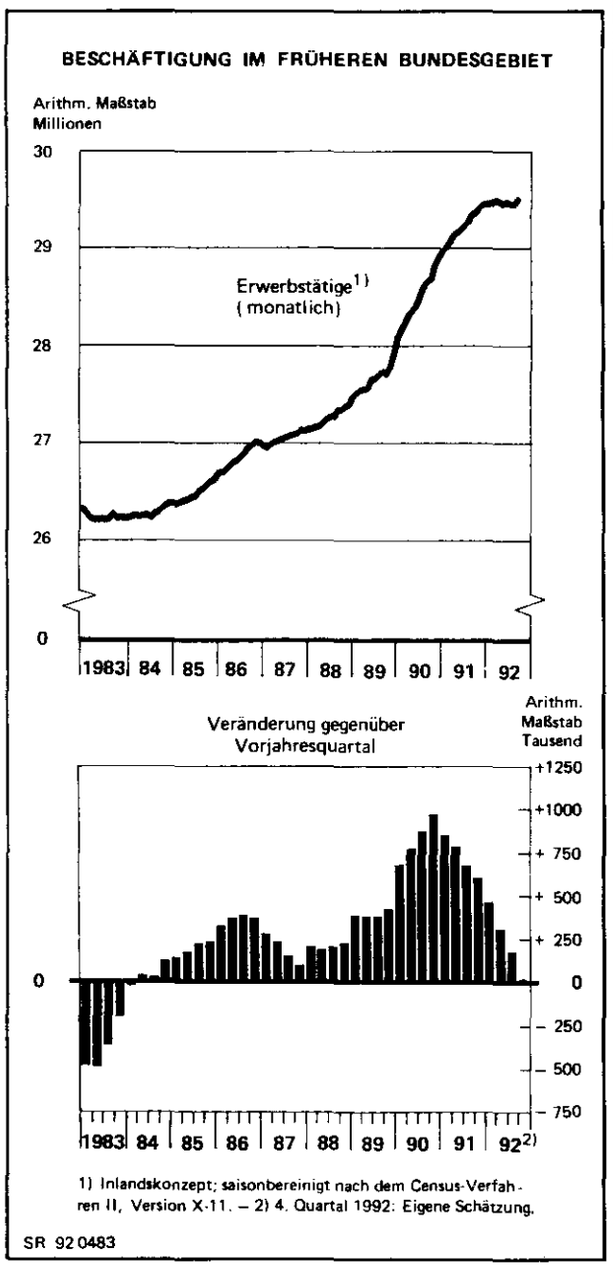
— etwa zu Beginn der achtziger Jahre — der Produktivitätsanstieg immer stärker abgeflacht, im Jahre 1980 ist die Produktivität sogar zurückgegangen. In diesem Jahr haben jedoch die Unternehmen mit ihren Personaldispositionen nur mit einer verhältnismäßig geringen zeitlichen Verzögerung auf die verschlechterte Wirtschaftslage zu reagieren begonnen.

129. In **Ostdeutschland** lag die Arbeitseinkommensquote beträchtlich über dem westdeutschen Niveau; seit Beginn des Jahres 1991 haben die Arbeitseinkommen sogar das Volkseinkommen übertroffen. Die starken Lohn- und Gehaltssteigerungen der letzten beiden Jahre haben auch bei dem verzeichneten Beschäftigungsabbau zu einem deutlichen Anstieg der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit geführt. Die Gewinn- und Vermögenseinkommen waren dagegen negativ. Das liegt vor allem an den „Gewinn"-Einkommen. In dieser Phase der wirtschaftlichen Transformation erzielten die meisten Unternehmen keine Gewinne; Gewinne werden vielfach auch nicht ausgewiesen, weil für Investitionen in Ostdeutschland sehr großzügige Abschreibungsbedingungen gelten. Aber auch die Vermögenseinkommen des Staates — ihre Höhe wird nur für die alten Bundesländer ausgewiesen — dürften genau wie in Westdeutschland negativ sein.

Ende der Beschäftigungsexpansion in Westdeutschland

130. Mit nur kurzer zeitlicher Verzögerung hat der westdeutsche Arbeitsmarkt auf die bereits ab Mitte letzten Jahres nachlassende wirtschaftliche Dynamik reagiert. Nach einer Phase kräftig steigender Beschäftigung — in den letzten vier Jahren wurden für 2¼ Millionen Personen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen — kam der Beschäftigungszuwachs im Laufe dieses Jahres zum Erliegen (Schaubild 15 und Tabelle 32). Im Jahresdurchschnitt dürften dennoch knapp 1 vH oder 240 000 Personen mehr als im Vorjahr in Westdeutschland erwerbstätig gewesen sein. Damit ist das geleistete Arbeitsvolumen gegenüber dem Vorjahr insgesamt noch leicht angestiegen, vor allem weil es in diesem Jahr drei Arbeitstage mehr gegeben hat. Dem stand ein weiterer Rückgang der täglichen Arbeitszeit um 0,4 vH gegenüber, der vor allem auf bereits in den Vorjahren vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen, die stark angestiegene Kurzarbeit und einen Abbau von Überstunden zurückzuführen ist.

Schaubild 15



131. In den letzten drei Jahren ist die Anzahl der in Westdeutschland erwerbstätigen Personen deutlich stärker angestiegen als die der dort wohnenden Erwerbstätigen. Auch die Mitte des vergangenen Jahres einsetzende Konjunkturschwäche hat zunächst und hauptsächlich dämpfend auf den Zuwachs der Erwerbstätigen mit Wohnsitz in Westdeutschland gewirkt. Seither (bis September 1992) ist ihre Anzahl saisonbereinigt nur noch um 0,6 vH angestiegen, während die Anzahl der insgesamt in Westdeutschland Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum noch um über 1,0 vH zugenommen hat. Offensichtlich paßte das westdeutsche Arbeitskräfteangebot weniger gut zur Arbeitsnachfrage; vor allem Pendler aus Ostdeutschland haben diese Lücke füllen können. Seit Ende des Jahres 1989 hat sich deshalb der Auspendlerüberschuß von über 100 000 Personen in einen deutlichen Einpendlerüberschuß von 370 000 Personen gewandelt. Allein aus den jungen Bundesländern kamen schätzungsweise 395 000 Personen mehr nach Westdeutschland als in umgekehrter Richtung pendelten.

132. Der Wandel der Erwerbstätigenstruktur vom Verarbeitenden Gewerbe hin zum tertiären Sektor hat sich im Zuge der nachlassenden Konjunktur wieder beschleunigt. Zwar sind in allen Wirtschaftsbereichen die Steigerungsraten der Beschäftigung zurückgegangen, im gesamten tertiären Sektor erhöhte sich jedoch die Beschäftigung um 2,6 vH gegenüber dem

Tabelle 32

Zur Entwicklung am Arbeitsmarkt des früheren Bundesgebietes im Verlauf der Jahre 1991 und 1992[1]

Tausend

	1991	1992	1991 und 1992 insgesamt[2]
Erwerbstätige	+605	+ 5	+610
Registrierte Arbeitslose	– 80	+230	+150
Erwerbspersonen	+525	+235	+760
	darunter Veränderung durch:		
Pendlersaldo[3]	215	55	270
mit Ostdeutschland	180	40	220
mit dem Ausland	35	15	50
Zugezogene Personen aus Ostdeutschland[4]	110	50	160
Aussiedler[5]	130	130	260
Ausländische Arbeitskräfte	160	...	...

[1] Inlandskonzept, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; Ergebnisse für 1992 eigene Schätzung.
[2] Entwicklung vom 4. Quartal 1990 bis zum 4. Quartal 1992.
[3] Die Anzahl der Einpendler übertrifft die Anzahl der Auspendler.
[4] Geschätzte Erwerbsquote: etwa 67 vH des Saldos der vom „Zentralen Einwohnerregister Berlin-Ost" gemeldeten Fortzüge in das frühere Bundesgebiet abzüglich der Zuzüge aus dem früheren Bundesgebiet.
[5] Geschätzte Erwerbsquote: etwa 50 vH der vom Bundesausgleichsamt gemeldeten neueingereisten Aussiedler sowie der aus Sprachkursen in Arbeit abgegangenen Aussiedler.

Vorjahresdurchschnitt. Nur im Produzierenden Gewerbe hat die Beschäftigung bereits seit Jahresbeginn abgenommen. Dabei ist auch innerhalb dieses Sektors die Beschäftigungsentwicklung verschieden verlaufen. Während in den Bereichen Energie und Bergbau der Beschäftigungsabbau der letzten Jahre fortgeführt worden ist, wurden im Baugewerbe dank anhaltender Dynamik zunächst noch Arbeitsplätze geschaffen (Ziffern 82ff.). Erst gegen Jahresmitte ist auch beim Baugewerbe die Beschäftigungsdynamik ausgelaufen. Demgegenüber ist im Verarbeitenden Gewerbe bereits seit Jahresanfang der Personalstand reduziert worden, nachdem auch dort in den letzten Jahren noch teilweise kräftige Zuwachsraten verzeichnet worden sind. Hier dürfte angesichts der schlechten Wirtschaftslage vieler Zweige des Verarbeitenden Gewerbes vor allem die spürbare Zunahme der Lohnstückkosten im letzten und in diesem Jahr die Unternehmen generell zu vorsichtigeren Personaldispositionen veranlaßt haben.

133. Im Jahre 1992 haben die westdeutschen Unternehmen und Verwaltungen nicht nur weniger Personen zusätzlich eingestellt als noch im Jahr zuvor, sie hatten im Jahresdurchschnitt auch 0,7 vH weniger offene Stellen gemeldet. Noch stärker rückläufig war einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und der GfK-Marktforschung in Nürnberg zufolge die Anzahl der gemeldeten und der nicht gemeldeten Stellenangebote, die aus betrieblicher Sicht den Personalstand erhöhen sollten und zugleich sofort zu besetzen waren. Der Rückgang dürfte mehr als ein Drittel betragen haben.

134. Auch in diesem Jahr ist das Arbeitskräfteangebot merklich angestiegen, wenngleich in geringerem Ausmaße als in den Vorjahren (Tabelle 32). Dabei war für den Anstieg um gut 235 000 Erwerbspersonen im Inland hauptsächlich der Arbeitsmarktzugang von Ostdeutschen und von Aussiedlern bestimmend. Während die Zuzüge aus den jungen Bundesländern in den letzten beiden Jahren deutlich zurückgegangen sind und zuletzt bei einer Größenordnung von monatlich 10 000 bis 15 000 Personen lagen, sind die Fortzüge ins junge Bundesgebiet auf über 6 000 Personen im Monat angestiegen. Wird mit zwei Drittel eine hohe Erwerbsquote dieser Zu- und Abwanderer unterstellt, so könnten per Saldo in diesem Jahr 50 000 Erwerbspersonen nach 110 000 im vergangenen Jahr aus Ostdeutschland zugewandert sein.

Die Zuwanderung von Aussiedlern ins Bundesgebiet ist in diesem Jahr nochmals deutlich zurückgegangen. Bis Ende Oktober wurden nur 173 700 neu eingereiste Aussiedler registriert, das waren 6,5 vH weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Nach wie vor nehmen Aussiedler nur selten direkt nach ihrer Zuwanderung eine Erwerbstätigkeit auf, vielmehr besuchen sie häufig zunächst Deutsch-Sprachkurse sowie Fortbildungskurse von zwei bis drei Quartalen Dauer. Das

Tabelle 33

Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in Westdeutschland

Zeitraum[1]	Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit[2]	Registrierte Arbeitslose[3]	Verdeckte Arbeitslosigkeit[4]	Kurzarbeiter			Teilnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen[3]	Als nicht arbeitslos gezählte Leistungsempfänger[7]	Teilnehmer an FuU-Maßnahmen[8]		Teilnehmer an Deutsch-Sprachlehrgängen[3]	Empfänger von Vorruhestandsgeld[5]
				insgesamt	Arbeitsausfall[5]	Arbeitslosenäquivalent[6]			insgesamt[3]	darunter Vollzeit[9]		
	Tausend				vH	Tausend						
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)
1991 1. Vj.	2 404	1 833	571	121	36,3	44	78	103	366	190	91	65
2. Vj.	2 199	1 639	560	140	27,7	38	84	99	376	194	80	65
3. Vj.	2 176	1 656	520	136	26,2	36	86	100	350	173	69	56
4. Vj.	2 190	1 629	561	183	30,1	55	84	103	372	200	62	56
1992 1. Vj.	2 370	1 829	542	243	33,3	81	80	117	379	207	57	...
2. Vj.	2 264	1 731	533	241	31,2	75	81	118	384	209	50	...
3. Vj.	2 293	1 800	492	164	34 a)	55	79	126	353	186	47	...
4. Vj.	2 450	1 860	590	350	33 a)	115	75	140	370	215	45	...
1991	2 242	1 689	553	145	30,1	43	83	101	366	189	76	61
1992	2 345	1 805	540	250	32 a)	80	80	125	370	205	50	...

[1]) 4. Vierteljahr 1992 und Jahr 1992 eigene Schätzung.
[2]) Summe der Spalten 2 und 3.
[3]) Wohnortprinzip. Vierteljahresdurchschnitt aus Monatsendständen (Quartalsende jeweils zur Hälfte angerechnet).
[4]) Summe der Spalten 6, 7, 8, 10, 11, 12.
[5]) Eigene Schätzung.
[6]) Anzahl der Kurzarbeiter multipliziert mit ihrem durchschnittlichen Arbeitsausfall.
[7]) Personen, die gemäß § 105a AFG (Nahtlosigkeitsleistungen), § 105b AFG (Leistungsfortzahlung im Krankheitsfall) und § 105c AFG (58-jährige und ältere Personen, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen müssen) Leistungen empfangen, aber nicht als Arbeitslose gezählt werden.
[8]) Berufliche Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung.
[9]) Empfänger von Unterhaltsgeld/Eingliederungsgeld.
[a]) Eigene Schätzung.

Quelle: BA

führt dazu, daß in diesem Jahr mehr Aussiedler ihre Arbeitskraft zusätzlich anbieten, als es die aktuellen Zuwanderungszahlen nahelegen würden. Bei einer potentiellen Erwerbsquote der Aussiedler von etwa 50 vH hätten dann, genau wie im Vorjahr, schätzungsweise 130 000 Aussiedler ihre Arbeitskraft zusätzlich in Westdeutschland angeboten.

135. Auch das ausländische Arbeitskräfteangebot ist in diesem Jahr weiter angestiegen. Hier wirkten sich die bereits im Vorjahr gelockerten Bedingungen für Ausländer aus, eine Arbeitserlaubnis zu erlangen (JG 91 Ziffer 133). Dies betraf vor allem ausländische Saisonarbeitnehmer, denen pro Jahr für drei Monate eine Arbeitserlaubnis erteilt werden kann, wenn sie von der Bundesanstalt für Arbeit aufgrund von Absprachen mit den Arbeitsverwaltungen der Herkunftsländer vermittelt werden.

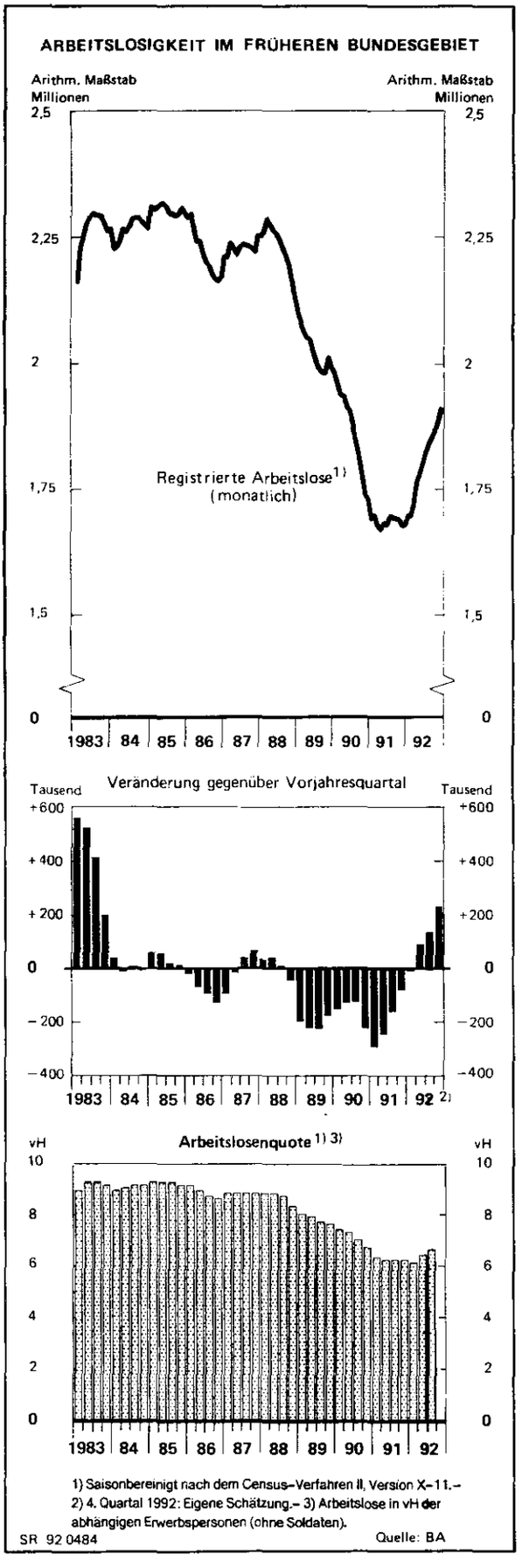
In diesem Jahr sind bis einschließlich Oktober 368 500 Asylbewerber neu nach Deutschland gekommen. Ihr Zustrom hat sich damit gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um gut 80 vH erhöht. Inwieweit dadurch aber eine Ausweitung des Arbeitskräfteangebots eingetreten ist, läßt sich nur schwerlich abschätzen. Zum einen können nach den letztjährigen Gesetzesänderungen auch die bereits vor Jahren zugereisten Asylbewerber nunmehr ihre Arbeitskraft in Deutschland anbieten. Zum anderen werden Asylbewerber, die sich vor ihrer erstmaligen Beschäftigung in Deutschland beim Arbeitsamt melden, statistisch nicht als Arbeitslose, sondern lediglich als „nichtarbeitslose Arbeitsuchende" erfaßt. Sie werden somit nicht zu den Erwerbspersonen gerechnet, obwohl sie faktisch das Arbeitskräfteangebot erhöhen.

Überdies haben in diesem Jahr aufgrund zwischenstaatlicher Vereinbarungen Kontingente für über 100 000 ausländische Arbeitskräfte auf Basis von Werkverträgen bestanden, die zur Jahresmitte auch weitgehend ausgeschöpft gewesen sein dürften. Damit wäre ihre Inanspruchnahme seit Jahresanfang um etwa 25 000 angestiegen. Allerdings werden ausländische Werkvertragsarbeitnehmer nicht als Einpendler in der deutschen Erwerbstätigenstatistik erfaßt. Ihre Arbeitsleistung gilt vielmehr als Dienstleistungsimport. Diese Arbeitnehmer stammten hauptsächlich aus Polen (55 vH), Ungarn (15 vH), dem ehemaligen Jugoslawien (12 vH) und der Tschechoslowakei (10 vH). Die Beschäftigung dieser Personen hat sich nahezu ausschließlich auf das Bauhaupt- und Baunebengewerbe (69 vH) sowie auf die Eisen- und Stahlverarbeitung (20 vH) konzentriert.

Wieder Zunahme der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland

136. Die verhaltene Beschäftigungszunahme auf der einen und das weiter steigende Arbeitskräfteangebot auf der anderen Seite haben in diesem Jahr die Unterbeschäftigung in Westdeutschland wieder ansteigen lassen (Schaubild 16). Im Jahresdurchschnitt waren schätzungsweise 2,3 Millionen Inländer offen oder verdeckt arbeitslos, 100 000 mehr als im Vorjahr (Tabelle 33). Bereits Mitte des letzten Jahres ist der

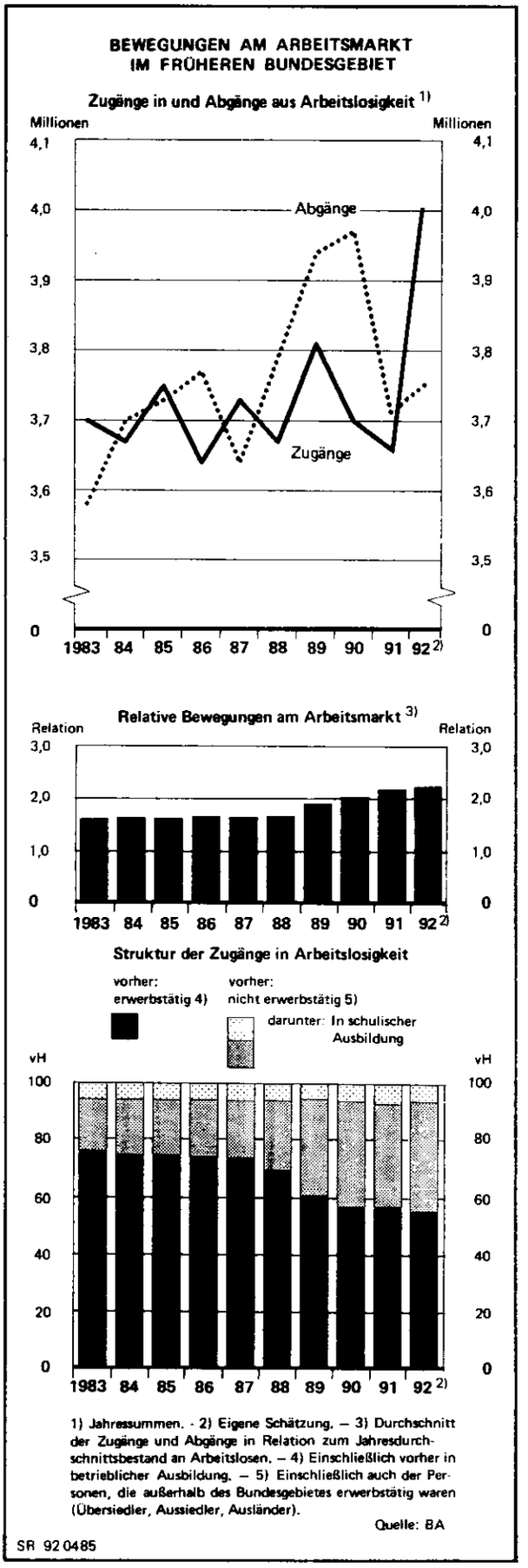
Schaubild 16



1) Saisonbereinigt nach dem Census-Verfahren II, Version X-11.– 2) 4. Quartal 1992: Eigene Schätzung.– 3) Arbeitslose in vH der abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten).

SR 92 0484 Quelle: BA

Schaubild 17



Trend abnehmender Arbeitslosigkeit gebrochen worden. Nach einjähriger Stagnation hat nunmehr ein Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit in Westdeutschland eingesetzt. Gegen Jahresende dürften 1,9 Millionen Arbeitslose bei den Arbeitsämtern registriert sein, 230 000 mehr als vor Jahresfrist. Damit ist die Arbeitslosenquote, errechnet als Quotient von registrierten Arbeitslosen zu allen abhängigen inländischen zivilen Erwerbspersonen, im selben Zeitraum auf 6,6 vH angestiegen. Werden in die Berechnung außerdem noch die Selbständigen und die mithelfenden Familienangehörigen eingeschlossen, so hat diese Arbeitslosenquote am Jahresende 6,0 vH betragen. Damit hat die Arbeitslosenquote gegenüber ihrem Vorjahresstand wieder um über einen halben Prozentpunkt zugenommen.

137. Neben den Personen, die in der Arbeitslosenstatistik als arbeitslos erfaßt werden, gibt es noch solche Personen, die deshalb nicht zu den Arbeitslosen gezählt werden, weil sie nicht der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen (§ 100 Abs. 1 AFG). Hierbei handelt es sich vor allem um Personen, die zwar Arbeitslosengeld empfangen, aber keine längere Beschäftigung ausüben können, obwohl sie nicht berufsunfähig oder erwerbsunfähig sind (§ 105a AFG), vorübergehend arbeitsunfähig geworden sind (§ 105b AFG) oder nach Vollendung des 58. Lebensjahres nicht mehr jede zumutbare Beschäftigung annehmen müssen (§ 105c AFG). Im Jahresdurchschnitt umfaßten die genannten Gruppen immerhin 125 000 verdeckt Arbeitslose, knapp 24 vH mehr als im Durchschnitt des Vorjahres. Dies ist vor allem auf die Gruppe der 58jährigen und Älteren zurückzuführen, während sich bei den anderen Personengruppen kaum etwas geändert hat.

Die Anzahl der Kurzarbeiter ist gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt um 105 000 angestiegen. Vor allem in der ersten Jahreshälfte lag sie weit über ihrem Vorjahresstand. Von dieser Ausweitung der Kurzarbeit wurden nahezu alle Branchen betroffen.

138. Die regionalen Disparitäten am westdeutschen Arbeitsmarkt haben, gemessen an der offenen Arbeitslosigkeit, gegenüber dem Vorjahr merklich abgenommen (Tabelle 34). Dabei sind vor allem die in der Vergangenheit von der Konjunktur besonders begünstigten südlichen Regionen von der diesjährigen wirtschaftlichen Abschwächung hart getroffen worden. Dennoch wurden auch weiterhin bei den Landesarbeitsämtern in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz-Saarland und Hessen die im westdeutschen Vergleich niedrigsten Arbeitslosenquoten registriert.

139. In diesem Jahr wurde die Änderung des Arbeitslosenbestandes erstmals durch die stark angestiegene Gesamtanzahl der Zugänge in Arbeitslosigkeit dominiert (Schaubild 17). Demgegenüber haben sich die Abgänge aus Arbeitslosigkeit im Vorjahresvergleich nur wenig verändert. Insgesamt zeigen die Bewegungen am westdeutschen Arbeitsmarkt aber an, daß sich trotz der verschlechterten Beschäfti-

Tabelle 34

Regionale Arbeitslosenquoten in Westdeutschland[1])

	Einheit[2])	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1991[3])	1992[3])
Schleswig-Holstein-Hamburg	I	10,3	10,9	11,6	11,7	11,8	11,1	10,4	9,4	7,8	7,9	7,4
	II	8,0	8,3	9,1	8,4	8,0	8,0	6,4	6,0	5,0	5,1	5,0
	III	14,5	14,9	16,4	16,5	16,1	15,0	11,7	10,6	9,0	8,9	8,6
Niedersachsen-Bremen	I	11,4	12,1	12,5	11,9	11,8	11,5	10,4	9,7	8,3	8,3	8,3
	II	9,4	10,4	11,1	9,6	8,5	9,2	7,6	6,8	5,9	5,8	5,9
	III	20,9	23,1	23,0	21,6	21,3	19,6	14,0	13,3	11,9	11,8	11,7
Nordrhein-Westfalen	I	10,6	10,7	11,0	10,9	11,0	11,0	10,0	9,0	7,9	7,9	8,0
	II	6,9	7,2	7,7	8,0	8,5	8,8	6,7	6,0	5,0	5,0	5,0
	III	15,0	16,3	16,7	16,7	17,1	17,4	14,4	13,6	11,7	11,7	11,6
Hessen	I	7,6	7,4	7,2	6,8	6,7	6,4	6,1	5,7	5,1	5,1	5,5
	II	6,3	6,2	6,1	6,0	5,9	6,1	4,8	4,2	3,7	3,7	4,1
	III	12,2	12,3	12,4	11,5	10,9	10,8	9,2	9,5	8,0	8,1	8,2
Rheinland-Pfalz-Saarland	I	9,2	9,3	9,7	9,4	9,2	8,5	7,8	7,0	6,1	6,1	6,4
	II	8,3	8,2	8,2	8,3	7,7	7,5	5,4	5,0	4,3	4,3	4,3
	III	14,6	15,9	16,2	16,2	16,1	15,5	12,2	10,6	9,6	9,6	10,0
Baden-Württemberg	I	5,9	5,6	5,4	5,1	5,1	5,0	4,5	4,1	3,7	3,7	4,3
	II	4,6	4,0	3,5	3,4	3,6	3,8	3,3	2,9	2,7	2,7	3,3
	III	7,9	7,7	7,9	8,1	7,9	8,2	7,7	7,3	6,4	6,5	6,3
Nordbayern	I	9,4	8,9	8,7	7,8	7,3	7,0	6,3	5,8	5,0	5,0	5,4
	II	8,7	7,8	7,4	6,4	6,0	5,9	4,3	3,8	3,3	3,3	3,6
	III	15,5	15,1	15,0	13,6	13,2	12,7	8,7	8,3	7,3	7,3	7,9
Südbayern	I	7,1	6,9	6,9	6,4	6,1	5,8	5,3	4,5	3,9	3,9	4,3
	II	6,1	6,2	6,2	6,0	5,3	5,0	3,4	2,8	2,5	2,5	2,8
	III	15,7	14,3	14,8	13,6	13,1	12,5	8,4	8,1	6,7	6,6	7,5
Berlin-West	I	10,4	10,2	10,0	10,5	10,5	10,8	9,8	9,4	9,4	9,4	11,1
Früheres Bundesgebiet[4])	I	9,1	9,1	9,3	9,0	8,9	8,7	7,9	7,2	6,3	6,3	6,6
Mittlere relative Abweichung[5])		0,23	0,25	0,28	0,29	0,30	0,30	0,30	0,31	0,31	0,31	0,28

[1]) Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern in vH. Bis 1988 berechnet für Arbeitsamtsbezirke aufgrund geschätzter Arbeitnehmeranteile an der Wohnbevölkerung; für das frühere Bundesgebiet und die Landesarbeitsamtsbezirke mit den abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Mikrozensusergebnissen. Ab 1989 berechnet mit den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose).

[2]) I: Durchschnittliche Arbeitslosenquote.
II: Kleinste Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes in der jeweiligen Region.
III: Größte Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes in der jeweiligen Region.

[3]) Januar bis einschließlich Oktober.

[4]) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. Oktober 1990; sie schließen Berlin-West ein.

[5]) Arithmetisches Mittel der Abweichung der Arbeitslosenquoten in den Arbeitsamtsbezirken vom Gesamtdurchschnitt aller Arbeitsamtsbezirke in Relation zum Gesamtdurchschnitt aller Arbeitsamtsbezirke im jeweiligen Zeitraum.

Quelle für Grundzahlen: BA

gungsentwicklung die Arbeitslosenstruktur bislang nicht wieder verhärtet hat.

— Auch in diesem Jahr haben viele Bewegungen in und aus registrierter Arbeitslosigkeit stattgefunden. Im Verhältnis zum Arbeitslosenbestand wurden weiterhin relativ viele Abgänge aus Arbeitslosigkeit verzeichnet, vor allem deutlich mehr als zu Beginn der achtziger Jahre. Die durchschnittliche Dauer einer Arbeitslosigkeitsperiode ist gegenüber dem Vorjahr sogar leicht zurückgegangen. Die Bundesanstalt für Arbeit konnte beinahe genauso viele Personen in Tätigkeiten mit einer vorgesehenen Dauer von mehr als sieben Kalendertagen vermitteln.

— Der Anteil von Personen, die sich nach vorheriger Erwerbstätigkeit oder betrieblicher Ausbildung arbeitslos gemeldet haben, ist gegenüber dem Vorjahr um etwa einen Prozentpunkt zurückgegangen; der Anteil von vorher zumindest nicht in Deutschland erwerbstätigen Personen ist dementsprechend angestiegen. Da hierunter auch Zuwanderer zum deutschen Arbeitsmarkt erfaßt werden, deren Anzahl in diesem Jahr rückläufig gewesen ist, dürften die Arbeitslosmeldungen von neu auf den Arbeitsmarkt gelangenden Inländern noch mehr zugenommen haben. Dies weist auf eine verschlechterte Konstitution des Arbeitsmarktes hin. Offenbar ist es angesichts der abgeflachten Beschäftigungsentwicklung schwieriger geworden, ohne zumindest zeitweilige Arbeitslosmeldung eine Beschäftigung neu aufzunehmen.

Gleichwohl sind die in den letzten Jahren wiederholt diagnostizierten Strukturprobleme am Arbeitsmarkt auch weiterhin bestehen geblieben (JG 90 Ziffern 177ff., JG 91 Ziffern 142ff.). Trotz aller Bewegungen am Arbeitsmarkt hat immer noch ein bedeutsamer Anteil des gesamten Arbeitslosenvolumens Personen betroffen, die bereits seit mehr als einem Jahr arbeitslos waren. Im September 1992 waren dies knapp 27 vH aller zu diesem Zeitpunkt registrierten Arbeitslosen, ein Wert, der in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit das Verhärtungsproblem am Arbeitsmarkt eher unterzeichnet (Tabelle 35). Unter diesen Langzeitarbeitslosen befanden sich überproportional viele Personen, die zwei oder mehr der sogenannten vermittlungshemmenden Merkmale — fehlende abgeschlossene Berufsausbildung, gesundheitliche Einschränkungen

Tabelle 35

Zur Struktur der Arbeitslosigkeit

September[1])

Arbeitslose	Einheit	1987	1988	1989	1990	1991	1992
Insgesamt	Tausend	2 107	2 100	1 881	1 728	1 610	1 784
	vH[2])	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*
nach Geschlecht							
Männer	vH[2])	*51,4*	*51,1*	*50,6*	*50,4*	*52,1*	*53,4*
Frauen	vH[2])	*48,6*	*48,9*	*49,4*	*49,6*	*47,9*	*46,6*
nach Nationalität							
Deutsche	vH[2])	*87,5*	*87,5*	*88,4*	*88,9*	*87,2*	*85,6*
dar.: Aussiedler	vH[2])	*1,7*	*3,5*	*5,6*	*9,0*	*8,4*	*7,4*
Ausländer	vH[2])	*12,5*	*12,5*	*11,6*	*11,1*	*12,8*	*14,4*
nach Beruf							
Angestelltenberufe	vH[2])	*37,1*	*38,4*	*39,3*	*38,7*	*37,2*	*36,0*
übrige Berufe (Arbeiter)	vH[2])	*62,9*	*61,6*	*60,7*	*61,3*	*62,8*	*64,0*
nach gewünschter Arbeitszeit							
Vollzeit	vH[2])	*89,0*	*88,6*	*88,2*	*88,1*	*88,3*	*88,9*
Teilzeit	vH[2])	*11,0*	*11,4*	*11,8*	*11,9*	*11,7*	*11,1*
nach Altersgruppen							
unter 25 Jahre	vH[2])	*22,7*	*19,7*	*17,2*	*15,8*	*15,3*	*14,9*
25 bis unter 45 Jahre	vH[2])	*45,2*	*46,2*	*46,0*	*45,9*	*45,7*	...
45 bis unter 65 Jahre	vH[2])	*32,1*	*34,1*	*36,8*	*38,3*	*39,0*	...
nach Stellung im Beruf							
Facharbeiter	vH[2])	*17,2*	*17,4*	*18,2*	*19,1*	*19,1*	...
Nichtfacharbeiter	vH[2])	*45,1*	*43,9*	*42,2*	*42,1*	*43,9*	...
Angestellte mit gehobener Tätigkeit	vH[2])	*21,0*	*21,4*	*23,2*	*23,6*	*23,0*	...
Angestellte mit einfacher Tätigkeit	vH[2])	*16,8*	*17,4*	*16,5*	*15,2*	*14,0*	...
Erwerbstätigkeit vor Arbeitslosenmeldung							
abhängiges Arbeitsverhältnis	vH[2])	*64,5*	*65,1*	*60,3*	*56,5*	*55,3*	...
betriebliches/sonstiges Ausbildungsverhältnis	vH[2])	*3,0*	*2,5*	*2,3*	*1,7*	*1,6*	...
sonstige Erwerbstätigkeit[3])	vH[2])	*2,3*	*2,0*	*1,8*	*1,5*	*1,1*	...
Erwerbstätigkeit unterbrochen	vH[2])	*17,5*		*23,0*	*24,6*	*29,9*	...
ohne bisherige Erwerbstätigkeit	vH[2])	*12,6*	*30,5*	*12,6*	*15,7*	*12,2*	...
nach Dauer der Arbeitslosigkeit[4])							
unter 3 Monate	vH[2])	*32,4*	*31,8*	*35,8*	*35,2*	*38,3*	...
3 bis unter 12 Monate	vH[2])	*35,8*	*35,6*	*32,8*	*35,0*	*33,4*	...
12 Monate und mehr	vH[2])	*31,8*	*32,6*	*31,4*	*29,7*	*28,3*	*26,6*[a])

[1]) Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit.
[2]) Anteil an den Arbeitslosen insgesamt.
[3]) Im wesentlichen Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Soldaten.
[4]) Bisherige Dauer.
[a]) Vorläufige Schätzung der BA.

oder ein Alter von 45 oder mehr Jahren — aufwiesen. Auch wenn sich in den letzten Jahren bis September 1991 sowohl die Anzahl dieser Arbeitslosen als auch ihr Anteil an allen Langzeitarbeitslosen durchweg verringert hat, ist das Beschäftigungsproblem bei dieser Personengruppe nach wie vor bedrückend.

140. Trotz wieder zunehmender Arbeitslosigkeit hat die Bundesanstalt für Arbeit in diesem Jahr den Umfang der aktiven Arbeitsmarktpolitik zurückgeführt, wenn auch nur geringfügig. Etwa 4,5 vH weniger Personen als noch im letzten Jahr haben eine Fortbildung, Umschulung oder betriebliche Einarbeitung begonnen. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Teilnehmerzahl an ganztägigen Fortbildungskursen dennoch leicht auf knapp 205 000 Personen gestiegen sein.

Weil im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit Finanzierungsmittel für ABM-Zuschüsse gekürzt worden sind, konnten in diesem Jahr knapp 18 vH weniger Arbeitskräfte als noch im Vorjahr in neue ABM-Stellen vermittelt werden. Der jahresdurchschnittliche Bestand an ABM-Kräften ging auf 80 000 zurück. Da sich in Westdeutschland der Mitteleinsatz auf Problemgruppen am Arbeitsmarkt konzentriert, lagen im ersten Quartal die Schwerpunkte der Beschäftigung in Allgemeinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich der Sozialen Dienste (30 vH), in Landwirtschaft, Garten- und Landschaftsgartenbau (22 vH) sowie in Büro und Verwaltung (15 vH). Darüber hinaus waren im Rahmen spezieller Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für ältere Arbeitslose Ende März 25 000 Arbeitnehmer beschäftigt, nur unwesentlich weniger als vor Jahresfrist. Für weitere 15 000 Personen hat die Bundesanstalt in den ersten drei Quartalen Lohnkostenzuschüsse im Rahmen des Programms „Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose" gezahlt, um neue Arbeitsverhältnisse für diese Problemgruppe zu fördern.

Beschäftigungsabbau in Ostdeutschland deutlich verlangsamt

141. Der Arbeitsmarkt in den jungen Bundesländern befand sich auch in diesem Jahr noch in einer Umbruchsituation. Unternehmen und Verwaltungen haben weiter personelle Überbesetzungen abgebaut. Dabei hat sich der Beschäftigungsrückgang gegenüber dem Vorjahr jedoch halbiert (Tabelle 36). Der umfangreichste Schub beim Beschäftigungsabbau trat bereits zum Jahreswechsel 1991/92 ein. Im weiteren Jahresverlauf ist die Beschäftigung nur noch vergleichsweise wenig zurückgegangen. Dies ist vor allem auf den weiterhin massiven Einsatz von Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftpolitik zurückzuführen, die einen hohen Anteil der Erwerbstätigen in subventionierter Beschäftigung gehalten haben. Insgesamt könnten am Jahresende 6 Millionen Personen erwerbstätig sein.

Auch in diesem Jahr stand dem Rückgang der abhängig Beschäftigten eine weitere Zunahme der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen gegenüber. Sie ist aber mit schätzungsweise 75 000 nach etwa 115 000 Personen im Laufe des letzten Jahres abgeflacht. Ein Grund dafür dürfte sein, daß in Ostdeutschland die erste Gründungswelle selbständiger Existenzen abgeebbt ist und sich auch in zunehmendem Maße Gründungen der vergangenen beiden Jahre als nicht dauerhaft wirtschaftlich tragfähig erwiesen haben. Dennoch war auch in den ersten neun Monaten dieses Jahres der Saldo von Gewerbeanmeldungen und Gewerbeabmeldungen mit 75 000 deutlich positiv.

Das in Ostdeutschland geleistete Arbeitsvolumen des Jahres 1992 ist gegenüber dem Vorjahr merklich weniger zurückgegangen, als es die gesunkenen Erwerbstätigenzahlen zunächst nahelegen. Zwar wurde in einer Reihe von Tarifbereichen die Verkürzung der Arbeitszeit in Gang gesetzt beziehungsweise fortgeführt (Tabelle 30, Seiten 107ff.). Dem stand jedoch sowohl ein erheblicher Rückgang der insgesamt kurzarbeitenden Beschäftigten als auch deren durchschnittlich ausgefallener Arbeitszeit gegenüber. Zudem dürfte die Warteschleife im öffentlichen Dienst vollständig abgebaut worden sein. In den Bereichen, über die Daten verfügbar sind, haben die arbeitstäglich geleisteten Arbeitsstunden pro Beschäftigten (Bauwirtschaft) beziehungsweise die Arbeiterstunden pro Arbeiter (Verarbeitendes Gewerbe und Bergbau) gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen.

Tabelle 36

Zur Entwicklung am Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern und in Berlin-Ost im Verlauf der Jahre 1991 und 1992 [1]

Tausend

	1991	1992	1991 und 1992 insgesamt [2]
Erwerbstätige	−1 375	−715	−2 090
darunter: Selbständige	+ 115	+ 75	+ 190
Registrierte Arbeitslose	+ 450	+ 95	+ 545
Teilnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	+ 345	+ 15	+ 360
Kurzarbeiter	− 625	−835	−1 460
Erwerbspersonen	− 925	−620	−1 545
darunter Veränderung durch:			
Pendlersaldo [3]	− 180	− 40	− 220
Fortzüge nach Westdeutschland [4]	− 110	− 50	− 160
Vorruhestand und Altersübergangsgeld	− 390	−190	− 580
Teilnahme an FuU-Maßnahmen (Vollzeit) [5]	− 240	− 80	− 320

[1] Inlandskonzept, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; einschließlich Berlin-Ost, Ergebnisse für 1992 eigene Schätzung.
[2] Entwicklung vom 4. Quartal 1990 bis zum 4. Quartal 1992.
[3] Die Anzahl der Auspendler übertrifft die Anzahl der Einpendler. (In den Angaben sind sowohl Pendler von und nach Westdeutschland als auch vom und ins Ausland erfaßt).
[4] Geschätzte Erwerbsquote: etwa 67 vH des Saldos der vom „Zentralen Einwohnerregister Berlin-Ost" gemeldeten Fortzüge in das frühere Bundesgebiet abzüglich der Zuzüge aus dem früheren Bundesgebiet.
[5] Teilnehmer in Vollzeitmaßnahmen: der beruflichen Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung; eigene Schätzung.

142. Der Beschäftigungsrückgang in Ostdeutschland hat bis Anfang dieses Jahres noch alle Sektoren, auch bereits expandierende Wirtschaftszweige wie die Bauwirtschaft und Teile des Dienstleistungsgewerbes, getroffen. Seither dürfte er zumindest in der Bauwirtschaft zum Stillstand gekommen sein.

Für den Dienstleistungsbereich erlaubt die schlechte Datenlage nur weit gröbere Aussagen. Insgesamt dürfte sich aber im tertiären Sektor der Beschäftigungsstand bei tendenziell steigender Wirtschaftsleistung weiter reduziert haben (Ziffer 105). Zwar nahm die Beschäftigung in den relativ kleinen Bereichen wie Banken und Versicherungsunternehmen, Wirtschafts- und Steuerberatung sowie Datenverarbeitung und Ingenieur- und Architektenbüros zu. Der Personalabbau in großen Bereichen wie Handel und Verkehrswesen sowie im Postdienst hat Schätzungen zufolge jedoch überwogen. Zudem weist der öffentliche Dienst trotz Personalknappheiten in einzelnen Bereichen insgesamt immer noch einen deutlichen Personalüberhang auf. Hier ist der Personalstand im Jahresverlauf weiter abgebaut worden. Die gemäß Einigungsvertrag ursprünglich nur bis zum 2. Oktober 1992 gültige Regelung, Arbeitskräfte auch bei persönlicher oder fachlicher Nichteignung entlassen zu können, wurde bis Ende des Jahres 1993 verlängert.

In allen übrigen Wirtschaftsbereichen hat der Beschäftigungsstand auch im Jahre 1992 stark abgenommen. In der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sind zum Jahreswechsel 1991/92 schätzungsweise noch etwa 300 000 Personen erwerbstätig gewesen, davon über 150 000 als Kurzarbeiter. Mit dem Auslaufen der besonderen Kurzarbeiterregelungen dürfte die Anzahl der Beschäftigten weiter reduziert worden sein. Die Beschäftigung im landwirtschaftlichen Bereich könnte auf gut 250 000 Personen zum Jahresende zurückgegangen sein. Im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe führte die Ende 1991 ausgelaufene besondere Regelung zum Kurzarbeitergeld zu größeren Entlassungen. Die Anzahl der Beschäftigten in den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten nahm daraufhin von Dezember 1991 auf Januar 1992 um eine knappe Viertelmillion Personen auf gut 1 Million Beschäftigte ab. Seither ist der Beschäftigungsrückgang zwar merklich abgeflacht, aber dennoch stetig vorangeschritten.

143. Umfangreicher Beschäftigungsabbau hat in diesem Jahr auch bei den Treuhandunternehmen und den bereits kommunalisierten oder privatisierten und reprivatisierten Unternehmen stattgefunden. Am 30. September 1992 waren noch etwa 606 300 Personen in Treuhandunternehmen beschäftigt, das waren 56 vH weniger als zu Jahresanfang. Die Personalabgänge gehen Angaben der Treuhandanstalt zufolge zu etwa 50 vH auf Privatisierungen, Ausgründungen von Betriebsteilen sowie durch freiwillige Kündigungen seitens der Arbeitnehmer zurück. Gut 25 vH der Arbeitskräfte wurden zunächst arbeitslos, jeweils 10 vH gingen in den vorgezogenen Ruhestand oder wurden in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aufgenommen.

Einer gemeinsamen Umfrage der Treuhandanstalt, des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie der SÖSTRA e.V. vom Frühjahr dieses Jahres zufolge planten die ehemaligen Treuhandunternehmen bis zum Jahresende nur noch einen geringfügigen weiteren Beschäftigungsabbau. Gegenüber den jeweiligen Privatisierungszeitpunkten hätten diese ehemaligen Treuhandunternehmen dann ihre Personaldecke insgesamt um ein Drittel gekürzt. Dabei ist eine deutliche Abhängigkeit zwischen der Beschäftigtenzahl der privatisierten Unternehmen und ihrem geplanten Stellenabbau zu erkennen. Je größer die Belegschaft in einem Unternehmen ursprünglich gewesen ist, desto umfangreicher fällt auch ihre geplante prozentuale Beschäftigungsreduktion aus. Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten planten bis zur Jahresmitte 1992 nur einen Rückgang auf etwa 72 vH des Ausgangsbestandes. Hier sollte die Beschäftigung im Laufe des zweiten Halbjahres bereits wieder leicht auf 74½ vH ansteigen. Größere Unternehmen dagegen planten, ihre Beschäftigung auch über das Jahr 1992 hinaus abzubauen. Dabei wollten die Unternehmen mit zunächst über 1 500 Beschäftigten ihren Personalbestand insgesamt nur auf gut die Hälfte des Ausgangsbestandes zurückführen.

Arbeitskräfteangebot in Ostdeutschland kaum noch rückläufig

144. Nachdem in den letzten beiden Jahren die Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland stark zurückgegangen ist (JG 91 Ziffer 151), hat sich ihr weiterer Rückgang in diesem Jahr verlangsamt. Für diese Entwicklung sind drei Faktoren ausschlaggebend.

— Zum einen dürfte aus demographischen und verhaltensbedingten Gründen das potentielle Arbeitskräfteangebot in Ostdeutschland nicht mehr weiter gesunken sein. Personen im Alter von 60 und mehr Jahren sind weitgehend bereits im Laufe der letzten beiden Jahre durch vorzeitigen Ruhestand aus dem Erwerbsleben ausgeschieden. Die jüngeren Personen haben im gleichen Zeitraum ihre Erwerbswünsche, beispielsweise wegen einer Verlängerung der Ausbildungsphase, reduziert. Auch in der Altersgruppe von 30 bis unter 60 Jahren kann ebenfalls nicht von einem nennenswerten weiteren Rückgang der Erwerbsneigung ausgegangen werden. Selbst diejenigen Personen, die weder ihren Arbeitsplatz behalten noch eine neue Beschäftigung finden konnten, dürften sich bislang kaum vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben, da für sie überwiegend Ansprüche auf Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz bestanden haben. Dies gilt auch für Frauen. Deshalb ist nicht zu vermuten, daß sich die noch zu Zeiten der DDR festgestellte besonders hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen in größerem Umfang reduziert hat. Auf die im Vergleich mit anderen westlichen Industriestaaten niedrige westdeutsche Erwerbsquote wird sie kurzfristig wohl nicht zurückgehen.

— Zum anderen ist die Anzahl von Personen, die wegen Teilnahme an bestimmten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ihre Arbeitskraft zumindest vorübergehend nicht auf dem Arbeitsmarkt anbieten, nur noch um schätzungsweise 270 000 Perso-

nen gestiegen. Hierbei handelt es sich um Vorruhestand und Altersübergang sowie um Vollzeitmaßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung. In Vorruhestand und in Altersübergang befanden sich Ende des Jahres 1992 zusammen etwa 190 000 Personen mehr als noch vor Jahresfrist. Dabei ist die Anzahl der Bezieher von Vorruhestandsgeld durch den Übergang in regulären Ruhestand bereits seit März 1991 rückläufig. Demgegenüber hat sich die Anzahl der Bezieher von Altersübergangsgeld im Jahresverlauf nochmals deutlich erhöht, nachdem die Möglichkeit, Altersübergangsgeld neu zu beantragen, zur Jahresmitte um sechs Monate bis zum 31. Dezember 1992 verlängert worden ist. Die Anzahl der Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung beläuft sich nach Schätzungen auf 385 000 zum Jahresende, das sind 80 000 mehr als ein Jahr zuvor.

— Schließlich hat sich per Saldo die Abwanderung von Arbeitskräften aus Ostdeutschland in diesem Jahr deutlich verlangsamt. Einerseits ist die Zuwanderung von Arbeitskräften aus Westdeutschland leicht angestiegen. Andererseits war die Abwanderung nach Westdeutschland, sei es durch verstärkte Pendlertätigkeit oder durch Wohnortwechsel, rückläufig. Auch hat der Abwanderungsüberschuß von Arbeitskräften nach Westdeutschland im Jahre 1992 nur noch etwa 50 000 Personen betragen. Im Vorjahr waren es noch schätzungsweise 110 000 Erwerbstätige.

Arbeitsmarktpolitik fängt Unterbeschäftigung in den jungen Bundesländern auf

145. Auch in diesem Jahr gibt die Anzahl der registrierten Arbeitslosen allein betrachtet die Unterbeschäftigung in Ostdeutschland nur unvollkommen wieder (Tabelle 37). Eine beträchtliche Anzahl von Personen war darüber hinaus weiterhin verdeckt arbeitslos. Sie blieben durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Kurzarbeit in Beschäftigung oder gaben ihr Arbeitsangebot in Folge von FuU-Maßnahmen sowie Vorruhestands- und Altersübergangsregelungen zumindest vorübergehend auf. Die gesamte an der offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit gemessene Unterbeschäftigung ist seit Jahresbeginn geringfügig auf zuletzt knapp 2,9 Millionen Personen gefallen. Die Unterbeschäftigungsquote hat damit im Oktober schätzungsweise 36½ vH betragen. Dabei ist es im Jahresverlauf zu Strukturverschiebungen zwischen den einzelnen Komponenten der Unterbeschäftigung gekommen. Ihr Rückgang ist vor allem auf die offene Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Insgesamt aber ist am ostdeutschen Arbeitsmarkt eine Trendwende nicht eingetreten.

146. Anfang des Jahres kam es in allen Wirtschaftsbereichen zu einem drastischen Rückgang der Kurzarbeit, der in diesem Umfang nicht erwartet worden war. Zwischen Mitte Dezember 1991 und Mitte Januar 1992 halbierte sich die Anzahl der Kurzarbeiter nahezu auf etwa 520 000 Personen. Auch die Anzahl der kurzarbeitenden Betriebe ging um 56 vH auf nur noch gut 12 000 zurück.

Tabelle 37

Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern und in Berlin-Ost

Zeitraum[1]	Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit[2]	Registrierte Arbeitslose[3]	Verdeckte Arbeitslosigkeit[4]	Kurzarbeiter			Teilnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen[3]	Teilnehmer an FuU-Maßnahmen[6]		Empfänger von	
				insgesamt	Arbeitsausfall[5]	Arbeitslosenäquivalent (4) × (5)		insgesamt[3][7]	darunter Vollzeit[a]	Vorruhestandsgeld[3][7]	Altersübergangsgeld[7]
	Tausend				vH	Tausend					
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
1991 1. Vj.	2 321	757	1 564	1 926	*54,0*	1 041	41	139	105	316	61
2. Vj.	2 715	835	1 880	1 962	*56,1*	1 100	101	223	170	375	134
3. Vj.	2 893	1 022	1 871	1 464	*56,5*	827	234	316	245	359	205
4. Vj.	2 977	1 038	1 939	1 113	*57,0*	634	357	395	305	338	305
1992 1. Vj.	3 069	1 254	1 814	511	*55,2*	282	396	458	355	324	457
2. Vj.	2 982	1 172	1 809	440	*52,7*	232	404	507	390	305	479
3. Vj.	2 918	1 158	1 760	292	*50,2*	150	386	499	385	285	554
4. Vj.	2 865	1 135	1 730	275	*50* [a]	140	370	495	385	245	590
1991	2 726	913	1 813	1 616	*55,9*	900	183	268	206	347	176
1992	2 960	1 180	1 780	380	*52 ½* [a]	200	390	490	380	290	520

[1] 4. Vierteljahr 1992 und Jahr 1992 eigene Schätzung.
[2] Summe der Spalten 2 und 3.
[3] Vierteljahresdurchschnitt aus Monatsendständen (Quartalsende jeweils zur Hälfte angerechnet).
[4] Summe der Spalten 6, 7, 9, 10, 11.
[5] Eigene Berechnung.
[6] Berufliche Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung.
[7] 1. Vierteljahr 1991 eigene Schätzung.
[a] Eigene Schätzung.

Quelle: BA

Beides ist darauf zurückzuführen, daß Ende des Jahres 1991 die Sonderregelungen zur Gewährung von Kurzarbeitergeld nach § 63 Abs. 5 AFG-DDR abgelaufen sind. Seither ist es nicht mehr möglich, Kurzarbeitergeld für Arbeitsausfall im Zusammenhang mit der Errichtung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zu begründen. Kurzarbeitergeld kann jetzt nur gewährt werden, wenn der Arbeitsausfall als vorübergehend, insbesondere durch konjunkturelle Ursachen hervorgerufen, angesehen wird (§ 63 Abs. 1 AFG) oder wenn er auf einer schwerwiegenden strukturellen Verschlechterung der Lage des jeweiligen Wirtschaftszweiges beruht (§ 63 Abs. 4 AFG). Gegenüber der alten Sonderregelung ergab sich zudem die Änderung, daß — genau wie in Westdeutschland — nunmehr Kurzarbeitergeld nur noch Arbeitnehmern in betriebsorganisatorisch eigenständigen Einheiten gewährt werden kann und wenn die Kurzarbeit zur Vermeidung von anzeigepflichtigen Entlassungen entsprechend § 17 Abs. 1 Kündigungsschutzgesetz begründet wurde. Damit können seit Jahresanfang öffentliche Verwaltungen und Betriebe einer öffentlichen Verwaltung, soweit sie nicht wirtschaftlichen Zwecken dienen, keine Kurzarbeit mehr beantragen. Dasselbe gilt für Betriebe mit weniger als 20 Arbeitnehmern, weil diese nicht anzeigepflichtig gemäß § 17 Abs. 1 KSchG sind.

Der durchschnittliche Arbeitsausfall der Kurzarbeiter hat im Jahresverlauf ebenfalls deutlich abgenommen. Nachdem er Mitte Dezember 1991 noch 57 vH betragen hatte, verminderte er sich im weiteren Jahresverlauf stetig und betrug Mitte September nur noch 48 vH.

147. Zeitgleich mit dem sprunghaften Rückgang der Kurzarbeit erhöhte sich die registrierte Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland, wenn auch nicht in gleichem Umfang. Kurzarbeit hat somit in den meisten Fällen Entlassungen nur aufschieben, sie letztlich aber nicht verhindern können. Da gleichzeitig noch die verdeckte Arbeitslosigkeit in FuU-Maßnahmen und in vorzeitigem Ruhestand zugenommen hat, ist es dieses Jahr nicht zu dem vielfach befürchteten Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit gekommen. Im Jahresverlauf war sie sogar leicht rückläufig. Dies ergab im Jahresdurchschnitt 1,18 Millionen registrierte Arbeitslose, etwa 265 000 mehr als noch im Vorjahr. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote belief sich auf 16,5 vH (Vorjahr: 11,6 vH), gemessen an allen inländischen abhängigen Erwerbspersonen.

148. Die leicht rückläufige Arbeitslosigkeit ist noch kein Zeichen dafür, daß am ostdeutschen Arbeitsmarkt die Trendwende erreicht ist. Zwar sind bislang viele Menschen in Ostdeutschland noch nicht langandauernd in registrierter Arbeitslosigkeit verblieben. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1992 standen 1 372 600 Arbeitslosmeldungen immerhin 1 312 900 Abgänge aus Arbeitslosigkeit entgegen. Hinter dem in Westdeutschland üblichen Ausmaß an Bewegungen am Arbeitsmarkt blieben sie allerdings weit zurück. Von daher sind erste Verfestigungstendenzen der ostdeutschen Arbeitslosigkeit zu erwarten.

Anders als in Westdeutschland meldeten sich nahezu alle in diesem Jahr neu registrierte Arbeitslose nach vorheriger Erwerbstätigkeit (93,4 vH bis Oktober) arbeitslos — ein weiterer Beleg für die unverändert schlechte Lage am ostdeutschen Arbeitsmarkt. Auch die Statistik der Arbeitsvermittlungen vermag dieses düstere Bild kaum aufzuhellen. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres konnten die ostdeutschen Arbeitsämter nur 466 000 Arbeitslose in eine neue Tätigkeit vermitteln, dies sind nur 35,5 vH aller Abgänge aus Arbeitslosigkeit. In reguläre Beschäftigungsverhältnisse mündeten dabei nur 87 500 oder 18,8 vH der Arbeitsvermittlungen. Der weitaus größte Anteil entfiel dagegen auf Vermittlungen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (260 000 oder 55,7 vH). Darüber hinaus wurde die Arbeitsaufnahme von schätzungsweise 100 900 Personen durch die Gewährung eines Einarbeitungszuschusses unterstützt (21,7 vH aller Arbeitsvermittlungen) und weitere 17 600 (3,8 vH) der Arbeitsvermittlungen erhielten eine Förderung durch die Gewährung von Eingliederungsbeihilfen, Lohnkostenzuschüssen für ältere Arbeitnehmer nach § 97 AFG oder Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose.

149. Bislang weist die registrierte Arbeitslosigkeit im Vergleich zu Westdeutschland noch eine relativ geringe regionale Streuung auf (Tabelle 38). Das gilt in noch stärkerem Maße, wenn die Komponenten der verdeckten Arbeitslosigkeit hinzugerechnet werden. Gleichwohl beginnen sich einige regionale Unterschiede herauszubilden. So stellt sich der Arbeitsamtsbezirk Dresden als deutlich positive Ausnahme heraus. Hier war im September 1992 nicht nur die bei weitem geringste Arbeitslosigkeit (9,1 vH) zu verzeichnen. Auch arbeitsmarktpolitische Instrumente konnten in Dresden offenbar vergleichsweise sparsam eingesetzt werden. Somit weist dieser Arbeitsamtsbezirk mit insgesamt 25,4 vH auch die niedrigste Unterbeschäftigungsquote aller ostdeutschen Arbeitsamtsbezirke auf. Genau entgegengesetzt stellt sich die Lage im thüringischen Teil des Arbeitsamtsbezirks Altenburg dar. Hier ist mit 20,8 vH die höchste Arbeitslosenquote ermittelt worden. Hinzu kam auch noch eine starke Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelungen und eine intensive Nutzung von Kurzarbeit und AB-Maßnahmen. Somit weist diese Region mit 45,4 vH die höchste Unterbeschäftigungsquote Ostdeutschlands auf.

150. Bereits im Laufe des vergangenen Jahres hat die Bundesanstalt für Arbeit den Einsatz von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und von Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung kräftig verstärkt. Die Geltungsdauer erleichterter Förderungsbedingungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Ostdeutschland wurde bereits frühzeitig bis zum Ende des Jahres 1992 verlängert (JG'91 Ziffer 154). Seither tragen beide Instrumente zu einem erheblichen Teil zur Entlastung der lokalen östlichen Arbeitsmärkte bei.

Am Jahresanfang 1992 hatten 390 000 Arbeitnehmer eine durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geförderte Beschäftigung inne. Die für dieses Jahr angestrebte Zielgröße war damit bereits nahezu erreicht, so daß die Anzahl der hierdurch geförderten Arbeitnehmer im ersten Halbjahr nur noch auf 405 000 Personen zugenommen hat. Ab Juni ist ihre Anzahl sogar wieder leicht zurückgegangen. Trotzdem hat eine rege Vermittlungstätigkeit in AB-Maßnahmen stattgefunden, weil für eine zunehmende Anzahl bislang geförderter Personen die maximale Förderzeit von einem Jahr ablief. Dabei haben sich die Tätigkeitsfelder der geförderten Arbeitnehmer kaum verändert. Nach wie vor bezeichnet die Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 38

Regionale Arbeitslosenquoten in den neuen Bundesländern und in Berlin-Ost[1])

	Einheit[2])	1990[3])	1991	Januar bis Oktober	
				1991	1992
Mecklenburg-Vorpommern	I	7,1	12,7	12,5	17,0
	II	6,3	12,1	12,0	14,7
	III	7,6	13,4	13,3	19,4
Brandenburg	I	5,9	10,5	10,3	15,0
	II	4,5	8,4	8,1	12,6
	III	7,7	12,4	12,3	18,0
Sachsen-Anhalt	I	7,0	10,5	10,3	15,5
	II	5,4	8,5	8,3	13,5
	III	10,2	12,7	12,6	18,0
Sachsen	I	6,2	9,3	9,1	13,8
	II	5,4	8,0	7,8	9,5
	III	7,3	11,3	11,0	19,1
Thüringen	I	7,3	10,3	10,1	15,7
	II	5,6	8,3	8,1	13,8
	III	8,9	12,7	12,5	20,9
Berlin-Ost	I	9,3	12,4	12,1	14,6
Neue Bundesländer und Berlin-Ost	I	7,3	10,5	10,3	15,1
Mittlere relative Abweichung[4])		0,17	0,13	0,31	0,12
Nachrichtlich: Mittlere relative Abweichung im früheren Bundesgebiet[4])		0,31 a)	0,31	0,31	0,28

[1]) Arbeitslose in vH der zivilen Erwerbspersonen.
[2]) I: Durchschnittliche Arbeitslosenquote.
II: Kleinste Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes in der jeweiligen Region.
III: Größte Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes in der jeweiligen Region.
[3]) August bis Dezember
[4]) Arithmetisches Mittel der Abweichung der Arbeitslosenquoten in den Arbeitsamtsbezirken vom Gesamtdurchschnitt aller Arbeitsamtsbezirke in Relation zum Gesamtdurchschnitt aller Arbeitsamtsbezirke im jeweiligen Zeitraum.
a) Januar bis Dezember.

Quelle für Grundzahlen: BA

gut die Hälfte aller Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als im engeren Sinn investiv, weil sie zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur oder der Umweltbedingungen dienen sollten. In den ersten vier Monaten des Jahres sind jeweils 22 vH aller Vermittlungen in AB-Maßnahmen auf die Bereiche Landwirtschaft, Garten- und Landschaftsgartenbau sowie Bau-, Industrie- und Freizeitgeländeerschließung entfallen. Weitere 15 vH aller geförderten Arbeitskräfte wurden in Soziale Dienste und 9 vH in Büro- und Verwaltungstätigkeiten vermittelt.

151. Die berufliche Bildung von Arbeitskräften wurde auch in diesem Jahr durch die Bundesanstalt für Arbeit kräftig gefördert. Seit Jahresbeginn haben bis Ende Oktober 767 800 Personen die Teilnahme an einer Maßnahme zur beruflichen Fortbildung, Umschulung und betrieblichen Einarbeitung begonnen. Dies waren 8 vH mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Etwa 75 vH der neuen Teilnehmer an Fortbildungskursen sind zuvor arbeitslos gewesen gegenüber nur 50½ vH im Jahre 1991. Da im Vorjahr allerdings die registrierte Arbeitslosigkeit noch geringer und die Kurzarbeit deutlich höher gewesen sind, konnten damals relativ mehr Personen gleichzeitig zur Kurzarbeit einen Fortbildungskurs in Teilzeit besuchen oder, ohne vorher arbeitslos geworden zu sein, direkt in Vollzeitkurse der Qualifizierung vermittelt werden.

152. Bereits im letzten Jahr ist vielfach damit begonnen worden, Qualifizierung und Arbeitsbeschaffung in Großprojekten zusammenzufassen (JG 91 Ziffer 156). Als sogenannte Mega-ABM gelten dabei Projekte, die ein Gesamtfördervolumen von 3 Millionen DM überschreiten. Der größte Teil der Mega-ABM wurde im Rahmen eigens zur Arbeitsbeschaffung gegründeter oder ausgegründeter Gesellschaften durchgeführt. Anfang Januar gab es insgesamt 422 Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung (ABS), von denen noch 89 in der Gründungsphase waren. In diesen Gesellschaften waren etwa 130 000 Personen beschäftigt, davon 52 000 in AB-Maßnahmen. Weitere 45 000 Personen arbeiteten kurz mit einem Arbeitsausfall von 75 vH und mehr. Diese haben offenbar zumindest an Teilzeitmaßnahmen zur Fortbildung teilgenommen. Nur etwa 21 800 Personen erhielten in diesen ABS-Gesellschaften eine Vollzeitausbildung, weitere 2 300 eine Erstausbildung. Inzwischen werden ABS-Gesellschaften von insgesamt 378 Treuhandunternehmen unterstützt, etwa 694 Treuhandun-

ternehmen stellen Sachmittel, Räumlichkeiten oder sonstige Hilfen für Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen zur Verfügung.

Zur geplanten Einführung eines Arbeitszeitgesetzes

153. Mitte September 1992 hat das Bundesarbeitsministerium einen Referentenentwurf für ein neues Arbeitszeitgesetz vorgelegt, das die aus dem Jahre 1938 stammende Arbeitszeitordnung ablösen soll. Im wesentlichen sind folgende Regelungen vorgesehen:

- Der Frauenarbeitsschutz wird aus Gründen der Gleichbehandlung neu geregelt. Es verbleiben lediglich Vorschriften, die zur Abwehr von Gefährdungen und Schädigungen als erforderlich erachtet werden; dazu zählen Beschäftigungsverbote etwa im Bergbau unter Tage, in Kokereien mit Arbeiten im Ofenbereich und andere körperlich belastende Arbeiten.

- Das grundsätzliche Arbeitsverbot an Sonn- und Feiertagen wird beibehalten. Bereits derzeit mögliche Ausnahmen bleiben grundsätzlich weiter zulässig; sie werden an die Wirtschaftsentwicklung in den letzten Jahrzehnten angepaßt.

- Der Gesetzentwurf geht vom Grundsatz des 8-Stunden-Tages sowie der Möglichkeit aus, die tägliche Arbeitszeit auf bis zu 10 Stunden zu verlängern. Bislang sieht die Arbeitszeitordnung einen maximalen Zeitraum von 2 Wochen vor, in dem die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit 8 Stunden nicht überschreiten darf. Hierfür ist jetzt ein Zeitraum von 4 Monaten vorgesehen. Wie bisher soll eine ununterbrochene Ruhezeit von 11 Stunden vorgeschrieben werden. Durch tarifvertragliche Regelungen oder auch durch Betriebsvereinbarungen sowie Dienstvereinbarungen soll ermöglicht werden, zur Anpassung an betriebliche Erfordernisse von diesen gesetzlich geregelten Grundnormen abzuweichen. Unter bestimmten Voraussetzungen ist eine Verlängerung der maximal zulässigen täglichen Arbeitszeit auch über 10 Stunden hinaus ohne Ausgleichsverpflichtung zugelassen. Darüber hinaus darf die ununterbrochene Ruhezeit auf bis zu 9 Stunden täglich verkürzt werden, wenn die Art der Arbeit dies erfordert und die Kürzung der Ruhezeit innerhalb eines festzulegenden Zeitraums ausgeglichen wird.

Diese Regelungen eröffnen mehr Gestaltungsmöglichkeiten für den betrieblichen Ablauf und erhöhen von daher die Flexibilität. Dies ist wichtig, weil heutzutage auf den internationalen Märkten, aber nicht nur dort, eine schnelle Reaktion auf kurzfristig auftretende Marktchancen unabdingbar ist. Von daher ist die geplante Novellierung ein Schritt in die richtige Richtung. Zu begrüßen ist, daß den Tarifvertragsparteien und in den Betrieben den Vertretern von Unternehmensleitung und Belegschaft größere Entscheidungsbefugnisse zugestanden werden.

V. Geldpolitik: Übermäßige monetäre Expansion

154. Die Geldpolitik war 1992 in Schwierigkeiten. Die Bundesbank hatte die Absicht, einen potentialorientierten Kurs zu steuern, tatsächlich ist es aber zu einer weit über das Geldmengenziel hinausgehenden monetären Expansion gekommen. Die Notenbankzinsen blieben bis zum Spätsommer auf einem Rekordniveau, sanken zuletzt wieder etwas, waren aber über das ganze Jahr hinweg deutlich höher als die Kapitalmarktzinsen. Für die Geldwertstabilität war 1992 ein schlechtes Jahr. Die Verfehlung des Zieles der Preisniveaustabilität war dabei nicht zuletzt durch den von der Lohnentwicklung erzeugten Kostendruck und durch eine Finanzpolitik angelegt, welche die Konsolidierung nicht entschlossen genug anging. Gleichwohl stieg der Außenwert der D-Mark.

Geldmengenwachstum überschreitet Zielvorgabe

155. Die Bundesbank hat für das Jahr 1992 wiederum ein Geldmengenziel angekündigt, mit dem sie die Erwartungen der Marktteilnehmer hinsichtlich des geldpolitischen Kurses stabilisieren wollte. Dabei ging sie von der Einschätzung aus, daß das Produktionspotential in Deutschland in diesem Jahr um 2¾ vH zunehmen würde. Während die Bundesbank das Potentialwachstum in Westdeutschland mit 2½ vH im Vergleich zum Vorjahr niedriger einschätzte, unterstellte sie für die neuen Bundesländer eine Zunahme der Produktionskapazitäten in Höhe von 3½ vH. Der als mittelfristig tolerierbar angesehene Preisniveauanstieg wurde von der Bundesbank erneut mit einem Wert von 2 vH veranschlagt, und dem trendmäßigen Rückgang der Umlaufsgeschwindigkeit der Geldmenge M3 wurde mit einem Zuschlag zum Geldmengenziel von einem halben Prozentpunkt Rechnung getragen. Rein rechnerisch hätte sich hieraus eine potentialgerechte Zuwachsrate für die Geldmenge M3 von 5¼ vH ergeben. Die Bundesbank argumentierte jedoch, daß sich die Expansion der Geldmenge M3 in der zweiten Jahreshälfte 1991 deutlich beschleunigt hatte. Obwohl sie die Zunahme der Geldmenge auf den unteren Bereich des damaligen Zielkorridors von 3 vH bis 5 vH begrenzen wollte, konnte die Wachstumsrate nur knapp unterhalb der oberen Grenze gehalten werden. Da die Bundesbank das jeweils erreichte Niveau der Geldversorgung zum Ausgangspunkt des Zielkorridors für das folgende Jahr ansetzt, hielt sie einen Abschlag in Höhe eines ¾ Prozentpunktes bei der laufenden Zuwachsrate zur Kompensation des beschleunigten Geldmengenwachstums für notwendig. Unter Berücksichtigung des üblichen Zielkorridors wurde daher das Geldmengenziel für den Jahresverlauf 1992 auf 3½ vH bis 5½ vH festgesetzt.

Die Anhebung des Zielkorridors um einen halben Prozentpunkt im Vergleich zum Vorjahr signalisierte also keine Lockerung der Geldpolitik, sondern blieb mit dem Bemühen der Bundesbank vereinbar, einen straffen Kurs beizubehalten und dem Ziel der Geldwertstabilität näherzukommen. Auch angesichts der eher vorsichtigen Schätzung des Produktionspoten-

tials in den neuen Bundesländern konnte das Geldmengenziel der Bundesbank für 1992 als ehrgeizig bewertet werden.

156. Tatsächlich hat die Bundesbank im Jahre 1992 hingenommen, daß die Zuwachsrate der Geldmenge M3 weit über die Zielmarge hinausging. Zu Beginn des Jahres beschleunigte sich die Expansion der Geldmenge M3 sogar noch. Nach einer im Sommer eingetretenen vorübergehenden Verlangsamung des monetären Wachstums lag die Geldmenge M3 — nach Ausschaltung saisonaler Einflüsse und auf Jahresrate umgerechnet — im August um 8,8 vH über dem durchschnittlich erreichten Niveau des vierten Quartals 1991 und somit deutlich über dem Zielkorridor (Schaubild 18). Der Abstand der Geldmenge M3 zu dem oberen Rand des Zielkorridors betrug im August 2,5 vH.

Die erweiterte Geldmenge M3 — sie umfaßt neben den in M3 enthaltenen Komponenten zusätzlich die von inländischen Nichtbanken gehaltenen kurzlaufenden Bankschuldverschreibungen und DM-Einlagen bei den Auslandsfilialen und Auslandstöchtern deutscher Kreditinstitute — dürfte den Grad der monetären Expansion genauer widerspiegeln als die herkömmlich abgegrenzte Geldmenge M3 (JG 90 Ziffer 195). Erstere wuchs von Dezember 1991 bis August dieses Jahres saisonbereinigt mit einer Rate von 9,2 vH. Insbesondere kam es in den ersten sieben Monaten dieses Jahres zu hohen Mittelabflüssen an die Euromärkte. Die Verbindlichkeiten der Auslandsniederlassungen inländischer Kreditinstitute gegenüber deutschen Nichtbanken erhöhten sich in diesem Zeitraum um 22,5 Mrd DM auf 173,2 Mrd DM oder 10,8 vH in Relation zur inländischen Geldmenge. Im Verlauf dieses Jahres verringerte sich allerdings der Abstand der Zuwachsrate der erweiterten Geldmenge M3 zu der Expansionsrate der herkömmlich abgegrenzten Geldmenge M3 wieder.

157. Die Entwicklung der Geldmenge M3 in der engeren und in der erweiterten Abgrenzung wird nicht nur von der Bundesbank, sondern in hohem Maße auch durch das Verhalten der Geschäftsbanken und des Publikums beeinflußt. Somit läßt sich aus der Entwicklung dieser monetären Aggregate nicht ohne weiteres auf den Kurs der Geldpolitik schließen. Der Sachverständigenrat verwendet für seine geldpolitischen Analysen die bereinigte Zentralbankgeldmenge, die den Bargeldumlauf sowie die Bankreserven umfaßt. Dieser Indikator gibt über den direkten geldpolitischen Impuls der Notenbank Auskunft. Mittels der bereinigten Zentralbankgeldmenge läßt sich der Beitrag der Bundesbank zur monetären Entwicklung besser beurteilen als anhand der Geldmenge M3 (JG 91 Ziffer 167).

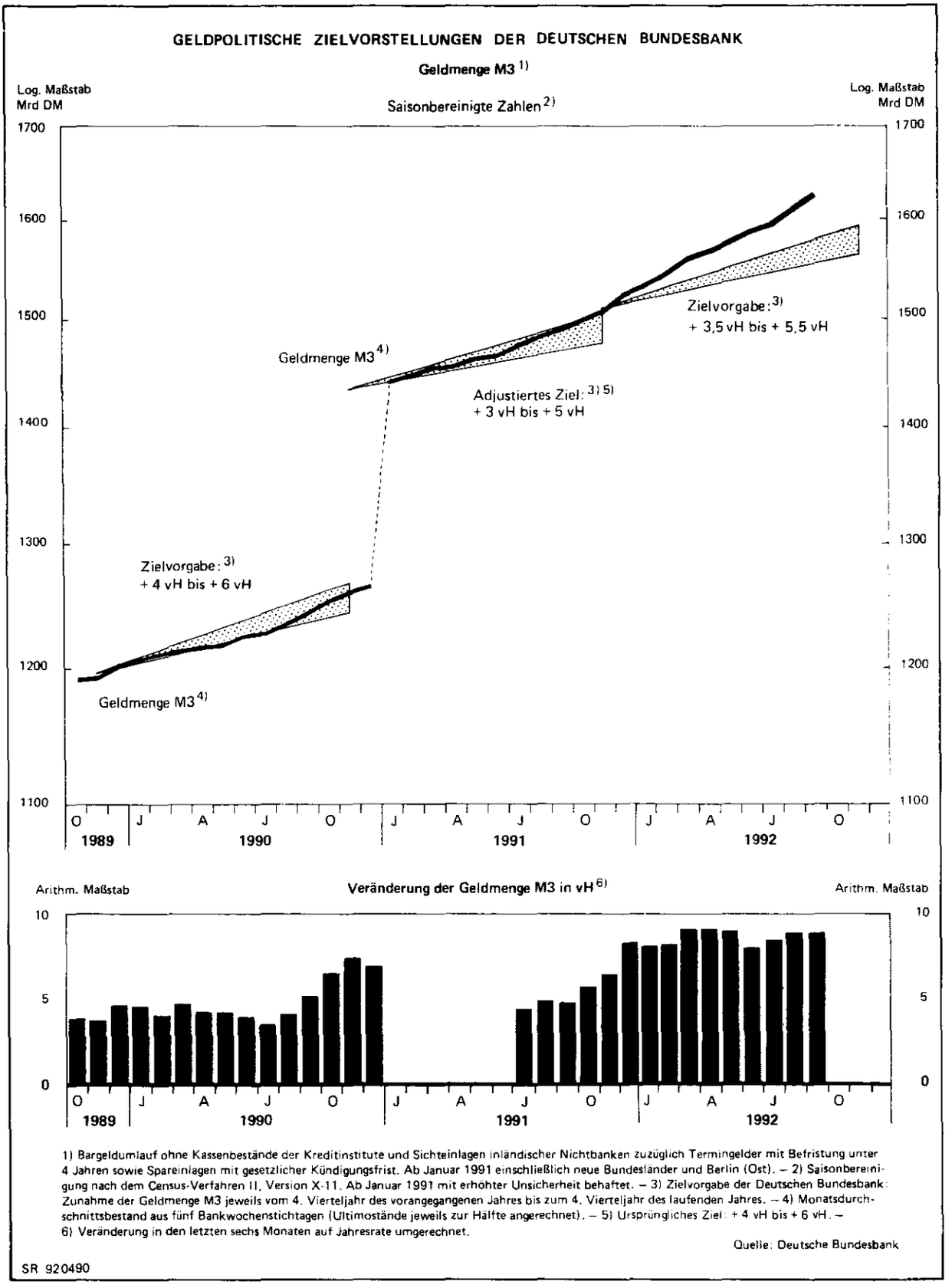
Der Sachverständigenrat hatte sich im vergangenen Jahresgutachten (JG 91 Ziffern 309ff.) dafür ausgesprochen, die Zunahme der bereinigten Zentralbankgeldmenge im Verlauf des Jahres 1992 auf einen durch das Wachstum des Produktionspotentials und den mittelfristig tolerierbaren Preisanstieg bestimmten Expansionspfad zurückzuführen. Unsere damaligen Überlegungen führten zu dem Ergebnis, daß für das laufende Jahr eine Zuwachsrate von 5½ vH für die bereinigte Zentralbankgeldmenge als potentialgerecht anzusehen wäre. Anders als bei der Formulierung der Bundesbank wurde zum einen kein Zuschlag für die Abnahme der Umlaufsgeschwindigkeit berücksichtigt und zum anderen für die neuen Bundesländer statt des Wachstums des Produktionspotentials die geschätzte Zunahme des Bruttoinlandsproduktes zugrunde gelegt. Als Ausgangspunkt des Zielpfades für die Expansion der bereinigten Zentralbankgeldmenge wurde darüber hinaus nicht das im Herbst vergangenen Jahres erreichte Niveau der Versorgung mit Zentralbankgeld genommen, sondern der Wert, der sich bei einer zielgerechten Ausweitung der Geldmenge im Vorjahr ergeben hätte. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge hatte im Herbst 1991 ihren Zielwert um 1,7 vH überschritten. Daher entsprach der am Zielwert des Vorjahres anknüpfende Zielpfad nur noch einer Zunahme der bereinigten Zentralbankgeldmenge um knapp 4 vH vom Herbst 1991 bis zum Herbst 1992. Eine der geldpolitischen Zielvorstellung des Sachverständigenrates für 1992 entsprechende monetäre Entwicklung wäre somit in der Wirkung deutlich restriktiver gewesen, als die Vorgabe von 5½ vH vermuten läßt.

Die Praxis des Sachverständigenrates, das Geldmengenziel grundsätzlich am Zielpfad, nicht am realisierten Wert der Geldmenge des Vorjahres anzuknüpfen, beruht unter anderem auf der Überlegung, daß die Geldpolitik die Geldmengenentwicklung kaum von Monat zu Monat auf dem festgelegten Zielpfad halten kann. Dieser stellt vielmehr den Maßstab für die mittelfristige Expansion der Geldmenge dar. Zeitweilige Zielabweichungen kann die Notenbank ignorieren, sofern die Geldmenge auf mittlere Sicht in Einklang mit der Zielvorgabe wächst. Dies bedeutet aber auch, daß Abweichungen der tatsächlichen Geldmengenexpansion vom Zielpfad bei einer Neufestlegung des Geldmengenzieles grundsätzlich nicht als gegeben hingenommen werden dürfen. Auf mittlere Sicht muß eine Ausweitung der Geldmenge in Übereinstimmung mit dem Potentialwachstum erreicht werden. Von Zeit zu Zeit kann jedoch eine Revision auch des Ausgangsniveaus des Zielpfades notwendig werden, dann nämlich, wenn sich die der Zielableitung zugrundeliegenden Parameter in der Vergangenheit wesentlich anders entwickelt haben als bei der Zielvorgabe unterstellt. Diesen Fall sehen wir für das Jahr 1993 als gegeben an (Ziffer 332).

158. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge ist 1992 stärker expandiert, als es den Vorstellungen des Sachverständigenrates entsprach; sie wuchs noch rascher als die Geldmenge M3. Nachdem sie bereits im vierten Quartal 1991 über dem Ausgangsniveau des damaligen Zielpfades gelegen hatte, hat sich ihre Expansion im Verlauf des ersten Halbjahres 1992 weiter beschleunigt. Trotz einer ab dem Sommer vorübergehend eingetretenen Verlangsamung des monetären Wachstums lag die bereinigte Zentralbankgeldmenge im Oktober 1992 nach Ausschaltung saisonaler Einflüsse und auf Jahresrate umgerechnet um 13,2 vH über dem durch den Ausgangspunkt des Zielpfades gegebenen Niveau und um 6,7 vH oberhalb des Zielwertes (Schaubild 19).

159. Bis zum Spätsommer 1992 lag eine ungewöhnliche geldpolitische Konstellation vor: Einerseits erreichten die Notenbankzinsen ein hohes Niveau, andererseits hielt die starke monetäre Expansion unvermindert an. Diese Entwicklung führt zu der Frage, ob es zu einer — möglicherweise durch die deutsche Währungsunion bedingten — strukturellen Zunahme der Geldnachfrage gekommen ist. Einer

Schaubild 18



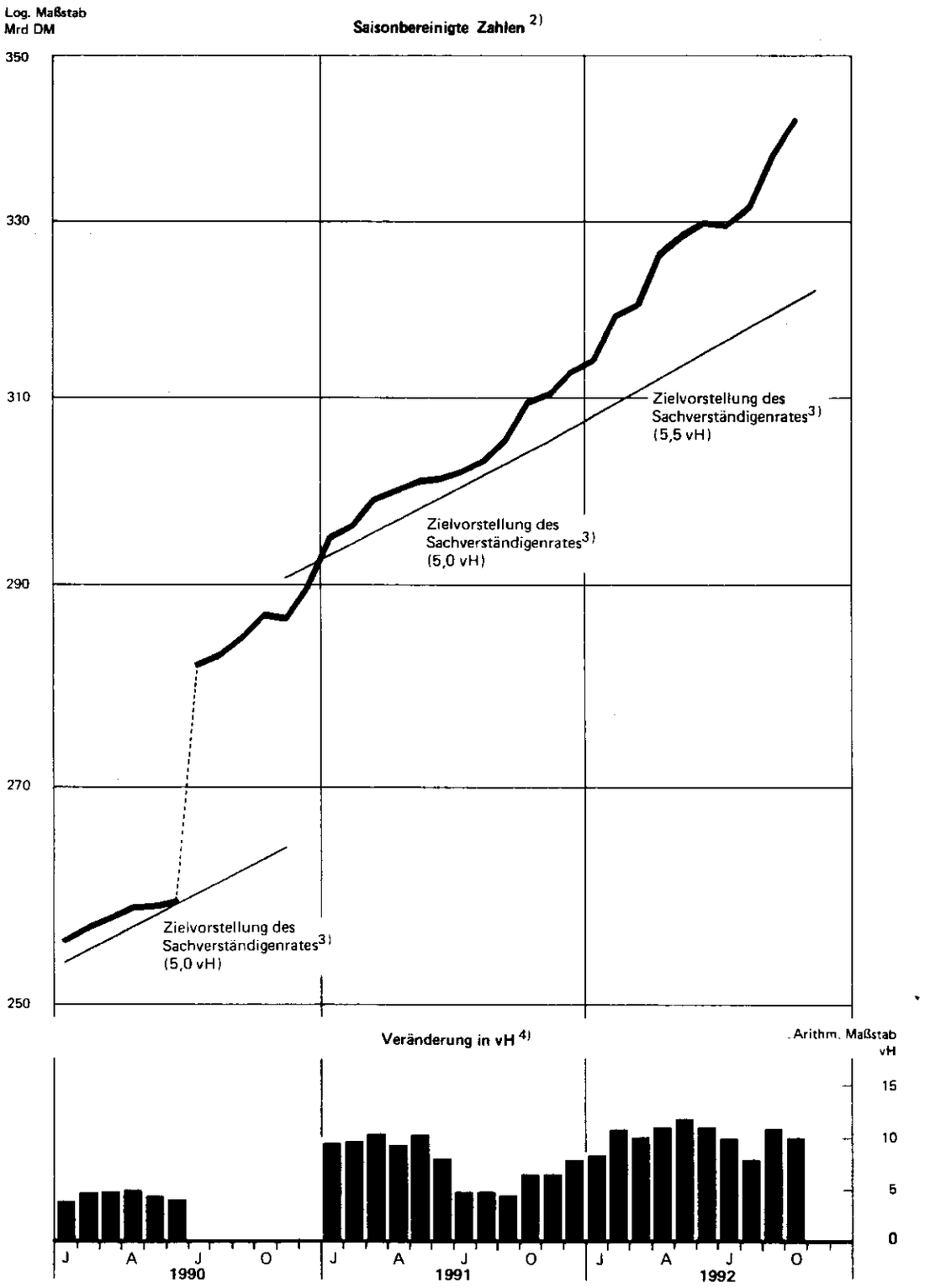
1) Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken zuzüglich Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren sowie Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. Ab Januar 1991 einschließlich neue Bundesländer und Berlin (Ost). – 2) Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. Ab Januar 1991 mit erhöhter Unsicherheit behaftet. – 3) Zielvorgabe der Deutschen Bundesbank: Zunahme der Geldmenge M3 jeweils vom 4. Vierteljahr des vorangegangenen Jahres bis zum 4. Vierteljahr des laufenden Jahres. – 4) Monatsdurchschnittsbestand aus fünf Bankwochenstichtagen (Ultimostände jeweils zur Hälfte angerechnet). – 5) Ursprüngliches Ziel: + 4 vH bis + 6 vH. – 6) Veränderung in den letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 920490

Schaubild 19

BEREINIGTE ZENTRALBANKGELDMENGE[1]



1) Bereinigte Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) und Bankreserven (einschließlich Deutsche Bundespost/Postbank), bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. – Bis Juni 1990 früheres Bundesgebiet; ab Juli 1990 einschließlich neue Bundesländer und Berlin – Ost.–
2) Nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. Angaben mit erhöhter Unsicherheit behaftet. – 3) Jährliche Zunahme des Angebots an Zentralbankgeld: Berechnung für 1990 bis 1992 vom vierten Quartal 1989 bis zum vierten Quartal 1992 (siehe JG 89 Ziffer 305, JG 90 Ziffer 401, JG 91 Ziffer 309). – 4) Veränderung in den letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

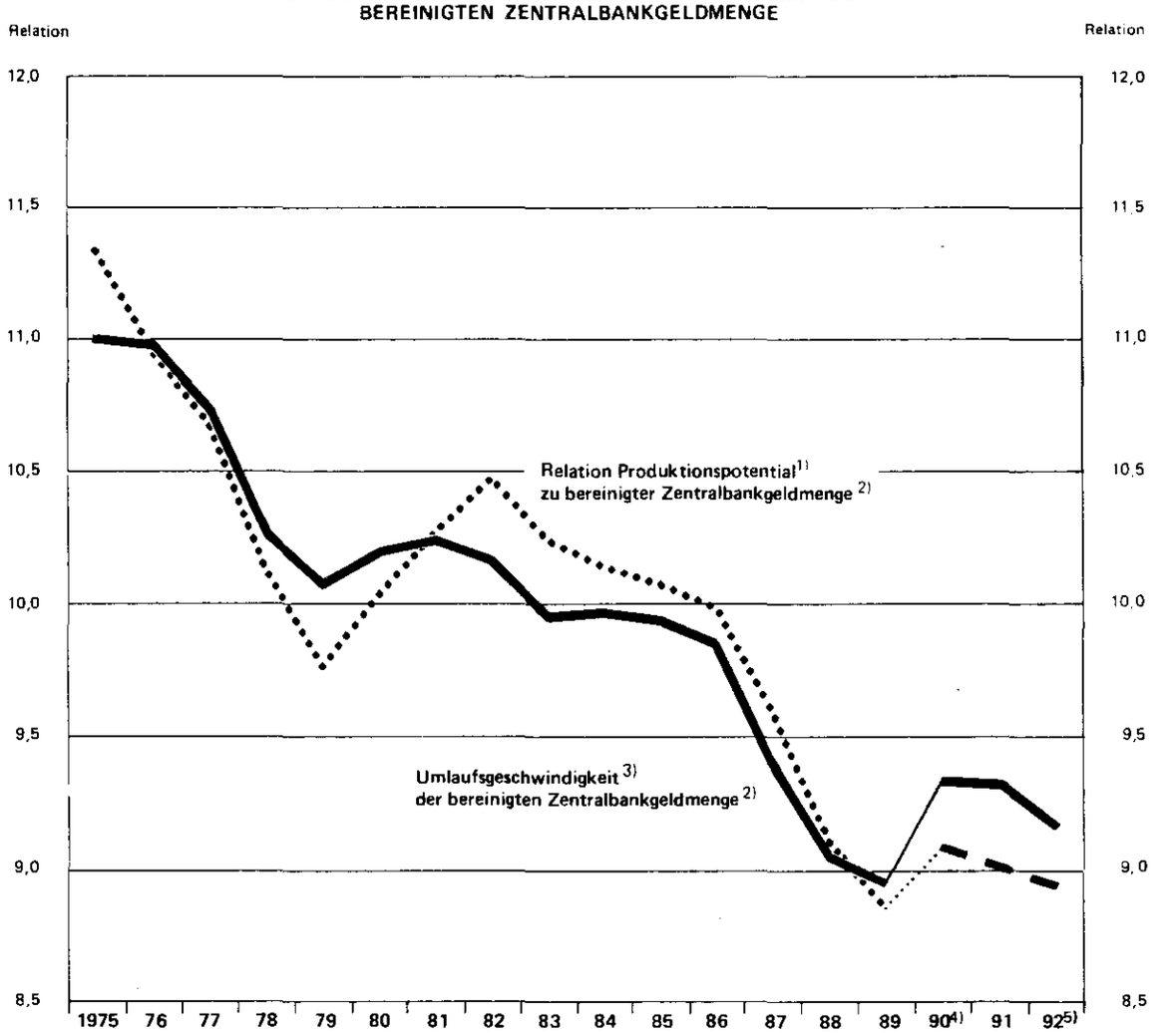
SR 92 0489

solchen dauerhaften Veränderung der Liquiditätsneigung hätte die Geldpolitik durch eine entsprechend höhere Geldmenge Rechnung zu tragen.

In den Jahren vor der Währungsunion ist die bereinigte Zentralbankgeldmenge in Deutschland im Durchschnitt schneller als das Einkommen gewachsen. Die Relation von Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen zur bereinigten Zentralbankgeldmenge, die Umlaufsgeschwindigkeit, ging trendmäßig zurück (Schaubild 20). Mit der Schaffung der Währungsunion stieg die Umlaufsgeschwindigkeit der bereinigten Zentralbankgeldmenge kräftig an. Dies war insofern erstaunlich, als die an der Geldmenge M3 gemessene Kassenhaltung in den neuen Bundesländern in Relation zum Transaktionsvolumen zunächst höher lag, die Umlaufsgeschwindigkeit der Geldmenge M3 also sank (JG 91 Ziffer 170). Tatsächlich aber unterschied sich die ostdeutsche Geldnachfrage nicht nur in der Höhe von der westdeutschen Kassenhaltung, sondern auch in der Struktur. So kam der Kassenhaltung auf Sichtkonten im Vergleich zu Terminkonten zunächst eine große Bedeutung zu, was die ostdeutschen Banken zu einer relativ hohen Reservehaltung bei der Bundesbank zwang. Die Zunahme der Bankreserven wurde jedoch durch die vergleichsweise geringe Bargeldhaltung in den neuen Bundesländern mehr als ausgeglichen, so daß die bereinigte Zentralbankgeldmenge im Ergebnis mit der Währungsunion weniger stark ausgeweitet wurde, als es der Zunahme des Transaktionsvolumens entsprochen hätte. Mit der Anpassung ostdeutscher Kassenhaltungsgewohnheiten an westdeutsche Gepflogenheiten würde die Nachfrage nach Zentralbankgeld steigen. Dies wäre

Schaubild 20

ZUR ENTWICKLUNG DER UMLAUFSGESCHWINDIGKEIT DER BEREINIGTEN ZENTRALBANKGELDMENGE



1) Produktionspotential bei Normalauslastung in jeweiligen Preisen, ab 2. Halbjahr 1990 für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen anstelle des noch nicht zu berechnenden Produktionspotentials. – 2) Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken (ab Juni 1978 einschließlich Deutsche Bundespost Postbank), bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank. – 3) Relation Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen zu bereinigter Zentralbankgeldmenge. – 4) Ab Juli 1990 Deutschland. – 5) Eigene Schätzung.

SR 92 0510

allerdings nur ein vorübergehender Effekt und somit in der mittelfristigen Zielfestlegung nicht zu berücksichtigen.

Mit der Vergrößerung des Währungsraumes ergaben sich, weniger für die Berechnung der Umlaufsgeschwindigkeit der bereinigten Zentralbankgeldmenge, wohl aber für die der Relation von Produktionspotential und bereinigter Zentralbankgeldmenge, erhebliche statistische Probleme. Die Entwicklung dieser Relation ist für die Beurteilung der Geldpolitik insofern von Bedeutung, als sie als von der jeweiligen Konjunktur weitgehend unabhängige Größe ein Maß für die Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld darstellt. Die Berechnung des Produktionspotentials ist für Gesamtdeutschland noch nicht möglich. Weder ist bekannt, in welchem Umfang der in den neuen Bundesländern vorhandene Kapitalstock rentabel nutzbar ist, noch sind verläßliche Aussagen darüber möglich, in welcher Größenordnung die Bildung neuen Kapitals stattfindet. Im vergangenen Jahr griff der Sachverständigenrat bei der Ableitung seines Geldmengenzieles auf die Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Produktion, des Bruttoinlandsproduktes, als Indikator für die Potentialausweitung zurück (JG 91 Ziffer 311). Unter den gegebenen statistischen Unsicherheiten erscheint uns dieses Verfahren auch aus heutiger Sicht vertretbar. Insofern wird in diesem Jahr die Berechnung der Relation von Produktionspotential und bereinigter Zentralbankgeldmenge erstmals nach der Währungsunion fortgesetzt. Wir sind uns dabei durchaus bewußt, daß die Interpretation dieser Größe äußerste Vorsicht erfordert.

In der Tat deutet der Rückgang der Umlaufsgeschwindigkeit der bereinigten Zentralbankgeldmenge in diesem Jahr darauf hin, daß sich diese Größe entsprechend ihrem längerfristigen Trend wieder normalisiert. Eine über den üblichen Zuschlag zum Geldmengenziel hinausgehende Berücksichtigung der Umlaufsgeschwindigkeit erscheint insofern nicht angebracht (Ziffer 331).

Es wäre dennoch auch angesichts der Unsicherheiten, unter denen der Sachverständigenrat sein Geldmengenziel für 1992 formuliert hat (JG 91 Ziffern 310ff.) verfrüht, allein von der Überschreitung des Zielpfades für die bereinigte Zentralbankgeldmenge auf eine expansive Geldpolitik zu schließen. Um zu einem Urteil über die Wirkung der Geldpolitik in diesem Jahr zu kommen, bedarf es vielmehr einer näheren Betrachtung der die Geldmengenentwicklung bestimmenden Faktoren.

160. Ein Grund für die Zielüberschreitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge liegt darin, daß sich der Bargeldumlauf, der in der bereinigten Zentralbankgeldmenge ein Gewicht von mehr als 60 vH hat, schon im Herbst 1991 kräftig ausgeweitet hat. Dies war wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß die D-Mark nach der Öffnung der Grenzen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten dort in zunehmenden Maße als Parallelwährung Verwendung gefunden hat. Zwar mögen sich die Bargeldabflüsse nach Mittel- und Osteuropa im weiteren Verlauf des Jahres allmählich zurückgebildet haben, doch ist ein Rückfluß in nennenswerter Höhe in unmittelbarer Zukunft nicht sehr wahrscheinlich. Es wäre daher falsch gewesen, diesem Mittelabfluß durch eine restriktive Geldpolitik begegnen zu wollen. Für die Zielüberschreitung der Geldmenge M3 spielte die kräftige Ausweitung des Bargeldumlaufs im Herbst 1991 insofern keine nennenswerte Rolle, als der Zielkorridor der Bundesbank an dem im vierten Quartal 1991 durchschnittlich erreichten Bestand der Geldmenge M3 angeknüpft hatte. Dieser Zielkorridor erfaßte bereits den erhöhten Bargeldumlauf.

In der ersten Hälfte des Jahres 1992 expandierte der Bargeldumlauf moderat; er erhöhte sich von Dezember bis Juli saisonbereinigt mit einer Jahreszuwachsrate von 5,7 vH. Die erneut kräftige Zunahme der Bargeldbestände im Spätsommer trug allerdings dazu bei, daß sich die Expansion der bereinigten Zentralbankgeldmenge nach einer Verlangsamung in der Jahresmitte im September wieder beschleunigte. Die Entwicklung des Bargeldumlaufs im Spätsommer 1992 ist mit einer großen Diagnoseunsicherheit verbunden. Zwar ist es einerseits vorstellbar, daß durch die starke Zunahme der Bargeldbestände ähnlich wie im Herbst 1991 die für die deutsche Preisniveauentwicklung relevante monetäre Expansion überzeichnet wird. Doch kann andererseits nicht ausgeschlossen werden, daß binnenwirtschaftliche Faktoren — unter anderem die Diskussion um die Zinsbesteuerung — eine entscheidende Rolle gespielt haben. Solange keine gesicherten Erkenntnisse über die Ursachen der übermäßigen Bargeldexpansion vorliegen, können die Veränderungen dieser Komponente der bereinigten Zentralbankgeldmenge nicht abschließend bewertet werden.

161. Die Zielüberschreitung dieses Jahres ist indes nicht allein auf den starken Anstieg der Bargeldbestände zurückzuführen. Die monetäre Expansion schwächte sich auch in Monaten einer geringen Zunahme des Bargeldumlaufs kaum ab. Das über die Zielvorstellungen hinausgehende Wachstum sowohl der Geldmenge M3 als auch der bereinigten Zentralbankgeldmenge hatte gemeinsame Gründe:

— Getragen wurde die überhöhte Geldmengenexpansion im Verlauf des Jahres von dem starken Anstieg der in der Geldmenge M3 enthaltenen Termingelder mit einer Befristung bis unter vier Jahren; die Zuwachsrate von Dezember 1991 bis August 1992 betrug — saisonbereinigt und aufs Jahr umgerechnet — 21,3 vH.

— Expansive Impulse auf den Geldschöpfungsprozeß gingen von der Kreditgewährung der Geschäftsbanken aus. In den ersten acht Monaten dieses Jahres stiegen die Bankkredite an Unternehmen und Privatpersonen per Saldo um 147,7 Mrd DM, was einer saisonbereinigten Jahreszuwachsrate in Höhe von 11 vH entsprach. Insbesondere die Nachfrage nach langfristigen Krediten ist unverändert hoch gewesen.

— Anders als im Jahre 1991 standen dem kräftigen Wachstum der Bankkredite in diesem Jahr nicht in ausreichendem Maße dämpfende Impulse auf die monetäre Expansion seitens der Geldkapitalbildung gegenüber. Zwar betrug diese bis zum August noch 85,9 Mrd DM, das entsprach einer saisonbereinigten Jahreszuwachsrate von 8,6 vH, doch schwächte sich die Bereitschaft inländischer Nichtbanken zu längerfristigen Geldanlagen im Jahresverlauf deutlich ab.

Ein Blick auf die Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang verdeutlicht, in welchem Umfang die einzelnen Faktoren zu der Expansion der Geldmenge M3 beigetragen haben: Von den

41,4 Mrd DM, um die die Geldmenge M3 in den ersten acht Monaten dieses Jahres stärker gewachsen ist als im gleichen Vorjahreszeitraum, lassen sich rein rechnerisch 18,8 Mrd DM auf eine verstärkte Kreditvergabe seitens der Geschäftsbanken und weitere 15,5 Mrd DM darauf zurückführen, daß die Nichtbanken weniger Geldkapital gebildet haben. Die verbleibenden 7,1 Mrd DM der stärkeren Geldmengenexpansion spiegeln im wesentlichen den verminderten Abbau der Netto-Forderungen an das Ausland wider.

Von der Einbeziehung der Septemberwerte in diese Berechnung sehen wir ab. Eine solche würde das Bild der zugrundeliegenden Faktoren der Geldmengenentwicklung insofern verzerren, als es in diesem Monat zu Spekulationen im EWS und zu Interventionen der Bundesbank in Rekordhöhe kam. Durch diese Transaktionen wurde zum einen der Beitrag der Auslandsposition vorübergehend überzeichnet — von dem im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 58,5 Mrd DM stärkeren Wachstum der Geldmenge M3 in den ersten neun Monaten dieses Jahres lassen sich nunmehr rechnerisch 39,4 Mrd DM auf die Zunahme der Netto-Forderungen an das Ausland zurückführen. Zum anderen reduziert die Einbeziehung der Septemberwerte die statistisch ausgewiesene Kreditgewährung an inländische Nichtbanken — bedingt durch die starke Rückführung der kurzfristigen Kredite trägt die Entwicklung der Kredite jetzt nur noch 6,2 Mrd DM zur zusätzlichen Geldmengenexpansion bei.

Die oben genannten Faktoren erklären zunächst die starke Expansion der Geldmenge M3. Aus dem damit verbundenen erhöhten Mindestreservesoll der Kreditinstitute bei der Bundesbank resultierte jedoch auch eine steigende Nachfrage nach Zentralbankgeld, die von der Bundesbank befriedigt wurde. Insofern schlug die Expansion der Geldmenge M3 auf die bereinigte Zentralbankgeldmenge durch.

162. Das Volumen der in der Geldmenge M3 enthaltenen befristeten Einlagen bei den Geschäftsbanken nahm 1992 in unverändert hohem Maße zu. Anders als in den vergangenen Jahren stand dem Aufbau der Termineinlagen keine entsprechende Abnahme anderer Komponenten der Geldmenge M3 entgegen. Auffällig war jedoch die im Vergleich zum Vorjahr schwache Expansion der Geldkapitalbildung; insbesondere die Zuwachsrate bei den Bankschuldverschreibungen hat sich von Mitte 1991 bis Mitte 1992 nahezu halbiert, während sich die der Termingelder bis zum Frühsommer noch beschleunigt hat. Diese gegenläufige Tendenz läßt vermuten, daß ein Teil der Termineinlagen nicht für Transaktionszwecke gehalten wurde, sondern eine Zwischenanlage von Mitteln darstellte, die eigentlich für die Geldkapitalbildung vorgesehen sind. Diese Entwicklung läßt sich auf Zinsen und Zinserwartungen zurückführen.

Im ersten Halbjahr 1992 konnten sich am Kapitalmarkt die zu Jahresbeginn aufgeflammten Erwartungen für eine Senkung des hohen Zinsniveaus nicht festigen. Die Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere stieg nach einem vorübergehenden Rückgang wieder an; weitere Zinserhöhungen schienen trotz des bereits erreichten Niveaus nicht ausgeschlossen. In einer solchen Situation werden anlagebereite Mittel in Termingeldern „zwischengelagert", zumal dann, wenn die Zinsstrukturkurve invers ist. Die vergleichsweise hohe Verzinsung der befristeten Einlagen bei den Kreditinstituten hat im Jahre 1992 dazu beigetragen, daß die Entscheidung der Anleger zwischen Geldhaltung und Geldkapitalbildung in verstärktem Maße zugunsten der Termineinlagen ausfiel. Diese aus der Zinskonstellation und den Zinserwartungen resultierenden Portfolioentscheidungen bewirkten eine zunehmende Nachfrage nach Geld.

163. Eine weitere treibende Kraft der Geldmengenexpansion war in diesem Jahr das starke Wachstum der langfristigen Bankkredite an Unternehmen und Privatpersonen. Besonders dynamisch entwickelten sich hier zum einen die Kredite für den Wohnungsbau und zum anderen die nach Einschätzung der Bundesbank zu einem nicht unerheblichen Teil in Zusammenhang mit dem Aufbau der jungen Bundesländer zu sehenden Kredite an Unternehmen und Selbständige. Dieser Teil der Kreditnachfrage reagierte auf die geldpolitischen Impulse nur schwach, da sich hier die Subventionen im Wohnungsbau und die Zins- und Kredithilfen für Ostdeutschland auswirkten. Der üblicherweise zu erwartende bremsende Effekt hoher Zinsen auf die Kreditvergabe blieb aus. Rückwirkungen auf die Entwicklung der monetären Aggregate hätten nur dadurch verhindert werden können, daß die Bundesbank die Kreditexpansion in nicht subventionierten Bereichen entsprechend gedämpft hätte, indem sie die Refinanzierungskosten noch stärker erhöht hätte als tatsächlich geschehen.

164. Die Beurteilung des geldpolitischen Kurses im Jahre 1992 stößt auf besondere Schwierigkeiten. Zu ungewöhnlich war die monetäre Konstellation dieses Jahres. Zwar konnten die Geldmengenziele für das Jahr 1992 — sowohl das der Bundesbank als auch das des Sachverständigenrates — als ehrgeizig gelten, doch wurden sie nicht nur leicht, sondern kräftig überschritten. Auf die monetäre Expansion wirkten sowohl auf der Nachfrageseite als auch auf der Angebotsseite besondere Faktoren ein: Die Inversion der Zinsstruktur verbunden mit in der ersten Jahreshälfte unsicheren Zinsänderungserwartungen bewirkte ein relativ schwaches Engagement der Anleger im Rahmen der Geldkapitalbildung sowie eine dynamische Nachfrage nach Termineinlagen, soweit sie in der Geldmenge M3 enthalten sind. Hinter der hohen Geldnachfrage stand überdies die rasche Zunahme des Transaktionsvolumens: Das nominale Bruttosozialprodukt stieg im Jahre 1992 im Vergleich zum Vorjahr um schätzungsweise 7 vH an und wuchs damit deutlich schneller als das der Zielformulierung zugrunde gelegte Wachstum des nominalen Produktionspotentials von 5½ vH. Entsprechend stark stieg die Geldnachfrage. Im Rahmen des Geldschöpfungsprozesses ließ die durch Zinssubventionen verringerte Zinsreagibilität der Kredite die Geldmenge M3 beschleunigt ansteigen.

Die Bundesbank bemühte sich um eine Dämpfung der Nachfrage nach Zentralbankgeld. Noch im Dezember 1991 wurden Diskontsatz und Lombardsatz auf die bis dahin höchsten Werte in der Nachkriegszeit angehoben. Aber auch zu diesen hohen Zinsen ging die Expansion der Zentralbankgeldmenge unvermindert weiter. Von noch höheren Refinanzierungszinsen nahm die Notenbank Abstand. Die Diskontsatzerhöhung vom Juli 1992 konnte bei unverändertem Lombardsatz jedenfalls nicht auf die Zinsen am Geldmarkt durchwirken.

Gemessen an den Maßstäben potentialorientierter Geldmengenpolitik war die monetäre Expansion zu hoch. Dies bedeutete in diesem Jahr aber nicht, daß die Geldpolitik belebend auf die Konjunktur gewirkt hätte. Wenn sich eine Notenbank bemüht, mittels hoher Refinanzierungszinsen eine weit über das Ziel hinausschießende monetäre Expansion zu bremsen, kann dies restriktiv auf die Wirtschaft wirken. Im Jahre 1992 ist die Bundesbank hierbei durchaus behutsam vorgegangen; der dämpfende Effekt auf die Geldnachfrage und die nominale Gesamtnachfrage war jedenfalls nicht stark. Nicht ausgeschlossen werden kann indes, daß sich infolge der starken monetären Expansion ein Potential für die Alimentierung von Inflationsprozessen in der Zukunft aufgebaut hat.

Zur Geldmarktsteuerung: Bis zum Sommer hohe Zinsen

165. Bis zum Spätsommer dieses Jahres hat die Bundesbank den von ihr weitgehend kontrollierbaren Zins für Tagesgeld auf hohem Niveau gehalten. Bei der laufenden Versorgung der Kreditinstitute mit Zentralbankgeld dominierte der revolvierende Abschluß von Wertpapierpensionsgeschäften. Dabei bot die Bundesbank den Geschäftsbanken monatlich je vier Wertpapierpensionsgeschäfte mit einer Laufzeit von einem Monat und je zwei Geschäfte in der zweimonatigen Tranche an. Diese wurden ausschließlich als Zinstender ausgeschrieben. Darüber hinaus griff die Bundesbank an den Monatsenden mehrmals mit kurzfristigen Ausgleichsoperationen in den Geldmarkt ein, und zwar in Form von Verlagerungen von Bundesmitteln (gemäß § 17 Bundesbankgesetz), über Devisenswapgeschäfte oder mit Wertpapierschnelltendern.

Die im Dezember 1991 von der Bundesbank getroffene Entscheidung, den Diskontsatz sowie den Lombardsatz um jeweils einen halben Prozentpunkt auf 8 % beziehungsweise 9¾ % heraufzusetzen, führte zu einer Verengung des Geldmarktes (Schaubild 21). Der Zins für Tagesgeld stieg zu Beginn des Jahres zeitweilig bis an den neuen Lombardsatz; er pendelte sich dann zunächst auf einem Niveau von durchschnittlich gut 9,5 % ein. Im weiteren Jahresverlauf sorgte die Bundesbank für einen stetigen Anstieg der Geldmarktzinsen. Tatsächlich erreichte der Tagesgeldsatz Ende Juni mit 9,75 % erneut vorübergehend das Niveau des Lombardsatzes. Folglich nahm die bis dahin vergleichsweise geringe Inanspruchnahme von Lombardkrediten seitens der Geschäftsbanken zu. Mit der Absicht, auf eine Eindämmung des Preisauftriebs, des Geldmengenwachstums und der zu starken Ausweitung des Kreditvolumens hinzuwirken, erhöhte die Bundesbank Mitte Juli erneut den Diskontsatz um einen dreiviertel Prozentpunkt auf 8¾ %. Der Lombardsatz wurde unverändert bei 9¾ % belassen. In den folgenden Wochen verharrte der Tagesgeldsatz bei 9,7 %.

166. Zu einem Wandel in der Geldpolitik kam es Mitte September. Im Zusammenhang mit der Abwertung der Lira am 14. September senkte die Bundesbank den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt auf 8¼ % sowie den Lombardsatz um einen viertel Prozentpunkt auf 9½ %. Die Turbulenzen im EWS auch nach dem Realignment zwangen die Bundesbank zu erheblichen Interventionen insbesondere zugunsten der italienischen Lira und des britischen

Tabelle 39

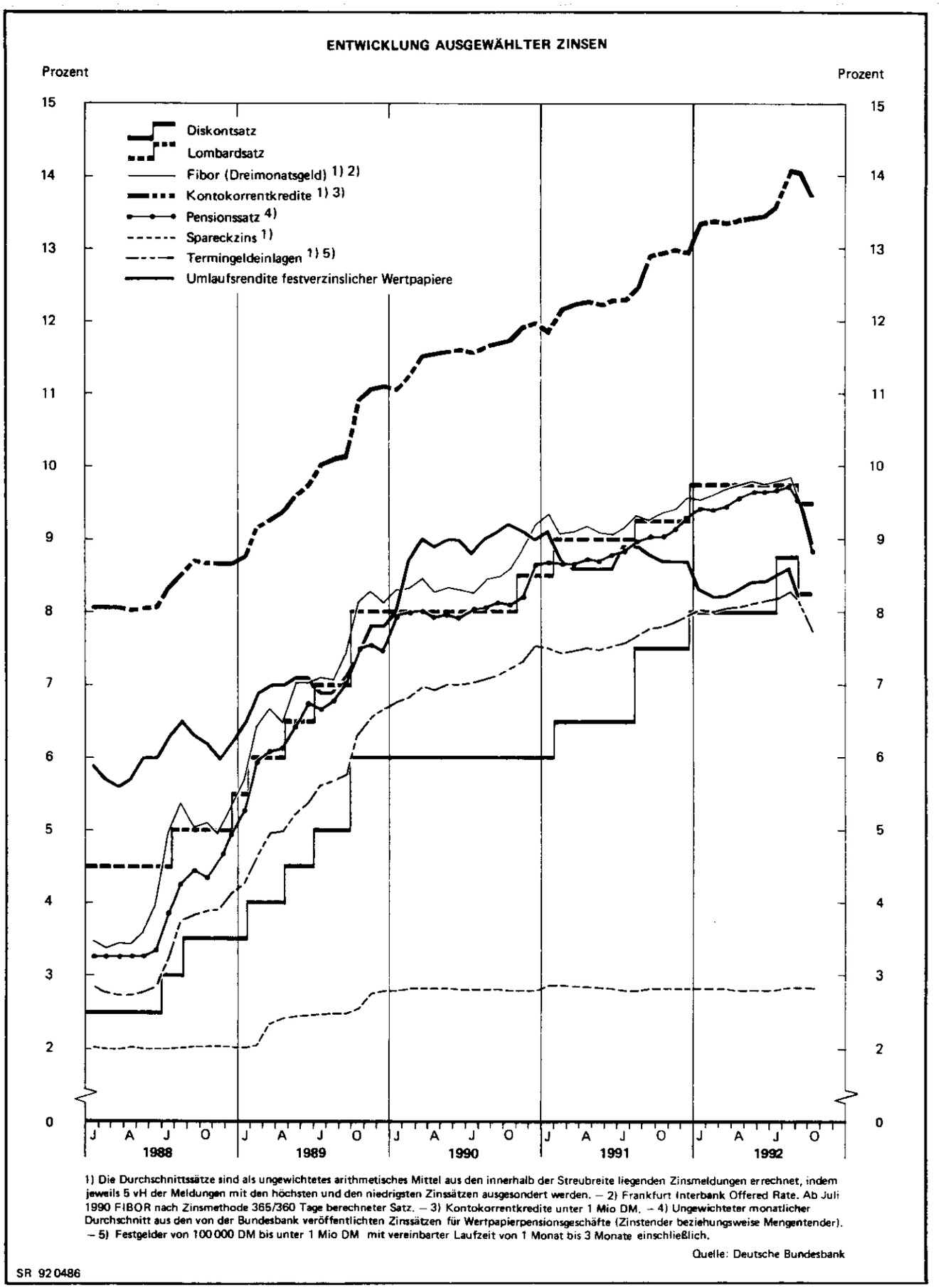
Entstehung und Verwendung von Zentralbankgeld im September 1992
Veränderung in Mrd DM[1])

	Wochenausweis vom:				insgesamt
	7. Sept.	15. Sept.	23. Sept.	30. Sept.	
Netto-Auslandsposition	2,6	26,1	43,9	9,7	82,3
Nettoposition der öffentlichen Haushalte	6,1	- 7,5	-15,8	24,9	7,7
Nettoposition Deutsche Bundesbahn, Deutsche Bundespost, sonstige Einleger	- 0,1	- 0,0	0,1	- 0,1	- 0,2
Offenmarktgeschäfte mit Rücknahmevereinbarung	- 2,9	-17,0	-30,4	0,0	-50,3
Wechseldiskont, Lombardierungen	- 5,6	- 0,1	0,0	- 2,1	- 7,8
Wertpapiere, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten aus Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren	- 0,0	- 0,0	-23,1	-10,7	-33,9
Sonstige Positionen (netto)	- 9,3	4,6	- 4,2	5,5	- 3,3
= Entstehung	**- 9,2**	**6,0**	**-29,5**	**27,2**	**- 5,5**
Banknoten	2,6	- 1,2	- 1,2	1,8	1,9
Einlagen von Kreditinstituten	-11,8	7,3	-28,3	25,4	- 7,4
= Verwendung	**- 9,2**	**6,0**	**-29,5**	**27,2**	**- 5,5**
Nachrichtlich: Bargeldumlauf	2,6	- 1,2	- 1,2	1,8	2,0

[1]) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Schaubild 21



1) Die Durchschnittssätze sind als ungewichtetes arithmetisches Mittel aus den innerhalb der Streubreite liegenden Zinsmeldungen errechnet, indem jeweils 5 vH der Meldungen mit den höchsten und den niedrigsten Zinssätzen ausgesondert werden. – 2) Frankfurt Interbank Offered Rate. Ab Juli 1990 FIBOR nach Zinsmethode 365/360 Tage berechneter Satz. – 3) Kontokorrentkredite unter 1 Mio DM. – 4) Ungewichteter monatlicher Durchschnitt aus den von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen für Wertpapierpensionsgeschäfte (Zinstender beziehungsweise Mengentender). – 5) Festgelder von 100 000 DM bis unter 1 Mio DM mit vereinbarter Laufzeit von 1 Monat bis 3 Monate einschließlich.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 92 0486

Pfundes. Um eine Überliquidisierung des Geldmarktes zu vermeiden, griff die Bundesbank auf ein umfangreiches Instrumentarium zurück: Mit der Kürzung von Wertpapierpensionsgeschäften, mit Devisenswapgeschäften, dem Verkauf von kurzfristigen Schatzwechseln sowie vor allem mit Devisenpensionsgeschäften absorbierte sie die zufließende Liquidität (Tabelle 39, Seite 131).

Wichtiger noch als die Senkung der Leitzinsen war es, daß die Bundesbank den Tagesgeldsatz deutlich unter das Niveau des Lombardsatzes herunterschleuste, was ihr nicht zuletzt mit Hilfe dreier Mengentender von 9,2 % beziehungsweise zweimal 8,9 % bei den Wertpapierpensionsgeschäften gelang. Der Tagesgeldsatz sank unter 9 %. Die Anfang Oktober getroffene Entscheidung, die Laufzeit der Wertpapierpensionsgeschäfte bis auf weiteres auf zwei Wochen zu verkürzen, erhöhte die Flexibilität dieses Instrumentes und verbesserte die Feinsteuerungsmöglichkeiten der Bundesbank am Geldmarkt.

Finanzmärkte: Inverse Zinsstruktur, im Herbst abgeflacht

167. An den deutschen Wertpapiermärkten hat sich die Emissionstätigkeit nach einem lebhaften Jahresauftakt im weiteren Jahresverlauf zunächst abgeschwächt. Im Sommer kam es jedoch zu einer erneuten Belebung, so daß das hohe Vorjahresniveau sogar übertroffen wurde. Der Nettoabsatz an Rentenwerten betrug in den ersten acht Monaten dieses Jahres 163,6 Mrd DM, das waren 7,6 Mrd DM mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Vor allem die öffentliche Hand nahm in verstärktem Maße die Kapitalmärkte in Anspruch. Bis August dieses Jahres wurden öffentliche Anleihen im Gesamtwert von netto 80,8 Mrd DM abgesetzt. Da der Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken am Kapitalmarkt angesichts der kräftig gestiegenen befristeten Einlagen nicht mehr so hoch war, verringerte sich der Absatz von Bankschuldverschreibungen im Vergleich zu den ersten acht Monaten des Vorjahres um 25 Mrd DM auf 68,8 Mrd DM. Der Anteil der Spezialkreditinstitute, zu denen auch in die ostdeutschen Aufbauprogramme eingebundene Kreditinstitute zählen, blieb dabei deutlich hinter dem Vorjahresstand zurück. Ausländische Emittenten nahmen bis August dieses Jahres 14,3 Mrd DM auf.

Auf der Käuferseite waren die privaten inländischen Nichtbanken in den ersten acht Monaten des Jahres deutlich weniger bereit, Mittel zur Verfügung zu stellen. Sie erwarben festverzinsliche Wertpapiere im Wert von 59,9 Mrd DM, das waren 48,5 Mrd DM weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß ostdeutschen Anlegern erst mit der Währungsunion die Möglichkeit eines Engagements in Rentenwerten gegeben wurde, was im Jahre 1991 zu dem starken Anstieg der Nachfrage nach langfristigen Wertpapieren beigetragen haben dürfte. Nach einem lebhaften Interesse ausländischer Anleger zu Jahresbeginn verhielten sich diese im weiteren Verlauf des Jahres zunächst abwartend. Im Sommer kam es dann allerdings angesichts der im internationalen Vergleich attraktiven Zinsen sowie aufgrund der Aufwertungstendenz der D-Mark zu einer Neubelebung der ausländischen Nachfrage nach deutschen Wertpapieren. Insgesamt erwarben ausländische Anleger in den ersten acht Monaten dieses Jahres deutsche Rentenpapiere im Wert von 37,2 Mrd DM.

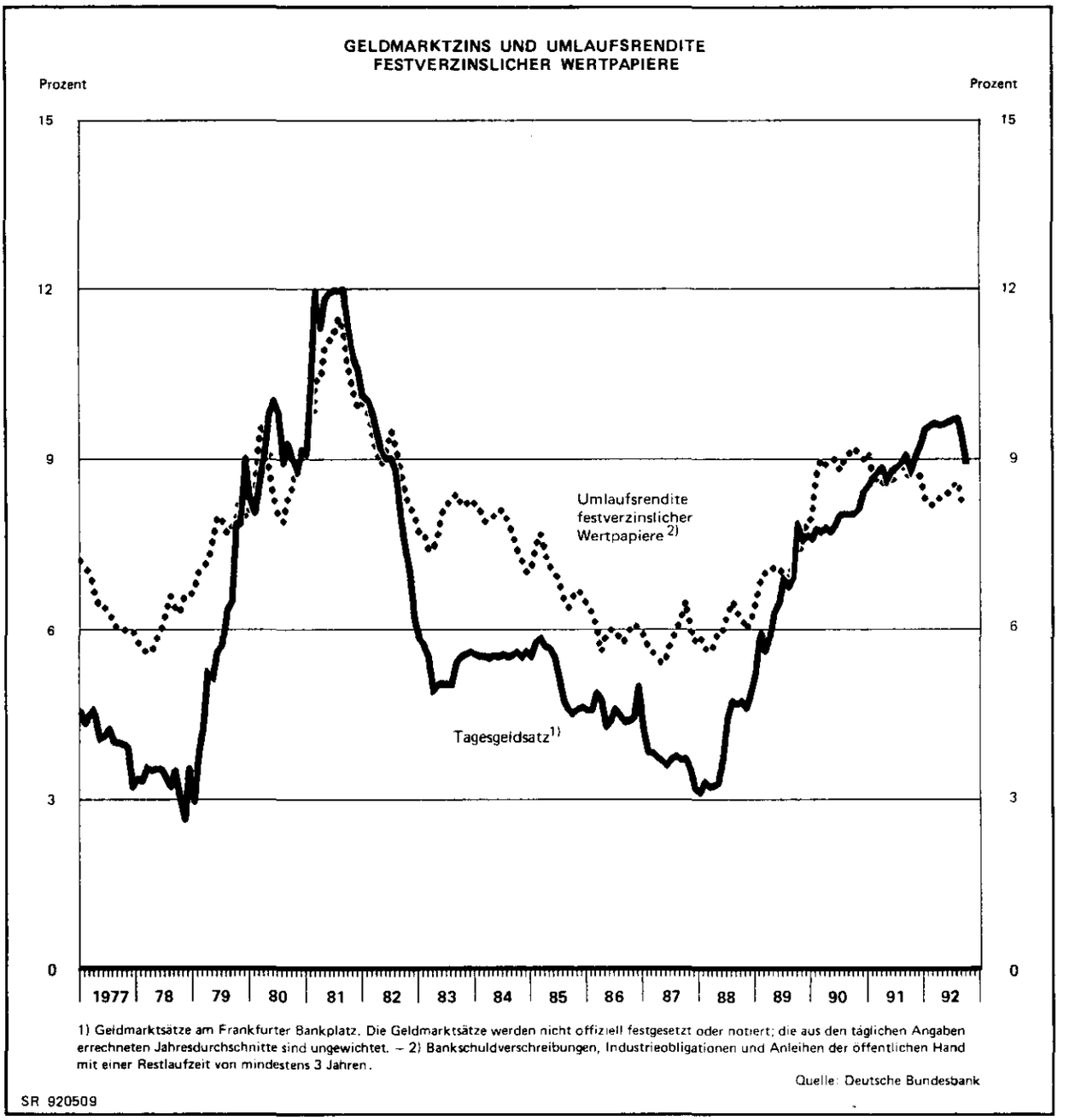
168. Nach einem Rückgang zum Jahresbeginn stieg die durchschnittliche Rendite festverzinslicher Wertpapiere im Jahresverlauf zunächst von 8,2 % auf 8,6 % im August. Im September kam es — hervorgerufen durch die Entscheidung der Bundesbank, die Refinanzierungszinsen zu senken — zu einem Umschwung am Rentenmarkt. Die Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere sank bis zuletzt auf 7,6 %.

Der kräftige Rückgang der langfristigen Zinsen zu Beginn des Jahres trotz einer Verschärfung des geldpolitischen Kurses im Dezember 1991 zeigte zum einen, daß die Anleger kaum mehr weitere Anhebungen der Bundesbankzinsen erwarteten, sondern für die Zukunft eher wieder mit Zinssenkungen rechneten. Dies wurde im Kapitalmarktzins vorweggenommen. Zum anderen wurde deutlich, wie eng der deutsche Rentenmarkt mit den internationalen Kapitalmärkten verbunden ist. Eine steigende Wertpapiernachfrage aus dem Ausland erzeugte zusätzlichen Zinssenkungsdruck. Die längerfristige Betrachtung zeigt, daß sich der von der Bundesbank weitgehend bestimmte Tagesgeldsatz und die Umlaufsrendite in der Regel gleichgerichtet entwickeln (Schaubild 22). Ein Anstieg der Geldmarktzinsen signalisiert eine Verknappung von Liquidität; dies wirkt sich über die Portfolioentscheidungen der Banken auch am Kapitalmarkt verengend aus. Umgekehrt wirkt eine Absenkung der Geldmarktzinsen. Doch wird der Einfluß der Bundesbank auf den langfristigen Zins immer wieder von anderen Einflüssen überlagert; ein bestimmtes Zinsniveau auf dem Kapitalmarkt kann die Bundesbank nicht herbeiführen.

Ausschlaggebend für den im Frühjahr einsetzenden Anstieg der Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere dürften vor allem inländische Faktoren gewesen sein. Sie haben dazu geführt, daß sich Zinssenkungserwartungen letztlich doch nicht nachhaltig verfestigen konnten. Neben der Verschärfung der Auseinandersetzung um die Tarifabschlüsse hat vor allem die erneut aufgekommene Diskussion um die Zinsbesteuerung für Unruhe am Rentenmarkt gesorgt. Anleger waren nur bei entsprechend höheren Zinsen bereit, Mittel am Kapitalmarkt anzubieten. Auf den Kompromiß zur Neuregelung der Zinsbesteuerung vom 6. Juli reagierte der Rentenmarkt dann freundlich. Auch die erneute Erhöhung des Diskontsatzes im Juli hat sicher nicht zu einer Entspannung am Rentenmarkt beigetragen.

Die überraschende Senkung der Leitzinsen am 14. September 1992 führte zu einem deutlichen Rückgang der Umlaufsrendite. Auch wenn die Absenkung der Geldmarktzinsen von der Bundesbank nicht binnenwirtschaftlich motiviert war, hat sie zu einer Zinssenkung am Kapitalmarkt beigetragen. Verbunden mit dem Sinken der Zinsen über das gesamte Spektrum der Laufzeiten flachte sich die Zinsstrukturkurve, deren Inversion sich bis September zunächst stärker ausgeprägt hatte, ab (Schaubild 23).

Schaubild 22

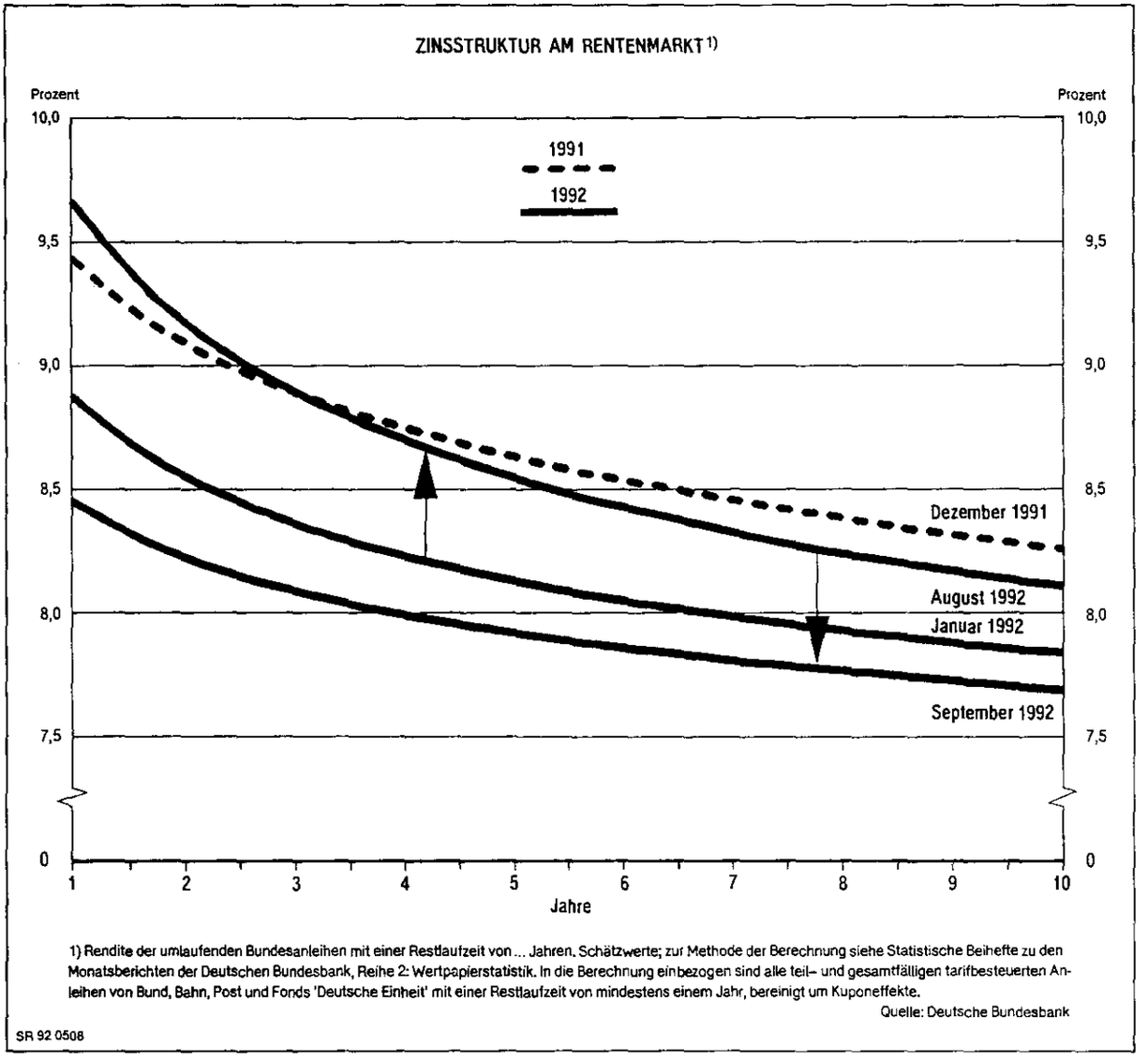


169. Im ersten Halbjahr 1992 zeigte sich der deutsche Aktienmarkt in einer verglichen mit ausländischen Aktienmärkten stabilen Verfassung. Der Index der Aktienkurse stieg in den ersten sechs Monaten um 6,1 vH. Ausgehend von der Erhöhung des Diskontsatzes im Juli und der damit verbundenen Aussicht auf weiterhin hohe kurzfristige Zinsen gaben die Kurse kräftig nach. Ursächlich für die nervöse Verfassung des deutschen Aktienmarktes in der zweiten Jahreshälfte dürften jedoch vor allem weltweit verschlechterte Konjunkturaussichten und nach unten revidierte Gewinnprognosen gewesen sein. Zwar konnten sich die Aktienkurse nach der geldpolitischen Lockerung Mitte September kurzfristig erholen, doch kam es Anfang Oktober zu spürbaren Kursverlusten an den internationalen Aktienmärkten, denen sich auch der deutsche Markt nicht entziehen konnte. Mitte Oktober erreichte der Index der Aktienkurse einen neuen Jahrestiefstand und lag 12,6 vH unter dem Jahresendstand 1991.

Die positive Kursentwicklung des ersten Halbjahres 1992 begünstigte höhere Mittelaufnahmen am deutschen Aktienmarkt. Von Januar bis August belebte sich die Emissionstätigkeit gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 15,1 Mrd DM auf einen Wert von 47 Mrd DM. Auch in diesem Jahr entfiel der Großteil der abgesetzten jungen Aktien auf Emissionen ausländischer Unternehmen.

170. Im Kapitalverkehr mit dem Ausland setzte sich angesichts des anhaltenden Finanzierungsbedarfs im Zusammenhang mit dem Aufbau der neuen Bundes-

Schaubild 23



1) Rendite der umlaufenden Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von ... Jahren. Schätzwerte; zur Methode der Berechnung siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 2: Wertpapierstatistik. In die Berechnung einbezogen sind alle teil- und gesamtfälligen tarifbesteuerten Anleihen von Bund, Bahn, Post und Fonds 'Deutsche Einheit' mit einer Restlaufzeit von mindestens einem Jahr, bereinigt um Kuponeffekte.

Quelle: Deutsche Bundesbank

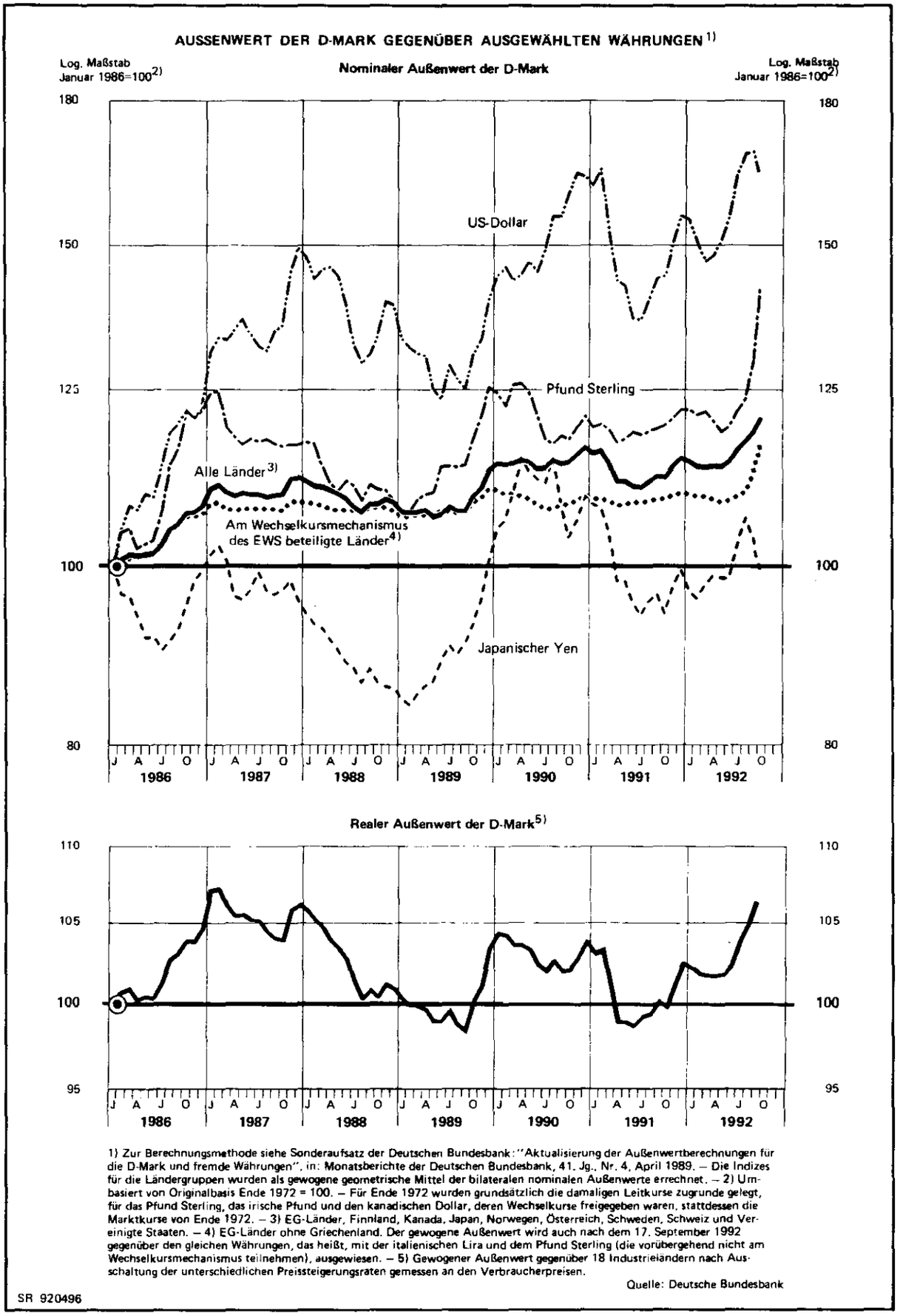
SR 92 0508

länder die Tendenz zu steigenden Nettokapitalimporten fort. Bis zum August flossen per Saldo 47,2 Mrd DM aus dem Ausland in die Bundesrepublik, das waren 24,3 Mrd DM mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dabei bewirkten im internationalen Vergleich hohe Zinsen ein stärkeres Interesse ausländischer Anleger am deutschen Kapitalmarkt. Dem standen allerdings im langfristigen Bereich die auch im Hinblick auf die Zinsbesteuerung erneut hohen Kapitalanlagen inländischer Nichtbanken im Ausland dämpfend entgegen. In der Summe kam es auch in diesem Jahr zu Nettoexporten im langfristigen Kapitalverkehr, die Kapitalabflüsse verringerten sich jedoch um 27 Mrd DM im Vergleich zu den ersten acht Monaten des Vorjahres auf 13,1 Mrd DM. Im kurzfristigen Bereich verringerte sich das Defizit in der Kapitalbilanz geringfügig. Von Januar bis August dieses Jahres flossen 60,3 Mrd DM zu, während es im gleichen Vorjahreszeitraum 63 Mrd DM gewesen waren. Insbesondere führten die Ausweitung der Verbindlichkeiten der Kreditinstitute gegenüber dem Ausland einerseits und der Abbau entsprechender Forderungen seitens der ausländischen Schuldner andererseits zu einem erheblichen kurzfristigen Kapitalimport durch die Geschäftsbanken.

Turbulenzen im Europäischen Währungssystem

171. An den internationalen Devisenmärkten wurde die D-Mark 1992 deutlich höher bewertet als im Vorjahr. Der gewogene Außenwert der deutschen Währung gegenüber den Währungen von 18 Industrieländern übertraf den Wert vom Dezember 1991 im Oktober 1992 um 5,1 vH (Schaubild 24). Angesichts der mit der durchschnittlichen Preisentwicklung anderer Länder in etwa gleichlaufenden deutschen Preissteigerungsrate stieg der reale Außenwert der D-Mark in gleichem Maße. Damit hat die D-Mark nach einer Phase der realen Abwertung ihren realen Außenwert von Ende 1987 wieder erreicht, allerdings

Schaubild 24



1) Zur Berechnungsmethode siehe Sonderaufsatz der Deutschen Bundesbank: "Aktualisierung der Außenwertberechnungen für die D-Mark und fremde Währungen", in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 41. Jg., Nr. 4, April 1989. – Die Indizes für die Ländergruppen wurden als gewogene geometrische Mittel der bilateralen nominalen Außenwerte errechnet. – 2) Umbasiert von Originalbasis Ende 1972 = 100. – Für Ende 1972 wurden grundsätzlich die damaligen Leitkurse zugrunde gelegt, für das Pfund Sterling, das irische Pfund und den kanadischen Dollar, deren Wechselkurse freigegeben waren, stattdessen die Marktkurse von Ende 1972. – 3) EG-Länder, Finnland, Kanada, Japan, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz und Vereinigte Staaten. – 4) EG-Länder ohne Griechenland. Der gewogene Außenwert wird auch nach dem 17. September 1992 gegenüber den gleichen Währungen, das heißt, mit der italienischen Lira und dem Pfund Sterling (die vorübergehend nicht am Wechselkursmechanismus teilnehmen), ausgewiesen. – 5) Gewogener Außenwert gegenüber 18 Industrieländern nach Ausschaltung der unterschiedlichen Preissteigerungsraten gemessen an den Verbraucherpreisen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 920496

unter einer grundlegend veränderten außenwirtschaftlichen Konstellation (Passivierung der Leistungsbilanz). Diese kräftige Aufwertung der D-Mark spiegelt zweierlei wider: zum einen die deutliche Abwertung des Dollar, der am 2. September 1992 mit 1,3870 DM einen historischen Tiefstand erreichte, zum anderen die im Sommer aufgekommenen Turbulenzen innerhalb des Europäischen Währungssystems und die Abwertungen von Lira, Pfund und Peseta.

172. Nachdem die D-Mark in den ersten Monaten des Jahres 1992 im EWS zur Schwäche neigte, kam es bereits im Juni nach der dänischen Ablehnung des Maastrichter Vertrages zu einer Festigung des Außenwertes der deutschen Währung. Zunehmende Unsicherheit über den Ausgang des französischen Referendums sowie die damit verbundene Verunsicherung bezüglich des weiteren monetären Integrationsprozesses in Europa lösten Ende August Turbulenzen an den europäischen Devisenmärkten aus. Trotz Zinsanhebungen und intramarginaler Interventionen konnte nicht verhindert werden, daß die italienische Lira Ende August an ihren unteren Interventionspunkt gegenüber der D-Mark sowie dem belgischen Franc stieß. Auch die am 13. September 1992 beschlossene Abwertung der Lira um 7 vH gegenüber allen übrigen am EWS beteiligten Ländern sorgte nur kurzzeitig für Entspannung. Angesichts der aufgrund anhaltender Währungsspekulationen notwendig gewordenen Interventionssummen in Rekordhöhe ließen sich die Wechselkurse im EWS nicht aufrechterhalten. Im Zuge eines erneuten Realignments am 17. September 1992 wurde die spanische Peseta um 5 vH gegenüber allen übrigen EWS-Währungen abgewertet; Italien und Großbritannien suspendierten ihre Teilnahme am Wechselkursmechanismus.

173. Zwar mag die deutsche Politik hoher Zinsen einer der Auslöser für die Krise des Europäischen Währungssystems gewesen sein, die eigentlichen Gründe lagen jedoch tiefer. Bereits 1989 hat der Sachverständigenrat darauf hingewiesen, daß eine Überprüfung der Leitkurse überfällig war (JG 89 Ziffern 419ff.). Zwischen Ländern, deren fundamentale wirtschaftliche Daten sich unterschiedlich entwickeln, erschien bereits damals ein auf Dauer fester Wechselkurs nicht angebracht. Ein solcher verlagert die Anpassungslast aus unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen auf Löhne und Preise. Gelingt diese ungleich schwerere Anpassung nicht, das heißt kommt es beispielsweise zu divergierenden Preissteigerungsraten, so ändert sich bei festen nominalen Wechselkursen der reale Außenwert der Währungen. Insofern deuten Änderungen des realen Wechselkurses auf einen Anpassungsbedarf hin. Dieser Anpassungsbedarf bestand jedoch nicht gegenüber allen übrigen am EWS beteiligten Währungen. Mit der deutschen Einheit haben sich auch die außenwirtschaftlichen Konditionen zu Lasten der D-Mark gewendet, was den Anpassungsdruck verringert hat. Die im September vorgenommenen Realignments trafen Länder, deren gesamtwirtschaftliche Lage sich auch gegenüber Deutschland deutlich verschlechtert hatte.

174. Die Kursbewegungen des Dollar waren in diesem Jahr im wesentlichen durch die Entwicklung der Zinsdifferenz zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik geprägt. Nach einer Schwächephase der D-Mark im ersten Halbjahr, in dem der Dollarkurs von 1,58 DM/Dollar im Januar auf 1,62 DM/Dollar im Mai stieg, hat die D-Mark sich gegenüber dem Dollar deutlich aufgewertet, von Januar bis September insgesamt um knapp 9 vH. Diese Umkehr in der Wechselkursentwicklung war vor allem auf divergierende Geldpolitiken in den beiden Ländern zurückzuführen. Während in den Vereinigten Staaten die Geldpolitik in diesem Jahr erneut gelockert wurde (Ziffer 7), blieben in der Bundesrepublik die Zinsen zunächst hoch. Trotz massiver Interventionen verschiedener Notenbanken zugunsten des Dollar konnte dessen Schwäche nicht verhindert werden, zumal Hoffnungen auf eine baldige Erholung der amerikanischen Wirtschaft sich nicht bestätigten. Im Anschluß an die Senkung der Notenbankzinsen in Deutschland und das damit verbundene Abschmelzen des deutschen Zinsvorsprungs wertete die US-Währung gegenüber der D-Mark jedoch wieder auf, zuletzt bis auf etwa 1,60 DM/Dollar.

Tabelle 40

Geldpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1991	
5. Dezember	Der Zentralbankrat beschließt ein Geldmengenziel für das Jahr 1992. Ausgehend von einem Potentialwachstum in Deutschland von 2¾ vH, einer normativen Preissteigerungsrate von 2 vH und einem Zuschlag von einem halben Prozentpunkt für die Abnahme der Geldumlaufsgeschwindigkeit soll die Geldmenge M 3 im Verlauf des Jahres 1992 um 3,5 vH bis 5,5 vH zunehmen; dabei ist berücksichtigt, daß die Geldmenge M 3 in der zweiten Jahreshälfte 1991 überaus kräftig zugenommen hat. Außerdem beschließt der Zentralbankrat mit Wirkung vom 2. Januar 1992 eine Kürzung der Refinanzierungskontingente für die ostdeutschen Kreditinstitute um 8 Mrd DM und eine Beschränkung der Verwendung von Sola-Wechseln auf 25 vH der Kontingente.
9./10. Dezember	Die Staats- und Regierungschefs der zwölf EG-Staaten schließen die Verhandlungen über den „Vertrag über die Europäische Union" auf ihrer Tagung in Maastricht ab. Die Beschlüsse zur Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion sehen spätestens für 1999 die unwiderrufliche Festlegung der Wechselkurse sowie die anschließende Einführung einer europäischen Einheitswährung vor.

noch Tabelle 40

Datum	
noch: 1991	
19. Dezember	Der Zentralbankrat beschließt mit Wirkung vom 20. Dezember 1991 eine Erhöhung des Diskontsatzes und des Lombardsatzes um jeweils einen halben Prozentpunkt auf 8 % beziehungsweise 9,75 %. Mit diesen Beschlüssen soll eine Mäßigung der Geldmengenexpansion herbeigeführt werden.
1992	
7. Februar	Die Außenminister und die Finanzminister der zwölf EG-Staaten unterzeichnen den „Vertrag über die Europäische Union".
2. April	Der Zentralbankrat stellt den Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1991 fest. Der Reingewinn beläuft sich auf 15,2 Mrd DM; davon werden 14,5 Mrd DM gemäß den gesetzlichen Vorschriften an den Bundeshaushalt abgeführt.
6. April	Portugal tritt dem Europäischen Währungssystem (EWS) bei: Die Schwankungsbreite des Escudo wird zunächst auf ±6 vH festgelegt.
2. Juni	Die dänische Bevölkerung lehnt in einem Referendum den Maastrichter Vertrag mit einer knappen Mehrheit von 50,7 vH ab.
17. Juni	Der Bundestag entscheidet über die Neuordnung der Bundesbankstruktur und weist die Bedenken des Bundesrates zurück. Die beschlossene Änderung des Bundesbankgesetzes sieht mit Wirkung vom 1. November 1992 die Verringerung der Anzahl der Landeszentralbanken von bisher elf in den westlichen Bundesländern auf neun im gesamten Bundesgebiet vor. Neben der Einbindung der ostdeutschen Bundesländer in die Bundesbankstruktur soll mit dem Änderungsgesetz eine Straffung der Organisation der Bundesbank erreicht werden.
3. Juli	Die Bundesbank gibt eine „Erklärung zu DM-Emissionen" heraus, welche die bisherige „Erklärung zu DM-Auslandsemissionen" mit Wirkung vom 1. August 1992 ersetzt. Durch die neue Erklärung wird ausländischen Nichtbanken die Begebung von DM-Schuldverschreibungen auch mit kürzeren Laufzeiten als zwei Jahren und somit der direkte Zugang zum deutschen Commercial-Paper-Markt ermöglicht.
6. Juli	Der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat einigt sich auf einen Kompromiß zur Neuregelung der Zinsbesteuerung. Nach dem Beschluß des Vermittlungsausschusses soll ab dem 1. Januar 1993 der Zinsabschlag 30 vH (für anonyme Tafelgeschäfte 35 vH) betragen. Der Freibetrag für Kapitaleinkünfte soll auf 6 000 DM für Alleinstehende beziehungsweise 12 000 DM für Verheiratete angehoben werden. Der Zinsabschlag erfaßt grundsätzlich nur Personen mit inländischem Wohnsitz.
16. Juli	Der Zentralbankrat beschließt eine Anhebung des Diskontsatzes von 8 % auf 8¾ %. Mit dieser Maßnahme sollen der Preisauftrieb, das Geldmengenwachstum sowie die Ausweitung des Kreditvolumens gedämpft werden. Gleichzeitig erhofft sich die Bundesbank eine Stärkung des Vertrauens in die Stabilität der D-Mark.
13. September	Die EG-Finanzminister und Notenbankpräsidenten beschließen eine Anpassung der Leitkurse im EWS mit Wirkung vom 14. September 1992. Im Rahmen des Wechselkursmechanismus wird die italienische Lira um 3,5 vH abgewertet. Da zugleich die übrigen EWS-Währungen um 3,5 vH aufgewertet werden, entspricht dies einer effektiven Abwertung der italienischen Währung um 7 vH.
14. September	Der Zentralbankrat beschließt, mit Wirkung vom 15. September 1992 den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt auf 8,25 % und den Lombardsatz um einen viertel Prozentpunkt auf 9,5 % zu senken. Gleichzeitig wird das nächste Wertpapierpensionsgeschäft als Mengentender mit einem Festsatz von 9,2 % ausgeschrieben.
16. September	Die Regierung Großbritanniens setzt die Teilnahme des britischen Pfundes am EWS-Wechselkursmechanismus vorübergehend aus.
17. September	Der EG-Währungsausschuß beschließt ein vorübergehendes Ausscheiden der italienischen Lira aus dem EWS. Gleichzeitig wird die spanische Peseta gegenüber den verbleibenden EWS-Währungen um 5 vH abgewertet.
20. September	Die französische Bevölkerung billigt in einem Referendum den Maastrichter Vertrag mit einer knappen Mehrheit von 51 vH.
2. Oktober	Der Zentralbankrat beschließt, die Laufzeit der Wertpapierpensionsgeschäfte bis auf weiteres auf zwei Wochen zu verkürzen. Angesichts des im Zusammenhang mit den hohen Devisenzuflüssen im September gesunkenen Volumens an Wertpapierpensionsgeschäften soll mit diesem Beschluß auch weiterhin der regelmäßige Einsatz dieses geldpolitischen Instrumentes ermöglicht werden. Außerdem beschließt der Zentralbankrat die Anpassung der Refinanzierungskonditionen ostdeutscher Kreditinstitute an diejenigen westdeutschen Geschäftsbanken. Mit Wirkung vom 2. November 1992 ist die Verwendung von Sola-Wechseln im Rahmen der Rediskontingente nicht mehr möglich. Lombardkredite gegen Verpfändung von Sola-Wechseln werden längstens bis Ende 1992 gewährt.

VI. Finanzpolitik: Konsolidierung noch nicht auf den Weg gebracht

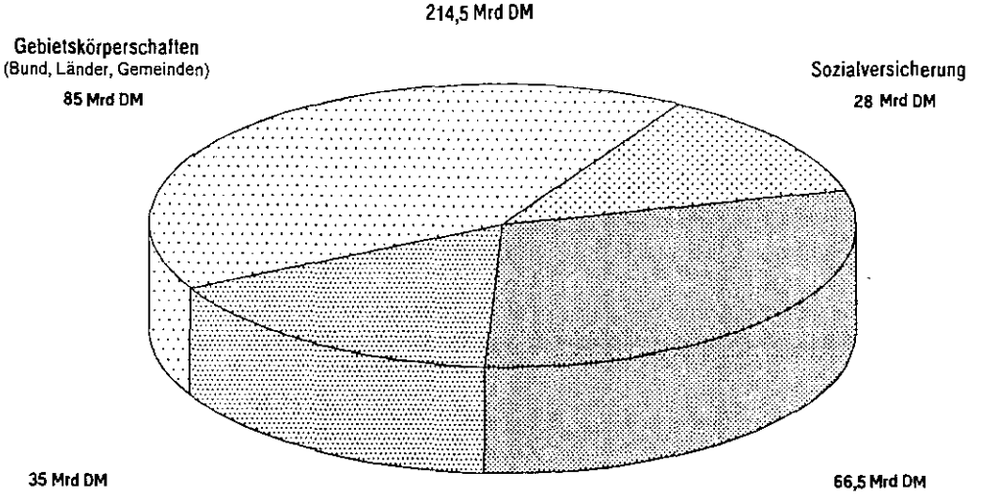
175. Die Konsolidierungsaufgabe wurde auch im Jahre 1992 nicht entschlossen genug angegangen. Das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts (Gebietskörperschaften und Nebenhaushalte) verharrte mit 120 Mrd DM auf dem Niveau des Vorjahres, bezogen auf das nominale Bruttosozialprodukt betrug es 4 vH nach 4,3 vH im Vorjahr. Berücksichtigt man überdies die Defizite der Sozialversicherung, der Treuhandanstalt, der Deutschen Bahnen, der Deutschen Bundespost sowie der ostdeutschen Wohnungswirtschaft, so ergibt sich ein dramatisches Bild. Der Fehlbetrag aller dieser dem öffentlichen Bereich zuzuordnenden Haushalte im Jahre 1992 erreichte 214,5 Mrd DM, die Defizitquote 7 vH; im Vorjahr lagen das entsprechende Defizit bei 151 Mrd DM und die Defizitquote bei 5,3 vH (Schaubild 25). Die für eine Konsolidierung notwendige und überfällige Neuorientierung der Ausgabenpolitik blieb quantitativ und qualitativ weitgehend aus. So stiegen die konsolidierten Ausgaben der Gebietskörperschaften gegenüber dem Vorjahr mit einer Rate von 8 vH erneut stark an. Eine Ausweitung des Defizits der Gebietskörperschaften gegenüber dem Vorjahr wurde nur durch die mit 10 vH wiederum sehr dynamische Entwicklung der Steuereinnahmen verhindert, die auch auf die steuerpolitischen Maßnahmen des vergangenen Jahres zurückzuführen ist.

176. Mit dem Eckwertebeschluß für die mittelfristige Finanzplanung vom 13. Mai 1992 und dessen Umsetzung im Finanzplan für die Jahre 1992 bis 1996 versuchte die Bundesregierung, eine glaubwürdige Konsolidierungsstrategie zu entwickeln. Bei näherer Betrachtung drängen sich indes ernsthafte Zweifel darüber auf, ob diese Konzeption realistisch ist. Erstens scheint es kaum möglich zu sein, bei unveränderter Prioritätensetzung die anvisierten Steigerungsraten für die Ausgabenentwicklung zu verwirklichen. Dies gilt insbesondere für die Vorstellung, künftig keinen Zuschuß mehr an die Bundesanstalt für Arbeit leisten zu müssen (Ziffer 201). Zweitens sind die der Planung zugrunde liegenden Annahmen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung äußerst optimistisch; bereits ein etwas ungünstigerer Wachstumspfad läßt die Zielvorgaben der Finanzplanung unerreichbar werden (Ziffer 342). Und drittens ist eine konzeptionelle Antwort auf die zur Lösung anstehenden Gestaltungsprobleme nicht in zureichender Weise gegeben worden; dies gilt für die Neuregelung des Finanzausgleichs ebenso wie für die Verteilung der Schulden des Kreditabwicklungsfonds, der Treuhandanstalt und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft.

Die Konsolidierungsaufgabe richtet sich aus gesamtwirtschaftlicher Sicht und aufgrund bundesstaatlicher Verantwortung freilich nicht nur an den Bund, sondern ebenso an Länder und Gemeinden. Dort waren

Schaubild 25

FINANZIERUNGSDEFIZIT ALLER DEM ÖFFENTLICHEN BEREICH ZUZUORDNENDEN HAUSHALTE IM JAHRE 1992[1)]



1) In der Abgrenzung der Finanzstatistik, eigene Schätzung.

SR 92 0507

Tabelle 41

Maßnahmen im Jahre 1992 zur Absicherung der finanziellen Basis der Länder und Gemeinden in Ostdeutschland

Mrd DM

Bund	1992	1993	1994
Aufhebung Strukturhilfe [1]	+0,95	+2,45	+ 2,45
Veränderung der MWSt-Aufteilung [2]	.	−4,4	− 4,7
Aufstockung Fonds „Deutsche Einheit"	−5,9	−8,45	−10,3
davon: MWSt-Erhöhung	.	−6,6	− 8,1
Zuschuß aus dem Bundeshaushalt [1]	−5,9	−1,0	− 1,0
Einnahmen durch den Zinsabschlag [3]	.	−0,85	− 1,2

Westdeutsche Länder	1992	1993	1994
Aufhebung Strukturhilfe [1]	−0,95	−2,45	− 2,45
Veränderung der MWSt-Aufteilung [2]	.	+3,5	− 3,8
Aufstockung Fonds „Deutsche Einheit" — aus MWSt-Erhöhung	.	−3,9	− 4,8

Einnahmen der Länder und Gemeinden in Ostdeutschland

	1992	1993	1994
1. Fonds „Deutsche Einheit" altes Gesamtvolumen	28,0	20,0	10,0
Aufstockung [1]			
— vom Bund	+5,9	+8,45	+10,3
— Länder – West	.	+3,9	+ 4,8
neues Gesamtvolumen	33,9	32,35	25,1
2. Steuereinnahmen			
— Länder	23,5	26,9	33,5
— Gemeinden	4,7	5,7	7,3
Insgesamt	62,1	64,95	65,9
DM pro Einwohner			
Fonds „Deutsche Einheit" und Steuereinnahmen	3 857	4 034	4 093
nachrichtlich: Steuereinnahmen in den alten Bundesländern	4 819	5 109	5 583

[1] Gemäß Gesetz zur Aufhebung des Strukturhilfegesetzes und zur Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit".
[2] Revision der Anteilssätze von Bund und Ländern am Aufkommen der Umsatzsteuer ab 1993: Bund 63 vH, Länder 37 vH.
[3] Gesetz zur Neuregelung der Zinsbesteuerung (Zinsabschlaggesetz); gemäß Angaben des BMF.

auch im Jahre 1992 keine überzeugenden Konsolidierungsstrategien in Sicht. Daß eine Konsolidierung für Länder und Gemeinden aus strukturellen Gründen schwieriger ist als für den Bund, entbindet diese nicht von der Aufgabe, durch Umschichtungen den Anstieg der Ausgaben drastisch zu verringern.

177. Auch die für sich genommen erfreulichen Kassenergebnisse des Bundes für das Jahr 1991 können nicht als ein Einstieg in die Gesundung der Staatsfinanzen bewertet werden, weil die dahinter stehenden Einsparungen überwiegend zufällig waren und keiner zielgerichteten Konsolidierungsstrategie entsprangen. Bemerkenswert ist, daß der Haushaltsabschluß des Bundes für das Jahr 1991 eine Nettokreditaufnahme auswies, die gut 8 Mrd DM unter dem vom Finanzplanungsrat im Dezember 1991 für möglich gehaltenen Ergebnis lag. Die beim Bund realisierten Minderausgaben bedeuteten allerdings nur zu einem geringen Teil dauerhafte Einsparungen. In den meisten Fällen, wie bei den Zinszuschüssen an den Kreditabwicklungsfonds oder der einmaligen Überbrückungshilfe für die von der Aufhebung der Strukturhilfe betroffenen Bundesländer, kam es schon im Jahre 1992 zu entsprechenden Mehrausgaben, die im Nachtragshaushalt vom 25. Juni 1992 eingestellt wurden.

178. Neben der Bewältigung der Konsolidierungsaufgabe galt es in diesem Jahr, die finanzielle Basis der neuen Bundesländer und ihrer Gemeinden mittelfristig adäquat abzusichern (JG 91 Ziffern 317 ff.). Aufgrund des Vermittlungsergebnisses vom 14. Februar 1992 (Tabelle 49, Seiten 158 f.) konnte die Finanzausstattung der neuen Bundesländer und ihrer Gemeinden im Jahre 1992 insgesamt und je Einwohner auf dem Niveau des Vorjahres stabilisiert werden. Gleichwohl liegen die frei verfügbaren Einnahmen in den neuen Bundesländern mit 3 875 DM pro Kopf immer noch deutlich unter den Steuereinnahmen in den alten Bundesländern, die pro Kopf 4 819 DM erreichten. Dieses Verhältnis wird sich bis zum Jahre 1994 weiter verschlechtern (Tabelle 41). Daran ändern auch erhöhte Zuweisungen über den Fonds „Deutsche Einheit" nichts, die der Bund für die Jahre 1993 und 1994 durch eine entsprechende Verwendung seines Anteils an den Steuermehreinnahmen aufgrund des Zinsabschlags zugesagt hat. Es kann kaum die Rede davon sein, daß die Finanzausstattung der ostdeutschen Gebietskörperschaften mittelfristig in einer Weise abgesichert wäre, die den berechtigten Nachholbedarf und die aus der anstehenden künftigen Übernahme von Altschulden resultierenden Belastungen berücksichtigt. Zudem wurde das Problem der effizienten Mittelverwendung durch die ungebundene Zuweisung der zusätzlichen Transfers über den Fonds vernachlässigt. Und es erscheint zweifelhaft, ob durch die Umlenkung der Strukturhilfe dem Gebot der effizienten Mittelaufbringung Rechnung getragen wurde. Denn damit ist kaum vereinbar, daß nunmehr die finanzschwächeren Länder zusätzlich belastet wurden, nicht aber die finanzstärksten Länder Hessen und Baden-Württemberg. Immerhin gelang es dadurch und durch die Einbringung der Steuermehreinnahmen, die aus der Erhöhung des Normalsatzes in der Mehrwertsteuer resultieren, in den Fonds „Deutsche Einheit", die westdeutschen Länder stärker an der Finanzierung der Transfers für Ostdeutschland zu beteiligen. Allerdings vermochten diese durch eine Anhebung des Länderanteils am Umsatzsteueraufkommen von 35 vH auf 37 vH einen großen Teil der zusätzlichen Abführung an den Fonds zu finanzieren.

Bislang keine Revision der Ausgabenpolitik

179. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sollte nach den Vorstellungen des Sachverständigenrates primär auf der Ausgabenseite bewältigt werden (JG 90 Ziffer 347, JG 91 Ziffer 340). Allerdings ging und geht es nicht nur um eine quantitative Konsolidierung. Vielmehr stellte sich die Aufgabe, alle öffentlichen Ausgaben und dies auf allen Ebenen einer grundsätzlichen Überprüfung zu unterziehen und dabei neue Prioritäten und Schwerpunkte zu setzen. Vor einer solchen Aufgabe — wenngleich mit anderer Dimension — standen die Gebietskörperschaften auch Anfang der achtziger Jahre. Damals wie heute ging es darum, die Konsolidierungsaufgabe auf eine Weise zu bewältigen, die unerwünschte gesamtwirtschaftliche Wirkungen („Konsolidierungsschäden", siehe SG 82 Ziffer 57) vermeidet oder zumindest gering hält. Eine Revision der Ausgabentätigkeit, die diesen Anforderungen genügt, ist im Jahre 1992 nicht auf den Weg gebracht worden. Dies gilt für den Bund, der nicht nur seine Ausgaben überwiegend fortgeschrieben, sondern — wie beim Kindergeld — bestehende Leistungen ausgeweitet und — wie durch die Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes — neue Leistungen anderen Gebietskörperschaften aufgebürdet hat. Ferner trifft dies für die westdeutschen Länder und Gemeinden zu, die bislang eine grundlegende Neuordnung der Prioritäten nicht vorgenommen haben und Einsparungen ausschließlich über eine Rückführung der Investitionen erzielen konnten. Damit deutet sich eine Wiederholung der Konsolidierungsstrategie aus den achtziger Jahren an. Schließlich konnten auch die neuen Bundesländer und ihre Gemeinden im Jahre 1992 überkommene Ausgabenposten noch nicht erfolgreich abbauen.

Wiederum deutlicher Anstieg der Bundesausgaben

180. Die Bundesausgaben stiegen in diesem Jahr mit knapp 6,5 vH abermals kräftig. Zwar stehen dahinter Ausgabenverlagerungen aus dem Jahre 1991 in dieses Jahr in Höhe von etwa 3,5 Mrd DM; gleichzeitig ist zu bedenken, daß im Vorjahr der Bund durch die Unterstützungszahlungen an die am Golfkrieg beteiligten Alliierten mit 10,5 Mrd DM belastet war.

Geprägt war der Bundeshaushalt 1992 durch die mit 22,5 vH starke Ausweitung der einigungsbedingten Ausgaben, die gut ein Viertel aller Bundesausgaben ausmachten. Diese Ausgaben beruhen zum einen auf der Wahrnehmung traditioneller Bundesaufgaben im Beitrittsgebiet, zum anderen auf befristeten Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Neuaufbau der ostdeutschen Wirtschaft. So wurde das Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost" mit 11,3 Mrd DM weitergeführt. Davon entfielen zwei Drittel auf Inve-

stitionsausgaben, wobei der Schwerpunkt mit 4,9 Mrd DM auf der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur lag. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" standen für die neuen Bundesländer nach Anhebung durch den Nachtragshaushalt 2,7 Mrd DM zur Verfügung, der Ansatz lag damit um 35 vH über dem des Vorjahres. Die speziellen Anpassungs- und Förderhilfen für die Landwirtschaft betrugen einschließlich der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" gut 3 Mrd DM. Wie im Vorjahr, so resultierte auch im Jahre 1992 fast ein Drittel der einigungsbedingten Ausgaben aus der sozialen Flankierung des wirtschaftlichen Erneuerungsprozesses in den neuen Bundesländern. Der Entlastung des angespannten Arbeitsmarktes dienten neben den Zahlungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (3 Mrd DM Lohn- und Sachkostenzuschüsse) vor allem das noch von der letzten Regierung der DDR eingeführte Vorruhestandsgeld, für das Ausgaben in Höhe von 4,8 Mrd DM entstanden. Das ergänzend eingeführte Altersübergangsgeld belastet erst im kommenden Jahr den Bundeshaushalt, denn der Bundesanstalt für Arbeit werden erst jene Mehraufwendungen beim Altersübergangsgeld erstattet, die bei einer Anspruchsdauer von mehr als 2 Jahren und 8 Monaten entstehen.

Durch die zum 1. Januar 1992 in Kraft getretene Neuregelung des Rentenrechts wurde die Berechnung des Bundeszuschusses an die Gesetzliche Rentenversicherung geändert. Die Erstattungen für die Anrechnung von Kindererziehungszeiten bei der Rentenberechnung in Höhe von 4,8 Mrd DM wurden in den allgemeinen Bundeszuschuß eingerechnet und werden damit künftig automatisch fortgeschrieben. Nachdem bereits im Vorjahr beim Erziehungsgeld, beim Kindergeld und beim Wohngeld Verbesserungen eingeführt worden waren, wurde durch das Steueränderungsgesetz 1992 das Erstkindergeld von 50 DM auf 70 DM sowie der Kindergeldzuschlag um bis zu 17 DM erhöht; für den Bund ergaben sich dadurch Mehrausgaben in Höhe von 3 Mrd DM.

181. Die Ausgaben des Bundes für eigene Sachinvestitionen und für Finanzierungshilfen zugunsten von Investitionen Dritter stiegen im Jahre 1992 um 3,5 Mrd DM auf 68,5 Mrd DM. Wie bereits in den letzten Jahren, so dominierte auch diesmal der Bundesfernstraßenbau mit 8,1 Mrd DM, wobei ein knappes Drittel auf die jungen Länder entfiel. Die Investitionszuschüsse an die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Reichsbahn erreichten in diesem Jahre zusammen 8,2 Mrd DM nach 5,7 Mrd DM im Vorjahr. Zur weiteren Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden und zum partiellen Ausgleich der durch die Gewerbesteuerentlastungen den Gemeinden entstehenden Einnahmenausfälle wurden durch das Steueränderungsgesetz 1992 die Finanzhilfen im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes um 1,5 Mrd DM aufgestockt. Die Investitionszuschüsse, die über die Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", „Agrarstruktur und Küstenschutz" sowie „Aus- und Neubau von wissenschaftlichen Hochschulen" an alle Länder gezahlt wurden, beliefen sich auf 6,6 Mrd DM (1991: 5,9 Mrd DM).

Überdurchschnittlich stiegen mit gut 11 vH die Zinsausgaben im Bundeshaushalt, die Zins-Ausgaben-Quote erreichte knapp 10,3 vH. Dabei ist zu beachten, daß der Bund seit dem vergangenen Jahr Zuschüsse an den Kreditabwicklungsfonds zur Finanzierung der von diesem zu zahlenden Zinsen leistet. Die Zinsausgaben des Fonds betrugen im Jahre 1992 laut Wirtschaftsplan insgesamt 16 Mrd DM. Gemäß Artikel 23 Einigungsvertrag haben bis zum 31. Dezember 1993 der Bund und die Treuhandanstalt diesem Sondervermögen jeweils die Hälfte der Zinszahlungen zu erstatten. Da die Treuhandanstalt nach diesem Zeitpunkt allerdings kaum in der Lage sein wird, aus ihren Verkaufserlösen wie vorgesehen die Zins- und Tilgungsleistungen des Fonds zu übernehmen, dürfte die dort geparkte Verschuldung auf Dauer nicht nur zur Hälfte vom Bund zu tragen sein. Deshalb sind die im Jahre 1992 an den Fonds gezahlten 8 Mrd DM zu den Zinsausgaben des Bundes hinzuzuzählen, die Zinslastquote betrug dann gut 12 vH.

182. Bei dem Versuch, in den öffentlichen Haushalten Spielräume für Ausgabenumschichtungen zu schaffen, sollten vor allem die Subventionen in den Mittelpunkt gerückt werden. Nach dem 13. Subventionsbericht der Bundesregierung vom Oktober 1991 sind zwar Kürzungen vorgesehen, gleichwohl deutet sich eine durchgreifende Wende in der Subventionspolitik nicht an. So waren die Subventionen des Bundes (Finanzhilfen und Steuervergünstigungen), die sich laut Subventionsbericht auf 35,6 Mrd DM beliefen, in diesem Jahr um knapp 3 Mrd DM niedriger als im vergangenen Jahr. Zwei Aspekte trüben indes das Bild. Erstens beruhten die Einsparungen im Bereich der alten Bundesländer mit 2,3 Mrd DM auf dem schrittweisen Abbau der Berlin- und Zonenrandförderung. Die Kassenwirksamkeit der Beschlüsse der Bundesregierung vom 10. Juli 1991 zum Abbau von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen war mit 3,6 Mrd DM, gemessen an den Ankündigungen und den Notwendigkeiten einer veränderten Prioritätensetzung, eher bescheiden. Zweitens wurde der Rückgang der Subventionen des Bundes durch einen Zuwachs bei den Ländern und Gemeinden, dem ERP-Sondervermögen sowie den Marktordnungsausgaben der Europäischen Gemeinschaft mehr als ausgeglichen. In diesem Jahr überschritt das Gesamtvolumen der Subventionen in der Abgrenzung des Subventionsberichts erstmals die 100 Mrd DM-Grenze, der Anstieg gegenüber dem Vorjahr betrug knapp 4,5 vH. Legt man den Subventionsbegriff zugrunde, wie er in der Strukturberichterstattung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute verwendet wird, dann ergibt sich ein deutlich höherer Gesamtbetrag. Für 1992 dürften sich die Subventionen in dieser Abgrenzung, die unter anderem die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen an die Deutschen Bahnen und die Deutsche Bundespost sowie für Grundlagenforschung einbezieht, auf über 150 Mrd DM belaufen. Unberücksichtigt sind dabei die Sanierungs- und Liquiditätshilfen, die die Treuhandanstalt an ihre Unternehmen zahlt. Allein im Jahre 1992 waren dies rund 10 Mrd DM.

183. Im Mai dieses Jahres wurde aufgrund zusätzlicher Ausgaben die Verabschiedung eines Nachtragshaushalts erforderlich. Der Bund mußte unter ande-

rem 1,5 Mrd DM bereitstellen, die er den Empfängerländern der Strukturhilfe als einmalige Überbrükkungshilfe auf der Grundlage des Gesetzes zur Aufhebung der Strukturhilfe und zur Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit" zu zahlen hatte. Daneben waren 2 Mrd DM zusätzlich als Zinszuschüsse an den Kreditabwicklungsfonds zu überweisen, und 1 Mrd DM war bei den Gewährleistungen durch den im Januar 1992 vereinbarten Zahlungsaufschub gegenüber den Nachfolgestaaten der Sowjetunion verursacht. Dank deutlicher Steuermehreinnahmen, einer um 2,1 Mrd DM verminderten Abführung an die Europäische Gemeinschaft sowie durch Minderausgaben konnten die zusätzlichen Ausgaben finanziert und zugleich die Nettokreditaufnahme des Bundes um 4,8 Mrd DM reduziert werden.

Keine qualitative Konsolidierung in Westdeutschland

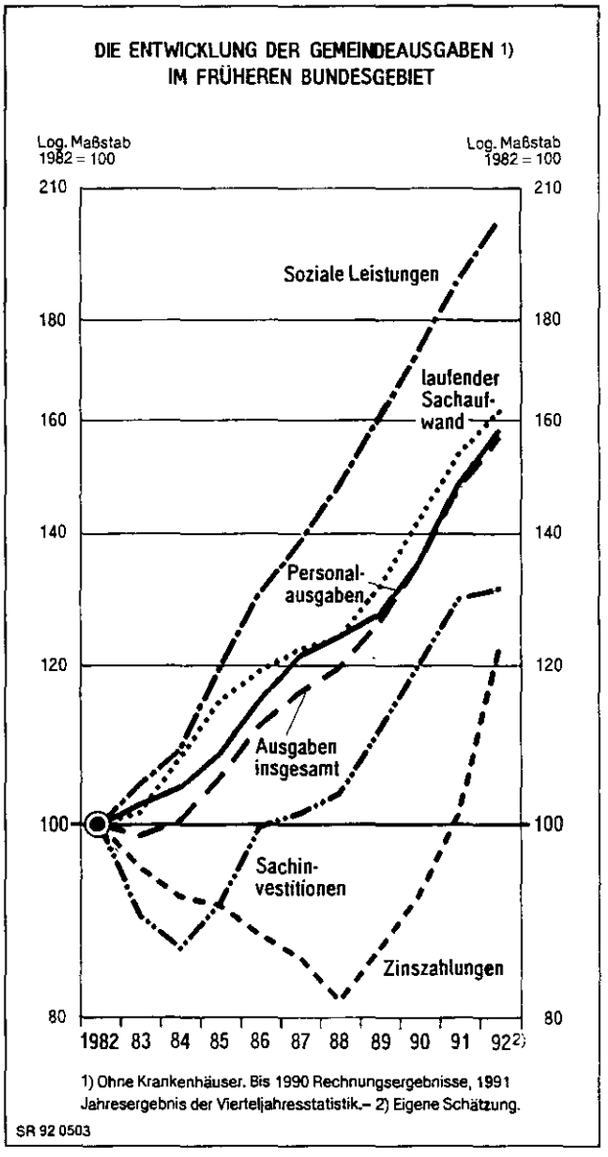
184. Bei den Ausgaben der Länder und Gemeinden in Westdeutschland konnten im Jahre 1992 die extrem hohen Steigerungsraten des Vorjahres vermieden werden, gleichwohl blieb die Expansion mit 5,3 vH bei den Ländern und 6 vH bei den Gemeinden kräftig und überstieg die Wachstumsraten der Ausgaben in den achtziger Jahren. Die Ausgabenstrukturen sind bei diesen Gebietskörperschaften kurzfristig starrer als beim Bund. Kennzeichnend für die Ausgabenstruktur bei Ländern und Gemeinden ist der hohe Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben; während dieser beim Bund nur 12 vH betrug, belief er sich bei den Ländern auf über 40 vH und bei den Gemeinden auf knapp 30 vH. Der Tarifabschluß für den öffentlichen Dienst (Ziffer 122) führte zusammen mit den strukturellen Verbesserungen und den Auswirkungen von Beförderungen zu Ausgabensteigerungen von gut 6,5 vH, die damit nur geringfügig schwächer ausfielen als im Vorjahr.

Kräftig gestiegen sind bei den Gemeinden die Ausgaben für soziale Leistungen, deren Hauptbestandteil die Sozialhilfeausgaben bilden. Bereits in den vergangenen zehn Jahren ist dieser Ausgabenposten, der im wesentlichen durch Bundesgesetz bestimmt ist und den die Gemeinden deshalb nur über eine restriktive Handhabung der Ausführungsbestimmungen geringfügig beeinflussen können, überdurchschnittlich gestiegen (Schaubild 26). Die Sozialausgaben erreichten in diesem Jahr mit 37,5 Mrd DM rund 17,5 vH der gesamten Kommunalausgaben und waren neben den Personalausgaben ein weiterer wesentlicher Faktor für deren Starrheit.

185. Die Zins-Ausgaben-Quote ist aufgrund der Kreditaufnahme des Jahres 1991 sowie infolge des höheren Zinsniveaus, das die Refinanzierung von Altkrediten verteuerte, weiter gestiegen, sie erreichte bei den westdeutschen Ländern 8,6 vH nach 7,6 vH im Jahre 1991 und bei den Gemeinden knapp 5 vH nach 4,3 vH. Dabei war die Situation der einzelnen Länder durchaus unterschiedlich. Während Bayern, Baden-Württemberg und Hessen unterdurchschnittliche Quoten ausweisen, liegen die nördlichen Länder über dem Durchschnitt. Die Spitzenpositionen nehmen mit 16 vH Bremen und mit 18 vH das Saarland ein. Beiden Bundesländern hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 27. Mai 1992 eine Haushaltsnotlage und damit den Anspruch auf einen solidarischen Beistand durch den Bund, gegebenenfalls gemeinsam mit den übrigen westdeutschen Ländern, bestätigt.

186. Waren die Ausgaben der Gemeinden für Sachinvestitionen im vergangenen Jahr nominal noch kräftig ausgeweitet worden, so stagnierten sie im Jahre 1992 nahezu. Rund 80 vH der Investitionsausgaben wurden für Baumaßnahmen eingesetzt. In der Stagnation der nominalen Investitionsausgaben deutet sich eine Wiederholung des kommunalen Ausgabenverhaltens in den achtziger Jahren an, als die Gemeinden allein durch die Reduzierung oder die unterproportionale Ausweitung der Investitionsausgaben einen Konsolidierungsbeitrag leisteten. Obgleich bei weitem nicht jede Investition dringlich ist, so erscheinen doch angesichts des für die Bereiche Energie- und Wasserversorgung, Verkehr, Krankenhäuser und Schulen bestehenden Investitionsbedarfs bei einer ausschließlichen Konsolidierung über die

Schaubild 26



Investitionsausgaben Konsolidierungsschäden unvermeidbar. Um dies zu verhindern, müssen die Gemeinden alle Haushaltspositionen gleichermaßen in den Blick nehmen. Freilich wird der Handlungsspielraum der Kommunen nicht selten durch gesetzgeberische Maßnahmen auf Bundes- oder Landesebene beeinträchtigt, die wie bei der Neuregelung des Abtreibungsrechts die finanziellen Belastungen für die Gemeinden vernachlässigten. So müssen diese künftig ihre Ausgaben für Kinderbetreuungsinstitutionen, die zudem wegen des hohen Personalkostenanteils besonders folgelastenintensiv sind, massiv ausweiten (Kinder- und Jugendhilfegesetz).

Auch die alten Bundesländer gingen den Weg des geringsten Widerstandes, indem sie die Anpassung ihrer Ausgaben zu Lasten der Investitionstätigkeit versuchten. So konnte bereits im Jahre 1991 ein noch stärkerer Anstieg der Gesamtausgaben nur durch einen sehr niedrigen Zuwachs bei den Investitionsausgaben und einen restriktiven Haushaltsvollzug in diesem Bereich erzielt werden. In diesem Jahr sind die Investitionsausgaben der westdeutschen Länder nominal kaum ausgeweitet worden.

Normalisierung beim Haushaltsvollzug in Ostdeutschland

187. Das Ausgabeverhalten der ostdeutschen Länder divergierte untereinander in diesem Jahr stärker als im Jahre 1991. Dies äußert sich sowohl in unterschiedlichen Ausgabenstrukturen als auch in stark abweichenden Gesamtausgaben pro Kopf der Bevölkerung.

In allen Ländern waren in diesem Jahr die Ausgaben für eigene Investitionen und Investitionszuschüsse höher als die Neuverschuldung; ihr durchschnittlicher Anteil an den Gesamtausgaben belief sich auf knapp 30 vH und übertraf mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns den Anteil für Personalausgaben, der durchschnittlich 24 vH erreichte. Im Vergleich zu den alten Bundesländern hat die Bedeutung der Ausgaben für eigene Investitionen und Investitionszuschüsse pro Kopf weiter zugenommen. Darin wirkten sich die nach wie vor hohen Investitionszuweisungen des Bundes und die verschiedenen Kreditprogramme aus. Die Relation wird überdies dadurch beeinflußt, daß die Investitionsausgaben in den westdeutschen Ländern stagnierten. Die Zuweisungen für Investitionen und laufende Ausgaben, die vor allem vom Bund getragen wurden, haben entscheidend dazu beigetragen, daß die Pro-Kopf-Einnahmen der ostdeutschen Länder 109 vH der entsprechenden Einnahmen der westdeutschen Länder erreichten. Dagegen betrugen die Steuereinnahmen sowie die Einnahmen aus dem Fonds „Deutsche Einheit", die als Steuerersatz fungieren, je Einwohner nur 76,5 vH der Pro-Kopf-Steuereinnahmen der alten Bundesländer (Tabelle 42).

188. Der Anstieg der Ausgaben für Sachinvestitionen war sowohl bei den Ländern als auch bei den Gemeinden im Beitrittsgebiet zwar kräftig, gemessen am Nachholbedarf indes eher niedrig. So läßt sich der jährliche Finanzbedarf für den Aufbau einer der westdeutschen vergleichbaren Infrastruktur innerhalb von zehn Jahren auf 50 Mrd DM beziffern (JG 91 Ziffer 318). Offensichtlich versuchten die Länder, durch eine moderate Ausdehnung der Investitionsausgaben einen Handlungsspielraum in den Haushalten zu bewahren und die Kreditaufnahme einzugrenzen. Ein übriges mögen die teilweise immer noch bestehenden Umsetzungsprobleme in der Verwaltung sowie die Absorptionsprobleme der heimischen Wirtschaft getan haben, obgleich diese Schwierigkeiten zurückgegangen sind. Im Jahre 1992 erreichten die Investitionsausgaben der Gebietskörperschaften sowie der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Bundespost in Ostdeutschland gut 40 Mrd DM. Daß sowohl die Absorptionsprobleme als auch die Schwierigkeiten in der Verwaltung geringer geworden sind, zeigt sich zudem daran, daß die Mittel aus dem „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" in diesem Jahr sehr zügig abgeflossen sind. So waren bis Ende August bereits 84 vH der verfügbaren Mittel mit Aufträgen belegt, wobei der Kassenabfluß sich in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich vollzog.

189. Die Personalausgaben pro Kopf der Bevölkerung waren in den neuen Bundesländern wegen der niedrigeren Vergütung als im Westen vergleichsweise gering. Daneben wirkte sich aus, daß die abgeordneten Verwaltungsbeamten nach wie vor durch die westdeutschen Heimatländer bezahlt werden (rund 1 Mrd DM). Allerdings: Die ostdeutschen Länder und ihre Gemeinden haben immer noch zu viel Personal. Da die durch den Einigungsvertrag begründete Möglichkeit der Bedarfskündigung über die ursprüngliche Befristung zum 2. Oktober 1992 hinaus bis zum 31. Dezember 1993 verlängert wurde, besteht für die Länder und Gemeinden im Beitrittsgebiet nun die Chance, die notwendige Strukturanpassung erfolgreich zu beenden. Gelingt es dennoch nicht, Personal freizusetzen oder anderweitig Ausgaben einzusparen, dann bliebe bei einer vollen Tarifangleichung an das Niveau im Westen bis 1995 angesichts der damit verbundenen Mehrausgaben nur der Ausweg über zusätzliche Verschuldung.

190. Die gesamten öffentlichen Leistungen, die im Jahre 1992 vom Bund, den westdeutschen Gebietskörperschaften, über den Fonds „Deutsche Einheit", von der Europäischen Gemeinschaft und dem ERP-Sondervermögen sowie im Rahmen der Sozialversicherung an das Beitrittsgebiet erbracht wurden, beliefen sich brutto auf 234 Mrd DM (Tabelle 43). Diesen einigungsbedingten Leistungen standen Steuer- und Beitragseinnahmen im Beitrittsgebiet gegenüber. Berücksichtigt man diese einigungsbedingten Einnahmen, dann ergibt sich ein Nettotransfer von 150 Mrd DM; dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr einem Zuwachs von 20 vH beziehungsweise 25 Mrd DM. Nimmt man ferner mit ins Bild, daß die Einheit auch indirekt über einen Impuls auf das Wirtschaftswachstum und den Abbau teilungsbedingter Ausgaben zu Entlastungen in den öffentlichen Haushalten Westdeutschlands geführt hat, dann ergeben sich Nettoleistungen in einer engeren Abgrenzung von 137,5 Mrd DM.

Grundsätzlich ist zu beachten, daß sich mit den öffentlichen Leistungen für Ostdeutschland, die viel-

Tabelle 42

Die Haushaltspläne der neuen Bundesländer 1992[1])

Ausgabenarten und Einnahmenarten	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Sachsen	Zusammen	Je Einwohner[2])	Relation Ost/West[3])
	Mrd DM						DM	vH
Ausgaben, insgesamt	12,0	17,4	17,2	15,2	25,9	87,7	5 992	*125*
darunter:								
Personalausgaben	3,3	3,8	4,1	3,8	6,3	21,3	1 455	*76*
Sachaufwendungen	0,7	1,4	1,5	1,3	1,7	6,5	444	*113*
Zinsen	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,6	41	*10*
Eigene Sachinvestitionen	0,6	0,8	0,7	1,1	1,2	4,4	301	*170*
Investitionszuschüsse	2,6	4,6	4,1	3,9	6,4	21,6	1 476	*318*
Einnahmen ohne Kreditaufnahme, insgesamt	9,6	12,7	14,4	12,3	22,5	71,3	4 871	*109*
darunter:								
Steuern	2,8	4,0	4,4	3,8	7,1	22,1	1 510	*43*
Fonds „Deutsche Einheit" (Länderanteil)	2,4	3,3	3,6	3,3	6,0	18,6	1 271	—
Zuweisungen								
— für laufende Zwecke	1,2	1,2	2,3	0,6	2,0	7,3	499	—
— für Investitionen	1,2	1,5	1,2	1,6	2,8	8,2	560	—
Finanzierungsdefizit	2,4	4,7	2,8	2,9	3,4	16,4	1 120	*339*
	Anteil in vH							
Ausgaben, insgesamt	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*		
darunter:								
Personalausgaben	*27,5*	*21,8*	*23,8*	*25,0*	*24,3*	*24,3*		
Sachaufwendungen	*5,8*	*8,0*	*8,7*	*8,6*	*6,6*	*7,4*		
Zinsen	*0,8*	*1,1*	*0,6*	*0,7*	*0,8*	*0,7*		
Eigene Sachinvestitionen	*5,0*	*4,6*	*4,1*	*7,2*	*4,6*	*5,0*		
Investitionszuschüsse	*21,7*	*26,4*	*23,8*	*25,7*	*24,7*	*24,6*		
Einnahmen ohne Kreditaufnahme, insgesamt	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*		
darunter:								
Steuern	*29,2*	*31,5*	*30,6*	*30,9*	*31,6*	*31,0*		
Fonds „Deutsche Einheit" (Länderanteil)	*25,0*	*26,0*	*25,0*	*26,8*	*26,7*	*26,1*		
Zuweisungen								
— für laufende Zwecke	*12,5*	*9,4*	*16,0*	*4,9*	*8,9*	*10,2*		
— für Investitionen	*12,5*	*11,8*	*8,3*	*13,0*	*12,4*	*11,5*		
	je Einwohner[2]) in DM							
Ausgaben, insgesamt	6 287	6 788	6 035	5 865	5 483	5 992		125
Einnahmen ohne Kreditaufnahme, insgesamt	5 030	4 955	5 053	4 746	4 764	4 871		109
Finanzierungsdefizit	1 257	1 834	982	1 119	720	1 120		339

[1]) Gemäß Haushaltsgesetze der neuen Bundesländer
[2]) Einwohner zum 30. Juni 1991.
[3]) Ausgaben/Einnahmen/Finanzierungsdefizit je Einwohner in den neuen Bundesländern in Relation zu den entsprechenden Größen je Einwohner in den Ländern im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West.

fach als Transfer bezeichnet werden, Leistungen ganz unterschiedlicher Qualität verbinden. Einerseits spiegeln die einigungsbedingten Ausgaben lediglich die Vergrößerung des Bundesgebietes wider, die dazu geführt hat, daß nun der Bund seine traditionellen Aufgaben auch in den neuen Bundesländern erfüllen muß. Andererseits resultieren die einigungsbedingten Ausgaben aus speziellen Maßnahmen, die für eine bestimmte Zeit erforderlich sind, um den Umstellungsprozeß in Ostdeutschland zu erleichtern und sozialpolitisch zu flankieren, das Infrastrukturdefizit abzubauen und die Finanzschwäche der ostdeutschen Länder und Gemeinden zu kompensieren. Der Transferbegriff ist sinnvoll nur auf die zweite Kategorie einigungsbedingter Ausgaben anzuwenden.

Maßgeblich für den Anstieg der Leistungen in diesem Jahr war die Entwicklung bei der Sozialversicherung. So wurden die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit angesichts zunehmender Arbeitsmarktpro-

Tabelle 43

Öffentliche Leistungen für das Beitrittsgebiet im Jahre 1992 [1])

Mrd DM

	Bund [2])	Länder und Gemeinden in Westdeutschland	Fonds „Deutsche Einheit"	Europäische Gemeinschaft, ERP	Sozialversicherung (BA, GRV)	Leistungen insgesamt
Einigungsbedingte Ausgaben						
— Zahlungen an die Haushalte der neuen Länder	16,0a)	6,0b)	34,0	5,0	—	61,0
— Direkte Leistungen an die Bevölkerung	28,0c)	—	—	11,0	94,0	133,0
— Sonstige Ausgaben im Beitrittsgebiet, technische und personelle Hilfe	35,0d)	4,0e)	—	—	1,0	40,0
Bruttoleistungen	79,0	10,0	34,0	16,0	95,0	234,0
Einigungsbedingte Einnahmen i.e.S.						
— Steuer-/Beitragsaufkommen im Beitrittsgebiet [3])	39,0	—	—	—	43,0	82,0
— Sonstige Einnahmen im Beitrittsgebiet	2,0	—	—	—	—	2,0
Nettoleistungen i.w.S.	38,0	10,0	34,0	16,0	52,0	150,0
Einigungsbedingte Einnahmen i.w.S.						
— Steuermehreinnahmen aufgrund eines im Westen unterstellten einigungsbedingten Wachstumsimpulses von ½ vH	1,5	1,5	X	X	X	3,0
— Abbau teilungsbedingter Ausgaben [4])	5,0	—	X	X	X	5,0
— Abbau teilungsbedingter Steuervergünstigungen [5])	2,0	1,5	X	X	X	3,5
— Aufhebung Strukturhilfe	1,0	—	X	X	X	1,0
Nettoleistungen i.e.S.	28,5	7,0	34,0	16,0	52,0	137,5

[1]) Einschließlich Sozialversicherung, in der Abgrenzung der Finanzstatistik.
[2]) Gemäß Bundeshaushalt 1992 ohne Zahlungen an die GUS im Rahmen des Überleitungsabkommens.
[3]) Beim Bund: Ermittelt aufgrund der Beteiligungsverhältnisse am kassenmäßigen Aufkommen der Gemeinschaftssteuern im Beitrittsgebiet sowie aufgrund des Anteilsatzes von 20 vH für das Ostaufkommen der Bundessteuern gemäß Arbeitskreis „Steuerschätzungen" vom Mai 1992. Die Einnahmen sind den jeweiligen Ertragsberechtigten zugerechnet.
[4]) Unter anderem Reisedevisenfonds, Flugpreissubventionen, Transitpauschale.
[5]) Im wesentlichen Abbau der Berlin- und Zonenrandförderung gemäß Steueränderungsgesetz 1991.
[a]) Unter anderem über Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes", „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" und kommunaler Straßenbau.
b) Leistung aufgrund der Neuregelung der Umsatzsteuerverteilung vom 28. Februar 1991 und des Verzichts auf die Strukturhilfe abzüglich der einmaligen Überbrückungshilfe.
c) Im wesentlichen Zuschüsse an die Rentenversicherungen, Erziehungsgeld, Kindergeld, Vorruhestandsgeld, Arbeitslosenhilfe
d) Unter anderem für die Bereiche: Deutsche Reichsbahn, Verteidigung, Forschung und Entwicklung, Technologie, Straßenbau, Fonds „Deutsche Einheit" (2,6 Mrd DM für Schuldendienst), Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost" sowie für Zinsen, Bundeshilfe Berlin.
e) Leistungen einschließlich 2,6 Mrd DM Länderanteil am Schuldendienst Fonds „Deutsche Einheit".

Eigene Schätzung, Quelle für Grundzahlen: BMF

bleme in Ostdeutschland erheblich ausgeweitet (Ziffer 201). Durch den mit dem Rentenüberleitungsgesetz zum 1. Januar 1992 eingeführten Finanzverbund wurden zwischen den westdeutschen und den ostdeutschen Trägern der Gesetzlichen Rentenversicherung erstmals massive Transferzahlungen innerhalb dieser von West nach Ost geleistet (Ziffer 199). Die erhöhten Transfers innerhalb der Sozialversicherung wirkten dominierend auf die Verwendungsstruktur der gesamten öffentlichen Leistungen für das Beitrittsgebiet, der Anteil investiver Verwendung daran ging von rund 30 vH auf etwa 25 vH zurück.

Kräftig sprudelnde Steuerquellen

191. Die Steuereinnahmen betrugen im Jahre 1992 insgesamt 727,5 Mrd DM und übertrafen das Ergebnis des Jahres 1991 um 10 vH. Der kräftigere Zuwachs im Vorjahr (16,7 vH), der wesentlich auf der Einführung des bis zum 30. Juni 1992 befristeten Solidaritätszuschlags und den Verbrauchsteuererhöhungen zum 1. Juli 1991 beruhte, wurde damit zwar nicht erreicht. Doch war die Entwicklung der Steuereinnahmen in diesem Jahr, legt man zum Vergleich die Ergebnisse der achtziger Jahre zugrunde, sehr dynamisch. Die

Steuerquote stieg gegenüber dem Vorjahr etwas schwächer an und erreichte 24 vH (Tabelle 44).

Ein Teil der Steuereinnahmen in den Jahren 1991 und 1992 war abgesehen von den Steuererhöhungen durch die im mittelfristigen Vergleich überdurchschnittliche Auslastung des Produktionspotentials und die kräftige Preisentwicklung in Westdeutschland bedingt. Bezogen auf die durchschnittliche Auslastung des Produktionspotentials von 96,5 vH war die Auslastung in diesem Jahr mit knapp 98 vH immer noch hoch, dadurch ergaben sich rund 13 Mrd DM der Steuereinnahmen als auslastungsbedingt. Zusätzlich können 16 Mrd DM als inflationsbedingt ermittelt werden, wenn man als unvermeidliche Preissteigerung 2 vH unterstellt. Freilich: Diese Zahlen haben nur einen begrenzten Aussagewert. Einerseits gelten sie lediglich für das alte Bundesgebiet und sind schon deshalb zu relativieren. Andererseits ist die Interpretation eines Auslastungsgrades, der nur auf die westdeutsche Wirtschaft bezogen ist, in der gegenwärtigen Situation nicht unproblematisch (Ziffer 93). Gleichwohl wird deutlich, in welchem Umfang die Steuereinnahmen dieses Jahres keinen dauerhaften Konsolidierungsbeitrag darstellten.

Der Umfang läßt sich auf 20 Mrd DM beziffern, macht man insbesondere wegen der speziellen Situation in den neuen Bundesländern einen Abschlag. Für die kommenden Jahre ist in diesem Ausmaß mit einer geringeren Zunahme der Steuereinnahmen zu rechnen. Dies wird durch die Ergebnisse der Steuerschätzung bestätigt. Die Zuwachsraten liegen für die nächsten Jahre deutlich unter einer Rate von 9 vH, die sich ohne die Steuererhöhungen im Jahre 1992 ergeben hätte. Verglichen damit ist künftig mit einem jährlich um 20 Mrd DM geringeren Anstieg der Steuereinnahmen zu rechnen.

192. Getragen wurde die Dynamik der Steuereinnahmen zum einen durch den Zuwachs bei der Umsatzsteuer in Höhe von 9 vH. Wegen des etwas geringeren Anstiegs des Privaten Verbrauchs in Westdeutschland und einer schwächeren Konsumneigung in Ostdeutschland blieb die Steigerungsrate hinter der des Vorjahres zurück. Zum anderen wirkte sich der Anstieg bei der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer von zusammen knapp 12 vH aus, der sich aufgrund der auch in diesem Jahr kräftigen Lohnsteigerungen ergab. Die Aufkommenselastizität blieb nahezu unverändert, da sich die Wirkungen des

Tabelle 44

Aufkommen aus wichtigen Steuerarten[1])

Mrd DM

Steuerart	1991			1992[2])		
	Insgesamt	West[3])	Ost[4])	Insgesamt	West[3])	Ost[4])
Gemeinschaftliche Steuern	478,5	.	.	525	.	.
davon:						
Lohnsteuer	214,2	204,6	9,6	245	228½	16½
Veranlagte Einkommensteuer	41,5	41,2	0,3	41	42	– 1
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	11,4	11,3	0,0	11½	11½	0
Körperschaftsteuer	31,7	31,4	0,3	32	32½	– ½
Umsatzsteuer[5])	179,7	.	.	195½	.	.
Zölle	8,3	.	.	8	.	.
Bundessteuern	93,6	.	.	106	.	.
darunter:						
Mineralölsteuer	47,3	.	.	55½	.	.
Tabaksteuer	19,6	.	.	19½	.	.
Solidaritätszuschlag	10,5	.	.	12½	.	.
Ländersteuern	29,1	27,1	2,0	32	29½	2½
darunter:						
Kraftfahrzeugsteuer	11,0	9,5	1,5	13½	11½	2
Vermögensteuer	6,7	6,7	0,0	6½	6½	0
Gemeindesteuern	52,4	51,0	1,4	56½	54½	2
darunter:						
Gewerbesteuer	41,3	40,7	0,5	44½	43½	1
Grundsteuer	9,9	9,2	0,8	10½	9½	1
Steueraufkommen, insgesamt	661,9	.	.	727½	.	.
Nachrichtlich						
Steuerquote[6])	23,4	.	.	24	.	.

[1]) Kassenmäßige Steuereinnahmen.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Früheres Bundesgebiet, die Angaben schließen Berlin-West ein.
[4]) Neue Bundesländer einschließlich Berlin-Ost.
[5]) Inlandsaufkommen und Einfuhrumsatzsteuer.
[6]) Steuereinnahmen in Relation zum Bruttosozialprodukt in vH.

Quelle: BMF

Hineinwachsens unterer und mittlerer Einkommen in die Progression einerseits und des Hineinwachsens höherer Einkommen in den Bereich des Spitzensteuersatzes andererseits in etwa ausglichen. Der mit 14,5 vH überdurchschnittliche Zuwachs der Lohnsteuer und der leichte Rückgang der veranlagten Einkommensteuer resultierten aus der durch das Steueränderungsgesetz 1992 eingeführten Antragsveranlagung bei der Arbeitnehmerbesteuerung, die ab dem Veranlagungszeitraum 1991 den Lohnsteuerjahresausgleich ersetzt. Infolge dieser Neuregelung wird das Kassenaufkommen der Lohnsteuer nicht mehr durch Rückzahlungen beim Lohnsteuerjahresausgleich gemindert. Die Erstattungen an die Steuerzahler werden nun gemeinsam mit den regulären Veranlagungsfällen nach § 46 Einkommensteuergesetz bei der veranlagten Einkommensteuer abgesetzt. Dadurch kommt es zur Verlagerung des kassenmäßigen Aufkommens von der veranlagten Einkommensteuer zur Lohnsteuer. Gemindert wurde das Aufkommen der Lohn- und Einkommensteuer um gut 3 Mrd DM durch die mit dem Steueränderungsgesetz 1992 eingeführte Anhebung des Kinderfreibetrags von 3 024 DM auf 4 104 DM.

193. Wie in den Vorjahren stiegen die Steuereinnahmen des Bundes mit 10,5 vH stärker als die der Länder (8,0 vH) und der Gemeinden (8,5 vH). Da die Steuererhöhungen des Jahres 1991 ausschließlich Bundessteuern betrafen, ist der Unterschied in den Zuwachsraten in diesem Jahr jedoch deutlich geringer als im Vorjahr. Während die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag mit 12,5 Mrd DM den Erwartungen entsprachen, war die Entwicklung des Tabaksteueraufkommens aus fiskalischer Sicht enttäuschend. Das Aufkommen aus der Tabaksteuer stagnierte im Vorjahresvergleich.

194. Bei den Ländersteuern dominierte wiederum die Kraftfahrzeugsteuer, wenn auch der Zuwachs von 22,7 vH gegenüber dem im Vorjahr deutlich geringer ausfiel. Etwas kräftiger als im vergangenen Jahr hat das Aufkommen der Gewerbesteuer zugenommen. Ursächlich waren hierfür zum einen höhere Hebesätze in zahlreichen westdeutschen Gemeinden. Zum anderen wurden in diesem Jahr stärker als früher Betriebsprüfungen durchgeführt und Steuerstundungen endgültig zur Abrechnung gebracht, so daß zum Teil Zahlungen für weit zurückliegende Jahre eingingen. Zum Ausgleich der Mindereinnahmen, die den Gemeinden in den kommenden Jahren aus der Erhöhung des Freibetrags sowie durch eine Senkung und Staffelung der Meßzahlen bei der Gewerbeertragsteuer entstehen, wird die Gewerbesteuerumlage zum 1. Januar 1993 abgesenkt (Steueränderungsgesetz 1992). Ebenfalls ab dem 1. Januar 1993 sollen die Gemeinden mit 12 vH am Aufkommen des Zinsabschlags beteiligt werden. Ferner erhöhte der Bund seine Zahlungen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz bereits in diesem Jahr um 1,5 Mrd DM, für die Jahre 1993 bis 1995 ist eine Anhebung um 3 Mrd DM vorgesehen. Zum Ersatz für allgemeine Deckungsmittel des Verwaltungshaushalts erhalten die Gemeinden dadurch Zweckzuweisungen zum Vermögenshaushalt, die im projektbezogenen Einzelverfahren vergeben werden.

195. In den neuen Bundesländern haben die Steuereinnahmen um 28,4 vH zugenommen, das Pro-Kopf-Steueraufkommen belief sich damit auf 43 vH in Relation zu dem der alten Länder. Berücksichtigt man die Einnahmen aus dem Fonds „Deutsche Einheit", so erhöht sich dieser Anteil auf 76,5 vH. Die Gemeinden im Beitrittsgebiet erzielten zwar einen Zuwachs bei den Steuereinnahmen von 67 vH, doch angesichts des niedrigen Ausgangsniveaus von 2,8 Mrd DM im Jahre 1991 blieben die gemeindlichen Pro-Kopf-Steuereinnahmen weit hinter denen westdeutscher Gemeinden zurück. Daran wird sich mittelfristig nur wenig ändern, da die Gewerbekapitalsteuer durch das Steueränderungsgesetz 1992 auch für die Jahre 1993 und 1994 im Beitrittsgebiet — und gegebenenfalls aufgrund des Standortsicherungsgesetzes auch im Jahre 1995 — ausgesetzt wird, zum Jahresbeginn 1993 aber die Gewerbesteuerumlage nach westdeutschem Recht die ostdeutschen Gemeinden trifft.

Das Aufkommen der Lohnsteuer im Beitrittsgebiet betrug im Jahre 1992 pro Kopf der Bevölkerung 28 vH in Relation zu dem in Westdeutschland. Hier wirkte sich aus, daß die Bruttolöhne und -gehälter in den neuen Bundesländern gut 60 vH des westdeutschen Niveaus ausmachten. Außerdem gilt für die Bürger im Beitrittsgebiet bis zum 31. Dezember 1993 ein besonderer Tariffreibetrag in der Einkommensteuer (Steueränderungsgesetz 1991). Für die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer ergab sich in diesem Jahr wegen einer deutlichen Zunahme bei den mit der Steuerschuld verrechneten Investitionszulagen sogar ein Minus. Allerdings blieb auch das Bruttoaufkommen beider Steuern, das heißt vor Abzug der Investitionszulagen, hinter den Erwartungen zurück; insgesamt liegt es um 2,1 Mrd DM unter dem Vorjahreswert. Darin spiegelt sich die unverändert schwierige wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland. Schließlich ist die mangelnde Funktionsfähigkeit der Finanzverwaltung immer noch ein entscheidendes Hindernis für eine gleichmäßige Anwendung der Steuergesetze. Außerordentlich gut entwickelte sich in den neuen Ländern die Kraftfahrzeugsteuer. Hierfür gibt es zwei Gründe: die Motorisierungswelle bei den ostdeutschen Bürgern sowie die Verlagerungen von Betriebsstätten westdeutscher Speditionen und Autoverleiher nach Ostdeutschland, die vorgenommen werden, um in den Genuß der Investitionszulage zu kommen.

Öffentliche Haushalte mit sprunghaft gestiegenem Defizit

196. Angesichts der bei den Gebietskörperschaften nach wie vor unbewältigten Konsolidierungsaufgabe konnte deren Finanzierungsdefizit im Jahre 1992 kaum unter das Niveau des Vorjahres gesenkt werden. Es ergab sich mit 85 Mrd DM in der Abgrenzung der Finanzstatistik ein Defizit, das nur leicht unter dem des Jahres 1991 lag (Schaubild 27). Zwar verzeichneten der Bund einen deutlichen und die westlichen Gebietskörperschaften einen schwachen Rückgang des Defizits, doch stieg bei den ostdeutschen Ländern und bei den Gemeinden im gesamten Bundesgebiet der Fehlbetrag an. Die Kreditaufnahme der neuen

Schaubild 27

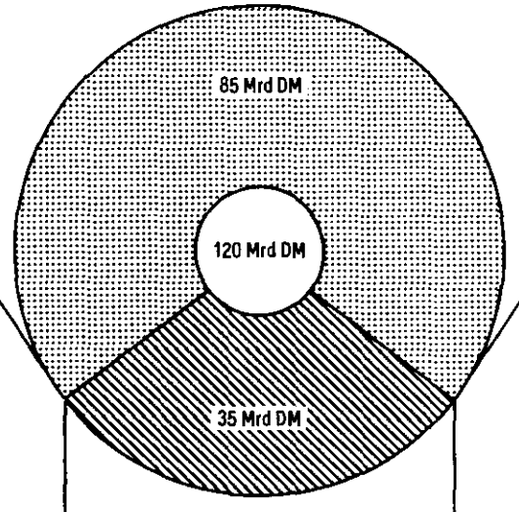
DER ÖFFENTLICHE GESAMTHAUSHALT 1992[1]

In der Abgrenzung der Finanzstatistik

Ausgaben und Einnahmen der Gebietskörperschaften[2]

	Bund		Länder West		Länder Ost		Gemeinden West		Gemeinden Ost	
	Mrd DM	vH [3]	Mrd DM	vH [3]	Mrd DM	vH [3]	Mrd DM	vH [3]	Mrd DM	vH [3]
Ausgaben, insgesamt	427,5	6,4	321	5,3	95,5	10,5	213	6,1	51	17,8
darunter:										
Personalausgaben	51	4,7	132,5	7	22,5	27,8	57,5	6,3	20	29
laufender Sachaufwand	46	6,7	34	9,7	6	17,6	38,5	5,2	11	15,8
Sachinvestitionen	14	27,3	13	1,6	5	25	43,5	1,2	14	10,2
Zinsen	44	11,1	27,5	14,6	1	X	10,5	20,7	0,1	0
Einnahmen, insgesamt	386,5	10,5	307	6,6	80	8,4	205	5	44,5	– 0,7
darunter:										
Steuern	351	10,4	226	6,3	23,5	28,4	80	5,8	4,5	67
Einnahmen von Verwaltungen	1,5	– 10	47,5	1,4	51	– 1,4	62	9,6	31	– 7,7
Finanzierungsdefizit	41	X	14	X	15,5	X	8	X	6,5	X

Das Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts



Fonds "Deutsche Einheit"	24 Mrd DM
Kreditabwicklungsfonds	1 Mrd DM
ERP – Sondervermögen, Lastenausgleichsfonds	10 Mrd DM

1) Eigene Schätzung. Quelle für Grundzahlen: BMF, Zentrale Datenstelle der Länderfinanzminister, Gemeindefinanzbericht 1992. – 2) Ausgaben bereinigt um die Zahlungen innerhalb der gleichen Ebene; ohne Krankenhäuser mit eigener Rechnungslegung. – 3) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

SR 92 0511

Bundesländer nahm von 12,6 Mrd DM auf 15,5 Mrd DM zu, bei den ostdeutschen Gemeinden betrug sie 6,5 Mrd DM nach einem Überschuß von 1,5 Mrd DM im Vorjahr. Brandenburg hatte mit 27 vH die höchste Kreditfinanzierungsquote, Sachsen mit 13,1 vH die niedrigste, diese lag nur geringfügig über der entsprechenden Quote des Saarlandes (12,6 vH) und unter der Bremens (14,2 vH).

Das Defizit einschließlich der Nebenhaushalte (Fonds „Deutsche Einheit", Kreditabwicklungsfonds sowie Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen) betrug 120 Mrd DM; es entsprach damit nahezu dem des Vorjahres. Bezogen auf das geschätzte nominale Bruttosozialprodukt für Gesamtdeutschland liegt das Defizit bei 4 vH. Die konsolidierten Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts erreichten 1 000 Mrd DM, die konsolidierten Einnahmen 880 Mrd DM. Ausgabenquote und Einnahmenquote lagen mit 33 vH beziehungsweise 29 vH geringfügig über dem Vorjahresniveau.

Um ein vollständiges Bild der im Jahre 1992 im öffentlichen Bereich eingetretenen Defizite und der damit verbundenen Belastung des Kapitalmarktes zu gewinnen, sind neben dem öffentlichen Gesamthaushalt und der ohnehin zum Staatssektor zählenden Sozialversicherung die Treuhandanstalt, die Deutsche Bundespost, die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Reichsbahn sowie die ostdeutsche Wohnungswirtschaft in die Betrachtung einzubeziehen (Tabelle 45). Zwar werden diese gegenwärtig nicht zum Staatssektor gezählt, gleichwohl wird sich deren Verschuldung unausweichlich auf die Haushalte der Gebietskörperschaften auswirken.

Die Verschuldung der Treuhandanstalt wird auf den öffentlichen Gesamthaushalt zukommen. Mit dem Treuhandkreditaufnahmegesetz hat der Bund bereits für die von der Treuhandanstalt aufgenommenen Kredite die Haftung übernommen und deren Schuldverschreibungen hinsichtlich des öffentlichen Verkaufs und der Zulassung zum amtlichen Handel seinen eigenen gleichgestellt. Auch den Schulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft werden sich die Gebietskörperschaften kaum entziehen können. Und ein zentraler Baustein der anvisierten Bahnreform ist die Bildung einer Überleitungsfinanzierungsinstitution, die die bis dahin aufgelaufene Verschuldung der beiden Bahngesellschaften übernehmen soll. Um der reformierten Bahn einen altlastenfreien Neubeginn zu ermöglichen, müssen die Zinsverpflichtungen von den Gebietskörperschaften getragen werden. Bereits Anfang 1991 hat der Bund in Höhe von 12,6 Mrd DM Altschulden, für die er zuvor die Zinszahlungen erstattet hatte, von der Deutschen Bundesbahn übernommen, um deren Eigenkapital zu erhöhen. Möglicherweise wird der Bund im kommenden Jahr wiederum die Bahn von einem Teil ihrer Schuldenlast befreien müssen, da ansonsten die Gefahr besteht, daß deren Eigenkapital aufgezehrt sein wird. Von seiten der Deutschen Bundespost drohen für die Gebietskörperschaften in vergleichbarer Weise Belastungen wie von den Bahnen.

Die damit getroffene Abgrenzung des öffentlichen Bereichs, die über die traditionelle Definition des Staatssektors hinausgeht, beruht auf einer Setzung und ist deshalb nicht unproblematisch. Die gewählte Abgrenzung eines erweiterten öffentlichen Bereichs spiegelt die Dringlichkeit und Größe der Probleme, die von den berücksichtigten Haushalten auf die Gebietskörperschaften übergehen werden.

Alles in allem erreichte im Jahre 1992 das Defizit der öffentlichen Hand 214,5 Mrd DM, dies entspricht bezogen auf das nominale Bruttosozialprodukt 7 vH. Das Defizit lag um gut 63 Mrd DM über dem entsprechenden Vorjahreswert. Die damit verbundene Belastung des Kapitalmarktes überstieg die des Vorjahres um 64 Mrd DM. In diesem Jahr reduzierten der überplanmäßige Teil des im April überwiesenen Bundesbankgewinns für das Geschäftsjahr 1991 sowie der Zuschuß des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit die Kreditaufnahme um zusammen rund 20 Mrd DM.

Tabelle 45

Kapitalmarktbelastung durch die öffentlichen Haushalte in den Jahren 1991 und 1992

Mrd DM

	1991 [1]	1992 [2]
Gebietskörperschaften [3]	85,4	85,0
Nebenhaushalte [4]	36,6	35,0
Öffentlicher Gesamthaushalt	122,0	120,0
Treuhandanstalt	19,9	30,0
Deutsche Bundesbahn [5]	4,7	8,7
Deutsche Reichsbahn	2,2	3,8
Deutsche Bundespost	10,6	19,5
Ostdeutsche Wohnungswirtschaft	3,8	4,5
Sozialversicherung	−12,0	28,0
Finanzierungsdefizit insgesamt	151,2	214,5
Zuschuß des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit	—	−12,8
Vorratskreditaufnahme Bund	−20,0	—
Bundesbankgewinn	− 1,2	− 7,5
Kapitalmarktbelastung	130,0	194,2

[1] Quelle: BMF, Zentrale Datenstelle der Länderfinanzminister.
[2] Eigene Schätzung.
[3] Bund, Länder und Gemeinden.
[4] Fonds „Deutsche Einheit", Kreditabwicklungsfonds, ERP-Sondervermögen, Lastenausgleichsfonds.
[5] 1992 einschließlich Kreditverbindlichkeiten in Höhe von 2 Mrd DM für die Deutsche Reichsbahn.

197. Auch in diesem Jahr erscheint es dem Sachverständigenrat nicht sinnvoll, zur Bewertung der konjunkturellen Wirkungen des öffentlichen Defizits den „konjunkturneutralen Haushalt" und zur Bestimmung des mittelfristigen Konsolidierungsbedarfs das „strukturelle Defizit" heranzuziehen. Sowohl das Ausmaß des Strukturbruchs als auch die methodischen Probleme bei der Berechnung eines gesamtdeutschen Produktionspotentials lassen eine Anwendung dieser Konzeptionen nicht zu (JG 91 Ziffern 199 ff.). Wiederum muß es deshalb bei grundsätzlichen Überlegungen bleiben.

Das sehr hohe Staatsdefizit deutet darauf hin, daß die Finanzpolitik expansiv war. Angesichts des veränderten gesamtwirtschaftlichen Umfelds dürfte der Gesamtimpuls jedoch nicht so stark gewesen sein wie im Vorjahr. Er richtete sich vorwiegend auf Ostdeutschland, wo durch die kräftig ausgeweiteten öffentlichen Leistungen der Private Verbrauch in erheblichem Maße gestützt wurde. Wenn sich die Konsumenten in Ostdeutschland auch wieder verstärkt heimischen

Produkten zuwandten, so dürfte doch ein beachtlicher Teil der ostdeutschen Nachfrage in Westdeutschland wirksam geworden sein. Auch die investiv verwendeten Transferzahlungen wurden teilweise im Westen nachfragewirksam. Gegenzurechnen sind Sekundärwirkungen, die vor allem aus der stark gestiegenen Belastung des Kapitalmarkts resultierten. Diese stark gestiegene Belastung stand einer deutlichen Zinssenkung, zumal im internationalen Vergleich, entgegen. Eine konsequente und glaubwürdige Konsolidierungsstrategie sobald wie möglich zu entwickeln, dient nicht nur direkt der Entlastung des Kapitalmarktes, sondern wirkt über eine Vertrauensbildung an den internationalen Finanzmärkten auch auf eine Verringerung der Risikoprämie für Anlagen in Deutschland hin.

Sozialversicherung erstmals wieder mit hohem Defizit

198. Nach den hohen Überschüssen der letzten drei Jahre geriet die Sozialversicherung im Jahre 1992 mit 28 Mrd DM deutlich ins Defizit (Tabelle 46). Während der Fehlbetrag in der Gesetzlichen Krankenversicherung von 15 Mrd DM durch eine fortschreitende Ausgabenexpansion begründet war, die weit über dem Grundlohnanstieg lag, beruhte das Defizit in der Rentenversicherung von 3 Mrd DM auf der Überleitung des westdeutschen Rentenrechts auf Ostdeutschland. Da sowohl die Rentenversicherung als auch die Krankenversicherung in den Vorjahren durch die hohen Überschüsse große Rücklagen aufbauen konnten, kam es trotz der in diesem Jahr bedrohlichen Finanzentwicklung lediglich bei einzelnen Krankenkassen zu teilweise kräftigen Beitragssatzanhebungen. Die Arbeitslosenversicherung konnte wegen der schlechter als erwartet verlaufenen Entwicklung am Arbeitsmarkt nicht verhindern, daß sich ihr Defizit auf 12,8 Mrd DM erhöhte und so nur zum Teil durch den bereits im Haushaltsjahr 1991 vom Bund überwiesenen Zuschuß von 4,9 Mrd DM zu decken war. Über das Jahr wurden deshalb Betriebsmitteldarlehen aufgenommen, die am Jahresende vom Bund entsprechend den Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes in einen definitiven Zuschuß zu überführen sind. Die Beitragseinnahmen haben in allen Zweigen der Sozialversicherung infolge des mit 6,5 vH immer noch kräftigen Anstiegs der Bruttolohn- und -gehaltssumme sowie der Anhebungen der Beitragsbemessungsgrenzen mit 8,5 vH erneut deutlich zugenommen.

Im Jahre 1992 wurde ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem einheitlichen Sozialversicherungssystem in ganz Deutschland getan. So wurde in der Gesetzlichen Rentenversicherung durch das Rentenüberleitungsgesetz nicht nur das Leistungsrecht auf Basis des zeitgleich in Kraft getretenen Rentenreformgesetzes (RRG) vereinheitlicht, sondern es wurden darüber hinaus die ostdeutschen Träger der Rentenversicherung in den Finanzverbund der Rentenversicherung der Arbeiter nach § 219 RRG und in den Finanzausgleich zwischen dieser und der Rentenversicherung der Angestellten nach § 218 RRG einbezogen. In der Gesetzlichen Krankenversicherung bestand seit dem 1. Januar 1992 die Möglichkeit, die getrennte Haushaltsführung aufzugeben, wenn eine Annäherung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland an die im Westen erreicht ist. Der den Kassen damit gegebene Ermessensspielraum wurde bislang lediglich von den überregional tätigen Instituten genutzt, da nur diese dadurch die Möglichkeit eines internen Finanzausgleichs gewinnen (JG 91 Ziffer 208).

199. Die Gesetzliche Rentenversicherung schloß im gesamten Bundesgebiet mit einem Fehlbetrag von 3 Mrd DM ab. Die sich dahinter verbergenden Einzelergebnisse für das alte Bundesgebiet und das Gebiet der neuen Bundesländer können wegen des Finanzverbundes nur auf der Basis von Modellrechnungen ermittelt werden. Aufgrund einer solchen Berechnung des Verbandes der Rentenversicherungsträger ergeben sich ein Überschuß von gut 0,3 Mrd DM bei den Trägern der Rentenversicherung im Westen und ein

Tabelle 46

Die finanzielle Situation der Sozialversicherung[1])

Mrd DM

	1991			1992		
	Finanzierungssaldo					
	früheres Bundesgebiet	neue Länder und Berlin-Ost	Deutschland	früheres Bundesgebiet	neue Länder und Berlin-Ost	Deutschland
Rentenversicherung[2])	11,2	0,7	11,9	0,3	- 3,3	- 3,0
Krankenversicherung	- 5,6	2,8	- 2,8	-14,8	- 0,5	-15,3
Arbeitslosenversicherung	23,6	-25,3	- 1,7	27,1	-39,9	-12,8
Sonstige[3])	.	.	4,6	.	.	3,1
Insgesamt	X	X	12,0	X	X	-28,0

[1]) In der Abgrenzung der Finanzstatistik, für 1992 eigene Schätzung.
[2]) Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten sowie die Knappschaftliche Rentenversicherung.
[3]) Unfallversicherung, Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst, Landwirtschaftliche Alterskasse.

Fehlbetrag von knapp 3,3 Mrd DM im Osten. Innerhalb der Rentenversicherung der Angestellten flossen gut 13,5 Mrd DM von West nach Ost. Infolge des stärker als erwartet eingetretenen Abbaus von Arbeitsplätzen im ostdeutschen Bergbau erhöhte sich die Ausgleichszahlung an die Bundesknappschaft um 40 vH auf gut 6 Mrd DM. Trotz des Defizits in diesem Jahr und eines noch größeren Fehlbetrags im kommenden Jahr wird eine Anhebung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung auf voraussichtlich 18,5 vH erst im Jahre 1994 erforderlich sein, wenn die Schwankungsreserve auf eine Monatsausgabe abgebaut sein wird.

200. *In diesem Jahr wurde erstmals der Anpassungssatz für die Altersrenten in Westdeutschland auf Grundlage der neuen Rentenformel berechnet. Danach ergibt sich der aktuelle Rentenwert aus dem des Vorjahres unter Berücksichtigung von Veränderungen der durchschnittlichen Nettoentgelte der Aktiven sowie der Belastung der Renten durch den Krankenversicherungsbeitrag. Die Renten wurden zum 1. Juli 1992 um 2,87 vH erhöht, was wegen des gestiegenen Beitragssatzes zur Krankenversicherung einer Anhebung des Nettozahlbetrages um 2,71 vH entspricht.*

Da somit die Zuwachsrate der Nettorenten deutlich unter der Zunahme des Preisindex für die Lebenshaltung lag, ist die Forderung nach einer Revision oder gar einer Aufgabe der neuen Anpassungsformel laut geworden. Grundsätzlich erscheint es wenig sinnvoll, von einer regelgebundenen Anpassung zugunsten einer jährlich nach jeweils neu zu definierenden Kriterien vorzunehmenden Festlegung der Rentenerhöhung abzugehen. Zwar kann es kurzfristig dazu kommen, daß die Rentner reale Einbußen hinnehmen müssen. Eine beispielsweise am Preisindex für die Lebenshaltung orientierte Anpassung der Renten hätte bei einer Brutto-Standard-Rente von 2 891 DM im Jahre 1957 — dem Jahr der Rentenreform — zu einem Jahresrentenbetrag von 8 585 DM im Jahre 1991 geführt, aufgrund der neuen Anpassungsformel hätte sich ein Jahresbetrag von 20 893 DM ergeben. Ein ernstzunehmendes Problem besteht allerdings in der statistischen Umsetzung der Anpassungsformel. So wird die Veränderung der durchschnittlichen Nettoentgelte der Aktiven unter Verwendung der Nettolohn- und -gehaltssumme aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelt. Dies ist insoweit problematisch, als Veränderungen der Nettolohn- und -gehaltssumme auch lediglich technisch bedingt sein können. So führte die Antragsveranlagung dazu, daß die Lohnsteuer in diesem Jahr deutlich höher ausgewiesen wurde, obgleich die Gesamtbelastung der Einkommen wegen des zugleich verringerten Aufkommens aus der veranlagten Einkommensteuer unverändert blieb (Ziffer 192). Hier ist bereits eine einmalige Korrektur vorgesehen, um eine Anpassung der Renten im Sinne der Rentenreform zu erreichen.

Auf der Grundlage des Rentenüberleitungsgesetzes sind die Renten in Ostdeutschland zum 1. Januar 1992 umbewertet worden. Dabei erhielten 99,8 vH aller Rentner und 99,4 vH aller Rentnerinnen einen höheren Rentenbetrag als zuvor. Der Grund für die wenigen Fälle einer Minderung des Rentenanspruchs lag in der erstmaligen Einkommensanrechnung bei Hinterbliebenenrenten. Die Altersrenten der Männer erreichten im Durchschnitt 71 vH des durchschnittlichen Rentenniveaus im Westen, bei den Frauen lagen die Durchschnittsrenten wegen der in der Regel längeren Berufstätigkeit der Frauen in der DDR bereits geringfügig über denen in Westdeutschland. Berücksichtigt man neben den eigentlichen Versichertenrenten und den Auffüllbeträgen auch die Sozialzuschläge, so sind am 1. Januar 1992 wesentlich mehr Minderungen des Gesamtzahl-

Tabelle 47

Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit in den Jahren 1991 und 1992

Kategorie	1991[1]		1992[2]		
	Mio DM	Anteile in vH	Mio DM	Anteile	Veränderung[3]
				in vH	
I. Eigentliche Versicherungsleistungen	34 203	48,3	34 370	38,0	0,5
1. Arbeitslosengeld	26 540	37,4	30 000	33,2	13,0
2. Konkursausfallgeld	350	0,5	370	0,4	5,7
3. Kurzarbeitergeld	7 313	10,3	4 000	4,4	-45,3
II. Versicherungsfremde Leistungen	31 987	45,1	48 575	53,7	51,9
1. Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik[4]	22 831	32,2	28 300	31,3	24,0
2. Altersübergangsgeld, Vorruhestandsgeld[5]	2 223	3,1	9 300	10,3	318,4
3. Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	5 603	7,9	9 365	10,4	67,1
4. Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft	1 330	1,9	1 610	1,8	21,1
III. Verwaltungsausgaben	6 683	9,4	7 530	8,3	12,7
Insgesamt[6]	70 882	100	90 475	100	27,6

[1]) Ist-Ausgaben.
[2]) Eigene Schätzung nach dem Haushaltsplan der BA für das Jahr 1992 einschließlich erwarteter Mehr-/Minderausgaben.
[3]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[4]) Im wesentlichen Unterhaltsgeld, Förderung der beruflichen Bildung (Fortbildung und Umschulung) und der Ausbildung, Einarbeitungszuschüsse, Leistungen zur Rehabilitation, Eingliederung der Aussiedler.
[5]) Einschließlich der Ausgaben für Arbeitsbeschaffung für ältere Arbeitnehmer.
[6]) Nach Abzug der „Allgemeinen Bewilligungen".

Quelle: BA

betrages eingetreten, als lediglich die Betrachtung der Versichertenrenten ergibt. Wurden bis Ende des Jahres 1991 noch in 630 000 Fällen Sozialzuschläge ausgezahlt, so waren es zum Jahresbeginn 1992 nur noch etwa 170 000 Fälle, da seitdem außer der Rente auch anderes Einkommen auf den Sozialzuschlag angerechnet wird und für Verheiratete ein niedrigerer gemeinsamer Bedarfssatz eingeführt wurde. Zum 1. Juli dieses Jahres wurden die Einkommensgrenzen für die Zahlung eines Sozialzuschlags von 600 DM für Alleinstehende auf 658 DM und von 960 DM auf 1 054 DM für Ehepaare erhöht.

Die Rentenanpassung in Ostdeutschland zum 1. Juli betrug 12,73 vH. Wegen der in den neuen Bundesländern höheren Lohnänderungsraten wurde die Anpassungsformel des Rentenreformgesetzes ausgesetzt. Gemäß Rentenüberleitungsgesetz wird der Rentenwert für Ostdeutschland zweimal jährlich aktualisiert und dabei so fixiert, daß das Verhältnis zwischen Netto-Standard-Rente und durchschnittlichem Nettoentgelt in ganz Deutschland identisch ist.

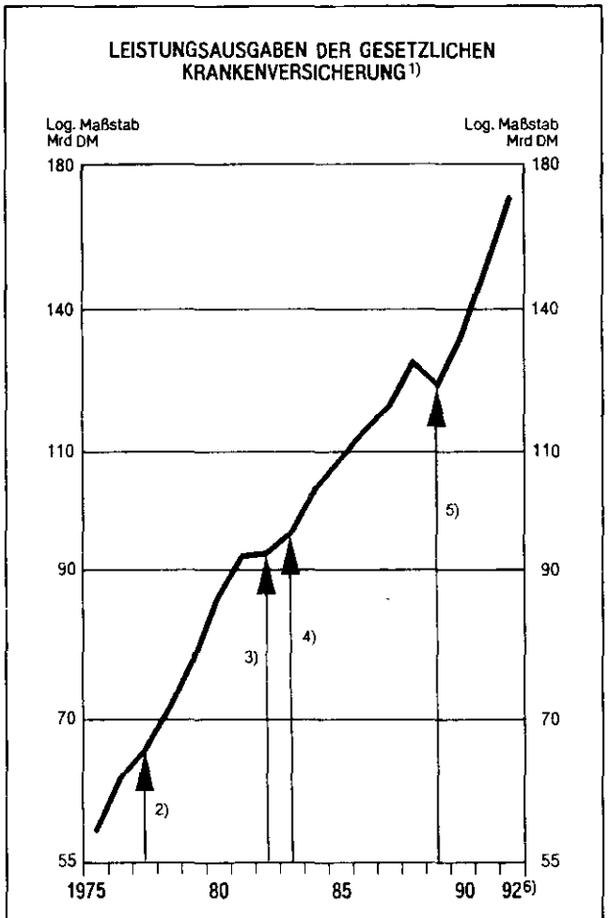
201. Der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit war auch in diesem Jahr durch die Probleme auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt geprägt. Gut die Hälfte der gesamten Ausgaben entfiel auf das Beitrittsgebiet, von den Einnahmen lediglich 9,5 vH. Das sich aufgrund dieser Zurechnung ergebende Defizit der Bundesanstalt im Beitrittsgebiet belief sich auf 40 Mrd DM, es konnte größtenteils durch den Überschuß im Westen ausgeglichen werden. Ohne die Verpflichtungen für Ostdeutschland hätte die Bundesanstalt in diesem Jahr in Westdeutschland mit dem Beitragssatz von 4,3 vH, wie er bis zum 31. März 1991 galt, einen Überschuß erwirtschaften können. Nachdem der Beitragssatz zum 1. April 1991 zunächst auf 6,8 vH festgesetzt worden war, beträgt er seit dem Jahresanfang 6,3 vH. Stark zugenommen haben die Leistungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen; der auf die neuen Bundesländer entfallende Anteil betrug 80 vH. Deutlich war auch der Anstieg beim Altersübergangsgeld, für das der Zugang bis zum 31. Dezember 1992 verlängert worden war; die Ausgaben haben sich im Vergleich zum Haushaltsansatz mehr als verdoppelt. Da sich die Tariflohnsteigerung in Ostdeutschland unmittelbar in der Anpassung der Leistungen bei Arbeitslosigkeit auswirkt, sind die Zahlungen von Arbeitslosengeld im Beitrittsgebiet kräftig gestiegen. Besonders bedeutsam für die neuen Bundesländer waren auch die Ausgaben der Bundesanstalt für Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, davon entfielen 5 Mrd DM auf Unterhaltsgeld und weitere 4 Mrd DM auf die Förderung der beruflichen Fortbildung (Ziffern 27 ff.). Der Anteil versicherungsfremder Leistungen, zu denen man jene Ausgaben zählen kann, die weder durch Arbeitslosengeld noch durch Konkursausfallgeld und Kurzarbeitergeld verursacht sind, an den Gesamtausgaben ist gegenüber dem Vorjahr von 45 vH auf knapp 54 vH angestiegen. Bestimmend war dafür die Ausweitung der Ausgaben für Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung und der Arbeitsmarktpolitik (Tabelle 47).

Gesetzliche Krankenversicherung erneut in der Krise

202. Im Jahre 1992 verschärfte sich die finanzielle Situation der Gesetzlichen Krankenversicherung dramatisch. Das Defizit bei den Krankenkassen in Westdeutschland erhöhte sich auf 14,8 Mrd DM, auch in den neuen Bundesländern trat nach dem überraschenden Überschuß des Vorjahres in diesem Jahr ein — wenn auch geringes — Defizit ein. Mit Ausgabensteigerungen von 12,5 vH hatte sich bei den westdeutschen Kassen eine Entwicklung fortgesetzt, die sich im Jahre 1990 angedeutet und die im vergangenen Jahr mit einem Zuwachs von 12,6 vH einen ersten Höhepunkt erreicht hatte. Die Wirkungen des Gesundheitsreformgesetzes, das am 1. Januar 1989 in Kraft getreten ist, sind verpufft. Der durchschnittliche Beitragssatz ist in den alten Bundesländern im Jahresverlauf von knapp 12,2 vH auf 12,8 vH gestiegen; mit 0,8 Prozentpunkten war der Anstieg bei den Ortskrankenkassen am stärksten. Geblieben ist von der Gesundheitsreform eine einmalige Absenkung des Ausgabenniveaus, zu einer Trendwende in der Ausgabenentwicklung kam es nicht (Schaubild 28).

203. Der offenkundig gewordene Mißerfolg des unter großen Anstrengungen zustande gebrachten Gesundheitsreformgesetzes 1989 hat eine erneute Reformdiskussion aufleben lassen. Im April 1992 legte eine Arbeitsgruppe der Koalition ein Maßnahmenpa-

Schaubild 28



1) Sach- und Barleistungen im früheren Bundesgebiet. – 2) Krankenversicherung – Kostendämpfungsgesetz 1977. – 3) Kostendämpfungs – Ergänzungsgesetz 1982 und Krankenhaus – Kostendämpfungsgesetz 1982. – 4) Haushaltsbegleitgesetz 1983. – 5) Gesundheitsreformgesetz 1989. – 6) Eigene Schätzung.

Quelle: BMA

SR 92 0497

ket zur „Sicherung und Strukturverbesserung in der Krankenversicherung" vor, das nach Verhandlungen mit der Opposition im Oktober noch deutliche Änderungen (Gesundheits-Strukturgesetz 1993) erfuhr (Ziffer 387). Dies gibt uns Anlaß, die Ausgabenentwicklung in der Gesetzlichen Krankenversicherung zu untersuchen sowie nach deren Determinanten und nach den Gesetzmäßigkeiten dieser Entwicklung zu fragen.

Die Entwicklung der Gesundheitsausgaben war in der Bundesrepublik bis Mitte der siebziger Jahre von einer beachtlichen Dynamik gekennzeichnet, seitdem nahmen sie in etwa dem gleichen Tempo zu wie das nominale Bruttosozialprodukt. Stärker als die gesamten Gesundheitsausgaben sind die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung in diesem Zeitraum gestiegen. Die zunehmende relative und absolute Bedeutung beruht auf der wachsenden Erfassung der Bevölkerung durch die Gesetzliche Krankenversicherung. Waren im Jahre 1949 nur etwa 72 vH der bundesdeutschen Bevölkerung gesetzlich versichert, so waren es im Jahre 1990 bereits 86,2 vH. Verantwortlich dafür war zum einen die sukzessive Erweiterung des Versichertenkreises nach Berufsständen und sozialen Gruppen. Zum anderen führte die im Jahre 1971 verordnete Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze auf 75 vH der in der Rentenversicherung der Arbeiter geltenden Beitragsbemessungsgrenze zu einer Ausdehnung der Versicherungspflicht, die durch die Dynamisierung der Pflichtgrenze zementiert wurde. Der durchschnittliche Beitragssatz für alle Kassen ist seit 1970 bis heute trotz aller Kostendämpfungsbemühungen auf das 1,5-fache gestiegen. Die Entwicklung des durchschnittlichen Beitragssatzes resultiert im wesentlichen aus Veränderungen im Verhältnis von Kassenausgaben zu Arbeitsentgelten, da der Anteil der Beitragseinnahmen aus den Arbeitsentgelten beziehungsweise Lohnersatzleistungen an den gesamten Einnahmen der Krankenversicherung rund 96 vH ausmacht und durch die Dynamisierung der Beitragsbemessungsgrenze fortgeschrieben wird. Die Entwicklung der Grundlohnsumme (jetzt: beitragspflichtige Einnahmen) je Mitglied hat kaum mit der Steigerung der Leistungsausgaben je Mitglied Schritt halten können. Seit dem Jahre 1970 lag die jährliche Zuwachsrate der Leistungsausgaben mit Ausnahme der Jahre, in denen Kostendämpfungsmaßnahmen wirksam wurden, stets über der entsprechenden Zuwachsrate der Grundlohnsumme.

204. Bestimmt wird die Ausgabenentwicklung in der Gesetzlichen Krankenversicherung durch eine Vielzahl von Faktoren.

— *Lohnsteigerungen treffen das Gesundheitswesen als arbeitsintensive Dienstleistungsbranche besonders stark. Preissteigerungen sind bei Gesundheitsgütern tendenziell höher als bei der Lebenshaltung privater Haushalte. So stieg der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von 1980 bis 1990 um 29 vH, die Preise für Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege aber um 57,5 vH. Eine konstante reale Gesundheitsversorgung der Bevölkerung führt deshalb zu einer überproportionalen Zunahme der nominalen Gesundheitsausgaben. Neben einem steigenden Forschungsanteil im Gesundheitssektor dürften hierfür die Eigenschaften der relevanten Märkte (Heterogenität, Teiladministrierung der entsprechenden Verbraucherpreise, nur begrenzter Reimport von Medikamenten) verantwortlich sein.*

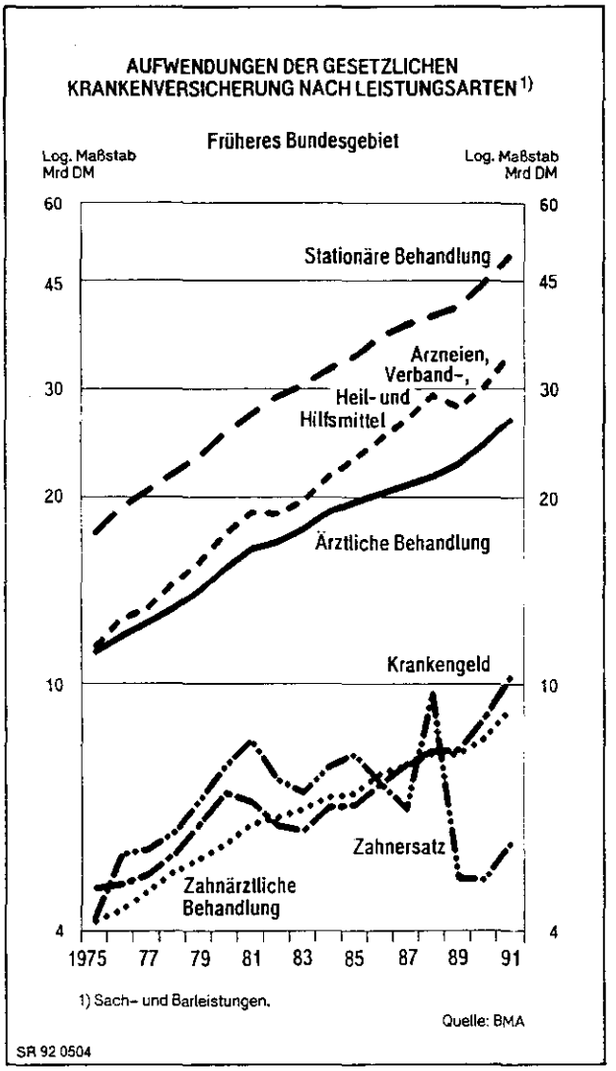
— *Zudem sind nachfrageseitige und angebotsseitige Einflüsse zu unterscheiden. Zu den nachfrageseitigen Faktoren gehören unter anderem die Anzahl und die Struktur der Versicherten (Alter, Geschlecht, Morbidität). Zum Problem für die Finanzentwicklung der Krankenkassen wird der Zuwachs an Mitgliedern, wenn für die neuen Versicherten ein ungünstigeres Verhältnis von Beitragseinnahmen zu Leistungsinanspruchnahme gilt. So führt vor allem die Zunahme der Anzahl der Rentner aufgrund der bei diesen sehr ungünstigen Relation von Leistungsausgaben und Beitragseinnahmen zu einer Belastung der Krankenkassen. Zu den angebotsseitigen Ursachen der Ausgabenentwicklung gehören insbesondere Art und Umfang der Angebotskapazitäten. Nahezu verdoppelt hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren die Relation Ärzte pro 10 000 Einwohner und die Anzahl der Apotheken, während die Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausbetten vor allem infolge des Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetzes von 1982 zurückgegangen ist. Die höhere Anzahl von Ärzten mag die Entwicklung der Ausgaben für Arzneimittel beeinflußt haben. Neben diesem quantitativen Aspekt sind Struktureffekte zu berücksichtigen. So haben sich die Altersstruktur und der Facharztanteil bei den niedergelassenen Ärzten verändert. Jüngere Ärzte neigen stärker zu apparateintensiven Behandlungsmethoden. Dies hat zusammen mit dem medizinisch-technischen Fortschritt einen ausgabensteigernden Effekt, da sich im Gesundheitssektor das Angebot seine Nachfrage zu schaffen vermag.*

— *Für die Politik war die Entwicklung steigender Beitragssätze in den Jahren 1977, 1982 und 1983 Anlaß zu Kostendämpfungsmaßnahmen (JG 85 Tabelle 33). Entsprechend konnte in den Jahren 1978 bis 1985 der durchschnittliche Beitragssatz nahezu konstant gehalten werden; erst danach wurden die Beiträge wieder angehoben. Betrachtet man die Entwicklung der Gesamtleistungsausgaben sowie der Ausgaben für einzelne Leistungsarten in längerfristiger Perspektive, so läßt sich die Wirksamkeit der verschiedenen Ansätze einer Kostendämpfung abschätzen (Schaubild 29). Keiner dieser Versuche hat zu einer grundlegenden Änderung der Ausgabenentwicklung in der Gesetzlichen Krankenversicherung geführt, stets gab es nur einen mehr oder weniger deutlichen Niveaueffekt.*

205. Das Gesundheitsreformgesetz 1989 sollte durch eine dauerhafte Begrenzung des Ausgabenzuwachses auf den Anstieg der beitragspflichtigen Einnahmen eine Trendwende herbeiführen. Und tatsächlich kam es im Jahre 1989 auch zu einem Rückgang der Leistungsausgaben um 3,8 vH beziehungsweise 4,8 Mrd DM. Doch bereits im darauffolgenden Jahr machten sich mit einer erneuten Zunahme der Ausgaben um 8,9 vH oder 11 Mrd DM die Schwachstellen des Systems bemerkbar, die durch das Gesetz nicht behoben worden sind. So hatte man mit der stationären Behandlung einen bedeutenden Ausgabenbereich bei dieser Reform weitgehend ausgelassen; über 30 vH aller Leistungsausgaben sind dadurch verursacht. Andere Maßnahmen, wie die über den Versicherungsbeitrag hinausgehende Selbstbeteiligung der Patienten, wurden nur begrenzt eingeführt oder mußten, wie Richtgrößen für die Arzneimittelverordnung und Wirtschaftlichkeitsprüfungen, erst durch die jeweiligen Verhandlungspartner ausgehandelt werden. Die Beitragsrückzahlung oder die Wahlmöglichkeit zwischen Sachleistung und Kostenerstattung wurden nur erprobungshalber zugelassen.

206. Der durch das Gesundheitsreformgesetz bewirkte Niveaueffekt war bei den Einzelleistungsarten unterschiedlich ausgeprägt (Schaubild 29). Sehr deutlich war dieser bei den Ausgaben für Arzneimittel, entsprechend kräftig mit 11 vH der Zuwachs im Jahre 1992. Damit liegen diese Ausgaben um 44 vH über dem Wert des Jahres 1987, des letzten Jahres ohne Auswirkungen des Gesundheitsreformgesetzes. Von den Gründen für diese Entwicklung ist die Mengenzunahme der wichtigste Einzelfaktor. Hier hat auch die Regelung, daß bei Großpackungen die Zuzahlung entfällt, ausgabensteigernd gewirkt. Im übrigen hat sich die Einigung auf Festbeträge bei Präparaten mit

Schaubild 29



„vergleichbaren Wirkstoffen" beziehungsweise „vergleichbaren Wirkungen" als äußerst schwierig erwiesen, so daß in diesen Fällen die Umsetzung weit hinter den Erwartungen zurückblieb. Die Verordnung von Festpreisen hat zwar kostendämpfend gewirkt, zugleich aber über die damit verursachte Marktspaltung im festbetragsfreien Markt kompensatorische Preiserhöhungen ausgelöst. Ausgabenerhöhend wirkten schließlich neue Medikamente, die in der Regel teurer sind als die existierenden und oft aus vielerlei Gründen die Nachfrage auf sich ziehen. Nicht zuletzt dürfte auch die Zunahme der Arzneimittelausgaben durch Vorzieheffekte aufgrund des geplanten Gesundheits-Strukturgesetzes 1993 begründet sein, dessen Kostendämpfungsmaßnahmen schwerpunktmäßig bei diesem Ausgabenbereich ansetzen. Bei den Heilmitteln und Hilfsmitteln sind die Zuwachsraten im Jahre 1992 noch größer gewesen als bei den Arzneimitteln (15 vH).

Der überaus starke Zuwachs der Ausgaben für zahnärztliche Behandlung (15 vH insgesamt und 13 vH je Mitglied) ist im wesentlichen immer noch ein Reflex der Entwicklung in den Jahren 1989 und 1990, als die zahnärztliche Behandlung eher unterdurchschnittlich in Anspruch genommen wurde. Anders stellt sich die Entwicklung beim Zahnersatz dar, dessen Kosten seit 1991 nur noch zu 40 vH bis 60 vH übernommen werden. Die Steigerungsrate von 14 vH je Mitglied sollte nach den Erfahrungen der achtziger Jahre nicht als neue Trendrate interpretiert werden. Es scheint vielmehr eine Rückkehr auf das durchschnittliche Niveau der Leistungsinanspruchnahme in den achtziger Jahren zu sein. So lagen die jährlichen Ausgaben für Zahnersatz im Zeitraum 1982 bis 1987 bei 193 DM je Mitglied, im Jahre 1992 bei 165 DM. Im übrigen haben die Gesamtausgaben der Krankenkassen für Zahnersatz erst in diesem Jahr das Niveau des Jahres 1987 wieder erreicht. Sicherlich hat sich auch die Diskussion um das geplante Gesundheits-Strukturgesetz 1993, das eine grundlegende Veränderung der Leistungserstattung bei Zahnersatz anstrebt, durch Vorzieheffekte ausgewirkt.

207. In den neuen Bundesländern konnte in diesem Jahr ein geringes Defizit bei der Gesetzlichen Krankenversicherung nicht mehr verhindert werden. Dabei hatten die Kassen kaum die Möglichkeit, auf Rücklagen zurückzugreifen. Die Kassenentwicklung des Jahres 1992 signalisiert eine erste Annäherung bei der Leistungserbringung und der Leistungsinanspruchnahme an die Verhältnisse in Westdeutschland. Geht man von einer weiteren Annäherung aus, so ist unter den gegebenen Bedingungen für das Beitrittsgebiet wahrscheinlich, daß das Defizit weiter steigt. Derzeit freilich sind in beiden Bereichen die Unterschiede noch gravierend.

— *Beim Leistungsangebot ist die Umstrukturierung — Auflösung der Polikliniken, Niederlassung von Ärzten, Gründung von Gemeinschaftspraxen — noch nicht abgeschlossen. Besonders bislang in Kliniken und Polikliniken tätigen Ärzten fällt es schwer, sich selbständig zu machen. Ihnen fehlt oftmals der wirtschaftliche Erfahrungshintergrund ebenso wie das erforderliche Kapital. Um die nach westdeutschem Standard vergleichsweise niedrige ambulante Versorgung durch niedergelassene Ärzte zu verbessern, wurden durch den Einigungsvertrag bis Ende 1995 die bestehenden öffentlichen und betrieblichen Gesundheitseinrichtungen (Polikliniken, Ambulatorien) dafür zugelassen. Auch die Umstellung der Krankenhausfinanzierung war mit erheblichen Problemen verbunden. Hier ist es verschiedentlich, insbesondere wegen der zunächst vorherrschenden Unsicherheit über die finanzielle Abgeltung von Leistungen der ambulanten Versorgung, zur Finanzierung aus öffentlichen Haushalten gekommen.*

— *Die Leistungsinanspruchnahme durch den einzelnen Versicherten in Ostdeutschland weicht derzeit von der im alten Bundesgebiet noch deutlich ab. Betrachtet man die Pro-Kopf-Ausgaben bei den Einzelleistungsarten, so deutet sich allerdings in den überdurchschnittlichen Werten bei der zahnärztlichen Behandlung, beim Zahnersatz und bei den Arzneimitteln eine kräftige Dynamik der Leistungsinanspruchnahme an.*

Exkurs: Zu den Verteilungswirkungen der „Finanzierung der Einheit"

208. Angesichts der weiterhin steigenden öffentlichen Leistungen für Ostdeutschland wird verstärkt die Frage aufgeworfen, wer die Lasten ihrer Finanzierung trägt. Die Frage kann in verschiedenen Zusammen-

hängen diskutiert werden (JG 91 Ziffer 316). Letztlich geht es indes darum, wie die Einkommen der einzelnen Bürger von den Finanzierungsmaßnahmen betroffen werden. Die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung haben seit der Vereinigung sowohl Steuern und Abgaben erhöht als auch Ausgaben gekürzt und umgeschichtet (Tabelle 48). Für die einzelnen Maßnahmen hat die Bundesregierung mitunter andere Begründungen gegeben. In der Öffentlichkeit hingegen werden sie in einem engen Zusammenhang mit den „Kosten der Einheit" gesehen. Eine wesentliche Finanzierungsquelle war die Kreditaufnahme, deren Verteilungswirkungen hier allerdings nicht weiter berücksichtigt werden. Denn es ist davon auszugehen, daß den Gläubigern des Staates die Zinseinkommen nicht deshalb zufließen, weil der Staat sich verschuldet, sondern weil sie über Anlagekapital verfügen. Mittelbar vermag die staatliche Kreditaufnahme die Einkommensverteilung zu beeinflussen, wenn es durch ihre Ausweitung zu einem Anstieg des Zinsniveaus kommt und sich dadurch die Zinseinkommen wie auch die Zinsverpflichtungen erhöhen.

209. Wie immer man an eine Verteilungsanalyse herangeht, man steht vor den folgenden methodischen Problemen:

— Es fehlt an einer aktuellen Statistik über die Einkommensverteilung, die nach Einkommensgrößenklassen, Haushaltstypen und sozio-ökonomischen Gruppen gegliedert und mit den gesamtwirtschaftlichen Aggregaten abgestimmt ist; eine solche wird — wenn überhaupt — erst in einigen Jahren vorliegen. Zudem müßte eine solche Einkommensschichtung um Verbrauchsstrukturen erweitert werden. Aufgrund der vorhandenen Datengrundlagen können ohnedies Aussagen nur für Westdeutschland gemacht werden.

— Es mangelt an Kenntnissen über die Reaktionen der Betroffenen auf steuer- und ausgabenpolitische Maßnahmen. Das gilt für die Überwälzungs-

Tabelle 48

Einnahmenerhöhende Maßnahmen seit dem 1. Januar 1991

Maßnahme	zeitlich wirksam
I. Steuer- und Abgabenerhöhungen	
Anhebung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 2,5 Prozentpunkte auf 6,8 vH bei gleichzeitiger Absenkung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung um 1 Prozentpunkt auf 17,7 vH	zum 1. 4. 1991 (ab 1. 1. 1992: 6,3 vH)
Einführung des Solidaritätszuschlags zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer in Höhe von 7,5 vH der Steuerschuld	1. 7. 1991 bis 30. 6. 1992
Erhöhung der Mineralölsteuer für bleifreies Benzin um 22 Pf/l auf 82 Pf/l, verbleites Benzin um 25 Pf/l auf 92 Pf/l, Dieselkraftstoff um 10 Pf/l auf 54,15 Pf/l, leichtes Heizöl um 2,34 Pf/l auf 8 Pf/l sowie der Erdgassteuer um 1 Pf/10 KWh auf 3,6 Pf/10 KWh	zum 1. 7. 1991
Anhebung der Versicherungsteuer um 3 Prozentpunkte auf 10 vH	zum 1. 7. 1991
Erhöhung der Tabaksteuer um durchschnittlich 1 Pf je Zigarette	zum 1. 3. 1992
Erhöhung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer von 14 vH auf 15 vH	zum 1. 1. 1993
II. Abbau von Steuervergünstigungen und Finanzhilfen	
Berlinförderung	
a) Wegfall der Abnehmerpräferenz	zum 1. 7. 1991
b) schrittweiser Abbau der Herstellerpräferenz	vom 1. 1. 1992 bis 31. 12. 1993
c) Wegfall der Kleinunternehmerpräferenz	zum 1. 1. 1992
d) schrittweiser Abbau der Zulage für Arbeitnehmer in Berlin-West	vom 1. 10. 1991 bis 31. 12. 1993
Zonenrandförderung	
a) Höchstbetrag für Sonderabschreibung b) Höchstbetrag für Rücklagenbildung	ab 31. 12. 1991 endgültiger Wegfall 31. 12. 1994 ab 31. 12. 1992
Finanzhilfen und Steuervergünstigungen im Steueränderungsgesetz 1992	ab 1992
III. Leistungskürzungen	
Leistungseinschränkungen im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit wegen des Wegfalls des Bundeszuschusses	ab 1993
IV. Sonstiges	
Erhöhung der Ablieferung der Deutschen Bundespost	für 1991 und 1992

versuche von seiten der Anbieter. Es gilt ebenso für die Verhaltensanpassungen, die über die direkten Wirkungen auf das individuell verfügbare Einkommen hinaus bei einzelwirtschaftlichen Entscheidungen resultieren können. Schließlich lassen sich gesamtwirtschaftliche Rückwirkungen, die aufgrund einzelwirtschaftlicher Anpassungen eintreten und gegebenenfalls erneut Anpassungsprozesse auslösen, nicht erfassen.

— Es besteht das Problem der unterschiedlichen räumlichen und zeitlichen Wirkung der getroffenen Maßnahmen. Einzelne zeitraum- oder zeitpunktbezogene Verteilungsrechnungen sind deshalb kaum aussagekräftig.

— Es liegen keine genauen Informationen darüber vor, welche Einkommensschichten durch Ausgabenkürzungen, die sich nicht auf allgemeine Transferzahlungen beziehen, betroffen werden.

210. Was trotz dieser methodischen Probleme möglich erscheint, ist die schrittweise Diskussion der einzelnen Maßnahmen, die bisher zur Finanzierung der Einheit dienten. Freilich können nur die Primäreffekte beschrieben, aber nicht quantifiziert werden. Die über die verschiedenen Wirkungszusammenhänge resultierenden Sekundäreffekte lassen sich überhaupt nicht messen.

— Der Bund hat im Jahre 1991 versucht, durch steuerpolitische Maßnahmen seine Einnahmen zu erhöhen. Die Erhöhung der direkten Steuern durch die Einführung des Solidaritätszuschlags traf alle Einkommensteuerpflichtigen proportional zu ihrer Steuerschuld, folglich wurde die Progressionswirkung des Tarifs nicht verändert, so daß mit steigendem Einkommen die Steuerbelastung des einzelnen überproportional zunahm. Bei den indirekten Steuern ist die Sachlage komplizierter. Um die Verteilungseffekte einer Anhebung spezieller Verbrauchsteuern zu ermitteln, müßte man Kenntnisse über die aktuellen Verbrauchsstrukturen in Abhängigkeit vom verfügbaren Einkommen haben. Dafür liefert die vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe immerhin Anhaltspunkte. So dürfte die Erhöhung der Mineralölsteuer wegen des mit steigendem Einkommen zunächst zunehmenden und dann rückläufigen Anteils der Ausgaben für Kraftstoffe am Privaten Verbrauch regressiv gewirkt haben, die zeitgleich wirksam gewordene Erhöhung der Versicherungsteuer wegen der mit steigendem Einkommen fast durchweg zunehmenden relativen Bedeutung der Ausgaben für Prämien und Beiträge an private Versicherungen hingegen leicht progressiv. Die am 1. März 1992 in Kraft getretene Tabaksteuererhöhung dürfte für sich genommen wiederum einen eher regressiven Effekt gehabt haben. Ähnliches wird für die zum 1. Januar 1993 anstehende Erhöhung der Mehrwertsteuer unterstellt. So wird üblicherweise angenommen, daß eine Mehrwertsteuererhöhung infolge der mit steigendem Einkommen sinkenden durchschnittlichen Konsumquote einen regressiven Effekt hat. Eine nähere Betrachtung ergibt jedoch, daß die mit steigendem Einkommen einhergehende Verschiebung des Konsums von steuerbefreiten und steuerermäßigten hin zu voll besteuerten Gütern und Dienstleistungen diese Wirkung über weite Einkommensbereiche tendenziell ausgleicht.

— Die Erhöhung der Sozialabgaben um durchschnittlich einen Prozentpunkt in den Jahren 1991 und 1992 hatte aufgrund der Beitragsbemessungsgrenzen einen regressiven Effekt; die Höherverdienenden wurden relativ schwächer belastet als die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen. Zudem blieben die Selbständigen hiervon ausgenommen; bei den Beamten bewirkte die um zwei Monate verzögerte Anpassung der Besoldung lediglich im Jahre 1991 eine vergleichbare Einkommenseinbuße.

— Beim Abbau von Steuervergünstigungen und Finanzhilfen sowie bei Ausgabeneinsparungen lassen sich durchaus die zunächst Belasteten benennen — so zum Beispiel im Berlingeschäft tätige Unternehmer, West-Berliner Arbeitnehmer und bisherige Nutznießer der Zonenrandförderung. Nicht möglich ist es aber, von diesen Primärwirkungen auf Änderungen der personellen Einkommensverteilung zu schließen.

211. Nimmt man alles zusammen, so zeigt sich, daß die Verteilungswirkungen der betrachteten Finanzierungsmaßnahmen im ganzen nicht zuverlässig zu ermitteln sind. Eindeutig ist die Wirkung des Solidaritätszuschlags, sie war progressiv. Eindeutig ist ferner die Erhöhung der Sozialabgaben zu bewerten, sie wirkte regressiv. Ähnlich, wenn auch bei weitem nicht so eindeutig, lassen sich die Verteilungswirkungen der Erhöhung der indirekten Steuern beschreiben. Zu bedenken ist freilich, daß nicht bekannt ist, ob und in welchem Ausmaß Überwälzungsvorgänge stattgefunden haben. So hat sich zweifellos ein Teil der Belastungen in den Tarifverhandlungen dieses Jahres in Form der sogenannten sozialen Komponente ausgewirkt. Da die Erhöhung der Tabaksteuer zu deutlichen Verhaltensanpassungen geführt hat, sind die tatsächlichen Verteilungswirkungen nicht eindeutig auszumachen. Schließlich ist mit ins Bild zu nehmen, daß die diskutierten Maßnahmen mit Entlastungen verknüpft waren, wie der Anhebung der Kilometerpauschale oder Änderung beim Sonderausgabenabzug in der Einkommensteuer.

Solange es an einer wirklich repräsentativen und aktuellen Statistik über die Einkommensverteilung mangelt, wird man akzeptieren müssen, daß es für die Frage nach der personellen Umverteilungswirkung politischer Maßnahmen kaum befriedigende Antworten gibt. Diese Tatsache sollte zur Vorsicht mahnen, wenn im politischen Diskurs mit eindeutigen Umverteilungseffekten argumentiert wird. Es besteht dann die Gefahr, daß unnötige Konflikte verursacht und die eigentlichen Probleme und Notwendigkeiten einer erfolgreichen Realisierung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit überlagert werden. Dies entbindet nicht von der Notwendigkeit, dort, wo ungerechtfertigte Belastungen entstanden sind, alsbald für Korrektur zu sorgen (Ziffer 358).

Tabelle 49

Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1991	
12. November	Mit Urteil vom 27. Juni 1991 hat das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber verpflichtet, bis zum 1. Januar 1993 Vorkehrungen zu treffen, wonach Zinseinkünfte nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich gleich besteuert werden. Die Bundesregierung gibt die Eckwerte für eine solche Neuregelung bekannt: — Der Sparer-Freibetrag soll von 600 DM/1 200 DM (Ledige/Verheiratete) auf 6 000 DM/12 000 DM verzehnfacht werden. — Der vermögensteuerliche Freibetrag für das zugrundeliegende Kapitalvermögen wird von 10 000 DM auf 100 000 DM angehoben. Die materielle Einkommen- und Körperschaftsteuerpflicht von Zinseinkünften wird nicht verändert. — Zusätzlich soll u. a. die steuerliche Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen und die Besteuerung von Alterseinkünften durch eine Anhebung des Sonderausgaben-Vorwegabzugs von 4 000 DM/8 000 DM auf 6 000 DM/12 000 DM (bei Berücksichtigung des steuerfreien Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung mit jetzt 16 vH des Bruttolohns statt bisher 12 vH), des Grundhöchstbetrags für Vorsorgeaufwendungen (um 270 DM/540 DM auf 2 610 DM/5 220 DM), des Versorgungs-Freibetrags (von 4 800 DM auf bis zu 6 000 DM) und des Altersentlastungsbetrags von 3 720 DM auf 6 000 DM verbessert werden. — Von Zinsen aus Kapitalforderungen wird grundsätzlich ein Zinsabschlag (anrechenbarer Steuerabzug mit Vorauszahlungscharakter) für Steuerinländer in Höhe von 25 vH einbehalten. Steuerausländer sind vom Steuerabzug ausgenommen. Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" legt Schätzungen der Steuereinnahmen für die Jahre 1991 und 1992 vor. Gegenüber der Schätzung vom Mai wird mit Steuermehreinnahmen von 8,7 Mrd DM für 1991 und von 10,2 Mrd DM für 1992 gerechnet.
3. Dezember	Der Finanzplanungsrat erörtert die Haushaltsentwicklung der Gebietskörperschaften für das Jahr 1991 und die Haushaltsplanungen für das Jahr 1992. Die Zielvorstellungen vom November 1990, das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts auf 140 Mrd DM zu begrenzen, wird als erreichbar angesehen, da sowohl beim Bund als auch bei den neuen Bundesländern eine Nettokreditaufnahme erforderlich sei, die deutlich unter den Haushaltsansätzen liege. Für das Jahr 1992 geht der Bund von Ausgabensteigerungen in Höhe von 2,9 vH und von einer Begrenzung des Defizits auf 45 Mrd DM aus. Die alten Bundesländer halten unter Hinweis auf die Struktur ihrer Haushalte durchschnittliche Steigerungsraten von 4 vH für unvermeidbar. Deutlich höhere Defizite erwarten die neuen Bundesländer wegen ihres hohen Investitionsbedarfs und einer fortschreitenden Normalisierung des Mittelabflusses für das Jahr 1992.
16. Dezember	Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EG (ECOFIN-Rat) verabschiedet die EG-Umsatzsteuerrichtlinie zur Beseitigung der Steuergrenzen und Grenzkontrollen; dafür ist ein Übergangssystem für die Zeit vom 1. 1. 1993 bis zum 31. 12. 1996 vorgesehen (siehe auch 3. April 1992).
1992	
1. Januar	Die Wechselsteuer und die Gesellschaftsteuer treten außer Kraft.
7. Februar	Der Vertrag über die Europäische Union wird von den Außen- und Finanzministern der Mitgliedsstaaten unterzeichnet.
14. Februar	Nach langwierigen Verhandlungen verabschiedet der Bundesrat das „Gesetz zur Entlastung der Familien und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze (Steueränderungsgesetz 1992)" sowie das „Gesetz zur Aufhebung der Strukturhilfe und zur Aufstockung des Fonds ‚Deutsche Einheit'". Damit sind die folgenden wichtigen Maßnahmen verbunden: — Aufhebung der bisher an die alten Bundesländer gezahlten Strukturhilfen des Bundes und Verwendung (jährlich 2,45 Mrd DM) im Jahr 1992 zur Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit" — zur weiteren Verbesserung der Finanzlage der ostdeutschen Länder und Gemeinden: Erhöhung der Bundeszuweisungen an den Fonds im Jahr 1992 um 3,45 Mrd DM — Erhöhung des allgemeinen Satzes der Umsatzsteuer von 14 vH auf 15 vH zum 1. 1. 1993 — bei Beibehaltung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes von 7 vH; Verwendung der erwarteten Mehreinnahmen 1993 von 10,5 Mrd DM und 1994 von 12,9 Mrd DM zur Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit" — Anhebung des Anteils der Länder am Umsatzsteueraufkommen von 35 vH auf 37 vH — Verbesserung des Familienlastenausgleichs über die Erhöhung des Erstkindergeldes von monatlich 50 DM auf 70 DM, des Kindergeldzuschlages für Familien mit niedrigerem Einkommen von monatlich bis zu 48 DM auf bis zu 65 DM sowie des steuerlichen Kinderfreibetrags um 1 080 DM auf 4 104 DM je Kind — Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für die Betriebe ab 1993: Senkung und Vereinfachung der betrieblichen Vermögensteuer, Anhebung des Freibetrags bei der Gewerbe-

noch Tabelle 49

Datum	
noch 1992	
noch 14. Februar	ertragsteuer auf 48 000 DM, stärkere Staffelung der Meßzahlen nach dem Gewerbeertrag sowie Verlängerung der Aussetzung der Gewerbekapitalsteuer und der Vermögensteuer in den neuen Bundesländern bis Ende 1994 — Umsetzung des von der Bundesregierung am 16. Oktober 1991 beschlossenen wohnungspolitischen Programms für die Eigenheimförderung und den Mietwohnungsbau: — Degressive Ausgestaltung der Steuerbegünstigung nach § 10e EStG (Anhebung der in den ersten vier Jahren von 5 vH auf 6 vH), Höchstbetrag weiterhin 330 000 DM bei gleichzeitiger Begrenzung für Steuerpflichtige mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte bis zu 120 000 DM/240 000 DM — Erhöhte Flexibilität bei der Steuerbegünstigung nach § 10e EStG (d. h. Nachholung von nicht ausgeschöpften Abzugsbeträgen) Schuldzinsenabzug für eigengenutzte Wohnungen nach § 10e Abs. 6 EStG von bis zu 12 000 DM jährlich für drei Jahre, das heißt für Objekte, die vor 1995 fertiggestellt werden. — Vor- und Rücktragsmöglichkeiten beim sog. Baukindergeld — Steuerbegünstigung auch für an nahe Angehörige unentgeltlich überlassene Wohnungen.
1 März	Die Erhöhung der Tabaksteuer um durchschnittlich 1 Pfennig je Zigarette tritt in Kraft.
3. April	Die Bundesregierung verabschiedet den Entwurf des Umsatzsteuer-Binnenmarktgesetzes. Es setzt die EG-Richtlinie vom 16. Dezember 1991 zur Ergänzung des gemeinsamen Mehrwertsteuersystems im Hinblick auf die Beseitigung der Steuergrenzen in deutsches Recht um. Zugleich beschließt die Bundesregierung die Abschaffung der sogenannten kleinen Verbrauchsteuern auf Leuchtmittel, Salz, Zucker und Tee zum 1. 1. 1993.
8. April	Das Bundeskabinett verabschiedet den Gesetzentwurf zur Neuregelung der Zinsbesteuerung (Zinsabschlaggesetz), zu den Einzelheiten siehe 12. November 1991 und 6. Juli 1992.
13. Mai	Das Bundeskabinett beschließt die Eckwerte der mittelfristigen Finanzpolitik und den Entwurf des Nachtragshaushalts 1992. *Mittelfristige Eckwerte zum Bundeshaushalt:* — Der Ausgabenanstieg soll beim Bund in den Jahren bis 1996 durchschnittlich 2,5 vH (beim öffentlichen Gesamthaushalt 3,2 vH) betragen. — Die Nettokreditaufnahme wird 1993 auf höchstens 40 Mrd DM festgesetzt, für die beiden Folgejahre gelten die Obergrenzen des Finanzplans vom Juli 1991 von 30 Mrd DM bzw. 25 Mrd DM. — Steuermehreinnahmen sind vorrangig zur Senkung der Nettokreditaufnahme zu verwenden. — Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit sind durch gesetzlich und administrative Maßnahmen auszuschließen. *Nachtragshaushalt 1992:* Mehreinnahmen von insgesamt 8,0 Mrd DM (Steuern: 6,7 Mrd DM, sonstige Einnahmen: 1,3 Mrd DM), die zur Finanzierung zusätzlicher Ausgaben (3,0 Mrd DM) sowie zur Verringerung der Nettokreditaufnahme um 4,8 Mrd DM auf 40,5 Mrd DM verwendet werden sollen. Als wichtige Einzelmaßnahmen sind vorgesehen: — Für die Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur" Erhöhung des Baransatzes (300 Mio DM) und der Verpflichtungsermächtigungen (um 1,6 Mrd DM auf 4,1 Mrd DM) — KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm für die neuen Bundesländer: Aufstockung um 5 Mrd DM auf 15 Mrd DM, zusätzliche Verpflichtungsermächtigung von 1,45 Mrd DM — Aufstockung der Zinszuschüsse an den Kreditabwicklungsfonds von 6 Mrd DM auf 8 Mrd DM — Pauschale Überbrückungshilfe für die bisherigen Empfängerländer der Strukturhilfe in Höhe von 1,5 Mrd DM.
27. Mai	Das Bundesverfassungsgericht bestätigt in seinem Urteil im wesentlichen die Verfassungsmäßigkeit des derzeit praktizierten Finanzausgleichs zwischen den Ländern und wies damit Klagen der Bundesländer Hamburg, Saarland, Bremen und Schleswig-Holstein zurück. Zugleich wird jedoch der Bund dazu verpflichtet — angesichts der „extremen Haushaltsnotlage" des Saarlandes und Bremens —, sich „unverzüglich" über Maßnahmen zur Sanierung der Finanzen dieser Bundesländer klar zu werden.
3. Juni	Der Finanzplanungsrat erörtert die Abschlüsse der öffentlichen Haushalte für 1991 sowie die Haushaltsentwicklung 1992. Das Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts soll bis 1996 auf 2 vH des nominalen Bruttosozialprodukts zurückgeführt werden, dazu bedarf es einer Begrenzung des Ausgabenanstiegs beim Bund, bei den alten Ländern und ihren Gemeinden auf durchschnittlich 3 vH.
1. Juli	Die Bundesregierung verabschiedet den Entwurf für den Bundeshaushalt 1993 und den Finanzplan des Bundes bis 1996. Folgende Eckwerte sind bestimmend: — Die Ausgaben sollen 1993 gegenüber 1992 (Stand einschließlich Nachtragshaushalt 1992) um 2,5 vH steigen, in den Jahren 1992 bis 1996 durchschnittlich um 2,3 vH. — Die Nettokreditaufnahme soll von 38 Mrd DM im Jahre 1993 mittelfristig bis 1996 auf 22 Mrd DM zurückgeführt werden.

noch Tabelle 49

Datum	
noch 1992	
6. Juli	Der Vermittlungsausschuß empfiehlt, das vom Bundestag am 5. Juni beschlossene Zinsabschlagsgesetz (siehe dazu 12. November 1991) mit folgenden Änderungen zu bestätigen: — Zinsabschlag für Steuerinländer 30 vH statt 25 vH, für Tafelgeschäfte 35 vH, — Stückzinsen werden ab dem 1. 1. 1994 dem Zinsabschlag unterworfen, — die Freibeträge für Kapitalvermögen werden in der Vermögensteuer und der Erbschaftsteuer ebensowenig verändert wie der Altersentlastungsbetrag in der Einkommensteuer. Der Bund wird seine Steuermehreinnahmen (0,85 Mrd DM 1993 und 1,2 Mrd DM 1994) aufgrund dieses Gesetzes den neuen Bundesländern über den Fonds „Deutsche Einheit" zur Verfügung stellen.
21. Juli	Das Bundeskabinett verabschiedet ein Privatisierungsprogramm für die laufende Legislaturperiode — basierend auf einem gemeinsamen Bericht der Bundesminister der Finanzen und für Wirtschaft „Verringerung von Beteiligungen und Liegenschaften des Bundes". Danach soll in den nächsten Jahren das Programm schwerpunktmäßig mit der Privatisierung von kleineren Spezialunternehmen sowie der Deutschen Lufthansa und — eine Grundgesetzänderung vorausgesetzt — der Deutschen Bundespost TELEKOM fortgeführt werden.
25. September	Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Entscheidung die derzeit geltenden Regelungen des **Grundfreibetrags** und des allgemeinen Tariffreibetrags im Einkommensteuergesetz für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt, da sie das Existenzminimum des Steuerpflichtigen von der Einkommensteuer nicht vollständig freistellen. Der Grundfreibetrag von derzeit jährlich 5 616 DM liege weit unter dem durchschnittlich anerkannten Sozialhilfebedarf für einen Alleinstehenden von jährlich rund 12 000 DM (Finanzgericht Münster) bzw. 14 000 DM (nach den Berechnungen der Bundesregierung). Das Gericht hat keine rückwirkende Erhöhung verlangt, allerdings für untere Einkommensbezieher die Entlastung des Existenzminimums bereits ab 1993 vorgeschrieben. Eine umfassende Neuregelung muß mit Wirkung zum 1. Januar 1996 erfolgen, wobei die Verfassungsrichter mehrere Möglichkeiten eröffnen, den Verfassungsverstoß zu beseitigen. So kann der Tarifverlauf auch so gestaltet werden, daß die Entlastungswirkung eines angemessen hohen Grundfreibetrags, der zunächst bei allen Steuerpflichtigen berücksichtigt wird, also die Untergrenze für den Zugriff durch die Einkommensteuer bildet, schrittweise ausgeglichen, d. h. bei mittleren und höheren Einkommen abgebaut wird.
7. Oktober	Zur teilweisen Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zum Finanzausgleich (siehe auch 27. Mai) legt die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vor. Der Entwurf beinhaltet eine Abschaffung der Ländersteuergarantie (§ 10 Abs. 3 FAG) sowie einen Nachteilsausgleich für die Länder Bremen und Nordrhein-Westfalen.
13. Oktober	Das Bundesfinanzministerium legt den Entwurf eines **„Standortsicherungsgesetz"** vor. Die damit zum 1. Januar 1994 anvisierte Reform der Unternehmensbesteuerung beinhaltet die folgenden Schwerpunkte (finanzielle Auswirkungen auf Basis 1994): — Bei der **Körperschaftsteuer** soll der Satz auf einbehaltene Gewinne von 50 vH auf 44 vH (der ermäßigte Satz von 46 vH auf 41 vH) und der Satz auf ausgeschüttete Gewinne von 36 vH auf 30 vH gesenkt werden. (3,6 Mrd DM und 0,7 Mrd DM) — Bei der **Einkommensteuer** soll die Spitzenbelastung der gewerblichen Einkünfte über eine Absenkung des Grenzsteuersatzes für gewerbliche Einkünfte von 53 vH auf 44 vH gesenkt werden (3 Mrd DM). — Für Betriebe, deren Einheitswert oder Gewerbekapital die Beträge von 240 000 DM oder 500 000 DM nicht übersteigen, und die damit nicht vom Modell der Tarifbegrenzung profitieren, aber trotzdem verschlechterte Abschreibungsbedingungen haben, wird eine **kapitalsparende Ansparabschreibung** für neue bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens eingeführt. (0,75 Mrd DM) — Der bei der Vermögensteuer geltende Freibetrag von 500 000 DM und der Bewertungsabschlag von 25 vH für das Betriebsvermögen werden zur Erleichterung des Generationenwechsels und der Fortführung mittelständischer Familienunternehmen auf die **Erbschaftsteuer** ausgedehnt. (0,4 Mrd DM) — Verlängerung von Steuervergünstigungen nach geltendem Recht für die **neuen Bundesländer:** Die Aussetzung der Erhebung der Gewerbekapitalsteuer und der Vermögensteuer um ein Jahr bis Ende 1995. Um das Fördergefälle zugunsten der neuen Länder aufrechtzuerhalten, wird nach der Investitionszulage auch die betriebliche Sonderabschreibung um zwei Jahre bis Ende 1996 verlängert. — Als **Gegenfinanzierung** enthält der Reformvorschlag eine Senkung der degressiven Abschreibungssätze für bewegliche Güter des Anlagevermögens, die nach dem 31. Dezember 1993 angeschafft oder hergestellt werden, von 30 vH auf 25 vH (6 Mrd DM); eine Senkung der degressiven Abschreibungssätze für Betriebsgebäude, für die nach dem 31. Dezember 1993 der Bauantrag gestellt oder der Kaufvertrag abgeschlossen wird, von 10 vH auf 7 vH (2,3 Mrd DM) sowie eine Verlängerung der Abschreibungsdauer für betrieblich genutzte PKW (0,5 Mrd DM).
4. November	Die dem Haushaltsplan 1993 des Bundes von der Bundesregierung im Sommer noch unterstellte gesamtwirtschaftliche Einschätzung für 1993 und damit auch die dem Entwurf zugrundeliegenden Steuereinnahmenschätzungen haben sich beträchtlich verschlechtert. Es werden für 1993 konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen beim Bund von etwa 8 Mrd DM erwartet. Zusätzlich führt die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zur Regelung des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer vom 25. September 1992 im nächsten Jahr bereits zu Steuerausfällen von rund 2 Mrd DM. Ein Teil dieser Mindereinnahmen (2 Mrd DM) wird durch höhere Verwaltungseinnahmen

noch Tabelle 49

Datum	
noch 1992	(Münzeinnahmen, Privatisierungserlöse, Darlehensrückflüsse) ausgeglichen. Die Nettokreditaufnahme soll von 38 Mrd DM auf etwa 45 Mrd DM angehoben werden. Bei einem unveränderten Ausgabenanstieg von 2,5 vH sollen Mehrausgaben von 6 Mrd DM, die für zusätzliche GUS-Bürgschaften, Zinsen für den Kreditabwicklungsfonds, den Fonds „Deutsche Einheit" sowie für eine Verstärkung der Investitionsförderung in den neuen Bundesländern entstehen, durch folgende Einsparungen/Umschichtungen ausgeglichen werden: — Geringere Zinsausgaben (1,5 Mrd DM), Minderausgaben beim Kindergeld und Erziehungsgeld (1 Mrd DM), Kürzung der Personalverstärkungsmittel bei den Bundesbehörden (1,5 Mrd DM) und ein „Sparpaket" (3,2 Mrd DM). — Das „Sparpaket" hat folgende wesentliche Bestandteile: Globale Minderausgaben im Etat des Bundesverkehrsministeriums (450 Mio DM) und des Bundesverteidigungsministeriums (400 Mio DM), Minderausgaben beim Ankauf von Grundstücken in Berlin (400 Mio DM), bei der Erstattung der Mutterschaftspauschale (225 Mio DM), bei der Sanierung der Wismut AG (200 Mio DM), bei der Kulturförderung, bei den Gemeinschaftsausgaben „Agrarpolitik" und „regionale Wirtschaftsförderung — West". — Vermeidung eines erwarteten Zuschusses des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit für das Jahr 1993 durch eine Anhebung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte auf 6,5 vH (Volumen 2,4 Mrd DM); im Gegenzug wird zu Lasten der Rücklagen in der Gesetzlichen Rentenversicherung der Beitragssatz um den gleichen Prozentsatz von 17,7 vH auf 17,5 vH gesenkt.

ZWEITES KAPITEL

Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1993

I. Die Ausgangslage

212. Die Entwicklung der letzten Monate hat alle Erwartungen enttäuscht, die deutsche Wirtschaft könne — nach kurzer Verschnaufpause — ihre Schwäche überwinden und auf einen Expansionspfad zurückkehren. Statt dessen läuft sie Gefahr, auf eine abschüssige Bahn zu geraten — seit dem Frühsommer nehmen Nachfrage und Produktion spürbar ab, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu. Ob sie weiter abrutscht oder sich bald wieder fängt, läßt sich aus heutiger Sicht schwer sagen. Das hängt von mehreren Faktoren ab: von der weltwirtschaftlichen Entwicklung, den Entscheidungen der Geldpolitik und der Finanzpolitik und nicht zuletzt vom Ausgang der Lohnverhandlungen im kommenden Jahr.

213. Die konjunkturelle Schwäche trifft die deutsche Wirtschaft zu unpassender Zeit. Der wirtschaftliche Neuaufbau in Ostdeutschland erfordert weit größere Anstrengungen als bisher absehbar war. Die Belastungen aus den enormen Finanztransfers, die in den kommenden Jahren anfallen werden, lassen sich bei konjunkturell wachsenden Steuereinnahmen leichter schultern als bei schrumpfenden. „Damit die ostdeutsche Wirtschaft aufschließen kann", so schrieben wir in unserer Prognose im Herbst vergangenen Jahres, „muß die westdeutsche Wirtschaft in guter Verfassung bleiben" (JG 91 Ziffer 219). Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt.

214. Daß die Stagnation, entgegen nahezu allen Prognosen, in einen Abschwung mündete und nicht in einen neuen Aufschwung, hat mehrere Gründe:

— Die Nachfrage aus dem Ausland nahm nicht zu, wie das erwartet werden konnte, sondern fiel sogar weiter zurück. Für die westlichen Industriestaaten erweist sich der Weg aus der Rezession als lang und beschwerlich. Zudem stecken die Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten; die Nachfolgestaaten der Sowjetunion sind inzwischen so gut wie zahlungsunfähig. Kurzum: Für die Exportwirtschaft war 1992 ein Jahr der Enttäuschungen.

— Das Ausbleiben der Auslandsaufträge drückte die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern, die ohnehin zur Schwäche neigte. Die Unternehmen verfügten nach dem Auslaufen des Vereinigungsbooms wieder über Kapazitätsreserven, zumal sie gerade mit dem Aufbau und Ausbau von Fertigungsstätten in Ostdeutschland begonnen hatten. Geplante Investitionsprojekte wurden verschoben.

— Die Verschlechterung des Investitionsklimas war auch die Folge hoher Lohnabschlüsse, die an den Erträgen der Unternehmen zehrten. Diese Abschlüsse entsprachen zwar weitgehend der Setzung in unserer Prognose vom Herbst letzten Jahres, aber diese Setzung beschrieb die wahrscheinliche, nicht die zur Erhaltung eines günstigen Konjunkturklimas notwendige Entwicklung. Bei abflauender Konjunktur gelang es nicht, die Kostensteigerungen voll zu überwälzen.

— Belastend wirkte schließlich die öffentliche Dauerdebatte um die Finanzierung der deutschen Vereinigung. Es mußte der Eindruck entstehen, daß die Politik außerstande ist, die Probleme zu meistern, zumal sie sich zunehmend in Widersprüche verstrickte, indem sie etwas vorschlug, was sie gerade verworfen, und etwas ablehnte, was sie vorher gefordert hatte.

So kam eines zum anderen: die schwache konjunkturelle Erholung in wichtigen westlichen Industrieländern (für die teilweise ähnliche Ursachen wie in der Bundesrepublik verantwortlich sind), die enttäuschten Exporterwartungen, die Konfliktstrategie der Gewerkschaften und schließlich der Mangel an Gradlinigkeit in der Finanzpolitik.

215. Die Ausgangslage für die Prognose ist heute teilweise anders, teilweise aber auch ähnlich wie die vor einem Jahr. Sie ist anders, weil sich die deutsche Wirtschaft inzwischen offensichtlich auf einer Schlitterbahn befindet und nicht mehr auf einem festen Pfad. Sie ist aber ähnlich, weil die Wende zum Besseren nur unter zwei Voraussetzungen zu erwarten ist: bei einer nachhaltigen konjunkturellen Erholung in den wichtigen Partnerländern, die die Exportflaute beendet, sowie bei einem überzeugenden Kurswechsel in der Lohnpolitik und in der Finanzpolitik, der dem sich ausbreitenden Investitionsattentismus entgegenwirkt. Dann und nur dann kann man darauf hoffen, daß der derzeitige Produktionsrückgang von kurzer Dauer sein wird und nicht mehr als eine Delle hinterläßt.

II. Die Annahmen der Prognose

216. Die Prognose gründet sich auf statistische Informationen, theoretische Kenntnisse über wirtschaftliche Zusammenhänge und praktische Erfahrungen aus früheren Konjunkturzyklen. Sie muß aber auch Annahmen treffen, etwa wenn zukunftsweisende Entscheidungen noch ausstehen.

Zu den zentralen Annahmen der Prognose gehören vor allem Setzungen über den Kurs der Wirtschaftspolitik im nächsten Jahr — im Ausland und im Inland. Dieser Kurs ist zum Zeitpunkt der Prognose selten schon klar abgesteckt. So gibt es bei den staatlichen Stellen meistens noch keine verbindlichen Haushaltspläne, und die Notenbanken, die ihre Politik an einem

Geldmengenziel orientieren, haben meistens die Rate für die vorgesehene Geldmengenausweitung noch nicht festgelegt.

217. Die Finanzpolitik, so unsere Annahme, wird sich in den meisten westlichen Industrieländern um Haushaltskonsolidierung bemühen, weil angesichts der hohen Defizite kaum etwas anderes übrigbleibt. Neue kostenträchtige Programme mit dem Ziel, die träge Konjunktur in Schwung zu bringen, wird es in kaum einem Land geben, zumal die Einsicht wächst, daß in der augenblicklichen Situation höhere Haushaltsdefizite mehr Schaden anrichten als Nutzen stiften. Zu den wenigen westlichen Industrieländern mit einer kräftig expansiven Finanzpolitik gehört Japan. Dort wurde bereits im Sommer ein umfangreiches Programm angekündigt, um öffentliche Investitionen und Immobilienkäufe zwecks Marktstützung zu finanzieren. Wohlgemerkt, wir rechnen nirgendwo kurzfristig mit großen Konsolidierungserfolgen. Unsere Annahme ist aber, daß ernsthafte Anstrengungen gemacht werden, die Neuverschuldung im nächsten Jahr einzudämmen und mittelfristig zurückzuführen. In der Bundesrepublik hat die Konsolidierungsaufgabe hohe Priorität. Wir nehmen an, daß es wie geplant gelingen wird, den Anstieg der konsolidierten Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts im nächsten Jahr von 8½ vH auf 6 vH herabzudrücken. Dabei ist unterstellt, daß sich der Bund an die eigenen mittelfristigen Vorgaben (2½ vH) hält und seine Einsparbemühungen nicht von den westdeutschen Ländern und Gemeinden sowie den Sozialversicherungen konterkariert werden (Ziffern 338 ff.).

218. Die Geldpolitik wird weiterhin auf niedrigere Zinsen hinwirken, jedenfalls dort, wo sie dazu über Spielraum verfügt. Der Spielraum ist in den Vereinigten Staaten und in Japan vermutlich nur noch klein, denn die kurzfristigen Zinsen bewegen sich schon längere Zeit auf niedrigem Niveau. Dort dürften die geldpolitischen Instanzen im kommenden Jahr sogar dazu übergehen, die Zunahme der Geldmenge zu bremsen, um keine Gefahren für die Preisstabilität heraufzubeschwören. In den westeuropäischen Ländern sind dagegen die kurzfristigen Zinsen noch immer recht hoch. Da keine Verspannungen bei den Preisen und — nach den jüngsten Korrekturen — bei den Wechselkursen drohen, ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Zinsen auch am kurzen Ende sinken werden, recht groß. Wir nehmen an, daß die Bundesbank im kommenden Jahr ihre straffe Geldpolitik weiter lockern wird, ohne dabei das Ziel, die Geldmenge auf einen potentialorientierten Pfad zurückzuführen, aus dem Auge zu verlieren. Wir gehen davon aus, daß sie wieder ein Geldmengenziel setzt, das einer Ausweitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge um 6½ vH entspricht (Ziffern 331 ff.). Da sich bei diesen Annahmen das Zinsgefälle zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten verringern wird, dürfte sich die D-Mark gegenüber dem Dollar etwas abwerten; wir setzen in unserer Rechnung für den Durchschnitt des Jahres 1993 die Relation mit 1,65 DM/Dollar an.

219. Zu den Annahmen der Prognose gehört auch eine Setzung für die Entwicklung des Welthandels. Wir orientieren uns dabei an Schätzungen internationaler Organisationen, die wiederum auf den Prognosen einzelner Länder über deren voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung basieren. Diese Schätzungen, die uns als Fixpunkt bei der Exportprognose dienen, haben sich zwar schon öfters als Irrlicht erwiesen, vor allem dann, wenn sich die Weltwirtschaft in einer labilen Verfassung befand. Vor dem Hintergrund einer fortschreitenden konjunkturellen Erholung erscheint diesmal aber das Risiko einer Fehleinschätzung als nicht so groß. Wir veranschlagen die Expansionsrate für das Handelsvolumen der westlichen Industrieländer auf 4½ vH und für den gesamten Welthandel auf 5½ vH.

Die Prognose unterstellt, daß der Welthandel im kommenden Jahr nicht durch die Errichtung zusätzlicher Handelsschranken beeinträchtigt wird. Das ist zweifellos eine optimistische Annahme, denn der augenblickliche Stand der GATT-Verhandlungen rechtfertigt sie strenggenommen nicht. Wir halten es jedoch für möglich, daß buchstäblich „in letzter Sekunde" eine Kompromißformel gefunden wird, die den Forderungen der streitenden Parteien, vor allem der Vereinigten Staaten auf der einen und der Europäischen Gemeinschaft auf der anderen Seite, Rechnung trägt.

220. Schließlich machen wir eine Vorgabe für den Ölpreis. Die Preise an den internationalen Märkten waren in diesem Jahr recht stabil, zuletzt wurde das Faß Rohöl mit rund 20 Dollar gehandelt. Höhere Preise im kommenden Jahr sind nicht sehr wahrscheinlich. Die von uns erwartete Erholung der Weltkonjunktur wird zwar die Marktposition der Ölproduzenten verbessern, aber es sieht derzeit ganz danach aus, daß diese es vorziehen, die Absatzmengen auszuweiten statt die Preise anzuheben. Auch die Preise anderer Rohstoffe dürften weitgehend stabil bleiben.

221. Bei diesen Annahmen bleiben die Weichen für die konjunkturelle Erholung in der Weltwirtschaft gestellt. Die Aussicht auf Fortschritte bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und auf Rückführung der hohen Zinsen — das alles ist zwar nicht spektakulär, aber in der gegenwärtigen Situation können schon geringe Erfolge viel bewirken: Sie können dazu beitragen, daß neues Vertrauen entsteht, an dem es derzeit allseits fehlt.

III. Das weltwirtschaftliche Umfeld

222. Seit 18 Monaten spricht die Welt vom Ende der Rezession. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß die meisten westlichen Industrieländer den Tiefpunkt der konjunkturellen Abwärtsbewegung in diesem Jahr erreicht oder schon hinter sich gelassen haben. Ungewiß ist aber noch, wie schnell die Auftriebskräfte sich durchsetzen können. Hiervon hängt es ab, ob auch in Deutschland sich die wirtschaftliche Entwicklung im nächsten Jahr wieder nach oben orientieren wird; ohne Impulse aus dem Ausland würde die Konjunkturflaute hierzulande so bald nicht zu überwinden sein.

223. Sicherlich, es gibt Risiken für die weitere Konjunkturentwicklung in den Industrieländern. Unter

den belastenden Faktoren sind es vor allem Ungewißheiten über den Fortgang der europäischen Integration und den Ausgang der stockenden GATT-Verhandlungen, die die Aussichten für das nächste Jahr trüben. Wir erwarten jedoch, daß es gelingen wird, die Konflikte zu entschärfen und für die strittigen Fragen Lösungen zu finden. Unklar ist derzeit auch noch, welchen wirtschaftspolitischen Kurs der neugewählte Präsident in den Vereinigten Staaten einschlagen wird. Einen Kurswechsel, der der Weltwirtschaft neue Belastungen aufbürden würde, halten wir aber für unwahrscheinlich.

224. Im ganzen ist die Konstitution der Weltwirtschaft heute besser als vor einem Jahr (JG 91 Ziffern 2 ff.), auf jeden Fall besser als am Ende der letzten Rezession zu Beginn der achtziger Jahre. Die Voraussetzungen für eine Belebung der Expansionskräfte im nächsten Jahr werden daher von uns alles in allem günstig beurteilt:

— Anders als in früheren Rezessionsphasen weisen die meisten Industriestaaten heute relativ niedrige Inflationsraten auf. Der Preisanstieg betrug in diesem Jahr durchschnittlich 3½ vH; im nächsten Jahr wird er sich nach unserer Einschätzung weiter abflachen. Dies wird der Konjunktur Auftrieb geben: Das Vertrauen von Unternehmen und Konsumenten wird bestärkt, die Sicherheit langfristiger Planungen wird erhöht, und Verzerrungen in der Preisstruktur werden abgebaut.

— Der Lohnkostendruck hat im Gefolge der konjunkturellen Schwäche deutlich nachgelassen. Der Anstieg der Lohnstückkosten, der in den achtziger Jahren im Schnitt bei 4½ vH gelegen hatte, ermäßigte sich in diesem Jahr auf 2½ vH bis 3 vH, und im kommenden Jahr ist mit einem noch geringeren Anstieg zu rechnen. Der Druck auf die Gewinne wird daher nachlassen. Dies eröffnet zusätzliche Investitionsmöglichkeiten.

— Hinzu kommt, daß die Kapazitätsauslastung in den meisten Ländern im Verlauf des konjunkturellen Abschwungs weitaus weniger zurückgegangen ist als etwa in der Rezession zu Beginn der achtziger Jahre (Schaubild 1, Seite 37). Eine Belebung der Nachfrage dürfte die Unternehmen somit relativ frühzeitig zum Ausbau der Produktionskapazitäten veranlassen. Auch das beschleunigt den Aufschwung und festigt ihn zugleich.

— Nicht zu übersehen ist schließlich, daß eine Reihe die Weltwirtschaft belastender Faktoren mittlerweile erheblich an Bedeutung verloren hat. So hat sich die Verschuldungssituation der privaten Haushalte in den Vereinigten Staaten aufgrund der Konsolidierungsanstrengungen der vergangenen beiden Jahre deutlich entspannt. Auch der Verfall der Vermögenswerte in Großbritannien und Japan scheint inzwischen zum Stillstand gekommen zu sein. Dies dürfte vertrauensfördernd auf Konsumenten und Investoren wirken. Damit wachsen auch die Chancen, daß die Maßnahmen zur Stimulierung der Konjunktur endlich greifen.

Nimmt man alles zusammen, so besteht durchaus Grund zu vorsichtigem Optimismus. Die tatsächliche Lage der Weltwirtschaft ist bei weitem besser, als es in der derzeitigen Stimmungslage zum Ausdruck kommt, und die Erwartung ist wohlbegründet, daß die meisten Industrieländer im Jahre 1993 auf einen Pfad sich allmählich beschleunigender Expansion einschwenken werden. Sicher, der Aufschwung wird zunächst nur verhalten sein, vor allem in Europa. Gegen Ende des kommenden Jahres wird sich die weltwirtschaftliche Lage wohl deutlich besser darstellen, als es gegenwärtig der Fall ist.

225. Nach unserer Einschätzung wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in den Industriestaaten im Durchschnitt des nächsten Jahres um reichlich 2 vH zunehmen — bei einer deutlichen Beschleunigung des Expansionstempos im Jahresverlauf. Die Vorreiterrolle werden dabei die Vereinigten Staaten spielen; hier rechnen wir mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um knapp 3 vH im Verlauf und um 2½ vH im Durchschnitt des kommenden Jahres (Tabelle 50). Ausschlaggebend für diese Sicht der Konjunkturlage in den Vereinigten Staaten ist, daß der dämpfende Einfluß der Verschuldung der privaten Haushalte an Bedeutung verlieren wird; damit entfällt ein wesentliches Hindernis für die Wirksamkeit der bereits seit längerem expansiv ausgerichteten Geldpolitik. Aber auch in Japan wird die Wirtschaft wieder stärker expandieren. Impulse erhält die Konjunktur dabei vor allem von der auf Nachfragestimulierung ausgerichteten Geldpolitik und Finanzpolitik. Zu erwarten ist ein Zuwachs beim Bruttosozialprodukt um 3½ vH im Jahresverlauf; im Jahresdurchschnitt wird die Zuwachsrate allerdings nur 2½ vH betragen, denn der Tiefpunkt der Konjunkturentwicklung dürfte erst gegen Ende dieses Jahres erreicht worden sein. Nicht ganz so günstig erscheinen die Aussichten für die europäischen Länder. Hier wird die wirtschaftliche Dynamik im nächsten Jahr zunächst noch schwach bleiben und sich erst nach der Jahresmitte verstärken. Im ganzen ist wohl nur mit einem Produktionszuwachs von knapp 1½ vH zu rechnen. Eine deutliche Konjunkturbelebung erwarten wir jedoch in Großbritannien. Dort ist die tiefe Rezession mittlerweile überwunden; das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Verlauf des Jahres um etwa 2½ vH und im Jahresdurchschnitt um etwas weniger als 2 vH zunehmen. Positiv wird sich hier vor allem die niedrigere Bewertung des britischen Pfundes nach der Suspendierung der Teilnahme am Interventionsmechanismus des Europäischen Währungssystems auswirken. In den anderen europäischen Ländern wird die Expansion hingegen erst langsam an Fahrt gewinnen. So wird die Produktion nach unserer Einschätzung in Frankreich bis zum Ende des nächsten Jahres bestenfalls um 2½ vH zunehmen (Jahresdurchschnitt: knapp 2 vH). In Italien wird der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Jahresdurchschnitt und im Jahresverlauf nur reichlich 1 vH betragen, kaum mehr als in diesem Jahr. Dort bremsen — stärker noch als in anderen europäischen Staaten — die Bemühungen um eine Konsolidierung der Staatsfinanzen und um eine Eindämmung des Preisauftriebs zunächst die konjunkturelle Entwicklung; die stimulierenden Effekte dieser Politik werden sich erst allmählich durchsetzen.

Eine anhaltend kräftige wirtschaftliche Expansion erwarten wir hingegen in den Entwicklungsländern und Schwellenländern. In dieser Ländergruppe dürfte

Tabelle 50

Die voraussichtliche Entwicklung in den Industrieländern

Land	Anteil am Bruttoinlandsprodukt[1]) der OECD-Länder	Bruttoinlandsprodukt (real)[2])[3])		Verbraucherpreise[3])[4])	
	1991	1992	1993	1992	1993
	vH	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
Westdeutschland	9,10	+1½	+0	+4	+3½
Frankreich	6,98	+2	+2	+3	+2½
Italien	6,67	+1	+1	+5½	+6½
Großbritannien	5,90	−1	+2	+4	+5
Spanien	3,07	+1½	+1	+6½	+5½
Niederlande	1,67	+2	+1½	+3½	+2½
Schweiz	1,33	+0	+1	+4	+3½
Schweden	1,38	−1½	−1	+2½	+2
Belgien/Luxemburg	1,15	+1½	+1½	+2½	+2½
Österreich	0,95	+2½	+2	+4½	+3½
Dänemark	0,76	+1	+2½	+2	+1½
Europa[5])[6])					
— insgesamt	42,73	+1	+1½	+5½	+5
— ohne Deutschland	32,98	+1	+1½	+5½	+5½
Europäische Gemeinschaft[5])	37,06	+1	+1½	+4½	+4½
Vereinigte Staaten	32,32	+2	+2½	+3	+3
Japan	19,59	+1½	+2½	+2	+1½
Kanada	3,42	+1½	+3	+1½	+2½
OECD-Länder[5])					
— insgesamt	100	+1½	+2	+3½	+3½
— ohne Deutschland	90,25	+1½	+2	+3½	+3½

[1]) In jeweiligen Preisen und Wechselkursen. Vorläufige Ergebnisse.
[2]) Für Japan: Bruttosozialprodukt.
[3]) Eigene Schätzung aufgrund von Angaben internationaler Organisationen.
[4]) Deflator des Privaten Verbrauchs.
[5]) Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttoinlandsprodukt der OECD-Länder des Jahres 1991.
[6]) Europäische OECD-Länder (EG-Länder, EFTA-Länder und Türkei).

die Produktion wie schon in diesem Jahr um durchschnittlich etwa 6 vH zunehmen, wenn auch bei großen regionalen Unterschieden. In den im Anpassungsprozeß am weitesten fortgeschrittenen mitteleuropäischen Reformstaaten (Polen, Ungarn und der sich neuformierenden Tschechischen Republik) wird im nächsten Jahr erstmals seit 1989 wieder ein leichter Produktionsanstieg zu verzeichnen sein. In den übrigen mittel- und osteuropäischen Staaten — insbesondere in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion — dürfte indes auch im Jahre 1993 die tiefe Anpassungskrise fortdauern.

226. Impulse für die konjunkturelle Entwicklung werden in den Industrieländern am ehesten vom Privaten Verbrauch kommen. Der Zuwachs der verfügbaren Einkommen wird in den meisten Ländern zwar kaum höher sein als in diesem Jahr, da die Lohnabschlüsse im nächsten Jahr eher niedriger ausfallen werden und die Beschäftigung vorerst nur leicht (um ½ vH) zunehmen wird. Zu erwarten ist aber, daß die privaten Haushalte ihre Sparquote im nächsten Jahr etwas reduzieren werden, denn ein Rückgang der Zinsen, eine Abnahme der Schuldenlast und eine Verringerung der Arbeitsplatzrisiken werden die Konsumneigung stärken. Hinzu kommt, daß die Konsumenten in letzter Zeit geplante Käufe hinausschieben mußten, so daß sich mittlerweile ein gewisser Nachholbedarf aufgestaut hat. Alles in allem rechnen wir damit, daß der Private Verbrauch in den Industrieländern insgesamt im nächsten Jahr um knapp 2 vH zunehmen wird; in den Vereinigten Staaten und in Japan wird die Zuwachsrate etwas höher, in den europäischen Ländern etwas schwächer sein.

227. Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen wird im nächsten Jahr etwas zunehmen. Die Kapazitätsauslastung ist in vielen Ländern während der

Rezession nur vergleichsweise wenig gesunken, und das dürfte bei wieder zunehmender Nachfrage Anlaß sein, schon bald Erweiterungsinvestitionen in Angriff zu nehmen. Die sich abzeichnende Steigerung der Erträge erleichtert nicht nur die Finanzierung, sondern verbessert bei zudem sinkenden Zinsen die Rentabilität von Sachkapitalinvestitionen im Vergleich zu Finanzinvestitionen. Insbesondere in Nordamerika werden die Unternehmen ihre Investitionen kräftig ausweiten, in den Vereinigten Staaten um etwa 7 vH. In Japan wird die Investitionsnachfrage dagegen bestenfalls konstant bleiben. Auch in Europa wird die Investitionstätigkeit wohl nur langsam in Schwung kommen. Vor allem in jenen Staaten, in denen es im Verlauf der Rezession doch zu einem stärkeren Rückgang der Kapazitätsauslastung kam, wie in Großbritannien und den nordischen Ländern, ist mit einer merklichen Belebung der Investitionsnachfrage vorerst nicht zu rechnen. Alles in allem werden die Unternehmensinvestitionen in Europa im nächsten Jahr nur schwach zunehmen; wir veranschlagen den Zuwachs auf 1 vH. Dies muß insbesondere die deutschen Investitionsgüterhersteller enttäuschen, für die die europäischen Länder ein wichtiger Absatzmarkt sind.

228. Mit der Belebung der Binnennachfrage wird sich auch die Importnachfrage der Industrieländer verstärken. Die im Aufschwung voranschreitenden Länder — also die nordamerikanischen Staaten und Japan — werden auf diese Weise der Konjunktur in den anderen Ländern Impulse vermitteln, wenn auch vermutlich erst in der zweiten Jahreshälfte. Wir rechnen damit, daß die Exporte der europäischen Länder insgesamt im Verlauf des Jahres um knapp 5 vH zunehmen werden. Bei einem nur verhaltenen Anstieg der Importe werden die europäischen Länder dagegen vorerst nicht stimulierend für die Konjunktur in Nordamerika wirken können. Die Vereinigten Staaten werden aber ihre Exporte in die für ihre heimischen Produzenten wichtigen lateinamerikanischen Staaten deutlich steigern können. Japan kann ebenfalls mit einer weiteren Belebung der Exportnachfrage rechnen; insbesondere die Ausfuhr in die ostasiatischen Schwellenländer und nach China dürfte weiterhin kräftig expandieren.

229. Bei dieser Konstellation ist im nächsten Jahr nicht mit einer Beschleunigung des Preisauftriebs zu rechnen, denn angesichts der noch fortbestehenden Unterauslastung der Produktionskapazitäten bleiben der Wettbewerbsdruck hoch und die Preiserhöhungsspielräume begrenzt. Inflationserwartungen haben sich nicht aufgebaut, da die meisten Länder eine am Stabilitätsziel orientierte Geldpolitik betreiben. Schließlich ist und bleibt auch der Kostendruck vergleichsweise gering; die Lohnerhöhungen werden angesichts anhaltend hoher Arbeitslosigkeit — wir gehen davon aus, daß die Anzahl der Arbeitslosen im Durchschnitt des nächsten Jahres in den Industrieländern insgesamt noch etwas zunimmt — moderat ausfallen. Es ist somit kaum damit zu rechnen, daß sich der Anstieg der Verbraucherpreise in den Industrieländern insgesamt beschleunigen wird; wir erwarten vielmehr, daß die Steigerungsrate im Durchschnitt auf 3½ vH begrenzt bleibt. Zunehmende Inflationsraten sind in Großbritannien und Italien zu erwarten, da dort die preistreibenden Effekte der Abwertung von Pfund und Lira im nächsten Jahr voll wirksam werden.

IV. Die wirtschaftlichen Aussichten für die Bundesrepublik

230. Für die deutsche Wirtschaft wird 1993 ein schwieriges Jahr. In den alten Bundesländern wird es bis weit ins nächste Jahr zumindest keinen Zuwachs bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion geben. In den östlichen Bundesländern tritt der Umstrukturierungsprozeß in eine entscheidende Phase. Dort kann die anhaltende Konjunkturschwäche im Westen das Wegbrechen der alten Strukturen beschleunigen und den Aufbau neuer Strukturen verzögern. Im dritten Jahr nach der Vereinigung muß die deutsche Wirtschaft somit ihre erste große Bewährungsprobe bestehen.

Ungeachtet der sich abzeichnenden Schwierigkeiten in West und Ost werden beide Teile Deutschlands im nächsten Jahr wirtschaftlich weiter zusammenwachsen. Die Unterschiede in der Leistungskraft werden von nun ab kleiner werden, auch wenn es noch geraume Zeit brauchen wird, um sie einzuebnen.

231. Wie in den letzten beiden Jahren sehen wir uns auch dieses Jahr veranlaßt, die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands getrennt darzustellen. Denn bislang sind es mehr die Unterschiede und nicht die Gemeinsamkeiten, die das Bild prägen: Die Wirtschaft in den alten Bundesländern durchwandert ein flaches konjunkturelles Tal, das sie, wenn alles gutgeht, im Verlauf des nächsten Jahres hinter sich lassen sollte. Die ostdeutsche Wirtschaft steckt dagegen noch in einer tiefen Umstellungskrise, die sie erst in einem Zeitraum von mehreren Jahren überwinden kann. In den alten Bundesländern sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu einem wesentlichen Teil ein zyklisches Nachfrageproblem, in den neuen Bundesländern dagegen vorwiegend ein strukturelles Angebotsproblem. Beides muß sorgfältig auseinandergehalten werden.

232. Wir verzichten auch in diesem Jahr darauf, die Prognosen für die alten und die neuen Bundesländer in einem Tableau zusammenzuführen. So etwas hätte wenig Sinn — das Ergebnis wäre ein wenig aussagefähiger Durchschnitt aus zwei ganz unterschiedlichen Entwicklungen. Hinzu kommt, daß wir uns bei der Prognose erneut vor unüberwindbare statistische Probleme gestellt sehen. Es gibt noch immer keine vollständigen, amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das Gebiet der neuen Bundesländer. Verfügbar sind lediglich einige wenige Eckwerte über Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts. Zwei Jahre nach der politischen Vereinigung hat sich in dieser Hinsicht die Situation noch nicht entscheidend gebessert. Zwar gibt es inzwischen deutlich mehr Informationen, aber diese sind teilweise inkonsistent und schwer zu interpretieren. Die Probleme hängen nicht nur mit Verzögerungen beim Aufbau der amtlichen Statistik in Ostdeutschland zusammen, sondern rühren auch von der fort-

schreitenden wirtschaftlichen Verflechtung beider Teile Deutschlands her: Viele statistische Daten etwa über Warenlieferungen oder Investitionen lassen sich nicht mehr eindeutig dem einen oder dem anderen Teil zuordnen. So ist die paradoxe Situation entstanden, daß die Summe der Einzelinformationen heute zwar viel größer ist als in der Vergangenheit, daß es aber schwerer fällt, sich ein Bild von der wirtschaftlichen Entwicklung in den jungen Bundesländern zu machen, das frei von Widersprüchen ist.

Wir haben dem wie folgt Rechnung getragen: Die Prognose nimmt zwar die ganze deutsche Wirtschaft in den Blick, verzichtet aber weitgehend auf quantitative Vorausschätzungen für die neuen Bundesländer. Ein geschlossenes Prognosetableau wird, wie in den beiden letzten Jahren, nur für das frühere Bundesgebiet vorgelegt. Für die neuen Bundesländer werden nur einige Eckwerte ausgewiesen. Diese sind lediglich Orientierungsgrößen, die die Richtung markieren, in die die Entwicklung nach unserer Einschätzung voraussichtlich geht.

233. Dreh- und Angelpunkt der Prognose, so schrieben wir schon vor einem Jahr, ist der Export. Damals konnte man mit Fug und Recht annehmen, die Konjunktur in der westlichen Welt werde sich weiter erholen — und mit ihr auch der deutsche Export. Die Hoffnungen haben getrogen. Nach den Enttäuschungen in diesem Jahr — die Bestellungen von Industriegütern aus dem Ausland sind bis zuletzt rückläufig gewesen — besteht aller Grund, die Exportchancen auch für das kommende Jahr zurückhaltend einzuschätzen. Das gilt für den Absatz auf den westlichen Märkten, aber erst recht gilt es für den Absatz auf den Märkten in Mittel- und Osteuropa, von denen vor allem die ostdeutsche Industrie noch stark abhängig ist.

234. Daß der deutsche Export in die westliche Welt trotz der beginnenden konjunkturellen Erholung in einer Reihe von Ländern in diesem Jahr nur wenig und daß er vor allem deutlich schwächer expandierte als der gesamte Welthandel, ist ungewöhnlich und muß zu denken geben. Früher hatte in einer solchen Phase die Exportnachfrage überaus kräftig angezogen — darauf war Verlaß. Gewiß, für die anhaltende Exportflaute lassen sich einige Gründe anführen: Die Auftriebskräfte waren insgesamt schwach, vor allem bei den wichtigen westeuropäischen Partnerländern; die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern, die einen großen Anteil am Exportsortiment der Unternehmen haben, ging in vielen Ländern zurück; die Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar und gegenüber einer Reihe europäischer Währungen verteuerte deutsche Waren. Es ist aber zu fragen, ob das alles zur Erklärung ausreicht. Möglicherweise spiegeln sich im Verlust von Marktanteilen auch gewisse strukturelle Schwächen beim deutschen Export wie eine Vernachlässigung von Wachstumsmärkten oder gar ein Zurückbleiben im internationalen Technologiewettbewerb.

Welches Gewicht diese strukturellen Effekte im kommenden Jahr haben werden, ist schwer zu sagen. Nach allen Überlegungen und Erfahrungen dürften sich aber einige der negativen Vorzeichen umkehren: So erwarten wir, daß die Konjunktur in den westeuropäischen Ländern anspringt, in denen sie bisher noch lahmt; in diese Länder insgesamt gehen immerhin rund drei Viertel des deutschen Exports. Die Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar, die teils schon eingetreten, teils noch zu erwarten ist, verstärkt die Position deutscher Unternehmen im Preiswettbewerb. Das Muster der konjunkturellen Erholung begünstigt dagegen den deutschen Export vermutlich nicht. Denn nach wie vor bleibt insbesondere die Investitionstätigkeit in den europäischen Ländern gedrückt.

235. Ob von der Verwirklichung des Binnenmarktes zu Beginn des nächsten Jahres die erhofften Impulse kommen, muß abgewartet werden. Ein Teil der Nachfragewirkungen, die normalerweise bei einem Abbau von Handelsschranken zu erwarten wären, ist vermutlich schon vorweggenommen worden; im Außenhandel mit Industriegütern sind die meisten Handelsschranken innerhalb Westeuropas bereits seit längerem abgebaut worden. Im Außenhandel mit Dienstleistungen sind sie aber noch hoch; dort könnte das Binnenmarktprogramm einiges bewirken. Allerdings steht schon fest, daß wichtige Programmpunkte nicht termingerecht verwirklicht werden. Zwischenzeitlich kann der Außenhandel innerhalb der EG sogar durch die komplizierten steuerlichen Regelungen beeinträchtigt werden. Es empfiehlt sich daher, die Erwartungen fürs erste nicht zu hoch zu schrauben.

236. Trübe sind die Aussichten für den sogenannten Ostexport. Man sollte sich da nichts vormachen: Die Exportmärkte in den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion sind inzwischen vollständig zusammengebrochen, und kurzfristig gibt es so gut wie keine Chancen, sie wieder aufzubauen. Auch trickreiche Geschäftspraktiken, bei denen das Geld der Ware vorangetragen wird, vermögen daran nichts zu ändern. Allenfalls bei Exporten in die mitteleuropäischen Reformländer gibt es berechtigte Hoffnungen auf eine Trendwende im nächsten Jahr. Diese Länder haben inzwischen den Tiefpunkt der Anpassungskrise erreicht und sich außenwirtschaftlich weit geöffnet.

237. Wägt man sorgfältig gegeneinander ab, was auf der Sollseite und was auf der Habenseite der Bilanz steht, dann muß man sagen: Eine Konjunkturstütze wird der Export im nächsten Jahr noch nicht sein. Denn auch wenn die konjunkturelle Erholung in der Welt Fortschritte macht, so zeichnet sich gleichwohl nur eine schwache Aufwärtsentwicklung ab. In den alten Bundesländern dürfte die Warenausfuhr in den nächsten Monaten bestenfalls stagnieren, mit einem leichten Anstieg ist erst ab dem kommenden Frühjahr zu rechnen. In den jungen Bundesländern ist die Entwicklung schwer einzuschätzen. Einerseits: Die Märkte im Osten bieten derzeit keinerlei Perspektiven; in dieser Hinsicht sollte man keine falschen Erwartungen hegen. Andererseits: Mehr und mehr Unternehmen dürften es schaffen, auf westlichen Märkten Fuß zu fassen.

238. In der Prognoserechnung, in der wir entsprechend den Konventionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen den Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen dem westlichen und östlichen Teil

Deutschlands mit berücksichtigen müssen, schlagen sich unsere Überlegungen wie folgt nieder:

— Für Westdeutschland rechnen wir mit einer Zunahme des Exportvolumens (Waren und Dienste zusammengenommen) um 2 vH im Durchschnitt und um reichlich 3 vH im Verlauf des Jahres 1993. Bei den Warenlieferungen in das Ausland betragen diese Raten 1 vH und 3 vH (Schaubild 30, Tabelle 51, Seiten 170f.). Wir gehen also davon aus, daß der deutsche Export erneut etwas hinter der Ausweitung des Handels der westlichen Industrieländer zurückbleiben wird.

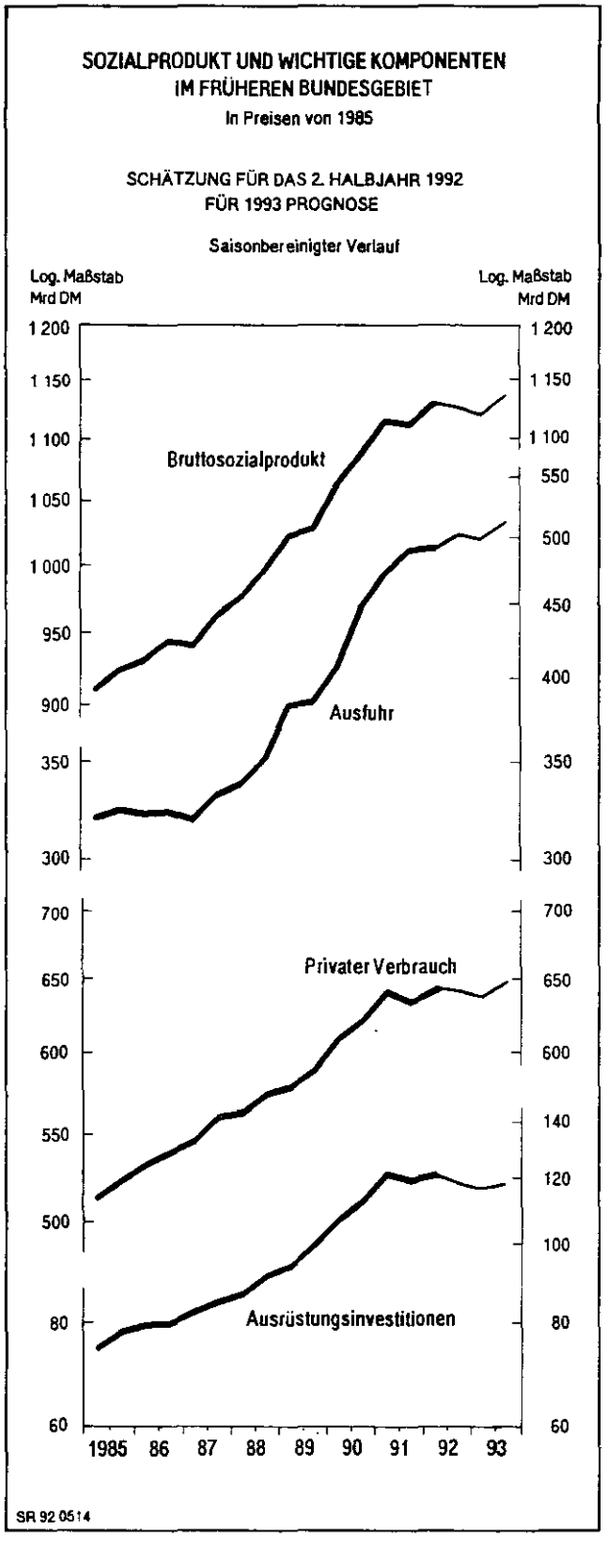
— Für Ostdeutschland setzen wir für den Warenexport, ohne die Lieferungen nach Westdeutschland, eine zweistellige Rate an. Dabei ist das niedrige Niveau mit in den Blick zu nehmen, auf das der Export dort inzwischen abgesackt ist. Die Schätzung ist aber mit großen Unsicherheiten behaftet, weil das Ostgeschäft kaum noch nach marktmäßigen Gesetzen abläuft. So könnte sich das Bild schnell ändern, falls die teilweise schon versandbereiten Güter, die sich derzeit in ostdeutschen Unternehmen stauen, doch noch im Osten ihre Abnehmer finden würden.

239. In unserer Prognose mischen sich Hoffen und Bangen, Zuversicht und Skepsis. Sie entspricht aber weitgehend der Einschätzung, die bei vielen Unternehmen derzeit vorherrscht. Nach einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages für den Sachverständigenrat erwartete im Herbst 1992 rund die Hälfte der befragten Unternehmen gleichbleibende, ein knappes Viertel steigende und ein weiteres Viertel schrumpfende Exporte. Bemerkenswert ist, daß sich die Urteile gegenüber denen vom Frühjahr 1992 nicht und gegenüber denen vom Herbst 1991 nicht nennenswert verschlechtert haben. Mit einem Einbruch des Auslandsgeschäfts rechnet man offensichtlich nicht, aber auch nicht mit einer kräftigen Belebung.

240. Unsicher sind wir, wie sich im nächsten Jahr die Investitionen entwickeln werden. Die Enttäuschungen über das schleppende Exportgeschäft, die Belastungen durch steigende Lohnkosten, hohe Zinsen, vielleicht auch das Unbehagen über das politische Umfeld — das alles hat in diesem Jahr die Investitionsneigung stark gedrückt. Die Bestellungen aus dem Inland bei zwei der drei gewichtigsten Investitionsgüterhersteller, dem Maschinenbau und dem Straßenfahrzeugbau, sind schon seit Herbst vergangenen Jahres rückläufig; nur bei der Elektrotechnik stiegen sie wegen der hohen Nachfrage aus den neuen Bundesländern noch leicht an. Inzwischen hat der Rückgang bei den Bestellungen auch die Investitionstätigkeit getroffen, wenn auch bisher nur in den alten Bundesländern: Dort werden die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr erstmals seit langem den Stand des Vorjahres etwas unterschreiten.

241. Im kommenden Jahr werden sich die Investitionsbedingungen zwar insoweit verbessern, als mit einer Belebung der Auslandsnachfrage und mit einer Dämpfung des Kostenanstiegs als Folge geringerer Lohnsteigerungen und sinkender Zinsen zu rechnen ist. Das könnte jedoch mehr oder weniger wieder aufgewogen werden durch die Ungewißheit über den Ausgang der Steuer- und Abgabendebatte, denn die Investoren dürften neue Belastungen auf sich zukommen sehen. Es spricht alles in allem nicht viel für eine rasche und nachhaltige Erholung der Investitionsneigung. Nach unserer Einschätzung wird sie bis weit ins nächste Jahr schwach bleiben. Das gilt wiederum nur für die alten, nicht für die jungen Bundesländer, in

Schaubild 30



denen die Investitionen durch Investitionszulagen, Investitionszuschüsse und Sonderabschreibungen weiterhin massiv gefördert werden. Allerdings wird es nicht zu vermeiden sein, daß sich die Investitionszurückhaltung im Westen auch im Osten bemerkbar macht. Einige westdeutsche Unternehmen, die in Ostdeutschland neue Kapazitäten schaffen wollen, haben schon angekündigt, daß sie solche Pläne zunächst einmal aufschieben werden. Wohlgemerkt: Wir rechnen nicht damit, daß sich die hohe Investitionswelle in Ostdeutschland im kommenden Jahr bricht. Aber sie wird wohl etwas flacher sein, als es sonst der Fall gewesen wäre.

242. Auch wenn die Grundrichtung der Entwicklung vorgezeichnet scheint, das Tempo ist schwer zu prognostizieren. Hält man sich an die Ergebnisse von statistischen Erhebungen und Umfragen über die Investitionsplanungen der Unternehmen, muß man in den alten Bundesländern mit einem deutlichen Rückgang und in den neuen Bundesländern mit einer deutlichen Abflachung des Anstiegs der Investitionen rechnen. So wollen nach Recherchen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung die Unternehmen in den alten Bundesländern im kommenden Jahr bestenfalls gleich viel investieren wie in diesem Jahr, und auch die Konjunkturumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages gelangt zu einem ganz ähnlichen Resultat.

243. Daß die Investitionsbudgets für 1993 in den alten Bundesländern gegenüber den früheren Planungen etwas gekürzt und in den neuen Ländern etwas weniger als in diesem Jahr aufgestockt werden, davon muß man wohl ausgehen. Dennoch dürften die Kürzungen sich in engen Grenzen halten; etwas anderes wäre nicht recht plausibel. Was den Unternehmen derzeit zu schaffen macht, sind Kostendruck und Verlust von Marktanteilen; und dagegen sind Investitionen das beste Mittel. Zu den bemerkenswerten Ergebnissen der Erhebungen und Umfragen gehört auch, daß ein großer Teil der Unternehmen — nach der DIHT-Umfrage ist es fast die Hälfte — das diesjährige Investitionsniveau im nächsten Jahr halten will — auch und gerade in den Wirtschaftsbereichen, in denen der Saldo aus Kürzung und Aufstokkung stark negativ ist wie im Verarbeitenden Gewerbe.

244. Zur Abstützung unserer Prognose haben wir versucht, uns ein Bild davon zu machen, in welchen Wirtschaftsbereichen die größten Veränderungen im Investitionsverhalten zu erwarten sind und welche Gründe es dafür gibt.

— In den alten Bundesländern ist mit einem spürbaren Rückgang der Investitionstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe, im Handel und vermutlich auch im Transportgewerbe zu rechnen. In diesen Bereichen wirkt sich nicht nur die anhaltende Konjunkturschwäche aus. Auch das hohe Investitionstempo der letzten Jahre spielt eine Rolle: Der Kapazitätsausbau ist stark forciert worden, und er ging teilweise weit über das hinaus, was mittelfristig an Nachfrage zu erwarten ist. Etwa gleich hohe Investitionen wie in diesem Jahr zeichnen sich bei der Bauwirtschaft ab; dort sorgt vor allem der Wohnungsbau für die Auslastung der Kapazitäten. Zu einer deutlichen Aufstockung der Investitionen dürfte es nur in der Energiewirtschaft und in einigen Dienstleistungsbranchen kommen.

— In den jungen Bundesländern zeichnet sich eine weitere kräftige Zunahme der Investitionen ab — im Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe, im Handel, in den übrigen Dienstleistungsbereichen und vor allem im Infrastrukturbereich wie der Energie- und Wasserversorgung, der Eisenbahn und der Nachrichtenübermittlung. Darin spiegelt sich nicht nur der enorme Nachholbedarf von Ausrüstungen und Bauten, sondern vermutlich auch die Tatsache, daß die mannigfachen Investitionshemmnisse allmählich an Einfluß verlieren. Insgesamt dürften in den neuen Bundesländern im nächsten Jahr — die staatlichen Stellen eingeschlossen — etwa 129 Mrd DM investiert werden, rund 20 Mrd DM mehr als in diesem Jahr.

Die erfreuliche Entwicklung in den neuen Bundesländern wird sicherlich dazu beitragen, die Investitionsgüternachfrage in den alten Ländern zu stabilisieren. Trotzdem werden sich eine Reihe von Investitionsgüterbranchen zunächst noch auf schrumpfende Aufträge einstellen müssen, allen voran der Maschinenbau und der Straßenfahrzeugbau. Dort wird man es schon als Erfolg buchen können, wenn der Auftragsrückgang im Jahresverlauf zum Halten kommt. Dagegen können die elektrotechnische Industrie und auch die Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten weiterhin auf gut gefüllte Auftragsbücher hoffen.

245. Vor dem Hintergrund der skizzierten sektoralen Entwicklung ist zu erwarten, daß die Ausrüstungsinvestitionen in den alten Bundesländern im Durchschnitt des nächsten Jahres nicht zunehmen werden. Im Verlauf des Jahres, also von Jahresanfang bis Jahresende, wird die Entwicklung gegenläufig sein: leicht zurückgehend in der ersten und wieder leicht aufwärts gerichtet in der zweiten Jahreshälfte. In den neuen Bundesländern werden dagegen die Ausrüstungsinvestitionen relativ stetig expandieren. Der Anstiegswinkel wird indes flacher sein als in diesem Jahr; dennoch zeichnen sich erneut zweistellige Raten ab, sowohl für den Verlauf als auch für den Durchschnitt des Jahres.

246. Die Grundrichtung der Entwicklung bei den Bauinvestitionen wird ähnlich sein wie bei den Ausrüstungsinvestitionen: relativ flach in den alten Bundesländern und steil aufwärts in den jungen Ländern. Im Westen wird allerdings nur der Wohnungsbau zunehmen, doch dieser recht kräftig. Anreize für Bauwillige gibt es genug: die Knappheit bei Wohnungen und der Anstieg der Mieten, die steuerlichen Fördermaßnahmen und die verhältnismäßig niedrigen Kapitalmarktzinsen. Dagegen werden die gewerblichen Bauinvestitionen — im Einklang mit der Entwicklung bei den Ausrüstungsinvestitionen — bestenfalls stagnieren, dies gilt ebenfalls für die öffentlichen Bauinvestitionen. Alles in allem zeichnet sich in den alten Bundesländern nur eine schwache Zuwachsrate ab, die wir für den Durchschnitt des Jahres 1993 auf 1 vH veranschlagen.

In den neuen Bundesländern sorgen dagegen vor allem steigende Aufträge der gewerblichen Wirt-

Tabelle 51

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen
Schätzung für das 2. Halbjahr 1992

Absolute Werte

	Einheit	1991	1992	1993	1992		1993	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen								
Privater Verbrauch	Mrd DM	1 420,7	1 490,5	1 547,5	725,4	765,0	749,0	798,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	468,1	499,5	508,0	230,5	269,0	235,5	272,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	565,1	597,0	614,5	287,4	309,5	289,5	325,0
Ausrüstungen	Mrd DM	261,6	266,0	265,5	126,9	139,0	124,5	141,0
Bauten	Mrd DM	303,5	331,0	349,0	160,5	170,5	165,0	184,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	– 8,6	– 1,0	+ 0,0	+ 10,5	– 11,5	+ 11,0	– 11,0
Außenbeitrag	Mrd DM	+186,0	+195,0	+206,0	+ 94,9	+100,0	+103,0	+103,0
Ausfuhr	Mrd DM	1 013,2	1 062,5	1 099,0	522,4	540,0	538,5	560,5
darunter: Warenausfuhr in das Ausland	Mrd DM	605,5	622,0	631,5	308,0	314,0	309,0	322,0
Einfuhr	Mrd DM	827,2	867,5	893,0	427,5	440,0	435,5	457,5
darunter: Wareneinfuhr aus dem Ausland	Mrd DM	583,0	583,0	582,0	293,0	289,5	287,0	295,0
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	2 631,2	2 780,5	2 876,0	1 348,6	1 432,0	1 388,5	1 488,0
In Preisen von 1985:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	1 274,6	1 284,0	1 287,0	629,9	654,5	626,0	661,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	393,6	405,5	401,0	197,6	208,0	196,0	204,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	485,0	492,0	490,0	238,5	253,5	232,5	258,0
Ausrüstungen	Mrd DM	239,6	238,5	234,0	114,0	124,5	110,0	124,0
Bauten	Mrd DM	245,4	253,5	256,0	124,5	129,0	122,5	133,5
Vorratsveränderung	Mrd DM	– 4,5	+ 3,5	+ 3,0	+ 14,8	– 11,5	+ 13,5	– 10,5
Außenbeitrag	Mrd DM	+ 78,1	+ 70,5	+ 77,5	+ 32,6	+ 38,0	+ 37,5	+ 40,5
Ausfuhr	Mrd DM	962,3	993,0	1 011,5	490,8	502,0	498,5	513,0
darunter: Warenausfuhr in das Ausland	Mrd DM	592,5	604,0	609,0	300,0	304,5	299,5	309,5
Einfuhr	Mrd DM	884,2	922,0	934,0	458,3	464,0	461,5	473,0
darunter: Wareneinfuhr aus dem Ausland	Mrd DM	672,5	685,5	682,5	344,0	341,5	339,0	343,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	2 226,8	2 256,0	2 258,5	1 113,3	1 142,5	1 105,0	1 153,5
Realwert des Bruttosozialprodukts [1]	Mrd DM	2 312,2	2 350,0	2 349,0	1 162,6	1 187,5	1 153,0	1 196,0
Preisentwicklung (Deflator)								
Privater Verbrauch	1985 = 100	111,5	116,0	120,0	115,2	117,0	119,5	120,5
Bruttosozialprodukt	1985 = 100	118,2	123,0	127,5	121,1	125,5	125,5	129,0
Letzte inländische Verwendung	1985 = 100	113,8	118,5	122,5	116,0	120,5	120,5	124,5
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige (Inland)	Tausend	29 219	29 460	29 300	29 386	29 535	29 255	29 340
nachr.: Pendlersaldo mit Ostdeutschland	Tausend	292	380	395	360	395	395	395
Arbeitszeit [2]	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985	Mrd DM	2 209,6	2 245,5	2 248,5	1 108,5	1 137,0	1 101,0	1 147,5
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	1 422,1	1 499,5	1 540,5	702,5	797,0	723,0	817,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	586,7	599,0	608,5	315,4	284,0	312,0	297,0
Volkseinkommen	Mrd DM	2 008,8	2 098,5	2 149,0	1 018,0	1 080,5	1 035,0	1 114,0
Reales Volkseinkommen [1]	Mrd DM	1 765,2	1 773,5	1 755,0	877,5	896,5	859,5	895,5
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit [3]	Mrd DM	778,8	805,5	819,5	376,0	429,5	384,0	435,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	494,2	504,5	508,5	267,0	237,0	261,5	247,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte [4]	Mrd DM	1 640,0	1 710,5	1 773,0	830,5	880,0	862,0	911,0

[1] Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen in jeweiligen Preisen, deflationiert mit dem Deflator der letzten inländischen Verwendung (1985 = 100)
[2] Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

Tabelle 51

Gesamtrechnungen im früheren Bundesgebiet
und Vorausschau auf das Jahr 1993

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1991	1992	1993	1992		1993	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen							
Privater Verbrauch	+ 7,5	+ 5	+ 4	+ 5,0	+ 5	+ 3½	+ 4½
Staatsverbrauch	+ 5,3	+ 6½	+ 1½	+ 6,6	+ 7	+ 2	+ 1½
Anlageinvestitionen	+11,5	+ 5½	+ 3	+ 7,6	+ 4	+ 1	+ 5
Ausrüstungen	+11,8	+ 1½	- 0	+ 2,1	+ 1	- 2	+ 1½
Bauten	+11,3	+ 9	+ 5½	+12,3	+ 6	+ 3	+ 8
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+14,8	+ 5	+ 3½	+ 6,0	+ 4	+ 3	+ 4
darunter: Warenausfuhr in das Ausland	- 1	+ 2½	+ 1½	+ 3½	+ 2	+ 1	+ 5
Einfuhr	+15,1	+ 5	+ 3	+ 5,6	+ 4	+ 2	+ 4
darunter: Wareneinfuhr aus dem Ausland	+14	- 0	- 0	+ ½	- 1	- 2	+ 2
Bruttosozialprodukt	+ 7,9	+ 5½	+ 3½	+ 6,0	+ 5½	+ 3	+ 4
In Preisen von 1985:							
Privater Verbrauch	+ 3,6	+ 1	+ 0	+ 0,4	+ 1	- ½	+ 1
Staatsverbrauch	+ 0,5	+ 3	- 1	+ 3,3	+ 3	- ½	- 1½
Anlageinvestitionen	+ 6,5	+ 1½	- ½	+ 3,0	+ 0	- 2½	+ 1½
Ausrüstungen	+ 9,1	- ½	- 2	- 0,3	- ½	- 3½	- 0
Bauten	+ 4,1	+ 3½	+ 1	+ 6,2	+ 1	- 2	+ 3½
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+12,7	+ 3	+ 2	+ 4,1	+ 2½	+ 1½	+ 2
darunter: Warenausfuhr in das Ausland	- 1½	+ 2	+ 1	+ 2½	+ 1½	- 0	+ 1½
Einfuhr	+12,2	+ 4½	+ 1½	+ 4,8	+ 4	+ ½	+ 2
darunter: Wareneinfuhr aus dem Ausland	+11½	+ 2	- ½	+ 2	+ 1½	- 1½	+ ½
Bruttosozialprodukt	+ 3,6	+ 1½	+ 0	+ 1,4	+ 1½	- ½	+ 1
Realwert des Bruttosozialprodukts [1]	+ 3,5	+ 1½	- 0	+ 1,7	+ 1½	- 1	+ ½
Preisentwicklung (Deflator)							
Privater Verbrauch	+ 3,8	+ 4	+ 3½	+ 4,7	+ 3½	+ 4	+ 3½
Bruttosozialprodukt	+ 4,1	+ 4½	+ 3½	+ 4,6	+ 4	+ 3½	+ 3
Letzte inländische Verwendung	+ 4,2	+ 4	+ 3½	+ 4,3	+ 3½	+ 4	+ 3
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige (Inland)	+ 2,6	+ 1	- ½	+ 1,3	+ ½	- ½	- ½
Arbeitszeit [2]	- 1,0	- 0	- 1	- 0,2	+ 0	- 1	- ½
Arbeitsvolumen	+ 1,6	+ 1	- 1½	+ 1,1	+ ½	- 1½	- 1
Produktivität	+ 2,1	+ 1	+ 1½	+ 0,8	+ 1	+ ½	+ 2
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985	+ 3,7	+ 1½	+ 0	+ 1,9	+ 1½	- ½	+ 1
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 7,9	+ 5½	+ 2½	+ 6,3	+ 4½	+ 3	+ 2½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 3,4	+ 2	+ 1½	+ 0,5	+ 4	- 1	+ 4½
Volkseinkommen	+ 6,5	+ 4½	+ 2½	+ 4,4	+ 4½	+ 1½	+ 3
Reales Volkseinkommen [1]	+ 2,2	+ ½	- 1	+ 0,2	+ 1	- 2	- 0
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit [3]	+ 4,7	+ 3½	+ 1½	+ 2,5	+ 4½	+ 2	+ 1½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 1,5	+ 2	+ 1	- 1,9	+ 7	- 2	+ 4
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte [4]	+ 7,2	+ 4½	+ 3½	+ 3,6	+ 5	+ 4	+ 3½

[3] Nettolohn- und -gehaltssumme.
[4] Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

schaft und der öffentlichen Hand für einen kräftigen Anstieg der Bauinvestitionen. Schwerpunkte der Bautätigkeit werden wiederum die Erschließung von Gewerbeflächen, die Erstellung von Gewerbe- und Bürogebäuden sowie der Ausbau der Infrastruktur sein. Der Bau neuer und die Modernisierung alter Wohnungen kommt dagegen auch im nächsten Jahr voraussichtlich noch nicht so recht in Gang. Die Gründe dafür sind vielschichtig: unklare Eigentumsverhältnisse, fehlende Bauleitpläne, schleppende Genehmigungsverfahren und vor allem finanzielle Nöte der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.

247. Die Investitionstätigkeit im kommenden Jahr hat eine Signalfunktion. Sie stellt die Weichen für die wirtschaftliche Entwicklung auf mittlere und längere Frist. Bliebe sie das ganze Jahr über gedrückt, müßte das als eine Verschlechterung der Wachstumschancen in den alten Bundesländern betrachtet werden. Der Neuaufbau in den jungen Bundesländern würde sich dann verzögern. Würde sich die Investitionstätigkeit wieder erholen, wäre das ein Zeichen eines neuen Vertrauens. Die westdeutsche Wirtschaft könnte auf einen Expansionspfad zurückkehren, und der ostdeutschen Wirtschaft könnte das nur nützen.

248. Viel hängt vermutlich davon ab, wie die Lohnpolitik auf das veränderte wirtschaftliche Umfeld reagiert — ob sie aus dem Debakel dieses Jahres die richtigen Lehren zieht, oder ob sie abermals die Risiken hoher Lohnabschlüsse für die Investitionen und die Arbeitsplätze falsch einschätzt. Ein neuerlicher hoher Lohnkostenschub würde schwerwiegende Folgen haben. Es muß daran erinnert werden, daß den Investitionsrückgängen und Beschäftigungseinbrüchen Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre jeweils ein starker Anstieg der Lohnstückkosten voranging.

Die Löhne, die die Unternehmen im nächsten Jahr zu zahlen haben, sind überwiegend noch nicht bekannt. In der Prognose müssen wir dennoch eine Setzung vornehmen. Die Setzung darf nicht willkürlich sein, sondern muß Kontakt zur Realität halten. Das bedeutet, sie muß sich an den wahrscheinlichen Abschlüssen orientieren, unabhängig davon, ob man diese für situationsgerecht hält.

249. Bei der Lohnsetzung sind wir von der Annahme ausgegangen, daß die tariflichen Stundenlöhne in den alten Bundesländern im nächsten Jahr um durchschnittlich 4 vH angehoben werden. Zu beachten ist, daß es für einige Bereiche, darunter für die Metallindustrie, schon vertragliche Festlegungen gibt. In der Metallindustrie werden die tariflichen Stundenlöhne (einschließlich des Ausgleichs für die Verkürzung der Arbeitszeit) mit Wirkung vom 1. April 1993 um mehr als 5½ vH angehoben. Unsere Setzung, die sich auf den Durchschnitt aller Branchen bezieht, ist also nur realistisch, wenn in gewichtigen Bereichen deutlich niedrigere Abschlüsse zustande kommen, womit wir rechnen.

250. Die Lohnabschlüsse in den alten Bundesländern bestimmen die Lohnentwicklung in den jungen Ländern maßgeblich mit. Dort existieren in einer Reihe von Bereichen Stufenpläne, die eine schrittweise Angleichung der Tariflöhne an das Niveau in den alten Bundesländern vorsehen. Diese Stufenpläne sind nach den bisherigen Erfahrungen auch Richtschnur für die Lohnabschlüsse in anderen Bereichen, in denen es bislang keine Festlegungen gibt. Für das kommende Jahr sind auf diese Weise wieder zweistellige Lohnerhöhungen programmiert, die weit über die Leistungskraft vieler Unternehmen hinausgehen. Es gibt deshalb Überlegungen, die vereinbarten Anhebungen zu strecken. In der Prognose haben wir unterstellt, daß bis Ende 1993 die Arbeitnehmer in Ostdeutschland im Durchschnitt etwa 80 vH der westdeutschen tariflichen Monatslöhne erhalten. Bei den Effektivlöhnen wird dieses Niveau allerdings noch nicht erreicht, weil im Osten in der Regel nicht so hohe tarifliche oder freiwillige Sonderzahlungen (wie Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld oder Erschwerniszulagen) gezahlt werden wie im Westen. Auch gibt es dort eine Reihe von Unternehmen, die Tariflöhne unterschreiten; die Anzahl der nicht tarifgebundenen Unternehmen dürfte weiter zunehmen.

251. Nach unserer Rechnung wird sich der Anstieg der Lohnstückkosten in den alten Bundesländern im nächsten Jahr zwar deutlich abflachen, aber — und das ist entscheidend — der Druck auf die Erträge der Unternehmen erst allmählich nachlassen, wenn, konjunkturell bedingt, die Produktivität wieder rascher zunimmt. Der Rückgang bei den Kapitalkosten wegen sinkender Zinsen wirkt sich vermutlich in der Kostenrechnung wenig aus, weil wegen der voraussichtlichen leichten Abwertung der D-Mark die Kosten für importierte Rohstoffe und Vorprodukte steigen werden. Wir rechnen deshalb damit, daß viele Unternehmen die Konjunkturflaute zum Anlaß nehmen werden, um bei den Lohnkosten den Rotstift anzusetzen. Die Folgen wiegen doppelt schwer: Ein starker Abbau von Arbeitsplätzen in Westdeutschland, wie er sich für das nächste Jahr abzeichnet, wird nicht nur dort die Arbeitslosenzahl nach oben treiben. Er wird auch die Beschäftigungschancen für die Arbeitnehmer aus Ostdeutschland verschlechtern; denn es wird fortan schwieriger sein, einen Arbeitsplatz im Westen zu finden.

Das ist unser Szenario für den Arbeitsmarkt in West und Ost im kommenden Jahr (Tabelle 52):

— In den alten Bundesländern wird sich der seit der Jahresmitte 1992 erkennbare leichte Beschäftigungsrückgang deutlich verstärken. Dabei werden offensichtlich nicht nur wegen fehlender Aufträge Arbeitsplätze abgebaut, sondern auch weil neue Produktionsmethoden und neue Organisationsstrukturen eingeführt werden: Die Schlagkraft der Unternehmen soll durch einen „schlankeren" Personalbestand erhöht werden. Wir schätzen, daß im Verlauf des kommenden Jahres etwa 250 000 Arbeitsplätze verlorengehen werden, der überwiegende Teil davon im Produzierenden Gewerbe. Das deckt sich auch mit den Meldungen aus vielen Unternehmen, die für die nächsten Wochen und Monate neben vermehrter Kurzarbeit auch einen spürbaren Personalabbau vorsehen. Nur in einigen Dienstleistungsbereichen dürfte das Personal noch leicht aufgestockt werden.

— In den neuen Bundesländern muß ebenfalls noch mit einem spürbaren Abbau von Arbeitsplätzen

Tabelle 52

Die voraussichtliche Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt[1])

In Tausend

	Deutschland			Früheres Bundesgebiet[2])			Neue Bundesländer[3])		
	1991	1992	1993	1991	1992	1993	1991	1992	1993
Erwerbspersonen (im Inland)	39 000	38 605	38 570	30 908	31 265	31 445	8 092	7 340	7 125
davon:									
Registrierte Arbeitslose[4])	2 602	2 985	3 420	1 689	1 805	2 145	913	1 180	1 275
Erwerbstätige	36 398	35 620	35 150	29 219	29 460	29 300	7 179	6 160	5 850
Selbständige	3 531	3 630	3 665	3 041	3 050	3 035	490	580	630
Beschäftigte Arbeitnehmer	32 867	31 990	31 485	26 178	26 410	26 265	6 689	5 580	5 220
Nachrichtlich:									
Pendlersaldo[5])	–60	–35	–25	230	340	365	–290	–375	–390
Arbeitslosenquote (vH)									
bezogen auf									
— alle Erwerbspersonen[6])	*6,7*	*7½*	*9*	5,5	*6*	*7*	*10,9*	*15½*	*17*
— die abhängigen Erwerbspersonen[7])	*7,3*	*8½*	*10*	*6,1*	*6½*	*7½*	*11,6*	*16½*	*18½*
Kurzarbeiter[4])	1 761	630	680	145	250	370	1 616	380	310
Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen[4])	266	470	450	83	80	70	183	390	380
Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen zu beruflichen Weiterbildung[8])	395	585	560	189	205	190	206	380	370
Personen im vorzeitigen Ruhestand[4])[9])	X	X	X	X	X	X	523	810	630

[1]) Jahresdurchschnitte; in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; 1992 eigene Schätzung; 1993 Prognose.
[2]) Einschließlich Berlin-West.
[3]) Einschließlich Berlin-Ost.
[4]) Quelle: Für 1991 BA.
[5]) Negatives Vorzeichen bedeutet, daß mehr beschäftigte Arbeitnehmer auspendeln als einpendeln. Für das frühere Bundesgebiet: Pendlersaldo mit den neuen Bundesländern und mit dem Ausland. Für die neuen Bundesländer: Pendlersaldo mit dem früheren Bundesgebiet und dem Ausland.
[6]) Arbeitslose in vH aller Erwerbspersonen (Inländer).
[7]) Arbeitslose in vH der abhängigen Erwerbspersonen (Inländer).
[8]) Teilnehmer in Vollzeitmaßnahmen: Berufliche Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung. Eigene Schätzung.
[9]) Bezieher von Vorruhestandsgeld (Antragsfrist vom 8. Februar 1990 bis 2. Oktober 1990) und von Altersübergangsgeld gemäß Art. 30 Abs. 2 Einigungsvertrag.

gerechnet werden. Schwerpunkte sind wiederum die Industrie und der Braunkohlenbergbau. Betroffen sind in erster Linie Beschäftigte in Treuhandunternehmen, die insgesamt noch immer einen zu hohen Personalstand aufweisen. In anderen Bereichen, in der Bauwirtschaft, im Handel und im Verkehrsgewerbe, dürften sich Einstellungen und Entlassungen etwa ausbalancieren, in den übrigen Dienstleistungsbereichen, insbesondere bei den Banken und Versicherungen, beim Gastgewerbe und bei den Freien Berufen wird die Beschäftigung hingegen zunehmen. Alles in allem rechnen wir damit, daß im Verlauf des nächsten Jahres per Saldo noch einmal 200 000 Arbeitskräfte freigesetzt werden.

252. Es ist jedoch schwer abzuschätzen, wie sich der Rückgang der Beschäftigung im Anstieg der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen niederschlagen wird. In den von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichten Zahlen wird nur ein Teil der tatsächlichen Arbeitslosigkeit erfaßt; ein anderer Teil wird durch arbeitsmarktpolitische Instrumente wie Kurzarbeit, Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen oder Vorruhestandsregelungen verdeckt; ein weiterer Teil scheint in der Statistik überhaupt nicht auf, etwa wenn Arbeitslose die Suche nach einem Arbeitsplatz aufgegeben haben. Finanzielle Einschränkungen bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, wie sie die Bundesregierung für 1993 plant — die Zuschüsse für AB-Maßnahmen sollen stark gekürzt werden —, können leicht zu stärkeren Verschiebungen zwischen offener und verdeckter Arbeitslosigkeit führen. An der Grundtendenz, nämlich eines starken Anstiegs der Erwerbslosigkeit, ändert sich dadurch freilich nichts.

253. Aus der Prognose folgt, daß die Anzahl der registrierten Arbeitslosen in den alten Bundesländern sowohl im Durchschnitt des nächsten Jahres als auch im Verlauf des Jahres um etwa 340 000 steigt. Es wird dann zum ersten Mal seit drei Jahren wieder mehr als zwei Millionen Arbeitslose geben. In den neuen Bundesländern rechnen wir, falls die Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie vorgesehen gekürzt werden, ebenfalls mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahl, den wir für den Durchschnitt des Jahres auf knapp 100 000 und für den Verlauf des Jahres auf 150 000 veranschlagen.

254. Die Finanzpolitik steht im kommenden Jahr vor zwei herausragenden Problemen:

— Wie schon in den vergangenen beiden Jahren sind in erheblichem Umfang Leistungen für das Beitrittsgebiet aufzubringen. Insbesondere müssen die neuen Länder und Gemeinden finanziell angemessen ausgestattet werden.

— Mit großer Dringlichkeit muß die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vorangebracht werden. Dazu sind neue Prioritäten festzulegen; Ausgaben müssen gekürzt und vor allem umgeschichtet werden.

Die öffentlichen Leistungen für die jungen Länder werden im nächsten Jahr netto etwa 150 Mrd DM betragen (Tabelle 53). Sie werden damit nicht höher sein als in diesem Jahr. Zum einen liegt das daran, daß das „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" nicht fortgesetzt wird und die damit verbundenen Ausgaben nur teilweise durch die einzelnen Bundesressorts übernommen werden. Zum anderen werden die Leistungen der Sozialversicherung nur schwach expandieren. So sind nach dem Haushaltsentwurf der Bundesanstalt für Arbeit gleich hohe Bruttoausgaben wie für 1992 vorgesehen. Zudem werden nach der Herstellung der Rechtseinheit in der Gesetzlichen Rentenversicherung die leistungsrechtlichen Regelungen nicht mehr geändert, es wirkt sich folglich ausschließlich die Anpassung der Renten und die Zunahme der Anzahl der Rentner aus. Bedenklich bleibt, daß sich die Verwendungsstruktur der Ausgaben im kommenden Jahr wenig ändert. Der Anteil investiver Ausgaben dürfte — wie schon in diesem Jahr — bei nur 25 vH der Gesamtausgaben liegen. Eine Erhöhung dieses Anteils stößt allerdings auf große Schwierigkeiten; sie kann entscheidend nur über eine Ausdehnung der Gesamtleistungen oder über einen Eingriff in die rechtlichen Bestimmungen bei den Sozialtransfers erreicht werden. Etwas Spielraum für Investitionen können sich die ostdeutschen Länder und Gemeinden aber durch einen Abbau des immer noch bestehenden Personalüberhangs schaffen. Dieses Problem kann ohnehin nicht auf die lange Bank geschoben werden, weil die Finanzkraft der Länder und Gemeinden in Ostdeutschland trotz der Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit" weiterhin deutlich unter derjenigen in Westdeutschland liegen wird. So werden ihre Pro-Kopf-Einnahmen aus Steuern und dem Fonds auch im nächsten Jahr nur 79 vH der Pro-Kopf-Steuereinnahmen der westdeutschen Länder und Gemeinden erreichen. Wir erwarten deshalb, daß sich die Ausgaben der neuen Bundesländer im kommenden Jahr nur moderat erhöhen werden. Gleichwohl wird sich eine kräftige Zunahme der Nettoverschuldung nicht vermeiden lassen, da sich die konjunkturelle Stagnation in Westdeutschland über Mindereinnahmen bei den Gemeinschaftssteuern — insbesondere der Umsatzsteuer — auch auf die ostdeutschen Haushalte auswirken wird. Der Mittelabfluß in den neuen Bundesländern dürfte sich im Jahre 1993 weitgehend normalisieren, nachdem bereits in diesem Jahr eine deutlich höhere Ausschöpfung der Haushaltsansätze erreicht wurde.

255. Das Defizit aller Gebietskörperschaften und der Nebenhaushalte (Fonds „Deutsche Einheit", Kreditabwicklungsfonds, Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen) wird mit 137 Mrd DM im Jahre 1993 deutlich höher liegen als in diesem Jahr (Tabelle 54). Dabei ist unterstellt, daß der Bund wie auch einzelne westdeutsche Länder nicht nur die in den Haushaltsplänen vorgesehenen beachtlichen Ausgabenbeschränkungen tatsächlich einhalten — beim Bund heißt das: Begrenzung des Ausgabenanstiegs auf 2½ vH —, sondern daß sie darüber hinaus Kürzungen vornehmen werden. So erwarten wir bei den Subventionen einen deutlicheren Rückgang als in den Vorjahren. Kräftig sinken wird nach unseren Annahmen auch die Zuwachsrate des Staatsverbrauchs. Hier wirken sich das Gesundheitsstrukturgesetz, die Reduzierung der Verteidigungsausgaben und der — im Vergleich zu den letzten beiden Jahren — niedrigere Lohn- und Preisanstieg aus. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften einschließlich der Nebenhaushalte werden nach unserer Rechnung im nächsten Jahr um 5,9 vH zunehmen und damit weniger als in diesem Jahr (8½ vH). Die vorgesehenen Sparmaßnahmen, wie sie beispielsweise vom Bund angekündigt wurden (Tabelle 49, Seiten 160 f.), werden aber nicht ausreichen, die Defizite unter das Niveau dieses Jahres zu senken. Das liegt vor allem an den zu

Tabelle 53

Öffentliche Leistungen für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost im Jahre 1993 [1])

Mrd DM

	Bund	Länder und Gemeinden in Westdeutschland	Fonds „Deutsche Einheit"	Europäische Gemeinschaft, ERP	Sozialversicherung [2])	Leistungen insgesamt
Einigungsbedingte Ausgaben [3]) Bruttoleistungen	83	12	31,5	15	96,5	238
minus einigungsbedingte Einnahmen [4])	43	—	—	—	45	88
Nettoleistungen	40	12	31,5	15	51,5	150

[1]) Eigene Schätzung in der Abgrenzung der Finanzstatistik einschließlich Sozialversicherung. Angaben für 1992 siehe Tabelle 43, Seite 146.
[2]) Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit und der Gesetzlichen Rentenversicherung.
[3]) Zahlungen an die öffentlichen Haushalte, direkte Leistungen an die Bevölkerung und sonstige Ausgaben im Beitrittsgebiet.
[4]) Steuer-/Beitragsaufkommen sowie sonstige Einnahmen im Beitrittsgebiet, jeweils den Ertragsberechtigten zugerechnet.

Tabelle 54

Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte 1992 und 1993 [1])

Bundesrepublik Deutschland

	1992	1993
	Mrd DM	
Ausgaben	1 000	1 059
darunter:		
Zinsausgaben	107	116
Einnahmen	880	922
davon:		
Steuern	728	763
Sonstige Einnahmen	152	159
Finanzierungssaldo	-120	-137

[1]) In der Abgrenzung der Finanzstatistik: Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Kreditabwicklungsfonds, Fonds „Deutsche Einheit", Länder und Gemeinden.

erwartenden Steuerausfällen. Gegenüber den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Mai 1992, die den aktuellen Finanzplänen zugrunde liegen, ist aus heutiger Sicht mit einem um etwa 10 Mrd DM geringeren Steueraufkommen zu rechnen. Dies ist in unserer Abschätzung bereits einbezogen.

Berücksichtigt man auch die Defizite der Treuhandanstalt, der Deutschen Bahnen und der Deutschen Bundespost, der ostdeutschen Wohnungswirtschaft sowie der Sozialversicherungen (Ziffer 175), dann ist auch im nächsten Jahr wieder ein staatliches Gesamtdefizit von über 200 Mrd DM wahrscheinlich. Bei den Sozialversicherungen wird allerdings der Fehlbetrag geringer als in diesem Jahr ausfallen: So ist angenommen, daß das Gesundheits-Strukturgesetz seine kurzfristigen Einsparwirkungen entfalten und die Anhebung des Beitragssatzes zur Bundesanstalt für Arbeit dort ein Defizit verhindern wird. Die „Schattenhaushalte" werden sich etwa in dem bisherigen Umfang verschulden.

256. Der Staat hat im nächsten Jahr nicht nur konjunkturell bedingte Mindereinnahmen zu erwarten, er muß sich auch — trotz der geplanten Leistungskürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik — auf steigende Ausgaben für Arbeitslosengeld und Sozialhilfe einstellen. Was bei den Lohneinkommen als Folge von zunehmender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verlorengeht, ist beträchtlich. Das werden auch die privaten Haushalte zu spüren bekommen, denn die sogenannten Lohnersatzleistungen gleichen das nicht voll aus.

— In den alten Bundesländern werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte etwas schwächer zunehmen als in diesem Jahr. Der Grund dafür ist neben dem verlangsamten Anstieg bei der Nettolohn- und -gehaltssumme als Folge geringerer Lohnerhöhungen und geringerer Beschäftigung auch eine schwächere Zunahme bei den Einkommensübertragungen. So sind, anders als in diesem Jahr, bei den Sozialleistungen keine Leistungsverbesserungen vorgesehen. Insgesamt veranschlagen wir den Zuwachs bei den verfügbaren Einkommen auf reichlich 3½ vH nach knapp 4½ vH in diesem Jahr.

— In den jungen Bundesländern werden die verfügbaren Einkommen erheblich stärker zunehmen als in den alten Bundesländern. Denn zum einen wird — trotz weiter rückläufiger Beschäftigung — die Summe der Nettolöhne und -gehälter, zum anderen die der Einkommensübertragungen kräftig steigen.

257. Eine Zunahme der verfügbaren Einkommen schafft nicht notwendig mehr Kaufkraft, es muß auch die Preisentwicklung mit ins Bild genommen werden. In diesem Jahr hat die starke Teuerung einen großen Teil des Einkommenszuwachses aufgezehrt, in den alten wie in den jungen Bundesländern. Die Chancen, daß sich der Preisanstieg im nächsten Jahr deutlich abflachen wird, stehen nicht schlecht, auf alle Fälle sind sie deutlich besser als vor einem Jahr. Der Kostendruck, der in diesem Jahr auf den Unternehmen lastete, wird nach den Ergebnissen der Prognose spürbar nachlassen. Zudem werden bei schwacher Konjunktur die Überwälzungsspielräume kleiner, wie die aktuelle Preisentwicklung auf der Produzentenstufe zeigt. Wir rechnen daher fest damit, daß sich die Steigerungsrate beim Preisindex für die Lebenshaltung deutlich zurückbilden wird.

Zu Beginn des nächsten Jahres wird allerdings das Bild noch durch die Anhebung der Mehrwertsteuer von 14 vH auf 15 vH geprägt. Rein rechnerisch steigt dadurch der Preisindex für die Lebenshaltung um ein halbes Prozent. Wie stark dieser Effekt tatsächlich zu Buche schlägt, wird sich erst später herausstellen. Nicht überall wird die Überwälzung in den Preisen voll gelingen. Andererseits: Da und dort wird die fällige Neukalkulation wohl auch zu Preisanhebungen genutzt werden.

258. Im nächsten Jahr wird die Entwicklung bei den Preisindizes für die Lebenshaltung in den alten und den jungen Bundesländern abermals sehr unterschiedlich sein. Wir schätzen sie wie folgt ein:

— In den alten Ländern rechnen wir für den Verlauf des Jahres (Jahresende 1993 gegenüber Jahresende 1992) mit einer Anstiegsrate von knapp 3 vH. Die Rate im Durchschnitt des Jahres wird mit 3½ vH allerdings höher ausfallen, doch das liegt vor allem an der Entwicklung in diesem Jahr: Am Jahresende 1992 wird der Indexstand schon um 1½ vH bis 2 vH höher sein als im Jahresdurchschnitt (Überhang). Die Mehrwertsteuererhöhung wird am Jahresanfang zu einem Preissprung führen: Die Steigerungsrate im Vorjahresvergleich dürfte dann die Marke von 4 vH deutlich übersteigen. Das sollte indes nicht als Verstärkung des inflatorischen Prozesses interpretiert werden. Schon im Frühjahr dürften die Wirkungen abklingen und die Rate wieder unter die 4 vH-Marke sinken. Am Jahresende könnte, wenn alles gutgeht, im Vorjahresvergleich dann sogar wieder eine Zwei vor dem Komma stehen.

— In den jungen Bundesländern wird die Preisentwicklung der Grundtendenz nach ähnlich wie in

den alten Bundesländern verlaufen. Das gilt vor allem für die Preise für Nahrungs- und Genußmittel, für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter und für Dienstleistungen. Eine Ausnahme bilden die Mieten, die in den jungen Bundesländern noch stark subventioniert werden. Nach den bekanntgewordenen Plänen sollen die Mieten im nächsten Jahr abermals angehoben werden. Wir haben angenommen, daß die Grundmieten im Durchschnitt um 1,20 DM je qm steigen werden, bei Zu- und Abschlägen entsprechend der Qualität der Wohnung. Das hat zur Folge, daß sich in der Prognose beim Preisindex für die Lebenshaltung wiederum eine relativ hohe Steigerungsrate ergibt, die wir auf 8½ vH bis 9 vH veranschlagen. Für einen Teil der privaten Haushalte werden die Belastungen aus der Anhebung der Mieten allerdings nicht voll spürbar, weil sie durch die Zahlung von Wohngeld teilweise ausgeglichen werden.

259. Obwohl der Einkommenszuwachs in den jungen Bundesländern durch den Anstieg der Mieten erheblich geschmälert wird, bleibt Raum für eine kräftige Ausweitung des Privaten Verbrauchs. In realer Rechnung dürfte — bei gleicher Sparquote wie in diesem Jahr — der Zuwachs etwa 4 vH bis 5 vH betragen. Es ist also keineswegs so, daß die Menschen in Ostdeutschland bisher nur geringe wirtschaftliche Vorteile aus der Vereinigung ziehen, wie das mitunter behauptet wird. Bei den meisten, wenn vielleicht auch nicht bei allen, wird sich die Kaufkraft im kommenden Jahr jedenfalls spürbar erhöhen.

In den alten Bundesländern zeichnet sich dagegen für das kommende Jahr nur eine schwache Ausweitung des Privaten Verbrauchs ab. Der Anstieg der verfügbaren Einkommen wird durch Preissteigerungen abermals weitgehend aufgezehrt. Wir nehmen aber an, daß die privaten Haushalte auf die Stagnation ihrer Realeinkommen mit einem etwas nachlassenden Spareifer reagieren werden. Allerdings tun wir uns schwer, die voraussichtliche Entwicklung des Privaten Verbrauchs im nächsten Jahr zu quantifizieren. Es mag nämlich sein, daß wegen der Anhebung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1993 Käufe vorgezogen werden, mithin noch in diesem Jahr zu Buche schlagen. Wie stark diese Effekte sein werden — falls sie überhaupt ins Gewicht fallen —, wissen wir nicht.

260. Ein Vorziehen von Käufen am Jahresende 1992 käme Industrie und Handel gelegen, denn es würde dazu beitragen, die Lager zu räumen; die Fertigwarenlager gelten derzeit als viel zu groß. Die übervollen Lager sind auch ein wichtiger Grund für die Drosselung der Produktion. So oder so, ihr Abbau wird sich vermutlich noch bis weit ins nächste Jahr hineinziehen. Im späteren Jahresverlauf dürfte es jedoch zu einem neuerlichen Lageraufbau kommen, weil dann in Erwartung einer Nachfrage- und Produktionsbelebung verstärkt Rohstoffe und Vorprodukte eingela-

Tabelle 55

Zur voraussichtlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern[1])

Schätzung für 1992 und Vorausschau auf das Jahr 1993

	1991	1992	1993	1992	1993
	Absolute Werte			**Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH**	
	In Preisen von 1991				
Bruttoinlandsprodukt	186,2	193,5	206,0	*4*	*6½*
Bruttosozialprodukt	195,4	209,5	224,5	*7*	*7*
darunter:					
Letzte inländische Verwendung	358,5	390,0	408,5	*9*	*4½*
darunter:					
Privater Verbrauch	186,7	193,5	202,0	*3½*	*4½*
Anlageinvestitionen	82,9	102,0	114,5	*23½*	*12*
	Preisentwicklung (Deflator) 1991 = 100				
Bruttosozialprodukt	100	117,0	132,0	*17*	*13*
darunter:					
Letzte inländische Verwendung	100	110,0	119,0	*10*	*8*
	2. Halbjahr 1990/1. Halbjahr 1991 = 100				
Preisindex für die Lebenshaltung[2])	108,3	120,5	131,0	*11*	*9*

[1]) Einschließlich Berlin-Ost.

[2]) Alle Arbeitnehmerhaushalte.

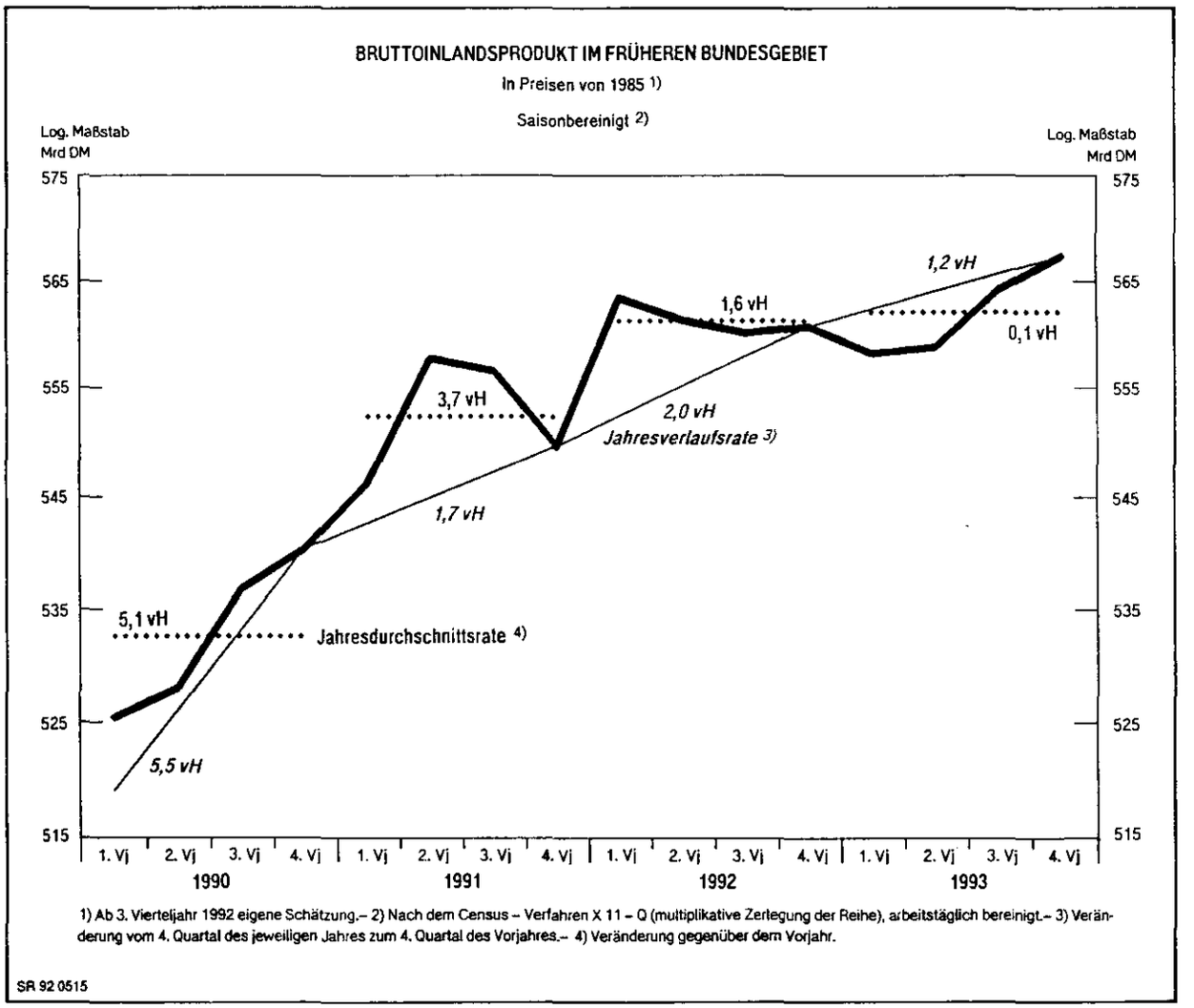
gert sowie die Bestände an Fertigwaren wieder aufgefüllt werden. Der Umschwung im Lagerzyklus wirkt somit, wie immer im Übergang vom Abschwung zum Aufschwung, als Konjunkturverstärker, treibt also dann selbst die Produktion.

261. Nimmt man alles zusammen, die Entwicklung beim Export, bei den Investitionen, bei den Ausgaben des Staates, beim Privaten Verbrauch und bei den Lagerdispositionen, dann bleibt in den alten Bundesländern wenig Raum für eine Ausweitung der Produktion. Bis ins Frühjahr hinein dürfte dort das Bruttoinlandsprodukt nochmals leicht schrumpfen (Schaubild 31). Das wird, da die Produktionskapazitäten trotz gedrückter Investitionstätigkeit weiter wachsen werden — viele Investitionen, die in den letzten Jahren begonnen wurden, reifen erst jetzt aus —, zu einem weiteren Rückgang im Auslastungsgrad des Produktionspotentials führen. Dabei dürfte erstmals seit langem die Normalauslastung wieder unterschritten werden. Eine Wende bei der Produktion erwarten wir erst in der zweiten Jahreshälfte, wenn Anstöße vom Ausland kommen und auf die inländische Nachfrage, vor allem auf die nach Investitionsgütern, durchwirken werden. Bei dieser Entwicklung wird das Bruttoinlandsprodukt, im Durchschnitt des nächsten Jahres betrachtet, 1993 nicht zunehmen.

262. In den neuen Bundesländern wird es dagegen bei der Produktion weiter aufwärtsgehen. Der Grund dafür ist dort weniger die Entwicklung der Nachfrage, sondern mehr der fortschreitende Aufbau eines wettbewerbsfähigen Angebots. Wir sehen uns aber außerstande, das Ausmaß des Produktionsanstiegs präzise zu schätzen. Die in der Tabelle 55 ausgewiesene Zuwachsrate für das Bruttoinlandsprodukt — 6½ vH für den Durchschnitt des Jahres 1993 — ist nur eine Rechengröße — das Mittel aus einem relativ breiten Band alternativer Schätzgrößen, die man allesamt für plausibel halten kann.

263. Vor dem Hintergrund der schwachen Produktionsentwicklung in den alten Bundesländern wird die Wareneinfuhr bis weit ins nächste Jahr nur wenig zunehmen. Eine Wende zeichnet sich erst für einen späteren Zeitpunkt ab, wenn die Lager wieder aufgefüllt werden. Die konjunkturelle Flaute in der Bundesrepublik werden somit die Handelspartner vorerst

Schaubild 31



1) Ab 3. Vierteljahr 1992 eigene Schätzung.– 2) Nach dem Census – Verfahren X 11 – Q (multiplikative Zerlegung der Reihe), arbeitstäglich bereinigt.– 3) Veränderung vom 4. Quartal des jeweiligen Jahres zum 4. Quartal des Vorjahres.– 4) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

SR 92 0515

noch zu spüren bekommen; das — für sich genommen — bremst dort die konjunkturelle Erholung.

264. Bei dieser Konstellation einer relativ synchronen Entwicklung von Exporten und Importen wird sich an der Nettoposition der Bundesrepublik gegenüber dem Ausland nicht viel ändern. Der Außenbeitrag, den die deutsche Wirtschaft erzielt, wird nach der Prognose im nächsten Jahr zwar etwas größer ausfallen als in diesem Jahr. Dem stehen jedoch dem Betrag nach deutlich höhere Nettoübertragungen an das Ausland gegenüber. Die Leistungsbilanz wird wieder ein hohes Defizit aufweisen, das ähnlich wie in diesem Jahr auf 40 Mrd DM zu veranschlagen ist. In Höhe dieses Defizits muß die Bundesrepublik Kapital importieren: Es ist Ausdruck dafür, daß die heimischen Ersparnisse nicht ausreichen, den Neuaufbau in Ostdeutschland zu finanzieren.

265. Auch der Ressourcentransfer in die jungen Bundesländer wird nach unserer Rechnung nicht geringer werden. Unter Einschluß der Lieferungen aus den alten Bundesländern werden die jungen Länder im kommenden Jahr ein „Importdefizit" in der Größenordnung von 190 Mrd DM aufweisen, das sind 5 bis 6 Mrd DM mehr als in diesem Jahr. Positiv zu Buche schlägt allerdings, daß ein vergleichsweise größerer Teil der Gesamtnachfrage aus heimischer Produktion gedeckt werden kann. Die Lücke, die zwischen Absorption und Produktion klafft, beginnt sich zu schließen.

266. Anders als vor einem Jahr, als in unserer Prognose noch die hellen Farben dominierten, überwiegen diesmal die Schatten. Wir rechnen zwar damit, daß sich die deutsche Wirtschaft im nächsten Jahr von ihrer Schwäche erholt, aber sicher ist das nicht, denn ihre Konstitution ist bei weitem nicht mehr so gut. Die Risiken, daß die Entwicklung schlechter verläuft, als wir aus heutiger Sicht erwarten, sind größer geworden. Mehr denn je ist deshalb unsere Prognose mit Bedingungen verknüpft, die erst noch erfüllt werden müssen.

DRITTES KAPITEL

Wirtschaftspolitik für 1993 und danach

Teil A

Aufgaben und Möglichkeiten

I. Was auf dem Spiel steht

267. Zwei Jahre nach der deutschen Vereinigung breitet sich in beiden Teilen des Landes Pessimismus aus. Zu der Enttäuschung darüber, daß die tatsächliche Entwicklung im Osten hinter der erwarteten zurückbleibt, kommt Beunruhigung über die Höhe und Finanzierung der Belastungen, die Vereinigung und wirtschaftliche Integration für Westdeutschland bringen. Besorgnis erweckt die weltweite Konjunkturschwäche, deren Auswirkungen die deutsche Wirtschaft erreicht haben. Es droht die Gefahr, daß die Wirtschaft in eine Rezession abgleitet. Zudem hat sich der Eindruck verstärkt, daß die Wirtschaftspolitik ihre Aufgaben nicht mehr angemessen zu bewältigen vermag.

Es war abzusehen, daß die Wirtschaft im Osten Deutschlands nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems in eine tiefe Anpassungskrise geraten mußte und eine Erholung aus dieser Krise erst langsam in Gang kommen konnte. Absehbar war auch, daß die Unterstützung dieses Prozesses erhebliche Belastungen für die westdeutsche Wirtschaft bringen würde. Inzwischen hat sich gezeigt, daß die Schwierigkeiten und Hindernisse beim Aufbau in den jungen Bundesländern noch weit größer sind und weit mehr an Kraft, Zeit und Geld erfordern, als zunächst erkannt worden ist. Vieles ist bereits auf den Weg gebracht und manches erreicht worden. Bei der Verbesserung der Infrastruktur sind eindrucksvolle Fortschritte erzielt worden; die Privatisierung der Unternehmen kommt weit rascher voran, als je erwartet wurde; neue Unternehmen werden gegründet, und private Investitionen steigen in erfreulichem Maße an. Ein entscheidender Durchbruch steht jedoch noch aus. Was sich bisher entwickelt hat, ist von staatlicher Unterstützung geprägt; ein vom privaten Sektor, vor allem von den Investitionen getragener Aufschwung ist noch nicht in Gang gekommen. Bedrückend ist der hohe Stand offener und verdeckter Arbeitslosigkeit, und man darf sich keinen Illusionen darüber hingeben, daß eine baldige Besserung in Sicht wäre. Auch wenn es zu dem erhofften Aufschwung kommt, wird die Wende auf dem Arbeitsmarkt noch geraume Zeit auf sich warten lassen. Die Lebensverhältnisse der Menschen in den neuen Bundesländern haben sich in vieler Hinsicht verbessert, aber die Anzahl derer, für die Arbeitslosigkeit oder Sorge um den Verlust des Arbeitsplatzes schwerer wiegen als die erreichten Fortschritte, ist groß. Die allzu hoffnungsvollen wirtschaftlichen Erwartungen, die sich mit der Vereinigung verbanden, haben sich für viele nicht erfüllt; die Menschen sind verunsichert, das Vertrauen in den mit viel Zuversicht eingeschlagenen marktwirtschaftlichen Weg ist erschüttert.

Besorgnis über die Lasten, die wegen der enttäuschend langsamen Entwicklung in den jungen Bundesländern alle Erwartungen übersteigen, steht im westlichen Teil Deutschlands im Vordergrund. Auseinandersetzungen über die Verteilung dieser Lasten nehmen in der politischen Diskussion großen Raum ein. Das ist zwar verständlich, dabei tritt aber in den Hintergrund, worauf es vor allem ankommt: daß diese Lasten am leichtesten getragen werden können, wenn es wirtschaftliches Wachstum gibt. Soll die westdeutsche Wirtschaft den langfristigen Wachstumspfad der letzten Jahre auch in der Zukunft beibehalten, so muß für gute Standortbedingungen in Deutschland gesorgt werden. Die weltweite Konjunkturschwäche hat in diesem Jahr auch Deutschland eingeholt. Die Hoffnung, die abklingende deutsche Sonderkonjunktur, die der Vereinigung folgte, werde durch eine weltweite Erholung abgelöst werden, hat sich nicht erfüllt. Im Laufe des Jahres 1992 ist die Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft ins Stocken geraten, und die Gefahr einer sich verschärfenden Rezession ist größer als seit langem. Noch ist ungewiß, ob es im Jahre 1993 zu einer nachhaltigen Erholung kommen wird. Die Wirtschaftspolitik muß die Voraussetzungen dafür schaffen, daß nach Überwindung der weltwirtschaftlichen Flaute die deutsche Wirtschaft schnell Anschluß findet und weiter wächst wie zuvor.

268. Zugleich wandelt sich das internationale Umfeld der deutschen Wirtschaft; damit verbinden sich Risiken, aber auch große Chancen für die Zukunft. Der Prozeß der europäischen Integration ist mit den Verträgen von Maastricht in ein neues Stadium getreten; zugleich sind in einer Reihe von Ländern Bedenken und Vorbehalte dagegen artikuliert worden. Das Programm zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes hat in den vergangenen Jahren beträchtliche Wachstumsimpulse vermittelt. Um so wichtiger ist es, Vorbehalte gegen die Maastrichter Verträge zu entkräften, begründeten Bedenken Rechnung zu tragen, damit die europäische Integration auch weiterhin als Wachstumsszenario wahrgenommen wird. Hierzu kann die deutsche Wirtschaftspolitik beitragen, indem sie wieder ihre frühere Führungsrolle in einer in allen Bereichen der Stabilität verpflichteten Politik aufnimmt, damit Maßstäbe setzt und das Vertrauen in die künftige europäische Wirtschafts- und Währungsordnung stärkt.

Die ehemals sozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas befinden sich in einem schwierigen, schmerzhaften und voraussichtlich auch langwierigen Prozeß der politischen und wirtschaftlichen Neustrukturierung. In einigen sind hoffnungsvolle Ansätze zur Anpassung an die marktwirtschaftlichen Bedingungen im Westen Europas zu erkennen, in anderen, vor allem in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, ist der Weg dahin noch sehr weit und ungewiß. Vom weiteren Verlauf dieser Entwicklung hängt ab, ob der europäische Integrationsprozeß in Richtung Osten weitergeführt und das dort vorhandene Wachstumspotential zum Nutzen aller Beteiligten erschlossen werden kann. Die deutsche Wirtschaftspolitik kann dies wirksam unterstützen, vor allem, indem sie sich in Europa für eine weitere Öffnung der Märkte einsetzt.

Über die Grenzen Europas hinaus können die in weltweiter Arbeitsteilung liegenden Chancen nur genutzt werden, wenn die Integration nicht zur Entstehung nach außen abgeschotteter Wirtschaftsblöcke in Europa, Nordamerika und Ostasien führt. Dies hätte vor allem fatale Folgen für die von diesen Blöcken ausgeschlossenen Länder. Betroffen sind vielfach Entwicklungs- und Schwellenländer, die weder mit ihren Agrarprodukten noch mit dem Angebot sich langsam entwickelnder Industrien Zugang zu den für sie wichtigen Märkten finden würden. Deutschland trägt mit den anderen führenden Industrieländern besondere Verantwortung dafür, daß die Liberalisierung des Welthandels in allen Bereichen vorangebracht wird; die Blockade der Uruguay-Runde in den GATT-Verhandlungen darf nicht weiter anhalten.

269. In der Wirtschaftspolitik muß Klarheit darüber geschaffen werden, worum es heute geht und was auf dem Spiel steht. Bei der Bewältigung der Anpassungskrise im Osten Deutschlands liegt das eigentliche Problem nicht in der „Finanzierung der Einheit"; in diesem die Diskussion beherrschenden Schlagwort kommt eine verkürzte Problemsicht zum Ausdruck. Es geht vielmehr darum, daß mit der Vereinigung für beide Teile Deutschlands neue Bedingungen entstanden sind, denen sich auch Westdeutschland anzupassen hat. Die Verwendung knapper Ressourcen muß sich nach neuen Prioritäten richten.

Den Anforderungen der Stunde entprechend sind seit der Vereinigung öffentliche Mittel in erheblichem Umfang in die neuen Bundesländer umgelenkt worden; aber dabei ist der Staatshaushalt in Unordnung geraten und muß jetzt konsolidiert werden. Nicht weniger dringlich ist es, daß die Lohnpolitik den neuen Bedingungen weit mehr als bisher Rechnung trägt. Ebenso ist der ordnungspolitische Rahmen neu zu durchdenken. Mit der Vereinigung ist das komplizierte, in der alten Bundesrepublik in Jahrzehnten gewachsene Geflecht von Regulierungen auf die neuen Bundesländer übertragen worden. Manches erweist sich dabei als den besonderen Bedingungen der Aufbauphase nicht angemessen; dies sollte Anlaß sein, das System der Regulierungen in der Bundesrepublik insgesamt einer Revision zu unterziehen.

Auf dem Spiel steht das wirtschaftliche Zusammenwachsen beider Teile Deutschlands, das auf lange Zeit hinausgeschoben wird, wenn es nicht gelingt, die Wachstumskräfte im Osten zu mobilisieren und im Westen weiter zu stärken. Auf dem Spiel steht die Vollendung der wirtschaftlichen Integration in Europa, bei der die Bundesrepublik beispielhaft einer an Wettbewerb, Stabilität und weltwirtschaftlicher Öffnung orientierten Politik den Weg bereiten muß. Wenn schon Größe und Bedeutung der Aufgaben und die sich bei ihrer erfolgreichen Bewältigung eröffnenden Perspektiven und Chancen keinen hinreichenden Anreiz für eine wachstumsorientierte Politik bieten — bei allen wirtschaftspolitisch maßgeblichen Akteuren sollte die Einsicht vorhanden sein, daß ein Scheitern einer solchen Politik die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, aber nicht nur dort, zurückwerfen und zu unübersehbaren Schäden für alle Beteiligten führen würde.

II. Ziele und Wirklichkeit

270. Die Konstitution der deutschen Wirtschaft zeigt zu Ende des Jahres 1992 Schwächen. Mißt man die Entwicklung an den Zielen, die der Sachverständigenrat seinem Urteil zugrunde zu legen hat — Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum —, so ergibt sich ein im Vergleich zu vorangegangenen Jahren deutlich eingetrübtes Gesamtbild. Das Ziel der Preisniveaustabilität wurde, wie schon im Vorjahr, deutlich verfehlt. Verfehlt wurde auch das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes. In den neuen Bundesländern ist die teils offene, teils verdeckte Arbeitslosigkeit bedrükkend hoch; eine durchgreifende Besserung ist nicht in Sicht. Aber auch im Westen ist die Entwicklung unbefriedigend; die hohe Beschäftigungsdynamik früherer Jahre ist verlorengegangen; das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes ist nicht nähergerückt, vielmehr ist der Abstand dazu größer geworden.

271. Im Westen Deutschlands ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im Durchschnitt des Jahres 1992 nur noch mit 1½ vH angestiegen; dies blieb sowohl hinter den Zuwachsraten der letzten beiden Jahre als auch hinter den Erwartungen zurück, die zu Jahresbeginn noch für 1992 bestanden. Auch der Verlauf innerhalb des Jahres war anders als erwartet. Für die erste Jahreshälfte wurde eher mit einer Stagnation gerechnet, für die zweite mit langsamer Erholung. Tatsächlich fiel das Ergebnis im ersten Vierteljahr eher günstig aus; die Stagnation kam zur Jahresmitte. Die Auslastung des Produktionspotentials ist gegenüber dem Vorjahr gesunken; sie liegt allerdings immer noch auf hohem Niveau. Noch spricht nichts dafür, daß es zu einer dauerhaften Abschwächung des Potentialwachstums und damit zu einer Absenkung des langfristigen Wachstumstrends kommt. Die Ausrüstungsinvestitionen sind zwar rückläufig, aber auch nur gegenüber dem außerordentlich hohen Niveau des Vorjahres; ob es auf mittlere Sicht zu Wachstumseinbußen kommt, hängt davon ab, wie lang die Konjunkturflaute noch anhält und ob sie zu einer nachhaltigen Investitionsschwäche führt.

Im östlichen Teil Deutschlands ist die gesamtwirtschaftliche Produktion um 4 vH gegenüber dem

niedrigen Niveau des Vorjahres angestiegen; dieser Zuwachs blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Enttäuschend war vor allem die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe, wo sich zwar die Einbrüche der Jahre 1990 und 1991 nicht fortsetzten, die erhoffte Erholung aber ausblieb. Hinter dem weiteren leichten Rückgang der Industrieproduktion steht allerdings ein differenziertes Bild. Der Abbau veralteter und nicht wettbewerbsfähiger Produktionen hat sich fortgesetzt, ohne daß es in der Industrie insgesamt in entsprechendem Maße zu einem Rückgang der Produktion gekommen wäre; daran wird erkennbar, daß auch im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes neue, am Markt orientierte Produktion im Vordringen ist. Die beträchtlichen Investitionen der Jahre 1991 und 1992 sind zudem zum großen Teil noch nicht produktionswirksam geworden. Allerdings sind die gewerblichen Investitionen trotz erfreulicher Zunahme noch nicht auf einem Niveau, bei dem der Kapitalstock in absehbarer Zeit ein dem westdeutschen vergleichbares Potential erreichen könnte.

272. Dem Ziel eines angemessenen Wachstums würde nicht Rechnung getragen, wenn bei der Fortentwicklung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials der Schutz der natürlichen Umwelt zu kurz käme. Daß Wirtschaftswachstum mit einer Verbesserung der Umweltbedingungen einhergehen kann, ja sogar erst die Voraussetzungen dafür schafft, ist durch die Erfahrung der letzten zehn Jahre eindrucksvoll zu belegen. Im Gebiet der alten Bundesrepublik ist das Bruttoanlagevermögen im Umweltbereich stetig und in stärkerem Maße als das Bruttoanlagevermögen insgesamt gewachsen. Erfolge sind bei der Reduzierung wichtiger Schadstoffe wie Schwefeldioxid und Kohlendioxid zu verzeichnen. Die Energieintensität, gemessen als Primärenergieverbrauch je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts, ist deutlich gesunken. Gleichwohl gibt es drängende Probleme, die noch der Lösung harren; die Ergebnisse der Weltumweltkonferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro im Juni 1992 sind weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

In den neuen Bundesländern haben sich seit der Vereinigung die Umweltbedingungen wesentlich verbessert, vor allem durch Stillegung veralteter Anlagen, teils aber auch durch Modernisierung. Die am schwersten zu bewältigende Aufgabe liegt in der Sanierung von Altlasten. Diese Aufgabe ist in Angriff genommen worden; bisher sind die Bemühungen allerdings nicht wesentlich über die Erfassung von Verdachtsflächen und Maßnahmen zur Abwehr von unmittelbaren gesundheitlichen Gefährdungen für Menschen hinausgekommen. Nach vorläufigen Schätzungen der Länder werden sich die Kosten der Altlastenentsorgung auf nahezu 140 Mrd DM belaufen. Diese Aufgabe wird nur in vielen Jahren zu bewältigen sein. Um sicherzustellen, daß die dringendsten Maßnahmen anlaufen, hat der Bund den jungen Ländern finanzielle Hilfe über den Haushalt der Treuhandanstalt zugesagt.

273. Der in Westdeutschland seit Mitte der achtziger Jahre zu verzeichnende Beschäftigungszuwachs ist im Laufe des Jahres 1992 zum Erliegen gekommen; im 2. Halbjahr war die Beschäftigungsentwicklung sogar leicht rückläufig. Die Arbeitslosigkeit nahm im Verlauf dieses Jahres wieder zu. Damit ist die westdeutsche Wirtschaft dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes nicht nähergekommen.

In den neuen Bundesländern spiegelt sich in der Beschäftigungsentwicklung die noch nicht bewältigte Anpassungskrise. Mit zuletzt 1,1 Millionen registrierten Arbeitslosen, 240 000 Kurzarbeitern und rund 1,6 Millionen Arbeitnehmern, die nur durch sonstige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vor offener Arbeitslosigkeit bewahrt werden, hat sich die Lage im Vergleich zum Vorjahr insgesamt nicht verbessert. Ein Hoffnungsschimmer wird allenfalls darin erkennbar, daß diese Zahlen im Verlauf des Jahres nicht mehr angestiegen sind, obwohl sich der Strukturwandel, in dem viele ihren Arbeitsplatz verlieren, fortsetzt. Eine Trendwende in Richtung auf eine deutliche Verbesserung der Beschäftigungslage ist nicht in Sicht.

274. Die Bemühungen, dem Ziel der Preisniveaustabilität wieder besser gerecht zu werden, waren nicht von Erfolg gekrönt. Mit einem Anstieg der Verbraucherpreise für die alten Bundesländer um 4 vH gegenüber dem Vorjahr verharrte der Preisauftrieb auf dem im zweiten Halbjahr 1991 erreichten höchsten Niveau seit 1982. Dazu trugen die Mitte 1991 wirksam gewordenen erhöhten Verbrauchsteuern bei; doch kam es auch im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 1992 nicht zu einer Abschwächung des Preisauftriebs. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland hinsichtlich der Geldwertstabilität nicht mehr in der Spitzengruppe und wird damit seiner Verantwortung für das Gelingen der geplanten Währungsunion, die der Stabilität streng verpflichtet sein muß, derzeit nicht gerecht.

In den neuen Bundesländern lagen die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt um 11½ vH über dem Niveau von 1991. Der Abstand zwischen dem durchschnittlichen Niveau des Jahres 1992 und dem von 1991 ist zum erheblichen Teil auf Mieterhöhungen zurückzuführen, die bereits im Oktober 1991 wirksam wurden. Im Verlauf des Jahres 1992 war der Preisanstieg nur noch schwach. Die Preisentwicklung in Ostdeutschland spiegelt im wesentlichen unvermeidliche Anpassungen an eine neue Preisstruktur. Der Preisauftrieb bedeutet zwar Verlust an Kaufkraft, doch sagt er zur Zeit wenig darüber aus, inwieweit das wirtschaftspolitische Ziel der Geldwertstabilität verfehlt wurde.

275. Im Hinblick auf das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ist der Passivsaldo der Leistungsbilanz ins Bild zu nehmen. In diesem Saldo spiegelt sich der mit der Anpassung und dem Aufbau im Osten des Landes verbundene hohe interne Absorptionsbedarf. Dem entspricht ein steigender Nettokapitalimport. Damit fand die Finanzierung der erhöhten inländischen Absorption bei sogar noch sinkenden Zinsen statt; die in den Zinsen enthaltene Risikoprämie, gemessen an der Differenz zum langfristigen Zins in den Vereinigten Staaten, hat sich im wesentlichen nicht verändert, wenngleich sie im Jahresverlauf Schwankungen unterlag. Auch kam es nicht zu Abwertungsdruck auf die deutsche Währung; die D-Mark wertete sich vielmehr auf. Alles dies deutet darauf hin, daß der Kapitalimport vom Ver-

trauen der Märkte in die Stabilität der deutschen Wirtschaft getragen war.

Freilich bedarf es besonderer Anstrengungen, um dieses Vertrauen zu erhalten. Dazu gehören vor allem überzeugende Fortschritte bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Ein wesentlicher Beitrag zur Vertrauensbildung wäre auch, wenn die in die neuen Bundesländer fließenden Mittel in deutlich wachsendem Umfang investiven statt konsumtiven Verwendungen zugeführt würden. Die Finanzpolitik trägt in besonderem Maße Verantwortung dafür, daß auch in Zukunft die erforderlichen Kapitalimporte ohne Störung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts zustandekommen.

III. Grundlinien der Wirtschaftspolitik

Wachstumskräfte nicht durch Verteilungsstreit lähmen

276. Eine auf Zusammenführung der beiden Teile Deutschlands gerichtete Wirtschaftspolitik steht heute in Ost und West vor sehr unterschiedlichen, gleichwohl aber eng miteinander zusammenhängenden Problemlagen. Im Westen geht es darum, die konjunkturelle Schwächephase zu überwinden, zugleich aber auch die Voraussetzungen für kontinuierliches Wachstum bei wieder stabilem Geldwert in der Zukunft zu sichern. Im Osten gilt es, den Strukturwandel voranzubringen und die Aufwärtsentwicklung, die bisher nur in schwachen Anzeichen erkennbar ist, zu festigen und auf eine breitere Basis zu stellen. Beide Aufgaben haben gleichen Rang und sind eng miteinander verbunden. Eine nachhaltige Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik in Westdeutschland würde nicht nur die Finanzierung der für den Aufbau im Osten notwendigen Leistungen außerordentlich erschweren, sondern auch die Bereitschaft der Unternehmen zu Investitionen in den jungen Bundesländern beeinträchtigen. Andererseits würde ein Verharren der ostdeutschen Wirtschaft in der Stagnation auf lange Dauer Transferzahlungen erforderlich machen, die in Westdeutschland in dieser Höhe nicht ohne nachhaltige Schäden für die Wirtschaftsentwicklung aufgebracht werden könnten. Es gilt also, die wirtschaftliche Erneuerung im Osten durch Hilfen voranzubringen, die in steigendem Maße investive Verwendung finden, zugleich aber dafür zu sorgen, daß die Wachstumskräfte im Westen durch die Aufbringung dieser Mittel so wenig wie möglich beeinträchtigt werden.

277. Die Konjunkturflaute, die in diesem Jahr auch in Deutschland spürbar geworden ist, bringt zusätzliche Erschwernisse und Belastungen und mindert die Chancen der Unternehmen im Osten, auf den Märkten rasch Fuß zu fassen. Weit schwerwiegendere Folgen wären aber zu befürchten, wenn es nicht bei einem konjunkturellen Einbruch bliebe, vielmehr der Anschluß an den bisherigen Wachstumspfad verlorenginge. Dies würde zu nachhaltigen Wohlstandseinbußen führen und die Erfolgsaussichten des Prozesses der wirtschaftlichen Integration in Deutschland stark beeinträchtigen. Wichtiger noch als eine Überwindung der konjunkturellen Flaute ist es deswegen, daß die Voraussetzungen für ein Wiedergewinnen der wirtschaftlichen Dynamik auf mittlere Frist geschaffen werden.

Wesentlich ist dabei vor allem, daß Vertrauen in die Solidität der staatlichen Haushaltspolitik und in die Entschlossenheit der Geldpolitik, dem Stabilitätsziel Geltung zu verschaffen, besteht. Die Finanzpolitik hat gegenwärtig für konjunkturelle Impulse keinen Spielraum. Die Konsolidierung des Staatshaushalts hat für die Wachstumspolitik vorrangige Bedeutung. Ebenso wenig gibt es zur Zeit einen Spielraum für Zinssenkungen durch die Geldpolitik. So wünschenswert in der gegenwärtigen Konjunkturlage eine deutliche Senkung der Zinsen wäre, dies kann erst geschehen, wenn zuverlässige Anzeichen dafür vorliegen, daß der Preisauftrieb sich zurückbildet und von der Geldmengenentwicklung her kein neues Inflationspotential für die Zukunft entsteht.

278. Zur Bewältigung der kritischen Lage müssen alle Bereiche der Wirtschaftspolitik zusammenwirken. Es darf nicht weiterhin so sein, daß sie sich gegenseitig hemmen und Konflikte heraufbeschworen werden. Mehr Kohärenz zwischen den Politikbereichen herzustellen, ist heute ein dringendes Erfordernis. Die Finanzpolitik steht vor der Aufgabe, den Aufbau im Osten nachhaltig zu unterstützen, dabei aber zugleich die im Verlauf des Einigungsprozesses aus dem Gefüge geratenen Staatsfinanzen wieder zu konsolidieren. Hierzu müssen neue Prioritäten gesetzt werden. Dies betrifft nicht nur den Bund, sondern die öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen und in allen Bereichen. Der kontinuierliche Abbau der Neuverschuldung ist unerläßlich, soll die Gefahr einer Destabilisierung durch progressiv wachsende Staatsverschuldung gebannt werden. Die Aufgabe ist dringlich; es gilt, das Vertrauen in die Solidität der Staatsfinanzen durch eine glaubwürdige Konsolidierungsstrategie wieder herzustellen.

Den für die Lohnpolitik verantwortlichen Tarifpartnern muß bewußt sein, daß dem legitimen Interesse der Arbeitnehmer an der Teilhabe am Einkommenszuwachs nicht gedient ist, wenn Tariflöhne durchgesetzt werden, die diesen Zuwachs gefährden. In Westdeutschland sind die Lohnsteigerungen in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren deutlich höher ausgefallen, als durch den Produktivitätszuwachs gerechtfertigt war. In den neuen Bundesländern erweist sich die auf rasche Angleichung an das westdeutsche Niveau zielende Tarifpolitik in zunehmendem Maße als Überforderung der um das Überleben kämpfenden Unternehmen und als Hemmnis für den Aufbau neuer industrieller Strukturen. Zurückhaltung und Flexibilität in der Tarifpolitik bedeuten in dieser Lage nicht, daß den Arbeitnehmern Opfer zugemutet werden; vielmehr geht es um Wahrung ihrer wohlverstandenen Interessen, die sich eben nicht nur auf die Lohnhöhe, sondern auch auf Sicherung und Aufbau von Beschäftigung richten.

Wenn Finanzpolitik und Lohnpolitik einen der Lage gerecht werdenden Kurs steuern, erleichtern sie auch der Geldpolitik die Aufgabe, wieder zur Stabilität zurückzufinden. Die Sicherung der Geldwertstabilität über eine potentialorientierte Geldpolitik kann nur

dann ohne restriktiven Druck und die Gefahr einer Stabilisierungsrezession gelingen, wenn alle Beteiligten das ihre zur Dämpfung des Preisauftriebs beitragen. Je deutlicher die Signale für einen solchen Kurs sind, desto eher kann es zu einer Milderung der restriktiv wirkenden und deshalb auch im Ausland scharf kritisierten Zinspolitik der Bundesbank kommen.

279. In der öffentlichen Diskussion um die wirtschaftspolitische Bewältigung der Folgen der deutschen Einheit werden Verteilungsfragen in unangemessener Weise in den Vordergrund gerückt. So ist die Auffassung verbreitet, es gehe in erster Linie darum, die „Finanzierung der Einheit" unter dem Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit zu regeln. Verteilungsaspekte dürfen in ihrer Bedeutung für die Akzeptanz eines wirtschaftspolitischen Kurses nicht unterschätzt werden; soweit in diesem Punkt Fehler gemacht worden sind, etwa durch ungerechtfertigte Abwälzung von Lasten auf die Arbeitslosenversicherung, bedürfen sie der Korrektur. Entscheidend ist aber nicht nur und in erster Linie, wie verteilt wird, sondern daß mehr an verteilbarem Einkommen erarbeitet werden kann. Maßgeblicher Gesichtspunkt für wirtschaftspolitische Entscheidungen muß daher sein, die Wachstumskräfte nicht zu beeinträchtigen. Wachstum eröffnet auch wieder Verteilungsspielräume, und wenn die wirtschaftspolitischen Anstrengungen sich auf dieses Ziel konzentrieren, haben letztlich alle Beteiligten davon den höheren Nutzen.

Die einseitige Orientierung an der Verteilung kommt vor allem in Auseinandersetzungen über Steuern und Abgaben zum Ausdruck. Demgegenüber muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, worauf es in erster Linie ankommt: Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft dürfen nicht beeinträchtigt werden. Die durch die Vereinigung veränderten Prioritäten erfordern, daß Ausgaben in allen Bereichen zurückgeführt werden. Steuererhöhungen kommen dann und nur dann in Frage, wenn die Möglichkeiten, Ausgaben zu kürzen, in vollem Umfang genutzt worden sind; wenn sie sich als unumgänglich erweisen, sollten sie nicht bei der Einkommensentstehung ansetzen, sondern bei der Einkommensverwendung, und zwar beim Konsum. Neue Instrumente wie Zwangsanleihen oder Investitionsabgaben zu ersinnen, ist wenig hilfreich. Zwangsanleihen bedeuten zusätzliche Verschuldung und wirken, soweit der Staatshaushalt von Zinszahlungen entlastet wird, nicht anders als Steuern. Abgaben, die Investitionen nach Ostdeutschland lenken sollen, kommen einer Strafsteuer gleich und sind ordnungspolitisch sehr bedenklich. Der Sachverständigenrat hat seine Konzeption — Konsolidierung prioritär über Ausgabenbegrenzung — schon im Jahresgutachten 1990 (Ziffern 347, 377ff.) und erneut im Jahresgutachten 1991 (Ziffern 315, 343ff.) vertreten; sie gilt nach wie vor ohne Einschränkung. Die demgegenüber zur Diskussion gestellten verteilungspolitisch orientierten Konzeptionen greifen zu kurz und verkennen die Gefahren, die heute mit einer Abschwächung der Wachstumskräfte verbunden wären.

280. Wer sich über die kritische Lage der deutschen Wirtschaft und die vorrangigen wirtschaftspolitischen Erfordernisse im klaren ist, wird auch zu der Einsicht kommen müssen, daß dies kein geeigneter Zeitpunkt ist, groß angelegte sozialpolitische Projekte voranzutreiben, die entweder die öffentlichen Haushalte belasten oder zu zusätzlichen Abgaben führen und damit ebenfalls den finanzpolitischen Spielraum einschränken. Das System der sozialpolitischen Sicherung und Versorgung ist in Deutschland weit entwickelt; wenn es nun nicht durch zusätzliche Elemente erweitert wird, liegt darin gewiß keine Vernachlässigung der sozialen Komponente unserer Wirtschaftsordnung. Neuerungen, wie die Garantie von Kindergartenplätzen mögen wünschenswert erscheinen, können aber zurückgestellt werden, ohne daß ein sozialer Notstand entsteht. Und wenn es schon unumgänglich ist, eine Versicherung für den Pflegefall einzuführen, so sollte diese sich auf die Sicherung einer Grundversorgung beschränken und nicht in einer Form geregelt werden, bei der die künftige Kostenexpansion in ähnlicher Weise angelegt ist wie heute schon in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Das unumgängliche Überdenken der Prioritäten kann auch an der Sozialpolitik nicht vorbeigehen. Vordringlich ist, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren und zugleich eine Überforderung der Bürger durch Steuern und Abgaben zu vermeiden. Dabei muß auch manches zurückstehen, was aus sozialpolitischer Sicht wünschenswert erscheinen mag.

Möglichkeiten, Grenzen und Gefahren eines „Solidarpakts"

281. Von zentraler Bedeutung ist, daß es gelingt, neue Prioritäten nicht nur zu verkünden, sondern auch durchzusetzen, und Ansprüche, die damit nicht vereinbar sind, einzudämmen. Dies setzt den Willen und die politische Kraft voraus, auch schwierige und unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Ebenso setzt es voraus, daß ein klarer politischer Kurs eingeschlagen und durchgehalten wird; wenn selbst aus der Regierung und den sie tragenden Parteien ständig neue und widersprüchliche Rezepte und Maßnahmen zur Diskussion gestellt werden, kann die Politik nicht die Überzeugungskraft gewinnen, die sie braucht, um sich gegen vielfältige Widerstände zu behaupten. Die Verantwortung der politischen Führung muß mit Nachdruck betont werden. Aber ebenso wie die Bundesregierung müssen Länder und Gemeinden, ebenso die Tarifvertragsparteien und die Bundesbank dazu beitragen, daß die einzelnen Politikbereiche bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele zusammenwirken und nicht in destruktive Konflikte geraten.

282. Das heute zur Diskussion stehende Projekt eines „Solidarpakts" zwischen den maßgeblichen Akteuren der Wirtschaftspolitik ist als Versuch, mehr Kohärenz zwischen den Politikbereichen herzustellen und Konfliktpotential auszuräumen, nicht unproblematisch. Es ist nichts außergewöhnliches, daß wirtschaftspolitische Akteure sich im Gespräch miteinander abstimmen und dabei auch Verabredungen treffen. Dazu bedarf es aber keiner spektakulären Aktion. Gefahr liegt in dem spektakulären Charakter eines Solidarpakts. Je stärker seine Bedeutung in der Öffentlichkeit herausgestellt wird, desto höhere

Erwartungen werden geweckt, und desto größer wäre die Enttäuschung, wenn es schließlich doch zu einem Scheitern käme. Daraus folgt auch, daß die Position eines Teilnehmers am Solidarpakt um so schwächer wird, je stärker er auf den Erfolg angewiesen ist. Ein eklatanter Mißerfolg des Solidarpakts würde vermutlich in erster Linie Unzufriedenheit mit der politischen Führung erzeugen. Es sollte auf jeden Fall vermieden werden, seine Bedeutung in der Öffentlichkeit allzu sehr hochzuspielen. Je weniger der Eindruck eines ganz besonderen, von der Routine abweichenden Ereignisses entsteht, desto leichter fällt es, übertriebenen Erwartungen entgegenzuwirken und einem Erfolgszwang zu entgehen, der den Entscheidungsspielraum begrenzt.

283. Ein Solidarpakt kann nichts daran ändern, daß jeder der wirtschaftspolitischen Akteure die Aufgaben seines Bereichs verantwortlich wahrzunehmen hat. Von Anfang an muß klar sein, daß auch bei einem Scheitern des Pakts keiner der Beteiligten aus seiner Verantwortung entlassen wäre. Es geht auch nicht an, für eine dieser Verantwortung gerecht werdende Politik von anderen Akteuren Gegenleistungen einhandeln zu wollen. Die Möglichkeiten, im Rahmen des Solidarpakts in verbindlicher Form Leistungen und Gegenleistungen zu vereinbaren, sind überdies begrenzt. Schon gar nicht kann sich jemand dazu verpflichten, für unternehmerische Investitionen oder für Preisdisziplin zu sorgen; Entscheidungen über Investitionen und Preise kommen dezentral in den Unternehmen zustande und richten sich nach den jeweils für sie maßgeblichen Bedingungen. Die Bundesregierung und die Vertreter der Sozialpartner können allenfalls Absichten über den künftigen Kurs der Finanzpolitik und der Lohnpolitik bekunden. Die Bundesbank kann in einen Solidarpakt nicht eingebunden werden, da sie keine Verpflichtungen für eine bestimmte Zinspolitik auf mittlere Sicht eingehen kann; Zinssenkungen können das Ergebnis einer sinnvoll abgestimmten Wirtschaftspolitik sein, nicht Vorleistungen dafür.

Ist man sich über die Grenzen der in einem Solidarpakt möglichen Vereinbarungen im klaren, so kann sein Nutzen vor allem darin liegen, daß die politische Auseinandersetzung versachlicht wird und gemeinsam erarbeitete Lösungen überzeugender nach außen vertreten werden können. Ein Kurswechsel ist ohne Gesichtsverlust möglich und kann gegen Widerstände im eigenen Lager mit dem Hinweis auf ein Gesamtpaket von Vereinbarungen und Verabredungen leichter durchgesetzt werden.

Der Standort Deutschland in einer sich wandelnden Weltwirtschaft

284. Ein in den Welthandel eng eingebundenes Land ist ständig mit der Frage konfrontiert, wie und unter welchen Bedingungen es seine Position auf den internationalen Märkten behaupten kann. Darum geht es auch bei der aktuellen Diskussion um den Standort Deutschland. Ziel ist es, mobile Produktionsfaktoren, in erster Linie Kapital, ebenso aber auch hochqualifizierte menschliche Arbeit, mit der sich technisches und organisatorisches Wissen verbindet, im Lande zu halten und von außen zu attrahieren.

Es gibt drei Gründe dafür, daß die Standortfrage für Deutschland heute von besonderer Aktualität ist:

— Der erste und gewichtigste Grund ist, daß sich durch die Vereinigung die wirtschaftlichen Bedingungen verändert haben. Dies gilt für die alten Bundesländer und erst recht für die neuen. Die neuen Bundesländer stehen noch in einer schweren Anpassungskrise; auf die Dauer werden sie aber mit den alten zu einem Wirtschaftsgebiet zusammenwachsen, in dem die Standortbedingungen weitgehend ähnlich sind und das seine Position in der internationalen Arbeitsteilung finden muß.

— Der zweite Grund liegt im Wandel des weltwirtschaftlichen Umfelds. Die Staaten Mittel- und Osteuropas, die den Sozialismus abgeschüttelt haben, streben auf die internationalen Märkte. Gleiches gilt für viele Entwicklungs- und Schwellenländer, die zunehmend auch Industrieprodukte anbieten. Dank der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien läßt sich in Industrieunternehmen mehr und mehr die Produktion von der Entwicklungs- und Konstruktionsarbeit räumlich trennen. Dadurch entstehen vielfältige Möglichkeiten, Produktionen an andere, besser geeignete Standorte zu verlagern. Der Wettbewerb verschärft sich, und die alten Industrieländer stehen vor der Frage, wie sie die Abwanderung bestimmter Produktionsbereiche, für die sich an anderem Ort bessere Bedingungen bieten, ausgleichen können.

— Der dritte Grund liegt in der aktuellen Konjunkturschwäche. Zwar hat eine durch die weltweite Konjunkturentwicklung bedingte Stagnation nichts mit Standortqualität zu tun. Nichtsdestoweniger gewinnt die Frage nach der Standortqualität in einer Phase stagnierender Produktion und schwacher Exporte besondere Aktualität, weil darin möglicherweise strukturelle Schwächen akut werden, die bei guter Konjunktur noch verdeckt geblieben sind.

285. Deutschland ist ein Hochlohnland. Dies gilt eindeutig für den Westen des Landes, mit Einschränkungen aber auch schon für die neuen Bundesländer; aus der Sicht von langfristig orientierten Investoren trifft die Feststellung uneingeschränkt für das ganze Land zu. Hohe Löhne bedeuten Wohlstand; die Grundlagen dafür müssen im Wettbewerb auf internationalen Märkten geschaffen und ständig gesichert werden. Ein im internationalen Vergleich hohes Lohnniveau kann nur gehalten werden, wenn ein Land über komparative Vorteile verfügt, die es ihm ermöglichen, seine Produkte trotz hoher Lohnkosten auf den Märkten abzusetzen. Für ein Land wie Deutschland, das nicht über reiche und günstige Rohstoffvorkommen verfügt, müssen diese Vorteile in erster Linie im Bereich des Humankapitals gesucht werden, in der Qualifikation der Arbeitskräfte, dem technischen und organisatorischen Wissen, über das die Menschen verfügen, dem Erfindungsreichtum und der Gestaltungskraft, durch die sie sich auszeichnen. Daraus folgt: Wettbewerbsvorteile hat Deutsch-

land bei Produkten, die sich durch besondere Qualität in Gestaltung und technischer Perfektion auszeichnen und deren Herstellung hochqualifizierte Arbeitskräfte und besondere Kenntnisse und Erfahrungen voraussetzt. Da solche Produkte immer auch dem Imitationswettbewerb ausgesetzt sind, bedarf es ständiger Bemühungen, einen einmal erreichten Vorsprung auch zu halten.

286. Die Standortqualität Westdeutschlands konnte in der Vergangenheit stets mit dem Hinweis auf große Exporterfolge und positive Ergebnisse in Handelsbilanz und Leistungsbilanz belegt werden. Wenn heute diese Überschüsse dahingeschmolzen sind, muß das noch kein Indiz einer nachhaltigen Verschlechterung sein; eine besondere Stärke der deutschen Exportwirtschaft liegt im Investitionsgüterbereich, in dem sich die Konjunkturschwäche noch spürbarer auswirkt als anderswo. Aufschlußreicher für die Beurteilung der künftigen Entwicklung ist, ob die westdeutschen Exporteure an den Märkten, die weltweit die stärksten Zuwächse verzeichnen, ihre Position halten und ausbauen konnten oder ob sie zurückgefallen sind. Hier zeigt sich, daß über die achtziger Jahre hinweg Marktanteile in wachstumsstarken und ein hohes technologisches Niveau voraussetzenden Bereichen verlorengegangen sind, bei Datenverarbeitungsgeräten, bei optischen Instrumenten und Apparaten, bei Geräten für die Nachrichtentechnik. Dem stehen Gewinne bei elektromedizinischen Geräten, bei Maschinen und Maschinenteilen, in geringerem Maße auch bei Kraftfahrzeugen gegenüber (Tabelle 14, Seiten 74 f.). Insgesamt ist keine eindeutige Verschlechterung festzustellen, doch ist nicht zu verkennen, daß die Marktanteile sich in wichtigen, zukunftsweisenden Bereichen verschoben haben und daß alles daran gesetzt werden muß, daß die deutsche Wirtschaft im internationalen Innovationswettbewerb nicht ins Hintertreffen gerät.

Die aus dem Strukturwandel der Anpassungsphase hervorgehende Industrie in den neuen Bundesländern wird voraussichtlich für den Export eine ähnliche Produktpalette anbieten wie die westdeutsche Industrie; das ergibt sich schon daraus, daß westdeutsche Unternehmen bei dem industriellen Neuaufbau die maßgebliche Rolle spielen. Schwächen der westdeutschen Exportwirtschaft werden von der ostdeutschen Industrie jedenfalls nicht ausgeglichen werden können. Um so wichtiger ist es, daß die Marktpositionen der westdeutschen Industrie in den Bereichen gehalten und ausgebaut werden, die den komparativen Vorteilen eines hochentwickelten Industrielandes entsprechen und die hohe Zuwächse erwarten lassen.

287. Die Standortqualität kommt auch darin zum Ausdruck, wie attraktiv ein Land für Investitionen aus der Sicht der Kapitalanleger ist. Die Kapitalbewegungen geben hierauf gewisse Hinweise, die jedoch bei genauerer Betrachtung nicht eindeutig sind. Negative Salden bei den Direktinvestitionen und im langfristigen Kapitalverkehr machen zwar deutlich, daß Deutschland immer noch viel Kapital exportiert. Sie sind aber auch Ausfluß einer hohen inländischen Ersparnisbildung und — dies gilt vor allem für die Direktinvestitionen — eines starken Auslandsengagements der Unternehmen, letzteres vor allem im Zusammenhang mit der europäischen Integration. Bemerkenswert ist aber, daß die deutsche Vereinigung, die ein ganz neues Feld für aussichtsreiche Investitionen eröffnet hat, nicht zu einer Umkehr im langfristigen Kapitalverkehr geführt hat. Kapitalverkehrssalden sind keine eindeutigen Indizien der Standortqualität, doch lassen die vorliegenden Befunde jedenfalls nicht die Aussage zu, Deutschland sei aus der Sicht internationaler Kapitalanleger ein bevorzugter Investitionsstandort.

288. Es ist nicht Sache der staatlichen Wirtschaftspolitik, Produkte herauszufinden und zu fördern, die der deutschen Wirtschaft Exporterfolge versprechen. Dies hat in den Unternehmen zu geschehen, die den Märkten näherstehen und darauf angewiesen sind, ihren Erfolg und ihr Überleben im Wettbewerb durch geeignete Produkte zu sichern. Wohl aber gehört es zu den Aufgaben des Staates, die allgemeinen Voraussetzungen für die Ausbildung und Entfaltung von Humankapital zu schaffen. Hierzu zählt neben einem breiten und qualitätsvollen Bildungsangebot, vornehmlich im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, die Förderung der Grundlagenforschung. Darüber hinaus gilt es technikfeindlichen Strömungen entgegenzutreten. Das Starren auf wirkliche oder vermeintliche Restrisiken führt dazu, daß die Risiken, die mit der Unterlassung einer technischen Innovation verbunden sind, gar nicht mehr im Blickfeld stehen. Ein Beispiel dafür, zu welchen Folgen das führt, bietet die Gentechnologie. Veranlaßt durch eine restriktive Gesetzgebung und Verwaltungspraxis hat die Chemische Industrie Forschung und Produktion auf diesem Gebiet zunehmend ins Ausland verlagert. Die Standortqualität Deutschlands beruht darauf, daß die deutsche Industrie auf vielen Gebieten technologische Spitzenpositionen einnimmt. Gehen diese verloren, so verfällt auch die Stärke deutscher Anbieter auf den internationalen Märkten und damit die Basis des Wohlstandes.

289. Die Wirtschaftspolitik liefert weiterhin ihren Beitrag zur Standortsicherung, indem sie die Voraussetzungen für die Entfaltung der Wachstumskräfte verbessert. Dies hat nicht nur aus dem besonderen Anlaß einer vermuteten Standortgefährdung zu geschehen, ist vielmehr eine ständige Aufgabe. Wirtschaftspolitik, die sich auf die Gestaltung von Angebotsbedingungen richtet, ist immer auch Standortpolitik. Dazu gehören solide Staatsfinanzen, stabiles Geld — nicht zuletzt auch, weil damit Verteilungskämpfe in Grenzen gehalten werden können —, ebenso aber auch eine Lohnpolitik, die sich an der Produktivitätsentwicklung orientiert. Darüber hinaus stellt der Staat die Infrastruktur zur Verfügung, und er gestaltet den rechtlich-institutionellen Rahmen des Wirtschaftens. Nicht zuletzt setzt er mit der Besteuerung wichtige Daten, an denen sich Investoren orientieren, und zwar im Vergleich mit den steuerlichen Bedingungen in anderen Ländern.

Als wesentliche Elemente einer auf Standortsicherung zielenden Politik sind hervorzuheben:

— Der Wettbewerb muß als Leistungsansporn voll zur Geltung kommen. Dazu gehört der Abbau von Marktzugangshemmnissen im Inneren ebenso wie

die Öffnung der Märkte nach außen. Die Deregulierungskommission hat Wege gewiesen, wie dem Wettbewerb in wichtigen Bereichen mehr Raum geschaffen werden kann. Wesentlich ist auch, staatliche Betätigung dort einzuschränken, wo privaten Anbietern und dem Wettbewerb zwischen ihnen Entfaltungsmöglichkeiten geboten werden können. Dies ist um so wichtiger, als in anderen Ländern die Deregulierung als Weg zur Verbesserung der Standortbedingungen eine große Rolle spielt.

— Subventionen, die der Erhaltung alter und ohne sie nicht wettbewerbsfähiger Strukturen dienen, belasten nicht nur den Staatshaushalt, sondern führen auch zu Verkrustungen und zu ineffizienter Verwendung von Ressourcen. Der Abbau solcher Subventionen verbessert die Standortqualität.

— Die staatliche Umweltpolitik zielt darauf, die natürlich-ökologischen Grundlagen eines Standorts und die Lebensqualität für die Menschen zu sichern; zugleich ist sie mit Kosten verbunden. Die Umweltpolitik steht hier vor dem Problem, Ineffizienz durch Vergeudung von Umweltgütern zu verhindern, ohne die Produktion mehr als notwendig zu belasten. Wo allerdings umweltpolitischen Zielen absoluter Vorrang eingeräumt wird und die erforderliche Abwägung gar nicht mehr stattfindet, aber auch wo bürokratische Überregulierungen wuchern, verfehlt die Umweltpolitik ihr Ziel, dem Standort eine intakte natürliche Umwelt zu erhalten und gerade dadurch seine Wirtschaftskraft zu stärken.

— Wirtschaftliche Tätigkeit unterliegt in vielfacher Hinsicht, auch im Hinblick auf den Umweltschutz, bürokratischen Kontrollen und Genehmigungsverfahren. Bis zu einer gewissen Grenze hat dies seinen guten Sinn. Dies gilt jedoch nicht mehr, wenn die Verfahrensweisen wegen ihrer Komplexität und Dauer lähmend wirken. Darüber wird heute vor allem in den neuen Bundesländern geklagt; dort ist Abhilfe besonders dringlich. Aber nicht nur dort, auch in Westdeutschland wären die Verkürzung und Vereinfachung bürokratischer Prozeduren bei Errichtung gewerblicher Anlagen, ebenso aber auch beim Ausbau der Infrastruktur ein wesentlicher Beitrag zur Standortsicherung.

— Arbeitsverhältnisse unterliegen zahlreichen Regelungen, teils auf gesetzlicher, teils auf tarifvertraglicher Basis, durch die die Gestaltungsfreiheit und die Anpassungsfähigkeit von Unternehmen stark eingeschränkt werden. Zwingende Vorschriften über Arbeitszeiten, Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung und ähnliches haben ihren Sinn, soweit sie durch ein besonderes Schutzbedürfnis der Arbeitnehmer begründet werden können. Sie tragen damit über die soziale Sicherung der Arbeitnehmer auch zur Festigung des sozialen Friedens und damit zu einer guten Standortqualität bei. Schutznormen verfehlen aber ihren Zweck, wenn sie falsche Anreize für Arbeitnehmer setzen oder die Flexibilität der Unternehmen so stark beeinträchtigen, daß Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen unattraktiv werden. Eine Politik der Standortsicherung muß dem Bereich der arbeitsrechtlichen Regelungen besondere Aufmerksamkeit widmen.

— Das System der Sozialversicherung ermöglicht ein durch soziale Spannungen nicht belastetes Arbeitsangebot, es ist insoweit ein positiver Faktor der Standortqualität. Von der Ausgestaltung im einzelnen hängt jedoch die Höhe der Arbeitskosten ab; gelingt es nicht, die Anreize so zu setzen, daß die Kosten unter Kontrolle bleiben, so besteht die Gefahr, daß der von der Standortqualität her tragbare Spielraum der Arbeitskosten überschritten wird. Somit ist es auch aus standortpolitischer Sicht von Bedeutung, ob es gelingt, die gravierenden Funktionsmängel der Gesetzlichen Krankenversicherung zu beheben und zu vermeiden, daß die geplante Pflegeversicherung von vornherein mit ähnlichen grundlegenden Fehlern angelegt wird.

— Den Bestrebungen, die Unternehmensbesteuerung im Sinne von mehr Leistungs- und Investitionsfreundlichkeit zu reformieren, sind heute durch die dringende Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung enge Grenzen gesetzt. Systematische Lösungen, wie sie der Sachverständigenrat im Jahresgutachten 1989/90 (Ziffern 330 ff.) erörtert hat, werden sich in absehbarer Zeit kaum realisieren lassen. Das geplante Standortsicherungsgesetz enthält Regelungen zur steuerlichen Entlastung der Unternehmen, die aus systematischer Sicht anfechtbar sind und neue Verzerrungen bringen, immerhin aber für ausländische Investoren die Doppelbelastung ausgeschütteter Gewinne mildern. Zu begrüßen ist das Signal, daß die Reform der Unternehmensbesteuerung nicht aufgegeben ist; zu hoffen ist, daß die Neuregelungen den Weg für konsequente und systematisch einwandfreie Lösungen in der Zukunft nicht verstellen.

IV. Wirtschaftspolitik für die jungen Bundesländer: An der wachstumsorientierten Politik festhalten

Zwei Jahre nach der Vereinigung: Wie steht es mit dem wirtschaftlichen Neuaufbau?

290. Die für die jungen Bundesländer betriebene Wirtschaftspolitik entspricht heute in wesentlichen Elementen einer Konzeption, die als wachstumsorientiert bezeichnet werden kann (JG 91 Ziffer 262). Sie zielt mit einem ganzen Bündel von staatlichen Maßnahmen — Infrastrukturaufbau, Beseitigung von Investitionshemmnissen, Privatisierung — darauf, die Rahmenbedingungen herzustellen, unter denen die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Ostdeutschland dauerhaft verbessert werden kann. Zur Beschleunigung des strukturellen Wandels in der Breite fördert sie nach Kräften die privaten Investitionen; es bleibt freilich den einzelnen Investoren überlassen zu entscheiden, in welcher Branche und in welcher Region sie bestehende Produktionsstätten modernisieren oder wo sie neue errichten wollen. Auf ein Gelingen

des notwendigen Anpassungsprozesses setzen heißt, darauf verzichten, überkommene wirtschaftliche Strukturen zu erhalten, und heißt, darauf vertrauen, daß sich viele zukunftsträchtige wirtschaftliche Aktivitäten Bahn brechen werden. Es wird in Kauf genommen, daß der Abbau alter, nicht wettbewerbsfähiger Produktionen und Arbeitsplätze schnell voranschreitet, schneller auch, als der Aufbau neuer, wettbewerbsfähiger Produktionen und Arbeitsplätze gelingen kann. Aber den Königsweg eines synchronen Verlaufs zwischen Zusammenbruch und Neuaufbau gibt es nicht. Der Mangel an rentabler Beschäftigung bleibt — vermutlich noch auf lange Zeit — das gravierendste Problem in Ostdeutschland. Gerade aus diesem Grund muß die wachstumsorientierte Politik konsequent weiterbetrieben und — wo es eben geht — noch verbessert werden. Und aus dem gleichen Grund werden noch auf viele Jahre flankierende sozialpolitische Maßnahmen erforderlich sein, um die Härten für die von der Anpassungskrise besonders Betroffenen zu mildern.

Die wachstumsorientierte Konzeption setzt voraus, daß die Standortbedingungen in den neuen Bundesländern in absehbarer Zeit denen im alten Bundesgebiet ähnlich werden können, daß demzufolge der in der Anpassungsphase neu aufzubauende Kapitalstock auf ein Land mit hohem Lohnniveau zugeschnitten sein wird. Hohe Löhne sind freilich ein Ziel, für dessen Erreichung die Voraussetzungen erst geschaffen werden müssen, nicht jedoch eine Orientierungslinie für die heutige Lohnpolitik.

Voraussetzung für ein im internationalen Vergleich hohes Lohnniveau ist, daß Produkte angeboten werden, deren Qualität und technische Ausgestaltung den Wettbewerbsvorsprung verschaffen, der es ermöglicht, trotz hoher Kosten auf den Märkten erfolgreich zu sein. Die Erwartung, daß es in den jungen Bundesländern gelingen wird, Marktpositionen zu erreichen, die hohe Löhne ermöglichen, gründet sich auf das dort vorhandene Humankapital, auf eine Arbeitnehmerschaft mit solider Grundausbildung ebenso wie auf einen Fundus von Kenntnissen und Erfahrungen in zahlreichen Technologiebereichen, der freilich im sozialistischen Wirtschaftssystem nicht für eine am Markt orientierte Produktentwicklung genutzt worden war; weitere Faktoren, die zuversichtlich stimmen, sind eine günstige Verkehrslage in Europa und eine Infrastruktur, die zwar im Sozialismus vernachlässigt wurde und verfallen ist, jetzt jedoch wiederhergestellt wird.

291. Orientierung an der Wachstumskonzeption bedeutet nicht nur, daß die Instrumente und Maßnahmen für die jungen Bundesländer am Wachstumsziel ausgerichtet werden. Sie hat vielmehr Auswirkungen für die Wirtschaftspolitik in der gesamten Bundesrepublik. Dazu gehört, daß durch Konsolidierung des Staatshaushalts und Stabilisierung des Geldwerts die Voraussetzungen für störungsfreies Wachstum im ganzen Land geschaffen werden. Der ordnungspolitische Rahmen, ebenso das System der staatlichen Leistungen, der Steuern und Abgaben müssen so gestaltet werden, daß Leistungsanreize und Wettbewerb überall voll zur Geltung kommen können. Die Erhaltung der wirtschaftlichen Dynamik im Westen ist aus Sicht der wachstumsorientierten Konzeption nicht minder bedeutsam als die Schaffung der Voraussetzungen dafür, daß der Osten Anschluß an ein das ganze Land umfassendes Wachstum findet.

Dabei muß auch die Lohnpolitik ihre Rolle spielen, und zwar im Westen wie im Osten. Im Westen darf sie nicht der Wiedergewinnung von Produktions- und Beschäftigungsdynamik entgegenwirken, muß vor allem den Erfordernissen der Stabilisierung Rechnung tragen, ohne in einen destruktiven Konflikt mit der Geldpolitik zu geraten. Im Osten darf sie nicht das Ergebnis des Anpassungsprozesses — hohe Produktivität, die hohe Löhne ermöglicht — vorwegnehmen und gerade dadurch den Aufbau erschweren.

292. Betrachtet man, was in den zwei Jahren seit der Vereinigung erreicht worden ist, so ist der Eindruck zwiespältig. Auf der einen Seite gibt es beachtliche Erfolge bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, vor allem beim Aufbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur und bei der Privatisierung der Unternehmen. Es gelingt auch, in zunehmendem Maße unternehmerische Investitionen zu attrahieren, neue Unternehmen werden gegründet. Auf der anderen Seite steht ein einschneidender Verlust von Arbeitsplätzen; die Anzahl der Erwerbstätigen ist von knapp 9 Millionen im Jahre 1990 auf rund 6 Millionen im Jahre 1992 gesunken, also fast um ein Drittel. Auch wenn der wirtschaftliche Aufbau rasch fortschreitet — rascher als bisher erkennbar —, ist kaum zu erwarten, daß in absehbarer Zeit — wenn überhaupt — ein derart hoher Beschäftigungsstand wieder erreicht werden kann. Beunruhigend ist auch der Rückgang der Industrie, abzulesen an der Nettoproduktion und an der Anzahl der Beschäftigten. Dies gibt Anlaß zu der Befürchtung, das Aufgeben alter Strukturen führe zur „Deindustrialisierung"; sei eine Region erst einmal industriell verödet, so fehle auch die Voraussetzung für die Neuansiedlung von Industriebetrieben.

293. Wie man die Gefahr einer Deindustrialisierung zu beurteilen hat, hängt entscheidend davon ab, ob das heute zu beobachtende Schrumpfen alter Industrien, die in weiten Teilen dem Wettbewerb nicht gewachsen sind, als erste Phase eines Strukturwandels zu sehen ist, in dem der Aufbau neuer industrieller Produktionen zwar nur sehr langsam, aber letztlich doch in hinreichendem Umfang vorankommt, oder ob es sich um einen nachhaltigen, irreversiblen, durch Neuaufbau nur unzureichend kompensierten Verfallsprozeß handelt. Letzteres wäre zu befürchten, wenn man davon ausgehen müßte, daß die Standortbedingungen in den jungen Bundesländern auf längere Sicht erheblich schlechter blieben als in den alten. Dies hätte schwerwiegende Folgen; die Einbettung einer Region in eine raumübergreifende Arbeitsteilung kann nur gelingen, wenn sie über eine Exportbasis verfügt, das heißt über Wirtschaftsbereiche, deren Produkte über die Grenzen der Region hinaus mit Erfolg im Wettbewerb bestehen können. Für viele Regionen im Osten Deutschlands kommt als Exportbasis im wesentlichen die Industrie in Frage. Käme es zu einer Deindustrialisierung, so könnte der Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland auf lange Zeit nicht gefunden werden.

Allerdings ist der zu beobachtende Rückgang der Industrie kein eindeutiger Beleg für eine Deindustrialisierung. Bei einem grundlegenden industriellen Strukturwandel ist gerade im Bereich der Industrie unvermeidlich, daß der Neuaufbau zunächst mit dem Wegbrechen des Alten nicht Schritt hält. Investoren müssen erst von der Güte eines Standorts überzeugt werden, und auch dann benötigen Investitionen noch eine lange Ausreifungszeit.

In der DDR war die Industrie im Vergleich zu westlichen Industrieländern überdimensioniert. Den Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Produktion, den sie noch 1990 hatte, kann und braucht sie nicht wiederzugewinnen. Es ist im übrigen durchaus nicht so, daß die Industrie überall und in allen Bereichen zusammenbricht. Die industrielle Produktion insgesamt stagniert, aber dahinter verbirgt sich ein sehr differenziertes Geschehen im einzelnen. Alte Produktionen werden eingeschränkt oder ganz eingestellt, Produktionsstätten stillgelegt. Zugleich gibt es andere Bereiche, andere Regionen, in denen neue Betriebe entstehen, aber auch alte mit Erfolg die Umstellung auf marktorientierte Produktion vollziehen. Schon die Aufgliederung nach Wirtschaftszweigen zeigt große Unterschiede. Schweren Rückschlägen in einigen Zweigen, zum Beispiel dem Maschinenbau, dem Textilgewerbe und dem Bergbau, stehen zum Teil erhebliche Produktionszuwächse in anderen gegenüber, vor allem in den Bereichen Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Stahl- und Leichtmetallbau/Schienenfahrzeugbau, Druckerei/Vervielfältigung und im Ernährungsgewerbe (Tabelle 20, Seite 89). Die schrumpfenden und stagnierenden Zweige überwiegen, und bei den erfolgreichen handelt es sich vorwiegend um solche, die nur geringem überregionalem Wettbewerb ausgesetzt sind. Dennoch wird deutlich, daß das Bild einer auf der ganzen Breite schrumpfenden und zusammenbrechenden Industrie nicht den Tatsachen entspricht. Die These, es finde eine nachhaltige Deindustrialisierung statt, läßt sich bei dem gegenwärtigen Wissensstand zwar nicht zwingend widerlegen. Vieles deutet aber darauf hin, daß das, was sich jetzt vollzieht, keine Deindustrialisierung ist, sondern ein Wandlungsprozeß hin zu einer neuen Industriestruktur, langwierig und mühsam zwar, gleichwohl aber unvermeidbar und letztlich Voraussetzung für das Erlangen von gesamtwirtschaftlicher Dynamik.

Gibt es Alternativen?

294. Es mußte damit gerechnet werden, daß greifbare Erfolge der wachstumsorientierten Politik sich nicht so schnell einstellen würden, wie dies im Jahr der Vereinigung erhofft worden war. Aber auch wer diese euphorischen Erwartungen nicht geteilt und mit einer längeren Anpassungszeit gerechnet hat, kann von den bisherigen Resultaten nicht befriedigt sein. Noch gibt es keine zuverlässigen Anzeichen dafür, daß es in absehbarer Zeit gelingen kann, eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt und beim Verfall der Industrie zu erreichen. Die wachstumsorientierte Politik steht zunehmend unter Rechtfertigungsdruck. Die Forderung nach einem grundlegenden Kurswechsel wird mit wachsendem Nachdruck erhoben; begründet wäre diese Forderung nur, wenn eine überzeugende Alternative angegeben werden könnte; eine solche Alternative ist aber nicht erkennbar.

295. Gefordert wird vielfach, der Staat müsse der drohenden Deindustrialisierung durch eine Industriepolitik entgegenwirken. Dabei wird anscheinend übersehen, in wie großem Umfang dies bereits geschieht. Die Bemühungen, alten Industriebetrieben die Neuorientierung und das Überleben zu erleichtern, ebenso aber auch die Ansiedlung von neuen voranzubringen, werden von der staatlichen Wirtschaftspolitik nachdrücklich und mit großem Mitteleinsatz unterstützt. Die Infrastruktur wird ausgebaut, Investitionen werden mit einem breitgefächerten Instrumentarium gefördert, und die Treuhandanstalt geht in dem Bestreben, den Fortbestand alter Unternehmen zu sichern, bis an die Grenze des wirtschaftlich Vertretbaren, indem sie bei der Veräußerung vielfach nicht nur auf einen Verkaufserlös verzichtet, sondern dem Erwerber sogar noch Zuzahlungen leistet. Mit Recht besteht die Treuhandanstalt allerdings darauf, daß die Erhaltung eines Unternehmens immer in eine Privatisierung einmünden muß; dadurch ist sichergestellt, daß die Unternehmen schließlich auf eigene Füße gestellt werden und sich am Markt bewähren müssen; ausgeschlossen wird damit die auf Dauer angelegte Erhaltung ständig subventionsbedürftiger Unternehmen.

Zu beklagen ist, daß die industriepolitischen Bemühungen der staatlichen Wirtschaftspolitik keinen Beistand von seiten der Lohnpolitik erhalten. Durch Löhne, die der Leistungskraft der Unternehmen angepaßt sind, könnte in vielen Fällen die Überwindung schwieriger Übergangsphasen wesentlich erleichtert werden, für alte ebenso wie für neugegründete Unternehmen. Hierfür hat die Tarifpolitik bisher wenig Verständnis gezeigt; anscheinend wird erwartet, daß der Staat durch verstärkten Einsatz industriepolitischer Instrumente die mangelnde Rücksichtnahme der Tarifpartner auf Erfordernisse des industriellen Strukturwandels ausgleicht.

296. Allerdings verbinden sich mit der Forderung nach einer aktiven Industriepolitik auch Vorstellungen, die auf eine Aufgabe der wachstumsorientierten Konzeption zugunsten einer erhaltungsorientierten Konzeption hinauslaufen. Die erhaltungsorientierte Konzeption sieht den Staat sowohl beim Abbau als auch beim Aufbau neuer Arbeitsplätze in einer lenkenden Rolle (JG 91 Ziffer 262). Dazu gehört, daß möglichst viele alte Arbeitsplätze erhalten werden, solange es an genügend neuen fehlt. Dies führt zu einer Schwerpunktverlagerung bei der Verwendung von Ressourcen. Es fließen mehr Ressourcen in Subventionen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen in Unternehmen, die ständig Verluste machen und nicht privatisiert werden können; um so weniger bleibt, selbst wenn man eingesparte Sozialtransfers gegenrechnet, für Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur, für die Förderung von Investitionen in den Unternehmen, für die Bereinigung von Umweltaltlasten. Je stärker die Wirtschaftspolitik sich von der erhaltungsorientierten Konzeption leiten läßt, desto weniger Härten mutet sie auf kurze Sicht den Men-

schen zu, desto weiter wird aber auch das Ziel entrückt, in den neuen Bundesländern Standortbedingungen zu schaffen, die ohne Hilfen von außen ein Wohlstandsniveau ermöglichen, das dem in Westdeutschland vergleichbar ist.

Im Sinne der erhaltungsorientierten Konzeption wird gefordert, der Staat solle aus beschäftigungspolitischen Gründen Unternehmen in bestimmten Sektoren und Regionen ohne Rücksicht auf betriebswirtschaftliche Erwägungen erhalten. Dabei wird der Industriepolitik auch die Aufgabe zugewiesen, solche Sektoren und Unternehmen zu fördern, die Aussicht haben, technologische Spitzenpositionen zu erreichen; letzteres scheint der wachstumsorientierten Konzeption zu entsprechen, allerdings nur was das Ziel, nicht was den Weg betrifft. Es ist grundsätzlich zu bezweifeln, daß eine staatliche Industriepolitik in der Lage ist, die Weichen für eine zukunftsweisende Strukturpolitik in richtiger Weise zu stellen (JG 91 Ziffer 507). Zu bezweifeln ist aber vor allem, daß eine Industriepolitik in den jungen Bundesländern sich dem Druck entziehen könnte, bestehende Unternehmen aus politischen und sozialen Rücksichten zu erhalten und sich mit allenfalls vagen Hoffnungen auf zukunftsweisende Entwicklungen zu begnügen. Im Ergebnis käme es dazu, daß ein Bestand subventionsbedürftiger Unternehmen auf Dauer mit staatlichen Mitteln erhalten würde.

Eine auf Erhaltung zielende Industriepolitik könnte der befürchteten Deindustrialisierung nicht nachhaltig entgegenwirken. Man kann eine bedrohte Exportbasis nicht sichern, indem man alte und nicht aus eigener Kraft wettbewerbsfähige Industrien durch Subventionen am Leben erhält. Auch mit hohem Mitteleinsatz ließe sich allenfalls erreichen, daß die Industrie nicht noch weiter hinter ihren gegenwärtigen Stand zurückfiele. Die strukturelle Erneuerung würde hingegen gehemmt. Erfahrungen in Westdeutschland und anderswo haben gezeigt, daß Regionen mit notleidenden und durch Subventionen gestützten Industrien nur mit großen Schwierigkeiten einen Prozeß der Erneuerung einleiten können.

Eine erhaltungsorientierte Industriepolitik ist keine gangbare Alternative zum wachstumsorientierten Kurs, und sie ist es nie gewesen. Wenn die Treuhandanstalt in den letzten zwei Jahren den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit nicht auf Privatisierung, sondern auf Erhaltung (mit Sanierung als erhofftem Fernziel) gesetzt hätte, gäbe es heute mehr, aber nicht mehr wettbewerbsfähige industrielle Arbeitsplätze. Die letztlich vom Bund zu tragende Schuldenlast würde die 250 Mrd DM, mit denen nach jetzigem Stand zu rechnen ist, weit überschreiten. Mit weiteren Defiziten wäre auf unabsehbare Zeit zu rechnen. Dieser ungeheure Aufwand würde nur der Erhaltung des Bestehenden dienen und die Wirtschaft im Osten Deutschlands um keinen Schritt der Gesundung näher bringen, wohl aber die Wirtschaft im Westen so stark belasten, daß Wachstum und Beschäftigung im ganzen Land fühlbar beeinträchtigt würden.

297. Auf mehr theoretischer Ebene liegen Überlegungen, die für eine längere Übergangszeit eine Alternative in einer industriellen Struktur sehen, die auf niedrige Arbeitskosten abgestellt wäre. Ostdeutschland wäre dann ein attraktiver Standort für lohnintensive Produktionen. Es wäre leichter, alte Industrien zu erhalten, die bei hohem Lohnniveau dem internationalen Wettbewerb nicht gewachsen sind. Lohnniveau und Wirtschaftsstruktur in den jungen Bundesländern entsprächen dann etwa den Verhältnissen in den Ländern, die in der EG hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft zum unteren Drittel zählen. Unterschiede im Lebensstandard zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland ließen sich dann nur durch Transferzahlungen ausgleichen, vorzugsweise in Form von Lohnsubventionen. Grundsätzliche Bedenken gegen Lohnsubventionen hat der Sachverständigenrat im Jahresgutachten 1991/92 zum Ausdruck gebracht (Ziffern 538ff.).

Wenn Industrien attrahiert werden sollen, die auf niedrige Arbeitskosten angewiesen sind, müssen Lohnsubventionen auf lange Dauer in Aussicht gestellt werden. Dadurch würde ein späterer Strukturwandel in Richtung auf eine stärker kapitalintensive Produktion behindert; hat eine Industrie sich erst einmal an Erhaltungssubventionen gewöhnt, lassen sich Strukturveränderungen zu ihren Lasten kaum noch durchsetzen. Es ist schwer vorstellbar, daß dieses Szenario auf etwas anderes hinauslaufen könnte als auf rigorose passive Sanierung, denn die Lohnsubventionen würden die Einkommensunterschiede nicht voll ausgleichen können. Arbeitskräfte würden abwandern, die motivierten und leistungsfähigen zuallererst. Nachdem die Wirtschaftspolitik zwei Jahre lang einen anderen Kurs verfolgt hat, kann ein Wechsel zur Lohnsubventionierung ohnehin nicht mehr ernsthaft in Betracht gezogen werden. Eine überzeugende Alternative war dies aber von Anfang an nicht. Die wirtschaftliche Kluft zwischen beiden Teilen Deutschlands wäre auf unbestimmte Zeit verfestigt worden.

298. Erfolgversprechende Alternativen zum wachstumsorientierten Kurs gibt es nicht; um so drängender stellt sich die Frage, wie man im Rahmen dieses Kurses die zwei grundlegenden Probleme angehen kann, die heute Anlaß zu Besorgnis und Befürchtungen sind: Wie ist der Gefahr eines Verfalls der Industrie zu begegnen, und wie kann man mit dem einschneidenden Rückgang an Beschäftigungsmöglichkeiten fertig werden?

Daß im Prozeß des Strukturwandels alte Industrien verdrängt werden, noch ehe der Aufbau von Neuem in Sicht ist, muß hingenommen werden. Daran läßt sich auch nichts ändern, indem man einzelne, aus regionaler Sicht besonders wichtige Unternehmen durch Subventionen vor dem Untergang bewahrt. Der unvermeidliche Schrumpfungsprozeß wird dadurch verlangsamt, aber nicht aufgehalten und schon gar nicht in eine positive Entwicklung umgekehrt. Der industrielle Neuaufbau kann nur durch Stärkung der Kräfte vorangebracht werden, die den komparativen Vorteil der gesamten Region ausmachen: In den jungen Bundesländern gibt es qualifizierte und der modernen Technik aufgeschlossene Arbeitskräfte, und es gibt Industriestandorte, die verkehrsgünstig liegen und deren Ausgestaltung mit wirtschaftlicher Infrastruktur sich stetig verbessert. Diese Standortvorteile gilt es zu entwickeln und zu pflegen. Es wird

trotzdem noch einige Zeit dauern, bis das Heranwachsen einer neuen Industriestruktur in der Breite erkennbar wird. Die gegenwärtig in Deutschland und weltweit herrschende Konjunkturschwäche ist diesem Prozeß nicht günstig. Aber er wird dadurch nur verzögert, nicht dauerhaft aufgehalten.

Weit gravierender und folgenreicher sind die Probleme am Arbeitsmarkt. Bedrückend ist, daß viele Arbeitnehmer, obwohl qualifiziert und einsatzbereit, aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen und daß viele Jugendliche, nach abgeschlossener Ausbildung, vergeblich einen Arbeitsplatz suchen. Man kann letztlich zwar darauf vertrauen, daß es aufgrund der vorhandenen und zu entwickelnden Standortvorteile über kurz oder lang auch zur Neuansiedlung von Industrien kommen wird. Die Beschäftigungsprobleme wären damit aber noch nicht gelöst. Auch ein in die Breite gehender industrieller Neuaufbau wird auf lange Zeit nicht so viele Arbeitsplätze schaffen, daß ein hoher Beschäftigungsstand auch nur annähernd erreicht werden kann. Es ist schwer abzuschätzen, inwieweit die ungleichgewichtige Lage auf dem Arbeitsmarkt durch Anpassung auf der Seite des Arbeitskräfteangebots entspannt werden wird, durch Änderung des Erwerbsverhaltens und durch Wanderungen. Die Wirtschaftspolitik kann zur Entspannung beitragen, indem sie Anreize für solche Anpassungen schafft und Hindernisse beiseite räumt. Das verstärkte Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen kann den Interessen der Arbeitnehmer entgegenkommen. Steuerliche Regelungen sollten die räumliche Mobilität nicht benachteiligen, sondern begünstigen, etwa bei der steuerlichen Berücksichtigung der Kosten eines zweiten Wohnsitzes. Auch eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt durch Erweiterung des Angebots würde die Mobilität der Arbeitskräfte fördern.

Es muß auf jeden Fall damit gerechnet werden, daß auf dem Arbeitsmarkt die Nachfrage nach Arbeitskräften auf längere Zeit noch in erheblichem Umfang hinter dem Angebot zurückbleibt. Das erfordert nicht nur hohe finanzielle Transfers, um den Lebensstandard der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen zu sichern. Darüber hinaus kann bei allen begründeten Vorbehalten, die man gegenüber Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik vorbringen mag, auf den weiteren breiten Einsatz dieser Instrumente nicht verzichtet werden. Es geht darum, durch Ausbildung, Fortbildung und Umschulung, aber auch durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Qualifikation und Motivation der Menschen zu erhalten und zu fördern, ohne zugleich den Prozeß der Umstrukturierung und des Neuaufbaus zu hemmen. Hierzu muß die Arbeitsmarktpolitik geeignete Wege finden.

Vorrangige Aufgaben der staatlichen Wirtschaftspolitik

299. Um den wirtschaftlichen Neuaufbau in den jungen Bundesländern voranzubringen, muß die staatliche Wirtschaftspolitik sich wie bisher schon vorrangig dem Ausbau der Infrastruktur, der Beseitigung von Investitionshemmnissen, dem Fortgang der Privatisierung und der Förderung von Investitionen widmen. Mit der Einsicht, daß die Lage auf dem Arbeitsmarkt sich in absehbarer Zeit nicht wesentlich entspannen wird, gewinnt die Frage nach dem zweckmäßigsten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente noch zusätzlich an Bedeutung. In zunehmendem Maße muß auch regionalen Besonderheiten der Wirtschaftsentwicklung Rechnung getragen werden; dies kann am besten geschehen, indem Länder und Gemeinden als Träger der regionalen Wirtschaftspolitik stärker in die Verantwortung einbezogen werden.

Ausbau der Infrastruktur weiter voranbringen

300. Beim Ausbau der Infrastruktur sind — wenn auch in den einzelnen Bereichen unterschiedlich — bereits erhebliche Fortschritte erzielt worden. Am augenfälligsten sind sie bei den überörtlichen Verkehrswegen und bei der Telekommunikation. Auch wenn gemessen am westdeutschen Standard in diesem Bereich noch viel zu tun ist, so darf die wachstumspolitische Bedeutung des bisher Erreichten nicht unterschätzt werden, denn die ersten Maßnahmen dienten vor allem der Beseitigung der größten Engpässe.

Auch die Erschließung von Gewerbeflächen ist inzwischen gut vorangekommen. Bei den für die Industrieansiedlung bedeutsamen Gewerbeflächen in den Randlagen der Gemeinden ist das Angebot vielfach sogar der Nachfrage vorausgeeilt. Behindert wird die Ansiedlung allerdings dort, wo Grundstücke mit ökologischen Schäden belastet sind. Noch immer wird die Beseitigung der Altlasten dadurch verzögert, daß die Zuständigkeit und finanzielle Verantwortung zwischen Staat und Unternehmen oder zwischen staatlichen Ebenen nicht geklärt sind.

Große Rückstände gibt es im Bereich der kommunalen Versorgung und Entsorgung. Nach wie vor bestehen starke Vorbehalte, mit dem Ausbau und Betrieb von Infrastruktureinrichtungen private Anbieter zu betrauen. Bei den vielfach von westdeutschen Beratern aus westdeutscher Sicht vorgetragenen Bedenken wird übersehen, daß die Einschaltung privater Anbieter nicht zuletzt der Entlastung der ohnehin oft überforderten Verwaltung dient. Der Sachverständigenrat weist die Verantwortlichen deshalb nochmals auf die vielfältigen Möglichkeiten hin, wie durch Rückgriff auf private Ressourcen der Ausbau der Infrastruktur beschleunigt und effizient gestaltet werden kann (JG 91 Ziffern 464 ff.).

Administrative Investitionshemmnisse abbauen

301. Auch der Abbau von administrativen Investitionshemmnissen ist in den jungen Bundesländern ein gutes Stück vorangekommen. Fortschritte gab es insbesondere beim Aufbau einer leistungsfähigeren Verwaltung. Zwar klagen noch immer Investoren über die Langwierigkeit bürokratischer Prozeduren und über den Mangel an Entscheidungsfreudigkeit, doch liegt dies auch an der hohen Regulierungsdichte, die auf die Übernahme des Rechtssystems der alten

Bundesrepublik zurückgeht und die den Verhältnissen in der jetzt zu bewältigenden Umbruchphase nicht angemessen ist.

Die ungeklärten Eigentumsverhältnisse bilden immer noch ein gravierendes Hindernis, haben allerdings für die Privatisierung und Neugründung von Unternehmen etwas an Bedeutung verloren. Sie behindern aber nach wie vor in starkem Maße Bauinvestitionen innerhalb der Städte, und zwar sowohl gewerbliche Bauten als auch die Instandsetzung, die Modernisierung und den Neubau von Wohnungen. Im Wohnungsbau wirken sich noch weitere Investitionshemmnisse aus. Hierzu gehört auch der Mangel an erschlossenem Bauland. Für die Kommunen stand bisher die Erschließung von Gewerbeflächen im Vordergrund; die Erschließung von Land für den Wohnungsbau ist nicht weniger wichtig. Zum einen kann im Wohnungsbau mit hoher Nachfrage und, sofern die Begrenzung der Mieten gelockert wird, auch mit attraktiven Renditen auf das investierte Kapital gerechnet werden. Es handelt sich um einen potentiellen Wachstumsbereich, von dem starke Impulse auf die lokale Bauwirtschaft und das Handwerk ausgehen können. Zum anderen würde sich mit dem Wohnungsangebot und dem Wohnumfeld auch die Standortqualität ostdeutscher Städte verbessern.

Für die Investitionen im Wohnungsbestand bildet das Mietrecht nach wie vor ein schwerwiegendes Hemmnis, weil Mieterhöhungen in Verbindung mit Instandsetzung und Modernisierung nur begrenzt zugelassen sind. Der Übergang in ein Vergleichsmietensystem, wie es in Westdeutschland angewandt wird, ist zwar geplant, der Zeitpunkt aber noch offen; potentielle Investoren halten sich daher zurück, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die über Instandsetzungsmaßnahmen schnell möglich wäre, unterbleibt. Besonders erschwert sind Investitionen in den Wohnungsbestand der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen, die ihre Mieteinnahmen ab 1994 ganz oder zum erheblichen Teil zur Bedienung von Altschulden verwenden müssen. Es spricht vieles dafür, Altschulden (nachträglich) auf den Bund und die Länder zu übertragen, zumal es der Bundesgesetzgeber ist, der den Mietanstieg — mit sozialpolitischer Begründung — begrenzt. Zumindest sollte erwogen werden, Altschulden zu erlassen, wenn die Gesellschaften Wohnungen privatisieren und die Belastungen durch Kapitaldienst extrem hoch sind. Bei der Privatisierung können und sollen sich die Kommunen in ausreichendem Maße Belegungsrechte im Wohnungsbestand sichern, damit den sozial Schwachen (und Problemgruppen) der Zugang zu einer Wohnung ermöglicht werden kann und nicht Zwänge entstehen, später den kostspieligen Umweg über den Sozialen Wohnungsbau gehen zu müssen.

Privatisierung zum Abschluß bringen

302. Die Privatisierung der Unternehmen ist im Jahre 1992 erheblich vorangekommen. Schon im Vorjahr hat die Treuhandanstalt das Ziel ins Auge gefaßt, bis Ende 1994 ihr operatives Geschäft, das heißt die Veräußerung ihrer Unternehmen zum Abschluß zu bringen; inzwischen hat sie angekündigt, daß dieses Ziel voraussichtlich schon Ende 1993 erreicht werden kann. Wenn dies gelingt, hat die Treuhandanstalt eine Leistung vollbracht, die ihr im Sommer 1990, als die Privatisierung ernstlich in Angriff genommen wurde, niemand auch nur entfernt zugetraut hätte.

Diese Leistung wird auch dadurch nicht beeinträchtigt, daß bei der Treuhandanstalt hohe Defizite entstanden sind und dem Bund Schulden in einer Größenordnung von 250 Mrd DM hinterlassen werden. Hauptursache der Defizite ist, daß die Treuhandanstalt laufende Liquiditätshilfen an die Unternehmen leistet, um deren Fortbestand bis zur Privatisierung zu ermöglichen. Viele dieser Unternehmen mußten und müssen schließlich doch liquidiert werden. Wichtig ist, daß diese Form der Subventionierung mit Beendigung des operativen Geschäfts der Treuhandanstalt aufhört. Die bei der Treuhandanstalt aufgelaufene Schuldenlast wiegt schwer, aber es läßt sich keine Alternative zu der von ihr betriebenen Politik angeben, bei der diese Last geringer ausgefallen wäre.

303. Die Treuhandanstalt kann sich nur dann zu Ende des Jahres 1993 aus dem operativen Geschäft zurückziehen, wenn die heute noch in ihrer Obhut stehenden Unternehmen bis dahin entweder privatisiert oder liquidiert oder in sinnvoller Weise in eine andere Trägerschaft überführt worden sind. Die Anzahl der der Treuhandanstalt unterstehenden Unternehmen nimmt durch Privatisierungen und Liquidationen ständig ab; am 30. September 1992 waren es noch 3 451 Unternehmen mit insgesamt 606 300 Arbeitnehmern. Darunter befanden sich 81 Unternehmen mit mehr als 1 000 Beschäftigten. Etwa zur Hälfte handelt es sich um Industrieunternehmen, darunter manche von großer Bedeutung für die regionale Wirtschaftsstruktur.

Für Unternehmen, deren Sanierungs- und Privatisierungschancen günstig beurteilt werden, bei denen sich aber wegen besonderer Umstände die Privatisierung noch verzögert, hat die Treuhandanstalt die Konstruktion der Managementgesellschaften gefunden. Jeder Managementgesellschaft wird eine Anzahl von Unternehmen übertragen. Bislang sind zwei Gesellschaften in der Form der Kommanditgesellschaft konzipiert worden. Die in der Leitung der Gesellschaft tätigen Manager haben den Auftrag, die Unternehmen zu sanieren und zu privatisieren. An dem bei der Privatisierung erzielten Veräußerungsgewinn sind sie beteiligt. In dieser Form können Unternehmen auch über den Abschlußzeitpunkt für das operative Geschäft der Treuhandanstalt hinaus gehalten werden, und es ist auch nicht ausgeschlossen, daß sie weiter finanzielle Zuwendungen von der Treuhandanstalt erhalten. Diese Zuwendungen mindern aber denjenigen Gewinn, an dem die Manager beteiligt sind; diese werden daher nicht bereit sein, sich Unternehmen übertragen zu lassen, bei denen keine begründete Aussicht besteht, daß über die zur Sanierung erforderlichen Zuwendungen hinaus ein Veräußerungserlös verbleibt.

Es werden Ende 1993 nach Einschätzung der Treuhandanstalt nur noch wenige Unternehmen übrigbleiben, deren Sanierungs- und Privatisierungsaussichten günstig beurteilt werden und die deshalb nicht liqui-

diert werden. Für diese wäre eine andere Trägerschaft zu finden. Dies ist vertretbar, wenn die Zahl der Unternehmen sehr klein ist und nicht befürchtet werden muß, daß damit ein Komplex mit ständigem Subventionsbedarf entsteht. Ziel muß auch hier die frühestmögliche Privatisierung bleiben.

304. Für manche der heute noch der Treuhandanstalt zugehörigen Unternehmen wird vorgebracht werden, sie seien trotz ständiger Verluste und geringer Privatisierungsaussichten zu erhalten, weil die Stillegung ganze Regionen in einen wirtschaftlichen Notstand versetzen würde. Dieses Argument ist nicht von der Hand zu weisen, aber es wäre gefährlich, dem Drängen auf Erhaltung in einer größeren Anzahl von Fällen nachzugeben. Damit entstünde ein Komplex subventionsabhängiger Unternehmen, dessen man sich nur schwer wieder entledigen könnte und der als Ballast den wirtschaftlichen Neuaufbau hemmen würde.

Wenn ein Unternehmen aus regionalpolitischen Erwägungen subventioniert wird, bedarf es der Abwägung, ob die dafür benötigten Mittel nicht wirkungsvoller an anderer Stelle zur Regionalförderung eingesetzt werden könnten, etwa für die Infrastruktur, für die Förderung neuer Unternehmen oder für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Zur Zeit findet diese Abwägung dort nicht statt, wo die Träger der Regionalpolitik von der Treuhandanstalt zwar die Erhaltung von Unternehmen fordern, zugleich aber verlangen, daß sie die Lasten trägt. Die naheliegende Lösung ist, daß den Trägern der Regionalpolitik, in erster Linie den Ländern, auch die Verantwortung für die Fortführung von Unternehmen zufällt, die sie für erhaltenswürdig erachten. Im Rahmen des Finanzausgleichs müssen die finanziellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Der fast beliebig erscheinende Rückgriff auf den Bundeshaushalt, wie er heute über die Treuhandanstalt möglich ist, muß jedoch ausgeschlossen werden.

Investitionsförderung differenzieren

305. Der Ausbau der Infrastruktur, die Beseitigung von administrativen Hemmnissen und die Privatisierung sind wichtige Voraussetzung für private Investitionen, die letzten Endes die Erneuerung in den jungen Bundesländern tragen müssen. Der Staat fördert darüber hinaus diese Investitionen durch finanzielle Anreize. Gegen dieses Instrument spricht nicht, daß damit der Ersatz von arbeitsintensiven durch kapitalintensive Produktionstechniken begünstigt wird, denn die Löhne, mit denen nach erfolgreichem Abschluß des Anpassungsprozesses zu rechnen ist, lassen sich nur mit solchen Produktionstechniken erwirtschaften. Die finanzielle Förderung zielt darauf, den Aufbau hochproduktiver Anlagen zu beschleunigen und soll für die noch bestehenden Standortnachteile eine Kompensation schaffen.

Die bisherige massive Unterstützung der Investitionen hat durch das Nebeneinander von Sonderabschreibungen, Investitionszulagen und Investitionszuschüssen aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" dazu geführt, daß im Einzelfall ein Liquiditätseffekt von 50 vH der Anschaffungskosten bereits im Jahr der Investition erreicht werden kann.

Die bisher betriebene Förderung, insbesondere die Gewährung einer Investitionszulage, ist in der schwierigen Aufbauphase sicher vertretbar; sie ist allerdings auch nicht unproblematisch. Dort, wo Investitionen auch ohne Förderung getätigt würden, entstehen lediglich Mitnahmeeffekte. Öffentliches Geld wird also ineffizient eingesetzt. Die Förderung der Investitionen kann darüber hinaus zu strukturellen Verzerrungen führen. Insoweit muß die Investitionsförderung grundsätzlich degressiv ausgestaltet sein. Ursprünglich war vorgesehen, die Investitionszulage 1992/93 auslaufen zu lassen. Ihre Verlängerung bis zum Jahre 1996 auf allerdings niedrigerem Niveau von 8 vH (statt 12 vH) ist in Anbetracht der Verzögerungen beim Aufbau der Wirtschaftsbasis in den neuen Bundesländern vertretbar.

306. Es ist davon auszugehen, daß sich in den nächsten Jahren zunehmend regionale Unterschiede im Entwicklungsstand und in der Beschäftigungslage in den neuen Bundesländern zeigen werden. Deshalb sollte ab 1996 die globale Förderung der Investitionen durch eine regional differenzierende Maßnahme ersetzt werden. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten: Man könnte die frei werdenden Mittel in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" einstellen. Damit würde im Ergebnis ein steuerpflichtiger Investitionszuschuß geschaffen. Die geförderten Investoren würden gleich behandelt, aber die Entlastung der Investitionen wäre vom Grenzsteuersatz des Investors abhängig. Gewisse Vorzüge hätte diese Form der Investitionsförderung insofern, als sie Gestaltungsspielraum eröffnet. Man könnte sie zum Beispiel leichter auf Unternehmen mit überregionaler Absatzorientierung beschränken und auch die Anzahl der durch Investitionen entstehenden Arbeitsplätze mit berücksichtigen. Dem steht der Nachteil gegenüber, daß der Investor keinen Rechtsanspruch hat und deswegen länger in Unsicherheit gehalten wird, zudem ist er mit einem aufwendigeren bürokratischen Verfahren konfrontiert. Die zweite Möglichkeit wäre, steuerfreie Investitionszulagen einzusetzen; Differenzierungen, etwa in regionaler Hinsicht, wären dabei durchaus möglich, doch würden der politischen Gestaltungsfreiheit Grenzen gesetzt, weil der Investor einen an justiziable Kriterien gebundenen Rechtsanspruch auf Förderung hätte.

Nachdem sich die Wirtschafts- und Finanzpolitik beim Aufbau der Wirtschaftsbasis in den neuen Bundesländern für eine Politik entschieden hat, die die Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessert, sollte diese Grundlinie nun auch beibehalten werden. Die dauernde Diskussion um Art und Höhe der steuerlichen Förderung der Investitionen sollte beendet werden. Dazu gehören auch die immer wieder vorgetragenen Pläne für ein „Niedrigsteuergebiet neue Bundesländer". Soweit man darunter eine Senkung der Sätze der Einkommen- und Körperschaftsteuer ausschließlich für das Beitrittsgebiet versteht, wäre eine solche Politik schon deshalb verfehlt, weil steuerliche Förderung der Investitionen an den tat-

sächlich vorgenommenen Investitionen und nicht am Gewinn ansetzen sollte. Insoweit wäre die Schaffung einer Niedrigsteuerregion vergleichsweise teuer. Die knappen öffentlichen Mittel sollten in erster Linie für die Verbesserung der Infrastruktur eingesetzt werden. Wenn darüber hinaus eine Förderung der privaten Investitionen geboten ist, sollten die Fördermittel unmittelbar an die Vornahme von Investitionen gebunden werden.

Steuerliche Entlastung der Wertschöpfung?

307. Eine ganz andere Frage ist allerdings, ob eine steuerliche Förderung der Wertschöpfung oder des Absatzes der Produkte, die in den neuen Bundesländern hergestellt werden, geboten ist. Es zeigt sich gerade in den letzten Monaten, daß viele Unternehmen Schwierigkeiten haben, für ihre Produkte (neue) Absatzmärkte zu finden. Der wichtige Markt in den mittel- und osteuropäischen Staaten ist praktisch weggebrochen und wird in seinem früheren Umfang selbst bei einer günstigen Wirtschaftsentwicklung in diesen Ländern nicht wieder zu gewinnen sein. Die ostdeutschen Unternehmen müssen sich deshalb darum bemühen, ihre Produkte in Westdeutschland und auf den internationalen Märkten abzusetzen, gleichzeitig aber auch auf ihrem heimischen Markt gegenüber Lieferungen aus Westdeutschland und aus dem Ausland konkurrenzfähig zu werden. Diese Entwicklung könnte man durch eine Subventionierung der Wertschöpfung in Ostdeutschland fördern. Da die Wertschöpfung (allerdings vermindert um die Nettoinvestitionen und den Export) durch die Mehrwertsteuer belastet wird, liegt der Gedanke nahe, für die ostdeutsche Produktion eine Mehrwertsteuerpräferenz zu schaffen.

Hierfür gibt es einen Präzedenzfall: Der (West-)Berliner Wirtschaft ist über Jahre hinweg eine solche Präferenz eingeräumt worden, um dadurch Produktion nach Berlin zu verlagern (Herstellerpräferenz) und den Absatz von in Berlin hergestellten Produkten zu fördern (Abnehmerpräferenz). Die für Berlin praktizierte Regelung kann jedoch nicht ohne weiteres auf die neuen Bundesländer übertragen werden, denn sie war — um Mißbrauch zu vermeiden — mit Kontrollen der Lieferungen von und nach Berlin verbunden. Wegen der besonderen politischen Verhältnisse, nämlich der ohnehin bestehenden Grenzen und Grenzkontrollen, war dies ohne größeren Aufwand möglich. Im vereinten Deutschland würde eine Umsatzsteuerpräferenz zugunsten der neuen Bundesländer nach dem Muster der Berlin-Förderung die Einführung von Steuergrenzen bedingen. Dies ist weder ökonomisch noch politisch vertretbar.

Will man dennoch eine Umsatzsteuerpräferenz für die Produzenten in den neuen Bundesländern schaffen, dann bietet sich ein Verfahren an, das der steuerlichen Behandlung der Landwirtschaft (§ 24 UStG) nahekommt: Unternehmer werden von der Abführung der den Abnehmern in Rechnung gestellten Umsatzsteuer befreit, können allerdings auch den Vorsteuerabzug nicht geltend machen. Da die Mehrwertsteuer nicht die gesamte Wertschöpfung erfaßt, sondern die Wertschöpfung vermindert um Investitionen und Export, könnte die skizzierte Regelung im Einzelfall jedoch Nachteile bringen. Für viele Unternehmen, die hohe Investitionen tätigen und große Teile ihrer Produktion exportieren, wird die Befreiung von der Steuer auf Inlandsumsätze den Verzicht auf den Vorsteuerabzug nicht aufwiegen. Will man das Verfahren der Umsatzsteuerpräferenz einführen, müßte man den ostdeutschen Unternehmen ein Optionsrecht einräumen: Sie müßten entscheiden können, ob sie das normale Umsatzsteuerrecht oder die Präferenz in Anspruch nehmen wollen. Ließe man dieses Wahlrecht zu, müßten Regelungen für den Fall des Wechsels des Besteuerungsverfahrens getroffen werden.

308. Eine Mehrwertsteuerpräferenz hätte ihre Vorteile: Sie ist abhängig von der Wertschöpfungsquote, würde also dazu führen, daß es bei Standortentscheidungen interessant wird, Wertschöpfung in die neuen Bundesländer zu verlagern und damit dort auch Arbeitsplätze zu schaffen. Die Förderung diskriminiert nicht nach unterschiedlichen Faktorintensitäten der Produktion. Allerdings kann sie nur eine Herstellerpräferenz bieten und nicht — wie im Berlin-Fall — auch eine Abnehmerpräferenz. Der Absatz würde jedoch gefördert, wenn die Subvention ganz oder teilweise durch Preissenkungen weitergegeben würde, womit im Regelfall wohl zu rechnen wäre.

Der Fördereffekt beschränkt sich freilich auf den Inlandsabsatz und ist relativ gering. Bei einem Steuersatz von 15 vH und einer Wertschöpfungsquote von 60 vH beispielsweise ergäbe sich ein Förderungssatz von 9 vH des Umsatzes; gegenzurechnen ist der Fortfall von Vorsteuerabzügen auf Exporte und Investitionen. Die Sonderregelung würde überdies — insbesondere bei Exporten — Anreize zur Umgehung schaffen. Zudem bleibt fraglich, inwieweit EG-rechtliche Regelungen gegen dieses (Subventions-)Verfahren sprechen. Wichtiger ist aber ein anderes Gegenargument: Nachdem die Entscheidung für die Investitionsförderung gefallen ist, sollte man diese Linie auch konsequent beibehalten.

Soziale Flankierung notwendig

309. Solange der Aufbau wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze noch weit hinter dem Verlust unrentabler Arbeitsplätze zurückbleibt, kann auf den Einsatz der Instrumente einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, insbesondere von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung, nicht verzichtet werden. Sie federn soziale Härten ab und vermindern soziale Spannungen, dienen aber auch der Qualifizierung und sozialen Integration der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen. Freilich kann nur eine Minderheit davon bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik berücksichtigt werden. Für die Mehrzahl bleibt es bei finanzieller Unterstützung durch Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Um so wichtiger ist es, die begrenzten Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik an der richtigen Stelle und in der richtigen Weise einzusetzen.

Die Alternative zu einem verstärkten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente wäre die Subventionierung der nicht mehr lebensfähigen Unternehmen der Planwirtschaft gewesen — mit der Folge einer Erhaltung überkommener Strukturen und damit einer erheblichen Belastung der öffentlichen Haushalte für eine lange Frist. Den Schutz der Menschen von der Erhaltung der Unternehmen abzukoppeln, war sachgemäß. Von daher hat der Sachverständigenrat die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für die neuen Bundesländer im Grundansatz positiv bewertet, gleichzeitig aber auch vor möglichen negativen Nebenwirkungen gewarnt (JG 91 Ziffern 528ff.). Die

Gefahren dieses Instrumentariums liegen darin, daß einerseits die Motivation der Arbeitnehmer zum Wechsel auf einen anderen Arbeitsplatz geschwächt werden kann, daß andererseits die im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erbrachten Leistungen mit dem vorhandenen oder potentiellen Angebot durch private Unternehmen konkurrieren.

Der Schwächung der Motivation kann dadurch entgegengewirkt werden, daß Arbeitsverhältnisse im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik zeitlich streng befristet und zu einem Satz entlohnt werden, der zwischen dem Tariflohn und dem Arbeitslosengeld liegt. Die Absicht der Bundesregierung, statt dessen die Arbeitszeit auf 80 vH der Normalzeit abzusenken, ist zumindest ein Schritt in die richtige Richtung. Schwieriger ist es, die Konkurrenz von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit privatem Angebot zu vermeiden. Soweit im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nützliche Leistungen erbracht werden, ist nicht auszuschließen, daß dafür zumindest potentiell auch ein privates Angebot bestehen könnte. Dies spricht nicht gegen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, wohl aber für behutsameren Einsatz und stärkere Konzentration auf regionale Schwerpunkte der Arbeitslosigkeit. Bedenken bestehen nach wie vor dagegen, daß Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sich in eigens dafür geschaffenen Trägerorganisationen, den ABS-Gesellschaften, institutionell verfestigen und damit zur Dauereinrichtung werden.

310. Es fällt auf, daß in zunehmendem Maße über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen öffentliche Aufgaben von hoher Dringlichkeit erfüllt werden, vor allem zur Gestaltung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und zur Sanierung von Umweltschäden. Diese Leistungen müßten auch erbracht werden, wenn es keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gäbe, und zwar entweder durch die Kommunen oder Länder selbst oder auch durch von ihnen beauftragte Unternehmen. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahme bringt in derartigen Fällen nur dann, wie vom Gesetz verlangt, zusätzliche Beschäftigung, wenn man unterstellt, daß die Leistungen sonst unterblieben, weil sie nicht finanziert werden könnten. Die Arbeitsmarktpolitik füllt damit eine Lücke bei der Finanzierung dringender öffentlicher Aufgaben. Liefen diese Mittel nicht über die Bundesanstalt für Arbeit, sondern direkt zu den Kommunen und Ländern, so würde ebenfalls ein Beschäftigungseffekt erzielt, die Leistung wahrscheinlich effizienter erbracht, darüber hinaus, soweit private Anbieter ins Spiel kämen, private Unternehmerinitiative gefördert.

Ähnliche Bedenken gelten auch dem neuen Programm „Arbeit und Umwelt", mit dem im Zeitraum von 1993 bis 1997 teils durch ABS-Gesellschaften, der Intention nach aber auch durch Vergabe an private Träger Umweltsanierungen durchgeführt werden sollen, zum Beispiel im Braunkohlenbergbau und an alten Chemiestandorten. Umweltsanierung ist eine Aufgabe von großer Dringlichkeit, Arbeitslosigkeit ein schwerwiegendes Problem. Beide Aspekte kurzzuschließen, führt jedoch weder zu effizienter Beseitigung von Umweltaltlasten, noch zu gezielter Berücksichtigung der Gruppen auf dem Arbeitsmarkt, die in besonderem Maße der Unterstützung bedürfen. Bei der Umweltsanierung muß die neueste Technologie eingesetzt werden, die möglicherweise nicht besonders beschäftigungsintensiv ist und zudem den Einsatz besonders qualifizierter Arbeitskräfte erfordert, die am Arbeitsmarkt auch anderweitige Beschäftigung finden könnten. Regionen ohne größere Umweltaltlasten, aber mit schweren Beschäftigungsproblemen können über das Programm nicht unterstützt werden.

Verantwortlichkeit der Regionen stärken

311. Wachstumsfördernde Wirtschaftspolitik umfaßt auch Regionalpolitik. Vorwiegend regionalpolitisch bedeutsam sind große Teile der Investitionsförderung, der Ausbau der regionalen Infrastruktur, Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, schließlich auch die Erhaltung von Unternehmen, denen für die regionale Entwicklung besondere Bedeutung zugemessen wird. Es gibt gute Gründe dafür, im Sinne einer Regionalisierung der Regionalpolitik (JG 88 Ziffern 420 ff., JG 91 Ziffer 523) die Länder und ihre Gemeinden stärker in die Verantwortung einzubinden. Dafür spricht nicht zuletzt die bessere Vertrautheit mit den örtlichen Verhältnissen. Vor allem müßten die Länder aus der Lage kommen, nur Forderungen gegenüber dem Bund, der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für Arbeit zu erheben, ohne selbst für die erforderlichen Mittel aufkommen zu müssen und zu können. Die Länder sollten im Rahmen ihrer regionalpolitischen Kompetenz nach eigenem Ermessen entscheiden können, wofür sie knappe Mittel einsetzen. Dies ist allerdings nur möglich, wenn die Länder dafür im Rahmen der Reform des Finanzausgleichs die notwendige Ausstattung erhalten.

312. Die wachstumsorientierte Konzeption setzt darauf, in den neuen Bundesländern die Angebotskräfte zu stärken und dadurch die Voraussetzungen für eine Angleichung der Lebensverhältnisse zu schaffen. Diese Politik kann nicht in kurzer Frist zum erwünschten Erfolg führen. Sie kann nur glaubwürdig bleiben, wenn sie konsequent und mit Überzeugung vertreten wird.

Wenig förderlich ist hingegen, wenn auf politischer Ebene ständig neue Maßnahmen und Programme ersonnen und verkündet werden, dann jedoch fast ebenso schnell wieder von der Bildfläche verschwinden. Überzeugungskraft hat nur, wer selbst von der Richtigkeit der gewählten Strategie überzeugt ist. Nach Herstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit vor zwei Jahren durfte niemand Illusionen über die Dauer des Anpassungsprozesses und die damit verbundenen Schwierigkeiten haben. Heute wissen wir, daß der eingeschlagene Weg noch länger und steiniger ist, als bisher schon erwartet werden mußte. Aber es sind keine grundlegenden Veränderungen eingetreten, die zur Aufgabe des Kurses zwingen. Alternativen, die bessere und schnelle Erfolge bei geringeren Risiken versprechen, sind nicht in Sicht.

Teil B

Zu den Politikbereichen im einzelnen

I. Geldpolitik: Rückkehr zu einer potentialgerechten Geldversorgung

313. Das Jahr 1992 war durch eine alle Zielvorstellungen überschreitende monetäre Expansion gekennzeichnet. Dies nährt die Sorge, daß die Geldwertstabilität über die Preissteigerungen dieses Jahres hinaus auch weiterhin gefährdet bleibt. Daher ist die Rückführung der monetären Expansion auf den Pfad einer mittelfristig potentialgerechten Geldversorgung notwendig. Angesichts der raschen Liquiditätsausweitung versagte sich die Bundesbank bis weit in dieses Jahr hinein zu Recht den Stimmen, die auf eine deutliche Absenkung der hohen Refinanzierungszinsen drängten. Doch ebenfalls mit Recht unterließ die Bundesbank eine zusätzliche Verschärfung des monetären Kurses. Der Versuch, die monetäre Entwicklung schnell auf ein potentialgerechtes Maß zurückzuführen, hätte hohe Zinsen erfordert, wahrscheinlich extrem hohe, die sich auf die wirtschaftliche Entwicklung im Inland und im Ausland weit stärker ausgewirkt hätten. Das wäre unverhältnismäßig gewesen (Ziffern 314 ff.).

Die Geldpolitik hat bis weit in dieses Jahr hinein angemessen auf die wirtschaftlichen Herausforderungen reagiert; die Anhebung des Diskontsatzes im Juli war hingegen schlecht begründet. Mit dieser Maßnahme ließ sich jedenfalls die intendierte Abbremsung der monetären Expansion nicht erreichen. Spekulationen über weitere Zinsschritte der Bundesbank verunsicherten die Märkte. Die unter außenwirtschaftlichem Druck zustande gekommene Zinssenkung im September überraschte die Finanzmärkte erneut. Denn diese Maßnahme stand im Widerspruch zu den Argumenten, mit denen die Bundesbank bis dahin ihren geldpolitischen Kurs, zuletzt die vorangegangene Diskontsatzerhöhung, zu rechtfertigen suchte. Im übrigen stellte die von Mitte September an betriebene Zinssenkung eine geldpolitische Vorleistung dar, die ihre binnenwirtschaftliche Rechtfertigung dann und nur dann findet, wenn sich das Expansionstempo der monetären Aggregate wieder verlangsamt, der inflationäre Druck von den Märkten her nachläßt und die D-Mark nicht unter Abwertungsdruck gerät. Ohne daß diese Voraussetzungen erfüllt sind, können weitere Zinssenkungen kaum vertreten werden (Ziffern 319 f.).

Die widersprüchlichen Erfahrungen des Jahres 1992 — beschleunigte monetäre Expansion trotz hoher Refinanzierungszinsen, konjunkturelle Abschwächung trotz rascher monetärer Expansion — zeigen, daß die Konzeption der mittelfristig potentialorientierten Geldpolitik in der Praxis nicht einfach umzusetzen ist. Die in diesem Jahr erneut eingetretenen Zielverfehlungen mögen zudem Zweifel begründen, ob geldpolitische Zielvorgaben den Märkten eine verläßliche Orientierung über die Geldpolitik vermitteln können. Aber wenn auch nach wie vor Unsicherheiten bei der Interpretation der monetären Entwicklung bestehen — die Ursachen des hohen Bargeldumlaufs, die Geldpositionen in den neuen Bundesländern —, dürfen daraus nicht falsche Schlüsse gezogen werden. Falsch wäre es, die monetäre Expansion einfach zu vernachlässigen und stattdessen zu einer kurzfristig konjunkturorientierten Geldpolitik überzugehen. Das würde die Unsicherheiten nicht beseitigen, die Stabilitätsprobleme nicht lösen. Falsch wäre es auch, von monetären Vorgaben fortan abzusehen. Nach wie vor kann mit Blick auf die Geldwertstabilität nicht auf einen Maßstab verzichtet werden, an dem aktuelle Geldmengenbewegungen zu messen sind (Ziffern 321 ff.).

Die Krise des Europäischen Währungssystems in diesem Herbst hat das außenwirtschaftliche Dilemma der deutschen Geldpolitik deutlich gemacht. Die Bundesbank mußte sich in Anbetracht der monetären Expansion und der hohen Preissteigerungen an binnenwirtschaftlichen Erfordernissen orientieren. Ihre Politik wirkte aber wegen der dominanten Stellung der D-Mark in Europa auf viele europäische Staaten durch. Diese empfanden den von Deutschland ausgehenden Restriktionsdruck als eine schwere Last. Eine Lösung für dieses Dilemma kann letztlich nur dadurch gefunden werden, daß die Voraussetzungen für die Geldwertstabilität in Deutschland so rasch wie möglich verbessert werden und die deutsche Geldpolitik dadurch mehr Spielraum für Zinssenkungen erhält (Ziffern 324 ff.).

Geldpolitische Gratwanderung im Jahre 1992

314. Im Jahre 1992 war die Geldmengenentwicklung gemessen am Maßstab einer potentialorientierten Geldversorgung deutlich überhöht. Die Ursachen dafür lagen nicht in einer laxen Geldpolitik. Trotz der hohen Zinsen — Diskontsatz und Lombardsatz waren von der Bundesbank am 20. Dezember 1991 auf die höchsten Werte in der Nachkriegszeit gehoben worden — haben Haushalte und Unternehmen und im Gefolge davon die Banken eine überaus kräftige Liquiditätsnachfrage entfaltet; auch die Kreditgewährung an die Nichtbanken expandierte stark. Die monetäre Beschleunigung reflektierte vornehmlich Vorgänge auf der Geldnachfrageseite.

Eine weitere Anhebung der Refinanzierungszinsen, wenn sie im Ausmaß moderat geblieben wäre, hätte die Geldmengenexpansion kaum auf den Potentialpfad zurückgebracht, möglicherweise sogar in die falsche Richtung gewirkt. Soweit der Anstieg der kurzfristigen Zinsen am Kapitalmarkt Zinssteige-

rungserwartungen ausgelöst hätte, wären die Anleger noch mehr, als es in diesem Jahr ohnehin schon der Fall war, veranlaßt worden, anlagebereite Mittel in Termingeldern (die zur Geldmenge M3 zählen) „zwischenzulagern", statt sie in Wertpapieren (die zum Geldkapital zählen) anzulegen. Das hätte die Geldmenge noch weiter aufgebläht.

315. Um die monetäre Expansion zum Potentialpfad zurückzuführen, wäre eine im Ausmaß drastische Anhebung der Refinanzierungszinsen erforderlich gewesen. Die Wirkungen wären dann nicht mehr oder jedenfalls nicht nur über zinsinduzierte Umschichtungen zwischen dem Geldkapital und den zur Geldmenge zählenden Bankeinlagen, sondern vor allem über die Einkommen vermittelt worden. Eine fühlbare Zinserhöhung hätte einen verstärkten konjunkturellen Rückgang, wenn nicht eine rezessive Einkommensentwicklung ausgelöst, mit der Folge, daß die Geldnachfrageausweitung, die ja nicht nur von Zinsen, sondern vor allem auch von der Einkommensentwicklung abhängt, weit schwächer ausgefallen wäre. Einen solchen geldpolitischen Kurs — Begrenzung der Geldmengenexpansion unter Inkaufnahme einer Rezession — hatte die Bundesbank Anfang der achtziger Jahre eingeschlagen. Damals ging es darum, hohe Inflationserwartungen und realisierte Inflationsraten von 6,5 vH und mehr zu brechen; das gelang nur noch über eine Stabilisierungsrezession. Im Jahre 1992 waren die Preissteigerungen am Maßstab der Geldwertstabilität gemessen zwar zu hoch. Preissteigerungen und Preiserwartungen erreichten jedoch bei weitem nicht das Ausmaß wie zu Anfang der achtziger Jahre. Eine Stabilisierungsrezession dafür zu riskieren, wäre unverhältnismäßig gewesen. Unverhältnismäßig wäre es auch mit Blick auf einige EG-Partnerländer gewesen, die ohnehin schon bei einer schlechten Wirtschaftsentwicklung durch das von Deutschland ausgehende hohe Zinsniveau belastet wurden. Eine potentialorientierte Geldpolitik ist mittelfristig angelegt; eine zu stark gewordene monetäre Expansion muß nicht abrupt und ohne Rücksicht auf die Konjunkturlage zurückgeführt werden (Ziffer 322).

316. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden konjunkturellen Eintrübung sah sich die Bundesbank mit der Forderung konfrontiert, sie solle für niedrigere Zinsen sorgen. Abgesehen von grundsätzlichen Einwänden, die sich aus den Maßstäben einer potentialorientierten Geldpolitik gegen eine konjunkturell motivierte Zinssenkung ableiten lassen (Ziffer 321), ist anzuzweifeln, daß die Bundesbank in dem Umfeld des ersten Halbjahres 1992 einen nachhaltigen Rückgang des konjunkturrelevanten Kapitalmarktzinses hätte herbeiführen können.

Sicherlich hat die Geldpolitik über den Liquiditätseffekt einen (indirekten) Einfluß auf den Kapitalmarktzins. Die Umlaufsrendite bewegt sich in längerfristiger Betrachtung tendenziell in die gleiche Richtung wie der von der Bundesbank über ihre Refinanzierungszinsen beherrschte Geldmarktzins. Doch gibt es immer wieder Phasen, in denen sich der Kapitalmarktzins gänzlich anders entwickelt, als es vom Geldmarktzins her zu erwarten ist (Ziffer 168). Im Kapitalmarktzins schlagen sich neben dem Liquiditätseffekt der Geldpolitik vielfältige andere Einflüsse nieder: Spar- und Investitionsentscheidungen, Inflationserwartungen, internationale Zinstrends, Wechselkurserwartungen.

Nimmt man alles zusammen, was den monetären Rahmen im ersten Halbjahr 1992 bestimmte — vor allem den ungebrochenen Kosten- und Preisauftrieb, die Preisimpulse aus der Finanzpolitik, die anhaltend kräftige Geldmengenausweitung —, dann kann man nur feststellen: Dies waren nicht Rahmenbedingungen, in denen eine Notenbank beherzt ihre Refinanzierungszinsen senken kann. Eine stärkere Zinssenkung trotz der schlechten Rahmenbedingungen wäre von den Märkten als Kapitulation der Geldpolitik im Kampf um die Geldwertstabilität verstanden worden. Steigende Inflationserwartungen wären die Konsequenz gewesen. Die Kapitalmarktzinsen wären dann nicht so gesunken, wie es zur Erzielung nennenswerter konjunktureller Anstoßeffekte erforderlich gewesen wäre.

317. Statt dessen wären — und das zählt mehr — andere Fehlentwicklungen angelegt worden. Aufgrund der steigenden Inflationserwartungen wären die nominalen Tariflohnsteigerungen eher höher, nicht niedriger als im Vorjahr gewesen; die D-Mark hätte nicht aufgewertet, sondern wäre unter Abwertungsdruck geraten. Dies alles hätte zu einer Erhöhung der Inflationserwartungen und zu ihrer weiteren Verfestigung beigetragen. Für die künftige Wirtschaftsentwicklung wäre das zu einer ernsten Vorbelastung geworden; denn früher oder später hätte die Notenbank gegen einen fortschreitenden Geldwertschwund jenseits aller Rücksicht auf die konjunkturellen Auswirkungen doch einschreiten müssen. Die Kosten der Disinflation sind aber um so größer, je höher und je hartnäckiger man die Inflationserwartungen zuvor werden läßt.

Daß es so nicht gekommen ist, daß sich die Inflationserwartungen trotz des deutlich beschleunigten Geldmengenwachstums nicht verstärkt haben — wie es die gegenüber dem Vorjahr und im späteren Jahresverlauf sogar rückläufigen Kapitalmarktzinsen, die verminderten Lohnsteigerungsraten, die Aufwertungstendenzen für die D-Mark anzeigen —, kann als ein Erfolg der Geldpolitik gebucht werden. Die Voraussetzungen für eine Überwindung der konjunkturellen Schwächephase sind dadurch sogar verbessert worden.

318. Mitunter wird die These vertreten, daß die monetäre Entwicklung in diesem Jahr durch die Geldmenge nur sehr verzerrt wiedergegeben werde. In der Geldmenge würden sich Einflüsse niederschlagen — wie ein wachsender Bargeldabfluß ins Ausland oder eine steigende Kassenhaltungspräferenz in den neuen Ländern —, die nicht inflationär wirken müßten. Daher gebe die Entwicklung der Geldmenge diesmal keine Orientierung für die Geldpolitik, insbesondere sei es nicht gerechtfertigt, wegen der raschen Geldmengenexpansion die Refinanzierungszinsen auf einem hohen Niveau zu halten. Zinssenkungen wären ohne Gefährdung der Stabilität möglich.

In der Tat besteht Unsicherheit in der Diagnose der Geldmengenentwicklung, weil eine verläßlich ge-

naue Zurechnung zu verschiedenen denkbaren Einflußfaktoren immer schwierig, unter den Nachwirkungen der deutschen Vereinigung und auch aufgrund monetärer Entwicklungen im europäischen Ausland in diesem Jahr aber besonders schwer ist. Diese Unsicherheit rechtfertigt durchaus auch eine gewisse Flexibilität der Notenbank bei der monetären Steuerung. Nicht jede Zielüberschreitung der monetären Aggregate muß sie unverzüglich und mit allen Mitteln bekämpfen.

Nicht gerechtfertigt ist es dagegen, die Bedeutung der Geldmengenentwicklung so klein zu schreiben, daß es praktisch darauf hinausläuft, die monetäre Expansion zu ignorieren. Es ist verfehlt, in der raschen monetären Expansion kein Hindernis mehr für deutliche Zinssenkungen zu sehen. Zu bedenken ist, daß die monetären Aggregate — wie die Geldmenge M3 und die bereinigte Zentralbankgeldmenge — die potentialorientierten Maßstäbe für ihre Entwicklung in diesem Jahr nicht nur geringfügig, sondern kräftig, nicht nur wenige Monate, sondern anhaltend überschritten haben. Zu bedenken ist ferner, daß Unsicherheit über die Ursachen der monetären Entwicklung keineswegs den Rückschluß zuläßt, diese monetäre Expansion sei nun unbedenklich. Unbekannte Einflüsse können für den Geldwert schädliche Einflüsse sein.

Es ist nicht dafür zu plädieren, daß die Geldmengenentwicklung blind — ohne Einbettung in das Gesamtbild des monetären Sektors und der wirtschaftlichen Entwicklung — zur Basis geldpolitischer Entscheidungen gemacht wird. Es ist aber ebensowenig vertretbar, sich möglicherweise unangenehmen Handlungserfordernissen aus einer überhöhten Geldmengenentwicklung dadurch entziehen zu wollen, daß die Geldmengenentwicklung pauschal für nicht aussagefähig erklärt wird. Und es ist auch kein Beitrag zur Stärkung der geldpolitischen Glaubwürdigkeit, wenn der Bundesbank empfohlen wird, statt der Geldmenge M3 nun andere Geldmengenaggregate zu verwenden, die in diesem Jahr zufällig langsamer wachsen als M3.

319. Die Bundesbank war im ersten Halbjahr 1992 zu einer geldpolitischen Gratwanderung gezwungen. Einerseits durch die rasche Geldmengenexpansion in einem durch tarifpolitische Verteilungskämpfe und hohe Staatsdefizite geprägten Umfeld mit zu hohen Preissteigerungen herausgefordert, galt es andererseits, unangemessene Zinsanhebungen in einer ohnehin immer schwächeren Wirtschaftsentwicklung zu unterlassen. Alles in allem war der geldpolitische Kurs bis zur Jahresmitte angemessen.

Verwirrung stifteten hingegen die Maßnahmen der Bundesbank vom 16. Juli 1992. Einerseits wurde das inzwischen stark verfehlte und kaum mehr realisierbare Geldmengenziel für 1992 ausdrücklich bestätigt; andererseits wurde aber mit der Erhöhung des Diskontsatzes eine Maßnahme ergriffen, die für sich genommen weder die intendierte Eindämmung des Preisauftriebs, noch die angestrebte Reduzierung des Geldmengenanstiegs erwarten ließ. Die Maßnahme trug Unsicherheit in die Finanzmärkte, weil unklar war, ob nicht doch noch mit einer Anhebung des Lombardsatzes zu rechnen sei.

320. Die überraschende Senkung von Diskontsatz und Lombardsatz am 14. September 1992 stand im Widerspruch zu den Argumenten, mit denen die Bundesbank noch in ihren Monatsberichten für den September 1992 die Diskontsatzerhöhung vom Juli zu rechtfertigten suchte. Die Zinssenkung wurde außenwirtschaftlich begründet. Bis dahin hatte die Bundesbank binnenwirtschaftliche Indikatoren — die rasche monetäre Expansion, den Preisauftrieb — zum Maßstab ihrer Politik gemacht, Indikatoren, deren Entwicklungstendenzen sich bis zum Herbst nicht grundlegend geändert hatten. Auch die Maßnahmen vom September haben zunächst Unsicherheit in die Finanzmärkte getragen, weil nicht ersichtlich war, ob es sich dabei um eine grundlegende geldpolitische Kehrtwendung handelte, die weitere Schritte in Richtung auf eine Zinssenkung erwarten ließ, oder nur um eine Konzession der Bundesbank zugunsten des ohne diese Maßnahmen nicht zu erreichenden Realignments im EWS. Die Bundesbank suchte in der Folgezeit dem Eindruck eines Kurswechsels in der Geldpolitik entgegenzuwirken, und dafür gab es gute Gründe.

Zwar: In der zweiten Jahreshälfte haben sich die Rahmenbedingungen für die Geldpolitik teilweise geändert. Die Einsicht hat an Raum gewonnen, daß nach den überhöhten Lohnsteigerungen dieses und des vorigen Jahres ein Kurswechsel in der Tarifpolitik unumgänglich ist. Das rechtfertigt Hoffnungen auf eine Abschwächung im Kostenauftrieb. In Verbindung mit dem Realignment im EWS kam es zu einer Aufwertung der D-Mark, was ebenfalls Stabilitätsimpulse bringt. Die Eintrübung der Konjunktur — in der Sache zu bedauern — begrenzt immerhin den Spielraum für Preisüberwälzungen. Im Herbst läßt sich überzeugender als im Frühjahr begründen, daß die Preisauftriebskräfte — von den Wirkungen der für Anfang 1993 vorgesehenen Mehrwertsteueranhebung abgesehen — nicht mehr zunehmen, sondern schwächer werden. In einem solchen Umfeld kann eine Senkung der Refinanzierungszinsen eher als unter den Bedingungen des ersten Halbjahres über den Liquiditätseffekt auf den Kapitalmarktzins durchwirken und ihn senken. Das war im September auch der Fall.

Doch: Den weiteren Zinssenkungsspielraum darf man nicht überschätzen. Die erwartete Dämpfung des Kosten- und Preisauftriebs muß erst zur Gewißheit werden; die Entwicklung des Außenwertes der D-Mark darf nicht umkippen. Vor allem muß auch die überhöhte monetäre Expansion ihr Ende finden. Nur in dem Maße, wie sich diese Bedingungen erfüllen, sind weitere Absenkungen der kurzfristigen Zinsen vertretbar.

An der potentialorientierten Geldpolitik festhalten

321. Auch bei einer zunehmenden konjunkturellen Eintrübung wie in diesem Jahr stellt eine stärker konjunkturell orientierte Geldpolitik keine überzeugende Alternative zu einer potentialorientierten Geldpolitik dar. Die Gefahren einer konjunkturell ausgerichteten Politik für die Geldwertstabilität, aber auch

für die Stetigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung dürfen nicht gering eingeschätzt werden. Mit einer Politik des leichten Geldes ließe sich die negative Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion und der Beschäftigung zwar mildern, doch dies nur vorübergehend; über kurz oder lang würde die Geldwertstabilität noch weiter beeinträchtigt werden, und damit würde eine spätere scharfe Restriktion letztlich unvermeidlich.

Die potentialorientierte Geldpolitik sucht hingegen monetäre Bedingungen zu schaffen, die auf mittlere Sicht ein angemessenes Wirtschaftswachstum bei Geldwertstabilität ermöglichen. Die Notenbank hat die Aufgabe, ein monetäres Aggregat — die Bundesbank orientiert sich an der Geldmenge M3, der Sachverständigenrat an der bereinigten Zentralbankgeldmenge — mit einer potentialgerechten Rate wachsen zu lassen. Die potentialgerechte Rate wird aus der Wachstumsrate des Produktionspotentials und der mit Blick auf die Geldwertstabilität gerade noch tolerierbaren Preissteigerungsrate abgeleitet.

Ob der potentialgerecht vorgegebene monetäre Spielraum von Unternehmen, Haushalten und Staat zur Finanzierung von Preissteigerungen oder zur Finanzierung von wirtschaftlichem Wachstum „genutzt" wird, liegt naturgemäß nicht im Ermessen der Notenbank. Freilich werden die Akteure allenfalls vorübergehend, nicht aber dauerhaft Einbußen des realisierten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Produktionspotential hinnehmen. Diese Einbußen wären bei einem inflationären Preisauftrieb unvermeidlich. Letztlich werden die Akteure unter dem Eindruck einer realwirtschaftlichen Verschlechterung zu stabilitätsgerechterem Verhalten zurückfinden. Insoweit schafft die Geldpolitik die monetären Voraussetzungen dafür, daß zwar nicht in jedem Jahr, aber doch auf mittlere Sicht das Produktionspotential bei Geldwertstabilität ausgenutzt wird.

322. Auch wenn die potentialorientierte Geldmengenpolitik auf die mittlere Frist ausgerichtet ist, muß sie ihre Aktivitäten in konkreten Handlungssituationen, und in diesem Sinne kurzfristig, entfalten. Maßstab dafür muß sein, daß die in einer aktuellen monetären und konjunkturellen Situation durchgeführten Handlungen mit der mittelfristigen Zielsetzung vereinbar sind. Eine in der Tat kritische Situation liegt vor, wenn — wie im Jahre 1992 — die monetären Aggregate schneller als mittelfristig potentialgerecht wachsen, dieses sich aber aktuell mit einer konjunkturellen Schwäche verbindet, also einer Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts, die hinter der Wachstumsrate des Produktionspotentials zurückbleibt. Die übermäßige monetäre Expansion muß grundsätzlich Restriktionsanstrengungen auslösen. Die Sorge ist jedoch ernst zu nehmen, daß dies den Abschwungsprozeß verschärfen und in diesem Sinne unerwünscht prozyklisch wirken könnte.

Bei der Rückführung der Geldmenge auf den mittelfristigen Pfad sind daher die Auswirkungen auf die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu beachten. Mit den restriktiven geldpolitischen Maßnahmen darf die Anpassungsfähigkeit der Banken und Nichtbanken nicht überfordert werden. Kreditvergabeprozesse und Portfoliodispositionen, die eine zu rasche Geldmengenentwicklung bewirkt haben, lassen sich nicht schlagartig revidieren. Im allgemeinen wird die Rückführung einer übermäßigen Geldmengenexpansion auf den Potentialpfad ohne ernsthaften Schaden für die wirtschaftliche Entwicklung nicht in einem Schritt — etwa in wenigen Monaten — möglich sein. Die schrittweise Rückführung ist der Weg, der übermäßigen restriktiven Druck auf die wirtschaftliche Entwicklung ausschließt. Aber die Rückführung selbst ist nicht verzichtbar.

323. Die potentialorientierte Geldpolitik findet ihren Ausdruck in monetären Zielvorgaben. Im Jahre 1992 hat die Bundesbank ihr Geldmengenziel nicht eingehalten, und auch der vom Sachverständigenrat vorgesehene Zielpfad für die bereinigte Zentralbankgeldmenge wurde beträchtlich überschritten. Zielverfehlungen dieser Art hat es in der Vergangenheit häufig gegeben.

Monetäre Zielvorgaben beziehen sich auf Aggregate, die — wie die Geldmenge M3 und auch die bereinigte Zentralbankgeldmenge — von Dispositionen der Nichtbanken und Banken beeinflußt werden. Darauf kann die Bundesbank indirekt über ihre Zinspolitik einwirken. Der Einfluß der Notenbank ist nicht so unmittelbar, daß dadurch eine jederzeitige, auch kurzfristig zielgenaue Steuerung der monetären Aggregate möglich wäre. Wohl aber kann die Notenbank die monetären Aggregate auf mittlere Sicht steuern.

Ein immer wiederkehrendes Problem ist die Interpretation von Zielverfehlungen. Überschreitet die Geldmenge den Zielpfad, so kann das bedeuten: eine zufällige Bewegung; eine bei gegebener Nominaleinkommensentwicklung langfristig gestiegene Geldnachfrage des Publikums; eine durch niedrige Zinsen der Geldpolitik verursachte Geldmengenausweitung. Die angemessene geldpolitische Reaktion ist in allen Fällen anders: Die Zufallsbewegung kann, da vorübergehend, toleriert werden; die erhöhte Geldnachfragepräferenz erfordert eine Anhebung des monetären Expansionspfades; die geldpolitisch induzierte Geldmengenausweitung muß durch Zinserhöhungen korrigiert werden. Kann man diese verschiedenen Fälle in der Theorie noch gut auseinanderhalten, fällt das in der geldpolitischen Praxis schwer. Vor allem deshalb kommt es häufig zu unterschiedlichen Einschätzungen der Notenbankpolitik und zu kontroversen Empfehlungen an die Notenbank.

Diese Schwierigkeiten beim Vollzug einer potentialorientierten Geldpolitik werden auch in der Zukunft bestehen bleiben. Sie rechtfertigen keinen Verzicht auf monetäre Vorgaben. Denn damit würden die Orientierungsprobleme für die Geldpolitik keineswegs beseitigt werden; nach wie vor bliebe es kontrovers, wie eine aktuelle Bewegung der monetären Aggregate einzuschätzen ist. Ohne einen Maßstab für die monetäre Entwicklung kommt die Geldpolitik in keinem Falle aus. Monetäre Vorgaben liefern den Maßstab, an dem die aktuellen Geldmengenbewegungen zu messen sind.

Die Notenbank kann die Preisniveauentwicklung nicht unmittelbar steuern. Nach wie vor ist es aber mit Blick auf die Geldwertstabilität richtig, daß die mone-

tären Aggregate über eine längere Zeit gesehen nicht stärker als das Produktionspotential (unter Berücksichtigung eines gerade noch tolerierbaren Preisanstiegs und eines Zuschlags für den trendmäßigen Rückgang der Umlaufsgeschwindigkeit) wachsen dürfen. Die Erfahrungen belegen nicht, daß das Geldnachfrageverhalten des Publikums so instabil wäre, daß die Orientierung an der mittelfristigen Wachstumsrate des Produktionspotentials unbegründet wäre. Zwar hat die Ausweitung des Währungsgebietes einen strukturellen Bruch in der monetären Entwicklung verursacht, und dies erschwert monetäre Vorgaben für einige Zeit. Aber es gibt keinen Grund anzunehmen, daß die Geldnachfrage auf Dauer instabil geworden ist.

In Anbetracht der genannten Schwierigkeiten dürfen Abweichungen der Geldmenge vom vorgesehenen Pfad keinen Automatismus in der geldpolitischen Reaktion auslösen. Die Ursachen der Abweichungen sind zu prüfen, erst dann kann entschieden werden, ob und welche geldpolitischen Maßnahmen erforderlich sind. Umgekehrt wird ein geldpolitischer Handlungsbedarf nicht schon dadurch widerlegt, daß die Geldmenge am Zielpfad liegt. Zu prüfen ist stets auch, ob sich die Parameter für die Ableitung der monetären Vorgaben geändert haben und ob gegebenenfalls eine Nachführung der Geldmenge an den revidierten Pfad eingeleitet werden muß. Würde man auf den Maßstab eines vorgegebenen monetären Pfades verzichten, so würde die Neigung in der geldpolitischen Diskussion übergroß, jedwede aktuelle Bewegung der monetären Aggregate als tolerierbar zu rechtfertigen. Umgekehrt muß es sein. Trotz aller im einzelnen einzuräumenden Probleme halten wir an monetären Vorgaben fest, und zwar im Sinne eines monetären Referenzpfades, der bei unverändertem Geldnachfrageverhalten mittelfristig potentialgerecht ist.

Geldpolitische Verantwortung bei fortschreitender Integration in Europa

324. In diesem Jahr war die Bundesbank wiederholt Vorwürfen aus dem Ausland ausgesetzt, sie würde sich mit ihrer Politik der hohen Zinsen allein an binnenwirtschaftlichen Entwicklungen orientieren und den weltwirtschaftlichen Erfordernissen die gebotene Rücksicht versagen. Erforderlich seien deutlich niedrigere Zinsen. Solche pauschalen Vorwürfe treffen die Sache nicht. Die konjunkturelle Schwäche der Weltwirtschaft hat ein ganzes Bündel von Ursachen. Zu ihnen zählen Überschuldungen von Unternehmen, privaten und öffentlichen Haushalten in einigen Staaten ebenso wie spekulativ übersteigerte Preise für Vermögenswerte, etwa Immobilien, in anderen Ländern. Für diese und andere Ursachen ist die Bundesbank weder verantwortlich, noch könnten Senkungen der Zinsen in Deutschland derartige Verwerfungen beseitigen, noch ist die Bundesbank weltwirtschaftlich gesehen die alles dominierende Notenbank. Dennoch wäre es — mit Blick auf die europäische Wirtschaft — falsch, den Vorhalt zu hoher deutscher Zinsen einfach wegzuwischen. Die Zusammenhänge liegen komplizierter.

325. Die Geldpolitik der Notenbank der größten europäischen Volkswirtschaft wirkt unvermeidlich auf die anderen europäischen Länder durch. Hohen deutschen Zinsen können die Partnerländer immer weniger ausweichen. Der enge monetäre Verbund zwischen Deutschland und den anderen europäischen Ländern ist zwar in einem System fester Wechselkurse besonders ausgeprägt. Aber auch unabhängig von der Wechselkursbindung des EWS bleibt der deutsche Einfluß beträchtlich. Er basiert auf der fortschreitenden wirtschaftlichen Integration in Europa. Mit der Liberalisierung im europäischen Kapitalverkehr und mit der zunehmenden Integration der Gütermärkte (der innereuropäische Handel wächst im Vergleich zum Sozialprodukt der europäischen Länder schon seit langem überproportional) wachsen die nationalen Kapital- und Gütermärkte mehr und mehr zu einer Einheit zusammen. Längst sind die Zeiten vorbei, in denen deutsche Geldpolitik vornehmlich nur auf die deutsche Volkswirtschaft wirkte. Mit der Integration der Märkte verwischen sich die nationalen Grenzen, und deutsche Geldpolitik wird in der Wirkung auch europäische Geldpolitik.

326. Solange sich die deutsche Volkswirtschaft im Vergleich zu anderen europäischen Volkswirtschaften durch niedrige Preissteigerungen, geringe Budgetdefizite und eine aktive Leistungsbilanz auszeichnete, konnte eine deutsche Geldpolitik, die sich der Inflationsbekämpfung widmete, auch für Europa vorteilhaft sein. Die stabile D-Mark war der Anker, an den sich andere europäische Staaten binden konnten, die ebenfalls die Stabilität ihrer Währung sichern wollten.

Doch die Situation hat sich grundlegend geändert. Die Preissteigerungen sind höher geworden, vor allem höher als in vielen Partnerstaaten. Die Budgetdefizite sind drastisch gestiegen, die Aussichten auf eine Konsolidierung ungewiß. Die Leistungsbilanz ist passiv, doch verbindet sich das nicht mit einer gestiegenen Investitionsquote, sondern vorerst mit einer erhöhten Konsumquote in Deutschland. Noch zehrt die D-Mark von ihrem in der Vergangenheit erworbenen Bonus, so daß Abwertungsdruck ausbleibt. Hierzu trugen bisher auch die beträchtlichen Zinsdifferenzen gegenüber den weltweit wichtigsten Währungen bei; am Eurogeldmarkt werden für D-Mark gegenüber dem Dollar und dem Yen um etwa 5 Prozentpunkte höhere Zinsen verlangt.

Anders als über weite Strecken der achtziger Jahre kollidieren heute die binnenwirtschaftlichen Anforderungen an die deutsche Geldpolitik, die Inflationsbekämpfung, mit den konjunkturellen Erfordernissen anderer europäischer Länder. Insoweit mutet die deutsche Geldpolitik den Partnerländern viel zu.

327. Dies gilt insbesondere für Länder, die zum Teil deutlich niedrigere Preissteigerungsraten als Deutschland erreichen konnten. Hierzu zählen Frankreich, Belgien/Luxemburg, die Niederlande und Dänemark. In diesen Fällen exportiert Deutschland mit hohen Zinsen konjunkturellen Druck. Abwertungen der Währungen dieser Länder wären ein Weg, um dem über Exportankurbelung entgegenzuwirken. Jedoch sind Abwertungen problematisch. Zum einen verteuern sie für das betreffende Land die Einfuhr,

und das setzt den erreichten Grad an Geldwertstabilität aufs Spiel und wirkt insoweit zinssteigernd. Zum anderen — und das ist das gewichtigere Problem — unterminiert es das Vertrauen in die Stabilität des Außenwertes wie des Binnenwertes solcher Währungen. Die Reputation der Stabilität zu gewinnen, war in den letzten Jahren für Währungen wie den französischen Franc schwer genug. Sie ist auch heute noch nicht gefestigt, zumal die Notenbank nicht unabhängig ist. Dies zeigte sich im Herbst an der paradoxen Situation, daß die französischen Zinsen gegenüber den deutschen Zinsen zeitweilig deutlich angestiegen sind, obwohl Frankreich von den währungspolitischen Fundamentalfaktoren bessere Noten verdient hätte als Deutschland. Die Reputation wäre vollends wieder dahin, wenn der Franc abwerten müßte. Abwertungen sind kein empfehlenswerter Weg, wenn es darum geht, sich den hohen deutschen Zinsen zu entziehen.

Wollten diese Länder ohne Abwertungsdruck ihre Zinsen im Vergleich zu denen in Deutschland senken, so müßten Aufwertungserwartungen des französischen Franc, des belgischen Franc, des holländischen Gulden und der dänischen Krone gegenüber der D-Mark entstehen. Doch diese lassen sich an den internationalen Finanzmärkten kaum glaubhaft machen, solange Deutschland hohe Zinsen zahlt und aus der Sicht der internationalen Finanzmärkte mit der dadurch entstehenden Zinslast nicht überfordert ist.

328. Die Bundesbank steckt in einem Dilemma. Einerseits ist sie berufen, Geldpolitik für Deutschland zu betreiben; und dies erforderte in diesem Jahr vergleichsweise hohe Zinsen. Andererseits wirkt sie faktisch auf den viel größeren Wirtschaftsraum Europa; die konjunkturpolitische Lage einer Reihe von Partnerländern erforderte niedrigere Zinsen. Die Bundesbank ist mehr und mehr schon eine „europäische Zentralbank", ohne diese Rolle eigentlich spielen zu können. Solange dies so bleibt, kann es auch aus diesem Grunde immer wieder zu geldpolitischen Konflikten mit den Partnerländern kommen. Schlimm wäre es, wenn als Folge solcher Krisen und Konflikte der in den letzten Jahren angelegte europäische Integrationsprozeß gefährdet würde. Europäische Partnerländer, die sich einer deutschen Hochzinspolitik ohne Schaden für die Reputation ihrer Währungen nicht entziehen können und die sich damit auf einen deflationären Kurs gedrängt sehen, werden früher oder später über Eingriffe in den Kapitalverkehr versuchen, den Außendruck zu verringern. Die Eingriffe Spaniens in den freien Kapitalverkehr nach dem Realignment vom September 1992 sind ein schlechtes Zeichen. Zu befürchten wäre, daß eine Entliberalisierung auf die Dauer nicht auf den Kapitalverkehr beschränkt bleiben wird, sondern auch auf den Güterverkehr übergreifen könnte. Es steht also viel auf dem Spiel.

329. Die Bundesbank kann dieses Dilemma nicht lösen. Sie konnte zwar bei der Abwägung darüber, ob der monetären Expansion in diesem Jahr mit weiteren, kräftigen Zinsanhebungen zu begegnen sei, auch europäische Rückwirkungen mitbedenken. Sie kann aber nicht so weit gehen, den aus binnenwirtschaftlichen Gründen eigentlich erforderlichen Kurs mit Rücksicht auf die Außenwirkungen aufzuweichen. Letztlich wird das geldpolitische Dilemma wirksam nur dadurch zu lösen sein, daß in Deutschland der Anlaß für einen restriktiven geldpolitischen Kurs entfällt. Die Preisauftriebskräfte müssen wirksam zurückgedrängt werden. Stabilitätsgerechtes Verhalten aller würde es der Bundesbank ermöglichen, auf ein niedrigeres Zinsniveau hinzuwirken. Das käme auch den europäischen Partnerstaaten zugute. Zugleich würde es die Rolle der D-Mark als Stabilitätsanker im europäischen Währungsverbund sichern. Gerade im Vorfeld einer künftigen Europäischen Währungsunion, die eine Stabilitätsunion werden soll (Ziffern 422 ff.), kommt es darauf an, daß die Stabilität der größten europäischen Währung nicht ins Gerede kommt.

Orientierungslinien für die monetäre Expansion 1993

330. Die empirische Basis für die Ableitung einer potentialgerechten Geldmengenausweitung ist in diesem Jahr kaum besser als im Vorjahr. Nach wie vor ist es sehr schwer zu beurteilen, wieviel Produktionspotential in den jungen Bundesländern verfügbar ist und mit welcher Rate es wächst. Ob die mit Blick auf die Geldwertstabilität gerade noch hinzunehmende Preissteigerungsrate und die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes aufgrund der Entwicklung in den neuen Ländern anders zu beurteilen sind, als es bei isolierter Betrachtung der alten Länder der Fall gewesen wäre, ist nicht einfach zu beantworten. Bei der Einschätzung dieser Größen geht es nicht darum, die Entwicklung nur des nächsten Jahres ins Bild zu nehmen. Gemäß der mittelfristigen Ausrichtung der potentialorientierten Geldpolitik müßten eigentlich die mittelfristigen Entwicklungstendenzen dieser Größen verwendet werden. Hierbei lassen sich mangels eindeutiger empirischer Anhaltspunkte Annahmen und Setzungen nicht vermeiden. Erschwerend kommt nach der starken Expansion des nominalen Transaktionsvolumens in diesem und dem vorangegangenen Jahr das Problem hinzu, daß der Potentialpfad gegebenenfalls auf einem höheren Niveau weitergeführt werden muß. Wie schon in den Vorjahren stehen die Orientierungslinien für die monetäre Expansion unter dem Vorbehalt der Korrektur, wenn sich im Verlauf des nächsten Jahres Neueinschätzungen als notwendig erweisen sollten.

331. Bei der Ableitung der monetären Vorgabe für 1993 gehen wir von folgenden Annahmen aus:

— Die Wachstumsrate des Produktionspotentials in Deutschland beträgt auf mittlere Sicht gut 3 vH.

— Die im Sinne der Geldwertstabilität gerade noch hinzunehmende Preissteigerungsrate (Deflator des Bruttosozialprodukts) beläuft sich im Jahre 1993 auf 3 vH. Sie ergibt sich aus einer zu berücksichtigenden Preissteigerungsrate für die alten Länder von 2 vH und für die jungen Länder von 8 vH sowie einem Aufschlag für die Mehrwertsteuererhöhung, der mit ½ vH angesetzt wird. Dieser Wertansatz sollte sich in den folgenden Jahren aber deutlich zurückführen lassen, was Ausdruck

der Tatsache wäre, daß die Bereinigung der verzerrten Preisstruktur in den jungen Bundesländern allmählich zu einem Abschluß kommt.

— Der trendmäßige Rückgang der Umlaufsgeschwindigkeit der bereinigten Zentralbankgeldmenge wird mit einem Zuschlag von ½ vH berücksichtigt.

Daraus ergibt sich eine Vorgabe für die nach mittelfristigen Maßstäben potentialgerechte Zuwachsrate der bereinigten Zentralbankgeldmenge für 1993 von gut 6½ vH.

332. Wichtig ist, an welchem Niveau der Zielpfad für die Geldmengenexpansion ansetzen soll. Im Idealfall einer gleichgewichtigen monetären Expansion wächst das nominale Transaktionsvolumen mit der Potentialrate (also der Wachstumsrate des Produktionspotentials plus der tolerierbaren Preissteigerungsrate), und die bereinigte Zentralbankgeldmenge expandiert mit dieser Potentialrate plus dem Aufschlag für die Verringerung der Umlaufsgeschwindigkeit. Die Realität entspricht diesem Ideal nicht. In den letzten Jahren ist das nominale Produktionspotential (das Produktionspotential in jeweiligen Preisen) mit einer deutlich höheren als der Potentialrate gewachsen. Damit übersteigt das aktuelle nominale Produktionspotential derzeit jenes nominale Produktionspotential, welches der Ableitung des monetären Expansionspfades unterlegt worden war. Nach unseren Schätzungen wird das nominale Produktionspotential im vierten Quartal 1992 um 7 vH über dem Wert liegen, der sich aus der Fortschreibung des monetären Potentialpfades des Jahres 1988 unter Berücksichtigung der Erweiterung des deutschen Währungsgebiets bis heute ergibt. Gemessen an dem aktuellen nominalen Produktionspotential ist also der monetäre Expansionspfad für die bereinigte Zentralbankgeldmenge um diese Rate im Niveau zu niedrig angesetzt.

Die nun nicht mehr vernachlässigbare Abweichung zwischen dem aktuellen und dem im monetären Potentialpfad implizit enthaltenen nominalen Produktionspotential erfordert Anpassungen, wofür es grundsätzlich zwei Möglichkeiten gibt. Entweder wird der monetäre Potentialpfad soweit angehoben, bis der darin implizit enthaltene Wert für das nominale Produktionspotential mit dessen aktuellen Wert übereinstimmt; das würde bedeuten, den monetären Potentialpfad um die genannte Rate von 7 vH anzuheben. Oder man beläßt es bei dem monetären Potentialpfad und führt das aktuelle nominale Produktionspotential auf den im Potentialpfad enthaltenen Wert zurück; hinzunehmen wäre dann, daß das nominale Produktionspotential für eine geraume Zeit nur noch mit einer geringen Rate zunimmt oder daß es sogar schrumpft, bis die Differenz zu dem im Potentialpfad enthaltenen Wert abgebaut ist.

Beide Wege haben aus geldpolitischer Sicht Nachteile und Vorteile. Mit der Anhebung des monetären Potentialpfades entsprechend dem aktuellen Niveau des nominalen Produktionspotentials würde eine in der Vergangenheit möglicherweise zu expansive Geldpolitik nachträglich hingenommen. Die am Potential gemessen zu starke Expansion des nominalen Produktionspotentials in der Vergangenheit — insbesondere wenn sie durch hohe Preissteigerungen verursacht ist — kann der Reflex einer zu starken Geldmengenausweitung gewesen sein. Wenn man nun mehr oder weniger regelmäßig den monetären Potentialpfad am inzwischen realisierten Wert des nominalen Produktionspotentials ausrichtete, könnte die Geldpolitik in die Abhängigkeit der Märkte geraten. Die Akteure an den Märkten könnten sich dann ausrechnen, daß letztlich jede, auch jede inflationäre Einkommensausweitung von der Zentralbank alimentiert würde, weil sie die inflationäre Ausweitung als historischen Vorgang akzeptierte, der nicht mehr zu beheben sei. Das spricht gegen die Nachführung des monetären Potentialpfades an den aktuellen Wert des nominalen Produktionspotentials.

Andererseits: Unterließe man diese Nachführung, bestünde die Gefahr, daß die Geldpolitik unglaubwürdig würde. Denn wenn man für die monetäre Expansion einen mittelfristigen Potentialpfad fortschreiben wollte, der von der aktuellen Entwicklung des nominalen Produktionspotentials längst verlassen wurde, verlöre auch die angestrebte Geldmengenentwicklung jeden Kontakt mit der aktuellen Potentialentwicklung. Nur wenige würden sich davon überzeugen lassen, daß die Notenbank einen im Vergleich zur aktuellen Entwicklung höchst restriktiven Kurs der Geldmengenversorgung durchhalten könnte. Und überdies wäre es auch nicht sinnvoll: Selbst wenn der über den bisherigen monetären Potentialpfad hinausreichende nominale Einkommensanstieg überhöhte Geldmengensteigerungen in der Vergangenheit reflektierte, wären diese ja bereits durch Preissteigerungen oder Realeinkommenssteigerungen absorbiert worden; und wenn man weiter akzeptierte, daß vergangene Preisniveausteigerungen nicht durch einen Deflationsprozeß wieder rückgängig gemacht werden sollen, müßte der monetäre Expansionspfad grundsätzlich an dem aktuellen Stand des nominalen Produktionspotentials anknüpfen. Das spricht für die Nachführung des Potentialpfades.

Zwischen beiden Wegen ist abzuwägen. Angesichts des Ausmaßes, mit dem das nominale Produktionspotential vom bisherigen monetären Potentialpfad abweicht, halten wir eine Anpassung für notwendig. Im Interesse der Glaubwürdigkeit ihrer Geldpolitik sollte die Bundesbank für die Geldmengenexpansion nicht einen Pfad zugrundelegen müssen, der überholt ist. Um andererseits dem Eindruck entgegenzuwirken, jedwede Expansion des nominalen Produktionspotentials werde von der Geldpolitik nachträglich alimentiert, nehmen wir die Anpassung nicht mit der aktuellen Abweichungsrate, sondern mit der Abweichungsrate des Vorjahres vor. Ende 1991 lag das nominale Produktionspotential um 4 vH über dem damaligen mittelfristig berechneten Potentialwert. Um diesen Wert verschieben wir den bisherigen Potentialpfad mit Wirkung ab 1993 nach oben. In der Differenz zwischen der aktuellen Pfadabweichung (7 vH) und der vorgenommenen Verschiebung (4 vH) liegt eine nominale Expansion, die nicht monetär alimentiert werden soll.

Ausdrücklich ist zu betonen, daß die Anpassung des mittelfristigen Potentialpfades an die aktuelle Entwicklung des nominalen Produktionspotentials nicht

zu einem Automatismus werden darf, der sich jährlich oder mit anderer berechenbarer Regelmäßigkeit wiederholt. Die Anpassung des Niveaus für den mittelfristigen Potentialpfad muß die Ausnahme bleiben, die nur gerechtfertigt ist, wenn eine nachhaltige, im Umfang beachtliche Abweichung aufgelaufen ist. Dies war 1992 der Fall.

333. Die Bundesbank formuliert ihre Zielvorgaben nicht mit der bereinigten Zentralbankgeldmenge, sondern mit der Geldmenge M3. Beide Größen sind analytisch über den Geldangebotsmultiplikator verbunden. Dieser ist nach dem sprunghaften Anstieg im Jahre 1990 im Zusammenhang mit der Währungsunion wieder deutlich gesunken. Wir gehen davon aus, daß die Normalisierung des Geldangebotsmultiplikators im Jahre 1992 weitgehend abgeschlossen sein wird und sich für 1993 keine wesentlichen Veränderungen mehr ergeben. Unter dieser Annahme läßt sich aus den Vorgaben für die bereinigte Zentralbankgeldmenge ableiten, daß der Pfad für die Geldmenge M3 ebenfalls mit einer Steigerungsrate von gut 6½ vH fortzuschreiben ist. Da die Bundesbank den Zielkorridor für die Geldmenge M3 am zum Ende des Vorjahres realisierten Wert anknüpft, gibt es keinen unmittelbaren Maßstab für die Beurteilung des Niveaus des monetären Zielkorridors — anders als bei der bereinigten Zentralbankgeldmenge, für die ein mittelfristiger Potentialpfad die Referenz bildet. Unterstellt man aber, daß sich die Überschreitung des (ab 1993 nach oben verschobenen) Potentialpfades durch die bereinigte Zentralbankgeldmenge auch in der Geldmenge M3 spiegelt, wäre von der angegebenen Steigerungsrate ein Abschlag vorzunehmen. Die angegebene Zuwachsrate sollte aus diesem Grund als Obergrenze des von der Bundesbank anzustrebenden Zieltrichters gelten.

334. Zurück zu unserer Zielvorgabe: Die bereinigte Zentralbankgeldmenge wird am Jahresende den Zielpfad für 1992 vermutlich um mehr überschreiten, als die Korrektur von 4 vH es ausmacht. Damit würde die bereinigte Zentralbankgeldmenge zum Beginn des Jahres 1993 immer noch oberhalb des nach oben korrigierten Potentialpfades für 1993 und danach liegen. Folglich bleibt die Rückführung der Zentralbankgeldmenge auf den Potentialpfad Aufgabe der Geldpolitik. Im Verlauf des Jahres 1993, also vom vierten Quartal 1992 bis zum vierten Quartal 1993 gerechnet, ergäbe sich dann eine prozentuale Zuwachsrate der bereinigten Zentralbankgeldmenge, die unterhalb der abgeleiteten Rate von gut 6½ vH liegen müßte. Wie schnell die Rückführung auf den Potentialpfad vorgenommen werden kann, läßt sich im vorhinein schwer beurteilen. Einiges spricht dafür, daß die Geldnachfrageexpansion durch die schwache konjunkturelle Entwicklung im Jahre 1993 sehr rasch gedämpft werden könnte; die Rückführung der Geldmenge zum Potentialpfad könnte sich dann ebenso rasch und sogar bei sinkenden Zinsen vollziehen. Ob es so kommt und welche zinspolitischen Maßnahmen sich als notwendig erweisen werden, um die bereinigte Zentralbankgeldmenge auf den Potentialpfad zurückzubringen, muß im Verlauf des nächsten Jahres immer wieder neu ausgelotet werden.

II. Finanzpolitik: Neue Prioritäten setzen

335. Die Finanzpolitik wird im Jahre 1993 und in den folgenden Jahren vor allem vor den Belastungen stehen, die durch die wirtschaftliche und soziale Integration in Deutschland bedingt sind. Um die dafür erforderlichen finanziellen Mittel aufbringen zu können, müssen in allen öffentlichen Haushalten die Prioritäten neu festgelegt werden; es bedarf einer umfassenden Revision der Staatstätigkeit. Öffentliches Geld ist knapper denn je.

In einer Situation dauernder Unsicherheit über das Ausmaß der Finanzierungsprobleme, zunehmender Ungewißheit über die Art der Finanzierung und aufkommender Zweifel an der Belastbarkeit unserer Volkswirtschaft ist die Finanzpolitik zu folgenden Schritten aufgerufen:

- Anhand einer Gesamtübersicht, die alle Neben- und Schattenhaushalte umfassen muß und aus der die finanziellen Belastungen für die nächsten Jahre deutlich werden, muß den staatlichen Instanzen und den privaten Wirtschaftssubjekten veranschaulicht werden, daß für weitere Anforderungen an den öffentlichen Sektor auf Jahre hinaus kein Spielraum mehr besteht. Erforderlich ist eine drastische Sparpolitik (Ziffern 338ff.).

- Die Finanzierungspflichten müssen institutionell eindeutig zugeordnet werden. Bund und Länder sind eine Solidargemeinschaft und nach dem aus Artikel 20 GG hergeleiteten bündischen Prinzip verpflichtet, die — insbesondere aus der Vereinigung resultierenden — Belastungen gemeinsam zu tragen. Die sich daraus ergebenden finanziellen Verpflichtungen sind von den Gebietskörperschaften gemäß ihrer Leistungskraft zu übernehmen (Ziffern 348ff.).

- Es muß eine überzeugende Konsolidierungskonzeption entwickelt werden, in der Bund, Länder und Gemeinden verbindlich festlegen, daß ihre Ausgaben in den nächsten Jahren nur noch im Rahmen fester Vorgaben zunehmen werden. Nur wenn der Staat eine glaubwürdige Konsolidierungskonzeption vorlegt, kann er erwarten, daß auch die übrigen Entscheidungsträger ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Integration in Deutschland leisten werden. Eine einmal gewählte Konsolidierungsstrategie sollte eingehalten werden, um zu vermeiden, daß durch dauernde Diskussionen und ständig neue Finanzierungsvorschläge der Verunsicherung über den Kurs der Finanzpolitik weiter Vorschub geleistet wird (Ziffern 344ff.).

- Den Bürgern müssen die Alternativen deutlich gemacht werden: Scheitert die Politik der Ausgabenkürzungen und Ausgabenumschichtungen oder kommen weitere Belastungen auf die öffentlichen Haushalte zu, dann sind Steuererhöhungen unausweichlich. Hat die Konsolidierungsstrategie über die Ausgabenkürzungen dagegen Erfolg, dann bestehen gute Aussichten, daß die Belastung für die westdeutsche Wirtschaft tragbar bleibt und Verteilungskonflikte entschärft werden (Ziffern 353ff.).

— Der Weg einer Konsolidierung über die Ausgabenseite, wie er nach Meinung des Sachverständigenrates eingeschlagen werden sollte, ist zweifelsohne nicht frei von dem Risiko negativer Wirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Gegenüber den Alternativen — Kreditfinanzierung, Steuererhöhungen — ist diese Strategie diejenige mit den geringsten volkswirtschaftlichen Kosten. Gleichwohl: Die Notwendigkeit von Steuererhöhungen ist damit angesichts der Größe der Konsolidierungsaufgabe nicht auszuschließen. Wenn auch steuerpolitische Maßnahmen nicht tabuisiert werden sollten, so muß doch Klarheit darüber herrschen, daß sie nur das letzte Mittel sein können. Worauf es ankommt, ist die Abgabenquote zumindest konstant zu halten. Dies schließt nicht aus, daß Veränderungen in deren Struktur vorgenommen werden können; solche sind derzeit sogar geboten (Ziffern 357 ff.).

Von der Konsolidierungsaufgabe zu trennen sind die Handlungszwänge, die entstehen, wenn die Steuereinnahmen weniger reichlich fließen als erwartet, weil sich die Konjunktur abschwächt. Konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen sind hinzunehmen. Sie dürfen jedoch nicht zum Vorwand genommen werden, um auf Dauer hohe Defizite zu rechtfertigen.

Weiterhin hohe Leistungen an die neuen Bundesländer

336. Die Nettoleistungen an die neuen Bundesländer, die im Jahre 1992 bei 150 Mrd DM lagen (Ziffer 190), werden auch in den kommenden Jahren nicht nennenswert sinken, da wichtige Komponenten auf hohem Niveau verbleiben werden.

Um den neuen Bundesländern und ihren Gemeinden eine Finanzausstattung zu sichern, die in etwa vergleichbar mit der der Gebietskörperschaften im Westen ist, müssen in den nächsten Jahren im Rahmen des Finanzausgleichs Transfers in Höhe von jeweils mindestens 25 Mrd DM geleistet werden (Ziffern 366 ff.). Die direkten Zahlungen aus den öffentlichen Haushalten an die privaten Haushalte im Osten (zum Beispiel Arbeitslosenunterstützung, Rentenzahlungen, Wohngeld) dürften kaum geringer ausfallen als im Jahre 1992, was freilich im wesentlichen von der Entwicklung der Löhne, der Arbeitslosigkeit und der Mietpreise abhängen wird. Ein Transfervolumen von etwa 60 Mrd DM jährlich dürfte auch in den nächsten Jahren zu erwarten sein.

Schwer abzuschätzen sind die Leistungen, die für den Aufbau der Infrastruktur erforderlich sein werden. Der Sachverständigenrat hat dafür einen Betrag von 50 Mrd DM ermittelt, der jährlich aufgebracht werden müßte, um die neuen Bundesländer in einem Zeitraum von zehn Jahren auf einen Stand in der Infrastruktur-Ausstattung zu bringen, der dem in den alten Bundesländern entspricht (JG 91 Ziffer 318). Ein höheres Investitionsvolumen dürfte wegen der vielen Investitionshemmnisse (zum Beispiel lange Planungszeiten), aber auch wegen der sich bereits zeigenden Engpässe in der Bauwirtschaft in einem Jahr kaum durchführbar sein. Es wäre fatal, wenn ein höheres Ausgabenvolumen zu Preissteigerungen (etwa bei Bauleistungen) führen würde, so daß der angestrebte Realeffekt ausbliebe und öffentliches Geld dadurch ineffizient verwendet würde. Bei den Ausgaben für den Aufbau der Infrastruktur muß berücksichtigt werden, daß neben den beim Bund verbleibenden Aufgaben ein wachsender Anteil von den neuen Bundesländern und deren Gemeinden übernommen werden wird und kann, wenn sich deren Finanzausstattung verbessert hat. Die erforderlichen Mittel müssen also nicht in vollem Umfang aus den Haushalten der westdeutschen Gebietskörperschaften aufgebracht werden. Weitere Ausgaben, zum Beispiel für die Beseitigung von Umweltschäden, können jedoch zu zusätzlichen finanziellen Belastungen im Westen führen.

337. Wie lange Leistungen in einer solchen Höhe zu erbringen sein werden, hängt entscheidend davon ab, wie schnell und wie gut es gelingt, die neuen Bundesländer zu einem attraktiven Produktionsstandort zu entwickeln, dort also die Wachstumsbedingungen und die Beschäftigungschancen zu verbessern. Kein Zweifel: Die Transfers von Westen nach Osten werden noch über Jahre zu leisten sein. Um so dringender wird es, ein klares und überzeugendes Konzept für die Aufbringung und die Verwendung der Mittel vorzulegen.

Durch die Leistungen an die neuen Bundesländer ergibt sich für die westdeutsche Wirtschaft in den kommenden Jahren eine Belastung in der Größenordnung von 5 vH des Bruttosozialprodukts. Dabei sind Steuereinnahmen des Bundes und Beitragseinnahmen der Sozialversicherung aus den neuen Bundesländern bereits berücksichtigt. In Höhe der Belastung wird die Nachfrage der privaten Wirtschaftssubjekte und des Staates zugunsten der neuen Bundesländer zurückgedrängt. Der damit verbundene Umverteilungsprozeß wird sich spannungsfrei, das heißt ohne Verteilungskämpfe, nur bei wirtschaftlichem Wachstum — und zwar im Westen wie im Osten — vollziehen können. Im Westen ist wirtschaftliches Wachstum erforderlich, um die Finanzierung des hohen Transferbedarfs bewerkstelligen zu können; im Osten tragen wirtschaftliches Wachstum und steigende Beschäftigung dazu bei, daß der Transferbedarf, insbesondere für die Sozialleistungen reduziert werden kann.

Daraus folgt, daß im Westen die Finanzierung der Transfers so geregelt werden muß, daß die Investitionen und damit Wachstum und Beschäftigung nicht beeinträchtigt werden; im Osten dagegen müssen die Transfers möglichst investiv eingesetzt werden, um den Aufbau der Produktion und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu beschleunigen. Zwischen beiden Zielen können Konflikte bestehen: Werden — wie in den Vorjahren — die Transfers in erster Linie konsumtiv verwendet und führen sie zu Nachfrage im Westen, dann wird dadurch die Belastung in den alten Bundesländern zwar erleichtert, der Aufbauprozeß in den neuen Bundesländern aber verzögert, und die Transfers werden für einen längeren Zeitraum erforderlich bleiben.

Gewaltige Konsolidierungsaufgabe

338. Als Konsolidierungsziel hat der Sachverständigenrat bereits in den letzten beiden Jahren die Rückführung der Defizitquote auf 1,5 vH bis 2 vH genannt (JG 90 Ziffern 381 ff., JG 91 Ziffern 336 ff.). Der damit verbundene Abbau des Defizits ist nach wie vor wegen der steigenden Zinsbelastungen der öffentlichen Haushalte sowie wegen der negativen Wirkungen der Verschuldung auf Wachstum, Stabilität und Verteilung unabdingbar. Es besteht auch das Risiko, daß bei fortgesetzt hoher Staatsverschuldung das Vertrauen in die deutsche Währung im Ausland leidet und Anleger nicht mehr auf einen stabilen Außenwert der D-Mark setzen; dies müßte sich in einer Risikoprämie bei den deutschen Zinsen niederschlagen.

Als Strategie für die Konsolidierung halten wir nach wie vor eine strenge Ausgabendisziplin für unabdingbar. Auf Steuer- und Abgabenerhöhungen sollte — wenn irgend möglich — wegen der damit verbundenen negativen Wirkungen auf Leistungsbereitschaft und Investitionen verzichtet werden. Wenngleich diese Strategie auch von den Politikern in Bund, Ländern und Gemeinden immer wieder beschworen wird, die bisherige Konsolidierung ist zum größten Teil auf anderem Wege betrieben worden, nämlich über Erhöhungen der Steuern und der Abgaben.

339. Um die Größenordnung der Aufgaben abschätzen zu können, vor denen die Finanzpolitik in den nächsten Jahren stehen wird, skizzieren wir im folgenden eine mögliche Entwicklung des Sozialprodukts und des gemeinsamen Haushalts der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik. Dabei folgen wir zunächst den Annahmen über die Entwicklung des Bruttosozialprodukts, wie sie der Finanzplanung des Bundes für den Zeitraum bis 1996 zugrunde gelegt worden sind.

Wegen der unterschiedlichen Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben werden die Länder (und deren Gemeinden) in Westdeutschland und in Ostdeutschland getrennt ausgewiesen. Wie schon im Vorjahr wird der Bundeshaushalt dagegen nicht in zwei Teile gegliedert, in denen fiktiv die Leistungen an die alten und neuen Bundesländer und die dort erzielten Steuereinnahmen getrennt erfaßt werden (JG 91 Ziffer 337). Eine solche Aufteilung — wiewohl sie in der finanzpolitischen Diskussion immer wieder vorgenommen wird — ist ökonomisch nicht sinnvoll und kann überzeugend auch nicht begründet werden.

Für Westdeutschland ist im Finanzplan für den Zeitraum von 1993 bis 1996 ein Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts von 6 vH jährlich unterstellt. Die Steuereinnahmen werden ausgehend von der Steuerquote für das Jahr 1992 geschätzt; dabei ist die für den 1. Januar 1993 vorgesehene Erhöhung der Mehrwertsteuer berücksichtigt. Die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden sind in Anlehnung an die bisher verfügbaren Daten der Finanz- und Haushaltsplanung ermittelt worden.

Für Ostdeutschland ist im Finanzplan angenommen, daß das nominale Bruttosozialprodukt stärker steigt als im Westen und zwar ab 1993 mit einer jährlichen Rate von 18 vH. Bei den Ausgaben des Fonds „Deutsche Einheit" wird unterstellt, daß diese bis 1994 weitgehend konstant bleiben und ab 1995 durch eine Ersatzfinanzierung abgelöst werden.

Die Zinsausgaben für Westdeutschland und Ostdeutschland schreiben wir unter Annahme eines Zinssatzes von 8 % und unter Berücksichtigung des jeweils vorjährigen Finanzierungsdefizits fort.

340. Unter diesen Annahmen ergibt sich das Konsolidierungsmodell I (Tabelle 56); die Defizitquote des öffentlichen Haushaltes nimmt von 4 vH im Jahre 1992 auf 1,7 vH im Jahre 1996 ab. Das würde in den Jahren 1993 bis 1996 einen Abbau des Finanzierungsdefizits von durchschnittlich etwa 15 Mrd DM pro Jahr bedeuten. Die Zinslastquote, also der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften steigt allerdings weiter an und zwar von 10,7 vH im Jahre 1992 auf 14,5 vH im Jahre 1996.

Die starke Zunahme der Zinslastquote geht vor allem auf die Übernahme und die Bedienung der Schulden der Treuhandanstalt, des Kreditabwicklungsfonds, der ostdeutschen Wohnungswirtschaft sowie der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Reichsbahn zurück. Allein gut 2,5 Prozentpunkte der Zinslastquote sind ab 1995 damit zu erklären. Allerdings muß man bei der Interpretation dieser Quote vorsichtig sein: Schon heute erstattet der Bund dem Kreditabwicklungsfonds einen Teil der Zinsen für die dort bestehenden Schulden. Bei Übernahme dieser Schulden werden also bisherige Erstattungen durch Zinsausgaben ersetzt. Daraus resultiert keine zusätzliche Belastung des Bundeshaushaltes. Zudem muß berücksichtigt werden, daß die Konsolidierung die übrigen Ausgaben zurückführt, so daß die Zinslastquote — auch ohne die Übertragung der Schulden — rechnerisch steigen muß. Man darf die Zunahme der Zinslastquote um 2,5 Prozentpunkte also nicht in vollem Umfang als zusätzliche Belastung der öffentlichen Haushalte interpretieren. Will man die Einschränkung des finanzpolitischen Spielraumes durch die Zinsausgaben veranschaulichen, ist es sinnvoll, mit der Zins-Einnahmen-Quote (Zinsausgaben in Relation zu den Gesamteinnahmen) zu arbeiten. Im Jahre 1996 werden 15,4 vH aller Einnahmen für Zinszahlungen verausgabt. Diese Entwicklung ist besorgniserregend.

341. Das Konsolidierungsmodell I beruht im wesentlichen auf den Annahmen und Projektionen der vorliegenden Finanzpläne. Berücksichtigt sind dabei die Belastungen, die mit der Auflösung des Kreditabwicklungsfonds, der Übertragungen der Schulden der Treuhandanstalt und dem Auslaufen des Moratoriums für die Zins- und Tilgungsleistungen für die Schulden der kommunalen Wohnungswirtschaft in Ostdeutschland auf die Haushalte der Gebietskörperschaften zukommen werden. Es ist deshalb unverständlich, warum diese „Erblasten des Sozialismus" neuerdings als Begründungen für Steuererhöhungen herangezogen werden. Bekannt sind diese Belastungen seit längerem, und in den Finanzplan des Bundes sind sie entsprechend der derzeit maßgeblichen Regelungen auch eingestellt worden.

Zusätzlich zu diesen Erblastschulden — und im Finanzplan des Bundes noch nicht berücksichtigt —

Tabelle 56

Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte [1]) 1992 bis 1996: Konsolidierungsmodell I

	Einheit	1992	1993	1994	1995	1996
Bruttosozialprodukt, nominal [2])						
— Westdeutschland	vH [3])	.	6	6	6	6
— Ostdeutschland	vH [3])	.	18	18	18	18
Ausgaben, ohne Zinsausgaben						
— Bund	vH [3])	.	2	2	−3	2
— Länder und Gemeinden Westdeutschland	vH [3])	.	4,5	4	4	4
— Länder und Gemeinden Ostdeutschland	vH [3])	.	12	−2	−1,5	1,5
— Fonds „Deutsche Einheit"	Mrd DM	34	32	25	0	0
— ERP, LAF, KAF	Mrd DM	15	14	8	7	7
Ausgaben, insgesamt	Mrd DM	1 000	1 060	1 101	1 169	1 210
Einnahmen, insgesamt	Mrd DM	880	932	1 005	1 074	1 144
Finanzierungsdefizit	Mrd DM	120	128	96	95	66
Defizitquote [4])	vH	4,0	4,0	2,8	2,6	1,7
Zinslastquote [5])	vH	10,7	10,9	11,8	14,4	14,5
Zins-Einnahmen-Quote [6])	vH	12,1	12,4	12,9	15,6	15,4
Nachrichtlich:						
Zinslastquote ohne Zinsen auf Schulden der Treuhandanstalt, der ostdeutschen Wohnungswirtschaft und der Deutschen Bahnen	vH	10,7	10,9	11,5	11,8	12,1

[1]) Öffentlicher Gesamthaushalt, einschließlich Fonds „Deutsche Einheit".
[2]) Annahmen der Bundesregierung im Finanzplan 1992 bis 1996.
[3]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[4]) Finanzierungsdefizit in Relation zum nominalen Bruttosozialprodukt.
[5]) Gesamte Zinsausgaben in vH der Gesamtausgaben. Die Zinsen für die Schulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft sind ab dem Jahre 1994, die Zinsen für die Schulden der Treuhandanstalt und der Deutschen Bahnen sind ab dem Jahre 1995 berücksichtigt.
[6]) Zinsausgaben in Relation zu den Gesamteinnahmen.

enthält das Konsolidierungsmodell I die zu erwartenden finanziellen Lasten, die aus der Strukturreform der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Reichsbahn im Zuge der Finanzierung der Altschulden auf den Bund übergehen werden.

342. Nimmt man alles zusammen, so vermittelt der hier beschriebene Konsolidierungspfad ein durchaus positives Bild von der finanziellen Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Zu fragen bleibt freilich, wie realistisch dieses optimistische Szenario ist. Und dabei sind aus verschiedenen Gründen Zweifel angebracht. So steht die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte unter folgenden finanzpolitischen Risiken:

— Wegen der Entwicklung des Haushaltes der Bundesanstalt für Arbeit wird mit einem wachsenden Bundeszuschuß zu rechnen sein. Die Annahme der Finanzplanung für die Jahre 1992 bis 1996, die davon ausgeht, daß künftig Bundeszuschüsse nicht anfallen werden, ist nicht haltbar.

— Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 25. September 1992 ist der Grundfreibetrag im Rahmen der Einkommensteuer neu festzusetzen. Auch hieraus wird ab 1993 eine Mehrbelastung der öffentlichen Haushalte von etwa 2 Mrd DM und ab 1996 möglicherweise von annähernd 40 Mrd DM erwachsen.

— Der hohe Bestand an Bürgschaften für Exportgeschäfte — vor allem mit den mittel- und osteuropäischen Staaten — wird nicht ohne Ausfälle abzuwickeln sein. Bis zum 30. Juni 1992 hat der Bund Ausfuhrgewährleistungen in Höhe von 154 Mrd DM übernommen, von denen 18,5 vH auf Exportgeschäfte mit den ehemaligen Staatshandelsländern entfallen.

— Aus dem Ausland werden zunehmend finanzielle Forderungen auf die Bundesrepublik zukommen, denen sie sich kaum entziehen kann: Zu nennen sind die Hilfeleistungen an die mittel- und osteuropäischen Länder, insbesondere an die GUS. Im Zuge der Schaffung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wird mit höheren Zahlungen an den EG-Haushalt zu rechnen sein (Ziffern 452 ff.). Die desolate finanzielle Situation der Vereinten Nationen und ihr wachsendes Engagement in vielen Teilen der Welt werden zusätzli-

che Beitragsleistungen der Bundesrepublik zur Folge haben.

Neben diesen Risiken steht die Finanzpolitik unter der Unsicherheit über die konjunkturelle Entwicklung. Verbleibt die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts auf niedrigem Niveau, dann führt die damit verbundene Unterauslastung der Produktionskapazitäten zu Steuermindereinnahmen, was die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erheblich erschweren wird.

343. Legt man statt der gesamtwirtschaftlichen Annahmen der Bundesregierung für das Jahr 1993 die Werte unserer Prognose zugrunde und erwartet man davon ausgehend eine schwächere Entwicklung des Bruttosozialprodukts im Westen, dann ergibt sich — bei Konstanz aller übrigen Annahmen — das Konsolidierungsmodell II (Tabelle 57). Der Finanzierungssaldo verbleibt nunmehr auf hohem Niveau, und die Defizitquote würde von 4 vH im Jahre 1992 auf lediglich 3,6 vH im Jahre 1996 sinken. Der Konsolidierungsprozeß würde dann — selbst bei der unterstellten Steigerungsrate für die öffentlichen Ausgaben von 3 vH — deutlich schwieriger und wesentlich länger dauern. In dieser Situation bleiben für die Finanzpolitik nur zwei Alternativen:

— Die öffentlichen Ausgaben müssen in den nächsten Jahren noch stärker reduziert werden, als dies in der bisherigen Finanzplanung vorgesehen war. Es müßte eine Politik drastischer Ausgabenkürzungen betrieben werden.

— Die Steuern müßten erhöht werden. Angesichts des Konsolidierungsbedarfs kämen dafür nur ertragreiche Steuern, wie die Einkommen- und Körperschaftsteuer und die Mehrwertsteuer in Frage.

Die Politik muß entscheiden, welche Alternative oder welche Kombination der beiden Alternativen sie verfolgen will. Dabei ist ein klares und gut begründetes Konzept vorzulegen, aus dem hervorgeht, welche Maßnahmen in welchem Ausmaß und zu welchem Zeitpunkt ergriffen werden sollen. Nur auf diese Weise kann Vertrauen in die Finanzpolitik zurückgewonnen werden.

Tabelle 57

Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte [1]) 1992 bis 1996: Konsolidierungsmodell II [2])

	Einheit	1992	1993	1994	1995	1996
Bruttosozialprodukt, nominal						
— Westdeutschland	vH [3])	.	3,5	4	4,5	5
— Ostdeutschland	vH [3])	.	21	18	18	18
Ausgaben, ohne Zinsausgaben						
— Bund	vH [3])	.	2	2	−3	2
— Länder und Gemeinden Westdeutschland	vH [3])	.	4,5	4	4	4
— Länder und Gemeinden Ostdeutschland	vH [3])	.	12	−2	−1,5	1,5
— Fonds „Deutsche Einheit"	Mrd DM	34	32	25	0	0
— ERP, LAF, KAF	Mrd DM	15	14	8	7	7
Ausgaben, insgesamt	Mrd DM	1 000	1 059	1 102	1 173	1 218
Einnahmen, insgesamt	Mrd DM	880	922	968	1 022	1 082
Finanzierungsdefizit	Mrd DM	120	137	134	151	136
Defizitquote [4])	vH	4,0	4,3	4,0	4,3	3,6
Zinslastquote [5])	vH	10,7	11,0	11,9	14,7	15,1
Zins-Einnahmen-Quote [6])	vH	12,1	12,6	13,5	16,8	17,0
Nachrichtlich: Zinslastquote ohne Zinsen auf Schulden der Treuhandanstalt, der ostdeutschen Wohnungswirtschaft und der Deutschen Bahnen	vH	10,7	11,0	11,6	12,1	12,7

[1]) Öffentlicher Gesamthaushalt, einschließlich Fonds „Deutsche Einheit".
[2]) Nach den Annahmen des Sachverständigenrates aufgrund seiner Prognose für das Jahr 1993 und der mittelfristigen Erwartungen.
[3]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[4]) Finanzierungsdefizit in Relation zum nominalen Bruttosozialprodukt.
[5]) Gesamte Zinsausgaben in vH der Gesamtausgaben. Die Zinsen für die Schulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft sind ab dem Jahre 1994, die Zinsen für die Schulden der Treuhandanstalt und der Deutschen Bahnen sind ab dem Jahre 1995 berücksichtigt.
[6]) Zinsausgaben in Relation zu den Gesamteinnahmen.

Alternative I: Ausgaben drastisch einschränken

344. Der Konsolidierungsbedarf erfordert bei den Ausgaben Einschnitte in einem Umfang, wie sie bisher nicht zur Diskussion standen. Es ist eine generelle Revision der Staatstätigkeit geboten. Das verlangt von den Politikern Mut und Kraft. Die Kürzungen und sogar der Abbau müssen primär jene Ausgaben betreffen, die aus Aufgaben resultieren, die dem Staat in der Marktwirtschaft nicht obliegen, die er in der Vergangenheit aber an sich gezogen hat. Darüber hinaus gibt gerade die Vereinigung in Deutschland Veranlassung, neue Prioritäten für die Finanzpolitik zu setzen. Sämtliche Ausgabenposten müssen auf den Prüfstand gestellt und auf ihre Berechtigung hin überprüft werden (Zero-Base-Budgeting). Es muß das bisherige Verfahren aufgegeben werden, bei der Haushaltsplanung nur über die Zuwachsraten der einzelnen Ausgabenarten zu entscheiden. Die Konsolidierung über die Ausgabenseite muß eine mittelfristig angelegte Strategie sein, wenn auf Dauer der Handlungsspielraum zurückgewonnen werden soll. Kurzfristig könnte durch ein Haushaltssicherungsgesetz versucht werden, in bereits verbindlichen Haushaltsplänen und bei bestehenden Leistungsgesetzen Einsparungen zu erreichen. Mit der „Operation '82" hat die Politik — wenngleich unter weniger schwierigen Bedingungen — bewiesen, daß dies möglich ist. In den öffentlichen Haushalten besteht Einsparpotential. Wir wollen im folgenden auf einige Bereiche beispielhaft eingehen: die Subventionen, die Sozialleistungen und die Privatisierung öffentlicher Leistungen.

345. Nach wie vor unbefriedigend ist der Abbau der Subventionen. Im Bundeshaushalt 1992 hat er sich mit knapp 3 Mrd DM niedergeschlagen, für 1993 ist mit einem Betrag von gut 2,5 Mrd DM zu rechnen. Gemessen am Subventionsvolumen und der Konsolidierungsaufgabe ist dieses Ergebnis unzureichend. Subventionen schalten in vielen Fällen die Anreiz- und Lenkungsfunktion des Marktes aus, behindern den Strukturwandel und führen zu Wachstumsverlusten. Insoweit wäre schon vor der Vereinigung der Abbau der Subventionen geboten gewesen. Diese Argumente gewinnen noch an Durchschlagskraft in einer Situation, in der die öffentlichen Ausgaben reduziert und die Wachstumskräfte der Wirtschaft gestärkt werden müssen, um den ökonomischen Herausforderungen der Vereinigung gerecht werden zu können. Dazu kommt, daß die Rechtfertigung von Subventionen in den alten Bundesländern (etwa im Steinkohlenbergbau) immer problematischer wird, wenn man unter den ungleich schwierigeren Verhältnissen in den neuen Bundesländern dort Subventionsforderungen (etwa für den Braunkohlenbergbau) ablehnt.

Für den Subventionsabbau besteht ein beachtliches Potential. Der Sachverständigenrat hat konkrete Felder aufgezeigt und auch das mögliche Einsparvolumen quantitativ benannt (JG 90 Ziffern 362ff.). Nahezu alle gesellschaftlichen Gruppen befürworten auch oder fordern sogar den Subventionsabbau — allerdings stets nur, soweit sie selbst nicht davon betroffen sind. Offenbar fehlt es den politischen Entscheidungsträgern an Kraft, vielleicht aber auch am Willen, sich gegen die Interessenvertreter durchzusetzen.

In dieser Situation können nur noch andere Verfahren weiterhelfen, selbst wenn sie unter ökonomischen Gesichtspunkten nur zweitbeste Lösungen darstellen. Ein Ansatz wäre die lineare Kürzung aller Subventionen. Das Parlament sollte beschließen, daß sämtliche an westdeutsche Empfänger gezahlten Subventionen in zwei Schritten 1994 und 1996 um jeweils 10 vH zu kürzen sind. Wenn im Einzelfall von dieser Regel abgewichen werden soll, muß ein entsprechender Einsparbetrag an anderer Stelle im Subventionsbereich nachgewiesen werden. Dabei sollte die Kürzung nicht nur die Tatbestände betreffen, die im Subventionsbericht der Bundesregierung ausgewiesen sind, sondern es wäre von einer weiten Definition des Subventionsbegriffs auszugehen, wie er zum Beispiel in der Strukturberichterstattung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute verwendet wird.

Als Alternative zur linearen Subventionskürzung könnte ein anderes — im Ausland bereits praktiziertes — Verfahren dienen: Bis zu einem gesetzlich festzulegenden Termin, zum Beispiel dem 31. Dezember 1995, laufen alle derzeit in Westdeutschland gewährten Subventionen aus (Sunset-Legislation). Im Einzelfall müßte dann darüber entschieden werden, ob und für welche Aktivitäten nach diesem Termin Subventionen noch gezahlt werden sollen.

346. Allerdings geht es nicht nur um die an Unternehmen gezahlten Leistungen; zu überprüfen sind auch die an die privaten Haushalte fließenden Transfers. Dabei ist zu fragen, ob einzelne Leistungen überhaupt noch eine Rechtfertigung haben oder ob sie infolge des sozialen Wandels entbehrlich geworden sind. Da Sozialleistungen aufgrund von gesetzlich geschaffenen Ansprüchen gezahlt werden, ist in vielen Fällen ein Eingriff in Leistungsgesetze notwendig. Dadurch muß die soziale Sicherheit nicht unbedingt beeinträchtigt werden.

— Dort, wo Transfers mit sozialpolitischen Argumenten gerechtfertigt werden, sollte die Vergabe grundsätzlich an Einkommensgrenzen gebunden sein. Die Einkommensgrenzen sollten so angesetzt werden, daß nur wirklich Bedürftige in den Genuß der Leistungen kommen. Für die verschiedenen Transferarten sollten die Einkommensgrenzen vereinheitlicht werden.

— Sofern Sozialleistungen durch steuerliche Vergünstigungen gewährt werden, dürfen diese nicht als Abzüge bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer gestaltet werden, weil es sonst zu unerwünschten Progressionseffekten kommt. Die absolute Steuerersparnis steigt mit der Höhe des Einkommens. Das gilt zum Beispiel für die Förderung des Wohnens im eigenen Haus nach § 10e Einkommensteuergesetz. In diesem Fall sind die Einkommensgrenzen zu hoch angesetzt. Die höchste Förderung erhält ein Ehepaar mit einem zu versteuernden Einkommen von 240 000 DM. In dieser Einkommensklasse wird die Entscheidung für den Erwerb eines Hauses nicht von der Steuervergünstigung abhängen, so daß Mitnahmeeffekte zu erwarten sind. Öffentliches Geld wird ineffizient verausgabt.

— Da bei den Transferzahlungen das Kausalprinzip gilt, kann es zur Kumulation von Unterstützungszahlungen kommen. In diesem Falle ist die Besteuerung der Einkommen aus Transfers zu erwägen.

— Dort, wo das Versicherungsprinzip gilt, werden vielfach bei Anbietern und Nachfragern von Versicherungsleistungen Anreize geschaffen, die zu Kostensteigerungen beitragen. Dem ist entgegenzuwirken (Ziffern 383f.).

Die Finanzpolitik wird nicht umhin kommen, den gesamten Bereich des Steuer- und Transfersystems einer grundsätzlichen Überprüfung zu unterziehen. Gerade bei knappem öffentlichen Geld muß ein System gefunden werden, das den wirklich Bedürftigen Leistungen garantiert, Leistungsreize erhält, Kumulation, Mitnahmeeffekte und Trittbrettfahren aber verhindert. Zudem darf das Sozialsystem nicht zu einem permanenten Ausgabenrisiko für die Haushalte der Gebietskörperschaften werden.

347. Bei einer konsequenten Politik der Ausgabenkürzungen muß auch die Privatisierung bisher öffentlicher Leistungen erneut angegangen werden. Aus ordnungspolitischen Gründen ist die Privatisierung — wo immer möglich — erwünscht. Dabei sind verschiedene Formen zu unterscheiden.

Der Staat kann seine Aufgaben in vielen Fällen effizienter erfüllen, wenn er sich verstärkt der Vorleistungen privater Unternehmen bedient. In diesem Fall macht er sich die produktivitätssteigernde Wirkung der Arbeitsteilung zunutze. Gelingt diese Form der Privatisierung, dann können dauerhafte Entlastungen für den öffentlichen Haushalt erreicht werden.

Überall dort, wo der Staat unternehmerisch tätig ist, sollte er diese Aktivitäten grundsätzlich privaten Unternehmern überlassen. Das dafür heute eingesetzte Finanzvermögen sollte schrittweise verkauft werden. Die Monopolkommission hat in ihrem Hauptgutachten 1990/91 von einem gewaltigen Privatisierungspotential gesprochen, das besonders im Bereich industrieller Beteiligungen, aber auch in der Leistungserstellung des Banken- und Versicherungsgewerbes, im Verkehrswesen und in der Stromversorgung liegt.

Fiskalpolitisch besonders interessant wäre die Privatisierung des öffentlichen Grundbesitzes. Gerade durch die Aufgabe von Standorten der Bundeswehr, der ehemaligen Nationalen Volksarmee sowie der abziehenden ausländischen Streitkräfte ist zusätzliches Privatisierungspotential entstanden. Zu nennen ist schließlich der erhebliche Bestand an Wohnungen im Eigentum der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften.

Mit dem Verkauf des Finanzvermögens könnte ein merklicher Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geleistet werden. Der Bund hat seit 1983 industrielle Beteiligungen aufgegeben; er sollte diese Politik fortsetzen. Die alten Bundesländer und ihre Gemeinden haben bei der Privatisierung bisher wenig zustande gebracht.

348. Die Konsolidierung über Ausgabenkürzungen darf nicht nur den Bundeshaushalt, sondern muß auch die Haushalte der alten Bundesländer und ihrer Gemeinden erfassen. Letztere haben bisher die Revision ihrer Ausgaben noch nicht im erforderlichen Umfang vorgenommen. Als Erklärung wird darauf hingewiesen, daß die Flexibilität in den Länder- und Gemeindehaushalten geringer sei als im Bundeshaushalt. Immerhin waren die für Kürzungen zunächst anstehenden teilungsbedingten Ausgaben und die Verteidigungsausgaben eben Bundesausgaben. Vielleicht hat auch die Tatsache, daß die westdeutschen Länder und Gemeinden bisher nur vergleichsweise geringe Beiträge zur Finanzierung der Einheit leisten mußten, an den einigungsbedingten Steuermehreinnahmen aber partizipierten, nicht gerade Druck für eine Konsolidierung ausgelöst. Da die Länder und Gemeinden davon ausgehen müssen, daß sie mit der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs zum 1. Januar 1995 in starkem Maße in Anspruch genommen werden, mag auch die Neigung bestehen, noch vor diesem Termin für notwendig erachtete Ausgaben zu tätigen, weil für die späteren Jahre Finanzierungsprobleme erwartet werden.

349. Es darf kein Zweifel bestehen, daß die Konsolidierungsaufgabe nach dem bündischen Prinzip von allen Gebietskörperschaften gemeinsam zu leisten ist. Dabei müssen alle entsprechend ihrer Leistungskraft beitragen. Bei den Gemeinden ist allerdings zu beachten, daß sie sich in der Leistungskraft und der Haushaltssituation erheblich unterscheiden. Welchen Konsolidierungsbeitrag einzelne Kommunen zu erbringen haben, muß in den Bundesländern festgelegt werden. Die Länder haben dabei eine Einflußmöglichkeit über die Gestaltung des kommunalen Finanzausgleichs.

Von den Ländern und Gemeinden wird vorgetragen, daß in ihren Haushalten kaum Einsparvolumen bestehe: Die Personalausgaben, die einen relativ hohen Anteil an den Gesamtausgaben ausmachen, könnten nicht reduziert werden. Zu kürzen seien lediglich die Investitionsausgaben. Dies sei aber wachstumspolitisch nicht vertretbar und führe zu Konsolidierungsschäden. Diese Argumentation ist ernst zu nehmen, die deutsche Vereinigung verlangt jedoch eine Neufestlegung der Prioritäten; dabei können auch die Personalausgaben und die Investitionsausgaben nicht ausgenommen werden. Schon die Tatsache, daß unter den ungleich schwierigeren Bedingungen in den neuen Bundesländern dort auch der Abbau des Personals im öffentlichen Bereich angegangen wird, verlangt, in den alten Bundesländern ebenfalls den Personalbestand zur Disposition zu stellen. Ebenso sind die Investitionen zurückzuführen, wenn sich herausstellt, daß unter Anlegung eines gesamtdeutschen Maßstabes in den neuen Bundesländern dringendere Projekte anstehen. Über Jahre hinaus werden die Länder und Gemeinden die vorhandene Infrastruktur auf dem heutigen vergleichsweise hohen Niveau erhalten, aber kaum weiter ausbauen können.

350. Konsolidierungsbeiträge sind von den Ländern und ihren Gemeinden allerdings nur insoweit zu erbringen, als sie ihre Ausgaben selbst gestalten können. Soweit sie dagegen lediglich Ausgaben tätigen, zu denen sie durch Bundesgesetze (und bei den

Gemeinden auch durch Landesgesetze) verpflichtet sind, besteht kein oder nur ein geringer Spielraum für Ausgabenkürzungen. So ist die starke Expansion der Ausgaben für Sozialhilfe in den Haushalten der Kommunen nur zu einem geringen Teil auf autonome Entscheidungen der Gemeinden zurückzuführen, im wesentlichen wird die Ausgabenhöhe durch die Regelungen des Bundessozialhilfegesetzes bestimmt. Ähnliches gilt, wenn die Gemeinden durch ein Bundesgesetz verpflichtet werden, für jedes Kind einer bestimmten Altersgruppe einen Kindergartenplatz zur Verfügung zu stellen. Adressat für die Forderung nach Ausgabenkürzung sind hier nicht die Gemeinden, sondern der Bundesgesetzgeber. Es wäre zu erwägen, ob nicht für bestehende Leistungen ein Moratorium eingeführt werden sollte und neue Leistungsfelder vorerst nicht eröffnet werden dürfen. Die hier angesprochenen Probleme könnten nur umgangen werden, wenn die Ausgabenverpflichtung grundsätzlich derjenigen Ebene im Staatsaufbau zufallen würde, die auch die Gesetzgebungshoheit hat, also der Grundsatz der Konnexität gelten würde.

351. Man geht davon aus, daß Ausgabenkürzungen auf der Länderebene überall dort schwer durchzusetzen sind, wo Mischfinanzierung betrieben wird, Bund und Länder also eine Aufgabe gemeinsam finanzieren. Das gilt zum Beispiel bei den Gemeinschaftsaufgaben nach Artikel 91a GG. Zwar ist kein Land verpflichtet, eigene Mittel für Gemeinschaftsaufgaben einzusetzen. Da sich der Bund jedoch mit (in der Regel) 50 vH an den Kosten beteiligt, besteht auf Seiten der Länder ein starker Anreiz, eigene Mittel in diese Verwendung zu lenken. Das gleiche gilt für Finanzhilfen des Bundes nach Artikel 104a Abs. 4 GG, bei denen die Beteiligungsquoten des Bundes in der Vergangenheit in vielen Fällen noch weit höher, und zwar bis zu 90 vH, gelegen haben. Wenn der Bund seine Mittel für die Mischfinanzierung nicht reduziert, sind Konsolidierungsbeiträge aus diesem Bereich kaum zu erwarten. Das ist vor allem deshalb problematisch, weil gerade im Bereich der Mischfinanzierung eine starke Expansion der Ausgaben angelegt ist. Gemeinsame Zuständigkeiten (bei den Gemeinschaftsaufgaben) und eine steigende Anzahl der an einer Investitionsentscheidung Beteiligten erhöhen erfahrungsgemäß die Verwaltungskosten. Der Sachverständigenrat hat — aus anderen Gründen — bereits früher für den Abbau der Mischfinanzierung plädiert (JG 90 Ziffern 445 ff.). Die Tatsache, daß durch die Mischfinanzierung auch die Konsolidierung erschwert wird, ist ein weiterer Grund, dieses Instrumentarium in seinem derzeitigen Umfang für die alten Bundesländer und deren Gemeinden zumindest zurückzuführen.

352. Daß sich Länder und Gemeinden bei der Konsolidierung ihrer Haushalte schwertun, hat allerdings auch andere Gründe: Da die Länder über gar keine und die Gemeinden nur über eine begrenzte Steuerautonomie verfügen, können sie ihren Bürgern vor allem über Ausgaben Vorteile verschaffen. Werden Ausgaben reduziert, um die Kosten der Einheit finanzieren zu können, dann müssen die eigenen Bürger (und Wähler) die Lasten tragen, während die Bürger in den neuen Bundesländern die Nutznießer sind, dies allerdings bei Wahlen nicht honorieren können. Für den Bund liegen die Dinge dagegen ganz anders. Die von einer Umverteilung von West nach Ost Betroffenen und Begünstigten sind gleichermaßen Wähler bei Bundestagswahlen; es besteht sozusagen räumliche Koinzidenz zwischen Nutznießern und Kostenträgern. Diese Situation können die westdeutschen Länder und Gemeinden nicht herbeiführen. Ihnen bleibt lediglich, bei ihren Bürgern dafür zu werben, daß Leistungen an die neuen Bundesländer nicht nur Kosten darstellen, sondern Investitionen, die langfristig Erträge auch für die westdeutschen Länder und Gemeinden abwerfen werden. Zudem müssen sie darauf hinweisen, daß — gelingt die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte über Ausgabenkürzungen und Ausgabenumschichtung nicht — mit Steuererhöhungen zu rechnen ist. Das zu vermitteln, ist zugegebenermaßen eine nicht ganz leichte Aufgabe. Länder und Gemeinden müssen sich im übrigen über folgendes im klaren sein: Sind sie zu einer gemeinsamen Konsolidierung nicht bereit, drängen sie den Bund zu einer Politik, die er bereits 1991 eingeschlagen hat. Er wird sich aus der Mischfinanzierung (zum Beispiel Strukturhilfegesetz) zurückziehen und solche Steuern erhöhen, deren Aufkommen ihm allein zufließen (zum Beispiel Mineralölsteuer, Solidaritätszuschlag).

Alternative II: Steuererhöhungen unvermeidbar

353. Sollte die Finanzpolitik nicht den Mut und die Kraft aufbringen, Ausgabenkürzungen und Ausgabenumschichtungen in dem erforderlichen Ausmaß zu realisieren, dann sind Steuererhöhungen unausweichlich. Und grundsätzlich sind Steuererhöhungen als Mittel der Konsolidierung auch nicht auszuschließen. Es ist sicher ein Fehler der Finanzpolitik gewesen, dieses Instrument zu tabuisieren. Wenn man nicht weiß, wie hoch die Belastungen im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung werden und inwieweit es gelingt, öffentliche Ausgaben zu kürzen und umzuschichten, dann kann man Steuererhöhungen nicht von vornherein ausklammern. Ebenso falsch war es, den Bürgern über eine lange Zeit hin suggerieren zu wollen, nur bei Steuererhöhungen würden sie zur Finanzierung der Einheit herangezogen, während sie bei Ausgabenkürzungen und Kreditaufnahme ungeschoren davon kämen. Bei allen drei Maßnahmen wird die Nachfrage in den alten Bundesländern zugunsten der neuen zurückgedrängt; die Belastungen müssen von den privaten Wirtschaftssubjekten getragen werden. Wenn wir dennoch — wie schon in den Vorjahren (JG 90 Ziffern 359 ff., JG 91 Ziffern 340 ff.) — vor weiteren Steuererhöhungen warnen, dann geschieht dies wegen der unerwünschten Wirkungen, die Steuererhöhungen auf Wachstum, Stabilität und Verteilung haben. Zweifellos hat auch die Politik der Ausgabenkürzungen Grenzen, doch sind deren negative Wirkungen auf das Wachstum — etwa beim Subventionsabbau — geringer zu veranschlagen. Es ist auch zu befürchten, daß der Weg zu einer erfolgreichen Konsolidierung über die Ausgabenseite durch Steuererhöhungen verstellt würde.

354. Für Steuererhöhungen kämen nur ertragreiche Steuern in Frage. Die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer erbringen ein hohes Aufkommen

und verteilen die Mehrbelastung gemäß der individuellen Leistungsfähigkeit. Gegen eine Erhöhung dieser Steuern sprechen jedoch wachstumspolitische Bedenken: Leistungsanreize werden vermindert und die Investitionstätigkeit beeinträchtigt. Da die mit der Vereinigung verbundenen Probleme ohne Verteilungskonflikte nur in einer wachsenden Wirtschaft gelöst werden können, sollten auch die steuerlichen Regelungen so gestaltet werden, daß die Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessert, jedenfalls nicht verschlechtert werden. Problematisch sind auch alle Pläne, die eine unverzinsliche (oder unterhalb der Marktkonditionen verzinste) Zwangsanleihe oder Investitionsanleihe vorsehen. Abgesehen von der Frage, inwieweit solche Zwangsanleihen verfassungsrechtlich Bestand haben könnten, handelt es sich um versteckte Erhöhungen der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Ebenso zu beurteilen sind alle Vorschläge einer investitionslenkenden Abgabe. Die negativen Wirkungen auf Effizienz und Wachstum wären bei Einkommensteuererhöhungen dann am stärksten, wenn man sie aus verteilungspolitischen Gründen auf die Bezieher hoher Einkommen beschränken würde.

355. Wenn Steuererhöhungen unvermeidlich sind, gleichwohl aber die Rahmenbedingungen für private Investitionen nicht verschlechtert werden sollen, dann würde es sich empfehlen, die (konsumtive) Einkommensverwendung und nicht die Einkommensentstehung zu besteuern. Von daher würden wachstumspolitische Argumente eher für eine (weitere) Erhöhung der Mehrwertsteuer sprechen. Aber auch dabei sind Einschränkungen zu machen: Wenn die Erhöhung der Mehrwertsteuer tatsächlich den Konsum belasten soll, muß die Steuer über Preiserhöhungen auf die Verbraucher weitergewälzt werden. Hierdurch ergeben sich Konflikte mit der Lohnpolitik und der Geldpolitik. Würde durch die Mehrwertsteuererhöhung eine Preis-Lohn-Spirale in Gang gesetzt, dann könnte sich die Bundesbank zu einer restriktiven Politik veranlaßt sehen. Die Zinsen würden auf hohem Niveau verbleiben und die Investitionen von daher erschwert.

Gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer werden vor allem verteilungspolitische Argumente vorgetragen. Da die Mehrwertsteuer den Konsum belastet, werden Bezieher niedriger Einkommen, die erfahrungsgemäß einen relativ großen Teil ihres Einkommens konsumtiv verwenden, besonders stark betroffen. Für diese Regressionswirkung kommt es allerdings nicht auf den Anteil der gesamten Konsumausgaben am Einkommen an, sondern auf den Anteil der Konsumausgaben, die dem normalen Satz der Mehrwertsteuer unterliegen. Berücksichtigt man, daß gerade die Bezieher niedriger Einkommen einen Großteil ihres Einkommens für steuerfreie Mietausgaben und für steuerbegünstigte Nahrungsmittel ausgeben, dann würde von daher der Regressionseffekt abgeschwächt, wenn bei einer Anhebung der Mehrwertsteuer lediglich der Normalsatz erhöht würde.

356. Wegen der aufgezeigten negativen Wirkungen auf Wachstum, Verteilung und Stabilität sollten weitere Steuererhöhungen nur vorgenommen werden, wenn die Politik der Ausgabenkürzungen nicht erfolgreich ist. Ein vorschneller Wechsel in der Konsolidierungsstrategie würde im übrigen jeden Druck nehmen, die Ausgaben zu kürzen und umzuschichten und damit Prioritäten der Finanzpolitik angesichts der grundlegend veränderten Situation in Deutschland zu ändern. Deshalb müßte garantiert sein, daß Steuermehreinnahmen tatsächlich für die Konsolidierung genutzt werden. Wenn sich die wirtschaftliche Situation verbessert und dadurch die Einnahmen wieder reichlich fließen, darf der Druck auf Ausgabenkürzungen nicht geringer werden.

Gegen Steuererhöhungen spricht schließlich, daß bei den Sozialversicherungen in den kommenden Jahren mit Beitragserhöhungen zu rechnen ist. Dies dürfte angesichts der ungünstigen Haushaltsentwicklung vor allem für die Krankenversicherung gelten (Ziffern 377 ff.). Die ohnehin im Zug der Vereinigung stark angestiegene Abgabenquote (1992: 42 1/2 vH) wird sich von daher erneut erhöhen.

Änderungen in der Abgabenstruktur

357. Angesichts des Konsolidierungsbedarfs in den öffentlichen Haushalten ist für Steuersenkungen auf Jahre hinaus kein Spielraum. Freilich geht es nicht nur um eine quantitative Konsolidierung. Es kann durchaus angebracht sein, bei gegebener Abgabenquote die Struktur der Steuern und Abgaben zu verändern, wenn gewichtige verteilungspolitische oder wachstumspolitische Argumente dafür sprechen. Der Sachverständigenrat sieht dafür in mehrfacher Hinsicht Veranlassung:

— Änderung in der Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in den neuen Bundesländern (Ziffer 358).

— Finanzierung der Anhebung des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer (Ziffer 359).

— Aufkommensneutrale Reform der Unternehmensbesteuerung (Ziffern 360 ff.).

358. Bereits im Jahresgutachten 1990 haben wir darauf hingewiesen, daß die hohen Belastungen der Arbeitslosenversicherung durch den Strukturwandel im Osten und die damit verbundene Arbeitslosigkeit als Erblast des sozialistischen Regimes anzusehen seien, die grundsätzlich die Gesamtheit der Steuerzahler zu tragen habe (JG 90 Ziffer 369). Dies hätte in der Weise geschehen können, daß der Bund zur Finanzierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit gezahlt hätte. Diese Zuschüsse hätten in den folgenden Jahren in dem Ausmaß zurückgeführt werden können, wie der Aufbauprozeß im Osten zur Verbesserung der Beschäftigung geführt hätte. Dies wäre eine systematisch saubere Lösung gewesen, die die Steuerzahler entsprechend dem Belastungskonzept des Steuersystems an der Finanzierung der Lasten beteiligt hätte.

Stattdessen ist zum 1. April 1991 der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung um 2,5 Prozentpunkte — bei gleichzeitiger Senkung des Beitragssatzes in der Gesetzlichen Rentenversicherung um 1 Prozentpunkt — auf 6,8 vH erhöht worden. Seit dem 1. Januar

1992 gilt ein Satz von 6,3 vH. Im Ergebnis ist damit eine von allen Bürgern zu tragende Belastung einseitig auf die Versichertengemeinschaft übertragen worden, während andere Gruppen, insbesondere die Beamten und die Selbständigen nicht betroffen wurden. Von daher und in diesem Umfang ist das Argument zutreffend, die Lasten der Vereinigung seien einseitig verteilt worden. Als Korrektur wird die Erhebung einer Arbeitsmarktabgabe gefordert, die die bisher nicht belasteten Gruppen zu zahlen hätten. Der Sachverständigenrat sieht in einer Arbeitsmarktabgabe kein geeignetes Instrument, zumal er erhebliche Zweifel hat, ob eine solche Abgabe verfassungsrechtlich Bestand haben könnte.

Da wir die Forderung nach Kompensation jedoch in der Sache für berechtigt halten und wir von einer Korrektur auch einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte um die „Gerechtigkeitslücke" sehen, stellen wir den folgenden Vorschlag zur Diskussion:

— Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird um zwei Prozentpunkte gesenkt.

— Die damit verbundenen Mindereinnahmen der Bundesanstalt für Arbeit werden durch einen entsprechenden Bundeszuschuß gemäß § 187 Arbeitsförderungsgesetz ausgeglichen. Der Zuschuß müßte im Jahre 1993 bei gut 25 Mrd DM liegen.

— Um dem Bund Zeit für die Anpassung seiner Ausgaben zu geben, wird eine Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 7 vH der Steuerschuld eingeführt, über die 1993 gut 25 Mrd DM aufgebracht werden könnten.

— Die Ergänzungsabgabe wird auf fünf Jahre befristet und degressiv ausgestaltet. Die Höhe des Bundeszuschusses zur Arbeitslosenversicherung oder andere Ausgabenposten müßten entsprechend von Jahr zu Jahr reduziert werden.

— Während der Laufzeit der Ergänzungsabgabe sollten die leistungsrechtlichen Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes nicht ausgabensteigernd verändert werden.

Der Sachverständigenrat betont, daß es sich bei diesem Vorschlag nicht um ein Programm der Steuererhöhung handelt; es ist auch von der Konsolidierungsaufgabe scharf zu trennen; es geht um eine verteilungspolitisch motivierte Strukturänderung bei Konstanz der Abgabenquote. Mehr noch: Mittelfristig wäre sogar wegen des Auslaufens der Ergänzungsabgabe mit einer Rückführung der Abgabenquote zu rechnen. Auch die negativen Wirkungen einer Erhöhung der Einkommensteuer auf die Investitionsbereitschaft sind bei dieser Konzeption nicht hoch zu veranschlagen. Die Unternehmen, die die Hälfte der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung tragen, würden durch die Beitragssatzsenkung gleichzeitig entlastet. Per Saldo dürfte sich für den Unternehmenssektor keine nennenswerte Zusatzbelastung ergeben. Über die stärkere Abhängigkeit der Bundesanstalt für Arbeit vom Bundeszuschuß würde schließlich der Druck erhöht, bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf Effizienzsteigerung zu achten.

Am 4. November 1992 hat die Bundesregierung vorgeschlagen, Mehrausgaben der Bundesanstalt für Arbeit, die im wesentlichen durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den neuen Bundesländern entstanden sind, statt über einen Bundeszuschuß durch Anhebung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte (bei entsprechender Senkung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung) zu finanzieren. Auch gegen diesen Plan sprechen die hier vorgetragenen verteilungspolitischen Bedenken.

359. Eine Strukturveränderung in der Besteuerung wird auch erforderlich sein, wenn das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 25. September 1992 zur Regelung des Grundfreibetrages in der Einkommensteuer umgesetzt wird. Bereits ab dem 1. Januar 1993 muß für die Bezieher niedriger Einkommen eine steuerliche Entlastung geschaffen werden. Die damit verbundenen Steuerausfälle, die auf etwa 2 Mrd DM anzusetzen sind, sollten durch Steuererhöhungen — besser: durch den Abbau von Steuervergünstigungen — an anderer Stelle kompensiert werden. Für 1996 ist eine grundsätzliche Reform erforderlich. Eine Lösung sollte in jedem Fall das Kernstück der Einkommensteuerreform 1988/1990, nämlich den linear-progressiven Tarif erhalten und aus wachstumspolitischen Gründen eine Verschärfung der Progression vermeiden. Die Sicherung des Existenzminimums wird man allerdings nur in einer umfassenden Reform des gesamten Steuer- und Transfersystems und nicht durch punktuelle Änderungen in der Einkommensteuer befriedigend lösen können.

360. Der Aufbau einer neuen Wirtschaftsbasis in den jungen Bundesländern und die Schaffung von Millionen neuer Arbeitsplätze verlangen enorme private Investitionen. Das gleiche gilt mit Blick auf die Bewältigung der sich abzeichnenden Last im System der Sozialversicherungen zu Beginn des nächsten Jahrhunderts: In Anbetracht der demographischen Entwicklung ist damit zu rechnen, daß eine immer größere Anzahl von nicht mehr Erwerbstätigen wegen des Umlageverfahrens bei den sozialen Sicherungssystemen aus den Einkommen der dann noch im Berufsleben stehenden Bevölkerung alimentiert werden muß. Will man in dieser Situation die Abgabenbelastung der Aktiven in Grenzen halten, gleichzeitig aber auch die Einkommen der Rentner absichern, so ist das nur möglich bei einem entsprechend hohen Sozialprodukt, das — sieht man von Verlängerungen der Arbeitszeit ab — nur zu erwirtschaften sein wird, wenn schon heute durch Investitionen für entsprechende Produktionskapazitäten gesorgt wird. Auch die Sicherung des Standortes Bundesrepublik verlangt, daß inländisches und ausländisches Kapital ohne steuerliche Benachteiligungen in der Bundesrepublik investiert werden kann. Es bleibt deshalb eine wichtige Aufgabe, durch ein investitionsfreundliches Steuersystem Investitionen und damit Wachstum und Beschäftigung zu fördern.

Der Sachverständigenrat hat seine Vorstellungen für eine Reform der Unternehmensbesteuerung wiederholt vorgetragen (vor allem JG 88 Ziffern 273 ff.). Er begrüßt, daß die Bundesregierung dieses Thema auf der Tagesordnung hält. Angesichts der Haushalts-

probleme müssen Steuersenkungen jedoch gegenfinanziert werden. Dafür empfiehlt sich der Abbau von Steuervergünstigungen. Eine aufkommensneutrale Reform ist auch deshalb sinnvoll, weil die steuerlichen Nachteile deutscher Unternehmen im internationalen Wettbewerb wohl eher eine Folge struktureller Besonderheiten des deutschen Steuersystems als einer im Niveau höheren Besteuerung sind.

361. Das von der Bundesregierung geplante Standortsicherungsgesetz sieht im wesentlichen folgende Maßnahmen vor:

— Senkung des Ausschüttungssatzes bei der Körperschaftsteuer von 36 vH auf 30 vH,

— Senkung des Thesaurierungssatzes bei der Körperschaftsteuer von 50 vH auf 44 vH,

— Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer für Einkünfte aus gewerblicher Tätigkeit von 53 vH auf 44 vH.

Die Gegenfinanzierung wird vor allem durch eine Verlängerung der Abschreibungsfristen erreicht.

362. Zweifellos enthält das Programm positive Aspekte: Die Senkung des Ausschüttungssatzes, die vor allem den nichtanrechnungsberechtigten Ausländern zugute kommt und damit ausländische Investitionen in Deutschland attraktiver macht, ist zu begrüßen. Auch die Senkung des Thesaurierungssatzes der Körperschaftsteuer ist für sich gesehen positiv zu bewerten. Allerdings wird damit auch ein Kernstück der Reform der Körperschaftsteuer von 1977 wieder rückgängig gemacht, nämlich die Bindung des Thesaurierungssatzes an den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer. Die Neutralität des Steuerrechts hinsichtlich der Gewinnverwendung wird dadurch verletzt.

Es gibt weitere Bedenken: Insbesondere die Einführung eines gespaltenen Einkommensteuersatzes ist unter dem Aspekt der steuerlichen Gerechtigkeit nicht hinzunehmen. Wenn sich die Einkommensteuer an der steuerlichen Leistungsfähigkeit orientieren soll, dann muß das Gesamteinkommen eines Steuerpflichtigen dem progressiven Tarif unterworfen werden. Bereits bei der Neuregelung der Besteuerung von Zinseinkünften hat der Gesetzgeber für Kapitaleinkünfte durch die Gewährung der hohen Freibeträge de facto eine Sonderregelung für diese Einkünfte geschaffen. Der jetzt geplante niedrigere Spitzensteuersatz für Einkünfte aus Gewerbetätigkeit ist ein weiterer Schritt auf dem Weg von einer synthetischen Einkommensteuer zu einem Schedulensystem. Es dürfte nicht lange dauern, bis auch für andere Einkunftsarten Sonderregelungen verlangt werden. So könnte man für die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung mit wirtschaftspolitischen Gründen (Förderung des Wohnungsbaus) auch eine Ausnahmeregelung fordern. Wer ein technisch einfaches und vor allem ein gerechtes Einkommensteuersystem befürwortet, muß diese Entwicklung mit Sorge betrachten. Die Argumentation, daß die Senkung des Steuersatzes für Einkünfte aus Gewerbetätigkeit lediglich eine Kompensation für die Sonderbelastung durch die Gewerbesteuer sei, kann ebenfalls nicht überzeugen: Die durch die Gewerbesteuer geschaffenen Probleme sollten durch Reform oder Ersatz dieser Steuer beseitigt und nicht durch Sonderregelungen in der Einkommensteuer kompensiert werden.

Es zeigt sich immer mehr, daß die Reform der Unternehmensbesteuerung nicht von der Reform des Gemeindesteuersystems abgekoppelt werden kann. Auch dieses Thema muß — insbesondere mit Blick auf die neuen Bundesländer — in den nächsten Jahren angegangen werden. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß zunächst eine Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen den Bundesländern gefunden worden ist.

Reform des Finanzausgleichs: Akuter Handlungsbedarf

363. Mit dem Beitritt der neuen Bundesländer zum Grundgesetz gemäß Artikel 23 GG gilt auch die Finanzverfassung der Bundesrepublik (Art. 91a, Art. 91b, Art. 104a ff. GG) im Beitrittsgebiet. Artikel 7 Einigungsvertrag sieht jedoch Übergangsregelungen für den horizontalen Finanzausgleich zwischen den Bundesländern und den vertikalen Ausgleich zwischen Bund und Ländern vor. Dabei geht es um

— den Umsatzsteuerausgleich (Art. 107 Abs. 1 GG),

— den Finanzausgleich unter den Ländern (Art. 107 Abs. 2 Satz 1 GG),

— die Bundesergänzungszuweisungen (Art. 107 Abs. 2 Satz 3 GG).

In diese Ausgleichssysteme sind die neuen Bundesländer bisher nicht einbezogen (Tabelle 58). Der Umsatzsteuerausgleich und der Finanzausgleich unter den Ländern werden für das frühere Bundesgebiet und das Beitrittsgebiet getrennt durchgeführt. Bundesergänzungszuweisungen werden an die neuen Bundesländer nicht gezahlt. Als Ersatz für die damit verbundenen Einnahmenverluste der neuen Bundesländer ist der Fonds „Deutsche Einheit" eingerichtet worden. Mit dem 31. Dezember 1994 laufen diese Übergangsregelungen aus. Ab dem 1. Januar 1995 sind die neuen Bundesländer voll in die geltende Finanzverfassung einzubeziehen. Es besteht also akuter Handlungsbedarf.

364. Allerdings: Auch ohne die deutsche Vereinigung wäre eine Reform des Finanzausgleichs längst überfällig gewesen; denn die Regelungen der Finanzverfassung sind ökonomisch problematisch und seit Jahren kritisiert worden. Zudem verlangt das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 27. Mai 1992 in Teilbereichen, zum Beispiel bei Haushaltsnotlagen, Änderungen des geltenden Regelwerkes. Eine umfassende Reform müßte im übrigen die Fragen einer Neugliederung des Bundesgebietes, der Änderung der Aufgabenverteilung und der Einführung einer begrenzten Steuerautonomie der Länder behandeln. Der Sachverständigenrat hat dazu seine Vorstellungen wiederholt vorgetragen (JG 89 Ziffern 270ff., JG 90 Ziffern 432ff., JG 91 Ziffern 324ff.). Mit einer so weit angelegten Reform, für die in der politischen Diskussion nicht einmal Vorstellungen entwickelt worden sind, wären Änderungen des Grundgesetzes

Tabelle 58

Zum Finanzausgleich: Regelungen nach dem Grundgesetz und Ausnahmen nach Artikel 7 Einigungsvertrag

1. Umsatzsteuerausgleich nach Art. 107 Abs. 1 Satz 4 GG

Der Länderanteil am Umsatzsteueraufkommen wird auf die einzelnen Länder grundsätzlich nach Maßgabe der Einwohnerzahl verteilt. Bis zu 25 vH des Länderanteils können als Ergänzungsanteile an jene Länder gezahlt werden, deren Einnahmen aus den Landessteuern, der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer je Einwohner unter dem Durchschnitt der Länder liegen. Durch diese Verteilung wird sichergestellt, daß jedes Bundesland auf mindestens 92 vH der durchschnittlichen Steuereinnahmen der Länder angehoben wird.

Ausnahmeregelung (§ 2 Abs. 1 FAG):

Der Länderanteil am Umsatzsteueraufkommen wird bis einschließlich 1994 im Verhältnis der Einwohnerzahlen in einen Ost- und einen Westteil aufgeteilt. Der West- und der Ostanteil am Länderanteil an der Umsatzsteuer wird dann jeweils gesondert nach der Einwohnerzahl der Länder und bis zu 25 vH als Ergänzungsanteile verteilt.

2. Finanzausgleich unter den Ländern nach Art. 107 Abs. 2 Satz 1 GG

Durch ein Gesetz (Finanzausgleichsgesetz) ist sicherzustellen, daß die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen ausgeglichen wird. In die Berechnung der Finanzkraft eines Landes gehen die Ländersteuern, die Länderanteile an den Gemeinschaftsteuern sowie 50 vH der (normierten) Gemeindesteuereinnahmen ein. Der Finanzbedarf wird anhand der durchschnittlichen Finanzkraft aller Bundesländer multipliziert mit der Einwohnerzahl (Ausgleichsmeßzahl) ermittelt. Dabei werden die Einwohner der Stadtstaaten mit 135 vH angesetzt, die Einwohner der Gemeinden werden nach der Anzahl und Wohndichte gewichtet. Ausgleichspflichtig sind Länder, deren Finanzkraft über der Ausgleichsmeßzahl liegt. Die Ausgleichspflicht entsteht erst, wenn die jeweilige Finanzkraft 102 vH der Ausgleichsmeßzahl übertrifft (tote Zone). Eine Finanzkraft bis 110 vH der Ausgleichsmeßzahl wird teilweise, eine darüber hinausgehende vollständig abgeschöpft. Es wird allerdings garantiert, daß jedes ausgleichspflichtige Land nicht unter 100 vH der durchschnittlichen Ländersteuereinnahmen absinken kann. Länder, deren Finanzkraft unter der Ausgleichsmeßzahl liegt, erhalten Zuweisungen. Dabei wird garantiert, daß jedes Land mindestens 95 vH der Ausgleichsmeßzahl erhält. Sonderbedarfe werden im Länderfinanzausgleich mit Ausnahme der Seehafenlasten nicht berücksichtigt.

Ausnahmeregelungen (§ 11 FAG):

Ein gesamtdeutscher horizontaler Finanzausgleich findet bis einschließlich 1994 nicht statt. Die alten und die neuen Länder nehmen bis dahin einen getrennten Ausgleich vor.

3. Bundesergänzungszuweisungen nach Art. 107 Abs. 2 Satz 3 GG

Der Bund leistet aus seinen Mitteln leistungsschwachen Ländern Zuweisungen zur ergänzenden Deckung ihres allgemeinen Finanzbedarfs (Bundesergänzungszuweisungen). Die Bundesergänzungszuweisungen betragen 2 vH des Umsatzsteueraufkommens in den alten Bundesländern. Vorabbeträge werden an Bremen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein sowie das Saarland geleistet. Die verbleibenden Mittel werden nach einem Fehlbetragsschlüssel an die Länder vergeben, deren Finanzkraft nach Durchführung des Finanzausgleichs unter den Ländern unterdurchschnittlich sind.

Ausnahmeregelung (§ 11a Abs. 7 FAG):

Die neuen Bundesländer bleiben bis Ende 1994 bei der Vergabe der Bundesergänzungszuweisungen unberücksichtigt.

erforderlich, die in der relativ kurzen Zeit bis 1. Januar 1995 nicht durchführbar sein werden, zumal damit grundsätzliche und kontrovers diskutierte Fragen des föderativen Aufbaus der Bundesrepublik Deutschland verbunden sind.

Man sollte freilich das Ausstehen einer umfassenden Reform nicht — wie gelegentlich vorgeschlagen — zum Anlaß nehmen, die Übergangsregelungen des Einigungsvertrages zu verlängern, um zu einem späteren Termin die neuen Bundesländer in eine Gesamtkonzeption eines dann grundsätzlich reformierten Finanzausgleichs einbinden zu können. Dagegen spricht schon die bisherige — eher dilatorische — Behandlung des Themas durch die Politik. Auch die von Bundestag und Bundesrat eingesetzte Gemeinsame Verfassungsreformkommission hat bisher keine Vorschläge zur Änderung der Finanzverfassung vorgelegt.

365. Vor allem aber sprechen politische Gründe gegen eine Verlängerung der Übergangsregelungen: Am 1. Januar 1995 werden gut vier Jahre seit der politischen Vereinigung vergangen sein; es wäre kaum zu rechtfertigen, auch dann noch die neuen Bundesländer von einem wichtigen Teil der Verfassung auszunehmen und damit Elemente der früheren Teilung augenfällig aufrechtzuerhalten. Dazu kommt, daß die Ersatzlösung Fonds „Deutsche Einheit" auf Zeit konzipiert worden und in den Detailregelungen (Kreditfinanzierung, Sondervermögen, Verteilung der Finanzierungslasten) außerordentlich problematisch ist. Eine zeitliche Verlängerung und die damit verbundene dauernde Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit" wären insoweit nicht zu vertreten. Zudem würde es alljährlich zu schwierigen Verhandlungen zwischen dem Bund, den alten Bundesländern und den neuen Bundesländern kommen, und die daraus resultierende Verteilung der Finanzmittel

wäre ungeklärt. Den neuen Bundesländern muß jedoch eine gesicherte Finanzausstattung gewährleistet werden, weil nur auf dieser Basis eine solide Haushalts- und Finanzplanung erstellt werden kann. Dies aber ist eine Voraussetzung, um auch die neuen Bundesländer in eine verläßliche Konsolidierungsstrategie einbeziehen zu können.

Die für den 1. Januar 1995 anstehende Reform des Finanzausgleichs wird in erster Linie die Gestaltung der Einnahmenverteilung und dabei speziell den Länderfinanzausgleich betreffen müssen.

366. Würde man die neuen Bundesländer ab dem 1. Januar 1995 ohne Einschränkung in die geltende Finanzverfassung einbeziehen, so müßten die alten Bundesländer im Jahre 1995 einen Transfer in Höhe von etwa 26 Mrd DM an die neuen Bundesländer leisten (Tabelle 59). In dieser Höhe hätten sie eine Zusatzbelastung im Vergleich zur Situation zu tragen, in der die Übergangsregelungen des Einigungsvertrages verlängert werden. Dabei muß allerdings gegengerechnet werden, daß ab dem 1. Januar 1995 keine weiteren Kredite für den Fonds „Deutsche Einheit" aufgenommen werden müßten, die von den alten Ländern (und ihren Gemeinden) aufzubringenden Zins- und Tilgungsleistungen also nicht weiter steigen würden.

Die Gesamtleistung von 26 Mrd DM würde zum größeren Teil durch eine Neuverteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer zustande kommen. Statt des bisherigen Anteils von etwa 20 vH des Länderanteils (ausschließlich verteilt gemäß der Einwohnerzahl) würden die neuen Bundesländer nunmehr 40 vH (25 vH über Ergänzungsanteile und 15 vH gemäß Einwohnerzahl) erhalten. Insgesamt würden über den Umsatzsteuerausgleich 14,5 Mrd DM aufgebracht, während über den Länderfinanzausgleich im engeren Sinne 11,5 Mrd DM transferiert würden.

367. Die starke Belastung der alten Bundesländer in Höhe von 26 Mrd DM ist kein grundsätzliches Argument gegen die volle Einbeziehung der neuen Bun-

Tabelle 59

Finanzielle Auswirkung einer vollen Einbeziehung der neuen Bundesländer in den Umsatzsteuerausgleich und den horizontalen Finanzausgleich im Jahre 1995 [1]

Land	Finanzkraft nach Finanzausgleich bei Verlängerung der Regelung des Einigungsvertrages [2]			Finanzkraft nach Finanzausgleich bei voller Einbeziehung der neuen Bundesländer			Differenz [3] Mio DM	
	Mio DM	DM je Einwohner [4]	in vH des Länderdurchschnitts	Mio DM	DM je Einwohner [4]	in vH des Länderdurchschnitts [5]	–	+
Schleswig-Holstein	10 951	4 157	*104,7*	10 234	3 885	*97,9*	717	.
Hamburg	9 478	5 707	*143,7*	6 594	3 971	*100,0*	2 884	.
Niedersachsen	30 898	4 162	*104,8*	28 725	3 869	*97,5*	2 173	.
Bremen	3 826	5 601	*141,1*	3 427	5 017	*126,4*	399	.
Nordrhein-Westfalen	75 318	4 325	*108,9*	68 618	3 940	*99,2*	6 700	.
Hessen	25 103	4 335	*109,2*	22 819	3 940	*99,2*	2 284	.
Rheinland-Pfalz	15 684	4 144	*104,4*	14 789	3 907	*98,4*	895	.
Baden-Württemberg	42 860	4 335	*109,2*	38 960	3 940	*99,2*	3 900	.
Bayern	49 476	4 294	*108,2*	45 395	3 940	*99,2*	4 081	.
Saarland	4 643	4 321	*108,8*	4 145	3 857	*97,2*	498	.
Berlin-Ost-West [6]	14 876	4 327	*109,0*	13 546	3 940	*99,2*	1 330	.
Mecklenburg-Vorpommern	4 365	2 287	*57,6*	7 860	4 118	*103,7*	.	3 495
Brandenburg	6 221	2 427	*61,1*	10 481	4 089	*103,0*	.	4 260
Sachsen-Anhalt	6 628	2 326	*58,6*	11 726	4 114	*103,6*	.	5 098
Thüringen	6 046	2 333	*58,8*	10 644	4 107	*103,4*	.	4 598
Sachsen	11 066	2 343	*59,0*	19 476	4 123	*103,9*	.	8 410
Insgesamt	317 439	3 970	*100*	317 439	3 970	*100*	25 861	25 861

[1] Eigene Berechnung auf Grundlage der Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzung" vom Mai 1992.
[2] Regelung des Einigungsvertrages unter Berücksichtigung der Entscheidungen vom 28. Februar 1991.
[3] Finanzkraft bei einer vollen Einbeziehung der neuen Bundesländer in den derzeit geltenden Finanzausgleich abzüglich Finanzkraft bei Verlängerung der Regelung des Einigungsvertrages.
[4] Bevölkerung am 30. Juni 1991.
[5] Das Ergebnis für die neuen Bundesländer resultiert aus den unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen für den Umsatzsteuerausgleich einerseits und den horizontalen Finanzausgleich andererseits. Dies betrifft im wesentlichen die Berücksichtigung der Gemeindesteuereinnahmen, die für die neuen Bundesländer vergleichsweise noch geringe Bedeutung haben.
[6] Abweichend von der derzeitigen Regelung, nach der Berlin nicht am horizontalen Finanzausgleich teilnimmt und nur getrennt am Umsatzsteuerausgleich, wurde hier Berlin als ein Land voll in den Finanzausgleich unter den alten Bundesländern einbezogen.

desländer in den Finanzausgleich; denn diese Belastung könnte und müßte zum Teil vom Bund übernommen werden. Die Beseitigung der Finanzschwäche der neuen Bundesländer, die im wesentlichen auf den Zusammenbruch von Produktion und Beschäftigung im Osten zurückzuführen ist, und die Sicherung einer vergleichbaren Finanzausstattung in allen Bundesländern, ist keineswegs nur eine Aufgabe der alten Bundesländer, sondern wegen des Prinzips der Solidarität auch eine Bundesaufgabe.

368. Es gibt verschiedene Wege, den Bund in die Finanzierungspflicht einzubeziehen. Die Vorschläge des Bundes und einzelner Bundesländer zur Reform des Länderfinanzausgleichs unterscheiden sich gerade in den Vorstellungen, welchen Anteil an den Finanzierungslasten der Bund übernehmen soll und auf welchem Weg dies erreicht werden kann. Eine Möglichkeit ist die Neuverteilung des Umsatzsteueraufkommens nach Art. 106 Abs. 4 GG. Diese Vorschrift bestimmt, daß die Anteile von Bund und Ländern an der Umsatzsteuer neu festzusetzen sind, wenn sich das Verhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Bundes und der Länder wesentlich anders entwickelt. Dieses Verfahren würde dazu führen, daß Verbesserungen der Finanzsituation in den neuen Bundesländern im Finanzausgleich zunächst ausschließlich zugunsten der alten Bundesländer wirken würden. Der Bund — bisher durch die Leistungen an die neuen Bundesländer besonders belastet — könnte an diesen positiven Entwicklungen nur bei dauernder Änderung des Aufteilungsverhältnisses bei der Umsatzsteuer partizipieren. Dabei käme er in eine schwierige Position, da für die Länder bei diesen Verhandlungen um Neuverteilung kein Einigungszwang besteht und somit Entscheidungen — zumal wegen der unterschiedlichen Interessenlage der einzelnen Bundesländer — blockiert werden könnten.

Ein anderer Weg, den Bund an der Finanzierung des horizontalen Ausgleichs zu beteiligen, könnte wie folgt gefunden werden: Anstelle der heute über den Umsatzsteuerausgleich (Tabelle 58, Seite 213) erreichten Vorabauffüllung leistet der Bund Zahlungen an die Bundesländer dergestalt, daß alle Länder auf eine bestimmte Mindeststeuerkraft — zum Beispiel 85 vH der durchschnittlichen originären Finanzkraft — gebracht werden. Eine solche Vorabauffüllung führt dazu, daß Verbesserungen der finanziellen Situation der neuen Bundesländer zunächst vor allem zugunsten des Bundes gehen. Wenn die neuen Bundesländer eine Mindeststeuerkraft erreicht haben, führen weitere Verbesserungen nur noch zu Entlastungen der alten Bundesländer. Dieses Ergebnis ist erwünscht: Die relativ starke Belastung des Bundes würde reduziert und damit die vertikale Ausgleichskomponente zurückgeführt. Außerdem würde für den Bund ein Anreiz geschaffen, den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern weiterhin zu unterstützen. Dieser Anreiz ist schon deshalb wichtig, weil vor allem der Bund für den Aufbau der Infrastruktur in den jungen Bundesländern verantwortlich ist. Wegen dieser Vorteile sollte man sich für das Verfahren der Vorabauffüllung durch den Bund entscheiden.

369. Wenn die neuen Bundesländer mit dem 1. Januar 1995 in den Länderfinanzausgleich einbezogen werden, dann sollte das System gleichzeitig so umgestaltet werden, daß es folgenden Anforderungen gerecht wird:

- Das Verfahren des Finanzausgleichs sollte technisch einfach und transparent sein.
- Die Anreize, Steuereinnahmen zu erzielen, sollten sowohl für die leistenden als auch für die empfangenden Bundesländer erhalten bleiben.
- Der Länderfinanzausgleich sollte ein Finanzkraftausgleich und ein Spitzenausgleich sein.
- Die Regelungen sollten auch dann noch angewendet werden können, wenn die neuen Bundesländer ihre Finanzprobleme gelöst haben oder wenn ein altes Bundesland in eine Finanzkrise gerät.

370. Der Sachverständigenrat stellt damit folgendes Modell zur Diskussion (Tabelle 60):

- Die vertikale und horizontale Verteilung des Steueraufkommens könnte im wesentlichen beibehalten werden. Die horizontale Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer sollte allerdings ausschließlich nach der Einwohnerzahl vorgenommen werden. Der steuerkraftbezogene Umsatzsteuerausgleich nach Art. 107 Abs. 1 Satz 4 GG fiele demnach weg. Hierbei handelt es sich um ein Element eines finanzkraftbezogenen Ausgleichs, den man nicht in die Steuerverteilung, sondern in den horizontalen Länderfinanzausgleich verlagern sollte.
- Die neuen Bundesländer werden voll in den Finanzausgleich zwischen den Ländern gemäß Art. 107 Abs. 2 Satz 1 GG einbezogen. Vor Ermittlung der Ausgleichsbeträge leistet der Bund eine Vorabauffüllung, so daß alle Länder eine Mindeststeuerkraft erreichen.
- Das bisherige Recht, wie es im Finanzausgleichsgesetz 1988 festgelegt ist, sollte im Prinzip beibehalten werden. Allerdings müssen die Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 27. Mai 1992 berücksichtigt werden. Die in diesem Urteil beanstandete Ländersteuergarantie sollte gestrichen werden (Tabelle 58, Seite 213).
- Die Finanzkraft der Bundesländer sollte am Steueraufkommen der Länder und ihrer Gemeinden gemessen werden, wobei — anders als derzeit — aus ökonomischen Gründen die Gemeindesteuern zu 100 vH einbezogen werden sollten. Neben den Steuereinnahmen sollten auch steuerähnliche Abgaben, wie zum Beispiel der Förderzins, voll erfaßt werden. Bei Steuern und Abgaben, bei denen die Länder oder Gemeinden ein Gestaltungsrecht, zum Beispiel Hebesatzrecht, haben, müssen normierte Aufkommen berücksichtigt werden, wie dies derzeit bei den Realsteuern der Gemeinden auch geschieht. Die Beträge, die die Bundesländer aus der Vorabauffüllung erhalten, sind der Finanzkraft zuzurechnen.
- Der Finanzbedarf ist an der Einwohnerzahl zu messen, die heute geltenden Einwohnergewich-

Tabelle 60

Modell des Sachverständigenrates zur Reform des Finanzausgleichs zum 1. Januar 1995

1. Die Verteilung der Steuern auf Bund und Länder bleibt unverändert (Art. 106 Grundgesetz).
2. Der steuerkraftbezogene Umsatzsteuerausgleich nach Art. 107 Abs. 1 Satz 4 Grundgesetz entfällt, ansonsten bleibt die Verteilung des Länderanteils an den Gemeinschaftssteuern gemäß Art. 107 Abs. 1 Grundgesetz unverändert.
3. Der Bund leistet an die Länder eine Vorabauffüllung, damit alle Bundesländer eine Finanzkraft erreichen, die 85 vH der durchschnittlichen originären Finanzkraft aller Bundesländer entspricht.
4. Die neuen Bundesländer werden voll in den horizontalen Finanzausgleich einbezogen. Das derzeit geltende Verfahren wird wie folgt geändert:
   a) Bei der Ermittlung der Finanzkraftmeßzahl werden die Gemeindesteuern sowie die vom Bund geleistete Vorabauffüllung voll berücksichtigt.
   b) Bei der Ermittlung der Ausgleichsmeßzahl entfällt die Einwohnergewichtung.
   c) Ausgleichsberechtigt sind jene Länder, deren Finanzkraft unter dem Länderdurchschnitt nach Vorabauffüllung liegt; die Differenz wird zu 60 vH ausgeglichen.
   d) Ausgleichspflichtig sind die Länder, deren Finanzkraft über dem Länderdurchschnitt nach Vorabauffüllung liegt; die Differenz wird zu 60 vH abgeschöpft.
   e) Die Ländersteuergarantie entfällt (§ 10 Abs. 3 Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern).
5. Sonderbedarfe einzelner Länder sind über vertikale oder horizontale Zuweisungen abzugelten.

tungen sollten gestrichen werden. Sie sind nicht überzeugend zu begründen. Soweit sie der Kompensation von Sonderlasten der Stadtstaaten (Umlandproblem) dienen, müßten diese durch Zahlungen außerhalb des Länderfinanzausgleichs geregelt werden. Sonderbedarfe (auch die Hafenlasten) dürfen im Länderfinanzausgleich nicht berücksichtigt werden.

— Bei der Ermittlung der Ausgleichsbeträge sollte ein linearer Tarif praktiziert werden. Länder, deren Finanzkraft über dem Länderdurchschnitt nach Vorabauffüllung liegt, müssen Beiträge in Höhe eines festzulegenden Prozentsatzes (zum Beispiel 60 vH) der den Durchschnitt übersteigenden Finanzkraft leisten. Länder mit unterdurchschnittlicher Finanzkraft erhalten Zuweisungen. Diese ergeben sich, wenn der genannte Prozentsatz auf die unter dem Durchschnitt liegende Finanzkraft angewendet wird. Ein linearer Tarif hat den Vorteil, daß die Reihenfolge der Länder in der Finanzkraft vor und nach dem Finanzausgleich gleich bleibt.

— Mit der Festlegung der Quote der Vorabauffüllung und der Höhe des linearen Tarifs wird automatisch das Ausgleichsniveau (Mindestgarantie) festgelegt.

371. Würde man einen linearen Ausgleichstarif mit einer Quote von 60 vH einführen und der Bund eine Vorabauffüllung auf 85 vH der durchschnittlichen originären Finanzkraft (ohne Gemeindesteuern) vornehmen, so ergäbe sich für den Bund eine Belastung von 15 Mrd DM, und die Länder müßten gut 14 Mrd DM übernehmen. Das entspricht in etwa den Zahlungen, die heute über den Fonds „Deutsche Einheit" geleistet werden, so daß dieses Modell auch politisch akzeptabel sein sollte (Tabelle 61).

Allen Bundesländern würde nach diesem Modell eine Finanzkraft von mindestens 88,2 vH des Länderdurchschnitts garantiert. Die volle Berücksichtigung der Gemeindesteuern erklärt im wesentlichen, warum das Gesamtvolumen des hier vorgestellten Modells (30 Mrd DM) höher liegt als das Umverteilungsvolumen (26 Mrd DM), das sich ergeben würde, wenn die neuen Bundesländer ohne jede Veränderung in das geltende System einbezogen würden (Tabelle 59, Seite 214).

Das Modell enthält zwei Gestaltungsparameter, die politisch fixiert werden müssen: die Quote für die Vorabauffüllung und die Quote des linearen Ausgleichstarifs. Mit der Festlegung der ersten Größe bestimmt man die Belastung des Bundes, mit der zweiten den Umfang des Finanzausgleichs zwischen den Ländern. Beide Quoten gemeinsam legen die Mindestgarantie für die Empfängerländer fest.

Neben der Einfachheit und Transparenz besitzt das hier vorgestellte Modell einen weiteren großen Vorteil: Es setzt für alle Länder Anreize, die eigenen Steuerquellen zu pflegen und die originäre Finanzkraft zu steigern. Nimmt beispielsweise die Steuerkraft eines der neuen Bundesländer zu, so wirkt sich dies auch positiv auf alle übrigen Länder aus. Infolge der gestiegenen originiären Finanzkraft des einen Landes erhöht sich der Länderdurchschnitt in der originären Finanzkraft, zugleich verschlechtern sich alle übrigen Länder zunächst in ihrer relativen Position. Dies hat bei der Vorabauffüllung und im Länderfinanzausgleich die folgenden Auswirkungen:

— *Das Land mit der erhöhten originären Finanzkraft erhält eine geringere Vorabauffüllung durch den Bund. Da sich die übrigen Länder, die eine Vorabauffüllung erhalten, allerdings relativ verschlechtert haben, erhöhen sich die Zahlungen des Bundes an diese Länder. Insgesamt wird der Bund jedoch entlastet.*

— *Die für den horizontalen Finanzausgleich maßgebliche länderdurchschnittliche Finanzkraft nach Vorabauffüllung ist im Vergleich zur Ausgangssituation gestiegen. Da dies aus der verbesserten finanziellen Situation von Ländern resul-*

Tabelle 61

Finanzausgleich im Jahre 1995 nach dem Modell des Sachverständigenrates[1])

Land	Originäre Finanzkraft[2])		Vorabauffüllung durch Zahlungen des Bundes		Auffüllung (+)/Abschöpfung (−) im Länderfinanzausgleich[3])			Finanzkraft nach Finanzausgleich	
	DM je Einwohner[4])	in vH des Länderdurchschnitts	DM je Einwohner[4])	Mio DM	DM je Einwohner[4])	Mio DM −	Mio DM +	DM je Einwohner[4])	in vH des Länderdurchschnitts
Schleswig-Holstein	5 217	*97,2*	—	—	+ 205		540	5 422	*97,5*
Hamburg	7 998	*148,9*	—	—	−1 464	2 431		6 535	*117,6*
Niedersachsen	5 193	*96,7*	—	—	+ 219		1 628	5 413	*97,4*
Bremen	6 370	*118,6*	—	—	− 486	332		5 883	*105,8*
Nordrhein-Westfalen	5 969	*111,1*	—	—	− 246	4 287		5 723	*103,0*
Hessen	6 569	*122,3*	—	—	− 608	3 510		5 963	*107,3*
Rheinland-Pfalz	5 309	*98,9*	—	—	+ 150		568	5 459	*98,2*
Baden-Württemberg	6 474	*120,5*	—	—	− 549	5 427		5 925	*106,6*
Bayern	5 855	*109,0*	—	—	− 178	2 049		5 678	*102,1*
Saarland	4 545	*84,6*	—	—	+ 608		654	5 153	*92,7*
Berlin	5 415	*100,8*	—	—	+ 86		297	5 501	*99,0*
Mecklenburg-Vorpommern	2 795	*52,0*	1 129	2 155	+ 980		1 872	4 905	*88,2*
Brandenburg	3 034	*56,5*	889	2 280	+ 980		2 615	4 905	*88,2*
Sachsen-Anhalt	2 863	*53,3*	1 061	3 024	+ 980		2 796	4 905	*88,2*
Thüringen	2 877	*53,6*	1 049	2 720	+ 980		2 539	4 905	*88,2*
Sachsen	2 891	*53,8*	1 036	4 892	+ 980		4 627	4 905	*88,2*
Insgesamt	5 370	*100*	X	15 070	X	18 036	18 036	5 559	*100*

[1]) Eigene Berechnung auf Grundlage der Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzung" vom Mai 1992. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[2]) Umsatzsteuer pro Kopf verteilt, Gemeindesteuern zu 100 vH berücksichtigt.
[3]) 60 vH der Differenz der originären Steuerkraft je Einwohner eines Bundeslandes abzüglich der länderdurchschnittlichen originären Steuerkraft je Einwohner (jeweils nach Vorabauffüllung durch Zahlungen des Bundes).
[4]) Bevölkerung am 30. Juni 1991.

tiert, die in ihrer Finanzkraft unter dem Bundesdurchschnitt liegen, sinkt im Ergebnis das Umverteilungsvolumen im Länderfinanzausgleich. Allen Bundesländern kommt schließlich die gestiegene originäre Finanzkraft des einen Landes zugute, die Finanzkraft nach Finanzausgleich liegt bei allen Ländern höher als in der Ausgangssituation. Dabei verbessert sich die relative Position aller Länder, die an der Vorabauffüllung durch den Bund partizipieren.

372. Selbst wenn die neuen Bundesländer zum 1. Januar 1995 in den Länderfinanzausgleich voll einbezogen werden, sind damit noch nicht alle Probleme gelöst: Die neuen Bundesländer würden dann eine Finanzausstattung erhalten, die in etwa der der alten Bundesländer entspricht. Die Einbeziehung in den Länderfinanzausgleich ist insoweit nur ein Ersatz für den auslaufenden Fonds „Deutsche Einheit". Die verbreitete Auffassung, mit der Einbeziehung der neuen Bundesländer in den Länderfinanzausgleich seien alle Finanzprobleme im Beitrittsgebiet zu lösen, ist unzutreffend.

Der Länderfinanzausgleich ist ein Finanzkraftausgleich, bei dem unterstellt wird, daß der Finanzbedarf eines Landes an der Einwohnerzahl zuverlässig gemessen werden kann. Dieses Vorgehen ist aber nur dann vertretbar, wenn die Bundesländer ein annähernd gleiches Entwicklungsniveau aufweisen und keine Sonderbedarfe vorliegen. Nur unter dieser Voraussetzung kann bei in etwa gleichem Steueraufkommen pro Kopf auch ein vergleichbares Leistungsangebot in den einzelnen Bundesländern gewährleistet werden. Davon kann beim Vergleich der Länder angesichts der erheblichen Strukturprobleme, des Entwicklungsstandes, der Beschäftigungsprobleme und der mangelhaften Infrastrukturausstattung in den neuen Bundesländern derzeit keine Rede sein. Bei der Frage der notwendigen Finanzausstattung kann deshalb nicht ausschließlich auf die Einwohnerzahl abgestellt werden.

373. Sonderbedarfe einzelner Länder können und dürfen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Juni 1986 jedoch grundsätzlich nicht im Länderfinanzausgleich berücksichtigt werden. Dafür sollten vertikale oder horizontale Zuweisungen geleistet werden. Die Verfassung kennt diese Instrumente für vertikale Zahlungen des Bundes an die Bundesländer in Form der Bundesergänzungszuweisungen nach Art. 107 Abs. 2 Satz 3 GG, der Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 a GG und der Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen nach Art. 104 a Abs. 4 GG. Die Regelungen für die Gemeinschaftsaufgaben und die Finanzhilfen gelten bereits seit der Vereinigung auch für die neuen Bundesländer. In die Verteilung der Bundesergänzungszuweisungen sollten sie ab dem 1. Januar 1995 voll einbezogen werden. Für horizontale Zuweisungen, wie sie zur Kompensation der Sonderbedarfe der Stadtstaaten (zum Beispiel

Umlandprobleme) geboten wären, sieht das Grundgesetz solche Zahlungen nicht vor. Sie wären nur in Form von Vereinbarungen (Staatsverträgen) zwischen den Stadtstaaten und den angrenzenden Flächenstaaten zu erreichen. In Anbetracht der großen Bedeutung, die solche Zuweisungen bekommen werden, wenn die Einwohnergewichtung zugunsten der Stadtstaaten aufgegeben würde, wäre zu prüfen, ob horizontale Zuweisungen zwischen den Bundesländern nicht auch verfassungsrechtlich abgesichert werden sollten.

374. Sonderbedarfe werden die neuen Bundesländer insbesondere im Zusammenhang mit dem Aufbau der Infrastruktur geltend machen. Der Sachverständigenrat hat ein Finanzierungsvolumen von rund 50 Mrd DM pro Jahr ermittelt, das erforderlich wäre, um die neuen Bundesländer im Zeitraum von etwa zehn Jahren auf das Niveau der Infrastrukturausstattung des Westens zu bringen (JG 91 Ziffer 318). Das würde erhebliche Transfers außerhalb des Länderfinanzausgleichs notwendig machen.

Ein Großteil dieser Ausgaben für die Infrastruktur gehört ohnehin zu den Bundesaufgaben (Autobahnbau, Wasserstraßen, Flughäfen), zu den Aufgaben der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Bundespost Telekom, so daß hierfür keine gesetzlichen Änderungen erforderlich sind.

Weitere Leistungen sind dem Bereich der Gemeinschaftsaufgaben zuzuzählen, so daß auch insoweit keine neuen Instrumente geschaffen werden müssen. Mit der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" liegen Erfahrungen in den alten Bundesländern bereits vor. Zudem verfügt der Bund mit den Finanzhilfen nach Art. 104a Abs. 4 GG, die für besonders bedeutsame Investitionen zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft im Bundesgebiet gewährt werden können, über ein weiteres flexibel gestaltbares Instrument. Man sollte die vorhandenen Instrumente nutzen und verbessern, statt ständig neue vorzuschlagen, wie die „Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen", die der Bund in die Diskussion gebracht hat. Zuweisungen für Sonderbedarfe sollten in jedem Fall zweckgebunden sein und auch eine Eigenbeteiligung der neuen Bundesländer vorsehen, wobei die Eigenbeteiligungsquote in Abhängigkeit von der erreichten Finanzkraft gestaffelt werden könnte.

375. Ein weiterer Sonderbedarf ist für die neuen Bundesländer abzusehen: Nach Art. 23 Abs. 3 und 4 Einigungsvertrag haben der Bund und die neuen Länder mit Wirkung vom 1. Januar 1994 die Schulden des Kreditabwicklungsfonds (etwa 140 Mrd DM) je zur Hälfte zu übernehmen. Damit würden die neuen Länder einen (Pro-Kopf-) Schuldenstand erreichen, der den der alten Bundesländer übersteigt, auch den des Saarlandes und den des Landes Bremen, denen das Bundesverfassungsgericht im Urteil vom 27. Mai 1992 aufgrund der hohen Verschuldung und der daraus resultierenden Zins- und Tilgungsverpflichtungen eine Haushaltsnotlage bescheinigt hat.

Genauso wie für Bremen und das Saarland wird man aus dem bundesstaatlichen Prinzip eine Verpflichtung zur Hilfeleistung herleiten können, die allerdings nicht nur den Bund betrifft. Der Bund und die alten Bundesländer sind vielmehr gemeinsam zur Hilfe aufgerufen. Da sich das Problem der Schuldenübernahme auch im Zusammenhang mit der Treuhandanstalt und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft ergeben wird, sollte eine einheitliche Lösung gefunden werden. Es spricht vieles dafür, diese Schulden einem Fonds zu übertragen und langfristig auch die Tilgung der Schulden anzugehen. Nach welchem Schlüssel die Finanzierungslast auf die einzelnen Gebietskörperschaften verteilt werden kann, läßt sich nicht isoliert entscheiden. Die Verteilung der Lasten aus der Reform des Finanzausgleichs, aus dem Aufbau der Infrastruktur, aus der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und aus der Abwicklung der Altschulden muß in einer Gesamtkonzeption geregelt werden.

376. Vertikale Zuweisungen an die neuen Bundesländer werden dazu führen, daß die Mischfinanzierung ausgeweitet wird. Der Sachverständigenrat hat sich kritisch zu diesem Instrument geäußert und für eine Rückführung plädiert (JG 90 Ziffern 445ff.). Die dabei vorgetragenen Argumente sind für die alten Bundesländer nach wie vor gültig. In der besonderen Situation des Aufbaus einer neuen Wirtschaftsbasis in den neuen Bundesländern wird man auf dieses Instrument jedoch nicht verzichten können, wenn man das Ziel verfolgt, die investive Verwendung der transferierten Mittel zu sichern.

Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung: An den Ursachen der Krise ansetzen

377. Die öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik stehen seit der deutschen Vereinigung vor einem Konsolidierungszwang, wie er in diesem Ausmaß noch nicht bestanden hat. Davon sind auch die Haushalte der Sozialversicherung betroffen. Die finanzielle Entwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung in den vergangenen zwei Jahren gibt vor diesem Hintergrund Anlaß zu ernster Besorgnis. Nachdem sich infolge des Gesundheitsreformgesetzes 1989 vorübergehend Überschüsse einstellten, sind in den Jahren 1991 und 1992 in Westdeutschland wieder Defizite in Höhe von 5,6 Mrd DM beziehungsweise 14,8 Mrd DM entstanden. Der durchschnittliche Beitragssatz stieg seit Jahresende 1991 bis Ende 1992 um 0,6 Prozentpunkte auf 12,8 vH. Durch steigende Beitragssätze wird der abgabenpolitische Handlungsspielraum der Gebietskörperschaften eingeschränkt. Die Finanzierbarkeit der Sozialversicherung ist gesamtwirtschaftlich verträglich zu sichern. Steigende Beitragssätze wirken sich über negative Anreize beim individuellen Leistungsverhalten und über die wachsende Belastung der Unternehmen nachteilig auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit und auf das Wirtschaftswachstum aus.

Alle bisherigen Versuche, der defizitären Entwicklung in der Gesetzlichen Krankenversicherung entgegenzuwirken, sind gescheitert. Statt durch eine Kostendämpfungspolitik nur an den Symptomen zu kurieren, geht es darum, grundlegende Veränderungen in den Anreizwirkungen des Systems vorzuneh-

men. Eine Reform muß an den Ursachen für die Finanzierungsprobleme ansetzen.

378. Der Sachverständigenrat hat wiederholt zur Reform der sozialen Sicherung im allgemeinen und zur Sanierung des Gesundheitswesens im besonderen Stellung genommen (JG 83 Ziffern 468ff., JG 85 Ziffern 358ff., JG 86 Ziffern 319ff.). Er hat dabei die für die Fehlentwicklungen maßgeblichen Ursachen beschrieben und daran ansetzende Reformmöglichkeiten zur Diskussion gestellt. Führend war dabei stets die Einsicht, daß eine Politik der administrativen Ausgabenbegrenzung unangemessen ist, da sie das trifft, was sie nicht treffen soll — die Wachstumsdynamik, die den Wünschen der Nachfrager und den Möglichkeiten der Medizin entspricht, nicht aber das, was sie treffen soll — die Ausgaben, die durch Fehlverhalten der Anbieter und Nachfrager verursacht werden. Erneut auf die Steuerungsmängel in der Gesetzlichen Krankenversicherung hinzuweisen und dabei auch die Erfahrungen der letzten Jahre einzubringen, ist angesichts der finanziellen Entwicklung bei den Krankenkassen und der nunmehr geplanten Reform des Gesundheitswesens geboten. Wichtig ist es, in diesem Zusammenhang die möglichen Auswirkungen einer in die Krankenversicherung integrierten sozialen Pflegeversicherung mit ins Bild zu nehmen. Dazu hatte der Sachverständigenrat in seinem letzten Jahresgutachten grundlegend Position bezogen (JG 91 Ziffern 357ff.). Diese Überlegungen haben neben Zustimmung auch Widerspruch hervorgerufen, der vielfach auf Mißverständnissen, aber auch auf einem Unverständnis dafür beruhte, welche Handlungsmöglichkeiten dem Staat in unserem Wirtschaftssystem prinzipiell zustehen.

379. Die Diagnose der finanziellen Entwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung hat ergeben, daß die verschiedenen Versuche einer Kostendämpfungspolitik, wie sie seit 1977 unternommen worden sind (Tabelle 62, Seiten 222ff. und JG 85 Tabelle 33), keinen durchschlagenden Erfolg hatten (Ziffern 202ff.). Der Trend der Ausgabenentwicklung wurde nicht gebrochen, stets kam es nach kurzen Phasen der Beruhigung zu einer erneuten Verschlechterung der finanziellen Situation. Mit einem Reformgesetz war schon das nächste programmiert — unausweichliche Folge einer Strategie, die auf administrative Ausgabenbegrenzung setzt. Um eine Trendwende zu erreichen, müßten als Elemente der Steuerung des Gesamtsystems die Verhaltensanreize für alle Beteiligten grundlegend anders gesetzt werden. Dies zu tun, ist zuletzt auch mit dem Gesundheitsreformgesetz 1989 versäumt worden, wie die Ausgabenentwicklung seit dem Inkraftreten des Gesetzes belegt. Die Entwicklungsperspektiven für die Gesetzliche Krankenversicherung sind aus finanzieller Sicht alles andere als gut. Um so unverständlicher ist es, daß nach den Vorstellungen der Bundesregierung eine auf dem Umlageverfahren basierende Pflegeversicherung innerhalb der Krankenversicherung eingeführt werden soll (Tabelle 62, Seite 224). Bereits heute belaufen sich die Pflegeausgaben jährlich auf etwa 25 Mrd DM. Es wird ein neues Leistungsfeld eröffnet, für das die Verhaltensanreize in eben der Weise gesetzt wurden, wie sie in der Krankenversicherung heute schon wirken.

380. Nicht verkannt werden sollte, daß das Gesundheitswesen ökonomisch gesehen ein Wachstumssektor ist. Die Wachstumsdynamik ist auf der Angebotsseite ebenso begründet wie auf der Nachfrageseite. So haben der medizinische, der technische und der pharmazeutische Fortschritt dazu beigetragen, daß heute mehr Krankheiten heilbar sind, mehr Schmerzarten gelindert werden können und über verbesserte Methoden der Heilung und der Rehabilitation die Lebensqualität erhöht werden konnte. Zudem stehen in der Diagnostik sicherere Methoden als früher zur Verfügung. All dies wirkt ausgabensteigernd.

Bei der Nachfrage nach Gesundheitsleistungen wirkt sich aus, daß mit wachsendem Wohlstand der Bevölkerung das Gut Gesundheit an Bedeutung gewinnt und die Bereitschaft steigt, dafür mehr Zeit und mehr Geld zu investieren. Hinzu kommen der höhere Bildungsstand der heutigen Generation und die größere Informiertheit über Krankheiten und deren Behandlungsmöglichkeiten. All das begründet zusammen mit dem Auftreten bislang unbekannter Krankheiten und der Neubewertung bekannter, aber bisher nicht heilbarer oder behandelbarer Krankheiten die Nachfragesteigerung.

Bei dieser Konstellation von Angebot und Nachfrage kommt eine Politik der administrativen Kostendämpfung in einen Konflikt: Die Ausgabenbegrenzung, die sich an einem exogenen Maßstab — der Entwicklung der beitragspflichtigen Einnahmen — orientiert, muß nahezu unvermeidlich dazu führen, daß die aus der Entwicklung der Angebotsseite und aus den Präferenzen der Nachfrager sich ergebende Dynamik unterdrückt wird. Dann ist auf keinen Fall zu erreichen, was alle an der öffentlichen Diskussion zur Gesundheitsreform beteiligten Gruppen erreichen wollen: eine Gesundheitsversorgung, die den Wünschen der Bürger und den Möglichkeiten der Medizin entspricht und gleichzeitig finanzierbar bleibt.

381. Die wiederholt vorgetragenen Vorstellungen des Sachverständigenrates zielen darauf ab, finanzielle Verantwortung und Kostenverursachung stärker zusammenzuführen sowie durch eine Ausweitung der Handlungsalternativen und durch einen Abbau von Marktzugangsbeschränkungen den Wettbewerbsdruck zu erhöhen. Entsprechende Maßnahmen betreffen sowohl die Anbieter als auch die Nachfrager. Nur wenn auf beiden Seiten die Verhaltensanreize anders gesetzt werden, kann die Steuerung des gesamten Systems umgestellt werden. Freilich: Alle Versuche einer Reform sind in ihrer Wirksamkeit durch die Besonderheiten des Systems begrenzt. Sowohl zwischen den Ärzten und den Patienten als auch zwischen den Versicherten und den Versicherungen sind die Informationen ungleich verteilt. Im ersten Fall führt dies dazu, daß die Nachfrage oftmals vom Angebot bestimmt wird. Im zweiten Fall können sich die Versicherungen nicht davor schützen, von den Versicherten übermäßig in Anspruch genommen zu werden. Beide Probleme sind nicht gänzlich aus der Welt zu schaffen. Wohl aber kann es gelingen, sie so klein wie möglich zu halten. Dies ist am ehesten zu erreichen, wenn für alle Beteiligten die das System steuernden Anreize grundlegend verändert werden.

382. Die Beziehung zwischen Patient und Arzt wird bei der Gesetzlichen Krankenversicherung auf die Realleistung beschränkt, der entgegengesetzte Zahlungsmittelstrom läuft über die Krankenkassen und die Kassenärztlichen Vereinigungen. Bei den Nachfragern wird dadurch die Illusion genährt, Gesundheitsleistungen seien praktisch kostenlos zu haben. Die Zwangsbeiträge an die Kassen werden aus diesem Kontext leicht verdrängt und häufig nur noch als steuerähnliche Abgabe gesehen, zumal sie im Quellenabzug analog der Lohnsteuer erhoben werden. Im Ergebnis ist die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen größer, als wenn jeder Patient die von ihm in Anspruch genommenen Leistungen direkt bezahlen müßte. Auch wenn diese Illusion nicht bestünde, würde der einzelne sich nicht anders verhalten, da die von ihm verursachten Ausgabensteigerungen über Beitragssatzanhebungen von allen Versicherten zu finanzieren sind, auf ihn selbst also nur zu einem geringen Teil zurückfallen.

383. Um diese „Null-Tarif-Mentalität" abzubauen, müßte den Versicherten die individuelle Kostenverursachung deutlich gemacht werden. Dabei ist beispielsweise an das Kostenerstattungsprinzip, wie es in den Privatversicherungen üblich ist, oder an die Zusendung der Abrechnungsbelege an die Versicherten zu denken. In beiden Fällen müßten die Belege allerdings in verständlicher Form abgefaßt werden. Auf diese Weise ist zumindest sichergestellt, daß der Versicherte erfährt, für welche Leistungen und Kosten er mit seinen Beiträgen aufzukommen hat. Zudem entsteht dadurch eine — wenn auch geringe — zusätzliche Kontrolle über die Abrechnungspraxis der Ärzte.

Eine weitere Möglichkeit, der „Null-Tarif-Mentalität" entgegenzuwirken, wäre die direkte Kostenbeteiligung durch die Patienten. Inwieweit dadurch der Patient zu einer Verhaltensänderung veranlaßt wird, ist umstritten. Es gibt bislang keine schlüssigen Erkenntnisse über die Fühlbarkeitsschwelle, also jenes Ausmaß der Selbstbeteiligung, das Verhaltensänderungen auslöst. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Selbstbehalt beim Zahnersatz, der seit dem Jahre 1991 bei bis zu 40 vH liegt, deuten darauf hin, daß dadurch tatsächlich ein größeres Kostenbewußtsein erreicht wurde (Ziffer 206). In welcher Höhe bei Arzneimitteln eine Selbstbeteiligung erforderlich ist, kann aufgrund der Erfahrung mit der Rezeptgebühr nicht abgeschätzt werden. Bei der Festlegung der Selbstbeteiligung ist zu bedenken, daß sich die „Null-Tarif-Mentalität" über einen langen Zeitraum aufgebaut hat, so daß sich entsprechende Verhaltensweisen bei den Versicherten verfestigt haben.

Denkbar ist es schließlich, das Kostenbewußtsein der Patienten dadurch zu erhöhen, daß man ihnen die Option eröffnet, statt einer Kostenerstattung eine Rückerstattung gezahlter Beiträge zu verlangen. Teilweise ist dies in den privaten Krankenversicherungen üblich. Alles aber wird wenig nützen, wenn auf der Angebotsseite nicht der Wettbewerbsdruck erhöht wird. Nur bei Ausweitung der Wahlmöglichkeiten zwischen den Behandlungsinstitutionen ebenso wie zwischen den Versicherungen entsteht ein hinreichend großes Potential, um individuelles Kostenbewußtsein umsetzen und die individuellen Präferenzen zum Ausdruck bringen zu können.

384. Veränderungen auf der Angebotsseite müssen zwei Ziele verfolgen: Einerseits ist der Anreiz für wirtschaftliches Verhalten auch für die Anbieter von Gesundheitsleistungen deutlich zu erhöhen, andererseits ist der Wettbewerbsdruck zwischen diesen zu steigern. Beides wirkt freilich nicht unabhängig voneinander; es kann sich gegenseitig verstärken.

Zahlreiche Ansatzpunkte für den Abbau wettbewerbsverhindernder Regulierungen sind denkbar. Dazu gehört die Lockerung der strengen Trennung zwischen ambulanter und stationärer Behandlung, um die Alternativen für den Patienten auszuweiten und damit den Wettbewerb zwischen niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern zu erhöhen. Zugleich ließen sich die durch Rücküberweisungen an niedergelassene Ärzte verursachten Kosten vermeiden. Der Bedarf an Laboreinrichtungen und Großgeräten würde verringert sowie deren Nutzung effizienter gestaltbar, wenn die Krankenhäuser Patienten auch ambulant behandeln könnten. Weiter erhöhen ließe sich der Wettbewerbsdruck, wenn die Gründung von fachübergreifenden Gemeinschaftspraxen und Ambulatorien ebenso erleichtert würde wie die Beschäftigung von Ärzten durch Ärzte.

Schließlich sollte, anders als jetzt vorgesehen, jede Beschränkung des Berufszugangs für Ärzte unterbleiben. Über entsprechende Regulierungen das Einkommens- und Beschäftigungsrisiko der bereits niedergelassenen Ärzte zu verringern, ist nicht zu rechtfertigen. Eine einmal erreichte Position in der Einkommenshierarchie zu garantieren, ist nicht Aufgabe des Staates. Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang auch, daß ein beschränkter Berufszugang angesichts der mit dem Europäischen Binnenmarkt einhergehenden Niederlassungsfreiheit in der EG eine Inländerdiskriminierung bedeuten würde, weil Ärzte aus anderen Mitgliedstaaten von der Maßnahme nicht betroffen wären. Für eine Beschränkung des Berufszugangs wird häufig vorgebracht, daß andernfalls die Qualität der ärztlichen Leistung sinke. Dagegen ist zunächst anzuführen, daß eine Zulassungsbeschränkung die Qualität der medizinischen Ausbildung nicht berührt. Zudem wirken eine direkte Selbstbeteiligung und das Kostenerstattungsprinzip gerade dahin, daß nicht nur der Preis, sondern auch die Qualität der Leistung stärker ins Interesse der Patienten rückt. Die Stellung der Kassen ließe sich dadurch verbessern, daß ihnen die Möglichkeit gegeben wird, mit einzelnen Ärzten zu kontrahieren. Es würden dabei nur solche Ärzte die Kassenzulassung erhalten, die die Vergütungssätze der Krankenkassen akzeptieren. Diejenigen, die dies ablehnen, müßten dann ihre Leistungen ausschließlich Privatpatienten anbieten.

385. Ein Kernpunkt jeder erfolgversprechenden Reform betrifft die Krankenhausfinanzierung. Nach der dualen Finanzierung tragen die Länder derzeit die Investitionskosten, während die Krankenkassen die laufenden Kosten zu zahlen haben. Die Investitionsentscheidung wird deshalb ohne Berücksichtigung der Folgekosten gefällt; für eine umfassende Kosten-Nutzen-Analyse besteht somit keine Veranlassung.

Dieses System sollte zugunsten einer Finanzierung aus einer Hand (monistisches Prinzip) aufgegeben werden. Überträgt man diese beispielsweise den Krankenkassen, dann würde dadurch auch deren Verhandlungsposition gegenüber den Krankenhausträgern gestärkt. Zugleich bestünde für die Kassen die Möglichkeit, Krankenhäuser in eigener Regie zu führen. Hier ist auch an die Privatisierung bislang öffentlicher Krankenhäuser zu denken. Wichtig ist auf jeden Fall die Aufgabe des Selbstkostendeckungsprinzips und die Ablösung des tagesgleichen Pflegesatzes durch nach geeigneten Kriterien differenzierte Fallpauschalen.

Nicht nur gegenüber den Krankenhäusern, sondern auch gegenüber den Ärzten und der Pharmaindustrie kommt den Krankenkassen die Aufgabe zu, den Druck auf wirtschaftliches Verhalten zu erhöhen. Der Anreiz mag allein schon deshalb zunehmen, weil die Versicherten infolge eines erhöhten Kostenbewußtseins in diesem Sinne über die paritätischen Selbstverwaltungsorgane Einfluß nehmen. Freilich, dieser Effekt dürfte nicht allzu groß sein. Entscheidend ist vielmehr, daß der Wettbewerb zwischen den Kassen erhöht wird. Dies setzt zweierlei voraus. Zunächst muß den Kassen eine weitgehende Gestaltungsfreiheit über ihr Leistungsangebot gegeben werden; dies schließt die regionale Differenzierung der Beitragssätze ebenso ein wie die des Leistungsangebots. Dazu gehört auch die Möglichkeit, Gesundheitsleistungen in eigener Regie anzubieten, also direkt Ärzte zu beschäftigen sowie Krankenhäuser und Apotheken zu betreiben. Dies dürfte einen kostendämpfenden Anbieterwettbewerb auslösen, wenn den Versicherten gleichzeitig die Möglichkeit eröffnet würde, frei zwischen den Kassen wählen zu können. Das ist derzeit für Arbeiter fast unmöglich, und auch Angestellte können nur sehr begrenzt wählen. Die Wahlfreiheit kann sich dabei auf den Ersteintritt beschränken oder auch den späteren Wechsel einschließen. Im letzteren Fall müßten die Krankenkassen allerdings verpflichtet werden, die geschäftsplanmäßige Altersrückstellung bei Versicherungswechsel eines Mitglieds auf den Konkurrenten zu übertragen. Will man die freie Kassenwahl auf den Ersteintritt in die Krankenversicherung beschränken, dann bedarf es freilich einer Mißbrauchsaufsicht, da die Versicherten den Kassen bei der kostenbedingten allgemeinen Prämienanpassung ausgeliefert sind. Unabhängig von der Ausgestaltung der Kassenwahlfreiheit ist der Kontrahierungszwang für die Versicherungen unabdingbar, wenn man vermeiden will, daß sich die schlechten Risiken letztlich bei der Sozialhilfe versammeln.

386. Eine freie Kassenwahl für die Versicherten begünstigt im Zeitpunkt der Einführung jene Kassen, die einen unterdurchschnittlichen Beitragssatz haben. Ungleiche Startbedingungen sind insoweit problematisch, als diese für die Krankenkassen nicht beeinflußbar sind. Dies gilt wegen der bislang stark eingeschränkten Wahlfreiheit der Versicherten bei Kontrahierungszwang insbesondere hinsichtlich der Mitgliederstrukturen. Lediglich die Ersatzkassen haben Möglichkeiten, durch eine Gestaltung des Leistungsangebots auf ihre Versichertenstruktur Einfluß zu nehmen. Die daraus resultierenden unterschiedlichen Risikostrukturen haben die Forderung begründet, der Einführung der Kassenwahlfreiheit einen Finanzausgleich zwischen den verschiedenen Kassen voranzustellen. Ein solcher Finanzausgleich kann sich auf die Einnahmenseite, die Ausgabenseite oder den Beitragssatz beziehen; er kann regional begrenzt oder bundesweit, zeitlich befristet oder unbefristet eingeführt werden, und er kann lediglich innerhalb einer Kassenart oder kassenartenübergreifend stattfinden. Derzeit findet in der Krankenversicherung der Rentner ein unbefristeter, auf den Beitragssatz bezogener, bundesweiter, kassenartenübergreifender Finanzausgleich statt. Es handelt sich deshalb quasi um eine Einheitsversicherung.

Es steht weithin außer Frage, daß eine vollständige Wahlfreiheit der Versicherten nicht eingeführt werden kann, ohne daß die unterschiedlichen, nicht selbst zu verantwortenden Risikostrukturen bei einzelnen Versicherungen kompensiert werden. Da die Finanzkraft infolge der bestehenden Regelungen für die Kassen weniger beeinflußbar ist als die Finanzbedarfsseite, sollte ein Finanzausgleich auf der Einnahmenseite ansetzen. Bei der konkreten Ausgestaltung sollten die möglichen Effekte eines Finanzausgleichs bedacht werden. Jede Form einer solchen Umverteilung von Finanzmitteln hat die Tendenz zu beharren, zumal dadurch die Risikostrukturen selbst nicht geändert werden und für die Kassen auch kein Anreiz entsteht, dafür etwas zu tun. Ferner kennt jede Kasse für sich günstige und ungünstige Varianten des Ausgleichs, so daß ein schwieriger Verhandlungsprozeß zwischen den Kassen bevorsteht. Diese Verhandlungen werden zudem dadurch erschwert, daß über die Beeinflußbarkeit von Risiken durch die einzelnen Kassen zu wenig bekannt ist. Bei der Ausgestaltung des Finanzausgleichs, insbesondere bei seiner regionalen und zeitlichen Begrenzung, ist dafür Sorge zu tragen, daß nicht jene Kassen auf Dauer geschützt werden, die unwirtschaftlich arbeiten.

387. Das Gesundheits-Strukturgesetz 1993 (Tabelle 62, Seiten 223 f.), mit dem erneut versucht wird, die Ausgabenentwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung in den Griff zu bekommen, trägt den hier skizzierten Grundlinien nur zum Teil Rechnung. Einerseits steht dieser Gesetzentwurf voll in der Tradition der seit 1977 betriebenen Kostendämpfungspolitik. So gehören die Vorgabe von Pauschalbudgets, die Orientierung einzelner Ausgabenkategorien an der Entwicklung der Grundlöhne und die Bedarfsplanung für Kassenärzte zu den Instrumenten einer administrativen Ausgabenbegrenzung mit dem Ziel der Beitragssatzstabilität. Andererseits aber enthält dieser Gesetzentwurf auch Elemente einer wirklichen Strukturreform, die je für sich — zumindest im Ansatz — begrüßenswert sind. Fraglich aber bleibt, ob dadurch die Steuerungsfehler des bestehenden Systems beseitigt werden können. Dies ist schon deshalb zu bezweifeln, weil sich die Maßnahmen fast ausnahmslos auf die Angebotsseite beziehen. Es ist kaum zu erwarten, daß die vorgesehene (gestaffelte) Arneimittelzuzahlung bei den Versicherten merkliche Verhaltensänderungen auslösen wird. Dies offensichtlich in Rechnung stellend, hat der Gesetzgeber zur Dämpfung der Arzneimittelausgaben feste Budgets, alternativ ab dem Jahre 1994 Wirtschaftlichkeits-

Tabelle 62

Wichtige gesundheitspolitische Maßnahmen seit Ende 1985[1])

Datum	
1985	
12. Dezember	Durch einen Erlaß beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung wird ein **Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen** gebildet.
1986	
19. Dezember	Mit dem **„Gesetz zur Verbesserung der kassenärztlichen Bedarfsplanung"** werden für überversorgte Gebiete unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit und Qualität der kassenärztlichen Versorgung räumlich begrenzte, zeitlich befristete und arztgruppenbezogene Zugangsbeschränkungen vorgesehen. Mindestens 50 vH aller kassenärztlichen Planungsbereiche (Stadt- und Landkreise) im Bundesgebiet sollen jedoch für eine unbeschränkte Niederlassung frei bleiben.
1989	
1. Januar	Das Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen **(Gesundheits-Reformgesetz 1989)** tritt in Kraft. **Kostendämpfung** — **Arzneimittel:** Stufenweise werden Festbeträge für wirkstoffgleiche Arzneimittel (Stufe 1), für Arzneimittel mit pharmakologisch-therapeutisch vergleichbaren Wirkstoffen (2. Stufe) und zuletzt für Arzneimittel mit pharmakologisch vergleichbaren Wirkprinzipien (3. Stufe) festgesetzt, deren Höhe sich an den preisgünstigsten Arzneimitteln orientiert. Erstattungen werden durch die Kasse dann nur noch in Höhe der Festbeträge geleistet, darüber hinausgehende Differenz muß der Versicherte tragen. Erhöhung der Rezeptgebühr von 2 DM auf 3 DM; ab 1992 Ablösung durch eine prozentuale Zuzahlung (15 vH höchstens 15 DM) für Medikamente mit einem Preis auf Höhe des Festbetrags, jedoch Härteausgleich bzw. Überforderungsklausel bei sozial Schwachen. — **Heil- und Hilfsmittel:** Für Hilfsmittel werden Festbeträge und für Heilmittel Zuzahlungen (10% ohne Obergrenze) eingeführt; Härteausgleich bzw. Überforderungsklauseln. — **Zahnärztliche Behandlung:** Zuschuß der Kassen wird auf 50 vH der Gesamtkosten begrenzt. Bei regelmäßigen Zahnvorsorgebehandlungen wird ein Bonus von 10 vH gewährt. — **Ärztliche Behandlung:** Durch die Vertragsparteien werden arztgruppenbezogene Vorgaben in Form von Orientierungsgrößen für verordnete Leistungen festgelegt, bei deren Überschreitung Wirtschaftlichkeitsprüfungen folgen; bei Unwirtschaftlichkeit werden Beratung und Regreß angestrebt. — **Behandlung im Krankenhaus:** Ab 1991 Erhöhung der Zuzahlung des Versicherten von 5 DM auf 10 DM pro Tag. Den Krankenkassenverbänden wird ein Kündigungsrecht gegenüber unwirtschaftlichen oder nicht bedarfsgerechten Krankenhäuser eingeräumt. **Zusätzliche Leistungen** Ab 1989 wird im Bereich der häuslichen Pflege für die Zeit eines Erholungsurlaubs des Pflegenden von der Krankenkasse eine Ersatzkraft gestellt und bezahlt (bis zu 1 800 DM jährlich); ab 1991 werden für die Pflege von Schwerpflegebdürftige entweder als Sachleistung 25 Pflegeeinheiten im Monat (für maximal 750 DM) oder wahlweise ein Pflegegeld in Höhe von 400 DM gewährt.
1990	
18. Mai	Im „Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik" wird festgelegt, daß möglichst bis zum 1. Januar 1991 auch für den Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung eigenständische Träger gebildet werden, mit dem Ziel einer Organisationsstruktur, die der in der Bundesrepublik Deutschland entspricht.
31. August	**Krankenversicherung in den neuen Bundesländern und in Berlin-Ost** Der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands — Einigungsvertrag" legt endgültig die Bedingungen fest, wie das Gesundheitssystem der ehemaligen DDR der Situation im übrigen Bundesgebiet angepaßt werden soll. Die wesentlichen Punkte aus dem Einigungsvertrag sind:

[1]) Für den Zeitraum 1977 bis 1986 siehe Tabelle 33 im Jahresgutachten 1985/86.

noch Tabelle 62

Datum	
noch 1990	
noch 31. August	— Ab 1. Januar 1991 wird das gegliederte System der Krankenversicherung auf dem Gebiet der neuen Bundesländer und Berlin-Ost eingeführt. — Gesetzliche Versicherungspflicht für Arbeitnehmer mit einem monatlichen Verdienst zwischen 220 DM und 2 250 DM (Beitragsbemessungsgrenze; in Westdeutschland: 4 875 DM). — Einheitlicher Beitragssatz 12,8 vH (Westdeutschland: Januar 1991 durchschnittlich 12,2 vH) — Selbstbeteiligung (Zuzahlung): bis 30. 6. 1991 Befreiung, außer beim Zahnersatz mit 20 vH (bis 30. 6. 1992), ab 1. 7. 1991 Beschränkung auf die Hälfte des westdeutschen Niveaus; bei Krankenhausbehandlung 2,50 DM täglich, schrittweise Erhöhung auf westdeutsche Sätze. — Vorübergehender Abschlag beim Herstellerabgabepreis für apothekenpflichtige Arzneimittel. — Vorläufige Festsetzung der Honorare für Ärzte und Zahnärzte auf 45 vH des Niveaus in Westdeutschland. — Begrenzung der Leistungsausgaben der Krankenkassen entsprechend der Beitragseinnahmen. — Übergangszeit von fünf Jahren für die Zulassung noch bestehender Gesundheitseinrichtungen (kommunale oder betriebliche Ambulatorien und Polikliniken) zur ambulanten Versorgung.
1992	
2. Juni	Bundesgesundheitsminister Seehofer stellt die Vorschläge der Koalitionsarbeitsgruppe zur „Sicherung und Strukturverbesserung in der Krankenversicherung" **(Gesundheits-Strukturgesetz 1993)** vor. **Direkte Kostendämpfung** — **Arznei-, Heil- und Hilfsmittel:** — — für alle Mittel: Zuzahlung von 10 vH, mindestens 3 DM höchstens 10 DM, soziale Abfederung durch Härtefallregelung. — — ohne Festbeträge: Einfrieren der Herstellerabgabepreise auf den Stand 1. Mai 1992, Preisabschlag von 5 vH ab 1993 bis Ende 1994. — — ohne Richtgrößenvereinbarung: Vorgabe fester Verordnungsbudgets (auch für Heilmittel und stationären Kuren) gemäß Niveau des Jahres 1991, bei Überschreitung Sanktionen (Honorarkürzung, verschärfte Wirtschaftlichkeitsprüfung), Dynamisierung nach Entwicklung der Grundlohnsumme. — **ärztliche/zahnärztliche Versorgung:** — — ambulante und stationäre: Vorgabe fester Budgets (Grundlage: Gesamtvergütung 1991) Fortschreibung gemäß der beitragspflichtigen Arbeitsentgelte, zunächst bis 1995 („Grundlohnanbindung"), bei Chefärzten Senkung der Privathonorare um 25 vH, 1/3-Abführung des Honorars an den Krankenhausträger. — — stationäre: für die Versicherten Erhöhung der Zuzahlung von 10 DM auf 11 DM pro Tag und Wegfall der zeitlichen Befristung, für Krankenhausträger siehe unten. — **Zahnersatz:** — — Unterscheidung von Regelleistungen der Kassen und private Wahlleistungen, 60 vH Kassenzuschuß zur Regelleistung auch bei Beanspruchung der Wahlleistung; ab 1993 Absenkung der Vergütung für Zahnersatz um 20 vH sowie der zahntechnischen Preise um 10 vH. **Elemente einer Strukturreform** — Verschärfung der Kriterien für die Kassenzulassung von Ärzten: Überversorgung bereits bei Überschreitung des bedarfsgerechten Versorgungsgrad um 30 vH statt wie bisher um 50 vH zum 1. 1. 1999; gesetzliche Regelung einer bedarfsorientierten Kassenzulassung; Kassenarztzulassung grundsätzlich nur noch bis zum 65. Lebensjahres. — Für Krankenhäuser: ab 1993 Aufhebung des Selbstkostendeckungsprinzips in Verbindung mit der Einführung von Sonderentgelten und Fallpauschalen und über eine Differenzierung der Pflegesätze; bis 1995 Begrenzung der Ausgaben der Krankenkassen auf den Zuwachs der beitragspflichtigen Arbeitsentgelte; ab 1995 Ablösung des bisherigen tagesgleichen Pflegesatzes durch leistungsorientierte und pauschalierte Zahlungen; Änderung der Finanzierungsstruktur im Bereich der Investitionen durch die Möglichkeiten privater Investitionsfinanzierung; Verstärkte Verzahnung der ambulanten und stationären Versorgung mit dem Vorrang der ambulanten Behandlung.

noch Tabelle 62

Datum	
noch 1992	
noch 2. Juni	— Festhalten am gegliederten Krankenversicherungssystem, noch keine Entscheidung über eine Organisationsreform der Krankenkassen, Voraussetzung wäre dafür ein kassenarteninterner und -übergreifender Finanzausgleich, Datengrundlagen für Entscheidungen fehlen noch, weitere Pläne 1993. **Finanzieller Gesamteffekt** des Maßnahmenpakets für 1993: 11,4 Mrd DM, davon tragen die Versicherten 3,2 Mrd DM, die Leistungsanbieter 8,2 Mrd DM.
30. Juni	Die Koalitionsfraktionen beschließen, zum 1.1.1996 eine auf dem Umlageverfahren basierende soziale **Pflegeversicherung** unter dem Dach der gesetzlichen Krankenversicherung einzuführen. Der Beschluß hat die folgenden Bestandteile: **Versicherter Personenkreis** Gesamte Bevölkerung unterliegt der Versicherungspflicht, für Personengruppen, die nicht in der GKV pflichtversichert sind (Beamte, Selbständige oder Arbeitnehmer mit einem Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze) sind Befreiungsmöglichkeiten vorgesehen; Mitversicherung von Kindern und nicht erwerbstätige Ehefrauen. **Leistungen** Abgestufte Leistungen entsprechend dem Grad der Pflegebedürftigkeit (drei Stufen: erheblich pflegebedürftig, schwerpflegebedürftig, schwerstpflegebedürftig); — Bei häuslicher Pflege: Pflegegeld von 400 DM, 800 DM, 1 200 DM monatlich je nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit; Pflege-Sachleistungen, wenn mit Geldleistungen der angestrebte Erfolg nicht zu erreichen ist; bis zu 75 Pflegeeinsätze, Urlaubanspruch für die Pflegenden. — Bei stationärer Pflege: Übernahme der pflegebedingten Kosten bis zu einem Betrag von 2 100 DM monatlich als Sachleistung; Kosten für Unterkunft und Verpflegung trägt der Versicherte; soweit seine Einkünfte nicht dazu ausreichen, muß die Sozialhilfe in Anspruch genommen werden. **Finanzierung** Einkommensabhängige Beiträge, die je zur Hälfte von den Versicherten und den Arbeitgebern aufgebracht werden; bundeseinheitlicher Beitragssatz von 1,7 vH bis zur Beitragsbemessungsgrenze der GKV — derzeit monatlich 5 100 DM (West), 3 600 DM (Ost); geschätzter Finanzbedarf etwa 25,1 Mrd DM (12,3 Mrd DM im ambulanten Bereich, 9,7 Mrd DM im stationären Bereich, 3 Mrd DM für soziale Sicherung der Pflegepersonen, 0,1 Mrd DM für zusätzliche Hilfe bei häuslicher Pflege).
9. Oktober	Zwischen den Koalitionsparteien und der SPD werden nach langwierigen Verhandlungen die Eckpunkte für den Entwurf eines **Gesundheits-Strukturgesetzes** 1993 vorgestellt. **Arznei-, Heil- und Hilfsmittel** — Selbstbeteiligung (Zuzahlung): für 1993 gestaffelt nach Preisklassen (bis 30 DM: 3 DM, 30 DM bis 50 DM: 5 DM, über 50 DM: 7 DM), ab 1994 Staffelung nach der Packungsgröße (zwischen 3 DM und 7 DM). — Einführung einer Positivliste der auf Kassenkosten verordnungsfähigen Medikamente; Vorschlagsliste durch ein neu zu schaffendes paritätisch besetztes Institut „Arzneimittel in der gesetzlichen Krankenversicherung". — Erleichterte Umsetzung der mit dem Ziel Festbeträge für 70 vH bis 80 vH des GKV-Marktes. — Preissenkung von 2 vH für nichtrezeptpflichtige Arzneimittel. — Budgetbegrenzung bei den Ausgaben für Arzneimittel (1993: 24,4 Mrd DM), bei Überschreitung dieses Budgets bis 280 Mio DM Ausgleich über die kassenärztliche Bundesvereinigung, für den Betrag zwischen 280 Mio DM und 560 Mio DM durch die Pharmaindustrie; außerdem ab 1993 automatische Wirtschaftlichkeitsprüfungen in den Arztpraxen (Kriterien: Überschreiten der Richtgrößen um 15 vH; Regreß bei Überschreiten um 25 vH). **Ambulante Versorgung** — Verbesserung der hausärztlichen Versorgung hinsichtlich Qualität, Finanzierung (durch bessere Bezahlung) und Organisation. — Einführung von Fallpauschalen bzw. Leistungskomplexhonorare für Allgemeinärzte, ebenso für Fachärzte (ab 1995) durch die Selbstverwaltung. — Förderung des ambulanten Operierens (auch im Krankenhaus); vorübergehend in diesem Bereich keine „Grundlohnanbindung".

noch Tabelle 62

Datum	
noch 1992	
noch 9. Oktober	**Zahnärztliche Versorgung** — Keine Aufteilung beim Zahnersatz in Regel- und Wahlleistungen, vielmehr Ausgrenzung zahnmedizinisch umstrittener und unnötig aufwendiger prothetischer Versorgungsformen. — Absenkung des Honorar-Punktwerts für Zahnersatzleistungen sowie für kieferorthopädische Leistungen um 10 vH, für zahntechnische Leistungen bei Zahnersatz um 5 vH im Jahre 1993; ab 1994 Anpassung vom abgesenkten Niveau aus. — Bei „umsatzstarken" Zahnarztpraxen ab 1993 Absenkung des Punktwerts. — Zur Verbesserung der Qualitätssicherung: zweijährige Gewährleistungen für Zahnfüllungen. **Versorgung im Krankenhaus** — Ab 1993 für den Bereich Finanzierung der Krankenhausleistungen Aufhebung des derzeit geltenden Selbstkostendeckungsprinzips, d. h. schrittweise Abschaffung des dualen Systems der Finanzierung (Investitionen durch die Bundesländer, laufende Kosten über pauschalierte Pflegesätze durch die Krankenkassen), und Ersatz durch ein monistisches Finanzierungssystem (Finanzierung sämtlicher Leistungen allein über die Pflegesätze). — Für 1993 bis 1995 Anstieg der Krankenhausbudgets maximal in Höhe des Grundlohnanstiegs („Grundlohnanbindung"). — Stufenweise Ablösung des tagegleichen Pflegesatzes durch Sonderentgelte, Fallpauschalen und abteilungsbezogene Entgelte, ab 1995 Einführung auf freiwilliger Basis unter Einhaltung der Budgetobergrenzen, ab 1996 verbindliche Einführung. — Verbesserte Verzahnung der ambulanten und stationären Versorgung durch ambulante „Vorbereitung" und nachstationäre Behandlung durch das Krankenhaus für einen gewissen zeitlichen Umfang. — Erhöhte Zuzahlung der Versicherten beim Krankenhausaufenthalt (11 DM/8 DM pro Tag in den alten/neuen Bundesländern, längstens 14 Tage, ab 1994 Erhöhung auf 12 DM/9 DM). **Struktur- und Organisationsreform/versicherter Personenkreis** — Verträge über die ambulante Versorgung durch regional abgestimmte Vereinbarungen aller Kassenarten. — Zur Beschränkung der Anzahl der Kassenärzte: verschärfte Bedarfsplanung (ab 1993), Zulassungen nur noch bei Bedarf (ab 1999), Altersbegrenzung bei der Kassenarztzulassung (68. Lebensjahr). — Ab 1994 bundesweiter kassenübergreifender Risikostrukturausgleich zur Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Krankenkassen (Ausgleichsfaktoren: beitragspflichtige Einnahmen (Grundlohnsumme), mitversicherte Familienangehörige, Alter und Geschlecht der Versicherten); ab 1995 Einbeziehung der Rentner in den Risikoausgleich. — Ab 1997 freier Zugang aller Mitglieder von Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen zu der gewünschten Krankenkasse. — Für freiwillig versicherte Personen im Rentenalter: Sie erhalten weiterhin zu ihrer Rente den hälftigen Beitragszuschuß aus der Rentenversicherung, die übrigen Einnahmen zum Lebensunterhalt (Versorgungsbezüge, Arbeitseinkommen, Kapitaleinkünfte) werden bis zur Beitragsbemessungsgrenze nun mit dem vollen statt wie bisher dem hälftigen Beitragssatz belastet.

prüfungen und die Vorgabe von Richtgrößen vorgesehen. Bei Überschreitung des Arzneimittelbudgets sind die Kassenärztliche Bundesvereinigung und die pharmazeutische Industrie in einem bestimmten Ausmaß zum Ausgleich verpflichtet. Zudem ist die Gründung eines Instituts „Arzneimittel in der Krankenversicherung" vorgesehen, das eine Vorschlagsliste verordnungsfähiger Fertigarzneimittel erarbeiten soll, die vom Bundesministerium für Gesundheit durch Rechtsverordnung für verbindlich erklärt werden kann.

Anstatt den Preis- und Qualitätswettbewerb im Pharmabereich zu stärken und durch eine angemessene Selbstbeteiligung der Patienten deren Wirtschaftlichkeitsinteresse bei der Auswahl der Medikamente zu nutzen, greifen der Staat und ein kooperativ begründetes Institut in einen Bereich des Arzneimittelmarktes reglementierend ein. Für die Forschungsaktivität in der Pharmaindustrie werden dadurch die Signale falsch gesetzt. Ferner ist denkbar, daß es außerhalb des reglementierten Bereichs zu kompensatorischen Preiserhöhungen kommt. Auch die im Entwurf des Gesundheitsstrukturgesetzes vorgesehene engere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung dürfte für die Ausgabenentwicklung weitgehend wirkungslos bleiben, wenn nicht zugleich das Kostenbewußtsein der Nachfrager steigt.

Zweifellos positiv ist die auch vom Sachverständigenrat wiederholt geforderte Aufhebung des Selbstkostendeckungsprinzips für Krankenhäuser, die Ablösung tagesgleicher Pflegesätze durch Sonderentgelte und Fallpauschalen sowie — die leider nur in Aussicht gestellte — Umstellung der Krankenhausfinanzierung auf ein monistisches System.

Die Einführung der Kassenwahlfreiheit soll ab dem 1. Januar 1994 durch einen bundesweiten kassenartenübergreifenden Risikostrukturausgleich vorbereitet werden, der sich auf die Unterschiede bei den beitragspflichtigen Einnahmen sowie den nach Alter, Geschlecht und Familienzugehörigkeit differierenden Mitgliederstrukturen beziehen soll. Positiv zu werten ist die Einführung der freien Kassenwahl zum 1. Januar 1997. Nicht einzusehen ist dagegen, warum es eines gegliederten Systems bedarf, wenn doch alle Kassen — wegen des vorgesehenen Finanzausgleichs — das gleiche Leistungsangebot erbringen und einen identischen Beitragssatz verlangen. Erhalten würde das gegliederte System der Gesetzlichen Krankenversicherung dann nur noch aus historischen Gründen, eine ökonomische und gesundheitspolitische Begründung gäbe es dafür nicht mehr. Damit wird die Chance vertan, durch mehr Wettbewerb zwischen den Kassen zu einem breiten Leistungsspektrum und einem effizienten Wirtschaften beizutragen. Nimmt man alles zusammen, dann besteht wenig Anlaß zu einer positiven Bewertung des Gesundheits-Strukturgesetzes 1993. Es ist nicht nur in seinen Grundzügen der traditionellen Kostendämpfungspolitik verpflichtet, es eröffnet durch seine Elemente einer Strukturreform sogar den Weg in eine weitere Reglementierung und Vereinheitlichung des Gesundheitssystems.

388. Der Spielraum für eine Reform des Gesundheitswesens, die zu einer veränderten Steuerung des Systems führt, bleibt solange eng bemessen, wie die Gesundheitspolitik verteilungspolitisch instrumentalisiert wird. Es ist deshalb zu fragen, ob die Gesetzliche Krankenversicherung auch weiterhin auf dem Solidarprinzip beruhen soll, das im einzelnen die kostenlose Mitversicherung von nichtverdienenden Ehegatten und Kindern sowie die (im wesentlichen) einkommensproportionale Berechnung der Beiträge umfaßt, oder ob nicht das in der Privatversicherung relevante Risikoäquivalenzprinzip Gültigkeit erlangen soll. Eine derart weitreichende Reformstrategie beruht auf der Einschätzung, daß die gegenwärtige Absicherung des Krankheitsrisikos keine zeitgemäße Lösung mehr darstellt. Die Einführung einer Sozialversicherung war die Antwort auf spezifische Probleme des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Seither ist ein umfassender ökonomischer, sozialer und politischer Wandel eingetreten. So hat sich das Armutsproblem grundlegend geändert, der Wohlstand und das durchschnittliche Bildungsniveau sind gestiegen, das politische System beruht heute auf den Prinzipien der individuellen Freiheit und der Selbstverantwortung. Man wird zwar eine Grundabsicherung des Gesundheitsrisikos nach wie vor befürworten müssen, es stellt sich aber die Frage, ob angesichts der historischen Veränderungen nicht eine qualitative Verminderung des Staatseingriffs angezeigt ist. Anstatt mit einer obligatorischen parafiskalischen Versicherung marktsubstituierend zu intervenieren, könnte der Staat lediglich marktfördernd eingreifen, indem er zum Beispiel die Beitragszahlung an eine Privatversicherung einkommensteuerlich begünstigt, den laufenden Betrieb einer Privatversicherung subventioniert und eine allgemeine Versicherungspflicht verfügt. In einem solchen System ist auch kein Platz für eine umlagefinanzierte Pflegeversicherung. Der Sachverständigenrat hat sich im letzten Jahresgutachten grundsätzlich mit dem Problem einer Pflegefallversicherung auseinandergesetzt (JG 91 Ziffern 357 ff.). Die dabei vorgetragenen Überlegungen halten wir nach wie vor für angemessen. Im Mittelpunkt stand der Gedanke, daß in marktwirtschaftlichen Ordnungen staatliche Aktivitäten der Begründung bedürfen. Für die Absicherung inviduellen Risiken impliziert dies als systemgerechte Lösung den Abschluß privatwirtschaftlicher Versicherungen. Folgerichtig ist dann nach den Grenzen privater Versicherbarkeit zu fragen, um den systematisch erforderlichen Staatseingriff ermitteln zu können.

Eine Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung, die auf ein System privater Versicherungen mit einkommensteuerlicher Prämienbegünstigung bei Versicherungspflicht und Kontrahierungszwang abzielt, kann freilich nicht isoliert durchgeführt und eine Pflegeversicherung als Privatversicherung kann nicht ohne ergänzende Maßnahmen eingeführt werden. Es bedarf vielmehr einer Reform des Familienlastenausgleichs sowie der Sozialhilfe, die diese anreiz- und systemkompatibel mit der personellen Einkommensbesteuerung macht. Die Elemente der vertikalen Umverteilung, die bisher die Krankenversicherung kennzeichnen und belasten, wären der Grundsicherung ebenso zuzuweisen wie die Finanzierung der bereits bestehenden und in Kürze eintretenden Pflegefälle (JG 91 Ziffer 365). Auf diese Weise ist die gewünschte Einkommensumverteilung transparenter und schlüssiger zu gestalten (JG 85 Ziffer 376).

III. Lohnpolitik: Deutlicher Kurswechsel geboten

389. Die Lohnfindung für das Jahr 1993 bewegt sich in schwierigem Gelände. In Ostdeutschland hat sich der Abbau von Arbeitsplätzen, wenn auch in vermindertem Tempo, bis zuletzt fortgesetzt. In Westdeutschland ist nach neun Jahren eine Phase expandierender Beschäftigung zu Ende gegangen; die Anzahl der Arbeitslosen ist seit Beginn des Jahres 1992 wieder angestiegen. Der gesamtdeutsche Arbeitsmarkt weist mit 3 Millionen registrierten Arbeitslosen und 2,3 Millionen Personen, die durch beschäftigungspolitische Maßnahmen vor allem in Ostdeutschland aufgefangen werden, ein starkes Überangebot an Arbeit auf. In dieser Situation muß die Lohnpolitik ihren Beitrag leisten, damit es zu einem Anstieg der Beschäftigung kommen kann. Die konjunkturelle Entwicklung, bei der weit in das nächste Jahr hinein eine ausgeprägte Stagnation erwartet wird, ist mit erheblicher Unsicherheit behaftet. Es kommt darauf an, diese Risiken nicht durch die Tarifabschlüsse zu erhöhen. Die Staatsfinanzen sind zu konsolidieren, und es gilt, durch die Lohnpolitik die Chancen für die

Konsolidierung nicht zu verschlechtern. Schließlich ist es geboten, daß die Lohnpolitik der stabilitätsorientierten Geldpolitik die Erfüllung ihrer Aufgabe nicht erschwert. Für all dies ist erwünscht, daß sich die Lohnpolitik von der Produktivitätsentwicklung leiten läßt.

390. In den neuen Bundesländern ist ein Kurswechsel in der Lohnpolitik dringend. Die Löhne können in vielen Betrieben, die tief in einer Anpassungskrise stecken, nicht am Markt erwirtschaftet werden. Lohnkosten und Leistungskraft der Unternehmen entwikkeln sich noch immer auseinander. Unter diesen Bedingungen kann sich die Beschäftigungslage nicht verbessern.

Auch im Jahre 1993 wird die wirtschaftliche Situation in den Unternehmen, in den Sektoren, aber auch in den Regionen Ostdeutschlands äußerst unterschiedlich sein. Die Tarifvertragsparteien müssen mehr Raum für Differenzierung schaffen, um diesen unterschiedlichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen.

Bei einjährigen wie bei mehrjährigen Tarifverträgen ist stärker auf die Leistungskraft der Unternehmen Rücksicht zu nehmen. Die in vielen mehrjährigen Tarifverträgen bereits vorgesehenen Lohnerhöhungen sollten zeitlich gestreckt oder doch deutlich zurückgenommen werden. Die geplanten Lohnerhöhungen zu strecken und die Löhne stärker zu differenzieren, würde erlauben, auf die Lohndrift zu setzen. In den Bereichen, in denen der Anpassungsprozeß vorankommt, kann ein Lohn gezahlt werden, der über dem Tariflohn liegt.

Die Tarifvertragsparteien sollten es zudem ermöglichen, daß durch Betriebsvereinbarungen befristet von den Verträgen abgewichen werden kann, wenn auf diese Weise Betriebe überleben und dadurch Arbeitsplätze gehalten werden können. Die Tarifvertragsparteien sind mit der Aufgabe, bei der Öffnung, bei der Streckung und bei der Differenzierung in eigener Verantwortung Lösungen zu finden und neue Wege zu gehen, nicht überfordert.

391. Auch in Westdeutschland muß sich die Lohnpolitik wieder enger an der Produktivitätsentwicklung orientieren. Dazu mahnen das Ende des seit neun Jahren andauernden Beschäftigungsaufbaus, die zunehmende Arbeitslosigkeit und die unsicheren Konjunkturaussichten. Berücksichtigt man zusätzlich die geänderten Bedingungen eines zusammenwachsenden Arbeitsmarktes im vereinten Deutschland und die Auswirkung der Lohnanhebungen auf die Ausgaben des Staates, so muß eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik für das Jahr 1993 die Nominallohnsteigerung eng an der Produktivitätszunahme halten. Der Ausgleich für die Veränderung des Preisniveaus muß merklich unter der erwarteten Preissteigerungsrate liegen und eine Rückkehr zur Preisstabilität ermöglichen. Die Lohnsteigerungsrate des Jahres 1993 muß sehr deutlich hinter der des Vorjahres zurückbleiben.

Verantwortung für die Beschäftigung

392. Der Sachverständigenrat beobachtet mit Sorge die Entwicklungen, die sich für das Jahr 1993 am deutschen Arbeitsmarkt abzeichnen. In den neuen Bundesländern ist eine Besserung noch nicht zu erkennen, in Westdeutschland ist mit einem Abbau der Beschäftigung zu rechnen (Ziffer 251). Wir nehmen diese kritische Situation zum Anlaß, erneut dafür zu werben, daß sich auf mittlere Frist der Anstieg der Tariflöhne an der Produktivitätszunahme orientiert. Diese lohnpolitische Konzeption fußt auf der Erfahrung, daß Lohnsteigerungen, die weit über den Produktivitätsfortschritt hinausgehen, früher oder später Fehlentwicklungen auslösen, sei es, daß sie die Beschäftigungsmöglichkeiten beeinträchtigen, sei es, daß sie den Preisauftrieb beschleunigen.

Sehen sich die Unternehmen einer geringen Nachfrage gegenüber oder stehen sie in einem scharfen Preiswettbewerb, dann wird es ihnen nicht möglich sein, die Lohnkostensteigerung in den Absatzpreisen weiterzugeben. Übermäßige Nominallohnerhöhungen führen zu einer Gewinnkompression. Fehlt es in einer solchen Situation an Produktivitätspotentialen, die sich zum Ausgleich der Nominallohnsteigerungen mobilisieren lassen, dann werden die Unternehmen sich anpassen, indem sie Personal abbauen oder entsprechend weniger Neueinstellungen vornehmen. Auch die Investitionspläne werden eingeschränkt oder stärker auf die Substitution von Arbeit gerichtet. Gelingt den Unternehmen hingegen eine weitgehende oder vollständige Überwälzung der zusätzlichen Lohnkosten in die Preise, so wird der Kaufkraftgewinn der Arbeitnehmer, der zunächst mit der Nominallohnsteigerung einhergeht, letztendlich wieder zunichte gemacht. Schwerer wiegt aus gesamtwirtschaftlicher Sicht, daß die Preisniveaustabilität dann gefährdet ist und die Bundesbank zu einer restriktiven Geldpolitik veranlaßt werden würde. Über hohe Zinsen und eine schwächere Nachfrageentwicklung hätte dies aber letztlich wiederum negative Rückwirkungen auf die Investitionstätigkeit und die Nachfrage nach Arbeitskräften.

393. Der Spielraum für eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik hängt auch davon ab, wie die Lohnnebenkosten steigen. Nicht die Löhne allein, die gesamten Arbeitskosten müssen sich an der Produktivität orientieren, müssen von den Unternehmen erwirtschaftet werden. Die Lohnnebenkosten sind ein nicht unwesentlicher Teil der gesamten Arbeitskosten. Sie werden von den Unternehmen freiwillig, aufgrund tariflicher Abmachungen und kraft gesetzlicher Regelungen gezahlt. Die gesetzlich bedingten Lohnnebenkosten, vor allem die Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung und Rentenversicherung sowie die Fortzahlung des Lohns im Krankheitsfall, wirken wie eine Steuer auf den Faktor Arbeit. Dies gilt auch für die Einführung einer über Beiträge finanzierten gesetzlichen Pflegeversicherung.

Neue Bundesländer: Mehr Raum für Lohndifferenzierung schaffen, vorgesehene Lohnerhöhungen strecken

394. Die Lohnpolitik in den jungen Bundesländern verfolgte bisher das Ziel, die Tariflöhne schnell an das westdeutsche Niveau anzupassen. Im Jahre 1992 sind

nach unserer Schätzung die tariflichen Monatslöhne um 37 vH gestiegen. Ende des Jahres 1993 dürften sie, wenn die Lohnpolitik sich nicht ändert, gut 80 vH des westdeutschen Niveaus erreicht haben; in einzelnen Branchen und Regionen werden die Tariflöhne Ende des Jahres 1993 mit dem westdeutschen Niveau gleichgezogen haben. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die durchschnittliche tarifliche Arbeitszeit länger und die Urlaubszeit kürzer als in Westdeutschland sind. Die Tariflöhne pro Stunde machten Ende des Jahres 1992 etwa 70 vH des westdeutschen Niveaus aus.

395. Bis Ende des Jahres 1992 war bei den Effektivlöhnen eine Anpassung auf etwa 67½ vH erreicht. Zu einem Teil ist diese Entwicklung das Ergebnis von Marktkräften. Dies gilt überall dort, wo ein im großen und ganzen integrierter Arbeitsmarkt in Deutschland bereits besteht und wo Arbeitskräfte mobil sind und nur durch Löhne, die sich stärker an dem westlichen Niveau orientieren, in den neuen Bundesländern gehalten werden können. Dies gilt auch, wo einzelne ostdeutsche Unternehmen oder Branchen aufgrund einer positiven Entwicklung bereits verstärkt Arbeitskräfte nachfragen. In diesen Fällen sind die ostdeutschen Löhne eine Reaktion auf Knappheitsverhältnisse am Arbeitsmarkt. Zu einem überwiegenden Teil ist die Lohnanpassung aber das Resultat der Tarifpolitik.

Aus der Sicht des einzelnen Arbeitnehmers mag eine Strategie der schnellen Lohnangleichung verständlich erscheinen, sofern er einen Arbeitsplatz hat und diesen nicht gefährdet sieht — gesamtwirtschaftlich sind jedoch die Effekte auf Beschäftigung und Wachstum zu bedenken. Das von den Tarifvertragsparteien verfolgte Ziel, die Löhne schnell an das westdeutsche Niveau heranzuführen, trifft in den Wirtschaftszweigen, Unternehmen, Betrieben und in den Regionen Ostdeutschlands auf sehr unterschiedliche Bedingungen:

- Bei einer Reihe von Dienstleistungsbereichen, wie bei Banken und Versicherungen, ist der Anpassungsprozeß gut vorangekommen. Dies gilt abgestuft auch für die Baubranche und ihr vorgelagerte Sektoren und tendenziell für die Produktion sogenannter lokaler Güter. Hier darf man vermuten, daß sich die Leistungskraft der Unternehmen — differenziert nach den einzelnen Branchen — positiv entwickelt.
- Auch bei einigen kapitalintensiven Investitionen westdeutscher und internationaler Unternehmen, etwa im Automobilbau, zeichnet sich eine sehr hohe Produktivität ab, die nach einer Anpassungsphase sogar das westdeutsche Niveau übersteigen kann.
- Bei der Vielzahl der neu gegründeten und der privatisierten Unternehmen kommt es darauf an, die Produktionsverfahren zu modernisieren, neue Produkte zu konzipieren und Absatzmärkte zu erschließen. Hier muß sich die Leistungsfähigkeit der Betriebe erst am Markt erweisen. Dies gilt für viele mittelständische Unternehmen im Dienstleistungsbereich; es trifft in besonderem Maße für die Industrie zu, wo die meisten Unternehmen noch tief im Anpassungsprozeß stecken.
- In den Treuhandunternehmen, die noch nicht privatisiert sind, steht die Anpassung an die neuen wirtschaftlichen Bedingungen weitgehend noch aus, ja ihre wirtschaftliche Zukunft erscheint höchst ungewiß. Ein Teil der Unternehmen wird nicht überleben können; bei den anderen sind nach der Privatisierung gravierende Anpassungsprozesse erforderlich.

Eine Politik der schnellen Lohnangleichung wirkt sich in den einzelnen Unternehmen aufgrund der jeweils anders gelagerten Situation unterschiedlich aus. Für die neu gegründeten und privatisierten Unternehmen, die nicht genau wissen, ob ihr Produkt auf dem Markt auch Nachfrage findet, die damit ein erhebliches Erlösrisiko tragen und die sich möglicherweise hoch verschulden müssen, um eine Investition zu finanzieren, wird der wirtschaftliche Erfolg schwerer. Aber gerade diese Unternehmen, die vorwiegend dem mittelständischen Bereich zuzuordnen sind, müssen ähnlich wie in Westdeutschland die Mehrzahl der Arbeitsplätze bereitstellen. In den Treuhandunternehmen, deren Wertschöpfung zumeist geringer ist als die Lohnsumme, gehen die Lohnerhöhungen zu Lasten der Treuhandanstalt und damit letztendlich der Steuerzahler. Das Lohnniveau ist auch nicht ohne Einfluß darauf, ob die noch zu privatisierenden Treuhandunternehmen wirtschaftlich überleben, wenn auch der neue Eigentümer darauf abstellen mag, eine Kompensation für höhere Löhne durch einen entsprechend niedrigeren Kaufpreis oder durch Starthilfen der Treuhandanstalt zu erhalten.

396. Die offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern von zum gegenwärtigen Zeitpunkt insgesamt 2,9 Millionen Personen hat eine ganze Reihe von Ursachen. Hierzu zählt die von der sozialistischen Planwirtschaft hinterlassene mangelnde Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft mit der Folge, daß sich die Unternehmen in einem langwierigen Prozeß an die neuen Bedingungen anpassen müssen und daß der volkswirtschaftliche Produktionsapparat von Grund auf zu erneuern ist. Zu den Ursachen gehört auch, daß bei dem Reformprozeß in Osteuropa der Außenhandel auf Weltmarktpreise in konvertiblen Währungen umgestellt wurde und damit — neben dem Einbruch der Produktion, der mit dem Umbau der Volkswirtschaften in Mittel- und Osteuropa verbunden ist — bisherige Exporte weggebrochen sind. Zu den Ursachen ist ferner zu rechnen, daß die Währungsumstellung für die ostdeutschen Unternehmen wie eine kräftige Aufwertung wirkte. Aber ebensowenig ist zu bestreiten, daß hohe und undifferenzierte Lohnanhebungen, die über die Steigerung der Leistungskraft der einzelnen Unternehmen hinausgehen, den wirtschaftlichen Aufholprozeß beeinträchtigen und verzögern. Die Beschäftigung bleibt geringer, die Arbeitslosigkeit wird größer.

397. Um die Forderung nach einem tarifpolitischen Kurswechsel in den neuen Bundesländern zu untermauern, wird häufig auf die große Lücke zwischen durchschnittlicher Arbeitsproduktivität und Lohnniveau hingewiesen. In der Tat laufen diese Größen in krasser Weise auseinander; die Produktivität — gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstäti-

gen — ist vom 2. Halbjahr 1990 bis zum 2. Halbjahr 1992 um etwa 28 vH, das Lohnniveau — gemessen als Bruttolohn- und -gehaltssumme je abhängig Beschäftigten — um 106 vH gestiegen. Die Lohnstückkosten lagen im 2. Halbjahr 1992 um schätzungsweise 61 vH höher als im 2. Halbjahr 1990 und überschreiten damit das westdeutsche Niveau mittlerweile um 75 vH.

Bei der Interpretation dieser Größen ist Vorsicht angebracht (Ziffer 127). Die Arbeitsproduktivität ist eine gesamtwirtschaftliche Durchschnittsgröße, in der die hohen Produktivitätsniveaus neu entstehender Produktionskapazitäten ebenso enthalten sind wie die niedrigen Produktivitäten alter Unternehmen, deren Beschäftigungsniveau nur durch Stützungsmaßnahmen aufrechterhalten werden kann. Die durchschnittliche Arbeitsproduktivität verdeckt damit gerade die Unterschiede in den sektoralen, regionalen und betrieblichen Entwicklungen, auf die es der Lohnpolitik in den neuen Bundesländern besonders ankommen muß. Auch kann das Niveau der Lohnstückkosten in den alten Bundesländern nicht der Maßstab für die Tarifpolitik der neuen Bundesländer sein. Ein langsamerer Lohnanstieg in Ostdeutschland, der aufgrund des gravierenden Mangels an Arbeitsplätzen dringend erforderlich ist, würde zwar vermutlich auch die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten senken. Solange aber die ostdeutsche Wirtschaft noch mit wesentlich weniger Kapital als die westdeutsche Wirtschaft ausgestattet ist, wird ein größerer Anteil der Wertschöpfung auf die Entlohnung des Faktors Arbeit entfallen. Erst wenn die Kapitalintensität in der ostdeutschen Wirtschaft ähnlich hoch ist wie in Westdeutschland, und das wird viele Jahre in Anspruch nehmen, dürfte sich die Relation der Lohnstückkosten in beiden Landesteilen annähern. All dies relativiert die Aussagekraft der Lohnstückkostenentwicklung für die Tarifpolitik. Das Auseinanderlaufen von Lohnhöhe und Produktivitätsniveau deutet aber auf die Größenordnung des gesamtwirtschaftlichen Problems der neuen Bundesländer hin, das sowohl die Tarifpolitik als auch die allgemeine Wirtschaftspolitik fordert. Die Entwicklung zeigt, wie schwierig die Ausgangslage für die Tarifpolitik in den neuen Bundesländern ist.

398. Im Urteil des Sachverständigenrates wäre für das Jahr 1992 die beste Strategie gewesen, die Tariflöhne in den neuen Bundesländern für zwei bis drei Jahre mit der ostdeutschen Preissteigerungsrate und — im Hinblick auf das Zusammenwachsen der beiden Arbeitsmärkte — mit der westdeutschen Produktivitätsrate zunehmen zu lassen (JG 91 Ziffer 378). Dies hätte für das Jahr 1992 eine Lohnsteigerungsrate von 11 ½ vH pro Stunde bedeutet. Tatsächlich lagen die Nominallohnsteigerungen wesentlich höher. Der Sachverständigenrat plädiert für einen Kurswechsel in der Lohnpolitik. Nach den Lohnerhöhungen des Jahres 1992 ist die Ausgangssituation für die Lohnpolitik in Ostdeutschland noch ungünstiger, eine Korrektur noch dringender geworden. Die Lohnpolitik ist gut beraten, das Ruder herumzuwerfen und

— bei den einjährigen Tarifverträgen die besondere Situation in den einzelnen Branchen und Regionen stärker als bisher zu berücksichtigen (Ziffer 399) und

— die in den mehrjährigen Tarifverträgen vorgesehenen Lohnerhöhungen zeitlich zu strecken oder wenigstens deutlich zu reduzieren (Ziffer 400).

In beiden Fällen können die Tarifvertragsparteien darauf setzen, daß sich über die Lohndrift in einzelnen Bereichen eine stärkere Differenzierung herausbildet (Ziffer 401). Für Betriebe, die in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind, sollten die Tarifvertragsparteien die Tarifverträge öffnen und die Möglichkeit zulassen, daß von den Verträgen durch Betriebsvereinbarung abgewichen werden kann (Ziffer 402).

399. Bei den Tarifverträgen, die jeweils für ein Jahr abgeschlossen werden, kommt es darauf an, der spezifischen Situation der einzelnen Branchen verstärkt Rechnung zu tragen. Es liegt in der Verantwortung der Tarifvertragsparteien, auf die Entwicklungschancen der Branchen und damit auf die in der Zukunft mögliche Entstehung von Arbeitsplätzen Rücksicht zu nehmen. Dabei ist davon auszugehen, daß die Tarifvertragsparteien hinreichende Information über die Lage in den einzelnen Branchen haben. Vor allem in den Bereichen, die noch tief im Anpassungsprozeß stecken, empfiehlt es sich, auf die Leistungskraft der Betriebe zu achten. Die Tarifverträge sollten dabei, mehr als bisher, die Möglichkeit zulassen, daß einzelne Betriebe im Einvernehmen mit dem Betriebsrat von dem Tarifvertrag abweichen können. Viel spricht dafür, daß die Tarifvertragsparteien, wo immer erforderlich, innerhalb einer Branche die Löhne auch regional stärker differenzieren.

400. Bei den mehrjährigen Tarifverträgen ist es geboten, die in Aussicht genommenen Erhöhungen zeitlich zu strecken oder wenigstens deutlich zu reduzieren. Diese Abschlüsse — insgesamt fünfzig — gelten für wichtige Bereiche und strahlen auf die einjährigen Tarifverträge und die Lohnbildung allgemein aus. Allein die Verträge in der Metall- und Elektroindustrie und im öffentlichen Dienst erstrekken sich auf gut ein Viertel der ostdeutschen Beschäftigten. Mehrjährige Kontrakte sind unter anderem auch für das Reprographische Gewerbe und die Druckindustrie abgeschlossen worden. Teilweise sind in den mehrjährigen Verträgen Revisionsmöglichkeiten vorgesehen, so in der Metall- und Elektroindustrie.

Die in den mehrjährigen Verträgen für das Jahr 1993 in Aussicht genommenen Lohnerhöhungen sind zu einem Zeitpunkt festgelegt worden, als das Ausmaß der Anpassungskrise in den neuen Bundesländern und die Auswirkung auf den Arbeitsmarkt noch nicht richtig eingeschätzt worden sind. Die Lohnerhöhungen des Jahres 1992 waren nach allen Kriterien, die man heranziehen kann, zu hoch; sie finden — das ist unser Bild — in dem Anpassungsprozeß der Unternehmen noch keine Entsprechung. Die Lohnerhöhungen des Jahres 1992 waren ein Vorgriff auf mögliche Produktivitätssteigerungen — sozusagen ein Vorschuß —, der aber durch die reale Entwicklung nicht gedeckt ist. Eine zeitliche Streckung bedeutet, daß der Vorschuß im Jahre 1993 zu einem Teil abgetragen wird. Dabei wird den Arbeitnehmern in den neuen Bundesländern viel zugemutet; unsere Einschätzung ist jedoch, daß es für das Jahr 1993 zu lohnpolitischer Zurückhaltung keine Alternative gibt.

Wie ein zeitliches Hinausschieben im Detail aussehen kann, bleibt den Tarifvertragsparteien überlassen. Zu denken wäre etwa daran, die für das Jahr 1993 in vielen Tarifverträgen vorgesehenen Lohnerhöhungen erst mit einer Verzögerung von einem Jahr zu vollziehen. Die für 1993 geplanten Lohnerhöhungen würden also erst im Jahre 1994 wirksam. Bei einer solchen Streckung bleiben die Tariflöhne im Verlauf des Jahres 1993 konstant. Da im Jahresverlauf aber die Preise weiter steigen werden, bedeutet das über das Jahr gesehen einen Rückgang der Reallöhne. Jedoch sind im Vorjahr die Reallöhne sehr kräftig angestiegen.

Wenn die Tarifvertragsparteien zu einer Lohnpolitik mit diesen Konsequenzen nicht in der Lage sind, so kann die äußerste Linie nur sein, bei den Nominallöhnen keinesfalls über das hinauszugehen, was im Verlauf des Jahres 1993 den Reallohn sichert.

401. Bei einer Streckung kann man auf die unterschiedliche Situation in den einzelnen Branchen abstellen. So ist zu berücksichtigen, wie stark die Erhöhungen in den einzelnen Bereichen im Jahre 1992 waren; es ist aber ebenfalls zu beachten, welche Produktivitätsfortschritte zu erwarten sind. Grundsätzlich obliegt es den Tarifvertragsparteien, aufgrund ihrer Information über die Lage in den einzelnen Branchen geeignete Wege zu finden. Auch eine Neuverhandlung mit dem Abschluß einjähriger Tarifverträge sollte grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden.

Eine Streckung der Lohnabschlüsse erlaubt es, in einzelnen Unternehmen, Branchen und Regionen stärker auf die Lohndrift durch die Marktkräfte zu setzen. In Bereichen, in denen der Anpassungsprozeß vorankommt, kann gegebenenfalls ein Lohn gezahlt werden, der über den Tarifen liegt. Dies wird um so eher gelingen, wie die wachstumsorientierte Strategie für die neuen Bundesländer greift. Mit einer Erneuerung des Produktionsapparates, mit der Einführung neuer Produkte und mit dem Erschließen neuer Märkte steigt die Produktivität; die Löhne können dann zunehmen. Gleichzeitig stellt sich mit der Streckung eine Lohndifferenzierung ein, die auf die betriebliche Leistungskraft Rücksicht nehmen kann. Die nicht so leistungsfähigen Unternehmen gewinnen durch die zeitliche Verschiebung der Lohnerhöhungen eine Chance, am Leben zu bleiben, so daß Arbeitsplätze erhalten werden können. Insgesamt ist zu erwarten, daß über die Lohndrift die Effektivlöhne in einzelnen Marktsegmenten, in denen ostdeutsche Unternehmen bereits leistungsfähig sind, stärker als die Tariflöhne steigen, und zwar sowohl sektoral als auch regional.

402. Eine Reihe von Betrieben befindet sich in einer Sondersituation; ihnen kann durch eine Streckung der verabredeten Lohnerhöhungen allein nicht geholfen werden. Hier sollten die Tarifverträge, soweit dies nicht schon vorgesehen ist, die Möglichkeit zulassen, daß von den getroffenen Vereinbarungen vorübergehend abgewichen werden kann, wenn sich auf diese Weise die Chance für das Überleben eines Betriebes verbessern läßt. Hinreichend für ein Abgehen von dem Tarifvertrag sollte das Einvernehmen mit dem Betriebsrat sein.

Inzwischen nimmt der Organisationsgrad der Arbeitgeber ab; vor allem neue Unternehmen treten den Verbänden nicht bei. In einzelnen Wirtschaftszweigen wie in der Druckindustrie und in der Holzverarbeitenden Industrie ist ein beachtlicher Anteil der Unternehmen nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes (Ziffer 126). Zur Begründung werden neben der Lohnhöhe auch die Rahmenregelungen angeführt, die etwa Kündigungsbedingungen festlegen. Die Anzahl der Firmentarifverträge ist hoch. Es muß ein Warnsignal für die Tarifpartner sein, daß sich potentielle Mitglieder von ihrem Verband nicht angemessen repräsentiert sehen. Aus ihrem eigenen Interesse heraus sind die Tarifpartner deshalb gut beraten, Wege zu finden, wie die Tarifverträge gegebenenfalls abbedungen werden können. Gesetzliche Regelungen können nicht im Interesse der Tarifvertragsparteien liegen.

403. Tarifverträge wirken fort, wenn Unternehmen aus dem Arbeitgeberverband ausscheiden (§ 3 Abs. 3 Tarifvertragsgesetz). Dies gilt auch dann, wenn ein neuer Eigentümer das Unternehmen erwirbt. Die Nachwirkung hat zur Folge, daß die privatisierten Unternehmen an die mehrjährigen Tarifverträge gebunden sind, obwohl sie bei deren Entstehen nicht mitgewirkt haben. Außerdem waren die Eigentümer, die bei Tarifverhandlungen in der Regel eine angemessene Verzinsung des Kapitals und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf lange Frist im Auge haben, beim Abschluß der Tarifverträge nicht angemessen repräsentiert. Die Nachwirkungspflicht paßt deshalb nicht auf langfristige Verträge in der Umbruchsituation Ostdeutschlands, wo Flexibilität erforderlich ist, um mit unerwarteten Entwicklungen fertig zu werden. Hier sollte entweder die Nachwirkung vorübergehend außer Kraft gesetzt oder die Möglichkeit geschaffen werden, daß Tarifvertragsparteien im Einvernehmen die Nachwirkung aussetzen können. Die Aussetzung der Nachwirkung wäre weniger dringlich, wenn von Öffnungsklauseln mehr Gebrauch gemacht werden könnte.

404. Ein Abweichen im Rahmen der Öffnungsklauseln könnte für die Arbeitnehmer in einzelnen Branchen attraktiver gemacht werden, wenn sie am zukünftigen Gewinn oder auch am Vermögen der Unternehmen beteiligt würden. Die Arbeitnehmer verringern durch ihre Lohnzurückhaltung Risiken für die Unternehmen; das sollte bei positiver Entwicklung honoriert werden. Wir verkennen allerdings nicht, daß Beteiligungsformen in der derzeitigen Situation Ostdeutschlands wohl nicht auf breiter Front Anwendung finden werden.

Die Ausgestaltung der Beteiligung, ob am Gewinn ausgerichtet oder als Investivlohn, können die Tarifvertragsparteien selbst finden. Folgendes ist dabei jedoch zu beachten. Zum einen kann Lohnzurückhaltung in Verbindung mit Gewinn- oder Vermögensbeteiligung zwar die Wahrscheinlichkeit erhöhen, daß Arbeitsplätze erhalten werden. Dies läßt sich aber nicht mit Sicherheit erreichen. Beteiligungsformen können deshalb nicht mit einer formalen Arbeitsplatzgarantie verbunden sein. Zum anderen folgt aus der Sondersituation Ostdeutschlands mit unterschiedlicher Leistungskraft in den einzelnen Betrieben, daß

Beteiligungen nicht gesamtwirtschaftlich und auch nicht branchenmäßig zu organisieren, sondern auf das einzelne Unternehmen oder sogar Teile eines Unternehmens zu beziehen sind. Fondslösungen sind deshalb problematisch. Der Beteiligungslohn, durch den die Arbeitnehmer Risiken ihrer Unternehmen tragen, bezieht sich überdies auf die gewerbliche Wirtschaft, er kann aus seiner Begründung heraus nicht auf den staatlichen Bereich angewandt werden.

405. Bei den jährlichen Tarifverträgen für eine Differenzierung nach der Leistungskraft der Unternehmen zu sorgen, bei den mehrjährigen Verträgen die Lohnerhöhungen zu strecken, auf die Lohndrift zu setzen und die Tarifverträge zu öffnen — diese Strategien sind nicht unabhängig voneinander. Gelingen die Differenzierung und die Streckung, so kann die Lohndrift eine größere Rolle spielen, und die Dringlichkeit der Öffnung von Tarifverträgen wird — von Sonderfällen abgesehen — verringert. Kommen Differenzierung und eine Streckung aber nicht zustande, so hat die Lohndrift eine geringere Bedeutung; dagegen hängt dann die lohnpolitische Anpassung entscheidend von der Öffnung der Tarifverträge in den einzelnen Betrieben ab.

Westdeutschland: Löhne enger an der Produktivität orientieren

406. Im Jahre 1992 lag in Westdeutschland die Steigerungsrate der Tariflöhne mit 5,8 vH wie schon im Vorjahr weit über dem Anstieg der Arbeitsproduktivität. Die Lohnstückkosten haben sich mit 4 vH (1992) und 4,6 vH (1991) kräftig erhöht (Schaubild 14, Seite 102). Die für 1993 bereits abgeschlossenen Tarifverträge in der Metallindustrie enthalten Steigerungsraten von mehr als 5½ vH, wenn man die Arbeitszeitverkürzungen berücksichtigt; Forderungen in einigen Bereichen liegen zwischen 5 vH und 7½ vH.

407. In Westdeutschland ist das Umfeld für die Lohnfindung des Jahres 1993 schwierig. In diesem Jahr kam ein neun Jahre dauernder Beschäftigungsaufbau zum Erliegen. Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm um 230 000 zu, im Verarbeitenden Gewerbe ging die Beschäftigung zurück. Die Investitionstätigkeit in der gewerblichen Wirtschaft war 1992 leicht rückläufig; die Entwicklung der Konjunktur ist mit Unwägbarkeiten behaftet. All dies mahnt zu einem Kurswechsel in der westdeutschen Lohnpolitik. Der Sachverständigenrat wirbt dafür, die Nominallohnerhöhungen wieder stärker an der Zunahme der Produktivität zu orientieren.

Damit werden in der derzeitigen Konjunktursituation günstigere Bedingungen für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung geschaffen. In den achtziger Jahren hat sich in Westdeutschland gezeigt, daß eine moderate Lohnpolitik insgesamt günstige Auswirkungen für die Beschäftigung hatte. Die Beschäftigung ist von 1982 bis 1990 mit durchschnittlich 1 vH pro Jahr — um 1,9 Millionen Personen — gestiegen.

Die Arbeitnehmer müssen in bezug auf ihren Reallohn nicht schlechter fahren, wenn sich die Nominallohnsteigerungen im Einklang mit der Produktivitätsentwicklung befinden, anstatt weit darüber hinauszugehen. Da Löhne als Kostenfaktor das Preisniveau beeinflussen, nähme ein Anstieg des Preisniveaus, der durch überhöhte Lohnsteigerungen induziert wird, einen Teil der Lohnerhöhung real wieder weg.

408. Für eine neue Ausrichtung der westdeutschen Lohnpolitik spricht auch, daß Interdependenzen mit den neuen Bundesländern berücksichtigt werden müssen. Deutschland hat am Jahresende 1992 mit 3 Millionen registrierten Arbeitslosen und mit knapp 2,3 Millionen Personen, die durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen abgesichert werden, im wirtschaftlichen Anpassungsprozeß an die politische Vereinigung vorübergehend ein Überangebot an Arbeitskräften. In Ostdeutschland sind 2,9 Millionen Arbeitnehmer offen oder verdeckt arbeitslos (Ziffer 145). Wie in einem System kommunizierender Röhren bestehen vielfältige Interdependenzen zwischen ostdeutschem Arbeitsmarkt und westdeutscher Lohnpolitik, die zu beachten sind.

Insoweit ostdeutsche Arbeitskräfte mobil sind, sorgen sie für zusätzliches Arbeitsangebot in Westdeutschland. Zwar sollte man diesem Angebotseffekt der insgesamt gut eine Million seit dem Juli 1989 aus Ostdeutschland zugezogenen Personen und der derzeit schätzungsweise 430 000 Pendler bei einer Erwerbspersonenanzahl von über 30 Millionen in Westdeutschland nicht zu viel Gewicht beimessen. In räumlich besonders integrierten Arbeitsmärkten wie in Berlin oder entlang der ehemaligen Grenze ist das zusätzliche Arbeitsangebot aber von Bedeutung. Auch sind ostdeutsche Arbeitnehmer in Engpässe, etwa in westdeutsche Agglomerationen, gegangen. Hier wachsen die Arbeitsmärkte zusammen. Dadurch gleichen sich die Löhne in Ostdeutschland über Marktprozesse tendenziell an die in Westdeutschland an. Dies gilt selbst dann, wenn es nicht zu Wanderungen kommt, aber ostdeutsche Arbeitnehmer besser bezahlt werden müssen, um sie am Ort zu halten. Durch das zusätzliche Angebot können sich aber auch Lohnrelationen am westdeutschen Arbeitsmarkt, etwa in einzelnen Regionen, verschieben. Allerdings ist es schwierig, die Größenordnung solcher Auswirkungen anzugeben; wir haben hier derzeit einen unzureichenden Informationsstand. Der ostdeutsche und der westdeutsche Arbeitsmarkt stehen zudem in vielfältiger Weise auch über die Kapitalbildung im Zusammenhang, etwa wenn Ostdeutschland Investitionen attrahiert, die sonst möglicherweise und wohl nur zu einem Teil in Westdeutschland durchgeführt worden wären, oder wenn Ostdeutschland auf mittlere und längere Frist bei anspringendem Wachstumsprozeß über die verstärkte Nachfrage die westdeutsche Kapitalbildung stimuliert. Auch hier sind Effekte auf die Lohnrelationen am westdeutschen Arbeitsmarkt, etwa zwischen einzelnen Sektoren, möglich, die allerdings derzeit ebenfalls noch nicht abgeschätzt werden können.

409. Die beiden Arbeitsmärkte sind außer über Marktprozesse durch den kollektiven Lohnfindungsprozeß miteinander verknüpft. Die Abschlüsse in Westdeutschland dienen den Tarifvertragsparteien als Orientierungsmarke für die ostdeutschen Lohntarife, die in vielen Verträgen unmittelbar an das

westdeutsche Niveau gekoppelt sind. Westdeutsche Lohnsteigerungen haben über diesen Kopplungseffekt Einfluß auf die Höhe der Transfers von West nach Ost. Denn zum einen lassen die höheren Löhne die Haushaltsdefizite der ostdeutschen Länder und Gemeinden wachsen; zum anderen können die automatisch steigenden ostdeutschen Löhne den Abbau der offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern verzögern und damit höhere Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, auch bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, erfordern. Zur Finanzierung müssen die westdeutschen Arbeitnehmer beitragen. Auch deshalb empfiehlt sich eine maßvolle Lohnpolitik in Westdeutschland.

410. Die Lohnpolitik wirkt auch noch auf einem anderen Weg in den Bereich der Finanzpolitik hinein. Die Konsolidierungsaufgabe ist nicht unabhängig von den Lohnabschlüssen. Außer durch die steigenden Transferzahlungen nehmen die Staatsausgaben pro Prozentpunkt Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst (einschließlich Bahn und Post) um knapp 4 Mrd DM pro Jahr zu. Dem sind freilich Steuermehreinnahmen gegenzurechnen. Übermäßige Lohnsteigerungen im staatlichen Bereich sollten die notwendige Konsolidierung nicht erschweren. Denn sonst müßten gegebenenfalls Abgaben und Steuern erhöht werden, die das Nettorealeinkommen der Arbeitnehmer schmälern würden. Dabei ist zu beachten, daß größere Finanzierungsbeiträge nur dann zu erzielen sind, wenn auch die breite Masse der Arbeitnehmer, in welcher Form auch immer, betroffen wird.

411. Die Lohnpolitik in Westdeutschland setzt nicht nur Rahmenbedingungen für die Konsolidierung der Staatsfinanzen, sie beeinflußt über die Effekte auf das Preisniveau auch das Umfeld mit, in dem die Bundesbank ihre stabilitätsorientierte Geldpolitik betreiben kann. Diese Politikbereiche stehen in einem Zusammenhang. Ob das Bündel der drei Politikbereiche — Finanzpolitik, Lohnpolitik und Geldpolitik —, das für die Ziele Wachstum, Beschäftigung und Preisniveaustabilität so wichtige Policy Mix, neu geordnet werden kann, wird im Jahre 1993 nicht zuletzt von der Lohnpolitik abhängen.

412. Das Fazit aus alledem lautet: In Westdeutschland muß die Lohnpolitik einen Kurswechsel vollziehen. Es ist geboten, die Nominallohnsteigerungen eng an der mittelfristigen Produktivitätszunahme zu orientieren.

Der Ausgleich für den Preisanstieg muß unterhalb der erwarteten Preissteigerungsrate liegen, da die Nominallohnsteigerungen selbst zum Preisanstieg beitragen und damit den gegenwärtigen Preistrend tendenziell festschreiben (JG 89 Ziffer 354). Ein Ausgleich in Höhe der erwarteten Preissteigerungsrate käme einer Indexierung gleich. Für das Jahr 1993 ist ein merklicher Abschlag von der erwarteten Preissteigerungsrate vorzunehmen. Die Auswirkung der zum 1. Januar 1993 wirksam werdenden Erhöhung der Mehrwertsteuer auf das Preisniveau von etwa einem halben Prozentpunkt ist aus der erwarteten Preissteigerungsrate herauszurechnen. Denn mit der Anhebung indirekter Steuern ist ein Einkommenstransfer vom privaten Sektor zum Staat gewollt. Der Staat kann den Transfer auch immer durchsetzen (JG 88 Ziffer 335). Würden die Bezieher von Arbeitseinkommen über Lohnerhöhungen eine Überwälzung versuchen, käme es zu einem Verteilungskampf, mit negativen Wirkungen auf Investitionen, Beschäftigung, Wachstum und Stabilität.

Es spricht alles dafür, die Neuorientierung in einem großen Schritt vorzunehmen, der den Kurswechsel in der Lohnpolitik klar zum Ausdruck bringt. Es ist zu hoffen, daß die Tarifvertragsparteien — im Einklang mit der Produktivitätsregel — deutlich unter den Abschlüssen des letzten Jahres bleiben, und zwar sehr deutlich darunter, war doch die Rate für das Jahr 1992 bereits nicht angemessen.

VIERTES KAPITEL

Wirtschaftspolitik für Europa nach Maastricht

413. Die Europäische Gemeinschaft tritt in eine neue Phase. Zum Jahreswechsel wird der Binnenmarkt weitgehend verwirklicht sein, spätestens zur Jahrtausendwende soll es eine Europäische Währungsunion geben. Die Aufnahme neuer Mitglieder, besonders Staaten aus dem EFTA-Raum, wird alsbald aktuell werden. Betonter als früher wird die Fortentwicklung der Gemeinschaft zu einer Politischen Union anvisiert. Noch nie in ihrer langjährigen Geschichte hat sich die Gemeinschaft ein so ehrgeiziges Integrationsziel vorgenommen. Anders als bei der Verwirklichung der Zollunion Ende der sechziger Jahre, anders auch als bei den drei Erweiterungen der Gemeinschaft von sechs auf zwölf Mitgliedstaaten in den siebziger und achtziger Jahren, ja anders selbst als bei dem Abbau von Binnengrenzen im Personen-, Güter- und Kapitalverkehr in den letzten Jahren — all dies waren Integrationsschübe, bei denen unmittelbar vor allem Produzenten, Investoren und der Außenhandel betroffen waren, nicht aber die einzelnen Bürger direkt im alltäglichen Leben —, wird nunmehr nach den Vereinbarungen von Maastricht ein qualitativer Sprung versucht. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß das Vertragswerk in praktisch allen Mitgliedstaaten eine lebhafte öffentliche Diskussion über das Für und Wider ausgelöst hat, und es ist nicht von vornherein selbstverständlich, daß die Bevölkerung — jenseits parlamentarischer Entscheidungen — den weiteren Integrationsprozeß bis hin zur politischen Union Europas trägt. In der kontroversen und mitunter emotionsgeladenen Debatte sind die Chancen des weiteren Integrationsprozesses in den Hintergrund geraten, wird den Risiken die größte Aufmerksamkeit zuteil. Als das Binnenmarkt-Projekt in Gang gesetzt wurde, war es genau umgekehrt: Allenthalben überwogen die positiven Erwartungen, Akzeptanzprobleme gab es nicht. Risiken und Chancen gehören stets zusammen, so auch jetzt. Dies zu beachten ist wichtig, damit sich nicht Europa-Verdrossenheit breitmacht, bei der an sich wünschenswerte Integrationsfortschritte unterbleiben würden und selbst das bisher Erreichte in Frage gestellt werden könnte.

I. Ein ehrgeiziges Integrationsvorhaben verständlich machen

414. Die Europäische Gemeinschaft hat mit dem am 7. Februar 1992 in Maastricht unterzeichneten „Vertrag über die Europäische Union" die Weichen für eine nachhaltige Vertiefung der Integration zwischen den Mitgliedstaaten in den kommenden Jahren gestellt.

— Vorgesehen ist, daß über die Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes hinaus bis zum Ende dieses Jahrzehntes eine europäische Währungsunion mit einer europäischen Zentralbank und einer gemeinschaftlichen Geldordnung gebildet wird. Die Schaffung einer Sozialunion wird angestrebt. Leitidee ist, einen ausgewogenen und dauerhaften wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt bei hohem Beschäftigungsniveau und angemessenem Schutz der Umwelt innerhalb der Gemeinschaft zu fördern. Der Vertrag hebt ausdrücklich hervor, daß die Preisniveaustabilität zu gewährleisten ist. Ordnungspolitisch verpflichtet der Vertrag die Mitgliedstaaten zu Marktoffenheit und unverfälschtem Wettbewerb.

— Der Vertrag von Maastricht setzt neue Regeln für die künftige Wirtschaftspolitik. Mit der Verwirklichung der Währungsunion wird die Zuständigkeit für die Geld- und Währungspolitik von den Mitgliedstaaten auf die Gemeinschaft übergehen. Die Verantwortung für die Finanzpolitik bleibt bei den nationalen Regierungen. In die Zuständigkeit der Gemeinschaft fallen wie bisher die Agrarpolitik und Fischereipolitik, die Verkehrspolitik und die Außenhandelspolitik. Eine Vergemeinschaftung weiterer Politikbereiche ist nicht vorgesehen, es gelten aber gemeinsame Ziele und Grundsätze, und damit bestehen Koordinierungserfordernisse in der Wirtschaftspolitik zwischen den Mitgliedsländern. Dem Vertrag zufolge soll die Gemeinschaft auf neuen Gebieten nur tätig werden, sofern und soweit sich die Integrationsziele auf der Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklichen lassen (Subsidiaritätsprinzip). Zu den Bereichen, in denen die Gemeinschaft wirtschaftspolitische Kompetenzen an sich ziehen könnte, zählt der Vertrag die Sozialpolitik, die berufliche Bildungspolitik, die Umweltschutzpolitik, die Forschungs- und Technologieförderungspolitik, die Industriepolitik.

— Außerhalb des umfassenden Regelwerkes zur Wirtschafts- und Währungsunion haben die Mitgliedstaaten Schritte zu einer verstärkten politischen Integration vereinbart. Danach soll eine Unionsbürgerschaft eingeführt werden, die die innergemeinschaftliche Freizügigkeit der Staatsangehörigen einzelner Mitgliedsländer verbrieft und ihnen im EG-Ausland am jeweiligen Wohnsitz das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen und bei Wahlen zum Europäischen Parlament einräumt. Überdies wird eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik angestrebt sowie eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Justiz- und Innenpolitik. Offengelassen wurde die Frage, wie eine künftige politische Union Europas, so sie denn geschaffen wird, verfaßt sein soll — als europäischer Zentralstaat, als europäischer Bundesstaat oder als europäischer

Staatenbund — und welche supranationalen Institutionen entwickelt und mit welchen Kompetenzen sie ausgestattet werden müssen.

415. Der Maastrichter Vertrag bedarf, um in Kraft treten zu können, der Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Vorschriften (Artikel R EUV in Verbindung mit Artikel 236 EWGV). Zuvor müssen die nationalen Verfassungen geändert werden, um die Übertragbarkeit von Souveränitätsrechten überhaupt zu ermöglichen. In der Bundesrepublik ist das Ratifizierungsverfahren mittlerweile eingeleitet, in anderen Ländern ist es bereits abgeschlossen worden. Dänemark hat in einer Volksabstimmung am 2. Juni 1992 den Vertrag knapp abgelehnt, Frankreich hat ihm in einem Referendum am 20. September 1992 knapp zugestimmt. Wegen der erforderlichen Einstimmigkeit kann der Vertrag vorerst nicht Gültigkeit erlangen, selbst wenn alle anderen Staaten ihn ratifizieren. Unabhängig davon ist die Verwirklichung des gemeinsamen Binnenmarktes nach Maßgabe der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986; ihr haben alle Mitgliedstaaten zugestimmt. Sie ist seit dem 1. Juli 1987 rechtswirksam.

416. Für den Maastrichter Vertrag muß eine Regelung gefunden werden, die das durch Dänemark aufgeworfene Problem auf völkerrechtlich einwandfreie Weise löst. Zusatzerklärungen und Protokolle, die den Wünschen Dänemarks Rechnung tragen und vom Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs einstimmig zu verabschieden sind, wären ein Weg. Ein anderer läge in Neuverhandlungen. Diese sollten nicht von vornherein ausgeschlossen werden, schon gar nicht mit dem Hinweis, daß dann das gesamte Vertragswerk aufgeschnürt würde, ohne irgendeine Gewähr eines wirklich verbesserten Ergebnisses — hieße dies doch, daß die Regierungen, ungeachtet der in Maastricht getroffenen Abreden, in Wirklichkeit unversöhnliche Standpunkte in wichtigen Fragen vertreten; dies wäre keine gute Grundlage für die Fortentwicklung der europäischen Integration. Eine „rein politische" Lösung zu suchen, gleichsam das Votum der dänischen Bevölkerung zu ignorieren und unbeirrt an dem im Vertrag abgesteckten Zeitplan festzuhalten, wäre der falsche Weg, und zwar nicht nur aus prinzipiell-rechtlichen Erwägungen, sondern auch wegen der Gefahr, daß unter den Bürgern Unbehagen und Skepsis weiter um sich greifen.

417. Daß es überhaupt Akzeptanzprobleme gibt, hat verschiedene und von Land zu Land unterschiedlich gewichtete Gründe. Mal sind es Inflationsängste, mal Ängste vor den unüberschaubaren finanziellen Folgen, mal Ängste vor zu großen strukturellen Anpassungserfordernissen, was die Menschen bewegt. Dies wird überlagert von der Sorge, daß zuviel nationale Souveränität und Identität aufgegeben werden müsse, daß zuviel Zentralismus und Bürokratie in den europäischen Instanzen heranwachse, daß zuwenig parlamentarisch kontrolliert und legitimiert sei von dem, was wirtschafts- und sozialpolitisch auf Gemeinschaftsebene entschieden werde. Auch die unklaren und häufig widersprüchlichen Verlautbarungen der Regierungen und der Europäischen Kommission über den weiteren politischen Integrationsprozeß, besonders sein Tempo und sein endgültiges Ziel, schrecken viele Menschen.

Die Politik darf all dies nicht ignorieren, vielmehr muß sie auf die Akzeptanz des Maastricht-Projektes durch die Bevölkerung hinwirken. Vordringlich ist zweierlei: Zum einen sollten die Regierungen das Ziel einer politischen Union neu überdenken, es jedenfalls behutsam und nicht mit festen Terminvorgaben verfolgen. Zum anderen sollten sie alles tun, um das Subsidiaritätsprinzip inhaltlich zu präzisieren.

418. Beide Erfordernisse sind miteinander verknüpft. Das erstgenannte verlangt Einsicht in die Tatsache, daß die Gemeinschaft für eine politische Vereinigung (noch) nicht reif ist: Die Mitgliedstaaten unterscheiden sich in gesellschaftlicher, kultureller, sozialer und sprachlicher Hinsicht zum Teil erheblich, die meisten unter ihnen haben keine föderale Tradition, einige sind innenpolitisch durch starke Zentrifugalkräfte einzelner Regionen gefordert. Solche Unterschiede haben ihre tiefen historischen Wurzeln. Sich die geplante Währungsunion als Schrittmacher für die politische Union vorzustellen, wie das mitunter geschieht, hat der Sachverständigenrat schon in einem früheren Jahresgutachten nicht für zwingend gehalten (JG 90 Ziffer 493). Das Projekt einer politischen Union geht weit über das Vorhaben der Wirtschafts- und Währungsunion hinaus. Komplizierte verfassungsrechtliche Fragen stehen an. Es ist dem Europäischen Rat unbenommen, eine unabhängige Expertenkommission einzusetzen, die hierzu Vorschläge unterbreitet.

419. Große Schwierigkeiten wird bereiten, den Grundsatz der Subsidiarität zu konkretisieren. Es geht um die Kompetenzverteilung zwischen den Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft, wobei den Mitgliedstaaten als der unteren Ebene grundsätzlich Vorrang gebührt. Die vereinbarte Formulierung ist allgemein gehalten (Artikel 3b EUV) und damit auslegungsfähig, wiederum im Spiegel der von Land zu Land unterschiedlichen Vorstellungen über die bestmögliche Form der staatlichen Ordnung und der Aufteilung der Kompetenzen unter den einzelnen Gebietskörperschaften, aber auch Ausdruck des Umstandes, daß besonders die südlichen Mitgliedsländer gerade in den Gemeinschaftsorganen den besten Anwalt ihrer Interessen sehen. Wohl schon deshalb sind die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft auf ihrem Sondergipfel am 16. Oktober 1992 über allgemeine Bekundungen hinaus noch nicht weiter konkret geworden.

Von dem unterschiedlichen Verständnis der Subsidiarität, das die einzelnen Regierungen haben, abgesehen, gibt es weitere Schwierigkeiten. Ökonomisch betrachtet müßte eine nationale Zuständigkeit immer dann vorliegen, wenn bei der Durchführung der jeweiligen Aufgaben Kosten eingespart werden können und den Präferenzen der Bevölkerung besser Rechnung getragen wird (im Vergleich zur Durchführung dieser Aufgaben auf Gemeinschaftsebene). Dies im Einzelfall festzustellen, dürfte nicht immer ohne weiteres möglich sein. In rechtswissenschaftlichen Fachkreisen gilt das Subsidiaritätsprinzip des Maastrichter Vertrages nicht nur als kaum justiziabel,

sondern ihm wird außerdem eine nur schwache Schutzwirkung gegenüber übermäßigen Zentralisierungstendenzen auf der Gemeinschaftsebene zugetraut. Der Mangel an Justiziabilität wird hergeleitet aus dem Fehlen von grundlegenden Rechten der Mitgliedstaaten und ihrer Bürger im Vertrag, die im Konfliktfall dem Europäischen Gerichtshof Entscheidungsmaßstäbe für die inhaltliche Ausformung des Subsidiaritätsprinzips an die Hand geben könnten. Die schwache Schutzwirkung wird aus dem Umstand gefolgert, daß im Vertrag die Zuständigkeiten nicht nach Tätigkeitsbereichen, sondern nach zu erreichenden Zielen abgegrenzt werden und damit sehr vieles zum Gegenstand von Gemeinschaftsregelungen gemacht werden kann, was zu gestalten durchaus den einzelstaatlichen Regierungen oder den Marktkräften überlassen werden könnte.

Eine künftige europäische Verfassung müßte für institutionelle Regelungen sorgen, die die Gefahr einer übermäßigen Ausdehnung der Kompetenzen der Gemeinschaft zu Lasten der Mitgliedstaaten möglichst klein hält. Aber schon jetzt sollten die Gemeinschaftsorgane gedrängt werden, sich bei der Ausweitung bestehender und der Geltendmachung neuer Kompetenzen größte Zurückhaltung aufzuerlegen. Aus deutscher Sicht wünschenswert wäre es zumindest, daß entsprechende Vorschläge der EG-Kommission vor der Beratung im Ministerrat den Mitgliedsländern zugeleitet und dort auf ihre Subsidiaritätsverträglichkeit hin überprüft werden. Bei einem solchen Verfahren gäbe es vermutlich auch eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit, die helfen würde, Zentralisierungsbestrebungen besser in Schach zu halten; gänzlich eliminieren wird man Tendenzen zu einer übermäßigen Zentralisierung aller Erfahrung nach freilich nicht können.

420. In der öffentlichen Diskussion über die ökonomischen Implikationen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion werden vor allem Risiken hervorgehoben, besonders die Risiken für den Geldwert. Weniger Aufmerksamkeit wird hingegen der Frage gewidmet, ob ein endgültiges Scheitern der Maastrichter Verträge nicht ebenfalls Anlaß zu schwerwiegenden Sorgen geben müßte. Die Frage nach der Alternative gehört aber ins Bild, ebenso die Frage nach den Chancen in dem einen und dem anderen Fall. Gewiß: Dem stabilen Geldwert muß ein hoher Rang gebühren. Daß dieser Rang in einer künftigen Europäischen Währungsunion mit hoher Wahrscheinlichkeit untergraben werden würde, im gegenwärtigen Europäischen Währungssystem aber stets respektiert wird, versteht sich aber nicht von selbst. Im Europäischen Währungssystem gibt es eine Konvergenz der nationalen Inflationsraten auf niedrigem Niveau nur in dem Maße, wie die Ankerwährung (bislang die D-Mark) stabil ist und die anderen Länder ihre Geldpolitik dem Stabilitätskurs der dominanten Notenbank anpassen und Wechselkursänderungen ausschließen. Die währungspolitischen Turbulenzen im September 1992 haben gezeigt, daß die stabilitätspolitische Harmonisierungsbereitschaft nicht unbegrenzt ist. Auch in der Europäischen Währungsunion gibt es keine absolute Stabilitätsgarantie, aber immerhin sind im Maastrichter Vertrag institutionelle Vorkehrungen zur Sicherung der Kaufkraft der künftigen Einheitswährung getroffen worden, wie sie keine nationale Geldordnung für die eigene Währung derzeit kennt, auch die deutsche nicht.

Wichtig ist überdies, daß auf dem Weg zum gemeinsamen Binnenmarkt noch Hindernisse wegzuräumen sind und die Offenheit des Binnenmarktes gegenüber Drittländern gesichert werden muß. Es ist keinesfalls ausgemacht, daß sich die Liberalisierung nach innen und die Liberalisierung nach außen ohne den Maastrichter Vertrag leichter verwirklichen ließen als mit ihm. Nicht auszuschließen ist, daß ein Fehlschlag der währungspolitischen Integration die bereits erzielten Liberalisierungsfortschritte auf anderen Gebieten in ihrem Bestand gefährden würde. Es könnte wieder zu Beschränkungen im Kapitalverkehr kommen — untereinander und im Verhältnis zu Drittländern —, auch zu Beschränkungen im Güterverkehr, damit zu weniger Wettbewerb, was sich nicht preisniveaustabilisierend auswirken würde. Die Idee von der europäischen Integration, alles was daran vernünftig ist, und das ist nicht wenig, wäre diskreditiert. Würde der Binnenmarkt nicht vollendet und verweigerte sich die Gemeinschaft der Wahrnehmung der Spezialisierungschancen, die die internationale Arbeitsteilung allemal bietet, so bliebe die gesamtwirtschaftliche Dynamik hierzulande und in den anderen EG-Staaten unterhalb der Möglichkeiten.

Anders gewendet: Der Vertrag von Maastricht beinhaltet Risiken, sein Scheitern aber auch. Die Regierungen haben es in der Hand, in Kenntnis der Risiken zu handeln, etwaigen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken und auf diese Weise letztlich die Weichen für eine funktionstüchtige Wirtschafts- und Währungsunion zu stellen. Zeit hierzu ist vorhanden.

421. Der Vertrag von Maastricht kommt den Vorstellungen des Sachverständigenrates über die erwünschte Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft in mehreren Punkten nahe (JG 91 Ziffern 397 ff.). Es gibt aber auch Unklarheiten, und neue Fragen sind aufgeworfen worden. Von den außerökonomischen Zielsetzungen einmal abgesehen stehen vier Themenbereiche im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Diskussion:

- die Einführung der Währungsunion unter Wahrung der Geldwertstabilität (Ziffern 422 ff.);
- die Gestaltung des gemeinsamen Binnenmarktes unter Wahrung der Bedingungen des freien Wettbewerbs (Ziffern 437 ff.);
- der künftige Kurs in der Außenhandelspolitik gegenüber Drittländern unter Wahrung der Prinzipien der Nichtdiskriminierung und Marktoffenheit (Ziffern 447 ff.);
- der Bedarf an Umverteilungsmaßnahmen (Transferzahlungen) innerhalb der Gemeinschaft unter Wahrung von Effizienzbedingungen (Ziffern 452 ff.).

Es geht um stabilitätspolitische und wachstumspolitische Gesichtspunkte einerseits, um ordnungspolitische Aspekte andererseits. Für die deutsche Wirtschaftspolitik stellt sich die Aufgabe, den Fortgang der europäischen Integration zu unterstützen und gleichzeitig die Erreichbarkeit der gesamtwirtschaftlichen

Ziele fest im Auge zu behalten. Die europäische Integration auf Kosten der Geldwertstabilität oder durch Aushöhlung der marktwirtschaftlichen Ordnung darf es nicht geben.

II. Europäische Währungsunion: Auf stabilitätspolitischem Grundkonsens bauen

422. Das Kernstück des Maastrichter Vertrages ist die Bildung der Europäischen Währungsunion. Entsprechend den Vorgaben des Delors-Berichtes aus dem Jahre 1989 (JG 89 Ziffern 499f.) wurde jetzt der Zeitplan hierfür vereinbart. Bis Ende 1993, der Restlaufzeit der ersten Stufe, soll der innergemeinschaftliche Kapitalverkehr vollständig liberalisiert werden. In acht Mitgliedstaaten ist dies bereits geschehen. Handlungsbedarf besteht noch in Irland, Griechenland und Portugal sowie erneut in Spanien, wo nach den Währungsturbulenzen im September 1992 wieder Kapitalverkehrsbeschränkungen eingeführt wurden. Gegenüber Drittländern können einzelstaatliche Kapitalverkehrsbeschränkungen aufrechterhalten werden (längstens bis Ende 1995); unter bestimmten Bedingungen können neue eingeführt werden.

In einer weiteren Übergangsphase, der sogenannten zweiten Stufe, die am 1. Januar 1994 beginnt, stehen weitreichende institutionelle Veränderungen an — in den meisten Mitgliedstaaten, die die Unabhängigkeit ihrer Zentralnotenbanken in die Wege leiten müssen, auf der Gemeinschaftsebene, auf der als Vorläufer der geplanten Europäischen Zentralbank das Europäische Währungsinstitut eingerichtet wird mit der Aufgabe, die Koordinierung der nach wie vor in nationaler Verantwortung der Notenbanken betriebenen Geldpolitik zu verstärken und die technischen Vorarbeiten für die künftige Europäische Zentralbank (vor allem hinsichtlich des geldpolitischen Instrumentariums) durchzuführen.

Die dritte und letzte Stufe für die Verwirklichung der Währungsunion soll dann zum 1. Januar 1997 beginnen, vorausgesetzt, die Mehrheit der EG-Mitgliedstaaten erfüllt die im Vertrag genannten und in einem dem Vertrag beigefügten Protokoll näher festgelegten vier ökonomischen Konvergenzkriterien; anderenfalls kann sie frühestens am 1. Januar 1999 in Kraft treten, dann freilich automatisch, sofern mindestens zwei Staaten die Teilnahmebedingungen erfüllen (für Dänemark und Großbritannien gelten Sonderregelungen). Die Länder, die nicht von Anfang an teilnahmeberechtigt sind, können später, bei Erfüllung der notwendigen Voraussetzungen, der Europäischen Währungsunion beitreten. Mit Beginn der dritten Stufe wird die Zuständigkeit für die Geldpolitik von den nationalen Notenbanken auf das neu zu gründende Europäische System der Zentralbanken — es besteht aus der Europäischen Zentralbank und den nationalen Notenbanken — übertragen. Gleichzeitig werden die Wechselkurse zwischen den Währungen der Teilnehmerstaaten unwiderruflich festgelegt. In einem weiteren Schritt wird eine neue Einheitswährung die nationalen Währungen ersetzen, wie stabil und am Markt begehrt auch immer diese noch sein mögen; offengeblieben ist nur der Zeitpunkt, an dem diese Währungssubstitution stattfinden wird.

Zahlreiche europäische Staaten haben den Wunsch angemeldet, schon bald in die Europäische Gemeinschaft als Vollmitglied aufgenommen zu werden. Finnland, Österreich und Schweden haben bereits ein offizielles Beitrittsgesuch eingereicht, ebenso die Schweiz, wo freilich die Bevölkerung in einem demnächst stattfindenden Referendum hierzu noch befragt werden wird. Auch Norwegen plant den Beitritt. Die offiziellen Beitrittsverhandlungen sollen im kommenden Jahr aufgenommen werden, sobald der Maastrichter Vertrag ratifiziert worden und die künftige Finanzierung der Gemeinschaft geregelt ist. Die beitrittswilligen EFTA-Länder dürften auch Anwärter für die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion sein, möglicherweise schon von Anbeginn, sofern sie die im Maastrichter Vertrag festgelegten Bedingungen erfüllen. Sollte die Währungsunion tatsächlich am Ende dieses Jahrzehnts in Kraft treten, wird sich der Kreis der teilnehmenden Länder nicht allein aus den heutigen EG-Mitgliedstaaten heraus bilden. Dies ist bei den folgenden Überlegungen stets mit zu berücksichtigen.

423. Über das Inkraftsetzen der Währungsunion entscheidet der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs mit qualifizierter Mehrheit nach Anhörung des Europäischen Parlamentes. Beschlußgrundlage sind Berichte der EG-Kommission und des Europäischen Währungsinstituts über die Wirtschaftslage in den einzelnen Mitgliedstaaten. In diesen Berichten wird unter anderem geprüft, ob zwischen den Mitgliedstaaten „ein hoher Grad an dauerhafter Konvergenz erreicht ist" (Artikel 109j Abs. 1 EUV). Gemessen wird die Konvergenz an für die Geldpolitik wichtigen Indikatoren. Sie betreffen:

- den Binnenwert der Währung des Landes: Die eigene Inflationsrate (gemessen am Verbraucherpreisindex) darf im letzten Jahr vor der Prüfung um nicht mehr als anderthalb Prozentpunkte über der Inflationsrate in den drei Mitgliedstaaten mit dem kleinsten Preisanstieg liegen;
- den Außenwert der Währung: Das Land muß den Wechselkurs seiner Währung gegenüber den anderen Mitgliedsländern mindestens zwei Jahre lang ohne starke Spannungen innerhalb der normalen Bandbreite des EWS halten können, insbesondere darf in den beiden letzten Jahren vor Eintritt in die Endstufe der Währungsunion die Währung nicht auf eigenen Wunsch abgewertet worden sein;
- die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte: Das Land darf zum Zeitpunkt der Prüfung kein übermäßiges Finanzierungsdefizit aufweisen; hierzu werden Referenzwerte für die staatliche Nettokreditaufnahme (3 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) und für den Schuldenstand (60 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) genannt;
- die langfristigen Zinsen: Das Land darf mit dem durchschnittlichen Zinssatz auf langfristige Staatsschuldverschreibungen (oder vergleichbare Wertpapiere) im Verlauf des Jahres vor der Prüfung die

vergleichbaren Zinssätze in den drei Ländern mit der niedrigsten Inflationsrate um höchstens zwei Prozentpunkte übersteigen.

424. Es handelt sich hierbei um Auswahlkriterien. Man braucht sie, damit an der geplanten Währungsunion nur Länder teilnehmen, die gemeinsam deren Funktionstüchtigkeit herzustellen vermögen. Der Sachverständigenrat hat daher in seinem letzten Jahresgutachten ebenfalls für Konvergenzkriterien plädiert, namentlich für niedrige Inflationsraten und niedrige Budgetdefizite (JG 91 Ziffer 434). Er hat es darüber hinaus für geboten gehalten, daß in den teilnahmeberechtigten Ländern die eigene Notenbank etwa zwei Jahre vor dem Beitritt zur Währungsunion die Unabhängigkeit erhält (JG 91 Ziffer 429). Insoweit vermag die jetzt vereinbarte Regelung, die es einer Regierung ermöglicht, mit einem solchen Schritt bis zum Ende der zweiten Stufe zu warten, nicht zu befriedigen. Man kann im Hinblick auf das Versprechen, eine unabhängige Europäische Zentralbank etablieren zu wollen, gar nicht früh genug mit vertrauensbildenden Maßnahmen auf der nationalen Ebene beginnen. Im übrigen sei wiederholt: Die Währungsunion soll ohne Vorbelastung beginnen können, die Europäische Zentralbank soll möglichst schnell die für die Wahrnehmung ihres stabilitätspolitischen Auftrages unabdingbare Reputation aufbauen können. Gegebenenfalls läuft dies auf einen währungspolitischen Integrationsprozeß in verschiedenen Geschwindigkeiten hinaus. Von der Sache her wäre dies in Ordnung.

Der Versuch, die Teilnahmebedingungen durch Vorgabe quantitativer Größen festzulegen, sollte sich als hilfreich erweisen; die Prüfung stabilitätskonformen Verhaltens in den einzelnen Mitgliedstaaten wird damit im Prinzip objektiviert. Der Referenzwert für die höchstzulässigen Unterschiede in den Inflationsraten ist annehmbar. Dies gilt entsprechend für das Zinskriterium. Das Wechselkurskriterium läßt Spielraum für ein Realignment im Rahmen des Europäischen Währungssystems, wenn sich auf Grund von Tendenzen zur realen Aufwertung oder Abwertung nationaler Währungen ein Paritätsänderungsbedarf aufbaut. Von den beiden Verschuldungskriterien, schließlich, hat vor allem die Defizitquote eine für die Geldpolitik relevante Aussagekraft; freilich müßte dieser Indikator auf mehr als ein Jahr vor dem Beitritt bezogen werden und nicht, wie jetzt vorgesehen, nur auf ein einziges Jahr, das Jahr der Zulassungsprüfung zur Währungsunion; und er müßte im Zusammenhang mit der Entwicklung der Zinslastquote bewertet werden, die einen Hinweis auf den finanzpolitischen Ausgabenspielraum und, bei gegebenem Ausgabenumfang und gegebener Steuerbelastung, auf den Nettokreditbedarf gibt. Die Schuldenstandquote hingegen hat eine nur begrenzte Aussagekraft; die 60-Prozent-Grenze läßt sich nicht begründen, zumal der jeweils beobachtete Schuldenstand auch Ergebnis einer langen historischen Entwicklung ist. Überdies kann ihre Bedeutung für die haushaltspolitische Belastung in der Zukunft von Land zu Land ganz unterschiedlich sein, je nachdem für welchen Zweck (konsumtive oder investive Ausgabenfinanzierung) und zu welchen Konditionen (Zins- und Tilgungsverpflichtungen) sich der Staat verschuldet hat; maßgeblich ist daher nur, daß diese Quote, sofern sie über dem Referenzwert liegt, auf mittlere Sicht zurückgeführt wird.

Die im Vertrag von Maastricht festgelegten Konvergenzkriterien werden keine Schlüsse darüber zulassen, ob und in welchem Ausmaß sich die EG-Länder auch realwirtschaftlich, das heißt hinsichtlich ihres Entwicklungsstandes und Produktivitätsniveaus angeglichen haben. Auch dies ist ein zu beachtender Gesichtspunkt. Es ist schwer vorstellbar, daß die Währungsunion Länder mit ausgeprägten Entwicklungsunterschieden einbeziehen kann. Würde sie ungeachtet solcher Unterschiede dennoch in Kraft gesetzt, nur weil die vereinbarten Konvergenzkriterien erfüllt sind, wären die Konsequenzen programmiert. Die künftige Europäische Zentralbank geriete sofort unter politischen Druck, eine expansivere, dann aber nicht mehr stabilitätsgerechte Geldpolitik zu betreiben; und die Gemeinschaft hätte zusätzliche Finanztransfers in die Länder zu leisten, die strukturelle Ungleichgewichte haben.

425. Die monetären Konvergenzkriterien müssen von dem einzelnen Land insgesamt erfüllt werden. Derzeit trifft das nur auf zwei Mitgliedstaaten zu, Frankreich und Luxemburg (Tabelle 63). Deutschland verfehlt, wie die meisten anderen Länder auch, das Kriterium über das öffentliche Haushaltsdefizit und muß, ebenso wie andere Mitgliedstaaten, energische Stabilitätsanstrengungen unternehmen. Hierzulande ist darauf zu achten, daß sich angesichts der kräftigen Geldmengenexpansion ein Inflationspotential für kommende Jahre nicht aufbaut (Ziffer 329). Die D-Mark sollte künftig wieder den Maßstab für das abgeben, was in den anderen Ländern zur Erfüllung des Konvergenzkriteriums für die Inflationsrate geleistet werden muß. Bliebe in Deutschland die Inflationsrate auf dem gegenwärtigen, überhöhten Niveau oder beschleunigte sie sich gar, würden anderswo die stabilitätspolitischen Anstrengungen vermutlich nachlassen, um damit etwaigen binnenwirtschaftlichen Deflationsgefahren aus dem Weg zu gehen. Es gäbe dann entsprechend weniger Inflationskonvergenz nach unten, und die Währungsunion würde mit einem unerwünscht hohen Inflationssockel beginnen.

426. Welche Länder von Anbeginn der Europäischen Währungsunion angehören werden, läßt sich heute noch nicht sagen, welche erst später teilnehmen können, wäre schon eher zu prognostizieren, betrachtet man die mancherorts erheblichen Fehlentwicklungen in der Stabilitätspolitik und Haushaltspolitik und hält man die Anforderungen an eine Politik der Haushaltskonsolidierung für zu hoch. Entgegen einer in der Öffentlichkeit verbreiteten Auffassung schließt der Vertrag von Maastricht verschiedene Geschwindigkeiten bei der Bildung der Währungsunion nicht aus. Im Gegenteil: Der Europäische Rat entscheidet zum gegebenen Zeitpunkt, „ob" eine Mehrheit der Mitgliedstaaten beziehungsweise „welche" Mitgliedstaaten die notwendigen Voraussetzungen für die Teilnahme erfüllen (Artikel 109j Abs. 3 und 4 EUV); für die Länder, die die Voraussetzungen nicht erfüllen, gelten dann Ausnahmeregelungen (Artikel 109k EUV). Alle Regierungen haben diesem Verfahren zugestimmt. Nicht auszuschließen ist freilich, daß in

Tabelle 63

Zu den Konvergenzkriterien in Europa

Land	Verbraucherpreise[1]		Haushaltssaldo des öffentlichen Sektors[2]		Verschuldung des öffentlichen Sektors[2]		Renditen langfristiger Staatsschuldverschreibungen[3]		Teilnahme am Wechselkursmechanismus	
	1991	1992[4]	1991	1992[4]	1991	1992[4]	1991	1992[5]	Teilnahme	normale Bandbreite
EG-Länder:										
Belgien	3,2	2,5	– 6,1	– 6,1	132,0	134,4	9,28	8,86	ja	ja
Dänemark	2,4	2,1	– 2,0	– 2,4	60,6	62,0	9,25	8,90	ja	ja
Deutschland[7]	3,8	4,1	– 3,6	– 3,0	41,4	42,7	8,64	8,20	ja	ja
Frankreich	3,1	2,8	– 1,9	– 2,7	47,3	48,8	9,48	9,12	ja	ja
Griechenland	18,5	15,7	–16,1	–13,0	82,9	84,3	.	.	nein	nein
Großbritannien	7,5	4,1	– 2,0	– 6,2	35,6	40,6	9,92	9,18	ja[a]	nein
Irland	3,2	3,6	– 1,9	– 2,5	101,2	97,8	9,17	8,86	ja	ja
Italien	6,7	5,4	–10,2	–11,2	102,9	107,9	11,37	11,67	ja[a]	ja
Luxemburg	3,2	2,8	+ 2,6	.	6,9	6,4	8,15	7,80	ja	ja
Niederlande	3,3	3,3	– 2,8	– 3,6	77,2	78,0	8,74	8,28	ja	ja
Portugal	10,2	9,2	– 6,1	– 5,5	64,7	.	14,26	12,00	ja	nein
Spanien	6,1	6,3	– 4,9	– 5,3	46,3	49,1	12,43	11,82	ja	nein
Referenzkriterien	4,5[b]	4,1[c]	– 3,0	– 3,0	60,0	60,0	11,1[d]	10,7[e]		
Beitrittswillige EFTA-Länder:										
Finnland	5,3	3,6	– 5,9	– 7,8	20,8	28,6	12,64	13,33	nein	nein
Norwegen	3,6	2,4	– 0,4	– 3,8	40,3	44,1	9,96	9,63	nein	nein
Österreich	3,4	4,3	– 2,4	– 2,1	54,1	52,8	8,62	8,47	nein[a]	nein
Schweden	10,2	2,5	– 1,4	– 7,1	46,6	53,8	10,69	9,84	nein[a]	nein
Schweiz	5,7	4,2	.	.	.	.	6,24	6,61	nein	nein

[1] Deflator für den Privaten Verbrauch; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.
[2] Finanzierungsdefizit (–)/-überschuß (+), bei „Verschuldung" — Schuldenstand in Relation zum nominalen Bruttosozialprodukt/Bruttoinlandsprodukt in vH.
[3] In Prozent p.a. mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren; Jahresdurchschnitte aus Monatsdurchschnitten errechnet.
[4] Schätzungen aufgrund von Angaben der OECD.
[5] Durchschnitt der Monate Januar bis September. Irland, Luxemburg, Portugal, Finnland: Januar bis August.
[6] Einseitige Koppelung an EWS.
[7] Für 1992 eigene Schätzung. Für Verbraucherpreise: Deflator des Privaten Verbrauchs im früheren Bundesgebiet.
[a] Seit September 1992 Teilnahme vorübergehend ausgesetzt.
[b] Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder (Dänemark, Frankreich sowie Belgien/Irland/Luxemburg) plus 1,5 Prozentpunkte.
[c] Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder (Dänemark, Belgien sowie Frankreich/Luxemburg) plus 1,5 Prozentpunkte.
[d] Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder (Dänemark, Frankreich sowie Belgien/Irland/Luxemburg) plus 2 Prozentpunkte.
[e] Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder (Dänemark, Belgien sowie Frankreich/Luxemburg) plus 2 Prozentpunkte.

Quelle: OECD

dem einen oder anderen Fall damit die Vorstellung verbunden war, die Konvergenzkriterien würden schon nicht mechanistisch angewandt. In der Tat kann sich der Europäische Rat bei seinen Entscheidungen auch von politischen Zweckmäßigkeitsüberlegungen leiten lassen, zum Beispiel bei der Beurteilung darüber, ob in einem Land gegebenenfalls ein übermäßiges Haushaltsdefizit vorliegt. Nutznießer einer weichen Handhabung der Teilnahmebedingungen wären aller Voraussicht nach Belgien und Italien, die als Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auch Gründungsmitglieder der Europäischen Währungsunion sein wollen, selbst wenn sie zum gegebenen Zeitpunkt eine hohe Defizitquote aufweisen.

Tatsächlich ist es höchst unwahrscheinlich, daß diese beiden Länder dieses Kriterium in der vorgeschriebenen Frist erreichen können: Selbst unter günstigen Annahmen (Wachstumsrate wie in den achtziger Jahren bei rückläufigem Preisanstieg) und unterstellt, der Anteil der Haushaltseinnahmen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bleibt konstant, dürften die Staatsausgaben in Belgien jährlich nur um 3½ vH steigen (nach knapp 6 vH im Durchschnitt des vergangenen Jahrzehnts) und in Italien nur um 4 vH zunehmen (nach 15½ vH), um bis 1998 die Defizitquote auf 3 vH zurückzuführen.

Hier lauern Gefahren für das Ziel der Geldwertstabilität, dem die künftige Europäische Zentralbank verpflichtet sein wird. Die stabilitätsorientierte Geldpolitik auf Gemeinschaftsebene muß durch eine solide, eine gleichermaßen stabilitätsbewußte Finanzpolitik der Mitgliedstaaten flankiert werden. Wäre es anders, müßte befürchtet werden, daß die Regierung eines Landes, die es bislang gewohnt war, öffentliche Ausgaben, allemal Konsumausgaben, zu einem erheblichen Teil durch Neuverschuldung zu finanzieren, auch künftig bei dieser Haushaltspolitik bleibt und sich eine inflatorische Entlastung der realen Zinslast dadurch zu verschaffen sucht, daß es die Europäische

Zentralbank zu einer Politik des leichten Geldes drängt, vertragswidrig wohlgemerkt, aber womöglich doch mit Erfolg. Setzte sich der Europäische Rat aus politischen Gründen über das fiskalische Konvergenzkriterium hinweg, so würde er daher die Währungsunion schon bei deren Start in eine unsichere Entwicklung treiben, es ihr jedenfalls schwerer machen, sich den Marktteilnehmern als Stabilitätsgemeinschaft zu empfehlen. Dazu darf es nicht kommen.

427. Im Entscheidungsverfahren über die Bildung der Währungsunion verfügt kein Mitgliedsland über ein Vetorecht. Damit wird sichergestellt, daß ein Land, das selbst die Konvergenzkriterien nicht erfüllt, andere Mitgliedstaaten, die dies leisten, nicht daran hindert, in die Währungsunion einzutreten. Wichtig ist aber, daß die Konvergenzkriterien für öffentliche Defizite, Zinsen, Wechselkurse und Preissteigerungsraten auch wirklich streng gehandhabt werden. Im deutschen Ratifizierungsgesetz ist unmißverständlich klarzustellen, daß die Bundesregierung anderen als den ökonomisch zu rechtfertigenden Interpretationen die Zustimmung versagen würde. Politisch gefärbte Interpretationen der Konvergenzkriterien würden die Funktionstüchtigkeit der Europäischen Währungsunion genauso gefährden, wie es vor kurzem das Europäische Währungssystem erfahren mußte, weil einige Regierungen — regelwidrig — ein Realignment der Leitkurse politisch nicht für opportun gehalten hatten und glaubten, den Marktkräften dauerhaft trotzen zu können.

Nicht überzeugend begründet ist, daß zum 1. Januar 1999 die Europäische Währungsunion gleichsam automatisch in Kraft treten können soll, mit Beteiligung jener Länder, die dann die Konvergenzkriterien erfüllen. Die Aufgabe der nationalen Souveränität über die Geldpolitik ist von solcher Tragweite, daß die Politik bis zuletzt über deren Sinnhaftigkeit befinden dürfen muß. Im Ratifizierungsgesetz sollte daher vorgesehen werden, daß die Zustimmung des Deutschen Bundestages zu den Ratsentscheidungen über die Teilnehmerländer eingeholt wird. Ein solcher Vorbehalt ist nötig, damit nicht unter dem Zwang des herannahenden endgültigen Termins eine großzügige Anwendung der Konvergenzkriterien, bezogen auf das eine oder andere als Unionsmitglied erwünschte Land, stattfindet.

Beim heutigen Stand der Kenntnis und vorausgesetzt, die Konvergenzkriterien werden streng angewandt, spricht vieles dafür, daß einige Mitgliedstaaten erst zu einem späteren Zeitpunkt der Währungsunion werden beitreten können. Wenn über diesen Beitritt entschieden wird, sollten die Stimmen jener Länder den Ausschlag geben, die bereits der Währungsunion angehören. Denn bis dahin ist, so die Erwartung, die Stabilitätsgemeinschaft eingeübt, und es muß alles getan werden, damit dieses Kapital bei einer Erweiterung der Währungsunion erhalten bleibt. Deshalb muß auch unter allen Beteiligten Klarheit darüber bestehen, daß bei einer Entscheidung über spätere Beitrittsgesuche nur die Konvergenzkriterien zugrunde gelegt werden und eine indirekte Aufweichung über die Gewährung finanzieller Hilfen nicht in Betracht kommt (JG 91 Ziffer 434).

428. Die Europäische Währungsunion soll eine Stabilitätsgemeinschaft sein, die künftige Einheitswährung soll mindestens so hart sein, wie es die D-Mark als Anker im Europäischen Währungssystem bislang war. Hierfür hat der Vertrag von Maastricht entscheidende institutionelle Grundlagen geschaffen: Die künftige Europäische Zentralbank wird gegenüber den Organen der Gemeinschaft und den Regierungen der Mitgliedstaaten unabhängig sein, sie darf den Staaten keine Kredite einräumen, und sie ist vorrangig dem Ziel eines stabilen Geldwertes verpflichtet. Entgegen ursprünglichen Plänen ist die Europäische Zentralbank nicht gehalten, die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft zu unterstützen, schon gar nicht, wenn dadurch das Ziel der Preisniveaustabilität beeinträchtigt würde, was positiv zu bewerten ist (JG 90 Ziffer 497). Insoweit ist die in Maastricht vereinbarte Regelung strenger als die in Deutschland geltende. Strenger als das Bundesbankgesetz ist auch die Bestimmung, daß die — sechs — Mitglieder des Direktoriums der Zentralbank, einschließlich Präsident und Vizepräsident, vom Rat der Staats- und Regierungschefs einvernehmlich berufen werden sollen, und zwar als in Währungs- oder Bankfragen anerkannte und erfahrene Persönlichkeiten, daß deren Amtszeit mit acht Jahren vergleichsweise lang bemessen ist und daß eine Wiederernennung im Vertrag ausdrücklich ausgeschlossen wird.

Irritierend, jedenfalls nicht verständlich ist freilich, daß bei der erstmaligen Einsetzung des Direktoriums andere Regelungen gelten sollen: acht Jahre für den Präsidenten, vier Jahre für den Vizepräsidenten und fünf bis acht Jahre für die übrigen Mitglieder. Irritierend ist ferner, daß für die übrigen Mitglieder des EZB-Rates — das sind die Präsidenten der Zentralbanken der an der Währungsunion teilnehmenden Länder — die Amtszeiten durch die nationalen Statuten geregelt werden sollen (im entsprechenden Protokoll zum Vertrag von Maastricht wird lediglich eine Mindestdauer von fünf Jahren gefordert) und eine Wiederernennung zulässig ist.

429. Eine Gewähr für Geldwertstabilität gibt es freilich nicht. Sie gibt es in keiner Währungsordnung. Das neue europäische Geld ist nur dann gut, wenn es von den Menschen für gutes Geld gehalten wird. Mit Deklarationen im Maastrichter Vertragswerk allein ist es nicht getan. Die institutionellen Voraussetzungen für eine stabilitätsorientierte Geldpolitik schaffen ist eine Sache, zweifellos eine eminent wichtige, der Vollzug dieser Politik in der Praxis ist eine andere. Und es wird dieser Vollzug sein, an dem sich entscheidet, ob die europäische Notenbank die dringend benötigte Reputation als Hüterin der neuen Währung gewinnt, und zwar schnell.

In dieser Hinsicht hat Anlaß zu Sorgen gegeben,

- daß die Kompetenz in der Wechselkurspolitik gegenüber Drittländern im Grundsätzlichen beim EG-Ministerrat liegen wird (Ziffern 430f.);
- daß Konflikte mit der Finanzpolitik der nationalen Regierungen möglich sind (Ziffern 432f.).

Diese Befürchtungen haben einen gemeinsamen Nenner: die Erwartung, daß politischer Druck die Notenbank veranlassen könnte, eine laxe Geldpolitik zu betreiben, die dem Ziel der Geldwertstabilität zuwiderläuft. Letztlich könnte die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank auf dem Spiel stehen.

430. Daß die Wechselkurskompetenz für die künftige Einheitswährung dem EG-Ministerrat zugewiesen wird, entspricht der gegenwärtigen Regelung in den Mitgliedstaaten in bezug auf ihre Währungen. Auch in Deutschland entscheidet über die Festsetzung der Währungsparität der D-Mark und deren Veränderung im Rahmen des Europäischen Währungssystems oder gegenüber den Währungen anderer Länder, mit denen ein Festkurssystem besteht, die Bundesregierung (gegebenenfalls im Einvernehmen mit den betroffenen ausländischen Regierungen), nicht die Deutsche Bundesbank. Unbeschadet hiervon interveniert die Notenbank im laufenden Geschäft an den Devisenmärkten, wenn sie dies für angezeigt hält.

Von der Sache her ist die im Vertrag von Maastricht vorgesehene institutionelle Zuordnung der äußeren Wechselkurskompetenz zwar vertretbar, aber nicht unbedenklich; auch der Sachverständigenrat ist in dieser Frage geteilter Meinung (JG 91 Ziffern 430 ff.). Nach Artikel 109 EUV kann der EG-Ministerrat (mit qualifizierter Mehrheit) gegenüber Drittlandswährungen Leitkurse für die europäische Einheitswährung festlegen, ändern oder aufgeben (sofern mit diesen Währungen ein Festkurssystem besteht), oder er kann der Europäischen Zentralbank allgemeine Wechselkursorientierungen geben (sofern die Einheitswährung floatet, etwa gegenüber dem US-Dollar oder dem japanischen Yen). Aber immerhin: Die europäische Notenbank ist am Entscheidungsverfahren zu beteiligen, und das Primat des Ziels der Preisniveaustabilität muß respektiert werden. Das muß heißen: Die europäische Geldpolitik darf nicht in den Dienst der Stabilisierung des Wechselkurses auf einem politisch bestimmten Niveau gestellt werden, sonst könnte sich die Notenbank gezwungen sehen, zur Verteidigung dieses Wechselkurses die Geldmenge stärker ausdehnen zu müssen als mit der Sicherung von Preisniveaustabilität vereinbar ist.

431. In gleicher Weise ist erwünscht, daß der EG-Ministerrat von dem Recht, den Kapitalverkehr mit Drittländern für die Dauer von bis zu sechs Monaten beschränken zu können (Artikel 73f EUV), wenn überhaupt, mit allergrößter Zurückhaltung Gebrauch macht. Kapitalverkehrskontrollen sind, wie die Erfahrung lehrt, ein untaugliches Mittel, um Zahlungsbilanzprobleme oder realwirtschaftliche Probleme zu lösen. Aber es gibt Situationen, in denen solche Maßnahmen zumindest kurzfristig die von großen Kapitalbewegungen ausgelösten Spannungen auf den Devisenmärkten mildern könnten. Man mag es gutheißen oder kritisieren: Jedes Land, auch Deutschland, hat in seinen Außenwirtschaftsgesetzen den Vorbehalt der temporären Kapitalverkehrskontrolle verankert. Worauf es in der Europäischen Währungsunion ankommt, ist, daß solche Maßnahmen wirklich nur in einem Notfall ergriffen werden und auf keinen Fall damit versucht wird, einen falschen Wechselkurs zu verteidigen. Da in einer Notsituation schnell gehandelt werden müßte, wäre es besser, die Europäische Zentralbank, nicht der Europäische Rat, träfe die Entscheidung; der Europäische Rat hätte sie anschließend zu bestätigen oder aufzuheben.

432. Zum Problem kann werden, wenn die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank von einer unsoliden Finanzpolitik auf einzelstaatlicher Ebene konterkariert wird. Es sei wiederholt: Die Verantwortung für die Haushaltspolitik bleibt auch nach Bildung der Währungsunion bei den nationalen Regierungen der teilnehmenden Staaten. Dies ist im Prinzip sachgerecht und trägt dem Grundsatz der Subsidiarität Rechnung. Aber wichtig für das gute Funktionieren der Europäischen Währungsunion, für die Glaubwürdigkeit der Europäischen Zentralbank und ihrer stabilitätsorientierten Geldpolitik ist es gleichwohl, daß alle Teilnehmerländer dauerhaft eine solide Haushaltspolitik betreiben. Entschließt sich ein Land zu einer übermäßig expansiven Budgetpolitik mit ständig zunehmender Neuverschuldung und nimmt es den entsprechenden Anstieg der Zinslastquote in Kauf, so wird sein Handlungsspielraum erheblich eingeschränkt, besonders der Spielraum für eine antizyklische Fiskalpolitik in konjunkturellen Schwächephasen oder der Spielraum für eine angebotsorientierte Steuerpolitik im Falle von Stockungen im Wachstumsprozeß. Andere Länder, bis dahin um eine solide Finanzpolitik bemüht, könnten sich dann gedrängt sehen, Beistand zu leisten, sei es direkt über staatliche Finanzhilfen, sei es indirekt über eine weitere Aufstockung der europäischen Strukturfonds. Allein schon die Hoffnung auf tatkräftige Hilfe schwächt die Bereitschaft zu einer disziplinierten Haushaltsführung. Die Folge für die Gemeinschaft als Ganzes wäre eine überhöhte, der gesamtwirtschaftlichen Dynamik abträgliche staatliche Neuverschuldung, die Folge für die Währungsunion eine letztlich doch expansivere Geldpolitik als mit Preisniveaustabilität vereinbar ist. Es könnte zu übermäßigen Kapitalabflüssen in Drittländer kommen, die mit marktkonformen Mitteln zu bremsen den staatlichen Instanzen schwerfallen würde; die Versuchung, zu Kapitalverkehrskontrollen zu greifen, wäre groß.

Der Vertrag von Maastricht versucht, dem Grundsatz, daß es für das Funktionieren der Europäischen Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft einer dauerhaft soliden Finanzpolitik der Mitgliedsländer bedarf, Rechnung zu tragen. So gilt für die Finanzpolitik, was der Vertrag den Ländern für ihre Wirtschaftspolitik als ganzes vorgibt: sie als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse zu betrachten und miteinander abzustimmen. Das gemeinsame Interesse ist im Bereich der Währungsunion als Sicherung der Preisniveaustabilität definiert. Außerdem verbietet der Vertrag ausdrücklich die Monetisierung von staatlichen Budgetdefiziten, gleich auf welcher Ebene oder bei welchen öffentlichen Einrichtungen, durch die Europäische Zentralbank (Artikel 104 EUV), und er stellt die Gemeinschaft von jeder Haftung für einzelstaatliche Verbindlichkeiten frei (Artikel 104b EUV). Darüber hinaus werden die Mitgliedsländer verpflichtet, exzessive Haushaltsdefizite zu vermeiden, die EG-Kommission erhält den Auftrag, die Haushaltsführung der Mitgliedstaaten zu überwachen und über Fehlentwicklungen zu berichten, und der EG-Ministerrat hat die Möglichkeit, bei undisziplinierter Finanzpolitik Sanktionen gegen das betreffende Land zu verhängen, bis hin zu Geldbußen (Artikel 104c EUV). Ob diese Vorkehrungen ausreichen, um den aufgezeigten Konfliktgefahren wirksam zu begegnen, bleibt freilich ungewiß. Immerhin könnte die Haftungsfreistellungsklausel über die Strukturfonds um-

gangen werden, und der bei unsolidem Finanzgebaren vorgesehene Sanktionsmechanismus ist umständlich und zeitraubend, und er ist gegen die Versuchung zum politischen Kompromiß nicht gefeit, so daß er letztendlich nicht so abschreckend wirken mag, wie es erwünscht ist.

433. Daher ist mehr zu tun. Die folgenden Grundsätze sollten mit aller Klarheit in das Bewußtsein der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger gerückt werden:

- Diejenigen Länder, die bis zur Entscheidung über den Beginn der Europäischen Währungsunion ein übermäßiges Haushaltsdefizit verzeichnen, bleiben ausgeschlossen, ohne Wenn und Aber. Nur eine solide Finanzpolitik in den kommenden Jahren wirkt vertrauensbildend, nur sie begründet die Hoffnung, daß auch nach Eintritt in die Währungsunion das einzelne Land auf diesem Pfad bleibt.
- Bei der endgültigen Festlegung der Referenzwerte für die tolerierbaren Budgetdefizite darf nicht von den gegenwärtigen Konvergenzkriterien nach oben abgewichen werden. Wahrscheinlich wird es politischen Druck geben, gerade dies zu tun. Der Gegendruck muß sich auf die Erzielung eines Einvernehmens darüber richten, daß die an der Währungsunion teilnehmenden Länder die Referenzwerte nicht nur als Obergrenze betrachten, sondern auch als außergewöhnliche Werte. Wenn die Länder normalerweise niedrigere Defizitquoten verzeichneten, würden sie Vorsorge treffen für Zeiten, in denen ein Anstieg der staatlichen Neuverschuldung unabweisbar ist und gleichwohl Konformität mit dem Stabilitätsziel gewahrt werden soll. Bei Normalauslastung des Produktionspotentials sollte die Nettokreditaufnahme das Nettoinvestitionsvolumen des Staates nicht überschreiten (JG 89 Ziffer 417).
- Die Vergabekriterien für finanzielle Leistungen aus den europäischen Strukturfonds müssen sehr klar formuliert werden. Es darf überhaupt nicht in Betracht kommen, daß Gemeinschaftsmittel zur Entlastung bei einzelstaatlichen Haushaltsproblemen bereitstehen. Dies würde nur falsche Anreize in der Haushaltsführung geben.
- Der vorgesehene Sanktionsmechanismus muß gegebenenfalls wirklich als ein Instrument zur Disziplinierung einer für die anderen Teilnehmerstaaten belastenden nationalen Finanzpolitik angewandt werden. Die Ratsentscheidungen sind zügig zu treffen.
- Die Begrenzung der öffentlichen Verschuldung muß sich auf den Staatssektor im weitesten Sinne beziehen. Nur die Gebietskörperschaften und Sozialversicherungseinrichtungen als Staat zu definieren, wie jetzt geschehen, greift zu kurz. In allen Ländern gibt es in der einen oder anderen Form Neben- und Schattenhaushalte mit mehr oder weniger hohen Defiziten. In allen Ländern gibt es öffentliche Unternehmen, die chronisch Verluste machen und dabei Verbindlichkeiten entstehen lassen, für die der Staat letztlich geradestehen muß. Dies hat der Staat daher in seiner Haushaltsführung voll zu berücksichtigen. Überdies darf eine Verlagerung von Defiziten vom offiziellen Budget in einen Neben- oder Schattenhaushalt nicht stattfinden.

434. In den kommenden Jahren tragen die nationalen Notenbanken eine besondere Verantwortung dafür, daß das neu zu gründende Europäische Währungsinstitut, dessen Mitglieder sie vertragsgemäß sein werden (Artikel 109f EUV), die Weichen für die operative Geldpolitik der künftigen Europäischen Zentralbank richtig stellt. Insbesondere ist ein klares Konzept zum geldpolitischen Instrumentarium zu erarbeiten. Die Leitvorstellung muß sein, daß die geldpolitischen Instrumente, deren Ausgestaltung und Gewicht gegenwärtig von Land zu Land variieren, bis zum Inkrafttreten der Währungsunion harmonisiert werden. Als Orientierung kann das Instrumentarium der Deutschen Bundesbank dienen. Es ist vielseitig und hat sich bei der Verfolgung einer stabilitätsorientierten Geldpolitik bewährt. Die Harmonisierung ist notwendig, weil anderenfalls die Geldmengensteuerung im gemeinsamen Währungsgebiet unnötig erschwert würde und geldpolitisch induzierte Wettbewerbsverzerrungen auf den Finanzmärkten auftreten könnten.

Wir halten überdies für sinnvoll, daß das Europäische Währungsinstitut die Grundlagen für eine potentialorientierte Geldpolitik erarbeitet. Dieses Konzept ist theoretisch fundiert und kann in der Geldpolitik der künftigen europäischen Notenbank gute Dienste leisten: durch ein klares Informieren der Märkte über den künftigen geldpolitischen Kurs — wohlgemerkt, den auf Preisniveaustabilität bedachten Kurs, zu dem die Zentralbank vertraglich verpflichtet ist —, so daß auch die Finanzpolitik und die Lohnpolitik in den Mitgliedstaaten mit eindeutigen Signalen über die monetären Rahmenbedingungen versorgt würden. Die Chance, eine potentialorientierte Geldpolitik in der Währungsunion wirksam zu betreiben, wäre gut, jedenfalls darf man damit rechnen, daß die praktischen Schwierigkeiten der Geldmengensteuerung, die durch außenwirtschaftliche Einflüsse, besonders durch grenzüberschreitende Kapitalbewegungen derzeit noch in den einzelnen EG-Ländern hervorgerufen werden, in dem vergrößerten Währungsgebiet geringer sind.

Die Deutsche Bundesbank und die übrigen nationalen Zentralbanken müssen darauf achten, daß sich das Europäische Währungsinstitut nicht Kompetenzen aneignet, die die Wirksamkeit der nationalen Geldpolitik während der Übergangsphase zur Währungsunion untergraben. Der Sachverständigenrat hat bereits vor einem Jahr auf die Problematik des Nebeneinanders von nationalen Notenbanken einerseits und einer supranationalen Währungsbehörde andererseits hingewiesen (JG 91 Ziffern 426ff.). Daß der Vertrag von Maastricht dem Europäischen Währungsinstitut die Möglichkeit einräumt, Stellungnahmen und Empfehlungen zur Geld- und Wechselkurspolitik einzelner Mitgliedstaaten abzugeben, halten wir für bedenklich. Bis zum Inkrafttreten der Europäischen Währungsunion liegt die Zuständigkeit für die Geldpolitik bei den nationalen Zentralbanken, ausschließlich und unteilbar. Dabei muß es bleiben.

435. Die Konkretisierung der Pläne für die Bildung einer Europäischen Währungsunion hat in Deutschland höchst kontroverse Diskussionen ausgelöst. Unstrittig ist, daß die Währungsunion, obwohl für die Verwirklichung des Binnenmarktes nicht unabdingbar, doch hilft, dessen Vorteile besser zu realisieren: durch die Verminderung von Transaktionskosten und durch den Wegfall wechselkurspolitisch induzierter Allokations- und Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Gemeinschaft. Der Streit entzündet sich an der Frage, wie die stabilitätspolitischen Risiken der Währungsunion einzuschätzen sind.

— Die eine Seite befürchtet, daß die künftige Europäische Zentralbank nicht in der Lage sein werde, das Ziel der Preisniveaustabilität zu verwirklichen, trotz der im Maastricht-Vertrag getroffenen Vorkehrungen. Die europäische Geldpolitik sei unteilbar, sie treffe aber auf nationale Willensbildungsprozesse, die unterschiedlich verliefen. Der Versuchung, realwirtschaftlicher Probleme oder Verteilungskonflikte durch „etwas mehr Inflation" Herr zu werden, erlägen Politiker immer wieder, aller schlechten Erfahrungen zum Trotz, es sei denn, sie würden von einer inflationssensibilisierten Öffentlichkeit kontrolliert und gegebenenfalls nicht wiedergewählt. In der Europäischen Gemeinschaft gäbe es aber keine einheitliche Präferenz für wertstabiles Geld. Es gäbe auch keine politische Verantwortlichkeit der Regierungen gegenüber einer „europäischen Öffentlichkeit", und die Politische Union sei in weiter Ferne. Eine laxe Geldpolitik auf Gemeinschaftsebene, von einer unsoliden Finanzpolitik oder einer aggressiven Lohnpolitik in einzelnen Ländern begleitet oder durch sie erzwungen, hätte demnach in der Währungsunion eine Chance. Dies wäre ein unannehmbar hoher Preis für die Aufgabe der D-Mark und werde durch die erwarteten Vorteile der Einheitswährung nicht legitimiert.

— Die andere Seite sieht diese Risiken, hält sie aber für begrenzbar und setzt darauf, daß die europäische Notenbank dank ihres supranationalen Charakters besser vor stabilitätswidrigen Fremdeinflüssen geschützt werde, als es gegenwärtig die nationalen Notenbanken seien. Die Veränderung des monetären institutionellen Rahmens könne Bedingungen schaffen, unter denen die Finanzpolitik und die Lohnpolitik stabilitätsgerecht sind. Da die Mitgliedsländer der Währungsunion mit der Einheitswährung ein Geld bekämen, das sie anders als heute nicht mehr selbst schaffen könnten, wäre viel für die Objektivierung der europäischen Geldversorgung gewonnen; jedenfalls könne eine Regierung die monetäre Alimentierung von Haushaltsdefiziten nicht erzwingen. Und da lohnpolitisches Fehlverhalten und dessen negative Auswirkung auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Rentabilität von Arbeitsplätzen auf keinen Fall mehr durch eine Wechselkurskorrektur behoben werden könne, was heute noch gehe, sei die Wahrscheinlichkeit, daß die Tarifparteien in den einzelnen Ländern die Lohnfindung an den realen Gegebenheiten ausrichten und somit eine innereuropäische Lohndifferenzierung akzeptieren, nicht klein; dabei wird unterstellt, daß die Mobilität der Arbeitskräfte zwischen den Mitgliedsländern wegen der bestehenden sprachlichen und kulturellen Unterschiede eingeschränkt sei und bleibe.

436. Noch einmal: Es gibt keine Stabilitätsgarantie. Es gibt freilich auch nicht das Umgekehrte, die Sicherheit des stabilitätspolitischen Mißerfolges. Gewiß: Stabilitätspolitisches Verhalten will eingeübt sein. Aber: Genau dies findet statt. In einigen Ländern, die traditionell eher höhere Inflationsraten aufwiesen, haben Regierung und Notenbank in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um die in der Gesellschaft fest verwurzelten stabilitätswidrigen Verhaltensweisen grundlegend zu verändern und die Gewöhnung an niedrigere Preissteigerungsraten voranzubringen — mit Erfolg, wie vor allem das Beispiel Frankreich zeigt. Es trifft zu, daß die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank und die (bisherige) Anker-Funktion der D-Mark im Europäischen Währungssystem Anteil an diesen Stabilitätsfortschritten haben. Es trifft aber auch zu, daß das, was angesichts der von außen gesetzten geldpolitischen Daten geschah, freiwillig geschah; der vermeintlich einfachere Weg — über ein Realignment im Europäischen Währungssystem, also durch Abwertung der eigenen Währung dem geldpolitischen Druck der Deutschen Bundesbank zu entgehen — wurde jahrelang nicht mehr beschritten. Nach der Wechselkursanpassung Anfang 1987 gab es erst Mitte September 1992 wieder ein Realignment, sicherlich sehr spät für jene Länder, die keine ausreichenden binnenwirtschaftlichen Stabilisierungsanstrengungen unternommen hatten und deren Währungen schon längst hätten abgewertet werden müssen (JG 89 Ziffern 422ff.), aber erträglich für die anderen mit energischem Stabilitätswillen.

Dies ist eine Grundlage, auf der man bauen kann. In den Jahren bis zur endgültigen Bildung der Europäischen Währungsunion könnte sich das in einzelnen Ländern aufkommende Stabilitätsbewußtsein weiter in der Bevölkerung verbreiten und zu einem allgemeinen Konsens festigen. Falls nötig, muß der Wechselkursänderungsvorbehalt im Europäischen Währungssystem in Anspruch genommen werden; die Leitkurse zu einem Politikum zu machen, würde wieder nur Fehlentwicklungen auslösen. Worauf es aber ankommt, ist, daß zumindest für eine Gruppe von EG-Mitgliedstaaten ein hinreichend starkes gemeinsames Interesse an der Sicherung der Preisniveaustabilität in dem zu bildenden gemeinsamen Währungsraum entsteht. Zu diesen Kernländern könnten auch die dann der EG angehörenden EFTA-Länder gehören, in denen Geldwertstabilität seit langem einen hohen Rang unter den wirtschaftspolitischen Zielen genießt. Unrealistisch wäre es freilich zu erwarten, daß dies auf alle EG-Mitgliedsländer zutreffen könnte. Niemand sollte darauf drängen, daß möglichst viele Länder von Anfang an eine unauflösbare Währungsunion eingehen. Der währungspolitische Integrationsprozeß in Europa wird vielmehr Vorreiter und Nachzügler haben müssen. Einen Zusammenschluß von Hartwährungsländern mit Weichwährungsländern darf es nicht geben.

III. Gemeinsamer Binnenmarkt: Wettbewerbsorientierung bewahren

437. Ungeachtet des hohen Stellenwertes in der wirtschaftspolitischen Diskussion, der gegenwärtig — zu Recht — der Bildung der Europäischen Währungsunion zuteil wird, gilt es auch noch, wichtige Herausforderungen bei der Vollendung des europäischen Binnenmarktes zu meistern. Dieses bedeutende Integrationsvorhaben soll, wie in der Einheitlichen Europäischen Akte vorgesehen, am 1. Januar 1993 verwirklicht sein. Dies gilt unabhängig davon, ob der Vertrag von Maastricht nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt rechtswirksam wird. Der Ausgang des Referendums in Dänemark ist für das Binnenmarkt-Projekt unerheblich. Nicht unerheblich ist hingegen, was bis zum Jahreswechsel an Hürden im innergemeinschaftlichen Wirtschaftsverkehr noch bleibt und was künftig an aktivitätshemmenden Maßnahmen hinzukommen könnte. Der europäische Binnenmarkt verheißt zwar positive Wirkungen für das wirtschaftliche Wachstum und den Beschäftigungsgrad in der Gemeinschaft; die notwendige Bedingung ist aber, daß allenthalben Gewerbefreiheit herrscht und die wirtschaftlichen Antriebskräfte im Wettbewerb zur vollen Entfaltung kommen können. Dies steigert die gesamtwirtschaftliche Effizienz und fördert den wachstumsnotwendigen Strukturwandel, bringt letztlich also für die Bevölkerung mehr Wohlstand.

438. Seit Jahren ist die wirtschaftliche Verflechtung der Mitgliedsländer untereinander eng. Allerorten entfällt mittlerweile der größte Teil des Außenhandels auf den innergemeinschaftlichen Warenaustausch (Tabelle 64). Seit Mitte der achtziger Jahre haben auch die Direktinvestitionen einzelner Mitgliedsländer im übrigen EG-Raum an Gewicht gewonnen (Tabelle 65). Die Globalisierung der Märkte und die Internationalisierung der Produktion haben durch das Binnenmarkt-Programm zusätzliche Impulse erhalten.

Das Potential an Integrationsgewinnen ist noch nicht ganz ausgeschöpft. Dank der Beseitigung der materiellen und technischen Binnengrenzen werden den Unternehmen Kosten erspart. Für zahlreiche Unternehmen wird sich das Ausgründen von Unternehmensteilen lohnen, wodurch sich die Fertigungstiefe verringert und für die Zulieferindustrien neue Expansionsmöglichkeiten auftun. Kommt es zu einer uneingeschränkten Öffnung der staatlichen Beschaffungsmärkte — die derzeit vorgesehenen Regelungen gewährleisten dies noch nicht —, so entstehen neue Absatzchancen, es entsteht aber auch zusätzlicher Importdruck, der die Unternehmen zu mehr Produkt- und Verfahrensinnovationen zwingt, wollen sie Marktanteile im eigenen Land nicht verlieren. Besonders betroffen dürften die Elektroindustrie, der Straßenfahrzeugbau, der Schienenfahrzeugbau, der Luft- und Raumfahrzeugbau, der Schiffbau und das Baugewerbe sein, alles Branchen, die im bisher geschlossenen öffentlichen Auftragswesen eine Sonderstellung einnahmen. Das größte Potential an Integrationsgewinnen steckt im Dienstleistungsbereich, vor allem bei den Finanzdienstleistungen, in den Verkehrsbereichen und in der Telekommunikation. Hier waren

Tabelle 64

Innergemeinschaftlicher Handel der EG-Länder

Anteil in vH [1])

Land	1980 bis 1984	1985 bis 1987	1989 bis 1991
Belgien/Luxemburg	67,1	71,3	72,3
Dänemark	48,9	49,6	52,9
Deutschland [2])	50,6	52,4	54,5
Frankreich	54,0	60,3	63,7
Griechenland	48,4	57,3	62,8
Großbritannien	44,2	49,1	51,8
Irland	72,8	71,7	72,4
Italien	46,0	52,6	57,6
Niederlande	64,1	67,4	67,9
Portugal	50,3	60,9	71,2
Spanien	39,5	52,4	61,1

[1]) Anteil des innergemeinschaftlichen Handels (Ausfuhr und Einfuhr) der EG-Mitgliedsländer im Verhältnis zu ihrem Außenhandel mit der gesamten Welt. Berechnet als Durchschnitt des angegebenen Zeitraums in ECU.

[2]) Früheres Bundesgebiet.

Quelle für Grundzahlen: EG

lange Zeit der europäische Markt gespalten und die Auslandskonkurrenz beeinträchtigt, weil die meisten Regierungen die gewerblichen Tätigkeiten übermäßig regulierten, zugunsten der inländischen Anbieter. Im Zuge der Vollendung des Binnenmarktes werden viele dieser branchenspezifischen Marktzugangsbeschränkungen wegfallen, der Wettbewerb wird sich daraufhin intensivieren, das Angebot an Dienstleistungen wird vielfältiger und preiswürdiger, zum Vorteil aller, die diese Dienste als Vorleistungen für die eigene wirtschaftliche Tätigkeit nutzen oder als Endverbraucher nachfragen.

439. Für die Funktionstüchtigkeit des Binnenmarktes mußte der EG-Ministerrat eine adäquate Rechtsordnung schaffen. Es war dafür zu sorgen, daß die letzten Handelsschranken im Warenverkehr verschwinden, die Niederlassungsfreiheit und die Dienstleistungsfreiheit für EG-Ausländer herbeigeführt werden, Steuergrenzen wegfallen und der Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten vollkommen frei ist. Den größten Teil der hierfür notwendigen Regelungen hat der Ministerrat erlassen. Von besonderer ökonomischer Bedeutung sind die weitgehende Liberalisierung des innergemeinschaftlichen Kapitalverkehrs, die Herstellung der Niederlassungsfreiheit (besonders durch die gegenseitige Anerkennung von Diplomen) und der Dienstleistungsfreiheit in zahlreichen Bereichen (geradezu beispielhaft auf den Versicherungsmärkten) sowie die Beseitigung vielfältiger technischer Handelshemmnisse. Das meiste ist positiv zu werten für die Funktionstüchtigkeit des Binnenmarktes. Die für die Mehrwertsteuer gefundene Übergangsregelung (bis Ende 1996) ist freilich unter diesem Gesichtspunkt unbefriedigend (JG 91 Ziffern 405 ff.). Die unerledigten Aufgaben betreffen unter anderem den Bereich des Gesellschaftsrechts (Statut

Tabelle 65

Direktinvestitionen ausgewählter EG-Länder

Mio Landeswährung

Herkunftsland	Bestimmungsländer	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Deutschland[1]	OECD[2]	7 177	4 864	6 405	10 402	13 123	20 989	14 800	19 491	25 861	35 692	32 908
	EG[2]	2 273	1 865	2 413	4 294	3 655	7 840	4 475	7 086	16 315	24 622	22 936
	vH[3]	*31,7*	*38,3*	*37,7*	*41,3*	*27,9*	*37,4*	*30,2*	*36,4*	*63,1*	*69,0*	*69,7*
Frankreich	OECD	.	.	.	.	14 347	32 205	48 566	72 900	108 559	142 679	...
	EG	.	.	.	.	5 007	12 256	28 198	48 259	71 663	100 165	...
	vH[3]	.	.	.	.	*34,9*	*38,1*	*58,1*	*66,2*	*66,0*	*70,2*	...
Großbritannien	OECD	3 347	1 881	2 194	3 754	6 600	10 862	16 865	19 093	18 847	...	...
	EG	224	-97	-59	-322	2 378	2 218	2 185	5 342	5 658	...	...
	vH[3]	*6,7*	X	X	X	*36,0*	*20,4*	*13,0*	*28,0*	*30,0*	...	...
Italien[4]	OECD	.	800	1 818	2 827	2 647	3 176	2 246	4 715	2 247[a]	7 970	...
	EG	.	475	1 523	1 129	1 971	2 427	1 917	4 209	3 086	6 975	...
	vH[3]	.	*59,4*	*83,8*	*39,9*	*74,5*	*76,4*	*85,4*	*89,3*	*137,3*	*87,5*	...
Niederlande	OECD	8 129	6 316	5 525	7 413	7 083	7 347	13 681	6 605	20 973	19 067	...
	EG	5 117	3 461	3 613	5 568	3 441	5 239	5 931	1 687	11 760	12 236	...
	vH[3]	*62,9*	*54,8*	*65,4*	*75,1*	*48,6*	*71,3*	*43,4*	*25,5*	*56,1*	*64,2*	...
Spanien	OECD	10 319	27 457	16 043	31 444	22 363	51 626	78 686	187 418	222 316	303 261	...
	EG	4 593	9 585	6 558	15 539	13 163	27 230	63 959	112 472	161 504	244 119	...
	vH[3]	*44,5*	*34,9*	*40,9*	*49,4*	*58,9*	*52,7*	*81,3*	*60,0*	*72,6*	*80,5*	...

[1]) Bis 1989 Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin-West nach dem Gebietsstand bis zum 3. Oktober 1990.
[2]) Quelle: Deutsche Bundesbank.
[3]) Anteil der Direktinvestitionen in die EG-Länder an den Direktinvestitionen in die OECD-Länder.
[4]) In Mrd Landeswährung.
[a]) Desinvestitionen in den Vereinigten Staaten in Höhe von 1 910 Mrd Lira.

Quelle: OECD

einer Europäischen Aktiengesellschaft) und den des geistigen Eigentums (Gemeinschaftspatent, gemeinschaftliche Handelsmarke, gemeinschaftlicher Sortenschutz) sowie vor allem wichtige noch verbleibende Marktzugangsbeschränkungen für EG-Ausländer, so zum Beispiel im Straßengüterverkehr und im Schienenverkehr (Kabotage-Regelungen), ferner in der leitungsgebundenen Energiewirtschaft und im Sprach- und Telefondienst.

Die bisher vom Ministerrat verabschiedeten Maßnahmen sind in den einzelnen Mitgliedstaaten erst zum Teil in nationales Recht umgesetzt worden. Am zügigsten wurden die Binnenmarkt-Regeln in Dänemark und Frankreich in Kraft gesetzt. Es ist nötig, diesen rechtspolitischen Rückstand möglichst rasch aufzuholen, damit Investoren und Verbraucher klare Entscheidungsgrundlagen haben und hierzu nicht warten müssen, bis der Europäische Gerichtshof aufgrund von Klagen wegen Vertragsverletzung die Implementierung der Ratsbeschlüsse erzwingt (wie in einigen Fällen schon geschehen).

440. Die Kommission und der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft haben die institutionellen Rahmenbedingungen für den Binnenmarkt im wesentlichen so entwickelt, daß die Anbieter von Waren und Dienstleistungen in jedem einzelnen Mitgliedstaat nach den Zulassungsbedingungen im eigenen, dem Ursprungsland tätig werden dürfen. Die Zulassungsbedingungen für Produkte und für die Berufstätigkeit sind jetzt EG-weit in der Regel nur auf einem Mindestniveau vereinheitlicht, ansonsten gilt zwischenstaatlicher Regulierungswettbewerb. Dieser Grundsatz — Ursprungslandprinzip in Verbindung mit europäischer Mindestregulierung — ist im Sinne einer fortschreitenden Integration der Märkte, eines intensiveren Wettbewerbs und einer besseren Faktorallokation gutzuheißen. Gemeinsame Mindestnormen sind überdies ein probates Mittel gegen Beschränkungen des innergemeinschaftlichen Handels, die ansonsten von einzelstaatlichen Regulierungen zum Schutze der öffentlichen Sicherheit, der Gesundheit und des nationalen Kulturgutes, die der EWG-Vertrag prinzipiell zuläßt (Artikel 36), herrühren könnten. Bei dem besagten Grundsatz sollte es auch künftig bleiben:

— im Einklang mit dem Grundsatz der Subsidiarität;

— zu dem Zweck, über den Wettbewerb der Rechtssysteme offenkundig überflüssige oder überzogene nationale Bestimmungen zu beseitigen;

— im Hinblick auf den Wunsch anderer Staaten, der Gemeinschaft beizutreten oder sich mit ihr zu assoziieren, ohne gleich alle nationalen Vorstellungen über Regulierungsziele und Regulierungsformen aufgeben zu müssen, wenn daraus keine Handelshemmnisse erwachsen.

Diesem Grundsatz zufolge muß das einzelne Mitgliedsland die EG-weit gesetzten Mindestnormen respektieren, darf sie also nicht unterlaufen. Es kann aber nach oben davon abweichen, das heißt Inländer — freilich nur diese — strengeren Regulierungen unterwerfen. In Deutschland geschieht dies zum Beispiel im Handwerk und bei zahlreichen Freien Berufen. Es kommt im Wettbewerb mit Anbietern von Gütern und Dienstleistungen aus anderen EG-Ländern zu einer Inländerdiskriminierung. Inländerdiskriminierung ist verfassungsrechtlich (wegen des Gleichbehandlungsgebots) problematisch. Unter ökonomischen Gesichtspunkten ist zu bedenken, daß Erwerbs- und Beschäftigungschancen für Deutsche gemindert werden, die positiven Binnenmarkt-Wirkungen also kleiner sind als sonst möglich. Man könnte versucht sein, ganz auf den Wettbewerb der Systeme im europäischen Binnenmarkt zu vertrauen: Überflüssige oder unnötig strenge deutsche Marktregulierungen gerieten dann unter einen befreienden Anpassungszwang. Aber das könnte zu lange dauern. Besser ist es, der deutsche Gesetzgeber nimmt sich direkt des Problems der Inländerdiskriminierung an und schafft Abhilfe. Konkrete Vorschläge hierzu sind von der Monopolkommission und der Deregulierungskommission für verschiedene Bereiche unterbreitet worden. Der Sachverständigenrat hat wiederholt für eine Politik der Marktöffnung geworben (JG 85 Ziffern 320 ff., JG 88 Ziffern 348 ff.). Nach dem gegenwärtigen Stand der politischen Beratungen sieht es freilich nicht danach aus, als ob die Vorschläge mit der erwünschten Entschlossenheit aufgegriffen würden; zu stark ist der Widerstand, den partikulare Interessengruppen leisten.

441. Abweichungen von dem Grundsatz „Ursprungslandprinzip plus europäische Mindestregulierung", sprich eine auf Gemeinschaftsebene herbeigeführte Harmonisierung von Rechtsvorschriften und Politiken, sollte es nur geben, wenn dies zur Sicherung eines unverfälschten Wettbewerbs innerhalb des Binnenmarktes notwendig ist oder wenn anderenfalls negative externe Wirkungen der Produktion oder des Verbrauchs eines Mitgliedslandes den Wohlstand in einem anderen Land beeinträchtigen würden. Auf den ersten Fall zielt die gemeinschaftliche Wettbewerbspolitik, auf den zweiten die gemeinschaftliche Umweltpolitik. Eine gemeinschaftliche Umweltpolitik, die das Problem grenzübergreifender externer Kosten löst, muß größtenteils erst noch entwickelt werden; die bisherigen Vorschläge der EG-Kommission (zur Reduzierung von Schadstoffemissionen beispielsweise) waren nicht konsensfähig, und sie sind aus ökonomischer und ökologischer Sicht nicht sachgerecht (JG 91 Ziffern 411 ff.). Die gemeinschaftliche Wettbewerbspolitik, die schon in den Römischen Verträgen verankert wurde (Artikel 85 ff. EWGV), ist durch die vor zwei Jahren in Kraft getretene europäische Fusionskontrolle ausgeweitet worden; Befürchtungen, daß die EG-Kommission ihren Entscheidungen über die Genehmigung oder Untersagung von grenzüberschreitenden Unternehmenszusammenschlüssen vorwiegend andere als die relevanten wettbewerblichen Aspekte, nämlich industriepolitische Überlegungen, zugrunde legen könnte (JG 91 Ziffer 419), haben sich, wie die Monopolkommission in ihrem Hauptgutachten 1990/91 feststellt, bislang nicht bestätigt.

442. Der Maastrichter Vertrag schützt nicht vor Wettbewerbsverfälschungen durch einzelne Mitgliedstaaten. Nationale Importbeschränkungen für Erzeugnisse aus Drittländern können beibehalten, verschärft oder neu eingeführt werden (Artikel 115 EUV). Macht ein Mitgliedstaat, wie schon in der Vergangenheit wiederholt geschehen, von dieser Möglichkeit Gebrauch (nach Genehmigung durch die EG-Kommission), wird der Binnenmarkt segmentiert, der Wettbewerb verzerrt. Dies könnte zum Beispiel auf dem Automobilmarkt geschehen, wenn Länder wie Frankreich, Großbritannien, Italien, Portugal und Spanien fortfahren, den Marktanteil japanischer Kraftfahrzeuge bei sich niedrig halten zu wollen (Ziffer 448). Neue Grenzen würden dem Binnenmarkt auch dann beschert, wenn in den nächsten Jahren, bis zum Inkrafttreten der Europäischen Währungsunion, ein Mitgliedstaat Schutzmaßnahmen ergreift, um plötzlich auftretender Zahlungsbilanzkrisen Herr zu werden, wofür der Maastrichter Vertrag ebenfalls eine Rechtsgrundlage bietet (Artikel 109i EUV). Daß in dem einen oder anderen Fall das Land gehalten wäre, nur Maßnahmen zu beschließen, die die Funktionstüchtigkeit des Binnenmarktes „möglichst wenig stören", ist keine Beruhigung, schon gar nicht eine akzeptable Rechtfertigung solcher Interventionen in das Marktgeschehen. Diese Vorbehaltsklausel ist keine Beruhigung, weil in der konkreten Situation die Art und das Ausmaß der Nebenwirkungen stets umstritten sein werden; es ist zu befürchten, daß eine zu marktwidrigen Interventionen entschlossene Regierung sich von ihrem Vorhaben nur schwer wird abbringen lassen. Der Vorbehaltsklausel fehlt im übrigen die ordnungspolitische Legitimation, verpflichtet der Vertrag von Maastricht die Mitgliedsländer doch auf den Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb. Der Glaubwürdigkeit des Binnenmarkt-Projektes bekommen solche handelspolitischen Sonderwege überhaupt nicht, zumal die marktwirtschaftlichen Grundüberzeugungen nicht in allen Mitgliedsländern gleichermaßen beständig sind. Am besten wäre es daher, nationale handelspolitische Alleingänge würden von den anderen Mitgliedsländern nicht toleriert. Die Bundesrepublik sollte diesen Vorbehalt im Ratifizierungsgesetz verankern.

443. Eine klare ordnungspolitische Linie zu vertreten, wird auch nötig sein, um den Binnenmarkt nicht mit einer sektoralen Industriepolitik zu durchziehen. In diesem Bereich enthält der Vertrag von Maastricht gravierende Bestimmungen: Er stattet die Gemeinschaft erstmals mit einem gezielten industriepolitischen Auftrag aus (Artikel 130 EUV), überträgt ihr weitreichende Kompetenzen in der anwendungsbezogenen Forschungs- und Entwicklungspolitik (Artikel 130f bis p EUV) und verleiht ihr neue arbeitsmarktpolitische Zuständigkeiten bezüglich der beruflichen Bildung und Umschulung der Arbeitnehmer, die für industriepolitische Ziele instrumentalisiert werden können (Artikel 123 EUV). Dahinter steht das Bestreben, die Anpassungsfähigkeit der Industrie im Strukturwandel zu verbessern und die internationale

Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken. Gemeint ist nicht nur die Hilfe für strukturschwache Industrien, sondern auch und vor allem die gezielte Förderung von sogenannten Schlüsselindustrien.

In den Konzepten für eine neue, gleichsam strategische Industriepolitik steht die These vom Marktversagen und Wettbewerbsversagen im Vordergrund. Behauptet wird, daß in den zukunftsträchtigen Bereichen der Hochtechnologie — so etwa in der Mikroelektronik, in der Telekommunikation, in der Weltraumtechnologie, in der Werkstofftechnik, in der Bio- und Gentechnologie — wirtschaftliche Besonderheiten eine große Rolle spielten. Wenn der Staat nicht eingreife, könnten sich nicht nur diese Wirtschaftszweige nicht dynamisch entwickeln, sondern auch nicht die Anwenderindustrien (die Computerherstellung, die Unterhaltungselektronik, die Automobilproduktion, die Herstellung von Großraumflugzeugen, der Werkzeugmaschinenbau, die Chemische Industrie, die Herstellung von Telekommunikationsausrüstungen sind gängige Beispiele). Wachstums- und Beschäftigungschancen würden verschenkt, ein dauerhafter Verlust an gesamtwirtschaftlichem Wohlstand wäre wahrscheinlich. Als Begründung für die Marktbesonderheiten wird zweierlei vorgebracht: zum einen, daß die jeweiligen Weltmärkte oligopolistisch strukturiert seien und Regierungen durch strategisches Verhalten den heimischen Unternehmen zu gesicherten Führungspositionen verhülfen; zum anderen, daß aus organisatorischen und produktionstechnischen Gründen erhebliche Größenvorteile und Verbundvorteile auf der Forschungs- und Entwicklungsstufe sowie in der Produktion anfielen und überdies firmenspezifisches Erfahrungswissen entstünde mit der Folge, daß etablierte Unternehmen hohe Gewinne erzielten und potentielle Wettbewerber (aus anderen Ländern) vor hohen Markteintrittsschranken stünden, da sie erst noch die Fixkosten erwirtschaften und die Produktionstechnologie erlernen müßten. Das Markteintrittsproblem ließe sich nur, so das Argument, durch staatliche Förderung überwinden, weil nur staatliches Engagement für den Marktneuling allen glaubhaft macht, daß dessen Produktions- und Lernkostenrückstand behoben werden wird und die bislang führenden Unternehmen daraufhin Absatzeinbußen hinnehmen müssen und daß letztlich Wohlfahrtsgewinne in das Aufholland umgelenkt werden. Und die staatliche Förderung sollte am besten auf der Gemeinschaftsebene stattfinden, um Parallelforschung und Doppelproduktion zu vermeiden. In der theoretischen Diskussion lassen sich die besagten Marktbesonderheiten darstellen, in der Wirklichkeit sind sie damit freilich noch nicht belegt. Die Monopolkommission hat in ihrem jüngsten Hauptgutachten die Argumente im einzelnen geprüft, auch an Hand empirischer Fallstudien. Der Befund engt die praktische Bedeutung von Marktbesonderheiten erheblich ein und liefert keine gesicherte Leitvorstellung für die effiziente Handhabung der neuen Industriepolitik und keine ausreichende Grundlage für die daran geknüpften positiven Wirkungserwartungen.

Da die einzelnen Mitgliedsländer unterschiedliche Vorstellungen darüber haben, was Industriepolitik ist und mit welchen Mitteln und welchen Zielsetzungen sie betrieben werden soll und da die Kommission noch einmal eine eigene industriepolitische Konzeption haben wird, muß für die Gemeinschaft im ganzen ein Übermaß an staatlichem Interventionismus mit selektiver Subventionierung und differenzierenden Importbeschränkungen sowie wettbewerbsfeindlichen Unternehmenskooperationen befürchtet werden. Sobald die Gemeinschaft industriepolitische Maßnahmen zugunsten bestimmter Branchen beschließt, setzt sie Anreize für die partikularen Interessengruppen, dafür zu sorgen, daß die staatliche Fürsorge, die ihnen Schutz vor Wettbewerb beschert, auf der politischen Agenda der Gemeinschaft bleibt. Was bereits innerhalb der einzelnen Länder an konkreter Beeinflussung des politischen Entscheidungsprozesses praktiziert wird, würde auf der Ebene eines europäisch formierten Lobbyismus fortgesetzt. Die Eigeninteressen der EG-Kommission, die analog zu den Interessen der nationalen Bürokratie auf mehr Zuständigkeiten und größere Gestaltungsmacht gerichtet sind, vom Prestigestreben ganz abgesehen, böten den partikularen Lobbyaktivitäten geeignete Ansatzpunkte. Wird dabei auch noch, wie es geschieht, argumentiert, die Gemeinschaft dürfe nicht in einseitige technologische Abhängigkeit von Japan und den Vereinigten Staaten geraten, aus wachstumspolitischen Gründen nicht und aus außenpolitischen Gründen nicht, so kann man sich einer breiten Zustimmung in der Öffentlichkeit gewiß sein, selbst wenn das Abhängigkeitsargument einer näheren Prüfung nicht standhält.

444. Der Vertrag von Maastricht beugt diesen Gefahren nicht ausreichend vor. Dem Erfordernis einstimmiger Beschlüsse im Ministerrat bei der Festlegung spezifischer Maßnahmen zur Unterstützung der in den Mitgliedstaaten durchgeführten Industriepolitik (Artikel 130 Abs. 3 EUV) steht ein weitreichendes Initiativrecht der Kommission gegenüber. Im Bereich der Forschungs- und Entwicklungspolitik entscheidet der Rat über die Vorschläge der Kommission mit qualifizierter Mehrheit. Daß letztlich um des Konsenses willen ökonomisch fragwürdige Vereinbarungen zustande kommen können, muß für sehr wahrscheinlich gehalten werden. Die Erfahrungen mit der Gemeinsamen Agrarpolitik sind hier nicht zu vergessen: Obwohl einzelne Regierungen bei anstehenden agrarpolitischen Beschlüssen gelegentlich von ihrem Vetorecht Gebrauch gemacht haben, vermochten sie gemeinsam nicht zu verhindern, daß sich die europäische Agrarpolitik zu einem dichten, nahezu die gesamte Landwirtschaft erfassenden Gestrüpp von marktwidrigen Regulierungen im Inneren auswuchs, verbunden mit hohen Importbarrieren und Exportsubventionen im Handel mit Drittländern; nunmehr steht sie unter scharfem Reformdruck, der den Landwirten schmerzliche Anpassungen abverlangen wird. Alles hatte harmlos begonnen, dem Geist des Römischen Vertrages entsprach es nicht, daß die Gemeinsame Agrarpolitik in so tiefes interventionistisches und protektionistisches Fahrwasser geraten würde. Diese Erfahrung sollte eine ernst zu nehmende Mahnung sein, die gleichen Fehler, jetzt auf dem Gebiet der Industriepolitik, nicht zu wiederholen. Zu den Eigenarten staatlicher Interventionen gehört es nun einmal, daß sie sich selbst antreiben, daß sie immer neue Eingriffe nach sich ziehen, ganz gleich, ob der Förderungszweck damit erreicht wird oder nicht, und ohne Rücksicht auf die Kosten, die solche Maßnahmen verursachen mögen. Zu den Kosten zählen nicht nur die direkten Belastungen des Gemeinschaftshaushalts. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten sind auch zu berücksichtigen; sie können viel bedeutsamer sein, kommt es doch interventionsbedingt zu Verzerrungen der Faktorallokation und zu Verlusten an Flexibilität und Preiswürdigkeit des Angebots mit entsprechend nachteiligen Rückwirkungen auf Wachstum und Beschäftigung. Beschränkungen des Wettbewerbs würden auch nicht passen zu dem Ziel der Geldwertstabilität in einer künftigen Europäischen Währungsunion.

445. Die EG-Kommission hat in Mitteilungen an den Rat, an das Europäische Parlament und an den Wirt-

schafts- und Sozialausschuß ihr Konzept für die neue Industriepolitik dargelegt. In einer Mitteilung beispielsweise zur europäischen Automobilindustrie vom Mai 1992, der eine Schlüsselrolle bei der technologischen und industriellen Entwicklung der Gemeinschaft beigemessen wird, schlägt sie unter anderem vor, ein sogenanntes kohärentes System von Anreizen für Investitionen, Unternehmenszusammenschlüsse, Forschung und Entwicklung oder für die Umstrukturierung des Gütersortiments zu schaffen, Projekte mit technologischer Priorität zum Zwecke der Entwicklung von Schlüsseltechnologien festzulegen und zu unterstützen sowie mittels beruflicher Bildungs- und Umschulungsmaßnahmen, die über einen dafür einzurichtenden Europäischen Sozialfonds finanziert werden sollen, die Anpassung der Arbeitnehmer an den Strukturwandel zu fördern, und zwar prophylaktisch, das heißt schon bevor industrielle und technologische Veränderungen eintreten. Die Einzelheiten sind noch nicht präzisiert. Daß aber ein starkes industriepolitisches Engagement der Gemeinschaft gewollt ist, wird in dieser Sektormitteilung bereits klar. Zwar hält die EG-Kommission es für nötig, daß Wettbewerb herrscht, doch sie würde Einschränkungen des Wettbewerbs hinnehmen, wenn dadurch die industriepolitischen Ziele besser erreichbar erschienen. So weit darf es gar nicht erst kommen.

446. Am besten wäre es, die Maastrichter Bestimmungen über gemeinschaftliche Industriepolitik würden gestrichen. Rechtlich wäre der frühestmögliche Zeitpunkt das Jahr 1996, in dem sich die Mitgliedstaaten vorbehalten haben, verschiedene Teile des Vertragswerks zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern (Artikel N Abs. 2 EUV). Die Industriepolitik zählt zwar nicht ausdrücklich zu den revisionsfähigen Vertragsteilen, aber dies sollte kein Grund dafür sein, daß sie nicht dennoch auf den Prüfstand kommt, bedenkt man die Gefahren, die sie heraufbeschwört.

Der entsprechenden Vertragsänderung müßten alle Mitgliedsländer zustimmen. Daß dies geschehen würde, ist unwahrscheinlich, weil mindestens ein Land — Frankreich — bereits seit Jahren auf die Ausgestaltung einer europäischen Industriepolitik drängt. Als Alternative bleibt unter diesen Umständen, daß für die gemeinschaftliche Industriepolitik Grundsätze zu gelten haben, die mit der marktwirtschaftlichen Ordnung eindeutig vereinbar sind. Auf die folgenden drei ordnungspolitischen Grundsätze kommt es besonders an:

— Erstens: Auf der Gemeinschaftsebene werden nur Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten gefördert, bei denen neues Wissen entsteht (oder entstehen kann), das nicht patentierbar ist, aber alle nutzen können (grenzübergreifende externe Erträge). Dies betrifft vorrangig die Grundlagenforschung, soweit sie überregionale Bedeutung hat.

— Zweitens: Auf die Förderung marktnaher Forschung und kommerzialisierbarer Technologien wird verzichtet. Die Unternehmen sind regelmäßig besser als staatliche Instanzen in der Lage, die den Herausforderungen des Strukturwandels angemessenen Produkt- und Verfahrensinnovationen zu identifizieren und durchzuführen.

— Drittens: Der Wettbewerbspolitik gebührt Vorrang vor der Industriepolitik. Auch die einzelstaatliche Industriepolitik unterliegt der Kontrolle nach dem Wettbewerbsrecht des EWG-Vertrages (Artikel 85 f.). Die EG-Kommission legt bei ihrer Beihilfenaufsicht (nach Artikel 92 ff. EWGV) strenge Maßstäbe hinsichtlich der zulässigen Subventionen und deren Höhe an und behandelt dabei die einzelnen Länder und die einzelnen Branchen in gleicher Weise.

Die Bundesregierung sollte ihren ganzen Einfluß im Europäischen Rat nutzen, um mit den Regierungen der anderen Mitgliedstaaten ein Einvernehmen über diese Grundlinien zu erzielen. Bereits im Ratifizierungsgesetz wären sie als aus deutscher Sicht wünschenswert zu postulieren. Für eine marktwirtschaftlich orientierte Position zu werben und vor Gefahren einer diskretionären europäischen Industriepolitik zu warnen, wäre natürlich um so überzeugender, je klarer die Bundesregierung und die Landesregierungen ihrerseits von sektorspezifischen Industriepolitiken abließen. In dieser Hinsicht ist Deutschland für die übrigen EG-Länder nicht das zwingende Vorbild: In Westdeutschland wird nach wie vor in mehreren Bereichen Branchenstrukturpolitik betrieben, in Ostdeutschland steht die Treuhandanstalt unter starkem Druck, in ihrer Privatisierungsstrategie industriepolitischen Gesichtspunkten ein größeres Gewicht einzuräumen. Eine konsequente Ordnungspolitik auf diesem Gebiet tut auch hierzulande not. Wenig wäre für die gesamtwirtschaftliche Dynamik gewonnen, wenn auf der Gemeinschaftsebene marktwidrige, wettbewerbsverzerrende staatliche Interventionen verhindert werden, auf der nationalen Ebene aber gerade dies stattfindet.

IV. Binnenmarkt und Drittländer: Auf Handelsliberalisierung setzen

447. Zu den notwendigen Bedingungen dafür, daß mit der Vollendung des Binnenmarktes zusätzliche Wachstumsdynamik freigesetzt wird, gehört die Öffnung der Gemeinschaft nach außen. Auf die wohlstandsfördernde Wirkung einer liberalen Außenhandelspolitik hat der Sachverständigenrat wiederholt hingewiesen. Er hat auch immer wieder betont, daß die Gemeinschaft eine große Verantwortung für die Funktionstüchtigkeit der multilateralen Welthandelsordnung hat; dazu gehört sehr aktuell, durch Öffnung der Märkte die Reformbestrebungen in Mittel- und Osteuropa aktiv zu unterstützen (JG 91 Ziffer 436). Das wird grundsätzlich auch in der Gemeinschaft so gesehen. Gleichwohl bereitet uns Sorge, daß nach wie vor in verschiedenen Bereichen protektionistische Kräfte eifrig am Werke sind und daß im Zuge der Vollendung des Binnenmarktes die Protektionsbegehren zunehmen könnten.

448. In der Europäischen Gemeinschaft ohne Binnengrenzen wird sich der Wettbewerb auf den Gütermärkten verschärfen. Die strukturellen Anpassungszwänge werden daher größer, wenn auch mit von Land zu Land und, innerhalb des jeweiligen Landes, von Branche zu Branche unterschiedlicher Intensität.

Viele Unternehmen sind für den intensiveren Wettbewerb gerüstet, darunter viele deutsche, die in den vergangenen Jahren Produkt- und Verfahrensinnovationen vorgenommen und damit ihr Gütersortiment attraktiver gestaltet haben. Unternehmen aber, die bislang gegenüber der Konkurrenz aus anderen EG-Ländern geschützt waren, zum Beispiel im Dienstleistungsbereich, sehen sich angesichts der bevorstehenden Marktöffnung einem hohen Anpassungsdruck ausgesetzt, und nicht alle trauen sich zu, sich rasch auf die neuen Wettbewerbsbedingungen einzustellen. In den südeuropäischen Ländern haben viele Unternehmen die strukturelle Anpassung an die für sie ungewohnten Wettbewerbsbedingungen innerhalb der Gemeinschaft ohnehin noch vor sich, zahlreiche Unternehmen gehen auch davon aus, daß trotz eines Binnenmarktes der für sie relevante Absatzmarkt weiterhin lokal oder regional beschränkt bleibt. Fähigkeit und Bereitschaft zum Strukturwandel sind bei den Betroffenen eng begrenzt. Die Regierungen dieser Länder stehen unter dem Druck von Forderungen, als Ausgleich für den verstärkten Wettbewerb auf dem Binnenmarkt die Importkonkurrenz aus Drittländern in Schach zu halten. Daß der Maastrichter Vertrag handelspolitische Alleingänge erlaubt (Ziffer 442), macht es ihnen schwer, derartige Protektionsbegehren abzuwehren. Fehlt das Leitbild für den Freihandel, so gerät auch die Gemeinschaft als Ganzes in die Gefahr, von den Mitgliedsländern, die glauben, eine Abschottung nach außen gut gebrauchen zu können, gedrängt zu werden, gemeinsame Importbeschränkungen zu ergreifen, zwar nicht generell, wohl aber in Teilbereichen, in denen Anbieter aus Drittländern besonders wettbewerbsstark sind und EG-Länder unter anhaltenden Strukturschwächen leiden. Das Exportselbstbeschränkungsabkommen mit Japan für Kraftfahrzeuge von 1991 ist ein aktuelles Beispiel; bis zum Jahre 1999 sind japanische Hersteller gehalten, ihre Ausfuhr in die Gemeinschaft zu begrenzen.

Zu selektivem Handelsprotektionismus wird die Gemeinschaft immer wieder verleitet: wegen der Sorge, bei ungehindertem Marktzugang für Anbieter aus Entwicklungsländern und jetzt auch aus den Ländern Mittel- und Osteuropas zu viele Arbeitsplätze in heimischen Branchen mit hohem Anteil an wenig qualifizierten Beschäftigten zu verlieren, und wegen der Furcht vor einem übermäßigen Exportpotential Japans, das in der EG, auch hierzulande, Unternehmen in Bedrängnis gebracht hat oder bringen könnte, denen für die gesamtwirtschaftliche und technologische Entwicklung großes Gewicht beigemessen wird. Hierbei wird gegen das Meistbegünstigungsprinzip des GATT verstoßen, da sich die Protektionsmaßnahmen regelmäßig gegen einzelne Länder richten. Ein Verstoß gegen elementare GATT-Regeln ist es auch, wenn Unternehmen aus Drittländern, die an einem Standort in der Gemeinschaft produzieren, durch „local content"— Vorschriften gegenüber EG-Herstellern diskriminiert werden. Zielscheibe sind europäische Produktionsstätten japanischer Unternehmen. Von anderer Art, aber in der Wirkung ähnlich, ist der Protektionismus, der daraus resultiert, daß in einzelnen Mitgliedsländern im Namen des Verbraucherschutzes oder des Umweltschutzes überzogene Produktstandards vorgeschrieben werden mit der Folge, daß potentielle Anbieter aus Drittländern (vor allem aus Entwicklungsländern, aber auch aus Mittel- und Osteuropa) vom Gemeinsamen Markt ferngehalten werden, weil sie die jeweiligen Vorschriften nicht oder nur unter Inkaufnahme hoher Kosten erfüllen könnten.

449. Hinter den Forderungen nach spezifischem Schutz vor Importkonkurrenz stehen regelmäßig partikulare Interessen. In den betroffenen Unternehmen und Branchen sollen Sachkapazitäten und Arbeitsplätze aufrechterhalten werden können, die im internationalen Wettbewerb unrentabel geworden sind, sollen Löhne gezahlt werden können, die sich am Markt unter Freihandelsbedingungen nicht erwirtschaften lassen, sollen Gewinne erzielt werden können, obwohl die Kosten im Vergleich zum Ausland überhöht sind, sollen neue Produkte entwickelt werden können, die die inländischen Nachfrager dann auch kaufen, obwohl sie es bei uneingeschränktem Wettbewerb auf der Angebotsseite nicht tun würden.

Wer nach Abwehrmaßnahmen ruft, ist darauf bedacht, den Eigennutz zu kaschieren und das Allgemeinwohl zu beschwören. Die außenwirtschaftspolitisch Verantwortlichen sollten sich jedoch nicht fehlleiten lassen. Zu beachten ist immer, daß durch selektive Schutzmaßnahmen nicht nur einzelne Unternehmen oder Branchen und die dort Beschäftigten begünstigt werden, sondern daß durch eben diese Maßnahmen gleichzeitig alle anderen Produzenten und Arbeitnehmer diskriminiert werden. Dies wäre nur dann anders zu sehen, wenn ausländische Regierungen durch Subventionen und Protektionsmaßnahmen den internationalen Wettbewerb verfälschen, das heißt, in der EG künstlich Anpassungsdruck auch dort erzeugen, wo komparative Vorteile bestehen. Hiergegen müßte sich die Gemeinschaft wehren. Daß dies so ist, wird häufig behauptet. Aber die meisten Fälle sind nicht von dieser Art. Insoweit sind bei selektivem Handelsprotektionismus Verzerrungen der Faktorallokation unvermeidlich, strukturelle Verwerfungen höchst wahrscheinlich. Ins Bild gehört auch die Betroffenheit der Verbraucher, die höhere Preise zahlen müssen und weniger Wahlmöglichkeiten haben, ferner die Betroffenheit der Steuerzahler, die zur Finanzierung der Subventionen herangezogen werden, außerdem die Betroffenheit all jener Unternehmen, die keine Protektion erhalten, wohl aber an deren Folgen tragen, sei es der verteuerte Faktoreinsatz im Inland, sei es die von der Importprotektion bewirkte Tendenz zur Aufwertung der inländischen Währung, sei es die durch die erzwungene Handelsumlenkung hervorgerufene zusätzliche Konkurrenz auf Drittmärkten, seien es handelspolitische Vergeltungsmaßnahmen des Auslandes. Von Vorteilen der Protektion für die Allgemeinheit kann überhaupt keine Rede sein. Vielmehr werden der Allgemeinheit volkswirtschaftliche Kosten aufgebürdet. Empirische Untersuchungen zeigen, daß diese Kosten nicht niedrig, also nicht vernachlässigbar sind. In den geschützten Bereichen mag der Importwettbewerb entschärft werden können, aber nicht auf Dauer, lassen doch andere Länder in ihren Exportanstrengungen nicht nach; sie werden immer wieder Wege finden, produktspezifische Importbeschränkungen zu umgehen. Daß auf einem abgeschotteten Binnenmarkt wettbewerbsschwache Unternehmen wieder wettbewerbsstark werden oder im Innovationswettlauf verlorengegangenes Terrain wieder gutgemacht werden wird, kann man sich wünschen, darauf setzen kann man aber erfahrungsgemäß nicht.

Sollen die an die Vollendung des Binnenmarktes geknüpften positiven Erwartungen über die künftige

gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht enttäuscht werden, ist in der Außenhandelspolitik der Gemeinschaft ein beträchtliches Maß an Robustheit vonnöten. Mehr wirtschaftliche Dynamik gibt es, wenn auf den Märkten der Wettbewerbsdruck hoch ist und der Strukturwandel mit dem in anderen Volkswirtschaften vorgelegten Tempo Schritt hält, nicht aber, wenn Handelsprotektionismus betrieben wird, in welcher Form auch immer. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft haben in der Vergangenheit viel Nutzen daraus gezogen, daß weite Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes in die internationale Arbeitsteilung integriert wurden und diese Arbeitsteilung sich laufend vertieft hat. Diese Erfahrung sollte bei der Fortentwicklung der gemeinsamen Handelspolitik genutzt werden. Aktiv an der Härtung der Regeln eines multilateralen Welthandels, wie im GATT vorgesehen, mitzuwirken, lohnt sich allemal. Der erfolgreiche Abschluß der Uruguay-Runde wäre ein höchst bedeutsames Signal.

450. Ein handelspolitisches Problem eigener Art erwächst der EG aus ihrer Gemeinsamen Agrarpolitik. Trotz gegenteiliger Behauptungen der Vertreter der Gemeinschaft ist sie streng protektionistisch, sie muß es auch sein, solange am umfassenden Marktordnungssystem mit Preis- und Absatzgarantien festgehalten wird: Bei unbeschränktem Marktzugang würden die kostengünstiger produzierenden Anbieter aus Drittländern heimische Erzeugung verdrängen; zugleich zwingt die protektionistisch abgesicherte Hochpreispolitik die EG, den eigenen Agrarexport zu subventionieren, um auf diese Weise das chronische Überschußproblem zu mildern. Der Sachverständigenrat hat wiederholt eine grundlegende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, die mit den Prinzipien einer auch nach außen offenen Wettbewerbswirtschaft vereinbar ist, angemahnt (zuletzt JG 90 Ziffern 478ff.). Nach mehreren — gescheiterten — Reformversuchen in den achtziger Jahren (JG 86 Ziffern 342 ff.) haben die EG-Mitgliedstaaten im Frühjahr dieses Jahres einen neuen Anlauf gemacht: erstmalig mit der Abkehr von der herkömmlichen einkommensorientierten Preispolitik und der Hinwendung zu einer marktorientierten Preispolitik auf zwei großen Agrarmärkten, dem Getreidemarkt und dem Rindfleischmarkt.

Kern des Reformpakets sind Preissenkungen bei Getreide und Rindfleisch in Verbindung mit direkten Einkommenstransfers und Flächenstillegungsprogrammen. Bei Getreide wird das Interventionspreisniveau innerhalb der nächsten drei Jahre um 30 vH gesenkt. Zum Ausgleich der durch die Preissenkung entstehenden Einkommenseinbußen werden flächengebundene Zahlungen an die landwirtschaftlichen Betriebe geleistet, die Getreide, Hülsenfrüchte, Ölsaaten oder Silomais anbauen. Mit Ausnahme der Kleinbetriebe (ihre Getreideproduktion beträgt maximal 92 Tonnen pro Jahr) müssen die Getreideerzeuger 15 vH ihrer Nutzflächen stillegen, sie können sie aber auch als stillgelegt deklarieren und dann dort „nachwachsende Rohstoffe" anbauen. Bei Rindfleisch sollen die staatlichen Garantiepreise innerhalb von drei Jahren um 15 vH herabgesetzt werden. Zusätzlich wird das Volumen der Interventionsankäufe eingeschränkt. Einkommensverluste der Landwirte sollen auch hier weitgehend ausgeglichen werden.

451. Positiv an diesen Beschlüssen ist der eingeschlagene preispolitische Kurs. Er sollte Bewegung in die festgefahrenen GATT-Verhandlungen bringen. Überdies werden von den staatlichen Garantiepreisen her die Produktionsanreize künftig nicht mehr so gravierend verfälscht, wie das in der Vergangenheit regelmäßig der Fall war. Skeptisch zu beurteilen ist aber, daß die Zahlungen flächengebunden statt personengebunden sind und unbefristet statt als Überbrückungshilfe konzipiert werden, insoweit also nicht produktionsneutral sind, und daß wieder einmal Flächenstillegungen verordnet werden, um die Produktion zu drosseln, trotz der aus gesamtwirtschaftlicher und ökologischer Sicht unerwünschten Nebenwirkungen (JG 86 Ziffer 354). In jedem Fall bedarf es für eine durchgreifende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik weiterer Schritte, insbesondere muß auch bei den anderen Agrarerzeugnissen die Preispolitik nachhaltig auf die Marktlage und Marktentwicklung im Inneren und im Ausland ausgerichtet werden. Hiergegen gibt es in einigen Mitgliedsländern, nicht nur in Frankreich, noch große Widerstände. Wären sie nicht zu überwinden und hielten sie den EG-Agrarministerrat vor weiteren Reformen zurück, dann würde nicht nur weiterhin gegen die Prinzipien einer marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung verstoßen, obwohl der Maastrichter Vertrag sie ausdrücklich hervorhebt. Sondern es bliebe auch die Gemeinschaft agrarpolitisch protektionistisch, sie führe fort, die Weltagrarmärkte zu destabilisieren, und sie müßte mit handelspolitischen Vergeltungsmaßnahmen des Auslandes rechnen.

V. Innergemeinschaftliche Finanztransfers: Möglichkeiten und Grenzen beachten

452. Der Maastrichter Vertrag wird auch finanzielle Konsequenzen haben. EG-Kommission und Europäisches Parlament begehren zusätzliche Einnahmen, um neue Aufgaben wahrnehmen zu können, nach innen (besonders Infrastrukturmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Förderung von Forschung und technologischer Entwicklung) wie nach außen (besonders Wirtschaftshilfen und Hilfen aus humanitären Gründen an Mittel- und Osteuropa). Der Finanzierungsbedarf in bisherigen Bereichen der Gemeinschaftspolitik (besonders in der Agrarpolitik) dürfte hoch bleiben. Verschiedene Mitgliedstaaten hoffen auf verstärkte finanzielle Transfers aus dem Gemeinschaftshaushalt. Durch Maastricht hat die verteilungspolitische Diskussion in der Gemeinschaft neue Nahrung erhalten.

453. Die Grundzüge für zusätzliche innergemeinschaftliche Transferzahlungen liegen bereits fest:

— Zum einen sollen die schon bestehenden Gemeinschaftsfonds (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, Europäischer Sozialfonds) aufgestockt werden. In den vergangenen Jahren sind die Zahlungen aus diesen Fonds bereits kräftig gestiegen (Tabelle 66).

— Zum anderen soll vor Ende 1993 ein neuer Fonds, der sogenannte Kohäsionsfonds, hinzukommen (Artikel 130d EUV). Aus diesem Fonds sollen, gemäß Protokoll über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, jenen Mitgliedsländern finanzielle Hilfen zuteil werden, deren Bruttoso-

Tabelle 66

Die Fonds und sonstigen Ausgaben im Haushalt der EG [1]

Bereich	1988	1989	1990	1991	1992	1988	1989	1990	1991	1992	1988/92
	Mio ECU					Anteil in vH					vH [2]
Agrarpolitik [3]	29084,2	27584,2	28594,5	34934,6	36609,6	70,5	67,1	66,0	64,9	59,9	5,9
darunter:											
Garantiefonds	26389,6	24460,4	24979,5	31527,8	32095,0	63,9	59,5	57,7	58,6	52,5	5,0
Ausrichtungsfonds	1142,3	1349,0	1825,3	2023,0	2689,5	2,8	3,3	4,2	3,8	4,4	23,9
Regional- und Verkehrspolitik	3348,4	4144,3	4901,9	7225,6	9661,8	8,1	10,1	11,3	13,4	15,8	30,3
darunter:											
Regionalfonds	3092,8	3920,0	4554,1	5180,8	7608,8	7,5	9,5	10,5	9,6	12,5	25,2
Sozialpolitik	2501,3	2964,1	3546,3	4396,9	5414,6	6,1	7,2	8,2	8,2	8,9	21,3
darunter:											
Sozialfonds	2298,8	2676,1	3212,0	3869,2	4836,4	5,6	6,5	7,4	7,2	7,9	20,4
Forschung, Energie und Industrie	1196,4	1497,3	1738,7	1964,9	2559,9	2,9	3,6	4,0	3,7	4,2	20,9
Entwicklungsländer und andere Drittländer	1041,3	1063,8	1225,1	2228,0	2848,4	2,5	2,6	2,8	4,1	4,7	28,6
Rückzahlung an Mitgliedsländer und Reserven	2207,4	1825,6	1020,3	527,4	1033,3	5,3	4,4	2,4	1,0	1,7	−17,3
Verwaltungsausgaben [4]	1899,9	2051,7	2298,1	2519,2	2969,2	4,6	5,0	5,3	4,7	4,9	11,8
Insgesamt	41278,9	41131,0	43324,8	53796,6	61096,8	100	100	100	100	100	10,3
darunter:											
EG-Fonds [5]	32923,5	32405,5	34570,9	42600,8	47229,7	79,8	78,8	79,8	79,2	77,3	9,4

[1] 1988 bis 1991 Ist-Zahlungen; 1992 Sollzahlungen gemäß Haushaltsplan 1992 einschließlich Berichtigungs- und Nachtragshaushaltspläne Nr. 1 bis 3.
[2] Durchschnittlich jährliche Veränderung.
[3] Einschließlich Fischerei- und Seepolitik sowie Wertverluste für Absatzmaßnahmen von Agrarerzeugnissen.
[4] Kommission und andere Organe (Parlament, Rat, Gerichtshof, Rechnungshof).
[5] Garantiefonds und die Strukturfonds (Ausrichtungsfonds, Regionalfonds, Sozialfonds).

Quelle: BMF

zialprodukt je Einwohner weniger als 90 vH des Gemeinschaftsdurchschnitts beträgt. Dies sind nach heutigem Stand Griechenland, Irland, Portugal und Spanien. Die Transferzahlungen werden für die Durchführung von Vorhaben in den Bereichen Umwelt und transeuropäische Netze (besonders Verkehrsinfrastruktur) bereitgestellt, vorausgesetzt, die Empfängerländer weisen ein Programm vor, mit dem sie die finanzpolitischen Konvergenzkriterien für die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion zu erfüllen beabsichtigen. Es wird offensichtlich unterstellt, alle Mitgliedsländer könnten sich für die Aufnahme in die Währungsunion qualifizieren, was jedoch, wie gesagt, bei strenger Anwendung der Konvergenzkriterien unwahrscheinlich ist.

Das Transfervolumen ist noch offen. Darüber wollen die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten auf dem Ende des Jahres 1992 stattfindenden Gipfel entscheiden.

Die EG-Kommission hat die Maastrichter Vereinbarungen zum Anlaß genommen, für den Zeitraum 1993 bis 1997 die kräftige Aufstockung des Gemeinschaftshaushalts zu betreiben („Delors-II-Paket"). Nach ihren Vorstellungen braucht sie einen zusätzlichen finanziellen Spielraum von rund 20 Mrd ECU; das entspräche im Jahre 1997 Mehrausgaben in Höhe von 31,6 vH gegenüber 1992. Von diesen Mehrausgaben sollten rund 11 Mrd ECU allein für strukturpolitische Maßnahmen bereitstehen; für Zuweisungen aus dem Kohäsionsfonds sind Jahresbeträge von 1 bis 2 Mrd ECU im Gespräch. Um die Finanzierung des ausgeweiteten Haushaltsvolumens sicherzustellen, wünscht die Kommission, daß die Obergrenze für die Haushaltseinnahmen von derzeit 1,2 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt der Gemeinschaft auf 1,34 vH angehoben wird. Vorab soll das System der EG-Einnahmen (Zölle, Abschöpfungen auf Agrarimporte, Mehrwertsteuer-Eigenmittel und Bruttosozialprodukt-Eigenmittel) zugunsten der wirtschaftlich schwächeren Mitgliedstaaten geändert werden: Bei der Berechnung der Mehrwertsteuer-Eigenmittel wird die Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer nur bis höchstens 50 vH (derzeit 55 vH) in Relation zum nationalen Bruttosozialprodukt berücksichtigt.

Die wirtschaftlich schwächeren Länder sehen die Chance, dank zusätzlicher externer Ressourcen ihren Wachstumsspielraum vergrößern und den Wohlstandsrückstand abbauen zu können. Dementsprechend drängen sie auf eine großzügige Dotierung des Kohäsionsfonds und der Strukturfonds; sie machen ihre Zustimmung zu der beabsichtigten Erweiterung der EG davon abhängig, daß ihren Forderungen angemessen Rechnung getragen wird. Die wirtschaftlich starken Länder, Deutschland eingeschlossen, befürchten, durch die Verpflichtung zu beträchtlichen

Transferzahlungen eigene öffentliche Ausgaben einschränken oder inländische Steuern erhöhen zu müssen, und zwar zusätzlich zu den fiskalischen Anstrengungen, die ihnen die unabweisbare Haushaltskonsolidierung ohnehin abverlangt. Sie werden versuchen, den Umfang der Finanztransfers zu begrenzen. So hat beispielsweise die Bundesregierung das Delors-II-Paket mit dem geplanten Ausgabenvolumen und der Finanzierung nach den bisherigen Regeln abgelehnt, und zwar lange bevor Dänemark gegen den Maastrichter Vertrag votiert und damit den Finanzierungsplänen der EG-Kommission fürs erste die Grundlage entzogen hat. Wie diese fundamentalen Interessengegensätze überbrückt werden können, steht noch dahin. Zu wünschen ist freilich, daß bei der Suche nach dem Konsens, möglicherweise in Verbindung mit dem Aushandeln von Zugeständnissen in anderen Bereichen, die Transferzahlungen in Größenordnungen gehalten werden, bei denen in den Nettozahler-Ländern keine Akzeptanzprobleme auftreten und in den Nettoempfänger-Ländern eine effiziente Verwendung möglich ist, das heißt, daß wirklich das wirtschaftliche Wachstum vorangetrieben wird.

454. Öffentliche finanzielle Transfers vermögen für sich allein einem strukturschwachen Land oder einer strukturschwachen Region freilich nicht zu beschleunigtem wirtschaftlichen Wachstum und einer dauerhaften Beschäftigungsexpansion zu verhelfen. Transferleistungen kurieren zunächst nur am Symptom, realwirtschaftliche Probleme können sie direkt nicht beheben. Um eine positive Wirkung zu haben, müssen sie sich mit einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik im Empfängerland ergänzen, die dafür sorgt, daß eine möglichst breite Investitionstätigkeit stattfindet. Die jüngsten Erfahrungen in Deutschland zeigen, daß selbst bei hohen Transfers die erhofften Wachstums- und Beschäftigungseffekte nicht schnell eintreten. Die Wirkungserwartungen der europäischen Strukturfonds haben sich in der Breite auch nicht erfüllt. Am größten sind die Enttäuschungen, wenn die Mittel zu sehr konsumtiv verwendet werden oder wenn bei investiver Verwendung zu viele Projekte zum Zuge kommen, deren volkswirtschaftliche Rentabilität niedrig ist oder bei denen ein akuter Mangel an komplementären inländischen Produktionsfaktoren herrscht. Regierungen, die mit Finanztransfers aus dem Ausland fest rechnen können, sind nicht gegen die Versuchung gefeit, wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen im eigenen Lande erst einmal hinzunehmen und die Korrektur solange wie möglich hinauszuzögern. So könnte es auch jetzt kommen. Die Regierungen würden fortfahren, inländische Unternehmen zu subventionieren, auch wenn dies überkommene Produktionsstrukturen konserviert, die ökonomischen Anreize verzerrt und eine Fehlleitung knapper Ressourcen bewirkt. Besonders würden Defizitprobleme im öffentlichen Haushalt nicht entschlossen genug angegangen, wenn dazu Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen erforderlich wären, die innenpolitisch nur schwer durchzusetzen sind. Die eigenen Steuerquellen würden nicht mit der gebotenen Konsequenz gepflegt. Die Folge wäre, daß die Abhängigkeit von ausländischen Transferzahlungen nicht kleiner würde, sondern größer, jedenfalls hoch bliebe, ohne daß sich der Entwicklungsrückstand des jeweiligen Landes fühlbar abbaute.

455. Damit es zu solchen Fehlentwicklungen nicht kommt, plädieren wir dafür, daß bei der künftigen Handhabung der Gemeinschaftsfonds, nachhaltiger als in der Vergangenheit, nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit und der Transparenz verfahren und unnötiger Verwaltungsaufwand vermieden werden. Die Transferzahlungen sind auf die unabweisbaren Erfordernisse zu beschränken, und ihre Verwendung ist mit strengen Auflagen zu versehen.

Was „unabweisbar" ist, läßt sich nicht objektiv quantifizieren. Die Empfängerländer werden die Erfordernisse immer höher bemessen als die Geberländer; die EG-Kommission wird auch eher an einer Ausgabenausweitung als an einer Ausgabenbegrenzung interessiert sein, weil sie dann auch wirtschaftspolitisch mehr gestalten kann. Jede Vorgabe wäre daher willkürlich. Gleichwohl spricht einiges dafür, daß es die Regierungen und Parlamente der Geberländer sind, die Umfang und Entwicklung der Ausgaben aus den Fonds prägen. Immerhin sind sie ihren Bürgern gegenüber verpflichtet, sparsam mit den Steuereinnahmen umzugehen, und sie tragen gegenüber der Wirtschaft im ganzen die Verantwortung dafür, daß die Finanzpolitik, hier im EG-Rahmen, ihre Leistungskraft nicht überfordert. In Zeiten, in denen die Geberländer angesichts eigener finanzpolitischer Fehlentwicklungen zur Haushaltskonsolidierung gezwungen sind, müssen sich auch Neuzuweisungen an den EG-Haushalt dieser Notwendigkeit unterwerfen. Im Nebeneffekt werden nicht unnötig bestehende EG-Zuständigkeiten ausgeweitet oder neue geschaffen. Ein Nachteil für die wirtschaftlich schwächeren Mitgliedstaaten erwächst daraus nicht: Denn in dem Maße, wie die Haushaltskonsolidierung in den wohlhabenderen Ländern vorankommt und sich die Angebotsbedingungen der heimischen Wirtschaft dadurch verbessern, entstehen Wachstumsimpulse, die über die nationalen Grenzen hinweg ausstrahlen, also auch in die Länder hinein, die Transferzahlungen begehren. Die EG als Wachstumsgemeinschaft verspricht allemal mehr Wohlstand, als es die EG als Verteilungsgemeinschaft für alle je könnte.

Die Gewährung von Finanztransfers mit Auflagen zu versehen, ist wünschenswert, damit die Mittel möglichst effizient eingesetzt werden. Insbesondere muß sichergestellt werden, daß mehr private Investitionen lohnend werden, so daß auch Kapital aus dem Ausland zufließt (JG 90 Ziffer 469). Dies bedeutet:

— Priorität haben Beiträge zur Finanzierung von Investitionsprojekten. Bei der Prüfung solcher Projekte werden, wo immer möglich, Kosten-Nutzen-Analysen durch unabhängige Institutionen durchgeführt. Die Eigenbeteiligung des Empfängerlandes muß substantiell sein, damit starke Anreize für die unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten bestmögliche Auswahl von Investitionsprojekten bestehen. Eine Projektfinanzierung aus mehreren Fonds (die sogenannte Strukturfondsadditionalität) kommt nicht in Betracht.

— Mitgliedstaaten, deren öffentliche Haushalte übermäßig expandieren, besonders in den Verbrauchsausgaben, können nicht damit rechnen, rasch Finanztransfers zugewiesen zu bekommen. Denn eine solche Haushaltsentwicklung wäre ein Indiz

dafür, daß die Regierung zu einer wachstumsorientierten Finanzpolitik nicht bereit oder in der Lage ist. Externe Finanztransfers kämen unter diesen Umständen Einzahlungen in ein „Faß ohne Boden" gleich.

— Bei dem Eintritt in die Europäische Währungsunion werden zu keinem Zeitpunkt den teilnahmewilligen Ländern gegenüber bindende Zusagen über finanzielle Hilfen gemacht (JG 91 Ziffer 434). Schon gar nicht dürfen Fehler in der nationalen Finanzpolitik, Regionalpolitik, Sozialpolitik oder Lohnpolitik Transferzugeständnisse erwirken. Da an der Währungsunion nur Länder teilnehmen sollten, die ein hohes Maß an ökonomischer Konvergenz erreicht haben, dürfte ein besonderer Transferbedarf insoweit nicht entstehen.

Einem möglichen Mißverständnis ist freilich vorzubeugen: Die Konditionierung von Finanztransfers verbessert die Chancen für die effiziente Verwendung der Mittel. Sie bietet aber keine Gewähr dafür, daß in dem Empfängerland nicht doch öffentliche Ausgaben getätigt werden, die wachstumspolitisch wenig sinnvoll sind. In jedem Fall haben die Finanztransfers einen Freisetzungseffekt, demzufolge in dem Empfängerland inländische Ressourcen, die ohne solche Transfers in bestimmten Verwendungen gebunden wären, nun anderweitig eingesetzt werden können. Dabei können auch Mitnahmeabsichten eine Rolle spielen, dann nämlich, wenn das Empfängerland aus den Gemeinschaftsfonds Mittel für ein Investitionsprojekt erhält, das es auch ohne diese Hilfe durchgeführt hätte, und die somit eingesparten eigenen Haushaltsmittel in andere Vorhaben leitet, Projekte eingeschlossen, die als nicht förderungswürdig gegolten hätten oder tatsächlich von der Gemeinschaft abgelehnt worden wären. Dieses Problem ist nicht lösbar, jedenfalls nicht, solange die Souveränität für die Finanzpolitik bei den nationalen Regierungen bleibt. Man muß sich dessen aber bewußt sein.

456. Diskutiert wird die Frage, ob über die Transferzahlungen aus den europäischen Strukturfonds hinaus ein innereuropäisches Finanzausgleichssystem entwickelt werden muß. Der Maastrichter Vertrag gibt hierauf keine Antwort.

— Die Fürsprecher eines solchen Systems machen geltend, daß die Finanzkraft der Mitgliedstaaten auf unabsehbare Zeit untereinander divergieren werde. Bliebe in den jeweils weniger entwickelten Ländern die Finanzausstattung je Einwohner dauerhaft deutlich niedriger als in den jeweils fortgeschritteneren Ländern, und zwar auch nach Berücksichtigung der zugeflossenen Transfers aus den Gemeinschaftsfonds, so müßte dort das Angebot an öffentlichen Gütern und anderen staatlichen Leistungen hinter dem zurückbleiben, was anderswo in der EG Standard ist und von der Wirtschaft und den Bürgern nachgefragt wird. Überdies ließen sich die Unterschiede im Entwicklungsniveau und in der Produktionsstruktur, die derzeit bestehen, nicht rasch beheben (sie würden möglicherweise sogar größer), besonders deshalb nicht, weil für Investitionen in Sachkapital, die Neues hervorbringen, und für Investitionen in Humankapital, die die Qualifikation der inländischen Arbeitskräfte heben, lange Ausreifungszeiten typisch sind. Hinzu käme, daß die hochentwickelten Mitgliedsländer ihrerseits weiteres wirtschaftliches Wachstum haben. Ein rechtlich fest institutionalisiertes Finanzausgleichssystem zwischen den finanzstarken und den finanzschwachen Mitgliedstaaten, analog zu einem System des Länderfinanzausgleichs in föderativen Staaten, würde dazu beitragen, daß die Probleme aus den Finanzkraftunterschieden gemildert werden. Im Vergleich zu den jetzt geplanten Transferzahlungen hätte es den Vorteil, den potentiellen Empfängerländern eine verläßliche mittelfristige Perspektive für die Entwicklung der öffentlichen Einnahmen und der Leistungserstellung zu geben.

— Vorbehalte melden all jene an, die die grundlegenden institutionellen Bedingungen für ein funktionsfähiges innereuropäisches Finanzausgleichssystem als nicht gegeben und als nicht ohne weiteres herstellbar betrachten. Jedes Land nutze die Autonomie über sein Besteuerungssystem, die ihm trotz einiger Harmonisierungsmaßnahmen weitgehend verbleibt, auf unterschiedliche Weise und beeinflusse damit die Höhe seiner Steuereinnahmen. Zudem seien die nationalen Finanzverwaltungen nicht überall auf gleich hohem Stand, so daß sie in einigen Ländern den bestehenden Steuergesetzen nicht ordnungsgemäß Beachtung verschaffen könnten und eine verminderte Aufkommenselastizität des Besteuerungssystems hinnehmen müßten, sprich einen übersteigerten Bedarf an Ausgleichszahlungen hätten. Am wichtigsten aber sei, daß die Europäische Gemeinschaft keine föderative Verfassung habe, aus der heraus sich der Finanzausgleich legitimieren lasse. Wenn es keine grenzüberschreitende Integration der Interessen gebe, wenn es vor allem an einer „länderübergreifenden Öffentlichkeit" in der Gemeinschaft fehle, sei die Gefahr groß, daß nach Einführung eines Finanzausgleichssystems die finanzschwachen Länder Druck machen, um umfangreiche Zuweisungen zu erhalten, und dabei Grenzen der politischen Akzeptanz in den finanzstarken Ländern überschreiten. Die Konsequenz wäre, daß die Gemeinschaft großen Spannungen ausgesetzt würde, die den Integrationsprozeß stark belasten müßten.

457. Der Sachverständigenrat hält Versuche, ein europäisches Finanzausgleichssystem zu schaffen, gegenwärtig und auf absehbare Zeit nicht für praktikabel. Das deutsche System kann keinesfalls als Modell dienen. Die Gründe sind analog zu jenen zu sehen, die es nach der deutschen Einigung nicht ermöglicht haben, die neuen Bundesländer von Anbeginn in den Finanzausgleich der Alt-Bundesrepublik, namentlich in den Länderfinanzausgleich, einzubeziehen (JG 91 Ziffer 319). Diese Argumente sind noch durchschlagender im Kontext der Gemeinschaft: Es gibt, anders als in Deutschland, kein europaeinheitlich geregeltes Steuersystem. Daraus ergibt sich die Gefahr, daß einzelne Länder ihren Bürgern die Steuerlast erleichtern in der Erwartung, höhere Transfers aus den Mitgliedstaaten zu erhalten. Hinzu kommt, daß der Finanzausgleich zwischen Gebietskörperschaften von der Konzeption her Unterschiede

in der Finanzkraft in der Spitze nivellieren soll. Das setzt voraus, daß die Unterschiede im Steueraufkommen je Einwohner klein sind. Zwischen den Mitgliedstaaten sind die Unterschiede aber groß, vor allem zwischen den nördlichen und den südlichen Ländern (Tabelle 67). Diese Unterschiede ausgleichen zu wollen, würde eine massive Umverteilung der Steuereinnahmen von den wohlhabenderen zu den ärmeren Ländern erfordern. Hiergegen werden sich die Bürger der finanzstarken Länder wehren. Zudem würden über einen solchen Finanzausgleich ungebundene Transfers gezahlt werden, so daß eine effiziente Verwendung nicht gewährleistet werden könnte. Die nach Unterzeichnung der Maastrichter Verträge ausgebrochene öffentliche Diskussion, besonders die den Volksabstimmungen in Dänemark und Frankreich vorausgegangene, hat für jedermann deutlich gemacht, daß bei weitem nicht alles, was an innereuropäischer Umverteilung gefordert wird, ungeteilte Zustimmung findet. Es wäre ein großer Fehler, wenn die Politik Widerstände gegen große Umverteilungsaktionen innerhalb Europas ignorierte oder als Individualegoismus, der wohlhabender Nationen unwürdig sei, kritisierte. Wenn die Menschen das Gefühl bekommen, daß sie zuviel von den Erträgen der eigenen Leistung an andere Länder abgeben müssen, wird das Vertrauen in die Sinnhaftigkeit einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion schwinden. Daß die Integration in Europa auch fortschreiten könnte, wenn sie nicht von der großen Mehrheit der Bürger getragen wird, ist eine Illusion.

Tabelle 67

Steueraufkommen in den EG-Ländern 1991 [1])

Land	Steuereinnahmen je Einwohner	
	in ECU	EG 12 = 100
EG der 12	3 965	100
Belgien	4 565	115,1
Dänemark [2])	9 465	238,7
Deutschland [3])	5 012	126,4
Frankreich	3 897	98,3
Griechenland	1 343	33,9
Großbritannien	4 031	101,7
Irland	3 002	75,7
Italien	4 121	103,9
Luxemburg	6 883	173,6
Niederlande	4 556	114,9
Portugal	1 267	32,0
Spanien	2 377	60,0

[1]) Steuereinnahmen (direkte und indirekte Steuern) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; die Angaben in Landeswährung wurden mit dem durchschnittlichen ECU-Wechselkurs 1991 umgerechnet.
[2]) System der sozialen Sicherung wird im Gegensatz zu den anderen Ländern im wesentlichen über Steuereinnahmen und nicht über eigenständige Sozialbeiträge finanziert.
[3]) Früheres Bundesgebiet.

Quellen: EG, OECD

458. Es wird daher bei dem Grundsatz bleiben müssen: Transferzahlungen an die wirtschaftlich schwächeren Mitgliedstaaten werden über die Gemeinschaftsfonds geleistet, unter Beachtung der erwähnten Gesichtspunkte. Die Fonds sollten nach dem gegenwärtigen Einnahmensystem gespeist werden. Dies läuft auf eine Art vertikalen Finanzausgleich hinaus. Daß dabei, anders als in einem Bundesstaat, der Zusammenhang zwischen Leistung und Verwendung verwischt wird, muß wohl hingenommen werden. Als notwendig mag sich erweisen, die Einnahmen des EG-Haushaltes zu verstärken. Doch darf hierbei der Zwang zur Ausgabendisziplin nicht aufgeweicht werden. Bevor der Europäische Ministerrat eine Einnahmenentscheidung fällt, müßten alle Möglichkeiten der Ausgabeneinsparung ausgeschöpft werden, im operativen Bereich ebenso wie im administrativen. Neue Ausgabentatbestände einfach zu den bisherigen hinzufügen kann nicht in Betracht kommen und paßt ohnehin nicht in eine Zeit der Haushaltskonsolidierung auf nationaler Ebene. Auch aus diesem Grund ist eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik von größter Dringlichkeit, beanspruchen die Preisstützungsmaßnahmen doch über die Hälfte des Gesamthaushaltes. Wieviel zusätzliche Einnahmen die Mitgliedstaaten dem Gemeinschaftshaushalt zuweisen wollen, muß politisch entschieden werden. Dabei sollte der EG freilich nicht eine eigene Steuergesetzgebungskompetenz eingeräumt werden. Denn die Möglichkeit, das Steueraufkommen unmittelbar zu beeinflussen, birgt die Gefahr in sich, daß die Gemeinschaft immer wieder neue Aufgaben an sich zieht. Es käme zu mehr Zentralisierung, als wir alle uns das wünschen können, und es würde das Subsidiaritätsprinzip ausgehöhlt, im Widerspruch zu dem im Maastrichter Vertrag und in Erklärungen des Europäischen Rats der Staats- und Regierungschefs gegebenen Versprechen.

Anhang

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 255

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 257

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 258

IV. Methodische Erläuterungen 259

V. Statistischer Anhang 266

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland 269

A. Internationale Tabellen 273

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland 295

Sachregister 393

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582),— § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich

hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz Ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnung;
3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19c des Körperschaftssteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

. . .

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum" (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation" (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität" (am 30. November 1966)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum" (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967"

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung" (am 4. Dezember 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms" (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht"; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969"; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969"

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —" (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970"

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —" (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971"

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert" (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972"

Jahresgutachten 1973/74: „Mut zur Stabilisierung" (am 22. November 1973); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973"

Jahresgutachten 1974/75: „Vollbeschäftigung für morgen" (am 22. November 1974); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise"

Jahresgutachten 1975/76: „Vor dem Aufschwung" (am 24. November 1975); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. August 1975: „Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975"

Jahresgutachten 1976/77: „Zeit zum Investieren" (am 24. November 1976)

Jahresgutachten 1977/78: „Mehr Wachstum — Mehr Beschäftigung" (am 22. November 1977)

Jahresgutachten 1978/79: „Wachstum und Währung" (am 23. November 1978); darin enthalten: Sondergutachten vom 19. Juni 1978: „Zur wirtschaftlichen Lage im Juni 1978"

Jahresgutachten 1979/80: „Herausforderung von außen" (am 22. November 1979)

Jahresgutachten 1980/81: „Unter Anpassungszwang" (am 20. November 1980)

Jahresgutachten 1981/82: „Investieren für mehr Beschäftigung" (am 20. November 1981); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Juli 1981: „Vor Kurskorrekturen — Zur finanzpolitischen und währungspolitischen Situation im Sommer 1981"

Jahresgutachten 1982/83: „Gegen Pessimismus" (am 23. November 1982); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Oktober 1982: „Zur wirtschaftlichen Lage im Oktober 1982"

Jahresgutachten 1983/84: „Ein Schritt voran" (am 24. November 1983)

Jahresgutachten 1984/85: „Chancen für einen langen Aufschwung" (am 23. November 1984)

Jahresgutachten 1985/86: „Auf dem Weg zu mehr Beschäftigung" (am 22. November 1985); darin enthalten: Sondergutachten vom 23. Juni 1985: „Wirtschaftspolitische Entscheidungen im Sommer 1985"

Jahresgutachten 1986/87: „Weiter auf Wachstumskurs" (am 24. November 1986)

Jahresgutachten 1987/88: „Vorrang für die Wachstumspolitik" (am 23. November 1987)

Jahresgutachten 1988/89: „Arbeitsplätze im Wettbewerb" (am 18. November 1988)

Jahresgutachten 1989/90: „Weichenstellungen für die neunziger Jahre" (am 20. November 1989)

Jahresgutachten 1990/91: „Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands" (am 13. November 1990); darin enthalten: Sondergutachten vom 20. Januar 1990: „Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten"

Jahresgutachten 1991/92: „Die wirtschaftliche Integration in Deutschland. Perspektiven — Wege — Risiken" (am 12. November 1991); darin enthalten: Sondergutachten vom 13. April 1991. „Marktwirtschaftlichen Kurs halten. Zur Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer"

Die Jahresgutachten des Sachverständigenrates sind bis zum Jahrgang 1988/89 im W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart–Mainz, erschienen. Ab Jahrgang 1989/90 erscheinen sie im Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart. Noch verfügbare Jahresgutachten der Jahrgänge ab 1976/77 können über den Buchhandel oder direkt durch den Verlag Metzler-Poeschel Verlagsauslieferung: Hermann Leins, Holzwiesenstraße 2, Postfach 11 52 in 7408 Kusterdingen (Telefon: 0 70 71/3 30 46, Telefax: 0 70 71/3 36 53) bezogen werden. Die Jahrgänge 1964/65 bis 1975/76, die als Buchausgabe inzwischen vergriffen sind, werden etwa Mitte 1993 von der Schmidt Periodicals GmbH in 8201 Bad Feilenbach 2, (Telefon: 0 80 64-2 11, Telefax: 0 80 64-5 57) als Nachdrucke vorgelegt werden, außerdem sind sie noch als Bundestags-Drucksache über den Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, 5300 Bonn, erhältlich.

IV.

Methodische Erläuterungen

A. Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole:

t	Zeitindex (Jahre)
K_t	durchschnittliches Bruttoanlagevermögen
Y_t	reales Bruttoanlagevermögen
Y_t^*	gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
p_t^*	Produktionspotential des Sektors Unternehmen
k_t	empirisch gemessene Kapitalproduktivität
$\hat{k}_t$	trendmäßige Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten (potentielle Kapitalproduktivität)
λ_t	Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus der potentiellen Bruttowertschöpfung des Sektors Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung), den Beiträgen des Staates, der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, der Wohnungsvermietung, der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zur realen Bruttowertschöpfung sowie der nichtabziehbaren Umsatzsteuer und den Einfuhrabgaben. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und daher mit den jeweiligen Beiträgen zur Bruttowertschöpfung identisch ist. Der Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Produktivitäten errechnet sich nach der Relation:

$$\lambda_t = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt aus dem jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögen und der potentiellen Kapitalproduktivität:

$$p_t^* = k_t^* \cdot K_t$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in mehreren Schritten. Der Trend der Kapitalproduktivität wird für abgeschlossene Konjunkturzyklen ermittelt. Die trendmäßigen Kapitalproduktivitäten werden im ersten Schritt für die Jahre zwischen den konjunkturellen Tiefpunkten 1963 und 1975 mit Hilfe einer logarithmischen Trendfunktion errechnet:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b$$

Sodann wird der Verlauf der potentiellen Kapitalproduktivität dadurch ermittelt, daß die Trendlinie parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivitäten im Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht:

$$\log k_t^* = a_0 + \log \hat{k}_t \text{ mit } a_0 = \max \left[\log k_t - \log \hat{k}_t\right]$$

5. Die Berechnung der trendmäßigen Kapitalproduktivitäten für die Jahre ab 1975 wird ebenfalls mit Hilfe der genannten Trendfunktion durchgeführt. Während die Abnahmerate der Kapitalproduktivität für den Zeitraum bis zum Jahre 1982 mit Hilfe des Stützzeitraums 1975 bis 1982 errechnet wird, schätzen wir die Abnahmerate der potentiellen Kapitalproduktivität für die Jahre danach auf Basis des Stützzeitraums 1979 bis 1991.

   Diese Vorgehensweise soll der Tatsache Rechnung tragen, daß sich die Abnahmerate des Trends der Kapitalproduktivität verringert hat. Die Stützzeiträume sind so abgegrenzt, daß an ihrem Anfang und ihrem Ende jeweils Jahre stehen, in denen die konjunkturelle Lage vergleichbar war.

6. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums werden außerdem folgende Annahmen gemacht:

   — Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens wird davon ausgegangen, daß die realen Anlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung) 1992 um ¼ vH und 1993 um 1½ vH abnehmen.

   — Die rechnerischen Abgänge werden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasilogistischen Verteilungsfunktion ähnelt.

7. Der Berechnung des Produktionspotentials bei Normalauslastung wird der langfristige Durchschnitt der Auslastung der Sachanlagen von 96½ vH in den Jahren 1963 bis 1989 zugrunde gelegt. In diesem Zeitraum lagen die Werte des ermittelten Nutzungsgrades am häufigsten zwischen 96 vH und 97 vH, je zur Hälfte über und unter der Normalauslastung.

B. Zur Berechnung der Gewinn-Erlös-Relation und der Arbeitseinkommensquote

Die Gewinn-Erlös-Relation der privaten Wirtschaft

1. Die Gewinn-Erlös-Relation soll ein Urteil über die Kosten- und Gewinnsituation der Unternehmen im privaten Sektor erlauben. Sie ist definiert als das Verhältnis der Gewinne des Unternehmenssektors zu den Gesamterlösen. Die Berechnungen zur Gewinn-Erlös-Relation betreffen nur den Unternehmenssektor ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Wohnungsvermietung, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen.

   Die Gewinne werden berechnet, indem von den Gesamterlösen die Gesamtkosten abgezogen werden. Um die Ursachen der Gewinnentwicklung analysieren zu können, werden die Gesamtkosten untergliedert in ausländische Vorleistungen, in kalkulatorische Zinskosten, in Abschreibungen auf das Anlagevermögen, in indirekte Steuern abzüglich Subventionen, in Bruttolohn- und -gehaltssumme, in Arbeitgeberbeiträge und in kalkulatorische Unternehmerlöhne, alle Größen jeweils in nominaler Rechnung und auf Jahresbasis. Der Erlös wird gebildet aus der Summe von Bruttoinlandsprodukt (BIP_U) und Vorleistungen (V).

2. Die Gewinn-Erlös-Relation und die Kapitalrendite werden wie folgt berechnet:

$$(1)\quad GER = 1 - \frac{BLGS + AGB + KU + ZK + AK + (T-S) + V}{BIP_U + V}$$

$$(2)\quad KR = \frac{BIP_U - (BLGS + AGB + KU + ZK + AK + (T-S))}{K}$$

   Die Symbole bedeuten:

GER	Gewinn-Erlös-Relation
BLGS	Bruttolohn- und -gehaltssumme
AGB	Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber
KU	kalkulatorischer Unternehmerlohn
ZK	kalkulatorische Zinskosten
AK	Abschreibungen auf das Anlagevermögen
T–S	indirekte Steuern abzüglich Subventionen
V	importierte Vorleistungen
$BIP_U + V$	Erlöse
KR	Kapitalrendite
BIP_U	Bruttoinlandsprodukt (Beitrag des betrachteten Unternehmenssektors zur Bruttowertschöpfung einschließlich Einfuhrabgaben und nichtabziehbare Umsatzsteuer)
K	Kapitalbestand

   Für die sieben Kostenkomponenten von (1) werden je für sich partielle Kosten-Erlös-Relationen in vH berechnet, die sich zur gesamten Kosten-Erlös-Relation aufsummieren, ebenfalls in vH gerechnet. Die Differenz zwischen 100 und der gesamten Kosten-Erlös-Relation, in vH gerechnet, ergibt die Gewinn-Erlös-Relation. Die Kapitalrendite (2) wird ermittelt, indem die Gewinne zum Kapitalbestand (Nettoanlagevermögen zu Anschaffungspreisen, Vorratsvermögen) in Beziehung gesetzt werden.

3. Die importierten Vorleistungen sind definiert als Warenimporte gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abzüglich eingeführter Investitionsgüter. Dabei wird unterstellt, daß der weitaus überwiegende Teil der importierten Waren als Vorleistungen vom Unternehmenssektor bezogen wird, sei es vom Produzierenden Gewerbe, das sie weiterverarbeitet, sei es vom Handel, der sie an Endabnehmer verkauft.

4. Das zu verzinsende Kapital umfaßt das Anlagevermögen und das Vorratsvermögen der Unternehmen. Die jahresdurchschnittlichen Bestände an Anlagevermögen und Vorratsvermögen werden zu Anschaffungspreisen gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bewertet.

   Da kurzfristige Bewegungen der Zinsen die zu ermittelnde Kosten-Erlös-Relation nicht berühren sollten, müssen diese rechnerisch ausgeschaltet werden. Wir versuchen dem Problem dadurch gerecht zu werden, daß wir für jedes Jahr statt des aktuellen Zinssatzes einen geglätteten Wert ansetzen. In diesen geglätteten Zinssatz gehen der jeweils aktuelle Zinssatz mit einem Gewicht von 20 vH und die Zinssätze der vorausgegangenen elf Jahre mit abnehmenden Gewichten ein. Daraus ergibt sich, daß sich die Gewichte von Jahr zu Jahr um den festen Faktor 0,817934 verringern.

5. Bei der Berechnung des kalkulatorischen Unternehmerlohns wird angenommen, daß der zu veranschlagende Durchschnittslohn eines Selbständigen in gleicher Höhe anzusetzen ist wie das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten. Die gesamten kalkulatorischen Unternehmerlöhne werden errechnet, indem dieser Durchschnittslohn mit der Anzahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen multipliziert wird.

Die Arbeitseinkommensquote

Formale Definition

6. Unter der Arbeitseinkommensquote wird das Verhältnis aus gesamtwirtschaftlichem Arbeitseinkommen und Volkseinkommen verstanden. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen bildet die Summe aus dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Inländerkonzept) und dem kalkulatorischen Arbeitseinkommen der selbständig Erwerbstätigen einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen. Letzteres wird wie bei der Gewinn-Erlös-Relation ermittelt.

   Das gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen ist demnach definiert als

(3) $AE_t = \frac{L_t}{A_t} E_t$,

die Arbeitseinkommensquote als

(4) $AEQ_t = \frac{AE_t}{Y_t} \cdot 100.$

Die Symbole haben folgende Bedeutungen:

AE	gesamtwirtschaftliches Arbeitseinkommen
L	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
A	Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer
E	Anzahl der Erwerbstätigen
AEQ	Arbeitseinkommensquote
Y	Volkseinkommen
t	Zeitindex
LQ^{ber}	bereinigte Lohnquote

Die Arbeitseinkommensquote (4) läßt sich mit Hilfe von (3) auch wie folgt schreiben:

(5) $AEQ_t = \frac{\frac{L_t}{A_t}}{\frac{Y_t}{E_t}} \cdot 100$

Bei dieser Schreibweise wird ersichtlich, daß die Arbeitseinkommensquote als das Verhältnis aus Lohneinkommen je beschäftigten Arbeitnehmer zum Volkseinkommen je Erwerbstätigen interpretiert werden kann.

7. Die Arbeitseinkommensquote in Westdeutschland steht in einem festen Verhältnis zur bereinigten Lohnquote. Die bereinigte Lohnquote, wie der Sachverständigenrat sie früher ausgewiesen hat, wurde unter der Vorgabe, daß das Verhältnis der Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer zur Anzahl der Erwerbstätigen aus dem Jahre 1960 in den folgenden Jahren konstant gehalten wird, aus der tatsächlichen Lohnquote wie folgt berechnet:

(6) $LQ_t^{ber} = \frac{L_t}{Y_t} \cdot \frac{E_t}{A_t} \cdot \frac{A_{1960}}{E_{1960}} \cdot 100$

Die Bereinigung unter Zugrundelegung der Erwerbsstruktur des Jahres 1960 bezweckte, Veränderungen der Lohnquote, die lediglich auf eine Veränderung des Anteils der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen zurückzuführen waren, rechnerisch auszuschalten. Nach Bereinigung um die Erwerbsstruktureinflüsse konnte der Einfluß des Lohnes auf die Lohnquote für sich betrachtet werden.

Die Arbeitseinkommensquote und die bereinigte Lohnquote für Westdeutschland unterscheiden sich im Niveau voneinander nur um einen konstanten Faktor, der sich aus der Relation zwischen der Anzahl der Erwerbstätigen und der Anzahl der Arbeitnehmer in dem für die Lohnquotenbereinigung verwendeten Basisjahr ergibt. Für das Basisjahr 1960 beträgt dieser Faktor 1,2957. Somit berechnet sich die westdeutsche Arbeitseinkommensquote jedes Jahr aus der bereinigten Lohnquote wie folgt:

(7) $AEQ_t = LQ_t^{ber} \cdot \frac{E_{1960}}{A_{1960}} = LQ_t^{ber} \cdot 1{,}2957$

Definition in Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

8. Bei der Berechnung der Arbeitseinkommensquote werden die Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet.

   Da Daten für Ostdeutschland weder in der gleichen Untergliederung noch in der gleichen Aktualität wie für Westdeutschland vorliegen, berechnen wir die Arbeitseinkommensquote nicht für ganz Deutschland. Für die Höhe der Arbeitseinkommensquote in Ostdeutschland haben wir in Tabelle 31, Seite 112 eigene Schätzungen präsentiert.

   Für die alten Bundesländer werden die Einkommen aus unselbständiger Arbeit unterteilt in die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Die Produktivität wird als Verhältnis zwischen realem Bruttosozialprodukt und Anzahl der Erwerbstätigen (Bruttoerwerbstätigenproduktivität) in die Rechnung eingestellt. Es wird ferner der Realwert des Sozialprodukts verwendet, um die im Inland verfügbaren Güter, zu konstanten Preisen des Jahres 1985, zu ermitteln. Zur Berechnung des Produkts zu jeweiligen Preisen wird der Deflator der letzten inländischen Verwendung herangezogen. Der Übergang von der Bruttorechnung auf die Nettorechnung erfolgt durch Berücksichtigung der Abschreibungen, der Übergang von der Rechnung zu Marktpreisen auf die Rechnung zu Faktorkosten erfolgt durch Berücksichtigung von indirekten Steuern abzüglich Subventionen.

   Somit ist die Arbeitseinkommensquote in Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wie folgt definiert:

$$(8)\quad AEQ_t = \frac{\frac{BLGS_t + AGB_t}{A_t}}{\frac{BSP_t^r}{E_t} \cdot \frac{RSP_t}{BSP_t^r} \cdot P_t^{Liv} \cdot \frac{BSP_t^n - AK_t^n - (T_t - S_t)}{BSP_t^n}} \cdot 100$$

Die Symbole bedeuten:

BLGS	Bruttolohn- und -gehaltssumme
AGB	Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber
BSP^r	Bruttosozialprodukt in Preisen von 1985
RSP	Realwert des Sozialprodukts. Es gilt: $RSP \cdot P^{Liv} = BSP^n$. (Zur Definition des Realwerts siehe JG 84 Ziffern 246 ff.)

p^{Liv}	Deflator der letzten inländischen Verwendung
AK^n	Abschreibungen in jeweiligen Preisen
BSP^n	Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen
T	indirekte Steuern
S	Subventionen

9. Zur Berechnung der Effekte, die auf die Veränderung der Arbeitseinkommensquote im Zeitablauf einwirken, ist es zweckmäßig, die Arbeitseinkommensquote in die faktorielle Schreibweise zu überführen. Aus (8) ist durch entsprechende Umformungen der folgende Ausdruck abzuleiten:

$$(9)\quad AEQ_t = \underbrace{\frac{BLGS_t}{A_t}\cdot\left(1+\frac{AGB_t}{BLGS_t}\right)}_{F_1\qquad F_2} \Big/ \underbrace{\frac{BSP_t^r}{E_t}}_{F_3}\cdot\underbrace{\frac{RSP_t}{BSP_t^r}}_{F_4}\cdot\underbrace{p_t^{Liv}}_{F_5}\cdot\underbrace{\left(1-\frac{AK_t^n}{BSP_t^n}\right)}_{F_6}\cdot\underbrace{\left(1-\frac{T_t-S_t}{BSP_t^n-AK_t^n}\right)}_{F_7}$$

Dabei bedeuten:

F_1 Lohnfaktor

F_2 Sozialbeitragsfaktor

F_3 Produktivitätsfaktor

F_4 Terms of trade — Faktor

F_5 Deflator

F_6 Abschreibungsfaktor

F_7 Steuer- und Subventionsfaktor

Zur Berechnung der Veränderungsraten (Effekte)

10. Die Veränderung eines Faktors $F_{i,t}$ gegenüber seinem Vorjahreswert beträgt, als Veränderungsrate ausgedrückt:

$$(10)\quad v_{i,t} = \frac{F_{i,t}}{F_{i,t-1}} - 1.$$

Aus den Veränderungsraten der einzelnen Faktoren ergibt sich in zureichender Annäherung die Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote v_t:

$$(11)\quad v_t \approx v_{1,t}+v_{2,t}-v_{3,t}-v_{4,t}-v_{5,t}-v_{6,t}-v_{7,t}.$$

Die mit 100 multiplizierten, also in vH ausgedrückten Veränderungsraten der sieben Faktoren bezeichnen wir als „Effekte". Diese Bezeichnung deutet an, daß die Effekte die Veränderung der Arbeitseinkommensquote ursächlich bewirken oder bewirkt haben, wenn man eine abgelaufene Periode betrachtet. Dieser ursächliche Einfluß mag auch mehr oder weniger zutreffen. Die Zerlegung der Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote in ihre Effekte gilt im strengen Sinne jedoch nur rechnerisch. Bei Anwendung der Rechnung auf eine künftige Periode können spezielle Annahmen zur Entwicklung bestimmter Effekte oder zur Entwicklung der Arbeitseinkommensquote getroffen werden, so daß von diesen Vorgaben her auf restliche Effekte oder auf die Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote geschlossen werden kann.

C. Zur Konzeption der bereinigten Zentralbankgeldmenge

1. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge in der von uns verwendeten Abgrenzung ist definiert als

$$Z_t = (BG_t+BR_t)\cdot KF_t$$

mit

$$BR_t = MRS_{I_t}+MRS_{A_t}+\ddot{U}R_t$$

Die Symbole haben die folgende Bedeutung:

Z	bereinigte Zentralbankgeldmenge
BG	Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute)
BR	Bankreserven (Zentralbankeinlagen und Kassenbestände der Kreditinstitute einschließlich der Deutschen Bundespost/Postbank)
KF	Korrekturfaktor
MRS_I	Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten
MRS_A	Mindestreservesoll auf Auslandsverbindlichkeiten
ÜR	Überschußreserven
t	Zeitindex

2. Der Korrekturfaktor dient dazu, den expansiven oder kontraktiven Impuls einer Mindestreservesatzänderung in der Zentralbankgeldmenge (Geldbasis) sichtbar zu machen. Senkt etwa die Bundesbank die Mindestreservesätze, so wird ein Teil des

bisher in der Mindestreserve gebundenen Zentralbankgeldes frei und erhöht die Fähigkeit der Banken zur Geldschöpfung. Den freigesetzten Betrag bestimmen wir, indem wir die Differenz zwischen dem alten und dem neuen Reservesatz mit dem Einlagevolumen zu Beginn der Periode multiplizieren.

Da für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze gelten, muß die Bereinigung der Zentralbankgeldmenge nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden. Wir differenzieren zusätzlich nach den Größenklassen der Einlagen, das heißt nach Progressionsstufen, sofern für diese verschiedene Mindestreservesätze gelten.[1])

Die Freisetzung beziehungsweise Bindung von Zentralbankgeld infolge einer Mindestreservesatzänderung wird berechnet als

$$\Delta KP_t = \sum_{i=1}^{n} \Delta KP_{i,t}$$

mit

$$\Delta KP_{i,t} = (r_{i,t-1} - r_{i,t}) \cdot E_{i,t-1}$$

Dabei bedeuten:

KP Korrekturposten

i Index der Einlagearten, für die unterschiedliche Reservesätze gelten

r Reservesatz

E reservepflichtige Einlagen

Der auf die unbereinigte Zentralbankgeldmenge anzuwendende Korrekturfaktor ergibt sich wie folgt:

$$KF_t = \prod_{\tau=t_o}^{t} \frac{BG_\tau + BR_\tau + \Delta KP_\tau}{BG_\tau + BR_\tau}$$

mit

τ Zeitindex für die (multiplikative) Kumulation

t_o Zeitpunkt, zu dem mit der Kumulation begonnen wird (Januar 1980)

Das Bereinigungsverfahren gewährleistet, daß die ausgewiesene Veränderungsrate der bereinigten Zentralbankgeldmenge unabhängig von der Wahl einer Basisperiode und somit unverzerrt ist. Daraus folgt auch, daß die Veränderungsraten (nicht aber die absoluten Veränderungen) von unbereinigter und bereinigter Zentralbankgeldmenge solange identisch sind, wie die Mindestreservesätze sich nicht ändern.

3. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, wie sie die Bundesbank berechnet und bis 1987 als Indikator und Zwischenzielgröße verwendet hat, ist wie folgt definiert:

$$Z^*_t = BG_t + \overline{MRS}_{l_t}$$

Dabei ist:

Z^* Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen

$\overline{MRS}_l$ Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten zu konstanten Reservesätzen (Januar 1974)

Die Bundesbank wählt also einen anderen Weg zur Bereinigung um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Sie multipliziert zu diesem Zweck die mindestreservepflichtigen Verbindlichkeiten mit konstanten historischen Mindestreservesätzen. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen ergibt sich dann als Summe des so ermittelten Mindestreservesolls und des Bargeldumlaufs.

Die Unterschiede zwischen der bereinigten Zentralbankgeldmenge des Sachverständigenrates und der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen der Bundesbank liegen zum einen in der Abgrenzung und zum anderen im Verfahren zur Bereinigung um die Wirkung von Mindestreservesatzänderungen. Eine Gegenüberstellung beider Indikatoren findet sich in JG 88, Anhang IV, Abschnitt C.

D. Zur Berechnung des konjunkturneutralen Haushalts

1. Mit der Konzeption des konjunkturneutralen Haushalts mißt der Sachverständigenrat konjunkturelle Impulse der Finanzpolitik, indem er das tatsächliche Haushaltsvolumen mit jenem vergleicht, das er als konjunkturneutral bezeichnet. Ein Haushaltsvolumen ist nach dieser Konzeption dann konjunkturneutral, wenn es für sich genommen unmittelbar keine Abweichungen der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von dem bewirkt, was mittelfristig als normal angesehen wird. Die Privaten sind daran gewöhnt, daß der Staat direkt oder indirekt einen Teil des Produktionspotentials durch seine Ausgaben in Anspruch nimmt und ihnen einen Teil ihres Einkommens durch Steuern entzieht. In dem Maße, wie das Produktionspotential wächst, kann der Staat auch seine Ansprüche erhöhen, ohne daß sich daraus stabilitätspolitische Probleme ergeben; hielte er sich zurück, könnte sich eine Unterauslastung des Produktionspotentials einstellen. Abweichungen von dieser mittelfristig normalen Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat werden nur dann als konjunkturneutral angesehen, wenn dieser gleichzeitig durch eine Änderung seiner Einnahmenregelungen (ohne Kreditaufnahme) die Privaten veranlaßt, ihre Ansprüche an das Produktionspotential entsprechend zu ändern.

[1]) Die Disaggregation nach Progressionsstufen kann allerdings erst für die Zeit ab Juni 1978 vorgenommen werden, da vorher das System der Mindestreservesätze — unter anderem aufgrund der Unterscheidung zwischen Bankhaupt- und -nebenplätzen — weit komplexer als heute war.

2. Der konjunkturelle Impuls mißt nur die primären Wirkungen, die von einer Abweichung des tatsächlichen Haushaltsvolumens vom konjunkturneutralen ausgehen. Allenfalls sie, nicht auch Sekundärwirkungen der Finanzpolitik lassen sich situationsneutral bestimmen. Nicht erfaßt werden auch die Auswirkungen von Änderungen in der Struktur der öffentlichen Ausgaben und der Einnahmen.

3. Die Ermittlung des konjunkturellen Impulses für das Jahr t erfolgt in drei Schritten.

   — Zunächst wird das Haushaltsvolumen errechnet, das auf der Grundlage einer mittelfristig konstanten Staatsquote, ermittelt als Produkt aus der Staatsquote des Basisjahres und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturneutralem Preisniveau, konjunkturneutral wäre:

   $$\frac{g_o}{100} \cdot P_t^n$$

   Das konjunkturneutrale Preisniveau ist definiert als der mit der Rate der konjunkturneutralen Preisniveausteigerung des Jahres t fortgeschriebene Preisindex des Bruttosozialprodukts des Jahres t–1. Ein Anstieg des Preisniveaus gilt als konjunkturneutral, wenn er durch keine wirtschaftspolitische Strategie bei Vermeidung unzumutbarer Beschäftigungsrisiken kurzfristig niedriger gehalten werden kann; dies ist eine Schätzgröße. Solange der Preisanstieg sehr niedrig ist, wird keine von der tatsächlichen Preissteigerungsrate abweichende konjunkturneutrale Preissteigerungsrate angesetzt.

   — Das im ersten Schritt errechnete Haushaltsvolumen ist sodann zu bereinigen um den Betrag, der einer Veränderung der Entwicklung der Staatseinnahmen im Verhältnis zum Wachstum des Produktionspotentials seit dem Basisjahr entspricht. Ergebnis ist das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen.

   Für die Steuern wird dieser Betrag ermittelt, indem die Differenz der Steuerquoten des Jahres t und des Basisjahres mit dem Bruttosozialprodukt bei konjunkturneutralem Preisniveau und Normalauslastung des Produktionspotentials im Jahr t multipliziert wird:

   $$\frac{(t_t - t_o)}{100} \cdot Y_t^v$$

   Durch die Verwendung des Bruttosozialprodukts bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen (Y_t^v) sollen konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen im Steueraufkommen ausgeschaltet werden. Konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen der Steuerquote können allerdings nach wie vor nicht hinreichend genau erfaßt werden (siehe JG 70 Ziffer 341).

   Für die sonstigen Einnahmen (wie z. B. Gebühren, Beiträge, Gewinne öffentlicher Unternehmen) wird der Betrag ermittelt, indem die Differenz aus den Deckungsquoten der sonstigen Einnahmen des Jahres t und des Basisjahres mit dem Produktionspotential des Jahres t bei konjunkturneutralem Preisniveau multipliziert wird:

   $$\frac{(s_t - s_o)}{100} \cdot P_t^n$$

   Somit ergibt sich das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen als

   $$H_t = \frac{g_o}{100} \cdot P_t^n + \frac{(t_t - t_o)}{100} \cdot Y_t^v + \frac{(s_t - s_o)}{100} \cdot P_t^n$$

   — Im dritten Schritt wird dann das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen H_t mit den tatsächlichen Ausgaben G_t der Gebietskörperschaften verglichen. Die Differenz steht für den konjunkturellen Impuls, der den öffentlichen Ausgaben bei gegebenen Einnahmenregelungen beigemessen wird.

   $H_t > G_t$: kontraktiv

   $H_t = G_t$: konjunkturneutral

   $H_t < G_t$: expansiv

   Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

   g_o : Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential (Staatsquote) im Basisjahr (in vH)

   t_o : Verhältnis der Steuereinnahmen zum Bruttosozialprodukt (volkswirtschaftliche Steuerquote) im Basisjahr (in vH)

   t_t : Volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)

   s_o : Verhältnis der sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential im Basisjahr (in vH)

   s_t : Verhältnis der sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential im Jahr t (in vH)

   P_t^n : Produktionspotential des Jahres t zu konjunkturneutralen Preisen

   Y_t^v : Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen

   $$Y_t^v = \frac{l_v}{100} \cdot P_t^n$$

   l_v : Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials (in vH)

   G_t : Staatsausgaben im Jahr t

   H_t : konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr t

   Als Basisjahr wird derzeit das Jahr 1985 verwendet.

   Auf logisch äquivalente Weise läßt sich der konjunkturelle Impuls auch über einen Vergleich des tatsächlichen Haushaltsdefizits D_t mit dem konjunkturneutralen Defizit D_t^n ermitteln.

$D_t > D_t^n$: expansiv
$D_t = D_t^n$: konjunkturneutral
$D_t < D_t^n$: kontraktiv

wobei

$$D_t^n = \frac{k_o}{100} \cdot P_t^n + \frac{t_t}{100}(Y_t^v - Y_t^n) - \frac{t_t}{100}(Y_t^i - Y_t^n) - b_t$$

Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

D_t : Haushaltsdefizit im Jahr t

D_t^n : konjunkturneutrales Haushaltsdefizit im Jahr t

Y_t^n : Bruttosozialprodukt des Jahres t zu konjunkturneutralen Preisen

$$Y_t^n = Y_t^i \cdot \frac{P_t^n}{P_t^i}$$

Y_t^i : Bruttosozialprodukt des Jahres t zu jeweiligen Preisen

P_t^i : Produktionspotential des Jahres t zu jeweiligen Preisen

$\frac{t_t}{100}(Y_t^v - Y_t^n)$: auslastungsbedingte Steuerminder- bzw. Steuermehreinnahmen

$\frac{t_t}{100}(Y_t^i - Y_t^n)$: inflationsbedingte Steuereinnahmen

b_t : anomaler Teil der Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank

k_o : potentialorientierte Kreditfinanzierungsquote im Basisjahr (in vH)

k_o wird ermittelt, indem im Basisjahr der um auslastungsbedingte Steuermehr- bzw. -mindereinnahmen, um inflationsbedingte Steuermehreinnahmen und um den anomalen Teil der Gewinnabführung der Bundesbank bereinigte Finanzierungssaldo ins Verhältnis zum Produktionspotential P_o^n gesetzt wird.

V.

Statistischer Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland .... Seite 269

Tabellenteil ..... Seite 273

A. Internationale Tabellen ..... Seite 273

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland ..... Seite 295

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

	Seite
1* Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern	273
2* Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose in wichtigen Industrieländern	274
3* Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern	275
4* Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern	276
5* Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern	277
6* Zinsen in wichtigen Industrieländern	278
7* Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern	279
8* Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern	280
9* Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern	281
10* Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern	282
11* Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern	284
12* Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU)	285
13* Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	286
14* Außenwert der D-Mark	288
15* Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern	289
16* Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	290
17* Internationale Energiepreise	292
18* Energieverbrauch im internationalen Vergleich	293
19* Indikatoren für die Welt und für ausgewählte Ländergruppen	294
20* Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit	296
21* Wirtschaftliche Eckdaten für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost	297
22* Sozialprodukt für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost	298
23* Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer im Inland nach Wirtschaftsbereichen	299
24* Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit	300
25* Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	302
26* Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	304
27* Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Entstehung des Sozialprodukts	306
28* Verteilung des Volkseinkommens	307
29* Verwendung des Volkseinkommens	308
30* Einkommen, Produktivität und Lohnstückkosten	309

	Seite
31* Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen	310
32* Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen	311
33* Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte	312
34* Verwendung des Sozialprodukts	314
35* Bruttoinvestitionen	316
36* Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen	318
37* Einnahmen und Ausgaben des Staates	320
38* Subventionen des Staates	324
39* Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken	325
40* Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Verwendung des Sozialprodukts	326
41* Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	328
42* Ausgaben und Einnahmen der staatlichen und kommunalen Haushalte nach Ländern	330
43* Kassenmäßige Steuereinnahmen	332
44* Verschuldung der öffentlichen Haushalte	333
45* Vermögensbildung und ihre Finanzierung	334
46* Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	336
47* Geldbestände, Euromarkteinlagen und bereinigte Zentralbankgeldmenge	338
48* Absatz und Erwerb von Wertpapieren	339
49* Index der Aktienkurse nach Wirtschaftsbereichen	340
50* Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	341
51* Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	344
52* Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe	347
53* Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	348
54* Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	349
55* Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	350
56* Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	352
57* Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	353
58* Betriebe, Beschäftigte, Arbeiterstunden, Verdienste und Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	354
59* Baugenehmigungen	356
60* Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	357
61* Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe	359
62* Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe	360
63* Betriebe, Beschäftigte, Verdienste, Arbeitsstunden, Umsatz und Auftragseingang im Baugewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	361
64* Zahlungsbilanz	362
65* Kapitalverkehr mit dem Ausland	364
66* Außenhandel (Spezialhandel)	366
67* Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik	367
68* Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	368
69* Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	369
70* Ausfuhr und Einfuhr der neuen Bundesländer und Berlin-Ost nach Warengruppen	370
71* Warenausfuhr nach Ländergruppen	371
72* Wareneinfuhr nach Ländergruppen	372
73* Ausfuhr und Einfuhr der neuen Bundesländer und Berlin-Ost nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern	373
74* Einzelhandelsumsatz	374
75* Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes	375
76* Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	376
77* Index der Ausfuhrpreise	377
78* Index der Einfuhrpreise	378

	Seite
79* Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	379
80* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten (1970 = 100)	380
81* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten (1985 = 100)	381
82* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1985 = 100)	382
83* Preisindex für die Lebenshaltung (nach Haushaltstypen und nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung)	383
84* Preisindex für die Lebenshaltung für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost	384
85* Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	385
86* Löhne und Gehälter	386
87* Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	387
88* Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	388
89* Energieverbrauch nach Bereichen	389
90* Entwicklung im Mineralölbereich	390
91* Ausgewählte Umweltindikatoren	391

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft, zumindest jedoch annähernd die Kosten deckt. Im einzelnen handelt es sich hierbei um Produktionsunternehmen, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Hierzu gehören aber auch Institutionen, die im allgemeinen Sprachgebrauch nicht oder nicht immer als Unternehmen bezeichnet werden, wie landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe, Ein- und Verkaufsvereinigungen, Arbeitsstätten der freien Berufe, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und sonstige Unternehmen, die dem Staat gehören, unabhängig von ihrer Rechtsform, ferner die gesamte Wohnungsvermietung einschließlich der Eigennutzung durch den Eigentümer.

Zum **Staat** gehören die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung. Im einzelnen: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände (Ämter, Kreise, Bezirks- und Landschaftsverbände usw.) sowie Zweckverbände und die Sozialversicherung (die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten, die knappschaftliche Rentenversicherung, Zusatzversorgungseinrichtungen für den öffentlichen Dienst, die Altershilfe für Landwirte, die gesetzliche Krankenversicherung, die gesetzliche Unfallversicherung und die Arbeitslosenversicherung). Nicht zum Sektor Staat rechnen die im Eigentum der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung befindlichen Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform.

In den Sektor der **Privaten Haushalte** (Ein- und Mehrpersonenhaushalte sowie Anstaltsbevölkerung) sind auch die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle, wissenschaftliche sowie im Erziehungswesen tätige Organisationen, die sich zu einem wesentlichen Teil aus freiwilligen Zahlungen von privaten Haushalten und aus Vermögenserträgen finanzieren, politische Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Institute usw. Aus statistischen Gründen sind in diesem Sektor auch Organisationen ohne Erwerbszweck einbezogen, die überwiegend vom Staat finanziert werden und vor allem im Bereich von Wissenschaft und Forschung tätig sind.

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Inlandsprodukt und Sozialprodukt werden im allgemeinen sowohl „brutto" als auch „netto" (das heißt nach Abzug der Abschreibungen) berechnet und dargestellt. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere Wirtschaftseinheiten ohne die in Rechnung gestellte Mehrwertsteuer, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion, selbsterstellte Anlagen) der einzelnen Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die Vorleistungen ab, das heißt den Wert der Güter (ohne Umsatzsteuer), den inländische Wirtschaftseinheiten von anderen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben, so erhält man die **Bruttowertschöpfung** der Wirtschaftsbereiche. Die Addition der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche ergibt zunächst die unbereinigte Bruttowertschöpfung insgesamt. Zieht man von der unbereinigten Bruttowertschöpfung insgesamt die gegen unterstellte Entgelte erbrachten Bankdienstleistungen ab, erhält man die bereinigte Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft. Unter Hinzurechnung der auf den Gütern lastenden nichtabziehbaren Umsatzsteuer (Kassenaufkommen des Staates an Mehrwertsteuer, Einfuhrumsatzsteuer sowie die einbehaltene Umsatzsteuer) und der Einfuhrabgaben (Einfuhrzölle, Verbrauchsteuer auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer), die vom Staat oder von Institutionen der Europäischen Gemeinschaften auf eingeführte Güter erhoben werden, erhält man das **Bruttoinlandsprodukt**. Dieser Rechenschritt läßt sich nur für die Gesamtwirtschaft vollziehen, da eine Aufgliederung der nichtabziehbaren Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben nach einzelnen Wirtschaftsbereichen nicht erfolgt.

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Personen bzw. Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man davon die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt

geflossen sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen**.

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen**; nach Kürzung um die indirekten Steuern (Produktionssteuern, nichtabziehbare Umsatzsteuer — Kassenaufkommen und aufgrund gesetzlicher Sonderregelungen einbehaltene Umsatzsteuer sowie Einfuhrabgaben) und nach Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten**. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das **Volkseinkommen** ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern letztlich zugeflossen sind. Es umfaßt — in der Gliederung nach Sektoren — die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die Vermögenseinkommen des Staates und die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Die **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfassen die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Die **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthalten die Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten und immateriellen Werten, aus Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie von Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Entnahmen und nichtentnommene Gewinne), und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf öffentliche Schulden. Dazu kommen die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.). Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten einerseits noch die aus den Einkommen zu leistenden direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Sozialbeiträge; andererseits sind die von den privaten Haushalten empfangenen Renten und übrigen laufenden Übertragungen noch nicht einbezogen. Nach Hinzurechnung der empfangenen laufenden Übertragungen von anderen Sektoren und von der übrigen Welt (ohne Subventionen) und nach Abzug der geleisteten laufenden Übertragungen an andere Sektoren und an die übrige Welt (ohne indirekte Steuern) erhält man die Summe der verfügbaren Einkommen der Volkswirtschaft, das heißt aller Sektoren.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte vom Staat und von den anderen Sektoren sowie von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern sowie die an alle Sektoren und die übrige Welt geleisteten Sozialbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den Privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus Privatem Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen und Außenbeitrag.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke und den Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie zum Beispiel der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Deputate der Arbeitnehmer. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Anlageinvestitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** umfaßt die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellten Verwaltungsleistungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung. Er ergibt sich nach Abzug der Verkäufe sowie der selbsterstellten Anlagen vom Produktionswert des Staates, der anhand der laufenden Aufwendungen der Institutionen des Staatssektors gemessen wird. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke wird auch der Erwerb von militärischen Bauten und dauerhaften militärischen Ausrüstungen gerechnet. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus den Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die Käufe neuer Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen und Land nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land. Als Anlagen werden in diesem Zusammenhang alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme dauerhafter militärischer Güter und derjenigen dauerhafter Güter, die in

den Privaten Verbrauch eingehen. Als dauerhaft gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** wird anhand von Bestandsangaben für Vorräte berechnet, die zunächst auf eine konstante Preisbasis (1985) umgerechnet werden. Die Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen wird anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Der **Außenbeitrag** ergibt sich als Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen von bzw. an die übrige Welt). Erfaßt werden also die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt sowie die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben bzw. an die übrige Welt geflossen sind.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die neuen Bundesländer und Berlin-Ost umfaßt.

5. Die drei Berechnungsarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

I. Entstehungsrechnung

	Produktionswert
−	Vorleistungen
=	Bruttowertschöpfung (unbereinigt)
−	Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen
=	Bruttowertschöpfung (bereinigt)
+	Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
+	Einfuhrabgaben
=	Bruttoinlandsprodukt
±	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt

II. Verwendungsrechnung

	Privater Verbrauch
+	Staatsverbrauch
+	Ausrüstungsinvestitionen
+	Bauinvestitionen
±	Vorratsveränderung
+	Ausfuhr
−	Einfuhr

=	Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen
−	Abschreibungen
=	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
−	Indirekte Steuern
+	Subventionen
=	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

III. Verteilungsrechnung

Volkseinkommen

	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
−	Öffentliche Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern, u. ä.)
±	Sonstige Zu- und Absetzungen
=	Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
−	Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber
−	Unterstellte Sozialbeiträge
=	Bruttolohn- und -gehaltssumme
−	Lohnsteuer
−	Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitnehmer
=	Nettolohn- und -gehaltssumme

6. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1985) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1985. Diese Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1985; die Preisentwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Tabellenteil

A. Internationale Tabellen

Tabelle 1*

Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern

Tausend

Jahr[1]	Bundesrepublik Deutschland[2]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
						Gesamtbevölkerung					
1960	55 433	9 153	45 684	52 373	50 200	11 486	30 583	7 048	5 429	93 260	180 671
1961	56 185	9 184	46 163	52 807	50 536	11 639	30 904	7 086	5 434	94 100	183 691
1962	56 837	9 221	46 998	53 292	50 880	11 806	31 158	7 130	5 574	94 980	186 538
1963	57 389	9 290	47 816	53 625	51 252	11 966	31 430	7 176	5 694	95 900	189 242
1964	57 971	9 378	48 310	53 991	51 675	12 127	31 741	7 224	5 789	96 890	191 889
1965	58 619	9 464	48 758	54 350	52 112	12 295	32 085	7 271	5 857	97 950	194 303
1966	59 148	9 528	49 164	54 643	52 519	12 456	32 453	7 322	5 918	98 860	196 570
1967	59 286	9 581	49 548	54 959	52 901	12 598	32 850	7 377	5 992	99 920	198 712
1968	59 500	9 619	49 915	55 214	53 236	12 730	33 240	7 415	6 068	101 070	200 706
1969	60 067	9 646	50 315	55 461	53 538	12 878	33 566	7 441	6 137	102 320	202 677
1970	60 651	9 651	50 772	55 632	53 822	13 039	33 876	7 467	6 270	103 720	205 052
1971	61 284	9 673	51 251	55 907	54 074	13 194	34 190	7 500	6 343	104 750	207 661
1972	61 672	9 709	51 701	56 079	54 381	13 329	34 498	7 544	6 401	106 180	209 896
1973	61 976	9 739	52 118	56 210	54 751	13 439	34 810	7 586	6 441	108 660	211 909
1974	62 054	9 768	52 460	56 224	55 111	13 545	35 147	7 599	6 460	110 160	213 854
1975	61 829	9 795	52 699	56 215	55 441	13 666	35 515	7 579	6 404	111 520	215 973
1976	61 531	9 811	52 909	56 206	55 718	13 774	35 937	7 566	6 333	112 770	218 035
1977	61 400	9 822	53 145	56 179	55 955	13 856	36 367	7 568	6 316	113 880	220 239
1978	61 327	9 830	53 376	56 167	56 155	13 942	36 778	7 562	6 333	114 920	222 585
1979	61 359	9 837	53 606	56 227	56 318	14 038	37 108	7 549	6 351	115 880	225 055
1980	61 566	9 847	53 880	56 314	56 434	14 150	37 386	7 549	6 385	116 800	227 722
1981	61 682	9 853	54 182	56 379	56 508	14 247	37 751	7 565	6 429	117 650	229 940
1982	61 638	9 856	54 480	56 335	56 640	14 313	37 961	7 574	6 467	118 450	232 170
1983	61 423	9 855	54 729	56 377	56 836	14 367	38 173	7 552	6 482	119 260	234 300
1984	61 175	9 855	54 947	56 488	57 005	14 424	38 387	7 553	6 505	120 020	236 340
1985	61 024	9 858	55 170	56 618	57 141	14 491	38 505	7 558	6 533	120 750	238 470
1986	61 066	9 862	55 547	56 763	57 246	14 572	38 668	7 566	6 573	121 490	240 680
1987	61 077	9 868	55 824	56 930	57 345	14 665	38 716	7 576	6 619	122 090	242 836
1988	61 449	9 884	55 118	57 065	57 399	14 760	38 809	7 596	6 672	126 610	245 057
1989	62 063	9 938	56 428	57 236	57 541	14 849	38 888	7 624	6 723	123 116	247 343
1990	63 253	9 993	56 739	57 419	57 576	14 951	38 959	7 718	6 796	123 540	249 925
1991[a]	64 036	9 840	57 050	57 370	57 783	15 065	39 025	7 825	6 860	123 920	252 688
						Erwerbstätige					
1960	25 954	3 447	18 595	23 660	20 269	4 182	11 472	3 223	2 701	44 360	65 778
1961	26 238	3 481	18 608	23 978	20 366	4 213	11 496	3 241	2 844	44 980	65 746
1962	26 291	3 534	18 737	24 185	20 270	4 297	11 597	3 225	2 954	45 560	66 702
1963	26 319	3 560	19 065	24 230	19 982	4 356	11 659	3 203	2 999	45 950	67 762
1964	26 297	3 609	19 395	24 522	19 904	4 445	11 721	3 198	3 046	46 550	69 305
1965	26 418	3 619	19 540	24 782	19 431	4 487	11 827	3 176	3 025	47 300	71 088
1966	26 320	3 634	19 688	24 934	19 096	4 519	11 951	3 150	3 014	48 270	72 895
1967	25 461	3 616	19 763	24 570	19 315	4 505	12 007	3 099	3 030	49 200	74 372
1968	25 491	3 614	19 732	24 436	19 295	4 552	12 113	3 058	3 048	50 020	75 920
1969	25 871	3 683	20 041	24 477	19 112	4 657	12 243	3 052	3 098	50 400	77 902
1970	26 169	3 546	20 328	24 381	19 218	4 709	12 397	3 059	3 143	50 940	78 678
1971	26 272	3 571	20 440	24 165	19 176	4 732	12 467	3 092	3 199	51 210	79 367
1972	26 345	3 563	20 571	24 139	18 850	4 690	12 319	3 115	3 243	51 260	82 153
1973	26 649	3 595	20 863	24 715	19 006	4 693	12 630	3 159	3 277	52 590	85 064
1974	26 302	3 657	21 059	24 800	19 392	4 701	12 701	3 200	3 273	52 370	86 794
1975	25 585	3 607	20 864	24 720	19 491	4 670	12 473	3 176	3 117	52 230	85 846
1976	25 442	3 589	21 016	24 508	19 612	4 669	12 476	3 187	3 024	52 710	88 752
1977	25 475	3 576	21 188	24 538	19 791	4 680	12 330	3 219	3 036	53 420	92 017
1978	25 689	3 581	21 263	24 696	19 863	4 713	12 096	3 230	3 067	54 080	96 048
1979	26 120	3 614	21 305	25 079	20 057	4 773	11 902	3 244	3 100	54 790	98 824
1980	26 528	3 610	21 334	25 004	20 313	4 807	11 550	3 277	3 170	55 360	99 303
1981	26 498	3 538	21 203	24 010	20 361	4 736	11 216	3 269	3 211	55 810	100 397
1982	26 193	3 490	21 238	23 583	20 297	4 619	11 098	3 223	3 190	56 380	99 526
1983	25 809	3 455	21 179	23 302	20 350	4 531	11 047	3 195	3 149	57 330	100 834
1984	25 869	3 451	20 980	23 909	20 418	4 528	10 748	3 199	3 142	57 660	105 005
1985	26 062	3 472	20 920	24 213	20 508	4 598	10 637	3 209	3 367	58 070	107 150
1986	26 431	3 495	20 989	24 246	20 614	4 689	10 875	3 219	3 398	58 530	109 597
1987	26 627	3 509	21 040	24 764	20 584	4 755	11 384	3 216	3 438	59 110	112 440
1988	26 836	3 561	21 195	25 598	20 815	4 820	11 780	3 224	3 478	60 110	114 968
1989	27 238	3 622	21 458	26 376	20 833	4 899	12 260	3 267	3 518	61 280	117 342
1990	27 998	3 672	21 684	26 620	21 215	5 007	12 578	3 340	3 563	62 490	117 914
1991	28 536	3 660	21 785	25 726	21 410	5 067	12 608	3 396	3 560	63 690	116 877

[1] Ab 1989 vorläufige Ergebnisse. — [2] Früheres Bundesgebiet. — Zivile Erwerbstätige (Inländer).
[a] Schätzung.

Quellen: EG, OECD, nationale Veröffentlichungen

Tabelle 2*

Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose in wichtigen Industrieländern

Tausend

Jahr[1]	Bundesrepublik Deutschland[2]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Beschäftigte Arbeitnehmer[3]										
1960	20 038	2 545	12 886	21 894	11 694	3 296	.	2 287	.	23 700	54 189
1961	20 377	2 594	13 047	22 228	12 032	3 369	.	2 319	.	24 780	53 999
1962	20 631	2 655	13 317	22 447	12 396	3 465	7 136	2 333	.	25 930	55 549
1963	20 836	2 705	13 774	22 505	12 639	3 536	7 167	2 331	.	26 720	56 653
1964	21 028	2 782	14 219	22 812	12 519	3 623	7 219	2 351	.	27 630	58 283
1965	21 289	2 814	14 470	23 080	12 145	3 676	7 327	2 367	.	28 760	60 765
1966	21 284	2 837	14 719	23 253	11 997	3 722	7 468	2 377	.	29 940	63 901
1967	20 565	2 821	14 892	22 808	12 244	3 718	7 516	2 353	.	30 710	65 803
1968	20 706	2 822	15 005	22 650	12 378	3 775	7 638	2 331	.	31 480	67 897
1969	21 267	2 895	15 496	22 624	12 568	3 907	7 799	2 346	.	31 990	70 384
1970	21 747	2 868	15 941	22 479	12 811	3 972	7 960	2 373	.	33 060	70 880
1971	22 105	2 913	16 201	22 139	12 959	4 006	8 062	2 436	.	34 120	71 214
1972	22 311	2 922	16 478	22 137	12 955	3 974	8 351	2 494	.	34 650	73 675
1973	22 711	2 967	16 879	22 679	13 191	3 991	8 638	2 580	.	36 150	76 790
1974	22 509	3 036	17 166	22 804	13 555	4 010	8 864	2 640	.	36 370	78 265
1975	21 942	2 993	17 060	22 723	13 735	3 994	8 767	2 630	.	36 460	76 945
1976	21 980	2 982	17 274	22 557	13 888	4 008	8 545	2 652	.	37 120	79 382
1977	22 153	2 972	17 497	22 631	14 125	4 040	8 565	2 706	.	37 690	82 471
1978	22 431	2 974	17 610	22 789	14 107	4 082	8 418	2 729	.	37 990	86 697
1979	22 940	3 004	17 686	23 173	14 338	4 146	8 255	2 753	.	38 760	89 823
1980	23 366	3 003	17 752	22 991	14 499	4 182	7 986	2 793	.	39 710	90 406
1981	23 372	2 929	17 663	21 891	14 495	4 117	7 730	2 791	.	40 370	91 156
1982	23 107	2 878	17 752	21 414	14 472	4 008	7 676	2 751	.	40 980	89 566
1983	22 755	2 833	17 737	21 067	14 360	3 925	7 598	2 727	.	42 080	90 200
1984	22 827	2 822	17 605	21 238	14 255	3 922	7 275	2 738	.	42 650	94 496
1985	23 028	2 837	17 585	21 423	14 418	3 991	7 265	2 755	.	43 130	97 519
1986	23 381	2 854	17 649	21 387	14 460	4 080	7 608	2 773	.	43 790	99 525
1987	23 611	2 862	17 740	21 584	14 457	4 143	7 946	2 777	.	44 280	102 200
1988	23 835	2 906	17 924	22 258	14 692	4 207	8 320	2 791	.	45 380	105 536
1989	24 227	2 956	18 252	22 661	14 765	4 287	8 843	2 840	.	46 790	108 329
1990	24 974	2 997	18 539	22 899	15 182	4 387	9 234	2 905	.	48 350	109 971
1991	25 495	2 988	18 687	22 229	15 297	4 440	9 332	2 953	.	50 020	108 975
	Arbeitslose										
1960	271	114	239	326	1 215	30	299	79	1,2	723	3 852
1961	181	89	185	287	1 108	22	294	61	0,6	648	4 714
1962	155	71	209	406	969	23	229	62	0,6	589	3 911
1963	186	59	233	496	807	25	226	68	0,8	587	4 070
1964	169	50	189	349	904	22	312	63	0,3	547	3 786
1965	147	55	316	299	1 110	27	341	62	0,3	582	3 366
1966	161	62	326	281	1 193	37	299	56	0,3	639	2 875
1967	459	85	436	503	1 105	78	348	58	0,3	628	2 975
1968	323	103	554	542	1 172	72	390	61	0,3	593	2 817
1969	179	85	484	518	1 160	53	354	55	0,2	576	2 832
1970	149	80	530	555	1 111	46	341	45	0,1	593	4 093
1971	185	80	585	696	1 110	62	414	37	0,1	639	5 016
1972	246	102	611	778	1 296	108	410	33	0,1	733	4 882
1973	273	108	593	557	1 303	110	366	31	0,1	671	4 365
1974	582	120	632	528	1 110	135	399	36	0,2	736	5 156
1975	1 074	201	901	838	1 226	195	541	55	10	998	7 929
1976	1 060	257	997	1 265	1 420	278	611	55	21	1 078	7 406
1977	1 030	297	1 134	1 359	1 537	271	684	51	12	1 099	6 991
1978	993	322	1 201	1 343	1 561	273	926	59	10	1 238	6 202
1979	876	341	1 361	1 235	1 686	281	1 152	57	10	1 167	6 137
1980	889	369	1 467	1 513	1 684	325	1 527	53	6	1 140	7 637
1981	1 272	454	1 750	2 395	1 896	480	1 912	69	6	1 259	8 273
1982	1 833	535	1 923	2 770	2 052	655	2 217	105	13	1 359	10 678
1983	2 258	590	1 974	2 984	2 264	801	2 486	127	26	1 561	10 717
1984	2 266	595	2 323	3 030	2 304	822	2 767	130	32	1 608	8 539
1985	2 304	557	2 442	3 179	2 327	761	2 969	139	27	1 563	8 312
1986	2 228	517	2 489	3 229	2 611	711	2 960	152	23	1 668	8 237
1987	2 229	501	2 532	2 905	2 832	685	2 955	164	22	1 732	7 425
1988	2 242	459	2 410	2 341	2 885	432	2 853	159	20	1 553	6 701
1989	2 038	419	2 285	1 743	2 865	391	2 561	149	15	1 418	6 528
1990	1 883	403	2 181	1 556	2 656	345	2 441	166	16	1 343	6 874
1991	1 689	430	2 297	2 241	2 653	317	2 464	185	35	1 366	8 426

[1]) Ab 1989 vorläufige Ergebnisse. — [2]) Früheres Bundesgebiet. — Zivile Arbeitnehmer (Inländer). — [3]) Vereinigte Staaten: Ohne den Sektor Landwirtschaft.

Quelle: OECD

Tabelle 3*

Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr[2])	Bundesrepublik Deutschland[3])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan[1])[4])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
	in jeweiligen Preisen										
1960	302,71	563,95	300,66	25,89	24,73	44,42	697	162,89	37,37	16,00	513,4
1961	331,71	600,21	327,99	27,43	27,50	46,90	794	180,73	42,04	19,31	531,8
1962	360,78	642,67	366,23	28,81	30,90	50,49	917	192,13	46,62	21,90	571,6
1963	382,37	691,09	410,55	30,59	35,39	54,78	1 082	207,08	51,27	25,05	603,1
1964	420,18	773,38	455,44	33,44	38,74	64,45	1 222	226,73	56,83	29,45	648,0
1965	459,17	842,13	490,26	36,03	41,68	71,99	1 423	246,49	60,86	32,77	702,7
1966	488,23	905,03	530,75	38,37	45,17	78,38	1 648	268,53	65,36	38,07	769,8
1967	494,35	969,69	573,30	40,40	49,75	85,99	1 865	285,59	70,35	44,63	814,3
1968	533,28	1 037,50	623,12	43,81	53,93	95,35	2 095	306,83	75,12	52,83	889,3
1969	596,95	1 151,31	710,51	47,16	59,53	107,99	2 372	335,00	81,40	62,07	959,5
1970	675,30	1 280,92	793,52	51,77	67,00	121,18	2 648	375,88	90,67	73,19	1 010,7
1971	749,75	1 402,40	884,19	57,74	72,99	136,53	2 987	419,62	103,00	80,59	1 097,2
1972	823,12	1 568,51	987,95	64,64	79,81	154,27	3 506	479,54	116,71	92,40	1 207,0
1973	917,25	1 782,34	1 129,83	74,25	96,74	176,05	4 229	543,46	130,06	112,52	1 349,6
1974	983,93	2 090,88	1 302,98	83,86	122,19	199,79	5 184	618,56	141,10	134,00	1 458,6
1975	1 026,63	2 313,14	1 467,88	105,85	138,63	219,97	6 084	656,12	140,16	148,17	1 585,9
1976	1 120,50	2 632,77	1 700,55	125,28	174,87	251,93	7 322	724,75	141,96	166,42	1 768,4
1977	1 195,29	2 846,81	1 917,80	146,07	214,40	274,92	9 286	796,19	145,79	185,53	1 974,1
1978	1 283,55	3 057,62	2 182,58	168,52	253,54	297,01	11 358	842,33	151,68	204,45	2 232,7
1979	1 388,44	3 264,39	2 481,09	197,85	309,80	315,96	13 282	918,45	158,54	221,82	2 488,6
1980	1 472,04	3 525,78	2 808,29	232,01	387,75	336,77	15 365	994,72	170,33	240,10	2 708,0
1981	1 534,97	3 664,23	3 164,80	255,33	463,96	352,91	17 159	1 055,97	184,76	257,42	3 030,6
1982	1 588,09	3 983,02	3 626,02	279,13	545,24	368,98	19 770	1 133,54	195,98	270,67	3 149,6
1983	1 668,54	4 238,44	4 006,49	304,28	633,29	381,02	22 464	1 201,11	203,87	282,08	3 405,0
1984	1 750,89	4 558,15	4 361,91	325,08	725,69	400,31	25 346	1 276,73	213,23	301,05	3 777,2
1985	1 823,18	4 855,45	4 700,14	356,06	810,46	418,25	28 186	1 348,34	227,95	321,56	4 038,7
1986	1 925,29	5 118,95	5 069,29	382,91	899,80	428,62	32 324	1 422,44	243,35	335,84	4 268,6
1987	1 990,48	5 341,16	5 336,64	421,10	983,65	430,18	36 144	1 481,33	254,69	350,48	4 539,9
1988	2 095,98	5 678,33	5 735,08	467,76	1 091,68	449,87	40 164	1 566,58	268,41	373,73	4 900,4
1989	2 224,44	6 159,67	6 159,07	512,19	1 192,59	476,05	45 025	1 671,30	290,36	399,05	5 250,8
1990	2 417,83	6 576,73	6 491,96	550,26	1 311,64	509,14	50 074	1 793,63	313,99	428,67	5 522,2
1991	2 612,64	6 883,28	6 766,50	575,39	1 427,34	536,63	54 775	1 917,88	332,69	456,11	5 677,5
	in Preisen von 1985										
1960	856,48	2 082,84	1 831,78	201,70	299,67	182,55	9 137	570,20	116,91	63,30	1 862,0
1961	895,19	2 188,07	1 932,65	207,12	324,26	183,09	10 220	600,49	126,39	70,87	1 911,5
1962	936,28	2 304,85	2 061,59	210,18	344,38	195,62	11 170	614,89	132,44	77,16	2 009,8
1963	962,24	2 405,53	2 171,83	218,08	363,70	202,71	12 148	639,97	138,90	83,66	2 093,1
1964	1 026,34	2 573,53	2 313,51	229,81	373,86	219,49	12 900	678,61	146,20	99,34	2 211,3
1965	1 081,45	2 668,76	2 423,94	235,87	386,09	231,01	13 759	699,06	150,86	98,81	2 334,2
1966	1 111,96	2 750,11	2 550,36	240,43	409,20	237,33	14 728	734,97	154,57	109,35	2 474,6
1967	1 108,75	2 859,02	2 669,98	246,36	438,57	249,87	15 413	755,82	159,29	121,50	2 538,7
1968	1 169,99	2 980,58	2 783,69	255,99	467,27	265,91	16 441	786,89	165,18	137,08	2 643,2
1969	1 257,09	3 176,59	2 978,21	260,88	495,77	282,99	17 835	829,89	174,45	154,22	2 715,0
1970	1 321,40	3 378,20	3 148,93	266,76	522,09	299,11	18 558	883,27	185,54	171,29	2 713,8
1971	1 361,16	3 503,52	3 299,55	272,00	530,67	311,74	19 406	928,42	193,47	178,74	2 798,1
1972	1 419,12	3 691,43	3 445,75	281,48	545,00	322,06	20 981	986,07	200,16	193,71	2 932,1
1973	1 488,19	3 911,85	3 633,20	301,41	583,74	337,16	22 603	1 034,26	206,49	208,52	3 084,5
1974	1 492,08	4 074,85	3 746,18	296,91	615,43	350,53	23 821	1 075,05	208,92	206,81	3 065,1
1975	1 471,22	4 017,80	3 735,75	294,85	599,11	350,21	23 961	1 071,15	194,89	212,88	3 040,2
1976	1 549,80	4 246,16	3 894,28	302,83	638,53	366,92	24 778	1 120,17	193,26	221,87	3 190,3
1977	1 593,91	4 270,71	4 019,58	309,66	660,07	376,38	25 487	1 171,04	197,82	232,43	3 334,2
1978	1 641,64	4 392,52	4 154,25	320,89	684,38	385,60	25 845	1 171,73	198,99	243,95	3 494,9
1979	1 709,17	4 487,39	4 288,91	329,34	725,84	394,52	25 853	1 227,28	203,84	257,70	3 582,9
1980	1 727,51	4 674,30	4 358,57	323,81	756,09	397,92	26 182	1 263,09	212,77	266,63	3 563,6
1981	1 730,52	4 633,80	4 409,84	320,47	760,26	395,12	26 092	1 259,44	215,83	275,68	3 626,6
1982	1 714,14	4 701,60	4 522,10	325,22	761,88	389,56	26 417	1 272,91	213,83	285,07	3 548,5
1983	1 740,90	4 720,00	4 553,52	336,50	769,26	395,03	26 877	1 298,27	215,98	293,02	3 686,5
1984	1 789,35	4 815,70	4 613,36	343,78	789,92	407,63	27 343	1 315,94	219,80	305,70	3 914,8
1985	1 823,18	4 855,60	4 700,14	356,08	810,46	418,25	28 186	1 348,34	227,95	321,53	4 038,7
1986	1 863,77	4 935,40	4 818,49	370,03	834,14	426,76	29 088	1 364,21	234,49	330,02	4 156,4
1987	1 890,28	5 047,60	4 926,94	387,72	860,29	430,28	30 709	1 386,91	239,25	344,33	4 284,2
1988	1 960,51	5 293,90	5 148,58	404,23	895,27	441,80	32 316	1 443,31	246,19	365,82	4 452,8
1989	2 027,33	5 496,70	5 359,85	413,39	921,58	460,41	33 869	1 498,50	255,69	383,45	4 565,5
1990	2 130,50	5 699,51	5 480,36	417,39	942,13	478,47	35 084	1 564,38	261,57	403,37	4 602,7
1991	2 209,64	5 783,58	5 546,10	408,34	955,68	488,19	35 935	1 613,09	261,29	421,27	4 549,4

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 285. — [2]) Ab 1988 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Früheres Bundesgebiet. — [4]) Für Japan: Bruttosozialprodukt.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 4*

Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr[2])	Bundesrepublik Deutschland[3])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
					Volkseinkommen						
1960	239,82	447,30	231,16	20,87	19,89	37,08	573	123,12	31,05	12,92	417,30
1961	261,06	471,89	252,77	22,06	22,08	38,79	658	136,17	34,81	15,60	430,69
1962	282,39	505,25	283,23	23,08	24,88	41,64	767	144,16	38,70	17,54	464,52
1963	298,07	543,02	316,11	24,51	28,44	45,05	911	155,01	42,59	20,25	491,27
1964	327,83	608,75	349,59	26,61	31,03	53,39	1 023	168,90	47,08	23,47	527,93
1965	359,42	667,22	377,40	28,65	33,47	59,54	1 193	182,89	50,49	26,16	574,99
1966	380,61	710,61	408,29	30,20	36,47	64,34	1 378	198,39	54,11	30,49	631,16
1967	381,39	756,19	443,35	31,60	40,04	70,57	1 553	210,95	58,34	36,11	666,47
1968	417,67	812,94	489,71	33,93	43,73	77,95	1 742	224,92	62,20	42,63	726,62
1969	462,09	904,11	556,24	36,36	48,48	89,40	1 968	246,86	67,06	50,10	783,79
1970	530,00	1 006,93	618,13	39,85	54,26	99,37	2 181	276,87	74,28	59,31	814,83
1971	585,59	1 107,29	687,63	44,30	59,25	110,88	2 478	307,66	84,74	64,75	878,22
1972	641,99	1 254,60	764,42	50,23	65,27	125,24	2 922	348,75	95,61	74,60	972,03
1973	718,85	1 441,60	876,09	58,31	79,16	144,29	3 517	393,06	107,27	91,80	1 092,64
1974	769,97	1 682,13	1 004,88	65,34	99,13	164,56	4 343	453,08	117,48	109,31	1 167,01
1975	799,50	1 870,75	1 126,66	82,97	113,89	179,74	5 112	486,15	117,48	121,18	1 252,16
1976	874,94	2 129,95	1 295,14	96,83	142,81	206,72	6 153	543,50	119,44	137,28	1 402,09
1977	933,39	2 289,44	1 471,33	112,45	173,99	223,96	7 815	593,01	121,78	151,49	1 571,64
1978	1 001,30	2 453,88	1 665,92	128,59	207,68	241,04	9 682	631,96	126,66	167,50	1 781,17
1979	1 078,64	2 623,64	1 876,99	149,04	257,17	256,87	11 224	690,00	132,96	180,43	1 972,54
1980	1 134,22	2 849,49	2 105,16	172,48	320,63	272,23	12 922	745,83	142,71	195,16	2 122,86
1981	1 175,18	2 943,63	2 377,42	186,56	381,97	284,33	14 174	785,15	154,70	207,82	2 360,31
1982	1 211,97	3 187,99	2 708,54	204,29	446,82	298,30	16 309	842,07	164,86	217,78	2 434,62
1983	1 270,94	3 372,16	2 991,95	225,43	515,66	307,91	18 304	890,29	171,65	226,59	2 628,20
1984	1 334,72	3 637,01	3 255,36	241,04	592,08	323,68	20 551	938,43	179,68	240,52	2 944,34
1985	1 395,45	3 891,39	3 510,87	265,29	660,68	338,12	22 632	994,17	191,92	255,39	3 152,90
1986	1 486,74	4 110,66	3 809,76	282,14	735,47	345,01	25 648	1 058,31	204,90	266,75	3 327,26
1987	1 537,48	4 242,44	3 995,73	311,56	798,15	344,10	28 836	1 095,75	214,25	275,69	3 569,21
1988	1 623,52	4 512,82	4 268,22	345,66	880,15	359,64	32 300	1 157,78	225,28	293,36	3 889,47
1989	1 710,00	4 881,83	4 578,82	380,88	956,29	378,08	36 270	1 231,96	243,68	311,24	4 127,99
1990	1 850,49	5 236,66	4 846,37	416,85	1 038,74	402,73	40 503	1 330,11	262,93	334,39	4 321,80
					Einkommen aus unselbständiger Arbeit						
1960	143,16	256,69	133,77	15,21	9,92	20,59	278	73,49	19,34	6,45	296,92
1961	161,64	269,58	149,61	16,44	11,02	22,61	314	81,91	21,93	7,64	305,84
1962	178,84	296,17	169,09	17,35	12,83	24,85	365	89,20	24,60	9,12	327,69
1963	191,86	325,89	192,66	18,24	15,60	27,72	444	96,09	27,46	10,64	345,81
1964	209,93	367,39	215,12	19,78	17,46	33,07	508	105,76	30,52	12,45	371,28
1965	232,96	406,58	231,94	21,36	18,43	37,48	599	116,46	33,13	14,50	400,18
1966	250,83	445,61	250,13	22,90	19,71	42,16	716	128,35	35,30	16,78	443,56
1967	250,35	476,89	269,97	23,85	21,80	46,01	830	138,95	38,34	19,29	476,21
1968	268,84	506,84	301,80	25,52	23,70	50,74	917	147,31	40,93	22,48	525,47
1969	302,62	562,04	345,18	27,30	26,12	58,79	1 049	160,64	44,09	26,45	579,18
1970	359,29	630,65	391,44	30,63	30,54	67,17	1 187	175,82	49,61	31,90	619,07
1971	406,82	718,91	441,49	33,57	35,01	77,08	1 376	203,19	57,68	37,82	660,33
1972	450,56	823,49	493,52	37,95	39,06	86,28	1 671	230,88	65,56	44,03	727,51
1973	512,63	948,73	566,40	43,97	47,05	99,95	2 037	270,38	74,74	55,18	814,66
1974	566,60	1 144,35	678,95	52,50	58,69	116,20	2 528	315,03	83,09	70,01	893,81
1975	591,24	1 313,75	801,76	68,63	70,85	131,17	3 080	353,60	85,15	81,58	952,09
1976	637,94	1 515,95	932,94	78,20	86,92	145,89	3 789	389,47	85,68	92,02	1 061,88
1977	685,41	1 646,92	1 061,18	86,78	106,32	159,54	4 810	431,45	87,69	102,80	1 181,13
1978	731,74	1 767,15	1 203,11	99,05	123,16	172,77	5 898	472,42	92,19	111,08	1 334,58
1979	791,66	1 888,89	1 363,25	116,07	149,61	185,92	6 877	504,52	97,10	120,06	1 497,63
1980	860,88	2 071,03	1 575,78	137,97	184,06	197,84	7 792	545,63	104,65	130,40	1 646,34
1981	902,55	2 150,04	1 792,60	149,92	224,03	201,53	8 724	589,01	114,12	141,49	1 817,19
1982	929,75	2 278,46	2 054,56	159,06	260,86	207,48	9 864	616,85	122,70	149,56	1 918,00
1983	949,03	2 383,14	2 259,28	170,26	300,16	209,64	11 144	642,44	128,16	157,36	2 032,31
1984	983,69	2 528,09	2 425,77	181,25	334,99	210,00	11 889	676,33	133,43	166,12	2 224,42
1985	1 021,42	2 658,05	2 582,45	196,20	374,05	216,77	12 905	717,09	141,52	173,89	2 379,65
1986	1 074,44	2 798,47	2 708,11	212,37	404,07	225,24	14 589	761,25	150,46	181,96	2 523,88
1987	1 119,35	2 855,45	2 821,20	230,17	438,84	232,06	16 307	792,73	158,16	189,07	2 699,97
1988	1 163,78	2 964,23	2 977,06	256,19	482,55	238,96	18 155	822,36	168,02	200,11	2 919,69
1989	1 216,27	3 120,26	3 172,20	283,99	527,94	245,56	20 378	875,85	180,24	214,85	3 093,84
1990	1 311,19	3 352,46	3 379,81	316,83	589,84	260,44	22 885	942,66	196,70	233,44	3 259,20

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 285. — [2]) Ab 1988 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Früheres Bundesgebiet. Inländerkonzept.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 5*

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern

1985 = 100

Jahr[1]	Bundesrepublik Deutschland[2]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz[3]	Japan[4]	Vereinigte Staaten
	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 je Erwerbstätigen (Produktivität)[4]										
1960	47,2	43,2	43,8	58,0	37,4	48,0	30,1	42,1	63,9	25,8	75,1
1961	48,8	44,9	46,2	58,7	40,3	47,8	33,5	44,1	65,6	28,5	77,1
1962	50,9	46,6	49,0	59,1	43,0	50,0	36,3	45,4	66,2	30,6	79,9
1963	52,3	48,3	50,7	61,2	46,1	51,2	39,3	47,6	68,4	32,9	81,9
1964	55,8	51,0	53,1	63,7	47,5	54,3	41,5	50,5	70,9	38,5	84,7
1965	58,5	52,7	55,2	64,7	50,3	56,6	43,9	52,4	73,7	37,7	87,1
1966	60,4	54,1	57,7	65,6	54,2	57,7	46,5	55,5	75,7	40,9	90,1
1967	62,2	56,5	60,1	68,2	57,5	61,0	48,4	58,0	77,7	44,6	90,6
1968	65,6	59,0	62,8	71,2	61,3	64,2	51,2	61,2	80,0	49,5	92,4
1969	69,5	61,7	66,1	72,5	65,6	66,8	55,0	64,7	83,2	55,3	92,5
1970	72,2	68,1	68,9	74,4	68,7	69,8	56,5	68,7	87,2	60,7	91,5
1971	74,1	70,2	71,8	76,5	70,0	72,4	58,7	71,5	89,3	63,0	93,5
1972	77,0	74,1	74,6	79,3	73,2	75,5	64,3	75,3	91,2	68,2	94,7
1973	79,8	77,8	77,5	82,9	77,7	79,0	67,5	77,9	93,1	71,6	96,2
1974	81,1	79,7	79,2	81,4	80,3	82,0	70,8	80,0	94,3	71,3	93,7
1975	82,2	79,6	79,7	81,1	77,8	82,4	72,5	80,3	92,4	73,6	94,0
1976	87,1	84,6	82,5	84,0	82,4	86,4	75,0	83,7	94,4	76,0	95,4
1977	89,4	85,4	84,4	85,8	84,4	88,4	78,0	86,6	96,2	78,6	96,1
1978	91,4	87,7	87,0	88,4	87,2	89,9	80,6	86,3	95,8	81,5	96,5
1979	93,5	88,8	89,6	89,3	91,6	90,9	82,0	90,0	97,1	84,9	96,2
1980	93,1	92,6	90,9	88,1	94,2	91,0	85,5	91,7	99,1	87,0	95,2
1981	93,4	93,7	92,6	90,8	94,5	91,7	87,8	91,7	99,3	89,2	95,8
1982	93,5	96,3	94,8	93,8	95,0	92,7	89,8	94,0	99,0	91,3	94,6
1983	96,4	97,7	95,7	98,2	95,7	95,8	91,8	96,7	101,3	92,3	97,0
1984	98,9	99,8	97,9	97,8	97,9	99,0	96,0	97,9	103,3	95,8	98,9
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	100,8	101,0	102,2	103,8	102,4	100,1	100,9	100,9	101,9	101,8	100,6
1987	101,5	102,9	104,2	106,5	105,8	99,5	101,8	102,6	102,8	105,2	101,1
1988	104,4	106,3	108,1	107,4	108,8	100,8	103,5	106,5	104,6	109,9	102,8
1989	106,4	108,5	111,2	106,6	111,9	103,3	104,3	109,2	107,4	113,0	103,2
1990	108,8	111,0	112,5	106,6	112,4	105,1	105,3	111,5	108,4	116,6	103,6
1991	110,7	113,0	113,3	107,9	113,0	105,9	107,6	113,0	108,4	119,5	103,3
	Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer[3]										
1960	16,1	10,8	7,1	7,6	3,3	11,5	.	12,3	17,0	6,8	22,5
1961	17,9	11,1	7,8	8,1	3,5	12,4	.	13,6	18,3	7,6	23,2
1962	19,5	11,9	8,6	8,4	4,0	13,2	2,9	14,7	19,8	8,7	24,2
1963	20,8	12,9	9,5	8,8	4,8	14,4	3,5	15,8	21,8	9,9	25,0
1964	22,5	14,1	10,3	9,5	5,4	16,8	4,0	17,3	23,8	11,2	26,1
1965	24,7	15,4	10,9	10,1	5,8	18,8	4,6	18,9	26,1	12,5	27,0
1966	26,6	16,8	11,6	10,8	6,3	20,9	5,4	20,7	27,9	13,9	28,4
1967	27,4	18,0	12,3	11,4	6,9	22,8	6,2	22,7	30,1	15,6	29,7
1968	29,3	19,2	13,7	12,3	7,4	24,7	6,8	24,3	31,9	17,7	31,7
1969	32,1	20,7	15,2	13,2	8,0	27,7	7,6	26,3	33,9	20,5	33,7
1970	37,2	23,5	16,7	14,9	9,2	31,1	8,4	28,5	37,5	23,9	35,8
1971	41,5	26,3	18,6	16,6	10,4	35,4	9,6	32,0	42,9	27,5	38,0
1972	45,5	30,1	20,4	18,7	11,6	40,0	11,3	35,6	48,1	31,5	40,5
1973	50,9	34,1	22,9	21,2	13,7	46,1	13,3	40,3	54,3	37,9	43,5
1974	56,8	40,2	26,9	25,1	16,7	53,4	16,4	45,8	60,4	47,7	46,8
1975	60,7	46,8	32,0	33,0	19,9	60,5	19,8	51,7	65,0	55,5	50,7
1976	65,4	54,3	36,8	37,9	24,1	67,0	25,0	56,4	67,4	61,5	54,8
1977	69,8	59,1	41,3	41,9	29,0	72,7	31,6	61,3	68,7	67,6	58,7
1978	73,5	63,4	46,5	47,5	33,7	77,9	39,4	66,5	71,5	72,5	63,1
1979	77,8	67,1	52,5	54,7	40,2	82,6	46,9	70,4	74,5	76,8	68,3
1980	83,1	73,6	60,4	65,5	48,9	87,1	54,9	75,1	78,5	81,4	74,6
1981	87,1	78,3	69,1	74,8	59,6	90,1	63,5	81,1	84,6	86,9	81,7
1982	90,7	84,5	78,8	81,1	69,5	95,3	72,3	86,1	91,5	90,5	87,8
1983	94,0	89,8	86,7	88,2	80,6	98,3	82,6	90,5	96,8	92,7	92,3
1984	97,2	95,6	93,8	93,2	90,6	98,6	92,0	94,9	101,0	96,6	96,5
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	103,6	104,7	104,5	108,4	107,7	101,6	108,0	105,5	105,3	103,1	103,9
1987	106,9	106,5	108,3	116,4	117,0	103,1	115,5	109,7	109,4	105,9	108,3
1988	110,1	108,9	113,1	125,7	126,6	104,6	122,8	113,2	114,9	109,4	113,4
1989	113,2	112,7	118,3	136,8	137,8	105,5	129,7	118,5	121,9	113,9	117,0
1990	118,4	119,4	124,1	151,1	149,8	109,3	139,5	124,7	131,3	119,8	121,5

[1]) Ab 1988 vorläufige Ergebnisse. — [2]) Früheres Bundesgebiet. — [3]) Für Schweiz: Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Erwerbstätigen. — [4]) Für Japan: Bruttosozialprodukt in Preisen von 1985 je Erwerbstätigen.

Quellen für Grundzahlen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 6*

Zinsen in wichtigen Industrieländern

Prozent p. a.

Zeitraum[1]	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Kurzfristige Zinssätze[2]						
1970	9,41	7,87	8,93	6,97	.	7,96	.	6,49	5,36	5,91	7,57
1971	7,15	5,09	6,29	5,53	5,76	5,26	.	6,63	3,23	5,40	5,01
1972	5,61	3,86	5,51	5,63	5,18	2,96	.	6,66	1,83	4,36	4,65
1973	12,14	6,15	9,13	9,53	6,93	6,89	.	6,75	4,02	5,15	8,37
1974	9,90	10,20	13,02	11,34	14,57	10,35	.	6,95	5,98	6,83	10,25
1975	4,96	7,00	7,92	10,16	10,64	5,27	.	7,57	3,47	6,33	6,45
1976	4,25	9,76	8,69	11,20	15,68	6,88	.	7,94	1,20	5,68	5,27
1977	4,37	7,08	9,22	7,54	14,04	4,57	15,52	7,96	2,11	6,28	5,58
1978	3,70	7,14	8,16	8,58	11,50	6,54	17,59	7,87	0,62	5,12	8,17
1979	6,69	10,75	9,48	13,11	11,86	9,47	15,52	7,50	1,30	5,85	11,21
1980	9,54	14,09	12,21	15,01	17,15	10,70	16,52	8,00	5,03	10,68	13,07
1981	12,11	15,24	15,26	13,04	19,31	11,60	16,18	9,16	8,20	7,41	15,91
1982	8,88	14,10	14,62	11,40	19,89	8,36	16,28	10,10	4,40	6,84	12,27
1983	5,78	10,56	12,47	9,58	18,31	5,62	20,05	8,95	3,31	6,50	9,07
1984	5,99	11,42	11,70	9,30	17,26	6,09	14,90	8,02	3,77	6,32	10,36
1985	5,44	9,59	9,94	11,64	15,26	6,34	12,22	7,87	4,36	6,48	8,05
1986	4,64	8,11	7,70	10,30	13,41	5,61	11,66	7,37	3,63	4,97	6,52
1987	4,03	7,10	8,27	9,22	11,33	5,31	15,82	6,47	3,22	3,87	6,86
1988	4,33	6,72	7,94	9,92	10,82	4,76	11,65	6,03	2,58	3,96	7,73
1989	7,12	8,68	9,40	13,31	12,61	7,34	15,04	6,97	6,44	4,73	9,08
1990	8,49	9,67	10,32	13,98	12,06	8,68	15,15	8,41	8,32	6,93	8,15
1991	9,25	9,38	9,62	10,84	12,02	9,28	13,23	9,38	7,60	7,01	5,83
1991 1. Vj.	9,17	9,63	9,83	12,33	13,22	9,22	14,55	9,07	7,66	7,63	6,71
2. Vj.	9,11	9,18	9,43	10,94	11,85	9,16	12,96	8,93	7,63	7,49	6,01
3. Vj.	9,24	9,24	9,54	10,13	11,40	9,27	12,64	8,93	7,48	6,95	5,70
4. Vj.	9,46	9,48	9,66	9,98	11,62	9,48	12,75	9,68	7,61	5,97	4,91
1992 1. Vj.	9,61	9,56	10,05	9,94	12,41	9,59	12,73	9,72	7,38	4,88	4,12
2. Vj.	9,76	9,57	10,04	9,60	12,90	9,51	12,56	9,69	8,55	4,46	3,89
3. Vj.	9,72	9,64	10,55	9,41	...	9,58	13,52	...	7,21	3,73	3,27
					Langfristige Zinssätze[3]						
1970	8,32	7,80	8,81	9,22	7,72	8,22	.	7,82	5,72	7,19	6,58
1971	7,99	7,32	8,55	8,90	7,04	7,35	.	7,71	5,27	7,28	5,74
1972	7,88	7,04	8,10	8,91	6,58	6,88	.	7,37	4,96	6,70	5,64
1973	9,33	7,49	8,86	10,72	6,85	7,92	.	8,25	5,59	7,26	6,31
1974	10,38	8,77	10,91	14,77	9,11	9,83	.	9,74	7,13	9,26	6,98
1975	8,48	8,52	10,49	14,39	10,06	8,79	.	9,61	6,44	9,20	7,00
1976	7,80	9,09	10,45	14,43	12,62	8,95	.	8,75	4,98	8,72	6,78
1977	6,16	8,76	11,00	12,73	14,71	8,10	.	8,74	4,05	7,33	7,06
1978	5,73	8,45	10,66	12,47	13,18	7,74	12,03	8,21	3,33	6,09	7,89
1979	7,43	9,70	10,63	12,99	13,12	8,78	13,31	7,96	3,45	7,69	8,74
1980	8,50	12,20	13,98	13,79	15,30	10,21	15,96	9,24	4,76	9,22	10,81
1981	10,38	13,78	16,56	14,74	19,35	11,52	15,81	10,61	5,57	8,66	12,87
1982	8,95	13,45	16,62	12,88	20,21	9,93	15,99	9,92	4,85	8,06	12,23
1983	7,89	11,80	14,62	10,81	18,25	8,24	16,91	8,17	4,51	7,42	10,84
1984	7,78	11,96	13,34	10,69	15,57	8,10	16,36	8,02	4,58	6,81	11,99
1985	6,87	10,61	11,87	10,62	13,70	7,33	13,37	7,77	4,70	6,34	10,75
1986	5,92	7,93	9,12	9,85	11,47	6,36	11,36	7,33	4,24	4,94	8,14
1987	5,84	7,83	10,22	9,50	10,58	6,38	12,77	6,94	4,03	4,21	8,63
1988	6,11	7,85	9,22	9,36	10,54	6,29	11,74	6,67	4,02	4,27	8,98
1989	7,03	8,64	9,16	9,58	11,61	7,21	13,70	7,14	5,20	5,05	8,59
1990	8,83	10,06	10,42	11,08	11,87	8,93	14,68	8,74	6,45	7,36	8,73
1991	8,64	9,28	9,48	9,92	11,37	8,74	12,43	8,62	6,24	6,53	8,16
1991 1. Vj.	8,73	9,45	9,79	10,06	11,91	8,82	13,93	8,67	6,28	6,79	8,28
2. Vj.	8,50	9,22	9,43	10,16	11,13	8,62	12,10	8,49	5,94	7,00	8,39
3. Vj.	8,77	9,33	9,46	9,84	11,33	8,81	11,94	8,67	6,15	6,49	8,21
4. Vj.	8,57	9,13	9,25	9,62	11,11	8,71	11,76	8,63	6,59	5,83	7,76
1992 1. Vj.	8,10	8,76	8,95	9,36	10,95	8,32	11,37	8,35	6,31	5,42	7,73
2. Vj.	8,27	8,87	9,05	9,11	11,23	8,29	11,40	8,49	6,82	5,34	7,80
3. Vj.	8,23	8,93	9,36	9,06	12,84	8,22	12,70	8,57	6,71	5,28	7,22

[1] Jahres- und Vierteljahresdurchschnitte.
[2] Überwiegend für Dreimonats-Schatzwechsel. Für Bundesrepublik Deutschland: Ab 1986 Fibor (Frankfurt interbank offered rate).
[3] Umlaufsrendite festverzinslicher Staatsschuldpapiere mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren.

Quelle: OECD

Tabelle 7*

Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1])

Jahr [2])	Bundesrepublik Deutschland [3])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien [1])	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan [1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
	in jeweiligen Preisen										
1960	171,84	390,55	179,61	17,11	14,41	25,97	476	97,12	23,28	9,40	332,4
1961	188,33	407,76	196,66	18,01	15,75	27,98	538	106,15	25,57	11,03	343,5
1962	204,79	428,83	219,72	19,10	17,77	30,47	617	114,50	28,53	12,65	364,4
1963	216,79	464,60	248,19	20,35	20,81	33,84	740	124,02	30,99	14,77	384,2
1964	233,50	496,86	271,14	21,73	22,62	38,27	824	133,05	33,82	17,03	412,5
1965	257,62	540,91	289,24	23,15	24,19	42,77	966	145,84	36,39	19,24	444,6
1966	275,06	579,71	312,82	24,51	26,69	46,52	1 109	155,66	39,23	22,14	481,6
1967	282,63	611,51	338,68	25,76	29,57	50,51	1 243	167,36	42,15	25,41	509,3
1968	300,74	662,74	369,60	27,75	31,55	55,21	1 385	178,37	44,91	28,97	559,1
1969	330,90	718,47	419,61	29,47	34,61	63,18	1 531	189,70	48,67	33,30	603,7
1970	368,85	769,01	459,57	32,11	39,82	70,82	1 700	205,29	53,33	38,33	646,5
1971	408,98	847,72	511,13	36,01	43,45	78,94	1 924	230,00	59,75	43,23	700,3
1972	451,96	947,78	570,30	40,75	47,72	88,45	2 243	259,81	67,78	49,90	767,8
1973	495,59	1 083,90	645,01	46,59	58,24	99,83	2 693	291,78	75,95	60,31	848,1
1974	533,64	1 255,90	749,59	53,69	73,32	113,39	3 331	330,61	83,14	72,91	927,7
1975	583,45	1 421,15	862,26	66,13	87,08	128,95	3 917	368,26	86,04	84,76	1 024,9
1976	631,87	1 612,07	993,54	76,88	107,80	147,99	4 815	410,18	88,90	95,78	1 143,1
1977	682,13	1 769,38	1 117,09	87,88	131,90	164,31	6 048	456,86	92,65	107,08	1 271,5
1978	725,94	1 890,04	1 264,00	101,24	154,34	179,17	7 268	468,85	95,28	117,92	1 421,2
1979	781,31	2 057,27	1 442,02	119,99	189,67	192,43	8 569	511,72	100,72	130,08	1 583,7
1980	837,02	2 224,90	1 653,31	139,61	241,36	205,78	10 048	552,53	108,04	141,32	1 748,1
1981	883,52	2 397,80	1 907,22	155,41	289,14	213,23	11 421	596,50	115,69	150,00	1 926,2
1982	916,10	2 622,60	2 200,82	170,65	342,50	221,83	13 105	640,19	122,06	160,83	2 059,2
1983	959,28	2 761,50	2 435,55	187,03	396,14	229,86	14 770	694,84	127,34	169,69	2 257,5
1984	1 001,20	2 958,70	2 651,31	199,43	452,43	236,75	16 311	733,18	133,61	178,63	2 460,3
1985	1 036,53	3 198,30	2 871,10	217,62	507,81	247,72	18 076	775,53	140,56	188,76	2 667,4
1986	1 066,43	3 303,10	3 062,81	241,28	559,55	256,15	20 438	804,41	144,93	195,97	2 850,6
1987	1 108,02	3 461,50	3 249,51	264,88	614,02	263,93	22 857	837,78	150,21	204,59	3 052,2
1988	1 153,69	3 601,80	3 444,40	298,80	676,18	268,96	25 159	880,53	156,97	215,12	3 296,1
1989	1 220,95	3 846,90	3 680,50	327,39	744,54	281,18	28 317	932,16	166,15	228,48	3 523,1
1990	1 321,21	4 084,30	3 899,80	348,53	813,20	299,05	31 266	997,06	177,65	244,21	3 748,4
1991	1 420,65	4 284,62	4 085,70	368,09	891,75	320,37	34 226	1 059,94	190,44	257,09	3 887,7
	in Preisen von 1985										
1960	444,86	1 484,87	1 097,56	123,17	165,43	95,60	6 124	325,16	69,50	42,85	1 127,0
1961	471,87	1 510,33	1 162,81	125,90	177,79	95,48	6 798	341,82	74,24	47,30	1 152,7
1962	498,48	1 571,69	1 244,93	128,74	190,49	106,75	7 396	353,21	78,98	50,87	1 203,8
1963	512,33	1 642,23	1 330,80	134,73	207,58	114,27	8 233	372,74	82,80	55,35	1 249,0
1964	539,69	1 686,33	1 405,74	138,87	214,71	121,01	8 586	385,51	86,70	61,31	1 319,1
1965	576,70	1 756,90	1 462,09	141,00	222,80	130,06	9 184	404,55	89,70	64,84	1 393,4
1966	594,58	1 806,01	1 532,76	143,53	239,08	134,19	9 817	422,08	92,40	71,35	1 464,8
1967	601,41	1 858,67	1 610,84	147,06	255,85	141,49	10 403	436,83	95,10	78,76	1 510,1
1968	630,06	1 959,83	1 674,91	151,16	268,66	150,81	11 023	454,33	98,92	85,49	1 589,3
1969	680,29	2 062,44	1 775,99	152,09	286,19	162,72	11 790	467,60	104,28	94,33	1 648,6
1970	731,92	2 153,42	1 851,70	156,53	307,02	174,76	12 467	487,07	109,91	101,32	1 688,0
1971	772,71	2 255,11	1 943,12	161,58	315,96	180,53	12 903	519,79	115,14	106,99	1 744,0
1972	808,64	2 394,26	2 038,95	171,70	327,54	186,85	13 973	551,40	121,41	116,70	1 841,4
1973	833,04	2 580,31	2 147,54	180,84	350,28	194,32	15 058	581,02	124,82	127,29	1 923,6
1974	837,60	2 650,27	2 173,50	178,22	363,30	201,51	15 819	598,40	124,31	127,18	1 911,6
1975	863,82	2 666,08	2 235,37	177,50	364,45	208,16	16 104	617,83	120,93	132,94	1 952,3
1976	897,32	2 798,27	2 344,30	178,28	383,37	219,19	16 997	645,91	122,38	137,06	2 054,5
1977	937,80	2 866,08	2 408,51	177,48	398,96	229,27	17 254	681,11	126,05	142,70	2 137,6
1978	971,48	2 937,19	2 497,43	187,51	412,47	239,20	17 417	671,05	128,76	150,45	2 226,2
1979	1 003,06	3 077,96	2 572,82	195,66	442,59	246,32	17 636	700,62	130,20	160,26	2 278,9
1980	1 015,57	3 135,00	2 603,62	195,83	467,52	246,34	17 736	711,20	133,60	161,97	2 277,7
1981	1 007,92	3 108,10	2 657,03	196,01	474,63	240,15	17 631	713,46	134,25	164,53	2 305,4
1982	992,55	3 151,90	2 748,85	197,98	480,31	237,34	17 663	722,09	134,20	171,79	2 330,4
1983	1 005,92	3 101,50	2 774,12	206,93	483,62	239,41	17 723	758,05	136,44	177,71	2 438,1
1984	1 021,68	3 135,70	2 803,84	210,25	493,17	241,81	17 655	757,47	138,57	182,58	2 556,0
1985	1 036,53	3 198,10	2 871,10	217,62	507,81	247,72	18 076	775,53	140,56	188,76	2 667,4
1986	1 072,01	3 282,00	2 983,12	231,17	526,62	254,40	18 811	789,24	144,52	195,14	2 763,5
1987	1 106,88	3 388,50	3 063,65	243,28	548,58	263,31	19 905	814,02	147,51	203,40	2 840,9
1988	1 137,00	3 496,30	3 161,70	261,33	571,45	266,74	20 846	843,38	150,67	214,05	2 943,5
1989	1 167,37	3 611,66	3 256,55	270,58	591,69	272,02	22 005	869,67	154,03	223,24	3 000,2
1990	1 230,68	3 705,10	3 351,00	272,82	608,41	282,29	22 826	901,55	156,34	232,65	3 034,7
1991	1 274,63	3 763,64	3 401,25	268,20	625,40	290,76	23 506	926,41	158,63	238,81	3 016,4

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 285. — [2]) Ab 1988 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Früheres Bundesgebiet.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 8*

Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr[2])	Bundesrepublik Deutschland[3])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
	in jeweiligen Preisen										
1960	40,45	71,96	42,77	4,24	3,07	5,61	59	21,12	3,36	1,28	99,80
1961	45,78	73,28	47,16	4,57	3,40	6,16	66	22,78	4,12	1,48	107,00
1962	52,83	80,84	53,20	4,90	3,93	6,90	76	24,68	4,78	1,75	116,80
1963	59,39	91,74	60,33	5,16	4,76	7,91	93	27,49	5,47	2,07	122,30
1964	62,10	98,90	66,16	5,48	5,31	9,41	101	30,18	6,02	2,35	128,30
1965	69,65	110,19	70,42	6,01	6,01	10,48	121	32,93	6,48	2,69	136,30
1966	75,45	121,18	75,42	6,54	6,40	11,68	145	36,68	6,91	3,05	155,90
1967	80,05	133,37	81,28	7,23	6,84	13,13	177	41,57	7,34	3,41	175,60
1968	82,73	144,02	92,16	7,68	7,44	14,22	193	45,25	7,91	3,93	191,50
1969	93,12	159,76	103,75	8,02	8,07	16,22	222	50,48	8,68	4,56	201,80
1970	106,47	175,30	116,64	9,04	8,86	18,66	254	55,22	9,64	5,46	212,70
1971	126,76	201,98	131,93	10,31	10,84	21,85	292	61,98	11,39	6,42	224,30
1972	141,04	232,44	146,80	11,75	12,32	24,43	338	70,10	12,88	7,54	241,50
1973	163,09	264,32	167,69	13,40	14,18	27,42	408	81,91	14,82	9,34	257,70
1974	190,11	314,32	200,23	16,72	17,12	32,45	520	97,43	16,63	12,24	288,30
1975	210,08	388,40	243,44	23,12	19,94	38,25	645	113,05	17,92	14,89	321,40
1976	221,86	441,00	287,76	27,04	23,96	43,47	838	127,79	18,94	16,42	341,30
1977	235,13	489,05	329,53	29,47	30,08	47,85	1 082	138,74	19,15	18,24	368,00
1978	253,09	543,96	383,68	33,41	36,49	52,61	1 373	154,14	19,77	19,75	403,60
1979	273,54	588,13	436,65	38,83	45,72	57,17	1 673	165,96	20,80	21,49	448,50
1980	298,02	643,59	509,27	48,94	58,03	60,26	2 050	178,70	21,98	23,57	507,10
1981	318,39	696,62	595,03	55,37	75,32	62,75	2 383	195,24	23,88	25,59	561,10
1982	326,44	734,18	701,30	60,37	88,79	65,12	2 784	214,30	25,94	26,80	607,60
1983	336,44	756,93	782,13	65,79	105,14	66,58	3 285	226,89	27,77	28,00	652,30
1984	350,44	792,36	854,30	69,76	119,99	66,39	3 665	237,76	28,93	29,45	700,80
1985	365,72	849,14	910,32	73,81	135,49	67,67	4 152	255,00	30,88	30,69	772,30
1986	382,55	881,40	959,51	79,38	148,34	68,55	4 740	270,66	32,33	32,39	833,00
1987	397,28	890,90	1 004,66	85,35	166,31	70,59	5 452	280,44	33,03	32,97	881,50
1988	412,38	899,40	1 058,40	91,73	186,94	71,16	5 924	288,35	35,41	34,18	918,70
1989	418,82	933,90	1 108,50	99,03	202,34	72,37	6 831	302,88	38,49	36,28	975,20
1990	444,35	983,40	1 161,70	109,69	231,78	75,39	7 610	319,93	42,85	38,84	1 043,20
1991	468,07	1 035,93	1 239,20	122,57	253,04	77,40	8 429	347,13	47,21	41,65	1 090,50
	in Preisen von 1985										
1960	159,19	325,14	386,49	45,36	58,51	36,54	1 349	120,18	12,53	9,40	454,99
1961	169,05	331,03	405,02	46,97	61,22	37,57	1 424	122,35	14,67	9,95	477,87
1962	185,27	359,94	424,14	48,40	63,60	38,82	1 518	125,25	15,88	10,82	499,33
1963	196,74	400,95	438,47	49,22	66,19	40,66	1 667	130,23	17,25	11,71	511,48
1964	200,17	417,77	456,71	50,00	68,47	41,35	1 688	136,66	17,72	12,10	523,82
1965	209,96	441,87	471,39	51,32	70,96	42,00	1 750	137,66	18,53	12,56	541,10
1966	216,50	461,68	484,17	52,68	73,78	42,72	1 780	144,04	18,89	13,28	596,74
1967	224,41	488,53	504,77	55,66	77,11	43,74	1 821	149,79	19,18	13,80	638,99
1968	225,40	505,94	533,09	55,88	81,05	44,70	1 856	154,50	19,92	14,68	656,08
1969	235,32	536,91	555,06	54,85	83,43	46,71	1 933	157,99	20,87	15,55	651,43
1970	245,51	554,41	578,29	55,76	86,18	49,53	2 034	163,20	21,91	16,66	634,06
1971	258,07	587,07	601,06	57,42	91,14	51,70	2 123	168,55	23,18	17,54	622,66
1972	268,77	621,82	622,25	59,84	95,74	52,11	2 233	175,48	23,89	18,48	620,00
1973	282,21	655,01	643,25	62,43	98,19	52,52	2 377	180,72	24,64	19,47	611,65
1974	293,44	679,76	651,10	63,60	100,69	53,68	2 598	191,02	25,17	20,09	622,28
1975	304,74	711,60	679,63	67,15	103,17	55,88	2 732	198,62	25,36	21,66	629,97
1976	309,47	740,17	707,88	67,98	105,56	58,18	2 922	207,08	26,12	22,63	625,89
1977	313,69	760,08	724,73	66,86	108,46	60,15	3 037	213,82	26,23	23,55	630,54
1978	325,89	804,72	762,16	68,40	112,28	62,49	3 202	220,89	26,76	24,75	642,79
1979	336,92	826,41	785,17	69,78	115,64	64,27	3 335	227,45	27,18	25,83	654,47
1980	345,66	839,40	805,05	70,87	118,09	64,63	3 475	233,52	27,44	26,68	668,62
1981	351,96	841,80	830,30	71,08	120,76	65,92	3 540	238,71	28,14	27,96	677,16
1982	348,79	828,40	861,60	71,67	123,91	66,35	3 712	244,19	28,45	28,53	687,04
1983	349,54	828,10	879,64	73,09	128,14	67,18	3 857	249,60	29,54	29,38	706,22
1984	358,31	829,00	890,01	73,79	131,07	66,78	3 969	250,14	29,91	30,17	728,15
1985	365,72	849,10	910,32	73,81	135,49	67,67	4 152	255,00	30,88	30,69	772,30
1986	375,04	865,10	926,11	75,11	138,96	69,01	4 391	259,24	32,02	32,05	812,18
1987	380,85	868,90	952,19	76,03	143,75	70,66	4 780	260,27	32,60	32,12	836,96
1988	389,10	866,70	984,56	76,49	147,82	70,75	4 973	261,13	34,00	32,88	841,99
1989	382,67	863,60	986,53	77,18	149,06	70,94	5 380	263,19	35,41	33,55	858,70
1990	391,75	872,50	1004,29	79,57	150,99	71,10	5 610	266,32	37,07	34,19	882,91
1991	393,60	883,32	1045,46	81,46	153,62	70,50	5 856	272,17	38,10	35,33	893,45

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 285. — [2]) Ab 1988 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Früheres Bundesgebiet.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 9*

Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr[2])	Bundesrepublik Deutschland[3])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
	in jeweiligen Preisen										
1960	73,58	107,74	62,71	4,23	6,45	10,72	144	40,66	9,27	4,64	75,50
1961	83,46	122,34	72,25	4,75	7,38	11,65	172	47,35	11,51	6,17	75,00
1962	92,88	134,78	81,31	4,90	8,44	12,36	203	49,57	13,44	7,07	81,80
1963	97,71	140,77	94,36	5,14	9,81	13,03	243	53,91	15,39	7,93	87,70
1964	111,70	170,48	108,43	6,12	9,94	16,45	293	59,92	17,45	9,36	96,70
1965	119,90	185,51	118,74	6,63	9,28	18,11	358	67,40	17,47	9,78	108,30
1966	124,17	204,33	130,75	7,06	9,80	20,58	418	74,76	17,91	11,56	116,70
1967	114,18	218,85	142,00	7,71	11,20	22,67	476	76,03	18,33	14,29	117,60
1968	119,39	219,67	151,21	8,51	12,65	25,63	547	78,86	19,20	17,57	130,80
1969	138,90	241,30	173,15	8,83	14,46	26,54	633	83,95	21,00	21,44	145,50
1970	172,05	286,18	192,94	9,74	16,53	31,36	701	97,18	24,96	26,04	148,10
1971	196,11	304,81	218,27	10,89	17,48	34,64	724	116,90	30,13	27,64	167,50
1972	209,17	329,75	244,45	11,94	18,47	36,40	889	144,91	34,64	31,52	195,70
1973	219,26	375,58	285,19	14,73	24,06	40,66	1 135	154,97	38,21	40,94	225,40
1974	212,71	467,37	336,12	17,50	31,66	43,85	1 471	175,72	38,88	46,70	231,50
1975	209,41	511,15	354,31	21,04	34,57	46,32	1 631	174,92	33,66	48,14	231,70
1976	225,65	568,73	407,24	24,50	41,78	48,97	1 852	188,71	29,23	51,95	269,60
1977	242,43	602,96	439,35	27,04	50,32	57,89	2 256	212,91	30,24	55,98	333,50
1978	264,90	647,53	488,44	31,06	57,66	63,30	2 615	215,57	32,49	62,15	406,10
1979	301,29	661,10	555,07	36,93	70,77	66,49	2 914	231,94	34,59	70,17	467,50
1980	332,08	728,29	645,75	41,56	94,06	70,79	3 453	255,46	40,50	75,82	477,10
1981	331,29	642,88	700,53	41,30	110,68	67,58	3 790	267,94	44,56	78,91	532,50
1982	323,45	672,12	774,28	44,82	121,73	67,16	4 276	262,88	45,30	79,74	519,30
1983	340,81	669,01	809,60	48,62	134,84	69,46	4 690	269,55	47,50	78,88	552,20
1984	350,67	709,03	840,36	54,97	152,60	74,31	4 827	282,92	49,80	83,25	647,80
1985	355,81	741,29	905,29	60,35	167,59	80,25	5 409	304,41	54,20	88,04	689,90
1986	373,48	782,92	977,52	64,51	177,65	86,18	6 297	324,01	59,00	91,31	709,00
1987	385,78	834,19	1 054,77	74,08	194,10	87,10	7 518	342,11	64,37	99,16	723,00
1988	409,90	981,62	1 188,30	89,96	219,25	95,78	9 096	371,17	71,48	111,07	777,40
1989	448,52	1 173,84	1 305,30	101,84	241,02	103,23	10 799	402,55	79,86	122,77	798,90
1990	506,81	1 307,27	1 379,00	105,28	264,89	109,14	12 240	442,11	84,55	137,17	793,20
1991	565,07	1 366,00	1 406,30	95,15	281,99	111,45	13 215	484,47	84,37	143,23	731,30
	in Preisen von 1985										
1960	218,84	419,88	355,43	31,08	90,05	41,96	1 716	125,46	25,42	13,07	269,46
1961	233,30	471,79	394,06	34,11	100,44	44,50	2 023	141,25	29,41	16,13	268,98
1962	242,39	499,54	427,52	34,35	110,27	46,01	2 253	145,12	32,42	18,41	291,29
1963	245,39	500,28	465,11	34,82	119,18	46,53	2 511	150,11	34,79	20,60	311,97
1964	272,94	573,64	513,81	40,59	112,25	55,44	2 888	164,50	37,63	23,84	339,52
1965	285,96	597,30	549,72	42,69	102,81	58,38	3 368	173,01	36,70	24,94	369,73
1966	289,29	638,07	589,61	43,78	107,26	63,07	3 796	188,33	36,39	28,44	382,50
1967	269,27	656,61	625,16	47,61	119,84	68,41	4 024	188,46	36,45	33,60	372,69
1968	278,33	648,35	659,73	50,59	132,78	76,04	4 403	193,84	37,57	40,47	396,99
1969	305,78	682,93	720,19	50,29	143,07	74,34	4 835	203,37	39,80	48,11	416,06
1970	334,04	740,49	753,47	51,56	147,42	79,94	4 978	223,33	43,35	56,22	403,95
1971	354,14	726,41	808,13	52,52	142,67	81,16	4 831	254,13	47,63	58,70	439,12
1972	363,46	751,07	856,82	52,40	144,54	79,30	5 516	284,97	50,00	64,39	485,73
1973	362,46	803,82	929,38	55,82	157,19	82,62	6 234	285,97	51,45	71,88	528,05
1974	327,24	859,60	941,31	54,47	160,40	79,31	6 623	297,32	49,26	65,90	488,02
1975	310,34	843,54	880,60	53,38	148,64	75,85	6 324	282,59	42,57	65,27	430,35
1976	321,73	877,23	909,34	54,28	148,71	74,20	6 273	293,38	38,10	67,04	471,91
1977	333,92	877,60	892,82	53,31	151,45	81,43	6 214	308,32	38,71	68,89	539,68
1978	348,26	901,86	911,52	54,91	152,41	83,49	6 045	295,77	41,08	74,26	598,02
1979	372,16	877,31	940,13	56,45	161,11	82,05	5 780	306,15	43,17	78,88	625,37
1980	380,79	917,66	964,78	53,42	175,13	81,28	5 819	315,28	47,45	78,89	574,47
1981	362,21	769,88	946,55	48,30	169,66	72,82	5 629	310,94	48,73	80,78	578,09
1982	343,13	756,69	933,57	50,92	161,70	69,86	5 657	285,55	47,48	80,66	531,87
1983	354,59	723,40	900,29	53,48	160,74	71,31	5 513	283,91	49,43	79,88	567,23
1984	355,70	736,01	876,89	58,03	166,52	75,15	5 194	289,91	51,48	83,60	657,30
1985	355,81	741,29	905,29	60,35	167,59	80,25	5 409	304,41	54,20	88,04	689,90
1986	368,49	774,05	945,98	61,81	171,30	86,15	5 957	315,62	58,48	92,23	692,47
1987	376,22	817,46	991,87	67,75	179,87	87,08	6 789	325,46	62,82	101,05	689,14
1988	393,68	941,58	1 087,10	76,65	192,37	94,12	7 740	345,13	67,18	113,10	718,11
1989	419,08	1 077,93	1 162,10	81,85	200,66	98,47	8 806	363,91	71,06	123,59	718,88
1990	455,46	1 167,47	1 197,00	79,90	207,19	102,62	9 414	387,29	72,89	135,27	698,57
1991	485,01	1 181,50	1 182,60	71,85	209,12	103,70	9 586	409,57	71,08	139,91	639,00

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 285. — [2]) Ab 1988 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Früheres Bundesgebiet.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 10*

Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr[2])	Bundesrepublik Deutschland[3])[4])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan[1])[3])	Vereinigte Staaten[3])
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
	in jeweiligen Preisen										
1960	60,68	213,90	43,58	5,16	2,81	21,18	70	39,51	10,96	1,77	25,3
1961	63,20	234,80	45,97	5,39	3,20	21,32	77	43,28	12,07	1,86	26,0
1962	66,26	261,20	47,32	5,53	3,57	22,62	91	47,71	13,22	2,15	27,4
1963	72,03	288,70	52,07	5,88	3,93	24,59	100	51,90	14,41	2,35	29,4
1964	79,86	329,20	57,95	6,20	4,56	28,04	129	56,21	15,94	2,89	33,6
1965	87,19	354,00	65,30	6,61	5,45	30,85	146	61,90	17,49	3,56	35,4
1966	98,42	395,30	71,01	7,17	6,05	32,69	178	67,26	19,21	4,17	38,9
1967	106,41	414,20	75,88	7,39	6,66	34,84	182	71,52	20,50	4,47	41,4
1968	120,21	465,50	82,65	8,98	7,71	39,08	237	78,80	23,17	5,53	45,3
1969	137,34	561,60	100,23	10,09	8,89	45,90	278	95,02	26,63	6,82	49,3
1970	152,93	654,50	125,43	11,51	10,00	54,30	342	116,75	29,71	8,27	57,0
1971	166,96	698,70	145,21	12,92	11,16	62,02	416	128,64	32,06	9,90	59,3
1972	181,86	789,10	165,14	13,62	12,70	69,40	500	146,44	35,77	10,38	66,2
1973	214,05	975,80	198,57	17,07	15,23	83,41	601	165,89	40,22	12,13	91,8
1974	275,91	1 260,20	269,64	22,88	22,87	107,78	726	204,21	45,91	19,45	124,3
1975	269,55	1 220,10	279,80	26,86	26,31	109,72	801	209,02	44,03	20,25	136,3
1976	306,54	1 456,90	332,95	35,09	35,88	128,47	982	236,29	47,70	23,84	148,9
1977	324,53	1 543,70	392,89	43,30	45,61	130,74	1 313	256,94	53,45	25,56	158,8
1978	341,20	1 597,40	445,46	47,48	54,03	133,34	1 680	280,76	53,23	24,11	186,1
1979	374,59	1 863,90	526,94	54,90	68,32	155,06	1 942	327,69	56,02	27,90	228,9
1980	420,66	2 170,20	604,42	62,61	77,26	176,81	2 368	366,24	62,58	35,71	279,2
1981	481,70	2 439,00	714,28	67,43	100,00	204,62	3 024	404,51	69,10	41,81	303,0
1982	517,69	2 794,30	790,35	72,69	114,19	212,60	3 606	431,24	69,55	44,48	282,6
1983	522,24	3 078,90	900,66	80,06	126,87	219,77	4 641	449,69	71,76	43,49	276,7
1984	585,80	3 505,20	1 053,33	91,85	150,69	248,56	5 865	497,64	80,55	50,02	302,4
1985	644,66	3 644,90	1 123,93	102,21	169,00	265,54	6 404	549,13	89,02	52,08	302,1
1986	637,02	3 527,80	1 074,10	98,32	167,19	232,52	6 417	522,97	89,12	43,43	319,2
1987	637,52	3 616,10	1 101,30	107,03	176,39	226,65	6 943	527,05	90,53	43,82	364,0
1988	687,87	4 039,20	1 221,30	107,83	193,82	246,23	7 571	587,55	97,99	47,61	444,2
1989	788,29	4 641,89	1 411,10	122,79	226,60	276,25	8 135	664,27	110,51	57,11	508,0
1990	882,28	4 777,50	1 468,50	134,11	250,82	287,91	8 550	724,31	115,05	64,44	557,0
1991	1013,23	4 959,04	1 526,20	135,82	255,58	300,05	9 449	789,67	115,74	66,58	598,2
	in Preisen von 1985										
1960	143,57	811,45	216,22	35,06	25,85	60,37	742	94,82	24,91	3,23	86,4
1961	150,16	885,82	227,29	36,19	30,00	61,79	801	100,17	26,91	3,40	87,8
1962	153,87	975,48	231,31	36,78	33,37	65,64	903	110,02	28,58	3,96	92,8
1963	165,15	1 055,85	247,63	38,55	35,80	69,57	938	117,87	30,06	4,23	99,5
1964	178,11	1 155,41	264,11	39,84	40,25	77,43	1 177	124,36	31,99	5,10	112,8
1965	189,05	1 225,58	294,52	41,53	48,43	83,29	1 259	133,23	34,40	6,30	115,4
1966	207,71	1 319,74	313,97	43,71	53,85	87,64	1 450	142,19	36,19	7,36	122,8
1967	224,86	1 376,11	336,85	43,96	58,52	93,44	1 382	150,46	37,43	7,86	127,0
1968	254,31	1 544,04	368,58	49,46	67,66	105,39	1 636	163,18	41,17	9,69	137,0
1969	279,88	1 780,64	426,56	54,32	75,96	121,14	1 890	191,90	46,66	11,78	144,4
1970	297,14	1 962,66	495,32	57,18	80,49	135,50	2 220	223,56	49,85	13,93	157,6
1971	310,88	2 051,75	541,12	61,15	86,26	149,94	2 535	237,88	51,79	16,20	158,2
1972	330,73	2 278,63	606,21	61,83	94,26	164,86	2 874	262,02	55,09	17,10	169,7
1973	364,91	2 601,21	671,41	69,19	98,12	184,81	3 162	276,27	59,42	18,24	205,5
1974	408,69	2 698,91	730,82	74,26	105,02	189,59	3 130	305,86	60,03	22,37	229,0
1975	382,72	2 477,10	718,49	72,14	106,74	183,65	3 116	298,52	56,09	22,17	227,6
1976	419,94	2 795,68	777,23	78,71	117,92	201,79	3 273	331,54	61,30	25,39	237,8
1977	435,92	2 857,89	834,48	84,13	129,58	198,22	3 668	345,58	67,26	28,06	241,2
1978	450,79	2 922,87	883,75	85,70	141,27	204,76	4 059	370,91	69,76	28,06	264,0
1979	471,73	3 128,86	949,68	88,92	153,29	219,92	4 288	414,15	71,48	30,20	286,8
1980	498,73	3 207,20	975,33	88,72	139,98	223,24	4 386	435,69	75,11	35,38	313,1
1981	540,12	3 289,60	1 011,19	88,06	151,10	226,69	4 754	456,93	78,72	40,38	318,6
1982	559,64	3 332,30	994,13	88,80	147,41	226,65	4 981	469,26	76,47	41,97	289,9
1983	554,12	3 423,40	1 030,80	90,59	150,85	234,62	5 486	484,23	77,28	42,74	279,3
1984	601,64	3 605,60	1 102,90	96,53	163,69	251,97	6 129	513,71	82,19	49,07	298,7
1985	644,66	3 644,90	1 123,93	102,21	169,00	265,54	6 297	549,13	89,02	52,20	302,1
1986	645,24	3 850,30	1 107,64	107,05	173,16	273,27	6 417	534,25	89,35	49,40	322,0
1987	651,31	4 103,70	1 141,45	113,09	180,86	282,84	6 807	546,92	90,85	51,67	355,6
1988	689,62	4 456,40	1 233,73	113,15	191,13	304,81	7 163	596,26	96,12	57,21	411,9
1989	768,59	4 783,10	1 360,03	117,93	207,86	323,89	7 375	657,07	100,92	65,76	461,0
1990	854,05	5 005,20	1 435,41	123,81	224,15	338,68	7 620	710,01	103,96	72,81	498,3
1991	962,25	5 205,40	1 492,59	124,39	222,40	353,25	8 260	757,29	103,29	76,50	527,0

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 285. — [2]) Ab 1988 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen von der übrigen Welt. — [4]) Früheres Bundesgebiet.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

noch Tabelle 10*

Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr[2])	Bundesrepublik Deutschland[3])[4])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan[1])[3])	Vereinigte Staaten[3])
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
	in jeweiligen Preisen										
1960	52,75	218,80	37,36	5,55	3,25	20,39	51	40,76	11,06	1,71	22,8
1961	56,07	240,60	40,01	5,51	3,61	21,28	73	42,82	13,33	2,20	22,7
1962	61,96	262,40	43,87	5,61	4,17	22,45	100	45,09	14,89	2,15	25,0
1963	66,42	296,60	50,60	6,03	5,18	24,99	126	49,83	16,05	2,61	26,1
1964	73,96	333,20	58,75	6,82	5,00	29,39	146	56,19	17,80	3,04	28,1
1965	86,86	355,70	60,94	6,97	5,13	31,35	195	63,32	18,00	3,20	31,5
1966	91,00	403,40	69,51	7,26	5,96	33,80	232	71,09	19,16	3,67	37,1
1967	89,07	411,90	74,27	7,85	6,81	35,63	230	73,77	20,13	4,47	39,9
1968	100,47	462,70	82,92	9,38	7,23	39,12	276	79,58	21,98	5,09	46,6
1969	119,76	551,20	103,96	9,93	8,74	46,14	329	91,01	25,61	5,99	50,5
1970	138,80	623,70	121,24	11,10	10,49	56,41	370	113,07	31,25	7,49	55,8
1971	152,88	668,30	135,61	12,16	11,30	62,43	394	125,66	33,65	7,81	62,3
1972	163,73	735,30	154,88	13,74	13,00	65,15	496	143,71	36,81	8,24	74,2
1973	185,57	937,20	188,73	18,95	18,12	77,76	640	163,89	41,67	12,08	91,2
1974	232,38	1 248,10	282,71	27,15	29,09	102,31	979	206,29	48,65	20,69	127,5
1975	238,43	1 211,00	262,25	28,80	27,88	102,34	1 036	204,81	40,03	20,35	122,7
1976	277,80	1 446,00	345,44	36,64	39,86	119,93	1 307	247,34	43,01	22,66	151,1
1977	295,61	1 561,80	390,53	42,38	46,55	127,40	1 509	278,40	49,69	22,61	182,4
1978	302,96	1 620,90	416,41	45,37	52,49	133,23	1 607	280,43	49,53	20,48	212,3
1979	359,93	1 923,50	512,12	54,35	70,29	156,69	1 911	331,59	56,83	29,63	252,7
1980	422,15	2 257,80	638,79	57,61	93,52	178,62	2 735	385,66	68,59	37,93	293,9
1981	464,75	2 497,00	744,75	60,39	115,29	192,24	3 394	418,47	70,92	40,31	317,7
1982	477,34	2 833,50	859,54	67,76	128,56	196,83	3 988	412,44	68,66	42,36	303,2
1983	481,57	3 004,30	907,39	77,53	132,93	205,21	4 820	433,93	71,85	38,16	328,1
1984	530,13	3 429,00	1 024,97	92,67	163,88	227,75	5 313	495,72	81,16	41,31	405,1
1985	569,47	3 525,90	1 092,62	98,87	184,29	245,50	5 863	546,81	88,07	40,16	417,6
1986	526,30	3 327,20	1 021,79	101,07	163,57	213,01	5 729	509,80	86,38	28,90	451,7
1987	525,04	3 452,30	1 094,35	111,87	179,44	213,31	6 942	519,83	88,42	30,75	507,1
1988	566,14	3 826,00	1 217,60	124,88	199,78	226,75	8 017	578,65	96,79	36,89	552,2
1989	643,49	4 435,39	1 402,30	142,70	233,86	255,94	9 623	649,42	111,08	48,68	587,7
1990	718,68	4 570,70	1 470,30	147,76	255,81	262,13	10 254	701,96	113,42	58,46	625,9
1991	827,21	4 748,95	1 506,60	140,66	262,87	271,96	11 171	772,46	112,14	55,11	620,0
	in Preisen von 1985										
1960	127,95	909,25	228,74	37,74	36,71	58,25	483	105,40	21,56	5,55	88,3
1961	139,05	974,69	244,61	37,47	41,82	61,98	677	108,32	25,85	7,02	87,5
1962	153,27	1 054,68	261,03	38,26	48,17	65,98	911	113,37	28,55	6,99	96,9
1963	160,45	1 145,90	297,79	39,86	58,73	72,46	1 125	124,20	29,93	8,33	98,9
1964	175,37	1 247,37	342,81	44,03	54,86	83,22	1 272	137,70	32,53	9,52	103,7
1965	200,08	1 329,33	350,52	44,41	55,93	88,31	1 693	152,23	32,54	10,05	114,4
1966	205,44	1 461,21	387,53	45,49	63,91	94,53	2 015	168,04	33,68	11,25	132,0
1967	204,38	1 484,35	419,64	48,63	72,60	100,53	1 948	171,84	35,05	13,71	141,2
1968	230,20	1 658,20	473,77	52,33	76,65	113,62	2 106	184,26	37,96	15,43	163,2
1969	268,76	1 915,01	566,27	54,05	91,49	129,68	2 438	200,88	42,87	17,61	173,8
1970	313,17	2 061,43	601,75	56,67	106,04	148,72	2 608	234,94	48,82	21,44	180,4
1971	339,46	2 136,20	639,82	59,67	108,56	157,82	2 627	249,71	51,86	22,90	190,9
1972	357,05	2 341,31	724,54	65,55	119,17	165,38	3 265	280,05	55,63	25,21	211,5
1973	373,69	2 774,71	827,75	73,05	130,28	183,57	3 809	306,80	59,25	31,31	224,5
1974	380,03	2 897,74	843,66	73,80	133,10	182,02	4 113	327,98	58,67	33,24	219,0
1975	380,98	2 636,27	761,93	68,90	116,28	174,62	4 078	312,74	49,66	29,90	192,7
1976	419,50	2 959,18	894,75	72,22	132,64	192,30	4 476	367,21	56,15	31,59	229,4
1977	437,90	3 100,79	895,76	73,34	134,86	197,85	4 228	389,85	61,34	32,60	252,3
1978	456,48	3 182,71	922,45	76,46	141,35	210,29	4 185	390,23	68,04	34,62	275,7
1979	500,88	3 468,46	1 015,77	83,81	157,87	222,97	4 661	435,80	72,71	39,63	279,3
1980	523,10	3 453,70	1 041,04	80,78	162,45	221,99	4 815	462,83	77,94	37,64	266,3
1981	516,05	3 353,00	1 019,44	78,52	160,56	208,99	4 612	459,32	76,94	39,25	279,3
1982	515,75	3 358,10	1 045,77	82,35	160,11	211,24	4 793	443,99	74,92	38,99	279,3
1983	516,29	3 315,20	1 017,83	87,71	157,90	219,45	4 763	468,59	78,24	36,74	314,3
1984	542,80	3 501,20	1 045,09	96,39	177,32	230,39	4 714	514,99	83,82	40,62	392,9
1985	569,47	3 525,90	1 092,62	98,87	184,29	245,50	5 007	546,81	88,07	40,24	417,6
1986	589,07	3 793,10	1 170,68	105,66	189,63	254,39	5 729	540,42	94,28	40,49	445,3
1987	613,96	4 127,50	1 269,00	113,92	206,46	267,06	6 887	565,66	99,46	44,76	465,8
1988	649,63	4 456,60	1 390,80	127,96	220,96	284,78	7 875	618,64	104,71	54,31	482,9
1989	704,36	4 847,80	1 517,36	137,39	237,68	303,03	9 226	671,43	110,31	66,31	501,0
1990	787,90	5 052,30	1 616,00	138,80	256,33	316,41	9 946	723,95	113,52	74,26	516,1
1991	884,15	5 239,23	1 653,17	134,77	263,76	329,00	10 877	788,01	111,58	72,19	515,5

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 285. — [2]) Ab 1988 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen an die übrige Welt. — [4]) Früheres Bundesgebiet.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 11 *

Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern
Mrd US-Dollar

Jahr	Bundesrepublik Deutschland [1]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Salden der Handelsbilanz [2]						
1965	+ 1,30	+ 0,33	+ 0,68	– 0,73	+ 0,65	– 0,60	– 1,76	– 0,47	– 0,47	+ 1,90	+ 4,95
1966	+ 2,96	+ 0,04	+ 0,06	– 0,30	+ 0,33	– 0,71	– 1,99	– 0,59	– 0,37	+ 2,28	+ 3,82
1967	+ 5,27	+ 0,23	+ 0,33	– 1,64	– 0,02	– 0,59	– 1,78	– 0,47	– 0,32	+ 1,16	+ 3,80
1968	+ 5,69	+ 0,33	+ 0,09	– 1,70	+ 1,05	– 0,35	– 1,58	– 0,45	– 0,16	+ 2,53	+ 0,64
1969	+ 5,18	+ 0,53	– 0,83	– 0,50	+ 0,54	– 0,42	– 1,87	– 0,34	– 0,25	+ 3,70	+ 0,61
1970	+ 5,71	+ 0,55	+ 0,33	– 0,03	– 0,38	– 0,91	– 1,87	– 0,68	– 0,86	+ 3,96	+ 2,60
1971	+ 6,73	+ 0,38	+ 1,10	+ 0,51	+ 0,12	– 0,64	– 1,60	– 0,93	– 1,01	+ 7,79	– 2,26
1972	+ 8,49	+ 0,89	+ 1,27	– 1,85	+ 0,05	+ 0,44	– 2,32	– 1,13	– 1,09	+ 8,97	– 6,42
1973	+15,43	+ 0,98	+ 0,50	– 6,29	– 3,98	+ 0,95	– 3,55	– 1,55	– 1,47	+ 3,69	+ 0,91
1974	+22,54	+ 0,30	– 4,40	–12,24	– 8,49	+ 0,59	– 7,05	– 1,30	– 1,79	+ 1,44	– 5,51
1975	+17,69	– 0,42	+ 1,45	– 7,21	– 1,17	+ 0,90	– 7,39	– 1,95	+ 0,32	+ 5,03	+ 8,91
1976	+16,45	– 0,76	– 4,67	– 7,11	– 4,24	+ 1,34	– 7,33	– 2,56	+ 0,57	+ 9,89	– 9,49
1977	+19,59	– 2,36	– 2,84	– 4,05	– 0,14	– 0,24	– 6,14	– 3,81	+ 0,19	+ 17,31	– 31,10
1978	+24,85	– 2,47	+ 0,75	– 3,05	+ 2,90	– 1,47	– 4,09	– 3,28	+ 0,65	+ 24,60	– 33,95
1979	+17,06	– 4,13	– 2,10	– 7,08	– 0,95	– 1,40	– 5,66	– 4,26	– 1,68	+ 1,84	– 27,54
1980	+10,15	– 5,00	–13,03	+ 3,15	–16,92	– 1,41	–11,69	– 6,28	– 4,96	+ 2,12	– 25,48
1981	+17,43	– 4,06	–10,12	+ 6,53	–11,66	+ 3,80	–10,03	– 4,51	– 2,48	+ 19,97	– 27,98
1982	+26,10	– 2,89	–15,54	+ 3,34	– 8,84	+ 4,81	– 9,26	– 3,27	– 1,31	+ 18,08	– 36,44
1983	+22,34	– 1,22	– 8,21	– 2,33	– 2,45	+ 4,31	– 7,59	– 3,46	– 2,26	+ 31,45	– 67,08
1984	+23,10	– 0,84	– 4,11	– 7,10	– 5,84	+ 5,52	– 4,28	– 3,42	– 2,30	+ 44,26	–112,52
1985	+28,77	– 0,19	– 5,36	– 4,29	– 6,25	+ 5,38	– 4,19	– 3,32	– 1,97	+ 55,99	–122,15
1986	+56,14	+ 1,15	– 2,76	–14,01	+ 4,21	+ 7,20	– 6,45	– 3,92	– 1,99	+ 92,83	–145,06
1987	+70,53	+ 0,79	– 9,24	–18,94	– 0,30	+ 5,15	–12,84	– 4,86	– 3,11	+ 96,39	–159,50
1988	+79,92	+ 1,88	– 8,47	–38,46	– 1,15	+ 8,46	–18,00	– 4,90	– 3,19	+ 95,01	–126,99
1989	+77,87	+ 1,15	–10,07	–40,23	– 2,15	+ 8,14	–24,56	– 5,50	– 4,13	+ 76,92	–115,92
1990	+73,08	+ 0,77	–12,80	–33,04	+ 0,40	+10,28	–29,50	– 6,88	– 3,24	+ 63,53	–108,80
1991	+24,30	– 0,20	– 8,70	–18,20	– 0,70	+12,21	–30,49	– 7,70	– 2,20	+103,00	– 73,40
					Salden der Leistungsbilanz						
1965	– 1,56	+ 0,40	+ 0,35	– 0,22	+ 2,21	+ 0,05	– 0,49	– 0,04	– 0,07	+ 0,93	+ 5,43
1966	+ 0,12	+ 0,06	– 0,26	+ 0,36	+ 2,12	– 0,21	– 0,56	– 0,19	+ 0,12	+ 1,25	+ 3,03
1967	+ 2,51	+ 0,30	+ 0,21	– 0,77	+ 1,60	– 0,07	– 0,46	– 0,12	+ 0,24	– 0,19	+ 2,58
1968	+ 2,97	+ 0,40	– 0,86	– 0,63	+ 2,63	+ 0,07	– 0,24	– 0,10	+ 0,54	+ 1,05	+ 0,61
1969	+ 1,91	+ 0,43	– 1,48	+ 1,15	+ 2,34	+ 0,07	– 0,39	+ 0,09	+ 0,53	+ 2,12	+ 0,40
1970	+ 0,87	+ 0,69	+ 0,07	+ 1,97	+ 0,77	– 0,49	+ 0,01	– 0,08	+ 0,07	+ 1,97	+ 2,33
1971	+ 0,96	+ 0,67	+ 0,53	+ 2,72	+ 1,58	– 0,11	+ 0,86	– 0,09	+ 0,08	+ 5,80	– 1,43
1972	+ 1,20	+ 1,31	+ 0,28	+ 0,51	+ 2,00	+ 1,37	+ 0,57	– 0,16	+ 0,22	+ 6,62	– 5,80
1973	+ 5,02	+ 1,33	+ 1,48	– 2,44	– 2,53	+ 2,41	+ 0,56	– 0,29	+ 0,27	– 0,14	+ 7,15
1974	+10,55	+ 0,76	– 3,91	– 7,45	– 8,02	+ 2,29	– 3,24	– 0,20	+ 0,19	– 4,69	+ 1,96
1975	+ 4,33	+ 0,16	+ 2,65	– 3,33	– 0,58	+ 2,13	– 3,49	– 0,23	+ 2,57	– 0,68	+ 18,13
1976	+ 3,70	+ 0,39	– 3,44	– 1,69	– 2,82	+ 2,66	– 4,30	– 1,10	+ 3,37	+ 3,68	+ 4,21
1977	+ 4,01	– 0,55	– 0,44	– 0,26	+ 2,47	+ 0,61	– 1,90	– 2,18	+ 3,48	+ 10,92	– 14,51
1978	+ 8,90	– 0,84	+ 7,00	+ 2,15	+ 6,20	– 1,60	+ 1,57	– 0,69	+ 4,41	+ 16,54	– 15,43
1979	– 5,41	– 3,06	+ 5,20	– 0,96	+ 5,89	– 2,28	+ 1,13	– 1,12	+ 2,42	– 8,76	– 1,00
1980	–13,83	– 4,94	– 4,14	+ 6,61	– 9,78	– 2,90	– 5,13	– 1,65	– 0,55	– 10,75	+ 1,12
1981	– 3,55	– 4,19	– 4,67	+13,56	– 8,94	+ 2,70	– 4,82	– 1,35	+ 2,79	+ 4,77	+ 6,89
1982	+ 5,11	– 2,41	–12,24	+ 8,12	– 5,66	+ 4,23	– 4,24	+ 0,71	+ 4,05	+ 6,85	– 5,86
1983	+ 5,30	– 0,43	– 4,78	+ 5,71	+ 1,69	+ 3,92	– 2,54	+ 0,22	+ 3,85	+ 20,80	– 40,14
1984	+ 9,81	– 0,04	– 1,16	+ 2,41	– 2,31	+ 4,87	+ 2,03	– 0,20	+ 4,37	+ 35,00	– 99,01
1985	+16,42	+ 0,69	– 0,23	+ 3,69	– 3,58	+ 5,06	+ 2,74	– 0,12	+ 5,04	+ 49,17	–122,34
1986	+39,50	+ 3,11	+ 1,95	– 0,27	+ 2,44	+ 4,85	+ 3,92	+ 0,24	+ 6,87	+ 85,85	–145,39
1987	+45,88	+ 2,77	– 4,92	– 6,80	– 1,08	+ 2,87	+ 0,01	– 0,21	+ 7,56	+ 87,01	–160,20
1988	+50,65	+ 3,53	– 4,71	–27,61	– 5,78	+ 5,04	– 3,69	– 0,32	+ 9,04	+ 79,63	–126,24
1989	+57,43	+ 3,56	– 5,53	–33,37	–10,62	+ 8,11	–10,93	+ 0,16	+ 7,02	+ 57,16	–106,31
1990	+47,08	+ 3,65	–15,10	–30,20	–14,70	+10,40	–16,86	+ 1,16	+ 8,62	+ 35,76	– 90,40
1991	–19,83	+ 4,50	– 6,50	–11,10	–21,00	+ 9,60	–15,36	– 0,15	+ 9,10	+ 72,90	– 3,70

[1] Bis 1989: Früheres Bundesgebiet, danach Deutschland.
[2] Ausfuhr und Einfuhr: fob (free on board).

Quelle: OECD

Tabelle 12*

Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU)
Währungseinheiten für 1 ECU[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
1960	4,436	52,810	5,215	0,3772	660,13	4,014	63,37	27,461	4,619	380,23	1,056
1961	4,307	53,367	5,270	0,3812	667,08	3,899	64,04	27,751	4,667	384,24	1,067
1962	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	64,13	27,815	4,678	385,13	1,070
1963	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	64,13	27,815	4,678	385,13	1,070
1964	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	64,13	27,815	4,678	385,13	1,070
1965	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	64,13	27,815	4,678	385,13	1,070
1966	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	64,13	27,815	4,678	385,13	1,070
1967	4,259	53,240	5,257	0,3877	665,51	3,855	65,11	27,865	4,656	383,33	1,065
1968	4,116	51,444	5,080	0,4287	643,05	3,725	72,02	26,751	4,499	370,40	1,029
1969	4,026	51,109	5,290	0,4259	638,87	3,700	71,55	26,577	4,470	367,99	1,022
1970	3,741	51,112	5,678	0,4259	638,89	3,700	71,36	26,578	4,470	368,00	1,022
1971	3,646	50,866	5,772	0,4286	647,41	3,658	72,57	26,152	4,332	363,83	1,048
1972	3,577	49,361	5,657	0,4489	654,26	3,600	72,00	25,930	4,284	339,72	1,122
1973	3,276	47,801	5,468	0,5023	716,46	3,429	71,81	24,117	3,900	333,17	1,232
1974	3,084	46,399	5,734	0,5098	775,74	3,202	68,82	22,295	3,553	347,48	1,193
1975	3,049	45,569	5,319	0,5600	809,55	3,135	70,27	21,610	3,203	367,68	1,241
1976	2,815	43,166	5,345	0,6216	930,15	2,955	74,74	20,058	2,795	331,21	1,118
1977	2,648	40,883	5,606	0,6537	1 006,79	2,800	86,82	18,859	2,743	305,81	1,141
1978	2,556	40,061	5,740	0,6639	1 080,22	2,754	97,42	18,502	2,278	267,08	1,274
1979	2,511	40,163	5,829	0,6464	1 138,44	2,749	91,99	18,323	2,279	300,47	1,371
1980	2,524	40,598	5,869	0,5985	1 189,21	2,760	99,70	17,969	2,328	315,04	1,392
1981	2,514	41,295	6,040	0,5531	1 263,18	2,775	102,68	17,715	2,187	245,38	1,116
1982	2,376	44,712	6,431	0,5605	1 323,78	2,614	107,56	16,699	1,986	243,55	0,980
1983	2,271	45,438	6,771	0,5870	1 349,92	2,537	127,50	15,969	1,868	211,35	0,890
1984	2,238	45,442	6,872	0,5906	1 381,38	2,523	126,57	15,735	1,848	187,09	0,789
1985	2,226	44,914	6,795	0,5890	1 447,99	2,511	129,14	15,643	1,856	180,56	0,763
1986	2,128	43,798	6,800	0,6715	1 461,88	2,401	137,45	14,964	1,761	165,00	0,984
1987	2,072	43,041	6,929	0,7046	1 494,91	2,334	142,17	14,545	1,718	166,60	1,154
1988	2,074	43,429	7,036	0,6644	1 537,33	2,335	137,60	14,586	1,728	151,46	1,182
1989	2,070	43,381	7,024	0,6733	1 510,47	2,335	130,41	14,569	1,800	151,94	1,102
1990	2,052	42,426	6,914	0,7139	1 521,98	2,312	129,41	14,440	1,762	183,68	1,273
1991	2,051	42,223	6,973	0,7010	1 533,24	2,311	128,47	14,431	1,772	166,49	1,239
1992 Jan	2,040	42,003	6,957	0,7142	1 537,43	2,297	129,23	14,354	1,812	162,01	1,295
Feb	2,044	42,076	6,959	0,7105	1 535,99	2,301	128,43	14,385	1,839	161,07	1,263
Mär	2,044	42,055	6,938	0,7135	1 535,74	2,300	128,96	14,381	1,855	163,49	1,230
Apr	2,048	42,132	6,926	0,7073	1 541,95	2,305	128,96	14,412	1,884	165,79	1,242
Mai	2,055	42,290	6,908	0,7000	1 546,87	2,313	128,46	14,461	1,890	165,73	1,268
Jun	2,051	42,211	6,904	0,7029	1 551,13	2,311	129,02	14,436	1,858	165,38	1,303
Jul	2,042	42,074	6,892	0,7142	1 547,86	2,303	129,98	14,376	1,827	172,28	1,371
Aug	2,034	41,913	6,902	0,7226	1 545,43	2,293	130,67	14,318	1,822	177,03	1,402
Sep	2,005	41,331	6,822	0,7483	1 616,75	2,258	134,91	14,107	1,767	170,12	1,387

[1]) Die vor 1981 ausgewiesenen Werte beziehen sich auf die Europäische Rechnungseinheit (ERE). Zur Methode der Berechnung siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5, „Die Währungen der Welt".

Tabelle 13*

Amtliche Devisenkurse an
Kassa-Mittel
Telegrafische

Zeitraum	Amsterdam	Brüssel	Dublin[2]	Kopenhagen	Lissabon	London	Madrid[3]	Mailand/ Rom[4]
	100 hfl	100 bfrs	1 Ir£	100 dkr	100 Esc	1 £	100 Ptas	1000 Lit
1960	110,587	8,365	.	60,512	14,589	11,709	.	6,719
1961	110,658	8,069	.	58,266	14,053	11,271	.	6,478
1962	110,974	8,035	.	57,938	13,998	11,225	.	6,441
1963	110,712	7,995	.	57,750	13,915	11,162	6,654	6,414
1964	110,220	7,991	.	57,481	13,836	11,098	6,640	6,367
1965	110,954	8,048	.	57,772	13,928	11,167	6,669	6,394
1966	110,490	8,025	.	57,885	13,930	11,167	6,672	6,404
1967	110,651	8,025	.	57,135	13,871	10,961	6,552	6,389
1968	110,308	7,997	.	53,347	13,946	9,558	5,730	6,406
1969	108,302	7,829	.	52,197	13,784	9,381	5,619	6,257
1970	100,852	7,345	.	48,631	12,772	8,736	5,234	5,816
1971	99,678	7,170	.	47,024	12,439	8,505	5,032	5,630
1972	99,367	7,247	.	45,923	11,845	7,974	4,965	5,467
1973	95,397	6,835	.	44,046	10,929	6,514	4,567	4,569
1974	96,365	6,649	.	42,535	10,267	6,055	4,495	3,985
1975	97,301	6,692	.	42,850	9,682	5,449	4,288	3,769
1976	95,271	6,524	.	41,657	8,386	4,553	3,771	3,042
1977	94,610	6,480	.	38,696	6,112	4,051	3,085	2,632
1978	92,832	6,382	.	36,438	4,602	3,853	2,624	2,368
1979	91,373	6,253	3,760	34,872	3,759	3,888	2,732	2,207
1980	91,459	6,217	3,735	32,245	3,635	4,227	2,536	2,124
1981	90,611	6,090	3,638	31,735	3,677	4,556	2,450	1,992
1982	90,904	5,323	3,446	29,138	3,072	4,242	2,215	1,796
1983	89,503	4,998	3,178	27,926	2,325	3,871	1,783	1,683
1984	88,700	4,926	3,083	27,479	1,942	3,791	1,769	1,620
1985	88,664	4,957	3,113	27,766	1,717	3,785	1,728	1,5394
1986	88,639	4,859	2,906	26,815	1,451	3,184	1,549	1,4557
1987	88,744	4,813	2,671	26,275	1,275	2,941	1,457	1,3862
1988	88,850	4,777	2,675	26,089	1,219	3,124	1,508	1,3495
1989	88,648	4,772	2,665	25,717	1,194	3,081	1,588	1,3707
1990	88,755	4,837	2,673	26,120	1,133	2,877	1,586	1,3487
1991	88,742	4,857	2,671	25,932	1,149	2,926	1,597	1,3377
1987 1. Vj.	88,589	4,825	2,669	26,475	1,298	2,835	1,426	1,4077
2. Vj.	88,711	4,824	2,676	26,554	1,287	2,966	1,431	1,3894
3. Vj.	88,806	4,818	2,676	26,132	1,275	2,973	1,476	1,3820
4. Vj.	88,866	4,787	2,664	25,960	1,239	2,988	1,493	1,3655
1988 1. Vj.	89,033	4,782	2,664	26,108	1,221	3,010	1,483	1,3565
2. Vj.	89,107	4,782	2,676	26,155	1,224	3,143	1,511	1,3463
3. Vj.	88,628	4,773	2,685	26,167	1,223	3,164	1,511	1,3474
4. Vj.	88,657	4,771	2,675	25,925	1,207	3,177	1,526	1,3478
1989 1. Vj.	88,599	4,773	2,671	25,728	1,216	3,233	1,601	1,3637
2. Vj.	88,710	4,777	2,671	25,693	1,207	3,142	1,591	1,3726
3. Vj.	88,689	4,778	2,669	25,735	1,195	3,071	1,596	1,3879
4. Vj.	88,593	4,761	2,649	25,712	1,158	2,873	1,563	1,3570
1990 1. Vj.	88,732	4,792	2,654	25,946	1,134	2,802	1,550	1,3480
2. Vj.	88,870	4,849	2,681	26,246	1,134	2,811	1,599	1,3617
3. Vj.	88,746	4,862	2,683	26,205	1,133	2,966	1,615	1,3539
4. Vj.	88,673	4,846	2,673	26,081	1,133	2,922	1,580	1,3305
1991 1. Vj.	88,718	4,855	2,665	26,003	1,135	2,919	1,598	1,3345
2. Vj.	88,761	4,861	2,675	26,071	1,148	2,960	1,614	1,3473
3. Vj.	88,748	4,857	2,674	25,878	1,164	2,936	1,598	1,3395
4. Vj.	88,743	4,855	2,669	25,779	1,146	2,884	1,579	1,3294
1992 1. Vj.	88,834	4,858	2,666	25,780	1,159	2,866	1,585	1,3296
2. Vj.	88,813	4,860	2,669	25,890	1,192	2,916	1,593	1,3265
3. Vj.	88,722	4,853	2,653	25,906	1,159	2,787	1,538	1,2928

[1] Jahresdurchschnitte aus den täglichen Notierungen, Vierteljahre aus den Monatsdurchschnitten errechnet. Weitere Erläuterungen siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5, „Die Währungen der Welt".
[2] Erstmalige Notierung am 13. März 1979.
[3] Erstmalige Notierung am 18. Februar 1963.

Tabelle 13*

der Frankfurter Börse
kurse in DM[1])
Auszahlung

Montreal	New York	Oslo	Paris	Stockholm	Tokyo[5])	Wien	Zürich	Zeitraum
1 kan$	1 US-$	100 nkr	100 FF	100 skr	100 ¥	100 S	100 sfr	
4,3026	4,1704	58,471	85,047	80,709	.	16,067	96,564	1960
3,9752	4,0221	56,318	82,001	77,848	.	15,511	93,133	1961
3,7412	3,9978	56,015	81,590	77,557	.	15,487	92,461	1962
3,6959	3,9864	55,765	81,350	76,837	.	15,437	92,249	1963
3,6852	3,9748	55,540	81,113	77,171	.	15,390	92,035	1964
3,7054	3,9943	55,868	81,503	77,442	.	15,468	92,309	1965
3,7115	3,9982	55,921	81,377	77,402	.	15,477	92,421	1966
3,6961	3,9866	55,757	81,040	77,237	.	15,431	92,111	1967
3,7054	3,9923	55,895	80,628	77,260	.	15,447	92,507	1968
3,6446	3,9244	54,934	75,815	75,911	1,0305	15,174	91,002	1969
3,4966	3,6463	51,043	65,966	70,324	1,0183	14,107	84,601	1970
3,4459	3,4795	49,588	63,163	68,192	0,9996	13,940	84,578	1971
3,2200	3,1889	48,417	63,238	67,055	1,0534	13,800	83,537	1972
2,6599	2,6590	46,263	59,736	60,959	0,9795	13,645	84,005	1973
2,6486	2,5897	46,859	53,886	58,351	0,8888	13,859	87,010	1974
2,4218	2,4631	47,104	57,411	59,282	0,8301	14,129	95,252	1975
2,5541	2,5173	46,144	52,768	57,803	0,8500	14,039	100,747	1976
2,1860	2,3217	43,634	47,256	51,997	0,8671	14,051	96,843	1977
1,7649	2,0084	38,336	44,582	44,456	0,9626	13,837	112,924	1978
1,5651	1,8330	36,206	43,079	42,766	0,8424	13,712	110,229	1979
1,5542	1,8158	36,784	43,013	42,943	0,8064	14,049	108,478	1980
1,8860	2,2610	39,377	41,640	44,747	1,0255	14,191	115,252	1981
1,9694	2,4287	37,713	36,995	38,894	0,9766	14,227	119,721	1982
2,0738	2,5552	34,991	33,559	33,294	1,0764	14,215	121,614	1983
2,1979	2,8456	34,893	32,570	34,386	1,1974	14,222	121,181	1984
2,1577	2,9424	34,210	32,764	34,160	1,2338	14,230	120,016	1985
1,5619	2,1708	29,379	31,311	30,449	1,2915	14,223	120,918	1986
1,3565	1,7982	26,687	29,900	28,341	1,2436	14,217	120,588	1987
1,4307	1,7584	26,942	29,482	28,650	1,3707	14,222	120,060	1988
1,5889	1,8813	27,230	29,473	29,169	1,3658	14,209	115,042	1989
1,3845	1,6161	25,817	29,680	27,289	1,1183	14,212	116,501	1990
1,4501	1,6612	25,580	29,409	27,421	1,2346	14,211	115,740	1991
1,3743	1,8395	26,148	30,023	28,262	1,2010	14,217	118,981	1987 1. Vj.
1,3549	1,8052	26,905	29,965	28,651	1,2660	14,226	121,166	2. Vj.
1,3913	1,8393	27,324	29,980	28,588	1,2513	14,219	120,584	3. Vj.
1,3016	1,7055	26,339	29,623	27,856	1,2575	14,208	121,679	4. Vj.
1,3219	1,6758	26,334	29,565	27,987	1,3095	14,227	121,927	1988 1. Vj.
1,3895	1,7075	27,284	29,545	28,639	1,3579	14,223	120,377	2. Vj.
1,5309	1,8661	27,299	29,538	29,071	1,3953	14,220	119,345	3. Vj.
1,4727	1,7756	26,852	29,286	28,878	1,4177	14,219	118,687	4. Vj.
1,5525	1,8493	27,494	29,403	29,278	1,4411	14,219	117,117	1989 1. Vj.
1,6207	1,9339	27,599	29,539	29,549	1,4013	14,210	114,031	2. Vj.
1,6276	1,9242	27,340	29,566	29,435	1,3521	14,207	115,936	3. Vj.
1,5510	1,8128	26,464	29,380	28,372	1,2669	14,203	112,822	4. Vj.
1,4298	1,6908	25,878	29,482	27,525	1,1438	14,206	112,340	1990 1. Vj.
1,4332	1,6780	25,861	29,734	27,569	1,0808	14,213	116,312	2. Vj.
1,3812	1,5934	25,894	29,823	27,325	1,0987	14,214	119,262	3. Vj.
1,2919	1,5008	25,621	29,669	26,769	1,1488	14,215	118,037	4. Vj.
1,3243	1,5307	25,582	29,400	26,921	1,1447	14,214	117,089	1991 1. Vj.
1,5091	1,7342	25,669	29,519	27,833	1,2540	14,210	117,597	2. Vj.
1 5244	1,7440	25,598	29,424	27,553	1,2784	14,210	114,836	3. Vj.
1 4360	1,6287	25,465	29,287	27,381	1,2576	14,209	113,406	4. Vj.
1,3754	1,6194	25,480	29,386	27,531	1,2598	14,211	111,299	1992 1. Vj.
1,3511	1,6143	25,579	29,676	27,698	1,2385	14,209	109,273	2. Vj.
1 2182	1,4632	25,267	29,497	27,355	1,1715	14,210	112,289	3. Vj.

[4]) Gemäß Beschluß des Börsenvorstands der Frankfurter Wertpapierbörse wird ab Mai 1985 der Kurs der italienischen Lira mit vier Stellen hinter dem Komma festgestellt.
[5]) Erstmalige Notierung am 1. Dezember 1969.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 14*

Außenwert der D-Mark[1])

Ende 1972 = 100[2])

Zeitraum	Nominaler Außenwert der D-Mark[3]) gegenüber										Realer Außenwert der D-Mark[6])
	US-Dollar	Französischer Franc	Italienische Lira	Pfund Sterling	Holländischer Gulden	Spanische Peseta	Japanischer Yen	Schweizer Franken	am EWS beteiligten Ländern[4])	18 Industrieländern[5])	
1973	121,7	105,3	121,6	116,4	104,0	109,4	106,7	99,7	110,6	110,7	109,4
1974	124,7	117,1	139,4	125,0	103,1	111,4	117,9	96,6	119,1	117,0	108,3
1975	131,3	109,8	147,1	138,8	102,1	116,7	126,3	88,1	121,0	119,2	103,5
1976	128,1	119,7	183,3	167,4	104,3	132,9	123,2	83,3	136,2	126,4	103,7
1977	138,9	133,3	210,7	186,6	105,0	163,9	120,8	86,8	149,8	136,2	105,2
1978	160,7	141,4	234,4	196,4	107,0	190,6	109,4	74,6	159,7	143,3	105,8
1979	175,9	146,2	251,3	194,7	108,7	183,1	125,2	76,2	164,3	150,6	106,1
1980	177,6	146,5	261,0	179,2	108,6	197,2	130,5	77,4	164,4	151,5	100,2
1981	143,1	151,4	278,5	166,2	109,6	204,1	102,1	73,0	166,8	143,1	90,6
1982	132,9	170,4	308,7	178,3	109,3	226,0	107,2	70,1	182,7	150,4	92,0
1983	126,5	187,8	329,4	195,5	111,0	280,4	97,4	69,0	198,0	155,9	92,5
1984	113,6	193,4	342,1	199,6	112,0	282,4	87,4	69,3	203,1	153,8	88,0
1985	110,3	192,3	360,3	200,0	112,0	289,7	84,8	70,0	205,4	154,0	85,5
1986	149,0	201,2	380,7	238,5	112,0	322,8	81,1	69,5	219,4	168,2	90,7
1987	179,5	210,7	399,9	257,2	111,9	343,3	84,2	69,6	228,9	178,9	94,0
1988	183,8	213,7	410,7	242,2	111,8	331,5	76,4	69,9	228,6	177,4	91,4
1989	171,6	213,7	404,5	246,0	112,0	314,8	76,8	73,0	228,2	175,7	89,0
1990	199,9	212,3	411,0	263,1	111,9	315,3	93,7	72,1	230,9	185,5	91,8
1991	194,9	214,2	414,3	258,5	111,9	313,0	85,0	72,5	230,9	183,1	89,6
1986 1. Vj.	137,4	193,4	377,4	223,8	112,1	314,0	83,6	70,7	213,7	163,9	89,6
2. Vj.	143,5	200,4	380,0	223,2	111,9	318,0	79,1	69,7	215,8	165,0	89,4
3. Vj.	154,6	204,8	381,6	243,6	112,0	324,1	78,2	67,9	221,6	169,6	91,1
4. Vj.	160,5	206,3	383,8	263,5	112,2	335,2	83,7	69,6	226,3	174,5	92,7
1987 1. Vj.	175,2	209,8	393,7	266,8	112,1	350,6	87,1	70,5	229,5	179,4	95,1
2. Vj.	178,5	210,2	398,9	254,8	112,0	349,2	82,6	69,3	228,3	178,1	93,9
3. Vj.	175,2	210,1	401,0	254,3	111,8	338,7	83,6	69,6	228,3	177,8	93,1
4. Vj.	189,3	212,7	405,9	253,0	111,8	334,8	83,2	69,0	229,6	180,5	93,9
1988 1. Vj.	192,3	213,1	408,6	251,2	111,5	337,1	79,9	68,8	229,8	180,2	93,8
2. Vj.	188,8	213,2	411,7	240,5	111,5	330,7	77,1	69,7	228,1	178,1	92,1
3. Vj.	172,7	213,3	411,3	239,0	112,1	330,7	75,0	70,3	228,0	175,1	89,8
4. Vj.	181,6	215,1	411,2	238,0	112,0	327,5	73,8	70,7	228,4	176,4	89,9
1989 1. Vj.	174,3	214,2	406,4	233,8	112,1	312,1	72,6	71,7	226,4	174,1	89,1
2. Vj.	166,7	213,3	403,8	240,6	112,0	314,2	74,7	73,6	227,0	173,8	88,4
3. Vj.	167,5	213,0	399,3	246,2	112,0	313,2	77,4	72,4	227,3	174,6	88,1
4. Vj.	177,9	214,4	408,4	263,3	112,1	319,8	82,7	74,4	232,0	180,2	90,5
1990 1. Vj.	190,6	213,6	411,1	269,9	111,9	322,5	91,5	74,7	233,0	185,0	92,7
2. Vj.	192,1	211,9	407,0	269,1	111,8	312,6	96,8	72,2	231,0	185,0	91,8
3. Vj.	202,3	211,2	409,4	254,9	111,9	309,6	95,3	70,4	228,8	185,0	91,1
4. Vj.	214,7	212,3	416,6	258,7	112,0	316,3	91,1	71,1	230,9	187,1	91,7
1991 1. Vj.	210,8	214,3	415,3	259,0	111,9	312,7	91,5	71,7	231,2	186,9	91,3
2. Vj.	185,9	213,4	411,3	255,4	111,9	309,7	83,5	71,4	229,7	180,6	88,0
3. Vj.	184,9	214,1	413,7	257,5	111,9	312,9	81,8	73,1	230,7	180,9	88,7
4. Vj.	198,0	215,1	416,9	262,1	111,9	316,6	83,2	74,0	232,2	184,2	90,1
1992 1. Vj.	199,1	214,4	416,8	263,8	111,8	315,3	83,1	75,4	232,2	184,7	90,8
2. Vj.	199,7	212,3	417,8	259,3	111,8	313,8	84,5	76,8	230,8	184,8	90,8
3. Vj.	220,3	213,6	429,0	271,5	112,0	325,1	89,3	74,7	234,9	190,5	93,6

[1]) Zur Berechnungsmethode siehe „Aktualisierung der Außenwertberechnungen für die D-Mark und fremde Währungen" im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, 41. Jg., Nr. 4, April 1989.

[2]) Für Ende 1972 wurden grundsätzlich die damaligen Leitkurse zugrunde gelegt, für das Pfund Sterling, das irische Pfund und den kanadischen Dollar, deren Wechselkurse freigegeben waren, statt dessen die Marktkurse von Ende 1972.

[3]) Die Indizes für die Ländergruppen wurden als gewogene geometrische Mittel der bilateralen nominalen Außenwerte errechnet.

[4]) Ohne Griechenland, aber einschließlich Italien und Großbritannien (die vorübergehend ab 17. September 1992 nicht am Wechselkursmechanismus teilnehmen). Der gewogene Außenwert wird auch vor dem 13. März 1979 (Inkrafttreten des EWS) und nach dem 17. September 1992 gegenüber den gleichen Währungen ausgewiesen.

[5]) EG-Länder, Finnland, Japan, Kanada, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Vereinigte Staaten.

[6]) Auf Basis der Verbraucherpreise; gewogener Außenwert gegenüber 18 Industrieländern nach Ausschaltung der unterschiedlichen Preissteigerungsraten (geometrische Mittelung).

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 15*

Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern

1985 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland[1]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz[2]	Japan	Vereinigte Staaten
1960	48,1	47,2	41,9	63,7	37,9	35,3	20,3	36,5	52	15,8	40,4
1961	51,1	50,2	44,2	63,7	42,0	36,5	23,3	38,0	55	18,9	40,7
1962	53,2	53,1	46,9	64,3	46,0	38,5	25,7	39,0	58	20,5	44,1
1963	55,0	57,3	52,3	67,1	50,1	40,6	27,9	40,8	61	22,8	46,7
1964	59,3	60,7	55,4	72,4	50,6	44,6	31,5	44,0	63	26,4	49,8
1965	63,0	62,2	56,4	74,8	53,0	47,1	36,6	45,9	66	27,4	54,8
1966	63,2	63,5	59,6	75,8	59,1	49,9	42,2	48,0	68	31,1	59,6
1967	61,6	64,6	61,2	75,9	63,7	51,9	44,7	48,4	70	37,1	60,9
1968	67,4	68,1	63,1	80,2	67,5	58,0	47,9	52,0	74	42,8	64,3
1969	76,3	74,8	70,2	83,0	69,9	64,9	55,3	57,9	80	49,6	67,3
1970	80,8	77,0	74,1	83,3	74,5	71,0	61,1	62,9	87	56,5	65,0
1971	81,5	78,4	78,9	82,9	74,1	75,3	62,9	66,6	89	57,9	65,9
1972	84,5	84,3	83,2	84,4	77,7	78,8	73,0	72,0	91	62,1	72,3
1973	89,8	89,4	88,8	92,0	85,3	84,5	83,9	74,7	96	71,4	78,2
1974	88,3	93,1	91,1	90,2	88,6	88,2	91,8	78,8	97	68,6	77,0
1975	82,8	83,9	84,5	85,3	80,8	84,5	83,7	73,8	85	61,0	70,3
1976	88,5	90,4	91,9	88,2	90,2	91,3	88,0	78,7	85	67,8	76,7
1977	90,8	90,9	93,2	92,7	90,2	91,3	92,7	81,7	90	70,6	82,8
1978	92,5	93,1	95,4	95,4	92,0	92,1	94,8	83,4	90	75,1	87,5
1979	97,2	97,3	99,7	99,1	98,1	95,4	95,5	89,8	92	80,6	90,8
1980	97,2	96,0	101,9	92,5	103,2	94,6	96,7	92,2	97	84,4	89,1
1981	95,4	93,4	100,9	89,5	100,9	92,7	95,7	90,7	96	85,2	90,8
1982	92,3	93,4	100,1	91,0	97,8	89,2	94,6	90,0	93	85,5	86,7
1983	92,9	95,2	99,5	94,7	95,5	90,9	97,2	90,9	92	88,3	89,9
1984	95,7	97,6	99,8	94,8	98,7	95,4	98,0	95,7	95	96,5	98,3
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	102,1	100,8	100,9	102,3	104,1	100,2	103,1	101,1	104	99,8	100,9
1987	102,5	103,0	102,8	105,7	106,8	101,2	107,8	102,1	105	103,3	105,9
1988	106,2	109,7	107,6	109,7	114,2	101,3	111,1	106,6	112	112,8	111,7
1989	111,5	113,4	112,0	109,9	118,7	106,5	116,1	112,9	115	119,7	114,5
1990	117,2	117,7	114,1	109,2	117,9	109,0	116,2	121,2	118	125,4	115,7
1991	120,6	115,3	114,3	106,1	115,4	113,2	115,1	123,4	119	128,2	113,4
1989 1. Vj.	108,9	115,6	116,4	114,0	121,9	113,3	117,6	107,0	113	117,6	113,6
2. Vj.	110,2	116,4	115,7	107,3	124,3	103,2	122,2	115,6	120	118,8	114,5
3. Vj.	107,7	105,3	98,9	103,9	102,7	89,6	104,7	106,0	108	119,4	115,6
4. Vj.	119,1	116,4	116,9	114,4	125,6	119,8	120,0	123,1	119	122,9	114,3
1990 1. Vj.	114,7	123,0	119,3	115,0	124,1	115,0	121,3	117,5	120	120,1	114,3
2. Vj.	114,4	121,3	117,5	109,2	125,0	103,9	120,5	125,1	120	123,2	115,5
3. Vj.	113,7	106,4	102,1	102,2	102,2	94,2	103,5	112,4	111	126,7	118,3
4. Vj.	125,5	120,0	117,5	110,5	120,2	123,1	119,3	129,9	121	131,4	114,5
1991 1. Vj.	120,6	119,2	119,9	111,5	121,9	123,7	116,3	121,2	118	127,3	111,4
2. Vj.	121,1	120,9	117,5	103,1	122,7	109,3	120,0	127,3	120	127,1	112,4
3. Vj.	115,9	103,0	102,1	100,1	97,8	93,5	103,4	114,9	112	128,3	116,0
4. Vj.	124,6	118,2	118,3	109,5	119,3	126,2	120,6	130,2	125	130,0	113,9
1992 1. Vj.	122,0	121,0	120,1	110,5	122,4	125,3	120,0	121,6	118	122,0	112,8
2. Vj.	118,9	124,7	...	102,8	122,1	109,5	117,1	129,0	120	119,8	114,5

[1] Früheres Bundesgebiet.
[2] Ohne die Bereiche: Bergbau; Gewinnung von Steinen und Erden.

Quelle: OECD

Tabelle 16*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1985 = 100

Jahr	Bundesrepublik Deutschland[1]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Verbraucherpreise										
1960	37,1	26,0	17,0	13,2	9,8	26,5	7,6	30,1	35,9	21,1	27,5
1961	39,9	26,2	17,4	13,6	10,0	26,9	7,8	31,2	36,6	22,3	27,8
1962	41,1	26,6	18,3	14,2	10,5	27,5	8,2	32,6	38,2	23,8	28,1
1963	42,4	27,2	19,2	14,5	11,2	28,4	9,0	33,5	39,5	25,6	28,5
1964	43,3	28,3	19,8	15,0	11,9	30,0	9,6	34,8	40,7	26,6	28,8
1965	44,7	29,5	20,4	15,7	12,4	31,8	10,8	36,5	42,1	28,3	29,3
1966	46,3	30,7	20,9	16,3	12,7	33,6	11,5	37,3	44,1	29,8	30,2
1967	47,1	31,6	21,5	16,7	13,2	34,8	12,3	38,8	45,9	30,9	31,0
1968	47,8	32,4	22,5	17,5	13,4	36,1	12,9	39,8	47,0	32,6	32,3
1969	48,8	33,7	23,8	18,4	13,7	38,8	13,1	41,1	48,1	34,3	34,1
1970	50,4	35,0	25,3	19,6	14,4	40,2	13,9	42,9	49,9	36,9	36,1
1971	53,1	36,5	26,6	21,5	15,1	43,2	15,0	44,9	53,2	39,3	37,6
1972	56,0	38,5	28,3	23,0	16,0	46,6	16,3	47,7	56,7	41,2	38,9
1973	59,9	41,2	30,4	25,1	17,7	50,3	18,1	51,3	61,7	46,0	41,3
1974	64,1	46,4	34,5	29,1	21,1	55,1	21,0	56,2	67,7	56,7	45,8
1975	67,9	52,3	38,6	36,1	24,7	60,8	24,5	61,0	72,2	63,3	50,0
1976	70,8	57,1	42,3	42,1	28,8	66,3	28,2	65,4	73,5	69,3	52,9
1977	73,4	61,1	46,3	48,8	33,7	70,5	35,1	69,0	74,4	74,9	56,3
1978	75,4	63,9	50,5	52,8	37,8	73,4	42,0	71,5	75,2	78,1	60,6
1979	78,5	66,7	55,9	59,9	43,4	76,5	48,6	74,1	77,9	81,0	67,5
1980	82,8	71,2	63,3	70,7	52,5	81,5	56,2	78,8	81,1	87,2	76,6
1981	88,0	76,6	71,8	79,1	61,9	87,0	64,4	84,2	86,3	91,6	84,5
1982	92,6	83,3	80,3	85,9	72,1	92,1	73,6	88,8	91,2	94,1	89,7
1983	95,7	89,7	88,0	89,8	82,7	94,7	82,6	91,7	93,9	95,8	92,6
1984	98,0	95,4	94,6	94,3	91,6	97,8	91,9	96,9	96,7	98,0	96,6
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,9	101,3	102,5	103,4	105,8	100,1	108,8	101,7	100,8	100,6	101,9
1987	100,1	102,9	105,9	107,7	110,8	99,4	114,5	103,1	102,2	100,7	105,7
1988	101,4	104,1	108,8	113,0	116,5	100,1	120,0	105,1	104,1	101,4	109,9
1989	104,2	107,3	112,6	121,8	123,8	101,2	128,2	107,8	107,4	103,7	115,2
1990	107,0	111,0	116,4	133,4	131,7	103,7	136,8	111,3	113,2	106,9	121,4
1991	110,7	114,6	120,0	141,2	140,1	107,7	144,9	115,0	119,8	110,4	126,6
	Erzeuger-/Großhandelspreise[2]										
1960	43,8	37,5	21,5	14,9	10,7	37,7	11,7	38,4	51,8	42,8	30,7
1961	44,3	37,5	22,1	15,3	10,8	37,7	12,0	39,2	51,8	43,2	30,6
1962	44,7	37,8	22,3	15,7	11,1	37,8	12,6	41,3	53,6	42,5	30,7
1963	45,0	38,7	22,9	15,8	11,6	38,7	13,8	40,6	55,7	43,3	30,6
1964	45,5	40,5	23,7	16,3	12,0	41,1	13,5	42,8	56,4	43,3	30,7
1965	46,6	40,9	23,9	16,9	12,2	42,2	14,8	44,4	56,7	43,7	31,3
1966	47,4	41,9	24,6	17,4	12,5	44,4	15,2	44,7	57,8	44,7	32,3
1967	46,9	41,4	24,3	17,6	12,4	44,8	15,3	45,8	58,0	45,5	32,4
1968	46,6	41,5	23,9	18,3	12,5	45,6	15,6	46,2	58,0	45,9	33,2
1969	47,5	43,6	26,5	19,0	12,9	44,5	16,0	47,4	59,7	46,9	34,5
1970	49,8	45,7	28,5	20,2	13,9	46,6	16,3	49,6	62,2	48,6	35,7
1971	51,9	45,4	29,1	22,0	14,4	48,6	17,2	52,2	63,5	48,2	36,9
1972	53,3	47,3	30,4	23,2	14,9	51,2	18,4	54,2	65,9	48,6	38,6
1973	56,8	53,1	34,9	24,9	17,6	54,6	20,3	54,9	72,9	56,3	43,6
1974	64,4	62,0	45,1	30,8	24,8	59,9	23,9	63,2	84,6	74,0	51,8
1975	67,4	62,8	42,5	37,9	26,9	63,9	26,1	67,2	82,7	76,2	56,6
1976	69,9	67,2	45,6	44,0	33,1	68,9	29,6	71,2	82,2	80,1	59,3
1977	71,9	68,8	48,2	52,0	38,6	73,0	35,6	73,3	82,4	81,6	62,9
1978	72,7	67,5	50,3	57,1	41,8	73,9	41,4	74,0	79,6	79,5	67,8
1979	76,2	71,8	57,0	63,3	48,3	75,9	47,4	77,1	82,6	85,3	76,3
1980	81,9	65,6	65,0	72,2	57,9	82,1	55,7	83,8	86,9	100,5	87,1
1981	88,3	74,8	72,6	79,1	67,6	88,1	64,4	90,5	91,9	101,9	95,0
1982	93,5	84,9	80,8	85,2	76,9	93,1	72,3	93,4	94,3	103,7	96,9
1983	94,9	90,6	87,9	89,8	84,4	94,3	82,6	94,0	94,7	101,4	98,1
1984	97,6	97,5	95,8	95,0	93,2	98,5	92,6	97,5	97,8	101,1	100,5
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	97,5	88,5	97,2	104,3	99,1	97,3	100,9	94,7	96,1	90,9	97,1
1987	95,1	84,1	97,4	108,4	101,7	96,1	101,8	92,9	94,1	87,5	99,7
1988	96,3	85,5	102,5	113,2	106,5	96,7	104,8	92,6	96,2	86,6	103,7
1989	99,3	91,1	108,1	119,0	113,3	100,0	109,2	94,3	100,4	88,8	108,8
1990	101,0	90,2	106,8	126,0	121,7	101,0	111,6	97,0	101,9	90,6	112,7
1991	103,4	89,3	105,4	133,1	128,0	103,3	113,3	97,8	102,3	90,8	112,9

[1]) Früheres Bundesgebiet. — Quelle: Nationale Veröffentlichungen.

[2]) Erzeugerpreise: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich (bis 1979 für Industriegüter, ab 1980 für Industriehalbwaren), Großbritannien. Großhandelspreise: Belgien, Italien, Niederlande, Österreich, Schweiz, Japan, Vereinigte Staaten.

[3]) Für Österreich und Vereinigte Staaten Index der Ausfuhrpreise und Index der Einfuhrpreise.

[4]) Ab 1988 Durchschnittswerte der Ausfuhr und der Einfuhr: 1988 = 100.

[5]) Italien: Tarifliche Stundenlöhne. — Großbritannien, Österreich, Japan: Bruttomonatsverdienste.

noch Tabelle 16 *

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1985 = 100

Jahr	Bundesrepublik Deutschland[1]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich[3]	Schweiz[4]	Japan	Vereinigte Staaten[3]
	Durchschnittswerte der Ausfuhr										
1970	50,1	37	25,1	18,1	12,4	39	23,1	56,8	62	59,4	34,0
1971	52,1	37	26,5	19,1	13,1	40	27,8	58,7	64	60,6	35,1
1972	53,6	37	26,8	20,2	13,4	40	31,5	59,6	67	59,8	36,3
1973	56,3	40	29,5	22,8	15,9	43	36,3	63,0	69	63,5	42,2
1974	65,6	50	37,1	29,1	22,6	55	38,9	73,4	78	85,2	53,9
1975	71,0	52	39,2	35,6	25,1	57	40,1	76,2	80	87,2	60,3
1976	69,4	55	42,8	42,6	20,6	61	46,1	76,2	80	86,7	62,3
1977	71,1	56	47,0	50,5	36,5	63	51,9	78,5	81	86,9	64,5
1978	71,8	56	49,4	55,3	39,1	61	58,0	78,5	78	82,1	69,0
1979	75,6	61	54,1	61,3	45,8	67	64,5	81,8	81	89,6	78,5
1980	82,8	68	60,1	70,0	55,3	76	68,0	85,9	89	99,8	89,1
1981	88,0	74	67,9	76,2	68,1	88	72,1	91,1	92	102,8	97,3
1982	91,8	84	77,5	81,4	78,6	92	79,0	95,2	95	108,2	98,4
1983	93,0	90	85,4	88,0	84,4	91	83,2	94,9	97	100,9	99,4
1984	93,6	97	95,2	94,9	92,5	98	95,5	98,3	102	100,8	100,8
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	96,8	92	94,7	90,2	95,3	85	96,5	97,7	98	84,6	101,0
1987	94,9	88	94,1	93,8	96,4	77	99,0	95,3	102	79,5	102,7
1988	95,0	90	97,2	94,1	101,2	77	103,3	95,9	100	77,5	109,9
1989	99,3	97	103,0	101,6	107,6	83	108,1	99,0	106,4	82,2	112,8
1990	98,2	94	101,1	107,0	109,9	82	105,8	99,7	107,5	86,1	113,9
1991	97,6	93	100,1	107,3	113,1	81	105,7	...	110,5	85,7	114,8
	Durchschnittswerte der Einfuhr										
1970	41,7	33	23,6	17,7	9,1	37	57,0	51,0	66	37,3	26,0
1971	42,3	34	24,4	18,6	9,6	38	56,8	53,3	67	38,0	27,4
1972	42,5	33	24,7	19,4	9,9	38	70,6	53,5	68	34,9	29,3
1973	45,6	36	26,5	24,7	12,8	41	79,8	55,5	73	38,5	34,8
1974	58,6	45	38,9	35,8	22,0	55	82,2	66,1	87	67,4	51,6
1975	60,3	48	38,2	40,6	23,2	57	81,6	68,6	83	72,8	56,2
1976	61,7	51	42,2	49,6	29,3	61	90,1	70,1	79	74,6	58,0
1977	63,8	52	47,1	57,3	34,0	63	84,3	72,7	84	72,3	62,7
1978	62,0	52	47,6	58,9	35,7	61	81,3	72,6	75	59,3	67,7
1979	69,0	56	52,4	62,9	42,5	69	90,4	76,6	79	77,2	80,7
1980	80,7	65	62,1	69,3	54,8	79	97,5	84,8	96	107,3	101,3
1981	91,8	74	73,6	74,8	70,9	91	91,2	93,6	93	107,8	106,8
1982	92,4	85	82,4	80,7	79,8	93	94,2	93,9	92	112,5	105,1
1983	92,1	91	88,7	88,0	83,6	94	94,4	92,8	93	102,1	100,8
1984	97,5	99	98,0	95,5	93,1	99	93,8	96,3	97	99,5	102,6
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	84,0	86	84,7	95,4	82,3	83	83,3	91,8	90	60,3	96,6
1987	79,6	81	83,6	97,7	81,2	78	80,8	87,8	87	55,7	103,6
1988	85,5	84	86,0	97,0	84,4	77	79,6	87,8	100	52,7	108,6
1989	85,6	90	91,9	104,0	90,9	85	79,6	91,4	108,5	58,6	111,9
1990	83,4	88	90,3	107,9	90,2	82	79,0	91,6	107,7	64,7	115,6
1991	84,8	87	89,6	108,4	89,5	82	77,3	...	107,7	59,4	115,6
	Bruttostundenverdienste in der Industrie[5]										
1970	38,4	22,8	16,0	14,6	8,0	32,7	5,9	28,4	37,9	24,0	35,2
1971	42,6	25,6	17,8	16,3	9,0	36,5	6,7	32,3	41,5	27,6	37,4
1972	46,4	29,2	19,8	18,4	9,8	41,1	7,9	36,0	45,1	31,9	39,9
1973	51,2	34,0	22,6	20,9	12,0	46,6	9,5	40,7	49,2	37,9	42,7
1974	56,5	41,1	27,0	24,6	14,5	54,5	12,0	47,1	54,2	47,4	46,3
1975	61,0	49,4	31,7	31,1	18,5	61,9	15,7	53,4	58,2	55,9	50,6
1976	64,8	54,9	36,2	35,9	22,4	67,4	20,4	58,2	59,1	62,9	54,7
1977	69,4	59,9	40,7	39,6	28,5	72,1	26,5	63,2	70,8	68,8	59,5
1978	73,1	64,1	46,0	45,4	33,2	76,3	33,8	66,8	72,7	73,6	64,7
1979	77,4	69,0	52,0	52,3	39,6	79,8	41,7	70,7	75,2	77,8	70,2
1980	82,5	75,4	59,9	62,1	48,3	83,3	49,0	76,3	79,2	82,3	76,2
1981	87,0	83,0	68,5	70,5	59,9	86,0	61,1	80,9	84,2	86,5	83,8
1982	91,1	88,2	79,0	78,4	70,4	91,8	70,8	85,9	90,3	90,8	89,1
1983	94,1	92,0	87,8	85,2	81,0	94,2	81,4	89,8	93,8	93,7	92,6
1984	96,3	96,5	94,6	90,0	90,0	95,3	90,9	94,3	96,3	96,9	96,3
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	103,5	102,8	103,9	107,9	104,8	101,6	111,0	104,5	103,9	102,9	102,1
1987	107,6	104,8	107,2	116,7	111,6	103,0	119,3	107,8	106,5	105,0	103,9
1988	112,1	105,6	112,5	126,4	118,4	104,3	127,0	111,8	110,4	108,6	106,7
1989	116,5	111,6	114,7	137,9	125,6	105,7	136,3	116,7	114,8	112,1	109,8
1990	122,5	116,4	119,9	150,9	134,7	108,8	148,2	125,1	121,7	116,3	113,6
1991	130,2	122,3	125,1	164,0	147,9	112,7	160,3	131,6	130,7	120,4	117,3
	Anteil am Warenhandel[6] der Bundesrepublik Deutschland in vH										
1986 bis 1991	×	*7,2*	*12,4*	*7,9*	*9,1*	*9,4*	*2,8*	*5,0*	*5,2*	*4,1*	*7,5*

[6] Einfuhr + Ausfuhr.

Quellen: IWF, OECD

Tabelle 17*

Internationale Energiepreise

Zeitraum	Importpreise der IEA-Länder[1][2]		Spotpreise (Rotterdam)[1]				Einfuhrpreise der Bundesrepublik Deutschland auf DM-Basis[3]			
	Erdöl, roh	Kraftwerkskohle	Erdöl, roh[4]	Superkraftstoff	leichtes Heizöl	schweres Heizöl[5]	Erdöl, roh	leichtes Heizöl	Kohle[6]	Erdgas
	US-Dollar je						1985 = 100			
	Barrel	Tonne	Barrel	Tonne						
1973	.	.	2,81	.	.	.	13,8	26,7	35,5	9,9
1974	.	.	10,98	140,17	95,92	69,42	37,4	36,7	55,7	11,9
1975	12,08	.	10,43	128,75	100,00	61,92	35,9	36,1	70,6	21,4
1976	12,93	.	11,63	136,08	106,05	67,08	39,1	39,3	67,5	24,9
1977	13,98	.	12,60	141,83	118,67	76,08	39,2	39,9	66,5	27,5
1978	14,22	.	12,91	170,31	128,63	75,70	34,3	37,1	64,9	34,0
1979	19,96	.	29,19	359,98	310,09	133,63	44,1	71,9	67,8	37,0
1980	32,74	52,20	36,01	369,75	306,00	169,75	72,6	77,1	82,4	48,0
1981	36,37	64,01	34,17	371,08	298,50	183,50	99,0	94,0	105,6	70,9
1982	33,84	64,09	32,86	340,71	289,54	164,55	98,6	99,3	101,9	85,3
1983	29,90	53,96	29,73	298,13	247,88	163,56	92,4	90,9	89,5	78,3
1984	29,00	47,67	28,74	268,22	238,04	178,42	99,9	96,6	94,8	92,1
1985	27,56	48,63	27,62	273,28	240,66	151,73	100,0	100,0	100,0	100,0
1986	14,93	45,70	14,44	170,73	142,17	73,47	43,4	44,6	83,8	71,2
1987	17,95	41,09	18,49	186,28	156,44	98,45	41,0	40,1	69,3	40,0
1988	14,86	44,09	14,94	176,01	134,89	68,35	34,1	33,6	64,9	34,6
1989	17,47	48,45	18,23	207,86	162,23	87,05	42,0	42,8	69,3	35,5
1990	22,15	50,77	23,72	274,14	213,38	99,28	45,9	48,2	70,4	42,1
1991	19,30	49,45	19,99	236,82	201,15	77,27	45,7	47,9	67,0	50,0
1987 1. Vj.	17,03	40,96	18,46	179,03	151,84	95,79	39,3	39,8	72,8	40,1
2. Vj.	18,07	41,50	18,53	201,25	151,63	107,63	41,0	38,9	68,9	40,4
3. Vj.	18,62	40,03	19,11	187,28	161,50	103,88	43,5	42,1	68,2	40,6
4. Vj.	18,01	41,86	17,97	177,63	160,77	87,79	40,2	39,3	67,3	38,8
1988 1. Vj.	16,14	41,97	15,83	166,11	138,11	70,42	34,6	33,3	64,4	38,1
2. Vj.	15,81	43,21	16,21	188,92	144,21	75,93	34,6	34,8	64,4	35,1
3. Vj.	14,50	44,17	14,39	174,27	126,54	66,22	35,5	33,8	64,9	32,7
4. Vj.	13,09	46,84	13,72	175,03	130,68	61,51	31,8	32,6	65,8	32,5
1989 1. Vj.	16,20	45,64	17,52	190,98	147,60	75,34	38,4	38,7	68,4	31,9
2. Vj.	18,32	49,37	18,88	246,38	148,79	89,57	44,6	40,7	69,4	33,8
3. Vj.	17,10	49,12	17,41	200,86	158,01	85,18	42,3	42,3	69,6	36,9
4. Vj.	18,26	49,54	19,21	193,64	194,53	99,88	42,9	49,4	69,9	39,5
1990 1. Vj.	19,43	49,34	19,80	216,40	174,06	87,20	42,1	42,5	70,8	43,4
2. Vj.	15,84	50,65	15,94	218,93	153,81	68,26	35,5	36,9	71,1	44,2
3. Vj.	21,84	51,16	26,73	339,36	231,01	103,61	43,0	49,6	70,3	40,3
4. Vj.	31,78	51,73	32,40	321,89	294,63	138,06	62,8	63,9	69,3	40,5
1991 1. Vj.	21,05	50,18	20,67	243,84	238,79	91,05	46,5	53,9	66,7	49,4
2. Vj.	17,84	48,75	18,80	239,22	180,05	68,91	44,8	44,7	67,1	55,8
3. Vj.	18,45	48,79	19,95	240,04	187,35	68,72	46,0	46,3	67,4	50,0
4. Vj.	19,77	50,14	20,53	224,17	198,41	80,39	45,5	46,9	66,9	44,8
1992 1. Vj.	16,93	...	17,96	198,89	165,61	67,16	39,5	38,7	66,9	42,2
2. Vj.	...	...	...	...	...	...	42,1	40,9	63,6	41,4
3. Vj.	...	...	...	...	...	...	39,8	38,2	60,3	38,8

[1] Quelle: Internationale Energieagentur (IEA).
[2] Durchschnittspreise, cif (cost, insurance, freight).
[3] Index der Einfuhrpreise (1985 = 100). In Anlehnung an das systematische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.
[4] Bis 1981: Arabian light (34°), ab 1982: Brent (38°).
[5] Mit einem Schwefelgehalt von 3 vH.
[6] Steinkohle und Steinkohlenkoks.

Tabelle 18*

Energieverbrauch im internationalen Vergleich

1991

Land	Primärenergieverbrauch								Importquote (1990)	
	insgesamt	je Einheit BIP[1]	je Einwohner	nach Energieträgern						
				Kohle	Mineralöl	Gas	Kernenergie	Wasserkraft und sonstige	insgesamt	von Mineralöl
	in Mio t ÖE[2]	t ÖE[2]		Anteil am Primärenergieverbrauch in vH					in vH[3]	in vH[4]
Australien	87,0	0,47	5,0	42,1	36,6	15,5	0,0	6,1	– 73,7	14,5
Belgien	50,6	0,53	5,1	19,1	40,8	17,7	22,1	0,6	73,7	97,9
Dänemark	20,2	0,31	3,9	39,6	44,9	10,2	0,0	5,6	44,5	26,0
Bundesrepublik Deutschland[5]	345,0	0,43	4,3	32,5	38,6	16,5	11,1	1,2	52,8	94,9
Finnland	29,3	0,48	5,9	14,6	34,7	8,4	17,2	23,0	61,6	100,0
Frankreich	233,0	0,38	4,1	9,1	39,1	12,5	37,3	4,0	53,8	95,8
Griechenland	23,2	0,63	2,3	36,6	59,2	0,3	0,0	3,3	58,9	91,8
Vereinigtes Königreich	215,6	0,41	3,7	29,3	37,7	23,6	8,4	0,4	1,3	– 13,6
Irland	10,4	0,44	3,0	22,8	45,0	18,1	0,0	14,1	70,2	120,5
Italien	157,5	0,32	2,7	8,5	58,7	26,2	0,0	4,7	84,7	97,2
Japan	440,1	0,25	3,5	17,8	56,6	10,4	12,8	2,3	84,2	100,3
Kanada	210,7	0,53	7,8	11,9	34,5	27,2	10,5	16,5	– 28,3	– 19,5
Luxemburg	3,9	0,88	10,1	29,1	54,8	12,7	0,0	1,8	99,4	100,6
Neuseeland	13,4	0,59	3,9	7,8	30,7	31,8	0,0	29,7	15,6	54,5
Niederlande	69,9	0,48	4,6	11,5	36,5	49,2	1,2	0,3	10,2	82,3
Norwegen	21,6	0,33	5,1	3,6	40,9	8,4	0,0	48,4	–448,1	–859,3
Österreich	26,3	0,34	3,4	15,5	45,6	18,9	0,0	19,5	69,8	92,6
Portugal	16,7	0,63	1,7	16,3	72,4	0,0	0,0	11,3	90,4	101,1
Schweden	49,1	0,45	5,7	5,1	29,7	1,1	40,9	23,4	37,2	95,6
Schweiz	25,1	0,24	3,7	1,1	54,3	7,2	23,7	14,5	61,3	99,3
Spanien	89,3	0,42	2,3	22,5	51,4	6,7	16,2	3,2	63,3	98,3
Türkei	52,1	0,72	0,9	30,2	44,1	6,7	0,0	19,1	53,7	88,7
Vereinigte Staaten	1 915,7	0,42	7,6	23,4	38,8	23,9	8,8	4,9	16,3	45,0
Insgesamt	4 105,7	0,39	4,8	21,6	41,7	20,1	10,9	5,5	27,4	56,2

[1] 1 000 US-Dollar Bruttoinlandsprodukt in Preisen und Wechselkursen von 1985.
[2] Öleinheiten (1 kg ÖE = 11,63 kWh).
[3] Anteil der Netto-Importe am Primärenergieverbrauch in vH. Zahlen mit einem vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch in vH.
[4] Netto-Importe von Mineralöl in Relation zum Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH. Zahlen mit einem vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports von Mineralöl am Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH.
[5] Früheres Bundesgebiet.

Quelle: Internationale Energieagentur

Tabelle 19*

Indikatoren für die Welt und für ausgewählte Ländergruppen [1])

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	1974 bis 1983 [2])	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Gesamtproduktion, real [3])									
Welt	2,7	4,4	3,4	3,1	3,4	4,3	3,3	2,3	0,1
Industrieländer	2,1	4,5	3,3	2,8	3,2	4,3	3,3	2,4	0,6
Entwicklungsländer	4,0	4,5	4,5	3,9	4,5	3,8	3,7	3,6	3,2
darunter:									
Osteuropäische Länder [4])	4,1	3,3	2,0	3,1	2,7	4,7	2,0	– 1,5	– 9,7
Reales Wachstum je Einwohner									
Industrieländer	1,4	4,0	2,7	2,2	2,5	3,7	2,6	1,6	0,0
Entwicklungsländer	1,3	2,0	2,1	1,1	2,3	1,5	1,4	1,8	1,3
Verbraucherpreise									
Industrieländer	8,7	4,8	4,1	3,5	3,1	3,4	4,2	4,2	4,1
Entwicklungsländer	25,7	37,8	34,3	28,3	36,4	57,3	70,2	80,2	42,5
Welthandel									
Volumen, insgesamt [5])	3,1	8,3	3,3	4,5	6,2	8,9	6,8	3,9	2,3
Durchschnittswerte [5])									
in US-Dollar	8,9	– 2,2	– 2,2	5,1	10,6	5,2	1,4	8,9	– 1,1
in Sonderziehungsrechten	10,1	2,0	– 1,3	– 9,1	0,4	1,2	6,3	2,9	– 1,9
Ausfuhr, Volumen									
Industrieländer	3,9	9,6	4,0	2,7	4,4	8,3	6,6	5,5	2,9
nachrichtlich:									
G-7-Länder [6])	4,0	9,9	3,7	2,9	3,7	9,0	7,0	5,6	2,7
Europäische Gemeinschaft	3,9	7,8	3,8	3,1	4,6	6,5	6,9	5,1	2,0
Entwicklungsländer	– 0,6	5,5	0,4	6,2	12,7	12,2	7,1	4,9	7,6
Einfuhr, Volumen									
Industrieländer	2,8	12,4	4,8	8,2	6,6	8,4	7,3	4,5	2,4
nachrichtlich:									
G-7-Länder [6])	2,8	14,6	4,4	8,6	5,8	8,6	6,9	4,9	2,8
Europäische Gemeinschaft	2,7	6,3	4,0	8,2	8,7	8,6	7,9	6,2	5,2
Entwicklungsländer	6,3	2,2	– 1,0	– 1,3	7,3	12,0	8,0	5,4	9,3

[1]) Welt: 176 Länder, davon 23 Industrieländer und 130 Entwicklungsländer (darunter 19 ölexportierende Länder) sowie die neue Gruppe von 23 Ländern mit den ehemaligen mittel- und osteuropäischen Staatshandelsländer (7 mittel- und osteuropäische Länder, 16 Länder, die aus der ehemaligen Sowjetunion hervorgegangen sind). Zu den einbezogenen Ländern, zur Klassifikation der jeweiligen Ländergruppe und zur Berechnung der zusammengefaßten Ergebnisse für die jeweiligen Merkmale siehe Statistischer Anhang zu „World Economic Outlook, October 1992" des Internationalen Währungsfonds (IWF).

[2]) Durchschnittlich jährliche Veränderung.

[3]) Bruttoinlandsprodukt, für einige Industrieländer/einige mittel- und osteuropäische Länder Bruttosozialprodukt/„Produziertes Volkseinkommen" (nach dem Material Product Systems — MPS).

[4]) Albanien, Bulgarien, ehemaliges Jugoslawien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn und die Länder der ehemaligen Sowjetunion.

[5]) Durchschnitt aus Ausfuhr und Einfuhr, insgesamt. Nicht enthalten ist der Intrahandel zwischen den Ländern der ehemaligen Sowjetunion.

[6]) Bundesrepublik Deutschland: Früheres Bundesgebiet, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und Vereinigte Staaten.

Quelle: IWF

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland

Soweit nicht bei einzelnen Tabellen etwas anderes vermerkt ist, beziehen sich die Angaben auf das frühere Bundesgebiet und schließen Berlin (West) ein.

Tabelle 20*

Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

Zeitraum[1]	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote[2]	Erwerbstätige (Inländer)[3]			Nachrichtlich	Arbeitslose[6]	Arbeitslosenquote[7]	Offene Stellen[6]
				insgesamt	darunter beschäftigte Arbeitnehmer		Pendlersaldo[5]			
					zusammen	darunter Ausländer[4]				
	Tausend		vH	Tausend					vH	Tausend
				Früheres Bundesgebiet						
1950	46 908	21 577	*46,0*	19 997	13 674	.	–427	1 580	*10,4*	116
1951	47 413	21 952	*46,3*	20 520	14 286	.	–429	1 432	*9,1*	116
1952	47 728	22 289	*46,7*	20 910	14 754	.	–388	1 379	*8,5*	115
1953	48 172	22 684	*47,1*	21 425	15 344	.	–351	1 259	*7,6*	123
1954	48 710	23 216	*47,7*	21 995	15 968	73	–324	1 221	*7,1*	137
1955	49 203	23 758	*48,3*	22 830	16 840	80	–330	928	*5,2*	200
1956	49 797	24 196	*48,6*	23 435	17 483	99	–281	761	*4,2*	219
1957	50 434	24 602	*48,8*	23 940	17 992	108	–257	662	*3,5*	217
1958	51 056	24 807	*48,6*	24 124	18 188	127	–229	683	*3,6*	216
1959	51 634	24 861	*48,1*	24 385	18 511	167	–214	476	*2,5*	280
1960A	52 183	25 034	*48,0*	24 799	19 010	.	–200	235	*1,2*	449
1960	55 433	26 518	*47,8*	26 247	20 257	279	–184	271	*1,3*	465
1961	56 185	26 772	*47,6*	26 591	20 730	507	–165	181	*0,9*	552
1962	56 837	26 845	*47,2*	26 690	21 032	629	–172	155	*0,7*	574
1963	57 389	26 930	*46,9*	26 744	21 261	773	–163	186	*0,9*	555
1964	57 971	26 922	*46,4*	26 753	21 484	902	–149	169	*0,8*	609
1965	58 619	27 034	*46,1*	26 887	21 757	1 119	–132	147	*0,7*	649
1966	59 148	26 962	*45,6*	26 801	21 765	1 244	–128	161	*0,7*	540
1967	59 286	26 409	*44,5*	25 950	21 054	1 014	–146	459	*2,1*	302
1968	59 500	26 291	*44,2*	25 968	21 183	1 019	–142	323	*1,5*	488
1969	60 067	26 535	*44,2*	26 356	21 752	1 366	–128	179	*0,8*	747
1970	60 651	26 817	*44,2*	26 668	22 246	1 807	–108	149	*0,7*	795
1971	61 284	26 957	*44,0*	26 772	22 605	2 128	–104	185	*0,8*	648
1972	61 672	27 121	*44,0*	26 875	22 841	2 285	–101	246	*1,1*	546
1973	61 976	27 433	*44,3*	27 160	23 222	2 498	– 94	273	*1,2*	572
1974	62 054	27 411	*44,2*	26 829	23 036	2 381	– 91	582	*2,5*	315
1975	61 829	27 184	*44,0*	26 110	22 467	2 061	– 90	1 074	*4,6*	236
1976	61 531	27 034	*43,9*	25 974	22 512	1 925	– 92	1 060	*4,5*	235
1977	61 400	27 038	*44,0*	26 008	22 686	1 872	– 89	1 030	*4,3*	231
1978	61 326	27 212	*44,4*	26 219	22 961	1 857	– 89	993	*4,1*	246
1979	61 359	27 528	*44,9*	26 652	23 472	1 924	– 84	876	*3,6*	304
1980	61 566	27 948	*45,4*	27 059	23 897	2 018	– 79	889	*3,6*	308
1981	61 682	28 305	*45,9*	27 033	23 907	1 912	– 82	1 272	*5,1*	208
1982	61 638	28 558	*46,3*	26 725	23 639	1 787	– 95	1 833	*7,2*	105
1983	61 423	28 605	*46,6*	26 347	23 293	1 694	– 96	2 258	*8,8*	76
1984	61 175	28 659	*46,8*	26 393	23 351	1 609[a]	–100	2 266	*8,8*	88
1985	61 024	28 897	*47,4*	26 593	23 559	1 568	–104	2 304	*8,9*	110
1986	61 066	29 188	*47,8*	26 960	23 910	1 570	–104	2 228	*8,5*	154
1987	61 077	29 386	*48,1*	27 157	24 141	1 577	–107	2 229	*8,5*	171
1988	61 449	29 608	*48,2*	27 366	24 365	1 610	–105	2 242	*8,4*	189
1989	62 063	29 799	*48,0*	27 761	24 750	1 678	–103	2 038	*7,6*	251
1990	63 253	30 378	*48,0*	28 495	25 471	1 775	– 8	1 883	*6,9*	314
1991	64 036[b]	30 678	*47,9*	28 989	25 948	1 891	230	1 689	*6,1*	331
1990 1. Hj.	62 980	30 256	*48,0*	28 252	25 236	1 737	– 75	2 004	*7,4*	312
2. Hj.	63 526	30 500	*48,0*	28 738	25 706	1 813	59	1 762	*6,4*	315
1991 1. Hj.	63 863	30 563	*47,9*	28 827	25 795	1 844	171	1 736	*6,3*	331
2. Hj.	64 209[b]	30 793	*48,0*	29 151	26 101	1 938	289	1 642	*5,9*	332
1992 1. Hj.	. . .	30 857	. . .	29 077	26 032	. . .	309	1 780	*6,4*	341
				Neue Bundesländer und Berlin-Ost						
1991	15 915[c]	8 382	*52,7*	7 469	6 979	. . .	–290	913	*11,6*	31
1991 1. Hj.	. . .	8 588	. . .	7 792	7 327	. . .	–250	796	*9,8*	23
2. Hj.	. . .	8 176	. . .	7 146	6 631	. . .	–330	1 030	*13,4*	40
1992 1. Hj.	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	1 213	. . .	34

[1]) Von 1950 bis 1960 A ohne Saarland und Berlin (West). Beschäftigte Ausländer bis 1958 ohne Saarland. Ab 1990 vorläufige Ergebnisse. — [2]) Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung. — [3]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — [4]) Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit). — [5]) Im Inland erwerbstätige Einpendler abzüglich der in der übrigen Welt erwerbstätigen Auspendler. (Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept abzüglich Erwerbstätige nach dem Inländerkonzept.) — [6]) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — [7]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer plus Arbeitslose). [a]) Die Ende Juni 1984 von einer länger als drei Wochen dauernden Aussperrung betroffenen Arbeitnehmer sind nicht enthalten. — [b]) Schätzung. — [c]) Stand: 30. Juni 1991.

Tabelle 21*

Wirtschaftliche Eckdaten für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost

	Stand	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Sachsen	Berlin-Ost	Insgesamt
Fläche								
1 000 km²		23,6	29,1	20,6	16,3	18,3	0,4	108,2
Anteil in vH[1]		6,6	8,1	5,8	4,6	5,1	0,1	30,3
Bevölkerung (in Tausend)								
Insgesamt	30. Juni 1991	1 908,6	2 563,2	2 849,9	2 591,7	4 723,4	1 278,4	15 915,2
Anteil in vH[1]		*2,4*	*3,2*	*3,6*	*3,2*	*5,9*	*1,6*	*19,9*
Männer (vH)		*48,6*	*48,4*	*47,7*	*47,8*	*47,1*	*47,7*	*47,8*
Frauen (vH)		*51,4*	*51,6*	*52,3*	*52,2*	*52,9*	*52,3*	*52,2*
Bevölkerungsveränderung Überschuß der Geborenen/Gestorbenen (-)	1991	– 7,8	–14,0	–18,7	–14,5	–34,7	– 5,1	–94,8
Beschäftigte[2] (in Tausend)	1. Hj. 92							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe		66,1	173,7	223,9	166,8	330,4	56,2	1 017,2
Baugewerbe[3]		40,2	56,7	71,1	53,3	92,1	25,6	339,0
darunter: Bauhauptgewerbe		33,9	48,6	57,2	41,3	70,8	18,8	270,7
Arbeitslosigkeit[4]	Ende Oktober 1992							
Insgesamt (in Tausend)		149,7	173,9	207,6	180,1	298,9	87,3	1 097,5
Arbeitslosenquote (vH)[5]		*15,4*	*14,1*	*14,6*	*14,4*	*12,9*	*12,8*	*13,9*
Kurzarbeiter (in Tausend)	Mitte Oktober 1992	14,3	34,7	51,7	46,9	84,9	7,4	240,0
Personen in	Ende Oktober 1992							
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen[4] (in Tausend)		42,3	54,8	86,5	62,1	95,3	28,6	369,6
beruflicher Weiterbildung (Schätzung der BA) (in Tausend)		61,5	71,5	86,2	88,9	154,9	36,6	499,2
Offene Stellen (Bestand)[4] (in Tausend)		3,1	4,8	5,7	4,7	9,9	3,2	31,5
Gewerbeanzeigen	Januar 1991							
Insgesamt[5]	bis	48 416	76 434	73 346	80 464	141 208	35 852	455 720
Anteile (vH)	September 1992	*10,6*	*16,8*	*16,1*	*17,7*	*31,0*	*7,9*	*100*
Gewerbeabmeldungen								
Insgesamt[6]		19 176	33 198	30 300	34 886	57 717	13 155	188 432
Anteile (vH)		*10,2*	*17,6*	*16,1*	*18,5*	*30,6*	*7,0*	*100*
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten (DM)	Oktober 1991							
Industrie[6], insgesamt		2 403	2 348	2 362	2 162	2 312	2 484	2 323
Industrie[7]		2 270	2 262	2 296	2 068	2 215	2 364	2 230
Hoch- und Tiefbau[8]		3 076	3 037	3 079	3 017	3 177	3 326	3 111
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe		1 983	1 875	1 966	2 078	1 985	...	1 994
Sozialprodukt	1991							
Bruttoinlandsprodukt[9]								
— in jeweiligen Preisen (Mrd DM)		20,6	30,7	33,0	26,3	52,4	20,0	183,0
— Anteile in vH		*11,3*	*16,8*	*18,0*	*14,4*	*28,6*	*10,9*	*100*

[1] An Deutschland
[2] In Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.
[3] Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe.
[4] Quelle: BA.
[5] Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen.
[6] Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.
[7] Ohne Bauindustrie.
[8] Einschließlich Handwerk.
[9] Rechenstand: Frühjahr 1992. — Der derzeitige Berechnungsstand weist das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen mit 186,2 Mrd DM aus.

Tabelle 22*

Sozialprodukt in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost[1])

	1990		1991				1990	1991		1991
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	Jahr
	Verwendung des Sozialprodukts In jeweiligen Preisen Mrd DM									
Privater Verbrauch	42,8	43,0	39,3	46,0	47,9	53,5	85,8	85,3	101,4	186,7
Staatsverbrauch	14,1	24,0	15,3	19,1	21,1	30,8	38,1	34,4	51,8	86,2
Anlageinvestitionen	16,3	17,8	16,8	20,1	22,2	23,9	34,1	36,9	46,1	82,9
Ausrüstungen	5,7	7,3	8,3	9,5	10,3	12,3	13,0	17,7	22,6	40,4
Bauten	10,6	10,5	8,5	10,6	11,9	11,6	21,2	19,1	23,5	42,6
Vorratsveränderung	−3,1	−8,4	4,4	−1,5	1,3	−1,5	−11,5	2,9	−0,2	2,7
Letzte inländische Verwendung	70,1	76,5	75,8	83,7	92,3	106,8	146,5	159,5	199,1	358,5
Außenbeitrag[2])	−18,5	−28,7	−35,7	−39,8	−42,4	−45,3	−47,1	−75,5	−87,7	−163,1
Ausfuhr[3])	15,9	17,9	13,0	14,1	16,7	16,7	33,8	27,1	33,3	60,4
Einfuhr[3])	34,4	46,6	48,7	53,8	59,1	61,9	80,9	102,6	121,0	223,5
Bruttosozialprodukt	51,6	47,8	40,1	43,9	49,9	61,5	99,4	84,0	111,4	195,4
	In Preisen von 1991 Mrd DM									
Privater Verbrauch	47,7	47,5	40,9	47,1	48,2	50,4	95,2	88,0	98,6	186,7
Staatsverbrauch	17,9	27,8	17,7	21,3	21,6	25,6	45,7	39,0	47,2	86,2
Anlageinvestitionen	17,5	18,8	17,3	20,2	22,0	23,4	36,3	37,5	45,4	82,9
Ausrüstungen	5,8	7,5	8,4	9,5	10,2	12,3	13,2	17,9	22,5	40,4
Bauten	11,7	11,4	8,9	10,8	11,8	11,2	23,1	19,7	23,0	42,6
Vorratsveränderung	−5,1	−9,9	3,8	−1,7	1,6	−0,9	−15,0	2,0	0,7	2,7
Letzte inländische Verwendung	77,9	84,2	79,8	86,8	93,5	98,4	162,1	166,6	191,9	358,5
Außenbeitrag[2])	−19,1	−29,7	−36,0	−39,8	−42,4	−44,9	−48,8	−75,8	−87,3	−163,1
Ausfuhr[3])	16,5	18,4	13,3	14,2	16,6	16,4	34,9	27,5	33,0	60,4
Einfuhr[3])	35,6	48,1	49,2	54,0	58,9	61,4	83,7	103,2	120,3	223,5
Bruttosozialprodukt	58,8	54,5	43,8	47,0	51,1	53,5	113,3	90,8	104,6	195,4
	Preisentwicklung 1991 = 100									
Pivater Verbrauch	89,7	90,5	96,1	97,7	99,4	106,2	90,1	96,9	102,8	100
Staatsverbrauch	78,8	86,3	86,4	89,7	97,7	120,3	83,4	88,2	109,7	100
Anlageinvestitionen	93,1	94,7	97,1	99,5	100,9	102,1	93,9	98,4	101,5	100
Ausrüstungen	98,3	97,3	98,8	100,0	101,0	100,0	98,5	98,9	100,4	100
Bauten	90,6	92,1	95,5	98,1	100,8	103,6	91,8	97,0	102,2	100
Letzte inländische Verwendung	90,0	90,9	95,0	96,4	98,7	108,5	90,4	95,7	103,8	100
Ausfuhr[3])	96,4	97,3	97,7	99,3	100,6	101,8	96,8	98,5	100,9	100
Einfuhr[3])	96,6	96,9	99,0	99,6	100,3	100,8	96,7	99,4	100,6	100
Bruttosozialprodukt	87,8	87,7	91,6	93,4	97,7	115,0	87,7	92,5	106,5	100
	Übergang zum Bruttoinlandsprodukt In Preisen von 1991 Mrd DM									
Bruttosozialprodukt	58,8	54,5	43,8	47,0	51,1	53.5	113,3	90,8	104,6	195,4
Saldo über Einkommen aus der übrigen Welt[4])	0,4	1,4	1,3	2,1	2,4	3,4	1,8	3,4	5,8	9,2
Bruttoinlandsprodukt	58,4	53,1	42,5	44,9	48,7	50,1	111,5	87,4	98,8	186,2
	DM									
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	5 900	5 700	5 000	5 700	6 900	8 600	11 600	10 700	15 500	25 900
	Einkommen in jeweiligen Preisen Mrd DM									
Bruttolohn- und -gehaltssumme[5])	32,5	33,7	33,9	35,2	38,9	43,7	66,2	69,1	82,6	151,7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	39,1	46,7	39,5	46,9	52,2	63.3	85,8	86,4	113,5	199,9
	DM									
Bruttolohn- und -gehaltssumme monatlich je beschäftigten Arbeitnehmer[5])	1 290	1 430	1 500	1 650	1 390	2 220	1 360	1 570	2 080	1 810

[1]) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[2]) Ausfuhr minus Einfuhr.
[3]) Von Waren und Dienstleistungen (einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen).
[4]) Von Inländern empfangene abzüglich an die übrige Welt geleistete Erwerbs- und Vermögenseinkommen.
[5]) Inländerkonzept.

Tabelle 23*

Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer im Inland nach Wirtschaftsbereichen

Tausend

Jahr[1]	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[2]	Dienstleistungsunternehmen[3]	Staat	Private Haushalte[4]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Erwerbstätige[5]									
1960	26 063	3 581	12 497	747	9 624	2 126	4 759	2 364	2 098	764
1961	26 426	3 449	12 805	722	9 905	2 178	4 808	2 406	2 228	730
1962	26 518	3 307	12 918	698	9 948	2 272	4 812	2 459	2 348	674
1963	26 581	3 144	12 927	665	9 883	2 379	4 845	2 541	2 444	680
1964	26 604	3 002	12 986	654	9 885	2 447	4 817	2 590	2 540	669
1965	26 755	2 876	13 158	645	10 059	2 454	4 791	2 652	2 628	650
1966	26 673	2 790	13 017	628	9 953	2 436	4 800	2 719	2 706	641
1967	25 804	2 638	12 249	582	9 418	2 249	4 709	2 774	2 777	657
1968	25 826	2 523	12 320	547	9 488	2 285	4 692	2 837	2 803	651
1969	26 228	2 395	12 727	539	9 883	2 305	4 714	2 883	2 859	650
1970	26 560	2 262	12 987	551	10 117	2 319	4 755	2 933	2 978	645
1971	26 668	2 128	12 951	550	10 051	2 350	4 769	3 039	3 113	668
1972	26 774	2 034	12 753	531	9 862	2 360	4 872	3 132	3 264	719
1973	27 066	1 946	12 808	514	9 926	2 368	4 950	3 233	3 373	756
1974	26 738	1 845	12 399	508	9 690	2 201	4 918	3 341	3 483	752
1975	26 020	1 749	11 624	503	9 097	2 024	4 872	3 424	3 583	768
1976	25 882	1 617	11 405	497	8 892	2 016	4 887	3 528	3 644	801
1977	25 919	1 534	11 421	497	8 927	1 997	4 878	3 579	3 678	829
1978	26 130	1 493	11 409	490	8 906	2 013	4 912	3 692	3 764	860
1979	26 568	1 410	11 580	486	9 011	2 083	4 981	3 840	3 863	894
1980	26 980	1 403	11 721	493	9 094	2 134	5 032	3 970	3 929	925
1981	26 951	1 368	11 528	500	8 930	2 098	5 033	4 080	3 991	951
1982	26 630	1 322	11 177	502	8 669	2 006	4 978	4 151	4 025	977
1983	26 251	1 280	10 842	502	8 379	1 961	4 899	4 180	4 054	996
1984	26 293	1 239	10 791	496	8 341	1 954	4 907	4 264	4 066	1 026
1985	26 489	1 196	10 800	492	8 445	1 863	4 919	4 391	4 118	1 065
1986	26 856	1 177	10 912	492	8 580	1 840	4 956	4 518	4 182	1 111
1987	27 050	1 125	10 889	490	8 585	1 814	5 012	4 654	4 226	1 144
1988	27 261	1 078	10 862	483	8 569	1 810	5 079	4 818	4 247	1 177
1989	27 658	1 028	10 997	472	8 692	1 833	5 158	4 992	4 273	1 210
1990	28 487	995	11 318	466	8 940	1 912	5 316	5 291	4 305	1 262
1991	29 219	963	11 489	460	9 088	1 941	5 545	5 588	4 311	1 323
	Beschäftigte Arbeitnehmer[5]									
1960	20 073	491	11 509	746	8 855	1 908	3 615	1 596	2 098	764
1961	20 565	452	11 845	721	9 164	1 960	3 673	1 637	2 228	730
1962	20 860	421	11 996	697	9 241	2 058	3 720	1 701	2 348	674
1963	21 098	406	12 019	664	9 191	2 164	3 770	1 779	2 444	680
1964	21 335	390	12 116	653	9 228	2 235	3 783	1 837	2 540	669
1965	21 625	369	12 306	644	9 420	2 242	3 775	1 897	2 628	650
1966	21 637	358	12 176	627	9 328	2 221	3 800	1 956	2 706	641
1967	20 908	324	11 423	581	8 811	2 031	3 724	2 003	2 777	657
1968	21 041	302	11 508	546	8 895	2 067	3 720	2 057	2 803	651
1969	21 624	297	11 940	538	9 316	2 086	3 772	2 106	2 859	650
1970	22 138	295	12 224	550	9 575	2 099	3 839	2 157	2 978	645
1971	22 501	284	12 224	549	9 540	2 135	3 935	2 277	3 113	668
1972	22 740	275	12 040	530	9 364	2 146	4 066	2 376	3 264	719
1973	23 128	267	12 114	513	9 444	2 157	4 147	2 471	3 373	756
1974	22 945	259	11 727	507	9 226	1 994	4 140	2 584	3 483	752
1975	22 377	252	10 983	502	8 657	1 824	4 115	2 676	3 583	768
1976	22 420	243	10 783	496	8 475	1 812	4 150	2 799	3 644	801
1977	22 597	248	10 817	496	8 526	1 795	4 169	2 856	3 678	829
1978	22 872	252	10 824	489	8 520	1 815	4 212	2 960	3 764	860
1979	23 388	254	11 000	485	8 627	1 888	4 281	3 096	3 863	894
1980	23 818	254	11 150	492	8 717	1 941	4 336	3 224	3 929	925
1981	23 825	250	10 967	499	8 562	1 906	4 347	3 319	3 991	951
1982	23 544	250	10 624	501	8 310	1 813	4 294	3 374	4 025	977
1983	23 197	249	10 301	501	8 024	1 776	4 207	3 390	4 054	996
1984	23 251	251	10 254	495	7 988	1 771	4 205	3 449	4 066	1 026
1985	23 455	248	10 270	491	8 097	1 682	4 209	3 545	4 118	1 065
1986	23 806	243	10 387	491	8 235	1 661	4 245	3 638	4 182	1 111
1987	24 034	233	10 378	489	8 254	1 635	4 295	3 758	4 226	1 144
1988	24 260	230	10 349	482	8 239	1 628	4 362	3 895	4 247	1 177
1989	24 647	226	10 470	471	8 351	1 648	4 436	4 032	4 273	1 210
1990	25 463	231	10 782	465	8 592	1 725	4 586	4 297	4 305	1 262
1991	26 178	234	10 950	459	8 737	1 754	4 802	4 558	4 311	1 323

[1]) Ab 1990 vorläufige Ergebnisse. — [2]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [3]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungsunternehmen. — [4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — [5]) Inlandskonzept, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Tabelle 24*

Ausländer im Bundesgebiet

An

Staatsangehörigkeit	1986	1987	1988	1989	1990	1991
	Wohnbevölkerung[1])					
Europa	3 824 329	3 644 090	3 846 512	4 103 108	4 389 498	...
Belgien	19 235	17 353	17 854	18 697	20 640	...
Dänemark	13 622	12 072	12 519	13 429	15 208	...
Frankreich	76 686	68 883	71 773	77 602	83 248	88 880
Griechenland	278 506	256 396	274 793	293 649	314 451	336 893
Vereinigtes Königreich	89 984	80 669	83 010	85 748	94 776	99 680
Irland	6 985	7 210	8 360	8 872	10 287	...
Italien	537 067	499 562	508 656	519 548	548 331	560 090
Luxemburg	4 977	4 446	4 542	4 764	5 175	...
Niederlande	108 976	95 690	96 881	101 238	110 970	113 332
Portugal	78 198	69 327	71 068	74 890	84 611	92 991
Spanien	150 493	128 777	126 402	126 963	134 731	135 234
EG-Länder	1 364 729	1 240 385	1 275 858	1 325 400	1 422 428	1 483 766
Ehemaliges Jugoslawien	591 196	551 614	579 073	610 499	652 492	775 082
Österreich	174 563	150 037	155 132	171 093	181 290	186 885
Polen	116 883	120 550	171 514	220 443	241 339	271 198
Schweiz	30 503	25 905	26 703	29 573	30 610	32 970
Tschechoslowakei	29 126	25 731	27 869	31 695	33 555	46 702
Türkei	1 434 255	1 453 708	1 523 678	1 612 623	1 675 911	1 779 586
Ungarn	23 080	21 837	26 568	31 627	35 065	56 401
Übriges Europa	59 994	54 323	60 117	70 155	116 808	...
Afrika	145 083	126 435	136 749	163 579	188 276	...
Ägypten	8 632	7 491	8 091	8 640	9 387	...
Marokko	51 963	47 310	52 069	61 848	67 458	75 145
Übriges Afrika	84 488	71 634	76 589	93 091	111 431	...
Amerika	131 192	113 593	120 680	132 233	141 313	...
Kanada	8 428	7 182	7 413	8 021	8 348	...
Vereinigte Staaten	88 233	75 625	79 604	85 707	90 657	99 712
Übriges Amerika	34 531	30 786	33 663	38 505	42 308	...
Asien	348 035	302 966	330 184	386 444	453 133	...
Indien	28 326	21 420	21 352	23 896	27 519	32 759
Iran	73 023	65 647	73 032	81 331	89 679	97 924
Israel	8 382	7 043	7 384	7 793	8 469	...
Japan	18 367	16 636	18 090	20 094	21 683	25 195
Jordanien	11 138	9 425	9 749	10 384	11 152	...
Pakistan	18 118	15 518	17 137	19 690	23 233	28 157
Übriges Asien	190 681	167 277	183 440	223 256	271 398	...
Australien und Ozeanien	6 358	5 360	5 653	6 164	6 917	...
Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit	57 682	48 088	49 327	54 354	62 664	...
Insgesamt	4 512 679	4 240 532	4 489 105	4 845 882	5 241 801	5 882 267

[1]) Von 1985 bis 1989 und 1991: Stand 31. Dezember; für 1990: Stand 30. September.

Tabelle 24*

nach der Staatsangehörigkeit

zahl

1986	1987	1988	1989	1990	1991	Staatsangehörigkeit
			Beschäftigte[2])			
1 451 935	1 443 022	1 467 034	1 520 488	1 592 792	1 678 493	Europa
7 327	6 879	6 778	6 813	6 785	6 934	Belgien
2 581	2 407	2 421	2 639	2 786	2 906	Dänemark
40 346	38 639	38 581	41 331	42 826	44 541	Frankreich
101 592	100 913	98 759	101 652	105 448	105 233	Griechenland
31 401	32 899	35 047	36 528	38 515	40 396	Vereinigtes Königreich
1 408	1 493	1 707	1 956	2 097	2 318	Irland
193 390	181 696	178 035	178 933	175 148	171 809	Italien
997	969	995	983	947	886	Luxemburg
28 578	26 349	25 843	26 019	25 709	25 758	Niederlande
35 124	35 802	37 196	38 894	41 897	46 294	Portugal
65 936	64 046	63 088	61 555	61 300	60 690	Spanien
508 680	492 092	488 450	497 303	503 458	507 765	EG-Länder
294 807	292 054	295 549	300 934	312 974	325 258	Ehemaliges Jugoslawien
81 478	83 306	86 021	88 701	91 380	93 352	Österreich
14 830	16 786	20 286	25 383	35 106	45 615	Polen
7 631	7 793	7 999	8 245	8 518	8 784	Schweiz
10 042	10 315	10 971	11 586	13 394	20 927	Tschechoslowakei
513 077	518 423	533 766	561 806	594 586	632 324	Türkei
6 828	7 168	7 806	8 781	10 912	13 433	Ungarn
14 562	15 085	16 186	17 749	22 464	31 035	Übriges Europa
34 093	35 279	37 521	40 438	44 683	52 320	Afrika
1 850	1 901	2 035	2 142	2 277	2 608	Ägypten
14 780	15 199	15 896	16 681	17 957	19 520	Marokko
17 463	18 179	19 590	21 615	24 449	30 192	Übriges Afrika
28 071	30 018	32 691	34 798	38 448	42 197	Amerika
1 925	2 014	2 110	2 187	2 286	2 435	Kanada
19 367	20 911	22 880	24 092	26 580	28 980	Vereinigte Staaten
6 779	7 093	7 701	8 519	9 582	10 782	Übriges Amerika
56 171	59 914	67 025	73 921	85 836	103 839	Asien
6 668	6 854	7 249	7 480	7 981	8 788	Indien
4 820	5 507	6 686	8 192	10 209	12 910	Iran
1 731	1 723	1 769	1 858	1 954	2 064	Israel
3 435	3 589	3 476	3 479	4 491	5 188	Japan
2 232	2 238	2 340	2 381	2 536	2 696	Jordanien
3 871	3 876	4 412	4 731	5 195	5 856	Pakistan
33 414	36 127	41 093	45 800	53 470	66 337	Übriges Asien
1 893	1 933	2 084	2 244	2 464	2 807	Australien und Ozeanien
19 384	18 693	17 767	17 410	18 030	18 884	Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit
1 591 547	1 588 859	1 624 122	1 689 299	1 782 253	1 898 540	Insgesamt

[2]) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer jeweils am 30. Juni.

Quelle für Beschäftigte: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 25*

Bruttowertschöpfung nach

Zeitraum [1]	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [2]	Dienstleistungsunternehmen [3]	Staat	Private Haushalte [4]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Mrd DM in jeweiligen Preisen [5]									
1960	302,20	17,66	160,80	15,65	121,86	23,29	55,96	41,13	21,61	5,04
1961	331,14	17,24	177,37	15,70	135,00	26,67	60,38	46,12	24,73	5,30
1962	359,94	18,79	191,83	16,24	144,99	30,60	66,48	50,42	27,04	5,38
1963	381,52	19,50	200,11	16,81	150,58	32,72	70,77	55,34	30,00	5,80
1964	420,08	19,45	223,37	17,73	167,52	38,12	76,50	61,81	32,79	6,16
1965	459,74	20,01	243,63	18,30	184,89	40,44	82,07	70,05	37,27	6,71
1966	490,63	20,87	254,76	18,94	192,92	42,90	87,81	78,35	41,61	7,23
1967	497,06	20,41	252,20	18,79	193,58	39,83	88,37	84,30	44,12	7,66
1968	509,14	22,19	257,96	19,15	200,66	38,15	84,19	89,67	47,06	8,07
1969	567,91	23,49	290,36	19,82	229,59	40,95	90,32	101,48	53,28	8,98
1970	645,91	21,78	333,72	22,72	259,45	51,55	103,47	114,39	62,56	9,99
1971	717,53	22,81	360,18	23,93	277,21	59,04	115,52	132,71	74,56	11,75
1972	788,90	24,84	386,61	26,01	295,65	64,95	128,41	151,64	83,73	13,67
1973	882,85	26,77	429,96	29,09	332,58	68,29	140,04	172,61	97,33	16,14
1974	954,43	26,18	454,12	33,08	354,32	66,72	147,30	195,78	112,94	18,11
1975	995,92	28,66	453,08	37,31	352,54	63,23	154,95	216,65	122,86	19,72
1976	1 085,88	31,28	497,48	41,70	387,27	68,51	170,28	235,30	129,81	21,73
1977	1 158,86	32,01	526,03	41,62	411,48	72,93	182,08	255,96	138,75	24,03
1978	1 239,68	32,38	558,39	43,87	435,35	79,17	194,86	279,69	148,22	26,14
1979	1 337,92	31,12	602,79	46,48	467,08	89,23	211,58	304,87	159,07	28,49
1980	1 415,93	30,52	624,78	48,64	476,25	99,89	218,68	338,25	172,39	31,31
1981	1 483,44	32,11	637,83	52,30	485,71	99,82	224,84	371,06	183,69	33,91
1982	1 545,73	36,62	650,40	57,97	496,01	96,42	230,99	402,04	189,59	36,09
1983	1 624,81	33,23	679,72	61,25	519,42	99,05	241,64	436,38	195,74	38,10
1984	1 702,58	34,46	706,30	63,98	542,60	99,72	256,04	465,84	199,95	39,99
1985	1 774,34	31,92	740,19	66,53	578,85	94,81	261,46	490,83	207,26	42,68
1986	1 874,08	34,00	786,48	65,91	620,44	100,13	269,58	520,48	217,12	46,42
1987	1 928,49	30,24	795,04	68,67	624,69	101,68	279,54	548,57	225,82	49,28
1988	2 031,50	33,72	826,76	67,84	652,67	106,25	294,66	592,83	231,86	51,67
1989	2 151,94	37,21	869,97	69,30	686,01	114,66	311,25	640,95	238,64	53,92
1990	2 335,15	37,36	935,46	69,93	738,45	127,08	346,32	704,58	253,20	58,23
1991	2 520,97	32,83	983,59	72,18	769,91	141,50	373,91	795,51	270,83	64,30
1992 1. Hj.	1 294,40	7,30	506,94	37,51	393,77	75,66	188,10	429,59	131,08	31,39
	Anteil in vH									
1960	*100*	*5,8*	*53,2*	*5,2*	*40,3*	*7,7*	*18,5*	*13,6*	*7,2*	*1,7*
1961	*100*	*5,2*	*53,6*	*4,7*	*40,8*	*8,1*	*18,2*	*13,9*	*7,5*	*1,6*
1962	*100*	*5,2*	*53,3*	*4,5*	*40,3*	*8,5*	*18,5*	*14,0*	*7,5*	*1,5*
1963	*100*	*5,1*	*52,5*	*4,4*	*39,5*	*8,6*	*18,5*	*14,5*	*7,9*	*1,5*
1964	*100*	*4,6*	*53,2*	*4,2*	*39,9*	*9,1*	*18,2*	*14,7*	*7,8*	*1,5*
1965	*100*	*4,4*	*53,0*	*4,0*	*40,2*	*8,8*	*17,9*	*15,2*	*8,1*	*1,5*
1966	*100*	*4,3*	*51,9*	*3,9*	*39,3*	*8,7*	*17,9*	*16,0*	*8,5*	*1,5*
1967	*100*	*4,1*	*50,7*	*3,8*	*38,9*	*8,0*	*17,8*	*17,0*	*8,9*	*1,5*
1968	*100*	*4,4*	*50,7*	*3,8*	*39,4*	*7,5*	*16,5*	*17,6*	*9,2*	*1,6*
1969	*100*	*4,1*	*51,1*	*3,5*	*40,4*	*7,2*	*15,9*	*17,9*	*9,4*	*1,6*
1970	*100*	*3,4*	*51,7*	*3,5*	*40,2*	*8,0*	*16,0*	*17,7*	*9,7*	*1,5*
1971	*100*	*3,2*	*50,2*	*3,3*	*38,6*	*8,2*	*16,1*	*18,5*	*10,4*	*1,6*
1972	*100*	*3,1*	*49,0*	*3,3*	*37,5*	*8,2*	*16,3*	*19,2*	*10,6*	*1,7*
1973	*100*	*3,0*	*48,7*	*3,3*	*37,7*	*7,7*	*15,9*	*19,6*	*11,0*	*1,8*
1974	*100*	*2,7*	*47,6*	*3,5*	*37,1*	*7,0*	*15,4*	*20,5*	*11,8*	*1,9*
1975	*100*	*2,9*	*45,5*	*3,7*	*35,4*	*6,3*	*15,6*	*21,8*	*12,3*	*2,0*
1976	*100*	*2,9*	*45,8*	*3,8*	*35,7*	*6,3*	*15,7*	*21,7*	*12,0*	*2,0*
1977	*100*	*2,8*	*45,4*	*3,6*	*35,5*	*6,3*	*15,7*	*22,1*	*12,0*	*2,1*
1978	*100*	*2,6*	*45,0*	*3,5*	*35,1*	*6,4*	*15,7*	*22,6*	*12,0*	*2,1*
1979	*100*	*2,3*	*45,1*	*3,5*	*34,9*	*6,7*	*15,8*	*22,8*	*11,9*	*2,1*
1980	*100*	*2,2*	*44,1*	*3,4*	*33,6*	*7,1*	*15,4*	*23,9*	*12,2*	*2,2*
1981	*100*	*2,2*	*43,0*	*3,5*	*32,7*	*6,7*	*15,2*	*25,0*	*12,4*	*2,3*
1982	*100*	*2,4*	*42,1*	*3,8*	*32,1*	*6,2*	*14,9*	*26,0*	*12,3*	*2,3*
1983	*100*	*2,0*	*41,8*	*3,8*	*32,0*	*6,1*	*14,9*	*26,9*	*12,0*	*2,3*
1984	*100*	*2,0*	*41,5*	*3,8*	*31,9*	*5,9*	*15,0*	*27,4*	*11,7*	*2,3*
1985	*100*	*1,8*	*41,7*	*3,7*	*32,6*	*5,3*	*14,7*	*27,7*	*11,7*	*2,4*
1986	*100*	*1,8*	*42,0*	*3,5*	*33,1*	*5,3*	*14,4*	*27,8*	*11,6*	*2,5*
1987	*100*	*1,6*	*41,2*	*3,6*	*32,4*	*5,3*	*14,5*	*28,4*	*11,7*	*2,6*
1988	*100*	*1,7*	*40,7*	*3,3*	*32,1*	*5,2*	*14,5*	*29,2*	*11,4*	*2,5*
1989	*100*	*1,7*	*40,4*	*3,2*	*31,9*	*5,3*	*14,5*	*29,8*	*11,1*	*2,5*
1990	*100*	*1,6*	*40,1*	*3,0*	*31,6*	*5,4*	*14,8*	*30,2*	*10,8*	*2,5*
1991	*100*	*1,3*	*39,0*	*2,9*	*30,5*	*5,6*	*14,8*	*31,6*	*10,7*	*2,6*
1992 1. Hj.	*100*	*0,6*	*39,2*	*2,9*	*30,4*	*5,8*	*14,5*	*33,2*	*10,1*	*2,4*

[1] Ab 1990 vorläufige Ergebnisse. — [2] Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [3] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen.

Tabelle 25*

Wirtschaftsbereichen

Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[2]	Dienstleistungsunternehmen[3]	Staat	Private Haushalte[4]	Zeitraum [1]
		zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe					
				Mrd DM in Preisen von 1985						
811,86	22,38	388,52	45,96	272,78	69,78	115,07	171,66	90,81	23,42	1960
848,77	20,49	407,71	45,62	289,12	72,97	120,74	180,21	96,75	22,87	1961
886,52	21,98	425,67	46,87	302,79	76,01	126,79	187,61	102,53	21,94	1962
912,01	22,70	434,33	47,81	308,77	77,75	130,43	194,86	107,32	22,37	1963
972,04	22,26	472,13	48,26	336,16	87,71	138,77	205,76	110,68	22,44	1964
1 023,93	21,18	500,23	47,35	361,75	91,13	146,68	217,42	115,97	22,45	1965
1 054,74	22,28	510,95	48,43	368,00	94,52	150,06	226,89	121,96	22,60	1966
1 054,81	24,16	495,74	45,41	359,77	90,56	149,60	236,48	125,46	23,37	1967
1 117,45	25,66	533,98	46,92	397,07	89,99	158,52	246,28	129,40	23,61	1968
1 200,91	24,98	585,30	49,89	443,49	91,92	173,60	259,76	133,25	24,02	1969
1 259,48	25,77	616,69	54,90	466,00	95,79	182,63	268,76	141,27	24,36	1970
1 295,21	27,03	626,44	53,75	470,92	101,77	187,78	281,19	147,42	25,35	1971
1 352,39	26,20	648,80	54,09	486,25	108,46	194,41	300,99	154,59	27,40	1972
1 421,83	28,86	684,57	58,01	517,31	109,25	203,35	314,18	161,93	28,94	1973
1 430,84	30,25	673,33	60,44	512,25	100,64	204,21	324,28	169,51	29,26	1974
1 407,66	28,73	638,73	56,05	488,08	94,60	200,75	334,65	174,65	30,15	1975
1 484,07	27,60	684,78	60,58	525,44	98,76	213,65	349,67	176,73	31,64	1976
1 529,49	29,18	696,99	60,96	535,13	100,90	224,02	367,39	179,00	32,91	1977
1 577,91	30,04	710,07	62,30	545,33	102,44	233,04	385,87	184,59	34,30	1978
1 647,05	28,67	743,76	66,11	572,39	105,26	244,14	404,36	190,44	35,68	1979
1 663,50	29,31	735,03	66,88	561,43	106,72	247,05	419,93	195,16	37,02	1980
1 670,72	29,44	723,49	65,49	555,85	102,15	246,73	433,23	199,63	38,20	1981
1 659,67	34,81	698,65	64,02	536,36	98,27	242,82	443,18	200,95	39,26	1982
1 685,30	32,10	707,65	64,03	543,60	100,02	246,77	456,63	202,11	40,04	1983
1 734,22	34,11	725,10	65,19	559,52	100,39	256,97	472,53	204,34	41,17	1984
1 774,34	31,92	740,19	66,53	578,85	94,81	261,46	490,83	207,26	42,68	1985
1 818,07	35,25	749,07	65,83	587,02	96,22	264,84	514,33	210,09	44,49	1986
1 840,14	32,12	738,94	68,81	575,59	94,54	271,83	538,61	212,79	45,85	1987
1 910,75	34,48	758,54	68,35	593,76	96,43	285,32	569,95	215,22	47,24	1988
1 976,44	35,06	783,70	71,11	612,34	100,25	297,50	595,80	215,77	48,61	1989
2 076,39	37,98	814,53	71,27	640,12	103,14	318,69	635,08	219,46	50,65	1990
2 159,11	34,82	834,38	71,80	656,91	105,67	336,46	678,06	222,41	52,98	1991
1 083,24	6,23	418,53	36,56	328,43	53,54	166,42	352,14	112,47	27,45	1992 1. Hj.
				Anteil in vH						
100	*2,8*	*47,9*	*5,7*	*33,6*	*8,6*	*14,2*	*21,1*	*11,2*	*2,9*	1960
100	*2,4*	*48,0*	*5,4*	*34,1*	*8,6*	*14,2*	*21,2*	*11,4*	*2,7*	1961
100	*2,5*	*48,0*	*5,3*	*34,2*	*8,6*	*14,3*	*21,2*	*11,6*	*2,5*	1962
100	*2,5*	*47,6*	*5,2*	*33,9*	*8,5*	*14,3*	*21,4*	*11,8*	*2,5*	1963
100	*2,3*	*48,6*	*5,0*	*34,6*	*9,0*	*14,3*	*21,2*	*11,4*	*2,3*	1964
100	*2,1*	*48,9*	*4,6*	*35,3*	*8,9*	*14,3*	*21,2*	*11,3*	*2,2*	1965
100	*2,1*	*48,4*	*4,6*	*34,9*	*9,0*	*14,2*	*21,5*	*11,6*	*2,1*	1966
100	*2,3*	*47,0*	*4,3*	*34,1*	*8,6*	*14,2*	*22,4*	*11,9*	*2,2*	1967
100	*2,3*	*47,8*	*4,2*	*35,5*	*8,1*	*14,2*	*22,0*	*11,6*	*2,1*	1968
100	*2,1*	*48,7*	*4,2*	*36,9*	*7,7*	*14,5*	*21,6*	*11,1*	*2,0*	1969
100	*2,0*	*49,0*	*4,4*	*37,0*	*7,6*	*14,5*	*21,3*	*11,2*	*1,9*	1970
100	*2,1*	*48,4*	*4,1*	*36,4*	*7,9*	*14,5*	*21,7*	*11,4*	*2,0*	1971
100	*1,9*	*48,0*	*4,0*	*36,0*	*8,0*	*14,4*	*22,3*	*11,4*	*2,0*	1972
100	*2,0*	*48,1*	*4,1*	*36,4*	*7,7*	*14,3*	*22,1*	*11,4*	*2,0*	1973
100	*2,1*	*47,1*	*4,2*	*35,8*	*7,0*	*14,3*	*22,7*	*11,8*	*2,0*	1974
100	*2,0*	*45,4*	*4,0*	*34,7*	*6,7*	*14,3*	*23,8*	*12,4*	*2,1*	1975
100	*1,9*	*46,1*	*4,1*	*35,4*	*6,7*	*14,4*	*23,6*	*11,9*	*2,1*	1976
100	*1,9*	*45,6*	*4,0*	*35,0*	*6,6*	*14,6*	*24,0*	*11,7*	*2,2*	1977
100	*1,9*	*45,0*	*3,9*	*34,6*	*6,5*	*14,8*	*24,5*	*11,7*	*2,2*	1978
100	*1,7*	*45,2*	*4,0*	*34,8*	*6,4*	*14,8*	*24,6*	*11,6*	*2,2*	1979
100	*1,8*	*44,2*	*4,0*	*33,7*	*6,4*	*14,9*	*25,2*	*11,7*	*2,2*	1980
100	*1,8*	*43,3*	*3,9*	*33,3*	*6,1*	*14,8*	*25,9*	*11,9*	*2,3*	1981
100	*2,1*	*42,1*	*3,9*	*32,3*	*5,9*	*14,6*	*26,7*	*12,1*	*2,4*	1982
100	*1,9*	*42,0*	*3,8*	*32,3*	*5,9*	*14,6*	*27,1*	*12,0*	*2,4*	1983
100	*2,0*	*41,8*	*3,8*	*32,3*	*5,8*	*14,8*	*27,2*	*11,8*	*2,4*	1984
100	*1,8*	*41,7*	*3,7*	*32,6*	*5,3*	*14,7*	*27,7*	*11,7*	*2,4*	1985
100	*1,9*	*41,2*	*3,6*	*32,3*	*5,3*	*14,6*	*28,3*	*11,6*	*2,4*	1986
100	*1,7*	*40,2*	*3,7*	*31,3*	*5,1*	*14,8*	*29,3*	*11,6*	*2,5*	1987
100	*1,8*	*39,7*	*3,6*	*31,1*	*5,0*	*14,9*	*29,8*	*11,3*	*2,5*	1988
100	*1,8*	*39,7*	*3,6*	*31,0*	*5,1*	*15,1*	*30,1*	*10,9*	*2,5*	1989
100	*1,8*	*39,2*	*3,4*	*30,8*	*5,0*	*15,3*	*30,6*	*10,6*	*2,4*	1990
100	*1,6*	*38,6*	*3,3*	*30,4*	*4,9*	*15,6*	*31,4*	*10,3*	*2,5*	1991
100	*0,6*	*38,6*	*3,4*	*30,3*	*4,9*	*15,4*	*32,5*	*10,4*	*2,5*	1992 1. Hj.

[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — [5]) Von 1960 bis 1967 Bruttowertschöpfung einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer, ab 1968 Bruttowertschöpfung frei von Umsatzsteuer.

Tabelle 26*

Bruttowertschöpfung, Brutto

Mrd

Zeitraum[1]	Bruttowertschöpfung, bereinigt[2]	Nichtabziehbare Umsatzsteuer[3]	Einfuhrabgaben[4]	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern[5]	Subventionen	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
	In jeweiligen Preisen[6]										
1960	297,00	—	5,71	302,71	+ 0,29	303,00	23,63	279,37	41,78	2,52	240,11
1961	325,49	—	6,22	331,71	- 0,31	331,40	27,12	304,28	46,19	2,66	260,75
1962	353,45	—	7,33	360,78	- 0,28	360,50	31,23	329,27	50,06	2,90	282,11
1963	374,29	—	8,08	382,37	- 0,27	382,10	34,99	347,11	52,79	3,48	297,80
1964	412,01	—	8,17	420,18	- 0,58	419,60	38,96	380,64	57,48	4,09	327,25
1965	450,29	—	8,88	459,17	- 0,97	458,20	43,31	414,89	62,19	5,75	358,45
1966	479,53	—	8,70	488,23	- 0,83	487,40	47,77	439,63	65,50	5,65	379,78
1967	485,34	—	9,01	494,35	- 0,65	493,70	50,52	443,18	67,99	5,55	380,74
1968	496,22	30,99	6,07	533,28	+ 0,42	533,70	53,65	480,05	74,94	12,98	418,09
1969	552,48	37,62	6,85	596,95	+ 0,85	597,80	58,20	539,60	88,28	11,62	462,94
1970	627,97	39,91	7,42	675,30	+ 0,40	675,70	68,03	607,67	89,05	11,78	530,40
1971	696,73	45,04	7,98	749,75	+ 0,65	750,40	78,08	672,32	98,69	12,61	586,24
1972	764,87	49,38	8,87	823,12	+ 1,48	824,60	86,73	737,87	110,18	15,78	643,47
1973	855,61	52,26	9,38	917,25	+ 1,55	918,80	95,98	822,82	121,07	18,65	720,40
1974	920,61	54,43	8,89	983,93	- 0,23	983,70	107,78	875,92	125,04	18,86	769,74
1975	959,05	57,31	10,27	1 026,63	+ 1,07	1 027,70	117,24	910,46	130,28	20,39	800,57
1976	1 047,06	61,81	11,63	1 120,50	+ 3,30	1 123,80	125,77	998,03	141,92	22,13	878,24
1977	1 117,16	65,70	12,43	1 195,29	+ 0,31	1 195,60	134,01	1 061,59	152,52	24,63	933,70
1978	1 194,29	76,24	13,02	1 283,55	+ 5,85	1 289,40	144,39	1 145,01	167,56	29,70	1 007,15
1979	1 288,72	87,02	12,70	1 388,44	+ 5,36	1 393,80	157,80	1 236,00	183,16	31,16	1 084,00
1980	1 361,99	96,57	13,48	1 472,04	+ 5,36	1 477,40	175,00	1 302,40	193,47	30,65	1 139,58
1981	1 420,16	100,73	14,08	1 534,97	+ 4,63	1 539,60	190,62	1 348,98	198,29	29,12	1 179,81
1982	1 472,11	101,17	14,81	1 588,09	+ 2,21	1 590,30	203,69	1 386,61	201,68	29,25	1 214,18
1983	1 543,10	109,23	16,21	1 668,54	+ 7,16	1 675,70	214,93	1 460,77	214,39	31,72	1 278,10
1984	1 618,51	115,90	16,48	1 750,89	+12,41	1 763,30	226,37	1 536,93	226,13	36,33	1 347,13
1985	1 690,08	116,66	16,44	1 823,18	+11,32	1 834,50	235,36	1 599,14	230,31	37,94	1 406,77
1986	1 790,39	117,88	17,02	1 925,29	+10,81	1 936,10	243,69	1 692,41	236,17	41,31	1 497,55
1987	1 846,22	125,11	19,15	1 990,48	+12,52	2 003,00	252,30	1 750,70	245,50	44,80	1 550,00
1988	1 946,35	130,10	19,53	2 095,98	+12,02	2 108,00	263,09	1 844,91	257,11	47,74	1 635,54
1989	2 063,53	137,53	23,38	2 224,44	+24,66	2 249,10	279,45	1 969,65	278,33	46,78	1 738,10
1990	2 237,90	154,95	24,98	2 417,83	+21,27	2 439,10	300,37	2 138,73	302,17	48,74	1 885,30
1991	2 406,98	175,97	29,69	2 612,64	+18,56	2 631,20	326,96	2 304,24	342,14	46,65	2 008,75
1988 1.Hj.	929,60	64,34	9,32	1 003,26	+ 4,54	1 007,80	129,80	878,00	123,19	22,15	776,96
2.Hj.	1 016,75	65,76	10,21	1 092,72	+ 7,48	1 100,20	133,29	966,91	133,92	25,59	858,58
1989 1.Hj.	992,45	67,87	11,21	1 071,53	+12,07	1 083,60	137,63	945,97	132,52	20,60	834,05
2.Hj.	1 071,08	69,66	12,17	1 152,91	+12,59	1 165,50	141,82	1 023,68	145,81	26,18	904,05
1990 1.Hj.	1 073,13	71,32	11,46	1 155,91	+ 8,89	1 164,80	147,39	1 017,41	138,86	21,30	899,85
2.Hj.	1 164,77	83,63	13,52	1 261,92	+12,38	1 274,30	152,98	1 121,32	163,31	27,44	985,45
1991 1.Hj.	1 159,90	86,78	13,88	1 260,56	+11,54	1 272,10	160,32	1 111,78	159,55	22,30	974,53
2.Hj.	1 247,08	89,19	15,81	1 352,08	+ 7,02	1 359,10	166,64	1 192,46	182,59	24,35	1 034,22
1992 1.Hj.	1 232,23	95,20	16,12	1 343,55	+ 5,05	1 348,60	173,61	1 174,99	177,74	20,56	1 017,81

[1] Ab 1990 vorläufige Ergebnisse.
[2] Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche abzüglich der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.
[3] Kassenaufkommen an Steuern vom Umsatz sowie einbehaltene Umsatzsteuer aufgrund von gesetzlichen Sonderregelungen (u. a. nach dem Berlinförderungsgesetz, für Lieferungen aus der ehemaligen DDR [§ 26 Abs. 4 UStG, bis 30. Juni 1990], für die Landwirtschaft [§ 24 UStG von 1967], für die Besteuerung von Kleinunternehmern [§ 19 UStG von 1979] sowie 1968 einmalig für die Entlastung der Altvorräte [§ 28 UStG von 1967]).

Tabelle 26*

inlandsprodukt, Sozialprodukt

DM

Bruttowertschöpfung, bereinigt[2])	Nichtabziehbare Umsatzsteuer[3])	Einfuhrabgaben[4])	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Zeitraum[1])
				In Preisen von 1985				
795,06	57,01	4,41	856,48	+ 3,32	859,80	65,32	794,48	1960
830,10	60,41	4,68	895,19	+ 1,21	896,40	71,54	824,86	1961
866,46	64,20	5,62	936,28	+ 1,22	937,50	78,19	859,31	1962
890,26	66,74	5,24	962,24	+ 1,06	963,30	84,88	878,42	1963
948,32	71,55	6,47	1 026,34	+ 0,06	1 026,40	91,73	934,67	1964
998,20	75,84	7,41	1 081,45	− 1,15	1 080,30	98,94	981,36	1965
1 027,02	77,99	6,95	1 111,96	− 0,86	1 111,10	106,06	1 005,04	1966
1 024,47	77,73	6,55	1 108,75	− 0,35	1 108,40	112,30	996,10	1967
1 082,75	80,62	6,62	1 169,99	+ 2,01	1 172,00	117,98	1 054,02	1968
1 162,64	87,00	7,45	1 257,09	+ 2,71	1 259,80	124,43	1 135,37	1969
1 219,45	93,32	8,63	1 321,40	+ 1,40	1 322,80	132,26	1 190,54	1970
1 253,25	98,31	9,60	1 361,16	+ 1,94	1 363,10	140,99	1 222,11	1971
1 305,56	102,80	10,76	1 419,12	+ 3,18	1 422,30	149,78	1 272,52	1972
1 373,03	104,10	11,06	1 488,19	+ 2,91	1 491,10	158,19	1 332,91	1973
1 380,73	102,26	9,09	1 492,08	− 0,18	1 491,90	165,26	1 326,64	1974
1 356,14	104,14	10,94	1 471,22	+ 1,78	1 473,00	170,92	1 302,08	1975
1 428,83	108,21	12,76	1 549,80	+ 4,90	1 554,70	176,40	1 378,30	1976
1 469,04	111,64	13,23	1 593,91	+ 0,49	1 594,40	182,26	1 412,14	1977
1 512,11	115,77	13,76	1 641,64	+ 7,76	1 649,40	188,70	1 460,70	1978
1 576,54	119,77	12,86	1 709,17	+ 6,73	1 715,90	196,00	1 519,90	1979
1 591,78	121,59	14,14	1 727,51	+ 6,29	1 733,80	203,90	1 529,90	1980
1 596,83	119,57	14,12	1 730,52	+ 5,18	1 735,70	211,31	1 524,39	1981
1 583,67	116,37	14,10	1 714,14	+ 2,36	1 716,50	217,49	1 499,01	1982
1 606,68	118,76	15,46	1 740,90	+ 7,50	1 748,40	224,22	1 524,18	1983
1 653,75	119,83	15,77	1 789,35	+12,65	1 802,00	230,18	1 571,82	1984
1 690,08	116,66	16,44	1 823,18	+11,32	1 834,50	235,36	1 599,14	1985
1 728,67	117,92	17,18	1 863,77	+10,63	1 874,40	240,76	1 633,64	1986
1 746,09	124,40	19,79	1 890,28	+12,02	1 902,30	246,73	1 655,57	1987
1 812,61	127,96	19,94	1 960,51	+11,29	1 971,80	253,49	1 718,31	1988
1 874,77	130,91	21,65	2 027,33	+22,97	2 050,30	262,02	1 788,28	1989
1 967,91	139,20	23,39	2 130,50	+19,30	2 149,80	271,85	1 877,95	1990
2 035,32	147,79	26,53	2 209,64	+17,16	2 226,80	283,52	1 943,28	1991
878,32	64,04	9,66	952,02	+ 4,28	956,30	125,80	830,50	1988 1.Hj.
934,29	63,92	10,28	1 008,49	+ 7,01	1 015,50	127,69	887,81	2.Hj.
916,70	65,37	10,55	992,62	+11,38	1 004,00	129,86	874,14	1989 1.Hj.
958,07	65,54	11,10	1 034,71	+11,59	1 046,30	132,16	914,14	2.Hj.
959,63	66,71	10,81	1 037,15	+ 8,15	1 045,30	134,58	910,72	1990 1.Hj.
1 008,28	72,49	12,58	1 093,35	+11,15	1 104,50	137,27	967,23	2.Hj.
999,42	75,10	13,19	1 087,71	+10,69	1 098,40	140,27	958,13	1991 1.Hj.
1 035,90	72,69	13,34	1 121,93	+ 6,47	1 128,40	143,25	985,15	2.Hj.
1 017,93	77,26	13,32	1 108,51	+ 4,79	1 113,30	146,37	966,93	1992 1.Hj.

[4]) Einfuhrzölle, Verbrauchsteuern auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer.

[5]) Produktionssteuern, nichtabziehbare Umsatzsteuer, Einfuhrabgaben.

[6]) Von 1960 bis 1967 Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer, ab 1968 Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben frei von Umsatzsteuer.

Tabelle 27*

Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung
Entstehung des Sozialprodukts
Mrd DM

Vierteljahr[1]	Bruttoinlandsprodukt[2]	Bruttowertschöpfung		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr[4]	Dienstleistungsunternehmen[5]	Staat, private Haushalte[6]	Nachrichtlich
		bereinigt[3]	unbereinigt						unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen
	in jeweiligen Preisen								
1987 1. Vj.	465,33	429,12	449,76	2,67	187,16	65,41	132,66	61,86	20,64
2. Vj.	486,03	451,83	472,24	3,36	197,87	69,07	136,30	65,64	20,41
3. Vj.	498,55	463,69	484,15	15,15	195,75	69,34	138,08	65,83	20,46
4. Vj.	540,57	501,58	522,34	9,06	214,26	75,72	141,53	81,77	20,76
1988 1. Vj.	494,78	457,38	478,39	2,80	197,82	70,21	142,95	64,61	21,01
2. Vj.	508,48	472,22	493,40	3,61	204,70	72,39	146,25	66,45	21,18
3. Vj.	525,12	488,93	510,30	16,59	203,09	72,91	149,73	67,98	21,37
4. Vj.	567,60	527,82	549,41	10,72	221,15	79,15	153,90	84,49	21,59
1989 1. Vj.	527,23	486,71	508,42	3,61	207,55	73,91	156,11	67,24	21,71
2. Vj.	544,30	505,74	527,48	4,71	219,23	78,19	157,41	67,94	21,74
3. Vj.	553,28	514,78	536,90	17,02	211,51	76,24	162,04	70,09	22,12
4. Vj.	599,63	556,30	579,14	11,87	231,68	82,91	165,39	87,29	22,84
1990 1. Vj.	569,66	527,86	551,22	3,81	225,84	81,47	169,01	71,09	23,36
2. Vj.	586,25	545,27	568,94	6,37	232,36	83,97	173,40	72,84	23,67
3. Vj.	609,61	564,36	588,83	16,73	231,54	87,14	178,87	74,55	24,47
4. Vj.	652,31	600,41	626,16	10,45	245,72	93,74	183,30	92,95	25,75
1991 1. Vj.	612,74	561,86	588,84	2,80	235,17	89,83	187,63	73,41	26,98
2. Vj.	647,82	598,04	626,16	4,11	252,03	93,59	195,60	80,83	28,12
3. Vj.	658,23	607,66	636,73	14,85	244,70	92,35	204,26	80,57	29,07
4. Vj.	693,85	639,42	669,24	11,07	251,69	98,14	208,02	100,32	29,82
1992 1. Vj.	663,93	607,65	638,29	3,04	251,10	93,65	211,24	79,26	30,64
2. Vj.	679,62	624,58	656,11	4,26	255,84	94,45	218,35	83,21	31,53
	in Preisen von 1985								
1987 1. Vj.	448,99	412,05	435,41	2,78	173,51	63,16	131,47	64,49	23,36
2. Vj.	465,83	431,62	455,04	3,48	184,93	67,36	134,60	64,67	23,42
3. Vj.	477,26	442,34	466,12	15,61	182,40	67,76	135,70	64,65	23,78
4. Vj.	498,20	460,08	483,57	10,25	198,10	73,55	136,84	64,83	23,49
1988 1. Vj.	471,78	434,08	458,56	2,53	182,88	68,08	139,48	65,59	24,48
2. Vj.	480,24	444,24	468,57	3,49	188,02	70,01	141,45	65,60	24,33
3. Vj.	493,99	458,12	482,91	16,82	186,15	70,70	143,66	65,58	24,79
4. Vj.	514,50	476,17	500,71	11,64	201,49	76,53	145,36	65,69	24,54
1989 1. Vj.	490,41	451,22	476,48	2,73	189,13	70,84	147,62	66,16	25,26
2. Vj.	502,21	465,48	490,91	3,59	197,94	74,56	148,63	66,19	25,43
3. Vj.	506,86	470,29	495,82	16,71	190,00	73,23	149,98	65,90	25,53
4. Vj.	527,85	487,78	513,23	12,03	206,63	78,87	149,57	66,13	25,45
1990 1. Vj.	514,32	474,95	501,89	2,79	201,00	75,17	155,83	67,10	26,94
2. Vj.	522,83	484,68	511,47	5,21	202,21	77,51	159,13	67,41	26,79
3. Vj.	536,96	496,52	523,86	17,92	198,62	80,01	159,73	67,58	27,34
4. Vj.	556,39	511,76	539,17	12,06	212,70	86,00	160,39	68,02	27,41
1991 1. Vj.	535,81	490,79	522,35	2,76	202,96	81,89	166,24	68,50	31,56
2. Vj.	551,90	508,63	539,45	4,46	212,81	84,25	169,23	68,70	30,82
3. Vj.	556,19	514,20	545,00	16,32	205,78	82,69	171,25	68,96	30,80
4. Vj.	565,74	521,70	552,31	11,28	212,83	87,63	171,34	69,23	30,61
1992 1. Vj.	553,13	506,77	539,72	2,58	209,58	83,06	174,61	69,89	32,95
2. Vj.	555,38	511,16	543,52	3,65	208,95	83,36	177,53	70,03	32,36

[1] Ab 1990 vorläufige Ergebnisse.
[2] Bereinigte Bruttowertschöpfung zuzüglich der nichtabziehbaren Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben.
[3] Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.
[4] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[5] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen.
[6] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 28*

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd DM

Zeitraum [1]	Volks-einkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen					Nachrichtlich
				insgesamt		der privaten Haushalte [5]	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit = unverteilte Gewinne [6]	des Staates [7]	Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen [8]
		brutto [2]	netto [3]	brutto	netto [4]				
1960	240,11	144,39	104,89	95,72	75,44	81,05	12,60	2,07	86,64
1961	260,75	162,81	117,36	97,94	75,12	82,26	13,18	2,50	88,43
1962	282,11	180,13	129,26	101,98	77,01	87,09	12,47	2,42	92,10
1963	297,80	193,15	138,06	104,65	78,52	88,85	13,19	2,61	93,62
1964	327,25	211,17	151,16	116,08	88,14	98,70	14,74	2,64	103,62
1965	358,45	234,13	168,32	124,32	96,73	105,72	16,01	2,59	109,91
1966	379,78	252,06	178,28	127,72	99,11	110,12	15,30	2,30	110,40
1967	380,74	251,84	177,45	128,90	99,81	112,98	14,33	1,59	110,67
1968	418,09	270,38	187,05	147,71	116,11	126,89	18,75	2,07	126,02
1969	462,94	304,07	206,54	158,87	123,36	133,89	22,88	2,10	132,75
1970	530,40	360,64	238,60	169,76	137,28	151,97	15,58	2,21	140,82
1971	586,24	408,74	265,20	177,50	143,09	159,15	16,42	1,93	145,54
1972	643,47	452,48	293,27	190,99	153,78	166,52	24,22	0,25	153,00
1973	720,40	514,50	320,67	205,90	158,92	178,31	26,96	0,63	159,44
1974	769,74	568,62	348,32	201,12	154,33	174,24	28,27	- 1,39	151,52
1975	800,57	593,59	362,10	206,98	161,98	180,70	30,61	- 4,33	148,38
1976	878,24	640,55	379,08	237,69	184,69	206,26	38,25	- 6,82	179,82
1977	933,70	688,05	404,24	245,65	181,05	215,44	39,65	- 9,44	188,83
1978	1 007,15	734,55	435,04	272,60	207,92	231,92	49,49	- 8,81	210,57
1979	1 084,00	794,58	472,44	289,42	224,60	246,10	52,30	- 8,98	225,79
1980	1 139,58	863,88	506,23	275,70	214,73	237,61	49,89	-11,80	205,19
1981	1 179,81	905,98	529,84	273,83	214,45	233,64	54,90	-14,71	191,20
1982	1 214,18	933,93	539,98	280,25	221,67	242,34	51,74	-13,83	186,30
1983	1 278,10	953,44	544,58	324,66	265,60	271,88	72,14	-19,36	232,89
1984	1 347,13	988,33	556,40	358,80	296,18	299,71	79,80	-20,71	258,94
1985	1 406,77	1 026,41	570,97	380,36	309,12	321,26	79,63	-20,53	275,54
1986	1 497,55	1 079,49	602,40	418,06	344,50	359,55	81,81	-23,30	318,10
1987	1 550,00	1 124,70	621,12	425,30	356,00	366,61	89,43	-30,74	326,26
1988	1 635,54	1 169,38	647,79	466,16	390,30	406,53	99,55	-39,92	364,54
1989	1 738,10	1 221,89	671,57	516,21	426,30	443,03	102,19	-29,01	388,61
1990	1 885,30	1 317,73	744,18	567,57	486,74	492,88	103,58	-28,89	431,94
1991	2 008,75	1 422,07	778,80	586,68	494,17	497,95	126,95	-38,22	428,15
1987 1. Hj.	734,53	523,20	290,22	211,33	179,57		226,61	-15,28	.
2. Hj.	815,47	601,50	330,90	213,97	176,43		229,43	-15,46	.
1988 1. Hj.	776,96	545,23	303,37	231,73	196,53		254,58	-22,85	.
2. Hj.	858,58	624,15	344,42	234,43	193,77		251,50	-17,07	.
1989 1. Hj.	834,05	570,54	314,07	263,51	220,66		275,65	-12,14	.
2. Hj.	904,05	651,35	357,50	252,70	205,64		269,57	-16,87	.
1990 1. Hj.	899,85	614,07	347,95	285,78	246,77		297,98	-12,20	.
2. Hj.	985,45	703,66	396,23	281,79	239,97		298,48	-16,69	.
1991 1. Hj.	974,53	660,80	366,95	313,73	272,51		330,54	-16,81	.
2. Hj.	1 034,22	761,27	411,85	272,95	221,66		294,36	-21,41	.
1992 1. Hj.	1 017,81	702,46	375,97	315,35	267,20		329,91	-14,56	.

[1] Ab 1990 vorläufige Ergebnisse. — [2] Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich tatsächlicher und unterstellter Sozialbeiträge der Arbeitgeber. — [3] Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer (ohne Lohnsteuer auf Pensionen) und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer. — [4] Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich öffentlicher Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern vor Abzug der Investitionszulage [ab 1969], Lastenausgleichsabgaben, Pflichtbeiträge der Selbständigen; rückzahlbarer Konjunkturzuschlag [1970/71]) zuzüglich „Sonstige Zu- und Absetzungen" (Saldo der Sozialbeiträge, der sozialen Leistungen der Unternehmen, der Schadenversicherungstransaktionen sowie der übrigen laufenden Übertragungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit). — [5] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden; einschließlich nichtentnommener Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. — [6] Vor der Umverteilung. — [7] Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden. — [8] Im Inland entstandene Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen sowie ohne die Einkommen aus Wohnungsvermietung) zuzüglich der Ausschüttungen an die Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit von der übrigen Welt abzüglich der per saldo geleisteten Zinsen und Nettopachten.

Tabelle 29*

Verwendung des Volkseinkommens

Mrd DM

Jahr[1]	Volkseinkommen[2]	Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen[3]	Davon								
				Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Nettoinvestitionen[4]			Außenbeitrag[5]			
						zusammen	davon		zusammen	davon Saldo der		
							Unternehmen[6]	Staat		Warenumsätze	Dienstleistungsumsätze	Erwerbs- und Vermögenseinkommen
1960	240,11	39,26	279,37	171,84	40,45	59,15	50,55	8,60	7,93	8,70	- 1,06	0,29
1961	260,75	43,53	304,28	188,33	45,78	63,04	52,84	10,20	7,13	9,72	- 2,28	- 0,31
1962	282,11	47,16	329,27	204,79	52,83	67,35	54,47	12,88	4,30	7,63	- 3,05	- 0,28
1963	297,80	49,31	347,11	216,79	59,39	65,32	49,78	15,54	5,61	9,15	- 3,27	- 0,27
1964	327,25	53,39	380,64	233,50	62,10	79,14	60,00	19,14	5,90	10,20	- 3,72	- 0,58
1965	358,45	56,44	414,89	257,62	69,65	87,29	68,37	18,92	0,33	5,47	- 4,17	- 0,97
1966	379,78	59,85	439,63	275,06	75,45	81,70	62,65	19,05	7,42	12,26	- 4,01	- 0,83
1967	380,74	62,44	443,18	282,63	80,05	63,16	46,56	16,60	17,34	21,49	- 3,50	- 0,65
1968	418,09	61,96	480,05	300,74	82,73	76,84	58,64	18,20	19,74	22,58	- 3,26	0,42
1969	462,94	76,66	539,60	330,90	93,12	98,00	77,01	20,99	17,58	20,99	- 4,26	0,85
1970	530,40	77,27	607,67	368,85	106,47	118,22	90,20	28,02	14,13	21,68	- 7,95	0,40
1971	586,24	86,08	672,32	408,98	126,76	122,50	92,38	30,12	14,08	22,41	- 8,98	0,65
1972	643,47	94,40	737,87	451,96	141,04	126,74	97,08	29,66	18,13	26,50	- 9,85	1,48
1973	720,40	102,42	822,82	495,59	163,09	135,66	105,23	30,43	28,48	39,67	-12,74	1,55
1974	769,74	106,18	875,92	533,64	190,11	108,64	73,81	34,83	43,53	55,80	-12,04	- 0,23
1975	800,57	109,89	910,46	583,45	210,08	85,81	51,30	34,51	31,12	42,85	-12,80	1,07
1976	878,24	119,79	998,03	631,87	221,86	115,56	82,42	33,14	28,74	39,55	-14,11	3,30
1977	933,70	127,89	1 061,59	682,13	235,13	115,41	83,02	32,39	28,92	44,00	-15,39	0,31
1978	1 007,15	137,86	1 145,01	725,94	253,09	127,74	92,85	34,89	38,24	47,92	-15,53	5,85
1979	1 084,00	152,00	1 236,00	781,31	273,54	166,49	127,10	39,39	14,66	30,35	-21,05	5,36
1980	1 139,58	162,82	1 302,40	837,02	298,02	168,85	125,31	43,54	- 1,49	15,04	-21,89	5,36
1981	1 179,81	169,17	1 348,98	883,52	318,39	130,12	90,89	39,23	16,95	35,49	-23,17	4,63
1982	1 214,18	172,43	1 386,61	916,10	326,44	103,72	69,79	33,93	40,35	59,54	-21,40	2,21
1983	1 278,10	182,67	1 460,77	959,28	336,44	124,38	94,32	30,06	40,67	54,17	-20,66	7,16
1984	1 347,13	189,80	1 536,93	1 001,20	350,44	129,62	100,14	29,48	55,67	62,00	-18,74	12,41
1985	1 406,77	192,37	1 599,14	1 036,53	365,72	121,70	91,91	29,79	75,19	80,89	-17,02	11,32
1986	1 497,55	194,86	1 692,41	1 066,43	382,55	132,71	98,99	33,72	110,72	118,27	-18,36	10,81
1987	1 550,00	200,70	1 750,70	1 108,02	397,28	132,92	99,00	33,92	112,48	122,96	-23,00	12,52
1988	1 635,54	209,37	1 844,91	1 153,69	412,38	157,11	122,89	34,22	121,73	136,25	-26,54	12,02
1989	1 738,10	231,55	1 969,65	1 220,95	418,82	185,08	148,26	36,82	144,80	141,04	-20,90	24,66
1990	1 885,30	253,43	2 138,73	1 321,21	444,35	209,57	170,17	39,40	163,60	145,13	- 2,80	21,27
1991	2 008,75	295,49	2 304,24	1 420,65	468,07	229,50	186,64	42,86	186,02	156,83	10,63	18,56

[1] Ab 1990 vorläufige Ergebnisse.
[2] Nettosozialprodukt zu Faktorkosten.
[3] Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen abzüglich Abschreibungen.
[4] Bruttoinvestitionen (Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung) abzüglich Abschreibungen.
[5] Ausfuhr minus Einfuhr in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[6] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 30*

Einkommen, Produktivität und Lohnstückkosten

Zeitraum[1]	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[2]		Netto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[2]		Produktivität[3]		Lohnstückkosten[4]
	DM	1985 = 100	DM	1985 = 100	DM	1985 = 100	DM	1985 = 100	
1960	4 332	18,8	6 148	17,4	5 178	21,4	32 862	47,7	34,3
1961	4 641	20,1	6 775	19,1	5 661	23,4	33 875	49,2	36,7
1962	4 963	21,5	7 395	20,9	6 146	25,4	35 307	51,3	38,4
1963	5 189	22,5	7 850	22,2	6 494	26,8	36 200	52,6	39,7
1964	5 645	24,5	8 556	24,2	7 036	29,0	38 578	56,1	40,3
1965	6 115	26,5	9 336	26,4	7 736	31,9	40 420	58,7	42,1
1966	6 421	27,9	10 014	28,3	8 191	33,8	41 689	60,6	44,0
1967	6 422	27,9	10 349	29,2	8 428	34,8	42 968	62,4	44,0
1968	7 027	30,5	10 988	31,0	8 830	36,4	45 303	65,8	44,6
1969	7 707	33,4	12 003	33,9	9 495	39,2	47 929	69,6	46,1
1970	8 745	37,9	13 841	39,1	10 726	44,3	49 752	72,3	51,6
1971	9 566	41,5	15 403	43,5	11 732	48,4	51 041	74,2	56,0
1972	10 434	45,3	16 783	47,4	12 840	53,0	53 004	77,0	59,1
1973	11 624	50,4	18 631	52,6	13 809	57,0	54 984	79,9	63,7
1974	12 404	53,8	20 649	58,3	15 121	62,4	55 804	81,1	69,9
1975	12 948	56,2	21 931	62,0	16 117	66,5	56 542	82,1	73,9
1976	14 273	61,9	23 440	66,2	16 839	69,5	59 879	87,0	75,1
1977	15 207	66,0	25 035	70,7	17 819	73,5	61 496	89,3	78,0
1978	16 423	71,2	26 355	74,5	18 947	78,2	62 826	91,3	80,5
1979	17 667	76,6	27 849	78,7	20 128	83,1	64 332	93,5	83,2
1980	18 510	80,3	29 691	83,9	21 184	87,4	64 029	93,0	89,2
1981	19 127	83,0	31 116	87,9	22 163	91,4	64 210	93,3	93,2
1982	19 699	85,5	32 338	91,4	22 843	94,3	64 369	93,5	97,0
1983	20 808	90,3	33 376	94,3	23 380	96,5	66 317	96,4	97,5
1984	22 021	95,5	34 385	97,2	23 828	98,3	68 054	98,9	98,3
1985	23 053	100,0	35 391	100,0	24 236	100,0	68 828	100,0	100,0
1986	24 523	106,4	36 664	103,6	25 194	104,0	69 399	100,8	102,8
1987	25 378	110,1	37 812	106,8	25 729	106,2	69 881	101,5	105,3
1988	26 616	115,5	38 944	110,0	26 587	109,7	71 916	104,5	105,4
1989	28 005	121,5	40 114	113,3	27 134	112,0	73 300	106,5	106,4
1990	29 806	129,3	42 016	118,7	29 217	120,6	74 789	108,7	109,2
1991	31 369	136,1	44 497	125,7	30 014	123,8	75 623	109,9	114,2
1986 1. Hj.	11 577	100,4	17 206	97,2	11 885	98,1	34 013	98,8	98,5
2. Hj.	12 945	112,3	19 434	109,8	13 294	109,7	35 372	102,8	106,8
1987 1. Hj.	12 026	104,3	17 710	100,1	12 123	100,0	34 064	99,0	101,4
2. Hj.	13 330	115,6	20 082	113,5	13 594	112,2	35 805	104,0	109,1
1988 1. Hj.	12 671	109,9	18 276	103,3	12 550	103,6	35 184	102,2	101,3
2. Hj.	13 943	121,0	20 649	116,7	14 025	115,7	36 720	106,7	109,3
1989 1. Hj.	13 489	117,0	18 856	106,6	12 795	105,6	36 166	105,1	101,5
2. Hj.	14 513	125,9	21 238	120,0	14 327	118,2	37 126	107,9	111,1
1990 1. Hj.	14 288	124,0	19 715	111,4	13 788	113,8	36 808	107,0	104,4
2. Hj.	15 512	134,6	22 277	125,9	15 414	127,2	37 967	110,3	113,8
1991 1. Hj.	15 260	132,4	20 772	117,4	14 226	117,4	37 510	109,0	107,7
2. Hj.	...	...	23 707	134,0	15 779	130,2	38 109	110,7	120,6
1992 1. Hj.	...	...	21 820	123,3	14 443	119,2	37 722	109,6	112,7

[1] Ab 1990 vorläufige Ergebnisse.
[2] Arbeitnehmer, die ihren ständigen Wohnsitz im früheren Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).
[3] Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).
[4] Lohnkosten je Produkteinheit berechnet als: $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$.

Tabelle 31 *

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen [1])

Jahr [2])	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [3])	Dienstleistungsunternehmen [4])	Staat	Private Haushalte [5])
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Mrd DM									
1960	143,16	2,69	81,67	6,99	62,04	12,64	23,41	10,20	20,44	4,75
1961	161,64	2,70	92,99	7,44	70,66	14,89	25,77	11,77	23,44	4,97
1962	178,84	2,85	103,47	7,85	78,58	17,04	28,40	13,53	25,59	5,00
1963	191,86	2,94	108,60	7,99	82,07	18,54	31,44	15,13	28,38	5,37
1964	209,93	3,05	119,19	8,02	89,28	21,89	34,45	16,59	30,99	5,66
1965	232,96	3,15	132,03	8,83	99,78	23,42	37,99	18,37	35,27	6,15
1966	250,83	3,30	139,87	9,00	105,78	25,09	41,52	20,15	39,39	6,60
1967	250,35	3,06	134,21	8,70	102,46	23,05	42,46	21,84	41,78	7,00
1968	268,84	2,95	145,78	8,66	112,76	24,36	44,83	23,41	44,51	7,36
1969	302,62	3,13	165,29	9,40	129,56	26,33	49,59	25,97	50,45	8,19
1970	359,29	3,53	199,40	11,27	155,61	32,52	57,65	30,47	59,20	9,04
1971	406,82	3,71	219,96	12,69	169,66	37,61	66,04	35,74	70,70	10,67
1972	450,56	3,82	239,48	13,40	182,45	43,63	74,74	40,64	79,41	12,47
1973	512,63	4,04	268,91	14,75	206,57	47,59	85,27	47,12	92,48	14,81
1974	566,60	4,41	289,27	16,79	225,00	47,48	93,69	55,13	107,48	16,62
1975	591,24	4,54	291,41	18,44	226,69	46,28	99,06	61,27	116,86	18,10
1976	637,94	4,82	314,36	19,54	245,77	49,05	106,79	68,73	123,26	19,98
1977	685,41	5,22	337,59	20,96	266,02	50,61	113,87	75,01	131,59	22,13
1978	731,74	5,53	357,79	21,99	281,95	53,85	121,99	82,02	140,34	24,07
1979	791,66	5,87	388,68	23,88	305,43	59,37	130,48	90,12	150,32	26,19
1980	860,88	6,22	422,33	26,15	330,49	65,69	142,03	99,13	162,45	28,72
1981	902,55	6,32	435,42	27,89	340,75	66,78	149,12	107,82	172,78	31,09
1982	929,75	6,61	444,53	28,92	348,31	67,30	153,36	114,35	177,84	33,06
1983	949,03	6,76	449,76	29,66	352,03	68,07	155,58	118,64	183,37	34,92
1984	983,69	7,01	467,37	30,30	367,20	69,87	160,82	124,83	187,01	36,65
1985	1 021,42	7,10	483,40	31,29	387,31	64,80	165,85	131,95	193,88	39,24
1986	1 074,44	7,12	507,18	32,21	407,39	67,58	173,26	140,71	203,30	42,87
1987	1 119,35	6,95	526,48	33,36	425,35	67,77	180,65	148,18	211,50	45,59
1988	1 163,78	7,07	545,29	33,96	440,00	71,33	188,61	158,05	216,92	47,84
1989	1 216,25	7,09	571,02	33,85	461,68	75,49	197,27	168,14	222,84	49,89
1990	1 316,14	7,48	619,58	35,36	500,28	83,94	213,38	185,48	236,32	53,90
1991	1 430,99	7,99	666,35	37,31	538,68	90,36	237,19	207,23	252,57	59,66
	Anteil in vH									
1960	*100*	*1,9*	*57,0*	*4,9*	*43,3*	*8,8*	*16,4*	*7,1*	*14,3*	*3,3*
1965	*100*	*1,4*	*56,7*	*3,8*	*42,8*	*10,1*	*16,3*	*7,9*	*15,1*	*2,6*
1966	*100*	*1,3*	*55,8*	*3,6*	*42,2*	*10,0*	*16,6*	*8,0*	*15,7*	*2,6*
1967	*100*	*1,2*	*53,6*	*3,5*	*40,9*	*9,2*	*17,0*	*8,7*	*16,7*	*2,8*
1968	*100*	*1,1*	*54,2*	*3,2*	*41,9*	*9,1*	*16,7*	*8,7*	*16,6*	*2,7*
1969	*100*	*1,0*	*54,6*	*3,1*	*42,8*	*8,7*	*16,4*	*8,6*	*16,7*	*2,7*
1970	*100*	*1,0*	*55,5*	*3,1*	*43,3*	*9,1*	*16,0*	*8,5*	*16,5*	*2,5*
1971	*100*	*0,9*	*54,1*	*3,1*	*41,7*	*9,2*	*16,2*	*8,8*	*17,4*	*2,6*
1972	*100*	*0,8*	*53,2*	*3,0*	*40,5*	*9,7*	*16,6*	*9,0*	*17,6*	*2,8*
1973	*100*	*0,8*	*52,5*	*2,9*	*40,3*	*9,3*	*16,6*	*9,2*	*18,0*	*2,9*
1974	*100*	*0,8*	*51,1*	*3,0*	*39,7*	*8,4*	*16,5*	*9,7*	*19,0*	*2,9*
1975	*100*	*0,8*	*49,3*	*3,1*	*38,3*	*7,8*	*16,8*	*10,4*	*19,8*	*3,1*
1976	*100*	*0,8*	*49,3*	*3,1*	*38,5*	*7,7*	*16,7*	*10,8*	*19,3*	*3,1*
1977	*100*	*0,8*	*49,3*	*3,1*	*38,8*	*7,4*	*16,6*	*10,9*	*19,2*	*3,2*
1978	*100*	*0,8*	*48,9*	*3,0*	*38,5*	*7,4*	*16,7*	*11,2*	*19,2*	*3,3*
1979	*100*	*0,7*	*49,1*	*3,0*	*38,6*	*7,5*	*16,5*	*11,4*	*19,0*	*3,3*
1980	*100*	*0,7*	*49,1*	*3,0*	*38,4*	*7,6*	*16,5*	*11,5*	*18,9*	*3,3*
1981	*100*	*0,7*	*48,2*	*3,1*	*37,8*	*7,4*	*16,5*	*11,9*	*19,1*	*3,4*
1982	*100*	*0,7*	*47,8*	*3,1*	*37,5*	*7,2*	*16,5*	*12,3*	*19,1*	*3,6*
1983	*100*	*0,7*	*47,4*	*3,1*	*37,1*	*7,2*	*16,4*	*12,5*	*19,3*	*3,7*
1984	*100*	*0,7*	*47,5*	*3,1*	*37,3*	*7,1*	*16,3*	*12,7*	*19,0*	*3,7*
1985	*100*	*0,7*	*47,3*	*3,1*	*37,9*	*6,3*	*16,2*	*12,9*	*19,0*	*3,8*
1986	*100*	*0,7*	*47,2*	*3,0*	*37,9*	*6,3*	*16,1*	*13,1*	*18,9*	*4,0*
1987	*100*	*0,6*	*47,0*	*3,0*	*38,0*	*6,1*	*16,1*	*13,2*	*18,9*	*4,1*
1988	*100*	*0,6*	*46,9*	*2,9*	*37,8*	*6,1*	*16,2*	*13,6*	*18,6*	*4,1*
1989	*100*	*0,6*	*46,9*	*2,8*	*38,0*	*6,2*	*16,2*	*13,8*	*18,3*	*4,1*
1990	*100*	*0,6*	*47,0*	*2,7*	*37,9*	*6,4*	*16,2*	*14,2*	*18,0*	*4,1*
1991	*100*	*0,6*	*46,6*	*2,6*	*37,6*	*6,3*	*16,6*	*14,5*	*17,7*	*4,2*

[1]) Inlandskonzept.
[2]) Ab 1990 vorläufige Ergebnisse.
[3]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[4]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung, sonstige Dienstleistungsunternehmen.
[5]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 32*

Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen

Jahr [1]	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [2]	Dienstleistungsunternehmen [3]	Staat	Private Haushalte [4]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Produktivität [5] (DM)									
1960	30 505	6 250	31 089	61 526	28 344	32 822	24 179	72 614	43 284	30 654
1961	31 412	5 941	31 840	63 186	29 189	33 503	25 112	74 900	43 425	31 329
1962	32 674	6 647	32 952	67 149	30 437	33 455	26 349	76 295	43 667	32 552
1963	33 492	7 220	33 599	71 895	31 243	32 682	26 921	76 686	43 912	32 897
1964	35 646	7 415	36 357	73 792	34 007	35 844	28 808	79 444	43 575	33 543
1965	37 309	7 364	38 017	73 411	35 963	37 135	30 616	81 983	44 129	34 538
1966	38 504	7 986	39 253	77 118	36 974	38 801	31 263	83 446	45 070	35 257
1967	39 702	9 158	40 472	78 024	38 200	40 267	31 769	85 249	45 178	35 571
1968	41 925	10 170	43 343	85 777	41 850	39 383	33 785	86 810	46 165	36 267
1969	44 328	10 430	45 989	92 560	44 874	39 879	36 826	90 101	46 607	36 954
1970	45 913	11 393	47 485	99 637	46 061	41 307	38 408	91 633	47 438	37 767
1971	46 995	12 702	48 370	97 727	46 853	43 306	39 375	92 527	47 356	37 949
1972	48 762	12 881	50 874	101 864	49 305	45 958	39 904	96 102	47 362	38 108
1973	50 729	14 830	53 449	112 860	52 117	46 136	41 081	97 179	48 008	38 280
1974	51 639	16 396	54 305	118 976	52 864	45 725	41 523	97 061	48 668	38 910
1975	52 119	16 427	54 949	111 431	53 653	46 739	41 205	97 737	48 744	39 258
1976	55 206	17 069	60 042	121 891	59 091	48 988	43 718	99 113	48 499	39 501
1977	56 678	19 022	61 027	122 656	59 945	50 526	45 925	102 652	48 668	39 698
1978	57 869	20 121	62 238	127 143	61 232	50 889	47 443	104 515	49 041	39 884
1979	59 340	20 333	64 228	136 029	63 521	50 533	49 014	105 302	49 298	39 911
1980	58 999	20 891	62 711	135 659	61 736	50 009	49 096	105 776	49 672	40 022
1981	59 249	21 520	62 759	130 980	62 245	48 689	49 022	106 184	50 020	40 168
1982	59 469	26 331	62 508	127 530	61 871	48 988	48 779	106 765	49 925	40 184
1983	61 205	25 078	65 269	127 550	64 876	51 005	50 372	109 242	49 854	40 201
1984	62 897	27 530	67 195	131 431	67 081	51 377	52 368	110 818	50 256	40 127
1985	63 803	26 689	68 536	135 224	68 544	50 891	53 153	111 781	50 330	40 075
1986	64 368	29 949	68 646	133 801	68 417	52 293	53 438	113 840	50 237	40 045
1987	64 550	28 551	67 861	140 429	67 046	52 117	54 236	115 731	50 353	40 079
1988	66 491	31 985	69 834	141 511	69 292	53 276	56 176	118 296	50 676	40 136
1989	67 784	34 105	71 265	150 657	70 449	54 692	57 677	119 351	50 496	40 174
1990	69 081	38 171	71 968	152 940	71 602	53 944	59 949	120 030	50 978	40 135
1991	68 028	36 158	72 624	156 087	72 283	54 441	60 678	121 342	51 591	40 045
	Lohnstückkosten [6] (1985 = 100)									
1960	34,3	81,7	33,2	32,3	35,4	26,7	36,1	26,4	24,1	22,1
1961	36,7	93,7	35,9	34,7	37,9	30,0	37,7	28,8	25,9	23,6
1962	38,4	94,9	38,1	35,6	40,0	32,7	39,1	31,3	26,7	24,8
1963	39,8	93,5	39,2	35,5	41,0	34,6	41,8	33,3	28,3	26,1
1964	40,4	98,3	39,4	35,3	40,8	36,1	42,6	34,1	29,9	27,4
1965	42,3	108,1	41,1	39,6	42,2	37,2	44,3	35,5	32,5	29,8
1966	44,1	107,6	42,6	39,5	43,9	38,5	47,1	37,1	34,5	31,8
1967	44,2	96,1	42,3	40,7	43,6	37,2	48,4	38,4	35,6	32,6
1968	44,7	89,5	42,6	39,2	43,4	39,5	48,1	39,4	36,8	33,9
1969	46,3	94,2	43,8	40,1	44,4	41,8	48,2	41,1	40,5	37,1
1970	51,8	97,9	50,0	43,6	50,6	49,5	52,7	46,3	44,8	40,4
1971	56,4	95,9	54,2	50,2	54,4	53,7	57,5	50,9	51,3	45,8
1972	59,5	100,5	56,9	52,7	56,6	58,4	62,1	53,5	54,9	49,5
1973	64,0	95,1	60,5	54,1	60,1	63,2	67,5	58,9	61,1	55,7
1974	70,1	96,8	66,1	59,1	66,1	68,8	73,5	66,0	67,8	61,8
1975	74,3	102,2	70,3	69,9	69,9	71,7	78,8	70,4	71,5	65,3
1976	75,5	108,3	70,7	68,6	70,3	73,0	79,4	74,4	74,6	68,7
1977	78,4	103,2	74,5	73,1	74,6	73,7	80,2	76,8	78,6	73,1
1978	81,0	101,7	77,3	75,1	77,4	77,0	82,3	79,6	81,3	76,3
1979	83,6	106,0	80,1	76,8	79,9	82,2	83,9	83,0	84,4	79,8
1980	89,8	109,3	87,9	83,1	88,0	89,4	90,0	87,3	89,0	84,4
1981	93,7	109,5	92,1	90,5	91,6	95,1	94,4	91,9	92,5	88,5
1982	97,3	93,6	97,5	96,0	97,1	100,1	98,8	95,3	94,6	91,6
1983	97,9	100,9	97,4	98,5	96,9	99,3	99,0	96,2	97,0	94,9
1984	98,6	94,6	98,8	98,8	98,2	101,4	98,5	98,1	97,8	96,8
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	102,7	91,2	103,6	104,0	103,6	102,8	103,0	102,0	103,4	104,8
1987	105,7	97,4	108,9	103,1	110,1	105,1	104,6	102,3	106,3	108,1
1988	105,7	89,6	109,9	105,6	110,4	108,6	103,8	103,0	107,7	110,1
1989	106,7	85,8	111,4	101,2	112,5	110,6	104,0	104,9	110,4	111,6
1990	109,6	79,1	116,3	105,5	116,5	119,2	104,7	108,0	115,1	115,7
1991	117,7	88,0	122,0	110,5	122,2	125,0	109,8	112,5	121,4	122,5

[1] Ab 1990 vorläufige Ergebnisse. — [2] Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [3] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen. — [4] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — [5] Bruttowertschöpfung in Preisen von 1985 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept). — [6] Lohnkosten je Produkteinheit berechnet als: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur Bruttowertschöpfung in Preisen von 1985 je Erwerbstätigen (Inland).

Tabelle 33*

Einkommen und Einkommens

Mrd

Zeitraum [2]	Erwerbs- und Vermögenseinkommen					Zinsen auf Konsumentenschulden	Empfangene [4]	Geleistete [5]	Verfügbares Einkommen insgesamt [3]
	insgesamt [3]	Bruttoeinkommen aus			Vermögenseinkommen		laufende Übertragungen		
		unselbständiger Arbeit		Unternehmertätigkeit [3]					
		zusammen	darunter Bruttolohn- und -gehaltssumme						
1960	226,35	144,39	124,54	76,40	5,56	0,91	44,42	59,48	210,38
1961	246,16	162,81	140,44	77,30	6,05	1,09	48,64	68,91	224,80
1962	268,46	180,13	155,54	81,79	6,54	1,24	53,35	77,55	243,02
1963	283,35	193,15	166,90	82,72	7,48	1,35	57,39	84,42	254,97
1964	311,44	211,17	183,81	91,96	8,31	1,57	62,63	91,66	280,84
1965	341,56	234,13	203,13	97,63	9,80	1,71	70,38	100,20	310,03
1966	363,95	252,06	217,96	99,98	11,91	1,77	77,09	111,58	327,69
1967	366,71	251,84	217,89	102,03	12,84	1,89	85,55	114,47	335,90
1968	399,22	270,38	232,75	114,51	14,33	1,95	90,34	125,60	362,01
1969	440,38	304,07	261,10	118,89	17,42	2,42	98,12	144,11	391,97
1970	515,95	360,64	307,90	131,93	23,38	3,34	108,47	174,88	446,20
1971	571,82	408,74	348,19	137,56	25,52	3,93	122,36	204,16	486,09
1972	623,57	452,48	383,35	142,65	28,44	4,57	139,81	228,62	530,19
1973	698,75	514,50	432,64	148,25	36,00	5,94	156,46	274,66	574,61
1974	749,73	568,62	475,66	141,52	39,59	6,87	179,15	308,76	613,25
1975	780,70	593,59	492,72	146,02	41,09	6,41	219,28	325,62	667,95
1976	853,12	640,55	527,69	169,87	42,70	6,31	237,05	367,41	716,45
1977	910,21	688,05	567,94	175,86	46,30	6,72	252,29	395,06	760,72
1978	973,75	734,55	605,13	191,18	48,02	7,28	266,07	415,78	816,76
1979	1 049,85	794,58	653,68	198,61	56,66	9,17	284,59	444,24	881,03
1980	1 114,68	863,88	709,52	177,84	72,96	13,19	304,15	483,70	921,94
1981	1 156,25	905,98	743,89	162,05	88,22	16,63	330,05	507,78	961,89
1982	1 194,74	933,93	764,44	162,20	98,61	18,47	349,20	530,38	995,09
1983	1 243,18	953,44	777,42	196,46	93,28	17,86	355,99	545,21	1 036,10
1984	1 305,80	988,33	802,93	214,64	102,83	17,76	364,03	573,91	1 078,16
1985	1 365,34	1 026,41	833,78	229,52	109,41	17,67	375,56	603,30	1 119,93
1986	1 456,97	1 079,49	876,63	266,63	110,85	17,93	392,36	631,99	1 199,41
1987	1 508,79	1 124,70	912,81	274,12	109,97	17,48	412,89	663,64	1 240,56
1988	1 594,08	1 169,38	948,87	307,80	116,90	18,17	433,31	690,00	1 319,22
1989	1 684,38	1 221,89	992,81	328,87	133,62	19,46	453,31	733,74	1 384,49
1990	1 832,95	1 317,73	1 070,18	360,33	154,89	22,34	480,49	765,45	1 525,65
1991	1 946,82	1 422,07	1 154,60	352,88	171,87	26,80	513,10	852,97	1 580,15
1988 1. Hj.	757,85	545,23	441,76	212,62		8,87	213,51	323,23	639,26
2. Hj.	840,16	624,15	507,11	216,01		9,30	219,80	366,77	683,89
1989 1. Hj.	806,97	570,54	462,86	236,43		9,37	222,70	345,13	675,17
2. Hj.	887,19	651,35	529,95	235,84		10,09	230,61	388,61	719,10
1990 1. Hj.	873,14	614,07	497,54	259,07		10,69	234,87	359,40	737,92
2. Hj.	964,56	703,66	572,64	260,90		11,65	245,62	406,05	792,48
1991 1. Hj.	958,80	660,80	535,82	298,00		12,80	248,96	393,07	801,89
2. Hj.	1 047,84	761,27	618,78	286,57		14,00	264,14	459,90	838,08
1992 1. Hj.	1 011,71	702,46	568,02	309,25		15,36	268,43	434,27	830,51

[1] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[2] Ab 1990 vorläufige Ergebnisse.
[3] Für Halbjahre: Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[4] Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Schadenversicherungsleistungen, übrige laufende Übertragungen.

Tabelle 33*

verwendung der privaten Haushalte [1])

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis insgesamt	Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne	Sparquote [6]) (vH)	Vermögensübertragungen: Empfangene	Vermögensübertragungen: Geleistete	Finanzierungssaldo	Zeitraum [2])
171,84	38,54	22,42	16,12	*8,6*	3,01	3,02	16,11	1960
188,33	36,47	17,71	18,76	*9,1*	4,05	3,72	19,09	1961
204,79	38,23	18,92	19,31	*8,6*	4,52	4,51	19,32	1962
216,79	38,18	14,39	23,79	*9,9*	4,11	4,90	23,00	1963
233,50	47,34	17,67	29,67	*11,3*	4,58	5,86	28,39	1964
257,62	52,41	16,59	35,82	*12,2*	5,23	6,61	34,44	1965
275,06	52,63	16,56	36,07	*11,6*	5,25	7,41	33,91	1966
282,63	53,27	17,77	35,50	*11,2*	5,38	8,95	31,93	1967
300,74	61,27	18,14	43,13	*12,5*	5,75	10,24	38,64	1968
330,90	61,07	10,43	50,64	*13,3*	5,86	11,04	45,46	1969
368,85	77,35	18,23	59,12	*13,8*	8,26	12,71	54,67	1970
408,98	77,11	13,19	63,92	*13,5*	11,00	15,05	59,87	1971
451,96	78,23	2,13	76,10	*14,4*	12,39	19,07	69,42	1972
495,59	79,02	– 0,82	79,84	*13,9*	12,43	20,22	72,05	1973
533,64	79,61	–11,39	91,00	*14,6*	15,56	23,67	82,89	1974
583,45	84,50	–19,54	104,04	*15,1*	17,27	25,36	95,95	1975
631,87	84,58	–12,35	96,93	*13,3*	18,72	28,93	86,72	1976
682,13	78,59	–16,10	94,69	*12,2*	19,11	30,56	83,24	1977
725,94	90,82	– 8,98	99,80	*12,1*	19,25	33,20	85,85	1978
781,31	99,72	–13,84	113,56	*12,7*	19,60	35,09	98,07	1979
837,02	84,92	–38,47	123,39	*12,8*	21,36	36,99	107,76	1980
883,52	78,37	–60,53	138,90	*13,6*	19,86	38,08	120,68	1981
916,10	78,99	–54,64	133,63	*12,7*	20,69	37,52	116,80	1982
959,28	76,82	–40,57	117,39	*10,9*	22,36	39,12	100,63	1983
1 001,20	76,96	–51,68	128,64	*11,4*	23,23	41,55	110,32	1984
1 036,53	83,40	–50,18	133,58	*11,4*	21,48	42,04	113,02	1985
1 066,43	132,98	–16,29	149,27	*12,3*	20,98	43,78	126,47	1986
1 108,02	132,54	–27,02	159,56	*12,6*	18,85	47,07	131,34	1987
1 153,69	165,53	– 3,93	169,46	*12,8*	19,93	47,44	141,95	1988
1 220,95	163,54	– 9,78	173,32	*12,4*	18,41	45,01	146,72	1989
1 321,21	204,44	– 4,75	209,19	*13,7*	16,58	46,86	178,91	1990
1 420,65	159,50	–59,82	219,32	*13,4*	20,53	49,02	190,83	1991
556,40	.	.	82,86	*13,0*	9,51	23,77	68,60	1988 1. Hj.
597,29	.	.	86,60	*12,7*	10,42	23,67	73,35	2. Hj.
590,36	.	.	84,81	*12,6*	8,76	22,59	70,98	1989 1. Hj.
630,59	.	.	88,51	*12,3*	9,65	22,42	75,74	2. Hj.
635,52	.	.	102,40	*13,9*	7,88	23,02	87,26	1990 1. Hj.
685,69	.	.	106,79	*13,5*	8,70	23,84	91,65	2. Hj.
690,54	.	.	111,35	*13,9*	9,74	24,10	96,99	1991 1. Hj.
730,11	.	.	107,97	*12,9*	10,79	24,92	93,84	2. Hj.
725,36	.	.	105,15	*12,7*	9,97	24,88	90,24	1992 1. Hj.

[5]) Direkte Steuern, Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, übrige laufende Übertragungen.
[6]) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (jeweils ohne nichtentnommene Gewinne).

Tabelle 34*

Verwendung des

Zeitraum[1]	Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr[2]	Einfuhr[2]	Außen-beitrag[3]
				zu-sammen	Aus-rüstungen	Bauten				
	Mrd DM in jeweiligen Preisen									
1960	303,00	171,84	40,45	73,58	27,14	46,44	+ 9,20	60,68	52,75	+ 7,93
1961	331,40	188,33	45,78	83,46	31,32	52,14	+ 6,70	63,20	56,07	+ 7,13
1962	360,50	204,79	52,83	92,88	34,98	57,90	+ 5,70	66,26	61,96	+ 4,30
1963	382,10	216,79	59,39	97,71	35,64	62,07	+ 2,60	72,03	66,42	+ 5,61
1964	419,60	233,50	62,10	111,70	39,21	72,49	+ 6,40	79,86	73,96	+ 5,90
1965	458,20	257,62	69,65	119,90	43,35	76,55	+10,70	87,19	86,86	+ 0,33
1966	487,40	275,06	75,45	124,17	43,98	80,19	+ 5,30	98,42	91,00	+ 7,42
1967	493,70	282,63	80,05	114,18	41,07	73,11	– 0,50	106,41	89,07	+ 17,34
1968	533,70	300,74	82,73	119,39	43,14	76,25	+11,10	120,21	100,47	+ 19,74
1969	597,80	330,90	93,12	138,90	53,59	85,31	+17,30	137,34	119,76	+ 17,58
1970	675,70	368,85	106,47	172,05	65,88	106,17	+14,20	152,93	138,80	+ 14,13
1971	750,40	408,98	126,76	196,11	72,66	123,45	+ 4,47	166,96	152,88	+ 14,08
1972	824,60	451,96	141,04	209,17	72,74	136,43	+ 4,30	181,86	163,73	+ 18,13
1973	918,80	495,59	163,09	219,26	75,27	143,99	+12,38	214,05	185,57	+ 28,48
1974	983,70	533,64	190,11	212,71	72,36	140,35	+ 3,71	275,91	232,38	+ 43,53
1975	1 027,70	583,45	210,08	209,41	78,05	131,36	– 6,36	269,55	238,43	+ 31,12
1976	1 123,80	631,87	221,86	225,65	86,08	139,57	+15,68	306,54	277,80	+ 28,74
1977	1 195,60	682,13	235,13	242,43	95,32	147,11	+ 6,99	324,53	295,61	+ 28,92
1978	1 289,40	725,94	253,09	264,90	105,75	159,15	+ 7,23	341,20	302,96	+ 38,24
1979	1 393,80	781,31	273,54	301,29	118,58	182,71	+23,00	374,59	359,93	+ 14,66
1980	1 477,40	837,02	298,02	332,08	126,84	205,24	+11,77	420,66	422,15	– 1,49
1981	1 539,60	883,52	318,39	331,29	126,96	204,33	–10,55	481,70	464,75	+ 16,95
1982	1 590,30	916,10	326,44	323,45	123,61	199,84	–16,04	517,69	477,34	+ 40,35
1983	1 675,70	959,28	336,44	340,81	134,95	205,86	– 1,50	522,24	481,57	+ 40,67
1984	1 763,30	1 001,20	350,44	350,67	137,13	213,54	+ 5,32	585,80	530,13	+ 55,67
1985	1 834,50	1 036,53	365,72	355,81	153,03	202,78	+ 1,25	644,66	569,47	+ 75,19
1986	1 936,10	1 066,43	382,55	373,48	160,87	212,61	+ 2,92	637,02	526,30	+110,72
1987	2 003,00	1 108,02	397,28	385,78	169,43	216,35	– 0,56	637,52	525,04	+112,48
1988	2 108,00	1 153,69	412,38	409,90	182,46	227,44	+10,30	687,87	566,14	+121,73
1989	2 249,10	1 220,95	418,82	448,52	203,47	245,05	+16,01	788,29	643,49	+144,80
1990	2 439,10	1 321,21	444,35	506,81	234,01	272,80	+ 3,13	882,28	718,68	+163,60
1991	2 631,20	1 420,65	468,07	565,07	261,58	303,49	– 8,61	1 013,23	827,21	+186,02
1992 1. Hj.	1 348,60	725,36	230,45	287,38	126,91	160,47	+10,48	522,41	427,48	+ 94,93
	Anteil in vH									
1960	*100*	*56,7*	*13,3*	*24,3*	*9,0*	*15,3*	*+3,0*	*20,0*	*17,4*	*+2,6*
1965	*100*	*56,2*	*15,2*	*26,2*	*9,5*	*16,7*	*+2,3*	*19,0*	*19,0*	*+0,1*
1966	*100*	*56,4*	*15,5*	*25,5*	*9,0*	*16,5*	*+1,1*	*20,2*	*18,7*	*+1,5*
1967	*100*	*57,2*	*16,2*	*23,1*	*8,3*	*14,8*	*–0,1*	*21,6*	*18,0*	*+3,5*
1968	*100*	*56,4*	*15,5*	*22,4*	*8,1*	*14,3*	*+2,1*	*22,5*	*18,8*	*+3,7*
1969	*100*	*55,4*	*15,6*	*23,2*	*9,0*	*14,3*	*+2,9*	*23,0*	*20,0*	*+2,9*
1970	*100*	*54,6*	*15,8*	*25,5*	*9,7*	*15,7*	*+2,1*	*22,6*	*20,5*	*+2,1*
1971	*100*	*54,5*	*16,9*	*26,1*	*9,7*	*16,5*	*+0,6*	*22,2*	*20,4*	*+1,9*
1972	*100*	*54,8*	*17,1*	*25,4*	*8,8*	*16,5*	*+0,5*	*22,1*	*19,9*	*+2,2*
1973	*100*	*53,9*	*17,8*	*23,9*	*8,2*	*15,7*	*+1,3*	*23,3*	*20,2*	*+3,1*
1974	*100*	*54,2*	*19,3*	*21,6*	*7,4*	*14,3*	*+0,4*	*28,0*	*23,6*	*+4,4*
1975	*100*	*56,8*	*20,4*	*20,4*	*7,6*	*12,8*	*–0,6*	*26,2*	*23,2*	*+3,0*
1976	*100*	*56,2*	*19,7*	*20,1*	*7,7*	*12,4*	*+1,4*	*27,3*	*24,7*	*+2,6*
1977	*100*	*57,1*	*19,7*	*20,3*	*8,0*	*12,3*	*+0,6*	*27,1*	*24,7*	*+2,4*
1978	*100*	*56,3*	*19,6*	*20,5*	*8,2*	*12,3*	*+0,6*	*26,5*	*23,5*	*+3,0*
1979	*100*	*56,1*	*19,6*	*21,6*	*8,5*	*13,1*	*+1,7*	*26,9*	*25,8*	*+1,1*
1980	*100*	*56,7*	*20,2*	*22,5*	*8,6*	*13,9*	*+0,8*	*28,5*	*28,6*	*–0,1*
1981	*100*	*57,4*	*20,7*	*21,5*	*8,2*	*13,3*	*–0,7*	*31,3*	*30,2*	*+1,1*
1982	*100*	*57,6*	*20,5*	*20,3*	*7,8*	*12,6*	*–1,0*	*32,6*	*30,0*	*+2,5*
1983	*100*	*57,2*	*20,1*	*20,3*	*8,1*	*12,3*	*–0,1*	*31,2*	*28,7*	*+2,4*
1984	*100*	*56,8*	*19,9*	*19,9*	*7,8*	*12,1*	*+0,3*	*33,2*	*30,1*	*+3,2*
1985	*100*	*56,5*	*19,9*	*19,4*	*8,3*	*11,1*	*+0,1*	*35,1*	*31,0*	*+4,1*
1986	*100*	*55,1*	*19,8*	*19,3*	*8,3*	*11,0*	*+0,2*	*32,9*	*27,2*	*+5,7*
1987	*100*	*55,3*	*19,8*	*19,3*	*8,5*	*10,8*	*–0,0*	*31,8*	*26,2*	*+5,6*
1988	*100*	*54,7*	*19,6*	*19,4*	*8,7*	*10,8*	*+0,5*	*32,6*	*26,9*	*+5,8*
1989	*100*	*54,3*	*18,6*	*19,9*	*9,0*	*10,9*	*+0,7*	*35,0*	*28,6*	*+6,4*
1990	*100*	*54,2*	*18,2*	*20,8*	*9,6*	*11,2*	*+0,1*	*36,2*	*29,5*	*+6,7*
1991	*100*	*54,0*	*17,8*	*21,5*	*9,9*	*11,5*	*–0,3*	*38,5*	*31,4*	*+7,1*
1992 1. Hj.	*100*	*53,8*	*17,1*	*21,3*	*9,4*	*11,9*	*+0,8*	*38,7*	*31,7*	*+7,0*

[1]) Ab 1990 vorläufige Ergebnisse.
[2]) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen mit der übrigen Welt und mit den neuen Bundesländern und Berlin (Ost).

Tabelle 34*

Sozialprodukts

Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr[2]	Einfuhr[2]	Außen-beitrag[3]	Zeitraum[1]
			zu-sammen	Aus-rüstungen	Bauten					
Mrd DM in Preisen von 1985										
859,80	444,86	159,19	218,84	64,40	154,44	+21,29	143,57	127,95	+15,62	1960
896,40	471,87	169,05	233,30	71,88	161,42	+11,07	150,16	139,05	+11,11	1961
937,50	498,48	185,27	242,39	77,32	165,07	+10,76	153,87	153,27	+ 0,60	1962
963,30	512,33	196,74	245,39	77,58	167,81	+ 4,14	165,15	160,45	+ 4,70	1963
1 026,40	539,69	200,17	272,94	83,58	189,36	+10,86	178,11	175,37	+ 2,74	1964
1 080,30	576,70	209,96	285,96	89,92	196,04	+18,71	189,05	200,08	-11,03	1965
1 111,10	594,58	216,50	289,29	88,30	200,99	+ 8,46	207,71	205,44	+ 2,27	1966
1 108,40	601,41	224,41	269,27	80,74	188,53	- 7,17	224,86	204,38	+20,48	1967
1 172,00	630,06	225,40	278,33	86,41	191,92	+14,10	254,31	230,20	+24,11	1968
1 259,80	680,29	235,32	305,78	104,56	201,22	+27,29	279,88	268,76	+11,12	1969
1 322,80	731,92	245,51	334,04	120,94	213,10	+27,36	297,14	313,17	-16,03	1970
1 363,10	772,71	258,07	354,14	126,34	227,80	+ 6,76	310,88	339,46	-28,58	1971
1 422,30	808,64	268,77	363,46	123,20	240,26	+ 7,75	330,73	357,05	-26,32	1972
1 491,10	833,04	282,21	362,46	122,63	239,83	+22,17	364,91	373,69	- 8,78	1973
1 491,90	837,60	293,44	327,24	109,44	217,80	+ 4,96	408,69	380,03	+28,66	1974
1 473,00	863,82	304,74	310,34	109,31	201,03	- 7,64	382,72	380,98	+ 1,74	1975
1 554,70	897,32	309,47	321,73	116,25	205,48	+25,74	419,94	419,50	+ 0,44	1976
1 594,40	937,80	313,69	333,92	125,47	208,45	+10,97	435,92	437,90	- 1,98	1977
1 649,40	971,48	325,89	348,26	135,11	213,15	+ 9,46	450,79	456,48	- 5,69	1978
1 715,90	1 003,06	336,92	372,16	147,18	224,98	+32,91	471,73	500,88	-29,15	1979
1 733,80	1 015,57	345,66	380,79	150,95	229,84	+16,15	498,73	523,10	-24,37	1980
1 735,70	1 007,92	351,96	362,21	143,88	218,33	-10,46	540,12	516,05	+24,07	1981
1 716,50	992,55	348,79	343,13	133,59	209,54	-11,86	559,64	515,75	+43,89	1982
1 748,40	1 005,92	349,54	354,59	141,64	212,95	+ 0,52	554,12	516,29	+37,83	1983
1 802,00	1 021,68	358,31	355,70	140,36	215,34	+ 7,47	601,64	542,80	+58,84	1984
1 834,50	1 036,53	365,72	355,81	153,03	202,78	+ 1,25	644,66	569,47	+75,19	1985
1 874,40	1 072,01	375,04	368,49	159,46	209,03	+ 2,69	645,24	589,07	+56,17	1986
1 902,30	1 106,88	380,85	376,22	167,25	208,97	+ 1,00	651,31	613,96	+37,35	1987
1 971,80	1 137,00	389,10	393,68	178,27	215,41	+12,03	689,62	649,63	+39,99	1988
2 050,30	1 167,37	382,67	419,08	194,21	224,87	+16,95	768,59	704,36	+64,23	1989
2 149,80	1 230,68	391,75	455,46	219,68	235,78	+ 5,76	854,05	787,90	+66,15	1990
2 226,80	1 274,63	393,60	485,01	239,64	245,37	- 4,54	962,25	884,15	+78,10	1991
1 113,30	629,92	197,55	238,50	114,02	124,48	+14,78	490,80	458,25	+32,55	1992 1. Hj.
Anteil in vH										
100	*51,7*	*18,5*	*25,5*	*7,5*	*18,0*	*+2,5*	*16,7*	*14,9*	*+1,8*	1960
100	*53,4*	*19,4*	*26,5*	*8,3*	*18,1*	*+1,7*	*17,5*	*18,5*	*-1,0*	1965
100	*53,5*	*19,5*	*26,0*	*7,9*	*18,1*	*+0,8*	*18,7*	*18,5*	*+0,2*	1966
100	*54,3*	*20,2*	*24,3*	*7,3*	*17,0*	*-0,6*	*20,3*	*18,4*	*+1,8*	1967
100	*53,8*	*19,2*	*23,7*	*7,4*	*16,4*	*+1,2*	*21,7*	*19,6*	*+2,1*	1968
100	*54,0*	*18,7*	*24,3*	*8,3*	*16,0*	*+2,2*	*22,2*	*21,3*	*+0,9*	1969
100	*55,3*	*18,6*	*25,3*	*9,1*	*16,1*	*+2,1*	*22,5*	*23,7*	*-1,2*	1970
100	*56,7*	*18,9*	*26,0*	*9,3*	*16,7*	*+0,5*	*22,8*	*24,9*	*-2,1*	1971
100	*56,9*	*18,9*	*25,6*	*8,7*	*16,9*	*+0,5*	*23,3*	*25,1*	*-1,9*	1972
100	*55,9*	*18,9*	*24,3*	*8,2*	*16,1*	*+1,5*	*24,5*	*25,1*	*-0,6*	1973
100	*56,1*	*19,7*	*21,9*	*7,3*	*14,6*	*+0,3*	*27,4*	*25,5*	*+1,9*	1974
100	*58,6*	*20,7*	*21,1*	*7,4*	*13,6*	*-0,5*	*26,0*	*25,9*	*+0,1*	1975
100	*57,7*	*19,9*	*20,7*	*7,5*	*13,2*	*+1,7*	*27,0*	*27,0*	*+0,0*	1976
100	*58,8*	*19,7*	*20,9*	*7,9*	*13,1*	*+0,7*	*27,3*	*27,5*	*-0,1*	1977
100	*58,9*	*19,8*	*21,1*	*8,2*	*12,9*	*+0,6*	*27,3*	*27,7*	*-0,3*	1978
100	*58,5*	*19,6*	*21,7*	*8,6*	*13,1*	*+1,9*	*27,5*	*29,2*	*-1,7*	1979
100	*58,6*	*19,9*	*22,0*	*8,7*	*13,3*	*+0,9*	*28,8*	*30,2*	*-1,4*	1980
100	*58,1*	*20,3*	*20,9*	*8,3*	*12,6*	*-0,6*	*31,1*	*29,7*	*+1,4*	1981
100	*57,8*	*20,3*	*20,0*	*7,8*	*12,2*	*-0,7*	*32,6*	*30,0*	*+2,6*	1982
100	*57,5*	*20,0*	*20,3*	*8,1*	*12,2*	*+0,0*	*31,7*	*29,5*	*+2,2*	1983
100	*56,7*	*19,9*	*19,7*	*7,8*	*12,0*	*+0,4*	*33,4*	*30,1*	*+3,3*	1984
100	*56,5*	*19,9*	*19,4*	*8,3*	*11,1*	*+0,1*	*35,1*	*31,0*	*+4,1*	1985
100	*57,2*	*20,0*	*19,7*	*8,5*	*11,2*	*+0,1*	*34,4*	*31,4*	*+3,0*	1986
100	*58,2*	*20,0*	*19,8*	*8,8*	*11,0*	*+0,1*	*34,2*	*32,3*	*+2,0*	1987
100	*57,7*	*19,7*	*20,0*	*9,0*	*10,9*	*+0,6*	*35,0*	*32,9*	*+2,0*	1988
100	*56,9*	*18,7*	*20,4*	*9,5*	*11,0*	*+0,8*	*37,5*	*34,4*	*+3,1*	1989
100	*57,2*	*18,2*	*21,2*	*10,2*	*11,0*	*+0,3*	*39,7*	*36,6*	*+3,1*	1990
100	*57,2*	*17,7*	*21,8*	*10,8*	*11,0*	*-0,2*	*43,2*	*39,7*	*+3,5*	1991
100	*56,6*	*17,7*	*21,4*	*10,2*	*11,2*	*+1,3*	*44,1*	*41,2*	*+2,9*	1992 1. Hj.

[3] Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 35*

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Zeitraum [1]	Insgesamt	Ausrüstungen [2]			Bauten [3]				Vorratsveränderung
		zusammen	Unternehmen [4]	Staat	zusammen	Unternehmen [4] zusammen	Unternehmen [4] darunter Wohnbauten	Staat	
	In jeweiligen Preisen								
1960	82,78	27,14	26,23	0,91	46,44	37,63	21,62	8,81	+ 9,20
1961	90,16	31,32	30,29	1,03	52,14	41,73	23,93	10,41	+ 6,70
1962	98,58	34,98	33,76	1,22	57,90	44,84	26,12	13,06	+ 5,70
1963	100,31	35,64	34,24	1,40	62,07	46,36	27,44	15,71	+ 2,60
1964	118,10	39,21	37,74	1,47	72,49	53,08	31,92	19,41	+ 6,40
1965	130,60	43,35	41,70	1,65	76,55	57,34	34,51	19,21	+10,70
1966	129,47	43,98	42,35	1,63	80,19	60,62	36,90	19,57	+ 5,30
1967	113,68	41,07	39,50	1,57	73,11	55,81	36,25	17,30	- 0,50
1968	130,49	43,14	41,63	1,51	76,25	57,08	37,07	19,17	+11,10
1969	156,20	53,59	51,87	1,72	85,31	63,30	39,02	22,01	+17,30
1970	186,25	65,88	63,69	2,19	106,17	77,27	45,44	28,90	+14,20
1971	200,58	72,66	69,99	2,67	123,45	92,45	55,34	31,00	+ 4,47
1972	213,47	72,74	69,85	2,89	136,43	105,47	66,19	30,96	+ 4,30
1973	231,64	75,27	72,00	3,27	143,99	112,13	71,58	31,86	+12,38
1974	216,42	72,36	68,63	3,73	140,35	104,05	64,88	36,30	+ 3,71
1975	203,05	78,05	74,35	3,70	131,36	95,33	59,11	36,03	- 6,36
1976	241,33	86,08	82,51	3,57	139,57	103,85	64,78	35,72	+15,68
1977	249,42	95,32	91,35	3,97	147,11	112,04	70,29	35,07	+ 6,99
1978	272,13	105,75	101,33	4,42	159,15	121,22	76,36	37,93	+ 7,23
1979	324,29	118,58	113,62	4,96	182,71	139,76	88,55	42,95	+23,00
1980	343,85	126,84	121,38	5,46	205,24	157,96	99,53	47,28	+11,77
1981	320,74	126,96	121,86	5,10	204,33	159,73	99,81	44,60	-10,55
1982	307,41	123,61	118,94	4,67	199,84	159,07	97,82	40,77	-16,04
1983	339,31	134,95	130,29	4,66	205,86	168,34	105,77	37,52	- 1,50
1984	355,99	137,13	132,02	5,11	213,54	176,49	111,04	37,05	+ 5,32
1985	357,06	153,03	147,08	5,95	202,78	165,82	100,85	36,96	+ 1,25
1986	376,40	160,87	154,33	6,54	212,61	171,86	101,83	40,75	+ 2,92
1987	385,22	169,43	162,34	7,09	216,35	175,45	102,58	40,90	- 0,56
1988	420,20	182,46	175,28	7,18	227,44	185,71	108,61	41,73	+10,30
1989	464,53	203,47	195,39	8,08	245,05	200,76	117,93	44,29	+16,01
1990	509,94	234,01	225,11	8,90	272,80	225,67	135,02	47,13	+ 3,13
1991	556,46	261,58	252,18	9,40	303,49	252,02	150,68	51,47	- 8,61
1986 1. Hj.	179,08	74,68	72,40	2,28	95,35	78,20	46,57	17,15	+ 9,05
2. Hj.	197,32	86,19	81,93	4,26	117,26	93,66	55,26	23,60	- 6,13
1987 1. Hj.	184,59	77,87	75,33	2,54	96,17	79,20	46,47	16,97	+10,55
2. Hj.	200,63	91,56	87,01	4,55	120,18	96,25	56,11	23,93	-11,11
1988 1. Hj.	203,02	82,66	80,05	2,61	106,19	87,41	51,30	18,78	+14,17
2. Hj.	217,18	99,80	95,23	4,57	121,25	98,30	57,31	22,95	- 3,87
1989 1. Hj.	224,03	92,10	89,37	2,73	116,87	96,24	56,78	20,63	+15,06
2. Hj.	240,50	111,37	106,02	5,35	128,18	104,52	61,15	23,66	+ 0,95
1990 1. Hj.	249,23	106,91	103,80	3,11	129,88	107,96	64,62	21,92	+12,44
2. Hj.	260,71	127,10	121,31	5,79	142,92	117,71	70,40	25,21	- 9,31
1991 1. Hj.	277,49	124,29	121,10	3,19	142,90	119,48	71,57	23,42	+10,30
2. Hj.	278,97	137,29	131,08	6,21	160,59	132,54	79,11	28,05	-18,91
1992 1.Hj.	297,86	126,91	123,54	3,37	160,47	134,42	80,83	26,05	+10,48

[1] Ab 1990 vorläufige Ergebnisse.
[2] Käufe von neuen Ausrüstungen (einschließlich selbsterstellter Ausrüstungen) sowie von gebrauchten Ausrüstungen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Ausrüstungen einschließlich Anlageschrott.

Tabelle 35*

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Insgesamt	Ausrüstungen[2] zusammen	Ausrüstungen[2] Unternehmen[4]	Ausrüstungen[2] Staat	Bauten[3] zusammen	Bauten[3] Unternehmen[4] zusammen	Bauten[3] Unternehmen[4] darunter Wohnbauten	Bauten[3] Staat	Vorratsveränderung	Zeitraum[1]
				In Preisen von 1985					
240,13	64,40	62,41	1,99	154,44	129,75	82,56	24,69	+21,29	1960
244,37	71,88	69,64	2,24	161,42	134,13	84,94	27,29	+11,07	1961
253,15	77,32	74,67	2,65	165,07	133,64	85,44	31,43	+10,76	1962
249,53	77,58	74,57	3,01	167,81	131,51	85,10	36,30	+ 4,14	1963
283,80	83,58	80,45	3,13	189,36	144,83	94,70	44,53	+10,86	1964
304,67	89,92	86,45	3,47	196,04	151,21	98,54	44,83	+18,71	1965
297,75	88,30	84,94	3,36	200,99	155,72	102,21	45,27	+ 8,46	1966
262,10	80,74	77,57	3,17	188,53	147,28	102,25	41,25	- 7,17	1967
292,43	86,41	83,36	3,05	191,92	147,71	101,17	44,21	+14,10	1968
333,07	104,56	101,23	3,33	201,22	153,31	100,25	47,91	+27,29	1969
361,40	120,94	116,95	3,99	213,10	159,25	99,20	53,85	+27,36	1970
360,90	126,34	121,70	4,64	227,80	174,38	109,61	53,42	+ 6,76	1971
371,21	123,20	118,27	4,93	240,26	188,74	123,23	51,52	+ 7,75	1972
384,63	122,63	117,26	5,37	239,83	189,24	124,77	50,59	+22,17	1973
332,20	109,44	103,69	5,75	217,80	163,74	106,25	54,06	+ 4,96	1974
302,70	109,31	103,90	5,41	201,03	148,19	95,06	52,84	- 7,64	1975
347,47	116,25	111,18	5,07	205,48	154,36	98,89	51,12	+25,74	1976
344,89	125,47	120,02	5,45	208,45	160,04	102,44	48,41	+10,97	1977
357,72	135,11	129,26	5,85	213,15	163,89	105,24	49,26	+ 9,46	1978
405,07	147,18	140,86	6,32	224,98	174,19	112,49	50,79	+32,91	1979
396,94	150,95	144,38	6,57	229,84	179,33	115,02	50,51	+16,15	1980
351,75	143,88	138,01	5,87	218,33	172,30	109,31	46,03	-10,46	1981
331,27	133,59	128,53	5,06	209,54	167,32	103,91	42,22	-11,86	1982
355,11	141,64	136,75	4,89	212,95	174,34	109,79	38,61	+ 0,52	1983
363,17	140,36	135,14	5,22	215,34	177,92	112,00	37,42	+ 7,47	1984
357,06	153,03	147,08	5,95	202,78	165,82	100,85	36,96	+ 1,25	1985
371,18	159,46	152,98	6,48	209,03	169,10	100,27	39,93	+ 2,69	1986
377,22	167,25	160,26	6,99	208,97	169,54	99,02	39,43	+ 1,00	1987
405,71	178,27	171,31	6,96	215,41	175,82	102,70	39,59	+12,03	1988
436,03	194,21	186,61	7,60	224,87	184,03	107,73	40,84	+16,95	1989
461,22	219,68	211,30	8,38	235,78	194,95	116,16	40,83	+ 5,76	1990
480,47	239,64	231,18	8,46	245,37	203,68	121,08	41,69	- 4,54	1991
179,73	74,17	71,90	2,27	94,20	77,34	46,08	16,86	+11,36	1986 1. Hj.
191,45	85,29	81,08	4,21	114,83	91,76	54,19	23,07	- 8,67	2. Hj.
184,72	77,06	74,55	2,51	93,34	76,90	45,08	16,44	+14,32	1987 1. Hj.
192,50	90,19	85,71	4,48	115,63	92,64	53,94	22,99	-13,32	2. Hj.
200,05	81,20	78,65	2,55	101,27	83,36	48,84	17,91	+17,58	1988 1. Hj.
205,66	97,07	92,66	4,41	114,14	92,46	53,86	21,68	- 5,55	2. Hj.
213,57	88,26	85,68	2,58	108,23	89,04	52,34	19,19	+17,08	1989 1. Hj.
222,46	105,95	100,93	5,02	116,64	94,99	55,39	21,65	- 0,13	2. Hj.
230,27	100,86	97,91	2,95	113,86	94,59	56,38	19,27	+15,55	1990 1. Hj.
230,95	118,82	113,39	5,43	121,92	100,36	59,78	21,56	- 9,79	2. Hj.
245,35	114,37	111,46	2,91	117,16	97,91	58,36	19,25	+13,82	1991 1. Hj.
235,12	125,27	119,72	5,55	128,21	105,77	62,72	22,44	-18,36	2. Hj.
253,28	114,02	111,03	2,99	124,48	104,25	62,20	20,23	+14,78	1992 1. Hj.

[3] Käufe von neuen Bauten (einschließlich selbsterstellter Bauten) sowie Käufe abzüglich Verkäufe von Land.
[4] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 36*

Anlageinvestitionen

Mrd

In jeweiligen Preisen

Zeitraum[1]	Insgesamt[2]	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[4]	Dienstleistungsunternehmen[5]	Wohnungsvermietung[6]	Staat[7]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe[3]	Baugewerbe				
	Neue Ausrüstungen									
1960	28,01	3,10	15,91	2,64	11,43	1,84	6,22	1,59	—	1,19
1961	32,29	3,70	18,47	2,86	13,37	2,24	6,98	1,79	—	1,35
1962	35,99	3,71	20,68	3,40	14,89	2,39	8,19	1,81	—	1,60
1963	36,68	3,43	20,42	3,30	14,64	2,48	8,98	2,02	—	1,83
1964	40,40	4,06	23,09	3,73	16,72	2,64	8,96	2,35	—	1,94
1965	44,58	4,74	25,48	3,65	19,28	2,55	9,21	2,99	—	2,16
1966	45,23	4,46	25,37	3,34	19,97	2,06	9,60	3,67	—	2,13
1967	42,34	3,36	23,65	3,65	17,86	2,14	9,19	4,08	—	2,06
1968	44,48	3,10	24,79	3,21	19,20	2,38	10,03	4,53	—	2,03
1969	55,32	4,09	31,71	3,27	25,21	3,23	11,19	6,01	—	2,32
1970	67,92	4,44	39,51	4,34	31,36	3,81	13,62	7,39	—	2,96
1971	74,99	4,12	43,38	6,10	33,05	4,23	16,03	7,92	—	3,54
1972	75,39	4,37	42,42	7,12	30,96	4,34	16,47	8,32	—	3,81
1973	77,85	5,32	40,84	7,43	29,69	3,72	17,00	10,48	—	4,21
1974	75,53	4,88	40,46	8,64	29,38	2,44	16,36	9,17	—	4,66
1975	81,39	5,46	42,93	9,52	30,58	2,83	15,97	12,49	—	4,54
1976	89,22	6,21	45,81	8,57	34,04	3,20	17,33	15,41	—	4,46
1977	98,47	7,17	46,92	7,36	35,98	3,58	19,55	19,89	—	4,94
1978	109,07	7,70	49,88	7,74	37,70	4,44	21,50	24,53	—	5,46
1979	121,90	8,02	55,96	7,57	42,83	5,56	21,84	29,98	—	6,10
1980	130,51	7,42	61,78	8,44	47,97	5,37	22,89	31,75	—	6,67
1981	132,05	6,95	61,43	9,73	47,59	4,11	24,30	33,05	—	6,32
1982	128,42	7,15	62,11	13,17	45,45	3,49	23,45	29,85	—	5,86
1983	140,05	8,39	65,76	13,26	48,55	3,95	26,40	33,54	—	5,96
1984	142,79	7,82	65,87	13,82	48,36	3,69	25,93	36,74	—	6,43
1985	159,22	7,92	74,85	13,75	57,41	3,69	29,77	39,27	—	7,41
1986	167,91	7,88	79,83	13,83	61,81	4,19	30,86	41,29	—	8,05
1987	177,37	7,95	83,94	14,06	65,49	4,39	31,80	44,99	—	8,69
1988	191,48	8,44	86,44	13,39	68,39	4,66	34,87	52,85	—	8,88
1989	213,95	9,37	94,65	12,31	76,67	5,67	38,94	61,10	—	9,89
1990	245,05	10,09	106,18	11,20	88,09	6,89	44,44	73,54	—	10,80
1991	277,46	10,96	115,49	11,64	95,71	8,14	...	...	—	11,44
	Neue Bauten									
1960	46,44	1,22	8,34	2,17	5,87	0,30	4,62	2,72	20,13	9,41
1961	52,14	1,26	9,39	2,35	6,68	0,36	4,96	3,20	22,33	11,00
1962	57,90	1,30	9,26	2,80	6,06	0,40	5,55	3,74	24,42	13,63
1963	62,07	1,31	9,28	2,80	6,01	0,47	5,58	3,92	25,58	16,40
1964	72,49	1,45	10,07	3,21	6,28	0,58	5,78	5,31	29,55	20,33
1965	76,55	1,51	10,75	3,45	6,76	0,54	6,14	5,88	32,20	20,07
1966	80,19	1,58	10,88	3,37	6,99	0,52	6,23	6,41	34,50	20,59
1967	73,11	1,48	9,22	3,61	5,09	0,52	6,30	4,33	34,00	17,78
1968	76,25	1,46	7,90	3,03	4,47	0,40	6,88	5,15	35,10	19,76
1969	85,31	1,36	10,17	3,18	6,53	0,46	8,63	5,44	37,07	22,64
1970	106,17	1,28	14,14	3,89	9,74	0,51	10,78	6,75	43,17	30,05
1971	123,45	1,16	16,18	5,02	10,42	0,74	12,83	8,59	52,62	32,07
1972	136,43	1,03	15,66	5,64	9,07	0,95	14,08	10,88	62,81	31,97
1973	143,99	1,11	15,17	5,54	8,60	1,03	14,45	12,84	67,79	32,63
1974	140,35	1,32	14,63	5,96	8,07	0,60	13,48	12,88	61,25	36,79
1975	131,36	1,42	14,23	7,27	6,46	0,50	12,24	11,13	55,74	36,60
1976	139,57	1,55	14,68	7,51	6,68	0,49	13,98	11,75	61,21	36,40
1977	147,11	1,73	16,04	7,36	8,01	0,67	14,16	13,03	66,23	35,92
1978	159,15	1,83	16,29	7,70	7,93	0,66	14,50	16,14	71,56	38,83
1979	182,71	1,84	19,01	8,72	9,51	0,78	16,34	19,07	82,56	43,89
1980	205,24	1,94	22,79	10,53	11,42	0,84	17,62	21,70	92,64	48,55
1981	204,33	1,85	21,74	10,27	10,63	0,84	16,75	23,95	93,51	46,53
1982	199,84	1,96	20,24	9,77	9,73	0,74	16,89	25,51	92,20	43,04
1983	205,86	2,10	19,21	9,45	8,92	0,84	17,50	28,27	98,85	39,93
1984	213,54	2,02	20,04	9,81	9,44	0,79	19,30	29,68	102,91	39,59
1985	202,78	1,98	19,95	9,52	9,82	0,61	20,06	28,48	93,21	39,10
1986	212,61	1,85	23,11	10,22	12,35	0,54	22,33	28,80	93,56	42,96
1987	216,35	1,80	23,50	9,35	13,56	0,59	23,83	29,73	94,26	43,23
1988	227,44	1,85	24,00	9,97	13,41	0,62	25,54	32,02	99,20	44,83
1989	245,05	1,95	26,37	10,45	15,17	0,75	26,53	34,75	107,81	47,64
1990	272,80	2,33	28,86	11,16	16,80	0,90	27,42	40,22	123,42	50,55
1991	303,49	2,18	33,25	13,81	18,23	1,21	...	...	137,21	55,25

[1] Ab 1990 vorläufige Ergebnisse. — [2] Einschließlich selbsterstellter Anlagen. — [3] Einschließlich produzierendes Handwerk. — [4] Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [5] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungsunternehmen (ohne Wohnungsvermietung).

nach Wirtschaftsbereichen Tabelle 36*

DM

In Preisen von 1985

Insgesamt[2]	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe[3]	Baugewerbe	Handel und Verkehr[4]	Dienstleistungsunternehmen[5]	Wohnungsvermietung[6]	Staat[7]	Zeitraum[1]
				Neue Ausrüstungen						
66,54	7,49	39,38	6,24	28,64	4,50	13,82	3,14	—	2,71	1960
74,23	8,68	43,83	6,48	32,02	5,33	15,20	3,47	—	3,05	1961
79,67	8,41	47,10	7,45	34,19	5,46	17,13	3,43	—	3,60	1962
79,97	7,75	45,90	7,14	33,17	5,59	18,49	3,76	—	4,07	1963
86,33	9,09	50,54	7,88	36,86	5,80	18,13	4,32	—	4,25	1964
92,70	10,36	53,98	7,53	41,00	5,45	18,29	5,39	—	4,68	1965
91,05	9,52	52,02	6,73	41,03	4,26	18,56	6,43	—	4,52	1966
83,61	7,08	47,77	7,16	36,21	4,40	17,54	6,93	—	4,29	1967
89,43	6,87	51,06	6,44	39,59	5,03	19,49	7,77	—	4,24	1968
108,40	8,93	63,31	6,33	50,26	6,72	21,41	10,07	—	4,68	1969
125,10	9,01	73,80	7,83	58,51	7,46	24,80	11,89	—	5,60	1970
130,72	7,87	76,60	10,36	58,38	7,86	27,58	12,33	—	6,34	1971
127,91	8,03	72,83	11,68	53,30	7,85	27,64	12,73	—	6,68	1972
126,83	9,30	67,16	11,75	49,01	6,40	27,57	15,71	—	7,09	1973
114,13	7,88	61,69	12,64	45,13	3,92	24,42	12,81	—	7,33	1974
114,05	8,05	60,51	12,97	43,40	4,14	22,24	16,52	—	6,73	1975
120,50	8,73	62,20	11,33	46,39	4,48	23,30	19,85	—	6,42	1976
129,61	9,66	62,26	9,50	47,89	4,87	25,68	25,15	—	6,86	1977
139,41	10,06	64,26	9,70	48,71	5,85	27,41	30,39	—	7,29	1978
151,28	10,18	69,99	9,21	53,70	7,08	26,87	36,40	—	7,84	1979
155,34	9,07	73,96	9,86	57,57	6,53	26,95	37,29	—	8,07	1980
149,69	8,00	69,89	10,91	54,22	4,76	27,43	37,08	—	7,29	1981
138,88	7,79	67,33	14,07	49,42	3,84	25,23	32,17	—	6,36	1982
147,08	8,85	69,15	13,72	51,22	4,21	27,58	35,25	—	6,25	1983
146,19	8,01	67,57	14,05	49,71	3,81	26,47	37,57	—	6,57	1984
159,22	7,92	74,85	13,75	57,41	3,69	29,77	39,27	—	7,41	1985
166,31	7,80	78,62	13,69	60,84	4,09	30,56	41,34	—	7,99	1986
174,74	7,84	81,78	13,81	63,79	4,18	31,26	45,28	—	8,58	1987
186,58	8,21	82,81	12,92	65,54	4,35	33,75	53,20	—	8,61	1988
203,63	8,93	88,23	11,58	71,48	5,17	37,02	60,13	—	9,32	1989
229,41	9,29	96,74	10,31	80,31	6,12	41,70	71,53	—	10,15	1990
253,39	9,66	102,37	10,44	84,88	7,05	...	...	—	10,30	1991
				Neue Bauten						
154,44	3,90	23,90	5,49	17,45	0,96	12,63	9,54	77,48	26,99	1960
161,42	3,80	25,09	5,57	18,43	1,09	12,63	10,50	79,87	29,53	1961
165,07	3,66	22,98	6,23	15,64	1,11	13,13	11,26	80,47	33,57	1962
167,81	3,50	21,78	6,01	14,54	1,23	12,67	11,19	79,93	38,74	1963
189,36	3,73	22,53	6,54	14,53	1,46	12,70	14,47	88,40	47,53	1964
196,04	3,72	23,36	6,96	15,10	1,30	13,30	15,42	92,63	47,61	1965
200,99	3,82	23,01	6,65	15,13	1,23	13,25	16,37	96,26	48,28	1966
188,53	3,65	20,08	7,39	11,43	1,26	13,84	11,37	96,56	43,03	1967
191,92	3,83	17,41	6,33	10,11	0,97	15,36	13,41	95,90	46,01	1968
201,22	3,37	21,41	6,29	14,11	1,01	18,21	13,20	95,32	49,71	1969
213,10	2,64	26,24	6,72	18,57	0,95	19,46	14,00	94,34	56,42	1970
227,80	2,19	27,99	8,02	18,64	1,33	21,46	16,20	104,31	55,65	1971
240,26	1,83	25,67	8,61	15,43	1,63	22,77	19,45	117,04	53,50	1972
239,83	1,85	23,83	8,16	13,97	1,70	22,19	21,65	118,28	52,03	1973
217,80	2,09	21,09	8,07	12,09	0,93	18,80	20,31	100,40	55,11	1974
201,03	2,18	20,39	9,79	9,83	0,77	17,23	17,51	89,74	53,98	1975
205,48	2,30	20,34	9,84	9,77	0,73	19,15	17,79	93,56	52,34	1976
208,45	2,44	21,72	9,47	11,29	0,96	18,90	18,94	96,64	49,81	1977
213,15	2,45	20,89	9,38	10,62	0,89	18,36	22,10	98,72	50,63	1978
224,98	2,26	22,55	9,78	11,79	0,98	19,10	23,94	105,01	52,12	1979
229,84	2,16	24,72	10,88	12,88	0,96	18,84	24,89	107,15	52,08	1980
218,33	1,97	22,54	10,31	11,32	0,91	17,19	25,91	102,53	48,19	1981
209,54	2,02	20,74	9,90	10,07	0,77	17,31	26,86	98,01	44,60	1982
212,95	2,15	19,77	9,74	9,16	0,87	18,07	29,19	102,67	41,10	1983
215,34	2,03	20,19	9,93	9,47	0,79	19,50	29,85	103,82	39,95	1984
202,78	1,98	19,95	9,52	9,82	0,61	20,06	28,48	93,21	39,10	1985
209,03	1,83	22,72	10,00	12,19	0,53	21,87	28,36	92,13	42,12	1986
208,97	1,75	22,76	9,06	13,13	0,57	23,06	28,75	90,98	41,67	1987
215,41	1,76	22,72	9,46	12,67	0,59	24,22	30,37	93,80	42,54	1988
224,87	1,79	24,31	9,67	13,96	0,68	24,46	31,91	98,49	43,91	1989
235,78	1,98	25,14	9,78	14,58	0,78	23,88	34,80	106,20	43,78	1990
245,37	1,76	27,24	11,42	14,84	0,98	...	...	110,26	44,72	1991

[6]) Einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer. — [7]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 37*

Einnahmen und Aus

Ins

Zeitraum[2]	Einnahmen				Aus				
	insgesamt	Steuern	Sozialbeiträge	sonstige Einnahmen[3]	insgesamt	Staatsverbrauch[4]	Einkommensübertragungen		
							zusammen	davon	
								private Haushalte[5]	Unternehmen und übrige Welt
	Mrd								
1960	108,87	69,77	31,21	7,89	99,66	40,45	42,60	37,21	5,39
1961	122,60	79,97	34,42	8,21	113,35	45,78	46,83	40,56	6,27
1962	134,76	87,89	38,12	8,75	129,58	52,83	51,02	44,30	6,72
1963	143,79	93,27	41,16	9,36	140,38	59,39	54,83	47,50	7,33
1964	156,18	101,95	43,83	10,40	153,17	62,10	59,87	51,85	8,02
1965	167,47	107,84	48,52	11,11	170,23	69,65	68,57	58,35	10,22
1966	180,72	114,89	53,82	12,01	181,59	75,45	73,41	63,67	9,74
1967	186,56	117,38	56,42	12,76	193,56	80,05	81,53	71,25	10,28
1968	206,77	129,80	62,20	14,77	211,08	82,73	94,25	74,79	19,46
1969	239,85	152,16	71,43	16,26	233,33	93,12	99,92	80,83	19,09
1970	265,48	161,89	84,94	18,65	264,13	106,47	107,31	88,12	19,19
1971	303,02	183,65	98,44	20,93	304,24	126,76	120,66	99,48	21,18
1972	336,52	201,25	112,48	22,79	340,90	141,04	140,09	113,83	26,26
1973	397,40	236,88	133,48	27,04	386,36	163,09	159,23	127,65	31,58
1974	432,04	253,42	149,56	29,06	444,76	190,11	180,75	148,21	32,54
1975	451,42	254,10	167,26	30,06	509,10	210,08	221,94	185,51	36,43
1976	507,94	285,75	187,97	34,22	546,20	221,86	239,66	199,83	39,83
1977	553,68	317,17	200,23	36,28	582,68	235,13	258,17	212,71	45,46
1978	589,17	335,05	212,66	41,46	620,47	253,09	275,96	223,53	52,43
1979	633,88	358,67	230,04	45,17	669,64	273,54	294,15	238,11	56,04
1980	679,20	381,22	248,49	49,49	721,88	298,02	309,65	253,32	56,33
1981	709,15	386,40	268,64	54,11	765,70	318,39	331,57	274,86	56,71
1982	743,01	394,86	284,25	63,90	795,71	326,44	349,28	291,34	57,94
1983	773,80	414,75	290,34	68,71	816,40	336,44	357,63	295,54	62,09
1984	814,84	439,15	304,58	71,11	848,82	350,44	371,00	299,75	71,25
1985	854,18	459,95	320,11	74,12	875,27	365,72	379,98	306,99	72,99
1986	886,78	473,21	337,40	76,17	912,18	382,55	395,16	318,96	76,20
1987	911,72	491,44	350,55	69,73	949,56	397,28	416,19	335,21	80,98
1988	945,82	512,52	366,52	66,78	991,06	412,38	440,27	350,61	89,66
1989	1 021,61	560,09	383,15	78,37	1 018,86	418,82	456,40	364,22	92,18
1990	1 068,74	573,18	410,56	85,00	1 118,17	444,35	520,94	383,43	137,51
1991	1 198,86	658,24	449,32	91,30	1 292,47	468,07	626,51	407,52	218,99
1988 1. Hj.	446,49	239,79	173,70	33,00	471,09	189,88	215,01	173,83	41,18
2. Hj.	499,33	272,73	192,82	33,78	519,97	222,50	225,26	176,78	48,48
1989 1. Hj.	487,00	263,66	181,20	42,14	484,83	194,56	222,03	179,93	42,10
2. Hj.	534,61	296,43	201,95	36,23	534,03	224,26	234,37	184,29	50,08
1990 1. Hj.	502,66	263,58	195,04	44,04	512,39	207,62	233,48	188,62	44,86
2. Hj.	566,08	309,60	215,52	40,96	605,78	236,73	287,46	194,81	92,65
1991 1. Hj.	556,67	298,47	211,15	47,05	624,08	216,10	309,44	198,31	111,13
2. Hj.	642,19	359,77	238,17	44,25	668,39	251,97	317,07	209,21	107,86
1992 1. Hj.	626,21	339,84	229,27	57,10	646,11	230,45	322,50	211,87	110,63

[1] Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

[2] Ab 1990 vorläufige Ergebnisse.

[3] Empfangene Vermögenseinkommen, empfangene Vermögensübertragungen, Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.

[4] Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden, unter anderem auch Sachleistungen der Sozialversicherung (insbesondere der Gesetzlichen Krankenversicherung) und der Gebietskörperschaften im Rahmen der Sozialhilfe und Jugendhilfe.

Tabelle 37*

gaben des Staates[1])

gesamt[1])

gaben				Nachrichtlich				
Zinsen[6])	Brutto-investitionen	Vermögens-übertragungen	Finanzierungs-saldo[7])	Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	Produktionspotential in jeweiligen Preisen[8])	Staatsquote[9])	Abgabenquote[10])	Zeitraum[2])
DM						vH		
2,19	9,72	4,70	+ 9,21	303,00	301,6	*33,0*	33,3	1960
2,21	11,44	7,09	+ 9,25	331,40	333,8	*34,0*	*34,5*	1961
2,41	14,28	9,04	+ 5,18	360,50	367,2	*35,3*	*35,0*	1962
2,65	17,11	6,40	+ 3,41	382,10	397,1	*35,4*	*35,2*	1963
2,90	20,88	7,42	+ 3,01	419,60	428,7	*35,7*	*34,7*	1964
3,23	20,86	7,92	– 2,76	458,20	465,5	*36,6*	*34,1*	1965
4,12	21,20	7,41	– 0,87	487,40	503,3	*36,1*	*34,6*	1966
5,19	18,87	7,92	– 7,00	493,70	527,2	*36,7*	*35,2*	1967
5,38	20,68	8,04	– 4,31	533,70	555,8	*38,0*	*36,0*	1968
5,84	23,73	10,72	+ 6,52	597,80	600,3	*38,9*	*37,4*	1969
6,55	31,29	12,51	+ 1,35	675,70	675,2	*39,1*	*36,5*	1970
7,34	33,87	15,61	– 1,22	750,40	761,7	*39,9*	*37,6*	1971
8,43	33,85	17,49	– 4,38	824,60	836,6	*40,7*	*38,0*	1972
10,17	35,13	18,74	+11,04	918,80	923,1	*41,9*	*40,3*	1973
12,15	40,13	21,62	–12,72	983,70	1 014,0	*43,9*	*41,0*	1974
14,18	40,33	22,57	–57,68	1 027,70	1 097,6	*46,4*	*41,0*	1975
17,45	39,49	27,74	–38,26	1 123,80	1 161,8	*47,0*	*42,2*	1976
20,41	39,34	29,63	–29,00	1 195,60	1 232,0	*47,3*	*43,3*	1977
21,53	42,55	27,34	–31,30	1 289,40	1 316,8	*47,1*	*42,5*	1978
24,10	47,91	29,94	–35,76	1 393,80	1 399,7	*47,8*	*42,2*	1979
28,55	53,24	32,42	–42,68	1 477,40	1 507,0	*47,9*	*42,6*	1980
35,47	49,90	30,37	–56,55	1 539,60	1 600,0	*47,9*	*42,5*	1981
44,03	45,44	30,52	–52,70	1 590,30	1 697,7	*46,9*	*42,7*	1982
50,09	42,18	30,06	–42,60	1 675,70	1 786,6	*45,7*	*42,1*	1983
52,72	42,16	32,50	–33,98	1 763,30	1 859,7	*45,6*	*42,2*	1984
55,27	42,91	31,39	–21,09	1 834,50	1 927,0	*45,4*	*42,5*	1985
57,18	47,29	30,00	–25,40	1 936,10	2 033,9	*44,8*	*41,9*	1986
57,78	47,99	30,32	–37,84	2 003,00	2 117,7	*44,8*	*42,0*	1987
59,81	48,91	29,69	–45,24	2 108,00	2 197,9	*45,1*	*41,7*	1988
60,46	52,37	30,81	+ 2,75	2 249,10	2 305,4	*44,2*	*41,9*	1989
63,52	56,03	33,33	–49,43	2 439,10	2 457,7	*(45,5)*	*(40,3)*	1990
71,90	60,87	65,12	–93,61	2 631,20	2 638,3	*(49,0)*	*(42,1)*	1991
32,33	21,39	12,48	–24,60	1 007,80	—	—	X	1988 1. Hj.
27,48	27,52	17,21	–20,64	1 100,20	—	—	X	2. Hj.
32,13	23,36	12,75	+ 2,17	1 083,60	—	—	X	1989 1. Hj.
28,33	29,01	18,06	+ 0,58	1 165,50	—	—	X	2. Hj.
32,89	25,03	13,37	– 9,73	1 164,80	—	—	X	1990 1. Hj.
30,63	31,00	19,96	–39,70	1 274,30	—	—	X	2. Hj.
36,38	26,61	35,55	–67,41	1 272,10	—	—	X	1991 1. Hj.
35,52	34,26	29,57	–26,20	1 359,10	—	—	X	2. Hj.
42,49	29,42	21,25	–19,90	1 348,60	—	—	X	1992 1. Hj.

[5]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[6]) Zinsen auf öffentliche Schulden.
[7]) Überschuß: +; Defizit: –.
[8]) Produktionspotential in Preisen von 1985, inflationiert mit der Preisentwicklung des Bruttosozialprodukts.
[9]) Ausgaben des Staates in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[10]) Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.

noch Tabelle 37*

Einnahmen und Aus

Gebietskörperschaften

Mrd

Zeitraum[2]	Gebietskörper								
	Einnahmen			Ausga					
	ins-gesamt	davon		ins-gesamt	da				
		Steuern	sonstige Einnahmen[3]		Staatsverbrauch	Einkommensübertragungen			Zinsen[6]
						zusammen[4]	darunter		
							private Haushalte[5]	Unternehmen und übrige Welt	
1960	78,29	69,77	8,52	71,68	31,71	23,61	12,34	5,26	2,19
1961	88,92	79,97	8,95	84,41	36,02	25,75	13,01	6,11	2,21
1962	97,47	87,89	9,58	95,41	41,92	28,04	14,25	6,54	2,41
1963	103,29	93,27	10,02	102,77	47,34	29,54	14,47	7,15	2,65
1964	113,05	101,95	11,10	113,65	48,91	33,81	17,29	7,81	2,90
1965	119,85	107,84	12,01	126,16	54,54	39,89	20,60	9,97	3,23
1966	127,72	114,89	12,83	131,80	57,77	41,64	21,88	9,40	4,12
1967	130,99	117,38	13,61	136,75	60,96	44,19	23,02	9,89	5,19
1968	145,86	129,80	16,06	149,67	62,01	53,88	23,50	18,94	5,38
1969	170,59	152,16	18,43	165,02	70,00	55,05	24,78	18,48	5,84
1970	183,29	161,89	21,40	188,26	79,88	58,34	27,83	18,47	6,55
1971	207,95	183,65	24,30	216,29	94,25	65,63	32,07	20,37	7,34
1972	226,64	201,25	25,39	239,42	102,97	77,15	36,03	25,38	8,43
1973	266,22	236,88	29,34	268,48	117,55	87,54	38,80	30,54	10,17
1974	286,39	253,42	32,97	303,14	134,65	95,56	43,62	31,11	12,15
1975	288,42	254,10	34,32	343,58	145,56	121,64	59,24	34,60	14,17
1976	324,54	285,75	38,79	363,38	152,51	127,32	61,20	37,37	17,44
1977	360,19	317,17	43,02	385,36	162,33	134,81	63,97	42,52	20,41
1978	385,13	335,05	50,08	414,57	175,28	148,90	67,91	48,95	21,52
1979	413,27	358,67	54,60	449,14	189,86	158,06	72,94	52,27	24,09
1980	440,22	381,22	59,00	486,65	206,09	167,33	77,74	52,34	28,53
1981	451,28	386,40	64,88	513,84	219,21	180,18	85,30	52,68	35,39
1982	470,76	394,86	75,90	530,98	225,66	186,76	86,66	54,18	44,01
1983	496,79	414,75	82,04	539,20	232,37	186,02	87,22	58,19	50,08
1984	524,34	439,15	85,19	557,93	238,83	193,13	87,79	65,03	52,70
1985	549,17	459,95	89,22	575,25	248,02	199,17	89,76	67,42	55,25
1986	566,01	473,21	92,80	600,54	258,52	208,80	95,60	71,17	57,16
1987	578,61	491,44	87,17	623,01	267,77	220,11	100,42	75,56	57,75
1988	597,32	512,52	84,80	643,94	272,49	234,13	102,56	83,95	59,78
1989	656,21	560,09	96,12	670,22	282,27	245,26	107,12	86,46	60,43
1990	675,33	573,18	102,15	745,13	296,50	296,88	112,19	131,37	63,49
1991	767,29	658,24	109,05	878,46	305,32	376,51	120,74	191,93	71,86

[1] In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2] Ab 1990 vorläufige Ergebnisse.
[3] Empfangene Vermögenseinkommen, unterstellte Sozialbeiträge von privaten Haushalten, empfangene Vermögensübertragungen (einschließlich der Vermögensübertragungen von der Sozialversicherung), Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.
[4] Einschließlich sonstige laufende Übertragungen an die Sozialversicherung.
[5] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[6] Zinsen auf öffentliche Schulden.
[7] Einschließlich Vermögensübertragungen an die Sozialversicherung.

noch Tabelle 37*

gaben des Staates[1])

und Sozialversicherung

DM

schaften			Sozialversicherung						
ben			Einnahmen		Ausgaben				
von				darunter		darunter			
Brutto-investitionen	Vermögensübertragungen[7])	Finanzierungssaldo[8])	insgesamt[9])	Sozialbeiträge[10])	insgesamt[11])	soziale Leistungen	Staatsverbrauch	Finanzierungssaldo[8])	Zeitraum[2])
9,48	4,69	+ 6,61	36,60	29,10	34,00	25,00	8,74	+ 2,60	1960
11,28	9,15	+ 4,51	42,41	32,01	37,67	27,71	9,76	+ 4,74	1961
14,04	9,00	+ 2,06	44,54	35,54	41,42	30,23	10,91	+ 3,12	1962
16,86	6,38	+ 0,52	48,42	38,32	45,53	33,21	12,05	+ 2,89	1963
20,65	7,38	- 0,60	51,84	40,76	48,23	34,77	13,19	+ 3,61	1964
20,63	7,87	- 6,31	56,94	45,03	53,39	38,00	15,11	+ 3,55	1965
20,92	7,35	- 4,08	63,36	49,96	60,15	42,11	17,68	+ 3,21	1966
18,56	7,85	- 5,76	66,85	52,30	68,09	48,58	19,09	- 1,24	1967
20,42	7,98	- 3,81	72,35	57,64	72,85	51,72	20,72	- 0,50	1968
23,46	10,67	+ 5,57	81,05	66,08	80,10	56,55	23,12	+ 0,95	1969
31,02	12,47	- 4,97	94,23	78,53	87,91	60,86	26,59	+ 6,32	1970
33,51	15,56	- 8,34	108,26	90,90	101,14	67,99	32,51	+ 7,12	1971
33,45	17,42	- 12,78	125,62	104,12	117,22	78,49	38,07	+ 8,40	1972
34,61	18,61	- 2,26	149,38	123,57	136,08	89,69	45,54	+13,30	1973
39,36	21,42	- 16,75	166,52	138,08	162,49	105,78	55,46	+ 4,03	1974
39,67	22,54	- 55,16	190,94	154,74	193,46	127,72	64,52	- 2,52	1975
38,81	27,30	- 38,84	212,39	174,72	211,81	140,48	69,35	+ 0,58	1976
38,63	29,18	- 25,17	222,09	186,03	225,92	150,51	72,80	- 3,83	1977
41,98	26,89	- 29,44	236,49	197,42	238,35	157,51	77,81	- 1,86	1978
47,25	29,88	- 35,87	253,99	213,74	253,88	167,08	83,68	+ 0,11	1979
52,42	32,28	- 46,43	276,78	230,88	273,03	177,76	91,93	+ 3,75	1980
48,77	30,29	- 62,56	300,73	249,50	294,72	192,07	99,18	+ 6,01	1981
44,23	30,32	- 60,22	318,80	264,70	311,28	207,46	100,78	+ 7,52	1982
40,89	29,84	- 42,41	318,35	270,15	318,54	210,96	104,07	- 0,19	1983
40,99	32,28	- 33,59	331,77	283,74	332,16	214,86	111,61	- 0,39	1984
41,56	31,25	- 26,08	348,14	298,23	343,15	219,71	117,70	+ 4,99	1985
46,19	29,87	- 34,53	364,18	314,45	355,05	225,78	124,03	+ 9,13	1986
47,03	30,35	- 44,40	378,79	327,05	372,23	237,19	129,51	+ 6,56	1987
47,82	29,72	- 46,62	397,64	342,27	396,26	250,40	139,89	+ 1,38	1988
51,42	30,84	- 14,01	418,62	358,23	401,86	260,10	136,55	+16,76	1989
54,93	33,33	- 69,80	448,25	384,12	427,88	275,21	147,85	+20,37	1990
59,89	64,88	-111,17	496,92	422,17	479,36	290,86	162,75	+17,56	1991

[8]) Überschuß: +, Defizit: -.
[9]) Empfangene Vermögenseinkommen, Sozialbeiträge, Abschreibungen, empfangene Vermögensübertragungen und sonstige laufende Übertragungen (einschließlich der Übertragungen von den Gebietskörperschaften).
[10]) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge.
[11]) Subventionen, soziale Leistungen, Zinsen, Staatsverbrauch, geleistete Vermögensübertragungen (einschließlich der Vermögensübertragungen an die Gebietskörperschaften), Bruttoinvestitionen und sonstige laufende Übertragungen.

Tabelle 38*

Subventionen des Staates[1])

Mrd DM

Nach Aufgabenbereichen

Jahr[2])	Insgesamt	Darunter									
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		Energiegewinnung und -versorgung			Produzierendes Gewerbe[3])	Verkehr- und Nachrichtenübermittlung		Wohnungswesen, Stadt- und Landesplanung, Gemeinschaftsdienste	sonstige Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht[4])
		zusammen	darunter: Zahlungen im Rahmen der Europäischen Agrarmarktordnung	zusammen	darunter: „Kohlepfennig"	darunter: Zuschuß zur Erleichterung der Produktion von Kokskohle und Hochofenkoks		zusammen	darunter: Zahlungen an die Bundesbahn		
1970	11,78	5,80	2,51	0,48	.	0,00	0,02	2,38	1,63	0,90	1,57
1971	12,61	5,16	1,63	0,40	.	0,00	0,03	3,53	2,61	0,84	1,77
1972	15,78	5,04	1,48	0,64	.	0,17	0,06	6,10	4,94	1,09	1,93
1973	18,65	5,99	2,63	0,98	.	0,20	0,08	7,54	6,11	0,93	2,05
1974	18,86	5,32	2,78	0,97	.	0,09	0,10	7,65	5,88	1,16	2,37
1975	20,39	6,21	2,81	1,00	0,33	0,12	0,19	7,38	5,56	1,16	3,05
1976	22,13	6,80	3,46	1,75	1,13	0,06	0,21	7,09	5,36	1,43	3,33
1977	24,63	7,75	4,98	2,41	1,39	0,27	0,14	7,43	6,93	1,69	3,51
1978	29,70	9,32	6,83	3,30	1,60	0,80	0,24	9,07	6,93	1,91	4,05
1979	31,16	9,08	6,78	4,71	2,68	1,27	0,27	8,48	6,29	2,01	4,52
1980	30,65	9,21	6,83	4,29	2,03	1,32	0,34	7,34	5,16	2,09	5,41
1981	29,12	7,32	5,94	3,39	1,40	1,35	0,37	7,87	5,68	2,25	5,67
1982	29,25	7,52	5,77	2,99	1,78	0,73	0,54	7,94	5,83	2,34	5,23
1983	31,72	9,40	8,04	2,79	1,45	0,98	0,66	7,81	5,84	2,52	5,74
1984	36,33	11,89	8,44	3,92	1,77	1,80	1,42	7,69	5,70	2,74	5,84
1985	37,94	13,01	8,36	3,40	1,59	1,53	1,17	7,53	5,65	3,01	6,77
1986	41,31	14,83	9,80	5,10	2,75	2,11	0,17	7,18	5,15	3,58	6,78
1987	44,80	15,36	10,34	8,29	4,68	3,38	0,16	7,11	5,02	3,21	6,93
1988	47,74	17,48	11,51	8,04	4,31	3,47	0,48	7,46	5,27	2,65	7,72
1989	46,78	14,32	8,29	9,68	5,08	4,24	1,02	7,58	5,22	2,77	7,67
1990	48,74	14,83	9,48	10,04	5,34	3,80	1,05	7,93	5,38	2,91	8,07
1991	46,65	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...

Nach Wirtschaftsbereichen[5])

Jahr[2])	Insgesamt	Davon						Einbehaltene Umsatzsteuer[6]) (in den Wirtschaftsbereichen enthalten)
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe	Handel	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Dienstleistungsunternehmen	
1970	11,78	2,71	0,64	2,00	2,68	2,56	1,19	1,79
1971	12,61	2,83	0,58	2,47	1,72	3,71	1,30	2,14
1972	15,78	2,89	0,85	2,33	1,91	6,20	1,60	2,40
1973	18,65	2,79	1,23	2,76	2,68	7,63	1,56	2,43
1974	18,86	2,26	1,27	3,08	2,55	7,73	1,97	2,52
1975	20,39	3,02	1,40	3,50	2,77	7,51	2,19	3,23
1976	22,13	3,18	1,98	3,99	3,28	7,24	2,46	3,35
1977	24,63	2,55	2,63	4,32	4,72	7,56	2,85	3,01
1978	29,70	2,52	3,48	5,13	6,31	9,20	3,06	2,97
1979	31,16	2,26	5,09	5,47	6,11	8,84	3,39	2,82
1980	30,65	1,91	4,75	5,99	6,43	7,73	3,84	3,12
1981	29,12	1,43	3,93	6,20	5,10	8,30	4,16	2,94
1982	29,25	1,56	3,49	6,54	4,85	8,61	4,20	3,45
1983	31,72	1,22	3,27	7,40	6,61	8,62	4,60	3,36
1984	36,33	3,10	4,18	8,52	7,20	8,46	4,87	5,42
1985	37,94	4,49	4,01	8,47	7,19	8,24	5,54	6,83
1986	41,31	5,16	5,67	8,13	8,37	8,15	5,83	6,74
1987	44,80	4,85	8,96	8,75	8,15	7,95	6,14	6,32
1988	47,74	5,90	9,17	8,81	9,94	8,39	5,53	6,81
1989	46,78	5,73	10,79	8,62	7,47	8,35	5,82	6,05
1990	48,74	5,91	10,85	9,03	7,88	8,76	6,31	6,03
1991	46,65	...	...	...	...	...	...	4,86

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; das heißt, Zuschüsse, die der Staat im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik an Unternehmen für laufende Produktionszwecke gewährt. Ausführliche Erläuterungen in: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen", Reihe 1.3 „Konten und Standardtabellen". — [2]) Ab 1990 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Ohne Wasser- und Energiegewinnung und -versorgung. — [4]) Im wesentlichen Direktzahlungen der EG und Montanunion, Zinsverbilligungszuschüsse, Zuschuß an die Bundesmonopolverwaltung und Monopolverwaltung Branntwein in Berlin, Zuschüsse für die berufliche Eingliederung Jugendlicher, Frachthilfen sowie Betriebszuschüsse an Wirtschaftsunternehmen. — [5]) Die Zuordnung der Subventionen auf Wirtschaftsbereiche richtet sich nach dem Tätigkeitsbereich des Empfängers, der oft nicht mit dem letztlich Begünstigten identisch ist; zum Beispiel werden Erstattungen bei der Ausfuhr pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse, Zuschüsse zu den Kosten der Vorratshaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder zu den Kosten für Abbaumaßnahmen bei Marktordnungswaren dem Bereich Handel zugerechnet. — [6]) Umsatzsteuervergünstigungen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (§ 24 und 24 a Umsatzsteuergesetz), zur Förderung der Berliner Wirtschaft (§§ 1 bis 13 Berlinförderungsgesetz; Wegfall der Vergünstigung für westdeutsche Unternehmen [§ 2 Berlinförderungsgesetz] ab 1. Juli 1991); bis 30. Juni 1990 für Bezüge aus dem Währungsgebiet der Mark der ehemaligen DDR (allgemeine Verwaltungsvorschrift zu § 26 Absatz 4 Umsatzsteuergesetz vom 16. Mai 1973).

Tabelle 39*

Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken[1])
Mrd DM

Jahr[2])	Insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke[3]) und Tabakwaren	Bekleidung, Schuhe	Wohnungsmieten[4])	Energie (ohne Kraftstoffe)	Güter für				
						die Haushaltsführung	Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr[5]) und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung und Freizeit[6])	die persönliche Ausstattung, Güter sonstiger Art[7])
	in jeweiligen Preisen									
1960	170,36	63,35	19,75	16,90	5,11	19,60	8,33	15,33	14,49	7,50
1961	186,00	67,66	21,00	19,08	5,58	21,38	9,11	17,84	15,99	8,36
1962	201,54	71,91	22,58	20,22	6,84	23,17	10,08	20,15	17,32	9,27
1963	213,71	75,57	23,51	22,33	8,54	23,50	10,04	22,21	18,18	9,83
1964	230,30	80,37	25,11	24,61	8,06	26,04	11,06	25,08	19,60	10,37
1965	253,42	86,66	27,91	27,09	8,61	28,13	12,17	29,11	22,07	11,67
1966	270,59	90,66	29,50	30,57	9,47	29,23	13,27	31,37	23,81	12,71
1967	278,51	91,38	29,83	33,87	9,74	29,79	13,40	32,02	25,10	13,38
1968	296,38	94,13	30,22	37,77	11,60	30,42	14,07	36,79	27,99	13,39
1969	325,23	100,03	33,44	41,20	12,56	32,95	15,36	43,19	31,93	14,57
1970	361,02	108,30	37,17	44,91	13,95	36,58	16,58	50,70	36,91	15,92
1971	398,79	114,50	39,83	49,86	14,64	41,74	17,71	56,83	44,94	18,74
1972	439,71	124,83	44,50	55,27	16,01	46,44	19,21	62,37	49,76	21,32
1973	479,74	135,09	47,23	61,93	20,50	50,16	20,61	65,86	54,36	24,00
1974	516,64	142,09	50,86	68,75	23,43	54,11	22,64	68,03	59,53	27,20
1975	564,49	150,91	55,00	76,80	25,51	57,69	24,92	79,61	63,88	30,17
1976	611,95	161,45	58,06	83,78	29,37	61,52	27,24	89,54	68,25	32,74
1977	658,43	171,28	62,93	89,57	29,73	67,09	29,28	99,69	73,12	35,74
1978	699,92	177,89	66,03	95,25	32,41	71,29	31,45	108,24	75,67	41,69
1979	751,59	186,27	69,70	102,09	42,26	75,49	34,08	115,41	80,73	45,56
1980	803,93	200,10	75,85	111,88	45,15	80,84	37,59	119,29	84,56	48,67
1981	849,65	211,44	77,92	121,22	50,25	82,65	40,49	126,48	88,34	50,86
1982	882,34	220,37	77,51	132,18	53,64	81,75	42,74	130,58	90,34	53,23
1983	925,25	225,27	80,02	143,32	53,85	84,84	46,52	141,33	93,50	56,60
1984	968,29	230,47	82,55	152,96	58,97	87,40	49,48	148,41	96,85	61,20
1985	1 002,71	233,19	85,32	161,80	63,96	87,45	51,60	154,35	99,99	65,05
1986	1 027,37	236,67	88,63	170,27	55,18	90,57	53,37	160,46	104,00	68,22
1987	1 064,14	241,06	91,72	178,28	50,44	96,12	56,19	170,61	108,20	71,52
1988	1 107,62	247,36	92,83	187,55	46,60	102,04	59,90	179,59	114,77	76,98
1989	1 177,54	262,31	95,58	198,77	47,79	109,30	62,88	197,37	119,78	83,76
1990	1 291,33	285,80	106,17	211,61	51,21	120,96	68,46	222,82	132,23	92,07
1991	1 394,61	298,13	113,84	227,69	56,31	131,63	73,67	251,22	140,60	101,52
	in Preisen von 1985									
1960	438,33	140,13	49,05	60,51	22,17	41,34	27,19	41,58	35,18	21,18
1961	463,05	146,57	50,81	63,01	23,59	43,80	28,95	46,72	36,96	22,64
1962	487,14	150,23	52,68	65,41	28,43	45,92	31,09	51,83	37,94	23,61
1963	501,95	152,90	53,21	68,56	34,46	45,21	29,89	54,93	38,50	24,29
1964	529,38	160,18	56,46	71,59	31,74	49,95	32,04	61,20	40,69	25,53
1965	564,48	166,76	61,24	74,59	33,11	53,27	33,22	69,92	44,28	28,09
1966	582,27	168,65	63,03	77,93	36,15	54,58	33,63	72,30	46,33	29,67
1967	590,28	170,22	63,65	80,90	36,46	55,70	32,97	71,91	47,80	30,67
1968	618,80	174,68	63,52	84,11	40,40	57,40	31,68	84,01	52,17	30,83
1969	665,63	181,09	69,18	86,18	44,00	61,42	33,63	98,88	58,27	32,98
1970	711,28	190,54	73,48	89,73	47,25	65,19	34,19	111,99	63,37	35,54
1971	746,53	196,06	75,01	93,63	47,49	71,87	34,40	117,90	71,50	38,67
1972	779,52	202,59	78,98	97,87	50,20	77,03	35,14	120,30	76,51	40,90
1973	795,78	204,79	78,03	103,36	53,88	80,30	35,43	117,24	80,15	42,60
1974	803,16	207,78	79,16	109,21	52,16	80,82	36,61	109,98	83,07	44,37
1975	829,77	210,02	81,78	114,73	52,08	81,42	37,66	121,61	84,59	45,88
1976	862,58	215,20	83,28	119,18	56,42	84,57	39,35	130,48	86,71	47,39
1977	897,77	217,15	86,31	123,14	56,30	89,91	40,99	142,40	91,35	50,22
1978	930,22	222,81	86,30	127,03	60,21	93,07	42,15	148,47	93,65	56,53
1979	958,99	229,94	87,53	131,73	62,39	95,77	43,96	151,34	97,17	59,16
1980	971,67	237,39	90,33	137,54	60,40	96,95	45,93	147,07	98,47	57,59
1981	967,99	239,60	88,35	142,73	58,56	93,47	46,94	142,84	99,09	56,41
1982	954,26	233,73	83,94	148,25	57,41	88,01	46,62	142,27	97,18	56,85
1983	968,54	231,73	84,08	152,95	58,00	88,56	48,42	148,78	97,47	58,55
1984	987,82	233,01	84,50	157,43	61,06	88,99	50,38	152,04	98,39	62,02
1985	1 002,71	233,19	85,32	161,80	63,96	87,45	51,60	154,35	99,99	65,05
1986	1 033,33	235,33	87,05	167,10	65,26	89,41	52,45	167,29	103,03	66,41
1987	1 064,29	241,09	88,96	172,02	63,96	93,76	54,26	176,09	106,70	67,45
1988	1 094,64	246,72	88,85	176,75	60,16	98,34	57,00	183,00	112,39	71,43
1989	1 129,50	256,13	90,27	181,75	56,11	103,61	57,73	191,79	116,56	75,55
1990	1 207,74	271,71	98,92	187,12	58,83	112,19	61,76	210,24	126,38	80,59
1991	1 257,12	275,99	103,63	192,89	62,51	118,60	64,17	223,64	132,17	83,52

[1]) Inlandskonzept, nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983. — [2]) Ab 1990 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — [4]) Einschließlich Mietwert der Eigennutzung durch den Eigentümer. — [5]) Einschließlich Kraftstoffe. — [6]) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes. — [7]) Einschließlich Pauschalreisen sowie Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen.

Tabelle 40*

Vierteljahresergebnisse der Verwendung des

Mrd

Vierteljahr[1]	Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr[2]	Einfuhr[2]	Außenbeitrag[3]
				zusammen	Ausrüstungen	Bauten				
	in jeweiligen Preisen									
1981 1. Vj.	362,60	207,95	74,18	69,09	28,09	41,00	+12,45	110,01	111,08	- 1,07
2. Vj.	373,80	214,28	74,69	88,58	31,63	56,95	- 5,18	114,52	113,09	+ 1,43
3. Vj.	386,10	218,27	76,60	87,36	30,92	56,44	+ 5,03	122,26	123,42	- 1,16
4. Vj.	417,10	243,02	92,92	86,26	36,32	49,94	-22,85	134,91	117,16	+17,75
1982 1. Vj.	377,90	218,46	76,66	66,80	27,05	39,75	+ 8,20	128,51	120,73	+ 7,78
2. Vj.	389,00	223,75	76,36	85,14	30,62	54,52	- 5,65	128,47	119,07	+ 9,40
3. Vj.	397,00	224,33	78,00	83,92	29,52	54,40	+ 6,52	126,35	122,12	+ 4,23
4. Vj.	426,40	249,56	95,42	87,59	36,42	51,17	-25,11	134,36	115,42	+18,94
1983 1. Vj.	395,00	228,25	77,46	67,75	27,66	40,09	+ 8,08	127,88	114,42	+13,46
2. Vj.	407,50	235,15	77,84	88,57	33,35	55,22	- 4,48	127,83	117,41	+10,42
3. Vj.	417,40	235,51	80,97	89,24	32,19	57,05	+ 9,61	125,59	123,52	+ 2,07
4. Vj.	455,80	260,37	100,17	95,25	41,75	53,50	-14,71	140,94	126,22	+14,72
1984 1. Vj.	421,80	239,87	79,79	72,55	28,84	43,71	+18,18	141,64	130,23	+11,41
2. Vj.	422,90	246,35	81,94	88,26	30,95	57,31	- 3,62	139,65	129,68	+ 9,97
3. Vj.	439,60	245,78	83,19	92,00	34,24	57,76	+11,31	143,20	135,88	+ 7,32
4. Vj.	479,00	269,20	105,52	97,86	43,10	54,76	-20,55	161,31	134,34	+26,97
1985 1. Vj.	428,80	245,30	83,17	69,19	32,06	37,13	+16,88	157,72	143,46	+14,26
2. Vj.	444,00	254,30	85,20	91,96	37,13	54,83	- 5,59	160,00	141,87	+18,13
3. Vj.	463,30	256,93	87,77	94,40	36,52	57,88	+ 8,89	161,28	145,97	+15,31
4. Vj.	498,40	280,00	109,58	100,26	47,32	52,94	-18,93	165,66	138,17	+27,49
1986 1. Vj.	447,50	252,37	86,36	71,92	34,22	37,70	+13,03	156,47	132,65	+23,82
2. Vj.	474,00	264,48	90,34	98,11	40,46	57,65	- 3,98	161,13	136,08	+25,05
3. Vj.	488,60	263,79	92,74	98,09	37,86	60,23	+ 8,22	155,63	129,87	+25,76
4. Vj.	526,00	285,79	113,11	105,36	48,33	57,03	-14,35	163,79	127,70	+36,09
1987 1. Vj.	467,60	258,20	89,38	73,44	35,99	37,45	+17,81	153,16	124,39	+28,77
2. Vj.	488,30	274,31	94,21	100,60	41,88	58,72	- 7,26	156,18	129,74	+26,44
3. Vj.	502,30	274,58	95,91	102,59	40,48	62,11	+ 7,42	156,54	134,74	+21,80
4. Vj.	544,80	300,93	117,78	109,15	51,08	58,07	-18,53	171,64	136,17	+35,47
1988 1. Vj.	495,80	273,24	93,18	83,55	38,24	45,31	+16,00	163,92	134,09	+29,83
2. Vj.	512,00	283,16	96,70	105,30	44,42	60,88	- 1,83	168,06	139,39	+28,67
3. Vj.	528,60	286,23	99,41	106,45	43,80	62,65	+12,21	170,14	145,84	+24,30
4. Vj.	571,60	311,06	123,09	114,60	56,00	58,60	-16,08	185,75	146,82	+38,93
1989 1. Vj.	532,80	289,44	96,15	93,48	41,74	51,74	+15,47	188,38	150,12	+38,26
2. Vj.	550,80	300,92	98,41	115,49	50,36	65,13	- 0,41	200,95	164,56	+36,39
3. Vj.	559,20	300,35	101,22	113,94	48,48	65,46	+11,62	193,37	161,30	+32,07
4. Vj.	606,30	330,24	123,04	125,61	62,89	62,72	-10,67	205,59	167,51	+38,08
1990 1. Vj.	574,20	311,91	101,61	107,55	49,35	58,20	+13,06	210,24	170,17	+40,07
2. Vj.	590,60	323,61	106,01	129,24	57,56	71,68	- 0,62	206,07	173,71	+32,36
3. Vj.	615,10	325,62	107,95	128,82	55,47	73,35	+11,90	220,93	180,12	+40,81
4. Vj.	659,20	360,07	128,78	141,20	71,63	69,57	-21,21	245,04	194,68	+50,36
1991 1. Vj.	621,50	337,93	103,55	117,76	56,67	61,09	+13,73	244,32	195,79	+48,53
2. Vj.	650,60	352,61	112,55	149,43	67,62	81,81	- 3,43	248,39	208,95	+39,44
3. Vj.	662,20	348,73	114,12	145,54	62,13	83,41	+11,03	254,48	211,70	+42,78
4. Vj.	696,90	381,38	137,85	152,34	75,16	77,18	-29,94	266,04	210,77	+55,27
1992 1. Vj.	666,50	357,07	112,36	131,95	60,37	71,58	+16,92	262,73	214,53	+48,20
2. Vj.	682,10	368,29	118,09	155,43	66,54	88,89	- 6,44	259,68	212,95	+46,73

[1]) Ab 1990 vorläufige Ergebnisse.

[2]) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen mit der übrigen Welt und mit den neuen Bundesländern und Berlin (Ost).

Tabelle 40*

Sozialproduktsberechnung

Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr[2]	Einfuhr[2]	Außen-beitrag[3]	Vierteljahr[1]
			zu-sammen	Aus-rüstungen	Bauten					
					in Preisen von 1985					
422,20	244,52	88,11	77,71	32,66	45,05	+13,60	126,70	128,44	– 1,74	1981 1. Vj.
427,20	245,20	85,69	96,56	35,95	60,61	– 2,94	129,21	126,52	+ 2,69	2. Vj.
435,40	248,59	86,44	94,43	34,68	59,75	+ 4,67	135,62	134,35	+ 1,27	3. Vj.
450,90	269,61	91,72	93,51	40,59	52,92	–25,79	148,59	126,74	+21,85	4. Vj.
418,90	242,31	87,14	71,69	29,70	41,99	+ 7,90	140,65	130,79	+ 9,86	1982 1. Vj.
425,80	242,93	85,90	90,14	33,21	56,93	– 2,67	138,76	129,26	+ 9,50	2. Vj.
427,90	241,97	84,95	88,61	31,76	56,85	+ 8,91	136,23	132,77	+ 3,46	3. Vj.
443,90	265,34	90,80	92,69	38,92	53,77	–26,00	144,00	122,93	+21,07	4. Vj.
422,00	242,74	85,35	71,62	29,42	42,20	+ 8,44	137,56	123,71	+13,85	1983 1. Vj.
431,60	247,16	85,75	92,40	35,15	57,25	– 2,07	136,51	128,15	+ 8,36	2. Vj.
435,40	246,43	85,37	92,34	33,70	58,64	+10,70	132,76	132,20	+ 0,56	3. Vj.
459,40	269,59	93,07	98,23	43,37	54,86	–16,55	147,29	132,23	+15,06	4. Vj.
438,30	246,34	86,18	74,36	29,79	44,57	+18,61	147,31	134,50	+12,81	1984 1. Vj.
438,00	251,59	88,08	89,58	31,82	57,76	– 1,42	144,09	133,92	+10,17	2. Vj.
451,90	251,38	87,59	93,02	35,00	58,02	+12,45	146,86	139,40	+ 7,46	3. Vj.
473,80	272,37	96,46	98,74	43,75	54,99	–22,17	163,38	134,98	+28,40	4. Vj.
437,60	245,67	87,41	69,66	32,30	37,36	+17,96	158,71	141,81	+16,90	1985 1. Vj.
451,20	254,35	89,25	92,04	37,05	54,99	– 4,60	159,62	139,46	+20,16	2. Vj.
464,70	257,65	90,20	94,20	36,39	57,81	+ 8,63	160,91	146,89	+14,02	3. Vj.
481,00	278,86	98,86	99,91	47,29	52,62	–20,74	165,42	141,31	+24,11	4. Vj.
443,40	251,97	89,33	71,55	34,10	37,45	+13,62	157,43	140,50	+16,93	1986 1. Vj.
465,00	266,88	92,22	96,82	40,07	56,75	– 2,26	162,88	151,54	+11.34	2. Vj.
473,80	266,10	93,26	96,59	37,48	59,11	+ 8,50	158,29	148,94	+ 9,35	3. Vj.
492,20	287,06	100,23	103,53	47,81	55,72	–17,17	166,64	148,09	+18,55	4. Vj.
451,20	258,56	91,62	72,25	35,69	36,56	+19,73	157,34	148,30	+ 9,04	1987 1. Vj.
468,00	274,01	93,06	98,15	41,37	56,78	– 5,41	160,24	152,05	+ 8,19	2. Vj.
480,90	274,86	94,16	99,85	39,97	59,88	+ 7,74	159,74	155,45	+ 4,29	3. Vj.
502,20	299,45	102,01	105,97	50,22	55,75	–21,06	173,99	158,16	+15,83	4. Vj.
472,70	270,51	93,43	81,06	37,62	43,44	+18,00	166,95	157,25	+ 9,70	1988 1. Vj.
483,60	278,95	95,09	101,41	43,58	57,83	– 0,42	169,55	160,98	+ 8,57	2. Vj.
497,30	282,25	95,85	101,90	42,71	59,19	+12,53	169,73	164,96	+ 4,77	3. Vj.
518,20	305,29	104,73	109,31	54,36	54,95	–18,08	183,39	166,44	+16,95	4. Vj.
495,70	278,16	93,03	88,51	40,24	48,27	+17,17	186,05	167,22	+18,83	1989 1. Vj.
508,30	287,18	94,31	107,98	48,02	59,96	– 0,09	195,97	177,05	+18,92	2. Vj.
512,40	287,53	94,52	105,98	46,15	59,83	+11,73	187,67	175,03	+12,64	3. Vj.
533,90	314,50	100,81	116,61	59,80	56,81	–11,86	198,90	185,06	+13,84	4. Vj.
518,50	293,20	94,78	98,67	46,94	51,73	+14,93	205,61	188,69	+16,92	1990 1. Vj.
526,80	303,02	97,35	116,05	53,92	62,13	+ 0,62	199,82	190,06	+ 9,76	2. Vj.
542,00	302,62	97,47	114,95	52,07	62,88	+11,67	213,54	198,25	+15,29	3. Vj.
562,50	331,84	102,15	125,79	66,75	59,04	–21,46	235,08	210,90	+24,18	4. Vj.
543,90	308,54	94,42	103,76	52,84	50,92	+15,88	235,29	213,99	+21,30	1991 1. Vj.
554,50	319,04	96,91	127,77	61,53	66,24	– 2,06	236,28	223,44	+12,84	2. Vj.
559,90	309,34	98,08	123,79	57,02	66,77	+10,32	240,23	221,86	+18,37	3. Vj.
568,50	337,71	104,19	129,69	68,25	61,44	–28,68	250,45	224,86	+25,59	4. Vj.
555,60	312,05	97,86	110,93	54,85	56,08	+18,92	248,18	232,34	+15,84	1992 1. Vj.
557,70	317,87	99,69	127,57	59,17	68,40	– 4,14	242,62	225,91	+16,71	2. Vj.

[3] Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 41*

Ausgaben und Einnahmen

Mrd

Jahr	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungssaldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
		Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen		
	Öffentlicher Gesamthaushalt									
1962	106,48	27,38	23,23	2,96	16,55	104,83	86,66	.	– 1,80	2,16
1963	116,34	30,36	24,35	2,75	19,09	110,88	91,63	.	– 5,29	5,42
1964	127,15	33,13	27,86	3,05	22,44	121,45	100,05	.	– 5,56	5,40
1965	139,30	37,38	33,29	3,49	23,47	129,87	106,16	.	– 9,37	6,92
1966	145,02	41,58	35,33	4,37	23,36	137,44	112,71	.	– 7,66	5,82
1967	153,79	44,12	36,87	5,38	22,78	141,68	114,98	.	– 12,11	12,96
1968	158,83	46,87	40,96	5,65	23,04	151,29	122,01	.	– 7,38	10,71
1969	174,55	52,85	43,15	6,24	26,39	176,93	145,59	.	+ 2,45	2,46
1970	196,32	61,42	46,87	6,79	32,24	188,29	154,04	.	– 8,09	6,49
1971	226,48	73,36	53,02	7,67	37,57	211,18	172,26	.	– 15,61	13,93
1972	252,13	81,87	60,88	8,77	39,13	239,22	196,98	.	– 13,09	15,38
1973	280,49	93,90	67,16	10,51	41,35	271,47	224,83	.	– 8,82	11,40
1974	318,26	108,71	76,03	12,44	46,13	290,88	239,59	.	– 27,26	22,46
1975	360,51	118,11	99,06	14,51	46,03	296,64	242,08	.	– 63,85	53,63
1976	376,76	124,24	105,04	17,81	43,63	328,70	267,51	.	– 48,03	46,75
1977	395,17	132,07	109,69	20,65	43,21	364,00	299,05	.	– 31,18	31,69
1978	433,40	140,94	122,20	21,74	47,56	393,74	318,96	.	– 39,62	40,65
1979	469,85	150,46	128,43	24,73	53,32	423,50	342,71	.	– 46,57	43,44
1980	509,24	162,47	137,67	29,35	60,00	452,14	364,90	.	– 57,07	53,76
1981	541,76	172,51	151,46	36,41	56,99	466,09	370,20	.	– 75,65	69,56
1982	561,55	177,24	156,39	44,88	52,01	491,58	378,54	.	– 69,94	68,60
1983	570,08	182,14	153,54	51,14	48,50	514,77	396,22	.	– 55,29	56,16
1984	583,58	184,94	157,49	53,31	47,62	537,05	414,55	.	– 46,50	49,78
1985	604,40	191,81	163,15	55,59	50,18	565,07	436,91	.	– 39,30	40,49
1986	628,60	200,51	170,84	57,65	53,76	586,27	452,42	.	– 42,30	41,60
1987	651,33	209,03	180,31	58,43	55,20	600,24	468,14	.	– 51,07	48,69
1988	666,68	214,30	190,02	59,91	56,15	615,00	487,94	.	– 51,64	55,36
1989	701,48	220,47	203,19	61,04	60,02	674,38	534,93	.	– 27,07	33,61
1990	816,61	232,36	212,03	64,56	64,36	722,90	566,40	.	– 93,61	90,04
1991	974,10	290,37	295,79	76,88	86,72	850,38	661,69	.	–123,72	101,20
	Bund									
1962	49,87	6,55	14,44	0,91	2,95	49,41	45,54	1,00	– 0,61	0,30
1963	54,76	7,43	14,87	0,99	3,43	52,37	49,42	0,07	– 2,22	1,97
1964	58,15	8,18	17,97	1,12	3,68	57,75	54,55	0,15	– 0,26	0,58
1965	64,19	9,11	22,42	1,17	3,77	63,12	59,03	0,15	– 1,00	0,11
1966	66,88	10,24	23,92	1,53	3,88	65,76	62,25	0,16	– 1,19	0,22
1967	74,64	10,90	25,26	2,01	4,67	67,04	63,12	0,17	– 7,61	6,64
1968	75,77	11,42	28,11	1,92	4,15	70,69	66,18	0,16	– 4,92	5,76
1969	82,26	12,83	30,40	2,19	5,01	83,37	78,59	0,09	+ 1,18	0,00
1970	87,99	14,55	32,59	2,46	5,64	88,40	83,71	0,10	+ 0,35	1,11
1971	98,48	17,02	35,19	2,60	6,41	97,40	92,23	0,11	– 1,39	1,44
1972	111,10	18,96	39,70	2,80	6,63	106,34	101,71	0,13	– 4,79	3,98
1973	122,56	21,27	43,19	3,33	6,49	119,79	114,96	0,15	– 2,59	2,68
1974	134,04	24,03	47,33	4,23	7,10	123,57	118,66	0,16	–10,35	9,48
1975	158,80	25,45	62,18	5,21	7,81	123,79	119,21	0,19	–34,99	29,93
1976	165,20	26,25	65,80	6,88	7,01	136,63	130,90	0,21	–28,54	25,78
1977	172,39	27,47	66,62	8,54	7,21	149,76	144,00	0,24	–22,64	21,82
1978	189,66	28,77	75,30	9,56	7,66	163,15	154,09	0,26	–26,47	26,09
1979	203,41	30,17	78,62	11,26	7,98	177,52	166,14	0,27	–26,10	25,66
1980	215,72	32,14	83,29	13,97	8,21	188,09	176,18	0,61	–27,61	27,12
1981	232,99	34,08	92,68	18,00	7,28	195,03	180,45	0,38	–37,94	37,39
1982	244,65	34,40	95,49	22,11	6,96	206,97	183,11	0,35	–37,66	37,18
1983	246,75	35,14	90,52	26,62	7,12	214,81	190,28	0,39	–31,92	31,48
1984	251,78	35,46	92,75	27,76	7,12	223,13	197,20	0,40	–28,63	28,31
1985	257,11	36,67	94,77	29,16	7,39	234,35	206,30	0,38	–22,74	22,39
1986	261,53	37,94	96,32	30,27	7,52	238,25	208,91	0,44	–23,26	22,93
1987	269,05	39,28	100,13	31,04	7,68	241,13	217,02	0,41	–27,88	27,46
1988	275,37	40,12	104,57	32,28	7,68	239,39	220,27	0,44	–35,96	35,39
1989	289,78	41,34	112,14	32,10	8,03	269,71	247,13	0,49	–20,04	19,23
1990	380,18	43,20	118,72	34,24	8,54	332,10	276,20	22,46	–48,05	46,73
1991	401,77	48,73	166,74	39,62	10,98	348,57	317,87	0,53	–53,20	52,03

[1]) Ab 1991 Angaben für Deutschland. Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder (West und Ost), Gemeinden (West und Ost), Fonds „Deutsche Einheit" (1991: 35 Mrd DM im öffentlichen Gesamthaushalt) sowie Kreditabwicklungsfonds. In der Abgrenzung der Finanzstatistik. Bis 1990 Rechnungsergebnisse, 1990 vorläufig. 1991: Ist-Ergebnisse für Bund, EG, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit" und Kreditabwicklungsfonds; Schätzungen für die Länder (West und Ost) und die Gemeinden (West und Ost) basierend auf den Ergebnissen der Vierteljahresstatistik. Krankenhäuser und Sonderrechnungen eingeschlossen.

Tabelle 41*

der öffentlichen Haushalte[1])
DM

Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungssaldo	Kredite (netto)	Jahr
insgesamt	darunter				insgesamt	darunter				
	Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen			
				Länder[2])						
43,51	14,03	5,06	0,66	3,09	43,67	28,89	6,54	+ 0,16	–0,44	1962
45,96	15,43	5,27	0,64	3,57	45,13	29,77	6,93	– 0,83	–0,05	1963
50,18	16,77	5,15	0,64	4,28	48,48	32,20	6,94	– 1,70	1,27	1964
54,55	19,02	5,45	0,77	4,68	50,48	33,66	7,02	– 4,07	2,67	1965
57,88	21,02	5,46	0,96	4,66	54,12	36,26	7,56	– 3,75	2,62	1966
60,15	22,32	5,62	1,25	4,52	56,70	37,60	7,59	– 3,44	3,89	1967
63,38	23,86	6,82	1,48	4,53	62,25	40,92	9,02	– 1,14	2,27	1968
67,78	26,88	6,41	1,61	4,94	69,45	48,35	8,37	+ 1,68	–0,34	1969
77,65	31,65	7,28	1,68	6,40	74,59	52,16	8,28	– 3,06	2,16	1970
89,53	38,08	8,26	2,00	6,96	84,00	58,56	9,66	– 5,54	4,88	1971
100,38	42,38	9,31	2,32	6,73	98,95	69,23	11,53	– 1,44	3,55	1972
115,85	48,94	10,76	2,70	7,37	113,87	79,22	13,18	– 1,98	2,58	1973
134,05	56,82	12,91	3,15	8,66	124,95	87,35	13,89	– 9,10	7,74	1974
146,28	62,30	16,09	3,88	8,59	126,40	85,57	15,31	–19,88	17,00	1975
154,39	66,17	16,39	5,22	8,12	138,88	94,95	16,23	–15,51	15,87	1976
161,60	70,84	17,30	6,38	8,38	153,49	107,76	17,69	– 8,10	8,44	1977
176,52	75,39	19,22	6,88	8,75	164,12	115,55	18,58	–12,40	12,52	1978
191,83	80,80	20,10	7,93	9,35	177,24	125,10	20,40	–14,60	13,34	1979
208,61	87,44	22,26	8,95	10,56	186,17	130,75	21,72	–22,44	21,15	1980
216,63	92,80	23,26	10,89	10,02	190,59	131,55	23,24	–26,05	24,57	1981
224,20	95,83	23,41	13,85	9,94	199,64	135,94	23,88	–24,57	24,03	1982
228,29	98,78	23,77	16,09	9,87	206,90	142,85	23,87	–21,39	21,64	1983
234,29	100,22	23,33	17,51	9,96	216,06	150,18	23,47	–18,23	19,38	1984
243,33	103,77	24,70	18,57	10,58	226,19	159,12	23,87	–17,14	17,18	1985
254,13	108,12	25,87	19,61	11,24	236,43	166,84	25,05	–17,70	16,75	1986
263,90	112,34	27,73	19,82	11,77	244,41	173,16	26,26	–19,49	18,75	1987
270,06	115,39	28,22	20,48	11,92	253,74	180,53	26,99	–16,33	17,70	1988
282,66	118,44	31,27	21,27	12,75	275,08	197,07	29,55	– 7,58	11,27	1989
300,40	125,09	31,95	22,14	13,41	280,55	199,80	29,90	–19,79	18,21	1990
320,93	133,34	35,08	23,90	14,44	303,71	214,69	31,12	–17,21	...	1991
				Gemeinden und Gemeindeverbände[3])						
28,04	6,80	2,15	0,79	10,51	26,93	10,12	5,97	– 1,11	2,20	1962
31,48	7,50	2,65	0,90	12,09	29,33	10,61	6,54	– 2,16	2,75	1963
35,81	8,19	3,04	1,07	14,47	32,28	11,34	7,10	– 3,53	3,50	1964
39,02	9,25	3,60	1,30	15,02	34,70	11,81	7,73	– 4,33	4,34	1965
41,03	10,32	4,17	1,59	14,81	37,66	12,66	8,45	– 3,36	3,32	1966
41,02	10,91	4,33	1,81	13,59	39,49	12,70	8,66	– 1,53	2,50	1967
43,19	11,59	4,35	1,92	14,36	41,48	13,32	8,89	– 1,71	2,40	1968
48,42	13,13	4,73	2,08	16,44	48,17	17,16	9,55	– 0,25	2,71	1969
56,49	15,22	5,38	2,40	20,20	50,83	16,60	10,51	– 5,66	3,45	1970
67,42	18,26	6,50	2,81	24,20	58,47	19,18	11,80	– 8,95	7,73	1971
74,72	20,53	8,10	3,39	25,77	67,82	23,13	13,71	– 6,90	7,99	1972
84,08	23,69	8,98	4,21	27,50	79,13	27,28	15,96	– 4,94	6,96	1973
95,85	27,86	11,09	4,85	30,37	87,55	29,54	17,14	– 8,29	5,67	1974
101,23	30,36	12,86	5,25	29,64	92,03	30,22	18,00	– 9,20	6,76	1975
104,08	31,82	14,04	5,53	28,51	100,15	33,86	18,29	– 3,93	5,03	1976
107,65	33,77	15,08	5,58	27,62	106,30	38,06	20,47	– 1,35	2,57	1977
118,19	36,78	16,15	5,28	31,16	116,58	39,68	23,25	– 1,61	2,98	1978
130,35	39,49	16,95	5,66	35,99	125,06	41,10	25,57	– 5,29	3,93	1979
145,47	42,89	19,04	6,57	41,23	139,83	47,26	28,39	– 5,65	4,34	1980
152,13	45,63	21,07	7,58	39,69	142,02	45,99	29,64	–10,11	6,14	1981
153,06	47,01	22,51	8,83	35,12	145,79	46,87	29,94	– 7,26	6,84	1982
151,66	48,23	23,22	8,34	31,51	150,33	49,33	28,92	– 1,33	2,68	1983
154,70	49,27	24,36	8,06	30,54	155,82	52,52	30,74	+ 1,13	1,23	1984
162,94	51,37	26,34	8,00	32,22	163,63	56,26	32,41	+ 0,70	1,10	1985
172,48	54,45	28,71	7,72	35,00	170,76	58,70	34,02	– 1,72	1,79	1986
179,24	57,41	30,50	7,48	35,75	176,66	59,73	35,78	– 2,58	3,19	1987
184,40	58,80	32,57	7,39	36,54	185,05	63,59	36,72	+ 0,64	2,27	1988
194,32	60,70	35,11	7,56	39,25	195,98	68,02	38,83	+ 1,66	2,02	1989
208,23	64,07	38,53	8,07	42,42	204,67	69,16	40,94	– 3,56	2,84	1990
227,50	70,86	42,02	8,89	45,64	221,96	75,76	44,35	– 5,53	5,65	1991

[2]) Einschließlich staatlicher Krankenhäuser und Sonderrechnungen.
[3]) Einschließlich kommunaler Krankenhäuser.

Quelle: BMF

Tabelle 42* **Ausgaben und Einnahmen der staatlichen**

Mio

Jahr	Insgesamt	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Hamburg	Bremen	Berlin [2]
	Gesamtausgaben [3]											
1970	116 794	4 599	12 498	30 330	11 302	7 004	17 857	19 316	1 860	5 038	1 719	6 800
1971	137 311	5 446	14 728	35 409	13 412	8 398	21 055	22 470	2 163	5 704	2 032	7 915
1972	153 692	6 022	16 581	39 907	14 976	9 311	23 515	25 085	2 457	6 253	2 284	8 851
1973	173 829	6 869	19 215	45 100	16 787	10 404	26 719	28 104	2 882	6 777	2 627	10 149
1974	203 353	8 069	22 544	53 386	19 440	11 761	31 219	32 826	3 275	7 841	3 139	11 902
1975	219 224	8 808	24 377	57 466	20 612	12 469	33 082	35 778	3 632	8 514	3 519	13 093
1976	229 625	9 208	25 587	59 887	22 370	12 883	34 096	37 449	3 842	8 834	3 669	13 941
1977	240 098	9 611	26 956	62 270	22 459	13 586	36 568	39 190	3 989	9 569	3 852	14 622
1978	260 590	10 179	28 910	68 927	24 129	14 483	40 285	42 700	4 234	9 985	4 130	15 386
1979	284 160	11 145	31 713	74 764	26 236	15 742	44 595	46 833	4 621	10 322	4 393	16 457
1980	311 730	12 243	34 862	82 440	28 179	17 088	49 879	50 723	5 037	10 925	4 969	18 070
1981	325 170	12 788	36 764	85 825	29 548	18 012	50 858	53 262	5 275	11 556	5 033	18 920
1982	333 094	12 996	37 442	87 057	30 225	18 280	51 945	55 082	5 782	12 778	5 108	19 603
1983	337 132	13 515	37 340	86 952	30 448	18 518	52 392	56 093	5 928	12 800	5 263	20 334
1984	344 751	13 577	37 906	88 573	31 623	18 880	53 852	57 022	5 995	13 087	5 337	21 386
1985	359 658	14 324	39 768	92 812	33 040	19 643	55 166	60 190	6 678	13 415	5 521	22 161
1986	378 218	15 138	42 750	97 176	35 380	20 569	58 070	63 586	6 423	13 891	5 609	22 772
1987	392 166	15 822	43 024	99 658	37 275	21 276	61 090	66 807	6 724	14 328	5 964	23 800
1988	402 386	16 305	43 853	102 071	38 614	21 389	63 247	68 574	6 895	14 170	6 223	24 714
1989	422 115	17 026	46 074	107 072	40 680	22 372	65 211	72 585	7 241	14 791	6 647	26 274
1990	449 998	18 140	49 408	115 367	43 624	23 876	70 489	76 792	7 595	14 897	6 992	27 357
1991	500 690	20 047	54 338	123 880	46 707	25 890	77 589	85 034	8 142	17 073	7 747	38 611
	darunter: Investitionsausgaben											
1970	35 487	1 264	3 761	9 202	3 491	2 227	5 963	6 276	439	1 114	442	1 305
1971	41 186	1 536	4 373	10 231	4 432	2 715	7 082	7 342	499	1 204	503	1 268
1972	43 862	1 605	4 620	11 071	4 791	2 845	7 462	7 720	564	1 239	559	1 390
1973	47 990	1 807	5 168	12 439	4 835	2 857	8 196	8 565	662	1 228	670	1 564
1974	52 831	1 859	5 764	14 139	5 170	3 072	9 055	9 034	686	1 333	828	1 891
1975	51 798	1 922	5 688	14 144	4 671	2 828	8 334	9 302	709	1 282	872	2 044
1976	51 581	1 951	5 364	13 473	5 632	2 736	7 704	9 611	749	1 201	775	2 384
1977	49 506	1 898	5 366	12 603	4 364	2 694	8 054	9 319	660	1 331	709	2 508
1978	55 505	2 017	5 861	14 951	4 668	2 955	9 468	10 163	692	1 358	731	2 640
1979	62 384	2 259	6 778	16 103	5 256	3 393	10 861	11 942	830	1 372	732	2 859
1980	70 994	2 623	7 618	18 555	5 930	3 688	12 790	13 339	893	1 433	935	3 190
1981	68 813	2 541	7 725	17 848	5 830	3 722	11 597	13 324	904	1 530	743	3 050
1982	64 955	2 243	6 817	16 426	5 717	3 376	10 847	13 049	1 141	1 674	614	3 050
1983	60 393	2 416	6 030	14 284	5 197	3 183	10 144	12 589	870	1 741	603	3 338
1984	60 981	2 285	5 840	14 429	5 355	3 285	10 826	12 194	887	1 613	647	3 769
1985	62 289	2 323	6 217	14 322	5 254	3 341	10 279	13 482	861	1 642	658	3 906
1986	66 226	2 447	7 322	14 746	6 025	3 532	10 768	14 649	870	1 644	547	3 676
1987	67 380	2 575	6 319	13 882	6 267	3 596	12 169	15 578	920	1 577	702	3 795
1988	68 202	2 575	6 229	13 924	6 590	3 556	12 300	15 858	960	1 307	902	4 001
1989	72 395	2 593	6 731	15 716	6 673	3 739	12 477	16 808	1 104	1 426	971	4 154
1990	78 186	2 729	7 783	17 832	7 098	4 023	13 189	17 677	1 048	1 433	941	4 433
1991	87 687	2 995	8 786	18 606	7 744	4 454	14 419	19 242	997	2 071	1 082	7 293
	darunter: Personalausgaben											
1970	46 870	1 963	5 039	11 760	4 394	2 592	6 750	7 599	887	2 179	738	2 969
1971	56 339	2 340	6 102	14 169	5 308	3 149	8 184	8 924	1 051	2 621	890	3 603
1972	62 914	2 611	6 846	15 804	5 932	3 501	9 206	9 926	1 168	2 891	992	4 036
1973	72 629	2 982	8 008	18 183	6 828	4 076	10 672	11 484	1 347	3 292	1 152	4 606
1974	84 682	3 526	9 432	20 998	7 990	4 688	12 516	13 587	1 546	3 777	1 349	5 274
1975	92 768	3 852	10 495	22 949	8 732	5 101	13 727	14 868	1 683	4 021	1 515	5 826
1976	98 125	4 018	11 118	24 398	9 179	5 358	14 540	15 824	1 790	4 140	1 620	6 141
1977	105 123	4 274	11 871	26 368	9 862	5 750	15 626	16 927	1 906	4 362	1 725	6 454
1978	112 172	4 439	12 736	28 389	10 465	6 103	16 721	18 010	2 028	4 619	1 846	6 813
1979	120 294	4 756	13 613	30 614	11 140	6 489	18 081	19 322	2 138	4 900	1 987	7 253
1980	130 327	5 184	14 775	33 347	12 001	7 017	19 617	20 881	2 289	5 260	2 145	7 808
1981	138 425	5 505	15 785	35 276	12 780	7 433	20 902	22 264	2 397	5 571	2 278	8 235
1982	142 846	5 727	16 336	36 323	13 109	7 671	21 511	23 158	2 463	5 790	2 334	8 424
1983	147 007	5 889	16 816	37 114	13 501	7 915	22 188	24 023	2 540	5 993	2 395	8 629
1984	149 489	5 975	17 102	37 597	13 776	8 048	22 572	24 609	2 591	6 070	2 394	8 753
1985	155 142	6 198	17 805	39 150	14 307	8 323	23 526	25 461	2 695	6 228	2 437	9 010
1986	162 575	6 511	18 756	40 988	15 047	8 693	24 619	26 778	2 816	6 451	2 514	9 402
1987	169 753	6 849	19 634	42 699	15 771	9 045	25 742	28 188	2 940	6 565	2 591	9 729
1988	174 188	7 039	20 086	43 593	16 218	9 202	26 679	28 995	3 005	6 749	2 641	9 980
1989	179 139	7 234	20 548	44 737	16 668	9 434	27 508	29 998	3 066	6 871	2 774	10 301
1990	190 062	7 663	21 839	47 495	17 661	9 977	29 246	32 180	3 214	6 972	2 948	10 867
1991	205 224	8 250	23 492	51 059	18 899	10 696	31 446	34 548	3 419	7 065	3 200	13 151

[1] Einschließlich Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen. Bis 1990 Rechnungsergebnisse (1990 vorläufig); ab 1991 Kassenergebnisse, teilweise geschätzt. — [2] Bis 1990 Berlin (West).

und kommunalen Haushalte nach Ländern[1]) Tabelle 42*

DM

Insgesamt	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Hamburg	Bremen	Berlin [2])	Jahr
					noch Ausgaben: darunter: Zinsausgaben							
4 079	169	526	917	457	322	565	605	105	160	54	199	1970
4 810	211	635	1 048	574	392	652	693	118	198	63	227	1971
5 712	247	746	1 286	674	477	764	803	135	230	80	271	1972
6 908	319	881	1 533	818	582	931	980	159	293	107	307	1973
8 024	373	1 048	1 766	957	694	1 052	1 113	197	344	129	350	1974
9 148	423	1 238	2 032	1 070	749	1 187	1 251	215	414	177	392	1975
10 775	496	1 471	2 597	1 180	794	1 365	1 422	249	515	228	459	1976
11 988	573	1 684	2 890	1 309	887	1 458	1 538	277	586	272	514	1977
12 173	589	1 720	2 938	1 348	887	1 452	1 545	293	583	305	514	1978
13 594	630	1 865	3 599	1 430	933	1 715	1 664	317	577	335	528	1979
15 526	699	2 089	4 296	1 587	1 044	1 993	1 910	378	600	399	532	1980
18 483	828	2 452	5 256	1 862	1 244	2 431	2 193	461	686	491	579	1981
22 696	993	2 892	6 820	2 325	1 518	3 027	2 518	548	772	616	666	1982
24 446	1 081	3 052	7 560	2 409	1 586	3 223	2 682	609	856	686	702	1983
25 603	1 109	3 195	8 025	2 376	1 689	3 216	2 870	669	959	740	754	1984
26 577	1 221	3 289	8 286	2 448	1 786	3 235	2 927	738	1 115	779	753	1985
27 332	1 244	3 341	8 802	2 504	1 807	3 237	2 957	773	1 146	801	719	1986
27 320	1 268	3 346	8 835	2 466	1 828	3 088	2 985	794	1 196	793	721	1987
27 884	1 317	3 529	9 059	2 498	1 820	3 095	2 969	829	1 217	843	705	1988
28 854	1 362	3 699	9 299	2 538	1 858	3 260	3 047	906	1 252	884	747	1989
30 229	1 455	3 789	9 770	2 686	1 939	3 431	3 165	994	1 252	923	822	1990
32 970	1 595	4 042	10 498	2 963	2 081	3 860	3 413	1 113	1 345	1 008	1 053	1991
					Gesamteinnahmen[3])							
108 080	4 166	11 630	28 463	10 208	6 261	16 406	18 110	1 738	4 485	1 636	6 506	1970
122 827	4 820	13 025	32 388	11 523	7 071	18 901	20 379	1 949	5 074	1 822	7 297	1971
145 355	5 559	15 753	38 115	13 657	8 309	22 576	24 230	2 279	5 729	2 192	8 504	1972
166 909	6 479	18 220	43 663	15 755	9 649	25 613	27 913	2 679	6 449	2 401	9 890	1973
185 961	7 426	20 058	48 660	17 387	10 446	28 651	31 217	2 846	7 333	2 713	11 269	1974
190 147	7 555	20 844	48 787	17 573	10 842	29 158	32 211	2 994	7 534	2 688	12 087	1975
210 185	8 217	22 662	54 382	19 464	11 720	32 617	35 616	3 294	8 235	2 959	13 160	1976
230 645	8 981	25 463	59 655	21 321	13 027	35 950	38 579	3 625	9 203	3 253	14 161	1977
246 582	9 709	26 987	62 982	23 144	13 813	38 670	41 859	3 905	9 442	3 475	15 355	1978
264 288	10 344	28 920	67 292	24 769	14 729	41 383	45 084	4 025	10 242	3 704	16 459	1979
283 643	11 430	31 773	71 521	26 079	15 681	45 553	48 527	4 364	10 225	3 961	17 220	1980
289 022	11 174	32 494	72 287	26 292	15 827	46 403	49 934	4 560	10 571	3 986	18 226	1981
301 256	11 659	34 079	76 056	27 365	16 341	47 966	51 417	4 599	11 054	4 265	19 158	1982
314 410	12 209	35 192	78 815	28 877	16 960	50 485	53 967	4 802	11 409	4 298	19 848	1983
327 637	12 545	36 284	81 488	30 312	17 814	52 406	56 773	5 169	11 890	4 604	20 846	1984
343 214	13 383	38 279	84 439	32 282	18 624	54 492	59 997	5 425	12 722	4 716	21 917	1985
358 786	14 056	39 361	89 567	34 022	19 009	57 634	62 425	5 676	12 863	4 784	22 536	1986
370 077	14 493	39 509	92 914	35 422	19 600	58 736	65 376	5 967	12 988	5 325	23 348	1987
386 691	15 263	42 194	97 160	37 230	20 569	60 978	67 702	6 208	13 555	5 447	24 055	1988
416 190	16 160	45 015	105 562	40 131	22 230	65 097	73 093	6 536	14 930	6 048	25 247	1989
427 706	16 984	46 470	109 002	40 763	22 470	68 349	74 194	6 867	15 057	6 227	25 860	1990
475 642	18 872	52 167	117 732	44 130	24 345	74 261	83 265	7 272	15 845	6 770	35 440	1991
					darunter: Steuereinnahmen							
68 975	2 258	6 885	20 339	6 707	3 655	10 662	11 310	1 052	3 129	1 026	1 952	1970
77 978	2 863	7 885	22 588	7 434	4 116	12 289	12 843	1 170	3 577	1 168	2 045	1971
92 604	3 287	9 400	26 701	9 029	4 818	14 714	15 465	1 372	4 100	1 377	2 341	1972
106 763	3 845	10 929	30 523	10 426	5 721	16 842	17 957	1 588	4 635	1 563	2 734	1973
116 402	4 274	11 764	33 595	11 357	6 166	18 147	19 193	1 725	5 338	1 715	3 128	1974
115 274	4 274	12 013	33 077	11 040	6 140	18 153	18 865	1 707	5 261	1 677	3 067	1975
128 281	4 667	12 952	37 136	12 270	6 727	20 386	21 331	1 885	5 702	1 888	3 337	1976
145 271	5 262	15 249	41 434	13 876	7 750	23 365	24 031	2 207	6 440	1 991	3 666	1977
154 603	5 602	15 976	43 718	15 199	8 201	24 716	26 279	2 335	6 677	2 128	3 772	1978
165 456	5 976	17 278	46 591	16 182	8 860	26 517	28 096	2 397	7 444	2 162	3 953	1979
177 251	6 605	18 945	49 596	16 935	9 640	29 204	30 374	2 590	7 004	2 382	3 976	1980
176 732	6 469	18 402	48 897	17 052	9 454	29 471	30 546	2 692	7 295	2 386	4 068	1981
182 130	6 630	18 610	50 511	17 358	9 835	30 448	31 915	2 653	7 486	2 409	4 275	1982
191 556	7 011	19 768	53 164	18 523	10 221	31 605	33 756	2 745	7 721	2 450	4 592	1983
202 146	7 307	20 612	55 837	19 765	10 992	33 125	36 201	2 948	8 031	2 454	4 874	1984
215 001	7 732	22 191	58 470	21 392	11 596	35 321	38 513	3 064	8 692	2 656	5 374	1985
225 208	8 147	22 635	62 123	22 673	11 681	37 705	40 119	3 226	8 649	2 608	5 642	1986
232 549	8 304	23 541	63 953	23 517	12 383	38 532	41 856	3 368	8 631	2 692	5 770	1987
243 237	8 825	24 718	67 423	24 464	13 323	40 032	43 574	3 504	8 874	2 774	5 726	1988
263 898	9 397	26 567	73 965	26 807	14 408	43 177	47 041	3 778	9 664	2 963	6 130	1989
267 283	9 634	26 565	75 024	26 896	14 156	44 747	47 401	3 822	9 664	3 035	6 339	1990
292 276	10 474	29 959	80 115	28 252	15 328	48 414	51 828	4 054	10 925	3 392	9 534	1991

[3]) Um Zahlungen von gleicher Ebene bereinigt.

Tabelle 43 *

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mio DM

Zeitraum [1]	Insgesamt [2]	Darunter								
		Lohnsteuer	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Steuern vom Umsatz [3]	Mineralölsteuer	Tabaksteuer	Vermögensteuer	Kraftfahrzeugsteuer	Gewerbesteuer [4]
	Früheres Bundesgebiet									
1950	21 089	1 807	2 087	1 449	4 987	73	2 160	130	349	1 247
1951	27 292	2 797	2 303	2 273	7 148	463	2 404	142	409	1 963
1952	33 234	3 658	3 925	2 780	8 736	590	2 334	178	470	2 623
1953	36 537	3 740	4 870	2 990	9 104	734	2 326	405	531	3 097
1954	38 292	3 875	4 588	3 071	9 766	781	2 304	620	599	3 342
1955	42 316	4 402	4 352	3 111	11 336	1 136	2 560	534	728	3 727
1956	46 988	5 402	4 728	3 637	12 437	1 415	2 781	758	837	4 222
1957	50 275	5 289	5 879	4 506	12 882	1 642	2 933	818	967	5 047
1958	52 400	5 932	5 473	5 190	13 507	1 665	3 093	888	1 082	5 261
1959	58 880	5 855	7 323	5 118	14 943	2 145	3 265	1 116	1 216	6 468
1960	68 448	8 102	8 963	6 510	16 851	2 664	3 537	1 100	1 475	7 433
1961	78 529	10 453	10 817	7 473	18 610	3 325	3 892	1 419	1 678	8 147
1962	86 381	12 315	12 218	7 790	19 978	3 699	4 205	1 798	1 888	8 770
1963	91 082	13 844	13 451	7 688	20 733	4 139	4 311	1 673	2 134	9 273
1964	99 388	16 092	14 101	8 018	22 581	6 071	4 416	1 931	2 372	9 952
1965	105 463	16 738	14 798	8 170	24 814	7 428	4 697	1 880	2 624	10 283
1966	112 451	19 055	16 075	7 687	25 877	8 016	4 982	1 994	2 853	11 091
1967	114 631	19 558	15 782	7 061	22 500	9 423	5 801	2 421	3 059	10 991
1968	121 809	22 080	16 273	8 553	25 669	9 875	5 992	2 261	3 243	11 584
1969	145 288	27 057	16 989	10 895	34 099	10 601	6 233	2 458	3 507	15 386
1970	154 137	35 086	16 001	8 717	38 564	11 512	6 537	2 877	3 830	12 117
1971	172 409	42 803	18 340	7 167	43 365	12 417	6 863	3 123	4 156	14 118
1972	197 003	49 770	23 140	8 495	47 027	14 227	7 826	2 994	4 722	17 023
1973	224 803	61 255	26 452	10 887	49 489	16 589	8 872	3 234	4 989	20 312
1974	239 581	71 960	26 793	10 403	51 171	16 052	8 952	3 410	5 159	21 568
1975	242 068	71 191	28 001	10 054	54 082	17 121	8 886	3 339	5 303	20 897
1976	268 076	80 609	30 860	11 840	58 459	18 121	9 379	3 917	5 630	23 334
1977	299 444	90 773	35 508	16 830	62 684	19 184	9 803	4 995	5 929	26 482
1978	319 101	92 013	37 426	19 824	73 266	20 463	10 459	4 525	6 282	27 329
1979	342 823	97 067	37 551	22 912	84 206	21 140	10 701	4 482	7 576	28 384
1980	364 991	111 559	36 796	21 323	93 448	21 351	11 288	4 664	6 585	27 960
1981	370 319	116 559	32 928	20 162	97 789	22 180	11 253	4 687	6 593	26 047
1982	378 702	123 407	30 602	21 458	97 717	22 835	12 208	4 982	6 689	26 103
1983	396 575	128 889	28 275	23 675	105 871	23 338	13 881	4 992	6 984	26 184
1984	414 697	136 350	26 368	26 312	110 483	24 033	14 429	4 492	7 284	28 320
1985	437 201	147 630	28 568	31 836	109 825	24 521	14 452	4 287	7 350	30 759
1986	452 437	152 233	29 881	32 301	111 139	25 644	14 480	4 396	9 356	31 987
1987	468 660	164 176	30 695	27 302	118 795	26 136	14 507	5 422	8 365	31 438
1988	488 097	167 504	33 189	30 003	123 286	27 032	14 555	5 554	8 169	34 465
1989	535 525	181 832	36 799	34 181	131 479	32 965	15 509	5 775	9 167	36 706
1990	549 667	177 590	36 519	30 090	147 585	34 621	17 402	6 333	8 314	38 796
	Deutschland									
1991	661 919	214 175	41 533	31 716	179 672	47 266	19 591	6 729	11 011	41 297
1991 1. Vj.	144 706	45 021	9 738	7 101	45 273	6 898	2 978	1 684	2 305	9 415
2. Vj.	152 184	48 452	8 821	7 869	43 104	10 218	4 671	1 682	2 896	9 784
3. Vj.	170 361	54 552	10 691	8 204	44 138	11 835	5 084	1 671	3 146	10 787
4. Vj.	194 669	66 150	12 283	8 541	47 157	18 315	6 857	1 692	2 664	11 311
1992 1. Vj.	...	54 310	11 286	8 377	51 275	9 119	2 835	1 621	3 696	...
2. Vj.	...	54 488	8 691	7 836	47 938	13 696	4 756	1 672	3 819	...
3. Vj. [5]	...	63 883	9 224	8 147	46 556	14 014	5 016	1 663	3 026	...

[1] Von 1950 bis 1959 ohne Saarland. — 3. Vierteljahr 1991 vorläufige Ergebnisse.

[2] Von 1957 bis 1969 ohne buchmäßige Mehreinnahmen aus Regierungskäufen im Ausland; 1970 ohne, ab 1971 einschließlich Zölle auf Regierungskäufe im Ausland; von 1969 bis 1971 ohne Vergütungen an die Importeure aufgrund des Absicherungsgesetzes; 1973 und 1974 ohne Stabilitätszuschlag und Investitionsteuer.

[3] Bis 1967 Umsatzsteuer, Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; ab 1968 Umsatzsteuer (MWSt) und Einfuhrumsatzsteuer, 1969 bis 1972 einschließlich Straßengüterverkehrsteuer.

[4] Bis 1981 einschließlich Lohnsummensteuer.

[5] Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: BMF

Tabelle 44*

Verschuldung der öffentlichen Haushalte[1])

Mio DM

Ende des Zeitraums	Insgesamt[2])	Nach Kreditnehmern			Nach ausgewählten Schuldarten			
		Bund[3])	Länder[4])	Gemeinden[5])	Anleihen[6])	Direktausleihungen der Kreditinstitute[7])[8])	Darlehen von Nichtbanken: Sozialversicherungen[7])[9])	Darlehen von Nichtbanken: sonstige[7])[10])
1950	20 634	7 290	12 844	500	.	465	150	140
1951	22 365	8 220	13 294	850	49	745	290	205
1952	24 044	8 897	13 717	1 430	419	1 280	435	335
1953	33 901	17 018	14 563	2 320	1 126	2 120	1 323	657
1954	38 699	20 081	15 018	3 600	1 678	2 880	1 787	1 059
1955	40 983	20 791	15 523	4 670	2 022	3 700	2 019	1 371
1956	41 984	20 633	15 741	5 610	1 726	4 432	2 239	1 623
1957	43 876	22 903	13 963	7 010	1 780	5 672	2 433	1 835
1958	46 509	23 431	14 708	8 370	2 303	7 962	2 483	1 883
1959	49 627	25 077	14 920	9 630	3 058	10 013	2 472	1 998
1960	52 759	26 820	14 695	11 169	3 528	11 205	2 667	2 604
1961	57 093	30 309	13 903	12 805	4 810	12 248	4 687	2 811
1962	60 365	31 820	13 402	15 068	5 700	13 634	4 880	3 235
1963	67 084	35 495	13 329	17 686	7 712	16 005	5 066	4 399
1964	73 796	37 675	14 291	21 264	8 974	20 371	5 659	5 121
1965	83 667	39 858	17 401	25 844	11 195	25 435	6 591	6 339
1966	93 048	42 696	20 328	29 465	12 092	30 275	7 245	7 868
1967	108 174	51 295	24 188	31 986	14 230	35 113	8 387	8 690
1968	117 117	55 517	26 339	34 186	16 074	43 782	6 957	9 221
1969	117 904	54 244	25 771	36 663	16 266	51 813	6 101	9 884
1970	125 890	56 512	27 786	40 295	17 491	59 556	5 725	11 104
1971	140 399	58 071	33 037	47 927	20 249	70 696	6 511	12 592
1972	156 063	61 641	36 963	55 984	24 972	81 903	7 374	14 667
1973[11])	167 754	67 242	39 462	59 900	27 378	92 104	14 392 [a])	6 222
1974	192 383	77 529	47 323	66 375	30 940	107 795	16 954	6 969
1975	256 389	113 680	67 001	74 411	40 680	150 139	18 426	7 638
1976	296 650	133 262	81 805	79 830	52 101	180 932	12 953	9 581
1977	328 484	153 921	89 583	83 345	63 498	195 219	10 342	10 925
1978	370 811	180 647	102 139	86 700	69 913	227 075	10 144	11 118
1979	413 935	205 523	115 900	90 406	81 414	262 087	10 125	12 517
1980	468 612	232 320	137 804	95 208	87 428	305 724	10 570	20 801
1981	545 617	273 114	165 150	102 639	89 404	378 817	10 691	23 835
1982	614 820	309 064	190 622	109 858	114 128	417 144	10 690	26 798
1983	671 708	341 444	212 026	112 452	140 464	437 908	10 527	30 085
1984	717 522	367 297	230 551	113 116	173 006	456 268	9 809	27 581
1985	760 192	392 356	247 411	113 738	207 787	464 921	9 088	27 273
1986	800 967	415 390	264 351	114 811	251 595	456 259	8 223	25 434
1987	848 816	440 476	284 609	117 818	287 418	461 882	7 502	24 122
1988	903 015	475 169	302 560	119 316	325 356	477 457	7 171	21 125
1989	928 837	490 541	309 860	121 374	352 299	472 947	6 743	19 288
1990	1 053 490	542 189	328 287	125 602	430 157	494 059	6 364	20 260
1991	1 171 225	586 493	347 518	131 800	501 592	527 945	6 882	18 872
1991 Mär	1 096 941	563 817 [b])	328 686	126 300	469 553 [b])	504 192	7 003	19 609
Jun	1 115 222	571 219	332 995	128 000	477 498	511 474	7 441	19 775
Sep	1 129 423	571 754	334 421	129 000	487 605	511 790	6 947	18 870
Dez	1 171 225	586 493	347 518	131 800	501 592	527 945	6 882	18 872

[1]) Ab 1990 Angaben für Deutschland. Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander.
[2]) Bund, west- und ostdeutsche Länder und Gemeinden (einschließlich Zweckverbände), Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Auftragsfinanzierung Öffa, Fonds „Deutsche Einheit" und Kreditabwicklungsfonds.
[3]) Einschließlich Lastenausgleichsfonds und Auftragsfinanzierung Öffa.
[4]) Ab 1978 einschließlich Nettokreditaufnahme für die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen.
[5]) Einschließlich Zweckverbände. — Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.
[6]) Einschließlich Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen; ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke. Ab 1981 ohne Kassenobligationen der Länder mit einer Laufzeit von über 4 Jahren.
[7]) Im wesentlichen Schuldscheindarlehen.
[8]) Ab 1974 einschließlich der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen.
[9]) Einschließlich Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe.
[10]) Einschließlich der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen.
[11]) Nach Ausschaltung der Verschuldung der kommunalen Eigenbetriebe, einschließlich Verschuldung der kommunalen Zweckverbände.
[a]) Ab 1973 werden die vorher bei den sonstigen Nichtbanken ausgewiesenen Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen bei den Sozialversicherungen verbucht.
[b]) Einschließlich von der Deutschen Bundesbahn übernommener Anleihen (Stand März 1991: 11772 Mio DM).

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 45*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Jahr[1]	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland[5]	Finanzielle Sektoren zusammen[2][6]	Sektoren insgesamt[2]
	private Haushalte	Unternehmen zusammen[2]	Unternehmen Produktionsunternehmen	Unternehmen Wohnungswirtschaft	Gebietskörperschaften[3]	Sozialversicherung[4]	zusammen[2]			
	I. Ersparnis und Vermögensübertragungen									
1960	16,11	29,22	21,52	7,70	14,55	2,79	62,67	– 4,79	1,27	59,15
1965	34,44	29,26	19,72	9,53	12,46	3,71	79,87	5,38	2,04	87,29
1970	54,67	34,55	23,12	11,42	22,88	6,49	118,59	– 4,74	4,37	118,22
1971	59,99	31,49	14,98	16,51	21,54	7,36	120,38	– 2,25	4,37	122,50
1972	69,55	29,43	14,86	14,57	16,61	8,66	124,25	– 4,26	6,77	126,74
1973	72,19	26,24	15,39	10,85	27,79	13,66	139,88	– 12,79	8,57	135,66
1974	83,06	17,20	– 0,13	17,33	17,32	4,62	122,20	– 26,28	12,72	108,64
1975	96,14	12,57	– 0,43	13,00	–21,12	– 2,06	85,53	– 11,60	11,88	85,81
1976	86,97	31,03	18,23	12,80	– 6,20	1,05	112,85	– 7,91	10,62	115,56
1977	83,53	25,44	16,39	9,05	6,68	– 3,36	112,29	– 8,42	11,56	115,41
1978	86,09	40,49	39,49	1,00	5,13	– 1,55	130,16	– 17,03	14,61	127,74
1979	98,29	36,66	38,64	– 1,98	3,13	0,48	138,56	9,39	18,54	166,49
1980	108,07	10,33	7,74	2,59	– 3,38	4,24	119,26	28,45	21,14	168,85
1981	120,97	–9,29	–12,79	3,50	–24,09	6,77	94,36	11,73	24,03	130,12
1982	117,20	–5,42	–15,39	9,97	–27,09	8,33	93,02	– 10,48	21,18	103,72
1983	101,05	24,90	22,63	2,27	–13,21	0,67	113,41	– 11,77	22,74	124,38
1984	110,70	22,20	15,08	7,12	– 4,81	0,31	128,40	– 21,57	22,79	129,62
1985	113,54	21,39	12,50	8,89	2,88	5,83	143,64	– 41,13	19,19	121,70
1986	127,18	59,71	39,76	19,95	– 1,36	9,68	195,21	– 79,60	17,10	132,71
1987	131,71	62,38	39,58	22,80	–10,86	6,95	190,18	– 79,78	22,54	132,92
1988	141,80	82,22	53,33	28,89	–12,90	1,88	213,00	– 86,34	30,45	157,11
1989	146,72	83,91	60,54	23,37	23,94	17,27	271,84	–105,14	26,00	192,70
1990	178,91	100,07	78,23	21,84	–27,72	21,36	272,62	– 81,67	27,00	217,95
1991	190,83	81,74	64,65	17,09	–56,54	17,08	233,11	– 15,86	34,31	251,56
	II. Nettoinvestitionen[7] (Sachvermögensbildung)									
1960	—	50,13	32,82	17,31	8,10	0,19	58,42	—	0,74	59,15
1965	—	68,03	41,36	26,67	17,71	0,20	85,94	—	1,36	87,29
1970	—	87,95	55,91	32,04	27,85	0,17	115,97	—	2,25	118,22
1971	—	89,71	49,81	39,90	29,88	0,24	119,83	—	2,67	122,50
1972	—	94,04	45,17	48,87	29,40	0,26	123,70	—	3,04	126,74
1973	—	101,91	49,83	52,08	30,07	0,36	132,34	—	3,32	135,66
1974	—	70,41	27,27	43,14	34,24	0,59	105,24	—	3,40	108,64
1975	—	47,63	11,54	36,09	34,05	0,46	82,14	—	3,67	85,81
1976	—	78,63	38,94	39,69	32,67	0,47	111,77	—	3,79	115,56
1977	—	79,77	36,74	43,03	31,92	0,47	112,16	—	3,25	115,41
1978	—	90,29	43,80	46,49	34,58	0,31	125,18	—	2,56	127,74
1979	—	125,04	70,02	55,02	39,02	0,37	164,43	—	2,06	166,49
1980	—	121,97	60,77	61,20	43,05	0,49	165,51	—	3,34	168,85
1981	—	87,47	29,54	57,93	38,47	0,76	126,70	—	3,44	130,12
1982	—	65,52	12,29	53,23	33,12	0,81	99,45	—	4,27	103,72
1983	—	88,79	30,08	58,71	29,20	0,86	118,85	—	5,53	124,38
1984	—	95,10	34,07	61,03	28,78	0,70	124,58	—	5,04	129,62
1985	—	87,44	38,53	48,91	28,95	0,84	117,23	—	4,49	121,70
1986	—	94,91	47,21	47,70	33,17	0,55	128,63	—	4,08	132,71
1987	—	96,24	50,26	45,98	33,53	0,39	130,16	—	2,76	132,92
1988	—	119,14	69,79	49,35	33,72	0,50	153,36	—	3,75	157,11
1989	—	150,61	95,67	54,94	36,62	0,34	187,57	—	5,13	192,70
1990	—	174,32	108,15	66,17	39,54	0,35	214,21	—	3,74	217,95
1991	—	204,06	128,99	75,07	42,31	0,26	246,63	—	4,93	251,56
	III. Geldvermögensbildung									
1960	17,60	6,75	6,26	0,81	9,42	2,67	35,88	7,51	34,81	78,20
1965	36,28	11,56	12,06	–0,04	4,38	3,54	54,26	9,10	47,88	111,23
1970	59,12	22,59	23,37	–0,56	4,18	6,30	91,80	32,02	102,15	225,97
1971	67,31	29,17	29,40	0,11	7,15	7,19	108,79	20,01	112,63	241,43
1972	80,12	35,75	35,66	0,64	4,01	8,47	126,40	18,59	138,72	283,71
1973	77,64	25,30	25,06	0,75	17,73	13,17	129,91	24,46	133,06	287,43
1974	83,58	32,44	33,19	–0,36	8,46	4,06	127,06	15,78	117,97	260,77
1975	103,92	30,22	30,55	–0,14	14,40	0,00	141,34	25,72	168,75	335,80
1976	101,74	44,71	44,23	0,55	2,91	0,54	154,93	37,47	158,33	350,73
1977	98,84	39,12	37,96	1,00	9,74	–3,80	145,94	29,70	167,64	343,27
1978	104,71	49,59	47,82	1,50	13,34	–1,80	167,48	40,76	226,34	434,58
1979	118,99	43,67	41,51	1,80	6,06	0,06	169,41	37,98	188,11	395,50

[1]) Ab 1988 vorläufige Ergebnisse. — [2]) Bei der Summenbildung wurden innersektorale Ströme nicht mitaddiert. — [3]) Einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — [4]) Einschließlich Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — [5]) Einschließlich ehemalige DDR.

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

noch Tabelle 45*

Mrd DM

Jahr[1]	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland[5]	Finanzielle Sektoren zusammen[2][6]	Sektoren insgesamt[2]
	private Haushalte	Unternehmen zusammen[2]	Produktionsunternehmen	Wohnungswirtschaft	Gebietskörperschaften[3]	Sozialversicherung[4]	zusammen[2]			
	noch: III. Geldvermögensbildung									
1980	120,73	44,38	42,09	2,00	8,26	3,84	177,77	64,01	190,92	432,70
1981	128,56	56,53	54,30	2,00	13,76	6,08	205,08	57,63	211,44	474,14
1982	126,67	49,19	46,69	2,20	8,73	7,37	192,22	29,23	201,56	423,01
1983	113,56	67,10	64,04	2,80	15,36	-0,14	195,65	25,88	204,03	425,55
1984	121,18	61,43	61,05	1,20	13,93	-0,54	196,42	57,19	204,23	457,84
1985	126,32	56,11	60,15	-1,40	16,63	5,07	204,86	73,36	221,88	500,10
1986	137,16	58,58	53,90	0,84	7,26	9,17	213,04	89,21	239,55	541,80
1987	143,29	51,01	55,88	-2,55	8,29	6,50	209,78	44,15	237,03	490,97
1988	154,76	76,40	78,35	-0,50	10,72	1,34	243,55	38,91	210,06	492,52
1989	167,78	117,02	112,06	1,30	16,06	16,98	318,10	140,13	320,76	778,99
1990	202,63	187,29	188,19	0,50	26,84	20,96	438,26	193,84	461,51	1093,62
1991	219,17	141,46	143,66	0,50	9,92	16,94	386,95	116,64	352,23	855,81
	IV. Kreditaufnahme und Aktienemission									
1960	1,49	27,66	17,55	10,42	2,97	0,07	31,63	12,31	34,27	78,20
1965	1,84	50,32	33,69	17,10	9,63	0,03	60,33	3,71	47,19	111,23
1970	4,45	75,98	56,15	20,06	9,15	-0,02	89,18	36,76	100,03	225,99
1971	7,32	87,38	64,23	23,50	15,49	0,07	108,24	22,26	110,93	241,43
1972	10,57	100,38	65,99	34,94	16,80	0,07	125,86	22,85	135,01	283,71
1973	5,45	100,97	59,51	41,98	20,01	-0,14	122,36	37,25	127,81	287,43
1974	0,52	85,65	60,59	25,45	25,38	0,03	110,06	42,06	108,64	260,77
1975	7,78	65,28	42,51	22,95	69,57	2,52	137,96	37,32	160,53	335,80
1976	14,77	92,31	64,94	27,44	41,78	-0,04	153,86	45,38	151,49	350,73
1977	15,31	93,46	58,32	34,98	34,98	0,03	145,81	38,12	159,33	343,27
1978	18,62	99,39	52,13	46,99	42,79	0,06	162,50	57,79	214,29	434,58
1979	20,70	132,06	72,89	58,80	41,95	-0,05	195,27	28,59	171,64	395,50
1980	12,66	156,02	95,13	60,61	54,69	0,09	224,02	35,56	173,12	432,70
1981	7,59	153,27	96,61	56,43	76,32	0,07	237,41	45,90	190,84	474,14
1982	9,47	120,13	74,37	45,46	68,94	-0,16	198,66	39,71	184,66	423,01
1983	12,51	130,99	71,49	59,24	57,77	0,05	201,08	37,65	186,81	425,55
1984	10,48	134,34	80,04	55,11	47,52	-0,15	192,60	78,76	186,49	457,84
1985	12,78	122,15	86,17	38,62	42,70	0,08	178,43	114,49	207,17	500,10
1986	9,98	93,77	61,34	28,59	41,79	0,04	146,46	168,81	226,53	541,80
1987	11,58	84,87	66,57	20,63	52,68	-0,07	149,78	123,93	217,26	490,97
1988	12,96	113,32	94,81	19,96	57,34	-0,04	183,90	125,25	183,36	492,52
1989	21,06	183,72	147,20	32,87	28,74	0,05	233,83	245,27	299,88	778,99
1990	23,72	220,30	176,87	44,83	94,10	-0,05	338,61	316,75	438,25	1093,62
1991	28,34	240,95	185,18	58,48	108,77	0,12	377,65	155,31	322,86	855,81
	V. Finanzierungssaldo[8] (= I. abzüglich II. oder III. abzüglich IV.)									
1960	16,11	- 20,91	-11,30	- 9,61	6,45	2,60	4,25	- 4,79	0,54	—
1965	34,44	- 38,77	-21,63	-17,14	- 5,25	3,51	- 6,07	5,38	0,69	—
1970	54,67	- 53,40	-32,78	-20,62	- 4,97	6,32	2,62	- 4,74	2,12	—
1971	59,99	- 58,22	-34,83	-23,39	- 8,34	7,12	0,55	- 2,25	1,70	—
1972	69,55	- 64,62	-30,32	-34,30	-12,79	8,40	0,54	- 4,26	3,72	—
1973	72,19	- 75,67	-34,44	-41,23	- 2,28	13,30	7,54	- 12,79	5,25	—
1974	83,06	- 53,21	-27,40	-25,81	-16,92	4,03	16,96	- 26,28	9,32	—
1975	96,14	- 35,06	-11,97	-23,09	-55,17	- 2,52	3,39	- 11,60	8,21	—
1976	86,97	- 47,60	-20,71	-26,89	-38,87	0,58	1,08	- 7,91	6,83	—
1977	83,53	- 54,34	-20,36	-33,98	-25,24	- 3,83	0,12	- 8,42	8,30	—
1978	86,09	- 49,80	- 4,31	-45,49	-29,45	- 1,86	4,98	- 17,03	12,05	—
1979	98,29	- 88,38	-31,38	-57,00	-35,89	0,11	-25,87	9,39	16,48	—
1980	108,07	-111,64	-53,03	-58,61	-46,43	3,75	-46,25	28,45	17,80	—
1981	120,97	- 96,75	-42,32	-54,43	-62,56	6,01	-32,33	11,73	20,60	—
1982	117,20	- 70,94	-27,68	-43,26	-60,21	7,52	- 6,43	- 10,48	16,91	—
1983	101,05	- 63,89	- 7,45	-56,44	-42,41	- 0,19	- 5,44	- 11,77	17,21	—
1984	110,70	- 72,90	-18,99	-53,91	-33,59	- 0,39	3,82	- 21,57	17,75	—
1985	113,54	- 66,04	-26,02	-40,02	-26,07	4,99	26,42	- 41,13	14,71	—
1986	127,18	- 35,20	- 7,45	-27,75	-34,53	9,13	66,58	- 79,60	13,02	—
1987	131,71	- 33,87	-10,69	-23,18	-44,39	6,56	60,01	- 79,78	19,77	—
1988	141,80	- 36,92	-16,46	-20,46	-46,62	1,38	59,64	- 86,34	26,70	—
1989	146,72	- 66,70	-35,13	-31,57	-12,68	16,93	84,27	-105,14	20,87	—
1990	178,91	- 74,25	-29,92 [a]	-44,23	-67,26	21,01	58,41	- 81,67[a]	23,26	—
1991	190,83	-122,32	-64,34 [a]	-57,98	-98,25	16,82	-13,52	- 15,86[a]	29,38	—

[6] Banken, Bausparkassen, Versicherungen (einschließlich Pensionskassen). — [7] Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen. — [8] Finanzierungsüberschuß/-defizit (-) oder Nettoveränderungen der Forderungen/Verpflichtungen. —

[a] Bei den „Produktionsunternehmen": Einschließlich statistischer Differenz; beim „Ausland": Ohne statistische Differenz. Zur Methodik siehe Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 44. Jg., Nr. 5, Mai 1992, S. 15 ff.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 46*

Entwicklung der Geldbe

Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Kredite an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungen an das Ausland[3]			III. Geld- bei den aus inlän-
	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute zusammen[2]	Kreditinstitute Unternehmen und Privatpersonen	Kreditinstitute öffentliche Haushalte	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	insgesamt[5]
	Früheres Bundesgebiet								
1960	+ 16,82	-0,12	+ 16,94	+ 15,79	+ 1,15	+ 6,01	+ 7,95	- 1,93	+ 9,27
1961	+ 26,29	+2,48	+ 23,82	+ 22,34	+ 1,48	+ 1,49	- 0,03	+ 1,52	+ 11,11
1962	+ 24,34	+0,40	+ 23,94	+ 21,76	+ 2,18	+ 0,74	- 0,90	+ 1,65	+ 13,95
1963	+ 26,81	+0,98	+ 25,83	+ 22,37	+ 3,45	+ 3,30	+ 2,71	+ 0,59	+ 15,43
1964	+ 30,19	-1,03	+ 31,22	+ 25,14	+ 6,09	+ 1,67	+ 0,43	+ 1,24	+ 17,92
1965	+ 34,17	-0,43	+ 34,61	+ 27,54	+ 7,06	+ 0,47	- 1,31	+ 1,79	+ 16,69
1966	+ 28,20	+0,29	+ 27,91	+ 21,56	+ 6,36	+ 3,62	+ 1,90	+ 1,72	+ 15,90
1967	+ 32,89	+0,67	+ 32,22	+ 18,33	+13,89	+ 6,28	- 0,17	+ 6,45	+ 14,63
1968	+ 40,02	-2,05	+ 42,06	+ 30,90	+11,17	+10,93	+ 6,57	+ 4,36	+ 20,77
1969	+ 53,48	+0,67	+ 52,81	+ 51,22	+ 1,59	- 2,45	-10,28	+ 7,83	+ 26,29
1970	+ 50,53	-0,24	+ 50,77	+ 43,81	+ 6,97	+14,23	+21,60	- 7,36	+ 27,79
1971	+ 69,05	-0,63	+ 69,68	+ 59,52	+10,16	+11,52	+15,91	- 4,40	+ 32,65
1972	+ 86,41	-2,07	+ 88,48	+ 78,22	+10,26	+ 8,66	+15,49	- 6,83	+ 47,00
1973	+ 67,55	+2,37	+ 65,18	+ 54,59	+10,59	+23,48	+26,49	- 3,01	+ 45,64
1974	+ 59,77	-1,48	+ 61,25	+ 41,18	+20,07	+13,19	- 1,90	+15,09	+ 34,46
1975	+ 85,51	+6,62	+ 78,89	+ 30,87	+48,02	+16,84	- 2,22	+19,06	+ 61,34
1976	+ 91,21	-5,10	+ 96,31	+ 65,76	+30,55	+ 8,27	+ 8,74	- 0,48	+ 59,12
1977	+ 94,18	-1,62	+ 95,80	+ 69,11	+26,69	+10,15	+10,49	- 0,34	+ 42,92
1978	+125,37	+2,78	+122,59	+ 87,86	+34,73	+ 7,09	+19,77	-12,68	+ 54,80
1979	+138,95	-1,95	+140,91	+112,38	+28,53	-21,84	- 4,85	-16,98	+ 75,77
1980	+126,32	+3,89	+122,43	+100,78	+21,65	-10,58	-27,93	+17,35	+ 61,68
1981	+132,04	+2,12	+129,92	+ 82,41	+47,51	+11,87	- 3,22	+15,09	+ 86,01
1982	+104,44	-1,68	+106,12	+ 66,16	+39,96	+ 4,48	+ 3,07	+ 1,41	+ 46,49
1983	+113,19	+1,89	+111,29	+ 92,02	+19,28	+ 1,21	- 4,07	+ 5,28	+ 67,14
1984	+108,06	-1,93	+109,99	+ 90,93	+19,06	+ 0,82	- 3,16	+ 3,97	+ 69,73
1985	+ 98,14	-2,47	+100,61	+ 81,69	+18,92	+29,97	+ 1,26	+28,71	+ 74,99
1986	+ 81,66	+3,84	+ 77,82	+ 73,63	+ 4,19	+55,94	+ 5,97	+49,97	+ 69,83
1987	+ 86,95	-2,85	+ 89,80	+ 61,16	+28,65	+53,21	+41,21	+12,00	+ 70,72
1988	+138,21	+0,60	+137,61	+ 96,13	+41,48	- 5,17	-34,63	+29,46	+ 42,84
1989	+135,78	-0,49	+136,27	+129,28	+ 6,99	+36,29	-18,95	+55,24	+110,33
1990 1. Vj.	+ 38,56	+1,39	+ 37,18	+ 34,96	+ 2,22	- 2,50	+ 1,51	- 4,01	+ 51,12
2. Vj.	+ 31,00	-0,82	+ 31,82	+ 33,67	- 1,85	+18,24	+ 3,56	+14,68	+ 32,56
	Deutschland								
1990 a)	+223,07	-0,19	+223,27	+181,68	+41,59	+48,45	+11,02	+37,43	+161,29
1991	+287,22	+0,14	+287,08	+259,30	+27,78	- 7,51	+ 0,17	- 7,68	+154,52
1990 3. Vj. a)	+ 64,84	-0,36	+ 65,20	+ 45,40	+19,80	+ 8,09	+ 2,08	+ 6,01	+ 31,20
4. Vj.	+ 88,67	-0,40	+ 89,07	+ 67,64	+21,43	+24,63	+ 3,87	+20,76	+ 46,41
1991 1. Vj.	+ 45,01	-0,65	+ 45,65	+ 40,65	+ 5,00	-29,16	- 7,22	-21,94	+ 43,52
2. Vj.	+ 71,24	-0,25	+ 71,49	+ 64,32	+ 7,16	-11,15	+ 0,62	-11,77	+ 41,49
3. Vj.	+ 57,56	+1,15	+ 56,41	+ 56,58	- 0,16	+ 2,36	+ 3,53	- 1,17	+ 27,84
4. Vj.	+113,42	-0,11	+113,52	+ 97,75	+15,78	+30,45	+ 3,25	+27,19	+ 41,67
1992 1. Vj.	+ 49,16	+0,65	+ 48,51	+ 44,32	+ 4,20	-29,20	+ 5,30	-34,49	+ 44,81
2. Vj.	+ 84,82	+1,78	+ 83,04	+ 77,71	+ 5,34	-17,03	+ 4,99	-22,02	+ 28,38
3. Vj.	+ 46,04	-0,11	+ 46,15	+ 42,61	+ 3,54	+47,65	+87,37	-39,72	+ 20,99

[1]) Kreditinstitute einschließlich Bundesbank. — Vergleiche Hinweis vor dem Inhaltsverzeichnis des Statistischen Teils des Monatsberichts der Deutschen Bundesbank 43. Jahrgang Nr. 3, März 1991. — [2]) Von November 1989 bis Mai 1990 ohne Forderungen und Verbindlichkeiten der westdeutschen Kreditinstitute gegenüber Geschäftspartnern in der ehemaligen DDR (mit Ausnahme der Spareinlagen). — [3]) Enthält kurz-, mittel- und langfristige Positionen einschließlich Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich der Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau. — [4]) Ohne Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren und ohne Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

Tabelle 46*

stände im Bilanzzusammenhang[1])

vorangegangenen Zeitraum in Mrd DM

kapitalbildung Kreditinstituten dischen Quellen[2])[4])		IV. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte	V. Sonstige Einflüsse[7])	VI. Geldmenge M 3 (Saldo I+II−III−IV−V)						Zeitraum
					Geldmenge M 2					
darunter				insgesamt	zusammen	Geldmenge M 1 (Bargeldumlauf und Sichteinlagen)[2])[8])	Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld)[2])		Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist	
Termingelder mit Befristung v. 4 Jahren und darüber	Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist[6])						zusammen	darunter unter 3 Monaten[9])		
				Früheres Bundesgebiet						
+ 2,31	+ 2,49	+ 1,46	+ 1,61	+ 10,50	+ 5,06	+ 3,42	+ 1,65	.	+ 5,44	1960
+ 5,36	+ 0,85	+ 1,31	− 0,62	+ 15,99	+ 9,63	+ 7,50	+ 2,14	.	+ 6,36	1961
+ 5,30	+ 2,97	− 0,35	− 1,08	+ 12,56	+ 6,34	+ 4,61	+ 1,73	.	+ 6,21	1962
+ 4,77	+ 4,13	− 0,61	+ 1,90	+ 13,38	+ 5,96	+ 4,41	+ 1,56	+ 0,47	+ 7,42	1963
+ 4,63	+ 4,82	− 0,85	+ 0,66	+ 14,13	+ 6,43	+ 5,40	+ 1,03	− 0,66	+ 7,71	1964
+ 3,74	+ 5,13	− 1,11	+ 1,83	+ 17,23	+ 6,10	+ 5,57	+ 0,53	− 0,07	+11,13	1965
+ 3,22	+ 7,81	− 0,53	+ 1,49	+ 14,96	+ 6,50	+ 1,09	+ 5,40	+ 0,58	+ 8,46	1966
+ 2,55	+ 8,49	+ 0,29	+ 0,91	+ 23,35	+ 14,19	+ 8,31	+ 5,88	+ 3,22	+ 9,16	1967
+ 1,49	+12,07	+ 1,19	+ 0,88	+ 28,11	+ 18,15	+ 5,53	+12,62	+ 1,69	+ 9,96	1968
+ 5,52	+13,26	+ 0,44	+ 1,42	+ 22,88	+ 14,55	+ 5,96	+ 8,59	+ 5,24	+ 8,33	1969
+ 4,26	+12,94	+ 4,09	+ 8,91	+ 23,98	+ 16,41	+ 8,69	+ 7,72	+13,61	+ 7,57	1970
+ 7,07	+14,73	+ 4,20	+ 5,00	+ 38,71	+ 24,97	+13,24	+11,72	+ 8,91	+13,75	1971
+ 8,68	+20,62	− 3,85	+ 4,78	+ 47,14	+ 33,51	+17,55	+15,96	+ 6,58	+13,64	1972
+10,22	+17,52	+ 4,22	+ 7,17	+ 34,00	+ 31,94	+ 2,57	+29,37	+22,78	+ 2,05	1973
+ 7,95	+13,35	+ 0,44	+ 2,88	+ 35,18	+ 13,68	+15,50	− 1,82	+ 7,30	+21,49	1974
+ 9,41	+34,81	+ 1,41	+ 1,17	+ 38,43	− 0,40	+21,40	−21,79	−17,24	+38,82	1975
+11,45	+22,65	−10,22	+ 9,57	+ 41,01	+ 18,92	+ 6,88	+12,04	+ 2,71	+22,09	1976
+13,65	+14,24	− 0,82	+ 3,28	+ 58,95	+ 33,47	+21,09	+12,38	+ 9,69	+25,47	1977
+17,01	+17,98	+ 2,51	+10,36	+ 64,78	+ 43,50	+29,74	+13,75	+ 2,27	+21,29	1978
+18,68	+18,11	− 1,69	+ 3,80	+ 39,25	+ 30,95	+ 9,86	+21,09	+18,24	+ 8,29	1979
+14,57	+15,89	− 1,92	+13,20	+ 42,78	+ 33,96	+ 9,35	+24,62	+33,16	+ 8,81	1980
+13,77	+11,94	− 0,25	+22,03	+ 36,13	+ 37,39	− 2,16	+39,54	+23,51	− 1,25	1981
+ 7,22	+16,21	+ 0,49	+ 7,17	+ 54,77	+ 24,02	+17,74	+ 6,28	+12,08	+30,76	1982
+27,24	+11,03	+ 0,90	+ 1,00	+ 45,35	+ 13,14	+22,73	− 9,58	− 9,38	+32,20	1983
+26,27	+22,33	− 1,18	− 0,96	+ 41,27	+ 26,94	+18,42	+ 8,52	+ 2,14	+14,34	1984
+34,46	+21,59	+ 1,27	+ 6,46	+ 45,39	+ 23,82	+15,50	+ 8,32	+ 7,20	+21,57	1985
+37,63	+25,26	− 1,11	+ 3,15	+ 65,72	+ 34,31	+24,65	+ 9,66	+ 9,03	+31,41	1986
+43,13	+19,58	+ 3,52	+ 3,35	+ 62,57	+ 35,53	+27,02	+ 8,51	+ 8,27	+27,04	1987
+46,37	− 5,83	− 1,13	+15,25	+ 76,08	+ 49,54	+40,81	+ 8,73	+ 9,85	+26,54	1988
+38,67	+ 6,41	+ 3,34	− 7,89	+ 66,28	+ 80,76	+24,02	+56,74	+39,70	−14,47	1989
+10,51	+ 3,55	− 6,05	+33,89	− 42,91	− 23,12	−37,54	+14,42	+ 0,50	−19,79	1990 1. Vj.
+ 7,21	+ 5,49	+10,84	− 5,54	+ 11,38	+ 25,59	+13,23	+12,36	+ 4,64	−14,21	2. Vj.
				Deutschland						
+33,06	+37,36	+12,27	+31,10	+ 66,87	+117,60	+44,45	+73,15	+37,55	−50,73	1990 a)
+32,13	+10,33	− 6,42	+35,99	+ 95,62	+ 94,72	+17,64	+77,08	+54,99	+ 0,90	1991
+ 6,14	+ 7,41	+ 5,17	+19,32	+ 17,23	+ 41,48	+20,10	+21,37	+17,63	−24,25	1990 3. Vj. a)
+ 9,21	+20,91	+ 2,31	−16,59	+ 81,17	+ 73,65	+48,66	+24,99	+14,78	+ 7,52	4. Vj.
+ 4,60	− 1,22	− 5,03	+18,44	− 41,09	− 32,68	−55,21	+22,54	+ 5,12	− 8,42	1991 1. Vj.
+ 9,64	+ 1,27	+ 1,44	+ 6,51	+ 10,64	+ 20,10	+10,27	+ 9,84	+ 9,68	− 9,46	2. Vj.
+ 7,04	− 5,51	− 8,48	+26,56	+ 14,00	+ 18,65	+ 1,78	+16,87	+17,35	− 4,65	3. Vj.
+10,86	+15,78	+ 5,65	−15,53	+112,08	+ 88,65	+60,81	+27,84	+22,85	+23,43	4. Vj.
+ 9,86	− 0,37	− 7,68	+14,46	− 31,63	− 26,76	−49,80	+23,04	+10,70	− 4,87	1992 1. Vj.
+ 7,47	− 0,21	+ 5,03	+ 5,43	+ 28,97	+ 31,82	+20,32	+11,50	+11,74	− 2,85	2. Vj.
+ 6,32	−0,27	+ 5,27	+22,70	+ 44,74	+ 48,83	+12,68	+36,14	+32,07	− 4,09	3. Vj.

[5]) Einschließlich Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto) bereinigt um den Saldo der Transaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich Kapital und Rücklagen. — [6]) Einschließlich Sparbriefe. — [7]) Saldo der übrigen Positionen der „Konsolidierten Bilanz des Bankensystems" (von 1972 bis 1976 einschließlich Guthaben auf Sonderkonten Bardepot). — [8]) Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, jedoch einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen. — [9]) Ohne vorübergehend zu den Kreditinstituten verlagerte öffentliche Gelder (§ 17 BBankG). — [a]) Bis Juni 1990: Früheres Bundesgebiet; ab Juli 1990: Deutschland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 47*

Geldbestände, Euromarkteinlagen und bereinigte Zentralbankgeldmenge
Mrd DM

Ende des Zeitraums	Geldbestände								Verbindlichkeiten der Auslandsniederlassungen[5]) deutscher Kreditinstitute gegenüber inländischen Nichtbanken	Bereinigte Zentralbankgeldmenge[6])	
	Geldmenge M 1			Geldmenge M 2[2])[3])			Geldmenge M 3[4])				
		davon			darunter			darunter			darunter
					Termineinlagen						
	insgesamt	Bargeldumlauf[1])	Sichteinlagen inländischer Nichtbanken[2])[7])	insgesamt	zusammen	darunter: mit Befristung bis unter 3 Monaten	insgesamt	Spareinlagen inländischer Nichtbanken mit gesetzlicher Kündigungsfrist		insgesamt	Bankreserven[8])
	Früheres Bundesgebiet										
1960	51,07	20,82	30,25	72,69	21,62	3,61	107,18	34,49	.	27,97	10,25
1961	58,71	23,19	35,52	82,17	23,47	3,94	123,02	40,85	.	30,93	10,20
1962	63,35	24,23	39,12	88,54	25,19	4,10	135,78	47,23	.	33,94	9,81
1963	67,76	25,50	42,26	94,51	26,75	4,57	149,15	54,65	.	36,64	10,80
1964	73,04	27,88	45,16	100,81	27,78	5,23	163,17	62,36	.	39,78	12,50
1965	78,52	29,65	48,87	106,92	28,40	5,16	180,40	73,49	.	43,81	14,48
1966	79,61	30,87	48,74	113,38	33,77	4,58	195,33	81,95	.	47,00	16,01
1967	87,92	31,51	56,41	127,57	39,65	7,80	218,68	91,11	.	49,50	15,15
1968	93,47	32,59	60,88	142,33	48,86	9,58	244,42	102,10	.	52,52	15,39
1969	99,43	34,69	64,74	156,88	57,45	14,82	267,31	110,43	.	56,69	19,23
1970	108,22	36,89	71,33	173,38	65,16	28,43	291,52	118,13	.	60,57	22,16
1971	121,52	40,29	81,23	198,60	77,07	37,34	330,74	132,14	.	66,33	29,04
1972	139,30	45,77	93,53	232,33	93,03	43,92	378,45	146,12	.	74,87	34,16
1973	142,86	47,43	95,43	265,86	123,00	67,08	416,75	150,89	0,17	83,34	44,11
1974	158,43	51,52	106,91	279,60	121,17	74,30	452,21	172,60	0,75	86,55	41,96
1975	179,90	56,48	123,42	279,32	99,42	58,60	490,89	211,57	0,63	93,42	39,55
1976	186,85	60,57	126,28	298,18	111,33	59,84	532,03	233,85	2,09	102,36	43,36
1977	208,08	67,51	140,57	331,81	123,74	69,54	591,47	259,66	1,65	111,34	45,59
1978	237,91	76,20	161,71	375,41	137,50	71,81	656,60	281,19	2,35	125,52	52,66
1979	247,87	79,88	167,99	406,49	158,62	90,05	696,21	289,72	2,97	138,32	62,32
1980	257,34	83,96	173,37	440,62	183,28	123,21	739,43	298,82	6,94	144,85	61,72
1981	255,28	84,19	171,08	478,13	222,86	146,72	776,03	297,90	8,12	150,34	59,53
1982	273,05	88,64	184,41	502,20	229,15	158,80	830,96	328,76	8,11	156,42	61,67
1983	295,80	96,43	199,37	515,36	219,57	149,46	874,84	359,48	8,40	168,38	62,61
1984	314,24	99,80	214,43	542,32	228,09	151,60	916,17	373,84	12,08	176,94	65,54
1985	334,10	103,87	230,23	577,10	243,01	161,72	985,46	408,35	16,21	184,57	69,16
1986	358,75	112,15	246,59	610,93	252,18	170,57	1 050,69	439,76	45,07	196,59	69,55
1987	385,17	124,09	261,08	645,65	260,48	178,85	1 112,44	466,80	52,90	213,01	76,60
1988	427,00	142,60	284,40	696,08	269,08	188,70	1 189,61	493,54	63,20	232,84	81,23
1989	450,75	146,92	303,83	776,56	325,82	228,39	1 255,63	479,07	97,57	251,07	84,90
1990 1. Vj.	412,83	143,02	269,81	752,94	340,12	228,79	1 212,25	459,30	118,45	(257,99)	(90,02)
2. Vj.	483,18	143,38	339,80	839,94	356,76	234,23	1 405,43	565,49	118,12	256,17	89,47
	Deutschland										
1990	584,34	158,57	425,77	987,62	403,28	266,74	1 502,98	515,37	131,60	271,68	97,00
1991	604,02	171,77	432,25	1 084,43	480,41	321,78	1 597,62	513,19	150,70	302,95	111,69
1990 3. Vj.	502,80	152,30	350,51	881,03	378,23	251,96	1 422,24	541,21	124,73	283,17	102,30
4. Vj.	584,18	158,57	425,62	987,30	403,11	266,68	1 502,95	515,65	131,60	289,39	106,22
1991 1. Vj.	530,40	160,07	370,33	956,20	425,80	271,75	1 462,09	505,89	151,81	298,20	112,15
2. Vj.	541,03	161,40	379,63	976,73	435,70	281,43	1 473,07	496,35	152,97	297,34	110,12
3. Vj.	546,72	164,90	381,83	999,29	452,57	308,80	1 486,46	487,17	150,13	303,63	110,96
4. Vj.	604,02	171,77	432,25	1 084,43	480,41	331,47	1 597,62	513,19	150,70	312,65	113,53
1992 1. Vj.	556,61	167,41	389,20	1 060,06	503,45	344,02	1 568,71	508,65	169,81	319,44	121,86
2. Vj.	576,37	172,56	403,81	1 091,31	514,95	355,37	1 597,21	505,89	176,50	324,43	122,92
3. Vj.	588,25	179,26	408,99	1 139,34	551,09	376,29	1 642,30	502,96	...	332,93	124,50

[1]) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.
[2]) Von November 1989 bis Mai 1990 ohne Forderungen und Verbindlichkeiten der westdeutschen Kreditinstitute gegenüber Geschäftspartnern in der ehemaligen DDR (mit Ausnahme der Spareinlagen).
[3]) Geldmenge M 1 plus Termingelder inländischer Nichtbanken mit Befristung bis unter 4 Jahren (Quasigeldbestände).
[4]) Geldmenge M 2 plus Spareinlagen inländischer Nichtbanken mit gesetzlicher Kündigungsfrist.
[5]) Auslandsfilialen inländischer Kreditinstitute und ausländische Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz inländischer Kreditinstitute.
[6]) In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) und Bankreserven, ab Juni 1978 einschließlich Deutsche Bundespost Postbank bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen (zur Methode siehe Anhang IV, Abschnitt C). Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank. Jahres-/Vierteljahresdurchschnitt aus Monatsdurchschnitten.
[7]) Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.
[8]) Ist-Reserve und anrechenbare Kassenbestände der Kreditinstitute.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 48*

Absatz und Erwerb von Wertpapieren

Mio DM

Zeitraum	Festverzinsliche Wertpapiere							Aktien	
	Absatz				Erwerb durch			Absatz	
	inländische Rentenwerte[1]			ausländische Rentenwerte[4]	Inländer		Ausländer[7]	inländische Aktien[8]	ausländische Dividendenwerte[9]
	zusammen	darunter			zusammen[5]	darunter			
		Banken[2]	öffentliche Hand[3]			Nichtbanken[6]			
	Früheres Bundesgebiet								
1960	4 105	3 336	1 156	- 24	2 708	.	1 373	2 793	739
1961	7 815	5 862	1 856	- 1	7 511	.	303	3 296	206
1962	9 392	6 473	2 333	94	8 764	.	722	2 196	639
1963	11 964	8 327	3 297	221	10 194	.	1 991	1 318	266
1964	12 880	9 663	2 893	489	13 364	.	5	2 243	346
1965	11 326	8 136	2 835	381	11 604	8 380	103	3 959	672
1966	5 007	4 381	622	550	5 685	4 236	- 128	2 713	892
1967	14 970	9 211	4 875	471	16 276	3 423	- 835	1 905	1 419
1968	17 668	13 922	3 818	4 103	21 922	7 692	- 151	3 144	2 831
1969	12 383	12 258	289	5 365	18 701	9 222	- 953	2 797	5 778
1970	14 312	11 934	2 157	1 042	14 537	12 211	817	3 592	2 668
1971	20 578	14 856	4 279	-1 184	17 778	11 970	1 616	4 734	2 201
1972	34 067	26 074	7 206	-4 314	22 024	15 322	7 729	4 129	1 769
1973	25 010	21 432	4 120	- 231	18 283	14 786	6 496	3 581	1 968
1974	25 082	19 616	5 837	675	27 706	12 713	- 1 949	3 525	2 693
1975	47 977	34 974	13 171	1 384	52 805	18 132	- 3 443	6 010	3 435
1976	47 859	31 731	16 676	1 354	46 085	32 127	3 129	6 081	1 818 [a]
1977	49 777	28 937	21 256	4 551	53 640	22 088	687	4 368	3 542
1978	39 832	29 437	11 420	3 553	43 260	18 289	124	5 550	3 942
1979	41 246	36 350	6 011	3 726	40 936	39 301	4 036	5 513	3 541 [a]
1980	45 218	41 546	4 934	7 338	52 261	33 166	294	6 948	3 569
1981	66 872	70 451	- 2 608	6 204	74 528	57 149	- 1 453	5 516	4 647
1982	72 726	44 795	28 563	10 983	81 437	36 672	2 272	5 921	3 286
1983	85 527	51 726	34 393	5 743	80 469	42 873	10 801	7 271	8 318
1984	71 101	34 639	36 664	15 712	72 995	50 036	13 818	6 278	5 676
1985	76 050	33 013	42 738	27 461	72 051	39 526	31 460	11 009	7 460
1986	87 485	29 509	57 774	16 392	44 798	12 433	59 079	16 394	15 887
1987	88 190	28 448	59 768	24 761	77 958	34 350	34 993	11 889	4 348
1988	35 100	-11 029	46 228	54 681	87 826	53 970	1 954	7 528	26 919
1989	78 409	52 418	25 649	40 801	96 401	81 980	22 809	19 365	22 433
1990 1. Vj.	45 087	38 022	7 086	9 438	66 105	47 427	-11 580	8 410	6 185
2. Vj.	27 487	10 523	16 980	7 120	31 660	34 178	2 948	8 813	4 950
	Deutschland								
1990 [10]	220 340	136 799	83 609	25 089	225 151	135 390	20 278	28 021	20 971
1991	219 346	131 670	87 011	12 677	171 673	128 630	60 350	13 317	31 168
1990 3. Vj. [10]	53 522	31 818	21 724	6 116	58 868	32 161	770	6 264	2 151
4. Vj.	94 244	56 436	37 819	2 415	68 518	21 607	28 141	4 534	7 685
1991 1. Vj.	66 942	43 441	23 113	3 635	65 040	54 786	5 537	2 689	5 396
2. Vj.	42 058	30 028	11 734	7 364	41 330	34 913	8 091	3 375	8 954
3. Vj.	53 013	28 735	24 243	- 730	34 456	23 339	17 827	4 536	11 398
4. Vj.	57 333	29 466	27 921	2 408	30 846	15 591	28 895	2 717	5 420
1992 1. Vj.	65 157	34 591	30 584	9 064	65 506	43 351	8 715	3 988	9 741
2. Vj.	41 938	16 463	25 624	8 340	46 469	20 102	3 808	5 970	11 622
3. Vj.	79 242	32 425	46 817	-8 800	11 769	-4 574	58 672	3 528	17 348

[1] Nettoabsatz zu Kurswerten unter Berücksichtigung von Eigenbestandsveränderungen der Emittenten. — [2] Bankschuldverschreibungen ohne Bank-Namensschuldverschreibungen. — [3] Einschließlich Bundesbahn und Bundespost, jedoch ohne von der Lastenausgleichsbank für den Lastenausgleichsfonds begebene Schuldverschreibungen. — [4] Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (-) ausländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Inländer. — [5] In- und ausländische Rentenwerte. — [6] Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — [7] Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (-) inländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Ausländer. — [8] Zu Emissionskursen. — [9] Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (-) ausländischer Dividendenwerte (einschließlich Direktinvestitionen und Investmentzertifikate) zu Transaktionswerten durch Inländer. — [10] Ab Juli 1990 einschließlich Schuldverschreibungen ostdeutscher Emittenten.

[a] Statistisch bereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 49*

Index der Aktienkurse nach Wirtschaftsbereichen

Durchschnitt des Zeitraums[1])

30. Dezember 1980 = 100

Zeitraum[2])	Insgesamt	Davon									
		Industrie							Sonstige Wirtschaftsbereiche[3])		
		zusammen	davon						zusammen	darunter	
			Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitende Industrie				Bauindustrie		Kreditbanken	Versicherungsgewerbe
				zusammen	darunter						
					Grundstoff-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-				
					industrie						
1950	9,8	10,5	8,4	9,5	10,3	6,6	19,3	5,1	6,3	2,5	—
1951	14,3	15,5	12,7	15,2	17,9	8,9	26,6	4,6	8,0	4,3	—
1952	18,1	19,8	17,3	21,3	27,7	10,1	26,3	4,7	9,4	6,0	—
1953	16,3	17,7	15,9	19,2	25,0	9,1	22,9	4,1	9,0	6,2	—
1954	23,3	25,2	21,1	30,2	41,2	11,9	31,0	5,7	13,1	10,2	—
1955	36,3	39,4	32,5	47,7	64,7	19,9	46,3	9,2	19,8	16,8	—
1956	34,4	37,1	29,9	44,6	60,0	19,0	45,4	8,8	20,6	18,1	—
1957	34,1	36,6	29,6	44,1	59,5	18,4	43,3	9,3	21,2	18,7	—
1958	42,7	45,5	35,4	53,5	70,4	24,8	55,7	13,8	28,5	26,7	—
1959	71,6	75,9	55,2	90,0	116,4	45,3	95,3	23,4	50,3	48,2	—
1960	110,7	117,2	74,5	136,7	169,2	81,6	155,1	39,5	78,4	73,2	—
1961	113,5	119,0	77,5	132,2	158,8	88,5	153,5	46,8	87,4	83,3	—
1962	88,1	91,9	64,5	97,3	115,8	69,1	100,2	46,5	70,9	63,7	—
1963	85,0	88,7	61,9	90,9	107,0	67,1	90,6	55,4	68,8	61,0	—
1964	97,7	102,4	75,5	105,4	126,9	73,6	101,1	68,4	75,2	68,3	—
1965	87,0	90,8	61,6	98,0	120,6	64,4	89,5	53,4	69,4	58,9	—
1966	73,7	76,4	54,1	81,5	98,1	55,2	82,5	40,6	62,6	56,5	—
1967	75,2	77,8	58,9	81,8	97,6	58,2	75,0	47,0	64,9	63,1	—
1968	98,8	102,4	78,2	107,7	128,5	78,1	93,4	57,4	83,5	90,3	—
1969	107,5	111,2	88,5	115,9	134,3	88,6	109,2	55,9	93,2	107,1	—
1970	96,2	99,6	79,3	103,9	114,1	86,8	108,3	48,8	82,1	93,6	—
1971	93,4	95,3	84,2	97,0	102,2	88,9	92,3	53,7	88,0	101,7	—
1972	102,2	103,4	82,5	107,4	107,9	107,2	102,5	80,2	101,1	116,0	—
1973	96,2	98,3	76,4	102,4	99,6	105,3	107,4	90,6	89,6	99,5	—
1974	82,0	84,1	65,1	87,8	89,5	85,4	84,9	71,9	74,8	84,6	—
1975	94,4	95,0	69,4	100,4	101,7	101,0	93,7	79,9	95,7	110,8	—
1976	102,2	104,0	71,6	111,3	118,0	106,4	92,3	68,8	97,7	109,1	—
1977	102,1	104,2	79,5	109,6	115,6	105,3	91,5	77,5	96,8	108,7	61,7
1978	111,4	112,4	95,0	115,8	115,5	116,7	109,9	110,5	109,1	121,6	75,8
1979	106,8	107,5	95,7	110,1	112,8	108,6	104,3	94,4	104,9	110,1	87,7
1980	101,9	102,4	99,4	103,1	103,8	103,3	100,0	96,6	100,8	103,9	93,3
1981	101,8	103,5	100,4	103,6	106,8	101,4	98,9	119,9	98,1	96,7	99,7
1982	102,7	102,6	100,9	102,1	103,7	100,0	93,6	136,9	102,7	97,1	113,4
1983	135,2	134,9	116,2	137,7	127,3	147,2	123,8	163,8	135,9	117,0	170,1
1984	153,6	148,5	111,9	155,1	143,6	167,7	124,7	161,9	165,0	127,0	248,1
1985	209,2	193,1	121,9	206,2	186,1	234,7	133,6	198,7	245,4	178,7	421,3
1986	295,7	258,6	146,2	278,8	234,4	336,4	186,8	281,9	378,4	271,5	669,7
1987	257,5	239,6	149,9	256,8	226,0	295,7	193,3	212,9	297,5	217,9	488,1
1988	217,9	203,8	151,0	214,5	209,9	218,5	175,9	171,9	249,2	174,0	411,2
1989	278,5	263,5	194,5	274,3	265,0	279,6	238,3	357,3	312,0	216,6	530,0
1990	326,3	310,4	252,0	314,2	285,9	335,5	280,7	644,3	362,1	247,1	631,0
1991	295,6	278,7	231,2	280,0	259,2	292,0	253,4	626,3	333,5	225,6	580,1
1991 1. Vj.	284,2	264,1	230,6	263,9	242,8	274,9	246,9	572,7	328,2	217,4	589,2
2. Vj.	308,9	290,6	236,2	292,0	271,4	304,2	262,9	691,9	349,5	232,8	618,1
3. Vj.	300,7	287,8	228,8	290,3	266,6	305,5	259,2	666,7	330,8	225,3	566,0
4. Vj.	288,8	272,2	229,0	273,9	256,2	283,2	244,6	574,0	325,7	226,8	547,1
1992 1. Vj.	303,8	283,7	229,2	286,7	269,1	299,0	242,0	612,3	348,0	243,1	592,7
2. Vj.	310,1	293,5	233,6	297,0	278,2	311,2	248,1	637,7	347,6	242,9	588,7
3. Vj.	276,4	261,6	222,9	263,1	252,2	268,7	216,0	532,6	309,8	226,9	503,1

[1]) 1950 bis 1953 aus Monatsdurchschnitten, 1954 bis 1981 aus Bankenstichtagen (in der Regel der 7., 15., 23. und letzter Börsentag des Monats), ab 1982 aus börsentäglichen Indizes berechnet.

[2]) Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und bis 1964 ohne Berlin (West).

[3]) Einschließlich Hypothekenbanken, Warenhausunternehmen, Handel (ohne Warenhausunternehmen) und Verkehr.

Tabelle 50*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

a) Insgesamt (1985 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	21,8	24,1	18,0	30,6	44,2	45,3	38,8	60,7
1963	23,0	24,9	19,3	31,7	46,4	47,2	41,5	61,8
1964	26,2	28,8	22,3	35,6	52,7	53,7	47,5	68,2
1965	28,0	29,5	24,1	38,5	54,7	53,7	49,8	72,4
1966	27,9	30,5	23,5	38,1	53,5	55,2	47,6	70,3
1967	27,8	30,7	23,5	37,7	54,0	57,0	47,8	69,9
1968	32,1	34,5	27,9	42,3	65,6	67,9	59,4	82,6
1969	39,6	40,5	36,8	47,2	78,5	77,1	75,5	90,2
1970	41,5	42,6	38,6	49,1	77,0	77,0	72,6	90,3
1971	42,2	42,7	38,3	54,4	74,6	76,0	67,4	96,4
1972	45,4	46,5	40,9	59,1	78,2	82,0	69,8	100,2
1973	53,1	54,9	49,6	61,8	87,7	92,1	81,9	99,6
1974	57,5	65,8	51,6	63,2	83,3	88,8	78,2	90,8
1975	56,5	57,9	53,6	62,9	79,2	80,1	75,5	88,5
1976	64,1	65,8	60,9	71,5	86,8	88,4	82,6	97,6
1977	64,8	63,8	62,6	73,7	86,0	86,8	81,6	98,4
1978	68,0	66,5	65,9	77,4	89,0	90,8	84,0	101,7
1979	75,4	75,8	72,7	83,5	94,7	97,2	90,1	104,7
1980	78,3	79,4	74,9	87,0	92,8	94,6	88,8	102,3
1981	81,8	83,1	79,4	87,3	92,4	93,2	90,2	97,8
1982	81,0	81,1	79,0	87,1	87,1	86,7	85,2	93,9
1983	84,5	86,7	81,1	91,3	89,5	92,8	85,3	96,9
1984	92,6	96,0	89,3	96,9	95,1	98,8	91,7	99,5
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	100,2	94,6	102,2	103,1	100,2	98,9	100,2	102,1
1987	100,4	93,8	102,4	105,4	100,5	101,1	99,1	103,6
1988	110,2	103,4	113,0	112,8	108,1	108,5	107,6	108,9
1989	122,4	110,3	128,7	122,5	116,4	111,0	119,6	115,3
1990	129,4	111,0	137,9	133,8	121,5	113,3	125,3	123,1
1991	132,4	110,6	141,3	140,9	122,1	114,0	125,1	126,1
1988 1. Vj.	109,8	102,6	110,9	118,5	109,0	110,1	106,4	115,4
2. Vj.	106,6	103,4	108,0	107,9	105,1	109,4	102,9	104,6
3. Vj.	108,6	102,0	111,2	111,4	106,0	106,1	105,7	107,0
4. Vj.	115,9	105,8	121,9	113,6	112,3	108,2	115,5	108,7
1989 1. Vj.	122,5	112,3	126,5	126,8	117,2	113,1	118,4	120,2
2. Vj.	123,8	115,0	129,4	120,4	117,5	115,1	120,0	113,5
3. Vj.	117,8	106,5	123,1	119,9	111,9	107,2	114,1	112,4
4. Vj.	125,4	107,4	135,8	122,9	119,2	108,7	126,0	115,0
1990 1. Vj.	130,7	114,2	137,3	137,6	123,7	116,7	126,1	127,8
2. Vj.	124,9	110,4	132,8	124,0	117,4	112,7	120,8	114,7
3. Vj.	128,8	108,6	137,8	133,8	120,4	111,0	124,7	122,5
4. Vj.	133,4	110,6	143,5	139,8	124,4	112,8	129,5	127,4
1991 1. Vj.	137,3	114,7	144,8	151,5	127,3	117,6	129,6	136,5
2. Vj.	131,1	112,9	139,2	135,9	120,8	115,8	123,0	122,0
3. Vj.	130,3	108,2	138,7	140,6	119,7	111,6	122,4	125,1
4. Vj.	131,1	106,6	142,5	135,7	120,4	110,9	125,3	120,8
1992 1. Vj.	141,8	116,6	151,1	154,5	129,7	122,1	131,6	136,7
2. Vj.	128,3	112,1	135,6	132,4	116,8	116,6	117,0	116,9
3. Vj.	125,5	105,4	132,0	139,0	114,0	109,7	113,8	121,9

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Zur Methode und den Rückrechnungen siehe Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik: 7/1976, S. 405ff.; 9/1980, S. 585ff.; 8/1983, S. 609ff. und 8/1989, S. 475ff.

noch Tabelle 50*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

b) Inland (1985 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
	produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe			
	Wertindex				Volumenindex			
1962	28,7	32,5	23,6	36,2	57,3	60,9	49,5	72,0
1963	29,5	32,8	24,6	37,1	58,6	61,5	51,4	72,5
1964	33,9	38,6	28,3	41,6	66,9	71,8	58,9	80,1
1965	36,1	38,8	31,0	45,1	69,3	70,3	62,4	85,0
1966	34,9	39,2	28,8	44,2	65,6	70,4	56,7	81,6
1967	33,7	38,0	27,6	43,2	64,3	70,3	54,6	80,5
1968	38,8	43,0	32,7	48,2	78,9	85,1	69,0	94,8
1969	48,0	51,1	44,1	53,2	95,3	98,7	90,1	102,6
1970	50,8	53,3	47,3	55,6	93,9	97,4	88,1	102,5
1971	51,4	52,9	46,4	61,5	90,4	94,2	80,6	109,2
1972	54,7	56,6	48,9	66,6	93,5	99,2	82,5	113,3
1973	60,8	65,4	55,2	68,5	100,0	110,1	90,2	110,4
1974	62,9	74,3	54,0	69,5	91,2	103,6	80,8	99,9
1975	65,0	67,9	61,1	69,6	91,0	95,0	85,4	98,2
1976	70,5	76,2	64,2	77,5	95,5	103,1	86,8	106,1
1977	72,6	72,4	69,4	80,1	96,0	97,5	90,3	107,3
1978	76,3	74,6	74,2	83,5	99,7	101,1	94,4	110,1
1979	83,5	84,3	80,3	89,7	104,6	107,9	99,3	112,6
1980	85,9	87,6	81,8	93,1	101,6	104,2	96,6	109,4
1981	84,9	87,7	80,4	91,4	95,7	98,5	91,2	102,2
1982	84,5	85,2	81,6	90,1	90,6	90,9	87,7	97,0
1983	88,5	90,6	84,7	94,4	93,5	96,6	88,8	100,1
1984	94,0	96,6	90,7	98,3	96,5	99,4	92,9	100,8
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	102,4	96,4	105,4	103,3	102,1	99,9	103,2	102,2
1987	102,1	94,3	105,1	105,6	101,5	100,2	101,4	103,5
1988	110,5	102,9	113,9	112,5	107,8	107,0	108,2	108,0
1989	122,4	110,0	130,1	120,8	115,9	110,0	120,5	113,0
1990	134,6	114,2	146,4	134,0	125,0	114,8	131,9	122,4
1991	142,8	116,9	157,1	143,9	130,0	118,3	137,5	127,8
1988 1. Vj.	110,2	99,9	112,8	117,7	108,6	105,9	107,8	114,2
2. Vj.	107,0	103,7	108,7	107,6	104,9	108,8	103,3	103,8
3. Vj.	110,4	103,7	113,8	111,3	107,5	107,2	108,1	106,5
4. Vj.	114,3	104,5	120,4	113,3	110,3	106,0	113,8	107,7
1989 1. Vj.	122,6	110,2	128,8	124,4	116,8	110,4	120,2	117,2
2. Vj.	123,4	113,7	131,2	118,5	116,8	113,1	121,3	110,9
3. Vj.	118,9	108,2	125,0	118,7	112,4	108,2	115,6	110,6
4. Vj.	124,6	107,9	135,3	121,7	117,7	108,2	125,0	113,1
1990 1. Vj.	130,6	114,5	138,1	134,6	122,6	115,6	125,9	124,2
2. Vj.	127,9	113,2	138,1	123,5	119,1	113,7	124,6	113,4
3. Vj.	137,0	113,0	151,2	135,5	126,8	113,8	135,7	123,3
4. Vj.	142,8	116,0	158,2	142,3	131,5	116,1	141,4	128,7
1991 1. Vj.	148,9	120,0	163,2	153,7	136,4	120,9	144,7	137,6
2. Vj.	141,6	119,4	155,3	139,0	128,9	120,5	135,8	123,7
3. Vj.	140,4	115,5	153,2	143,6	127,5	117,0	133,6	127,0
4. Vj.	140,4	112,5	156,6	139,3	127,1	114,8	135,9	123,0
1992 1. Vj.	152,8	121,2	169,3	156,2	137,8	124,5	145,6	137,2
2. Vj.	138,0	118,0	150,4	135,4	124,0	120,3	128,4	118,6
3. Vj.	137,1	114,4	148,1	141,7	122,9	116,3	126,3	123,5

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Zur Methode und den Rückrechnungen siehe Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik: 7/1976, S. 405ff.; 9/1980, S. 585ff.; 8/1983, S. 609ff. und 8/1989, S. 475ff.

noch Tabelle 50*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

c) Ausland (1985 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	10,3	10,6	10,4	9,3	22,4	20,0	24,3	17,5
1963	12,1	12,3	12,2	11,0	26,2	23,9	28,2	20,7
1964	13,6	13,2	14,1	12,3	29,0	24,5	32,0	22,8
1965	14,6	14,5	14,9	13,3	30,3	26,9	32,9	24,3
1966	16,3	16,8	16,4	14,8	33,4	30,9	35,5	26,8
1967	18,0	19,0	17,9	16,3	36,9	35,8	38,6	29,6
1968	21,1	21,0	21,4	19,4	43,7	40,2	46,5	36,1
1969	25,8	23,6	27,1	23,9	50,7	42,3	55,8	43,1
1970	26,2	25,5	26,8	24,5	48,8	44,2	51,9	43,5
1971	27,1	26,4	27,3	27,5	48,7	46,8	49,7	47,6
1972	30,1	30,3	30,0	30,3	53,0	54,4	52,7	50,7
1973	40,3	38,1	41,9	36,6	67,4	63,3	70,7	58,3
1974	48,5	52,1	48,3	39,0	70,3	65,2	74,8	55,8
1975	42,5	42,1	43,5	37,2	59,5	56,4	62,2	51,8
1976	53,6	49,3	56,4	48,5	72,4	65,1	76,9	65,9
1977	52,0	50,1	53,3	49,5	69,4	69,8	69,9	65,0
1978	54,3	53,6	54,7	53,8	71,3	74,5	70,0	69,8
1979	62,1	62,4	62,5	59,6	78,2	80,1	77,8	74,5
1980	65,7	66,5	65,7	63,5	78,3	79,4	78,3	75,3
1981	76,7	75,6	78,0	71,7	86,9	84,9	88,8	80,9
1982	75,2	74,5	75,4	75,9	81,4	80,2	81,9	82,4
1983	77,8	80,6	76,1	79,6	82,8	87,0	80,5	84,9
1984	90,2	95,1	87,5	91,7	92,9	98,0	90,1	94,6
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	96,5	91,7	98,0	102,6	97,1	97,3	96,3	101,8
1987	97,6	93,0	98,9	104,7	98,8	102,5	96,1	104,1
1988	109,8	104,2	111,8	114,2	108,5	110,8	106,9	112,3
1989	122,4	110,7	126,9	129,1	117,3	112,7	118,5	124,2
1990	121,1	105,8	126,5	133,1	115,7	110,9	116,4	125,8
1991	115,5	100,7	120,3	129,6	109,1	107,1	108,5	119,7
1988 1. Vj.	109,2	106,8	108,4	121,5	109,6	116,8	104,5	120,2
2. Vj.	106,0	102,9	107,0	108,8	105,3	110,4	102,5	107,5
3. Vj.	105,7	99,3	107,7	111,7	103,7	104,3	102,6	109,2
4. Vj.	118,4	107,8	124,0	114,7	115,6	111,9	117,8	112,3
1989 1. Vj.	122,3	115,6	123,3	136,3	117,8	117,4	115,9	131,6
2. Vj.	124,3	117,0	127,2	128,0	118,8	118,4	118,3	123,5
3. Vj.	116,1	103,8	120,6	124,7	111,0	105,5	112,3	119,2
4. Vj.	126,8	106,6	136,3	127,5	121,7	109,5	127,4	122,3
1990 1. Vj.	130,8	113,6	136,2	149,2	125,4	118,3	126,3	141,7
2. Vj.	120,0	106,0	125,7	125,7	114,7	110,9	115,7	119,6
3. Vj.	115,2	101,6	119,9	127,3	109,9	106,6	110,0	119,3
4. Vj.	118,2	102,1	124,0	130,2	112,8	107,7	113,7	122,5
1991 1. Vj.	118,4	106,3	120,4	143,0	112,5	112,4	109,5	132,6
2. Vj.	114,0	102,6	117,8	124,3	107,5	108,3	105,9	115,3
3. Vj.	113,6	96,6	119,4	129,1	107,0	103,0	107,3	118,0
4. Vj.	115,8	97,2	123,7	121,9	109,5	104,8	111,3	112,8
1992 1. Vj.	123,8	109,4	127,0	148,2	116,6	118,2	113,1	134,8
2. Vj.	112,5	102,5	116,0	120,9	105,1	110,6	101,7	110,7
3. Vj.	106,6	91,3	110,5	128,5	99,4	99,4	97,0	115,7

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer. — Zur Methode und den Rückrechnungen siehe Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik: 7/1976, S. 405ff.; 9/1980, S. 585ff.; 8/1983, S. 609ff. und 8/1989, S. 475ff.

Tabelle 51*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

a) Insgesamt

Mio DM

Zeitraum[2])	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1950	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	588 018	12 368	575 650	177 855	226 969	94 229	76 597
1971	626 379	12 830	613 549	181 810	246 627	102 528	82 584
1972	663 187	12 941	650 245	190 592	260 475	111 461	87 717
1973	743 228	14 190	729 038	223 327	288 866	119 604	97 241
1974	836 052	19 643	816 409	278 795	307 671	126 729	103 214
1975	819 311	18 732	800 578	249 427	319 415	123 462	108 275
1976	916 955	20 546	896 409	280 783	361 249	135 765	118 612
1977	963 207	22 058	941 148	281 250	389 358	144 992	125 549
1978	999 929	23 086	976 843	290 083	409 695	148 949	128 116
1979	1 105 354	26 893	1 078 460	345 179	438 254	161 951	133 076
1980	1 196 543	29 240	1 167 303	381 258	470 800	172 936	142 309
1981	1 255 937	32 546	1 223 390	401 681	492 851	172 500	156 358
1982	1 284 376	33 224	1 251 151	401 267	514 966	172 185	162 733
1983	1 312 663	32 274	1 280 388	405 509	531 471	176 770	166 639
1984	1 398 459	34 878	1 363 580	441 888	562 481	187 606	171 605
1985	1 494 753	35 749	1 459 004	461 216	627 430	194 733	175 624
1986	1 468 396	33 199	1 435 197	407 117	651 534	200 499	176 047
1987	1 476 865	31 740	1 445 126	394 482	673 636	205 017	171 991
1988	1 561 666	31 922	1 529 744	421 825	713 479	217 204	177 235
1989	1 704 251	28 508	1 675 743	466 065	784 297	236 101	189 280
1990	1 823 282	27 674	1 795 608	479 725	851 167	258 274	206 441
1991	1 949 555	28 745	1 920 810	498 467	919 445	277 905	224 994
1991 1. Vj.	471 409	7 606	463 802	122 807	216 353	70 550	54 092
2. Vj.	491 685	7 052	484 633	127 407	233 312	67 994	55 920
3. Vj.	478 108	6 369	471 739	124 133	220 846	70 070	56 689
4. Vj.	508 355	7 719	500 636	124 118	248 934	69 291	58 293
1992 1. Vj.	489 368	7 584	481 784	126 399	227 680	72 635	55 070
2. Vj.	490 928	6 436	484 492	126 969	234 010	66 272	57 241
3. Vj.	479 265	6 168	473 097	123 704	222 342	69 567	57 484

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West).

noch Tabelle 51*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

b) Inland

Mio DM

Zeitraum[2])	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966	321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	480 996	9 872	471 123	146 212	165 393	84 543	74 975
1971	510 886	10 152	500 733	148 919	179 154	91 899	80 761
1972	537 516	10 318	527 197	154 971	186 667	99 958	85 601
1973	591 627	11 232	580 396	178 366	201 826	105 833	94 370
1974	643 198	15 077	628 121	211 526	207 151	110 508	98 936
1975	636 240	14 348	621 891	194 333	215 127	108 575	103 858
1976	704 804	16 350	688 453	218 816	238 864	117 283	113 491
1977	735 609	18 217	717 392	217 829	256 399	125 174	117 990
1978	759 588	18 350	741 238	222 513	270 177	128 519	120 030
1979	839 718	21 601	818 117	265 616	289 422	138 918	124 162
1980	906 046	24 275	881 772	294 417	307 572	147 778	132 005
1981	928 796	27 495	901 302	303 330	309 084	144 994	143 894
1982	936 372	28 796	907 576	300 677	314 947	142 469	149 483
1983	957 428	28 065	929 364	301 094	329 375	146 003	152 891
1984	995 935	29 773	966 162	321 882	335 573	152 575	156 133
1985	1 051 848	31 216	1 020 632	333 034	372 895	155 646	159 057
1986	1 031 992	29 413	1 002 579	291 161	390 984	160 227	160 206
1987	1 038 339	28 435	1 009 904	280 240	408 236	164 567	156 861
1988	1 086 916	28 653	1 058 263	293 115	430 693	173 205	161 251
1989	1 179 063	26 076	1 152 987	326 003	469 625	186 059	171 299
1990	1 291 460	25 657	1 265 803	345 761	525 717	205 791	188 534
1991	1 426 866	26 937	1 399 929	369 306	598 433	225 749	206 441
1991 1. Vj.	344 480	7 089	337 391	89 599	140 956	57 012	49 824
2. Vj.	360 318	6 593	353 724	94 334	152 859	55 164	51 367
3. Vj.	352 836	5 953	346 883	92 819	145 386	56 736	51 942
4. Vj.	369 232	7 301	361 931	92 554	159 231	56 836	53 309
1992 1. Vj.	356 342	7 193	349 149	92 514	147 792	58 627	50 215
2. Vj.	358 482	6 058	352 423	94 455	151 887	53 887	52 195
3. Vj.	353 157	5 859	347 298	93 627	144 851	56 347	52 472

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Von 1953 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West).

noch Tabelle 51*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

c) Ausland

Mio DM

Zeitraum[2])	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	107 022	2 496	104 527	31 643	61 576	9 686	1 622
1971	115 493	2 678	112 816	32 891	67 473	10 629	1 823
1972	125 671	2 623	123 048	35 621	73 808	11 503	2 116
1973	151 601	2 958	148 642	44 961	87 040	13 771	2 871
1974	192 854	4 566	188 288	67 269	100 520	16 221	4 278
1975	183 071	4 384	178 687	55 094	104 288	14 887	4 417
1976	212 151	4 196	207 956	61 967	122 385	18 482	5 121
1977	227 597	3 841	223 756	63 421	132 959	19 817	7 559
1978	240 341	4 736	235 605	67 570	139 519	20 431	8 086
1979	265 636	5 293	260 343	79 563	148 833	23 034	8 914
1980	290 496	4 965	285 531	86 841	163 228	25 158	10 304
1981	327 141	5 052	322 089	98 351	183 767	27 506	12 465
1982	348 003	4 428	343 575	100 591	200 019	29 715	13 250
1983	355 234	4 210	351 024	104 415	202 096	30 766	13 748
1984	402 524	5 105	397 418	120 006	226 909	35 031	15 472
1985	442 905	4 533	438 371	128 181	254 535	39 087	16 567
1986	436 404	3 786	432 618	115 955	260 550	40 272	15 841
1987	438 526	3 305	435 221	114 242	265 400	40 450	15 130
1988	474 750	3 270	471 480	128 710	282 787	43 999	15 985
1989	525 188	2 432	522 756	140 062	314 671	50 042	17 980
1990	531 822	2 018	529 804	133 964	325 450	52 483	17 908
1991	522 690	1 809	520 881	129 161	321 011	52 156	18 553
1991 1. Vj.	126 928	517	126 411	33 209	75 397	13 538	4 268
2. Vj.	131 367	458	130 909	33 074	80 452	12 829	4 553
3. Vj.	125 272	416	124 856	31 314	75 460	13 334	4 747
4. Vj.	139 123	417	138 705	31 564	89 702	12 455	4 984
1992 1. Vj.	133 027	392	132 635	33 885	79 888	14 008	4 855
2. Vj.	132 446	378	132 068	32 514	82 123	12 385	5 046
3. Vj.	126 108	309	125 799	30 077	77 490	13 220	5 012

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

[2]) Von 1953 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West).

Tabelle 52*

Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe[1])

Zeitraum	Index der Nettoproduktion[2])								Index der Bruttoproduktion[4])	
	insgesamt[3])	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe								
		zusammen	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe						
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter[5])	Verbrauchsgüter[5])
						produzierendes Gewerbe				
	1970 = 100									
1962	66,2	66,6	106,7	65,0	58,9	64,2	72,8	72,2	68,6	66,5
1963	68,5	68,7	108,1	67,2	61,1	66,5	74,2	75,7	69,3	69,6
1964	73,9	74,1	108,9	72,7	68,7	71,1	78,9	79,9	73,0	74,8
1965	77,7	78,0	104,4	77,0	72,3	75,9	83,8	83,2	76,9	80,0
1966	78,7	78,8	99,5	78,0	74,3	76,0	84,4	85,9	78,0	79,9
1967	76,5	76,5	92,0	75,9	75,6	71,4	80,1	88,1	73,7	74,7
1968	83,6	83,7	90,7	83,4	85,3	77,9	87,7	92,1	78,2	83,3
1969	94,4	94,6	93,3	94,6	95,6	92,0	97,2	97,1	91,0	95,1
	1976 = 100									
1970	92,6	93,2	119,5	92,4	92,6	92,6	93,7	88,7	95,1	93,0
1971	93,7	93,7	117,4	93,0	92,5	91,9	96,7	92,8	95,4	95,0
1972	97,5	96,9	111,3	96,4	97,0	94,4	102,4	93,7	98,3	98,2
1973	103,0	102,7	108,7	102,5	105,9	101,1	104,4	96,7	102,3	101,4
1974	100,6	100,5	107,6	100,2	104,7	98,5	99,4	97,2	100,5	93,1
1975	93,8	93,8	103,4	93,5	91,0	93,9	94,0	97,1	98,1	91,5
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	102,7	102,7	95,0	102,9	100,6	104,9	103,6	100,0	102,5	107,5
1978	104,9	104,2	94,2	104,5	104,1	105,3	104,0	102,9	102,6	108,4
1979	110,6	109,6	98,3	109,9	112,6	110,4	107,8	105,3	107,4	110,6
1980	110,2	109,6	98,2	109,9	108,5	112,9	106,5	107,4	111,6	105,3
1981	108,1	108,0	98,9	108,2	104,5	112,9	101,2	109,8	113,4	100,7
1982	104,4	104,8	97,0	105,1	98,7	111,6	97,1	106,9	110,6	99,2
	1980 = 100									
1976	91,3	91,1	104,3	90,6	93,4	88,4	91,5	91,4	89,0	95,0
1977	92,9	92,9	99,5	92,6	93,5	91,5	95,1	91,4	89,4	100,6
1978	95,2	95,3	97,6	95,2	96,9	93,2	98,4	94,7	91,2	102,6
1979	100,1	99,9	100,5	99,9	103,8	97,3	101,6	97,9	94,9	105,5
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98,0	98,4	100,6	98,3	95,8	100,4	94,9	101,7	102,3	94,7
1982	94,9	95,4	95,2	95,4	91,1	99,1	90,3	98,7	101,3	92,8
1983	95,4	96,1	90,6	96,3	94,0	98,7	91,5	99,3	100,4	94,2
1984	98,6	99,2	90,1	99,5	97,8	102,2	94,0	101,1	99,6	95,4
1985	103,0	104,6	91,1	105,1	99,1	112,7	95,1	104,0	111,4	98,9
1986	105,3	107,0	86,8	107,7	98,5	117,7	97,0	105,3	113,7	103,9
	1985 = 100									
1978	94,0	93,0	105,1	92,6	99,2	85,6	104,8	91,8	83,9	106,5
1979	98,7	97,6	109,0	97,2	106,2	89,5	108,2	95,0	87,6	109,0
1980	98,7	97,6	110,2	97,2	102,0	91,8	106,7	97,0	91,6	103,7
1981	96,3	95,7	110,5	95,2	97,9	91,5	100,3	98,5	93,5	98,0
1982	93,2	92,5	105,6	92,1	93,0	90,0	95,4	95,2	91,5	95,8
1983	93,8	93,0	99,5	92,7	95,7	89,3	97,0	96,0	90,2	96,9
1984	96,5	95,7	98,4	95,6	99,5	91,9	99,4	97,7	89,8	97,5
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	102,4	102,3	95,9	102,6	99,6	104,5	102,2	101,9	102,1	105,1
1987	102,7	102,5	91,6	102,9	100,0	104,7	103,4	101,0	100,5	106,8
1988	106,5	106,3	87,4	106,9	106,3	108,1	106,5	103,3	104,6	107,8
1989	111,8	111,7	85,9	112,5	108,6	116,4	111,1	106,2	111,9	111,8
1990	117,7	117,6	85,1	118,7	110,9	123,0	118,1	119,7	119,5	117,5
1991	121,0	121,0	82,6	122,3	112,2	126,1	123,4	129,5	124,3	121,0
1992 1. Vj.	121,3	121,3	86,3	122,5	116,4	124,8	125,4	123,7	117,7	127,8
2. Vj.	120,4	119,9	77,5	121,4	115,6	125,1	118,5	122,7	119,9	119,9
3. Vj.	115,9	115,2	75,9	116,5	113,8	115,6	116,0	129,6	112,0	110,0

[1]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt, ab Index 1985 = 100 arbeitstäglich bereinigt.
[2]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1969, für den Index 1980 = 100 und 1985 = 100 fachliche Unternehmensteile (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.; 5/1981, S. 315 ff.; 12/1983, S. 931 ff.; 3/1988, S. 182 ff.; 4/1991, S. 224.
[3]) Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie Baugewerbe (ohne Ausbaugewerbe).
[4]) Die Zuordnung von Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.
[5]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 53*

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost[1])

2. Halbjahr 1990 = 100

Wirtschaftszweig	1990		1991				1992				
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jun	Jul	Aug
						Auftragseingang					
Verarbeitendes Gewerbe, insgesamt	108,8	91,2	82,3	74,8	76,2	82,1	76,5	70,3	75,1	60,2	64,9
Inland	108,5	91,4	77,3	70,7	71,7	72,7	77,6	74,9	79,1	70,3	74,9
Ausland	109,5	90,5	96,8	87,0	89,5	109,6	73,5	56,9	63,6	30,7	35,7
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	119,1	80,9	73,7	62,8	60,8	68,9	62,3	52,8	56,1	53,9	50,4
darunter:											
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	119,0	80,9	38,9	64,5	73,2	67,2	77,1	91,7	100,6	105,9	102,1
Eisenschaffende Industrie	124,4	75,6	82,6	55,1	50,5	40,5	43,9	42,4	44,8	39,7	36,4
Chemische Industrie	118,6	81,4	77,5	64,7	61,5	86,4	62,1	44,9	49,2	46,8	41,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	100,1	99,9	92,0	88,7	94,8	98,7	89,1	86,5	94,9	65,6	78,5
darunter:											
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	99,6	100,4	161,7	118,3	177,9	181,5	144,6	205,0	197,9	138,2	123,6
Maschinenbau	92,1	107,9	109,6	123,2	126,2	120,8	107,5	91,0	122,8	58,6	76,4
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen	121,0	79,0	51,8	42,0	31,6	33,3	30,0	52,5	85,9	57,3	227,4
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	104,7	95,3	68,8	57,1	48,7	64,4	54,0	42,2	39,7	53,1	39,9
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	106,3	93,7	104,1	55,7	67,7	54,0	76,9	76,5	70,1	76,7	64,9
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	101,1	98,9	42,7	27,1	25,4	26,8	30,3	23,6	27,3	21,9	18,9
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	109,6	90,4	74,7	63,7	59,9	66,1	74,0	65,0	63,2	59,3	59,9
darunter:											
Druckerei, Vervielfältigung	103,4	96,6	104,8	113,9	112,9	123,4	127,5	141,4	132,1	134,8	136,6
Textilgewerbe	112,4	87,5	59,8	62,7	52,8	58,4	53,8	43,9	38,7	30,5	31,3
						Umsatz					
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	103,2	96,8	51,8	52,6	54,1	61,8	48,3	49,4	51,3	48,0	45,9
Inland	105,4	94,6	68,1	65,1	64,3	68,3	57,9	60,9	63,6	59,5	58,0
Ausland	99,1	100,9	22,1	29,6	35,2	49,8	30,7	28,1	28,6	26,8	23,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	106,2	93,9	65,7	64,2	66,6	70,7	60,2	58,6	60,5	54,2	52,4
darunter:											
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	118,0	82,0	46,3	68,0	79,3	76,3	66,0	93,5	102,0	109,3	102,5
Eisenschaffende Industrie	113,1	86,9	57,4	67,4	62,0	52,6	42,4	49,0	53,3	43,7	47,9
Chemische Industrie	98,9	101,2	74,3	64,2	70,1	85,4	66,1	53,9	53,4	45,1	42,4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	102,5	97,5	44,2	47,0	48,1	57,8	40,0	42,7	44,9	44,0	41,3
darunter:											
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	88,6	111,4	67,6	120,5	102,2	107,0	100,1	112,5	99,4	110,7	94,9
Maschinenbau	104,6	95,4	43,3	42,5	48,3	55,0	32,1	32,4	36,1	32,2	34,2
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen	106,7	93,3	25,1	24,0	14,4	16,1	15,4	26,1	44,5	30,6	26,3
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	104,3	95,7	46,3	38,8	41,4	45,2	33,7	33,3	35,5	34,3	31,0
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	102,5	97,5	27,5	22,4	22,0	26,0	23,0	27,5	28,2	31,4	29,8
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	106,0	93,9	37,7	26,5	22,1	27,9	22,7	19,7	24,3	17,6	15,9
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	100,3	99,6	56,7	53,6	54,8	61,1	60,0	59,1	59,8	52,6	52,5
darunter:											
Druckerei, Vervielfältigung	108,4	91,7	97,5	119,4	126,3	144,9	137,1	147,7	151,2	147,9	151,6
Textilgewerbe	103,5	96,5	38,6	34,0	33,2	34,3	32,2	30,6	31,7	21,7	22,3

[1]) Wertindizes; ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

Tabelle 54*

Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost[1])

2. Halbjahr 1990 = 100

Wirtschaftszweig	Gewichtung[2])	1990		1991				1992			
		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jul	Aug
Produzierendes Gewerbe, insgesamt	100	102,5	97,3	79,1	73,6	76,3	80,0	73,4	72,1	72,2	73,0
Elektrizitäts- und Gasversorgung	12,42	97,5	102,6	122,0	93,6	93,2	104,1	102,1	87,7	89,1	93,1
Bergbau	9,56	91,4	108,8	95,1	62,6	60,0	63,4	58,9	44,3	46,5	53,0
Verarbeitendes Gewerbe	59,95	105,7	94,1	65,9	63,1	65,5	69,9	63,2	61,7	61,0	60,5
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	11,51	107,5	92,3	75,3	69,6	75,6	82,9	78,9	79,0	77,6	76,7
darunter: Mineralölverarbeitung	1,27	108,9	91,1	120,7	115,3	126,9	134,3	126,0	132,7	117,7	138,0
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	2,51	123,4	75,9	42,0	62,8	71,2	72,5	66,3	95,0	108,4	106,6
Eisenschaffende Industrie	0,79	119,3	80,5	71,9	74,8	66,0	52,0	53,4	66,7	59,0	60,9
Gießerei	1,07	109,3	90,4	64,0	57,6	50,5	49,8	51,5	46,4	34,7	33,1
Chemische Industrie	4,04	93,8	106,2	83,0	63,8	70,4	95,2	87,4	65,3	63,5	53,8
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	32,90	106,7	93,1	55,9	54,0	56,2	58,5	48,8	46,4	46,8	45,7
darunter: Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	2,93	100,0	99,7	80,3	106,5	125,4	125,3	119,8	131,7	139,3	154,9
Maschinenbau	15,24	107,7	92,2	50,5	49,7	52,5	53,6	37,1	29,9	31,3	25,0
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen	2,71	107,7	91,7	61,7	49,6	41,9	43,1	43,0	49,0	36,8	49,2
Elektrotechnik, Raparatur von Haushaltsgeräten	8,51	107,0	92,7	51,5	43,5	45,5	50,4	44,3	42,1	45,5	41,0
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	1,09	84,0	115,7	39,4	20,8	16,9	17,2	13,8	19,1	14,4	18,7
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	0,88	120,0	79,2	40,3	43,8	27,4	24,1	25,0	23,4	8,0	9,6
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	7,22	104,2	95,6	69,2	66,5	66,9	76,3	74,4	72,4	65,1	68,1
darunter: Holzverarbeitung	1,53	96,1	103,9	85,7	69,5	65,3	82,0	87,4	71,4	54,1	60,2
Druckerei, Vervielfältigung	1,33	107,8	92,0	93,0	111,3	122,2	141,4	133,7	143,0	140,4	148,4
Textilgewerbe	1,69	108,7	90,9	50,2	41,5	40,0	40,3	36,7	33,4	25,8	25,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	8,32	100,2	99,6	91,7	89,2	88,6	93,5	90,7	91,1	92,5	92,6
davon: Ernährungsgewerbe	6,90	104,7	95,6	83,9	84,5	81,9	90,5	91,6	94,0	91,0	90,6
Tabakverarbeitung	1,42	80,0	120,2	126,1	110,2	118,3	106,8	86,3	78,2	99,1	101,4
Bauhauptgewerbe	18,07	101,4	98,3	84,5	100,2	108,7	105,4	94,6	110,0	111,3	110,7
Hochbauleistungen	8,79	102,9	96,7	98,5	107,0	110,0	101,3	94,9	102,4	103,5	101,2
Tiefbauleistungen	9,28	100,0	99,8	71,2	93,9	107,4	109,2	94,3	117,3	118,7	119,7

[1]) Fachliche Unternehmensteile; arbeitstäglich bereinigt.

[2]) Die Gewichtung der Wirtschaftszweige zu Wirtschaftsgruppen und Hauptgruppen nach der Systematik im Produzierenden Gewerbe erfolgt mit den Anteilen der Bruttowertschöpfung (ohne Umsatzsteuer) aus der Kostenstrukturerhebung, die für das 2. Halbjahr 1990 als eigenständige Statistik für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost durchgeführt worden ist.

Tabelle 55* **Beschäftigte im Bergbau und** in

Zeitraum[2])	Insgesamt		Bergbau		Ver zusammen	
	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter
1950	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 887	6 606	311	259	8 576	6 347
1971	8 826	6 479	307	254	8 519	6 225
1972	8 628	6 265	283	233	8 345	6 032
1973	8 664	6 258	262	214	8 402	6 044
1974	8 434	6 031	253	207	8 181	5 824
1975	7 888	5 559	255	208	7 633	5 351
1976	7 698	5 436	247	200	7 452	5 236
1977	7 632	5 435	240	195	7 392	5 240
1978	7 584	5 381	233	189	7 351	5 192
1979	7 607	5 392	229	185	7 378	5 207
1980	7 660	5 411	231	187	7 428	5 224
1981	7 489	5 232	235	190	7 254	5 042
1982	7 226	5 000	234	188	6 992	4 812
1983	6 927	4 758	227	183	6 700	4 575
1984	6 854	4 704	218	174	6 636	4 530
1985	6 943	4 769	213	170	6 730	4 599
1986	7 063	4 844	210	167	6 853	4 677
1987	7 055	4 802	203	162	6 851	4 640
1988	7 038	4 767	194	153	6 844	4 614
1989	7 213	4 885	183	144	7 030	4 740
1990	7 411	5 024	173	135	7 238	4 889
1991	7 514	5 071	165	128	7 349	4 943
1990 1. Vj.	7 315	4 954	176	138	7 138	4 816
2. Vj.	7 357	4 986	174	136	7 183	4 850
3. Vj.	7 475	5 076	173	135	7 302	4 941
4. Vj.	7 493	5 076	170	132	7 323	4 944
1991 1. Vj.	7 503	5 074	168	130	7 335	4 943
2. Vj.	7 504	5 071	166	129	7 338	4 942
3. Vj.	7 555	5 104	164	127	7 391	4 977
4. Vj.	7 497	5 036	162	125	7 335	4 911
1992 1. Vj.	7 425	4 967	160	123	7 265	4 844
2. Vj.	7 365	4 913	156	120	7 209	4 793
3. Vj.	7 348	4 896	154	118	7 194	4 778

[1]) Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (mit Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

im Verarbeitenden Gewerbe[1]) Tabelle 55*

1 000

arbeitendes Gewerbe								
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		Investitionsgüter produzierendes Gewerbe		Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe		Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		Zeitraum[2])
Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 845	1 331	4 137	3 011	2 008	1 609	587	395	1970
1 819	1 295	4 138	2 968	1 975	1 570	587	391	1971
1 776	1 250	4 038	2 855	1 953	1 543	578	383	1972
1 782	1 250	4 118	2 904	1 926	1 511	576	379	1973
1 749	1 216	4 078	2 850	1 795	1 393	559	365	1974
1 653	1 129	3 804	2 612	1 649	1 268	527	342	1975
1 607	1 098	3 725	2 561	1 608	1 243	512	333	1976
1 570	1 078	3 734	2 591	1 592	1 240	496	331	1977
1 542	1 052	3 732	2 580	1 585	1 233	491	327	1978
1 532	1 048	3 765	2 599	1 593	1 235	489	326	1979
1 544	1 053	3 810	2 621	1 583	1 225	491	325	1980
1 502	1 011	3 752	2 549	1 512	1 159	488	322	1981
1 448	962	3 655	2 463	1 418	1 076	472	310	1982
1 394	919	3 511	2 347	1 341	1 013	454	297	1983
1 372	899	3 488	2 331	1 327	1 005	450	295	1984
1 368	895	3 600	2 416	1 317	996	446	291	1985
1 365	888	3 732	2 505	1 314	994	442	290	1986
1 344	866	3 758	2 501	1 306	985	442	289	1987
1 337	855	3 758	2 487	1 308	983	441	289	1988
1 350	862	3 878	2 570	1 348	1 011	455	298	1989
1 365	870	4 007	2 661	1 388	1 041	478	317	1990
1 371	868	4 050	2 673	1 419	1 061	509	341	1991
1 350	860	3 956	2 626	1 373	1 030	458	299	1990 1. Vj.
1 360	868	3 980	2 643	1 379	1 035	464	304	2. Vj.
1 376	879	4 042	2 688	1 394	1 047	490	328	3. Vj.
1 371	871	4 047	2 685	1 405	1 052	500	336	4. Vj.
1 369	867	4 052	2 682	1 414	1 060	500	333	1991 1. Vj.
1 371	870	4 046	2 673	1 419	1 063	502	335	2. Vj.
1 379	874	4 067	2 685	1 426	1 067	520	351	3. Vj.
1 367	861	4 036	2 650	1 416	1 054	516	346	4. Vj.
1 350	845	4 004	2 618	1 405	1 044	506	336	1992 1. Vj.
1 348	844	3 968	2 586	1 390	1 029	503	333	2. Vj.
1 348	845	3 952	2 571	1 380	1 018	514	343	3. Vj.

[2]) Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West).

Tabelle 56*

Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Mio

Zeitraum[2])	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1950	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952	10 501	1 230	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	12 531	441	12 090	2 607	5 757	2 920	807
1971	12 006	423	11 583	2 465	5 499	2 824	795
1972	11 484	373	11 111	2 367	5 213	2 763	769
1973	11 426	347	11 079	2 362	5 294	2 666	757
1974	10 709	341	10 368	2 238	5 006	2 407	718
1975	9 573	335	9 238	1 953	4 458	2 156	671
1976	9 651	319	9 332	1 968	4 521	2 184	659
1977	9 493	300	9 194	1 900	4 511	2 149	633
1978	9 266	286	8 980	1 842	4 409	2 108	621
1979	9 254	283	8 970	1 835	4 437	2 087	612
1980	9 153	286	8 867	1 818	4 402	2 042	605
1981	8 707	291	8 416	1 717	4 212	1 892	596
1982	8 271	289	7 982	1 610	4 038	1 759	574
1983	7 918	271	7 648	1 547	3 861	1 689	550
1984	7 841	252	7 588	1 535	3 834	1 677	542
1985	7 910	251	7 659	1 505	3 980	1 642	532
1986	7 962	243	7 719	1 477	4 089	1 627	526
1987	7 779	229	7 550	1 431	3 995	1 600	525
1988	7 730	214	7 516	1 427	3 968	1 598	523
1989	7 860	199	7 661	1 423	4 085	1 622	531
1990	7 993	188	7 805	1 418	4 177	1 648	562
1991	7 952	176	7 776	1 395	4 130	1 655	596
1990 1. Vj.	2 042	51	1 991	360	1 073	425	133
2. Vj.	1 980	46	1 934	354	1 040	407	133
3. Vj.	1 954	47	1 907	352	1 013	398	145
4. Vj.	2 017	44	1 973	352	1 052	418	151
1991 1. Vj.	2 027	47	1 980	351	1 058	424	146
2. Vj.	2 013	44	1 969	355	1 050	418	146
3. Vj.	1 955	43	1 912	348	1 006	405	153
4. Vj.	1 957	42	1 915	341	1 015	408	151
1992 1. Vj.	2 004	47	1 957	348	1 044	418	147
2. Vj.	1 924	41	1 883	342	1 002	395	143
3. Vj.	1 863	42	1 821	335	957	381	149

[1]) Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

[2]) Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West).

Tabelle 57*

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
				1970 = 100			
1962	66,0	56,9	66,5	57,2	71,2	68,2	68,4
1963	69,7	61,4	69,9	60,7	74,8	71,4	71,6
1964	75,1	64,6	75,6	67,4	79,4	76,9	77,3
1965	78,5	66,3	79,1	70,2	82,7	82,0	81,8
1966	81,1	70,0	81,6	74,7	84,0	83,3	84,9
1967	85,8	76,5	86,1	82,2	86,7	85,4	89,1
1968	90,8	81,9	91,1	90,7	89,6	90,8	93,7
1969	97,0	89,3	97,2	96,7	96,9	97,3	98,2
				1976 = 100			
1970	75,0	88,7	74,5	74,1	75,8	71,4	78,7
1971	78,0	90,2	77,6	77,4	77,9	75,9	83,0
1972	83,2	96,1	82,8	83,8	82,7	81,4	85,5
1973	87,9	100,0	87,5	90,8	86,9	85,5	88,7
1974	90,6	100,4	90,3	93,4	88,6	88,9	93,3
1975	93,4	98,1	93,3	90,8	93,4	93,4	99,5
1976	100	100	100	100	100	100	100
1977	104,6	100,4	104,7	103,8	105,2	105,9	105,9
1978	108,0	103,8	108,2	110,1	107,3	107,6	110,5
1979	113,5	108,2	113,7	119,3	111,7	112,7	114,5
1980	114,8	107,4	115,0	116,6	114,8	114,1	118,1
1981	117,6	106,3	118,1	117,2	118,9	115,6	122,3
1982	119,8	105,5	120,3	117,4	122,2	118,8	123,5
				1980 = 100			
1976	86,4	94,8	86,0	86,8	86,2	84,7	82,6
1977	90,0	95,9	89,7	89,9	89,9	90,3	87,4
1978	94,9	98,7	94,7	96,1	93,8	95,1	94,4
1979	99,3	101,7	99,2	102,4	97,2	99,4	99,2
1980	100	100	100	100	100	100	100
1981	101,1	99,6	101,1	98,4	103,2	100,2	100,6
1982	101,9	93,7	102,2	97,9	105,1	101,6	101,4
1983	106,2	92,8	106,7	104,7	108,0	107,0	105,6
1984	110,7	96,2	111,2	110,8	111,5	110,6	112,2
1985	115,6	97,4	116,3	113,4	118,5	112,9	119,4
1986	117,9	96,1	118,7	114,8	120,5	116,0	125,3
				1985 = 100			
1978	83,2	97,7	82,7	86,4	80,9	84,8	78,4
1979	86,9	101,2	86,5	91,9	83,8	88,3	82,1
1980	87,4	101,2	86,9	89,1	86,2	88,8	81,9
1981	88,4	100,5	88,0	88,1	88,7	88,6	83,7
1982	89,0	96,0	88,7	87,4	90,0	90,1	84,2
1983	92,4	94,8	92,3	93,0	92,0	95,2	87,9
1984	96,0	98,2	95,9	98,3	94,7	98,1	92,6
1985	100	100	100	100	100	100	100
1986	101,4	98,8	101,5	101,2	101,1	102,4	103,2
1987	103,4	99,2	103,6	104,1	102,7	104,9	104,6
1988	107,8	101,3	108,0	111,4	106,3	107,5	108,0
1989	111,8	106,7	112,0	114,3	111,5	109,9	111,0
1990	115,9	111,7	116,1	116,6	115,2	114,2	121,5
1991	119,7	113,5	119,9	119,1	119,1	117,9	128,9
1992 1. Vj.	119,0	115,8	119,1	122,3	116,5	118,9	124,0
2. Vj.	120,9	112,0	121,2	123,6	120,6	115,9	125,2
3. Vj.	120,5	109,5	120,8	125,6	116,8	118,6	131,2

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970, für den Index 1980 = 100 und 1985 = 100 fachliche Unternehmensteile (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.; 5/1981, S. 315ff.; 12/1983, S. 931ff.; 3/1988, S. 182ff.; 4/1991 S. 224.

Tabelle 58*

Betriebe, Beschäftigte, Arbeiter- im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in

Merkmal / Einheit	Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
Betriebe Anzahl	1991 Jahr	7 112	43	7 069	1 140	2 738	2 072	1 120
	1. Halbjahr	7 286	44	7 242	1 166	2 779	2 153	1 144
	2. Halbjahr	6 939	41	6 897	1 113	2 698	1 990	1 096
	1992 1. Halbjahr	6 376	40	6 336	1 036	2 620	1 701	981
	1991 Januar	7 087	42	7 045	1 143	2 693	2 111	1 098
	Februar	7 331	46	7 285	1 152	2 797	2 171	1 165
	März	7 345	44	7 301	1 162	2 799	2 190	1 150
	April	7 357	45	7 312	1 188	2 804	2 164	1 156
	Mai	7 334	45	7 289	1 181	2 799	2 159	1 150
	Juni	7 260	43	7 217	1 169	2 780	2 123	1 145
	Juli	7 073	42	7 031	1 131	2 701	2 065	1 134
	August	7 001	42	6 959	1 133	2 690	2 021	1 115
	September	6 973	40	6 933	1 113	2 707	2 013	1 100
	Oktober	6 906	39	6 867	1 099	2 698	1 984	1 086
	November	6 832	42	6 790	1 096	2 682	1 938	1 074
	Dezember	6 846	42	6 804	1 107	2 710	1 919	1 068
	1992 Januar	6 512	41	6 471	1 051	2 647	1 756	1 017
	Februar	6 384	38	6 346	1 021	2 612	1 711	1 002
	März	6 382	40	6 342	1 027	2 616	1 706	993
	April	6 343	40	6 303	1 038	2 606	1 681	978
	Mai	6 308	40	6 268	1 032	2 610	1 673	953
	Juni	6 327	40	6 287	1 045	2 626	1 676	940
	Juli	6 318	40	6 278	1 054	2 649	1 659	916
Beschäftigte[2] in Tausend	1991 Jahr	1 759	121	1 638	341	848	316	133
	1. Halbjahr	2 013	133	1 880	392	977	365	146
	2. Halbjahr	1 505	108	1 397	290	720	267	119
	1992 1. Halbjahr	1 017	87	930	200	475	163	91
	1991 Januar	2 076	139	1 937	418	985	382	151
	Februar	2 089	137	1 952	410	999	387	156
	März	2 047	134	1 912	401	982	380	149
	April	2 011	132	1 879	387	988	359	145
	Mai	1 964	129	1 836	376	969	350	141
	Juni	1 888	125	1 763	358	937	333	136
	Juli	1 666	119	1 548	324	795	300	129
	August	1 608	116	1 492	314	766	288	125
	September	1 551	111	1 440	300	740	277	123
	Oktober	1 460	107	1 354	282	698	258	116
	November	1 410	104	1 307	270	678	246	113
	Dezember	1 333	95	1 238	253	642	233	110
	1992 Januar	1 087	96	992	214	504	176	98
	Februar	1 058	90	968	209	492	172	96
	März	1 031	88	943	201	482	167	93
	April	997	86	911	197	467	159	89
	Mai	976	85	892	191	458	155	87
	Juni	953	80	873	186	450	151	85
	Juli	906	76	829	177	429	142	82
Geleistete Arbeiterstunden in 1 000	1991 Jahr	1 416,7	128,3	1 288,4	288,5	590,4	267,1	142,4
	1. Halbjahr	794,3	72,8	721,5	164,7	327,5	152,8	76,5
	2. Halbjahr	622,3	55,4	566,9	123,8	262,9	114,3	65,9
	1992 1. Halbjahr	522,7	53,2	469,6	103,5	220,5	90,7	54,9
	1991 Januar	156,0	13,8	142,2	32,3	66,1	29,3	14,4
	Februar	135,2	13,1	122,1	27,8	55,0	26,6	12,7
	März	132,0	12,9	119,1	28,0	52,7	25,9	12,5
	April	130,4	12,5	117,9	25,7	54,3	24,9	12,9
	Mai	123,7	10,3	113,4	26,4	50,7	23,8	12,4
	Juni	117,1	10,3	106,8	24,5	48,6	22,3	11,5
	Juli	113,4	9,8	103,6	23,2	47,5	21,2	11,8
	August	105,9	8,8	97,1	21,5	44,8	19,5	11,2
	September	107,9	9,8	98,1	21,2	45,7	20,0	11,2
	Oktober	107,1	9,7	97,4	21,3	45,3	19,7	11,1
	November	101,4	9,6	91,8	19,7	43,3	18,3	10,5
	Dezember	86,7	7,8	78,9	16,8	36,3	15,7	10,0
	1992 Januar	94,8	9,9	84,8	18,3	39,9	16,7	10,1
	Februar	87,5	8,9	78,6	17,3	36,6	15,6	9,1
	März	93,1	9,7	83,4	18,5	38,9	16,4	9,6
	April	85,4	8,8	76,6	17,1	36,0	14,6	8,9
	Mai	79,4	7,9	71,5	15,9	33,6	13,5	8,5
	Juni	82,6	8,0	74,6	16,3	35,5	14,0	8,7
	Juli	76,1	7,0	69,1	14,9	33,3	12,4	8,6

[1] Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.
[2] Arbeiter und Angestellte einschließlich tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

Tabelle 58*

stunden, Verdienste und Umsatz
den neuen Bundesländern und Berlin-Ost[1])

Merkmal / Einheit	Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
Bruttolohn- und -gehaltssumme in Mio DM	1991 Jahr	29 596	2 923	26 673	5 957	13 835	4 525	2 357
	1. Halbjahr	14 932	1 482	13 450	3 057	6 941	2 300	1 151
	2. Halbjahr	14 664	1 441	13 224	2 899	6 893	2 225	1 206
	1992 1. Halbjahr	12 393	1 360	11 033	2 473	5 753	1 771	1 035
	1991 Januar	2 506	231	2 274	504	1 168	406	196
	Februar	2 313	232	2 081	459	1 064	375	182
	März	2 315	221	2 094	478	1 051	381	184
	April	2 495	222	2 273	525	1 186	371	191
	Mai	2 736	345	2 391	546	1 251	393	201
	Juni	2 567	230	2 336	545	1 222	373	196
	Juli	2 492	232	2 260	509	1 176	378	197
	August	2 408	211	2 197	493	1 147	364	193
	September	2 300	215	2 085	467	1 080	343	194
	Oktober	2 322	198	2 125	480	1 087	360	197
	November	2 644	317	2 327	485	1 208	409	225
	Dezember	2 499	269	2 230	466	1 195	371	199
	1992 Januar	2 060	230	1 830	414	935	305	176
	Februar	2 024	211	1 813	398	967	282	167
	März	1 966	213	1 753	401	884	293	174
	April	2 058	214	1 844	418	965	291	171
	Mai	2 097	259	1 838	416	965	288	169
	Juni	2 188	233	1 955	427	1 037	312	178
	Juli	2 140	277	1 862	408	991	293	170
Umsatz, insgesamt in Mio DM	1991 Jahr	96 616	9 953	86 663	23 377	34 967	9 642	18 677
	1. Halbjahr	47 589	5 557	42 031	11 754	16 064	4 706	9 507
	2. Halbjahr	49 028	4 396	44 632	11 624	18 902	4 935	9 170
	1992 1. Halbjahr	43 933	3 573	40 360	10 400	15 803	4 966	9 192
	1991 Januar	8 313	1 157	7 156	2 018	2 794	773	1 571
	Februar	7 557	1 113	6 444	1 863	2 327	779	1 474
	März	8 203	1 008	7 194	2 081	2 684	839	1 590
	April	8 097	871	7 226	1 928	2 835	785	1 679
	Mai	7 622	712	6 909	1 893	2 583	748	1 686
	Juni	7 797	696	7 102	1 969	2 842	783	1 507
	Juli	7 952	761	7 191	1 985	2 850	755	1 601
	August	7 667	746	6 921	1 971	2 791	729	1 430
	September	7 811	617	7 194	1 911	2 967	846	1 470
	Oktober	8 126	657	7 469	2 031	3 049	882	1 507
	November	8 274	789	7 485	1 972	3 095	908	1 509
	Dezember	9 198	826	8 372	1 753	4 151	814	1 654
	1992 Januar	6 847	791	6 056	1 650	2 218	782	1 406
	Februar	7 016	664	6 352	1 605	2 548	804	1 394
	März	7 721	626	7 095	1 823	2 788	913	1 570
	April	7 480	553	6 927	1 801	2 691	839	1 595
	Mai	7 181	493	6 688	1 696	2 633	797	1 563
	Juni	7 688	447	7 242	1 825	2 924	830	1 662
	Juli	7 359	514	6 845	1 678	2 852	744	1 571
darunter: Auslandsumsatz in Mio DM	1991 Jahr	14 079	420	13 658	4 052	7 746	1 134	725
	1. Halbjahr	5 550	211	5 339	1 649	2 745	557	388
	2. Halbjahr	8 529	210	8 319	2 402	5 001	578	338
	1992 1. Halbjahr	6 305	190	6 115	1 933	3 026	595	562
	1991 Januar	907	23	883	231	428	137	86
	Februar	689	40	649	247	247	87	68
	März	857	40	817	283	389	81	64
	April	1 096	42	1 054	314	598	83	59
	Mai	909	32	877	283	456	81	58
	Juni	1 092	33	1 059	293	627	87	52
	Juli	1 105	31	1 075	313	630	76	56
	August	1 195	36	1 158	358	685	76	39
	September	1 275	38	1 237	350	763	88	36
	Oktober	1 441	38	1 403	432	822	102	48
	November	1 480	35	1 445	466	780	120	79
	Dezember	2 033	32	2 001	483	1 322	116	79
	1992 Januar	869	27	841	354	340	93	55
	Februar	1 218	25	1 194	355	658	97	84
	März	1 120	34	1 086	357	541	110	78
	April	1 023	38	985	315	478	95	96
	Mai	994	34	960	263	500	98	99
	Juni	1 082	31	1 050	290	509	101	151
	Juli	961	31	929	212	571	73	74

Tabelle 59*

Baugenehmigungen

Zeitraum[1]	Genehmigungen für Hochbauten							
	Rauminhalt[2]				veranschlagte Kosten des Bauwerkes[3]			
	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude		insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude	
			nichtöffentliche Bauherren[4]	öffentliche Bauherren[5]			nichtöffentliche Bauherren[4]	öffentliche Bauherren[5]
	1 000 cbm				Mio DM			
1950	.	140 665	.	.	.	5 243	.	.
1951	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.
1952	230 108	135 652		94 456	9 694	6 216		3 478
1953	245 968	163 649		82 319	11 370	7 860		3 510
1954	282 134	185 592		96 542	13 375	9 062		4 313
1955	309 971	195 519		114 452	15 488	10 063		5 425
1956	304 197	180 297		123 900	16 130	10 061		6 069
1957	286 391	174 078		112 313	16 404	10 459		5 945
1958	311 254	193 297		117 957	19 208	12 386		6 821
1959	343 689	210 904		132 785	22 136	14 321		7 815
1960	392 427	234 427		158 000	27 491	17 253		10 238
1961	422 657	248 582		174 075	31 685	19 851		11 834
1962	425 658	252 434	135 881	37 343	34 675	22 176	7 744	4 756
1963	383 726	229 774	115 015	38 936	34 189	21 836	7 006	5 348
1964	429 635	246 181	139 465	43 988	40 738	25 397	9 032	6 309
1965	441 163	259 257	137 138	44 769	44 879	28 534	9 484	6 860
1966	421 309	245 143	136 995	39 171	44 680	28 555	9 840	6 285
1967	378 533	219 319	120 828	38 386	41 483	26 062	9 105	6 316
1968	400 265	226 408	132 687	41 170	43 187	27 031	9 594	6 562
1969	470 177	242 236	185 986	41 956	49 521	29 541	13 307	6 673
1970	497 264	266 573	184 841	45 850	59 058	35 529	15 299	8 230
1971	542 377	313 124	180 151	49 102	73 588	47 011	16 916	9 661
1972	567 238	343 057	178 182	45 999	87 234	57 221	19 769	10 244
1973	520 450	303 315	173 875	43 260	85 939	55 732	19 916	10 291
1974	388 207	209 250	123 953	55 004	72 217	41 964	15 472	14 781
1975	384 504	190 694	141 211	52 599	74 271	40 482	18 801	14 988
1976	374 089	210 227	128 309	35 553	72 857	46 338	16 559	9 961
1977	353 042	205 056	118 581	29 406	71 309	46 773	15 632	8 904
1978	421 216	247 614	137 520	36 083	88 531	59 182	18 395	10 954
1979	395 688	227 956	137 349	30 362	89 655	59 998	19 225	10 432
1980	389 154	215 351	141 121	32 681	96 642	61 722	22 216	12 703
1981	343 739	189 110	125 895	28 735	93 320	59 858	21 690	11 771
1982	305 900	165 352	117 185	23 363	88 984	56 029	22 538	10 416
1983	364 487	202 712	141 847	19 927	108 098	70 380	27 957	9 760
1984	279 231	159 632	102 491	17 108	86 215	57 318	20 223	8 674
1985	252 933	125 018	109 684	18 231	76 452	45 597	21 468	9 387
1986	257 005	116 709	120 717	19 578	78 618	42 961	25 022	10 635
1987	252 092	107 700	123 619	20 772	77 050	40 247	25 636	11 167
1988	275 771	120 721	133 898	21 154	88 251	45 995	29 405	12 851
1989	320 196	145 684	156 196	18 316	100 316	55 919	34 064	10 332
1990	370 440	181 405	169 423	19 612	123 790	72 707	38 834	12 248
1991	372 990	179 559	174 056	19 375	131 106	76 069	42 041	12 996
1991 1.Vj.	81 931	39 391	37 812	4 728	29 013	16 387	9 450	3 176
2.Vj.	97 422	47 873	44 892	4 657	33 952	20 185	10 695	3 072
3.Vj.	101 879	48 205	48 743	4 931	35 164	20 486	11 308	3 371
4.Vj.	91 758	44 090	42 609	5 059	32 976	19 011	10 588	3 377
1992 1.Vj.	85 223	45 258	35 355	4 610	32 034	19 581	9 437	3 016
2.Vj.	101 073	53 033	43 563	4 477	38 514	23 354	11 992	3 168

[1] Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West).
[2] Ab 1963 nur Neubau und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).
[3] Alle Baumaßnahmen.
[4] Unternehmen und private Haushalte.
[5] Gebietskörperschaften einschließlich Sozialversicherung und Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 60*

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

a) Wertindex 1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private[1]	öffentliche[2]			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau[2]
				Auftraggeber					
1971	76,8	84,2	103,8	68,4	82,2	66,7	70,9	64,5	71,6
1972	80,6	92,3	125,9	68,9	82,2	64,8	69,6	62,2	72,2
1973	77,4	85,6	102,6	68,5	90,5	66,1	72,7	62,7	71,9
1974	69,3	72,3	77,8	54,5	99,9	64,7	74,1	59,5	71,4
1975	74,0	76,6	81,5	63,8	94,0	70,2	76,4	66,7	80,1
1976	69,4	73,7	86,3	60,1	78,5	63,5	75,3	57,1	68,3
1977	80,3	82,0	103,8	64,4	79,6	77,9	93,9	69,2	80,8
1978	99,0	102,1	136,6	74,4	98,0	94,6	109,2	86,7	104,7
1979	111,4	115,9	148,5	89,8	112,4	105,1	118,3	98,0	114,3
1980	114,5	120,6	146,6	100,1	117,0	105,9	107,7	105,0	118,6
1981	97,7	109,2	131,3	92,0	105,2	81,7	84,6	80,1	84,3
1982	98,3	108,9	132,6	92,4	100,6	83,5	87,6	81,4	83,9
1983	108,1	122,7	160,3	102,6	95,9	87,8	89,7	86,8	84,6
1984	101,8	106,2	128,9	91,3	96,1	95,7	95,8	95,6	93,3
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	109,1	107,5	95,0	117,5	109,1	111,2	104,2	115,1	110,5
1987	106,2	105,7	89,4	117,0	111,7	106,7	101,9	109,3	106,2
1988	116,0	118,2	100	138,5	107,3	113,1	107,4	116,1	112,9
1989	132,2	135,9	116,0	162,7	113,9	127,1	119,8	130,9	125,8
1990	152,1	160,6	145,6	192,0	119,3	140,2	133,4	143,9	137,6
1991	168,1	177,9	166,5	213,2	121,2	154,5	141,0	161,7	152,0
1985 1. Vj.	79,5	81,2	86,2	83,7	66,6	77,0	63,1	84,4	81,8
2. Vj.	114,1	112,4	113,5	112,7	109,5	116,6	127,8	110,7	110,7
3. Vj.	115,3	114,9	109,9	113,6	126,8	115,9	126,4	110,3	113,9
4. Vj.	91,1	91,5	90,4	90,0	97,0	90,5	82,6	94,6	93,7
1986 1. Vj.	85,7	86,2	84,5	90,4	80,1	85,1	64,3	96,2	88,5
2. Vj.	125,3	120,5	113,2	130,6	111,7	131,9	132,4	131,6	129,0
3. Vj.	129,4	127,9	99,1	144,3	146,0	131,5	135,0	129,6	127,6
4. Vj.	95,9	95,5	83,1	104,8	98,6	96,5	84,9	102,8	96,7
1987 1. Vj.	83,5	86,8	74,1	98,6	84,7	78,9	62,2	87,9	80,8
2. Vj.	117,9	115,2	99,2	127,0	119,5	121,7	123,5	120,7	115,9
3. Vj.	121,2	117,7	98,7	127,8	131,4	126,2	135,3	121,2	121,5
4. Vj.	102,0	103,3	85,7	114,8	111,3	100,1	86,8	107,2	106,7
1988 1. Vj.	98,8	106,2	89,9	130,3	83,3	88,6	72,4	97,2	87,5
2. Vj.	127,0	128,6	113,1	143,7	124,3	124,8	133,5	120,2	118,5
3. Vj.	131,4	128,5	108,4	149,6	119,7	135,5	134,0	136,3	139,0
4. Vj.	106,8	109,3	88,8	130,4	101,6	103,3	89,5	110,8	106,6
1989 1. Vj.	110,9	117,6	103,2	142,1	90,5	101,6	80,2	113,1	98,9
2. Vj.	144,9	144,7	120,8	175,7	120,9	145,2	151,6	141,7	137,2
3. Vj.	144,5	144,3	117,2	170,2	137,9	144,8	143,6	145,4	146,0
4. Vj.	128,4	136,9	122,7	162,9	106,3	116,6	103,7	123,5	121,0
1990 1. Vj.	139,2	152,3	136,6	186,1	106,9	121,0	104,3	130,0	124,7
2. Vj.	161,8	163,4	149,2	193,9	122,9	159,5	167,9	155,0	160,4
3. Vj.	158,5	164,9	147,4	194,9	131,1	149,5	151,9	148,3	140,1
4. Vj.	148,8	161,7	149,0	193,0	116,2	130,9	109,7	142,3	125,0
1991 1. Vj.	144,6	155,8	143,0	191,7	100,6	129,1	88,8	150,8	147,5
2. Vj.	179,3	188,2	172,5	225,8	134,2	166,8	159,8	170,7	159,2
3. Vj.	186,9	192,5	177,0	234,8	127,9	179,2	178,4	179,5	162,2
4. Vj.	161,5	175,0	173,2	200,3	122,1	142,8	137,0	145,9	139,3
1992 1. Vj.	165,8	179,9	175,1	212,5	116,4	146,3	109,3	166,2	135,9
2. Vj.	190,6	199,4	197,0	230,7	134,4	178,3	172,8	181,2	169,1
3. Vj.	185,7	192,0	188,0	221,2	134,5	177,0	171,0	180,3	161,1

[1] Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2] Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

noch Tabelle 60*

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

b) Volumenindex 1985 = 100

Zeitraum[1])	Insgesamt	Hochbau			Tiefbau		
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau	zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
1971	133,1	151,3	191,7	127,1	108,5	114,7	105,3
1972	133,7	156,9	218,6	121,7	103,1	111,0	98,8
1973	122,2	137,8	168,4	119,1	101,1	112,2	95,4
1974	103,3	111,5	121,7	104,0	91,4	104,4	84,4
1975	108,8	116,7	125,6	109,9	97,1	105,3	93,0
1976	99,4	108,6	129,2	95,5	86,5	102,2	78,2
1977	110,2	115,0	147,6	95,5	103,1	124,6	91,7
1978	128,5	135,7	183,3	107,6	118,6	136,5	109,0
1979	132,5	141,6	183,2	117,1	119,8	134,2	112,1
1980	122,7	133,0	162,5	115,6	108,3	109,2	107,8
1981	100,4	114,3	137,8	100,4	81,1	83,6	79,8
1982	100,3	111,7	136,2	97,2	84,6	88,7	82,5
1983	110,0	124,4	162,8	101,7	90,1	92,3	88,9
1984	102,3	106,0	128,7	92,7	97,2	97,6	97,0
1985	100	100	100	100	100	100	100
1986	107,2	105,8	93,8	112,9	109,1	102,1	112,8
1987	102,8	102,3	86,9	111,4	103,4	98,8	105,9
1988	110,7	112,4	95,6	122,3	108,3	103,1	111,1
1989	122,5	125,0	107,0	135,5	119,0	112,6	122,4
1990	132,3	138,5	125,9	146,0	123,7	118,0	126,8
1991	137,2	144,0	134,7	149,5	127,6	116,4	133,7
1985 1. Vj.	79,9	81,5	86,3	78,7	77,7	63,7	85,2
2. Vj.	114,5	112,7	113,8	112,1	117,0	128,2	111,0
3. Vj.	115,1	114,6	109,9	117,4	115,6	126,1	110,0
4. Vj.	90,6	91,2	90,2	91,8	89,7	82,0	93,9
1986 1. Vj.	84,9	85,6	84,1	86,6	83,8	63,3	94,9
2. Vj.	123,1	118,7	111,8	122,8	129,3	129,7	129,1
3. Vj.	126,7	125,3	97,6	141,7	128,7	132,1	126,8
4. Vj.	93,9	93,5	81,6	100,4	94,4	83,0	100,5
1987 1. Vj.	81,5	84,7	72,6	91,9	77,0	60,7	85,8
2. Vj.	114,3	111,5	96,4	120,5	118,1	119,9	117,1
3. Vj.	117,0	113,5	95,6	124,0	121,9	130,9	117,1
4. Vj.	98,3	99,6	83,0	109,3	96,6	83,9	103,5
1988 1. Vj.	95,1	102,1	86,8	111,1	85,3	69,9	93,6
2. Vj.	121,5	122,8	108,4	131,3	119,7	128,2	115,1
3. Vj.	125,0	121,7	103,2	132,7	129,5	128,5	130,1
4. Vj.	101,2	103,1	84,0	114,3	98,6	85,7	105,6
1989 1. Vj.	104,3	110,0	96,9	117,8	96,4	76,4	107,3
2. Vj.	134,8	133,6	112,0	146,3	136,6	143,1	133,0
3. Vj.	133,4	132,1	107,7	146,4	135,1	134,5	135,4
4. Vj.	117,4	124,2	111,6	131,5	107,9	96,3	114,1
1990 1. Vj.	124,5	135,2	121,7	143,1	109,6	94,8	117,5
2. Vj.	141,3	141,4	129,3	148,6	141,2	148,9	137,0
3. Vj.	136,6	140,7	126,2	149,3	130,8	133,2	129,5
4. Vj.	127,0	136,8	126,5	142,9	113,3	95,2	123,1
1991 1. Vj.	121,4	129,8	119,3	136,1	109,7	75,6	128,1
2. Vj.	146,5	152,5	139,7	160,1	138,2	132,5	141,3
3. Vj.	151,0	154,2	141,8	161,5	146,5	146,1	146,8
4. Vj.	129,6	139,5	137,9	140,4	116,0	111,4	118,5
1992 1. Vj.	131,0	141,3	137,0	143,8	116,7	87,1	132,7
2. Vj.	148,1	154,1	151,3	155,7	139,8	135,4	142,2
3. Vj.	142,8	146,6	142,8	149,0	137,5	132,7	140,1

[1]) 3. Vierteljahr 1992 vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 61*

Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe

Wertindex 1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private[1]	öffentliche[2]			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau[2]
				Auftraggeber					
1971	92,5	112,2	138,6	86,9	111,9	68,0	83,9	61,6	77,2
1972	97,0	124,3	175,0	87,8	105,0	63,9	82,8	56,0	68,1
1973	96,9	120,7	159,6	89,8	110,2	67,6	90,6	58,1	71,6
1974	83,2	94,1	97,3	74,5	119,9	69,3	99,9	56,7	74,7
1975	82,2	93,5	89,9	80,0	119,5	67,7	92,2	57,7	77,8
1976	82,7	94,5	105,1	80,0	100,1	67,8	84,7	60,8	81,7
1977	78,3	86,0	94,7	75,4	89,9	68,7	95,9	57,6	77,7
1978	99,5	106,6	129,0	84,0	108,2	90,6	120,3	78,4	107,1
1979	124,7	136,4	167,5	107,0	135,0	110,2	146,3	95,3	128,6
1980	129,4	143,2	167,7	117,4	146,4	112,3	132,4	104,1	135,1
1981	121,0	139,8	157,5	117,0	149,5	97,6	107,7	93,4	114,6
1982	107,2	126,2	142,0	112,2	123,7	83,6	93,2	79,6	94,5
1983	115,5	139,8	172,5	126,5	108,0	85,3	88,7	83,9	91,0
1984	107,0	116,9	138,5	105,7	100,0	94,6	96,6	93,7	95,1
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	105,7	105,4	90,0	117,1	111,0	105,9	101,9	107,7	109,8
1987	106,5	110,6	84,0	132,6	117,2	101,3	101,9	101,1	107,7
1988	109,3	119,3	87,9	149,9	119,0	96,8	101,3	94,9	109,4
1989	119,3	131,9	99,7	172,4	116,0	103,7	105,8	102,8	120,4
1990	141,5	160,1	132,2	207,2	125,4	118,4	125,9	115,2	135,1
1991	165,2	189,1	161,0	251,4	128,6	135,5	132,6	136,7	155,8
1985 Mär	101,2	101,6	108,7	98,3	95,5	100,5	97,9	101,6	100,1
Jun	106,1	105,5	107,0	107,8	99,0	106,9	110,7	105,3	102,8
Sep	101,4	102,2	98,9	102,1	107,8	100,4	106,2	98,0	100,2
Dez	91,3	90,7	85,3	91,8	97,6	92,2	85,2	95,0	96,9
1986 Mär	103,7	101,3	96,3	103,7	105,3	106,6	103,2	108,1	109,9
Jun	111,9	108,4	100,9	114,0	111,2	116,2	115,5	116,6	119,7
Sep	111,1	112,3	88,7	131,5	118,6	109,7	108,0	110,4	112,5
Dez	95,9	99,7	73,9	119,3	109,0	91,2	80,7	95,5	96,9
1987 Mär	110,0	112,7	86,8	133,7	119,6	106,8	103,4	108,1	113,6
Jun	112,8	115,6	86,9	139,4	122,8	109,3	113,5	107,5	112,3
Sep	107,4	111,4	84,0	135,1	116,5	102,3	105,7	100,9	108,2
Dez	95,6	102,6	78,2	122,0	109,9	86,8	84,8	87,7	96,5
1988 Mär	108,4	115,6	85,2	146,1	113,9	99,4	101,5	98,5	109,7
Jun	114,1	124,0	93,3	154,4	123,1	101,7	112,5	97,2	110,3
Sep	111,7	121,9	90,8	151,4	123,1	99,1	105,5	96,5	112,5
Dez	102,8	115,6	82,4	147,7	115,8	86,9	85,7	87,4	105,2
1989 Mär	112,9	125,0	94,7	162,8	110,5	97,7	98,1	97,6	114,3
Jun	123,6	135,8	98,9	183,4	115,7	108,5	114,9	105,8	122,9
Sep	123,1	135,0	100,8	175,1	123,1	108,4	113,0	106,5	123,8
Dez	117,6	131,8	104,4	168,3	114,7	100,0	97,0	101,2	120,5
1990 Mär	133,5	149,0	121,8	193,5	117,8	114,3	116,7	113,3	134,5
Jun	144,5	161,3	130,8	210,5	127,7	123,6	138,5	117,4	140,3
Sep	145,2	165,1	136,4	212,1	132,2	120,4	132,0	115,6	136,4
Dez	142,6	164,8	139,8	212,8	123,8	115,1	116,4	114,5	129,0
1991 Mär	159,1	180,8	153,7	236,4	130,4	132,0	128,7	133,4	150,8
Jun	167,3	189,6	157,9	253,7	132,4	139,5	140,4	139,1	159,5
Sep	171,0	194,8	164,9	263,0	127,5	141,3	141,3	141,3	160,8
Dez	163,5	191,0	167,5	252,5	124,2	129,3	120,1	133,1	151,9
1992 Mär	182,1	210,4	186,2	276,1	137,5	146,9	131,3	153,3	164,0
Jun	188,2	216,8	197,2	280,7	139,5	152,7	147,5	154,9	168,8

[1] Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2] Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

Tabelle 62*

Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe[1])

Zeitraum[2])	Umsatz[3]) insgesamt	Wohnungsbau	landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	Verkehrsbau und öffentlicher Bau	Beschäftigte[4])	Geleistete Arbeitsstunden[5])	Nettoproduktionsindex[6])
	Mio DM				1000	Mio	Index[7])
1950	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 494	.
1960	25 018	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	76,0
1963	36 420	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	76,7
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	84,9
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	86,4
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	87,2
1967	46 358	18 088	9 164	19 105	1 503	2 561	92,9
1968	29 711	11 451	6 487	11 772	1 524	2 556	86,7
1969	44 648	16 606	10 078	17 964	1 543	2 520	94,8
1970	57 578	20 092	13 794	23 692	1 567	2 606	104,8
1971	70 004	25 562	17 880	26 562	1 583	2 627	108,3
1972	77 560	30 959	18 651	27 950	1 571	2 614	115,9
1973	81 078	32 963	19 914	28 201	1 546	2 435	116,8
1974	78 794	29 984	18 490	30 320	1 387	2 139	108,7
1975	75 370	26 697	17 570	31 103	1 242	1 890	96,6
1976	78 398	28 326	19 359	30 712	1 222	1 844	96,0
1977	86 128	32 767	20 467	32 894	1 168	1 722	95,2
1978	77 984	29 497	19 276	29 211	1 190	1 687	116,5
1979	92 080	34 703	22 770	34 606	1 240	1 724	122,2
1980	112 484	42 617	28 702	41 166	1 263	1 745	121,9
1981	110 929	41 713	28 937	40 279	1 226	1 614	111,2
1982	104 665	38 651	28 026	37 988	1 152	1 523	106,8
1983	106 390	40 871	29 139	36 379	1 122	1 480	107,4
1984	108 950	42 713	30 433	35 803	1 106	1 461	108,9
1985	99 976	34 081	29 443	36 452	1 026	1 269	100
1986	104 526	33 140	31 686	39 701	1 003	1 279	106,3
1987	106 094	32 354	33 750	39 990	985	1 237	105,8
1988	115 723	36 023	37 890	41 810	996	1 290	110,3
1989	124 531	38 827	42 453	43 252	999	1 313	117,6
1990	139 665	45 910	47 725	46 030	1 034	1 347	124,1
1991	154 931	50 217	55 232	49 482	1 061	1 331	127,8
1991 1. Vj.	25 505	8 489	9 584	7 432	1 017	262	98,1
2. Vj.	38 395	12 740	13 446	12 209	1 066	368	138,7
3. Vj.	43 183	13 682	15 407	14 094	1 085	370	142,7
4. Vj.	47 848	15 306	16 796	15 746	1 076	331	131,6
1992 1. Vj.	31 082	10 395	11 705	8 982	1 032	288	110,5
2. Vj.	42 333	13 956	15 121	13 256	1 062	361	143,0
3. Vj.	...	...	...	...	...	...	144,6

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1967 (Nettoproduktionsindex bis 1969). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff. — [2]) 1950 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West). — [3]) Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer; bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte. — [4]) Bis 1976 ohne, ab 1977 einschließlich der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen. — [5]) Von Inhabern, Angestellten, Arbeitern und Auszubildenden auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Arbeitsstunden. — [6]) Für Index 1980 = 100 und 1985 = 100 fachliche Unternehmensteile. Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt, ab Index 1985 = 100 arbeitstäglich bereinigt. — [7]) Von 1962 bis 1969: Basis 1970 = 100. Von 1970 bis 1975: Basis 1976 = 100. Von 1976 bis 1977: Basis 1980 = 100. Ab 1978: Basis 1985 = 100.

Tabelle 63*

Betriebe, Beschäftigte, Verdienste, Arbeitsstunden, Umsatz und Auftragseingang im Baugewerbe[1]) in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost

Merkmal	Einheit	1990		1991				1992			
		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jul	Aug
		Bauhauptgewerbe									
Betriebe	Anzahl	1 463	1 599	1 851	1 881	1 958	2 350	2 473	2 579	2 638	2 645
Beschäftigte	Tausend	.	306	288	283	273	281	270	271	266	267
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio DM	.	1 766	1 414	1 804	1 889	2 192	1 951	2 293	644	606
Geleistete Arbeitsstunden											
Insgesamt	Mio Std	.	96,0	69,6	81,4	85,1	85,0	79,8	89,4	30,7	28,7
davon (Anteile):											
Hochbau	vH	.	.	*72,5*	*68,2*	*66,0*	*63,6*	*65,4*	*62,0*	*61,9*	*61,4*
dar.: Wohnungsbau	vH	.	.	*21,1*	*20,5*	*18,0*	*16,1*	*15,2*	*15,9*	*15,8*	*15,6*
Tiefbau	vH	.	.	*27,5*	*31,8*	*34,0*	*36,4*	*34,6*	*38,0*	*38,1*	*38,6*
dar.: Straßenbau	vH	.	.	*6,6*	*8,5*	*10,3*	*11,2*	*8,5*	*10,5*	*10,2*	*10,2*
Gesamtumsatz[2])											
Insgesamt	Mio DM	6 375	8 991	3 319	5 245	5 877	7 885	4 634	6 818	2 516	2 486
dar.: baugewerblicher Umsatz	Mio DM	5 841	8 367	3 123	4 913	5 524	7 508	4 393	6 487	2 415	2 394
davon (Anteile):											
Hochbau	vH	*73,3*	*72,2*	*74,9*	*65,0*	*61,3*	*55,9*	*63,3*	*58,0*	*57,2*	*56,7*
dar.: Wohnungsbau	vH	*31,9*	*32,2*	*26,9*	*23,0*	*20,6*	*16,4*	*15,3*	*14,4*	*13,4*	*14,9*
Tiefbau	vH	*26,7*	*27,8*	*25,1*	*35,0*	*38,7*	*44,1*	*36,7*	*42,0*	*42,8*	*43,3*
dar.: Straßenbau	vH	*9,0*	*9,3*	*6,2*	*11,4*	*14,6*	*17,2*	*9,8*	*13,1*	*13,7*	*13,6*
Auftragseingang											
Insgesamt	Mio DM	3 199	3 303	2 800	4 373	5 909	5 563	5 358	6 776	2 376	2 344
davon (Anteile):											
Hochbau	vH	*71,0*	*65,6*	*65,7*	*61,4*	*54,5*	*57,1*	*63,3*	*59,9*	*60,3*	*55,5*
dar.: Wohnungsbau	vH	*29,6*	*25,1*	*22,7*	*16,6*	*13,5*	*14,4*	*15,8*	*14,8*	*15,5*	*11,7*
Tiefbau	vH	*29,0*	*34,4*	*34,3*	*38,6*	*45,5*	*42,9*	*36,7*	*40,1*	*39,7*	*44,5*
dar.: Straßenbau	vH	*10,4*	*11,9*	*7,8*	*14,6*	*19,0*	*14,5*	*10,1*	*11,8*	*13,8*	*14,4*
		Ausbaugewerbe									
Betriebe	Anzahl	772	814	871	939	1 001	1 125	1 176	1 208	1 214	1 223
Beschäftigte	Tausend	.	59	59	60	62	67	68	69	68	69
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio DM	.	331	317	357	403	496	470	509	184	176
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std	.	6,8	19,4	19,9	20,9	231,0	23,6	23,1	7,8	7,3
Gesamtumsatz[2])	Mio DM	810	1 234	779	1 011	1 231	1 854	1 267	1 533	564	586
dar.: baugewerblicher Umsatz	Mio DM	722	1 132	710	920	1 122	1 714	1 159	1 423	527	547

[1]) Unternehmen des Bauhauptgewerbes und Ausbaugewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten.
[2]) Umsatz aus Bauleistungen (baugewerblicher Umsatz), Umsätze aus sonstigen eigenen Erzeugnissen sowie aus Nebengeschäften. — Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

Tabelle 64*

Zahlungs

Mio

Zeitraum	Leistungsbilanz						
	insgesamt	Handelsbilanz[1]	Ergänzungen zum Warenverkehr[2] und Transithandel	Dienstleistungsbilanz[3]		Übertragungsbilanz[5]	
				zusammen	darunter Reiseverkehr[4]	zusammen	darunter Nettobeitrag zum EG-Haushalt[7]
	Früheres Bundesgebiet						
1950	– 323	– 3 012	– 50	+ 674	+ 50	+ 2 065	—
1951	+ 2 485	– 149	– 66	+ 1 171	+ 57	+ 1 529	—
1952	+ 2 726	+ 706	– 77	+ 1 937	+ 30	+ 160	—
1953	+ 4 148	+ 2 516	– 121	+ 2 204	+ 13	– 451	—
1954	+ 4 015	+ 2 698	– 169	+ 1 960	+ 180	– 474	—
1955	+ 2 676	+ 1 245	– 249	+ 2 514	+ 282	– 834	—
1956	+ 4 986	+ 2 897	– 306	+ 3 616	+ 486	– 1 221	—
1957	+ 6 538	+ 4 083	– 281	+ 4 618	+ 498	– 1 882	—
1958	+ 6 628	+ 4 954	– 417	+ 4 091	– 129	– 2 000	– 18
1959	+ 4 824	+ 5 361	– 580	+ 3 322	– 616	– 3 279	– 56
1960	+ 5 612	+ 5 223	– 187	+ 4 064	– 979	– 3 488	– 55
1961	+ 4 033	+ 6 615	– 451	+ 2 299	– 1 439	– 4 430	– 65
1962	– 686	+ 3 477	– 576	+ 1 623	– 2 316	– 5 210	– 103
1963	+ 1 956	+ 6 032	– 565	+ 1 584	– 2 138	– 5 095	– 127
1964	+ 1 586	+ 6 081	– 900	+ 1 716	– 2 154	– 5 311	– 144
1965	– 5 036	+ 1 203	– 442	+ 580	– 2 766	– 6 377	– 162
1966	+ 1 712	+ 7 958	– 701	+ 750	– 3 403	– 6 295	– 233
1967	+ 11 428	+ 16 862	– 452	+ 1 440	– 3 034	– 6 422	– 430
1968	+ 13 187	+ 18 372	– 702	+ 2 829	– 3 106	– 7 312	– 1 026
1969	+ 8 835	+ 15 584	– 422	+ 2 423	– 3 888	– 8 750	– 1 312
1970	+ 4 784	+ 15 670	–1 601	+ 474	– 5 377	– 9 759	– 450
1971	+ 3 346	+ 15 892	+ 145	– 2 380	– 7 278	–10 311	– 454
1972	+ 3 837	+ 20 278	– 240	– 4 145	– 8 693	–12 056	– 1 173
1973	+ 13 403	+ 32 979	+ 559	– 6 416	–11 308	–13 720	– 1 929
1974	+ 27 286	+ 50 846	– 406	– 7 999	–12 393	–15 155	– 1 741
1975	+ 10 647	+ 37 276	–1 004	– 8 325	–14 248	–17 300	– 3 491
1976	+ 9 324	+ 34 469	– 638	– 6 349	–14 035	–18 157	– 3 332
1977	+ 9 314	+ 38 436	– 435	–11 045	–15 923	–17 642	– 3 695
1978	+ 17 883	+ 41 200	+ 774	– 5 898	–17 761	–18 193	– 2 283
1979	– 9 925	+ 22 429	– 544	–11 305	–20 138	–20 506	– 4 103
1980	– 25 125	+ 8 947	– 489	–10 118	–22 539	–23 466	– 4 099
1981	– 8 026	+ 27 720	– 183	–10 745	–23 417	–24 817	– 6 412
1982	+ 12 408	+ 51 277	+ 780	–13 720	–24 427	–25 928	– 7 510
1983	+ 13 540	+ 42 089	+3 270	– 6 614	–23 168	–25 205	– 6 017
1984	+ 27 940	+ 53 966	–1 052	+ 4 748	–23 118	–29 723	– 7 272
1985	+ 48 327	+ 73 353	–1 337	+ 5 402	–23 732	–29 091	– 8 343
1986	+ 85 793	+112 619	–1 468	+ 1 698	–25 365	–27 056	– 8 236
1987	+ 82 462	+117 735	–1 122	– 5 045	–27 857	–29 107	–10 391
1988	+ 88 936	+128 045	+1 116	– 8 437	–28 949	–31 788	–13 014
1989	+107 963	+134 576	–1 263	+ 8 413	–28 346	–33 763	–13 367
	Deutschland						
1990 a)	+ 76 079	+105 382	– 484	+ 7 863	–30 438	–36 682	–11 635
1991	– 32 888	+ 21 899	+1 791	+ 2 585	–33 426	–59 163	–19 055
1991 1. Vj.	– 8 802	+ 7 127	+1 307	+ 5 133	– 6 338	–22 369	– 4 198
2. Vj.	– 10 202	– 1 253	+1 856	– 377	– 7 579	–10 428	– 3 960
3. Vj.	– 10 303	+ 5 012	+ 158	– 3 545	–13 163	–11 928	– 4 200
4. Vj.	– 3 581	+ 11 014	–1 531	+ 1 373	– 6 346	–14 437	– 6 696
1992 1. Vj.	– 8 887	+ 7 196	– 88	– 2 310	– 7 386	–13 685	– 5 636
2. Vj.	– 9 775	+ 5 462	+ 553	– 4 075	– 9 764	–11 715	– 5 593
3. Vj.	– 13 824	+ 12 553	+ 474	–15 177	–15 747	–11 675	– 4 988

[1] Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.
[2] Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung.
[3] Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten.
[4] Einschließlich der der Bundesbank von den Zentralbanken wichtiger europäischer Reisezielländer mitgeteilten An- und Verkäufe von DM-Noten.
[5] Eigene Leistungen: —.
[6] Kapitalexport: —.
[7] Ohne den besonderen Währungsausgleich bei der Ausfuhr nach Großbritannien, Italien, Griechenland und der Republik Irland. Die Währungsausgleichsbeträge für Einfuhren dieser Staaten aus anderen EG-Ländern werden über den ausführenden und nicht wie sonst üblich über den einführenden Mitgliedsstaat ausbezahlt.

Tabelle 64*

bilanz

DM

Kapitalbilanz[6] insgesamt	Kapitalverkehr: langfristiger	Kapitalverkehr: kurzfristiger	Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen[8]	Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank[9]	Devisenbilanz[10]	Zeitraum
			Früheres Bundesgebiet			
+ 637	+ 488	+ 149	− 878	—	− 564	1950
− 543	− 79	− 464	+ 96	—	+ 2 038	1951
+ 6	− 357	+ 363	+ 168	—	+ 2 900	1952
− 698	− 378	− 320	+ 196	—	+ 3 646	1953
− 706	− 438	− 268	− 338	—	+ 2 971	1954
− 640	− 271	− 369	− 185	—	+ 1 851	1955
− 162	− 365	+ 203	+ 186	—	+ 5 010	1956
− 1 655	− 390	− 1 265	+ 239	—	+ 5 122	1957
− 2 729	− 1 437	− 1 292	− 455	—	+ 3 444	1958
− 6 398	− 3 629	− 2 769	− 118	—	− 1 692	1959
+ 2 272	− 81	+ 2 353	+ 135	—	+ 8 019	1960
− 5 009	− 4 053	− 956	+ 154	− 1 475	− 2 297	1961
− 597	− 183	− 414	+ 406	—	− 877	1962
+ 620	+ 1 806	− 1 186	+ 164	—	+ 2 740	1963
− 1 325	− 894	− 431	+ 174	—	+ 435	1964
+ 3 542	+ 1 137	+ 2 405	+ 211	—	− 1 283	1965
+ 1	− 342	+ 343	+ 239	—	+ 1 952	1966
− 11 848	− 2 930	− 8 918	+ 280	—	− 140	1967
− 6 125	−11 201	+ 5 076	− 53	—	+ 7 009	1968
− 18 679	−23 040	+ 4 361	− 418	− 4 099	−14 361	1969
+ 16 713	− 934	+ 17 647	+ 415	+ 738	+22 650	1970
+ 8 730	+ 6 293	+ 2 438	+ 4 280	− 5 370	+10 986	1971
+ 10 321	+15 551	− 5 231	+ 1 533	− 495	+15 195	1972
+ 10 725	+12 950	− 2 224	+ 2 300	−10 279	+16 149	1973
− 28 772	− 6 282	− 22 490	− 419	− 7 231	− 9 136	1974
− 12 560	−18 231	+ 5 671	− 307	+ 5 480	+ 3 260	1975
− 1 074	− 780	− 294	+ 539	− 7 489	+ 1 301	1976
+ 1 579	−12 611	+ 14 190	− 442	− 7 880	+ 2 570	1977
+ 6 228	− 2 805	+ 9 033	− 4 339	− 7 586	+12 185	1978
+ 9 438	+12 200	− 2 762	− 4 466	− 2 334	− 7 288	1979
− 404	+ 5 807	− 6 211	− 2 365	+ 2 164	−25 730	1980
+ 5 756	+ 8 386	− 2 630	− 14	+ 3 561	+ 1 278	1981
− 3 150	−14 156	+ 11 005	− 6 180	− 411	+ 2 667	1982
− 18 435	− 6 979	− 11 456	+ 820	+ 2 430	− 1 644	1983
− 37 491	−19 827	− 17 663	+ 6 451	+ 2 118	− 981	1984
− 54 564	−12 865	− 41 699	+ 8 080	− 3 104	− 1 261	1985
− 82 551	+33 416	−115 967	+ 2 722	− 3 150	+ 2 814	1986
− 38 997	−21 973	− 17 024	− 2 245	− 9 303	+31 916	1987
−127 523	−86 751	− 40 772	+ 3 911	+ 2 158	−32 519	1988
−135 599	−22 534	−113 065	+ 8 640	− 2 564	−21 560	1989
			Deutschland			
− 90 113	−66 178	− 23 935	+25 010	− 5 105	+ 5 871	1990 a)
+ 14 406	−27 887	+ 42 293	+18 801	+ 504	+ 823	1991
− 4 242	−16 470	+ 12 228	+ 5 829	+ 1 146	− 6 069	1991 1. Vj.
+ 10 655	−23 396	+ 34 051	+ 167	+ 570	+ 1 190	2. Vj.
+ 13 226	− 1 308	+ 14 533	+ 563	+ 249	+ 3 734	3. Vj.
− 5 232	+13 287	− 18 519	+12 242	− 1 461	+ 1 968	4. Vj.
+ 13 041	−11 617	+ 24 658	+ 1 177	− 298	+ 5 034	1992 1. Vj.
+ 12 959	−15 645	+ 28 604	+ 1 804	+ 14	+ 5 002	2. Vj.
+ 98 434	+46 303	+ 52 131	+ 2 785	− 41	+87 354	3. Vj.

[8]) Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).

[9]) Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Änderungen des DM-Wertes der auf Fremdwährung lautenden Aktiva und Passiva der Bundesbank durch Neubewertung zum Jahresende und Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten; ab 1982 auch Differenzen zwischen den Transaktionswerten und den im Wochenausweis der Bundesbank zu Bilanzkursen ausgewiesenen Veränderungen der Auslandsposition.

[10]) Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank (Zunahme: +). Ab 1982 bewertet zu Bilanzkursen.

[a]) Ab Juli 1990 einschließlich Transaktionen der neuen Bundesländer und Berlin-Ost mit dem Ausland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 65*

Kapitalverkehr

(Kapital

Mio

Zeitraum	Langfristiger Kapitalverkehr[2])							
	insgesamt	deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: –)				ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
		zusammen	Direktinvestitionen[3]) und privater Grunderwerb	Kreditgewährung[4]) und Wertpapieranlagen[5])	sonstige Anlagen[6])	zusammen[7])	Direktinvestitionen[3]) und privater Grunderwerb	Kreditgewährung[4]) und Wertpapieranlagen[5])
	Früheres Bundesgebiet							
1960	– 81	– 2 491	– 733	– 1 578	– 180	+ 2 410	+ 807	+ 2 033
1961	– 4 053	– 3 139	– 1 002	– 1 247	– 890	– 914	+ 1 178	+ 1 253
1962	– 183	– 2 841	– 1 335	– 1 506	– 0	+ 2 658	+ 1 338	+ 1 541
1963	+ 1 806	– 2 849	– 1 033	– 1 788	– 28	+ 4 655	+ 1 931	+ 3 009
1964	– 894	– 3 613	– 1 372	– 2 197	– 44	+ 2 719	+ 2 444	+ 367
1965	+ 1 137	– 3 418	– 1 448	– 1 864	– 106	+ 4 555	+ 3 557	+ 1 087
1966	– 342	– 4 273	– 1 616	– 2 463	– 194	+ 3 931	+ 3 953	+ 1 064
1967	– 2 930	– 5 105	– 1 502	– 3 499	– 104	+ 2 175	+ 3 285	– 1 010
1968	–11 201	– 13 503	– 2 185	–11 305	– 13	+ 2 302	+ 2 087	+ 323
1969	–23 040	– 24 444	– 3 142	–21 292	– 10	+ 1 404	+ 1 989	– 465
1970	– 934	– 10 931	– 3 580	– 6 930	– 421	+ 9 997	+ 2 073	+ 8 064
1971	+ 6 293	– 6 136	– 4 230	– 1 555	– 350	+12 428	+ 3 827	+ 8 667
1972	+15 551	– 959	– 5 760	+ 4 948	– 147	+16 510	+ 6 054	+10 706
1973	+12 950	– 2 902	– 5 186	+ 2 678	– 394	+15 852	+ 5 465	+10 414
1974	– 6 282	– 11 564	– 5 482	– 5 555	– 527	+ 5 282	+ 5 609	– 289
1975	–18 231	– 24 116	– 5 353	–18 155	– 608	+ 5 886	+ 1 651	+ 4 290
1976	– 780	– 19 397	– 6 576	–12 576	– 244	+18 618	+ 3 324	+15 377
1977	–12 611	– 22 328	– 5 551	–16 525	– 262	+ 9 727	+ 2 188	+ 7 583
1978	– 2 805	– 23 521	– 7 835	–15 321	– 365	+20 716	+ 3 202	+17 546
1979	+12 200	– 20 316	– 9 108	–10 788	– 419	+32 516	+ 3 180	+29 344
1980	+ 5 807	– 28 101	– 8 542	–18 772	– 787	+33 908	+ 622	+33 366
1981	+ 8 386	– 26 874	–10 129	–15 672	–1 073	+35 260	+ 743	+34 497
1982	–14 156	– 28 328	– 7 329	–20 048	– 951	+14 172	+ 1 831	+12 291
1983	– 6 979	– 36 492	– 9 397	–25 074	–2 022	+29 513	+ 4 369	+25 148
1984	–19 827	– 45 044	–13 482	–29 988	–1 573	+25 216	+ 1 521	+23 664
1985	–12 865	– 61 704	–15 131	–44 601	–1 972	+48 839	+ 1 626	+47 223
1986	+33 416	– 55 438	–21 885	–31 600	–1 953	+88 854	+ 2 473	+86 386
1987	–21 973	– 62 173	–17 399	–43 068	–1 706	+40 200	+ 3 270	+36 841
1988	–86 751	– 98 000	–21 227	–75 101	–1 672	+11 249	+ 1 958	+ 9 308
1989	–22 534	– 94 988	–28 514	–64 356	–2 118	+72 454	+13 037	+59 435
	Deutschland							
1990 a)	–66 178	–106 782	–38 266	–66 507	–2 009	+40 605	+ 3 670	+37 222
1991	–27 887	– 92 859	–37 175	–52 675	–3 008	+64 972	+ 4 657	+60 234
1991 1. Vj.	–16 470	– 19 815	–7 029	–12 387	– 399	+ 3 345	+ 979	+ 2 327
2. Vj.	–23 396	– 30 220	– 8 549	–20 451	–1 221	+ 6 824	+ 1 388	+ 5 418
3. Vj.	– 1 308	– 22 584	– 8 987	–12 673	– 924	+21 276	+ 329	+20 937
4. Vj.	+13 287	– 20 239	–12 609	– 7 166	– 465	+33 526	+ 1 961	+31 552
1992 1. Vj.	–11 617	– 25 863	– 6 980	–18 316	– 566	+14 245	+ 1 941	+12 420
2. Vj.	–15 645	– 25 891	– 5 273	–19 927	– 691	+10 247	+ 510	+ 9 703
3. Vj.	+46 303	– 18 262	– 7 516	–10 337	– 409	+64 565	+ 1 202	+63 383

[1]) Der Kreditinstitute, Unternehmen, Privatpersonen und öffentlichen Stellen.
[2]) Anlagen mit ursprünglicher Laufzeit von mehr als 12 Monaten.
[3]) Soweit erkennbar. Einschließlich langfristiger Kredite und reinvestierter Gewinne.
[4]) Buchkredite, Schuldscheindarlehen, Bankguthaben, im Wege der Abtretung erworbene Forderungen u. ä. mit einer ursprünglichen Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als 12 Monaten, ohne Kredite zwischen verbundenen Unternehmen (Direktinvestitionen) und ohne in Wertpapieren verbriefte Forderungen.
[5]) Ohne diejenigen Anteilspapiere, die bei den Direktinvestitionen erfaßt sind.
[6]) Im wesentlichen Beteiligungen des Bundes an internationalen Organisationen. — Ohne privaten Grunderwerb.
[7]) Einschließlich „Sonstige Anlagen".

Tabelle 65*

mit dem Ausland[1])

export: –)

DM

Kurzfristiger Kapitalverkehr[8])					
insgesamt	Kreditinstitute, Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Stellen	Zeitraum
	zusammen	Kreditinstitute[9])	Unternehmen und Privatpersonen[10])		
			Früheres Bundesgebiet		
+ 2 353	+ 3 359	+ 2 369	+ 990	–1 006	1960
– 956	– 735	– 380	– 355	– 221	1961
– 414	– 254	– 259	+ 5	– 160	1962
– 1 186	– 1 177	+ 684	– 1 861	– 9	1963
– 431	+ 610	+ 85	+ 525	–1 041	1964
+ 2 405	+ 1 353	– 478	+ 1 831	+1 052	1965
+ 343	+ 6	– 574	+ 580	+ 337	1966
– 8 918	– 8 557	– 4 823	– 3 734	– 361	1967
+ 5 076	+ 3 891	+ 2 455	+ 1 436	+1 185	1968
+ 4 361	+ 4 390	+ 4 325	+ 65	– 29	1969
+ 17 647	+ 17 944	+ 7 927	+10 017	– 297	1970
+ 2 438	+ 979	+ 1 172	– 193	+1 458	1971
– 5 231	– 5 924	– 420	– 5 504	+ 694	1972
– 2 224	– 1 851	– 5 149	+ 3 298	– 373	1973
– 22 490	– 22 158	– 9 733	–12 425	– 332	1974
+ 5 671	+ 4 435	– 2 261	+ 6 696	+1 235	1975
– 294	– 741	+ 6 731	– 7 472	+ 447	1976
+ 14 190	+ 12 730	+ 8 120	+ 4 610	+1 461	1977
+ 9 033	+ 5 681	+10 089	– 4 408	+3 352	1978
– 2 762	– 3 653	+ 4 093	– 7 746	+ 890	1979
– 6 211	– 6 653	– 8 863	+ 2 210	+ 442	1980
– 2 630	– 4 474	–10 269	+ 5 795	+1 844	1981
+ 11 005	+ 11 318	+ 8 089	+ 3 229	– 313	1982
– 11 456	– 7 143	+ 1 777	– 8 920	–4 313	1983
– 17 663	– 16 034	+ 53	–16 087	–1 630	1984
– 41 699	– 41 831	–27 697	–14 134	+ 131	1985
–115 967	–115 703	–59 026	–56 677	– 264	1986
– 17 024	– 18 054	– 6 554	–11 500	+1 030	1987
– 40 772	– 41 616	–20 202	–21 414	+ 843	1988
–113 065	–108 290	–56 674	–51 616	–4 776	1989
			Deutschland		
– 23 935	– 18 778	+ 584	–19 362	–5 157	1990 a)
+ 42 293	+ 46 975	+39 837	+ 7 138	–4 682	1991
+ 12 228	+ 15 699	+31 240	–15 541	–3 471	1991 1. Vj.
+ 34 051	+ 33 925	+24 638	+ 9 287	+ 126	2. Vj.
+ 14 533	+ 18 488	+ 7 479	+11 009	–3 954	3. Vj.
– 18 519	– 21 137	–23 519	+ 2 382	+2 618	4. Vj.
+ 24 658	+ 29 325	+34 533	– 5 208	–4 667	1992 1. Vj.
+ 28 604	+ 29 007	+23 883	+ 5 124	– 403	2. Vj.
+ 52 131	+ 48 853	+27 630	+21 223	+3 278	3. Vj.

[8]) Anlagen mit ursprünglicher Laufzeit bis zu 12 Monaten. Handelskredite einschließlich der nicht ausgliederbaren langfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten.

[9]) Einschließlich Geldmarktanlagen, Wechseldiskontkredite und Ankauf von Auslandswechseln „à forfait"; Veränderungen des Bestandes an Gold, ausländischen Noten und Münzen sowie einschließlich Indossamentsverbindlichkeiten.

[10]) Einschließlich der Transaktionen inländischer Bausparkassen. Mutter-, Tochter- und Schwesterunternehmen im Ausland. Forderungen und Verbindlichkeiten aus Zahlungszielen und Auszahlungen im Waren- und Dienstleistungsverkehr.

[a]) Ab Juli 1990 einschließlich Transaktionen der neuen Bundesländer und Berlin-Ost mit dem Ausland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 66*

Außenhandel (Spezialhandel)[1]

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum[2]	Tatsächliche Werte		Volumen[3]		Durchschnittswerte		Terms of Trade[4]
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mio DM				1980 = 100		
1950	8 362	11 374	.	.	.	.	.
1951	14 577	14 726	.	.	.	.	.
1952	16 909	16 203	33 714	21 478	50,2	75,4	66,6
1953	18 526	16 010	37 071	23 615	50,0	67,8	73,7
1954	22 035	19 337	43 643	29 065	50,5	66,5	75,9
1955	25 717	24 472	50 051	36 461	51,4	67,1	76,6
1956	30 861	27 964	57 425	41 342	53,7	67,6	79,4
1957	35 968	31 697	64 815	45 763	55,5	69,3	80,1
1958	36 998	31 133	67 923	50 868	54,5	61,2	89,1
1959	41 184	35 823	74 665	60 769	55,2	59,0	93,6
1960	47 946	42 723	85 537	71 566	56,1	59,7	94,0
1961	50 978	44 363	90 916	78 033	56,1	56,9	98,6
1962	52 975	49 498	93 626	91 588	56,6	54,0	104,8
1963	58 310	52 277	98 252	99 766	59,3	52,4	113,2
1964	64 920	58 839	112 142	111 660	57,9	52,7	109,9
1965	71 651	70 448	120 482	129 128	59,5	54,6	109,0
1966	80 628	72 670	132 535	133 319	60,8	54,5	111,6
1967	87 045	70 183	141 812	132 321	61,4	53,0	115,8
1968	99 551	81 179	163 682	153 669	60,8	52,8	115,2
1969	113 557	97 972	181 095	178 733	62,7	54,8	114,4
1970	125 276	109 606	207 228	211 835	60,5	51,7	117,0
1971	136 011	120 119	216 319	229 362	62,9	52,4	120,0
1972	149 023	128 744	229 974	244 156	64,8	52,7	123,0
1973	178 396	145 417	262 212	257 577	68,0	56,5	120,4
1974	230 578	179 733	290 828	247 507	79,3	72,6	109,2
1975	221 589	184 313	258 228	246 683	85,8	74,7	114,9
1976	256 642	222 173	306 336	290 637	83,8	76,4	109,7
1977	273 614	235 178	318 536	297 178	85,9	79,1	108,6
1978	284 907	243 707	328 705	317 408	86,7	76,8	112,9
1979	314 469	292 040	344 493	341 479	91,3	85,5	106,8
1980	350 328	341 380	350 328	341 380	100	100	100
1981	396 898	369 179	373 420	324 425	106,3	113,8	93,4
1982	427 741	376 464	385 635	328 677	110,9	114,5	96,9
1983	432 281	390 192	384 538	341 827	112,4	114,1	98,5
1984	488 223	434 257	419 769	359 473	116,3	120,8	96,3
1985	537 164	463 811	444 575	374 428	120,8	123,9	97,5
1986	526 363	413 744	450 479	397 506	116,8	104,1	112,2
1987	527 377	409 641	463 435	418 801	113,8	97,8	116,4
1988	567 654	439 609	494 265	445 382	114,8	98,7	116,0
1989	641 041	506 465	534 413	477 813	120,0	106,0	113,0
1990	642 785	550 628	542 022	532 864	118,6	103,3	114,8
1991	648 363	633 216	550 030	602 689	117,9	105,0	112,3
1991 1. Vj.	160 841	155 541	137 706	150 172	116,8	103,6	113,1
2. Vj.	158 932	160 943	134 900	152 256	117,8	105,7	111,8
3. Vj.	159 490	155 638	134 335	145 701	118,7	106,7	111,3
4. Vj.	169 100	161 093	143 090	154 561	118,2	104,2	113,6
1992 1. Vj.	168 656	163 046	144 706	158 455	116,5	102,9	113,2
2. Vj.	160 823	156 307	137 075	151 275	117,3	103,4	113,5

[1] Ausfuhr fob, Einfuhr cif.
[2] Von 1950 bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.
[3] Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1980.
[4] Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH der Durchschnittswerte der Einfuhr.

Tabelle 67*

Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik[1])

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[2])	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren	Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser[3])	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	Erzeugnisse des produzierenden Gewerbes: Investitionsgüter	Erzeugnisse des produzierenden Gewerbes: Verbrauchsgüter	Investitionsgüter[4])	Verbrauchsgüter[4])
					Ausfuhr					
1970	125 276	1 712	3 065	8	2 839	33 985	67 691	14 000	31 684	17 177
1971	136 011	1 564	3 963	5	3 008	35 420	74 103	15 583	34 821	19 315
1972	149 023	2 002	4 446	3	2 964	37 502	82 565	17 284	40 098	20 808
1973	178 396	2 571	6 124	2	3 308	47 563	95 878	20 733	45 457	24 368
1974	230 578	2 448	8 390	2	5 243	74 077	113 206	24 409	53 633	26 141
1975	221 589	2 632	8 535	3	4 903	60 961	117 926	22 883	58 544	25 215
1976	256 642	3 052	9 359	339	4 660	67 252	139 338	28 637	61 245	33 826
1977	273 614	3 044	11 676	256	4 588	68 143	150 134	30 551	64 468	37 706
1978	284 907	2 870	11 878	332	6 527	72 608	153 307	32 243	64 083	38 863
1979	314 469	3 111	13 707	618	6 886	85 505	162 957	36 186	66 071	42 050
1980	350 328	3 629	16 002	605	8 128	95 227	180 070	40 580	73 566	46 598
1981	396 898	4 727	19 610	681	9 437	105 718	205 013	43 659	87 333	50 555
1982	427 741	5 178	19 953	770	8 852	109 510	229 052	46 457	99 360	56 070
1983	432 281	5 347	19 621	730	8 004	112 938	226 433	48 612	96 297	57 500
1984	488 223	6 108	22 260	805	9 349	131 334	252 066	55 137	106 288	62 889
1985	537 164	6 360	23 626	958	8 379	141 633	284 554	61 861	121 418	71 713
1986	526 363	6 540	22 560	900	4 646	128 507	289 915	63 379	124 259	72 111
1987	527 377	6 098	21 976	891	3 652	125 874	293 904	63 950	125 960	72 259
1988	567 654	5 578	25 214	912	3 677	140 192	315 143	69 200	117 626	94 108
1989	641 041	7 056	27 106	869	3 934	157 210	358 011	78 139	133 949	108 495
1990	642 785	6 624	26 567	1 063	3 384	149 897	364 954	80 943	136 402	110 300
1991	648 363	7 403	28 983	964	3 161	148 318	365 903	82 644	137 832	105 331
1992 1. Vj.	168 656	2 248	7 290	307	784	38 241	95 812	21 722	34 888	29 012
2. Vj.	160 823	1 773	7 350	268	702	36 580	92 550	19 305	33 462	27 022
					Einfuhr					
1970	109 606	15 134	9 015	1	10 166	32 791	24 516	14 778	9 834	14 540
1971	120 119	15 770	10 150	1	11 502	32 242	28 038	17 888	11 259	18 638
1972	128 744	16 760	11 464	1	11 396	33 805	29 986	21 608	11 603	21 455
1973	145 417	18 674	12 922	1	13 894	40 971	31 801	23 771	11 185	25 219
1974	179 733	19 799	13 309	0	29 942	53 052	33 051	26 465	11 352	28 544
1975	184 313	20 202	14 084	0	27 227	49 266	39 545	28 980	13 727	33 507
1976	222 173	23 885	16 413	556	32 410	60 668	48 658	33 597	14 349	39 918
1977	235 178	26 185	17 309	653	32 424	61 763	54 766	36 923	16 267	42 951
1978	243 707	24 648	17 933	639	29 920	64 466	60 766	40 065	18 511	47 013
1979	292 040	25 309	18 965	693	41 856	83 670	68 579	46 656	21 536	55 155
1980	341 380	27 486	20 613	921	60 640	93 586	78 284	52 492	24 226	60 411
1981	369 179	29 087	23 345	1 141	70 794	97 780	87 781	51 553	28 423	60 853
1982	376 464	29 649	24 432	1 268	67 338	102 193	91 544	50 924	30 741	60 413
1983	390 192	29 252	26 025	1 376	59 190	109 372	100 908	54 906	33 202	66 829
1984	434 257	32 453	27 854	1 249	64 938	123 713	112 870	61 194	35 855	72 817
1985	463 811	35 221	28 543	1 367	65 232	133 464	125 681	63 828	40 672	75 489
1986	413 744	32 114	26 952	1 323	34 181	112 332	129 805	66 179	40 750	76 660
1987	409 641	30 142	25 823	1 230	27 283	106 352	136 042	71 614	42 484	82 436
1988	439 609	30 136	27 608	1 144	24 399	118 804	151 583	74 847	45 847	86 742
1989	506 465	30 734	30 227	1 084	27 921	138 804	181 892	83 114	58 436	96 254
1990	550 628	30 542	32 813	1 363	32 035	139 727	208 736	94 212	67 228	115 195
1991	633 054	33 829	37 587	1 620	33 611	144 849	261 096	111 229	87 498	146 773
1992 1. Vj.	163 046	8 755	9 654	367	8 809	35 852	66 700	29 460	22 009	37 661
2. Vj.	156 307	9 042	9 782	301	8 412	35 858	65 937	24 647	21 539	32 532

[1]) Bis 1975 in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Stand 1975), ab 1976 in der Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken 1982 (GP 82).

[2]) Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

[3]) Bis 1975 ohne elektrischen Strom.

[4]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 68*

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum[1]	Insgesamt[2]	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953	18 526	476	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1972	149 023	5 946	142 184	3 388	10 445	128 351	25 861	102 490
1973	178 396	8 016	169 392	4 071	13 244	152 078	33 334	118 744
1974	230 578	9 953	219 387	5 516	20 596	193 275	51 133	142 142
1975	221 589	10 397	209 784	5 304	16 129	188 350	40 334	148 016
1976	256 642	11 412	243 775	5 692	18 688	219 396	45 638	173 758
1977	273 614	13 723	258 243	5 657	18 281	234 305	46 579	187 726
1978	284 907	13 790	269 301	6 098	20 415	242 787	49 905	192 882
1979	314 469	15 698	296 637	6 555	24 796	265 286	58 688	206 598
1980	350 328	18 471	329 357	6 792	30 520	292 045	62 630	229 415
1981	396 898	23 100	371 069	7 547	33 416	330 106	69 002	261 104
1982	427 741	23 871	400 995	7 220	34 242	359 533	70 651	288 882
1983	432 281	23 624	405 729	7 203	34 328	364 198	72 455	291 743
1984	488 223	26 673	458 342	8 299	40 172	409 872	85 156	324 716
1985	537 164	28 025	505 812	8 565	41 038	456 209	92 667	363 542
1986	526 363	27 320	495 532	7 279	30 635	457 617	87 544	370 072
1987	527 377	26 397	497 381	6 625	28 610	462 145	86 966	375 180
1988	567 654	28 955	536 751	6 734	32 215	497 802	96 837	400 965
1989	641 041	32 040	606 990	7 476	36 284	563 230	108 314	454 916
1990	642 785	31 143	609 461	7 204	33 834	568 424	104 455	463 969
1991	648 363	34 126	611 893	7 258	33 274	571 136	101 057	470 304
1991 1. Vj.	160 841	8 384	151 879	1 798	8 801	141 280	25 702	115 579
2. Vj.	158 932	8 126	150 309	1 932	8 208	140 169	25 697	114 472
3. Vj.	159 490	8 596	150 246	1 694	8 111	140 441	24 486	115 956
4. Vj.	169 100	9 020	159 459	1 835	8 154	149 470	25 173	124 297
1992 1. Vj.	168 656	9 025	159 027	1 750	8 591	148 686	25 586	123 100
2. Vj.	160 823	8 605	151 577	1 747	8 209	141 621	24 643	116 978

[1] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.
[2] Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.

Tabelle 69*

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum[1]	Insgesamt[2]	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755
1972	128 744	24 959	102 162	15 857	16 439	69 865	20 726	49 139
1973	145 417	28 029	115 702	18 754	21 578	75 370	22 873	52 498
1974	179 733	29 348	148 300	34 653	30 406	83 241	25 703	57 538
1975	184 313	31 127	150 746	30 144	27 648	92 953	25 202	67 752
1976	222 173	36 037	183 274	36 097	34 689	112 488	31 423	81 064
1977	235 178	39 306	192 775	35 154	35 454	122 168	33 256	88 912
1978	243 707	38 605	201 783	30 786	37 526	133 471	35 342	98 129
1979	292 040	39 947	248 446	42 703	50 124	155 619	42 245	113 374
1980	341 380	43 363	293 706	58 929	59 918	174 859	45 187	129 672
1981	369 179	47 779	316 709	64 048	66 448	186 212	46 170	140 042
1982	376 464	49 662	321 549	59 298	69 821	192 430	47 463	144 967
1983	390 192	50 475	333 780	52 203	73 144	208 433	50 756	157 677
1984	434 257	54 605	372 970	58 237	81 403	233 330	57 093	176 237
1985	463 811	57 953	398 283	57 456	86 794	254 034	61 568	192 465
1986	413 744	54 750	350 857	30 873	60 180	259 805	60 979	198 826
1987	409 641	51 827	349 459	27 956	50 994	270 509	59 508	211 000
1988	439 609	53 256	378 721	27 818	52 826	298 077	66 534	231 542
1989	506 465	56 140	442 009	32 110	63 125	346 774	75 963	270 811
1990	550 628	59 255	483 665	33 544	62 107	388 014	80 288	307 726
1991	633 054	67 418	558 871	32 892	63 645	462 334	83 026	379 308
1991 1. Vj.	155 541	16 211	137 735	7 753	16 754	113 227	21 299	91 929
2. Vj.	160 943	16 983	142 174	7 809	16 741	117 624	21 437	96 187
3. Vj.	155 638	16 199	137 748	8 541	14 483	114 725	20 191	94 533
4. Vj.	160 931	18 026	141 214	8 790	15 667	116 758	20 099	96 659
1992 1. Vj.	163 046	17 270	143 743	8 577	15 049	120 117	21 043	99 074
2. Vj.	156 307	17 769	136 882	8 888	14 420	113 574	20 972	92 602

[1] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.
[2] Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.

Tabelle 70*

Ausfuhr und Einfuhr der neuen Bundesländer und Berlin-Ost nach Warengruppen[1])

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	Rohstoffe	Mineralische Brennstoffe, etc.	Chemische Erzeugnisse[2])	Bearbeitete Waren	Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	Verschiedene Fertigwaren	Andere Waren und Verkehrsvorgänge[3])
					Ausfuhr				
1990	38 072	1 341	599	831	3 983	5 010	20 241	5 558	511
1991	17 450	1 652	421	281	2 535	2 389	8 466	1 549	158
1990 1. Vj.	8 438	275	142	143	984	1 192	4 539	1 056	107
2. Vj.	10 372	380	212	364	1 100	1 448	5 265	1 407	197
3. Vj.	9 284	154	98	143	980	1 142	5 149	1 486	131
4. Vj.	9 977	532	146	180	919	1 229	5 288	1 608	75
1991 1. Vj.	4 937	693	113	117	520	575	2 093	757	71
2. Vj.	3 235	412	102	77	421	469	1 513	213	29
3. Vj.	4 072	229	91	56	600	621	2 227	223	26
4. Vj.	5 206	319	115	32	996	724	2 634	356	31
1992 1. Vj.	3 645	282	136	34	770	558	1 623	232	10
2. Vj.	3 285	317	97	28	688	584	1 321	231	19
1992 Januar	1 182	133	53	15	289	200	409	80	2
Februar	1 194	74	36	12	220	164	613	73	2
März	1 269	76	47	7	262	194	600	79	5
April	1 222	105	34	11	287	220	473	83	9
Mai	1 075	110	37	10	236	179	423	74	6
Juni	988	102	25	7	165	184	425	75	4
Juli	1 158	101	38	5	188	218	518	85	6
					Einfuhr				
1990	22 852	1 631	1 426	5 552	1 379	3 906	6 647	1 492	818
1991	10 860	494	519	4 204	614	1 561	2 656	700	113
1990 1. Vj.	7 642	755	566	1 351	546	1 536	2 217	431	240
2. Vj.	9 173	703	609	1 923	565	1 652	2 617	656	448
3. Vj.	3 030	88	141	1 131	121	361	907	193	88
4. Vj.	3 007	85	109	1 147	148	357	906	213	42
1991 1. Vj.	3 110	98	119	1 378	157	393	752	189	24
2. Vj.	2 476	106	118	993	125	328	619	150	38
3. Vj.	2 913	137	139	1 218	150	427	631	175	37
4. Vj.	2 361	153	143	615	182	413	655	187	14
1992 1. Vj.	2 059	156	123	545	144	392	533	165	0
2. Vj.	2 339	190	157	660	146	413	598	175	0
1992 Januar	724	47	39	220	57	148	159	55	0
Februar	606	45	34	159	42	122	160	44	0
März	729	64	50	166	45	123	215	66	0
April	713	68	58	121	69	136	199	62	0
Mai	681	61	44	170	32	127	197	50	0
Juni	945	60	55	370	45	151	201	63	0
Juli	929	63	43	250	53	174	285	60	0

[1]) Spezialhandel nach dem internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC-Rev. 3).
[2]) Einschließlich tierischer und pflanzlicher Öle, Fette und Wachse.
[3]) Unter anderem Gold, Gold- und Silbermünzen, vollständige Fabrikationsanlagen.

Tabelle 71*

Warenausfuhr nach Ländergruppen

Bestimmungsländer

Mio DM

Zeitraum[1]	Insgesamt	EG-Länder[2]	Übrige westeuropäische Länder[3]	Mittel- und osteuropäische Länder[4]	Außereuropäische				
					zusammen[5]	darunter			
						Industrieländer		Entwicklungsländer	
						zusammen[6]	darunter Vereinigte Staaten	zusammen	darunter OPEC-Länder[7]
1950	8 362	4 092	1 929	313	2 028	714	433	1 242	198
1951	14 577	6 092	3 538	267	4 680	1 611	992	3 023	474
1952	16 909	6 970	4 665	211	5 063	1 609	1 048	3 416	527
1953	18 526	7 772	4 402	225	6 127	2 028	1 249	3 919	639
1954	22 035	9 044	5 223	339	7 429	2 167	1 237	5 034	901
1955	25 717	10 292	6 384	513	8 528	2 723	1 625	5 494	1 037
1956	30 861	12 547	7 277	925	10 112	3 446	2 089	6 370	1 291
1957	35 968	14 205	8 067	992	12 704	4 332	2 521	7 859	1 694
1958	36 998	14 009	8 419	1 165	13 405	4 603	2 699	7 878	1 782
1959	41 184	15 795	9 298	1 320	14 771	5 914	3 835	8 027	1 822
1960	47 946	19 322	11 176	1 851	15 597	6 111	3 767	8 891	1 827
1961	50 978	21 666	12 159	1 922	15 231	5 875	3 497	9 050	1 818
1962	52 975	23 749	12 404	2 015	14 807	6 334	3 858	8 145	1 558
1963	58 310	27 970	13 168	1 750	15 422	6 862	4 195	8 286	1 621
1964	64 920	31 076	14 317	2 206	17 321	7 873	4 785	9 082	1 835
1965	71 651	33 538	15 897	2 353	19 863	9 070	5 741	10 173	2 302
1966	80 628	38 382	16 824	2 786	22 636	10 744	7 178	11 045	2 696
1967	87 045	41 411	17 272	3 535	24 827	12 191	7 859	11 496	2 802
1968	99 551	47 605	18 616	3 783	29 547	15 759	10 835	12 743	3 234
1969	113 557	56 891	21 232	4 354	31 080	16 201	10 633	13 973	3 493
1970	125 276	62 381	24 703	4 760	33 432	17 747	11 437	14 857	3 584
1971	136 011	67 984	26 132	5 330	36 565	19 578	13 140	16 308	4 067
1972	149 023	75 362	28 616	7 102	37 943	20 222	13 798	16 977	4 710
1973	178 396	90 555	33 138	9 893	44 810	23 174	15 089	20 336	6 007
1974	230 578	111 742	41 791	14 573	62 472	28 454	17 343	31 963	10 456
1975	221 589	104 002	40 654	15 916	61 017	22 515	13 146	36 301	16 703
1976	256 642	125 678	46 651	15 717	68 596	24 435	14 413	41 670	20 731
1977	273 614	131 364	49 716	15 421	77 113	28 385	18 199	46 619	24 926
1978	284 907	138 729	49 024	15 478	81 676	31 452	20 180	47 307	24 525
1979	314 469	161 607	55 506	15 942	81 414	32 655	20 759	44 895	19 180
1980	350 328	179 152	64 180	17 223	89 773	34 591	21 478	51 523	22 814
1981	396 898	194 911	67 521	17 144	117 322	42 698	25 976	70 345	34 883
1982	427 741	216 018	71 495	18 352	121 876	45 608	28 120	72 452	38 043
1983	432 281	217 677	73 823	19 780	121 001	49 807	32 847	66 976	31 577
1984	488 223	243 639	83 214	20 259	141 111	69 046	46 834	67 484	27 947
1985	537 164	267 265	94 804	21 352	153 743	79 210	55 533	66 366	25 199
1986	526 363	267 454	98 029	19 564	141 316	78 012	55 206	55 913	17 913
1987	527 377	277 916	99 771	17 738	131 952	73 761	49 879	52 094	14 295
1988	567 654	308 195	106 306	19 685	133 468	73 661	45 678	53 945	15 463
1989	641 041	352 668	117 872	24 515	145 986	78 421	46 624	61 761	16 402
1990	642 785	350 442	120 568	23 458	148 317	78 217	46 870	65 040	18 200
1991	648 363	357 024	117 382	26 013	147 944	71 457	41 592	71 330	21 249
1991 1. Vj.	160 767	89 950	30 478	6 144	34 195	17 358	9 978	15 775	4 424
2. Vj.	158 848	89 392	29 082	6 187	34 187	16 639	9 790	16 468	4 539
3. Vj.	159 490	85 387	28 340	6 430	39 333	18 576	10 676	19 376	6 088
4. Vj.	169 100	92 295	29 483	7 251	40 071	18 883	11 147	19 711	6 197
1992 1. Vj.	168 656	95 647	28 728	6 797	37 484	18 505	10 376	17 519	5 493
2. Vj.	160 823	90 208	27 499	6 662	36 454	16 543	9 868	18 340	5 688

[1] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland. — [2] Gebietsstand 1. Januar 1989: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich. — [3] Einschließlich ehemaliges Jugoslawien. — [4] Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, ehemalige Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn. — [5] Einschließlich asiatische Staatshandelsländer (China, Mongolei, Nordkorea, Vietnam); Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf; Waren in die Polargebiete und die „Nicht ermittelten Länder". — [6] Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten. — [7] Gebietsstand 1. Januar 1989: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

Tabelle 72*

Wareneinfuhr nach Ländergruppen
Ursprungsländer
Mio DM

Zeitraum[1]	Insgesamt	EG-Länder[2]	Übrige westeuropäische Länder[3]	Mittel- und osteuropäische Länder[4]	Außereuropäische				
					zusammen[5]	darunter			
						Industrieländer		Entwicklungsländer	
						zusammen[6]	darunter Vereinigte Staaten	zusammen	darunter OPEC-Länder[7]
1950	11 374	4 160	1 806	291	5 117	2 372	1 811	2 669	482
1951	14 726	4 201	2 461	224	7 840	3 636	2 722	4 006	660
1952	16 203	5 131	3 033	239	7 800	3 667	2 507	4 060	870
1953	16 010	5 648	2 746	279	7 337	2 931	1 658	4 247	1 003
1954	19 337	6 618	3 235	359	9 125	3 444	2 237	5 513	1 253
1955	24 472	8 612	3 824	536	11 500	4 683	3 209	6 606	1 488
1956	27 964	9 360	4 313	894	13 397	5 798	3 997	7 347	1 632
1957	31 697	10 303	4 724	1 054	15 616	7 789	5 671	7 614	1 896
1958	31 133	11 233	4 836	1 200	13 864	6 191	4 219	7 393	2 138
1959	35 823	14 016	5 526	1 367	14 914	6 421	4 595	8 147	2 463
1960	42 723	16 879	6 227	1 697	17 920	8 034	5 977	9 452	2 810
1961	44 363	18 058	6 582	1 879	17 844	8 241	6 100	9 313	2 856
1962	49 498	20 634	7 034	2 000	19 830	9 379	7 033	10 174	3 368
1963	52 277	22 110	7 191	1 989	20 987	10 206	7 941	10 506	3 683
1964	58 839	25 819	7 896	2 202	22 922	10 609	8 066	11 988	4 369
1965	70 448	32 863	8 849	2 615	26 121	12 296	9 196	13 399	4 709
1966	72 670	33 827	8 929	2 773	27 141	12 576	9 177	14 077	5 023
1967	70 183	33 148	8 209	2 705	26 121	12 055	8 556	13 660	5 157
1968	81 179	39 732	9 611	3 057	28 779	12 790	8 850	15 541	6 638
1969	97 972	49 856	11 971	3 603	32 542	15 115	10 253	16 957	6 725
1970	109 606	56 497	13 031	4 036	36 042	17 934	12 066	17 646	6 897
1971	120 119	64 404	13 353	4 400	37 962	18 363	12 420	19 103	8 676
1972	128 744	71 971	14 186	4 949	37 638	17 569	10 765	19 581	8 378
1973	145 417	79 165	15 827	6 178	44 247	19 801	12 223	23 888	10 425
1974	179 733	90 140	18 307	7 845	63 441	22 590	13 972	40 175	23 784
1975	184 313	95 654	19 137	7 975	61 547	23 864	14 226	36 761	20 223
1976	222 173	112 338	23 931	10 173	75 731	29 289	17 556	45 378	24 408
1977	235 178	118 864	26 722	10 642	78 950	30 010	17 020	47 973	23 477
1978	243 707	126 058	30 829	11 715	75 105	30 448	17 434	43 604	19 390
1979	292 040	148 415	36 620	14 901	92 104	36 483	20 274	54 247	26 966
1980	341 380	165 763	43 852	15 672	116 093	44 566	25 690	69 476	37 417
1981	369 179	180 685	47 924	17 415	123 155	49 480	28 388	71 522	37 449
1982	376 464	187 635	49 684	19 274	119 871	49 081	28 213	68 399	32 824
1983	390 192	198 943	55 489	19 809	115 951	50 279	27 712	63 069	27 283
1984	434 257	217 269	61 621	23 597	131 770	58 886	31 097	69 816	27 290
1985	463 811	235 664	67 187	23 552	137 408	62 670	32 341	71 698	27 100
1986	413 744	216 020	64 221	18 277	115 226	59 297	26 864	52 796	13 229
1987	409 641	215 612	65 414	15 811	112 804	58 706	25 613	50 177	11 100
1988	439 609	227 362	70 049	16 014	126 184	66 706	29 095	54 751	10 826
1989	506 465	258 660	79 357	19 243	149 205	80 694	38 265	62 285	12 360
1990	550 628	286 608	87 864	21 788	154 368	80 071	36 994	66 193	14 105
1991	633 216	332 597	95 594	26 442	178 583	92 325	42 111	74 117	15 029
1991 1. Vj.	155 541	83 637	24 246	5 921	41 737	20 899	9 432	17 911	3 515
2. Vj.	160 943	85 206	23 849	6 464	45 424	24 844	11 758	17 979	3 616
3. Vj.	155 638	78 355	23 200	6 667	47 416	24 404	10 951	19 595	3 925
4. Vj.	161 093	85 398	24 298	7 390	44 007	22 178	9 969	18 633	3 972
1992 1. Vj.	163 046	85 139	24 757	7 189	45 961	24 144	11 808	18 410	3 928
2. Vj.	156 307	83 088	23 176	7 353	42 690	22 839	10 431	17 196	3 714

[1] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland. — [2] Gebietsstand 1. Januar 1989: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich. — [3] Einschließlich ehemaliges Jugoslawien. — [4] Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, ehemalige Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn. — [5] Einschließlich asiatische Staatshandelsländer (China, Mongolei, Nordkorea, Vietnam); Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf; Waren in die Polargebiete und die „Nicht ermittelten Länder". — [6] Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten. — [7] Gebietsstand 1. Januar 1989: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

Tabelle 73*

Ausfuhr und Einfuhr der neuen Bundesländer und Berlin-Ost nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern[1])

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Industrialisierte westliche Länder[2])				Mittel- und osteuropäische Länder[3])		Entwicklungsländer		Staatshandelsländer[5])
		zusammen	darunter			zusammen	dar.: ehem. Sowjetunion	zusammen	darunter	
			EG-Länder	andere europ. Länder	USA und Kanada				OPEC Länder[4])	
					Ausfuhr					
1990	38 072	5 105	2 931	1 904	166	29 811	17 761	2 115	369	675
1991	17 961	4 453	2 978	1 269	153	11 423	9 049	1 396	281	176
1990 1. Vj.	8 438	1 175	648	453	41	6 475	3 738	532	86	144
2. Vj.	10 372	1 691	889	699	62	7 591	4 314	697	126	157
3. Vj.	9 284	1 092	634	407	35	7 657	4 726	379	33	139
4. Vj.	9 977	1 147	759	345	29	8 088	4 982	507	124	235
1991 1. Vj.	5 039	1 158	755	352	39	3 281	2 275	402	86	95
2. Vj.	3 430	1 000	667	297	26	1 938	1 447	269	47	28
3. Vj.	4 288	1 045	690	295	46	2 627	2 191	373	57	27
4. Vj.	5 206	1 249	866	325	42	3 578	3 136	352	92	26
1992 1. Vj.	3 645	1 113	752	306	40	2 207	1 851	293	87	32
2. Vj.	3 285	1 125	774	288	48	1 788	1 389	354	63	18
1992 Januar	1 182	372	253	99	14	723	605	73	30	14
Februar	1 194	343	229	99	11	761	653	83	29	7
März	1 269	399	270	108	15	722	594	138	28	10
April	1 222	427	301	107	15	667	544	116	27	11
Mai	1 075	359	242	98	13	602	451	112	18	2
Juni	988	339	231	83	20	518	394	127	18	4
Juli	1 158	390	270	104	11	642	488	123	29	4
					Einfuhr					
1990	22 852	5 660	2 678	2 527	281	14 854	9 107	1 273	85	550
1991	11 275	3 937	2 342	1 297	126	6 122	4 254	691	233	112
1990 1. Vj.	7 642	1 651	722	772	112	5 155	3 077	413	25	170
2. Vj.	9 173	2 258	946	1 109	131	5 932	3 449	489	47	236
3. Vj.	3 030	833	462	329	10	1 937	1 390	146	7	109
4. Vj.	3 006	917	548	317	27	1 829	1 191	225	6	35
1991 1. Vj.	3 211	828	511	265	17	1 976	1 422	258	74	50
2. Vj.	2 627	902	550	287	28	1 446	1 059	97	21	31
3. Vj.	3 076	1 163	702	380	37	1 566	1 137	165	62	19
4. Vj.	2 361	1 043	580	365	43	1 134	637	171	75	12
1992 1. Vj.	2 059	969	557	315	46	965	589	113	41	13
2. Vj.	2 339	1 090	664	344	42	1 134	712	102	7	13
1992 Januar	724	307	178	94	17	376	253	35	10	6
Februar	606	282	159	95	16	268	151	53	30	3
März	729	380	221	127	12	321	185	24	1	4
April	713	384	233	117	15	292	126	35	3	2
Mai	681	353	208	121	14	294	176	30	2	5
Juni	945	354	223	105	13	549	411	37	2	5
Juli	929	464	235	191	25	425	250	37	2	3

[1]) Spezialhandel nach Bestimmungsländern.

[2]) Westeuropäische Länder, Australien, Japan, ehemaliges Jugoslawien, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten.

[3]) Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, ehemalige Sowjetunion, Ungarn.

[4]) Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

[5]) China, Mongolei, Nordkorea, Vietnam.

Tabelle 74*

Einzelhandelsumsatz

1986 = 100

Zeitraum[1]	Insgesamt	Darunter Einzelhandel mit							
		Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	Einrichtungsgegenständen[2]	elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	pharmazeutischen, kosmetischen und med. Erzeugnissen	Kraft- und Schmierstoffen[3]	Fahrzeugen[4]
	in jeweiligen Preisen								
1970	42,2	40,7	47,2	44,4	46,2	41,5	39,9	38,7	39,2
1971	46,5	44,7	52,4	50,9	51,3	45,8	43,9	44,3	41,6
1972	51,0	48,9	57,8	57,6	58,2	49,1	47,6	47,2	43,4
1973	54,7	53,0	59,7	61,8	62,1	52,4	51,8	54,7	42,6
1974	57,7	55,8	63,0	64,2	67,8	55,4	56,6	56,1	39,6
1975	62,9	59,9	67,9	66,9	69,2	59,2	61,3	58,8	50,5
1976	67,3	64,8	69,9	70,6	71,5	62,3	64,8	66,9	58,6
1977	72,2	69,3	74,5	78,8	77,6	67,4	67,2	67,9	66,9
1978	76,0	72,5	79,2	82,2	79,4	71,7	70,4	75,0	72,6
1979	80,7	76,3	81,8	85,9	79,9	77,6	73,2	91,6	75,4
1980	85,3	82,6	88,7	92,9	86,4	84,0	77,4	96,0	72,2
1981	88,5	88,5	90,1	94,4	90,4	87,0	81,6	115,5	72,7
1982	89,4	92,8	88,3	91,5	91,5	88,6	82,9	115,2	73,7
1983	92,5	94,7	90,3	95,7	92,9	91,2	87,6	112,2	82,7
1984	94,9	96,8	92,8	98,3	94,8	93,6	92,2	119,3	84,9
1985	97,2	98,3	96,3	96,2	96,6	96,9	96,4	117,7	87,7
1986	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1987	104,2	102,0	102,9	108,7	104,8	104,8	105,5	98,1	109,0
1988	108,3	106,1	103,1	118,3	109,3	112,5	112,2	109,6	114,8
1989	113,5	111,5	104,7	127,0	113,1	118,7	114,0	125,5	125,1
1990	125,5	120,6	114,8	138,3	129,2	130,0	122,6	135,9	146,8
1991	136,2	124,8	123,6	152,7	131,8	145,9	134,5	149,4	171,5
1991 1.Vj.	128,6	118,8	111,6	138,5	123,1	133,7	127,0	137,2	171,2
2.Vj.	135,9	122,4	114,9	149,6	118,0	130,0	132,2	151,8	201,0
3.Vj.	130,0	123,6	115,2	143,6	117,4	140,0	132,1	155,0	161,8
4.Vj.	150,4	134,3	152,8	178,9	168,6	180,0	146,7	153,8	152,0
1992 1.Vj.	129,9	117,0	111,2	149,1	118,5	139,8	137,3	142,8	172,3
2.Vj.	134,7	124,3	116,1	151,2	106,7	129,0	140,8	152,6	189,0
3.Vj.	129,8	119,3	115,6	148,6	114,1	143,0	140,1	...	156,2
	in Preisen von 1985								
1970	78,0	70,7	95,9	86,8	67,9	77,8	68,4	.	80,2
1971	82,4	75,2	100,3	95,0	73,4	80,5	72,2	.	79,6
1972	86,0	78,2	104,5	103,7	80,7	83,7	75,2	.	79,8
1973	86,7	79,5	100,7	105,3	81,3	85,0	78,4	.	75,5
1974	85,2	79,9	98,7	101,9	81,3	83,4	81,1	.	65,7
1975	88,1	81,1	101,3	101,1	79,9	83,0	83,6	.	78,2
1976	91,2	84,1	101,2	103,2	81,8	84,3	86,1	.	88,0
1977	94,1	85,8	102,9	110,8	88,1	88,6	86,7	.	97,5
1978	97,0	88,9	106,3	111,7	89,1	92,3	89,9	.	103,0
1979	99,5	92,6	102,7	112,8	87,7	98,2	90,7	.	103,4
1980	99,7	96,2	106,3	113,5	86,5	102,4	91,7	98,6	94,6
1981	98,0	98,1	102,7	107,4	88,4	101,0	93,6	104,5	90,4
1982	94,5	97,3	96,4	99,6	88,0	97,6	91,5	103,2	86,9
1983	95,4	96,9	96,0	101,2	90,1	97,1	93,3	99,5	91,8
1984	95,8	97,6	96,4	101,6	92,5	98,4	96,0	103,9	90,0
1985	96,8	98,7	97,9	97,3	95,3	100	97,8	101,6	90,0
1986	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1987	104,1	102,8	101,7	107,2	106,3	102,5	104,7	100,3	106,2
1988	107,6	106,9	100,7	115,4	112,5	107,1	109,9	112,8	109,0
1989	110,5	110,2	101,0	121,8	117,0	109,5	110,3	118,2	116,1
1990	119,7	116,1	109,2	129,5	133,5	116,9	118,1	123,4	132,9
1991	126,6	118,1	115,4	139,7	136,7	131,3	135,4	122,6	150,1
1991 1.Vj.	120,8	113,7	105,3	128,4	128,0	121,4	128,9	120,5	152,7
2.Vj.	126,7	115,8	107,7	137,4	122,3	117,5	133,4	134,0	175,4
3.Vj.	120,1	116,6	107,5	131,1	121,6	125,7	132,7	118,0	140,3
4.Vj.	138,7	126,4	141,1	161,7	174,9	160,7	146,6	117,7	130,9
1992 1.Vj.	118,6	108,2	102,1	133,8	122,4	125,0	136,1	113,2	147,2
2.Vj.	121,4	113,6	105,8	135,0	109,8	115,4	138,5	118,8	158,9
3.Vj.	117,7	109,8	104,7	132,0	117,7	126,9	137,3	...	130,6

[1] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [2] Ohne elektrotechnische Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgroßgeräte. — [3] In Unternehmen mit dem Absatzschwerpunkt Kraft- und Schmierstoffe. — [4] Einschließlich Fahrzeugteilen und Fahrzeugreifen.

Tabelle 75*

Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes[1])

1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Herkunft: Inländischer	Herkunft: Ausländischer	Nach inländischer und ausländischer Herkunft: aus der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	aus dem Produzierenden Gewerbe: zusammen	darunter: Erdöl, roh (importiert) und Mineralölerzeugnisse[2])	darunter: Eisen und Stahl	darunter: Maschinenbauerzeugnisse	darunter: Chemische Erzeugnisse[3])	Nach dem vorwiegenden Verwendungszweck: für die Energie- und Wasserversorgung, den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe[4])	für das Baugewerbe[4])	Energie, Brenn- und Treibstoffe, Betriebsstoffe
Gewicht[5])	*100*	*66,0*	*34,0*	*9,3*	*90,7*	*11,3*	*6,3*	*4,8*	*10,9*	*73,8*	*10,0*	*16,2*
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	89,3	95,4	77,6	92,8	89,0	48,4	91,6	102,5	89,4	88,5	99,6	87,0
1987	86,4	93,6	72,3	86,1	86,4	45,7	83,2	104,1	85,9	85,6	99,1	81,9
1988	88,6	96,0	74,3	88,1	88,7	39,2	92,2	105,9	88,7	88,8	100,5	80,4
1989	92,8	99,9	79,0	92,1	92,9	47,5	99,4	109,4	91,8	93,4	103,6	83,7
1990	91,4	99,4	75,7	86,9	91,8	51,3	92,0	113,6	88,9	90,5	107,0	85,5
1991	91,0	99,4	74,6	84,1	91,7	51,9	84,4	118,4	87,3	89,1	109,6	88,0
1986 1. Vj.	93,8	97,6	86,4	96,9	93,5	68,7	97,1	101,3	95,1	93,2	100,1	92,8
2. Vj.	89,7	95,6	78,3	92,6	89,4	46,7	93,5	102,5	90,0	88,8	99,8	87,9
3. Vj.	87,4	94,6	73,5	91,5	87,0	38,1	90,0	103,0	87,1	86,4	99,4	84,8
4. Vj.	86,4	93,7	72,2	90,2	86,0	40,0	85,8	103,1	85,5	85,5	99,0	82,5
1987 1. Vj.	85,6	93,1	71,3	86,3	85,6	45,0	83,1	103,3	84,6	84,7	98,8	81,9
2. Vj.	86,0	93,1	72,0	85,3	86,0	45,9	81,8	104,0	85,8	85,1	99,2	81,5
3. Vj.	86,9	93,8	73,4	85,7	87,0	47,6	83,0	104,5	86,7	86,2	99,4	82,5
4. Vj.	87,0	94,4	72,5	87,1	86,9	44,2	84,9	104,5	86,4	86,5	99,1	81,8
1988 1. Vj.	86,7	94,2	72,0	86,7	86,7	39,4	85,2	105,0	86,6	86,3	99,4	80,5
2. Vj.	87,9	95,2	73,7	86,5	88,1	40,1	90,0	105,7	87,5	87,9	100,1	80,6
3. Vj.	89,5	96,6	75,8	88,7	89,6	39,9	95,9	106,3	89,4	90,0	101,0	80,2
4. Vj.	90,4	97,9	75,8	90,4	90,4	37,6	97,7	106,7	91,3	91,1	101,5	80,2
1989 1. Vj.	92,4	99,2	79,0	91,3	92,5	44,2	99,1	107,9	93,2	93,2	102,2	82,2
2. Vj.	93,4	99,9	80,7	91,6	93,6	49,6	100,4	109,4	93,5	94,2	103,4	83,4
3. Vj.	93,1	100,3	78,9	92,9	93,1	47,4	100,6	110,0	91,0	93,6	104,1	83,8
4. Vj.	92,5	100,3	77,4	92,6	92,5	48,8	97,5	110,3	89,6	92,4	104,7	85,3
1990 1. Vj.	91,1	99,1	75,5	88,5	91,4	47,8	93,5	111,8	88,3	90,4	105,7	85,1
2. Vj.	90,7	99,4	73,8	88,1	91,0	41,9	94,1	113,6	87,7	90,0	106,9	84,4
3. Vj.	91,3	99,6	75,2	86,4	91,8	50,6	92,1	114,4	87,7	90,4	107,7	85,2
4. Vj.	92,4	99,6	78,2	84,5	93,1	65,1	88,1	114,7	92,0	91,4	107,6	87,4
1991 1. Vj.	91,0	99,4	74,7	83,9	91,8	53,3	85,5	116,4	91,0	89,4	108,5	87,8
2. Vj.	91,1	99,3	75,3	84,2	91,9	49,6	86,1	118,4	87,3	89,5	109,5	87,3
3. Vj.	91,1	99,4	75,0	83,4	91,9	52,3	83,8	119,1	86,1	89,1	110,1	88,6
4. Vj.	90,7	99,5	73,5	85,0	91,2	52,5	82,3	119,6	84,9	88,5	110,4	88,3
1992 1. Vj.	90,1	99,5	71,8	85,3	90,6	46,9	81,8	121,4	84,1	87,9	111,6	87,1
2. Vj.	90,5	100,0	72,2	84,8	91,2	48,7	81,7	122,7	83,6	88,3	112,5	87,3
3. Vj.	89,7	99,7	70,2	82,3	90,5	46,6	80,4	123,2	83,2	87,2	112,9	86,6

[1]) Nachfolger des „Index der Grundstoffpreise". Nähere Erläuterungen zur „Neuberechnung des Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes" siehe WiSta 12/90, S. 866ff. — Ohne Mehrwertsteuer und Einfuhrumsatzsteuer.

[2]) Im wesentlichen Rohbenzin, Kraftstoffe und Heizöle.

[3]) Anorganische und organische Grundstoffe und Chemikalien; Kunststoffe und synthetischer Kautschuk; Chemiefasern; Farbstoffe, Farben und verwandte Erzeugnisse; pharmazeutische Grundstoffe sowie sonstige chemische Erzeugnisse.

[4]) Ohne Energie, Brenn-, Treib- und Betriebsstoffe.

[5]) Anteil am „Wareneingang insgesamt" im Jahre 1985 in vH.

Tabelle 76*

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte
Inlandsabsatz [1])
1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse [2])	Elektrizität [3]), Erdgas, Fernwärme, Wasser	Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse	
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter [4])	Verbrauchsgüter [4]) [5])
						produzierendes Gewerbe				
1962	44,7	22,2	34,6	47,3	45,6	45,6	46,6	55,8	40,3	43,3
1963	45,0	22,6	34,5	47,5	45,2	45,8	47,4	56,5	40,7	43,7
1964	45,5	22,5	34,8	48,1	45,6	46,4	48,4	56,9	41,4	44,2
1965	46,6	23,5	35,7	49,2	46,5	47,8	49,5	57,7	42,7	45,2
1966	47,4	23,4	36,1	50,1	47,0	48,7	50,8	59,0	43,7	46,3
1967	46,9	23,4	36,5	49,6	45,9	48,2	50,4	59,5	43,6	46,5
1968	46,6	23,4	36,6	49,1	45,3	48,1	50,2	58,7	43,7	46,1
1969	47,5	24,1	36,1	50,1	46,0	49,7	51,2	59,3	45,4	46,0
1970	49,8	27,3	36,3	52,7	48,0	53,6	53,1	60,6	49,6	48,0
1971	51,9	30,2	37,4	54,9	49,2	56,9	55,2	62,8	53,5	50,3
1972	53,3	32,0	40,0	56,2	49,2	58,5	57,1	65,3	55,4	52,1
1973	56,8	33,7	41,8	60,0	53,5	61,0	61,4	70,8	58,0	56,0
1974	64,4	43,1	45,0	68,0	66,0	66,7	68,6	74,8	63,2	62,6
1975	67,4	53,9	53,8	70,2	65,4	71,5	70,4	77,6	68,6	66,1
1976	69,9	57,5	57,4	72,5	67,4	74,0	72,5	80,6	71,6	68,5
1977	71,9	57,7	58,7	74,6	67,3	76,7	74,6	86,1	74,6	69,8
1978	72,7	61,5	60,8	75,1	66,7	78,5	75,8	85,4	77,0	71,3
1979	76,2	63,5	62,0	79,0	73,8	80,7	79,6	85,7	79,6	77,1
1980	81,9	74,5	68,5	84,5	82,4	84,5	85,2	87,8	83,4	84,1
1981	88,3	86,2	81,8	89,6	90,4	88,0	89,4	91,8	87,0	91,0
1982	93,5	92,9	92,2	93,9	93,8	93,0	92,9	97,2	92,1	94,0
1983	94,9	94,8	93,4	95,3	93,4	95,5	94,5	99,3	94,9	94,8
1984	97,6	98,1	96,5	97,9	97,2	97,6	97,5	100,8	97,3	97,1
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	97,5	97,4	96,4	97,6	89,1	102,1	101,0	99,1	102,6	94,8
1987	95,1	96,9	83,3	97,2	86,3	103,8	101,9	96,8	104,9	95,1
1988	96,3	97,0	82,8	98,8	87,9	105,5	103,8	98,0	107,0	95,5
1989	99,3	98,6	84,4	102,2	93,4	107,8	106,5	100,4	109,7	100,1
1990	101,0	100,3	87,3	103,7	93,1	110,7	109,1	100,7	112,9	102,9
1991	103,4	100,8	91,3	105,8	93,6	114,0	112,1	102,2	116,6	107,2
1988 1. Vj.	95,4	97,0	83,7	97,7	86,0	104,8	102,8	96,8	106,2	94,6
2. Vj.	96,0	96,7	83,5	98,5	87,2	105,3	103,5	97,5	106,8	95,6
3. Vj.	96,5	97,1	82,6	99,2	88,3	105,6	104,2	98,5	107,2	95,9
4. Vj.	97,0	97,3	81,4	100,0	90,0	106,1	104,7	98,9	107,8	96,0
1989 1. Vj.	98,4	97,3	83,5	101,3	92,8	107,0	105,5	99,3	108,8	98,7
2. Vj.	99,2	97,5	83,3	102,4	94,3	107,8	106,4	100,1	109,6	100,9
3. Vj.	99,4	99,4	84,2	102,4	93,2	108,1	106,9	100,9	110,0	100,2
4. Vj.	100,0	100,1	86,7	102,6	93,3	108,4	107,3	101,1	110,5	100,8
1990 1. Vj.	100,1	100,2	86,8	102,7	92,2	109,4	108,0	100,5	111,5	101,2
2. Vj.	100,8	99,8	88,8	103,1	91,6	110,5	108,7	100,7	112,7	101,3
3. Vj.	101,2	100,1	87,6	103,9	93,2	111,1	109,4	100,7	113,4	103,7
4. Vj.	101,8	101,1	86,1	104,9	95,4	111,6	110,1	100,7	114,0	105,5
1991 1. Vj.	102,2	100,3	87,4	105,1	94,2	112,5	111,1	101,2	115,0	105,3
2. Vj.	103,0	100,0	92,1	105,2	92,1	113,9	111,8	101,8	116,5	105,5
3. Vj.	104,1	100,7	93,2	106,3	94,2	114,6	112,5	102,4	117,2	108,2
4. Vj.	104,3	102,0	92,4	106,6	93,8	115,0	112,8	103,6	117,6	109,8
1992 1. Vj.	104,3	104,3	90,9	106,9	92,5	115,9	113,4	104,8	118,5	109,4
2. Vj.	105,1	105,3	91,3	107,7	92,9	117,2	113,9	105,8	120,0	110,8
3. Vj.	105,1	105,5	90,8	107,8	92,4	117,7	114,3	105,8	120,6	110,7

[1]) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — [2]) Ohne Erdgas. — [3]) Im Preisindex für elektrischen Strom ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. — [4]) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert. — [5]) Ohne Nahrungs- und Genußmittel.

Tabelle 77*

Index der Ausfuhrpreise[1])

1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft[2])	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen[2])	Rohstoffe[2])	Halbwaren[2])	Fertigwaren[2])	Investitionsgüter[3])	Verbrauchsgüter[3])
1962	45,4	50,4	45,0	42,7	34,8	46,3	40,5	46,4
1963	45,4	55,2	45,0	43,1	34,4	46,3	41,0	46,7
1964	46,5	55,6	46,1	44,8	35,7	47,2	41,8	47,5
1965	47,5	56,0	47,1	44,7	36,7	48,4	43,2	48,7
1966	48,5	57,4	48,1	44,8	37,7	49,4	44,4	50,3
1967	48,5	56,4	48,1	43,2	37,7	49,5	44,9	51,1
1968	48,0	55,3	47,6	42,5	37,4	48,9	44,7	50,9
1969	49,9	56,4	49,6	42,9	38,4	51,1	47,0	51,8
1970	51,4	57,1	51,1	43,5	39,5	52,7	49,5	52,7
1971	53,2	58,5	52,9	46,6	39,4	54,6	52,8	55,2
1972	54,3	61,3	53,9	49,0	38,1	55,9	55,1	56,9
1973	57,8	68,2	57,3	51,4	44,7	58,9	57,8	60,0
1974	67,6	75,4	67,1	60,2	66,2	67,3	62,9	67,6
1975	70,2	75,4	69,8	68,7	62,0	70,7	68,3	71,6
1976	72,9	77,9	72,6	73,3	64,1	73,5	72,2	74,8
1977	74,2	81,5	73,8	72,6	62,5	75,0	75,3	76,9
1978	75,3	81,1	75,0	71,9	61,4	76,5	77,4	78,8
1979	78,9	83,6	78,6	75,6	70,9	79,5	79,7	81,1
1980	83,8	88,7	83,6	79,4	80,7	84,0	83,4	86,5
1981	88,7	94,4	88,4	87,1	90,9	88,2	87,1	91,1
1982	92,5	95,6	92,4	91,4	93,0	92,4	91,7	94,5
1983	94,1	97,6	94,0	90,3	92,9	94,2	94,4	96,0
1984	97,4	101,3	97,2	97,2	97,7	97,2	97,0	98,0
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	98,2	93,1	98,5	90,4	82,6	100,0	102,4	100,0
1987	97,3	88,7	97,7	83,6	75,9	99,9	104,0	101,0
1988	99,3	91,5	99,8	83,3	79,3	101,9	106,0	101,9
1989	102,1	94,3	102,6	86,9	83,4	104,6	108,7	103,1
1990	102,2	90,3	102,8	84,0	80,0	105,2	110,8	103,1
1991	103,5	90,9	104,3	80,7	76,9	107,1	111,7	105,5
1988 1. Vj.	97,9	88,9	98,5	82,7	76,1	100,7	105,1	101,2
2. Vj.	99,0	90,2	99,5	82,6	78,7	101,6	105,8	101,8
3. Vj.	100,0	93,6	100,4	83,9	81,1	102,4	106,4	102,3
4. Vj.	100,5	93,4	100,9	84,1	81,3	102,9	106,8	102,3
1989 1. Vj.	101,7	94,1	102,1	86,2	83,9	104,0	107,7	103,0
2. Vj.	102,5	95,0	102,9	86,4	84,2	104,9	108,9	103,7
3. Vj.	102,4	94,9	102,8	87,2	83,2	104,9	109,2	103,2
4. Vj.	102,0	93,3	102,5	87,6	82,3	104,5	109,1	102,3
1990 1. Vj.	101,8	91,2	102,4	87,1	80,4	104,6	109,6	102,3
2. Vj.	102,1	90,4	102,8	85,3	80,0	105,1	110,7	102,8
3. Vj.	102,4	89,8	103,1	82,8	79,8	105,5	111,3	103,6
4. Vj.	102,4	89,9	103,1	80,9	79,6	105,6	111,6	103,6
1991 1. Vj.	102,9	89,9	103,6	80,3	77,9	106,3	112,5	104,3
2. Vj.	103,8	91,5	104,5	80,8	77,4	107,3	113,5	105,7
3. Vj.	103,8	91,1	104,6	80,9	76,7	107,5	114,0	106,1
4. Vj.	103,6	91,2	104,4	80,7	75,8	107,3	114,2	105,9
1992 1. Vj.	104,2	92,0	104,9	80,7	74,9	108,0	115,3	106,2
2. Vj.	104,8	92,1	105,6	80,2	75,2	108,7	116,5	107,2
3. Vj.	104,6	90,8	105,4	79,1	73,8	108,6	116,9	107,0

[1]) Preise bei Vertragsabschluß (Effektivpreise); fob. Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer, Verbrauchsteuern und Exporthilfen.
[2]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 78*

Index der Einfuhrpreise[1])

1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft[2])	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen[2])	Rohstoffe[2])	Halbwaren[2])	Fertigwaren[2])	Investitionsgüter[3])	Verbrauchsgüter[3])
1962	40,1	57,4	37,4	20,0	26,1	56,2	57,0	42,9
1963	40,9	60,0	37,7	20,1	26,3	56,8	58,4	43,8
1964	41,6	60,8	38,4	20,3	27,2	57,7	59,3	42,3
1965	42,6	63,6	39,0	20,1	28,4	58,3	60,4	41,6
1966	43,4	63,6	40,0	20,5	29,7	59,5	62,1	42,5
1967	42,4	61,5	39,4	20,0	29,2	59,0	61,4	43,7
1968	42,1	59,2	39,5	20,0	29,8	58,4	61,8	44,5
1969	42,8	61,2	40,0	19,6	30,9	59,2	62,0	44,0
1970	42,4	60,8	39,5	19,1	30,9	58,6	60,6	43,9
1971	42,6	59,8	39,9	20,9	29,0	59,1	61,9	45,5
1972	42,3	61,5	39,3	20,3	27,6	59,1	61,8	45,8
1973	47,7	74,0	43,6	23,8	35,3	61,4	62,0	52,5
1974	61,3	80,6	58,4	44,8	49,7	69,1	65,4	60,2
1975	60,3	75,9	57,9	43,4	45,5	72,1	71,8	62,5
1976	64,0	82,1	61,3	47,2	48,5	74,7	75,9	65,7
1977	65,0	89,4	61,3	46,8	47,5	75,4	75,9	66,9
1978	62,6	80,9	59,8	41,5	45,9	76,0	77,3	67,2
1979	69,8	81,9	68,0	50,5	63,3	79,3	78,2	79,4
1980	80,3	84,6	79,7	74,5	75,7	84,2	81,7	85,6
1981	91,3	91,0	91,3	97,4	89,9	90,3	89,3	93,0
1982	93,4	92,2	93,5	97,0	93,2	93,2	91,7	96,0
1983	93,1	95,8	92,7	92,3	91,0	94,4	93,4	95,4
1984	98,6	102,5	98,1	99,8	99,6	97,7	97,2	97,9
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	84,3	90,7	83,4	54,0	66,1	96,6	97,1	89,0
1987	79,8	82,6	79,4	50,4	57,4	94,2	95,3	87,7
1988	80,8	84,6	80,2	47,2	58,9	95,7	96,0	87,2
1989	84,4	85,2	84,2	54,9	65,4	98,0	98,1	90,1
1990	82,5	82,0	82,5	54,7	62,8	96,3	96,8	90,8
1991	82,8	84,3	82,5	53,5	61,0	97,2	99,4	92,4
1988 1.Vj.	79,4	84,6	78,6	46,2	56,4	94,4	95,2	86,5
2.Vj.	80,2	83,9	79,6	47,2	58,5	95,0	95,4	87,1
3.Vj.	81,6	85,9	81,1	49,1	59,9	96,4	96,6	87,5
4.Vj.	81,7	84,8	81,3	46,3	60,8	97,0	97,0	87,4
1989 1.Vj.	84,2	87,7	83,7	52,6	64,6	98,0	98,0	89,0
2.Vj.	85,5	87,1	85,2	57,2	66,8	98,5	98,3	90,4
3.Vj.	84,2	82,7	84,4	55,4	65,2	98,2	98,4	90,3
4.Vj.	83,5	83,1	83,5	54,4	65,0	97,2	97,7	90,7
1990 1.Vj.	82,4	84,6	82,0	52,8	61,8	96,3	96,8	89,7
2.Vj.	81,2	82,4	81,0	48,3	59,9	96,4	97,0	88,9
3.Vj.	82,1	80,0	82,4	52,6	63,7	96,3	96,8	91,4
4.Vj.	84,2	81,2	84,6	64,9	65,6	96,2	96,7	93,4
1991 1.Vj.	82,6	84,2	82,3	53,3	62,2	96,6	97,6	91,9
2.Vj.	83,3	84,6	83,2	53,5	62,3	97,7	100,0	92,1
3.Vj.	83,0	83,0	82,9	54,2	61,0	97,7	100,4	93,0
4.Vj.	82,1	85,4	81,6	52,9	58,5	96,8	99,5	92,7
1992 1.Vj.	81,1	86,5	80,3	48,5	55,4	96,8	99,8	91,4
2.Vj.	81,1	82,9	80,8	50,3	56,3	97,0	100,1	92,4
3.Vj.	79,2	78,4	79,4	47,5	53,9	96,2	99,0	91,4

[1]) Preise bei Vertragsabschluß (Effektivpreise); cif. Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.
[2]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 79*

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise[1])

1985 = 100

Zeitraum[2])	Neubau						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden[3])	Baureifes Land
	Bauleistungen am Bauwerk für					Straßenbauleistungen insgesamt		
	Wohngebäude		Bürogebäude	gewerbliche	landwirtschaftliche			
	insgesamt	gemischtgenutzte Gebäude		Betriebsgebäude				
1960	26,2	26,9	26,9	27,6	26,7	43,3	25,9	.
1961	28,1	28,8	28,7	29,3	28,4	45,4	28,1	.
1962	30,5	31,1	31,0	31,5	30,6	48,4	30,1	12,8
1963	32,1	32,7	32,6	32,9	32,3	50,3	31,4	14,6
1964	33,6	34,2	33,9	34,2	33,7	49,9	32,8	15,9
1965	35,0	35,6	35,2	35,5	34,9	47,3	34,5	18,9
1966	36,1	36,8	36,4	36,5	35,9	46,7	35,8	20,3
1967	35,3	35,9	35,5	34,7	35,2	44,5	35,4	22,1
1968	36,9	37,4	36,9	36,6	36,6	46,6	36,9	24,4
1969	39,0	39,6	39,2	39,8	38,7	48,6	38,6	25,7
1970	45,4	46,1	45,8	47,0	45,4	55,7	43,3	26,5
1971	50,1	50,8	50,5	52,1	50,1	60,1	47,9	28,9
1972	53,5	54,0	53,8	54,7	53,5	60,9	50,9	34,7
1973	57,4	57,8	57,6	58,0	57,3	62,7	54,5	35,1
1974	61,6	61,8	61,5	61,4	61,2	68,8	59,9	34,7
1975	63,1	63,2	62,8	63,1	62,5	70,4	62,6	38,0
1976	65,2	65,4	64,9	65,6	64,8	71,5	64,9	42,0
1977	68,4	68,5	67,9	68,4	68,1	73,5	68,1	46,5
1978	72,6	72,6	71,8	72,1	72,4	78,3	71,6	51,6
1979	79,0	78,8	77,5	77,8	78,9	86,5	76,1	59,6
1980	87,4	87,1	85,6	85,8	87,5	97,4	82,8	70,6
1981	92,5	92,2	90,7	91,1	92,6	100,0	88,2	82,8
1982	95,2	95,1	94,1	94,8	95,2	97,7	92,3	96,1
1983	97,2	97,1	96,3	96,9	97,1	96,9	95,2	103,3
1984	99,6	99,5	99,1	99,3	99,5	98,2	98,2	105,0
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	101,4	101,4	101,8	102,1	101,4	102,1	102,1	104,3
1987	103,3	103,4	104,1	104,4	103,4	103,2	104,7	108,6
1988	105,5	105,5	106,7	106,6	105,5	104,3	107,6	110,0
1989	109,4	109,4	110,6	110,3	109,3	106,6	111,3	108,9
1990	116,4	116,3	117,0	117,1	116,8	113,2	117,1	107,0
1991	124,3	124,0	124,4	124,4	124,7	121,0	124,6	...
1987 Feb	102,3	102,4	103,0	103,2	102,4	102,4	103,4	110,4
Mai	103,3	103,3	104,0	104,2	103,4	103,2	104,4	106,2
Aug	103,7	103,8	104,6	104,9	103,8	103,6	105,4	108,7
Nov	103,9	103,9	104,8	105,1	103,9	103,6	105,7	113,1
1988 Feb	104,2	104,2	105,3	105,3	104,2	103,7	106,3	106,7
Mai	105,3	105,3	106,4	106,2	105,3	104,4	107,2	110,4
Aug	106,0	106,0	107,1	107,2	105,9	104,5	108,2	113,3
Nov	106,5	106,6	107,8	107,6	106,4	104,7	108,7	116,3
1989 Feb	107,5	107,6	108,9	108,4	107,4	105,2	109,6	109,8
Mai	109,1	109,1	110,3	109,8	109,0	106,3	110,9	109,6
Aug	110,0	110,1	111,2	111,0	110,0	107,0	112,1	111,4
Nov	110,8	110,8	111,9	111,9	110,8	107,8	112,7	113,8
1990 Feb	113,2	113,2	114,1	114,0	113,5	110,0	114,6	99,7
Mai	116,2	116,1	116,6	116,6	116,5	113,1	116,6	109,5
Aug	117,6	117,5	118,1	118,4	118,0	114,2	118,3	109,4
Nov	118,6	118,5	119,1	119,5	119,0	115,5	119,0	117,5
1991 Feb	120,5	120,3	121,1	121,1	120,8	117,3	121,0	108,5
Mai	124,3	124,0	124,2	124,1	124,6	121,0	124,2	121,3
Aug	125,8	125,5	125,7	125,8	126,3	122,4	126,3	112,5
Nov	126,5	126,2	126,6	126,5	127,0	123,3	127,0	114,4
1992 Feb	128,5	128,1	128,6	128,1	129,2	125,3	129,2	101,2
Mai	131,0	130,6	131,0	130,1	131,6	127,7	132,1	...
Aug	132,4	132,1	132,4	131,8	133,3	128,9	134,8	...

[1]) Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer.
[2]) Bis 1965 ohne Berlin (West).
[3]) Einschließlich Schönheitsreparaturen.

Tabelle 80*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])
4-Personen-Haushalte[2])
1970 = 100

Zeitraum[3])	Gesamtlebenshaltung	Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1950	64,5	64,6	103,5	41,4	56,0	84,2	76,4	65,2	55,2	61,2
1951	69,6	70,6	101,5	42,1	60,6	93,1	84,7	70,1	59,8	68,6
1952	71,0	73,7	103,1	42,8	65,1	92,3	78,9	69,6	61,4	71,6
1953	69,8	72,5	96,6	44,3	67,2	87,6	74,8	67,7	60,6	72,2
1954	69,9	73,4	89,6	44,3	70,9	86,1	73,8	67,3	59,6	72,7
1955	71,0	74,9	88,8	45,6	72,6	86,7	73,8	69,1	60,9	73,1
1956	72,8	77,1	88,6	48,6	74,0	88,5	74,5	70,4	62,5	72,4
1957	74,4	78,4	88,5	49,2	75,9	91,8	77,3	71,6	64,5	73,0
1958	75,9	80,0	88,3	50,0	79,1	92,3	79,6	73,2	66,2	78,5
1959	76,7	81,4	87,4	51,3	79,8	91,1	79,3	74,0	67,3	79,7
1960	77,8	81,9	87,3	54,4	80,7	91,0	80,8	75,1	69,1	80,9
1961	79,6	82,8	87,3	59,1	82,1	92,9	82,6	77,1	71,6	83,2
1962	81,9	86,1	88,1	61,1	83,6	94,4	84,8	79,9	74,8	84,2
1963	84,4	88,9	88,9	64,6	85,8	94,8	86,8	81,8	77,6	87,8
1964	86,4	91,0	89,5	68,6	87,0	95,5	88,5	83,3	80,2	88,7
1965	89,3	95,2	89,7	72,6	88,6	97,2	90,9	85,9	83,3	89,6
1966	92,4	97,5	93,3	79,2	89,7	98,4	93,8	89,7	86,6	93,1
1967	93,8	96,9	95,9	84,1	90,6	97,8	95,1	91,1	89,6	96,0
1968	95,0	95,0	97,5	89,5	96,9	96,6	95,1	95,7	93,9	97,9
1969	96,9	97,7	97,4	96,1	97,1	96,7	96,0	96,9	95,5	97,5
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	104,3	102,5	105,9	103,4	104,1	106,0	105,0	104,4	109,2
1972	110,7	110,3	108,0	112,1	107,3	107,8	112,5	109,7	108,9	115,9
1973	118,2	118,5	115,4	119,4	120,1	111,7	121,1	115,0	115,6	123,2
1974	126,3	125,4	118,2	126,3	137,0	119,5	130,0	122,7	126,3	134,0
1975	134,0	132,9	121,8	135,8	154,0	125,7	136,6	130,2	135,5	140,9
1976	139,9	140,2	126,0	143,0	163,6	128,4	141,4	134,3	141,0	147,0
1977	144,8	143,7	140,3	147,7	165,1	132,6	148,4	138,0	145,3	150,2
1978	148,4	146,2	141,0	151,9	169,1	136,4	155,1	142,0	149,9	154,1
1979	154,0	149,0	142,6	156,9	196,4	139,7	162,1	146,3	155,8	161,7
1980	162,1	155,3	147,0	165,1	215,5	146,5	171,9	152,1	163,0	173,3
1981	172,3	163,6	151,5	172,6	252,1	153,7	180,8	160,2	173,3	188,1
1982	181,5	171,6	166,8	181,4	272,6	159,4	189,1	171,9	183,5	193,8
1983	187,4	174,9	174,3	191,2	270,9	162,8	194,9	181,3	192,3	200,5
1984	191,9	178,1	174,9	198,5	279,7	165,6	199,9	183,8	198,2	204,9
1985	195,7	178,9	178,0	204,8	290,2	167,6	204,7	188,2	202,4	210,2
1986	195,3	178,6	182,5	208,6	263,9	167,7	209,0	191,4	206,7	203,4
1987	195,5	178,2	179,6	211,9	237,3	170,5	211,7	194,6	210,5	204,4
1988	197,6	178,4	179,7	216,9	231,1	171,7	214,4	198,7	216,1	207,0
1989	203,3	182,0	185,0	223,9	240,1	174,0	217,3	206,3	221,2	217,5
1990	208,8	188,1	188,9	231,3	250,2	177,0	220,5	210,1	227,5	222,2
1991	216,2	193,8	192,0	241,0	262,3	181,8	226,2	214,9	234,6	233,9
1991 1. Vj.	212,6	191,1	190,3	236,6	261,8	180,4	223,9	212,5	231,1	225,3
2. Vj.	214,8	194,2	191,1	239,8	258,9	181,2	225,4	213,9	233,4	228,6
3. Vj.	218,0	194,6	192,3	242,6	262,5	182,1	226,5	215,8	236,2	240,9
4. Vj.	219,5	195,3	194,2	245,1	266,0	183,5	228,8	217,3	237,5	241,0
1992 1. Vj.	222,1	198,8	197,7	248,7	264,3	186,5	230,4	220,1	242,5	241,3
2. Vj.	224,7	201,1	201,0	252,4	265,2	187,3	232,0	222,2	244,9	245,0
3. Vj.	225,5	199,2	202,3	256,0	265,0	187,4	233,1	224,0	247,2	245,6

[1]) Gliederung nach Bedarfsgruppen.
[2]) Von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen.
[3]) Bis 1959 ohne Saarland; bis 1961 ohne Berlin (West).

Tabelle 81*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])
4-Personen-Haushalte[2])
1985 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung		Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[3])	Bekleidung, Schuhe[4])	Wohnungsmieten	Energie[5]) (ohne Kraftstoffe)	Möbel, Haushaltsgeräte[6])	Güter für			
	einschl. Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[3])	ohne Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[3])						die Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung, Freizeit	die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art
1962	41,8	38,6	48,4	41,6	29,7	28,2	49,8	38,2	39,0	47,2	38,8
1963	43,1	39,8	49,8	42,6	31,3	29,0	50,7	39,3	40,8	47,8	40,1
1964	44,1	40,8	50,9	43,4	33,2	29,4	51,5	40,3	41,2	48,8	41,4
1965	45,6	42,0	52,7	44,6	35,1	29,9	52,8	41,7	41,6	50,1	42,6
1966	47,2	43,8	54,2	46,0	38,5	30,4	53,9	44,0	43,3	51,5	44,0
1967	47,9	44,9	54,2	46,7	41,0	30,7	53,9	44,9	44,6	52,6	45,8
1968	48,5	46,3	53,6	46,6	43,8	32,8	53,7	47,8	45,4	54,3	47,7
1969	49,5	47,2	54,7	47,0	47,0	32,9	53,8	48,5	45,1	54,8	48,5
1970	51,1	48,9	56,0	49,0	48,9	33,9	55,6	50,4	46,4	57,5	49,6
1971	53,7	51,8	58,1	52,0	51,8	35,0	58,3	53,3	49,3	60,3	54,7
1972	56,6	54,5	61,4	55,1	54,7	36,4	60,5	56,0	52,3	62,5	57,4
1973	60,4	58,0	65,9	59,2	58,4	40,8	62,7	59,2	55,9	65,8	60,6
1974	64,5	62,5	69,1	63,6	61,7	46,7	67,2	63,6	61,5	71,6	63,9
1975	68,4	66,7	72,8	66,8	66,3	52,4	71,2	67,6	65,4	76,1	66,1
1976	71,5	69,4	76,4	69,1	69,8	55,8	73,0	70,1	68,7	78,3	68,0
1977	73,9	71,4	79,9	72,5	72,1	56,3	75,2	72,4	70,0	79,6	71,6
1978	75,8	73,6	81,0	75,8	74,2	57,7	77,8	74,9	72,1	81,0	74,0
1979	78,7	77,1	82,5	79,3	76,6	67,3	80,2	77,6	75,6	83,1	77,4
1980	82,8	81,6	85,8	84,0	80,6	73,9	85,1	81,2	81,8	85,1	80,7
1981	88,1	87,4	89,9	88,3	84,2	86,8	90,0	84,9	89,4	88,8	86,1
1982	92,7	91,6	95,4	92,4	88,5	93,9	94,1	91,4	92,2	92,9	90,8
1983	95,8	95,0	97,8	95,2	93,4	93,2	96,7	96,9	95,5	96,1	94,7
1984	98,0	97,5	99,2	97,7	96,9	96,3	98,6	98,8	97,7	98,5	96,7
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,8	99,6	100,5	102,1	101,8	90,6	101,1	101,2	94,9	100,9	104,4
1987	99,9	99,9	99,9	103,4	103,4	81,2	102,2	102,4	95,5	101,6	107,0
1988	101,0	101,3	100,0	104,7	105,9	79,0	103,2	103,2	96,7	102,8	110,6
1989	103,9	104,5	102,3	106,1	109,3	82,2	104,7	108,9	101,9	104,0	114,1
1990	106,7	107,2	105,4	107,7	112,9	85,7	106,9	110,7	104,7	106,1	116,3
1991	110,5	108,9	108,2	110,5	117,7	90,0	110,0	113,6	111,0	108,3	119,8
1989 1. Vj.	103,0	103,6	101,3	105,6	108,1	80,8	104,0	108,3	100,5	103,9	113,6
2. Vj.	104,0	104,6	102,5	106,0	109,0	81,5	104,5	108,7	103,4	103,9	114,0
3. Vj.	104,0	104,6	102,3	106,2	109,7	82,0	105,0	109,0	101,8	103,8	114,4
4. Vj.	104,6	105,2	103,1	106,6	110,4	84,4	105,4	109,5	101,9	104,5	114,3
1990 1. Vj.	105,7	106,1	104,8	106,9	111,5	84,6	106,0	110,0	102,8	106,2	115,6
2. Vj.	106,4	106,5	105,8	107,3	112,5	84,0	106,7	110,4	103,1	106,0	116,4
3. Vj.	106,9	107,5	105,4	107,7	113,5	85,5	107,2	110,9	105,4	105,9	116,3
4. Vj.	107,9	108,6	105,5	108,7	114,3	88,8	107,7	111,4	107,5	106,6	116,7
1991 1. Vj.	108,7	109,3	106,8	109,3	115,5	89,8	108,4	112,2	106,2	107,7	118,4
2. Vj.	109,8	110,3	108,2	110,1	117,1	88,7	109,6	113,0	108,3	108,1	118,6
3. Vj.	111,4	112,4	108,6	110,7	118,4	90,0	110,4	114,1	114,7	108,2	120,9
4. Vj.	112,2	113,2	109,2	111,8	119,6	91,3	111,4	115,0	114,6	109,1	121,4
1992 1. Vj.	113,5	114,3	111,1	112,6	121,4	90,6	112,3	116,2	114,5	111,9	123,8
2. Vj.	114,8	115,6	112,5	113,3	123,2	90,9	113,3	117,1	116,4	112,3	125,1
3. Vj.	115,2	116,4	111,9	113,9	125,0	90,8	114,0	117,9	116,8	112,6	126,0

[1]) Gliederung in Haupt-/Untergruppen nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (Ausgabe 1983).
[2]) Von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen.
[3]) Einschließlich Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen und Gaststätten.
[4]) Einschließlich Änderungen und Reparaturen.
[5]) Elektrizität, Gas, flüssige und feste Brennstoffe sowie Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme.
[6]) Einschließlich anderer Güter für die Haushaltsführung.

Tabelle 82*

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte[1])

1985 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung		Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[2])	Bekleidung, Schuhe[3])	Wohnungsmieten	Energie[4]) (ohne Kraftstoffe)	Möbel, Haushaltsgeräte[5])	Güter für			
	einschl. Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[2])	ohne Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[2])						die Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung, Freizeit	die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art
1962	41,1	38,3	48,0	43,0	31,0	25,2	48,0	33,8	38,6	46,1	41,6
1963	42,4	39,5	49,4	43,8	32,7	26,0	48,9	34,9	39,9	47,4	42,4
1964	43,3	40,4	50,5	44,4	34,6	26,5	49,4	36,2	40,3	49,2	43,0
1965	44,7	41,7	52,3	45,4	36,5	27,0	50,3	37,9	40,7	50,8	44,1
1966	46,3	43,3	53,9	46,7	39,4	27,4	51,3	40,5	42,3	52,6	45,2
1967	47,1	44,5	53,8	47,2	42,1	27,8	51,4	41,8	43,7	54,3	46,2
1968	47,8	45,8	53,4	47,2	45,2	29,3	51,5	44,1	44,9	55,8	47,6
1969	48,8	46,6	54,6	47,7	48,0	29,3	51,8	45,2	44,6	56,3	48,4
1970	50,4	48,5	55,9	49,7	50,1	30,6	53,9	47,7	45,9	59,1	49,3
1971	53,1	51,4	58,0	52,5	53,2	32,3	56,8	50,9	49,0	61,8	52,9
1972	56,0	54,1	61,3	55,8	56,4	33,8	59,2	54,2	52,4	63,9	55,2
1973	59,9	57,8	65,9	59,9	59,7	39,3	61,7	58,0	56,3	67,2	58,1
1974	64,1	62,5	69,0	64,5	62,7	45,9	66,4	62,8	62,0	72,9	61,4
1975	67,9	66,4	72,6	67,7	66,8	50,7	70,6	67,3	65,9	77,3	63,8
1976	70,8	69,2	76,0	69,9	70,1	54,2	72,8	70,4	68,7	79,7	65,9
1977	73,4	71,4	79,7	73,3	72,4	54,6	75,0	73,2	70,2	81,0	69,4
1978	75,4	73,7	80,8	76,6	74,6	56,0	77,7	76,1	72,2	82,4	72,1
1979	78,5	77,3	82,2	79,9	77,0	67,7	80,2	79,4	75,5	84,5	75,4
1980	82,8	81,9	85,5	84,5	80,8	74,9	85,1	83,8	81,2	86,2	80,1
1981	88,0	87,4	89,7	88,8	84,4	87,0	90,0	88,1	88,2	89,4	85,8
1982	92,6	91,8	95,2	92,7	88,7	94,0	94,1	93,0	91,4	93,1	91,0
1983	95,7	95,0	97,7	95,5	93,4	93,2	96,8	96,9	95,1	96,1	94,9
1984	98,0	97,6	99,2	97,7	97,0	96,4	98,6	98,8	97,5	98,5	96,7
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,9	99,7	100,6	101,9	101,8	88,5	101,1	101,4	96,4	100,9	103,6
1987	100,1	100,1	100,1	103,2	103,4	80,3	102,2	103,2	97,4	101,6	106,0
1988	101,4	101,7	100,3	104,5	105,6	78,1	103,3	104,7	98,9	102,7	110,0
1989	104,2	104,7	102,6	106,0	108,8	82,0	104,9	108,6	103,3	103,8	113,1
1990	107,0	107,4	105,6	107,5	112,5	85,5	107,3	110,3	106,1	106,1	115,3
1991	110,7	111,3	108,6	110,1	117,3	89,4	110,5	113,8	112,1	108,1	118,0
1989 1. Vj.	103,3	103,8	101,7	105,5	107,7	80,6	104,1	108,0	102,1	103,8	112,4
2. Vj.	104,3	104,7	102,8	105,9	108,5	81,3	104,7	108,5	104,4	103,7	113,0
3. Vj.	104,3	104,8	102,5	106,0	109,2	81,7	105,2	108,7	103,2	103,4	113,5
4. Vj.	104,9	105,4	103,2	106,5	109,9	84,4	105,7	109,1	103,4	104,2	113,6
1990 1. Vj.	106,1	106,4	105,0	106,7	111,0	84,2	106,3	109,7	104,5	106,4	115,2
2. Vj.	106,7	106,8	106,1	107,1	112,0	83,1	107,0	110,1	104,7	106,0	115,9
3. Vj.	107,1	107,5	105,6	107,5	113,1	85,2	107,6	110,4	106,5	105,7	115,2
4. Vj.	108,1	108,8	105,7	108,5	113,9	89,5	108,2	111,0	108,8	106,5	115,0
1991 1. Vj.	109,0	109,5	107,2	109,0	115,1	89,9	108,9	112,1	107,9	107,7	116,4
2. Vj.	110,0	110,4	108,7	109,7	116,8	87,8	110,1	113,0	110,0	107,9	116,8
3. Vj.	111,6	112,3	109,1	110,3	118,1	89,2	111,0	114,5	115,1	108,0	119,3
4. Vj.	112,4	113,2	109,5	111,4	119,3	90,6	112,0	115,6	115,4	108,9	119,6
1992 1. Vj.	113,7	114,4	111,5	112,2	121,1	89,6	113,0	116,7	115,4	112,2	121,6
2. Vj.	114,9	115,5	112,9	112,9	122,9	90,0	114,1	117,6	117,2	112,4	122,5
3. Vj.	115,4	116,4	112,2	113,5	124,5	89,7	114,8	118,3	117,7	112,4	124,2

[1]) Gliederung in Haupt-/Untergruppen nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (Ausgabe 1983).
[2]) Einschließlich Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen und Gaststätten.
[3]) Einschließlich Änderungen und Reparaturen.
[4]) Elektrizität, Gas, flüssige und feste Brennstoffe sowie Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme.
[5]) Einschließlich anderer Güter für die Haushaltsführung.

Tabelle 83*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])

1985 = 100

Zeitraum	Aller privaten Haushalte					4-Personen-Haushalte[2])				
	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel[3])	Wohnungsnutzung[4])	Dienstleistungen[5])	Sonstige Waren[6])	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel[3])	Wohnungsnutzung[4])	Dienstleistungen[5])	Sonstige Waren[6])
1962	41,1	49,5	31,2	33,1	45,4	41,8	49,6	30,0	34,4	45,1
1963	42,4	51,1	32,9	34,7	46,0	43,1	51,2	31,6	36,1	45,7
1964	43,3	52,3	34,7	36,1	46,4	44,1	52,4	33,5	37,4	46,3
1965	44,7	54,5	36,7	37,6	47,0	45,6	54,7	35,4	38,7	47,1
1966	46,3	55,9	39,6	39,9	47,8	47,2	56,0	38,8	40,7	48,2
1967	47,1	55,4	42,2	41,4	48,4	47,9	55,5	41,2	41,9	48,8
1968	47,8	54,2	45,2	43,6	48,8	48,5	54,2	44,1	44,1	49,3
1969	48,8	55,9	48,0	44,5	48,8	49,5	55,8	47,2	45,0	49,3
1970	50,4	57,0	50,1	46,5	50,4	51,1	56,9	49,1	47,0	50,9
1971	53,1	59,3	53,1	50,1	52,7	53,7	59,4	51,8	50,8	53,1
1972	56,0	62,8	56,3	53,5	55,1	56,6	62,8	54,9	54,2	55,6
1973	59,9	67,9	59,6	57,3	58,9	60,4	67,4	58,4	58,0	59,1
1974	64,1	71,5	62,6	61,6	63,6	64,5	71,3	61,6	62,4	63,5
1975	67,9	75,9	66,5	65,6	67,1	68,4	75,6	66,2	66,1	67,1
1976	70,8	79,6	69,8	68,7	69,6	71,5	79,7	69,8	69,0	69,5
1977	73,4	81,4	72,1	72,1	72,1	73,9	81,5	72,0	72,2	72,2
1978	75,4	82,4	74,2	74,8	74,1	75,8	82,4	74,1	74,8	74,1
1979	78,5	83,8	76,5	78,3	77,8	78,7	83,8	76,4	78,3	77,5
1980	82,8	87,4	80,3	82,0	82,6	82,8	87,3	80,4	81,9	82,2
1981	88,0	92,0	83,9	87,1	88,6	88,1	91,8	83,9	86,9	88,4
1982	92,6	96,5	88,5	91,9	93,3	92,7	96,4	88,5	91,6	93,2
1983	95,7	98,0	93,5	95,6	95,7	95,8	97,9	93,5	95,5	95,7
1984	98,0	99,8	97,0	97,9	97,8	98,0	99,7	96,9	97,8	97,7
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,9	99,6	101,8	102,3	97,7	99,8	99,7	101,8	102,5	97,8
1987	100,1	99,1	103,4	104,3	96,6	99,9	99,2	103,5	104,4	96,6
1988	101,4	99,1	105,6	107,2	96,9	101,0	99,2	105,8	107,1	96,8
1989	104,2	101,3	108,7	109,9	99,9	103,9	101,2	109,2	109,8	100,0
1990	107,0	104,9	112,5	112,6	102,1	106,7	104,7	112,9	112,5	102,2
1991	110,7	108,2	117,3	116,5	105,4	110,5	107,7	117,7	116,6	105,7
1989 1. Vj.	103,3	100,1	107,6	109,1	99,1	103,0	100,1	108,1	109,1	99,3
2. Vj.	104,3	101,9	108,4	109,8	100,0	104,0	101,6	108,9	109,7	100,3
3. Vj.	104,3	101,1	109,1	110,2	99,8	104,0	101,0	109,6	110,1	99,9
4. Vj.	104,9	101,9	109,8	110,6	100,5	104,6	102,0	110,3	110,4	100,5
1990 1. Vj.	106,1	104,5	110,9	112,1	101,2	105,7	104,1	111,4	111,7	101,2
2. Vj.	106,7	105,9	112,0	112,7	101,1	106,4	105,3	112,5	112,4	101,3
3. Vj.	107,1	104,8	113,1	112,7	102,1	106,9	104,6	113,5	112,7	102,4
4. Vj.	108,1	104,6	113,9	113,0	103,9	107,9	104,6	114,3	113,2	103,9
1991 1. Vj.	109,0	106,6	115,1	114,2	104,0	108,7	106,2	115,5	114,5	104,0
2. Vj.	110,0	108,8	116,7	115,6	104,3	109,8	108,0	117,1	115,7	104,5
3. Vj.	111,6	108,7	118,1	117,7	106,2	111,4	108,2	118,5	117,8	106,7
4. Vj.	112,4	108,7	119,3	118,3	107,0	112,2	108,5	119,6	118,4	107,4
1992 1. Vj.	113,7	110,9	121,0	120,7	107,4	113,5	110,5	121,3	121,1	107,8
2. Vj.	114,9	112,4	122,8	121,8	108,4	114,8	111,8	123,2	122,5	108,8
3. Vj.	115,4	110,6	124,4	123,2	108,6	115,2	110,5	124,9	123,6	109,1

[1]) Gliederung nach Waren, Leistungen und Wohnungsnutzung.
[2]) Von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen.
[3]) Ohne Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten sowie Beherbergungsleistungen.
[4]) Wohnungsmieten (auch Mietwerte der Eigentümerwohnungen) und Garagenmieten.
[5]) Einschließlich Reparaturen, Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten.
[6]) Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter. Im wesentlichen zählen dazu: Genußmittel, Bekleidung, Schuhe, Elektrizität, Gas, Waren für die Haushaltsführung, Waren für die Gesundheits- und Körperpflege.

Tabelle 84*

Preisindex für die Lebenshaltung[1]) für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost

2. Halbjahr 1990/1. Halbjahr 1991 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Nahrungsmittel	Wohnungsnutzung[2])	Dienstleistungen[3])	Sonstige Waren[4])	Insgesamt	Nahrungsmittel	Wohnungsnutzung[2])	Dienstleistungen[3])	Sonstige Waren[4])
	Alle Arbeitnehmerhaushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte[5])				
Gewicht	1 000	206,14	30,50	179,57	583,79	1 000	208,63	27,43	173,53	590,41
1991	108,3	102,2	169,0	113,1	105,9	108,2	102,1	168,3	114,8	105,7
1990 3. Vj.	94,3	99,1	97,4	86,9	94,8	94,3	99,2	97,4	85,8	94,9
4. Vj.	96,9	97,4	97,4	91,8	98,3	97,0	97,6	97,4	91,2	98,5
1991 1. Vj.	103,2	100,8	101,9	108,0	102,6	103,1	100,8	101,9	108,3	102,5
2. Vj.	105,5	102,6	103,3	113,2	104,3	105,6	102,5	103,3	114,7	104,1
3. Vj.	106,9	102,8	103,5	114,8	106,1	107,2	102,5	103,5	117,1	106,1
4. Vj.	117,8	102,7	367,4	116,4	110,5	117,0	102,5	364,5	119,1	110,0
1992 1. Vj.	119,3	104,0	369,2	120,6	111,2	118,4	103,8	366,4	123,1	110,7
2. Vj.	120,5	104,8	371,0	124,2	111,8	119,7	104,5	368,3	126,7	111,4
3. Vj.	120,7	103,4	371,1	126,2	112,0	119,9	103,3	368,4	128,7	111,6
1990 Juli	93,8	102,9	97,4	85,1	93,1	93,6	102,8	97,4	83,6	93,2
August	93,9	97,7	97,4	87,2	94,5	93,8	97,8	97,4	85,7	94,7
September	95,3	96,7	97,4	88,5	96,8	95,4	96,9	97,4	88,1	96,9
Oktober	96,8	97,0	97,4	91,4	98,4	96,9	97,2	97,4	90,9	98,6
November	96,6	96,5	97,4	91,9	98,1	96,6	96,6	97,4	91,2	98,2
Dezember	97,3	98,8	97,4	92,1	98,4	97,4	98,9	97,4	91,4	98,6
1991 Januar	102,5	100,1	99,6	105,8	102,5	102,5	100,2	99,6	106,1	102,4
Februar	102,9	100,6	102,9	107,9	102,2	102,8	100,6	102,9	108,1	102,1
März	104,1	101,7	103,2	110,4	103,0	104,0	101,6	103,2	110,7	102,9
April	105,1	102,6	103,2	112,5	103,8	105,2	102,5	103,2	113,8	103,7
Mai	105,6	102,2	103,3	113,2	104,6	105,7	102,0	103,3	114,9	104,4
Juni	105,9	103,1	103,3	113,9	104,5	105,9	102,9	103,3	115,5	104,3
Juli	106,7	103,7	103,5	114,0	105,7	107,0	103,3	103,5	116,1	105,7
August	106,8	102,7	103,5	114,7	106,1	107,1	102,5	103,5	116,9	106,1
September	107,1	101,9	103,5	115,6	106,5	107,4	101,8	103,5	118,2	106,5
Oktober	117,3	101,9	367,0	116,0	110,2	116,6	101,8	364,1	118,6	109,7
November	118,0	103,2	367,4	116,5	110,6	117,2	103,0	364,6	119,2	110,2
Dezember	118,0	103,0	367,7	116,8	110,6	117,3	102,8	364,9	119,5	110,2
1992 Januar	118,8	103,7	368,7	119,6	110,8	117,9	103,5	365,9	121,7	110,4
Februar	119,2	104,2	368,6	120,6	111,1	118,4	104,0	365,8	123,2	110,6
März	119,8	104,1	370,2	121,7	111,7	119,0	103,9	367,5	124,4	111,2
April	120,0	104,5	371,0	122,7	111,6	119,2	104,2	368,3	125,3	111,2
Mai	120,6	104,8	371,0	124,7	111,9	119,8	104,5	368,3	127,2	111,5
Juni	120,8	105,1	370,9	125,2	111,9	120,0	104,8	368,2	127,7	111,6
Juli	120,7	104,1	371,0	125,8	111,9	119,9	103,9	368,3	128,3	111,6
August	120,6	103,3	371,2	126,2	112,0	119,8	103,1	368,5	128,7	111,5
September	120,7	102,8	371,2	126,6	112,1	119,9	102,8	368,5	129,2	111,7

[1]) Gliederung nach Waren, Leistungen und Wohnungsnutzung.
[2]) Wohnungsmiete einschließlich Nebenkosten (ohne Energie) sowie Garagennutzung.
[3]) Einschließlich Reparaturen.
[4]) Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter. Im wesentlichen zählen dazu: Genußmittel, Bekleidung, Schuhe, Elektrizität, Gas, Waren für die Haushaltsführung. Waren für die Gesundheits- und Körperpflege.
[5]) Mit mittlerem Einkommen.

Tabelle 85*

Preisentwicklung gegenüber 1985 nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen[1])

1985 = 100

Zeitraum[2])	Brutto-sozial-produkt	Einfuhr[3])	Letzte Verwendung von Gütern[4])	Ausfuhr[3])	Letzte inländische Verwendung von Gütern					
					insgesamt[5])	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen		
								zusammen	Ausrüstungen	Bauten
1960	35,2	41,2	36,0	42,3	35,0	38,6	25,4	33,6	42,1	30,1
1961	37,0	40,3	37,4	42,1	36,6	39,9	27,1	35,8	43,6	32,3
1962	38,5	40,4	38,7	43,1	38,0	41,1	28,5	38,3	45,2	35,1
1963	39,7	41,4	39,9	43,6	39,3	42,3	30,2	39,8	45,9	37,0
1964	40,9	42,2	41,1	44,8	40,4	43,3	31,0	40,9	46,9	38,3
1965	42,4	43,4	42,6	46,1	42,0	44,7	33,2	41,9	48,2	39,0
1966	43,9	44,3	43,9	47,4	43,3	46,3	34,8	42,9	49,8	39,9
1967	44,5	43,6	44,4	47,3	43,8	47,0	35,7	42,4	50,9	38,8
1968	45,5	43,6	45,2	47,3	44,8	47,7	36,7	42,9	49,9	39,7
1969	47,5	44,6	46,9	49,1	46,5	48,6	39,6	45,4	51,3	42,4
1970	51,1	44,3	49,8	51,5	49,4	50,4	43,4	51,5	54,5	49,8
1971	55,1	45,0	53,1	53,7	52,9	52,9	49,1	55,4	57,5	54,2
1972	58,0	45,9	55,5	55,0	55,7	55,9	52,5	57,5	59,0	56,8
1973	61,6	49,7	59,2	58,7	59,4	59,5	57,8	60,5	61,4	60,0
1974	65,9	61,1	65,0	67,5	64,3	63,7	64,8	65,0	66,1	64,4
1975	69,8	62,6	68,3	70,4	67,7	67,5	68,9	67,5	71,4	65,3
1976	72,3	66,2	71,0	73,0	70,5	70,4	71,7	70,1	74,0	67,9
1977	75,0	67,5	73,4	74,4	73,1	72,7	75,0	72,6	76,0	70,6
1978	78,2	66,4	75,6	75,7	75,6	74,7	77,7	76,1	78,3	74,7
1979	81,2	71,9	79,1	79,4	79,0	77,9	81,2	81,0	80,6	81,2
1980	85,2	80,7	84,2	84,3	84,1	82,4	86,2	87,2	84,0	89,3
1981	88,7	90,1	89,0	89,2	89,0	87,7	90,5	91,5	88,2	93,6
1982	92,6	92,6	92,6	92,5	92,7	92,3	93,6	94,3	92,5	95,4
1983	95,8	93,3	95,3	94,2	95,6	95,4	96,3	96,1	95,3	96,7
1984	97,9	97,7	97,8	97,4	98,0	98,0	97,8	98,6	97,7	99,2
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	103,3	89,3	100,0	98,7	100,4	99,5	102,0	101,4	100,9	101,7
1987	105,3	85,5	100,5	97,9	101,4	100,1	104,3	102,5	101,3	103,5
1988	106,9	87,1	102,0	99,7	102,8	101,5	106,0	104,1	102,4	105,6
1989	109,7	91,4	105,0	102,6	106,0	104,6	109,4	107,0	104,8	109,0
1990	113,5	91,2	107,5	103,3	109,2	107,4	113,4	111,3	106,5	115,7
1991	118,2	93,6	111,2	105,3	113,8	111,5	118,9	116,5	109,2	123,7
1988 1. Vj.	104,9	85,3	100,0	98,2	100,6	101,0	99,7	103,1	101,6	104,3
2. Vj.	105,9	86,6	101,1	99,1	101,7	101,5	101,7	103,8	101,9	105,3
3. Vj.	106,3	88,4	101,8	100,2	102,4	101,4	103,7	104,5	102,6	105,8
4. Vj.	110,3	88,2	104,9	101,3	106,3	101,9	117,5	104,8	103,0	106,6
1989 1. Vj.	107,5	89,8	103,0	101,3	103,7	104,1	103,4	105,6	103,7	107,2
2. Vj.	108,4	92,9	104,4	102,5	105,1	104,8	104,3	107,0	104,9	108,6
3. Vj.	109,1	92,2	104,8	103,0	105,5	104,5	107,1	107,5	105,0	109,4
4. Vj.	113,6	90,5	107,6	103,4	109,3	105,0	122,1	107,7	105,2	110,4
1990 1. Vj.	110,7	90,2	105,3	102,3	106,5	106,4	107,2	109,0	105,1	112,5
2. Vj.	112,1	91,4	106,6	103,1	108,0	106,8	108,9	111,4	106,8	115,4
3. Vj.	113,5	90,9	107,4	103,5	109,0	107,6	110,8	112,1	106,5	116,7
4. Vj.	117,2	92,3	110,4	104,2	113,1	108,5	126,1	112,3	107,3	117,8
1991 1. Vj.	114,3	91,5	107,8	103,8	109,6	109,5	109,7	113,5	107,2	120,0
2. Vj.	117,3	93,5	110,5	105,1	112,8	110,5	116,1	117,0	109,9	123,5
3. Vj.	118,3	95,4	111,8	105,9	114,4	112,7	116,4	117,6	109,0	124,9
4. Vj.	122,6	93,7	114,4	106,2	118,2	112,9	132,3	117,5	110,1	125,6
1992 1. Vj.	120,0	92,3	111,8	105,9	114,6	114,4	114,8	118,9	110,1	127,6
2. Vj.	122,3	94,3	114,2	107,0	117,4	115,9	118,5	121,8	112,5	130,0

[1]) Paasche-Preisindex mit wechselnder Gewichtung (Warenkorb des jeweiligen Berichtszeitraums).
[2]) Ab 1990 vorläufige Ergebnisse.
[3]) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Einfuhr und Ausfuhr enthalten Güterverkehr mit Ostdeutschland.
[4]) Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen (Ausrüstungen, Bauten und Vorratsveränderung) und Ausfuhr.
[5]) Einschließlich Vorratsveränderung.

Tabelle 86*

Löhne und Gehälter

1985 = 100

Zeitraum[1]	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[2]	Brutto-			Tarifliche					
		stunden-	wochen-	monats-	Stunden-		Wochen-		Monatsgehälter[4]	
		verdienste[3]			löhne[4]					
		Industrie[5]		Industrie[5] und Handel[6]	Produzierendes Gewerbe[7]	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe[7]	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe[7]	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften
1960	17,4	17,0	19,0	18,6	18,1	17,9	20,2	20,0	21,0	22,1
1961	19,1	18,8	20,9	20,2	19,5	19,3	21,6	21,6	22,7	23,8
1962	20,9	20,9	23,1	21,9	21,5	21,2	23,5	23,3	24,5	25,6
1963	22,2	22,5	24,6	23,4	22,9	22,7	24,8	24,7	25,8	27,1
1964	24,2	24,4	26,6	24,9	24,5	24,2	26,1	25,9	27,1	28,4
1965	26,4	26,7	29,3	26,9	26,4	26,1	27,9	27,7	28,9	30,2
1966	28,3	28,5	30,9	28,9	28,3	27,9	29,7	29,6	30,6	32,0
1967	29,2	29,4	30,7	30,0	29,6	29,2	30,6	30,5	31,6	33,0
1968	31,0	30,7	32,8	31,4	30,8	30,4	31,8	31,7	32,7	34,1
1969	33,9	33,5	36,4	33,9	32,8	32,5	33,8	33,7	34,7	36,2
1970	39,1	38,4	41,9	38,1	37,1	36,7	37,9	37,8	38,6	39,9
1971	43,5	42,6	45,6	42,0	42,0	41,8	42,8	42,9	42,8	44,4
1972	47,4	46,4	49,2	45,7	45,6	45,7	46,5	46,8	46,7	48,2
1973	52,6	51,2	54,3	50,3	49,9	50,3	50,8	51,3	51,3	52,9
1974	58,3	56,5	58,7	55,5	55,8	56,3	56,8	57,3	57,2	59,0
1975	62,0	61,0	61,3	60,0	60,9	61,5	61,9	62,4	62,4	63,9
1976	66,2	64,8	66,5	63,9	64,3	64,8	65,3	65,7	66,0	67,3
1977	70,7	69,4	71,3	68,3	68,9	69,4	70,0	70,3	70,6	71,7
1978	74,5	73,1	75,1	72,2	72,5	73,1	73,7	74,1	74,2	75,2
1979	78,7	77,4	80,2	76,6	76,7	77,2	77,8	78,2	78,0	79,0
1980	83,9	82,5	84,4	82,0	81,6	82,2	82,9	83,3	82,8	83,7
1981	87,9	87,0	88,1	86,1	86,2	86,7	87,6	87,8	87,3	87,8
1982	91,4	91,1	91,2	90,3	90,0	90,5	91,5	91,6	91,1	91,6
1983	94,3	94,1	93,7	93,3	93,1	93,7	94,6	94,7	94,3	94,7
1984	97,2	96,3	96,8	96,3	95,7	96,1	97,2	97,2	97,0	96,9
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	103,6	103,5	103,1	103,4	103,7	103,8	103,1	103,2	103,1	103,2
1987	106,8	107,6	106,4	107,1	108,0	108,0	107,3	107,1	107,2	107,1
1988	110,0	112,0	110,7	110,9	111,9	111,6	110,2	110,0	110,4	109,9
1989	113,3	116,5	114,8	114,7	116,1	115,8	112,9	112,7	113,2	112,6
1990	118,7	122,5	119,6	119,5	121,6	121,4	117,0	117,0	117,3	116,7
1991	125,7	130,0	125,7	126,3	129,5	129,3	124,2	124,2	124,5	123,8
1989 Jan	104,2	113,6	110,8	112,7	113,5	113,3	111,2	111,1	111,5	111,3
Apr	108,9	116,2	115,0	114,4	116,3	116,0	113,2	112,9	113,4	112,7
Jul	112,1	117,8	116,4	115,4	117,0	116,7	113,5	113,3	113,9	113,1
Okt	127,9	118,3	116,8	116,2	117,4	117,1	113,6	113,5	114,1	113,2
1990 Jan	108,3	118,9	115,2	116,9	118,6	118,5	114,2	114,5	115,0	115,0
Apr	114,5	121,1	118,3	118,2	120,2	120,4	115,8	116,1	116,0	115,8
Jul	116,9	124,7	121,8	120,9	123,5	123,0	118,7	118,4	118,7	117,7
Okt	134,8	125,4	123,0	121,9	124,2	123,6	119,2	118,9	119,6	118,3
1991 Jan	112,5	125,9	120,7	123,1	125,3	125,5	120,3	120,5	121,0	121,2
Apr	122,2	128,0	124,6	124,6	127,5	127,9	122,3	122,8	122,7	122,5
Jul	124,7	132,4	128,2	128,2	132,2	131,7	126,8	126,4	126,8	125,4
Okt	143,2	133,5	129,2	129,3	132,8	132,2	127,4	126,9	127,5	126,0
1992 Jan	119,7	...	...	...	133,6	132,9	128,1	127,5	127,8	126,2
Apr	126,9	...	...	...	138,5	137,1	132,8	131,3	132,1	129,3
Jul	...	...	...	...	139,8	139,3	133,9	133,4	133,9	132,3

[1] Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer: Vierteljahre.
[2] Für die Gesamtwirtschaft, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach dem Inländerkonzept.
[3] Jahresergebnis errechnet als Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten.
[4] Jahreswerte = Durchschnitt aus den 4 Monatswerten.
[5] Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Bauhandwerk.
[6] Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[7] Ohne Spezialbau, Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei, Zimmerei, Dachdeckerei, Ausbaugewerbe.
Bei den Monatsgehältern einschließlich Handel (ohne Handelsvermittlung), Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe

Tabelle 87*

Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule[1])

Jahr	Insgesamt	Mineralöle	Steinkohlen	Braunkohlen	Naturgase[2])	Kernenergie	Wasserkraft	Strom[3])	Sonstige Energieträger[4])
				Früheres Bundesgebiet[5])					
1950	3 971	185	2 893	607	3	—	182		103
1951	4 390	208	3 262	645	3	—	176		97
1952	4 637	226	3 470	668	6	—	182		85
1953	4 557	273	3 341	698	6	—	185		82
1954	4 900	352	3 523	759	9	—	176		82
1955	5 375	454	3 854	800	18	—	179		70
1956	5 721	583	4 042	826	23	—	182		64
1957	5 747	633	4 015	847	23	—	164		64
1958	5 589	824	3 655	844	23	—	188		56
1959	5 686	1 038	3 570	826	26	—	161		64
1960	6 199	1 301	3 760	856	32	—	193		56
1961	6 322	1 574	3 617	859	35	0	191		47
1962	6 779	1 955	3 669	897	44	0	167		47
1963	7 295	2 365	3 719	950	56	0	155		50
1964	7 535	2 737	3 570	964	79	0	132		53
1965	7 755	3 165	3 356	879	106	0	153	45	50
1966	7 816	3 573	2 995	826	129	3	165	78	47
1967	7 819	3 728	2 834	800	167	12	157	74	47
1968	8 455	4 173	2 872	841	275	18	158	71	47
1969	9 232	4 701	2 981	876	387	50	132	62	44
1970	9 870	5 242	2 839	896	543	61	166	79	44
1971	9 948	5 443	2 647	859	707	58	122	65	46
1972	10 383	5 756	2 445	907	898	92	120	118	47
1973	11 092	6 122	2 467	969	1 130	116	138	101	49
1974	10 723	5 519	2 423	1 031	1 362	119	160	58	51
1975	10 191	5 304	1 950	1 009	1 443	207	152	76	50
1976	10 853	5 741	2 072	1 101	1 522	233	121	10	53
1977	10 912	5 682	1 962	1 029	1 627	346	156	58	52
1978	11 401	5 959	2 029	1 052	1 771	345	164	29	52
1979	11 964	6 062	2 223	1 116	1 935	407	163	6	52
1980	11 436	5 443	2 259	1 149	1 887	420	167	55	56
1981	10 964	4 909	2 293	1 167	1 760	518	175	76	66
1982	10 596	4 682	2 247	1 125	1 616	613	173	65	75
1983	10 689	4 645	2 277	1 122	1 663	633	163	100	86
1984	11 022	4 631	2 324	1 124	1 749	892	161	39	102
1985	11 284	4 671	2 327	1 057	1 747	1 206	149	24	103
1986	11 338	4 911	2 278	970	1 736	1 134	158	50	101
1987	11 373	4 785	2 215	914	1 913	1 233	174	36	103
1988	11 425	4 793	2 189	925	1 855	1 375	172	4	112
1989	11 219	4 489	2 150	952	1 945	1 412	156	2	113
1990	11 495	4 707	2 169	939	2 035	1 383	141		115
1991[6])	12 002	4 968	2 227	967	2 181	1 386	152		120
				Neue Bundesländer[7])					
1990	3 300	528	138	2 260	281	64	23		6
1991[6])	2 433	592	100	1 512	246	0	23		6

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Erdgas, Erdölgas, Grubengas und Klärgas.
[3]) Außenhandelssaldo Strom.
[4]) Brennholz, Brenntorf, Außenhandelssaldo Kokereigas sowie Klärschlamm, Müll und Abhitze zur Stromerzeugung.
[5]) Einschließlich Berlin-West.
[6]) Vorläufige Ergebnisse.
[7]) Einschließlich Berlin-Ost.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 88*

Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule[1])

Jahr	Insgesamt	Mineralölprodukte				Kohlen und sonstige feste Brennstoffe[2])	Gase[3])	Strom	Fernwärme
		zusammen	darunter						
			leichtes Heizöl	schweres Heizöl	Kraftstoffe				
					Früheres Bundesgebiet[4])				
1950	2 541	132	3	15	111	2 040	234	123	12
1951	2 940	158	3	20	132	2 336	290	144	12
1952	3 180	191	3	23	161	2 477	340	158	15
1953	3 095	223	6	23	191	2 365	322	173	12
1954	3 329	278	15	38	223	2 497	340	196	18
1955	3 696	363	29	65	267	2 688	407	220	18
1956	3 942	469	59	102	305	2 775	431	246	21
1957	3 948	519	79	123	314	2 702	440	264	23
1958	3 839	674	138	167	366	2 435	428	278	23
1959	3 907	824	185	214	422	2 327	431	299	26
1960	4 270	1 026	281	267	475	2 397	472	340	35
1961	4 390	1 263	381	337	542	2 268	460	360	38
1962	4 771	1 588	572	401	613	2 318	428	387	50
1963	5 170	1 876	744	455	674	2 392	425	419	59
1964	5 281	2 125	838	522	759	2 166	472	457	62
1965	5 399	2 418	1 011	577	824	1 934	478	492	76
1966	5 410	2 655	1 134	610	906	1 682	469	522	82
1967	5 422	2 740	1 196	604	935	1 556	492	542	91
1968	5 818	3 013	1 366	633	1 008	1 518	583	598	106
1969	6 372	3 414	1 641	677	1 087	1 518	654	659	126
1970	6 751	3 791	1 853	733	1 197	1 356	759	718	127
1971	6 761	3 997	1 962	742	1 285	1 057	825	762	120
1972	7 034	4 219	2 064	792	1 355	929	935	824	127
1973	7 442	4 425	2 217	799	1 402	924	1 062	895	136
1974	7 139	3 972	1 926	687	1 352	989	1 118	932	128
1975	6 859	3 967	1 907	622	1 431	781	1 067	912	132
1976	7 293	4 218	2 087	630	1 494	753	1 192	985	145
1977	7 305	4 185	2 007	592	1 580	697	1 268	1 013	142
1978	7 605	4 394	2 131	595	1 662	672	1 320	1 062	157
1979	7 892	4 428	2 121	586	1 715	763	1 424	1 111	166
1980	7 529	4 023	1 748	535	1 736	796	1 432	1 115	163
1981	7 221	3 685	1 546	440	1 694	808	1 437	1 126	165
1982	6 888	3 509	1 403	378	1 723	770	1 334	1 113	162
1983	6 916	3 495	1 398	334	1 758	748	1 361	1 144	168
1984	7 194	3 543	1 425	311	1 800	816	1 463	1 195	177
1985	7 389	3 613	1 536	261	1 806	822	1 533	1 230	191
1986	7 535	3 875	1 678	281	1 904	721	1 509	1 242	188
1987	7 524	3 746	1 544	227	1 966	672	1 634	1 271	201
1988	7 438	3 712	1 442	216	2 047	664	1 588	1 290	184
1989	7 223	3 431	1 145	184	2 094	660	1 630	1 320	182
1990	7 429	3 623	1 251	170	2 195	627	1 653	1 340	187
1991[5])	7 869	3 853	1 442	170	2 233	628	1 808	1 372	208
					Neue Bundesländer[6])				
1990	2 010	355	4	21	329	976	215	267	197
1991[5])	1 553	410	67	21	322	563	182	205	193

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Steinkohle, Steinkohlenkoks, Steinkohlenbriketts, Rohbraunkohle, Braunkohlenbriketts und übrige feste Brennstoffe (Braunkohlenschwelkoks, Braunkohlenkoks, Staub- und Trockenkohle, Hartbraunkohle, Brennholz und Brenntorf).
[3]) Flüssiggas, Raffineriegas, Kokereigas, Gichtgas und Naturgase.
[4]) Einschließlich Berlin-West.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.
[6]) Einschließlich Berlin-Ost.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 89*

Energieverbrauch nach Bereichen

Petajoule[1])

Jahr	Primärenergieverbrauch	Verbrauch und Verluste im Energiesektor[2])	Nichtenergetischer Verbrauch	Endenergieverbrauch						
				insgesamt	darunter Verarbeitendes Gewerbe und übriger Bergbau				Verkehr	Haushalte, Kleinverbraucher, militärische Dienststellen
					zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, übriger Bergbau	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes und Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		
	Früheres Bundesgebiet[3])									
1950	3 971	1 354	76	2 541	1 164	844	91	229	437	941
1951	4 390	1 375	76	2 940	1 345	991	103	252	472	1 123
1952	4 637	1 386	70	3 180	1 471	1 114	108	249	492	1 216
1953	4 557	1 386	76	3 095	1 424	1 064	103	258	501	1 170
1954	4 900	1 477	94	3 329	1 542	1 158	117	267	519	1 269
1955	5 375	1 571	108	3 696	1 750	1 325	138	287	563	1 384
1956	5 721	1 656	123	3 942	1 858	1 410	147	302	598	1 486
1957	5 747	1 676	123	3 948	1 864	1 430	138	296	598	1 486
1958	5 589	1 609	141	3 839	1 808	1 375	147	287	607	1 425
1959	5 686	1 612	167	3 907	1 858	1 421	149	287	651	1 398
1960	6 199	1 726	202	4 270	2 072	1 591	167	314	662	1 536
1961	6 322	1 709	223	4 390	2 081	1 603	170	308	712	1 597
1962	6 779	1 761	246	4 771	2 098	1 574	199	325	759	1 914
1963	7 295	1 832	293	5 170	2 119	1 562	214	343	803	2 248
1964	7 535	1 905	349	5 281	2 268	1 700	220	349	859	2 154
1965	7 755	1 967	390	5 399	2 307	1 715	234	358	885	2 207
1966	7 816	1 937	469	5 410	2 227	1 641	229	358	935	2 248
1967	7 819	1 887	510	5 422	2 210	1 635	217	358	941	2 271
1968	8 455	2 040	598	5 818	2 383	1 761	240	381	991	2 444
1969	9 232	2 210	651	6 372	2 547	1 882	267	399	1 058	2 767
1970	9 870	2 397	722	6 751	2 661	1 948	293	420	1 157	2 933
1971	9 948	2 485	702	6 761	2 584	1 865	289	430	1 246	2 931
1972	10 383	2 584	765	7 034	2 627	1 889	301	437	1 303	3 104
1973	11 092	2 776	874	7 442	2 801	2 045	314	442	1 341	3 300
1974	10 723	2 716	868	7 139	2 804	2 084	286	434	1 283	3 052
1975	10 191	2 644	688	6 859	2 462	1 761	282	419	1 355	3 042
1976	10 853	2 816	744	7 293	2 588	1 851	303	434	1 422	3 283
1977	10 912	2 721	886	7 305	2 580	1 812	317	451	1 501	3 224
1978	11 401	2 860	936	7 605	2 597	1 818	330	449	1 588	3 420
1979	11 964	3 115	957	7 892	2 700	1 913	335	452	1 643	3 549
1980	11 436	3 105	802	7 529	2 581	1 817	325	439	1 666	3 282
1981	10 964	3 018	725	7 221	2 482	1 751	313	418	1 609	3 130
1982	10 596	3 024	684	6 888	2 253	1 560	299	394	1 618	3 017
1983	10 689	3 016	757	6 916	2 221	1 553	290	378	1 650	3 045
1984	11 022	3 067	761	7 194	2 285	1 611	297	377	1 702	3 207
1985	11 284	3 170	725	7 389	2 287	1 607	308	372	1 712	3 390
1986	11 338	3 116	687	7 535	2 201	1 520	309	372	1 805	3 529
1987	11 373	3 159	690	7 524	2 199	1 507	310	382	1 869	3 456
1988	11 425	3 237	750	7 438	2 244	1 573	298	373	1 949	3 245
1989	11 219	3 218	778	7 223	2 284	1 593	304	387	1 989	2 950
1990	11 495	3 275	790	7 429	2 252	...	...	...	2 091	3 085
1991[4])	12 002	3 370	762	7 869	2 266	...	...	...	2 148	3 455
	Neue Bundesländer[5])									
1990	3 300	1 121	168	2 012	725	...	...	...	288	999
1991[4])	2 433	727	152	1 553	484	...	...	...	293	777

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Einschließlich statistischer Differenzen.
[3]) Einschließlich Berlin-West.
[4]) Vorläufige Ergebnisse.
[5]) Einschließlich Berlin-Ost.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 90*

Entwicklung im Mineralölbereich

Jahr	Mineralölverbrauch		Mineralöleinfuhr[1]		Leichtes Heizöl		Schweres Heizöl		Verbrauch an Motorenbenzin und Dieselkraftstoff im Verkehr	Preise für Kraftstoffe[3]
	je Einheit Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985	je Einwohner[2]	insgesamt	je Einheit Bruttosozialprodukt[2] in jew. Preisen	Verbrauch	Verbraucherpreis[3]	Verbrauch	Erzeugerpreis		
	Petajoule[4] pro 1 Mrd DM	Gigajoule[5]	Mio DM	Verhältnis in vH	Petajoule[4]	1985 = 100	Petajoule[4]	1985 = 100	Petajoule[4]	1985 = 100
1950	0,50	3 944	.	.	3	.	15	.	100	.
1951	0,51	4 387	.	.	3	.	20	.	117	.
1952	0,51	4 735	.	.	3	.	23	.	138	.
1953	0,57	5 667	.	.	6	.	23	.	167	.
1954	0,68	7 226	.	.	15	.	38	.	185	.
1955	0,78	9 227	.	.	29	.	65	.	223	.
1956	0,94	11 708	1 449	0,73	59	.	102	.	252	.
1957	0,96	12 551	1 826	0,84	79	.	123	.	270	.
1958	1,20	16 139	1 909	0,82	138	18,2	167	.	311	.
1959	1,40	20 103	2 230	0,87	185	16,4	214	.	352	.
1960	1,52	23 470	2 794	0,92	281	15,9	267	.	402	.
1961	1,76	28 015	3 035	0,92	381	15,9	337	.	460	.
1962	2,09	34 397	3 768	1,05	572	16,3	401	16,2	516	41,0
1963	2,46	41 210	4 357	1,14	744	17,1	455	16,5	563	49,7
1964	2,67	47 213	4 914	1,17	838	16,3	522	14,8	636	40,9
1965	2,93	53 993	4 994	1,09	1 011	15,5	577	14,2	692	40,8
1966	3,21	60 408	5 584	1,15	1 134	14,9	610	15,1	762	39,2
1967	3,36	62 882	6 566	1,33	1 196	16,1	604	15,5	783	42,0
1968	3,57	70 134	7 855	1,47	1 366	17,2	633	14,7	838	44,9
1969	3,74	78 263	7 914	1,32	1 641	16,1	677	14,8	903	41,5
1970	3,97	86 429	8 583	1,27	1 853	17,1	733	16,3	993	40,7
1971	4,00	88 816	11 168	1,49	1 962	18,8	742	21,4	1 080	42,9
1972	4,06	93 332	10 621	1,29	2 064	17,4	792	17,6	1 136	45,0
1973	4,11	98 780	15 009	1,63	2 217	28,8	799	18,8	1 181	50,6
1974	3,70	88 939	32 226	3,28	1 926	37,5	687	37,5	1 129	60,8
1975	3,61	85 785	28 988	2,82	1 907	36,1	622	37,3	1 216	60,4
1976	3,70	93 303	35 264	3,14	2 087	39,7	630	40,5	1 281	64,6
1977	3,56	92 541	34 442	2,88	2 007	39,7	592	41,7	1 361	62,8
1978	3,63	97 169	31 800	2,47	2 131	38,8	595	38,4	1 436	64,2
1979	3,55	98 796	47 791	3,43	2 121	69,2	586	49,3	1 485	70,9
1980	3,15	88 409	62 879	4,26	1 748	79,3	535	66,3	1 506	83,7
1981	2,84	79 586	70 808	4,60	1 546	92,9	440	91,9	1 448	100,0
1982	2,73	75 960	68 094	4,28	1 403	98,2	378	86,9	1 475	98,0
1983	2,67	75 623	63 373	3,78	1 398	90,2	334	87,8	1 506	97,2
1984	2,59	75 701	68 543	3,89	1 425	95,5	311	104,7	1 550	97,5
1985	2,56	76 544	70 084	3,82	1 536	100,0	261	100,0	1 546	100,0
1986	2,63	80 421	33 623	1,74	1 678	54,6	281	45,7	1 630	75,9
1987	2,53	78 344	29 910	1,49	1 544	46,8	227	43,6	1 689	72,0
1988	2,44	78 000	25 382	1,20	1 442	40,3	216	34,0	1 752	70,1
1989	2,21	72 330	29 927	1,33	1 145	54,1	184	44,0	1 778	82,3
1990	2,21	74 415	34 923	1,43	1 251	60,5	170	44,1	...	86,4
1991	2,25	77 581	36 384	1,38	1 442	64,1	170	42,8	...	95,8

[1] Erdöl, roh und Mineralölerzeugnisse (Spezialhandel).
[2] Bruttosozialprodukt, Bruttoinlandsprodukt und Einwohner bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[3] Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.
[4] Petajoule = 10^{15} (Billiarde) Joule.
[5] Gigajoule = 10^{9} (Milliarde) Joule.

Quelle für Verbrauchsangaben: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 91*

Ausgewählte Umweltindikatoren für die Bundesrepublik Deutschland

	Einheit	1975	1980	1982	1986	1987	1988	1989	1990
Für Umweltschutzaktivitäten[1]									
Investitionen[2], insgesamt									
In jeweiligen Preisen	Mio DM	7 214	10 715	10 062	14 841	15 645	16 230	16 717	...
davon:									
nach Umweltbereichen (Anteil)									
— Abfallbeseitigung	vH	*6,5*	*6,4*	*9,6*	*7,4*	*9,5*	*9,5*	*11,7*	...
— Gewässerschutz	vH	*73,8*	*77,8*	*68,3*	*52,3*	*51,5*	*52,2*	*56,5*	...
— Lärmbekämpfung	vH	*2,8*	*3,7*	*4,0*	*3,2*	*3,5*	*3,3*	*3,3*	...
— Luftreinhaltung	vH	*16,9*	*12,2*	*18,1*	*37,1*	*35,5*	*35,0*	*28,4*	...
Nachrichtlich:									
Anteil an den Investitionen der Gesamtwirtschaft	vH	*3,6*	*3,1*	*3,3*	*3,9*	*4,1*	*3,9*	*3,6*	...
Gesamtaufwendungen[3], insgesamt									
In jeweiligen Preisen	Mio DM	9 632	15 439	18 325	23 021	24 745	26 449	28 760	...
davon:									
nach Umweltbereichen (Anteil)									
— Abfallbeseitigung	vH	*25,4*	*25,7*	*25,0*	*24,5*	*24,4*	*24,1*	*24,5*	...
— Gewässerschutz	vH	*52,9*	*53,2*	*53,2*	*51,6*	*50,4*	*49,2*	*48,0*	...
— Lärmbekämpfung	vH	*1,6*	*1,7*	*1,7*	*1,6*	*1,6*	*1,5*	*1,4*	...
— Luftreinhaltung	vH	*20,0*	*19,4*	*20,1*	*22,2*	*23,6*	*25,2*	*26,1*	...
Bruttoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen[4]									
Insgesamt	Mio DM	95 072	160 697	190 807	231 037	246 799	262 484	280 103	304 132
davon:									
nach Umweltbereichen (Anteil)									
— Abfallbeseitigung	vH	*4,9*	*4,9*	*5,1*	*5,5*	*5,5*	*5,7*	*5,9*	*6,1*
— Gewässerschutz	vH	*82,9*	*83,0*	*82,5*	*79,9*	*78,7*	*77,4*	*76,4*	*75,9*
— Lärmbekämpfung	vH	*1,8*	*2,0*	*2,1*	*2,4*	*2,4*	*2,5*	*2,5*	*2,5*
— Luftreinhaltung	vH	*10,4*	*10,1*	*10,3*	*12,2*	*13,4*	*14,4*	*15,2*	*15,5*
Bodennutzung									
Gesamtfläche	1000 ha	24 745	24 869[a]	.	24 869[b]	.	.	24 862	.
darunter (Anteil):									
Siedlungs- und Verkehrsfläche	vH	*10,0*	*11,0*[a]	.	*11,6*[b]	.	.	*12,2*	.
Energieintensität[5]	80=100	104,6	100,0	93,4	91,9	90,9	88,0	83,2	81,5
Emission ausgewählter Schadstoffe nach Verursachergruppen[6]									
Schwefeldioxid (SO_2)	Mio t	3,4	3,2	2,9	2,3	2,0	1,3	1,0	0,9
darunter (Anteile):									
— Kraft- und Fernheizwerke[7]	vH	*52,7*	*58,8*	*61,7*	*61,8*	*59,7*	*42,8*	*34,8*	*34,3*
— Bergbau und Industrie[8]	vH	*25,0*	*23,5*	*21,8*	*19,0*	*20,6*	*29,9*	*33,7*	*33,5*
— Haushalte	vH	*9,1*	*6,1*	*5,3*	*6,0*	*6,2*	*8,2*	*8,3*	*8,8*
— Verkehr	vH	*4,0*	*3,4*	*3,6*	*4,4*	*4,7*	*5,9*	*7,7*	*8,3*
Stickoxid (NO_x berechnet als NO_2)	Mio t	2,6	3,0	2,9	3,0	3,0	2,9	2,7	2,6
darunter (Anteile):									
— Kraft- und Fernheizwerke[7]	vH	*26,0*	*27,2*	*27,8*	*24,5*	*22,8*	*20,8*	*18,0*	*12,9*
— Bergbau und Industrie[8]	vH	*15,4*	*12,0*	*10,6*	*8,8*	*8,8*	*8,9*	*9,0*	*9,1*
— Haushalte	vH	*3,2*	*3,0*	*2,7*	*3,1*	*3,1*	*2,8*	*2,6*	*2,8*
— Verkehr	vH	*51,7*	*54,5*	*56,2*	*61,0*	*63,1*	*65,3*	*68,3*	*73,2*
Kohlenmonoxid (CO)[9]	Mio t	14,0	12,0	10,0	9,0	8,8	8,7	8,3	8,2
darunter (Anteile):									
— Kraft- und Fernheizwerke[7]	vH	*0,3*	*0,4*	*0,5*	*0,5*	*0,5*	*0,5*	*0,5*	*0,6*
— Bergbau und Industrie[8]	vH	*11,2*	*10,5*	*9,4*	*9,0*	*7,9*	*8,5*	*9,5*	*8,9*
— Haushalte	vH	*8,8*	*8,0*	*8,5*	*9,0*	*8,8*	*7,5*	*7,1*	*7,1*
— Verkehr	vH	*72,6*	*73,4*	*73,7*	*73,2*	*74,5*	*74,7*	*73,8*	*74,8*
Kohlendioxid (CO_2)	Mio t	738	805	734	747	731	721	705	725
darunter (Anteile):									
— Kraft- und Fernheizwerke[7]	vH	*31,8*	*34,0*	*35,8*	*33,3*	*33,7*	*33,7*	*35,0*	*35,2*
— Bergbau und Industrie[8]	vH	*25,3*	*24,0*	*22,6*	*20,1*	*20,1*	*20,5*	*21,0*	*19,9*
— Haushalte	vH	*15,2*	*14,5*	*13,9*	*16,1*	*15,7*	*14,6*	*12,5*	*13,0*
— Verkehr	vH	*15,6*	*17,0*	*18,4*	*20,5*	*21,1*	*21,8*	*22,7*	*23,2*

[1] In den Bereichen Produzierendes Gewerbe und Staat nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — [2] Bruttoanlageinvestitionen. — [3] Ausgaben und Abschreibungen. — Quelle: Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. — [4] Bestand am Jahresanfang. — [5] Primärenergieverbrauch je Einheit Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 (Quelle für Energieverbrauch: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen). — [6] Quelle: Umweltbundesamt. — [7] Einschließlich Stromproduktion der Industriekraftwerke. — [8] Einschließlich der Umwandlungsbereiche (im wesentlichen Raffinerien, Kokereien, Brikettfabriken). — [9] Ohne natürliche Quellen.
[a] 1981. — [b] 1985.

Sachregister

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

Abgabenbelastung 357ff.

Agrarpolitik 450

Aktienmarkt 16, 169

Angebotsbedingungen 289

Arbeitseinkommensquote 128, Anhang IV.B.

Arbeitsförderungsgesetz 144

Arbeitslosenversicherung 201, 358

Arbeitslosigkeit 60, 68, 136ff., 145ff.
- — Industrieländer 32f.
- — regionale Entwicklung 138, 149
- — Struktur der Arbeitslosigkeit 139f., 148
- — verdeckte Arbeitslosigkeit 137, 145
- — voraussichtliche Entwicklung 252

Arbeitsmarkt 119ff.
- — Abwanderung 144
- — Arbeitsangebot 130, 134f., 144
- — Arbeitsnachfrage 130
- — Bewegungen am Arbeitsmarkt 139, 148
- — Mobilität 408
- — offene Stellen 133
- — regionale Entwicklung 138, 149
- — Zuwanderung 55ff., 134

Arbeitsmarktpolitik 140, 309f.
- — Altersübergang 144
- — Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 68, 140, 150, 252, 298, 309f.
- — Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung (ABS) 152
- — Lohnsubventionen 297
- — Qualifizierung von Arbeitskräften 144, 151f.
- — vorzeitiger Ruhestand 144

Arbeitsvolumen 130, 141

Arbeitszeit 153
- — Arbeitszeitgesetz 153
- — Arbeitszeitverkürzung 130

Asylbewerber 135

Ausfuhr
- — Erwartungen 73, 214
- — voraussichtliche Entwicklung 237f.
- — Westdeutschlands 73ff.

Auslandsaufträge 62, 214

Auslastungsgrad des Produktionspotentials 92, Anhang IV.A.

Außenwert der D-Mark 73, 171ff.

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht 270, 275

Aussiedler 134

Bauwirtschaft 64, 66, 244

Beschäftigung 32, 60, 64ff., 130ff., 141ff.
- — sektorale Entwicklung 142f.
- — voraussichtliche Entwicklung 251f.

Binnenmarkt, europäischer 235, 268, 437ff.

Bruttoinlandsprodukt
- — voraussichtliche Entwicklung 261f.

Bruttolohn- und -gehaltssumme 87, 126

Defizit
- — der Gebietskörperschaften 196
- — des amerikanischen Budgets 7
- — des öffentlichen Gesamthaushalts 182, 196, 338ff.
- — in Europa 31

Deindustrialisierung 295ff.

Devisenmarkt s. Wechselkurse

Direktinvestitionen 81
- — in der Europäischen Gemeinschaft 438
- — in Mittel- und Osteuropa 40

Einfuhr
- — Einfuhrpreise 96
- — Ostdeutschlands 117f.
- — voraussichtliche Entwicklung 263f.
- — Westdeutschlands 90

Einkommen, verfügbares
— Ostdeutschlands 115f.
— voraussichtliche Entwicklung 256ff.
— Westdeutschlands 63, 86f.

Einkommensteuer 192, 210, 359
— s. a. öffentliche Finanzen

Entwicklungsländer 1, 74

Ertragslage 79

Erwerbstätigkeit 130ff., 141ff.
— Struktur der Erwerbstätigkeit 132
— Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland 144

Euroeinlagen 156

Euromärkte 156

Europa-Abkommen 47, 59

Europäische Gemeinschaft 413ff.
— Agrarpolitik 450

Europäische Zentralbank
— s. Zentralbank, europäische

Europäischer Binnenmarkt
— s. Binnenmarkt, europäischer

Europäisches Währungsinstitut 422, 434ff.
— s. a. Zentralbank, europäische

Europäisches Währungssystem 171ff., 422ff.

Exporterwartungen 73, 214

Finanzausgleich 363ff.
— innereuropäischer 456ff.

Finanzpolitik 175ff., 217, 254, 335ff.
— international 2, 30, 217

Frankreich 24

GATT 37, 219, 223, 268

Geldangebotsmultiplikator 333

Geldmarktsteuerung 165f.

Geldmenge 62, 70, 165ff., 218, 314ff.

Geldmengenziel 70, 155ff., 210, 330ff.

Geldpolitik 154ff., 313ff., 422ff.
— Beurteilung 164, 314ff.
— international 2, 29f., 218, 422ff.

Geldumlaufsgeschwindigkeit 159

Geldwertstabilität 154, 274, 278, 313, 315, 321, 428f.

Gemeinschaftsfonds 453

Gewinn-Erlös-Relation 79, Anhang IV.B.

Großbritannien 26

Handelsbeschränkungen 448f.

Handelsbilanz 91, 286

Handelsliberalisierung 36f., 447ff.

Industriepolitik 295f., 443ff.

Inflation 71
— Industrieländer 34f.
— Inflationserwartungen 229, 317
— Inflationspotential 277
— s. a. Preisentwicklung

Investitionen
— Bauinvestitionen 82ff., 246, 301
— Direktinvestitionen 81
— Infrastruktur 66, 300
— öffentliche 181, 186, 217
— s. a. Ostdeutschland
— voraussichtliche Entwicklung 214, 227, 240ff.

Investitionsförderung 305f.

Italien 25

Japan 14ff.

Kalkulatorischer Unternehmerlohn Anhang IV.B.

Kapazitätsauslastung
— s. Auslastungsgrad des Produktionspotentials

Kapitalmarkt 71, 167f.

Kapitalproduktivität 93, Anhang IV.B.

Kapitalrendite Anhang IV.B.

Kapitalverkehr 287

Kohäsionsfonds 453

Konjunkturelle Entwicklung
— in der Welt 1ff.
— in Westdeutschland 72ff.

— in Westeuropa 22ff.
— in Ostasien 14ff.
— voraussichtliche 212ff.

Konjunkturneutraler Haushalt Anhang IV.D.

Konvergenz 423ff.

Krankenversicherung 202ff.
— Reform der 377ff.

Kreditgewährung 161, 163

Kurzarbeit 137, 146

Leistungsbilanz 91
— Industrieländer 4

Löhne und Gehälter 285
— Differenzierung 127,
— Effektivlöhne 121, 250
— Lohnstückkosten 121, 127, 224, 248, 251, 397
— Tariflöhne 87, 121ff., 124ff., 250, 278

Lohnpolitik 248, 278, 389ff.
— s. a. Tarifpolitik

Maastrichter Vertrag 414ff.

Mehrwertsteuerpräferenz 307f.

Mittel- und Osteuropa 38ff., 55ff., 214, 225

Nettolohn- und -gehaltssumme 87, 256

Öffentliche Finanzen
— Ausgaben 179ff.
— Ausgabeneinsparungen, -umschichtungen 182, 186
— Haushaltsdefizit 175, 196, 338ff.
— Haushaltsrisiken 176, 342
— Haushaltsvollzug in den neuen Bundesländern 187
— konjunktureller Impuls 197
— Konsolidierung 176f., 344ff.
— Leistungen für die neuen Bundesländer 190, 254, 336
— Staatsverbrauch 88
— Steuereinnahmen 191ff., 254
— Steuererhöhungen 279, 357ff.
— Subventionen 182, 296, 345f.
— voraussichtliche Entwicklung 254ff., 338ff.

Ölpreis 220

Ostdeutschland 66ff., 98ff., 290ff.
— Arbeitsmarkt 141ff.
— Arbeitsmarktpolitik 309f.
— Deindustrialisierung 295ff.
— Industriepolitik 295ff.
— Infrastruktur 109, 300
— Investitionen 108ff.
— Investitionsförderung 305f.
— Investitionshemmnisse 111, 301
— Privatisierung 112ff., 302ff.
— Regionalpolitik 311f.
— Strukturentwicklung 99ff.
— Tarifpolitik 124ff., 394ff.
— Treuhandanstalt 112f.

Pendler 131

Privatisierung
— in Mittel- und Osteuropa 41ff., 50
— s.a. Ostdeutschland

Preisentwicklung
— Erzeugerpreise 96
— Importpreise 96
— Industrieländer 34f.
— in Westdeutschland 95ff.
— voraussichtliche Entwicklung 229

Produktion
— in Mittel- und Osteuropa 39
— in Ostdeutschland 99ff.
— in Westdeutschland 94

Produktionspotential 92ff., Anhang IV.A.

Produktivität 127, 397
— s. a. Kapitalproduktivität

Prognose 212ff.
— Annahmen 216ff.

Protektionismus
— s. Handelsbeschränkungen

Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe 46

Realwert des Sozialprodukts Anhang IV.B.

Regionalpolitik
— s. Ostdeutschland

Rentenversicherung 199f.
— Rentenanpassungsformel 200

Rohstoffpreise 96

Russische Föderation — Rußland 48ff.

Schwellenländer 21

Selbstbeschränkungsabkommen 448

Solidarpakt 281ff.

Sozialversicherung 198

Standort 284ff.

Steueraufkommen 191ff.
— in der Europäischen Gemeinschaft 457f.
— konjunkturbedingte Steuereinnahmen 191

Steuerquote 191

Strukturpolitik
— s. Industriepolitik

Strukturwandel
— s. Ostdeutschland

Subsidiaritätsprinzip 419

Subventionen
— s. öffentliche Finanzen

Tarifpolitik
— Betriebsvereinbarungen 390, 402
— Gewinnbeteiligung 404
— Lohnangleichung 395
— Lohndifferenzierung 394ff.
— Lohnstreckung 400f.
— Produktivitätsorientierung 391ff., 406ff.
— Tariföffnungsklauseln 404

Terms of Trade 91

Treuhandanstalt 112f.
— Beschäftigung in Treuhandunternehmen 143
— Beschäftigung in ehemaligen Treuhandunternehmen 143
— Lohn in ehemaligen Treuhandunternehmen 127

Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes 159

Umsatzsteuer 191

Umwelt 272

Unterbeschäftigung 136ff., 145ff.
— s. a. Arbeitslosigkeit

Unternehmenssteuerreform
— Standortsicherungsgesetz 360ff.

Uruguay-Runde
— s. GATT

Verbrauch, Privater
— Ostdeutschlands 115f.
— Westdeutschlands 86f.

Vereinigte Staaten 6ff.

Verteilung
— Verteilungskonflikte 276ff.
— Verteilungswirkungen der Finanzierung der Einheit 208ff.

Wachstum 72, 92f., 270, 272, 276, 279, 291
— Wachstumskräfte 269, 276, 279, 289
— Wachstumsimpulse 268
— wachstumsorientierte Politik/Konzeption 269, 290ff.
— Wachstumstrend 271

Währungspolitik 422ff.

Währungsunion, europäische 171ff., 422ff.

Wanderung 55ff.

Wechselkurse
— Dollar 218
— Entwicklung 171ff.
— Politik 430f.

Welthandel 3, 73, 219, 234, 284
— Liberalisierung des Welthandels 268

Weltkonjunktur
— s. konjunkturelle Entwicklung

Werkvertragsarbeitnehmer 135

Wohnungsbau 83, 244, 246, 301

Zentralbank, europäische 422ff.

Zentralbankgeldmenge, bereinigte 157f., Anhang IV.C.

Zinsausgaben des Staates 181, 185

Zinsentwicklung 165f., 168

Zinserwartung 162

Zinspolitik 278, 283

Zinsstruktur 168

Zwangsanleihe 279